This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

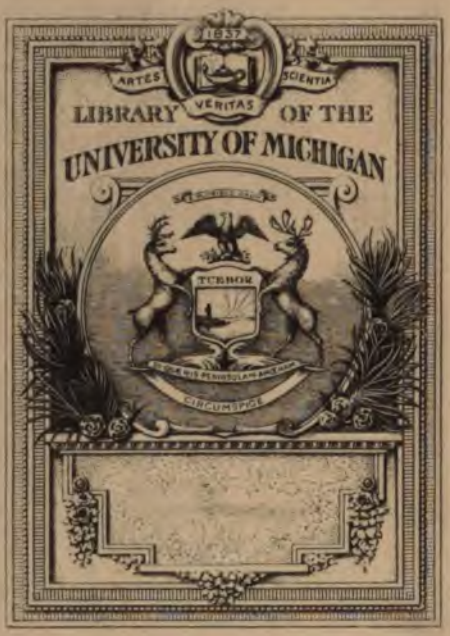
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TERROR
CIRCUMSPICE

A9

Veröffentlichungen der Kommission

für

Neuere Geschichte Österreichs.

3.

Österreichische Staatsverträge.

England.

Erster Band 1526—1748.

Innsbruck.
Verlag der WAGNER'schen Universitäts-Buchhandlung.
1907.

Österreichische Staatsverträge.

England

Bearbeitet

von

Alfred Francis Pribram.

Erster Band 1526—1748.

Innsbruck.
Verlag der WAGNER'schen Universitäts-Buchhandlung.
1907.

Druck der Wagner'schen Universitäts-Buchdruckerei in Innsbruck.

Vorwort.

Die Gründe, die der unterzeichneten Kommission die Herausgabe der österreichischen Staatsverträge wünschenswert erscheinen liessen, liegen so deutlich zutage, dass deren eingehende Erörterung wohl nicht Not tut. Die Tatsache, dass wir für die Zeit vor 1763 überhaupt keine derartige Sammlung besitzen, würde allein genügen, das Unternehmen zu rechtfertigen. Ist doch die Zahl der bisher ungedruckten Verträge aus dieser Zeit eine sehr beträchtliche, und von den gedruckten hat ein grosser Teil in die umfassenden, leicht zugänglichen Sammelwerke eines Dumont, Martens, Wenck, Schmauss etc. keine Aufnahme gefunden, so dass der Forscher in vielen Fällen bisher genötigt war, zu alten, seltenen, oft nur mühsam aufzutreibenden Büchern und Zeitschriften zu greifen. Etwas günsliger steht es für die Zeit seit 1763. Wir besitzen für diese Periode neben dem Regestenwerke Vesque von Püttlingens „Übersicht der österreichischen Staatsverträge seit Maria Theresia bis auf die neueste Zeit", das grosse von L. Neumann begonnene, von Plason fortgesetzte Urkundenwerk „Recueil des traités et conventions conclus par l'Autriche avec les puissances étrangères depuis 1763." Leipzig 1855 ff.

Allein diese Publikation, deren Verdienst und Wert nicht in Frage gestellt werden soll, ist — zumal für die Jahre 1763 bis 1815 — weder vollständig noch vollkommen zuverlässig. Auch ist für diese Zeit die Zahl der seit dem Erscheinen des Neumann'schen Werkes bekannt gewordenen Verträge eine nicht

geringe, und für eine Reihe der dortselbst publizierten Aktenstücke hat die neuere Forschung das Vorhandensein von Lücken und Fehlern festgestellt. Dazu kommt noch, dass sich diese Sammlung auf den blossen Abdruck der Verträge beschränkt und im besten Falle nur das praktische, nicht aber das wissenschaftliche Bedürfnis zu befriedigen in der Lage ist.

So leicht es nun aus den angeführten Ursachen der Kommission wurde, sich für eine den Interessen des Diplomaten wie des Gelehrten in gleicher Weise dienende Ausgabe der österreichischen Staatsverträge zu entscheiden, desto schwerer wurde es ihr, über die Frage schlüssig zu werden, ob die Verträge — der überwiegenden Mehrzahl der vorangegangenen Publikationen gleich — in chronologischer Reihenfolge, oder etwa nach dem Muster des bekannten Martens'schen Werkes, länderweise herausgegeben werden sollten. Nach reiflicher Erwägung der Gründe für und wider beide Formen, gelangte sie zu dem Entschlusse, die österreichischen Staatsverträge länderweise zu publizieren. Ausschlaggebend war dafür einerseits das praktische Bedürfnis des Politikers, der die Beziehungen Österreichs zu einem der übrigen Staaten in ihrer Continuität verfolgen will, anderseits die Überzeugung, dass eine strengeren wissenschaftlichen Anforderungen entsprechende Publikation in absehbarer Zeit nur auf diesem Wege zu erzielen sei. Sollte die Herausgabe der österreichischen Staatsverträge über den Rahmen eines blossen Textabdruckes hinausgehen, dem Benützer nicht nur das trockene, unzusammenhängende Material, sondern auch die Mittel zu dessen Verständnis bieten und so die diplomatischen Beziehungen zweier Staaten erläutern, soweit sie in Staatsverträgen ihren Niederschlag finden, dann war an eine Veröffentlichung in chronologischer Reihenfolge nicht zu denken. In diesem weiteren Rahmen konnte die Arbeit nicht von einem Einzelnen unternommen werden, da kaum ein Forscher über hinreichende Sprachkenntnisse verfügt, um auch nur die gedruckte Literatur bei der Darstellung der Beziehungen Österreichs zu allen anderen Staaten zu Rate ziehen zu können, geschweige denn, dass sein Leben und seine Kräfte hinreichen würden, die archivalische Arbeit zu bewältigen, auf die Verzicht zu leisten die Kommission sich nicht entschliessen mochte. Nahm aber eine entsprechende Anzahl von Mitarbeitern das Werk gleichzeitig sofort in seiner ganzen Ausdehnung in Angriff, dann war

— von der Aufwandfrage abgesehen — das Erscheinen des ersten Bandes nicht sobald zu hoffen. Gegenüber diesen Erwägungen traten die Bedenken gegen die länderweise Bearbeitung — in erster Linie die Notwendigkeit von Wiederholungen — zurück und die Kommission hegt die Hoffnung, dass die Benützer des Werkes, dessen einzelne Abteilungen von verschiedenen Gelehrten bearbeitet, in möglichst rascher Folge der Öffentlichkeit übergeben werden sollen, die Gründe billigen werden, die sie zu diesem Entschlusse geführt haben.

Den einzelnen Mitarbeitern — die allein die wissenschaftliche Verantwortung für die von ihnen übernommene Arbeit tragen — wurde weitgehende Freiheit gewährt. Die Verschiedenartigkeit des Materiales bedingt oft von vorneherein eine verschiedenartige Bearbeitung, und im Einzelfalle wird der Takt des Herausgebers meist besser entscheiden können, als noch so genaue Vorschriften einer Kommission. Doch wurden gewisse Bestimmungen im Interesse der Gleichförmigkeit der Anlage getroffen, die wohl jeder der Bearbeiter unbeschadet seiner Bewegungsfreiheit wird einhalten können. Darnach wurden als österreichische Staatsverträge alle jene Vereinbarungen angesehen, die zwischen einem Mitgliede der deutschen Linie der Habsburger als Staatsoberhaupt aller oder eines Teiles der zur Zeit des Vertragsschlusses im Besitze dieser Linie befindlichen Territorien und einer fremden, völkerrechtlich zur Vertragschliessung fähigen Macht über staatliche Hoheitsrechte zustande gekommen sind. Die Verträge, an denen das Staatsoberhaupt der österreichischen Monarchie nur als deutscher Kaiser beteiligt war, sollen ausgeschlossen bleiben, dagegen jene Vereinbarungen Aufnahme finden, die mit der Stellung der österreichischen Hausmacht in der Reichsverfassung zusammenhängen, sowie alle jene, die das Staatsoberhaupt der österreichischen Monarchie zwar auch als deutscher Kaiser, zugleich aber unter Beitritt seiner Hausmacht mit fremden Mächten getroffen hat. In diesem Sinne waren die Verträge, die der Kaiser als Oberhaupt des österreichischen Kreises schloss, in die vorliegende Sammlung aufzunehmen.

Inhaltlich fallen unter die Staatsverträge alle Vereinbarungen über staatliche Hoheitsrechte; es bleiben daher alle Familienverträge ausgeschlossen, soweit darin nicht auch über Gegenstände Verfügungen getroffen werden, die in die Sphäre

der staatlichen Hoheitsrechte gehören. Accessionen Österreichs zu einem zwischen zwei oder mehreren fremden Mächten geschlossenen Vertrage wurden aufgenommen; der Beitritt einer fremden Macht zu einem zwischen Österreich und einem oder mehreren Staaten geschlossenen Vertrage wurde nur verzeichnet, da der Abdruck des betreffenden Vertrages in jener Abteilung erfolgt, in der die Abmachungen Österreichs mit dem ursprünglichen Vertragsgegner publiziert werden. Garantieerklärungen wurden wörtlich wiedergegeben; der Abdruck des garantierten Vertrages erfolgte dagegen nur ausnahmsweise.

Für die Giltigkeit eines Staatsvertrages ist in der Regel dessen Bestätigung durch das Staatsoberhaupt erforderlich; doch wurde gelegentlich — namentlich bei Waffenstillständen und Militärconventionen — von der Ratifikation abgesehen. Solche Vereinbarungen wurden in die vorliegende Publikation aufgenommen, soweit die Bevollmächtigung zum Abschlusse seitens des Staatsoberhauptes im Vertrage ersichtlich ist. Von der Veröffentlichung der Ratifikationen wurde im allgemeinen abgesehen; nur wo besondere Umstände vorlagen — insbesondere Bezugnahme der Ratifikation auf sachliche Änderungen des Vertragsinhaltes — gelangte die Ratifikationsurkunde zum Abdrucke.

Jede der geplanten Abteilungen der von Österreichs Staatsoberhaupt mit einem fremden Staate geschlossenen Verträge wird mit einer allgemeinen Einleitung eröffnet, die mit Benützung der gedruckten Literatur und mit gleichzeitiger Heranziehung archivalischen Materiales die diplomatischen Beziehungen der beiden Staaten bis zu dem Zeitpunkte schildern soll, mit welchem dann die Staatsverträge nach 1526 einsetzen.

Die Veröffentlichung dieser erfolgt chronologisch mit fortlaufender Nummerierung. Vorangestellt wird dem Drucke 1. ein kurzes Regest; 2. Angabe von Ort und Zeit der Ratifikation; 3. Mitteilungen über die Überlieferung der Urkunde; 4. Angabe der Drucke, respective Verweis auf das von Ludwig Bittner im Auftrage der Kommission für neuere Geschichte Österreichs herausgegebene chronologische Verzeichnis der österreichischen Staatsverträge I. Die österreichischen Staatsverträge 1526—1763 (Wien A. Holzhausen 1903); 5. eine orientirende Einleitung sachlicher Natur.

Die einzelnen Urkunden werden nach der besten erhaltenen Überlieferung abgedruckt, womöglich nach dem von den bevollmächtigten Ministern unterzeichneten Original. Existieren mehrere Originalausfertigungen, so wird im Hinblicke auf eine mögliche Collation des Druckes mit dem Original der im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchive befindlichen Ausfertigung der Vorrang eingeräumt. Fehlen die Originalausfertigungen des Vertrages, dann treten, auch hier mit Bevorzugung der in Wien befindlichen Dokumente bei sonst gleichem Werte, die den Ratifikationen inserierten Texte und in Ermanglung solcher die sonstige beste Überlieferung ein.

Als Editionsprinzip gilt, die dem Drucke zugrunde gelegte Urkunde möglichst getreu wiederzugeben. Nur bei Feststellung der Interpunktion, die sinngemäss erfolgen soll, und beim Gebrauche grosser und kleiner Anfangsbuchstaben ist der Herausgeber an die Vorlage nicht gebunden. Im übrigen hielt es die Kommission für zweckmässig, auch für diese Fragen den einzelnen Mitarbeitern einen gewissen Spielraum zu lassen.

Wien im September 1906.

Die Kommission für neuere Geschichte Österreichs.

Vorbemerkungen des Bearbeiters.

Der Unterzeichnete hat die von der Kommission für neuere Geschichte Österreichs aufgestellten Grundsätze, nach denen die Bearbeitung der österreichischen Staatsverträge erfolgen soll, strenge beobachtet. Diese Erklärung gestattet ihm wohl, von einer eingehenden Erörterung seiner Arbeitsweise abzusehen und sich auf einige das Vorhergehende ergänzende Bemerkungen zu beschränken. Er hat seine Aufgabe darin erblickt, innerhalb der durch die Anlage des Gesamtwerkes gesteckten Grenzen alles beizutragen, was dazu dienen konnte, die diplomatischen Beziehungen Österreichs und Englands zu erläutern, soweit sie in abgeschlossenen oder geplanten Verträgen ihren Ausdruck finden. In diesem Sinne ist die allgemeine bis zum Jahre 1701 reichende Einleitung gedacht. Das erste Kapitel derselben schildert in flüchtigem Überblicke die Beziehungen der beiden Staaten bis zum Tode Maximilians I. und bringt im Anhange nebst einer Urkunde aus dem vierzehnten Jahrhundert die zahlreichen Verträge, die dieser Herrscher im Laufe seiner Regierung mit den englischen Königen Heinrich VII. und Heinrich VIII. abgeschlossen hat. Da als zeitlicher Ausgangspunkt für die Veröffentlichung der österreichischen Staatsverträge das Jahr 1526 — das Geburtsjahr der heutigen Monarchie — gewählt worden war, liess sich die Mitteilung dieser Verträge, auf deren Aufnahme in das vorliegende Werk der Bearbeiter nicht verzichten wollte, nur in dieser Form bewerkstelligen. Vier weitere Kapitel der Einleitung umfassen die Jahre 1526—1700 und ent-

halten die Schilderung der Verhandlungen, die in diesem Zeitraume zwischen den Regierungen Englands und Österreichs über Angelegenheiten geführt worden sind, deren Ordnung durch schriftliche Abmachungen geplant war. Zu direkten rechtlich giltigen Vereinbarungen ist es in dieser langen Periode nicht gekommen, obgleich die Beziehungen der beiden Staaten, namentlich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, sehr rege waren und obgleich die beiden Mächte viele Jahre als Verbündete gegen Ludwig XIV. kämpften. Denn die Allianz vom 9. Sept. 1689, deren Abschluss dem Ausbruche des Krieges gegen die Franzosen vorangieng, erfolgte in der Form einer Beitrittserklärung Wilhelms III. zum österreichisch-staatischen Bündnisse vom 12. Mai 1689 und kann daher nicht als ursprüngliche Abmachung zwischen Österreich und England angesehen werden. Dagegen hat es an Bemühungen derartige rechtsgiltige Vereinbarungen zu treffen nicht gefehlt, und der Bearbeiter hat im Anhange zu den einzelnen Kapiteln der Einleitung die Vertragsentwürfe abgedruckt, die er gelegentlich seiner archivalischen Forschungen gefunden hat.

Mit dem Jahre 1701 beginnt die Reihe der direkt zwischen Österreich und England abgeschlossenen Verträge, deren Zahl bis zum Jahre 1748 48 beträgt. Sie wurden in der Regel einzeln abgedruckt; nur wo zwingende Gründe dafür sprachen, sind mehrere zusammengefasst worden. Die ihnen vorangeschickte sachliche Einleitung verfolgt den Zweck, an der Hand der gedruckten Literatur, aber auch mit Benützung aller erreichbaren Archivalien die Haltung der beiden Mächte bei Anbahnung und im Laufe der Verhandlungen zu schildern, die dem Abschlusse der Verträge vorangegangen sind. Dabei hat der Bearbeiter das Hauptgewicht darauf gelegt, die Entstehung der Vertragsurkunde zu verfolgen, dem Leser die Wandlungen vorzuführen, die das in der vorliegenden Publikation mitgeteilte Dokument von dem ersten Entwurfe bis zur Unterfertigung durch die bevollmächtigten Minister mitgemacht hat. Der Forscher lernt auf diese Weise — für die überwiegende Mehrzahl der Fälle zum erstenmale — die Änderungen kennen, die an dem betreffenden Schriftstücke vorgenommen worden sind; er erfährt, welche Artikel gestrichen, welche neu aufgenommen, welche verändert wurden. Doch hat sich der Bearbeiter bei der Darstellung der Entwickelungsgeschichte

der einzelnen Urkunden auf die ausschlaggebenden Punkte beschränkt und weniger wesentliche Fragen sowie Änderungen, die sich auf wenige Worte beziehen, in den Anmerkungen zum Vertrage oder sonstwie kurz erledigt.

Den wissenschaftlichen Zielen, die ihm vorschwebten, verdanken auch die 5 Entwürfe, die nicht zu giltigen Vereinbarungen geführt haben, ihre Aufnahme in die vorliegende Sammlung. Es sei gestattet auf diese zum Teile gänzlich unbekannten Urkunden besonders hinzuweisen, da sie den Forscher nicht minder interessieren dürften, als die Mehrzahl der von den Bevollmächtigten unterfertigten und von den Herrschern ratifizierten Verträge. Diese Entwürfe sind in chronologischer Reihenfolge mit den rechtsgiltigen Verträgen abgedruckt und nicht wie bei den einleitenden Kapiteln in den Anhang verwiesen worden, da sie sonst erst am Schlusse der ganzen Abteilung hätten mitgeteilt werden können, was sich aus sachlichen Gründen nicht empfohlen hätte. In dem Regeste, das dem Abdrucke der einzelnen Urkunden vorangeht, sind diese Entwürfe als solche ausdrücklich bezeichnet, so dass der Bearbeiter hoffen darf, dass eine Verwechslung mit rechtsgiltigen Verträgen nicht erfolgen wird.

Der Umfang der sachlichen Einleitungen zu den einzelnen Urkunden ist ein verschiedener; er ist sowohl durch die politische Bedeutung des Vertrages, als auch durch die bereits vorhandene Literatur bedingt. Nur dort wo wichtige Verträge noch keine entsprechende Erörterung gefunden haben, glaubte der Bearbeiter die Resultate seiner Forschung eingehender vortragen zu müssen. Dagegen hat er prinzipiell davon Abstand genommen, biographische Mitteilungen über die bei Verhandlung und Unterzeichnung der einzelnen Verträge beschäftigten österreichischen und englischen Staatsmäner zu machen, da diese fast ausnahmslos bekannte Diplomaten waren, deren Biographie in den leicht zugänglichen Sammelwerken „Allgemeine deutsche Biographie", Wurzbachs „Biographisches Lexicon des Kaisertums Österreich", „National Biography" nachgelesen werden kann.

In den Fällen, wo neben England andere Staaten — besonders häufig waren es die „Vereinigten Niederlande" — als Vertragsgegner Österreichs erscheinen, hat der Bearbeiter bei Schilderung der Verhandlungen in erster Linie die öster-

reich-englischen Beziehungen zu beleuchten gesucht; manchmal — wie bei den zwei Barriereverträgen von 1715 und 1718 — sogar die Haupteinleitung dem Bearbeiter einer anderen Abteilung der Staatsverträge vorbehalten und sich auf wenige Bemerkungen beschränkt. In wie weit Militärkonventionen, Accessionen und Garantieverträge Aufnahme gefunden, wird der Benützer den Ausführungen entnehmen, die dem Abdrucke solcher Verträge vorangehen.

Dort wird er auch die Gründe angeführt finden, die den Bearbeiter veranlasst haben, gelegentlich von dem im allgemeinen festgehaltenen Prinzipe abzuweichen, nach dem Verträge, die Österreich und England als gemeinsame Kontrahenten mit anderen Mächten abgeschlossen haben und solche, die einer Accession inseriert sind, nicht abgedruckt werden sollen.

Ratifikationen sind nur dann aufgenommen worden, wenn besondere Umstände es wünschenswert erscheinen liessen; sei es, dass die Ratifikationsurkunde Änderungen an dem Wortlaute oder Inhalte des von den Bevollmächtigten unterzeichneten Vertrages feststellt, sei es, dass sie — wie beim Garantievertrage vom 24. Januar 1724 (vgl. p. 433 ff.) — die zwischen England und Österreich getroffene Vereinbarung repräsentiert.

Bezüglich der Datierung der Verträge sei bemerkt, dass dieselbe sehr oft eine doppelte ist, da die Engländer über das Jahr 1748 hinaus an dem alten Stile festhielten. Wo nur ein Datum vorliegt, ist — falls nicht eine das Gegenteil betonende Bemerkung beigefügt ist — die neue Datierung gemeint.

Bei der Angabe der Drucke hat sich der Bearbeiter regelmässig auf das oben erwähnte Bittner'sche chronologische Verzeichnis bezogen. Wohl sind dort nicht alle Drucke der englisch-österreichischen Verträge angegeben, da diese aber in der vorliegenden Publikation nach der besten uns erhaltenen Vorlage — fast ausnahmslos nach dem Originale — abgedruckt werden, hielt der Bearbeiter die Vervollständigung der Druckangaben für überflüssig. Die überwiegende Mehrzahl der in dem vorliegenden Werke abgedruckten Urkunden erliegt im Haus-, Hof- und Staatsarchive in Wien (St.-A.) und im Recordoffice in London (R. O.). Doch hat der Bearbeiter auch das British-Museum in London (B. M.), das Reichsarchiv im Haag (R. A.) und die Archive des Reichskriegs- und des Ministeriums des Innern in Wien mit Erfolg benützen können.

Auf die Herstellung eines verlässlichen Textes ist viel Mühe verwandt worden. Durch eine sinngemässe Interpunktion hat der Bearbeiter in schwierigen Fällen angedeutet, wie er den Inhalt der betreffenden Stellen versteht. Die Anwendung grosser und kleiner Anfangsbuchstaben erfolgte nach dem heutigen Gebrauche. Im übrigen hat er seine Vorlage möglichst genau wiedergegeben und nur dort Änderungen vorgenommen, wo ihm solche geeignet schienen die Lektüre der Urkunden zu erleichtern. Die insbesondere bei den älteren lateinischen Stücken häufige Verdoppelung der Anfangskonsonanten — z. B. Ffranciae, Fflandriae etc. — wurde gestrichen, für oft wiederkehrende Worte, wie Majestas, Caesarea, Potentissimus etc. bestimmte Abkürzungen gewählt. Bei Wiedergabe der französischen Urkunden wurde — dem Beispiele hervorragender französischer Publikationen folgend — die Accentuierung der Vorlage beibehalten, nur wo durch eine kleine Änderung die Lektüre erleichtert werden konnte — z. B. durch richtige Anwendung von „a und à", von „ou und où" — wurde diese vorgenommen.

Besonders aufmerksam möchte der Unterzeichnete auf die Inkonsequenz der Schreibweise machen, die bei der Lektüre der im nachfolgenden abgedruckten Urkunden auffällt. Oft erscheint ein und dasselbe Wort — und zwar nicht blos Eigennamen — in derselben Urkunde, ja in derselben Zeile in verschiedener Form; bei französischen Stücken wird ein Laut bald mit einem Accent versehen, bald nicht. Aus diesem Grunde bittet der Bearbeiter derlei Inkonsequenzen nicht von vornherein als sein Verschulden anzusehen.

Der zweite und zugleich letzte Band der österreichisch-englischen Staatsverträge, der auch ein chronologisches Register bringen wird, dürfte in nicht allzu ferner Zeit den Benützern vorliegen. Aber schon jetzt möchte der Unterzeichnete es nicht unterlassen, allen Förderern seiner Arbeit den verbindlichsten Dank auszusprechen.

Wien im September 1906.

Alfred Francis Pribram.

Einleitung.

I. Österreichisch-englische Staatsverträge bis 1526.

Der erste Vertrag zwischen Herrschern Österreichs und Englands dürfte jener sein, den Albrecht II. und Otto im Februar 1339 mit Eduard III. eingegangen sind. Was für frühere Zeiten an Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten nachgewiesen werden kann — und es ist wenig genug — lässt sich in dem Rahmen der vorliegenden Publikation nicht unterbringen, nicht einmal die mit den Namen Richard Löwenherz und Leopold V. verknüpften bekannten Ereignisse, da die entscheidenden Abmachungen zwischen dem österreichischen Herrscher und Kaiser Heinrich VI. und zwischen diesem und Richard Löwenherz, nicht aber direkt zwischen den Herrschern Österreichs und Englands getroffen worden sind.[1]) *Auch die ersten Beziehungen des Hauses Habsburg zu England, die in der Zeit Rudolfs von Habsburg stattfanden und nicht nur die Heirat von Rudolfs zweitgeborenem Sohne Hartmann mit Eduards III. Tochter Johanna zum Ziele hatten, sondern auch wichtige politische Fragen betrafen, können in diesem Zusammenhange nur flüchtig erwähnt werden.*[2]) *Zu dem oben erwähnten Vertrage hat der Kampf Veranlassung gegeben, der*

[1]) *Vgl. Wallnöfer P. Der Anteil des Babenbergers Leopold V. an dem sog. dritten Kreuzzuge; mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses, in dem Leopold zu dem englischen Könige Richard stand. Progr. d. kath. Gymn. in Teschen 1861; Töche, Heinrich VI. 558 ff.; Huber, Gesch. Öst. I. 275 ff.*

[2]) *Vgl. Pauli R. Die ältesten Beziehungen des Hauses Habsburg zu England in Allg. Monatschrift für Literatur und Kunst 1854. 561 ff. und dessen*

zwischen den Herrschern in England und Frankreich infolge der Ansprüche des Hauses Plantagenet auf den Thron Frankreichs beim Erlöschen des Mannsstammes der direkten capetingischen Linie ausgebrochen war.

Der englische König, Eduard III., suchte für den Kampf gegen Frankreich Bundesgenossen im deutschen Reiche[1]) *und trat bei dieser Gelegenheit auch mit den Habsburgern in Verbindung. Nachdem bereits seit dem Jahre 1335 über eine Heirat zwischen Friedrich dem erstgeborenen Sohne Herzog Otto's und Eduards III. Tochter Johanna unterhandelt worden war,*[2]) *kam am 16. Februar 1339 zu Antwerpen zwischen den habsburgischen Brüdern Albrecht II. und Otto einer-, und Eduard III. andererseits ein Bündnis zu Stande, das beide Teile zur gegenseitigen Unterstützung „mit 200 behelmten Kriegern" verpflichtete, wobei jedoch den österreichischen Fürsten freigestellt wurde, „in dem gegenwärtigen Streite, den Eduard III. mit Philipp von Valois — der sich als König von Frankreich ausgibt — auszukämpfen habe, das Land und Volk des Herrschers von Burgund mit einer entsprechenden Truppenzahl zu überfallen und dieses Land feindlich zu okkupieren." Nur mit beiderseitiger Einwilligung sollte der Friede mit den Burgundern geschlossen werden.*[3])

Allein lange währte die Freundschaft zwischen den Habsburgern und Eduard III. nicht. Die ersteren wendeten sich, sobald sie erkannten, dass das mit England geschlossene Bündnis die erhofften Vorteile nicht brachte, den Franzosen zu,[4]) *und die englische Prinzessin kehrte, nachdem sie lange in Deutschland geweilt, in ihre Heimat zurück.*[5]) *Eine geraume Zeit später, da der Krieg zwischen England und Frankreich von neuem entbrannte, finden wir die Habsburger im Bunde mit Frankreich. Herzog Friedrich von Österreich schloss im*

Engl. Gesch. (Heeren und Uckert'sche Sammlung) IV 44 ff.; Green the princesses of England II 321 ff. und neuestens Redlich Osw. Rudolf von Habsburg 1903, 410 ff. und a. 594 ff. und desselben Autors Regesten R. v. H. Nr. 935—937, 939—943.

[1]) *Vgl. u. a. Pauli l. c. IV 345 ff.*

[2]) *Vgl. Pauli l. c. 346.*

[3]) *Vgl. den Abdruck dieses Vertrages im Anhange zu diesem Kapitel Nr. 1.*

[4]) *Vgl. Pauli l. c. IV. 383.*

[5]) *Vgl. Pauli l. c. IV. 362.*

Jahre 1430 mit König Karl VII. von Frankreich einen Vertrag, der ihn zum Waffengange mit Englands Verbündeten, dem Herzoge Philipp von Burgund, verpflichtete;[1]) *doch kam es bald darauf zu einem Waffenstillstande zwischen Karl VII. und Philipp, in dem auch Herzog Friedrich Aufnahme fand.*[2]) *Heinrich VI. aber suchte die Freundschaft, die einst zwischen den Habsburgern und den englischen Herrschern bestanden hatte, wieder aufzufrischen. Er übersandte nach dem Tode Sigismunds den Hosenbandorden dessen Schwiegersohn, Albrecht von Österreich, erklärte sich mit dessen Erhebung auf den Kaiserthron einverstanden und suchte engere Beziehungen zwischen seinem und dem Hause Habsburg anzuknüpfen.*[3]) *Seine Bemühungen blieben in diesem Punkte erfolglos; trotzdem suchte er nach Albrechts frühzeitigem Tode die Freundschaft Kaiser Friedrichs III. zu gewinnen*[4]). *Von grosser Bedeutung waren aber die Beziehungen der beiden Staaten auch in den Zeiten Friedrichs III. nicht.*[5]) *Unzweifelhaft verdankten die Bewohner des heutigen österreichischen Staates die Kenntnisse, die sie noch gegen Ende des 15. Jahrhunderts von dem Inselstaate besassen, in erster Linie jenen glaubenseifrigen Männern, die nach England wallfahrteten, um dort die Lehre Wicliffs zu vernehmen, Befriedigung ihrer seelischen Bedürfnisse zu finden, und die dann erfüllt von den Ideen des grossen englischen Reformators in ihre Heimat zurückkehrten.*[6])

Erst der Regierungsantritt Maximilians I. brachte dauernde und bedeutungsvolle Beziehungen zwischen Österreich und England. Freilich nicht als Besitzer der österreichischen Länder, sondern als Erbe der burgundischen Maria sah sich

[1]) *Vertrag vom 15. Sept. 1430. St.-A. vgl. Lichnovski Gesch. d. H. Habsburg Reg. Nr. 2899.*

[2]) *Waffenstillstand d. d. 8. Mai 1432 St.-A.*

[3]) *Vgl. Pauli l. c. V. 261 f.*

[4]) *Ebenda.*

[5]) *Ich möchte in diesem Zusammenhange auf den am 7. Sept. 1448 geschlossenen Vertrag zwischen Karl von Frankreich, König Jakob von Schottland und Herzog Sigismund von Österreich aufmerksam machen, (St.-A.; vgl. Herrgott Mon. III. 128) der aber in diese Publikation nicht aufgenommen werden kann.*

[6]) *Auf die Beziehungen der Herrscher Böhmens und Ungarns zu England bis zur Vereinigung dieser beiden Staaten mit Österreich, also bis 1526, kann hier nicht eingegangen werden.*

Maximilian zu Verhandlungen mit dem Herrscher Englands genötigt. Schon seine Ehe mit Maria hatte eine entscheidende Wendung der burgundischen Politik zur Folge gehabt. Die Abneigung der dortigen Bevölkerung gegen England wandelte sich, seitdem die geplante Verbindung mit Frankreich gescheitert war, in den Wunsch nach Freundschaft mit dem Inselvolke um. Denn Burgund war, falls es sich dem mächtigen Franzosenkönige gegenüber behaupten wollte, genötigt, einen Rückhalt zu suchen, und diesen zu bieten war niemand geeigneter als der Herrscher Englands. Freilich war vorauszusehen, dass dieser für den Schutz, den er gewähren sollte, ein Entgegenkommen des burgundischen Herzogs in allen handelspolitischen Fragen fordern werde. Es war nun für Maximilian nicht leicht, ein solches zu zeigen.[1]) *Denn die flandrischen Kaufleute, die vordem, solange die Inselbewohner sich begnügten, dem vlämischen Weber die Wolle zu liefern und die verarbeitete Ware in Flandern kauften, für das politische Zusammenhalten mit England eingetreten waren, forderten nun, da die Engländer nicht nur ihren Bedarf — zum grossen Teile wenigstens — selbst deckten, sondern ihre Industrieprodukte in den Niederlanden abzusetzen begannen, von ihrem Landesherrn eine streng antienglische Haltung.*[2])

---

[1]) *Für die Beziehungen Maximilian I. zu Heinrich VII. und Heinrich VIII. sind im allgemeinen zu vgl.: Von deutscher Seite Ulmann H. Maximilian I., 2 Bde., Stuttgart 1884, 1891 (I. bis 1500) (II.—1519); Pauli R., Gesch. Engl. Bd. V, p. 520 ff. 1858 und Heinrich VIII. als Bundesgenosse Max. I. (Aufsätze zur Engl. Gesch. 1869, p. 48 ff.) und Die Anfänge Heinrichs VIII. (Aufs. z. G. E. N. F. 126 ff.); Busch W., Gesch. Englands unter den Tudors, Bd. I., Heinrich VII., Stuttgart 1892 (daselbst Anhang III. p. 425 ff. reiche Literaturangaben); Lanz K., Einleitung zum Bd. I. der Aktenstücke und Briefe z. Gesch. Karl V. 1857 und die Quellenwerke von Chmel J., Urk., Briefe und Aktenstücke zur Gesch. Max. I. und seiner Zeit. Bibl. des Lit. Vereins B. X, Stuttgart 1845, sowie die Regesten bei Lichnowski, Gesch. d. Hauses Habsburg. Tom. 8, Wien 1844; von englischer Seite die Arbeiten Gairdners: Letters and papers illustrative of the reigns of Rich. III. and Henry VII., 2 Bde., London 1862 f. Bergenroth, Calendar of lettres, despatches and state papers etc., (Spain) London 1862 ff.; Campbell, Materials for a history of the reign of Henry VII., 2 Bde., London 1873 ff.; für Heinrich VIII. insb. die Einleitungen Brewer's J. S. zu Lettres and papers, foreign and domestic of the reign of Henry VIII. London 1862—76 und desselben Autors Reign of Henry VIII. from his accession to the death of Wolsey ed. Gairdner 1884.*

[2]) *Vgl. Schanz G., Englische Handelspolitik gegen Ende des Mittelalters*

Trotzdem zeigte Maximilian den Willen, seine Beziehungen zu England freundschaftlich zu gestalten. Er hatte schon im Jahre 1478 in seinem und Maria's Namen einen Handelsvertrag mit England geschlossen,[1] *der zwar Brabant und den deutschen Niederlanden Vorteil brachte, aber den Interessen der flandrischen Kaufleute ungünstig war. Diesen erneuerte er im Jan. 1487*[2] *auf einige Zeit und rief dadurch den Hass der flandrischen Stände gegen sich wach, die schon im Jahre 1482, nach dem Tode Maria's, Maximilian als Herrscher nicht hatten anerkennen wollen und in Ludwig XI. von Frankreich einen hilfbereiten Förderer ihrer Bestrebungen gewonnen hatten. Margarethe, die Tochter Maximilians I. und Maria's, war von ihnen dem Dauphin zur Braut bestimmt und Maximilian die Vormundschaft über seinen in ihrer Gewalt befindlichen Sohn Philipp entrissen worden. Erst nach langen Kämpfen war es Maximilian gelungen, die Empörer zu unterwerfen, erst im Jahre*

---

2 Bde Leipzig 1881 und die Kritik dieses Werkes durch Dietrich Schäfer in Jahrb. für Nationalökonomie etc. Herausg. von Conrad XLI. 88 ff., sowie Cunningham W., The growth of English industry and commerce during the early and middle ages 1890.

[1]) Dieser Vertrag d. d. Lille 1478 Juli 12. (Or. R. O.) ist u. a. gedruckt bei Rymer l. c. V/3 86; Maximilian und Maria ratifizierten denselben d. d. Brüssel 1478 Okt. 10. Vgl. Rymer l. c. V/3 95. Zum Abdrucke konnte derselbe in diesem Werke nicht gelangen; ebenso wenig die von Maximilian u. Maria mit dem Herrscher Englands abgeschlossenen Verträge d. d. 1. Aug. 1480 (Rat. eines Vertrages über ewige Freundschaft und gegenseitige Unterstützung, den Karl von Burgund mit Eduard IV. von England geschlossen); d. d. 4. Aug. 1480 (Schadloshaltung des englischen Königs wegen der 50000 Kronen, die er durch Aufgabe der Freundschaft mit Frankreich verliert) und d. d. 5., 7. und 20. Aug. 1480 (Heirat Philipps, Maximilians und Maria's Sohn, mit Anna, Tochter Eduard IV.); alle diese Verträge sind bei Rymer l. c. V/3 109 ff. abgedruckt.

[2]) Die Erneuerung des Vertrages vom 12. Juli 1478 erfolgte am 2. Jan. 1487 zu Calais. (R. O.) Vgl. Rymer l. c. V/3 182; die Ratifikation seitens Maximilians und Philipps d. d. Brüssel 1487 Jan. 26 (R. O.) Vom Abdrucke dieser Vertragserneuerung musste aus den oben erwähnten Gründen gleichfalls Abstand genommen werden. Im R. O. (Box 20 Nr. 595) befindet sich überdies die Rat. Maximilians I. und Philipps von Burgund d. d. 15. März 1489 über eine am 28. Febr. 1489 getroffene Vereinbarung bezüglich Erneuerung des Vertrags vom 12. Juli 1478; das Or. dieser Vertragserneuerung findet sich gleichfalls im R. O. (B. 20 Nr. 596.)

1485 brachte er den Sohn in seine Gewalt, wurde er als dessen Vormund anerkannt. Ein Jahr später zog er als gewählter deutscher König in den Niederlanden ein, fest entschlossen, mit Frankreich abzurechnen. In diesem Sinne hatte er bereits im März 1486 mit dem Herzoge Franz II. von der Bretagne ein gegen Frankreich gerichtetes Bündnis geschlossen,[1] *das die Selbständigkeit der Bretagne, Maximilian aber mit der Hand der älteren Tochter des söhnelosen Herzogs dieses Landes den Erwerb desselben sichern sollte. In dem Wunsche, die Bretagne nicht in die Hände der Franzosen gelangen zu lassen, traf nun Maximilian mit Heinrich VII. zusammen. Wie Burgund und Spanien fürchtete auch England die Machterweiterung der französischen Krone an dieser Küste, doch zögerte Heinrich VII. durch Kämpfe im Innern in Anspruch genommen sich offen gegen Frankreich auszusprechen, das ihm in den Tagen der Not Zuflucht gewährt, mit dem er kurz nach seinem Regierungsantritte Verträge abschlossen hatte, die der Erhaltung des Friedens dienen sollten.*[2] *Er bot daher seine Vermittelung an und hielt an dem Frieden mit Frankreich auch dann fest, als englische Truppen unter Führung des Onkels seiner Frau an den Kämpfen gegen Frankreich teilnahmen. Dieser Krieg endete zu Gunsten der Franzosen, die nach mehreren Erfolgen im Jahre 1487 die Entscheidungsschlacht bei St. Aubin im Juli 1488 gewannen. Franz II. schloss mit Karl VIII. Frieden, versprach die Gegner Frankreichs aus dem Lande zu weisen und seine Töchter nicht ohne die Zustimmung des französischen Königs zu vermählen. Wenige Tage nach dem Abschlusse dieses Vertrages starb der Herzog; seine Tochter Anna war seine Erbin. Sofort erhob Frankreich Anspruch auf die Vormundschaft dieser minderjährigen Fürstin. Die Lage war eine schwierige. Von Maximilian war Hilfe vorerst nicht zu erwarten, da er in schwere Konflikte mit den flandrischen Ständen geraten, im Februar 1488 zu Brügge ihr Gefangener geworden war, im Mai sich durch eidliche Zugeständnisse losgekauft hatte, trotzdem aber an dem Rachekriege teilnahm, den sein Vater gegen die Nie-*

---

[1]) *Vgl. Ulmann l. c. I. 11; Cherrier, Hist. de Charles VIII. I. 145.*

[2]) *Für die Beziehungen Heinrichs VII. zu Frankreich in dieser Zeit, Busch W., Heinrich VII. 41 ff. und die dort zitierte Literatur.*

derlande führte.[1]) *Da rettete das Interesse der Nachbarmächte, insbesondere die kluge Politik Ferdinand des Katholischen, Anna und ihr Reich. Den Bemühungen dieses Fürsten, der dem Wunsche Heinrichs VII. durch verwandtschaftliche Beziehungen zum spanischen Königshause seinen Thron zu stützen entgegen kam, gelang es auch Heinrich VII. zu einer Änderung seiner Haltung, zu einem entschiedenen Eingreifen zu Gunsten der bretagnischen Erbin zu vermögen.*[2]) *Da aber Ferdinand eine günstige Beendigung des Kampfes gegen Frankreich nur dann für möglich hielt, wenn auch Maximilian an der Aktion teilnahm und durch seinen Gesandten in London in nachdrücklichster Weise diesen Standpunkt betonte, sah sich Heinrich VII. genötigt, dem sich ihm nähernden Maximilian entgegenzukommen.*

Leicht war eine Einigung zwischen den beiden Fürsten nicht zu erzielen;[3]) *nicht nur das beiderseitige Mistrauen, sondern tiefgehende Differenzen, auch solche handelspolitischer Natur, erschwerten jede Vereinbarung. In dem Streite gegen ihren Herrn hatten die Vlämen die Hilfe Englands angerufen, und Heinrich VII. hätte gerne die Gelegenheit ergriffen, das gespannte Verhältnis zu bessern, in dem er zu den Vlämen stand. Es bedurfte des ganzen Einflusses des in London weilenden spanischen Botschafters, um Heinrich VII. soweit zurückzuhalten, dass er sich mit der Abschickung eines Gesandten begnügte, der den Vlämen das Bedauern des Königs über ihre Differenzen mit Maximilian ausdrückte und erklärte, dass Heinrich VII. keineswegs verpflichtet sei, Maximilian zu unterstützen. Aber die Erbitterung Heinrichs zumal darüber, dass gerade das burgundische Wittum Margarethens den Herd yorkischer Umtriebe bildete, war noch im Sommer 1488 so gross, dass er sich entschieden weigerte mit Maximilian in Verbindung zu treten. Erst der Druck, den die spanische Regierung auf ihn ausübte, bewog ihn, dem Gedanken einer Allianz mit dem deutschen Könige*

---

[1]) *Vgl. Ulmann l. c. I. 19 ff.*

[2]) *Für die Beziehungen Heinrichs VII. zu Spanien ist insbesondere die zitierte Publikation Bergenroths, Einleitung und Akten, zu vergleichen.*

[3]) *Vgl. für die Beziehungen Maximilians zu Heinrich VII. Busch l. c. 48 ff. und die dort zitierte Literatur, insbesondere Campbell l. c. II. 232 ff., Bergenroth I. 10 ff., sowie Ulmann l. c. I 66 f..*

näher zu treten. Seit dem Herbste 1488 wurden die Verhandlungen gepflogen. Sie führten nach mancherlei Schwierigkeiten, zu denen namentlich die Pläne Maximilians auf die Hand der Erbin der Bretagne Anlass gaben, zum Abschlusse eines Vertrages,[1] *der die Kontrahenten zum gegenseitigen Einschlusse in alle übrigen Bündnisse und zur wechselseitigen Hilfe nach jeweiligem Vermögen verpflichtete. Auch wurde der freie Handelsverkehr der beiderseitigen Untertanen von neuem garantiert. Besonders ernst scheint aber diese Verbindung von keiner Seite genommen worden zu sein; vielmehr dachte jeder der Herrscher lediglich an die Vorteile, die ihm aus dieser Verbindung erwachsen konnten. Für Maximilian zeigten sich dieselben alsbald. Die Beschäftigung Frankreichs durch die Spanier und Engländer erleichterte ihm die Unterwerfung Flanderns und Brabants, während Heinrich VII. seinerseits Handelsverträge mit Flandern abschloss, die seinem Bestreben entsprachen, der Industrie Englands jenseits des Kanales Absatzgebiete zu eröffnen.*

Zu der geplanten grossen Expedition in die Bretagne und zum energischen Kampfe gegen Frankreich kam es aber nicht. Die Verhältnisse im Osten, die Rücksichtnahme auf seine Erblande liessen es Maximilian rätlich erscheinen, den Frieden mit Frankreich, den der Papst vermittelte, anzunehmen. Die Frankfurter Abmachung vom 22. Juli 1489[2] *brachte zwar keine vollständige Beilegung der Konflikte mit Frankreich, aber sie diente dazu, dem deutschen Könige die Unterwerfung Flanderns zu erleichtern. Am 30. Oktober 1489 wurde der Vertrag geschlossen, durch den Maximilian als rechtmässiger Vormund Philipps und als Gouverneur Flanderns anerkannt wurde.*[3] *Den Engländern war der Beitritt zum Frankfurter Vertrage offen gelassen worden; soweit hielt sich Maximilian durch die in Dortrecht eingegangenen Verpflichtungen für gebunden; allein seine Allianz mit England hinderte ihn nicht, bezüglich der Bretagne Abmachungen mit Karl VIII. zu*

---

[1]) *Vgl. den Abdruck im Anhange Nr. 2; daselbst auch die Bemerkungen über das Datum des Vertrages.*

[2]) *Vgl. den Druck bei Dumont l. c. III|2 237.*

[3]) *Vgl. den Druck bei Dumont III|2 244 mit unrichtigem Datum; vgl. Ulmann l. c. I. 72 Anm.*

treffen, die lediglich seinen Interessen dienen sollten. Zur Durchführung dieser Pläne kam es aber vorerst nicht. Der plötzliche Tod des Königs Matthias von Ungarn — 6. April 1490 — nötigte Maximilian sich mit den Verhältnissen im Osten Europa's eingehender zu beschäftigen, und da seine Bemühungen mit Frankreich zu einer völligen Einigung zu gelangen scheiterten, suchte er neuerdings engeren Anschluss an Heinrich VII, der, mehr durch Not als durch Neigung bewogen, die ihm zum Bunde ausgestreckte Hand Maximilians ergriff. Am 11., 12. und 13. September 1490 wurden die Bündnisse geschlossen, durch die bestimmt wurde, dass der Angriff Frankreichs nicht nur auf einen der beiden Kontrahenten, sondern ebenso auf Burgund oder die Bretagne den anderen zur sofortigen Hilfeleistung verpflichten sollte; auch gelobten die beiden Könige in 3 Jahren mit ganzer Macht gegen Frankreich zu Felde zu ziehen.[1])

Bald darauf fand die Trauung des Kaisers mit Anna von der Bretagne durch Procuratie statt.[2]) *Maximilian selbst weilte damals im Osten seines Reiches, mit den wichtigsten Fragen beschäftigt; doch verzichtete er auf den derzeitigen Erwerb der ungarischen Krone, um freie Hand für die Durchführung seiner Pläne im Westen zu erlangen. Allein wenige Wochen, nachdem er durch den Pressburger Vertrag sich die Möglichkeit eines energischen Vorgehens gegen Frankreich gesichert hatte,*[3]) *erfuhr er, dass Anna sich zur Vermählung mit Karl VIII. entschlossen habe,*[4]) *und als er im folgenden Jahre den Krieg gegen Frankreich mit allem Eifer zu führen begann, fand er nicht nur bei den deutschen Fürsten geringes Entgegenkommen, auch Heinrich VII. zögerte, wusste ernste Konflikte mit den Franzosen zu vermeiden und schloss gegen Ende des Jahres, — 3. Nov. 1492 — eben in dem Augenblicke, da Maximilian einen entscheidenden Schritt seines Bundesgenossen*

---

[1]) *Vgl. den Abdruck im Anhange zu diesem Kapitel Nr. 3—5. Für den Gang der Verhandlungen Busch l. c. 61 und 343; Ulmann l. c. I. 117 ff. Die Vollmacht Maximilians zum Abschlusse mit England ist datiert Ulm 1490 Mai 22; abgedruckt bei Dumont l. c. III|2 254.*

[2]) *Vgl. Busch l. c. 62 und 343.*

[3]) *Vgl. Ulmann l. c. I. 129 f.*

[4]) *Vgl. die Verträge vom 25. Nov. und 6. Dez. 1491 bei Dumont l. c. III|2 269 ff.; für die Ereignisse Busch l. c. 65.*

erwartete, mit Frankreich den Frieden zu Etaples, der ihm Handelsfreiheit und eine grosse Summe Geldes eintrug.[1]) *Für Maximilian bedeutete der Abfall Englands eine schwere Enttäuschung; er verschloss sein Rachegefühl in seinem Herzen und suchte den Kampf mit Karl VIII. fortzusetzen, obgleich sich auch Spanien zu Beginn des Jahres 1493 mit Frankreich einigte.*[2]) *Er hat diesen Krieg nicht ohne Erfolg geführt; doch liessen es ihm verschiedenene Rücksichten wünschenswert erscheinen, auch seinerseits zu einer gütlichen Vereinbarung mit Karl VIII. zu gelangen; sie erfolgte im Mai 1493 durch den Frieden von Senlis; ehrenvoll genug.*[3]) *Maximilian behielt die Freigrafschaft und Artois, die er im Felde behauptet hatte, und konnte seine in Frankreich erzogene Tochter, Margarethe, die zur Gattin Karls VIII. ausersehen gewesen war, in die Arme schliessen. Sein Groll aber gegen den ungetreuen Bundesgenossen war grenzenlos. Dass er selbst durch den Frankfurter Vertrag dem englischen Könige die Wege gewiesen, hatte er ganz vergessen; er wartete nur auf eine günstige Gelegenheit, Heinrich VII. seinen Hass fühlen zu lassen. Nur zu bald fand sich eine. Unter den zahlreichen Personen, die Heinrch VII. gegenüber ihr Anrecht auf den englischen Thron geltend zu machen suchten, hat keiner dies mit grösserer Zähigkeit und mehr Erfolg zu thun verstanden, als der Zollaufseherssohn Perkin Warbeck, der sich Richard von England nannte und die Behauptung aufstellte, der aus dem Tower entkommene Sohn Eduards IV. zu sein. Zuerst in Irland, dann in Frankreich, hatte er, von den vielen Feinden Heinrichs VII. unterstützt, seine Sache mit den Waffen in der Hand vertreten.*[4]) *Durch eine besondere Abmachung hatte sich Karl VIII. auf*

---

[1]) *Vgl. den Druck bei Dumont l. c. III|2 291 ff.; für den Gang der Ereignisse und für die Verhandlungen, die zum Frieden führten, Busch l. c. 68 ff. u. 344 f. In dem Vertrage vom 3. Nov. 1492 wurde festgesetzt, dass Max. I. und Philipp auf ihr Begehren in die zwischen England und Frankreich getroffene Abmachung aufgenommen werden sollten.*

[2]) *Dumont l. c. III|2 297 ff.*

[3]) *Abdruck bei Dumont l. c. III|2 297 ff.; vgl. Ulmann l. c. I. 165 ff.*

[4]) *Vgl. über Warbeck und seine Verschwörung Busch l. c. 86 ff. und die dort zitierte Literatur, insbesondere die Arbeit Gairdners J., Hist. of the life and reign of Rich. III. To which is added the story of Perkin Warbeck. II. Aug. Lond. 1879.*

Heinrichs ausdrücklichen Wunsch gelegentlich des Friedens von Etaples verpflichtet, keine Gegner des englischen Königs zu unterstützen, noch in Frankreich zu dulden, und er hatte dieser Verpflichtung entsprechend Warbeck aus seinem Lande gewiesen. Doch fand dieser Zuflucht und weitgehende Unterstützung bei der Herzogin-Witwe Margarethe, Maximilians Schwiegermutter, einer geborenen York, die Warbeck als Neffen anerkannte, und Maximilian ergriff die sich ihm darbietende Gelegenheit mit Eifer, Heinrich VII. Schwierigkeiten zu bereiten. Es kam zu erregten Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Herrscher und bald darauf zu entscheidenden Massregeln[1]*. Obgleich auf die Förderung des englischen Handels bedacht, untersagte Heinrich VII. seinen Kaufleuten den Verkehr mit den Untertanen Philipps, Maximilians Sohn, verlegte den von den „merchant adventures" in Antwerpen gehaltenen Markt nach Calais (Sept. 1493), verwies die flandrischen Kaufleute aus England, nahm ihre Güter in Beschlag. Ein halbes Jahr darauf wurde die Einfuhr englicher Tücher nach Flandern, ihr Kauf und Verkauf daselbst verboten, dem englischen Kaufmanne die Niederlande verschlossen. Die Folgen dieser Massregeln trafen die Untertanen beider Fürsten schwer; sie murrten laut und suchten die Beschlüsse ihrer Herren so gut es ging zu umgehen. Doch wurden die Edikte gegen den Verkehr von Philipp erneuert und Maximilian hielt unpolitisch genug an Warbeck fest,*[2] *obgleich die allgemeine Lage nicht minder gebieterisch als seine eigenen Interessen einen Ausgleich mit Heinrich VII. forderten. Im März 1495 war zwischen dem Papst, Spanien, Mailand, Venedig und Maximilian die heilige Liga zu Venedig geschlossen worden,*[3] *und es war den verbündeten Mächten ge-*

---

[1]) *Vgl. dafür und für das folgende Busch l. c. 90 ff.; Schanz l. c. I. 18 f.*

[2]) *In dieser Zeit wurde auch der Vertrag zwischen Warbeck und Maximilian geschlossen, durch den der letztere für den Fall des unbeerbten Todes des Prätendenten zum Erben desselben in England, Frankreich, York und Schottland eingesetzt wurde. — Im St.-A. befindet sich s. d. Mecheln 1495 Jan. 24. das Or. dieser Erklärung; ebendaselbst (Reichsregistratur G. G. 73) ein kurz gefasstes Konzept derselben d. d. 1494 Nov. 9. Da Warbeck nicht Herrscher Englands war, konnte dieses Dokument in dieses Werk nicht aufgenommen werden. Es ist u. a. abgedruckt bei Gudenus Cod. dipl. Mog. IV. 502 f. Vgl. Busch l. c. 97; Ulmann l. c. I. 264 und Gairdner l. c. 355 f.*

[3]) *Inhaltsangabe bei Bergenroth l. c. I. 55 f.*

lungen die italienischen Pläne Karls VIII. zu durchkreuzen. Allein es drohte eine Wiederholung der französischen Übergriffe und der geistige Führer der Verbündeten, Ferdinand der Katholische, wünschte dringend den von Frankreich angegangenen englischen König zum Eintritt in die Liga zu bestimmen,[1] *zumal seitdem der Herzog von Mailand zu Karl VIII. abgefallen war. Heinrich war bereit, sich auf die Seite der Alliirten zu schlagen, doch weigerte sich Maximilian, die Forderung des englischen Königs, die Preisgebung Warbecks, zu erfüllen. Vergebens bemühten sich die Verbündeten den Kaiser umzustimmen. Er widersetzte sich längere Zeit dem Beitritte Heinrichs VII. zur Liga und liess Warbeck auch dann nicht fallen, als er auf neuerliches Drängen seiner Alliirten die Einwilligung zur Aufnahme Heinrichs VII. in den gegen Frankreich gerichteten Bund gab.*[2] *Selbst die Wandlung der burgundischen Politik, die sich deutlich in dem am 24. Febr. 1496 zu London abgeschlossenen Handelsvertrage aussprach,*[3] *der u. a. auch beiden Teilen die Unterstützung von Rebellen gegen den Verbündeten verbot, brachte nicht den erhofften Wechsel in der Gesinnung Maximilians I.*

Ferdinand der Katholische sah sich daher zu neuen Zugeständnissen an Heinrich VII. genötigt, ohne jedoch verhindern zu können, dass mit dem Eintritte Englands in die Liga — der darauf bezügliche Vertrag wurde zu Rom am 18. Juli 1496 geschlossen[4] *— diese ihren aggressiven Charakter verlor. Der Bund gegen Frankreich dauerte aber überhaupt nicht lange; nacheinander schlossen im Laufe der nächsten Jahre die einzelnen Mitglieder desselben ihren Frieden mit Frankreich; selbst Burgund näherte sich den Franzosen.*[5] *Nur Maximilian hielt*

[1]) *Vgl. u. a. Lanz l. c. 38 f. und Bergenroth Cal. Spain l. c. I. Einleitung und Akten.*

[2]) *Die Vollmacht Maximilians ist datiert 1496 April 18; ein Konzept derselben befindet sich im St.-A. Reichsregistratur; vgl. für die Angelegenheit selbst Busch l. c. 132, Ulmann l. c. I. 410 ff.*

[3]) *Vgl. den Abdruck u. a. bei Rymer l. c. V/4 82 ff., Dumont l. c. III/2 376 ff. Für die engl.-burg. Beziehungen vgl. Schanz l. c. I. 18 f., Busch l. c. 154 f., 365 f.*

[4]) *Vgl. den Abdruck im Anhange Nr. 6. Für die Situation Busch l. c. 133 Text u. Anm. 2, Ulmann l. c. I. 405; Lanz l. c. I. 38 Anm. Heinrich VII. rat. den Vertrag am 23. Sept. 1496; vgl. Bergenroth l. c. I. 113 f.*

[5]) *Vgl. Ulmann l. c. I. 588 f.*

aus und begann unmittelbar nach dem Tode Karls VIII., gegen dessen Nachfolger Ludwig XII., der des Kaisers Forderungen bezüglich des Herzogtums Burgund zu erfüllen sich weigerte, einen — allerdings erfolglosen — Krieg, dem erst der Trienter Vertrag vom 13. Oktober 1501 ein Ende bereitete.[1]) *Aber auch diese Einigung, die nicht nur Frieden und Bündnis und gegenseitige Garantie des Besitzes, sondern auch wechselseitige Heirat zur Folge haben sollte, war nicht aufrichtig gemeint. Die übernommenen Verpflichtungen wurden nicht in vollem Umfange eingehalten. Doch hielten die Furcht Ludwigs XII. vor einer Verbindung Maximilians mit Ferdinand dem Katholischen und der Wunsch des Kaisers, die geplante Allianz des französischen Herrschers mit seinen Feinden zu verhindern, die beiden Monarchen vom Bruche der äusserlich freundschaftlichen Beziehungen ab. Es gelang sogar Philipp von Burgund im Jahre 1504 eine neue Vereinbarung zwischen seinem Vater und Ludwig XII. zu Stande zu bringen, die nicht nur die Beilegung der bestehenden Konflikte, sondern eine innige Verbindung zur Folge haben sollte.*[2])

Allein auch dieses Bündnis währte nur so lange, als es den beiden Herrschern genehm schien, und schon im Jahre 1506 hatte sich die Lage durch den Tod Philipps von Burgund, durch die Besitzergreifung Kastiliens seitens Ferdinand des Katholischen — Ludwigs XII. Bundesgenossen — und durch die Verbindung Venedigs mit Frankreich so geändert, dass Ludwig XII. an die Einhaltung der Maximilian gemachten Zusagen nicht dachte, und dieser ernstlich mit der Wiederaufnahme der Waffen gegen den treulosen Verbündeten rechnete.[3]) *Von der grössten Bedeutung für den Ausgang eines solchen Kampfes musste die Haltung des englischen Königs sein. Volle Sicherheit, dass Heinrich VII. sich zur Teilnahme an einem gegen Ludwig XII. geführten Kriege entschliessen werde, besass Maximilian nicht. Wohl war in den Beziehungen der beiden Herrscher seit der Gefangennahme und Hinrichtung Warbecks — 1499 — ein Wechsel zum besseren eingetreten, und wenn auch Maximilian*

---

[1]) *Gedruckt u. a. bei Dumont l. c. IV|1 16 f.; für die Lage vgl. Ulmann l. c. II. 107 ff. und die dort zitierte Literatur.*

[2]) *Vgl. Ulmann l. c. II. 151 ff.*

[3]) *Ebenda, 172 ff.*

einem neuen berechtigteren Prätendenten, dem Grafen Suffolk,[1]) *Hilfe versprach, so geschah dies in zurückhaltenderer Weise. Und als Philipp, der sich im Mai 1499 mit England ausgesöhnt hatte, im Jahre 1501 auf Wunsch des englischen Königs eine Annäherung desselben an seinen Vater herbeizuführen versuchte, fand er bei diesem keinen prinzipiellen Widerspruch. Es bedurfte freilich langer Verhandlungen, bei denen das tiefe Mistrauen der beiden Herrscher immer wieder zum Vorschein kam, bis am 19. und 20. Juni 1502 die Verträge zu Stande kamen, durch welche die Handelsbeziehungen der beiderseitigen Untertanen geregelt wurden und Maximilian Suffolk preisgebend sich verpflichtete alle Rebellen aus seinem Lande auszuweisen, dieselben als Kapitalverbrecher zu bestrafen, wogegen Heinrich ihm eine grössere Summe zur Verfügung stellte, die er im Hinblicke auf den Türkenkrieg dringend benötigte.*[2]) *Maximilian erhielt das Geld; sein Versprechen erfüllte er aber nur, soweit es ihm zweckmässig schien. Trotzdem blieben die Beziehungen der beiden Herrscher wenigstens äusserlich freundschaftliche. Selbst die handelspolitischen Konflikte, in die bald darauf der Vermittler der österreichisch-englischen Vereinbarung, Philipp von Burgund, mit Heinrich VII. geriet,*[3]) *hatten keinen wesentlichen Wechsel in der Haltung Maximilians zur Folge, vielmehr sprach er der Beilegung dieser Differenzen das Wort und half selbst nach dem Tode seines Sohnes die bereits angebahnte Einigung zwischen den Niederländern und Engländern zu Stande bringen.*[4])

---

[1]) *Vgl. über Suffolk Busch l. c. 172 ff. und die 369 zitierte Literatur.*

[2]) *Vgl. den Abdruck dieser Verträge im Anhang Nr. 7—10; für die Beziehungen der beiden Fürsten in dieser Zeit, Busch l. c. 177 ff. u. 372 f. und Gairdner Lettres and papers ill. of the reigns of Rich. III. and H. VII. I. 137 ff. Busch macht p. 373 darauf aufmerksam, dass man den Vertrag vom 19. Juni fälschlich (u. a. auch Schanz I. 28) als einen Vertrag Englands und Burgunds bezeichnet habe, während in der Tat die Bevollmächtigten, obgleich Beamte Philipps von Burgund, für Maximilian verhandelten. Über die Beschwörungen des Vertrages durch Maximilian 12. Febr. 1503 und Heinrich VII. 2. April, Busch l. c. 183 f. und 373 f.*

[3]) *Vgl. Lanz l. c. 82 f.; Schanz l. c. I. 28 und dazu Busch l. c. 375 ff.*

[4]) *Vgl. Lanz l. c. 87; Busch l. c. 202 ff. und die daselbst 205 Anm. zitierte Literatur. Der provisorische Handelsvertrag d. d. Brügge 5. Juni 1507 (Rymer l. c. V/4 p. 237) wurde zwar von Maximilian I. und Karl von Spanien mit England geschlossen, doch glaubte der Herausgeber von der Aufnahme desselben in die vorliegende Publikation Abstand nehmen zu müssen, weil derselbe*

Ein weit wirksameres Lockmittel bot ihm aber bei seinen Bemühungen den englischen König zu gewinnen, der Wunsch des letzteren sich mit Maximilians Tochter Margarethe, seine Tochter Marie mit Maximilians Enkel Karl, dem voraussichtlichen Erben der ganzen habsburgischen und spanischen Ländermasse, zu vermählen.[1]) *Schon seit langem hatte sich Heinrich VII. um das letztere Projekt bemüht, aber erst seit dem Jahre 1506, nachdem die Konkurrenz Frankreichs beseitigt war, wuchsen die englischen Hoffnungen und Maximilian selbst war es, der in diesem Jahre die Ehe Karls und Marias in Vorschlag brachte, zu der ihm Philipp geraten habe. Ja auch der Ehe Margarethens mit Heinrich VII. hat Maximilian — freilich vergebens*[2]) *— aus politischen Gründen das Wort geredet. Dagegen wurden Ende 1507 die Verhandlungen über die Verbindung der Häuser Habsburg und Tudor abgeschlossen. In Calais wurden am 21. Dez. 1507 die Verträge unterzeichnet, durch welche die Ehe Karls mit Maria bestimmt wurde und beide Fürsten sich zur gemeinsamen Verteidigung des beiderseitigen Besitzes und zum Schutze gegen Rebellen verpflichteten.*[3]) *Für*

---

lediglich die niederländisch-englischen Handelsbeziehungen betrifft, eine Erläuterung des im Jahre 1496 Februar 24 von Philipp von Burgund mit Heinrich VII. geschlossenen Handelsvertrages bietet, und weil Maximilian an den späteren definitiven Abmachungen zwischen Karl und den Engländern nicht teilnahm.

[1]) *Vgl. für diese Frage Busch l. c. 227 ff. und die dort 384 f. zitierte Literatur.*

[2]) *Vgl. Busch l. c. 228.*

[3]) *Von dem Abdrucke der Dokumente, die sich auf die Ehe Karls beziehen — neben dem Heiratsvertrage d. d. Calais 1507 Dez. 21. kommen noch eine Reihe von Urkunden des Jahres 1508 in Betracht (vgl. Rymer l. c. V/4, 239 ff.; Dumont l. c. IV/1 93 ff.) — musste im Hinblicke auf die von der Kommission festgesetzte Ausschliessung der habsburgischen Heiratsverträge, Abstand genommen werden. Maximilian erscheint übrigens in dem Vertrage vom 21. Dezember 1507 lediglich als „rex Romanorum et avis et tutor praefati principis Hispanici" (id. est Caroli), nicht als Herrscher Österreichs; in der Ratifikationskunde d. d. Brixen 1508 Februar 22. findet sich dann im Titel Maximilians auch der Ausdruck „archidux Austriae." Auch in dem im Anhange Nr. 11 abgedruckten Freundschaftsvertrage wird Maximilian in den einleitenden Worten nur als Teilnehmer in seiner Eigenschaft als tutor, gubernator et administrator corporis et bonorum dicti principis Hispaniorum angeführt. Auch beziehen sich die ersten 12 Artikel lediglich auf Heinrich VII. und Karl von Spanien. Da aber im 13. Artikel ausdrücklich betont wird, dass die Gesandten diesen Vertrag auch im Namen Maximilians I. als römischen König abschliessen und in seinem Namen die Beobachtung desselben in allen*

Maximilian war der Hauptzweck dieser Allianz die Freundschaft und Teilnahme Englands am Kampfe gegen Spanien und Frankreich.

Das Jahr 1508 ist mit Verhandlungen ausgefüllt, die diesem Ziele dienen sollten; aber nur zu einem grossen Bunde gegen Ferdinand wollte Heinrich VII. seine Hand bieten, an ein aggressives Vorgehen gegen Frankreich, das Maximilian mehr als alles andere wünschte, dachte der englische König jetzt ebensowenig wie in früherer Zeit.[1]) *Unter diesen Umständen konnte Maximilian, der nicht einmal den Venetianern im Felde Stand zu halten vermochte, auf einen erfolgreichen Kampf gegen die geeinigte Macht Ferdinands und Ludwigs XII. nicht hoffen. So entschloss er sich, wie vor Jahren, mit kühner Wendung ins Lager seiner bisherigen Gegner überzutreten; aus dem Feinde Frankreichs und Spaniens wurde durch die Abmachungen von Cambray — Ende des Jahres 1508*[2]) *— der Verbündete dieser Mächte gegen die Venetianer, deren grosser Besitz jedem der Alliierten Hoffnung auf eine entsprechende Beute bot. In dem Masse aber, als die Aussicht auf eine Einigung mit Frankreich und Spanien wuchs, nahm das Interesse Maximilians an der Durchführung seiner mit Heinrich VII. geschlossenen Verträge ab. Er, der vordem der eifrigste Förderer der Ehe Heinrichs mit Margarethe gewesen war, stand diesem Plane nun gleichgültig gegenüber, wollte von einer persönlichen Zusammenkunft mit Heinrich VII., für die er früher eingetreten war, nichts hören und trat nur deshalb für die definitive Ordnung der Heirat Karls und Maria's ein,*[3]) *weil er erst nach dem Abschlusse derselben auf die Auszahlung der ihm zugesagten Geldsumme rechnen konnte.*[4]) *Es ist bezeichnend, dass wenige Tage, bevor in London die feierliche Zeremonie der Vermählung*

Punkten versprechen, Maximilian I. denselben am 22. Februar 1508 in aller Form als zu Recht bestehend anerkannte, glaubte der Herausgeber diesen Vertrag in die vorliegende Publikation aufnehmen zu sollen.

[1]) *Vgl. Ulmann l. c. II. 308 f.; Busch l. c. 230 ff.*

[2]) *Vgl. den Abdruck u. a. bei Dumont l. c. IV/1 110 ff.; für die Haltung Max. Ulmann II. 367 ff., Busch l. c. 232 ff.*

[3]) *Die darauf bezugnehmenden Dokumente vom 11. Okt. 1508, die in diesem Zusammenhange nicht abgedruckt werden können, sind u. a. gedruckt bei Rymer l. c. V/4 259 ff.*

[4]) *Vgl. Busch l. c. 234 f. und die 385 zitierte Literatur.*

Karls mit Maria vorgenommen wurde,[1]) *Maximilian als Verbündeter Frankreichs die Ligue von Cambray unterzeichnete.*[2]) *Allerdings erfüllte sich die Hoffnung des ehrgeizigen Kaisers, grosse Erfolge an der Seite des französischen Königs zu erringen, diesmal ebensowenig wie bei früheren Gelegenheiten. Ludwig XII. wünschte von Maximilian unterstützt zu werden, wollte aber dessen Macht nicht mehren; er verstand es einen Ausgleich des Kaisers mit Venedig zu hintertreiben und die Truppen des ersteren für die Durchführung seiner Pläne zu verwenden, ohne ihm den erhofften Ländergewinn zu gestatten. Vergebens bemühte sich Maximilian für das Jahr 1510 ein gemeinsames Vorgehen der Verbündeten gegen die Venetianer zu Stande zu bringen; Papst Julius II., dem das Übergewicht des französischen Herrschers auf der apenninischen Halbinsel unangenehm wurde, lockerte nicht nur seine Verbindung mit den Alliierten von Cambray, sondern suchte Maximilian zu einem gegen Frankreich gerichteten Bündnisse zu bewegen. Allein Maximilian hielt, obgleich es Ferdinand der Katholische und Heinrich VIII., der das von seinem Vater am 20. Juni 1502 mit Maximilian I. geschlossene ewige Bündnis am 20. August 1509 erneuert hatte,*[3]) *an Bemühungen nicht fehlen liessen in gleichem Sinne zu wirken, durch weitgehende Anerbietungen Ludwigs XII. getäuscht, an Frankreich fest und trachtete, nachdem er durch den neuen Vertrag von Blois — Nov. 1510 —*[4]) *seine Beziehungen zu Frankreich noch inniger gestaltet hatte, auf dem Kongresse zu Mantua — 1511 — die alte Liga gegen Venedig wieder lebendig zu machen.*

Sein Streben blieb erfolglos; dagegen gelang es Julius II. — Okt. 1511 — die „heilige Liga" mit Ferdinand dem Katholischen und den Venetianern zu Stande zu bringen, der bald

---

[1]) *17. Dez. 1508; das „Instrument" darüber ist u. a. abgedruckt bei Dumont l. c. IV/1 119 f.; Rymer l. c. V/4 265 f.*

[2]) *Abgedruckt u. a. Dumont l. c. IV/1 109 f.; das Or. der Beschwörung des Vertrages durch Maximilian vom 26. Dez. im St.-A.*

[3]) *Abdruck im Anhange Nr. 12; vgl. Brewer l. c. I. 58 N. 432; für die Politik Heinrich VIII. in dieser Zeit Brewer l. c. Einleitung XXXII ff. und Akten Nr. 1676. 1682 u. a. m.; Brosch l. c. VI. 38 ff. und Pauli, Anfänge Heinrich VIII. l. c. 147 ff.*

[4]) *Abdruck u. a. bei Dumont l. c. IV/1 132; Inhaltsangabe bei Bergenroth Cal. l. c. II. 112 ff. Vgl. Ulmann l. c. II. 419 und die dort zitierte Literatur.*

darauf auch Heinrich VIII. von England beitrat. Auch Maximilian war der Eintritt offen gelassen worden, allein er zögerte, obgleich der Feldzug des Jahres 1511 und Ludwigs XII. Verhalten ihm wenig Zweifel darüber liessen, dass er an der Seite Frankreichs die erwünschte Gebietserweiterung nicht erreichen werde, zu den Gegnern seines jetzigen Verbündeten überzutreten, da er sich den neuerlichen Wechsel möglichst teuer bezahlen lassen wollte. Erst die weitgehenden Zugeständnisse, zu denen sich Julius II. im Verlaufe der Unterhandlungen entschloss, namentlich sein Versprechen des Kaisers Forderungen an Venedig durchzusetzen, vermochten Maximilian I. gegen Ende des Jahres 1512 mit dem Papste einen Vertrag abzuschliessen,[1] *der freilich durch seine Venedig schädigenden Bestimmungen den Abfall dieser Macht und die Verbindung derselben mit Ludwig XII. zur Folge hatte.*

Dafür gelang es Maximilian die von seiner Tochter Margarethe mit Heinrich VIII. von England seit langem gepflogenen Verhandlungen zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Das am 5. April 1513 zu Mecheln abgeschlossene Bündnis führte die beiden Mächte, die sich im Laufe der letztvergangenen Jahrzehnte gegen Frankreich verbündet hatten, wieder in dem Bestreben zusammen, alle Gebiete, die einst den Herzogen von Burgund oder den Königen von England gehört hatten und sich jetzt im französischen Besitze befanden, für die rechtmässigen Herren wieder zu gewinnen.[2]

Maximilian verpflichtete sich, den für den Sommer 1513 festgesetzten Feldzug persönlich mitzumachen, auch Truppen und Kriegsbedarf zu liefern, wofür ihm Heinrich VIII. eine grössere Subsidie zahlen sollte.[3] *Man dachte an die Mitwirkung*

---

[1]) *Vgl. Brosch l. c. VI. 42; Lanz l. c. 121 ff.*

[2]) *Vgl. Ulmann l. c. II. 460, Brosch l. c. V. 46.*

[3]) *Abdruck des Vertrages im Anhang Nr. 13; für die Beziehungen Heinrich VIII. zu Maximilian vgl. Brewer l. c. XLII ff.; Ulmann l. c. II. 460 f. Der Waffenstillstandsvertrag vom 1., resp. 6. April 1513 konnte in diese Publikation nicht aufgenommen werden, da England und Österreich in demselben nicht als Vertragsgegner auftreten, derselbe vielmehr von den Gesandten Ferdinand des Katholischen und Ludwigs XII., von den ersteren auch im Namen Maximilians I. und Heinrichs VIII., von den letzteren auch im Namen Jakobs IV. von Schottland und Karls von Geldern geschlossen wurde. Vgl. Ulmann l. c. I 461 u. Anm. und Pauli, Anf. H. VIII. l. c. 271.*

Ferdinand des Katholischen und des Papstes, und wollte alle Verbündeten verpflichten, nur bei allgemeiner Zustimmung den Frieden mit Frankreich zu schliessen.[1])

Allein auch diesmal gelang es nicht, die durch so verschiedenartige Interessen bestimmten Fürsten zusammenzuhalten; das geplante grosse Bündnis, das alle Feinde Frankreichs umfassen sollte, kam nicht zu Stande, ja Ferdinand von Spanien, eifersüchtig auf seine Verbündeten, schloss einen einjährigen Waffenstillstand mit Ludwig XII.,[2]) *so dass die Hauptlast des Krieges auf den Schultern Heinrichs VIII. und Maximilians ruhte. Sie führten denselben nicht ohne Erfolg. Unter Maximilians Führung siegten die Engländer bei Guinegate — August 1513 — über die Franzosen und auch im Kampfe gegen die Venetianer erwiesen sich die verbündeten Truppen als die überlegenen. Doch verstand es Ludwig XII. durch eine geschickte wenn auch treulose Politik die Alliierten um die Früchte ihrer Siege zu bringen. Die in Frankreich eingefallenen Schweizer zogen, nachdem der französische König mit ihnen einen für sie vorteilhaften Frieden abgeschlossen hatte — dessen Bedingungen er später nicht einhielt — aus Frankreich ab und auch das englische Heer kehrte ohne die entsprechenden Resultate erzielt zu haben, in seine Heimat zurück. Immerhin waren die Erfolge der Verbündeten gross genug gewesen, sie für einen erneuten Kampf im folgenden Jahre günstig zu stimmen, zumal der entscheidende Sieg der Engländer über die Schotten bei Flodden — 9. Sept. 1513 — bei Maximilian die berechtigte Hoffnung erweckte, dass Heinrich VIII. mit seiner ganzen Kraft an dem Feldzuge des folgenden Jahres teilnehmen werde. Auch zeigte Ferdinand der Katholische Neigung nach Ablauf des Waffenstillstandes mit Frankreich an der Aktion gegen dasselbe teilzunehmen. Unter diesen Umständen gelang es unschwer eine neue Einigung zwischen dem Kaiser, Spanien und England*

---

[1]) *Am 4. Sept. 1513 d. d. Aire stellte Maximilian eine Bestätigung über den Empfang von 100000 Goldkronen aus, die er in Gemässheit des am 5. April 1513 mit Heinrich VIII. geschlossenen Vertrages erhalten habe. (Or. R. O.) Vgl. Brewer l. c. I. p. 666 Nr. 4435.*

[2]) *Vgl. für die Situation Ulmann l. c. II. 462; die Ratifikation des Vertrages von Mecheln zog sich durch das Verhalten Ferdinands von Spanien hinaus; vgl. Le Glay Corr. de l'emp. Max I. et de Marg. d'Autriche 1507—1519 II. 141, 163; Brewer l. c. 572 ff., 578, 617 ff., 621 f. u. a. m.*

zu Stande zu bringen. In den zu Lille am 16. u. 17. Okt. 1513 geschlossenen Verträgen[1] *verpflichteten sich die Alliirten im Sommer 1514 den Kampf gegen Frankreich von 3 Seiten her wieder aufzunehmen. Dem Kaiser wurde zur Aufstellung eines Heeres von 10.000 Mann an der Nordgrenze Frankreichs von England eine Subsidie von 200.000 Goldgulden zugesagt, während Ferdinand von Spanien zur Eroberung Guyenne's für England mitwirken sollte. Es wurde ferner festgesetzt, dass die seit langem in Aussicht genommene Heirat des kaiserlichen Enkels und Erben Karls mit Maria, des englischen Königs Schwester, im Mai 1514 stattfinden und dieser für den Fall des kinderlosen Todes Heinrichs VIII. das Erbrecht in England vom Parlamente gesichert werden sollte.*[2] *Fester als je schien das Band, das die Gegner Frankreichs umschloss. Allein schneller als je löste es sich.*

Ferdinand der Katholische war durchaus nicht gewillt, die Macht Maximilians in's masslose anwachsen zu lassen. Er wollte das Gleichgewicht zwischen Frankreich und dem Hause Habsburg herstellen, nicht Maximilian einen auch für Spanien gefährlichen Einfluss auf den Gang der europäischen Politik gestatten. Daher wendete er sich auch diesmal, wie im Vorjahre, bald nach dem Abschlusse des erwähnten Vertrages an Ludwig XII., der die Idee, das gegen ihn geschlossene Bündnis zu zerreissen, mit Freuden aufgriff[3] *und Maximilian folgte dem Spanier, indem er, geblendet durch das Versprechen Ludwigs XII. Maximilians Enkelin Eleonora zu heiraten und auf den Einfluss Ferdinands und Leo's X. auf Heinrich VIII. bauend, einen einjährigen Waffenstillstand mit Frankreich schloss und sich verpflichtete, seinen englischen Verbündeten zur Anerkennung dieses Vertrages zu bestimmen.*[4] *Wie so oft täuschte sich Maximilian auch diesmal in seinen Berechnungen. Heinrich VIII., den seines Verbündeten Treulosigkeit unentschuldbar dünkte, entschloss sich rasch zur Aussöhnung mit Frankreich. Bereits*

---

[1]) *Abdruck im Anhang Nr. 14 und 15; vgl. Ulmann l. c. II. 483, Brosch l. c. VI. 63 und Bergenroth l. c. II. 162 ff., Brewer l. c. LVI., Pauli Anfänge H. VIII. l. c. 212 ff.*

[2]) *Vgl. Pauli Anfänge H. VIII. l. c. 214.*

[3]) *Vgl. für diese Dinge Ulmann l. c. II. 484 f., nach Bergenroth Cal.*

[4]) *Vgl. Ulmann l. c. II. 492 ff., die Akten bei Brewer l. c. I Nr. 4952, 5055, 5126 u. a. m.*

im August des Jahres 1514 wurde der Vertrag unterzeichnet, durch den sich Ludwig XII., der erst vor kurzem Maximilian versprochen hatte dessen Enkelin zu heiraten, zur Ehe mit Maria, König Heinrichs VIII. Schwester, bereit erklärte, deren Heirat mit Karl alten und öfters erneuerten Abmachungen zufolge bereits im Mai 1514 hätte vollzogen werden sollen.[1]) *Im übrigen garantierten sich die beiden Fürsten genau, wie es Heinrich und Maximilian früher getan, nicht nur ihren gegenwärtigen Besitz, sondern auch die Unterstützung bei der Eroberung jener Gebiete, die ihnen rechtmässig gehörten.*[2])

Man begreift, wenn man diesen ewigen Wechsel der Allianzen verfolgt, wenn man so rasch Freunde zu Feinden, Verbündete zu Gegnern werden sieht, dass die Vertragschliessenden selbst die übernommenen Verpflichtungen nicht sehr strenge einhielten. Man wundert sich daher auch nicht, im Jahre 1515 den Papst einen Wechsel vollziehen zu sehen, der ihn zum Freunde des einst so sehr befehdeten Frankreichs macht, und erstaunt auch nicht, dass anderseits Heinrich VIII. von England, verletzt durch die Umtriebe Frankreichs in Schottland, sich von Franz I. trennt, mit Ferdinand dem Katholischen ein Bündnis zu gemeinsamem Kampfe in Italien schliesst, und sich nicht abgeneigt zeigt mit Maximilian in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten.[3]) *Zu dem von Maximilian aufrichtig gewünschten Offensivbündnisse ist es damals allerdings nicht gekommen;*[4]) *auch wahrte der englische König seine freundschaftlichen Beziehungen zu den mit Franz I. verbündeten Venetianern, während es in des Kaisers Interesse gelegen gewesen wäre, die vereinigten Kräfte auch gegen Venedig zu verwenden.*

Aber einem gemeinsamen Ziele galten doch die ersten Kriegsleistungen des Feldzuges 1516. Freilich trat bald genug eine Trübung der freundschaftlichen Beziehungen ein; Maxi-

---

[1]) *Vgl. Brosch l. c. VI. 65 und die Akten bei Brewer l. c. I. p. 819, a. a. O., der offizielle Verzicht auf die Heirat Maria's mit Karl erfolgte am 30. Juli.*

[2]) *Der Vertrag vom 7. Aug. 1514 ist abgedruckt u. a. bei Dumont l. c. IV/1 183 ff.; vgl. Brewer l. c. I. p. 854; Brosch l. c. VI. 66 und die dort zitierte Literatur.*

[3]) *Vgl. für die Situation Brosch l. c. VI 85 ff.; Brewer l. c. II LV ff.; Ulmann l. c. II. 658 ff. und die dort zitierte Literatur.*

[4]) *Vgl. Brewer l. c. II, LXXIII ff. und Acten, Ulmann l. c. II. 666, Anm. 1 und Pauli, Anfänge H. VIII. l. c. 265 ff.*

milian betonte, dass Heinrich VIII. seine Verpflichtungen nicht entsprechend erfülle, während dieser dem Kaiser egoistische Haltung vorwarf. Schon im Juni 1516 entzog er Maximilian die bis dahin gewährten Subsidien, erklärte auf die Klagen des Kaisers, er wolle seine Politik in Zukunft auf eine allgemeine Liga gründen, und weigerte sich vor Abschluss derselben Maximilian zu unterstützen.[1]) *Der Zorn des Kaisers war masslos. Am liebsten hätte er, wie einst Heinrich VII. gegenüber, den sofortigen Bruch mit Englands jetzigem Herrscher vollzogen. Allein die Verhältnisse nötigten zur Vorsicht, und der Vertrag von Noyon, den sein Enkel Karl im August 1516 mit Franz I. abschloss,*[2]) *sowie die Verhandlungen, die bald darauf seitens der in diesem Vertrage geeinigten Mächte mit dem Kaiser geführt wurden, bewiesen diesem, wie wenig er sich auf den von seinen niederländischen Räten einseitig beeinflussten Enkel verlassen konnte. So führte der Wunsch nach materieller Unterstützung und die Überzeugung, eine solche doch am ehesten von dem englischen Herrscher erhalten zu können, den Kaiser trotz seiner offenen Klagen über Englands Verhalten Ende Oktober 1516 zu einer neuen Vereinbarung mit Heinrich VIII., der auch Papst Leo X. sich anschloss.*[3]) *An eine Dauer dieser Verbindung glaubte Maximilian nicht; er hatte vielmehr während der Zeit, da die letzten Verhandlungen über den Abschluss dieser Defensivliga geführt wurden, auch in die Besprechungen eingegriffen, die zwischen Franz und Karl in seinem Interesse gepflogen wurden und schloss zu Beginn des Dez. 1516 durch Vermittelung Karls zu Brüssel seinen Frieden mit Frankreich;*[4]) *was ihn freilich nicht abhielt, die demselben widersprechende Defensivliga mit England zu ratifizieren.*[5])

---

[1]) *Vgl. Ulmann l. c. II 683 ff. und Pauli Diplomatie im Jahre 1561 in Sybels Hist. Zeitschr. XIV 269 ff.; Busch, Engl. Vermittlungspol. p. 6 f. und die eingehenden Mitteilungen bei Brewer l. c. II. XC ff. und Akten.*

[2]) *Abdruck u. a. Dumont l. c. IV/1 224; vgl. Baumgarten, Gesch. Karl V. I 42 ff.*

[3]) *Vgl. den Abdruck im Anhang 16 und 17; für die Situation vgl. Ulmann l. c. II 682 ff.; Brosch l. c. VI. 90 ff. und die dort zitierte Literatur.*

[4]) *Vgl. Ulmann l. c. 686 f. und Anm.*

[5]) *Das geschah am 8. Dez. 1516; Brewer l. c. II Nr. 2647; Karl ratifizierte erst im Mai 1517; Ulmann l. c. II. 685 Anm. 3.*

Allein zu einem gemeinsamen Kampfe Maximilians und Heinrich VIII. gegen Frankreich kam es nicht. Das Jahr 1517 brachte vielmehr die Annäherung des deutschen Kaisers an Frankreich, das Jahr 1518 die durch Leo X. bewirkte Aussöhnung Englands mit Frankreich und das Bündnis dieser beiden Mächte mit dem Papste.[1]) *Maximilian wurde zwar in diesem Vertrage, der ein gemeinsames Vorgehen der christlichen Fürsten gegen die Ungläubigen zum Zwecke hatte, als einer der mitbeteiligten und sein Beitritt zu demselben als sicher bezeichnet; doch lehnte er, trotz mannigfacher Beeinflussung von burgundischer Seite, eine Zustimmungserklärung ab, da er im Hinblicke auf die engen Beziehungen der übrigen Verbündeten auf eine erfolgreiche Vertretung seiner besonderen Interessen nicht rechnen zu können glaubte.*[2]) *Sein Enkel Karl ist diesem Bündnisse vom 2. Okt. 1518 am 9. Jan. 1519 beigetreten.*[3])

---

[1]) *Vgl. für die Situation Ulmann l. c. II 492 ff.; Brewer, Reign of H. VIII. I 148 ff. und Akten im Cal. of State papers II 2; Lanz l. c. 188 ff.; Busch, 3 Jahre engl. Vermittlungspol. 25 f.*

[2]) *Vgl. Ulmann l. c. II 693; Lanz l. c. 208 ff.; Busch, Engl. Vermittlungspol. p. 25 f.*

[3]) *Der Vertrag vom 2. Okt. ist abgedruckt u. a. bei Dumont l. c. IV/1, p. 266 ff.; Rymer l. c. VI/1, 147 ff. mit der Beitrittserklärung Karls V. In diese Publikation konnte der Vertrag nicht aufgenommen werden, da Maximilian weder beim Abschlusse desselben vertreten war, noch demselben beigetreten ist. Es heisst zwar in der Einleitung zum Vertrage, dass man beschlossen habe, gegen die Türken ein Defensivbündnis zwischen dem Papst, dem Kaiser und den Königen von England, Frankreich und Spanien zu schliessen und in dem weiteren Verlaufe wird vom Kaiser wiederholt als von einem Mitgliede der Liga gesprochen, doch erscheinen als Vertragschliessende vom 2. Okt. blos die Herrscher von Frankreich und England, während dem Kaiser Maximilian gleich den anderen Fürsten eine viermonatliche Frist zum Beitritte gewährt wurde, die er aber unbenützt verstreichen liess. Der auf diesen Beitritt bezugnehmende Passus des Vertrages vom 2. Okt. 1518 lautet:*

Et si quis alius pro principaliter contrahente in praesenti tractatu nominatus mandatum sufficiens ad principaliter contrahendum in conclusione praesentis tractatus in regno Angliae non habuerit, tunc infra quatuor menses post notificationem huiusmodi tractatus sibi factam proxime et immediate sequentes teneatur per literas suas patentes magno suo sigillo sigillatas et manu sua subscriptas praesentis tractatus ac omnium et singulorum articulorum in eodem contentorum quatenus ipsum concernunt ratificatorias et confirmatorias ac per

Beilagen.

1.

Bündnis zwischen den Herzogen Albrecht II. und Otto von Österreich und Eduard III. von England d. d. Antwerpen 1339 Februar 16. (Or. R. O. Pat. Roll.)

Druck: Rymer, foedera, conventiones etc. Ed. III. Pars III/2 42.

Rex omnibus ad quos etc. salutem. Vestre volumus patere noticie, quod cum illustres, Albertus et Otto, duces Austrie, Stirie[1]) et Karinthie quasdam ligas et pacta de prestando inter nos auxilio mutuo nobiscum inierint et firmiter ac fideliter promiserint se nobis pro nostris necessitatibus quandocumque ipsos nostris certis legacionibus et litteris habuerimus requisitos contra nostros adversarios quoslibet — Romano imperio dumtaxat excepto — ducentos viros galeatos in civitatem Franchenfurtie juxta Renum suis sub expensis in nostrum auxilium transmissuros eosque ibi in nostris manibus assignandos ac abinde nostris expensis et pro nostris usibus traducendos et in ipsorum reditu ad dictum locum Franchenfurtie sub securo transitu reducendos, nos viceversa prefatis ducibus promittimus firmiter et spondemus, ut quandocumque pro suis necessitatibus nos suis certis legacionibus et litteris duxerint requirendos contra suos adversarios quoslibet ducentos viros galeatos in civitatem Franchenfurtie antedictam expensis nostris transmittere tenebimur et ipsos ibidem dictorum ducum manibus assignare, quos abinde

oratorem vel oratores sufficientem ad hoc autoritatem habentem vel habentes, tradendas et liberandas, quibus se ad observantiam dicti tractatus etiam juramento corporali super hoc praestando se obligabit et astringet, requirere et rogare dictos Angliae et Francorum reges et eorum utrumque principaliter contrahentes, quod pro principali'er contrahente recipiatur et acceptetur gaudeatque in tam amplis modo et forma beneficio praesentis tractatus, ac si in conclusione dicti foederis mandatum ex parte ejus adfuisset; alioquin si intra dictos quatuor menses id ut praemittitur non fecerit, tantummodo pro comprehenso et non principaliter contrahente per caeteros omnes confoederatos principaliter contrahentes rato manente inter eosdem praesentis tractatus contractu habeatur et reputetur, non obstante quod pro principaliter contrahente superius fuerit nominatus.

[1]) *Nachgetragen.*

pro suis usibus suis traducent expensis et ipsos ad propria reversuros usque ad dictam civitatem de Franchenfurtia sub expensis ducalibus et securo conductu reducent.

Intervenit eciam inter nos et dictos duces paccio specialis, quam quatenus ad nos attinet plene promittimus observare:

Ut videlicet pro lite presenti, quam contra dominum Philippum de Valesio — pro rege Francie se gerentem — pre manibus habere dinoscimur, dicti duces loco ducentorum galeatorum, quos nobis pro dicta lite deberent traducere, possint si id eis conveniencius apparebit terram et gentem illustris ducis Burgundie decenti comitiva invadere ipsamque terram valide et hostiliter occupare, de quo habemus esse contenti et dictos duces Austrie de dictis ducentis galeatis pro ista vice penitus supportare; et quod nos cum prefato domino Philippo ac duce Burgundie nullam composicionem seu concordie unionem sine dictis ducibus nec ipsi sine nobis iniemus nec inient nec recipiemus nec recipient, nisi nobis et ipsis utrimque in dictis composicione et concordia interclusis. In cuius rei testimonium has litteras nostras sigillo nostro fecimus consignari.

Dat. apud Andewerp. XVI. die Februarii.

2.

Bündnis zwischen Maximilian I., Philipp von Burgund und Heinrich VII. d. d. Dortrecht 1489 Febr. 14 (Or. R. O.) [1]

Drucke: Rymer l. c. V/3 198; Dumont III/2 191 f.; Jean Molinet, Chroniques manuscrites. T. II p. 108 [2].

Maximilianus divina favente clemencia Romanorum rex semper augustus et Philippus eadem clemencia archiduces Austrie, duces Burgundie, Lotaringie, Brabancie, Limburgii, Luxemburgii et Ghelrie, comites Flandrie, Tyrolis, Arthesii, Burgundie, palatini Hanonie, Hollandie, Zelandie, Namurcii et Zutphanie sacrique imperii marchiones ac domini Frizie, Salinarum et Mechelinie, omnibus ad quos presentes litere pervenerint salutem.

---

[1] *Im St.-A. liegen 2 Exemplare von alten Abschriften der Ausfertigung Heinrich VII. d. d. Westminster XII die Decembris 1488.*

[2] *Die Drucke bei Dumont und Molinet sind in französischer Sprache und weichen in etwas von dem hier abgedruckten autentischen Texte ab.*

Quoniam execrabiles bellorum calamitates omnium humanarum legum exercicia subvertunt, ipsum deum ad ulcionem provocant, quibus tamen horrendum dictu est singule pene christiani nominis provincie sese crudeliter lacerant singulique principes sibi invicem dominandi libidine reluctantes alterna cede confodiunt, adeo ut nunc omnia christiani nominis imperia prope in desolacionem venerint, nos igitur nobiscum revolventes quantam utilitatem vera pax mutuaque regnorum ac principum concordia eisdem sit allatura quantumque fraterna dilectio ipsi deo sit accepta ad universitatis vestre noticiam deduci volumus per presentes, quod inter nos et serenissimum principem Henricum Anglie regem quedam amiciciarum et confederacionum capitula sunt per nos nominibusque nostris tractata, concordata, conventa, determinata et conclusa sub ea que sequitur verborum serie.

Hec sunt amiciciarum confederacionumque capitula inter commissarios et deputatos serenissimorum principum Maximiliani dei gracia Romanorum regis et Philippi eius filii archiducum Austrie, ducum Burgundie etc. ex una parte et Henrici regis Anglie ex altera parte nominibus principum antedictorum matura deliberacione communicata, tractata, conventa, firmata et conclusa.

Inprimis conventum, concordatum et conclusum existit, quod ab hac die sit bona, sincera, vera, integra, perfecta, firma et perpetua amicicia et confederacio et unio per terram, mare et aquas dulces omni evo atque tempore duratura inter dictos principes suosque heredes et successores, regna, patrias, dominia, vassallos et subditos quoscunque presentes et futuros tam ecclesiasticos quam seculares cuiuscunque gradus et condicionis existant; ita quod omnes eorum vassalli et subditi hincinde ubique locorum sibi invicem faveant seseque mutuis officiis prosequantur et honesta affectione pertractent possintque tute et libere hincinde ad portus, dominia et districtus quoscumque tam citra quam ultra mare ad dictos principes coniunctim vel divisim pertinentes accedere in eisque commorari quamdiu voluerint et secure abire quociens duxerint abeundum cum suis aut conductis vel commodatis navibus[1]), plaustris, vehiculis, equis, ar-

[1]) *Hier und in den folgenden Zeilen des Or. ist der Rand ausgefressen; ich ergänze nach Rymer; die im St.-A. befindliche Kopie der Ausfertigung Heinrich VII. hat navigiis.*

maturis, mercimoniis, sarcinulis[1]), bonis, rebus quibuscumque absque ullo impedimento tam in terra quam in mari et aquis dulcibus quemadmodum propriis in patriis hec omnia licerent; ita quod nullo salvo conductu generali aut speciali indigeant, salvis tamen semper urbium, regionum et locorum legibus, statutis, consuetudinibus, quibus nichil quoad cetera premissa censetur derogatum.

Item quod prefati serenissimi Romanorum rex et illustrissimus eius filius Philippus suique heredes et successores in quibuscumque aliis confederacionibus cum quovis principe, universitate, communitate, societate aut alia qualibet persona contrahendis dictum serenissimum regem Anglie comprehendent si comprehendi voluerit una cum heredibus et successoribus suis et versa vice dictus serenissimus rex Anglie et sui pro tempore heredes et successores in quibuscunque suis confederacionibus cum quovis principe, universitate, communitate, societate aut alia qualibet persona contrahendis semper teneatur comprehendere si comprehendi velint serenissimum regem Romanorum et illustrissimum filium suum archiduces antedictos suosque heredes et successores.

Item conventum et concordatum existit, quod neutra immo nulla parcium predictarum prestabit auxilium, consilium vel favorem notoriis hostibus alterius partis eam infestare volentibus per terram, mare vel aquas dulces, sed bona fide se mutuis auxiliis militaribus gencium armorum expensis tamen illius opem interpellantis adiuvabunt, quociens opus fuerit; in' quorum auxiliorum prestacione, quoad numerum attinet armatorum, habenda erit facultatis racio illius partis que de ferenda ope rogabitur seu interpellabitur; ut scilicet non plus teneatur quam tum[2]) facere poterit commode considerata temporis et locorum oportunitate ac statu rerum suarum. Quas quidem amicicias et confederaciones necnon tractatus, concordias, convenciones et conclusiones inviolabiliter tenere et observare atque teneri et observari facere atque omnia et singula suprascripta nos Maximilianus rex Romanorum et Philippus archiduces antedicti pro parte nostra, quantum ad nos pertinet et in nobis fuerit, bona

---

[1]) *Die engl. Ausfertigung hat sarciunculis.*

[2]) *So hat Rymer, die Stelle im Or. ist ausgerissen, die engl. Ausfertigung des St.-A. hat „nunc".*

fide et in verbis regis et principis promittimus per presentes. In quorum omnium et singulorum fidem et testimonium premissorum has literas nostras patentes superinde fieri atque sigilli nostri fecimus appensione communiri.

Datum in oppido nostro Dordracensi [1]) die XIIII [2]) mensis Februarii anno domini millesimo quadringentesimo octuagesimo octavo [3]), regni vero nostri regis anno tercio.

Per regem

Numan.

3.

Bündnis zwischen Maximilian und Heinrich VII. gegen Frankreich d. d. Woking 1490 Sept. 11. (Or. R. O.)
Ratification Maximilians I. d. d. 1491 April 6. (Or. R. O.)

Drucke: Rymer l. c. V|4 12.
Dumont l. c. III|2 254. f.

Universis et singulis ad quos presentes littere pervenerint nos Ladron de Ghevara miles, consiliarius et camerarius ac Jacobus de Gondebault secretarius in ordinanciis et guerris sacratissimi principis Maximiliani dei gracia Romanorum regis commissarii, procuratores et deputati salutem. Noveritis, quod cum bellum eo felicius et securius agatur quo plurimorum principum auctoritate, consilio, ope et auxilio conducatur ac communis hostis virtus infirmior et debilior existat quo in plures adversarios divisa fuerit, idcirco nos commissarii et deputati antedicti cum spectabilibus et prehonorandis viris Thoma Lovell milite thesaurario camere potentissimi principis Henrici regis Anglie et Francie et domini Hibernie et Henrico Aynesworth legum doctore in officio privati sigilli eiusdem regis secundario, ambassiatoribus, negociorum gestoribus et commissariis ad dominandi libidinem illustrissimi principis Francie Caroli regis reprimendam mutuo communicantes ex certis causis et consideracionibus dictos principes nostros ad hoc specialiter hincinde

---

[1]) *In der im St.-A. befindlichen Kopie der Ausfertigung Heinrich VII. lautet diese Stelle: Datum apud Westminster XII die Decembris anni domini millesimo quadringentesimo octuagesimo octavo et anno regni nostri quarto.*

[2]) *Nachgetragen.*

[3]) = *1489.*

moventibus preter et ultra ceteras quaslibet pacciones, convenciones et confederaciones inter supradictum sacratissimum principem nostrum Maximilianum Romanorum regem et antedictum serenissimum principem Anglie regem initas et contractas et eisdem in robore suo nichilominus remansuris, speciales quasdam intelligencias, pacciones, convenciones, amicicias, alligancias et confederaciones de consensu, voluntate et mandato expressis ipsius dicti domini nostri regis ac virtute potestatis per litteras suas patentes quarum tenor infra sequitur [1]) nobis attribute cum supradictis commissariis Anglie regis, cum potestate similiter sufficienti per litteras dicti regis patentes quarum tenor eciam subsequitur [2]) munitis, communicavimus, appunctuavimus, contraximus, conclusimus et concordavimus ac per presentes appunctuamus, contrahimus, concludimus et concordamus articulos, promissiones, pacciones, convenciones, alligancias, amicicias et confederaciones que sequuntur.

Inprimis conventum, concordatum et conclusum est, quod inter dictos illustrissimos et potentissimos Romanorum et Anglie reges, heredes et successores suos sit una vera, firma et inviolabilis pax et amicicia futuris temporibus perpetuo per dei graciam duratura et quod in ea aliisque convencionibus subsequentibus comprehendantur [3]) sacratissimus dominus Romanorum imperator semper augustus, illustrissimi principes Castelle et Legionis rex et regina eorumque primogenitus, serenissimus rex Dacie, Norwecie etc., rex Portugalie, electores et principes imperii atque Britannie ducissa, si in eis comprehendi velint.

Item cum Carolus Gallorum princeps suique progenitores nonnulla opida insignia, castra, dominia aliaque quam plurima iura illustrissimorum principum Romanorum Anglorumque et Hispanorum regum, illustrissimi Philippi archiducis Austrie et Burgundie ducis necnon serenissime principis Anne Britannie ducisse ceterorumque christiane religionis principum contra omnem iuris equitatem viribus et astucia nequiter usurpaverint usurpaveritque atque iniuste detinet in presenti, inter nos oratores, commissarios, procuratores, negociorum gestores et deputatos antedictos vice, nomine et auctoritate illustrissimorum re-

---

[1]) *Abgedruckt u. a. bei Rymer l. c. V/4 10f.*

[2]) *Abgedruckt u. a. bei Rymer l. c. V/4 13.*

[3]) *A = Comprehandantur.*

gum et supremorum nostrorum concordatum, conventum et conclusum est, quod si dictus Carolus Gallorum princeps vel aliquis heredum aut successorum suorum aliquem prefatorum principum supremorum nostrorum, Philippum Austrie archiducem et Burgundie ducem seu Britannie ducissam vel alicuius eorundem subditos per terram aut mare invaserit, aut guerram de facto fecerit aut fieri mandaverit, aut aliquis subditorum suorum sine eius mandato guerram fecerit et Gallorum princeps requisitus superinde iusticiam denegaverit aut facere neglexerit et dictus rex sic per se aut suos subditos invasus propter invasionem sibi aut suis sic factam, aut alter regum predictorum propter invasionem duci aut ducisse predictis factam aut iusticiam superinde requisitam et ab ipso Gallorum principe denegatam neglectamve contra eundem Gallorum principem se hostem manifeste declaraverit bellum contra eundem indicendo realiterque agendo, tunc si rex sic invasus alium regem non invasum aut alter regum predictorum propter invasionem ducis aut ducisse predictorum alterum regum ad huiusmodi bellum requisierit, statim post ipsam requisicionem rex sic requisitus se ipsius Gallorum principis hostem fore declarabit et manifestabit ac bellum contra eundem Gallorum principem seclusa mora indicet guerram per terram et mare contra eundem realiter et suis expensis agendo et prosequendo.

Item concordatum, conventum et conclusum est, quod immediate post sex menses post requisicionem ut predicitur per alterum dictorum duorum regum invasum alteri non invaso factam vel cicius, si eisdem duobus regibus id [1]) utile et conducibile visum fuerit, uterque regum Romanorum et Anglorum predictorum regnum Francie cum tali armatorum potencia qua posset campum tenere seque et suos contra ipsum Carolum regem communem eorum adversarium tueri et defendere ac verisimiliter sua iura ab eo recuperare in propria persona ingredietur et suis expensis dictum principem Carolum eorum hostem invadet et realiter prosequetur.

Item concordatum, conventum et conclusum est, quod si propter invasionem ducisse Britannie ut premittitur factam alter regum Romanorum et Anglorum predictorum alterum requisierit, uterque eorum immediate post sex menses a tempore re-

[1]) *Nachgetragen.*

quisicionis huiusmodi proxime futuros vel cicius, si utrique eorum utile visum fuerit, regnum Francie cum sua potencia ut supra personaliter ingredi dictumque principem Carolum eorum hostem invadere infestareque ut prefertur teneatur, dummodo Britannie ducissa per dictum Francorum principem invasa omnem et omnimodam guerram tam per terram quam per mare contra eundem Gallorum regem et suos pro viribus fecerit et realiter prosequatur.

Item inter nos oratores et commissarios antedictos communicatum, concordatum, conventum et conclusum est, quod postquam uterque Romanorum et Anglie regum predictorum regnum Francie cum sua potencia personaliter ingressus fuerit bellumque invasivum ut predicitur inibi fecerit, neuter eorundem regum sine alterius regis noticia et consensu a bello incepto desistet.

Item concordatum, conventum et conclusum est inter nos oratores antedictos et auctoritate qua in hac parte fungimur nostros supremos supradictos astringimus et per presentes obligamus, quod si post invasionem in regnum Francie per utrumque Romanorum et Anglie regum predictorum factam aliquis eorundem regum aliqua castra, villas, municiones, fortalicia vel opida ad alterum eorundem duorum regum de iure spectancia evicerit aut quoquomodo adquisierit, ille sic adquirens per alterum regem ad quem ea de iure spectare noscuntur requisitus magna sine difficultate et dilacione eadem eidem requirenti reddere, tradere et deliberare debebit.

Item concordatum et conclusum est inter nos oratores et commissarios antedictos, quod neuter dictorum Romanorum et Anglie regum treugas, amicicias, confederaciones aut aliquas alias intelligencias absque assensu et consensu eorundem alterius cum Carolo Gallorum principe aut aliquo successorum suorum post invasionem per eosdem ut prefertur in regnum Francie inchoatam inibit aut faciet seu iniri aut fieri faciet aut acceptabit.

Sequuntur tenores regis Romanorum et regis Anglie.

Que omnia et singula nos illustrissimi principis Romanorum regis oratores prefati potestate qua supra spondemus atque promittimus eundemque regem nostrum firmiter obligamus, quod idem princeps noster Romanorum rex antedictus quatenus ipsum concernunt ratificabit, approbabit et observabit et in ac sub

nomine suo proprio unacum manus proprie subscripcione et sui magni sigilli municione infra tres menses post datam presencium proxime futuros innovabit. In quorum omnium et singulorum premissorum fidem et testimonium nos omnes et singuli Romanorum et Anglorum regum oratores antedicti hiis presentibus manibus propriis subscriptis sigilla nostra apposuimus. Datum apud Oking XI die Septembris anno domini millesimo quadringentesimo nonagesimo.

Ladron. De Gondebault. Thomas Lovell. Henricus Aynesworth.
L. S. L. S. L. S. L. S.

4.

Bündnis zwischen Maximilian I. und Heinrich VII. gegen Frankreich d. d. Woking 1490 Sept. 12. (Or. R. O.)
Rat. Maximilians I. d. d. 1491 April 6. (Or. R. O.)

Drucke: Rymer l. c. V|4. 13 f.
Dumont l. c. III|2 25.

Universis et singulis ad quos presentes littere pervenerint nos Ladron de Ghevara miles, consiliarius et camerarius et magister Jacobus de Gondebault secretarius in ordinanciis et guerris sacratissimi principis Maximiliani dei gracia Romanorum regis commissarii, procuratores et deputati salutem:

Sciatis, quod cum serenissimus princeps Francie Carolus rex nonnulla opida insignia, castra, dominia aliaque quam plurima iura potentissimorum principum Romanorum Anglorumque et Hispanorum regum, necnon illustrissimi principis Philippi archiducis Austrie et Burgundie ducis[1]) serenissimeque principis Anne Britannie ducisse atque ceterorum vicinorum christiane religionis principum contra omnem iuris equitatem viribus et astucia inique usurpaverit ac usurpat impresenciarumque detinet, usque adeo quod nec pietati nec iuri nec iusticie aut religioni quovis pacto pareat aut parere velit cumque etiam certa capitula conventa, conclusa et iurata in quibusdam dietis apud Frankfordiam et Ulmam separatim celebratis inter sacratissimum principem Romanorum regem et eundem Carolum regem minime observavit, imo spreto suo iuramento suaque ex

[1]) *Nachgetragen.*

culpa et dolo scienter et spontanie violavit sicque illi tractatus et conventa in eodem nullius sunt vigoris et effectus atque pro nichilo penitus habentur:

Nos, Ladron et magister Jacobus, prefati sacratissimi principis nostri Maximiliani regis Romanorum oratores, commissarii, procuratores et deputati antedicti vigore et auctoritate commissionis nobis ab ipso concesse — cuius vero commissionis tenor inferius inseritur — cum spectabilibus et prehonorandis viris Thoma Lovel milite thesaurario camere potentissimi principis Henrici dei gracia regis Anglie etc. et Henrico Aynesworth legum doctore in officio privati sigilli eiusdem regis secundario, oratoribus, commissariis, procuratoribus et deputatis — quorum quidem auctoritatis et commissionis tenor etiam subinseritur — auctoritate, vice et nominibus nostrorum principum Romanorum Anglorumque regum antedictorum et Philippi archiducis Austrie et Burgundie ducis prehabita matura deliberacione unanimiter tractavimus, concordavimus, convenimus atque conclusimus ac per presentes convenimus paciscimurque et concludimus omnia et singula capitula que sequuntur, modo et forma subsequentibus, omnibus et singulis aliis conventionibus inter ipsos reges antehac initis in suo robore permanentibus atque permansuris. Tenor vero capitulorum inter nos utriusque principis antedicti commissarios conclusorum sequitur et est talis:

Inprimis nos dictorum illustrissimorum principum Romanorum et Anglorum regum oratores et deputati antedicti nominibus eorum et pro eis auctoritate et potestate nobis ab eis ut premittitur concessis corcordamus, convenimus et concludimus ipsosque principes nostros firmiter obligamus, quod immediate post tres annos post datam presencium proximo futuros vel aliquo tempore citius, si utrique ipsorum regum id utile atque conducibile videatur, uterque prefatorum Romanorum Anglorumque regum contra dictum Carolum Gallorum principem et quemcumque eius successorem bellum publice indicet seque ipsius hostem manifeste declarabit atque sua cum potencia qua per se poterit in regno Francie castrametari, suorum inimicorum iniurias viribus inibi propulsare et sua iura manu forti deo iuvante recuperare valeat, bellum contra eundem Carolum regem eiusque successores invasivum suo proprio ere realiter aget ipsumque regnum Francie cum huiusmodi potencia in persona propria intrabit et quanto commode poterit continuo progre-

dietur sicque prefatum Carolum principem suorum communem hostem et eius successores per terram et mare bellicis armis pro eius viribus infestabit, nec alter eorum ab huiusmodi bello sic incepto sine expresso alterius consensu infra duos annos dictam eorum in regnum Francie invasionem proximo et immediate sequentes quovis pacto desistet.

Et si contingat — quod deus avertat — quod alter dictorum Romanorum et Anglorum regum (omni dolo, colore, fictione et fraude semotis) ex aliqua causa legittima et neccessaria ut puta infirmitate prepeditus fuerit, adeo quod in dicto termino sic statuto in persona propria regnum Francie cum sua potencia ullo modo ut premittitur ingredi nequeat, quod tunc, si alter ipsorum regum in eo termino in persona propria dictum regnum prout supradictum est cum sua potencia ingredi velit, alius rex sic impeditus potenciam, qualem secum habuisset si regnum Francie in persona propria ut prefertur ingressus fuisset, cum uno idoneo capitaneo in eodem termino transmittere teneatur, sic quod per utriusque regis potenciam bellum invasivum in regno Francie agatur et continetur simili modo ac si uterque princeps in persona propria dictum bellum invasivum prout supra inseritur egisset.

Item nos, dictorum regum oratores auctoritate nobis ut premittitur commissa, convenimus et concludimus ac nostros principes prefatos firmiter obligamus, quod si dicti nostri principes Romanorum et Anglorum reges ex quavis causa dictum eorum ingressum in Franciam in fine triennii ut prefertur statutum prorogaverint et alium terminum seu alios terminos pro huiusmodi eorum ingressu in Franciam statuerint, quod uterque eorum principum tunc teneatur in illo termino seu terminis per eos sic statuto aut statutis bellum invasivum contra dictum Gallorum principem Carolum communem eorum hostem ac eius successores agere et in persona propria cum sua potencia Francie regnum invadere et ipsum bellum continuare, eodem modo ac si in fine [1]) dicti triennii uterque eorum dictum regnum ut premittitur invasisset, licet huiusmodi termini aut terminorum prorogacio litteris eorum missivis absque magno illorum sigillo super hoc posthac habeatur.

---

[1]) *Nachgetragen.*

Item nos, dictorum regum oratores antedicti auctoritate et potestate quibus supra, convenimus et concludimus ac nostros principes firmiter obligamus, quod postquam uterque ipsorum Romanorum et Anglie regum regnum Francie sua cum potencia ingressus fuerit atque bellum in eodem invasivum ut prefertur realiter egerit, neuter ipsorum regum cum dicto Carolo rege aut aliquo successorum suorum treugas, amicicias, confederaciones aut aliquas alias intelligencias inibit aut faciet, aut iniri seu fieri faciet aut acceptabit.

Item nos, sacratissimi principis Romanorum regis oratores antedicti potestate qua supra, spondemus atque promittimus eundemque regem nostrum firmiter obligamus, quod omnia et singula premissa inter nos et potentissimi principis Anglorum regis oratores prefatos concordata, conventa et conclusa, idem princeps noster Romanorum rex pro sua parte et quatenus ipsum concernunt et attingunt approbabit, ratificabit et in ac sub nomine proprio una cum manus proprie subscripcione et sui magni sigilli municione infra tres menses post datam presencium proximo futuros innovabit. Tenores regis Romanorum et regis Anglie. In quorum omnium et singulorum premissorum fidem et testimonium nos omnes et singuli Romanorum et Anglorum regum oratores antedicti hiis presentibus manibus propriis subscriptis sigilla nostra apposuimus.

Datum apud Oking XII° die Septembris anno domini millesimo quadringentesimo nonagesimo.

Ladron. L. S. De Gondebault. L. S. Thomas Lovell. [1])

Henricus Aynesworth. L. S.

[1]) *Siegel fehlt.*

5.

Bündnis zwischen Maximilian I. und Heinrich VII. gegen Frankreich d. d. Woking 1490 Sept. 13. (Or. R. O.)
Rat. Maximilians I. d. d. 1491. April 6. (Or. R. O.)

Drucke: Rymer l. c. V|4. 14 f.
Dumont l. c. III|2 25.

Universis et singulis presentes litteras inspecturis nos Ladron de Ghevara miles, consiliarius et camerarius et magister Jacobus de Gondebault secretarius in ordinanciis et guerris sacratissimi principis Maximiliani dei gracia Romanorum regis commissarii, procuratores et deputati salutem.

Noveritis quod[1]) nos, commissarii et deputati antedicti vigore et auctoritate commissionis nobis ab ipso supremo domino nostro concesse, cuius commissionis tenor inferius inseritur, cum spectabilibus et prenobilibus viris, domino Thoma Lovell milite thesaurario camere potentissimi principis et domini Henrici dei gracia regis Anglie etc. et magistro Henrico Aynesworth legum doctore in officio privati sigilli eiusdem potentissimi domini regis secundario, oratoribus, commissariis, procuratoribus et deputatis — quorum quidem auctoritatis et commissionis tenor etiam subinseritur — auctoritate, vice et nominibus nostrorum principum Romanorum Anglorumque regum antedictorum prehabita matura deliberacione unanimiter tractavimus, concordavimus, convenimus et conclusimus ac per presentes convenimus et concludimus paciscimurque omnia et singula capitula que sequuntur modo et forma sequentibus, omnibus et singulis aliis convencionibus inter ipsos reges antehac initis nihilominus in suo robore permanentibus atque permansuris.

Inprimis quod, licet inter nos iam dudum auctoritate commissionum nostrarum communicatum, conventum et conclusum sit, quod propter invasionem alteri eorundem Romanorum aut Anglie regum aut Philippo archiduci Austrie et Burgundie duci seu ducisse Britannie per Gallorum regem factam uterque Romanorum et Anglorum regum post alterius regis requisicionem contra Carolum Francorum regem eiusve successores bellum publice indicere et realiter prosequi ac in propriis personis et expensis regnum Francie invadere teneatur, nec a bello sic in-

[1]) *Nachgetragen.*

cepto quovis pacto alter sine consensu alterius desistere possit, ut in litteris desuper confectis plenius continetur, nobis tamen dictorum Romanorum et Anglorum regum commissariis antedictis visum est atque auctoritate commissionum nostrarum predictarum per presentes convenimus, concordamus et concludimus, quod post duos annos dictam eorum in regnum Francie invasionem proximo et immediate sequentes uterque eorum regum a bello sic incepto absque alterius expresso consensu libere desistere licebit priore convencione in aliquo non obstante.

Item licet inter nos commissarios antedictos in eisdem litteris auctoritate commissionum nostrarum predictarum conventum et conclusum sit, quod si post invasionem per Gallorum principem alteri regum Romanorum et Anglie predictorum seu Philippo archiduci Austrie et Burgundie duci aut ducisse Britannie factam alter Romanorum et Anglie regum predictorum alterum requisierit, uterque Romanorum et Anglie regum immediate post sex menses a tempore huius requisicionis regnum Francie cum sua potencia personaliter et expensis suis invadere teneatur, ut in litteris superinde confectis plenius continetur:

Nos tamen oratores antedicti auctoritate, vice et nomine supremorum nostrorum convenimus, concordavimus et conclusimus ac per presentes convenimus, concordamus et concludimus, quod alteri regum predictorum sic requisito per alterum immediate post unum annum integrum regnum Francie personaliter cum sua potencia a tempore requisicionis sibi facte invadere sufficiat, priore convencione de tempore semestri non obstante.

Item quod, licet inter nos oratores, commissarios et deputatos antedictos in eisdem litteris auctoritate commissionum nostrarum communicatum, conventum et conclusum sit, quod si alter Romanorum aut Anglorum regum propter invasionem sibi seu Philippo archiduci Austrie et Burgundie duci aut ducisse Britannie per Gallorum principem factam regnum Francie personaliter invadere decreverit et alterum regem ad similem invasionem requisierit tunc, si requirens immediate[1]) post sex menses a tempore requisicionis huiusmodi realiter regnum Francie cum sua potencia personaliter ingressus fuerit, alter regum predictorum sic requisitus similiter in sua persona cum simili po-

[1]) *Nachgetragen.*

tencia pariter idem regnum Francie invadere et ingredi teneatur, ut in litteris desuper confectis plenius continetur:

Nos tamen oratores et commissarii antedicti auctoritate commissionum nostrarum ut supra mutuo convenimus, communicavimus et conclusimus ac per presentes convenimus, communicamus et concludimus ac principes nostros obligamus et astringimus, quod si alter regum Romanorum et Anglie supradictorum dolo, fraude et malo ingenio cessantibus aliquo legittimo et necessario impedimento ut puta infirmitate detineatur, quominus personaliter regnum Francie invadere aut ingredi possit et alter regum predictorum nihilominus personaliter dictum regnum Francie cum sua potencia invadere velit, alter rex tunc sic ut premittitur impeditus exercitum ita sufficientem ac si in persona propria Franciam invasisset sub idoneo capitaneo gubernandum in Franciam infra supradictum tempus ut premittitur transmittere et bellum incipere ac realiter expensis suis prosequi teneatur, sic quod per utriusque regis potenciam bellum invasivum in regno Francie agatur et continuetur simili modo ac si uterque princeps in persona propria dictum bellum invasivum prout supra inseritur egisset.

Item inter nos commissarios, oratores et deputatos antedictos conventum et conclusum est, quod immediate postquam illustrissimus princeps Philippus archidux Austrie et Burgundie dux ad etatem maturam et legittimam pervenerit, tunc sacratissimus princeps Maximilianus Romanorum rex procurabit, sollicitabit, faciet et pro viribus curabit, quod dictus Philippus omnia et singula in his et supradictis litteris contenta observabit et perimplebit ac in persona sua et pro se ac nomine suo innovabit et se ad observanciam omnium et singulorum articulorum in his et supradictis litteris contentorum cum supradictis Romanorum et Anglie regibus alligabit et confederabit ac quemadmodum alii duo reges supradicti se ad premissa obligarunt et astrinxerunt se sub suo sigillo magno obligabit et astringet.

Item inter nos commissarios, oratores et deputatos antedictos auctoritate qua supra conventum et conclusum est, quod per presentes modificaciones, correcciones, limitaciones, interpretaciones et addiciones prioribus litteris de quibus supra fit mencio in aliis nullatenus derogetur, sed in omnibus et per per omnia stabunt in omni robore suo et effectu supradictis modificacionibus, correccionibus, limitacionibus, interpretacioni-

bus et addicionibus dumtaxat exceptis. Sequuntur tenores regis Romanorum et regis Anglie.

Que omnia et singula supradicta nos, sacratissimi principis Romanorum regis oratores antedicti potestate qua supra, spondemus atque promittimus eundemque regem nostrum firmiter obligamus, quod idem princeps noster Romanorum rex quatenus ipsum attingunt ratificabit, approbabit et in ac sub nomine suo proprio una cum manus proprie subscripcione et sui magni sigilli municione infra tres menses post datam presencium proximo futuros innovabit.

In quorum omnium et singulorum fidem et testimonium nos omnes et singuli Romanorum et Anglorum regum oratores antedicti hiis presentibus manibus propriis subscriptis sigilla nostra apposuimus.

Datum apud Oking XIII° die Septembris anno domini millesimo quadringentesimo nonagesimo.

Ladron. Gondebault. Thomas Lovell. Henricus Aynesworth.
L. S. L. S.

6.

Bündnis zwischen Maximilian I., Heinrich VII., Papst Alexander VI., Spanien, Venedig und Mailand, d. d. Rom 1496 Juli 18.[1])
Rat. Heinrichs VII. d. d. Windsor 1496 Sept. 23. (R. O. French Roll. 12.)

Drucke: Rymer l. c. V/4 107 f.
Dumont l. c. III/2 364 ff.

Rex universis et singulis ad quos etc. salutem.

Cum sanctissimus dominus noster Alexander sextus serenissimusque dominus Maximilianus Romanorum rex ac serenissimi principes Ferdinandus rex et Elizabetha regina Hispaniarum necnon illustrissimus dominus Augustinus Barbadico Veneciarum dux et illustrissimus dominus Ludovicus Maria Sforcia Anglus dux Mediolani quandam confederacionem, colli-

[1]) *Da das Original dieses Bündnisses weder im R. O. noch im St.-A. sich vorfindet, wurde die im R. O. erhaltene Ratifikation desselben durch Heinrich VII. zum Abdrucke gebracht.*

gacionem, unionem, intelligenciam et ligam ad finem pacis et pro conservanda dignitate et auctoritate prefati sanctissimi domini nostri pape atque sedis apostolice necnon pro tocius christiane religionis salute sub anno domini millesimo quadringentesimo nonagesimo quinto die ultima mensis Marcii prout nobis significarunt invicem contraxerint, inierint atque firmaverint et ut in eandem confederacionem et ligam intraremus sepenumero nos requisiverunt et invitarunt:

Unde nos, summopere deo complacere sanctissimoque domino nostro inservire ac dignitati auctoritatique sue sanctitatis ac sacre sedis apostolice conservandis totique christiane religioni pro viribus prodesse studentes necnon ad contemplacionem serenissimorum prefatorum dominorum atque tam salutaribus tamque honestissimis eorum votis et desideriis quantum cum honore nostro valeamus annuere cupientes, nostrum ad eandem sanctitatem suam oratorem sive nuncium dominum Robertum Shirbourn cum quibusdam instructionibus nostram super premissis mentem continentibus iam paulo ante transmisimus.

Qui quidem orator sive nuncius noster in urbe Romana cum sua sanctitate ceterorumque serenissimorum principum antedictorum oratoribus constitutus et ab eodem sanctissimo domino nostro confederatorumque predictorum oratoribus ac procuratoribus de novo requisitus et invitatus dictam ligam, colligacionem et unionem anno domini millesimo quadringentesimo nonagesimo sexto die vero decima octava mensis Julii nomine nostro intravit ipsumque sic intrantem prefatus sanctissimus dominus noster et predictorum principum oratores et procuratores nominibus suorum dominorum acceptarunt et admiserunt ac de novo ligam, colligacionem et unionem predictas quoad capitula subsequencia ut premittitur nominibus predictis inierunt et contraxerunt.

Quorum autem dictorum lige ac capitulorum, sic ut prefertur per ipsum oratorem nostrum de novo conclusorum, tenor sequitur et est talis.

Et primo supranominati, sanctissimus dominus noster dominus Alexander papa sextus pro se et successoribus suis canonice intrantibus ac sancte Romane ecclesie [1]) adherentibus, commendatis et subditis, nec non serenissimus dominus Maxi-

[1]) *A = sancta Romana ecclesia.*

milianus Romanorum rex, Henricus Anglie rex eius nominis septimus, Ferdinandus et Elizabetha rex et regina Hispaniarum et illustrissimi domini Augustinus Barbadico dux Veneciarum et Ludovicus Maria Sforcia Anglus dux Mediolanensis,[1]) pro se et successoribus suis ac adherentibus, commendatis et subditis et pro eis et quolibet eorum respective procuratores et oratores supranominati nominibus quibus supra ineunt et contrahunt bonam, meram et puram unionem, confederacionem, intelligenciam et ligam duraturam usque ad annos viginti quinque et ultra usque ad illud totum tempus quod ipsis partibus placitum fuerit ad mutuam ut dictum est conservacionem statuum parcium predictarum et uniuscuiuscunque earum contra omnes et quoscumque quiqui illi fuerint dominos et potentatus in Italia impresenciarum statum habentes et tenentes et si durante liga huiusmodi statum habere in Italia desierint, qui de cetero non provocati et non lacessiti offenderent per se vel alium partes predictas vel ipsarum aliquam seu status adherentes, commendatos et subditos uniuscuiusque parcium predictarum.

Item convenerunt, quod prefatus sanctissimus dominus noster iuvare debeat confederatos predictos cum armis spiritualibus iuxta rei exigenciam et quantum de iure licuerit sue sanctitati.

Item si forte occurreret quod deus avertat quod ad bellum deveniret, non possit quovis modo fieri pax, nisi cum sciencia sociorum et cum reservacione et sine preiudicio presentis confederacionis et lige.

Item casu quo offendens offenso pro offensione satisfaccionem exhiberet, treugas et inducias peteret, a bello aut molestia desistere et se coram confederatis iuri subicere vellet, teneatur tunc offensus acquiescere et partes illas oblatas iudicio et consilio confederatorum acceptare et relinquere. Et si talis offensus nollet, possint ceteri ex liga auxilium in eo casu ab ipso offenso amovere et pro eo bello de cetero denegare.

Item convenerunt, quod aliqua pars predictarum facta conclusione presentis lige non possit ad aliquam intelligenciam seu ligam devenire cum aliqua potencia habente ut superius est expressum in Italia statum nisi de communi consensu et voluntate omnium parcium et nisi fuerit sine preiudicio et cum

---

[1]) *A = medeolanensis.*

reservacione capitulorum presentis lige, quibus nullo modo liceat derogari.

Item reservetur unicuique domino et potentatui locus ingrediendi hanc ligam secundum uniuscuiusque decenciam cum illis modis, condicionibus et obligacionibus, que partibus contrahentibus hanc ligam vise fuerint et placebunt.

Item post conclusionem presentis lige teneantur partes et quelibet earum infra menses tres nominasse invicem suos adherentes et commendatos cum hac declaracione pro maiori cautela, quod nulla parcium nominare possit in huiusmodi denominacione facienda aliquem dominum aut potentatum, qui dignitate, titulo aut potencia non sit inferior unicuique parcium principalium huius confederacionis; et hoc quoniam, si quis maioris gradus beneficio ipsius confederacionis uti voluerit, equum quoque est eum aliorum confederatorum cognicionibus et alligacionibus pariter subiacere, prout partibus contrahentibus visum fuerit conveniens.

Item presens liga et confederacio per partes contrahentes infra terminum trium mensium a die stipulacionis presentis unionis et lige hincinde in forma publica et autentica per publica instrumenta et literas debeat approbari et ratificari instrumentaque vel litere ratificacionis huiusmodi vicissim mitti et tradi debeant, firmis nichilominus remanentibus in omnem eventum aliis omnibus capitulis huius confederacionis.

Item convenerunt, quod presens liga per sanctissimum dominum nostrum et illustrissimos duces prefatos solempniter publicari debeat die dominico ultima presentis mensis Julii, qui erit in terris et dominiis cuiuslibet eorum, cum solempnitatibus et processionibus demonstracionibusque et signis gaudii et leticie ut est consuetum; et hoc idem servetur a cesarea maiestate, serenissimis regibus Hispaniarum et Anglie faciantque similem publicacionem post habitam noticiam in una ex festivitatibus pro signis sequentibus ipsam noticiam a maiestatibus suis habitam.

Item ne magis potentes minus potentes opprimant utque cuilibet quod sibi iure competit reddatur convenerunt partes predicte, quod si forte occurreret ad bellum devenire in quo bello caperentur a copiis confederatorum dominia, castra, loca aut bona, que essent aut fuissent alicuius ipsarum parcium sive earum adherencium et commendatorum similiterque illorum, qui

de consensu et voluntate confederatorum post conclusionem lige ligam intrabunt, in hoc casu ipsa dominia, castra, loca et bona restitui debeant spoliatis cum illis pactis et condicionibus, que partibus contrahentibus hanc ligam videbuntur.

Item si aliqua pars in liga comprehensa vel que post contractum lige ligam intrabit aut domini vel comunitates pro adherentibus aut commendatis dati per aliquam parcium in liga comprehensarum offenderet aliquem ex partibus principalibus seu adherentes aut commendatos alicuius ipsarum parcium, non intelligatur liga violata quoad alias partes principales non contra facientes, sed omnes alie partes principales in liga comprehense teneantur ad requisicionem offensi contra offendentem subsidia prestare offenso pro eius defensione bona fide secundum casus exigenciam, quemadmodum facerent et facere deberent si talis offendens non esset in liga tanquam principalis aut accessorius in liga comprehensus.

Item contingente casu belli (quod absit) cum aliquo ex colligatis vel in liga comprehensis partes alie non solum teneantur non dare transitum et receptum ac victualia gentibus ad offensam alicuius parcium transeuntibus, sed illis transitum interdicere non solum denegando sibi predicta, sed eciam obsistendo ne transeant ad offensam ut supra bona fide et secundum casus exigenciam.

Item quod aliqua parcium predictarum non possit nec debeat accipere nec conducere ad servicia et stipendia sua aliquem capitaneum armorum, ductorem, conestabilem, vel alium stipendiarium alicuius alterius partis sine sciencia et consensu illius partis cuius esset stipendiarius. Et si aliquis ex predictis capitaneis armorum, ductoribus, armigeris, conestabilibus et stipendiariis fugeret et se reciperet in dominium alicuius ex eisdem partibus, pars illa in cuius dominium huiusmodi transfugerent teneatur ad omnem requisicionem et instanciam partis a qua aufugerent eos realiter et personaliter detineri facere in quocumque loco dominii sui, nec possint relaxari donec restituerint quicquid abstulerint aut cum hiis a quibus aufugerint concordes fuerint.

Item cum ex laudabili consuetudine et sacrorum canonum institutis serenissimus dominus Romanorum rex ad imperatorium culmen electus pro cesareo diademate accipiendo Romam sit profecturus, prefati sanctissimus dominus noster et illustris-

simi domini duces promiserunt et promittunt prefate cesarie maiestati et omnibus copiis suis transitum liberum per omnes civitates et quecumque loca et passus dicionum suarum et cum exhibicione commeatuum necessariorum, qui tamen solvi debeant ab ipsis gentibus precio convenienti, nec aliqua molestia, iniuria, dampnum aut offensio inferri debeant ab eisdem copiis alicui subditorum aut locorum prefati serenissimi domini nostri et illustrissimorum dominorum ducum, qui similiter prestabunt omne auxilium et favorem oportunum pro habundanciori copia commeatuum predictorum.

Item pro declaranda universo orbi summa observancia, qua illustrissimi et excellentissimi domini Veneciarum et Mediolani duces prosequuntur cesaream maiestatem, prefati illustrissimi domini duces promiserunt eidem maiestati profisciscenti Romam ad accipiendam coronam imperii sui mittere ad eam comitandum elmettos quadringentos pro quolibet ipsorum dominorum ducum propriis stipendiis et impensis; que quidem copie comitari debeant maiestatem prenominatam Romam usque et stare ad omnem ipsius obedienciam et mandatum. Et insuper supranominatus dominus Robertus ut principalis ac privata persona ac vice et nomine supranominati serenissimi domini regis Anglie, pro quo de rato et ratihabicione promisit et convenit simili solempni stipulacione interveniente cum confederatis et colligatis predictis et Stephano quondam Alexandri civi Narvien. publico apostolica et imperiali auctoritatibus et camere apostolice notario, tunc ut publice persone presenti stipulanti et recipienti pro eis, quod serenissimus rex Anglie suus principalis omnia et singula in dictis capitulis et presenti contractu contenta et expressa per publicum instrumentum, sive per eius literas regias sue maiestatis signatas et solito sigillo pro more regni eius sigillatas in autentica forma, libere et absolute infra tres menses proxime futuros a die presentis stipulacionis computandos apud dominos confederatos ratificabit, acceptabit et emologabit ut iacent; promittentes supranominatus sanctissimus dominus noster ut supra ac oratores et procuratores prefati et ipsorum quilibet nomine suorum principalium predictorum respective invicem inter se solempni stipulacione interveniente et notario suprascripto ut publice persone presenti stipulanti et recipienti pro eis et eorum quolibet heredibusque et successoribus suis et omnibus quorum interest, intererit aut

interesse poterit, quomodolibet in futurum premissa omnia et singula in presenti contractu et capitulis suprascriptis contenta et expressa prout iacent attendere, observare et effectualiter adimplere et nullo modo contrafacere vel venire per se vel per alium seu alios aliqua racione, occasione vel causa, directe vel indirecte, tacite vel expresse, publice vel occulte, aut quovis quesito colore, sub pena eadem, que in contractu alterius lige de qua supra exposita et expressa fuit et est per partem contrafacientem ipso facto incurrenda et partibus observantibus applicanda; qua pena commissa vel non, soluta vel non, exacta vel non, nichilominus predicta omnia et singula recta sint et firma perdurent; obligantesque videlicet sanctissimus dominus noster sua et Romane ecclesie, procuratores vero prefati eisdem nominibus eorundem suorum principalium bona respective presencia et futura statusque et dominia eorum pro observacione et implemento predictorum omnium et singulorum; renunciantes excepcioni non sic celebrati contractus, rei non sic vel alias geste, excepcioni doli mali, metus, condicioni indebite sine causa vel ex iniusta causa et omnibus aliis excepcionibus eis et ipsorum cuilibet nominibus predictis adversus premissa et quodlibet premissorum quomodolibet competentibus et competituris.

Per hunc autem presentis lige contractum cum prefato serenissimo domino rege Anglie inite prefati confederati videlicet sanctissimus dominus noster, serenissimi Romanorum et Hispaniarum reges et regina necnon illustrissimi domini Veneciarum et Mediolani duces et pro eis procuratores prefati dictis nominibus non intellexerunt nec intelligunt recedere aliquo modo a supradicta liga et confederacione inter eos inita et celebrata, die ultima mensis Marcii millesimo quadringentesimo nonagesimo quinto, de qua supra in principio fit mencio, neque intelligunt in aliquo ab eadem liga capitulis et obligacionibus ceterisque aliis in ea contentis esse recessum aliisque derogatum, preiudicatum seu quomodolibet alteratum, sed in omnibus et [1]) per omnia illam firmam, ratam et immutatam perdurare ac penitus observare et implere, perinde ac si presens liga et confederacio cum predicto serenissimo domino rege facta minime fuissent.

---

[1]) *et fehlt im Or.*

Et pro maiori omnium et singulorum predictorum robore et firmitate sanctissimus dominus noster in verbo pontificis affirmavit, oratores vero et procuratores prefati et quilibet ipsorum in animas suorum principalium predictorum in pectoribus ad sancta dei evangelia corporaliter manutacta scripture respective iuraverunt premissa omnia et singula vera esse et ea attendere et observare ut supra sub pena et obligacione predictis, rogantes notarium suprascriptum, ut de predictis omnibus et singulis publicum conficeret instrumentum unum vel plura conformia ad futuram rei memoriam.

Acta fuerunt hec Rome in palacio apostolico apud sanctum Petrum in aula pontificum anno domini millesimo quadringentesimo nonagesimo sexto dieque decima octava mensis Julii supradicti.

Presentibus ibidem reverendis in Christo patribus et dominis Bartholomeo archiepiscopo Cusenten.; L. episcopo Caputaquen., sanctissimi domini nostri secretariis; Jeronimo episcopo Archadien.; Felino episcopo Pennen.; Johanne electo Tullen.; Johanne Baptista episcopo Mutinen., ipsius sanctissimi domini nostri datario; Francisco de Borgia electo Thrauen.; Martino de Azpedia, apostolice sedis protonotario; Antonio de Monte sacri palacii apostolici causarum auditore; Johanne de Montay, oratore serenissimi domini regis Hungarie; Johanne Copis, archidiacono Leodien.; Francisco de Parma, in maiori parco abbreviatore et Antonio Fabregnes, cubiculario sanctissimi nostri pape, testibus ad premissa vocatis, habitis et specialiter requisitis et rogatis.

Que quidem omnia et singula prefata capitula sive articulos in hac nova liga contenta laudamus, approbamus, confirmamus, ratificamus et emologamus. In quorum etc.

Datum in castro nostro de Wyndesore anno domini millesimo quadringentesimo nonagesimo sexto, regni vero nostri duodecimo mensisque Septembris die vicesimo tercio.

Consimiles litere in omnibus erant per dominum regem eisdem loco et tempore signate, sigillate et expedite, preter quam quod in themate ista clausula erat apposita et adiecta post verbum „unionem" primitus tamen contentis in dicta liga die ultima Marcii conclusa, mutuum videlicet succursum sive subsidium dictorum confederatorum concernentibus propter nimiam locorum distanciam ceterasque causas in dictis nostris instruccioni-

bus palam exhibitis et ostensis specificatas ex sanctissimi domini nostri ac aliorum serenissimorum principum prefatorum oratorum et procuratorum consensu penitus omissis. Et in ratificacione eiusdem apponatur ista clausula mutuum succursum sive subsidium minime concernencia, videlicet immediate post hoc verbum „contenta“ et immediate ante hoc verbum „laudamus.“

7.

Handelsvertrag zwischen Maximilian I. und Heinrich VII. d. d. Antwerpen 1502 Juni 19. (Or. St.-A. u. R. O.)
Rat. Heinrichs VII. d. d. Westminster 1502 Aug. 14. (Or. St.-A.;) Maximilians I. d. d. Augsburg 1502 Juli 28. (Or. R. O.)

Drucke: Rymer l. c. V|4 174 f.
Dumont l. c. IV|1 30 f.

Universis et singulis ad quorum noticias presentes littere pervenerint Karolus Somerset unus militum ordinis garterii ac unus camerariorum et capitaneus garde illustrissimi regis Anglie ac magister Willielmus Warham in episcopum Londoniensem electus, ambassiatores, procuratores, oratores et commissarii in hac parte serenissimi ac metuendissimi domini nostri supremi Henrici dei gracia regis Anglie et Francie et domini Hibernie salutem. Sciatis, quod nos pro dicto serenissimo principe nostro Anglie rege antedicto suisque heredibus et successoribus atque eius et eorum nomine auctoritate nobis ab eodem rege nostro per litteras suas patentes commissa, quarum tenor inferius sequitur [1]), cum venerabilibus viris Cornelio de Bergis aurei velleris milite, domino temporali de Melin et Zevenberghes, marescallo illustrissimi principis domini Philippi archiducis Austrie, Henrico de Wittem milite aurei velleris domino temporali de Bersell, gubernatore domini Karoli ducis Luxenbergensis etc. et Judoco Prant milite domino temporali de Blaesvelt, ambassiatoribus, procuratoribus, oratoribus et commissariis sacratissimi principis Maximiliani Romanorum regis semper augusti, archiducis Austrie etc. ad infrascripta per ipsius regis Romanorum litteras patentes deputatis, quarum eciam tenor in-

[1]) *Abgedruckt u. a. Rymer l. c. V|4 175.*

ferius sequitur[1]), convenimus, contraximus et conclusimus ac per presentes convenimus, contrahimus et concludimus omnes et singulos mercium et mercandisarum intercursus sequentes articulos.

Inprimis conventum, concordatum et conclusum est, quod omnes et singuli mercatores regni Anglie, dominii Hibernie, ville et marchiarum Calesii et eorum factores, famuliares, negociorum gestores et ministri, naute, magistri navium et marinarii poterunt de cetero navigare, ire, transire et redire per terram, mare et aquas dulces necnon eundo et redeundo conversari, esse et morari secure et libere in patriis, terris et dominiis serenissimi regis Romanorum et eciam in portubus et litoribus patriarum, terrarum et dominiorum predictorum per ipsum regem Romanorum auctorizatis, in villis videlicet ubi custumarii et alii officiarii regales sunt ordinati ad vacandum et attendendum pro et super introitu et exitu navium, mercatorum et mercandisarum et non alibi nec in aliis locis cum eorum bonis et mercandisis in patriis, terris et dominiis ipsius regis Romanorum non prohibitis ac cum navibus quibuscunque et cum mercatoribus patriarum, terrarum et dominiorum predictorum seu eorum factoribus, famuliaribus et negociorum gestoribus ac ministris necnon cum omnibus aliis mercatoribus cuiuscumque nacionis existant et eorum factoribus, famuliaribus et negociorum gestoribus ac ministris de quibuscumque mercandisis et rebus non prohibitis libere mercare, emere, commercium habere et vendere ac mercandisias facere; poterintque ad et in predictos portus et litora patriarum, terrarum et dominiorum prefati domini regis Romanorum tam eorum propria bona quam aliena ut prefertur non prohibita ducere, vel duci facere et ab ipsis portubus seu litoribus quocienscumque, quandocumque et quocumque voluerint cum predictis bonis, mercandisis et navibus secure recedere et redire.

Et pari modo omnes et singuli mercatores patriarum, terrarum et dominiorum prefati domini regis Romanorum et eorum factores, famuliares, negociorum gestores et ministri, naute, magistri navium et marinarii poterunt de cetero secure et libere navigare, ire, transire et redire per terram, mare et aquas dulces necnon eundo et redeundo conversari, esse et morari secure

[1]) *Abgedruckt u. a. Rymer l. c. V|4 173.*

et libere in dictis regno Anglie, dominio Hibernie, villa et marchiis Calesii et eciam in portubus et litoribus eorundem per prefatum dominum regem Anglie auctorizatis, in villis videlicet ubi custumarii ac alii officiarii regii sunt ordinati ad vacandum et attendendum pro et super introitu et exitu navium, mercatorum et mercandisarum et non alibi nec in aliis locis cum eorum bonis et mercandisis in dicto regno Anglie, dominio Hibernie, vel villa et marchiis Calesii non prohibitis ac cum navibus quibuscumque et cum mercatoribus Anglie, Hibernie et Calesii ac marchiarum eiusdem seu eorum factoribus, famuliaribus, negociorum gestoribus ac ministris necnon cum omnibus aliis mercatoribus cuiuscumque nacionis existant et eorum factoribus, famuliaribus et negociorum gestoribus et ministris de quibuscumque mercandisis et rebus non prohibitis libere mercari, emere, commercium habere et vendere ac mercandisias facere; poteruntque ad et in predictos portus Anglie, Hibernie ac Calesii tam eorum propria bona quam aliena ut prefertur non prohibita ducere vel duci facere et ab ipsis portubus seu litoribus quocienscumque, quandocumque et quocumque voluerint cum predictis bonis, mercandisis et navibus libere et secure recedere et redire, absque eo quod aliqui mercatores regnorum, patriarum, terrarum alicuius principis principum predictorum per ipsos principes seu eorum officiarios quovis pacto redargui vel aliqua pena multari possint, vel quod per eosdem ipsis mercatoribus aliquod dampnum, preiudicium vel impedimentum fieri aut inferri possit per viam facti occasione guerre vel depredacionum aut attemptatorum factorum vel fiendorum vel alio modo ex causa quacumque, solvendo tamen quantum attinet ad mercatores utriusque partis parcium predictarum pro rebus, bonis et mercandisis suis iura et theolonea pro eisdem debita et consueta.

Item conventum est, quod presentem tractatum ac omnia et singula capitula in eodem contenta uterque princeps principum predictorum per litteras suas patentes magnis sigillis suis sigillatas et manibus suis propriis subscriptas et subsignatas infra duos menses datam presencium proxime et immediate sequentes acceptabit, confirmabit et ratificabit, omnesque et singulos tam iuris quam facti defectus et presertim si que sunt racione commissionis aut commissionum principum predictorum, ita ut si ad presentem tractatum aut ad aliquod in eodem con-

tentum et nominibus eorundem principum per nos conclusum in aliqua sua parte aliqua commissio commissionum predictarum non satis ampla ac sufficiens videatur, per suas litteras confirmatorias ut premittitur signatas et sigillatas suplebit beneficioque omnium et singulorum canonum ac legum, quos quidem canones ac leges pro hic expressis habemus; quibus propter defectum alicuius commissionis commissionum predictarum alicui articulorum presentis tractatus in parte vel in toto derogari possit in dictis suis litteris confirmatoriis palam et expresse renunciabit et nos commissarii principum predictorum eorundem nominibus renunciamus per presentes. Promittetque uterque princeps principum predictorum bona fide et in verbo regio omnia et singula capitula presentis tractatus et in eis aut eorum aliquo contenta quantum ad eos pertinet pure, fideliter ac inviolabiliter tenere, adimplere et observare et ab aliis teneri, adimpleri et observari facere, nec contra ea aut eorum aliquod facere aut venire, fierive aut veniri ullo unquam tempore consentire vel permittere. Quas quidem litteras confirmatorias et ratificatorias ut premittitur sigillatas et subsignatas uterque principum predictorum infra dictos duos menses in civitate Londoniens commissariis sufficienter in ea parte deputatis vicissim tradet et deliberabit, tradive et deliberari faciet.

Item conventum est, quod dictus sacratissimus Romanorum rex omnia et singula capitula presentis tractatus vel saltem tenorem et effectum eorundem in dignioribus civitatibus et opidis patriarum suarum immediate post tradicionem dictarum litterarum confirmatoriarum publicari, notificari ac proclamari faciet cum effectu, et dictus serenissimus rex Anglie omnia et singula huiusmodi capitula presentis tractatus vel saltem tenorem et effectum eorundem immediate post tradicionem dictarum litterarum ut premittitur confirmatoriarum in dignioribus civitatibus et opidis regni sui publicari aut proclamari faciet cum effectu.

Sequuntur tenores commissionum factarum commissariis illustrissimi regis Anglie et sacratissimi regis Romanorum.[1])

In quorum omnium et singulorum premissorum fidem et testimonium nos serenissimi regis Anglie commissarii antedicti sigilla nostra presentibus apposuimus et nomina nostra mani-

[1]) *Vgl. die Anm. p. 47.*

bus nostris propriis subscripsimus. Datum apud Andwerpiam decimo nono die mensis Junii anno domini millesimo quingentesimo secundo.

C. Somerset. William Warham.

8.

Freundschaftsbündnis zwischen Maximilian I. und Heinrich VII. d. d. Antwerpen 1502 Juni 20. (Or. St.-A. u. R. O.)
Rat. Heinrichs VII. d. d. Westminster 1502 August 14. (Or. St.-A.;)
Maximilians I. Augsburg 1502 Juli 28. (Or. R. O.)

Drucke: Rymer l. c. V/4 180 ff.
Dumont l. c. IV/1 34 ff.

Universis et singulis ad quorum noticias presentes littere pervenerint Karolus Somerset unus militum ordinis garterii ac unus camerariorum et capitaneus garde illustrissimi regis Anglie ac magister Willielmus Warham in episcopum Londoniensem electus, ambassiatores, procuratores, oratores et commissarii in hac parte serenissimi ac metuendissimi domini nostri supremi Henrici dei gracia regis Anglie et Francie et domini Hibernie salutem. Sciatis, quod nos pro dicto serenissimo principe nostro Anglie rege antedicto suisque heredibus et successoribus atque eius et eorum nomine, auctoritate nobis ab eodem rege nostro per litteras suas patentes commissa, quarum tenor inferius sequitur[1]), cum venerabilibus viris Cornelio de Bergis aurei velleris milite, domino temporali de Melin et Zevenberghes etc., marescallo illustrissimi principis domini Philippi archiducis Austrie, Henrico de Wittem milite aurei velleris, domino temporali de Bersell, gubernatorem domini Karoli ducis Luxenbergensis etc. et Judoco Prant milite, domino temporali de Blaesvelt, ambassiatoribus, procuratoribus, oratoribus et commissariis sacratissimi principis Maximiliani Romanorum regis semper augusti archiducis Austrie etc. ad infrascripta per ipsius regis Romanorum litteras patentes deputatis, quarum eciam tenor inferius sequitur[2]), convenimus, contraximus et conclusimus ac per presentes convenimus, contrahimus et concludimus omnes et singulos pacis et amiciciarum sequentes articulos.

[1]) *Vgl. Rymer l. c. V/4 181.*
[2]) *Vgl. Rymer l. c. V/4 182.*

Inprimis inter nos oratores, ambassiatores et commissarios nominibus principum nostrorum appunctuatum, conventum, concordatum et conclusum est, quod inter sacratissimum Romanorum et serenissimum Anglie reges, eorum heredes et successores, regna, patrias et dominia, terras, districtus et iurisdicciones ac alia loca quecumque sub eorum obediencia vel iurisdiccione existencia iure hereditario vel successario ad eos aut eorum alterum spectancia et pertinencia, necnon vasallos, ligeos homines subditosque suos quoscumque presentes et futuros, tam ecclesiasticos quam seculares, cuiuscumque gradus, preeminencie, status aut condicionis existant, sit bona, realis, sincera, vera, integra et firma pax, amicicia, liga, confederacio et guerrarum abstinencia per terram, mare et aquas dulces et ubique locorum de cetero et in antea semper perpetuis futuris temporibus duratura.

Item conventum et conclusum est, quod nullus dictorum principum movebit aut faciet per se aut subditos suos aut per alios quoscumque moveri aut fieri permittet guerram per terram, mare neque aquas dulces adversus alterum dictorum principum eorumve subditos aut ligeos suos nec dabit auxilium, consilium vel favorem publice vel occulte, ut huiusmodi guerra moveatur vel excitetur quovis modo.

Item pro securiori firmitate et observacione pacis, amicicie, confederacionis et intelligencie predictarum conventum, concordatum et conclusum est, quod neuter regum predictorum in sua regna, patrias, dominia, portus, districtus, territoria, obediencias vel iurisdicciones quovis modo receptabit aut a subditis suis eorum alter receptari permittet aliquem vel aliquos eorum vel alterius eorum rebellem, proditorem aut transfugam, rebelles, proditores aut transfugas cuiuscumque dignitatis, status, gradus aut condicionis existant, eciam si ducali aut alia dignitate quacumque prefulgeant, de crimine lese magestatis suspectum, reputatum seu convictum, suspectos, reputatos aut convictos, nec huiusmodi rebelli, proditori sive transfuge, rebellibus, proditoribus sive transfugis in suis aut alienis regnis, patriis, terris, dominiis, portubus, districtubus, territoriis, obedienciis vel iurisdiccionibus dabit aut a subditis suis dari seu prestari permittet verbo, facto aut scripto aut alio modo quocumque consilium, auxilium, favorem, subsidium aut assistenciam publice vel occulte.

Item conventum est, quod si alter regum predictorum aliquem vel aliquos suum vel suos fuisse et esse rebellem vel

rebelles, profugum vel profugos et in sua regna, patrias, dominia, terras, portus vel districtus aut eorum aliquem receptum esse vel receptos aut ibidem latitare aut se tenere per litteras suas alteri signicaverit aut declaraverit, tunc pars illa, que huiusmodi litteras receperit vel cui taliter significatum aut declaratum fuerit, huiusmodi rebellem vel rebelles, profugum vel profugos infra decem dies a die significacionis predicte proximo et continue numerandos tenebitur illum et illos illico proscribere et bannire sub poena capitali et talem proscripcionem sive bannum contempnentem vel contempnentes eadem pena statim et sine dilacione aut excusacione quacumque effectualiter puniet seu puniri faciet.

Item, quia firma amicicia inter principes esse non possit, si alter principum hostes aut rebelles alterius in suis regnis, patriis, terris, dominiis aut obedienciis se continere permiserit, conventum, concordatum et conclusum est, quod uterque princeps principum predictorum omnes et singulos rebelles, profugum vel profugos alterius principis, qui iam in suis regnis, patriis, terris, dominiis, villis, portubus, districtibus, obedienciis, territoriis aut iurisdiccionibus existunt, ab eisdem regnis, patriis, terris, dominiis, villis, portubus, districtibus, territoriis, obedienciis aut iurisdiccionibus immediate post datam presencium sub pena capitali in locis publicis perpetuo banniet et proscribet; et si eorum aliquis vel aliqui post et contra huiusmodi proclamacionem, bannicionem et proscripcionem in aliquo loco regnorum, terrarum, dominiorum, territoriorum, districtuum, portuum, obedienciarum aut iurisdiccionum suorum predictorum steterit vel steterint, vel in eadem regna, terras, dominia, territoria, iurisdicciones vel portus redierit vel redierint vel in eisdem vel eorum aliquo repertus aut reperti fuerint, princeps in cuius regnis, terris, dominiis, territoriis, districtibus, portubus vel iurisdiccionibus sic steterit aut steterint vel ad que redierit vel redierint aut in eisdem inventus aut inventi fuerint, eos et eorum quemlibet in aliqua civitate, opido vel loco insigni et in eiusdem civitatis, opidi et loci loco, ubi capitales execuciones fieri consueverunt, infra decem dies postquam sic inventus aut inventi fuerint capitali execucioni publice demandabit.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod sacratissimus rex Romanorum necnon illustrissimus princeps dominus Philippus, archidux Austrie, carissimus eiusdem regis primogeni-

tus dignissimum et antiquissimum ordinem garterii, quam primum post datam presencium fieri posset, admittent et acceptabunt et eodem ordine palam et publice utentur ac omnia et singula statuta, ordinaciones et consuetudines eiusdem ordinis, nisi quatenus cum eis dispensatum fuerit, inviolabiliter observabunt. [1])

Item conventum est, quod illustrissimus rex Anglie necnon serenissimus dominus Henricus princeps Wallie carissimus eiusdem regis filius et heres approbatissimum ordinem aurei velleris, quam primum post datam presencium fieri possit, admittent et acceptabunt et eodem ordine palam et publice utentur ac omnia et singula statuta, ordinaciones et consuetudines eiusdem ordinis, nisi quatenus cum eis dispensatum fuerit, inviolabiliter observabunt.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod in presentibus pace et amicicia comprehendantur amici, confederati et alligati utriusque principis si comprehendi voluerint et eorum regna et dominia et super hoc animos suos declaraverint et idem infra sex menses ex nunc proxime sequentes desideraverint; et specialiter pro parte excellentissimi regis Anglie, rex Ludovicus Francie et Hispanie, Portugalie, Scocie atque Dacie reges, archidux Austrie, duces Veneciarum, Ferrarie et Sebaudie necnon societates mercatorum Hanze theutonice; et pro parte regis Romanorum rex Ludovicus Francie ac Hispanie et Scocie reges necnon Philippus filius suus Austrie archidux.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod omnes et singuli heredes et successores omnium et singulorum regum Anglie et Romanorum infra sex menses proxime et immediate sequentes obitum dicti principis decedentis litteras suas omnium et singulorum capitulorum in presenti tractatu et datura eiusdem comprehensorum et conclusorum ratificatorias et confirmatorias magnoque suo sigillo sigillatas alteri eorundem principum heredibus et successoribus suis tradent et deliberabunt, tradive et deliberari facient.

Item conventum est, quod presentem tractatum ac omnia et singula capitula in eodem contenta uterque princeps principum predictorum per litteras suas patentes magnis sigillis suis sigillatas et manibus suis propriis subscriptas et subsignatas infra duos menses datam presencium proxime et immediate se-

[1]) *Vgl. Busch l. c. 183 f. und 373 f.*

quentes acceptabit, confirmabit et ratificabit, omnesque et singulos tam iuris quam facti defectus et presertim, si qui sint racione commissionis aut commissionum principum predictorum, ita ut si ad presentem tractatum aut ad aliquod in eodem contentum et nominibus eorundem principum per nos conclusum in aliqua sua parte aliqua commissio commissionum predictarum non satis ampla ac sufficiens videatur, per suas litteras confirmatorias ut premittitur signatas et sigillatas suplebit beneficioque omnium et singulorum canonum ac legum, quos quidem canones ac leges pro hic expressis habemus; quibus propter defectum alicuius commissionis commissionum predictarum alicui articulorum presentis tractatus in parte vel in toto derogari possit in dictis suis litteris confirmatoriis palam et expresse renunciabit et nos commissarii principum predictorum eorundem nominibus renunciamus per presentes. Quas quidem literas confirmatorias et ratificatorias ut premittitur sigillatas et subsignatas uterque princeps principum predictorum infra dictos duos menses in civitate Londoniensi commissariis sufficienter in ea parte deputatis vicissim tradet et deliberabit aut tradive et deliberari faciet.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod uterque princeps principum predictorum infra quatuor menses proxime et immediate sequentes datam dictarum litterarum confirmatoriarum per utrumque principem principum predictorum ut premittitur suis sigillis sigillatarum et suis manibus subscriptarum et subsignatarum ac in civitate Londoniensi commissariis utriusque principis principum predictorum in ea parte sufficienter auctorizatis traditarum et liberatarum iusiurandum tam per sancta dei evangelia per eorum utrumque corporaliter tacta quam ad et per sacrosanctum corpus domini nostri Jhesu Cristi per eosdem corporaliter visum, in presencia illius quem principes antedicti duxerint deputandum sine dilacione aut excusacione quacumque dabit ac prestabit, quod bona fide et sine fraude ac dolo aut sinistra interpretacione quacùmque bene, fideliter ac inviolabiliter omnia et singula capitula presentis tractatus ac omnia in eisdem aut eorum aliquo contenta tenebit, observabit et adimplebit et ab aliis teneri, adimpleri et observari faciet ac mandabit, nec aliquod contra aliquam partem alicuius articuli presentis tractatus publice vel occulte fieri aut at-

temptari permittet, sed expresse et cum effectu contradicet et impediet.

Item nos omnes et singuli commissarii utriusque principis principum predictorum fatemur per presentes, nos et nostrum quemlibet ad sancta dei evangelia per nos corporaliter tacta nominibus eorundem principum nostrorum ac in eorum animas iuramenta prestitisse eosdemque principes et eorum quemlibet ad omnia et singula capitula in presenti tractatu inita et conclusa modo et forma quibus per nos concluduntur astrinxisse et obligasse ac per presentes astringimus et obligamus.

Item conventum est, quod dictus sacratissimus Romanorum rex omnia et singula capitula presentis tractatus vel saltem tenorem et effectum eorundem in dignioribus civitatibus et opidis patriarum suarum immediate post tradicionem dictarum litterarum confirmatoriarum publicari, notificari ac proclamari faciet cum effectu.

Et dictus serenissimus rex Anglie omnia et singula huiusmodi capitula presentis tractatus vel saltem tenorem et effectum eorundem immediate post tradicionem dictarum litterarum ut premittitur confirmatoriarum in dignioribus civitatibus et opidis regni sui publicari, notificari ac proclamari faciet cum effectu.

Sequunter tenores commissionum predictorum oratorum et commissariorum serenissimi regis Anglie et sacratissimi regis Romanorum. [1])

In quorum omnium et singulorum premissorum fidem et testimonium nos serenissimi regis Anglie commissarii antedicti sigilla nostra presentibus apposuimus et nomina nostra manibus nostris propriis subscripsimus.

Data apud Andwerpiam vicesimo die mensis Junii anno domini millesimo quingentesimo secundo.

C. Somerset. William Warham.

---

[1]) *Vgl. p. 51 Anm.*

9.

Vertrag zwischen Maximilian I. und Heinrich VII. über die Behandlung von Rebellen d. d. Antwerpen 1502. Juni 20. (Or. R. O., Kopie St.-A.)

Rat. Maximilians d. d. Augsburg 1502 Juli 28. (Or. R. O.)[1]

Druck: Rymer l. c. V|4 178.

Universis et singulis ad quorum noticias presentes littere pervenerint Cornelius de Berghes aurei velleris miles, dominus temporalis de Melin et Zevenberghe etc., marescallus illustrissimi principis domini Philippi archiducis Austrie, Henricus de Wittam miles aurei velleris, dominus temporalis de Berssel, gubernator domini Karoli ducis Luxembergensis etc. et Judocus Prant miles, dominus temporalis de Blaesvelt, ambassiatores, procuratores, oratores et commissarii in hac parte sacratissimi principis Maximiliani Romanorum regis semper augusti archiducis Austrie etc. salutem:

Sciatis, quod nos oratores antedicti a prefato rege sufficientem commissionem habentes, cuius quidem commissionis tenor inferius inseritur[2], cum venerabilibus et egregiis viris, Karolo Somerset, uno militum ordinis garterii et uno camerariorum ac capitaneo garde illustrissimi regis Anglie ac magistro Willielmo Warham in episcopum Londoniensem electo, ambassiatoribus, procuratoribus, oratoribus et commissariis dicti regis Anglie et ab eodem domino rege Anglie sufficientem auctoritatem et commissionem habentibus, cuius commissionis tenor eciam inferius inseritur[3], preter et ultra capitula tractatus amiciciarum, confederacionum et mercium intercursus de data presencium cum prefatis oratoribus nomine et auctoritate dicti regis Romanorum eciam omnia et singula sequencia capitula ad et per totum tempus vite utriusque principis principum predictorum et per unum annum post obitum principis ultimi decedentis inter eosdem reges et eorum subditos duratura in forma

---

[1]) *Da das im R. O. befindliche Original dieses Vertrages stark beschädigt ist, musste zur Herstellung des Textes gelegentlich neben dem Originale auch die im Wiener Staatsarchive befindliche vidimierte Kopie herangezogen werden.*

[2]) *Vgl. Rymer l. c. V|4 178.*

[3]) *Vgl. Rymer l. c. V|4 178.*

sequenti convenimus, contraximus et conclusimus ac per presentes convenimus, contrahimus et concludimus.

Inprimis conventum, concordatum et conclusum est, quod dictus rex Romanorum nec per se nec per alios in terras, patrias, dominia, districtus et iurisdicciones aut alia loca quecumque imperii aliquem vel aliquos dicti regis Anglie rebellem, proditorem aut transfugam, rebelles, proditores aut transfugas de crimine lese magestatis suspectum, reputatum seu convictum, suspectos, reputatos seu convictos, cuiuscunque status, gradus aut condicionis existant, eciam si ducali aut alia dignitate quacumque prefulgeant, quovismodo receptabit nec ab aliis receptari tacite vel occulte consenciet, sed palam et expresse cum effectu quantum in eo erit prohibebit, contradicet et impediet, nec huiusmodi rebelli, proditori sive transfuge, rebellibus, proditoribus aut transfugis infra terras, patrias, dominia, obediencias, portus, districtus, iurisdicciones aut alia loca imperii nec extra terras, patrias, dominia, obediencias, portus, districtus, iurisdicciones verbo, facto aut scripto vel alio modo quocumque consilium, auxilium, favorem, subsidium, naves, pecunias, gentes armorum, victualia aut aliam assistenciam quamcunqne publice vel occulte dabit aut a suis subditis dari aut prestari consenciet, sed palam et expresse sic facientibus cum effectu melioribus modo, via et forma quibus possit resistet et eosdem pro viribus impediet; nec idem rex Romanorum alicui rebelli, proditori aut transfuge predicti regis Anglie de crimine lese maiestatis quoquo modo suspecto, eciam si ducali aut alia dignitate quacunque prefulgeant, qui nunc sunt in regnis, terris, patriis, dominiis, territoriis, districtibus, iurisdiccionibus aut aliquo obedienciarum loco imperii, nec per se nec suos subditos verbo, facto aut scripto aut alio modo quocumque consilium, auxilium, favorem, subsidium, naves, pecunias, gentes armorum, victualia aut aliam assistenciam quamcumque publice vel occulte dabit aut a subditis imperii dari aut prestari consenciet, sed palam et expresse sic facientibus cum effectu melioribus modo, via et forma quibus possit resistet et eosdem pro viribus quantum in eo erit impediet.

Item conventum est, quod presentem tractatum ac omnia et singula capitula in eodem contenta prefatus rex Romanorum per litteras suas patentes magno sigillo suo sigillatas et manu sua propria suscriptas et subsignatas infra duos menses datam

presencium proxime et immediate sequentes acceptabit, confirmabit et ratificabit necnon omnia et singula ad presentem tractatum quoquo modo spectancia faciet, que salvo iureiurando per eum quovismodo imperio prestito facere possit, omnesque et singulos tam iuris quam facti defectus et presertim si qui sint racione sue commissionis, ita ut si ad presentem tractatum aut ad aliquod in eodem contentum in aliqua sua parte non satis ampla ac sufficiens ea commissio videatur per suas litteras confirmatorias ut premittitur signatas et sigillatas suplebit beneficioque omnium et singulorum canonum et legum, quos quidem canones et leges pro hic expressis habebit; quibus propter defectum dicte commissionis alicui articulorum presentis tractatus in parte vel in toto derogari possit in dictis suis litteris confirmatoriis palam et expresse renunciabit et nos commissarii eiusdem regis Romanorum nomine eiusdem renunciamus per presentes; quas quidem litteras confirmatorias et ratificatorias ut premittitur sigillatas et subsignatas prefatus Romanorum rex infra dictos duos menses in civitate Londoniensi, commissariis prefati regis Anglie sufficienter in ea parte deputatis tradet et deliberabit, aut tradive et deliberari faciet.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod prefatus Romanorum rex infra quatuor menses proxime et immediate sequentes datam dictarum litterarum confirmatoriarum ut premittitur sigillatarum et subsignatarum et modo et forma predictis traditarum et liberatarum iusiurandum tam per sancta dei evangelia per eundem corporaliter tacta, quam ad et per sacrosanctum corpus domini nostri Jhesu Cristi per eundem corporaliter visum, in presencia illius vel illorum quem vel quos dictus Anglie rex duxerit deputandum vel deputandos, sine dilacione et excusacione quacumque dabit et prestabit, quod bona fide et sine fraude ac dolo ac sinistra interpretacione quacumque bene, fideliter ac inviolabiliter omnia et singula capitula presentis tractatus ac omnia in eisdem aut eorum aliquo contenta tenebit, observabit et adimplebit et ab aliis teneri, observari et adimpleri faciet ac mandabit, nec aliquod contra aliquam partem alicuius articuli presentis tractatus publice vel occulte fieri aut attemptari permittet, sed expresse et cum effectu contradicet et impediet.

Item nos omnes et singuli commissarii dicti regis Romanorum fatemur per presentes nos et nostrum quemlibet ad

sancta dei evangelia per nos corporaliter tacta nomine eiusdem principis nostri ac in eius animam iuramentum prestitisse eundemque principem nostrum ad omnia et singula capitula in presenti tractatu inita et conclusa modo et forma quibus per nos concluduntur, astrinxisse et obligasse ac per presentes astringimus et obligamus.

Sequuntur tenores commissionum predictorum oratorum et commissariorum sacratissimi regis Romanorum et serenissimi regis Anglie.[1])

In quorum omnium et singulorum premissorum fidem et testimonium nos sacratissimi regis Romanorum commissarii antedicti sigilla nostra presentibus apposuimus et nomina nostra manibus nostris propriis subscripsimus.

Data apud Andwerpiam die vicesima mensis Junii anno domini millesimo quingentesimo secundo.

Cor. de Berghes. L. S. Bersselle. L. S. Jodocus de Prant. L. S.

10.

Subsidienvertrag zwischen Maximilian I. und Heinrich VII. d. d. Antwerpen 1502 Juni 20. (Or. R. O.; Kopie St.-A.;) und Empfangsbestätigung Maximilians I. über 10000 Pfund Sterling d. d. Augsburg 1502 Juli 28. (Or. R. O.)[2])

Druck: Rymer l. c. V|4 175 f. u. 179.

Cum ad tuicionem ac defensionem cristiane fidei et presertim contra perfidissimam et iniquissimam Turcorum gentem, qui contra cristianos in dies bella movent eorumque domos, predia, villas, dominia igne et ferro iniquissime vastant nonnullosque cristanos super dei altaria in contemptum cristiane religionis in ecclesiis mactant ac eorumque liberos in cunis adhuc vagientes dampnantissime gladio transcurrunt, omnes cristiani principes manus suas adiutrices apponere teneantur, nemo

[1]) *Vgl. p. 57 Anm.*

[2]) *Für die Herstellung des Textes dieser Urkunde musste gleichfalls neben dem stark beschädigten Originale des R. O. die vidimierte Kopie des St.-A. herangezogen werden.*

tamen omnium cristianorum principum ad huiusmodi non solum propulsandas set et ulciscendas iniurias maiori cura ac sollicitudine quam illustrissimus Anglie rex in dies afficitur, qui cum tanta Turcorum a regno suo distancia in persona ire prohibeatur, piam, devotam ac animosam et omni laude extollendam sacratissimi Romanorum regis semper augusti, carissimi fratris et consanguinei sui, mentem et diligenciam sepenumero secum considerans, quam ad debellandos cristiane fidei hostes semper habuit et habet, ad tam bonum ac sanctum propositum dicti consanguinei sui debite perficiendum, per eundem eciam consanguineum suum tam litteris quam nunciis ad id sepe rogatus et requisitus, de bonis suis summam decem mille librarum sterlingorum monete Anglicane eidem consanguineo suo contra dictos cristiane fidei hostes disponendarum per presentes concessit.

Et nos Karolus Sommerset unus militum ordinis garterii et unus camerariorum ac capitaneus garde prefati regis Anglie ac magister Willielmus Warham in episcopum Londoniensem electus, ambassiatores, procuratores, oratores et commissarii dicti regis Anglie nomine eiusdem regis Anglie virtute cuiusdam commissionis per eundem regem Anglie nobis in hac parte facte, cuius tenor inferius inseritur,[1]) per presentes concedimus et obligamus dictam summam solvere eidem regi Romanorum aut suis sufficienter in hac parte deputato aut deputatis in civitate Londoniensi, quando iidem deputatus aut deputati omnes et singulas litteras confirmatorias duarum amiciciarum et mercium intercursus, quarum amiciciarum utreque littere date sunt apud Andwerpiam vicesimo die mensis Junii anno domini millesimo quingentesimo secundo et data litterarum mercium intercursus est apud Andwerpiam predictam decimo nono die mensis Junii anno supradicto magno sigillo eiusdem regis Romanorum sigillatas et manu eiusdem regis subscriptas et subsignatas, necnon quando presentes litteras obligatorias per nos dictos Karolum et Willielmum sigillatas et manibus nostris subscriptas ac eciam quando litteras recepcionis summe predicte in bona et legali forma factas et conceptas magno sigillo eiusdem sacratissimi regis sigillatas propriaque manu eius subscriptas com-

[1]) *Vgl. Rymer l. c. V/4 175.*

missarioque aut commissariis dicti serenissimi regis Anglie in ea parte sufficienter deputato aut deputatis in dicta civitate Londoniensi secundum formam in hac parte initam et conclusam tradet et deliberabit.

In quorum omnium et singulorum premissorum testimonium nos dicti Karolus et Willielmus sigilla nostra apposuimus et nomina nostra manibus nostris propriis subscripsimus.

Data apud Andwerpiam vicesimo die Junii anno domini millesimo quingentesimo secundo. Sequitur tenor commissionis.

K. Somerset. W. Warham.

Maximilianus divina favente clemencia Romanorum rex semper augustus ac Ungharie, Dalmacie, Kroacie etc. rex, archidux Austrie, dux Burgundie, Lotharingie, Brabancie, Stirie, Carintie, Carnolie, Limburgie, Lucemburgie et Geldrie, Lantgravius Elzacie, princeps Zvevie, comes palatinus in Hapsburg et Honganie comes,[1]) princeps Burgundie, Hanonie, Flandrie, Thirolis, Goricie, Artesie, Hollandie, Zeellandie, Ferretis, Kiburg, Namurci et Zutphanie, marchio sacri Romani imperii in Enns et Bourgauvie, dominus Frisie, marchie[2]) Slavonice, Mechlinie, Portusnovis,[3]) Salinarum universis et singulis ad quorum noticiam presentes litere pervenerint salutem.

Cum nos auditis immanissimorum Turcorum adversus cristrianum populum sevissimis crudelitatibus, cruentissimis cedibus et miserabilibus captivitatibus ad eorumdem ausus nepharios compescendos et orthodoxe fidei illatas iniurias vindicandas cum exercitu potenti insurgere et adversus ipsos turculentissimos Turcos personaliter proficisse decreverimus ad facultates nostras oculos convertimus, et quoniam ad tantam belli molem sustinendam, nisi aliorum principum presidiis adiuti essemus, ipse facultates nostre non suppetebant, nonnullos reges et principes christianos tum litteris tum nunciis requisivimus, ut

[1]) *So im Or.; soll wohl heissen princeps et comes Burgundie, Hanonie etc., der Schreiber dieser Urkunde hat auch sonst merkwürdige Wendungen und Ausdrücke.*

[2]) *A = Marchine.*

[3]) *So im Or. für Portusnaonis.*

huic tam sancto, tam pio et necessario operi opem, auxilium et subsidium impartirentur atque inter ceteros christianos reges serenissimum et potentissimum principem Henricum Anglie regem fratrem et consanguineum nostrum charissimum rogatum habuimus, ut quoniam suum regnum et potencia ab ipsa gente Turcorum procul et longe sint constituta, sic quod sibi admodum difficille esset excercitum terrestrem aut maritimum parare et illuc destinare, hinc saltem nostre expedicioni contra rabidos hostes crucis cristi subsidium aliquod concedere et conferre dignaretur; qui tamquam princeps vere catholicus hiis nephandissimis Turcorum crudelitatibus intime compaciens ad nostrum speciale et singulare desiderium, quamvis per nonnullos reges et principes sepius et instanter requisitus fuerit ut huiusmodi subsidium per eorum manus contra ipsos Turcos exponendum eis concederet et donaret, tamen ob illum presipium[1]) zelum et amorem, quem ad fidei christiane tuicionem gerit obque illam sanguinis necessitudinem, mutuam amiciciam, confederacionem et intimum amorem quibus invicem connectimur, ut eo melius et commodius hanc sanctam et necessariam expedicionem contra perfidos Turcos per nos sumendam ad debitum effectum deducere possemus, summam decem millium librarum sterlingorum in eandem sanctam expedicionem per nos exponendam et convertendam concessit et largitus est. Quam quidem summam et quamlibet eius partem fatemur nos a deputatis prefati regis Anglie integraliter recepisse et de qua per presentes declaramus nobis plenarie esse satisfactum. In cuius rei testimonium hiis presentibus manu propria subscriptis sigillum nostrum apponi fecimus. Datum in civitate nostra Augustensi die XXVIII° mensis Julii anno domini millessimo quingentesimo secundo, regnorum nostrorum videlicet Romani XVII°, Ungharie vero XIII°.

Maximilianus.

Per regem

Marmier.

[1]) *So im Or.*

11.

Freundschaftsvertrag zwischen Maximilian I., Karl von Burgund und Heinrich VII. d. d. Calais 1507. Dez. 21. (Or. R. O.)[1] *Rat. Maximilians d. d. Brixen 1508, Februar 22. (Or. R. O. Kopie St.-A.); Max und Karl gemeinsam d. d. Mecheln 1508, März 26. (Or. R. O.)*

Drucke: Rymer l. c. V/4 246 ff. mit Rat. Max. und Max. und Karls gemeinsam.
Dumont IV/1 103 ff. mit Rat. Max. I. und Karls gemeinsam.

Universis et singulis ad quorum noticiam presentes litere pervenerint nos Jacobus de Luxemburgo, dominus de Fiennes, de Erkingham, de Armentieres, de Zottenghem etc. locumtenens et gubernator comitatuum Flandrie et Arthesii, Johannes dominus de Berghes etc., milites ordinis aurei velleris, consiliarii et cambellani sacratissimi ac potentissimorum et excellentissimorum principum Maximiliani divina favente clementia regis Romanorum semper augusti et domini Karoli eadem gracia principis Hispaniarum etc., archiducum Austrie, ducum Burgundie, Brabantie etc., comitum Flandrie etc., Laurentius de Gorrenodo, baro Monthanesii, gubernator patriarum Bressie, Johannes le Sauvaige miles, dominus de Scaubeca, preses consulatus Flandrie et Philippus Haneton, primus secretarius et audenciarius, oratores, ambassiatores, procuratores, commissarii et nuncii speciales prefatorum dominorum nostrorum regis Romanorum et principis Hispaniarum ad infrascripta per eosdem sufficienter auctorisati, constituti et deputati salutem in omnium salvatore:

Sciatis, quod nos pro prefatis sacratissimo et serenissimis principibus Romanorum rege et principe Hispaniarum, videlicet pro ipso rege tanquam tutore, gubernatore et administratore corporis et bonorum dicti principis Hispaniarum et pro ipso principe auctoritate, consensu et assensu eiusdem regis tutoris sui eorumque nomine, auctoritate, consensu et assensu quibus

[1] *Da das im R. O. (Box 24 Nr. 706 Exchequer Dipl. Doc.) befindliche Original des Vertrages sehr stark beschädigt ist, so dass grössere Partien unlesbar sind, hat der Herausgeber als Grundlage für die Edition dieser Urkunde die im R. O. (B. 24 Nr. 708) befindliche Originalratifikation Maximilians I. d. d. Brixen 1508 Februar 22 gewählt und zur gelegentlichen Ergänzung dieser gleichfalls beschädigten Urkunde die im St.-A. befindliche vidimierte Kopie dieser Ratifikationsurkunde benützt.*

supra nobis ab eisdem rege et principe per literas suas patentes commissa, quarum tenor inferius describitur,[1]) cum reverendo in christo patre illustribus, spectabilibus ac prestantissimis viris Ricardo Wintoniensi episcopo, custode privati sigilli illustrissimi, excellentissimi et potentissimi principis Henrici dei gratia regis Anglie et Francie et domini Hibernie, Thoma comite Surrey, thesaurario Anglie, Thoma Dockwra, priore sancti Johannis Jherusalemitani in Anglia, Gilberto Talbot, milite ordinis garterii, deputato prefati regis Anglie ville sue Calesii et magistro Nicolao West legum doctore, prefati regis Anglie consiliariis et ad infrascripta eiusdem regis oratoribus, commissariis, procuratoribus et deputatis per literas et commissiones suas, quarum tenor etiam inferius describitur[2]), ad laudem et gloriam omnipotentis dei et tocius christiane religionis rei publice exaltacionem ac regnorum, patriarum et subditorum prefatorum regis Anglie et principis Hispaniarum communem utilitatem, pacem et tranquillitatem convenimus, concordavimus, contraximus et conclusimus ac per presentes convenimus, concordamus, contrahimus et concludimus omnes et singulos pacis, amicitiarum, lige et confederationum articulos sequentes:

1. articulus. Inprimis inter nos oratores predictos nominibus, auctoritate et consensu quibus supra etc. conventum, concordatum et conclusum est, quod inter prefatum regem Anglie et principem Hispaniarum eorumque heredes et successores, regna, patrias, dominia, terras, vassalos et subditos quoscunque presentes et futuros, tam ecclesiasticos quam seculares, cuiuscunque status, gradus seu conditionis existant etiamsi archiepiscopali, ducali vel quacunque alia dignitate, statu aut gradu prefulgeant, sit bona, sincera, vera, integra, fidelis, perfecta et firma amicicia, unio, liga, confederatio et pax per terram, mare, et aquas dulces ac ubivis locorum futuris temporibus perpetuo duratura.

2. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos et prefati oratores regis Anglie promiserunt et per presentes promittunt, quod nec idem rex Anglie nec heredes aut successores sui quitquam[3]) aget, faciet, trac-

[1]) *Vgl. Rymer l. c. V|4. 249.*
[2]) *Vgl. Rymer l. c. V|4. 249 f.*
[3]) = *A.*

tabit vel attemptabit, agent, facient, tractabunt vel attemptabunt aut ab aliis agi, fieri, tractari vel attemptari faciet vel facient aut consentiet vel consentient quocumque in loco, sive in terra sive in mari,[1]) portubus vel aquis dulcibus occasione quacunque nullumque prestabit aut prestabunt auxilium, consilium, favorem vel assensum, quod per alium vel per alios quoscunque aliquid fiat, agatur, tractetur vel attemptetur in iuriuriam, preiudicium aut dampnum dicti principis Hispaniarum heredumve aut successorum suorum, sed quibuscunque sic ut premittitur contra predictum principem Hispaniarum heredesve aut successores suos infra regna, patrias, dominia aut terras suas predictas aliquid agentibus, tractantibus vel attemptantibus expresse et cum effectu contradicet et contradicent, renitetur et renitentur, obstabit et obstabunt et impedimentum realiter prestabit et prestabunt.

3. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos et prefati oratores regis Romanorum et principis Hispaniarum nominibus, auctoritate, consensu et assensu quibus supra promiserunt et per presentes promittunt, quod nec idem princeps Hispaniarum nec heredes aut successores sui quitquam[2]) aget, faciet, tractabit vel attemptabit, agent, facient, tractabunt vel attemptabunt aut ab aliis agi, fieri, tractari vel attemptari faciet vel facient, aut consentiet vel consentient quocunque in loco, sive in terra sive in mari, portubus vel aquis dulcibus occasione quacunque nullumque prestabit aut prestabunt auxilium, consilium, favorem vel assensum, quod per alium vel alios quoscunque aliquid fiat, agatur, tractetur vel attemptetur in iniuriam, preiudicium aut dampnum dicti regis Anglie heredumve aut successorum suorum, sed quibuscunque sic ut premittitur contra predictum regem Anglie heredesve aut successores suos infra regna, patrias, dominia aut terras suas predictas aliquid agentibus, tractantibus vel attemptantibus expresse et cum effectu contradicet et contradicent, renitetur et renitentur, obstabit et obstabunt et impedimentum realiter prestabit et prestabunt.

4. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est nominibus et auctoritatibus quibus supra et oratores prefati regis Anglie promiserunt et per presentes promittunt, quod

[1]) A = *mare.*
[2]) = A.

neque prefatus rex Anglie neque heredes aut successores sui prestabit aut prestabunt auxilium, consilium vel favorem hostibus vel inimicis prefati principis Hispaniarum heredumve aut successorum suorum eosdem aut eorum aliquem per terram, mare vel aquas dulces infestare vel invadere volentibus, et si aliquis vel aliqui cuiuscunque status, gradus aut conditionis fuerint, sive alligati aut confederati sui sint sive non, regna, patrias, dominia et terras prefati principis Hispaniarum, heredum aut successorum suorum, ,que in presenti possidet aut in futurum de iure possidere debet, per viam guerre hostiliter invaserint vel aggressi fuerint, aut iniuriam vel dampnum eidem principi Hispaniarum, heredibus, successoribus aut subditis suis infra regna, patrias, terras et dominia sua predicta inferre aut facere voluerint, prefatus rex Anglie bona fide, realiter et cum effectu eosdem principem, heredes et successores suos auxiliis militaribus gentium armorum, expensis tamen ipsius principis Hispaniarum, heredum aus successorum suorum, pro tuitione et defensione eorumdem quotiens opus fuerit adiuvabit seu adiuvabunt, quanto citius commode poterit vel poterint, postquam debite ad hoc requisitus fuerit vel fuerint; in quorum auxiliorum prestatione, quoad numerum attinet armatorum, habenda erit facultatis ratio, ut scilicet prefatus rex Anglie, heredes aut successores sui non ultra teneatur vel teneantur quam tunc commode facere poterit vel poterint, considerata temporis et locorum oportunitate ac statu rerum suarum. Ac insuper pro defensione et tuitione persone et status prefati principis Hispaniarum eiusque heredum et successorum patriarum, terrarum, dominiorum predictorum contra invasores et hostiles agressores earumdem patriarum et dominiorum qualescunque fuerint prefatus rex Anglie, heredes et successores sui sine fraude, dolo, dissimulatione aut colore quocumque erit et erunt de cetero futuris perpetuis temporibus prefati principis Hispaniarum, heredum et successorum suorum amicorum amicus et amici et inimicorum inimicus et inimici sine aliqua exceptione, non obstantibus quibuscumque alliganciis et confederationibus quas habet et habent vel in futurum habere poterit vel poterint cum quibuscumque regibus, principibus aut communitatibus, qualescunque illi sint aut erunt, necnon personam, status, honores, dignitates, causas, res et negocia ipsius serenissimi principis Hispaniarum sibi intimo amore, fide et amiciciarum federe coniuncti, quem

loco filii carissimi et dilectissimi reputat, taliter cordi habebit et tractabit, sicut pientissimum patrem dilectissimi filii honores, status, dignitates, causas, res et negotia habere, reputare et tractare decet et convenit.

5. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos et oratores prefati regis Romanorum et principis Hispaniarum nominibus, auctoritate, consensu et assensu quibus supra promiserunt et per presentes promittunt, quod neque prefatus princeps Hispaniarum neque heredes aut successores sui prestabit vel prestabunt auxilium, consilium vel favorem hostibus vel inimicis prefati regis Anglie heredumve aut successorum suorum eosdem aut eorum aliquem per terram, mare vel aquas dulces infestare vel invadere volentibus, et si aliquis vel aliqui cuiuscunque status, gradus vel conditionis fuerint, sive allegati sive confederati sui sint sive non, regna, patrias, dominia et terras prefati regis Anglie, heredum et successorum suorum, que in presenti possidet vel in futurum de iure possidere debet, per viam guerre hostiliter invaserint[1]) vel aggressi fuerint aut iniuriam vel dampnum eidem regi Anglie, heredibus, successoribus aut subditis suis infra regna, patrias, terras et dominia sua predicta inferre aut facere voluerint, prefatus princeps Hispaniarum bona fide, realiter et cum effectu eosdem regem Anglie, heredes et successores suos auxiliis militaribus gentium armorum, expensis tamen ipsius regis Anglie, heredum aut successorum suorum pro tuicione et defensione eorumdem quotiens opus fuerit adiuvabit et adiuvabunt, quanto citius commode poterit vel poterint, postquam debite ad hoc requisitus fuerit vel fuerint. In quorum auxiliorum prestatione, quoad numerum attinet armatorum. habenda erit facultatis ratio, ut scilicet prefatus princeps Hispaniarum, heredes aut successores sui non ultra teneatur vel teneantur, quam tunc commode facere poterit vel poterint considerata temporis et locorum oportunitate ac statu rerum suarum; ac insuper pro defensione et tuitione persone et status prefati regis Anglie eiusque heredum et successorum regnorum, patriarum, terrarum et dominiorum predictorum contra invasores et hostiles aggressores eorumdem regnorum, patriarum et dominiorum qualescunque fuerint, prefatus princeps Hispaniarum he-

[1]) *Durch mehrere Zeilen im Or. eine Lücke.*

redes et successores sui sine fraude, dolo et dissimulatione aut colore quocunque erit et erunt de cetero perpetuis futuris temporibus prefati regis Anglie heredum et successorum suorum amicorum amicus et amici et inimicorum inimicus et inimici sine aliqua exceptione, non obstantibus quibuscumque alliganciis et confederationibus, quas habet aut habent vel in futurum habere poterit vel poterint cum quibuscumque regibus, principibus aut communitatibus, qualescunque illi sint aut erunt; prefatus quoque princeps Hispaniarum personam, status, honores, dignitates, causas, res et negocia ipsius serenissimi regis Anglie sibi intimo amore, fide et amiciciarum federe coniuncti, quem loco patris carissimi et dilectissimi habet et reputat, taliter cordi habebit et tractabit, sicut amantissimum filium pientissimi patris honores status, dignitates, causas, res et negocia habere, reputare et tractare decet et convenit.

6. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos nominibus, auctoritatibus, consensu et assensu quibus supra et oratores prefati regis Anglie promiserunt et per presentes promittunt, quod nec prefatus rex Anglie nec heredes aut successores sui nec subditi sui nec eorum aliquis rebelli seu rebellibus, proditori seu proditoribus, profugo seu profugis ipsius principis Hispaniarum, heredum aut successorum suorum inobedienti subdito vel inobedientibus subditis cuiuscunque gradus, status aut conditionis existat vel existant, ubicunque locorum exstiterit seu exstiterint verbo, facto aut scripto auxilium, consilium vel favorem, victualia, hospicia, stipendia, pecunias, naves, gentes armorum sive aliud quodcunque subsidium ministrabit, dabit, prestabit aut concedet, ministrabunt, dabunt, prestabunt aut concedent sive ab alio vel ab aliis quibuscunque dari aut prestari, ministrari vel concedi permittet aut permittent, sed eundem sive eosdem tanquam proprium rebellem sive rebelles, profugum sive profugos, proditorem seu proditores tanquam capitalem inimicum sive inimicos ubicunque locorum persequetur et persequentur et ab aliis quibuscunque sic persequi curabit et efficiet, curabunt et efficient cum effectu.

7. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos et oratores prefati regis Romanorum et principis Hispaniarum nominibus, auctoritate, consensu et assensu quibus supra promiserunt et per presentes promittunt,

quod nec prefatus princeps Hispaniarum nec heredes aut successores sui nec subditi sui nec eorum aliquis rebelli seu rebellibus, proditori seu proditoribus, profugo seu profugis ipsius regis Anglie, heredum aut successorum suorum inobedienti subdito vel inobedientibus subditis cuiuscunque gradus, status vel condicionis existat vel existant ubicunque locorum exstiterit seu exstiterint verbo, facto aut scripto auxilium, consilium vel favorem, victualia, hospicia, stipendia, pecunias, naves, gentes armorum, sive aliud quodcunque subsidium ministrabit, dabit, prestabit aut concedet, ministrabunt, dabunt, prestabunt aut concedent, sive ab alio vel aliis quibuscunque dari vel prestari, ministrari[1]) aut concedi permittet aut permittent, sed eundem sive eosdem tamquam proprium rebellem sive rebelles, profugum seu profugos, proditorem seu proditores, tamquam capitalem inimicum sive inimicos ubicunque locorum persequetur et persequentur et ab aliis quibuscumque sic persequi curabit et efficiet, curabunt et efficient cum effectu.

8. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos et oratores prefati regis Anglie promiserunt et per presentes promittunt, quod nec prefatus rex Anglie nec heredes aut successores sui nec subditi sui, nec quivis alius sub obedientia, districtu, iurisdictione aut ditione suis nec eorum aliquis rebellem seu rebelles, proditorem seu proditores, profugum seu profugos dicti principis Hispaniarum cuiuscumque status, gradus aut conditionis existat vel existant in sua regna, patrias, dominia, terras, portus, iurisdictiones, obedientias aut districtus quovismodo admittet sive recipiet, admittent sive recipient nec ab aliis quibuscumque recipi vel admitti permittet vel permittent. Et casu quo deinceps huiusmodi rebellem vel rebelles, proditorem seu proditores, profugum vel profugos infra regna, patrias, dominia, terras, portus, obedientias, iurisdictiones aut districtus dicti regis Anglie esse, latitare aut quocunque alio modo etiam vi aut casu fortuito existere seu applicare acceperit seu quoquomodo intellexerit, sciat aut aliquo modo suspitionem habuerit, acceperint vel quoquomodo intellexerint, sciant aut suspitionem habuerint, tunc absque omni fraude, dolo, malo ingenio, dilatione, excusatione, sinistra verborum interpretatione aut dissimulatione quacumque aut alio

[1]) *Im Or. noch einmal dari.*

quovis quesito colore illum seu illos rebellem seu rebelles, proditorem seu proditores, profugum seu profugos cuiuscunque gradus, status, conditionis aut dignitatis existat sive existant, statim et immediate et absque dilatione quacumque capiet aut capi faciet, capient aut capi facient realiter et cum effectu eundemque sive eosdem sic captum sive captos vinculis et carceribus effectualiter mandabit et committet, mandabunt et committent atque illum sive illos sic tute et secure tenebit et custodiet, tenebunt et custodient et prefatum principem Hispaniarum heredes et sucessores suos per litteras suas propria manu subscriptas et signatas de ea re quam primum poterit aut poterint advisare, monere et certiorem facere curabit et curabunt atque illum seu illos sicut prefertur captum sive captos, custoditum sive custoditos, quam primum per litteras dicti principis Hispaniarum, heredum aut successorum suorum ad hoc requisitus fuerit sive fuerint absque omni dilatione, excusatione, sinistra interpretatione, dolo, fraude, dissimulatione, malo ingenio aut alio quovis quesito colore aut causa usque ad et in terras, patrias et dominia eiusdem principis Hispaniarum per suos subditos aut officiarios salvo et secure conduci faciet et facient realiter et cum effectu; ipsumque rebellem seu rebelles, proditorem seu proditores, profugum seu profugos sicut predicitur in regna, terras, patrias et dominia dicti principis Hispaniarum conductum vel conductos commissario vel commissariis eiusdem principis Hispaniarum per litteras suas manu sua subscriptas ad hoc auctorisatas, videlicet in aliquo loco ad hoc tuto et securo infra predicta regna, patrias, terras et dominia dicti principis Hispaniarum, heredum vel successorum suorum statim et incontinenti et absque omni dilatione, excusatione, sinistra interpretatione, dolo, fraude, dissimulatione, malo ingenio aut alio quovis quesito colore aut causa et absque aliquo in contrarium facto aut attemptato pure, simpliciter, absolute et absque conditione quacumque tradet et deliberabit, tradent et deliberabunt, tradive et deliberari faciet et facient, sumptibus tamen et expensis pro huiusmodi solummodo conducto necessariis et rationabilibus per requirentem vel eius commissarium vel commissarios tempore traditionis et deliberationis huiusmodi personis que huiusmodi conductum fecerint indilate solvendis.

9. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos et oratores prefati regis Romanorum

et principis Hispaniarum nominibus, auctoritate et assensu quibus supra promiserunt et per presentes promittunt, quod nec prefatus princeps Hispaniarum nec heredes aut successores sui nec subditi sui nec quivis alius sub obedientia, districtu, iurisdictione aut ditione suis nec eorum aliquis rebellem seu rebelles, proditorem seu proditores, profugum seu profugos dicti regis Anglie cuiuscumque gradus, status aut conditionis existat vel existant in sua regna, patrias, dominia, terras, portus, iurisdictiones, obedientias aut districtus quovismodo admittet sive recipiet, admittent sive recipient, nec ab aliis quibuscumque recipi vel admitti permittet seu permittent, et casu quo deinceps huiusmodi rebellem vel rebelles, proditorem seu proditores, profugum seu profugos infra regna, patrias, dominia, terras, portus, obedientias, iurisdictiones aut districtus dicti principis Hispaniarum esse, latitare aut quocunque alio modo etiam vi aut casu fortuito existere seu applicare acceperit seu quoquomodo intellexerit, sciat aut aliquo modo suspitionem habuerit, acceperint vel quoquomodo intellexerint, sciant aut suspitionem habuerint, tunc absque omni fraude, dolo, malo ingenio, dilatione, excusatione, sinistra verborum interpretatione aut dissimulatione quacumque aut alio quovis quesito colore illum seu illos, rebellem seu rebellos, proditorem seu proditores, profugum vel profugos cuiuscunque gradus, status, conditionis aut dignitatis existat sive existant statim et immediate et absque quacumque dilatione capiet aut capi faciet, capient aut capi facient realiter et cum effectu, eundemque sive eosdem sic captum sive captos vinculis et carceribus effectualiter mandabit et committet, mandabunt et committent atque illum sive illos sic tuto et secure tenebit et custodiet, tenebunt et custodient et prefatum regem Anglie, heredes et successores suos per litteras suas propria manu subscriptas et signatas de ea re quam primum poterit aut poterint advisare, monere et certiorem facere curabit et curabunt atque illum sive illos sic ut prefertur captum sive captos, custoditum sive custoditos, quam primum per litteras dicti regis Anglie, heredum aut successorum suorum ad hoc requisitus fuerit sive fuerint, absque omni dilatione, excusatione, sinistra interpretatione, dolo, fraude, dissimulatione, malo ingenio aut alio quovis quesito colore aut causa usque ad et in terras, patrias et dominia eiusdem regis Anglie per suos subditos aut officiarios salvo et secure conduci faciet et facient realiter et cum effectu; ipsumque rebellem seu

rebelles, proditorem vel proditores, profugum vel profugos sicut predicitur in regna, terras, patrias et dominia dicti regis Anglie conductum vel conductos, commissario vel commissariis eiusdem regis Anglie per litteras suas manu sua subsriptas ad hoc auctorisatis videlicet in aliquo loco ad hoc tuto et securo infra predicta regna, terras, patrias et dominia dicti regis Anglie, heredum aut successorum statim et incontinenti et absque omni dilatione, excusatione, sinistra interpretatione, dolo, fraude, dissimulatione, malo ingenio aut alio quovis quesito colore aut causa et absque aliquo in contrarium facto aut attemptato pure, simpliciter, absolute et absque conditione quacumque tradet et deliberabit, tradent et deliberabunt, tradive et deliberari faciet et facient, sumptibus tamen et expensis pro huiusmodi solummodo conductu necessariis et rationabilibus per requirentem vel eius commissarium vel commissarios tempore traditionis et deliberationis huiusmodi personis que huiusmodi conductum fecerint indilate solvendis.

10. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos et oratores prefati regis Anglie promiserunt et per presentes promittunt, quod si dictus princeps Hispaniarum, heredes aut successores sui per litteras suas manu sua propria signatas et subscriptas prefatum regem Anglie, heredes aut successores suos advisaverit, monuerit sive certiorem fecerit, advisaverint, monuerint sive certiorem fecerint suum vel suos rebellem vel rebelles, proditorem vel proditores, profugum vel profugos infra sua regna, dominia, terras, patrias, portus, iurisdictiones, obedientias aut districtus quoquomodo etiam vi, casu fortuito aut alio modo quocumque venire, existere, manere, applicare aut latitare, idem rex Anglie, heredes et successores sui sic moniti, advisati seu certiorati statim, incontinenti et absque omni dilatione, excusatione, sive sinistra interpretatione et dissimulatione quacumque, dolo, fraude, malo ingenio aut alio quovis quesito colore illum seu illos, rebellem sive rebelles, proditorem sive proditores, profugum seu profugos realiter et cum effectu capiet seu capi faciet, capient seu capi facient et eum sive eos et eorum quemlibet sic captum sive captos vinculis et carceribus effectualiter mandabit et committet, mandabunt et committent atque in eisdem tuto et secure tenebit et custodiet, tenebunt et custodient atque illum sive illos sic captum vel captos, custoditum vel custoditos, quam

primum per litteras dicti principis Hispaniarum, heredum aut successorum suorum ad hoc requisitus fuerit sive fuerint, absque omni dilatione, excusatione, sinistra interpretatione, dolo, fraude, dissimulatione, malo ingenio aut alio quovis quesito colore et causa usque ad et in regna, terras, patrias et dominia eiusdem principis Hispaniarum per suos subditos aut officiarios salvo et secure conduci faciet et facient realiter et cum effectu ipsumque rebellem sive rebelles, proditorem vel proditores, profugum vel profugos sicut premittitur in regna, patrias, terras et dominia eiusdem principis Hispaniarum conductum vel conductos, commissario vel commissariis eiusdem principis Hispaniarum per litteras suas manu sua subscriptas ad hoc auctorisatis, videlicet in aliquo loco ad hoc tuto et securo infra regna predicta, patrias, terras et dominia dicti principis Hispaniarum statim, incontinenti et absque omni dilatione, excusatione, sinistra interpretatione, dolo, fraude, dissimulatione, malo ingenio, aut alio quovis quesito colore aut causa et absque aliquo in contrarium facto vel attemptato pure, simpliciter, absolute et absque aliqua conditione vel contradictione quacumque tradet et deliberabit, tradent et deliberabunt, tradive et deliberari faciet et facient, sumptibus tamen et expensis pro huiusmodi solummodo conductu necessariis et rationabilibus per requirentem vel eius commissarium vel commissarios tempore huiusmodi traditionis et deliberationis personis que huiusmodi conductum fecerint indilate solvendis.

11. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos et oratores prefatorum regis Romanorum et principis Hispaniarum nominibus, auctoritate, consensu et assensu quibus supra promiserunt et per presentes promittunt, quod si dictus rex Anglie, heredes aut successores sui per litteras suas manu sua propria signatas et subscriptas prefatum principem Hispaniarum, heredes aut successores suos advisaverit, monuerit sive certiorem fecerit, advisaverint, monuerint sive certiorem fecerint suum vel suos rebellem sive rebelles, proditorem vel proditores, profugum vel profugos infra sua regna, dominia, terras, patrias, portus, iurisdictiones, obedientias aut districtus quoquomodo etiam vi, casu fortuito aut alio modo quocumque venire, existere, manere, applicare, aut latitare; idem princeps Hispaniarum, heredes et successores sui sic moniti, advisati seu certiorati statim, incontinenti et abs-

que omni dilatione, excusatione, sive sinistra interpretatione et dissimulatione quacumque, dolo, fraude et malo ingenio aut aliquo alio quovis quesito colore illum seu illos, rebellem seu rebelles, proditorem seu proditores, profugum seu profugos realiter et cum effectu capiet seu capi faciet, capient seu capi facient et eum sive eos et eorum quemlibet sic captum sive captos vinculis et carceribus effectualiter mandabit et committet, mandabunt et committent atque in eisdem tute et secure tenebit et custodiet, tenebunt et custodient atque illum sive illos sic captum vel captos, custoditum vel custoditos, quam primum per litteras dicti regis Anglie, heredum aut successorum suorum ad hoc requisitus fuerit sive fuerint, absque omni dilatione, excusatione, sinistra interpretatione, dolo, fraude, dissimulatione, malo ingenio aut alio quovis quesito colore et causa usque ad et in regna, terras, patrias et dominia eiusdem regis Anglie per suos subditos aut officiarios salvo et secure conduci faciet et facient realiter et cum effectu, ipsumque rebellem sive rebelles, proditorem vel proditores, profugum vel profugos sicut premittitur in regna, patrias, terras et dominia eiusdem regis conductum vel conductos commissario vel commissariis eiusdem regis Anglie per litteras suas manu sua subscriptas ad hoc auctorisatis, videlicet in aliquo loco ad hoc tuto et securo infra predicta regna, patrias, terras et dominia dicti regis Anglie statim, incontinenti et absque omni dilatione, excusatione, sinistra interpretatione, dolo, fraude, dissimulatione, malo ingenio aut alio quovis quesito colore aut causa et absque aliqua in contrarium facto vel attemptato pure, simpliciter, absolute et absque aliqua conditione vel contradictione quacumque tradet et deliberabit, tradent et deliberabunt, tradive et deliberari faciet et facient, sumptibus tamen et expensis pro huiusmodi solummodo conductu necessariis et rationabilibus per requirentem vel eius commissarium vel commissarios tempore huiusmodi traditionis et deliberationis personis que huiusmodi conductum fecerint indilate solvendis.

12. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos et prefati oratores regis Anglie promiserunt et per presentes promittunt, quod si de prefatorum regis Anglie et principis Hispaniarum expressis consensu, assensu et concordia contra aliquem regem, principem vel principes aut alias communitates bellum aut guerras simul inferri

aut moveri contigerit, prefatus rex Anglie nullum tractatum, pacem, treugam aut aliquod apunctuamentum cum illo vel illis aut aliis eorum hominibus contra quem vel quos huiusmodi bellum sive guerra geretur aut inferetur sine expressa prefati principis Hispaniarum scientia, consensu, assensu et voluntate faciet aut fieri consentiet.

13. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos et oratores prefati regis Romanorum et principis Hispaniarum nominibus, auctoritate, consensu et assensu quibus supra promiserunt et per presentes promittunt, quod si de prefatorum regis[1]) Anglie et principis Hispaniarum expressis consensu, assensu et concordia contra aliquem regem, principem vel principes aut alias communitates bellum aut guerras simul inferri aut moveri contigerit, prefatus princeps Hispaniarum nullum tractatum, pacem, treugam aut aliquod apunctuamentum cum illo vel illis aut cum aliis eorum hominibus contra quem vel quos huiusmodi bellum sive guerra geretur vel inferetur sine expressa prefati regis Anglie scientia, consensu, assensu et voluntate faciet aut fieri consentiet.

Quas quidem ligas, confederationes et promissiones predictas et earum quamlibet ac omnia et singula in capitulis supradictis contenta prefati oratores dictorum regis Romanorum et principis Hispaniarum pro prefato rege Romanorum pro se et per se ac nomine suo tanquam rege Romanorum ac etiam pro eodem rege et prefato principe Hispaniarum de eiusdem regis Romanorum tutoris et avi sui auctoritate, consensu et assensu eorumque heredibus et successoribus inierunt, tractaverunt, concordaverunt, concluserunt et acceptaverunt et per presentes ineunt, tractant, concordant, concludunt et acceptant; promittentes per presentes, quod ea omnia et singula idem sacratissimus rex Romanorum tanquam rex Romanorum integraliter observabit et adimplebit iuxta eorundem formam et tenorem et quod citra festum pasche proxime et immediate futurum post datam presentium et ante contractum sponsalium inter prefatum principem Hispaniarum et serenissimam dominam, dominam Mariam, dicti regis Anglie filiam, charissimam deo duce contrahendorum, suas litteras huius tractatus et omnium et singulorum capitulorum in eodem contentorum ratificatorias, con-

[1]) *A* = *regi.*

firmatorias et acceptatorias nomine suo proprio ut rege Romanorum manu sua signatas et suo magno sigillo sigillatas presentibus similes prefato regi Anglie eiusve deputato vel deputatis ad hoc sufficienter auctorisato vel auctorisatis in civitate Londoniensi tradet tradive faciet. Qui quidem[1]) rex Anglie tunc et ibidem tenebitur alias suas litteras patentes consimiles prefato regi Romanorum eiusve commissario ad hoc sufficienter auctorisato similiter tradere et deliberare, tradive et deliberari facere, et si contingat quod minime creditur quod prefatus rex Romanorum hoc facere neglexerit, remanebunt nichilominus omnia et singula que suprascripta sunt, quantum ad prefatum principem Hispaniarum, heredes et successores suos attinet, firma et stabilia et per eundem principem, heredes, successores et subditos suos iuxta sui formam et tenorem inviolabiliter observabuntur et adimplebuntur.

14. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos nominibus et auctoritatibus quibus supra, quod neque prefatus rex Anglie neque prefatus rex Romanorum per huius tractatus ratificationem, acceptationem aut confirmationem aut per aliquid in eodem contentum possit aut debebit recedere a tractatibus pacis, amiciciarum, lige et confederationum inter eosdem reges per eorum commissarios antehac initis, contractis et conclusis de data vicesimi diei mensis Junii anno domini millesimo quingentesimo secundo ac per separatas litteras patentes prefatorum regum videlicet dicti regis Anglie de data quartidecimi diei mensis Augusti anno domini supradicto et prefati regis Romanorum de data vicesimi octavi diei mensis Julii eodem anno approbatis, ratificatis et confirmatis ac postea per eosdem reges solempniter iuratis, nec eisdem aut alicui eorumdem tractatuum capitulo quoquomodo contravenire aut derogare, sed quod iidem tractatus et omnia in eisdem contenta in pleno et perfecto robore suo maneant et effectu, presenti tractatu vel aliquo in eodem contento in aliquo non obstante.

15. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos nominibus et auctoritatibus quibus supra, quod neque prefatus rex Anglie neque dictus princeps Hispaniarum per presentem tractatum vel aliquid in eodem con-

[1]) *A = quidam.*

tentum possit aut debeat recedere a tractatu pacis, amicicie, lige et confederationis inter prefatum regem Anglie et celebris memorie Philippum nuper regem Castelle, prefati principis Hispaniarum patrem, Windesore pro se, heredibus et successoribus suis inito, concordato et concluso de data noni diei mensis Februarii anno domini millesimo quinquentesimo quinto, nec eidem aut alicui eiusdem tractatus capitulo quoquomodo contravenire aut derogare, sed quod idem tractatus in omnibus et per omnia in suo pleno et perfecto robore maneat et effectu, presenti tractatu vel aliquo in eodem contento in aliquo non obstante.

16. articulus. Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos et oratores prefati regis Romanorum et principis Hispaniarum nominibus, auctoritate, consensu et assensu quibus supra promiserunt et per presentes promittunt, quod prefatus princeps Hispaniarum tam dictum tractatum amiciciarum inter prefatum regem Anglie et bone memorie Philippum nuper regem Castelle patrem suum pro se, heredibus et successoribus suis initum, concordatum et conclusum de data noni diei mensis Februarii anno domini millesimo quingentesimo quinto et omnia et singula capitula in eodem tractatu contenta quam etiam presentem tractatum et omnia et singula capitula in eodem contenta, postquam decimum quartum etatis sue annum attigerit, per litteras suas patentes in debita et sufficienti forma factas manu sua subscriptas et magno sigillo suo sigillatas et harum seriem de verbo ad verbum continentes, quandocunque et quocienscunque per dictum regem Anglie eiusve heredes aut successores per nuncios aut litteras ad hoc requisitus et interpellatus fuerit, confirmabit et ratificabit; easdemque litteras ratificatorias et confirmatorias sic ut prefertur factas dictus princeps Hispaniarum prefato regi Anglie eiusve deputato vel deputatis ad hoc auctorisato vel auctorisatis infra duos menses dictam requisitionem et interpellationem, requisitiones et interpellationes proxime et immediate sequentes in civitate Londoniensi tradet et deliberabit seu tradi et deliberari faciet idemque rex Anglie consimiles litteras ratificatorias et confirmatorias prefati principis Hispaniarum oratori, deputato vel commissario ad hoc sufficienter auctorisato tunc et ibidem similiter tradere et deliberare tenebitur et obligabitur, prout per presentes tenetur et obligatur.

Item conventum, concordatum et conclusum est inter oratores predictos nominibus et auctoritatibus quibus supra, quod tam prefatus rex Anglie quam dictus princeps Hispaniarum auctoritate, consensu et assensu dicti regis Romanorum avi et tutoris sui presentem tractatum ac omnia et singula capitula in eodem contenta per suas litteras patentes in debita et sufficienti forma factas magnis sigillis suis sigillatas et manu sua subscriptas confirmabit et ratificabit, suplendo omnes et singulos tam iuris quam facti defectus si qui tales sint ac etiam beneficio omnium legum et canonum necnon omnibus et singulis tam iuris quam facti exceptionibus etiam specialem et expressam renuntiationem requirentibus in vim pacti renunciando, quibus etiam omnibus et singulis nos dicti oratores nominibus, auctoritate, consensu et assensu quibus supra expresse et in vim pacti in hiis scriptis renunciamus.

Quas quidem litteras ratificatorias et confirmatorias predictus princeps Hispaniarum citra festum pasche proxime futurum et antequam suus orator sive commissarius pro sponsalibus cum dicta domina Maria contrahendis in Angliam venerit in civitate Londoniensi prefato domino regi Anglie eiusve commissario ad hoc sufficienter deputato tradet et deliberabit aut tradi et deliberari faciet et idem rex Anglie consimiles suas litteras patentes commissario dicti principis Hispaniarum ad hoc sufficienter auctorisato tunc et ibidem tradet et deliberabit aut tradi et deliberari faciet. Sequuntur tenores commissionum regis Romanorum et principis Hispaniarum et regis Anglie. In quorum omnium et singulorum robur et testimonium has presentes litteras manibus nostris subsignavimus et sigillis nostris communivimus.

Datum in opido Calesie vicesimo primo die mensis Decembris anno domini millesimo quingentesimo septimo. Sic signatis super plicam.

J. de Luxemburg. J. de Berghes. L. de Gorrenodo.
J. de Sauvaige. Haneton.

Fueritque in decimo tercio dicti preinserti tractatus articulo inter cetera conventum, tractatum, concordatum et conclusum, quod nos nomine nostro proprio et privato ac sub titulo nostro regis Romanorum predictum tractatum in omnibus et singulis suis articulis, passibus, punctis et capitulis ratum et gratum ha-

bebimus illumque acceptabimus et inviolabiliter observabimus et ea causa litteras nostras patentes signo nostro manuali et sigillo nostro communitas prefato serenissimo regi Anglie fratri et consanguineo nostro carissimo eiusve commissariis vel deputatis in civitate Londoniensi expediri et deliberari mandabimus citra festum pasche proxime futurum, prout latius in dicto tractatu et signanter in predicto decimo tercio illius articulo expresse cavetur. Hinc est, quod nos preinsertum ligarum, federum, amicicie ac perpetue intelligencie tractatum per dictos nostros ac dicti regis Anglie oratores factum et conclusum cum omnibus et singulis suis passibus, punctis, articulis et capitulis tam in specie quam in genere ratum et gratum habentes conventionique ac promissioni dictorum oratorum nostrorum circa premissa factis ut par est satisfacere volentes eundem tractatum ac omnia et singula in eodem contenta pro nobis ac nomine nostro proprio et privato et sub titulo electi Romanorum imperatoris laudavimus, acceptavimus, confirmavimus, ratificavimus et approbavimus laudamusque, ratificamus, acceptamus, confirmamus, emologamus et approbamus ac roboris firmitatem perpetuo obtinere volumus et declaramus per presentes; promittentes bona fide nostra in verbo cesareo ac sub titulo et dignitate nostris omnia et singula in dicto preinserto ligarum, amicicie ac perpetuarum intelligenciarum tractatu contenta et descripta tam in specie quam in genere rata, grata et firma habere eaque cum omnibus et singulis suis articulis, passibus et punctis singula singulis referendo pro[1]) nostra parte et in quantum nos attinet, nostra interest et interierit, inviolabiliter et perpetuo observare et nunquam per nos vel alium contraire, dicere, opponere vel venire seu contraire volenti in aliquo consentire clam, palam, tacite vel expresse quovis quesito colore, supplentes omnes et singulos tam iuris quam facti defectus si qui tales sint ac eciam beneficio omnium legum et canonum; renunciamus etiam in vim pacti omnibus et singulis tam iuris quam facti exceptionibus specialem et expressam renunciationem requirentibus. Declarantes tamen tenore presentium quod per huiusmodi tractatum ut premittitur factum ac modo quo supra per nos acceptatum, approbatum et confirmatum non intendimus quovismodo recedere a tractatibus

[1]) *Nachgetragen.*

pacis, amiciciarum et confederacionum alias per oratores nostros ad id sufficienter instructos ac etiam dicti regis Anglie tractatis et conclusis inter nos ex una et prefatum regem Anglie fratrem et consanguineum nostrum carissimum ex alia sub die vicesimo mensis Junii anno domini millesimo quingentesimo secundo ac inde per nos litteris nostris patentibus et separatis sub die vicesimo octavo mensis Julii predicti anni ac etiam per ipsum regem aliis litteris suis patentibus etiam separatim expeditis datis decime quarte diei Augusti ipsius anni quingentesimi secundi confirmatis, ratificatis et approbatis indeque per utrumque nostrum solemniter iuratis neque illis per premissa quovismodo derogatum iri, quinymo eosdem tractatus hic proxime designatos cum omnibus et singulis clausulis et capitulis in eis contentis in suo robore permanere ac debitum execucionis effectum sortiri debere decernimus et declaramus presenti tractatu superius ad longum inserto et confecto aliisque que in contrarium obici possent non obstantibus.

In quorum premissorum testimonium has nostras litteras patentes manu nostra propria subscriptas et signatas sigillo nostro iussimus communiri. Datum in monasterio nove fundationis apud Brixinam ordinis sancti Augustini canonicorum regularium die vicesima secunda mensis Februarii anno domini millesimo quingentesimo octavo, regnorum nostrorum Romani vicesimo tercio, Hungarie vero decimo octavo.

Maximilianus.
L. S.

12.

Erneuerung des zwischen Maximilian I. und Heinrich VII. am 20. Juni 1502 geschlossenen Bündnisses durch Heinrich VIII. d. d. Westminster 1509 August 20. (Or. St.-A.)

Druck: Rymer l. c. VI/1 5.

Henricus dei gratia rex Anglie et Francie et dominus Hibernie universis et singulis ad quorum noticias presentes littere pervenerint salutem.

Cum quidam tractatus perpetue pacis et amiciciarum inter bone memorie dominum Henricum nuper regem Anglie et Francie patrem nostrum charissimum nuperime defunctum et sacratissimum principem Maximilianum tunc Romanorum regem nunc vero imperatorem electum fratrem et consanguineum nostrum per oratores suos hincinde sufficienter auctorizatos in Antverpia vicesimo die mensis Junii anno domini millesimo quingentesimo secundo initus, factus et conclusus fuerit ac postea per eodem reges per suas separatas et distinctas litteras patentes magnis sigillis suis sigillatas et suis manibus subscriptas confirmatus, approbatus et ratificatus, cuius quidem tractatus tenor sequitur et est talis:

Insertio tractatus et ratificationis regis Anglie.

Nos igitur omnia et singula predicti tractatus capitula per oratores predictos ut premittitur inita, concordata, gesta et conclusa, rata, grata et firma habentes, ea omnia et singula in eodem tractatu contenta, inserta et specificata laudamus, ratificamus, confirmamus, approbamus et corroboramus nec non cum prefato sacratissimo rege Romanorum fratre nostro charissimo de novo tenore presencium specifice expresseque inimus, contrahimus et concludimus ac perpetui roboris firmitatem obtinere volumus et declaramus; promittentes bona fide et verbo regio nos omnes et singulos preinserti tractatus articulos firmiter tenere, effectualiter adimplere et inviolabiliter observare necnon a subditis nostris teneri et observari facere. In cuius rei testimonium has litteras nostras fieri fecimus patentes teste me ipso apud Westminster vicesimo die Augusti anno domini millessimo quingentesimo nono et anno regni nostri primo.

Porter.

13.

Bündnis zwischen Maximilian I., Heinrich VIII., Leo X. und Ferdinand dem Katholischen gegen Ludwig XII. von Frankreich d. d. Mecheln 1513 April 5; nach dem im R. O. (Exchequer, Dipl. Doc. Box 25 Nr. 741) befindlichen Or. der Ausfertigung durch Margaretha, der Bevollmächtigten Maximilians I.[1]) *Rat. Heinrichs VIII. d. d. 1513 Mai 13. (Or. R. O.)*

Drucke: Rymer l. c. VI/1 41 f.
Dumont l. c. IV/1 173 ff. Vgl. Brewer l. c. Nr. 3859—3861.

Nos Margareta dei gracia archiducissa Austrie, ducissa et comitissa Burgundie, vidua relicta Sabaudie etc., filia ac mandataria et procuratrix sacratissimi et invictissimi domini Maximiliani divina favente clemencia Romanorum electi imperatoris semper augusti, Germanie, Hungarie, Dalmacie et Croatie etc. regis, archiducis Austrie, ducis Burgundie etc., domini et genitoris nostri metuendissimi per eum rite et legiptime ordinata, constituta et deputata, vigore et auctoritate commissionis per suam M^tem^ nobis date et concesse, cuius tenor hic inferius de verbo ad verbum inseritur et scribitur, universis et singulis ad quorum noticiam presentes pervenerint notum facimus et manifestum:

Cum iure divino, naturali et humano sit institutum filios debere parentes honorare eisque obedire, admonite requisiteque fuerimus a predicto sacratissimo domino imperatore domino et patre nostro colendissimo suscipere labores et onus nomine sue sacratissime M^tis^ communicandi, tractandi et concludendi unam bonam, sinceram, strictam et indissolubilem ligam, confederacionem, fedus et amicitiam cum sanctissimo domino nostro

---

[1]) *Die Originalausfertigung Margaretha's, nach der wir diesen Vertrag drucken, ist stark beschädigt und enthält einige kleine Lücken, doch war es möglich die Schrift zu entziffern und die Lücken auszufüllen. Die von Luis Carroz unterzeichnete spanische Originalausfertigung, die sich gleichfalls (Nr. 744 Exchequer Dip. Doc.) im R. O. vorfindet, weicht in einigen Stücken von jener Margaretha's ab. Im R. O. Nr. 743 befindet sich die im Namen Ferdinands durch Carroz überreichte Ratifikation dieses Vertrages d. d. London 1513 April 25 und Nr. 746 die Bestätigung Maximilians d. d. Aire 1513 Sept. 4 über 100000 Goldkronen, die ihm von Heinrich VIII. gemäss der geschlossenen Konvention ausbezahlt wurden. Vgl. für die Überlieferung dieser Urkunden Brewer l. c. Nr. 3649, 3859—3863.*

Leone pontifice maximo serenissimisque et potentissimis principibus dominis Henrico dei gracia Anglie rege domino et consangineo nostro honorifico ac Ferdinando rege catholico Aragonum utriusque Sicilie etc., de Jherusalem domino et socero nostro honorifico tam nomine suo quam serenissime domine Johanne regine Castelle, Legionis et Granati, cuius persone et bonorum curam et administracionem legiptime gerit, seu eorum oratore vel oratoribus sufficienti mandato munitis vel munito, cuius confederacionis gracia sancta sedes appostolica ab indebitis oppressionibus relevetur supranominatique principes, que sibi iure competunt et spectant et ab aliis indebite occupantur, recuperent et consequantur in perpetuaque et indissolubili amicitia, unione et federis nexu commescant et signanter cum ipsius serenissimi Anglie regis oratoribus parte sua apud nos hac de causa existentibus et transmissis, videlicet cum nobilibus, reverendo, magnifficis et generosis viris domino Edoardo Ponynghes equite aurato ordinis garterii, Johanne Yong vicecancellario Anglie, Thoma Bolayn et Richardo Wingfilde militibus amplum et sufficiens mandatum ad hoc habentibus; cumque ad dictam confederacionem concludendum destinaverit ad nos sua M^{as} literas suas patentes commissionis procuratorii et mandati specialis sua manu signatas sub sigillo sigillatas et in debita et sufficiente forma expeditas hic inferius ut prefertur insertas, nos igitur mandataria et procuratrix cupientes ut par est M^{ti} sue morem gerere et illi pro posse obedire pro eodem sacratissimo imperatore domino et patre nostro, cui nullum nostrum obsequium et offitium negare possumus vel volumus, eiusque nomine, auctoritate et mandato virtute nostre commissionis predicte cum supranominatis dominis oratoribus prefati serenissimi domini et consanguinei nostri sufficienter autorizatis, quam etiam cum sanctissimo domino nostro papa et serenissimo et catholico rege sive eius deputatis aut deputandis tam nomine suo quam dicte domine regine filie sue ad laudem et gloriam omnipotentis dei et tocius christiane religionis transquilitatem et pacem communicavimus, tractavimus et conclusimus, tractamus, communicamus et concludimus omnes et singulos articulos sequentes.

Inprimis inter nos mandatariam et procuratricem predictam et oratores predictos nominibus et auctoritatibus quibus supra tractatum, communicatum et conclusum est, quod omnes et singuli tractatus amiciciarum, confederacionum sive intercursus

mercium antehac inter partes predictas per se, progenitores aut antecessores, oratores vel commissarios suos respective sub quibuscunque verborum formis inhiti, concordati et conclusi, quibus non est expresse derogatum ac quos pro hic insertis haberi volumus, in omni suo robore permaneant et firmitate; ita quod per presentem tractatum aut aliqua capitula in eodem contenta non censeatur aut intelligatur quovismodo eisdem tractatibus aut eorum alicui derogatum.

Item tractatum est, communicatum et conclusum, quod inter confederatos predictos eorundemque heredes et successores, regna, patrias, terras, dominia, vassallos, subdictos, alligatos et confederatos suos quoscunque presentes et futuros, tam ecclesiasticos quam seculares, cuiuscunque gradus, conditionis aut preheminencie existant, etiam si archiepiscopali, ducali aut quacunque alia dignitate, statu aut gradu prefulgeant, aut presenti lige non se opponentes aut contravenientes, sit perpetua, bona, pura, sincera, vera, integra, fidelis, perfecta et firma amicitia, unio, liga, confederacio et pax per terram, mare et aquas dulces ac ubique locorum futuris temporibus perpetuo duratura eruntque hiidem confederati et eorum quilibet pro deffensionibus ac thuicionibus sancte Romane ecclesie ac personarum et statuum suorum eorundemque heredum et successorum necnon imperii, regnorum, patriarum et dominiorum iam per ipsos aut eorum aliquem possessorum aut postea iure belli vel quovis alio modo recuperandorum aut possidendorum contra prefatum Ludovicum Francorum regem communem eorum hostem eiusque heredes et successores ac alios eiusdem Ludovici eiusve heredum aut successorum fautores et adherentes quoscunque sine fraude, dolo aut dissimulacione vel colore quocumque de cetero futuris perpetuis temporibus non solum sibi invicem amici sed etiam amicorum amici et inimicorum inimici sine excepcione quacumque; dabuntque hiidem confederati sibi hincinde contra prefatum Ludovicum Francorum regem communem eorum hostem eiusque heredes et successores, quociens et quando per aliquem confederatorum invasum, offensum sive hostiliter aggressum requisitus aut requisiti fuerint, sumptibus et expensis requirentis[1]) mutuum auxilium et succursum bona fide sine dilatione quacumque, non obstantibus quibuscunque alliganciis

[1]) *A* = *es.*

et confederacionibus, quas confederati predicti vel eorum aliquis habent vel habet aut in futurum habere poterit vel poterunt cum quocumque vel quibuscunque regibus, principibus aut comunitatibus, qualescumque illi sint aut erunt, quibus expresse derogatum non censeatur, salvis et exceptis ligis et confederacionibus inhitis et factis cum serenissimo rege Aragonie comuni eorum amico si que sint, quibus in nullo derogatum censeatur.

Item quoniam prefatus Ludovicus Francorum rex communis hostis diu detinuit ac in presenti per vim et violenciam contra ius et phas detinet et usurpat nonnulla regna, ducatus, principatus, dominia, patrias, terras et civitates ac oppida confederatis predictis respective spectancia; pro igitur recuperatione omnium et singulorum premissorum sic ut premittitur iniuste occupatorum tractatum, communicatum et conclusum est, quod confederati predicti omnes et singuli infra triginta dies a data presentis tractatus immediate computandos per publica edicta et proclamaciones palam declarabunt et eorum quilibet declarabit se inimicum et hostem dicto Ludovico Francorum regi et infra duos menses datam conclusionis huius tractatus proxime sequentes bellum invasivum contra eundem sumptibus et expensis suis per se ipsos aut capitaneum vel capitaneos sufficientem vel sufficientes, seu exercitus ducem vel duces, realiter et cum effectu facient et quilibet eorum faciet; videlicet sanctissimus dominus noster papa in provincia Provincie vel in Delphinatu aut aliis terris et dominiis regi Gallorum subdictis et subiectis extra Italiam; C^{ea} M^{as} in regno Francie vel patriis parentibus et obedientibus regi Gallorum extra Italiam; rex Anglie in Aquitania, Picardia sive Normania vel in aliis terris et dominiis regi Gallorum subiectis, et rex Aragonum in patria de Bearne, Langedoke[1]) et Aquitania vel aliis terris et dominiis regi Gallorum subdictis et subiectis extra Italiam, ubi hiidem confederati omnes et singuli communi hosti maxime nocere et officere poterunt; eruntque exercitus dictorum confederatorum, qui ad huiusmodi bellum invasivum obligantur, potentes et bene instructi tam in peditatu quam equitatu, artillieria et aliis instrumentis bellicis in ea parte neccessariis et requisitis, sic quod singuli eorundem exercituum communes hostes invadere, contra eosdem castra metari, civi-

[1]) *Hier eine Lücke im Or.*

tates et oppida obsidere ac potenciis et maliciis eorundem resistere et obviare ac eosdem cum effectu expugnare valeant.

Nec ab huiusmodi bello sic ut premittitur incepto vel incipiendo dicti confederati aut eorum alter desistet aut desistent seu pacem, treugam vel belli inducias cum ipso communi hoste aut cum aliquibus aliis, qui se presenti confederacioni velint opponere, directe vel indirecte tractabunt, capient aut concludent absque noticia, consensu et expresso assensu aliorum omnium et singulorum confederatorum.

Item tractatum est, communicatum et conclusum, quod nullus confederatorum predictorum permittet aliquos ex subdictis suis dicto regi Ludovico, heredibus vel successoribus suis in bellis servire ac stipendia ab eodem recipere, sed ipsi omnes et singuli per edictum expressum et solempne palam interdicent, prohibebunt et precipient tempore publicacionis presentis tractatus, ne aliqui subdictorum suorum sub pena capitis et confiscacionis omnium bonorum taliter faciant; quod si huiusmodi preceptis contravenerint ipsa pena absque venia mulctentur; licebit tamen omnibus et singulis confederatis hincinde habere subdictos suorum confederatorum in suis stipendiis ad inserviendum eis in suis bellis, principe cuius subdicti fuerint expresse non contradicente.

Item tractatum est, communicatum et conclusum, quod imperator, si iam non revocaverit, revocabit illam auctoritatem suam cardinalibus scismaticis pro eorum consiliabolo antehac concessam et tributam immediate post huius tractatus publicacionem; quam revocacionem infra mensem proxime et immediate ex tunc sequentem per suas literas patentes auctentice factas eisdem cardinalibus intimabit ac ea omnia et singula vigore et potestate dicte auctoritatis sue per eos facta et fienda ex nunc prout ex tunc cassa et irrita reputabit et habebit.

Item tractatum est, communicatum et conclusum, quod sanctissimus dominus noster papa teneatur et debeat contra quoscumque quavis auctoritate vel dignitate ecclesiastica vel mundana etiam regia fulgentes et preditos huiusmodi lige et federi se opponentes eisque aut eorum alicui auxilium, consilium et favorem prestantes tam in Ytalia quam extra censuras et penas ecclesiasticas fulminare et publicare, prout opus fuerit ac quociens et quando per confederatos predictos aut eorum aliquem vel per eorundem commissarium vel commissarios requisitus fuerit.

Item inter nos mandatariam et procuratricem ac oratores predictos tractatum, communicatum et conclusum est, quod ad maximos sumptus neccessario subeundos per C^eam^ M^tem^ pro adimplemento et executione rerum supradictarum et bello predicto contra dictum Ludovicum Francorum regem gerendo, inferendo et continuando, serenissimus rex Anglie et Francie dabit et numerabit vel per commissarium suum aut commissarios suos sufficienter in ea parte auctorizatum vel auctorizatos dari vel numerari faciet imperatori vel domine archiducisse eorumve aut eius legiptime deputato vel deputatis centum milia coronarum auri in coronis aureis vel in auro equivalenti terminis, modis, locis et forma sequentibus; videlicet dictus rex Anglie et Francie solvet, dabit, traddet vel per commissarium suum aut commissarios suos solvi, dari aut traddi faciet in oppido de Grawelinghe in comitatu Flandrie prefato imperatori vel dicte domine archiducisse eorumve vel eius procuratori vel procuratoribus recipiendi et quictancias faciendi in bona et sufficienti forma dicto serenissimo regi Anglie et Francie eiusve commissario vel commissariis plenam potestatem habenti vel habentibus triginta quinque milia coronarum auri intra mensem, postquam dictus imperator declaraverit se hostem et inimicum predicto regi Gallorum; deinde alia triginta quinque milia coronarum auri, cum dictus imperator per se vel idoneum aut sufficientem capitaneum vel ydoneos aut sufficientes capitaneos predicto Ludovico Francorum regi bellum realiter geret et actualiter inferet aut inferri faciet cum continuacione eiusdem iuxta vim, formam et effectum cuiusdam articuli superinde in hoc tractatu supra inserti; postremo triginta milia coronarum auri in loco prenominato persone vel personis predictis intra tres menses dictam belli incohationem et eiusdem continuacionem proxime et immediate sequentes.

Item tractatum est, communicatum et conclusum, quod per presentem tractatum C^ea^ M^tas^ non intendit aliquo modo derogare tractatibus pacis cum quibuscunque regibus vel principibus inhitis vel confirmatis per suam M^tem^ tanquam tutorem et maniburnum serenissimi principis Caroli sui nepotis et filii carissimi et suarum patriarum et dominiorum nec sub specie et pretextu dicte confederationis in presenti inhite, tractate et concluse declarare dictum serenissimum principem et patrias suas quoquo modo ad bellum contra dictum regem Ludovicum;

quynimo in dicta tutoria qualitate vult et intelligit pacem cum quibuscunque regibus et principibus servare et observari facere per prefatum principem, suas patrias et subdictos.

Item tractatum est, communicatum et conclusum, quod omnes et singuli confederati predicti et eorum quilibet presentem tractatum ac omnia et singula capitula in eodem contenta infra terminos subscriptos, videlicet sanctissimus dominus noster et catholicus rex Aragonum tam pro se ipso quam pro regina Castelle, cuius persone ac bonorum curam et administracionem gerit, infra duos menses datam presencium proxime et immediate sequentes, sacratissima M^{tas} imperalis suo nomine et serenissimus rex Anglie infra unum mensem datam huiusmodi et sequentem per suas et cuiuslibet eorum literas patentes debite confectas magnisque suis sigillis sigillatas et manibus subscriptas acceptabunt, confirmabunt et ratifficabunt et eorum quilibet acceptabit, ratifficabit et confirmabit; renunciantes et renuncians specialiter et expresse ac in vim pacti excepcioni dicenti actum, factum aut gestum nominibus aliorum vel alterius nomine esse nullum vel minus vallidum pretextu generalis vel specialis mandati, quod ad taliter acti, facti et gesti meliorem firmitatem, perfectius robur et validiorem efficatiam precedere debuit ac etiam omnibus aliis tam iuris quam facti excepcionibus et exceptionum generibus, appellacionibus, provocacionibus, privillegiis, beneffitiis et deffensionibus quibuscunque, que et quas pro hic insertis haberi volumus, per que aliquid dici, allegari auf obici potest contra presentem tractatum vel contenta in eodem, quo mediante a dicto tractatu vel articulis in eodem insertis recedi potest directe vel indirecte quovis quesito colore; supplentes etiam omnes et singulos tam iuris quam facti deffectus maxime auctoritatis, commissionis vel commissionum omnium confederatorum predictorum vel aliquorum aut alicuius eorundem vel ob inhabilitatem personarum vel persone, quibus vel cui auctoritas commissa est vel si quicquam aliud ad validitatem premissorum hic defuerit aut aliquid sit insertum in commissione vel commissionibus confederatorum predictorum, quod substanciam et effectum presentis tractatus vel alicuius articuli eiusdem impediret, extenuaret, diminueret, extingueret vel eundem abrogaret, id per suas confirmatorias literas signatas et sigillatas mero motu et ex suis certis scienciis supple-

bunt et quilibet eorum supplebit, ut perinde firmitatem habeat atque si omnia sollempniter, rite et recte facta essent, et quod ipsi et eorum quilibet ea omnia et singula, quathenus eos aut eorum aliquem tangunt aut tangere poterunt, pro parte sua realiter et cum effectu, bene et fideliter observabit, faciet, adimplebit et exequetur non solum per ipsas literas confirmatorias bona fide et in verbo pontificio, imperiali et regio promittet, verum etiam in presencia oratoris vel oratorum suorum vel eorum alicuius tunc in eorum curia existentis vel existencium ac coram notariis et testibus per dictos oratores ad hoc specialiter vocatis publice et sollempniter aliquo die festivo intra missarum sollempnia super sacrosancta dei evangelia et canonem misse per eos et eorum quemlibet corporaliter tactos iurabit ipsasque literas confirmatorias una cum instrumento publico super prefato iuramento per dictos notarios debite confecto tam dicti oratores quam dicti confederati ipsis oratoribus tunc et ibidem vicisim[1]) dabunt et traddent et quilibet eorum dabit et traddet; proviso semper quod si dicti sanctissimus dominus noster et rex Aragonum aut eorum alter intra terminum supra specifficatum presentem tractatum et singula capitula in eo contenta et inserta pro se vel suum oratorem, commissarium aut procuratorem vel procuratores suos in ea parte auctoritate sufficienti fulcitum vel fulcitos non acceptaverint, ratifficaverint, confirmaverint aut acceptaverit, ratifficaverit et confirmaverit, nichilominus tamen inter C^eam^ M^tem^ et dictum regem Anglie, heredes et successores suos hinc inde valebit et in vigore, robore ac firmitate suis perpetuo permanebit.

Item auctoritatibus quibus supra communicatum et tractatum et conclusum est, quod in presenti tractatu comprehendantur et includantur omnes et singuli amici, confederati et alligati parcium predictarum subsequenter nominati; videlicet pro parte sanctissimi domini nostri et catholici regis Aragonum ac regine Castelle, cuius persone ac bonorum idem catholicus rex curam et administracionem gerit, reges, principes, comunitates et respublice, quos et quas denominabunt aut quis eorum denominabit infra tempus duorum mensium a data huius federis numerandorum et pro parte sacratissimi imperatoris serenissimi

[1]) = *Or.*

et potentissimi reges Ladislaus Hungarie rex et reges Portugalie, Scotie, Datie, Polonie, principes electores sacri Romani imperii, duces Clevensis, Julliacensis et episcopus Traiectensis; pro parte vero serenissimi regis Anglie et Francie reges Hungarie, Polonie, Scotorum, Datie ac communitas Hanse teutonice.

Et nichillominus relinquitur et remanet locus aliis regibus, ducibus, principibus et comunitatibus quibuscunque ad effectum premissorum hanc ligam et fedus ingredi volentibus. Sequuntur tenores commissionum[1]).

Acta fuerunt omnia suprascripta dataque et conclusa in oppido Mechliniensi et domo habitacionis nostre die quinta mensis Aprilis anno domini millesimo quingentesimo decimo tercio post pasqua, presentibus ad ea nobilibus ac magnifficis et strenuis viris domino Johanne domino de Berghes milite aurei velleris, Laurencio de Gorrenodo barone Montanesii, Gerbaxii et de Marnay gubernatore Breissie, D. Gerardo de Pleyne milite, domino Ruppis preside privati consilii serenissimi principis Castelle ac Thoma Spinelli dicti serenissimi Anglie regis solicitatore in curia nostra commorante testibus ad premissa per nos ac prefatos dominos oratores specialiter vocatis et rogatis.

In quorum testimonium has manu nostra signatas fecimus sigilli nostri appensione communiri.

Datas anno, die et loco premissis.

Marguerite.
L. S.

---

[1]) *Vgl. Rymer VI|1. 37.*

14.

Vertrag zwischen Maximilian I. und Heinrich VIII. über den Kampf gegen Frankreich und über die Heirat Karls von Spanien mit Maria von England, d. d. Lille 1513 Okt. 16; nach der im R. O. (Exchequer Dipl. Doc.) aufbewahrten Originalerklärung Margarethas, der Bevollmächtigten Maximilians I. Rat. Heinrichs VIII. d. d. Greenich 1513 Nov. 6. (Or. R. O.) Rat. Maximilians I. d. d. Augsburg 1513 Nov. 15. (Or. R. O.)

Druck: Rymer l. c. VI|1 51.[1])

Nos Margareta dei gracia archiducissa Austrie, ducissa et comitissa Burgundie, vidua relicta Sabaudie etc., filia sacratissimi et invictissimi principis domini Maximiliani divina favente clemencia Romanorum electi imperatoris semper augusti, Germanie, Hungarie, Dalmatie et Croacie etc. regis, archiducis Austrie, ducis Burgundie etc. universis et singulis ad quorum noticiam presentes litere pervenerint salutem.

Cum in quodam articulo cuiusdam tractatus[2]) initi et conclusi in oppido Mecclinіensi quinta die mensis Aprilis anno domini millesimo quingentesimo tercio decimo post pascha inter nos procuratricem et mandatariam dicti imperatoris patris nostri et oratores, procuratores, commissarios et deputatos serenissimi et potentissimi principis Henrici regis Anglie et Francie inter cetera contineatur, quod confederati omnes et singuli in dicto tractatu comprehensi per publica edicta et proclamationes palam declarabunt et eorum quilibet declarabit se inimicum et hostem Ludovico Francorum regi et infra certum tempus in dicto articulo comprehensum bellum invasivum contra eundem Ludovicum sumptibus et expensis suis per se ipsos aut capitaneum vel capitaneos sufficientem vel sufficientes, seu exercituum ducem vel duces, realiter et cum effectu facient et quilibet eorum faciet respective in locis in dicto articulo comprehensis nec ab huiusmodi bello sic ut premittitur incepto vel incipiendo dicti confederati seu eorum aliquis desistet vel desi-

---

[1]) *Der Druck bei Rymer s. d. 15. Okt. stimmt nicht mit dem Wortlaut des obigen Vertrages überein. Vgl. für die Überlieferung dieses und des Vertrages vom 17. Okt. Brewer l. c. I Nr. 4508—4511.*

[2]) *A = tratatus.*

stent, seu pacem, treugam vel inducias cum dicto Ludovico communi hoste aut cum aliquibus aliis, qui se dicte confederationi velint opponere, directe vel indirecte tractabunt, capient vel concludent absque noticia, consensu et expresso assensu aliorum omnium et singulorum confederatorum, prout in dicto articulo plenius continetur, ac prefatus sacratissimus Romanorum imperator bellum invasivum in ducatu Burgundie cum magno equitum et peditum numero et omni genere armorum et artillerie incohaverit et per aliquos menses continuaverit dictoque regi Anglie et Francie consilio, directione et proprio suo corpore omnem opem, auxilium et favorem prestiterit eo tempore, quo equitatus omnis Ludovici Francorum regis fusus fugatusque fuit et pariformiter dum Morinum et Tornacium obsidione cingerentur; nichilominus nos prefata Margareta dicti imperatoris filia nomine eiusdem agens et eius negocia gerens cum predicto Henrico Francie et Anglie rege christianissimo ex certis urgentibus causis, et precipue quia iam tempus hiemale bello gerendo minus aptum instat et milites in hieme a castris in hiberna deduci necesse erit, mutuo consensu et assensu convenimus et conclusimus, quod dictus Francie et Anglie rex dimisso sufficienti militum presidio cum capitaneo et thesaurario in dicta civitate Tornacensi, territorio et baillinatu eiusdem ad ea gubernanda, tuenda et deffendenda contra dictum Gallorum regem et eius potentiam reliquum omnem exercitum tam equitum quam peditum libere dimittere et in Angliam reducere et in persona sua redire de consensu et expresso assensu dicti imperatoris, quandocunque illi libuerit seu placitum fuerit, possit et valeat.

Item conventum, concordatum et conclusum est inter nos et dictum christianissimum Francie et Anglie regem, quod C^ea^ M^tas^ hac durante hieme pro tuitione patriarum et dominiorum serenissimi Castelle principis et assistencia illorum, qui ex parte dicti regis Francie et Anglie sunt relicti ad presidium Tornacensis civitatis, et si et in quantum commode fieri poterit pro bello gerendo dicto tempore hiemali contra et adversus dictum Ludovicum Francorum regem stipendiabit et continue in armis habebit quatuor milia equitum et sex milia peditum in Arthesia, Hanonia et locis vicinis et adiacentibus.

Conventumque, concordatum et conclusum est, quod dictus Francie et Anglie rex in sublevamen impensarum et stipen-

diorum dictorum quatuor milium equitum et sex milium peditum per C^eam^ M^tem^ fiendorum et solvendorum persolvi faciet summam ducentarum milium coronarum aurearum in terminis sequentibus; videlicet in fine cuiuslibet mensium Novembris, Decembris, Januarii, Februarii, Martii et Aprilis proxime futurorum triginta milia dictarum coronarum et per totum mensem Maii viginti milia, ita tamen quod dicte summe in quolibet dictorum terminorum per commissarios prefati regis persolventur capitaneis et certo numero dictorum equitum et peditum iuxta ordinationem seu statum desuper conficienda per C^eam^ M^tem^ vel nos prefatam dominam Margaretam, postquam dicti equites et pedites debite fuerint coram quatuor commissariis ad hoc per C^eam^ M^tem^ et locumtenentem prefati regis Francie et Anglie civitatis Tornacensis monstrati et numerus eorum fuerit per commissarios predictos approbatus.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod citra primum diem mensis Junii proxime futuri dictus christianissimus Francie et Anglie rex in Aquitania, Picardia sive Normandia vel in aliis terris seu dominiis regi Gallorum subiectis ac dictus invictissimus imperator electus in regno Francie vel patriis obedientibus et parentibus regi Gallorum vel in aliis terris et dominiis dicto regi Gallorum subditis et subiectis extra Italiam, ubi idem principes et eorum quilibet communi hosti maxime nocere et officere poterunt aut poterit, bellum invasivum contra eundem Ludovicum Gallorum regem sumptibus et expensis suis, per se ipsos aut capitaneum vel capitaneos sufficientem vel sufficientes, seu exercitus ducem vel duces, realiter et cum effectu resument et facient et eorum quilibet resumet et faciet; eruntque exercitus predicti, qui ad[1]) huiusmodi bellum invasivum obligantur, potentes et bene instructi tam in peditatu quam in equitatu, artilliaria et aliis instrumentis bellicis in ea parte neccessariis et requisitis, sic quod singuli eorum exercituum communes hostes invadere, contra eosdem castra metari, civitates et oppida obsidere ac potentiis et maliciis eorum resistere et obviare ac eosdem cum effectu expugnare valeant; nec ab huiusmodi bello sic ut premittitur incepto vel incipiendo dicti principes aut eorum alter desistent aut desistet, seu pacem, treugam vel belli inducias cum ipso

[1]) *Or = ab.*

communi hoste aut cum aliquibus aliis, qui se presenti tractatui et confederacioni velint opponere, directe vel indirecte tractabunt, capient aut concludent, vel alter eorum tractabit, capiet aut concludet absque noticia, consensu et expresso assensu alterius principum predictorum.

Item conventum, concordatum et conclusum est inter nos prefatam archiducissam et predictum christianissimum Francie et Anglie regem, quod imperialis M^tas^, Carolus illustrissimus princeps Castelle et nos dicta archiducissa Austrie ac prefatus christianissimus Francie et Anglie rex, illustrissima domina Katherina eius coniunx et serenissima domina Maria soror dicti christianissimi Francie et Anglie regis citra quintumdecimum diem mensis Maii proxime futurum in oppido Calisie personaliter simul conveniemus et nostrum quilibet conveniet; et tunc et ibidem matrimonium sive sponsalia alias inter dictum illustrissimum principem Castelle Carolum et dictam serenissimam dominam Mariam contracta publice et solempniter in facie ecclesie celebrari et solemnisari faciemus; ac dicti Carolus et Maria tunc et ibidem publice in facie ecclesie matrimonium contrahent et solempnisabunt.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod per huiusmodi tractatum seu capitula eiusdem non intelligatur aliquatenus derogatum capitulis confederationis aut alicuius alterius tractatus antehac per aut inter dictos principes factis et firmatis; immo illa perseverent in suo robore et effectu nisi in quantum huiusmodi articulis fuerint contraria.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod tractatus iste et omnia et singula capitula in eo contenta confirmabuntur et ratificabuntur per invictissimum principem Maximilianum, divina clemencia Romanorum imperatorem electum, per suas literas patentes magno sigillo suo sigillatas et manu ipsius subscriptas intra unum mensem datam presentis tractatus immediate sequentem et dictum tractatum sic per eum confirmatum, sigillatum et subscriptum prefato Francie et Anglie regi quam primum mittet vel eius commissario tradet aut tradi faciet.

In quorum omnium et singulorum fidem et testimonium nos dicta archiducissa presentem tractatum manu nostra subscripsimus et eundem magni sigilli nostri appensione munivimus.

Datum in oppido Insularum die XVI[a] mensis Octobris anno domini millesimo quingentesimo decimo tercio.

Marguerite.

15.

Bündnis zwischen Maximilian I., Heinrich VIII. und Ferdinand von Arragonien gegen Frankreich d. d. Lille 1513 Okt. 17; nach dem Or. der spanischen Ausfertigung im British Museum (Vesp. C. I. Fol. 91.)[1]
Ratification Heinrichs VIII. (Or. R. O.) (Das Datum fehlt; die Urkunde wurde beschnitten.)
Rat. Maximilians I. d. d. Augsburg 1513 Nov. 15. (Or. R. O.)[2]

Universis et singulis ad quorum noticiam praesentes literae pervenerint nos Don Petrus de Urrea cum C[ea] M[te] et Don Ludovicus Carroz de Villaragut cum serenissimo ac potentissimo rege Franciae et Angliae et D. commendator Joannes de la Nuza cum illustrissimo principe Castellae ac serenissima principissa[3] domina Margarita oratores serenissimi ac potentissimi Ferdinandi Aragonum regis catholici etc. salutem. Noverint nos praefatos serenissimi ac potentissimi regis catholici actores, factores et negotiorum gestores ac nomine ipsius agentes cum generoso viro Joanne domino de Bergis milite ordinis velleris aurei, primo camerario Maximiliani Romanorum imperatoris electi semper augusti, gubernatore Namurcensi et magistro Gerardo de Pleine, domino de Roca, presidente consilii dicti C[eae] M[tis] et domini archiducis, nomine dicti C[eae] M[tis] agentibus et dominis Richardo miseratione divina Wintoniensi episcopo, christianissimi Franciae et Angliae regis privati sigilli custode et domino Thoma Grey milite ordinis garterii, marchione de Dorset, Henrici Franciae et Angliae regis christianissimi praefati nomine agentibus, tractatum praesentem cum suis

---

[1]) *Dieser Vertrag ist noch nicht gedruckt; Inhaltsangabe bei Bergenroth l. c. II 162 f.*

[2]) *Über die veränderte Form, in der Ferdinand von Arragonien am 6. Dez. 1513 den Vertrag vom 17. Okt. 1513 ratifizierte vgl. Bergenroth l. c. II. Einleitung LXXV. und Akten 162 ff., 173, 179.*

[3]) *A = princissa.*

articulis omnibus et singulis iniisse et conclusisse, cuius tenor sequitur.

Cum nulla in praesentiarum sit pax, amicitia vel confoederatio inter illustrissimum et potentissimum principem Ferdinandum catholicum Aragonum et Ludovicum Gallorum reges, sed treugarum induciae dumtaxat initae et ad diem ultimum mensis Martii proxime futuri duraturae, quas praefatus rex catholicus in maxima infirmitate illo tempore constitutus firmavit, ut aperiretur via tollendi tam magnas sanguinis effusiones christianorum a scismaticis pernitiosis sanctaeque[1]) matris ecclesiae divisionem, quae religioni christianae tantum important, praefatusque Ludovicus Francorum rex, qui fuit causa omnium horum malorum, emendaret se desistendo a conciliabulo Pisano eius favore incepto pariter et continuato reverteretque ad obedientiam sanctae Romanae ecclesiae confitendo errorem suum et de illo condignam penitentiam faciendo adhereret concilio lateranensi canonice et legittime convocato restitueretque principibus christianis quod ab illis tirannice et iniuste destinet vel cum eisdem debite componeret, praesertim cum illustrissimo ac potentissimo Henrico Franciae et Angliae rege et cum illustrissimo Charolo Hispaniarum principe praefati regis catholici filiis carissimis, sicuti praedictus Ludovicus rex in tractatu dictarum treugarum M^ti^ catholicae promittere et significare fecit, quod minime post inducias factas adimplere curavit, imo quod peius est totis suis viribus durantibus treugis praedictis contrarium procuravit et fecit, prout clare deprehenditur per ea, quae in Italia et extra fecit. Attenta igitur dicti Ludovici regis obstinatione et cordis obduratione, quae tantum in ipso creverunt, quod nisi vi armorum eius ambitio comprimatur et obstinatio corrigatur nulla amplius ab illo spes habenda est, quod aliter propter eius ambitionem et potentiam possit provideri conservationi et saluti ecclesiae et praefatorum principum indemnitati; propterea invictissimus princeps Maximilianus divina favente clementia imperator Romanorum et illustrissimus et potentissimus Ferdinandus catholicus Aragonum etc. ac dictus Henricus christianissimus Franciae et Angliae reges volentes et affectantes lapsis dictis induciis sive treugis ad laudem dei, ecclesiae sustentationem, sanctissimi domini nostri papae defensionem, liber-

[1]) *In der Rat. H. VIII. heisst es sacrosanctaeque.*

tatis ecclesiasticae conservationem et sanctae matris ecclesiae unionem ac perniciosi scismatis per dictum Ludovicum suscitati et defensi[1]) extirpationem ac pro recuperatione patriarum ac dominiorum, civitatum et aliorum iurium dictorum principum per dictum Ludovicum Gallorum regem iniuste detentorum recollectis animis et viribus bellum resumere ac in dictum Ludovicum communem hostem simul in diversis tamen locis eorum unicuique maxime ad eidem nocendum opportunis inferre et ingerere atque ea ratione tirranidem dicti Ludovici sanctae Romanae ecclesiae et omnibus christianis principibus infertam compescere et opprimere, per generosum virum Joannem dominum de Vergis militem ordinis velleris aurei, primum chamerarium C^eae M^tis, gubernatorem Namurcensem et magistrum Gerardum de Pleine, dominum de Rocha, presidentem in consilio[2]) dictae C^eae M^tis et domini archiducis et dominos Don Petrum de Urrea, Don Ludovicum Carroz de Villaragut et Joannem de la Nuza Ferdinandi catholici Aragonum regis etc. oratores et reverendum patrem Richardum permissione divina Wintoniensem episcopum privati sigilli dicti christianissimi Franciae et Angliae regis custodem, dominum Thomam Gray militem ordinis garterii[3]), marchionem de Dorset, dictorum principum actores, factores et negotiorum gestores nomine eorundem praefatorum principum et pro eisdem respective agentes tractatum sequentem cum articulis suis omnibus et singulis inierunt et concluserunt, ineunt et concludunt.

Inprimis conventum, concordatum et conclusum est, quod dicti potentissimi principes pendente sive lapso termino dictarum treugarum nullo pacto, nullo medio nec ex causa quacunque prorogationem sive innovationem earundem sive aliarum treugarum cum dicto Ludovico Gallorum rege facient nec fieri consentient neque eorum aliquis faciet vel fieri consentiet, nec treugas aliquas cum dicto Ludovico per quoscunque factas ratificabunt neque eorum aliquis ratificabit.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod termino dictarum treugarum lapso et finito dictus catholicus Aragonum rex citra primum diem mensis Junii proxime futuri bel-

---

[1]) *Or = defenssi.*
[2]) *Or = concilio.*
[3]) *Or = garteri.*

lum invasivum in dictum Ludovicum ac eius fautores quoscunque in ducatu Guienniae sive Aquitaniae per illam partem, per quam M^ti^ suae[1]) catholicae magis videbitur expedire, cum quindecim milibus peditum, mille et quingentis equitibus gravis armaturae ac aliis mille et quingentis equitibus levis armaturae, equis et omni genere armorum ad bellum sufficienter instructis ac viginti quinque peciis artillariae, videlicet duodecim grossis et tresdecim minoribus, et aliis instrumentis bellicis ac caeteris omnibus in ea parte necessariis et requisitis, sumptibus et expensis suis propriis per se inferet aut per duces seu capitaneos suos ad hoc ab eo deputatos effectualiter inferri faciet, sic quod dictum Ludovicum invadere, contra eundem castra metari, civitates et oppida obsidere ac expugnare ac potenciae et maliciae eiusdem Ludovici resistere et obviare ac eundem cum effectu debellare valeat.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod auctoritate et vigore praesentis tractatus sufficiens et valida commissio per dictum Franciae et Anglie regem praenominato regi Aragonum etc. vel generali ductori aut capitaneo principali sui exercitus, quem pro hac debellatione Aquitaniae sive Guienniae ac executione eiusdem dictus Aragonum etc. rex nominabit, praeficiet, designabit, intelligatur et sit[2]) tradita; ita quod huius tractatus vigore et auctoritate idem Aragonum etc. rex vel capitaneus suus generalis possit et valeat pro ipso serenissimo Franciae et Angliae rege ac vice et nomine eiusdem dictum ducatum Aquitaniae sive Guienniae manu forti et potentia armata ingredi et quascunque civitates, villas, loca, arces, castra et fortalicia dicti ducatus capere et expugnare et in eius potestatem ac ditionem ad usum tamen et utilitatem dicti regis Franciae et Angliae et pro eo redigere, retinere et possidere juramentaque fidelitatis et homagii ab omnibus et singulis archiepiscopis, episcopis, decanis aliisque personis ecclesiasticis quibuscunque nec non ducibus, marchionibus, comitibus, baronibus aliisque nobilibus, incolis et subditis quibuscunque dicti ducatus, quacunque auctoritate ecclesiastica vel mundana fulgentibus, pro eodem Franciae et Angliae rege ad eius utilitatem exigere, capere et recipere, privilegia libertatis immunitatesque confirmare et si opus fuerit in-

[1]) *Or = Sue.*
[2]) *Die Rat. H. VIII. hat fuit.*

novare caeteraque omnia et singula facere et exercere, quae ad integram subiectionem et redutionem[1]) dicti ducatus ad obedientiam dicti regis Franciae et Angliae conducibilia, necessaria, opportuna et utilia visa fuerint.

Idemque rex Aragonum, ab eodem rege Angliae quam primum per suas literas ad hoc requisitus fuerit, omnes et singulas civitates, castra, oppida, fortalicia caeteraque alia quaecunque terras et dominia dicto ducatui Aquitaniae spectantia et pertinentia ubicunque per suum exercitum capta et detenta, in quorum possessione vel quasi aliqui progenitores vel praedecessores dicti regis Franciae et Angliae aliquando fuerint, ad monitum et requisitionem eiusdem regis illico et absque aliqua dilatione, difficultate et contraditione[2]) quacunque ob rem, causam aut occasionem quamcunque restituet, tradet et liberabit vel restitui, tradi et liberari faciet. Et ad hoc faciendum idem catholicus rex Aragonum etc. literas suas patentes in debita et sufficienti forma expeditas sigillo et manu suis sigallatas et signatas citra primum diem mensis Aprilis proxime futuri eidem regi Franciae et Angliae eiusve deputato aut deputatis dabit et consignabit, darive[3]) et consignari faciet. Et pariformiter prefatus Franciae[4]) et Angliae rex per consimiles literas eidem regi catholico promittet, quod expugnatis aliquibus civitatibus, terris sive castris in dicto ducatu[5]) Guienniae cum auxilio divino infra tres menses, postquam ex parte regis Aragonum etc. fuerit legittime requisitus, illa recipere et in manus et ditionem suam acceptare tenebitur; hoc tamen proviso, quod civitates, castra, arces et loca quaecunque ducatus predicti, quae favente domino ut predicitur capientur ad utilitatem christianissimi Franciae et Angliae regis et pro bono expeditionis predictae custodiri debent, illorum sive illarum custodia fiet et erit expensis dicti Franciae et Angliae regis post ipsarum capturam, donec et quousque personae vel personis per suam M^{tem} deputandae vel deputandis tradantur. Et caetera castra, civitates, arces et loca, quorum custodia foret praefato Franciae et Angliae regi inutilis

---

[1]) *So im Or.*
[2]) *So im Or.*
[3]) *Das „ve" nachgetragen.*
[4]) *Or = Francie.*
[5]) *Ursprünglich stand dicto ducatui.*

et nimis sumptuosa et quae poterunt sine magno incommodo eiusdem regis demoliri, debent cura et industria praefati catholici regis penitus demoliri et ad solum usque prosterni.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod dictus christianissimus Franciae et Angliae rex in partem et subsidium sustentationis et supportationis dicti exercitus decem et octo milium peditum et equitum per dictum catholicum regem vel eius ducem vel duces ad bellum in dicto ducatu Guienniae ad eius commodum contra dictum Ludovicum gerendum ducendorum viginti milium coronarum auri valentium quatuor solidos monetae Anglicanae pro unaquaque ipsarum in fine singulorum mensium in castris dicti exercitus, postquam dictus rex Aragonum etc. realiter et cum effectu in dicto ducatu Guienniae bellum ad utilitatem ut prefertur dicti Franciae et Angliae regis inchoaverit ac realiter intulerit ac fecerit, solvet et numerabit, vel solvi et numerari faciet dicto regi catholico vel eius deputato cuicunque, recipiendi dictas pecunias et aquietandi[1]) ab eo sufficientem auctoritatem habenti, dicta menstrua solutione summae praefatae tam diu duratura quam diu bellum per dictum Aragonum etc. regem in prefato ducatu Aquitaniae sive Guienniae ad utilitatem dicti regis Franciae et Angliae effectualiter gestum et continuatum fuerit.

Item conventum et conclusum et concordatum est, quod dicti imperator et christianissimus Franciae et Angliae rex citra primum diem mensis Junii proxime futuri bellum invasivum sumptibus et expensis suis propriis contra dictum Ludovicum Francorum regem in Picardia vel Normandia vel aliis locis regi Gallorum subditis et subiectis, ubi dicto Ludovico maxime nocere et officere possint, per se ipsos vel sufficientes capitaneos seu exercituum duces realiter et cum effectu facient et eorum quilibet faciet cum exercitibus tam equitum quam peditum cum artillaria et aliis instrumentis bellicis in hac parte necessariis et requisitis adeo potentibus et bene instructis, sic quod dictum Ludovicum invadere et contra eundem castra metari, civitates, terras et oppida obsidere et expugnare ac potentiae et maliciae eiusdem Ludovici resistere et obviare ac eundem cum effectu debellare valeant et eorum quilibet valeat. Et casu quo dictus Franciae et Angliae rex ex aliqua causa iusta et legittima in

[1]) *In der Rat. H. VIII. acquietandi.*

persona sua loca praedicta praefato Ludovico regi Gallorum subiecta invadere nollet[1]) vel non posset, tunc in loca et partes predictas capitaneum vel capitaneos suos seu exercituum ducem vel duces cum sexdecim milibus peditum et quatuor milibus equitum, equis et omni genere armorum et artillaria ac caeteris instrumentis bellicis sufficienter instructis, ad dictum Ludovicum et loca ei subiecta ut praefertur invadenda, expugnanda et debellanda mittet.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod Aragonum etc. et Franciae et Angliae reges predicti pro custodia maris, defensione et tuitione eiusdem naves[2]) cum gentibus armorum et caeteris habilitamentis necessariis ad bellum navale sufficienter instructas citra finem mensis Aprilis proxime futuri realiter et cum effectu ad mare mittent et eorum quilibet mittet; videlicet rex Franciae et Angliae pro parte sua tria milia virorum bene et sufficienter armatorum in navibus ad bellum navale gerendum sufficienter paratis et instructis, qui mare Gallicum et Britanicum durante termino subscripto navigabunt et continuo sulcabunt et se, patrias et regna sua nec non subditos et amicos suos custodient et defendent, suis sumptibus et expensis citra finem dicti mensis Aprilis realiter et cum effectu mittet; et rex Aragonum ex parte sua etiam tria milia virorum bene et sufficienter armatorum cum navibus ad bellum navale gerendum sufficienter instructis, qui mare Gallicum et Britannicum durante termino subscripto navigabunt et continuo sulcabunt et se, patrias et regna sua nec non subditos et amicos suos ab incursu inimicorum et hostium in ea parte fiendo defendent, citra finem dicti mensis Aprilis suis etiam impensis realiter et cum effectu mittet. Et quilibet principum predictorum praefatum numerum gentium armorum et navium modis et formis suprascriptis per sex menses finem dicti mensis Aprilis proxime et immediate sequentes super mare et in locis praefatis continuabunt et manutenebunt et quotiens opus fuerit quilibet principum praedictorum dictum numerum[3]) tam navium quam armatorum non solum durantibus sed lapsis dictis sex mensibus mutuo eorundem consensu augere vel diminuere poterit. Nec

---

[1]) *A = nolet.*
[2]) *Nachgetragen.*
[3]) *Nachgetragen.*

licebit alicui principum praedictorum dictam classem cum gentibus armorum nec aliquam partem eiusdem durante tempore praedicto sine expresso consensu alterius revocare aut diminuere. Et si contingat huiusmodi exercitum aut classem maritimam sive aliquam earundem partem inimicorum insultibus capi, prosterni aut expugnari, tunc princeps cuius sit classis aut exercitus captus, prostratus aut expugnatus,[1]) dictam classem sive exercitum, quam citius fieri poterit, plene reficiet et restaurabit atque resarciet.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod nullus dictorum principum a bello per eos ut prefertur incepto vel incipiendo quovismodo desistent seu aliquis eorum desistet, nec pacem, treugam seu belli inducias cum dicto Ludovico Gallorum[2]) rege vel cum aliquibus aliis, qui se huic confederationi velint opponere, directe vel indirecte absque noticia et expresso consensu aliorum tractabunt, capient aut concludent aut eorum aliquis tractabit, capiet[3]) aut concludet.

Item est conventum atque conclusum, quod huiusmodi tractatus et omnia et singula in eo contenta ratificabuntur et confirmabuntur per dictos imperatorem et Franciae et Angliae et Aragonum etc. reges tam nominibus suis propriis quam serenissimae principis Joannae eius filiae[4]), cuius personae ac bonorum idem rex Aragonum curam gerit, respective intra tempus quinque mensium a die quo per nos predictos actores, factores negotiorumque gestores nomine prefatorum principum respective agentes firmata fuerit computandorum suasque literas patentes confirmatorias[5]) presentis tractatus omnes et singulos articulos preinsertos de verbo ad verbum continentes debite confectas et magnis sigillis eorum respective munitas et manibus propriis ipsorum subscriptas intra tempus praedictum decernent et mutuo sibi mittent et tradi facient effectumque presentis tractatus, quantum eos et eorum quemlibet tangit, realiter et cum effectu implebunt, perficient et exequentur ac eorum quilibet implebit et perficiet et exequetur; renunciantes specialiter

---

[1]) *Im Or. folgt noch fuerit.*
[2]) *In der Rat. H. VIII. steht ffrancorum.*
[3]) *Lücke im Or.*
[4]) *Lücke im Or., ergänzt nach der Rat. H. VIII.*
[5]) *Im Or. nach confirmatorias noch einmal „patentes".*

et expresse ac in vim pacti exceptioni dicenti actum, factum aut gestum nominibus aliorum vel alterius nomine esse nullum vel minus validum pretextu nullius aut generalis vel specialis mandati precedentis, quod ad taliter acti., facti et gesti meliorem firmitatem, perfectius robur et validiorem efficatiam precedere debuit ac etiam omnibus aliis tam iuris quam facti exceptionibus et exceptionum generibus, appellationibus, provocationibus, privilegiis, beneficiis et defensionibus quibuscunque presentibus et futuris, quae[1]) et quas pro hic insertis haberi volumus, per quae[2]) aliquid dici, allegari aut obici potest aut poterit contra presentem tractatum vel contenta in eodem, quo mediante a dicto tractatu vel articulis in eodem insertis recedi potest directe vel indirecte seu quovis quesito colore; supplentes etiam omnes et singulos tam iuris quam facti defectus maxime auctoritatis, commissionis vel commissionum, mandati vel mandatorum dictorum principum vel alicuius eorum; vel si quicquam aliud ad validitatem premissorum hic defuerit aut aliquid sit insertum in commissione vel commissionibus dictorum principum, quod substantiam et effectum presentis tractatus vel alicuius articuli eiusdem impediret, extenuaret, diminueret, extingueret vel eundem abrogaret, id per suas literas confirmatorias signatas et sigillatas magnis suis sigillis et manibus suis subscriptas mero motu et ex certis suis scientiis supplebunt et eorum quilibet supplebit, ut perinde firmitatem habeat, atque si omnia solempniter, rite et recte facta[3]) essent. Et ad effectum omnium et singulorum premissorum pro parte dictorum principum et eorum cuiuslibet realiter et cum effectu, bene et fideliter observandorum, non solum dicti principes et eorum quilibet per ipsas literas confirmatorias bona fide et in verbo regio promittent et promittet, verum etiam in presentia oratoris vel oratorum ipsorum principum vel eorum alicuius tunc in eorum curia existentis vel existentium ac eorum notariis et testibus per dictos oratores vel oratorem ad hoc specialiter vocatis in mense Maii proxime futuri publice et solempniter aliquo die festivo inter missarum solemnia per sacrosancta dei evangelia et canonem missae per eos et eorum quemlibet cor-

---

[1]) *Or = que.*
[2]) *Or = que.*
[3]) *Or = fata.*

poraliter tacta iurabunt et eorum quilibet iurabit ipsasque literas confirmatorias unacum instrumento publico super praefato iuramento per dictos notarios debite confecto dicti principes et eorum quilibet ipsis oratoribus seu oratori tunc et ibidem dabunt et tradent et eorum quilibet dabit et tradet.

Item conventum, concordatum atque conclusum est, quod per huiusmodi capitula non intelligatur aliquatenus derogatum capitulis confoederationis aut alicuius alterius tractatus antehac per aut inter dictos principes factis et firmatis; imo illa perseverent in suo robore et effectu, nisi in quantum huiusmodi articulis fuissent contraria.

Item conventum, concordatum et conclusum est inter imperatorem et reges praedictos, quod locus hanc ligam et confoederationem ingrediendi relinquatur inferius nominatis; inprimis sanctissimo domino nostro Leoni pontifici maximo; Charolo illustrissimo principi Castelle, duci Mediolani et Helvetiis et Florentinis.

In quorum omnium et singulorum fidem et testimonium nos dicti Don Petrus de Urrea et Don Ludovicus Carroz de Villaargut et D. Joannes de la Nuça dicti serenissimi ac potentissimi Ferdinandi Aragonum etc. regis catholici oratores, actores, factores ac negociorum gestores ac nomine eiusdem agentes sigilla nostra presentibus apposuimus[1]) et manibus nostris subscripsimus. Datum in oppido Insularum die decimo septimo mensis Octobris; anno domini millesimo quingentesimo decimotertio.

Don Luis Carroz de Vilaragut. Ita est, Petrus de Urrea.
Joannes de la Nuça.

---

[1]) *Die Siegel fehlen; sie sind abgeschnitten worden.*

16.

Bündnis zwischen Maximilian I., Heinrich VIII., Johanna und Karl von Spanien d. d. London 1516 Okt. 29. (Or. R. O.; Kopie St.-A.) [1]).
Rat. Maximilians I. d. d. Hagenau 1516 Dez. 8. (Or. R. O.)

Drucke: Rymer l. c. VI/1 121 f.
Dumont l. c. IV/1 240.

Universis et singulis ad quorum noticiam presentes literae perveniunt nos Thomas miseratione divina tituli sanctae Ceciliae trans Tyberim sacrosanctae Romanae ecclesiae presbyter cardinalis, Eboracensis archiepiscopus, Angliae primas et apostolicae sedis legatus, eiusdem regni Angliae cancellarius; Thomas dux Norffolciae, Angliae thesaurarius ac Thomas Dunolmensis episcopus et privati sigilli regii custos, consiliarii, oratores, ambassiatores, procuratores et comissarii excellentissimi et potentissimi principis Henrici dei gratia regis Angliae et Franciae ac domini Hyberniae ad infrascripta sufficienter deputati, constituti et auctorizati salutem in omnium salvatore. Sciatis, quod nos oratores predicti nomine et auctoritate eiusdem metuendissimi et potentissimi regis nostri nobis ab eo per suas literas patentes datas, concessas et commissas, quarum literarum tenor inferius ad verbum inseritur[2]), cum reverendissimo in christo patre et domino, domino Matheo miseratione divina tituli sanctae Potentianae sacrosanctae Romanae ecclesiae presbytero cardinali Sedunensi sacrique Romani imperii principe, marchione, Viglevani prefecto et comite Vallesiae ac strenuo et magnifico viro domino Johanne Bartholomeo Ticiono, comite Decianae, sacratissimae, invictissimae et excellentissimae C^eae^ M^tis^, necnon cum reverendo in christo patre et domino Bernardo Elnensi episcopo, potentissimorum et excellentissimorum Joannae et Caroli Hispaniarum et Navarrae ac utriusque Siciliae et Hierusalem etc. regum necnon archiducum

[1]) *Da die im R. O. (Exchequer Dipl. Doc. Box 27 Nr. 799) aufbewahrte englische Originalausfertigung, die der vorliegenden Edition zu Grunde liegt, sehr stark beschädigt ist, wurde zur Ergänzung die im St.-A. befindliche Kopie dieser Ausfertigung durch England herangezogen und im Interesse einer einheitlichen Orthographie jene dieser Kopie widergegeben. Die im R. O. vorhandenen Originalausfertigungen der Vertreter Maximilians I. und Spaniens sind gleichfalls stark beschädigt. Vgl. Brewer l. c. Nr. 2486.*

[2]) *Abgedruckt bei Rymer VI/1 120.*

Austriae, ducum Burgundiae etc., comitum Flandriae etc., oratoribus, consiliariis, ambassiatoribus et comissariis per literas patentes supranominatorum supremorum dominorum suorum supradictorum magnis sigillis suis respective sigillatas, quarum tenores inferius ad verbum inseruntur[1]), sufficienter constitutis, deputatis et auctorizatis necnon spectabili viro domino Joanne Hesdin oratore pro Cea Mte apud prefatum dominum nostrum regem Angliae agente et in hoc actu oratoribus prefatae sacrae Ceae Mtis assistente ad laudem, gloriam et honorem omnipotentis dei, gloriosissimae virginis Mariae totiusque curiae celestis et orthodoxae fidei ac christianae religionis exaltationem et incrementum sacrosanctae Romanae ecclesiae et sedis apostolicae defensionem et conservationem necnon pro statuum, personarum et dignitatum principum predictorum et eorum cuiuslibet conservatione ac regnorum, dominiorum, civitatum, terrarum, oppidorum et villarum, castrorum et territoriorum suorum et cuiuslibet eorundem tuitione et defensione subditorumque suorum tranquillitate et quiete, ac etiam ut quorumcunque principum suis finibus minime contentorum effrenata dominandi et aliena invadendi et diripiendi libido eo facilius cohibeatur, compescatur et reprimatur, utque caeteri principes christiani, quibus omnibus et singulis presentem ligam intrandi libera facultas et locus inferius reservatur, ex dictorum principum confederatorum indissolubili unione, fide atque perfecta amicicia ad dictam ligam et confederationem intrandam citius invitentur et alliciantur, ex quo non solum universis ecclesiae Christi et reipublicae christianae pax subsequi, verum etiam contra immanissimos Turcas unanimi christianorum principum omnium consensu pariter et assensu generalis possit haberi et fieri expeditio, que eorundem principum dissensione, discordia, simultatibus et ambitu in hunc usque diem prepedita, neglecta fuit et ommissa, convenimus, concordavimus, contraximus et conclusimus ac per presentes convenimus, contrahimus, concordamus et concludimus omnes et singulos pacis, amiciciae, ligae et confederationum articulos sequentes.

In primis conventum, concordatum et conclusum est, quod inter prefatam Ceam Mtem ac potentissimos Angliae et Hispaniarum reges eorundemque heredes et successores, vasallos, in-

[1]) *Abgedruckt bei Rymer l. c. VII1 123.*

colas, habitatores et subditos quoscunque presentes et futuros tam ecclesiasticos quam seculares, cuiuscumque dignitatis, status gradus seu conditionis existant, seu quacumque dignitate, statu, seu gradu praefulgeant eorundemque regna, patrias, terras, dominia, civitates, castra, territoria, villas, oppida et loca quaecumque modo per eorum aliquem habita, tenta, possessa et occupata vel in posterum obtinenda, sit bona, sincera, vera, integra, fidelis, perfecta et firma amicicia, unio, liga, intelligentia, confederatio et pax per terram, mare et aquas dulces, portus maris et ubique locorum futuris temporibus perpetuo duraturis.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod pro conservatione, tuitione et defensione dignitatum, personarum et statuum prefatorum confederatorum omnium et singulorum ac eorum cuilibet eorundemque heredum et successorum regnorum, patriarum, terrarum, dominiorum, civitatum, castrorum, villarum, territoriorum, emolumentorum sive proventuum contra invasores, perturbatores et hostiles aggressores quoscumque predicti C^{as} M^{as} et potentissimi Angliae et Hispaniarum reges erunt perpetuis futuris temporibus amici, confederati, uniti et invicem alligati sine aliqua exceptione seu contraditione, ita quod si posthac rex, princeps, potentatus sive comunitas aut alius quicunque per se vel locumtenentem capitaneum generalem aliumve quemcunque potenti, valido vel magno exercitu aut alio quovis modo directe vel indirecte regna, patrias, terra, dominia, castra, civitates, oppida, territoria sive loca quecumque per dictorum confederatorum aliquem in presentiarum habita, tenta, possessa et occupata sive in posterum habenda, tenenda, possidenda et occupanda hostiliter invaserit vel perturbaverit, aut invadi seu perturbari procuraverit, sive cuique ex confederatis violentiam aut damnum grave et intollerabile inferre, facere vel irrogare attentaverit, tunc et in eo casu princeps invasus, perturbatus vel ut premittitur damnificatus cupiens habere suppetias dictorum confederatorum pro sua defensione aut damnificatione ut predicitur tenebitur admonere et requirere omnes et singulos confederatos per suas literas patentes manu sua subscriptas ac suo sigillo sigillatas super huiusmodi invasione, perturbatione, violentia et damnificatione, qui super hoc certiores effecti et ut premittitur admoniti et requisiti tenebuntur unanimiter et unico contextu una cum ipso requirente regem, principem, potentatum sive comunitatem sic invadentem aut huiusmodi invasionem

fieri ut predicitur procurantem, perturbantem, violentiam, damnum grave vel intollerabile inferentem, facientem vel irrogantem per oratores, literas sive nuntios suos monere et requirere, monebitque et requiret eorum quilibet, ut ab huiusmodi hostili invasione et guerra sive procuratione eiusdem, perturbatione, violentia et damnificatione totaliter desistat et ab eadem et eisdem cesset realiter cum effectu et pro predictis sic de facto attemptatis et damnis exinde subsecutis condignam rependat emendam et satisfactionem, significantes eidem, quod vigore et virtute istius foederis sive ligae defensivae tenentur ipsi confederati omnes et singuli sibi invicem assistere, suppetias dare et mutuo se defendere; quod si illico et absque mora facere recusaverit aut distulerit, tunc omnes et singuli confederati infra mensem ex tunc proxime sequentem se hostes et inimicos regis, principis, potentatus sive comunitatis sic invadentis, perturbantis, damnificantis sive violentiam inferentis aut invasionem, perturbationem, damnum sive violentiam huiusmodi fieri procurantis publice et expresse declarabunt et manifestabunt ac sic declarabit et manifestabit eorum quilibet ac infra duos menses ex tunc proxime et immediate sequentes ad summum absque omni dolo, fraude, malo ingenio aut alio quovis colore sive excusatione quacumque regna, patrias, terras et dominia regis, principis et potentatus sive comunitatis aut alterius cuiuscumque sicut prefertur invadentis, perturbantis, damnificantis seu violentiam inferentis vel huiusmodi fieri procurantis, ab ea parte, que sibi propinquior existit vel qua id commodius fieri posse sibi visum fuerit, unanimiter et uno contextu ingredientur et hostiliter invadent ac sic ingredietur et invadet eorum quilibet propriis suis expensis realiter et cum effectu cum tanto et tam valido exercitu tam equitum quam peditum, equis, armis, bombardis et instrumentis bellicis aliisque rebus quibuscumque ad tantam belli molem necessariis et requisitis sufficienter instructis, quantus et qualis inferius describitur; videlicet C^{ea} M^{as} cum quinque milibus equitum et viginti milibus peditum equis, armis, bombardis, instrumentis bellicis aliisque rebus quibuscumque ad bellum gerendum necessariis et requisitis sufficienter ut prefertur instructis et communitis loco, tempore modoque et forma prescriptis terras et dominia communis inimici propriis suis expensis hostiliter invadet et aggredietur ac bellum realiter et cum effectu geret et prosequetur; potentissimus vero rex Angliae cum quin-

que milibus equitum et viginti milibus peditum, etiam equis, armis, bombardis, instrumentis bellicis ceterisque rebus quibuscumque ad bellum gerendum necessariis et requisitis sufficienter ut prefertur instructis et communitis loco, tempore modoque et forma praedictis terras et dominia prefati communis inimici propriis suis expensis hostiliter invadet et aggredietur ac bellum realiter et cum effectu geret et prosequetur; necnon dicti catholici Hispaniarum, Navarrae etc. reges cum quinque milibus equitum et viginti milibus peditum, equis, armis, bombardis, instrumentis bellicis aliisque rebus quibuscumque ad bellum gerendum necessariis et requisitis etiam sufficienter ut prefertur instructis et communitis loco, tempore modoque et forma praedictis terras et dominia communis inimici antedicti propriis suis expensis hostiliter invadent et aggredientur ac bellum realiter et cum effectu gerent et prosequentur. A qua quidem invasione disistere aut tractatum pacis sive treugas, guerrarum abstinentiam, intelligentiam aut appunctuacionem aliam quamcunque cum communi inimico per se vel per alium sive alios inire, facere, tractare aut concludere vel alicui ineunti, facienti, tractanti aut concludenti sive tractare aut concludere volenti tacite vel expresse, directe vel indirecte consentire nullo modo poterint aut eorum aliquis poterit absque scientia, noticia et voluntate omnium et singulorum praedictorum confederatorum ac de expresso consensu eorundem.

Item conventum et concordatum est ut supra, quod si rex, princeps, potentatus vel communitas seu quivis alius aliquem principum sive confederatorum ut predicitur invadens, perturbans, violentiam seu damnum ut supra inferens vel ea procurans habeat, teneat vel possideat dominia, terras, loca maritima, portus aut litora mari Britannico, Hispanico seu Germanico adiacentia sive contigua, tunc et in eo casu potentissimi Angliae et Hispaniarum reges non solum per terram modo et forma suprascriptis guerram facient, verum etiam per mare bellum gerent et eorum uterque faciet et geret cum tanta navium classe, quanta inferius declarabitur, militibus sive hominibus armatis, bombardis sive instrumentis bellicis, telis, victualibus et aliis quibuscumque ad bellum navale gerendum necessariis et requisitis sufficienter instructa, quam infra mensem, postquam dictum bellum hosti communi sic ut prefertur indici et inferri ceperit, ad mare realiter et cum effectu propriis suis expensis

mittent ac mitti curabunt et facient ac sic mittet et mitti curabit et faciet eorum uterque modo et forma sequentibus; videlicet potentissimus Angliae rex naves quinque milibus hominum armatorum ac ceteris necessariis similiter ut prefertur instructas et ad bellum navale gerendum aptas ut predicitur mittet; necnon catholici Hispaniarum, Navarrae etc. reges naves quinque milibus hominum armatorum et ceteris necessariis similiter ut prefertur instructas ad bellum navale gerendum aptas sic ut predictum est mittent. Quae quidem naves omnes et singulae ad mare communis hostis regnis, patriis, terris et dominiis proxime adiacens navigabunt ac ibidem continue remanebunt huc et illuc navigando, communem hostem eiusque regna, patrias, terras et dominia ac subditos suos quantum poterunt molestando, sese ac ceteros amicos et confederatos eorumque regna, patrias, terras et dominia defendendo, ac quotiens et quando opus fuerit simul se coniungent, ut unitis viribus communi hosti resistere atque eundem infestare et debellare possint; nec licebit alteri regum predictorum naves sic ut prefertur missas inde revocare aut earundem navium sive hominum numerum diminuere sine mutuo eorundem expresso consensu et voluntate; sed si casu aliquo contingat numerum navium aut gentis armorum hostium invasione aut maris tempestate capi, devinci aut alio quovis diminui, quod deus avertat, tenebitur ille, cuius classis sic ut prefertur casu capietur seu diminuetur, illam infra mensem de novo reficere et ad perfectum numerum superius limitatum realiter et cum effectu resarcire et reparare sine omni dolo, fraude, dilatione aut alia excusatione quacumque.

Item conventum et concordatum est ut supra, quod nullus confederatorum predictorum eorumve heredes aut successores, vel alius quisquam eorum alicuius nomine sive auctoritate, scientia vel consensu cum alio quocunque principe non confederato tractatum pacis, amiciciae, guerrarum sive belli abstinentiae in praeiudicium presentis confederationis iniet, faciet, contrahet, tractabit aut concludet sive iniri, fieri, contrahi, tractari vel concludi procurabit aut permittet, vel inire, facere, tractare aut contrahere vel concludere volenti quoquo modo tacite vel expresse consentiet sine expresso consensu, assensu et voluntate omnium et singulorum confederatorum predictorum. Et si quid tale alicui confederatorum predictorum motum vel suasum fuerit, ille cui talia mota aut suasa fuerint statim ac

immediate et absque omni dilatione id ipsum ceteris confederatis clare per suas literas significabit et explanabit cum omnibus et singulis eiusdem motionis et suasionis qualitatibus et circumstantiis. Et si contra aliquem confederatorum predictorum suspicio super hoc exoriatur, ille contra quem talis oritur suspicio per aliquem confederatorum admonitus et requisitus statim et immediate eiusdem suspicionis occasionem quamprimum amovebit et amoveri curabit.

Item conventum et concordatum est, quod nullus confederatorum predictorum aliquid aget, faciet, tractabit vel attemptabit aut ab aliis agi, fieri, tractari vel attemptari procurabit sive procurari consentiet quocunque in loco sive causa et occasione quacunque in praeiudicium, damnum vel iniuriam alicuius eorundem eorumve regnorum, terrarum, patriarum, dominiorum, civitatum, villarum, oppidorum, territoriorum aut subditorum quorumcunque, aut alicui alteri aliquid tale facere volenti, conanti sive molienti consilium, auxilium, assensum vel favorem dabit sive prestabit aut dari sive praestari tacite vel expresse consentiet aut procurabit, sed omnibus viis et modis ac tota potestate sua resistet ac realiter et cum effectu obstabit, impediet et contradicet ac principem sive confederatum contra quem talia moliuntur eius rei per suas literas manu sua subscriptas ac sigillo suo sigillatas quamprimum poterit certiorem faciet.

Item conventum, concordatum et conclusum est, quod datur cuilibet regi sive principi christiano, potentatui sive communitati in hanc ligam, amiciciam vel confederationem intrandi et ingrediendi locus eiusdemque benefitio utendi et gaudendi infra octo menses post datam presentium immediate sequentes, dummodo ad id accesserit concors et unanimis omnium et singulorum confederatorum consensus et assensus ac infra idem tempus rex, princeps vel communitas sive potentatus per literas suas patentes manu sua subscriptas et magno sigillo suo sigillatas et corroboratas se ingredi velle presentem ligam singulis confederatis predictis significaverit et declaraverit ac etiam eandem amiciciam et tractatum necnon omnia et singula capitula in eodem contenta per alias suas literas patentes etiam sua manu subscriptas et magno suo sigillo sigillatas infra duos menses ex tunc proxime sequentes confirmaverit, ratificaverit et approbaverit ac ad observandum omnia et singula capitula eiusdem tractatus juramentum prestiterit corporale.

Item conventum et concordatum est, quod per presentem amiciciae tractatum aut aliquem eius articulum non censeatur derogatum sive recessum ab aliquibus tractatibus pacis et amiciciae sive mercium intercursus inter aliquos confederatorum predictorum antehac initis, factis et conclusis, sed quod permaneant in suo robore et virtute nisi in quantum presenti tractatui contrariantur et repugnant, quibus quantum ad illum articulum vel articulos solum, si qui tales fuerint, derogatum et ab eisdem recessum esse volumus per presentes. Et quoniam supradicti confederati firmiter sibi persuadent ac indubie sperant sanctissimum dominum nostrum Leonem decimum, papam modernum, propter nonnullos egregios, salutares ac preclarissimos effectus necnon ingentia et salutaria beneficia, quae ex hac liga universae reipublicae christianae eiusdemque tranquillitati et quieti verisimiliter proventura sunt, eandem ligam prompto, grato ac libenti animo accepturum et presertim quod ex ea universalis tantopere expectata et affectata pax post tot discordias, simultates et diuturna bella in maximum ac pene irrecuperabile totius reipublicae christianae damnum, detrimentum et dispendium hucusque habita et continuata incunctanter provenire et subsequi speratur, ex quo notabilis aliqua et felix expeditio contra immanissimos Turcas crucis Christi atrocissimos hostes geri, fieri et instrui poterit; iccirco dicti principes confederati omnes et singuli prefatum sanctissimum dominum nostrum ac sanctam sedem apostolicam tanquam primum, precipuum et principalem confederatum dictique sanctissimi foederis aurigam, caput et apicem comprehenderunt et per presentes comprehendunt adeo plene et efficaciter, ac si sua sanctitas mediante sua commissione unus principalium contrahentium ab initio extitisset reservaruntque dicti confederati ac per presentes reservant suae beatitudini honorificum, condecentem et condignum in hanc ligam ingrediendi et intrandi locum, tenore etiam presentium declarantes, quod dicta sua sanctitas integro eiusdem ligae beneficio cum omni ipsius effectu et commodidate utetur et gaudebit eisdem modo et forma, quibus ipsi principales confederati et contrahentes quovis modo uti et gaudere debeant et possint, dum tamen sanctitas sua, casu quo hanc ligam acceptare et intrare ac beneficio eiusdem uti voluerit, articulos et capitula, ad quae predicti confederati obligantur et asstringuntur, tam pro suorum statuum et personarum tuitione auxilioque et assistentia contra quos-

cumque dictorum confederatorum hostiles aggressores et invasores, perturbatores ac damnificantes ut supra, vel invasionem sive damnum huiusmodi fieri procurantes, quam in contribuendo communibus sarcinis secundum ratam condecentem, ac etiam omnia et singula articulos et capitula in ipsa liga comprehensa, concordata et conclusa firmiter et inconcusse pro sua parte perimpleverit[1]) et observaverit et insuper sententias excommunicationis in personas aliquem confederatorum invadentes aut invadere procurantes ac interdicti in eorum regna, patrias, dominia, terras, civitates, oppida, villas et territoria quaecunque feret et fulminabit aut ferri et fulminari faciet et mandabit absque dilatione, excusatione aut alio quovis quesito colore, ac sententias sic latas publice denuntiabit aut denuntiari realiter et cum effectu faciet et mandabit cum earundem sententiarum aggravatione, si et quatenus in sua contumatia perstiterint aut perseveraverint aut steterit aut perseveraverit eorum aliquis, quas quidem sententias aut earum aliquam quovis modo non revocabit, suspendet, relaxabit vel ab eisdem absolvet sua sanctitas per se vel per alium tacite vel expresse, aut sic fieri permittet vel consentiet, sine voluntate et consensu expresso ceterorum confederatorum. Super quibus omnibus et singulis sic ut premittitur faciendis et perimplendis sua sanctitas, si in presentem ligam intrare voluerit, infra sex menses datam presentis tractatus proxime et immediate sequentes non modo animum, voluntatem et intentionem suam declarabit, sed etiam presentem tractatum ac omnia et singula in eodem contenta per suas literas patentes suo sigillo plumbeo munitas et roboratas approbabit, ratificabit et confirmabit seque ad firmam observantiam eorundem per easdem suas literas asstringet et obligabit.

Item inter nos oratores predictos unanimi consensu et assensu ac nominibus principum nostrorum principaliter contrahentium conventum, concordatum et conclusum est, quod in presenti tractatu et foedere nova et antiqua liga, societas, communitas ac cantones[2]) Helvetiorum omnes et singuli includantur et comprehendantur eiusdemque confederationis benefitio et commoditate ad omnem effectum, qui exinde sequi poterit, utantur et gaudeant, modo comprehensionem huiusmodi accep-

---

[1]) *In der Kopie proimpleverit.*

[2]) *In der Kopie des St.-A. cantoni.*

tandam duxerint confederatisque praedictis adherere et ad dictorum confederatorum stipendia contra quoscumque arma gerere nullique alii[1]) principi contra eos aut eorum aliquem inservire decreverint, promiserint, se asstrinxerint et obligaverint. Et ut dicti Helvetii, quos principes nostri ob eorum merita, virtutes, probitates et res strenue gestas intimo amore persequuntur, eo citius ad id invitentur et alliciantur, nos oratores, ambassiatores et commissarii predicti communi concordia, nominibus et auctoritate principum nostrorum et de expresso mandato, consensu et assensu eorundem non modo decrevimus certam annuam pensionem, portionem sive largitionem cum contributione omnium dictorum confederatorum et aliorum hanc ligam ingredi volentium eis constitui, assignari, dari et solvi, sed etiam tractatus, conventiones, obligationes, securitates et pacta hiñcinde super hoc fieri, concludi et firmari debere.

Sed quoniam dictis principibus dominis nostris supremis nobisque eorundem principum oratoribus ad presens ocium, tempus aut commoditas concludendi super huiusmodi pensione, portione sive largitione dictis Helvetiis assignanda et constituenda[2]) non dabatur eo presertim, quod tractandi modus, consuetudo et forma contrahendi in similibus cum prefatis dominis Helvetiis usitata nobis incognita existit, nos igitur oratores predicti, auctoritate et potestate principum nostrorum nobis in hac parte datis et concessis, promittimus et eosdem principes nostros omnes et singulos per presentes adstringimus et obligamus, quod ipsi et eorum singuli respective, ne temporis procrastinatione aut dilatione dicti Helvetii elabantur[3]) et in aliorum partes declinent, illico et absque mora destinabunt et mittent sicque eorum quilibet destinabit et mittet oratorem seu oratores suum aut suos sufficienti, plena et ampla potestate et instructione fulcitum seu fulcitos ad tractandum, communicandum, paciscendum et finaliter concludendum cum dictis dominis Helvetiis tam de et super predicta comprehensione, modo et forma prescriptis, fienda, quam etiam super annuae pensionis, portionis sive largitionis assignatione, tam in communi quam in particulari, ipsosque principes omnes et singulos ad huiusmodi por-

---

[1]) *So im Or.; vgl. 117, 20. Zeile von unten.*

[2]) *In der Kopie des St.-A. assignandis et constituendis.*

[3]) *In der Kopie des St.-A. elabantur.*

tionis, pensionis sive largitionis sic constituendae et assignandae solutionem efficaciter astringendi et obligandi modis, formis, temporibus et locis in ea parte advisandis, prefigendis et assignandis.

Item conventum et concordatum est, quod omnes et singuli prefati confederati infra duos menses datam presentium proxime et immediate sequentes presentem tractatum ac omnia et singula capitula in eodem contenta per distinctas et separatas literas suas patentes harum seriem de verbo ad verbum continentes manu sua subscriptas et sigillo suo magno sigillatas, supplentes omnes et singulos tam iuris quam facti defectus, si qui ratione mandati vel alio quovis modo fortasse intervenerint, ratificabunt, approbabunt et confirmabunt ac easdem literas patentes confirmatorias sic ut prefertur subscriptas et sigillatas singulis confederatis eorumve commissariis, oratoribus aut procuratoribus ad hoc sufficienter deputatis et auctorizatis infra dictum tempus tradent et liberabunt seu sic tradi et liberari facient tradetque et liberabit seu sic tradi et liberari faciet eorum quilibet realiter et cum effectu.

Item conventum et concordatum est, quod omnes et singuli confederati predicti, quando per oratorem sive commissarium alicuius eorundem sufficientem auctoritatem et potestatem habentem ad hoc debite requisiti fuerint et eorum quilibet requisitus fuerit, tactis sacrosanctis dei evangeliis iuramentum corporale prestabunt et prestabit ille sic requisitus in presentia oratoris sive commissarii predicti, quod omnia et singula in presenti tractatu specificata et contenta bene et fideliter observabunt et adimplebunt ac observabit et adimplebit eorum quilibet, necnon a subditis suis et eorum cuiuslibet quatenus ipsos tangunt aut tangere poterunt observari et adimpleri facient et faciet eorum quilibet cum effectu. Sequunter tenores commissionum.[1])

In quorum omnium et singulorum premissorum fidem et testimonium nos prefati Thomas cardinalis, Thomas dux Norffolciae et Thomas Dunolmensis episcopus, oratores et commissarii antedicti hiis presentibus literis sigilla nostra apposuimus et easdem subscriptionibus manuum nostrarum roboravimus. Datum Londoniae vicesimo nono die mensis Octobris anno domini millesimo quinquentesimo sexto decimo.

---

[1]) *Vgl. Anm. p. 106 und 107.*

17.

Abmachung zwischen Maximilian I., Heinrich VIII. und Karl von Spanien die den Schweizern zu gewährenden Subsidien betreffend. d. d. London 1516 Nov. 7. (Or. St.-A. u. R. O.)

Drucke: Rymer l. c. VI/1 126 ff.
Dumont l. c. IV/1 251.

Quamvis inter cetera[1]) in tractatu pacis, amicicie et federis defensivi inter nos ambassiatores et oratores Maximiliani sacratissime C^ee^ M^tis^ et serenissimorum principum Henrici Anglie et Francie ac Caroli catholici regum iam dudum inito et concluso de data vigesimi noni diei mensis Octobris anni domini millesimi quingentesimi decimi sexti provisum, concordatum et decretum fuerat, quod pro continendis et conservandis dominis Helveciis in firma amicicia et solida benivolencia erga dominos nostros supremos et eorum singulos, sic quod eis adhereant nullique alii principi aut potentatui sive communitati contra eos aut eorum aliquem hostiliter inserviant aut arma gerant, annua quedam largicio, porcio sive provisio eisdem Helveciis largiretur, constitueretur et assignaretur, prout in dicto tractatu diffusius et copiosius continetur; quia tamen per dictum tractatum huiusmodi largicio, porcio sive provisio specifice et in particulari nondum nominata aut designata existit, opere precium igitur et conducibile nobis oratoribus predictis visum est, ut omni postposita mora ulteriorique procrastinacione semota ipsa largicio, porcio sive provisio quotannis amicicia cum eisdem Helveciis percucienda durante solvenda specifice et in particulari constituatur et designetur. Nos igitur oratores predicti vice et nomine principum nostrorum predictorum et auctoritate commissionum nostrarum a dictis principibus nostris in ea parte nobis respective datarum convenimus, concordavimus et conclusimus, quod pro parte serenissimorum principum Anglie et catholici regum summa triginta milium florenorum auri bene et fideliter dictis dominis Helveciis quotannis durante dicta amicicia consignabitur et solvetur; videlicet pro parte regis Anglie quindecim milia florenorum auri et pro parte Caroli catholici regis alia quindecim milia similium florenorum, C^es^

[1]) *Im Or. nach cetera que.*

quoque M^as^ porcionem sive largicionem, ad quam dictis Helveciis se aliis confederacionibus dandam et annuatim contribuendam astrinxit, pro parte sua fideliter persolvet. Quod si huiusmodi summa pro continendis dictis dominis Helveciis in huiusmodi amicicia non sufficiat, sed ampliori pro communibus et privatis largicionibus vel sarcinis opus erit, inter nos dictos C^ee^ M^tis^ et Caroli catholici regis oratores, nominibus et auctoritate principum nostrorum predictorum, conventum, concordatum et conclusum est, quod tunc et in eo casu dicta C^ea^ M^as^ et catholicus rex totum et omne id, quod preter et ultra dictam summam triginta milium florenorum auri dictis Helveciis pro eorum publica et privata largicione, porcione sive intertencione opus erit, equis porcionibus persolvent et eorum quilibet persolvet aut persolvi faciet, modo porcio huiusmodi supereroganda summam sex milium florenorum auri non excedat. Et insuper inter nos oratores predictos conventum, concordatum et conclusum est, quod si dicta summa sex milium florenorum auri per C^eam^ et catholicam M^tes^ ad intertenendum Helvecios in publico et privato ac particulari minime sufficiat, tunc summa per dictos confederatos principaliter contrahentes super his, qui in predictam ligam communi consensu ipsorum confederatorum admittentur et ingredientur, taxabitur pro intertenendis dictis Helveciis in publico et privato, applicabitur, convertetur et erogabitur, ut eo pretextu dictis Helveciis ex omni parte provisis ipsi unanimiter eisdem confederatis libencius adhereant et indissolubili vinculo coniungantur.

Ad quarum omnium et singularum summarum ut premittitur solucionem modo et forma locisque et temporibus ad hoc per oratores dictarum M^tum^ apud dictos Helvecios agentes designandis, deputandis, prefigendis, paciscendis ac promittendis ut premittitur bene et fideliter fiendam, nos dictorum C^ee^ M^tis^, Anglie et catholici regum commissarii et oratores vigore et auctoritate commissionum nobis per principes nostros in hac parte datarum et concessarum eosdem principes nostros et eorum singulos, quatenus eos respective tangit et concernit, bona fide et in vim pacti astringimus et obligamus per presentes; promittentes, quod dicti principes et eorum singuli presentem articulum et omnia in eodem contenta infra duos menses datam presencium immediate et proximo sequentes per literas suas patentes magnis suis sigillis respective munitas et mani-

bus suis subscriptas ratificabunt seque ad huiusmodi articuli observanciam bona fide astringent et obligabunt sicque eorum quilibet se astringet et obligabit. In quorum omnium et singulorum fidem et testimonium nos oratores dicti serenissimi regis Anglie et Francie presenti articulo manibus nostris subscripto sigilla nostra apposuimus.

Datum Londoniis septimo die mensis Novembris anno domini suprascripto.

Thomas cardinalis Eboracensis. Thomas Norfolk.
L. S. L. S.
Thomas Dunelmensis.
L. S.

II. Die Zeiten des 30jährigen Krieges. Die pfälzische Frage.

Mit dem Tode Maximilians brach der rege diplomatische Verkehr, der während seiner Regierung zwischen dem Wiener und dem Londoner Hof geherrscht hatte, ab. Sein Nachfolger in der Kaiserwürde, Karl von Spanien, überliess in verschiedenen Abmachungen die österreichischen Gebiete seinem Bruder Ferdinand, der im Jahre 1526 durch die Vereinigung der habsburgischen Stammländer mit der böhmischen und ungarischen Krone den neuen österreichischen Staat gründete, der fortan, wenn auch Jahrhunderte in engster Fühlung mit dem deutschen Reiche, seine eigene selbständige Existenz führte. Diesem neuen Staate fehlten vorerst die treibenden Motive zu wesentlichen politischen Abmachungen mit dem Inselvolke. So lange Karl V. deutscher Kaiser war, hatte er, als Hauptrepräsentant der habsburgischen Macht, die diplomatischen Verhandlungen mit König Heinrich VIII. und dessen Nachfolgern zu führen, und von ihm sind im Verlaufe seiner mehrere Jahrzehnte währenden Regierung die höchst bedeutungsvollen Verträge mit den englischen Herrschern geschlossen worden, deren Tendenz wie jene, die Maximilian eingegangen war, sich in erster Linie gegen die Franzosen wendete, mit denen Karl nicht minder leiden-

schaftlich wie sein Grossvater um den Besitz umfangreicher Gebiete stritt. Die österreichische Politik ist durch diese Abmachungen wesentlich beeinflusst worden und eine Darstellung der österreichischen Geschichte jener Zeit wird zweifelsohne dieser zwischen Karl V. und Heinrich VIII. geschlossenen Verträge und des Antheils zu gedenken haben, den Ferdinand I. und seine Ratgeber an dem Zustandekommen derselben genommen. In eine Sammlung von Verträgen aber, die blos „alle Vereinbarungen umfassen soll, welche zwischen einem Mitgliede der deutschen Linie der Habsburger als Staatsoberhaupt aller oder eines Theiles der zur Zeit des Vertragsschlusses im Besitze dieser Linie befindlichen Territorien und einer fremden, völkerrechtlich zur Vertragsschliessung fähigen Macht über staatliche Hoheitsrechte zu Stande gekommen sind",[1]) können sie keine Aufnahme finden. Übrigens ist es auch unter den ersten Nachfolgern Karls V. in der Kaiserwürde, die sämtlich der deutschen Linie des Hauses Habsburg entstammten und zugleich Herrscher über Österreich waren, zu Staatsverträgen mit England nicht gekommen.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten blieben ein volles Jahrhundert vorübergehende. Sie betrafen vorwiegend die Stellung der englischen und österreichischen Fürsten zum Osten Europas. Wiederholt hat England die Gelegenheit wahrgenommen, in den Kampf einzugreifen, den die Herrscher Österreichs mit den Fürsten Siebenbürgens[2]) und mit der Pforte im 16. Jahrhunderte ausgefochten haben,[3]) wiederholt haben Österreichs Fürsten sich an den englischen Hof mit der Bitte um Hilfe gegen den Feind des christlichen Glaubens gewendet.[4]) Auch die religiöse Frage gab den deutschen

---

[1]) *Vgl. Bittner l. c. p. VII f.*

[2]) *Über die englisch-siebenbürgischen Beziehungen im 16. und 17. Jahrh. ist neuestens eine zusammenfassende Arbeit von Dr. David Angyal in der Österreichisch-ungar. Revue Jahrg. 1904/5 erschienen. Sie führt den Titel: „Gesch. der pol. Beziehungen Siebenbürgens zu England". Angyal berichtet u. a. vom Aufenthalte J. Wallops am Hofe Ferdinands I. im Jahre 1527 p. 3, von der Mission Salamancas nach England u. a. m. Durch Angyals Forderungen sind die älteren Darstellungen bei Buchholz Gesch. Ferd. I. u. a. m. für diese Fragen überholt.*

[3]) *Auch darüber finden sich bei Angyal manche Mitteilungen, insbesondere p. 66 f. über die Vermittelung Englands in den 90er Jahren des 16. Jahrh. Vgl. auch Zinckeisen, Gesch. der Türkei Tom. III. passim.*

[4]) *Auch Buchholz Ferd. I. gedenkt III. 257 f. der Sendung des Bischofs*

Habsburgern öfters zu Verhandlungen mit den Tudors Anlass.[1]) *Ganz besonders aber waren es handelspolitische Fragen, wie das Verhältnis Englands zu den Hansestädten, die — zumal in den Zeiten Elisabeths — Missionen von englischen Gesandten an den Kaiser notwendig machten.*[2]) *Diese verschiedenartigen Beziehungen zu erörtern, liegt ausserhalb des Rahmens der vorliegenden Arbeit, teils, weil sie, wie die Handelsfragen, lediglich den Kaiser, nicht den österreichischen Herrscher betrafen, teils weil, wie bei den Verhandlungen bezüglich der siebenbürgischen oder türkischen Angelegenheiten, bindende Abmachungen zwischen beiden Staaten weder getroffen wurden, noch auch geplant waren. Doch mag es gestattet sein, auch in diesem Zusammenhange darauf hinzuweisen, dass die englische Politik, soweit sie auf Fragen Einfluss nahm, die Österreichs Interessen berührten, schon im 16. Jahrh. von jener ausschliesslichen Rücksichtsnahme auf den eigenen Vorteil geleitet wurde, die ihr auch in den folgenden Jahrhunderten das Gepräge aufdrückt.*[3])

Zu lange dauernden Verhandlungen, in deren Verlaufe sich die Aussicht auf eine auch für die politischen Beziehungen der beiden Staaten bedeutungsvolle Abmachung eröffnete, gab der Plan Ferdinands I. Anlass, einen seiner jüngeren Söhne mit Elisabeth von England zu vermählen.[4]) *Es ist während der*

Faber nach London, die erfolglos blieb. Im Jahre 1567 erschien im Auftrage Max. II. Graf Ludwig von Stollberg bei Elisabeth, um sie für die Unterstützung des Kaisers im Kampfe gegen die Türken zu gewinnen. (Instr. d. d. Prag 13. März 1567 St.-A.) Seine Mission blieb auch erfolglos. Die höfliche aber ablehnende Antwort Elisabeths d. d. 15. Juni 1567 St.-A.

[1]) *Auch in dem Briefwechsel zwischen den verschiedenen Mitgliedern der österreichischen und englischen Herrscherfamilien spielen diese religiösen Fragen eine Rolle. Sowohl das R. O. als auch das St.-A. enthalten zahlreiche Schreiben von Mitgliedern beider Familien. Vgl. übrigens auch Buchholz l. c. VII. 478 ff.*

[2]) *Dafür zahlreiche Akten im St.-A. Vgl. auch Ehrenberg, England und Hamburg in der zweiten Hälfte des 16. Jahrh.*

[3]) *Diesen Gesichtspunkt hebt auch der anonyme Verfasser der Schrift „Österreich und England, Kritischer Beitrag zur Gesch. der Bündnisse und Zerwürfnisse zwischen beiden Staaten," Cotta 1854 158 S. hervor. Im übrigen enthält dieses von einem Österreicher (p. 9) geschriebene Buch neben manchen guten wenn auch keineswegs tiefen Bemerkungen, zahlreiche Irrtümer und unbegründete Behauptungen.*

[4]) *Vgl. für diese Heiratspläne insbesondere die Arbeit von Wertheimer, Heiratsverhandlungen zwischen Elisabeth von England und Erzherzog Karl von Österreich. Sybels Hist. Zeitsch. XL. 385 ff.*

12 Jahre, innerhalb deren diese Frage immer von neuem erörtert worden ist, zu verschiedenen Sendungen hervorragender Staatsmänner von beiden Seiten gekommen. Allein die Verhandlungen führten zu keinem Resultate, in erster Linie wohl deshalb, weil Elisabeth niemals ernstlich an ihre Vermählung mit einem der katholischen Kaisersöhne gedacht, vielmehr lediglich aus politischen Gründen den Wiener Hof durch ausweichende Erklärungen hingehalten hat. Zu ernsten Verhandlungen bot sich übrigens auch in den ersten Regierungsjahren Jakobs I. kein Anlass.[1]) *Erst die Vermählung Elisabeths, der Tochter Jakobs I., mit dem Pfälzer Friedrich gab in ihren Folgen, zumal seitdem dieser als Gegenkönig Ferdinands II. in Böhmen herrschte, Anlass zur Aufnahme reger, direkter diplomatischer Beziehungen, die von da an niemals mehr dauernd erloschen sind.*

König Jakob hatte von seinem Regierungsantritte an, obgleich er keineswegs eine so schroff antihabsburgische Politik vertrat, wie seine grosse Vorgängerin, die Pläne des französischen Herrschers, Heinrichs IV., gegen das Haus Habsburg gebilligt und er hatte auch nach dessen Tode durch sein im Jahre 1612 mit der protestantischen Union abgeschlossenes Bündnis Beweise seiner Kaiserfeindlichen Politik gegeben. Die Heirat seiner Tochter mit Friedrich von der Pfalz, einem der vornehmsten Mitglieder dieses antihabsburgischen Bundes, im darauffolgenden Jahre festigte die Bande, die ihn an die Mitglieder der Union knüpften. Allein obgleich er zu Beginn des Jahres 1619 das im Jahre 1612 geschlossene Abkommen erneuerte,[2]) *zeigte er sich doch in dem Augenblicke, da sein Schwiegersohn und Bundesgenosse an ihn mit der Aufforderung herantrat seine Kandidatur in Böhmen*

[1]) *Im R. O. liegen Berichte englischer Gesandter am Hofe Rudolfs II. Ihre Verhandlungen bezogen sich vornehmlich auf Handelsangelegenheiten; die Klagen der englischen Kaufleute über die Hansa spielen die Hauptrolle. Lesieur, der 1603 am Hofe Rudolfs II. erschien, meldete auch den Regierungsantritt Jakobs I., der von Rudolf II. als „berechtigt" bezeichnet wurde. Derselbe Staatsmann erhielt am 9./19. Sept. 1612 (R. O.) die Instruktion, Matthias zu begrüssen und von demselben Berücksichtigung der Forderungen der protestantischen Reichsfürsten zu fordern. Seine im R. O. aufbewahrten Berichte enthalten u. a. zahlreiche Mitteilungen kommerzieller Art.*

[2]) *Vgl. Gindely Gesch. des 30jähr. Krieges I. 454 f.*

mit Geld und nötigenfalls mit den Waffen in der Hand zu unterstützen, abgeneigt, auf diese weitausschauenden Pläne des Pfälzers einzugehen.[1]) *Als strenger Legitimist missbilligte er prinzipiell jede Empörung und hätte schon aus diesem Grunde seine Einwilligung zum Kampfe gegen den König von Gottes Gnaden ablehnen müssen. Dazu kam aber, dass Jakob in seiner Abneigung gegen die deutsche Linie des Hauses Habsburg feindlich vorzugehen, durch den lebhaften Wunsch bestärkt wurde, seinen Sohn mit der spanischen Infantin zu vermählen, um durch den Halt an dem spanischen Königshause seine Position dem englischen Parlamente gegenüber zu kräftigen, mit dem er in fortwährendem Unfrieden lebte. Er erklärte daher dem Gesandten seines Schwiegersohnes, er könnte die Erhebung desselben auf den böhmischen Thron nicht billigen, wenn sie nicht auf legitime Art erfolge, lehnte jede Unterstützung der aufständischen Böhmen ab und liess durch Lord Doncaster, den er im Mai 1619 nach Deutschland sendete, seine Vermittelung zur gütlichen Beilegung des zwischen Ferdinand II. und den Böhmen bestehenden Konfliktes anbieten.*

Die Begegnung des englischen Bevollmächtigten, der übrigens mehr die Ideen des Pfälzers als die seines Herrn billigte, mit Ferdinand II. fand im Juli 1619 statt, blieb aber erfolglos.[2]) *Bald darauf — August 1619 — wurde Friedrich zum Könige von Böhmen gewählt und er nahm, ohne auf die Zustimmung seines Schwiegervaters zu warten, die Krone an. Jakob war entrüstet, hiess das Vorgehen Friedrichs unredlich und weigerte sich, obgleich die öffentliche Meinung in England eine dem Pfälzer günstige war, diesen zu unterstützen. Lord Doncaster erhielt den Auftrag, Ferdinand II. zur Kaiserwahl zu gratulieren und neuerdings des Königs Mediation anzutragen.*[3]) *Ferdinand machte von diesem Anerbieten keinen Gebrauch und der Kampf, der bald darauf zwischen dem Kaiser und dem neuen Könige von Böhmen begann, fiel zu Ungunsten des letzteren aus. Unzweifelhaft hat die Haltung Jakobs zu diesem Ausgange wesentlich beigetragen. Nicht nur Friedrich, auch*

---

[1]) *Ebenda 455.*

[2]) *Gardiner History of England from the accession of James I. (kleine Ausgabe) (London 1901) Vol. III. 300 ff., Gindely l. c. II. 134 ff.*

[3]) *Vgl. Gindely l. c. III. 42 ff.*

die Generalstaaten, ja selbst die Engländer erklärten Jakob für die Katastrophe mit verantwortlich, die mit dem Pfälzer auch den Protestantismus so schwer traf. Jakob liess sich aber in seiner Meinung nicht irre machen. Sir Henry Wotton, der im Sommer 1620 den Auftrag erhielt, dem Kaiser neuerdings die Vermittelung Englands anzutragen, erklärte im Namen und auf Befehl Jakobs I., dieser habe an der Wahl seines Schwiegersohnes nicht teil gehabt, ihm auch den Titel eines Königs nie gegeben[1]) *und in gleichem Sinne liess der englische König auch an anderen Orten sein Missfallen über die Haltung seines Schwiegersohnes kund tun. Seine Hoffnung, durch diese Haltung auf Ferdinand II. Eindruck zu machen, erfüllte sich freilich nicht. Der Kaiser ging auf die Forderung Wottons, vorerst Waffenstillstand eintreten zu lassen, nicht ein und wenige Wochen nach der Ablehnung der englischen Vermittelung erlag der Pfälzer in der Schlacht am weissen Berge der Übermacht seiner Feinde. Unterdessen war auch die Pfalz von dem unter Spinola's Führung stehenden spanisch-niederländischen Heere überschwemmt worden und ein grosser Teil des Landes fiel noch vor Ausgang des Jahres 1620 in die Hände der kaiserlichen Bundesgenossen.*

Die Schlacht am weissen Berge brach den Mut der Union vollständig; man riet dem Pfälzer auf Böhmen zu verzichten und schloss mit Spinola im April 1621 einen Waffenstillstand, durch den man sich zur Räumung der Pfalz und zur Neutralität für den Fall verpflichtete, dass die Aussöhnung der Pfälzers mit dem Kaiser nicht gelingen sollte. Bald darauf löste sich die Union auf; Friedrich aber, der noch immer auf die Unterstützung auswärtiger Mächte, zumal auf die seines Schwiegervaters rechnete, forderte vom Kaiser für den Fall seiner Unterwerfung nicht nur den ungestörten Besitz seiner Erblande und Ersatz für die im Laufe der letzten Jahre verausgabten Summen, sondern auch für die Böhmen allgemeine Amnestie, Aufrechthaltung aller Privilegien, sowie volle Religionsfreiheit. Kaiser Ferdinand II. lehnte diese Forderungen schroff ab, sprach die Acht über den flüchtigen Kurfürsten aus und erklärte ihn

---

[1]) *La propositione del cav. Wottoni 3. Sept. st. n. 1621 St.-A. Vgl. auch Gardiner III. 363; Gindely l. c. III. 272 ff. Im R. O. befinden sich mehrere Berichte H. Wottons aus dem Jahre 1621.*

all seiner Würden und Besitzungen verlustig. Für Jakob bedeutete dieser letzte Schritt des deutschen Kaisers einen schweren Schlag. Er wollte den Frieden mit dem Hause Habsburg, schon um die geplante Verbindung mit der spanischen Linie desselben zu ermöglichen und er war bereit, die Annäherung seines Schwiegersohnes an den Kaiser auch mit Opfern für den ersteren zu erkaufen; allein zu einer Preisgebung des ganzen pfälzischen Hauses wollte und konnte er sich, schon im Hinblicke auf die entschieden antihabsburgische Stimmung des englischen Volkes, nicht entschliessen. So erhielt Lord Digby, der im Mai 1621 London verlassen sollte, den Auftrag, am Kaiserhofe die Wiedereinsetzung des Pfälzers in den Stand und in die Würden zu fordern, die er vor seiner Einmischung in die böhmische Angelegenheit besessen habe und dafür in des Königs Namen zu versprechen, dass Friedrich in diesem Falle nicht nur für sich und seinen Sohn auf die Krone Böhmens und dessen Nebenländer verzichten, sondern auch dem Kaiser jede mit seiner Würde und Stellung vereinbare Genugtuung geben werde.[1] *Die Verhandlungen Digbys nahmen einen wechselnden Verlauf.*[2] *Ferdinand war, zumal im Sommer 1621, als der Krieg gegen Bethlen eine bedenkliche Wendung nahm, Mansfeld und der Markgraf von Jägerndorf den Kampf erfolgreich fortsetzten, nicht prinzipiell abgeneigt, der Bitte des englischen Königs wenigstens teilweise zu entsprechen und Friedrich, falls dieser sein Unrecht eingestehen und einen Teil seines Gebietes abtreten oder eine entsprechende Geldsumme zahlen wollte, wieder in Gnaden aufzunehmen. Allein der energische Widerspruch des Herzogs Maximilian von Baiern, der vom Kaiser die Erfüllung der gemachten Versprechungen — Übergabe der Oberpfalz und die Kurwürde — forderte und das Vorgehen des geächteten Pfälzers, der von einer Gebietsabtretung nichts wissen und den Krieg gegen das Haus Österreich fortsetzen wollte, bewirkten, dass Digby's Bemühungen erfolglos blieben.*[3] *Im September 1621 eroberte Maximilian die Oberpfalz und Ferdinand übertrug — wenn auch vorerst geheim — die Kurwürde*

---

[1]) *Instruktion für Digby 23. Mai 1621 R. O.; vgl. die Analyse bei Gardiner IV. 200 f.*

[2]) *Vgl. Gardiner l. c. IV. 204 ff.; Gindely l. c. IV. 169 ff.*

[3]) *Vgl. Gindely l. c. IV. 201.*

auf seinen Bundesgenossen, dessen Unterstützung er nicht entbehren konnte. Der Gedanke eines Ausgleiches zwischen Ferdinand und dem Pfälzer wurde aber trotzdem nicht fallen gelassen.[1]) *Nicht nur eine Reihe protestantischer deutscher Fürsten, auch die katholischen Kurfürsten von Mainz und Trier, traten für den Pfälzer ein, ja selbst die Spanier suchten, um Jakob I. in seiner ihren Interessen freundlichen Politik zu bestärken, Ferdinand für die Wiedereinsetzung des Pfälzers oder dessen Sohnes in das ihnen abgenommene Land zu gewinnen und versprachen ihrerseits in diesem Falle auf die Erwerbung der ihnen vom Kaiser für die gewehrte Unterstützung versprochenen Rheinpfalz zu verzichten. Kaiser Ferdinand II., der es weder mit den Freunden noch mit den Feinden des Pfälzers verderben wollte, überliess in dieser schwierigen Situation dem Reichsdeputationstage die Entscheidung;*[2]) *dessen Beschlüssen gemäss übertrug er im Februar 1623 die Kurwürde dem baierischen Herzoge auf Lebenszeit, erklärte sich aber zugleich bereit, den Pfalzgrafen in dessen früheren Besitz wieder einzusetzen, falls sich derselbe zur schuldigen Abbitte verstehen und von allen feindlichen Umtrieben lassen würde. Auch versprach er über die Rechte der Kinder und Agnaten des Pfälzers auf die Kur mit dem englischen Könige Verhandlungen zu pflegen und wenn diese erfolglos bleiben sollten, im Einvernehmen mit den Kurfürsten die Entscheidung zu treffen. König Jakob, der von den geheimen Abmachungen nichts wusste, die Ferdinand II. bald darauf mit dem Baiernherzoge einging, hielt die Beschlüsse des Regensburger Deputationstages für günstig genug, um seine Bemühungen im Sinne einer Versöhnung seines Schwiegersohnes mit dem Kaiser fortzusetzen und rechnete dabei vornehmlich auf die Unterstützung Philipps IV., an dessen Hofe gerade da-*

---

[1]) *Interessant sind neben den Berichten Digby's die zwischen den Herrschern gewechselten Briefe, insbesondere das Schreiben Jakobs I. an Ferdinand II. d. d. 12. Nov. 1621, das die Bedingungen der zwischen Ferdinand II. und dem Pfälzer geplanten Vereinbarung enthielt und der Brief Ferd. II. an Jakob I. d. d. 14. Jan. 1622, beide im R. O. Ebendaselbst befindet sich auch d. d. 5. Febr. 1622 die Vollmacht Ferdinands II. für den Grafen Georg Ludwig Schwarzenberg, der im April 1622 in London erschien und dort verhandelte. Vgl. Gindely l. c. IV. 404 ff.*

[2]) *Vgl. die eingehende Erörterung bei Gindely l. c. IV. 420 ff.; Hurter Gesch. Ferdinand II. IX. 152 ff.*

mals die Verhandlungen über die englisch-spanische Heirat zu Ende geführt werden sollten.[1]) *Jakob stellte an die spanische Regierung die Forderung, beim Kaiser zu beantragen, dass Friedrich, oder wenn dieser nicht genehm sein sollte, dessen Sohn, in alle Würden und Ämter wieder eingesetzt, Maximilian aber durch die Errichtung einer achten Kurwürde oder durch den Wechsel beider Häuser in der kurfürstlichen Würde befriedigt werden sollte. Die Vertreter Jakobs I. verstiegen sich sogar zu der Forderung an den spanischen König, den Kaiser, falls sich derselbe diesen Vorschlägen widersetzen sollte, mit den Waffen zur Anerkennung derselben zu zwingen. Allein so weit wollte die spanische Regierung nicht gehen und ihre Bemühungen auf freundschaftlichem Wege vom Kaiser die Gewährung der englischen Forderungen durchzusetzen, scheiterten an der entschiedenen Weigerung Maximilians, in irgend eine Minderung seiner Macht zu willigen.*

Während Jakob in Madrid die Sache seines Schwiegersohnes zu fördern bestrebt war, hatte er mit diesem selbst einen schweren Stand.[2]) *Der englische König wünschte nichts sehnlicher, als die Beendigung des Krieges, der trotz aller Verhandlungen von beiden Seiten fortgeführt worden war und drängte den Pfälzer, durch das Eingehen eines Waffenstillstandes und durch die Aufnahme der Friedensverhandlungen seinen guten Willen zu zeigen. Von dem Gedanken erfüllt, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die sich der Durchführung seiner Idee in den Weg stellten, hatte er wenige Tage, nachdem er die Nachricht von der Übertragung der Kurwürde auf den Herzog von Baiern erhalten, gegen den Rat der massgebenden Persönlichkeiten den Befehl zum Abschlusse des Vertrages mit der Infantin Isabella, der Statthalterin der spanischen Niederlande, gegeben, durch den das strittige Frankenthal, innerhalb dessen Mauern der Engländer Borough die Verteidigung gegen die belagernden spanischen Truppen führte, für einen Zeitraum von 18 Monaten der Infantin übergeben werden sollte, während zu gleicher Zeit festgesetzt wurde, dass im Falle die erhoffte Aussöhnung des Pfälzers mit dem Kaiser innerhalb dieser Frist nicht erfolge, die Wiedereinführung einer engli-*

---

[1]) *Gardiner l. c. V 1 ff.*

[2]) *Gardiner l. c. IV. 406 ff.*

schen Garnison platzgreifen sollte. Isabella hatte diesen Vertrag für sich und im Namen Ferdinands II. und Philipps IV. mit dem Könige Jakob, der im Namen des Pfälzers verhandelte, geschlossen,[1]) *und bald darauf wurde in gleicher Vertretung ein Waffenstillstand zwischen den Kriegführenden vereinbart, der Jakob und seinem Schwiegersohne den Eintritt in alle Bündnisse untersagte, die der Schliessung des Reichsfriedens hinderlich werden konnten und sie für die Dauer von 15 Monaten zur Enthaltung von allen Feindseligkeiten verpflichtete. Während dieses Zeitraumes sollten die Verhandlungen in Köln im Interesse der Herstellung eines allgemeinen Friedens geführt werden. Der Artikel, der sich mit den Bundesgenossen Friedrichs, dem Mansfelder und Christian von Brandenburg, beschäftigte, war absichtlich unklar gefasst worden, doch sollten diese bei Fortsetzung des Kampfes als Reichsfeinde erklärt und von Jakob und seinem Schwiegersohne desavouiert werden.*[2]) *Allein Friedrich weigerte sich entschieden, diesen Vertrag zu unterzeichnen und blieb bei seinem Entschlusse, obgleich sein Schwiegervater es an Bitten wie an Drohungen nicht fehlen liess. Erst nach der vollständigen Niederlage, die Christian durch Tilly am 27. Juli 1623 bei Stadtlov erlitt, nahm Friedrich — 16. August — den Waffenstillstand an, den Jakob I. vor Monaten in seinem Namen unterzeichnet hatte. Unterdessen war aber ein Wechsel in den englisch-spanischen Beziehungen eingetreten, der es Jakob I. unmöglich machte, die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zum Hause Habsburg aufrecht zu erhalten. Die Verhandlungen, die der Prinz von Wales und sein Vertrauter, der Herzog von Buckingham, mit dem leitenden spanischen Minister — Olivarez — über die geplante Ehe*

---

[1]) *Dieser Vertrag, unterzeichnet zu London 19./29. März 1623, dessen Aufnahme in die vorliegende Publikation nicht erfolgen konnte, da ihn Isabella Clara Eugenia nur im Namen Ferdinands II. und Jakob I. nur im Namen Friedrichs V. von der Pfalz schloss, ist abgedruckt u. a. bei Abreu y Bertodano, Phelipe IV. I. 284; Prontuario de los tratados II. 101; für die Ratifikationen vgl. Bittner l. c. 42.*

[2]) *Der Vertrag wurde zu London 21. April 1623 st. v. geschlossen; er bleibt aus den gleichen Gründen wie der vom 19./29. März 1623 von der Aufnahme in die vorliegende Publikation ausgeschlossen; für die Ratifikation und Drucke u. a. A general collection of treaties II. 219. Dumont l. c. V/2 434; Rymer l. c. VII/4 69 vgl.; Bittner l. c. 42.*

geführt hatten, zerschlugen sich und Buckingham trat, in seine Heimat zurückgekehrt, an die Spitze der Partei, die der Stimmung des englischen Volkes Rechnung tragend dem Bruche mit Spanien und der Unterstützung der deutschen Protestanten das Wort redete.[1])

Mit Begeisterung folgte das im Jahre 1624 einberufene englische Parlament der Führung Buckinghams, sprach sich entschieden für den Abbruch aller Verhandlungen mit Spanien aus und bewilligte trotz prinzipieller Bedenken eine hohe Steuer, die zur Führung des Krieges gegen das Haus Habsburg dienen sollte. Jakob I. entschloss sich nicht leicht auf seinen Lieblingsgedanken einer engen Verbindung mit dem spanischen Königshause zu verzichten; aber der Jubel, mit der sein dem Parlamente mitgeteilter Entschluss mit Spanien zu brechen aufgenommen wurde, musste ihm die Überzeugung verschaffen, dass er in diesem Augenblicke die überwiegende Mehrzahl seines Volkes an seiner Seite habe. Vom offenen Kampfe gegen Spanien wollte er freilich trotzdem vorerst nichts wissen; noch immer wünschte er einen solchen zu vermeiden und die Wiedereinsetzung seines Schwiegersohnes oder Enkels zu erreichen, ohne mit der spanischen Linie des Hauses Habsburg in Krieg zu geraten. In diesem Sinne hat er dem Grafen Mansfeld, der im April 1624 nach England kam,[2]) *den Auftrag erteilt, die Wiedereroberung der Pfalz zu versuchen. Allein die allgemeinen Verhältnisse nötigten die englische Krone immer entschiedener zum Kampfe gegen das gesamte Haus der Habsburger. Dass der Tod Jakobs I. und die Thronbesteigung seines Sohnes Karls I. diesen Entschluss erleichtert hat, steht ausser Zweifel. Bereits im September 1625 schloss dieser ein Bündnis mit den Generalstaaten, das ihn zu einem Angriffe auf die Küsten Spaniens verpflichtete, — ein Unternehmen, das freilich ein unrühmliches Ende fand*[3]) *— und das Haager Bündnis vom 19. Dezember 1625, das er mit den Generalstaaten und dem dänischen Könige einging, nötigte ihn nicht nur zur Zahlung einer bedeutenden Subsidie an den letzteren, sondern auch zur Ausrüstung einer Flotte, die von den Schiffen*

---

[1]) *Gardiner l. c. V 130 ff.*

[2]) *Gardiner l. c. V 222 f.*

[3]) *Gardiner l. c. VI 10 ff.*

der Generalstaaten unterstützt den Kampf gegen die Spanier aufnehmen sollte.[1])

Ruhmvoll war die Anteilnahme Englands an dem Kriege, der in den folgenden Jahren zwischen dem Hause Habsburg und dessen Gegnern geführt wurde, nicht.[2]) *Die wachsenden Konflikte zwischen dem Könige und dem Volke und die immer ungünstigere Gestaltung der englisch-französischen Beziehungen hinderten Karl I. seine Bundesgenossen entsprechend zu unterstützen, und so musste er es sich gefallen lassen, dass der Dänenkönig, der im Jahre 1629 seinen Frieden mit dem Hause Habsburg schloss, ihm in erster Linie die Schuld an dem unglücklichen Ausgange des Krieges beimass. Karl I. war für solchen Tadel nicht unempfindlich, doch nötigte ihn sein fester Entschluss, den Kampf mit seinem Volke bis zum äussersten fortzusetzen, zu friedfertigem Verhalten gegenüber den auswärtigen Mächten. Er begann noch im Jahre 1629 Verhandlungen mit den Spaniern und führte dieselben, allem Widerspruch zum Trotz, der von verschiedener Seite erhoben wurde, im Laufe des Jahres 1630 zu Ende. Der Madrider Friede vom 5. Nov. 1630 enthielt keine Verpflichtung der Spanier, die Restitution des Pfälzers vom Kaiser zu erzwingen; Karl I. gab sich vielmehr damit zufrieden, dass der spanische Gesandte in seine Hände ein Schreiben legte, durch das der Herrscher Spaniens sein bestes für diesen Zweck zu tun versprach und übermittelte bald darauf seinem Gesandten Anstruther, der seit längerer Zeit die Interessen des Pfälzers im Reiche vertrat,*[3]) *den Befehl, am Wiener Hofe für die Durchführung der pfälzischen Restauration im Sinne der spanischen Versprechungen zu wirken*[4]). *Allein Anstruther fand mit den*

---

[1]) *Gardiner l. c. VI 36 f.*

[2]) *Gardiner l. c. VI passim.*

[3]) *Anstruther war seit dem Frühjahre 1630 im Interesse des Pfälzers tätig. Die Instruktion für ihn d. d. 25. Juni 1630 im R. O. Eben daselbst auch das Original der kaiserlichen Erklärung d. d. 12. Nov. 1630, in der die Bedingungen des Ausgleiches mit dem Pfälzer fixiert sind. Der ausführliche Bericht Anstruthers über diese Verhandlungen ist datirt Nürnberg 14./24. Nov. 1630 R. O. Daselbst befindet sich auch eine Instruktion für Anstruther d. d. 18. April 1627, der damals in der gleichen Frage mit dem Kaiser und den Reichsfürsten verhandeln sollte.*

[4]) *Die Instruktion d. d. 21. März 1631 R. O.*

Forderungen seines Herrn beim Kaiser kein Gehör[1]) *und die Erklärungen der am kaiserlichen Hofe weilenden spanischen Minister liessen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass auch Philipp IV. nur gegen neue Zugeständnisse Englands — allgemeinen Frieden oder Unterstützung gegen die Niederlande — die Sache des Pfälzers ernstlich zu vertreten gewillt war*[2]). *Die ungünstigen Berichte aus Wien und die Mitteilungen von den glänzenden Erfolgen des Schwedenkönigs Gustav Adolf veranlassten Karl I. mit diesem Verhandlungen anzuknüpfen. Allein dieselben führten zu keinem Ergebnisse, da Gustav Adolf geringe Neigung zeigte, sich zum Vertreter der Ansprüche Friedrichs von der Pfalz zu machen, wenn Karl I. sich nicht entschloss, mit ganzer Kraft den Krieg gegen das gesamte Haus Habsburg zu führen, während der engliche König sowohl vor dem Kampfe mit Spanien, als auch vor der Berufung des Parlamentes zurückschreckte, ohne dessen Zustimmung er die zur Führung des Krieges notwendigen Summen nicht zu erlangen hoffen konnte.*[3])

So knüpfte Karl I. von neuem mit dem Hause Habsburg Verhandlungen an und erklärte sich sogar bereit, mit dem Kaiser und dem spanischen Könige ein Bündnis gegen deren Feinde in Deutschland einzugehen und seinen Schwager, den vertriebenen Pfalzgrafen, zu gleichem Vorgehen zu bewegen, sobald ihm bezüglich der Pfalz Genüge geschehen wäre. Die Antwort liess lange auf sich warten und als endlich der spanische Gesandte, im Auftrage seines Herrn und des Kaisers, Karl I. zum Eintritte in das gegen die Feinde des Hauses Habsburg gerichtete Bündnis aufforderte,[4]) *zeigte es sich, dass der Kaiser die Forderung Karls I. — Wiederherstellung seines Schwagers in dessen Besitz als Vorbedingung einer Allianz des englischen Königs mit dem Hause Habsburg — entschieden zurückwies, während Karl I. seinerseits Bedenken trug, ein Abkommen zu treffen, das ihn zum Kampfe mit dem siegreichen Schwedenkönige genötigt hätte, bevor sein Schwager des Preises sicher*

---

[1]) *Vgl. Gardiner l. c. VII. 181 ff.*

[2]) *Darüber berichten Anstruther und John Taylor, der zu gleicher Zeit und in gleicher Mission in Wien weilte. Vgl. insbesondere seinen Bericht d. d. 10. Sept. n. st. 1631. R. O. Vgl. auch Gardiner l. c. VII. 187.*

[3]) *Vgl. Gardiner l. c. VII. 190 f.*

[4]) *Vgl. die Berichte Necolalde's d. d. 9. und 16. April 1632 St.-A.*

war, um dessentwillen allein er mit seinen bisherigen Verbündeten brechen wollte. Erbittert über das geringe Entgegenkommen der habsburgischen Fürsten wandte sich Karl I. von neuem an Gustav Adolf, der auch diesmal seine Hand zum Bunde reichen wollte, freilich unter Bedingungen, die seinem Interesse nicht minder dienen sollten, als denen Karls I. und des Pfälzers. Vergebens rieten die Bestunterrichteten dem Könige, auf die Forderungen Gustav Adolfs einzugehen. Karl antwortete auf das Projekt des Schwedenkönigs mit Vorschlägen, die im wesentlichen darauf hinausliefen, diesen gegen eine mässige nicht einmal für längere Zeit gesicherte Geldunterstützung für die Wiedereinsetzung des Pfälzers zu gewinnen, und nötigte so Gustav Adolf, der gerade damals zum entscheidenden Schlage gegen Wallenstein ausholte und sich gerne Englands Mitwirkung im bevorstehenden Kampfe gesichert hätte, die Verhandlungen abzubrechen.[1] *Die englischen Gesandten, sowohl jener, der bei Gustav Adolf, als jener, der am Wiener Hofe die Interessen seines Herrn vertreten hatte, kehrten ungefähr zur selben Zeit, beide ohne einen Erfolg erzielt zu haben, nach England zurück.*[2]

Karl aber hielt trotzdem an seiner Politik fest. Weder der Tod Gustav Adolfs, noch das darauf erfolgte Ableben seines Schwagers, des Pfälzers, führten eine Änderung in seiner Haltung herbei. Auch in den folgenden Jahren suchte er unter möglichst günstigen Bedingungen von einer der kriegführenden Parteien die Zusicherung der Wiedereinsetzung der vertriebenen pfälzischen Familie zu erlangen, ohne eine klare Vorstellung von den Wegen zu haben, auf denen er sein Ziel erreichen wollte.[3] *Er verhandelte — 1633 — mit den Feinden des Hauses*

---

[1]) *Vgl. Gardiner l. c. VII 196 f.*

[2]) *Vgl. Gardiner l. c. VII 205. Von Anstruther liegt im R. O. eine Eingabe an Ferdinand II. d. d. 28. Sept. 1632, in der er im Hinblick auf die Erfolglosigkeit seines Aufenthaltes um den Abschied bittet; die Antwort des Kaisers d. d. 7. Okt. 1632 ebenda.*

[3]) *Interessant ist in dieser Hinsicht der Briefwechsel der beiden Herrscher. In einem Schreiben d. d. 12. Aug. 1632 R. O. (Cop.) dankt Karl I. für die Mitteilungen, die der spanische Gesandte im Namen des Kaisers ihm gemacht, „quibus et sincerum erga nos amorem professi et ad comune foedus pro restituenda in imperio pace nos ante alios hortati estis." Er betont seine Geneigtheit diesen Schritt zu wagen, falls die pfälzische Frage geordnet würde.*

Habsburg zu Heilbronn und zeigte sich zu gleicher Zeit geneigt, dem Spanier die Mediation zwischen England und dem Kaiser anzuvertrauen. Es war wirklich so, wie Necolalde, der spanische Gesandte in London, sagte, Karl zerstörte mit einer Hand, was er mit der anderen aufbaute. Erst die Kenntnis von der Allianz, die Frankreich mit den Holländern geschlossen und Gerüchte von dem Plane beider Mächte, die spanischen Niederlande zu erobern und dann unter sich zu teilen, haben ihn im Jahre 1635 veranlasst, den immer dringender werdenden Werbungen der Spanier Gehör zu schenken und mit Philipp IV. einen Vertrag zu schliessen, der ihn gegen eine entsprechende Geldentschädigung zur Aufstellung einer Flotte verpflichtete, die im Kampfe gegen die Franzosen wie gegen die Holländer Verwendung finden sollte. Es war eine selbstverständliche Folge dieser neuerlichen Wendung Karls I., dass er auch mit dem Wiener Hofe von neuem Verhandlungen anknüpfte. Im Dezember 1635 erschien daselbst John Taylor und brachte den lebhaften Wunsch seines Herrn zum Ausdrucke, mit dem Hause Österreich durch unzerstörbare Freundschaftsbande verknüpft zu sein.[1]) *Der Kaiser zeigte sich im Prinzipe nicht abgeneigt, in ein Bündnis mit England einzutreten;*[2]) *allein je weiter die Verhandlungen gediehen, desto grösser wurden die Differenzen, desto deutlicher zeigte es sich, dass die Gründe, die in früheren Jahren den Abschluss eines Vertrages verhindert hatten, auch jetzt noch wirkend waren. Für den König von England war die pfälzische Frage, für den Wiener Hof die Teilnahme Englands am Kriege gegen die Feinde des Hauses Habsburg die Hauptsache, und es gelang Taylor keineswegs Ferdinand II. davon zu überzeugen, dass er mit der Erfüllung der englischen Forderungen vorangehen müsse. Der Kaiser stellte*

Et si illam proscriptionem vestra prudentia potentiaque tandem abrogasset et e medio sustulisset, nos deinceps nullo vel honoris discrimine vel boni publici praejudicio prohiberemur, quominus intimam cum inclyta domo austriaca confoederationem contraheremus et sanctissime coloremus. Karl I. betont dann neuerdings seine Geneigtheit entgegenzukommen, doch müsse die Wiedereinsetzung des Pfälzers erfolgen. Ähnlich lauten auch die späteren Schreiben Karls I.

[1]) *Memoire Taylors vom 16. Dez. 1635. St.-A. und R. O.*

[2]) *Erklärung des Kaisers d. d. 28. Dez. 1635 auf Taylors Memoire R. O. In der Antwort Taylors d. d. 2. Jan. 1636 R. O. werden die Bedingungen fixiert, unter denen Karl I. mit Ferdinand II. sich einigen wolle.*

vielmehr in seiner Antwort auf Taylors Memoire die Allianzfrage in den Vordergrund[1]) *und forderte von England den Abschluss eines Offensiv- und Defensivbündnisses als Vorbedingung einer günstigen Erledigung der pfälzischen Frage.*[2])

Wie wenig aber Karl I. geneigt war, diesen Wünschen Ferdinands II. zu entsprechen, bewies schon die Instruktion für den Grafen Arundel, den er im Frühjahre 1636 nach Wien sandte, um dort die von Taylor begonnenen Verhandlungen fortzusetzen.[3]) *Karl forderte das gesamte pfälzische Gebiet und die kurfürstliche Würde für seinen Neffen, bot aber keineswegs eine Offensivliga gegen die Feinde des Hauses Habsburg an; Arundel erhielt vielmehr den Auftrag, jedes Bündnis zu vermeiden, das Karl I. in einen Krieg verwickeln könnte, oder ihn zur Verletzung der mit seinen Verbündeten geschlossenen Verträge nötigen würde und sich im Falle der völligen Befriedigung der gestellten Forderungen nur zu einer Einigung im Sinne eines allgemeinen Friedens zu verpflichten, für den zu wirken Karl I. die weitgehendsten Versprechen gab.*[4]) *Kein Wunder, dass Arundel, der im Sommer 1636 beim Kaiser vorsprach, mit seinen Erklärungen den Unmut der österreichischen Regierung hervorrief,*[5]) *der sich noch steigerte, als der Graf auf das entschiedenste in Abrede stellte, dass England jemals sich zum Abschlusse einer Offensivliga bereit erklärt habe.*[6]) *Eine Einigung war unter diesen Umständen*

---

[1]) *Dekret vom 24. Jan. 1636 St.-A.*

[2]) *In diesem Sinne lautete auch die Instruktion für den Hofrat Matthias Edl. von Vertemate d. d. 28. Febr. 1636, St.-A. der mit dem englischem Könige und dem Kardinalinfanten verhandeln sollte. Ferdinand II. spricht davon, dass Taylor nicht nur Freundschaft, „sed et tractatus arctioris cuiusdam foederis" mit dem Gesamthause Habsburg angetragen habe.*

[3]) *Instruktion d. d. 1. April 1636 R. O. Für die Mission Arundels vgl. Gardiner l. c. VIII. 158 ff.*

[4]) *Die Analyse der Instruktion Arundels bei Gardiner l. c. VIII. 158 f.*

[5]) *Im St.-A. befindet sich u. a. (Anglica varia) auch eine Art Vertragsentwurf unter dem Titel „Modus et gradus observandi in ulteriori tractatu cum rege Anglorum."*

[6]) *Ähnlich äusserte man sich in London Klemens Radolt gegenüber, der dort seit Mai 1636 die Verhandlungen führte. Wie weit Karl I. davon entfernt war, ein Offensiv- und Defensivbündnis mit dem Kaiser einzugehen, beweist die Entschiedenheit, mit der er die Behauptung, Taylor habe ein solches*

nicht zu erreichen; Arundel sah die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen bald genug ein. Seine Gespräche mit dem Kurfürsten Maximilian — dessen Einfluss auf Ferdinand II. durch seine Heirat mit der Tochter des Kaisers noch gewachsen war und dessen Interesse durch die Rückgabe der ehemals pfälzischen Besitzungen in erster Linie berührt worden wäre — führten zu heftigen Auseinandersetzungen, und die mündlichen und schriftlichen Äusserungen Ferdinands II. liessen erkennen, dass dieser selbst an einen Erfolg der Verhandlungen mit England nicht glaubte. Wenn trotzdem Arundel bis zum Mai 1637 am kaiserlichen Hofe verblieb[1] *und der Wiener Hof immer wieder die Geneigtheit kundtat, sich mit Karl I. über die pfälzische Frage zu einigen, so geschah dies aus demselben Grunde, aus dem auch die Franzosen, die ihrerseits den englischen König vergebens zum offenen Bruche mit dem Hause Habsburg zu treiben suchten, die Verhandlungen mit Karl I. fortführten.*[2] *Man wünschte in Wien und in Paris Englands Bundesgenossenschaft zu erwerben, oder, falls diese nicht zu erlangen war, wenigstens dessen Anschluss an den Gegner zu verhindern und glaubte dies am sichersten durch die Fortsetzung der Verhandlungen zu erreichen, auch wenn diese keinen Erfolg versprachen. Diesem Bestreben verdankten wohl auch die Konferenzen in Hamburg und in Brüssel 1638|39 ihr Zustandekommen. Sie verliefen resultatlos, wie zu erwarten stand, und vielleicht auch manchen Ortes geplant war. Und ebenso vergebens bemühten sich die Vertreter der Habsburger wie jene Ludwigs XIII. in London, den König zu einem ent-*

---

in seinem Namen dem Kaiserhofe angeboten, zurückwies; (Bericht Radolts d. d. Aug. 1636 St.-A.) und die ablehnenden Erklärungen, die er und Windbank im Okt. Radolt gaben. (Berichte Radolts d. d. 8. und 17. Okt. 1636.) In dem letzteren Berichte äusserte sich Radolt unter dem Eindrucke der Audienz bei Karl I., er sei überzeugt, dass Karl I., selbst wenn der Kaiser die Restitution des Pfälzers vornehmen und grosse Opfer bringen würde, doch mit Österreich keine entsprechende Liga schliessen würde und fügte hinzu, wenn selbst der König dazu bereit wäre, würde er von den Ministern, die sämtlich Feinde des Hauses Habsburg seien, abgehalten werden.

[1] *Im R. O. befindet sich, nebst den Berichten Arundels, eine „relation of the principal occurrents" bei der Gesandtschaft Arundels „collected by John Baroughs" Sekretär Arundels, die über den Aufenthalt des englischen Gesandten nicht uninteressante Details enthält.*

[2] *Vgl. Koch Ferd. III. Bd. I. 98 ff.*

scheidenden Schritte zu bewegen. Karl I. hörte diese wie jene, zeigte für die Wünsche beider Parteien Interesse, allein er lehnte nach wie vor den offenen Bruch mit dem Hause Habsburg wie mit dessen Gegnern ab, und dies um so schroffer, je deutlicher die Unzufriedenheit seiner Untertanen mit seiner despotischen Herrschaft sich äusserte. Trotzdem wurden die Verhandlungen über die Ordnung der pfälzischen Frage seitens des Wiener Hofes fortgeführt. Auf dem Kurfürstentage zu Nürnberg 1640 einigte man sich über die Vermittler und diese bestimmten den Regensburger Reichstag als Ort, den 6. Mai 1641 als Tag für die Wiederaufnahme der Verhandlungen.[1]) *Das englische Parlament und Karl I. gaben ihre Einwilligung, ebenso der Kaiser. Thomas Roe, ein von Karl I. hochgeschätzter Diplomat, erschien in Regensburg. Aber auch hier ergaben sich Schwierigkeiten, die zu überwinden nicht gelang.*[2]) *Die Forderungen der Pfälzer — Restitution des Landes nach dem Bestande von 1618 und Schadloshaltung Karl Ludwigs für die im Laufe der Jahre an Land und Leuten erlittenen Verluste — wurden von den Baiern auf das entschiedenste zurückgewiesen und Roe zeigte sich über die spanische Umgebung des Kaisers ebenso ungehalten, wie diese über ihn. Wenn Ferdinand II. trotzdem die Verhandlungen nicht abbrach, vielmehr die Beteiligten zu neuen Beratungen für den 1. Nov. nach Wien einlud, ja durch seinen Gesandten am englischen Hofe Nachsicht für diese Verzögerung erbat, und im Herbste 1641, dem Widerspruche Maximilians zum Trotz, den Prinzen Ruprecht aus der Haft entliess, so geschah dies auch diesmal im Hinblicke auf die Kenntnis, die man in Wien von den Bemühungen der Franzosen besass, England zum Kriege gegen das Haus Habsburg zu bewegen und in der Hoffnung, dass es doch noch gelingen werde, den Widerstand Karls I. gegen eine Einigung mit dem Hause Habsburg zu brechen. Mit dem ganzen Aufwande seiner reichen Begabung und unermüdlichen Arbeitskraft hat Franz von Lisola, der seit dem Oktober 1641 in England weilte, in diesem Sinne zu wirken gesucht.*[3]) *Aber auch ihm gegenüber*

[1]) *Vgl. Pribram Lisola 21 f.*

[2]) *Blesch, Restitution der Pfalz 33 ff.; Koch l. c. 329 f.*

[3]) *Für das folgende Pribram, Lisola 23 ff., dessen Berichte für die auswärtige wie innere Geschichte Englands in den Jahren 1641—44 von grossem Interesse sind.*

wich Karl I. jeder bindenden Erklärung aus, betonte immer wieder seine Neigung nach vollzogener Wiedereinsetzung des Pfälzers in Amt und Würden für den Kaiser zu tun, was in seiner Macht stehen würde, ohne aber, wozu Lisola drängte, diese allgemeinen Redensarten durch detailliertere Äusserungen zu ergänzen. Der kaiserliche Gesandte empfing den Eindruck, dass von Karl I. wenig zu hoffen, dass an eine offene, feindselige Erklärung desselben gegen Frankreich nicht zu denken sei. Dagegen gelang es ihm den Nächstbeteiligten, den Pfälzer Karl Ludwig, zu einem Schritte von weittragender Bedeutung zu bewegen. Er wusste dem ehrgeizigen Manne die Überzeugung beizubringen, dass er nicht von den selbstsüchtigen Franzosen, sondern nur vom Reichsoberhaupte die Erfüllung seiner Wünsche erhoffen könne und bewog ihn am 12/29. Dez. 1641 zur Unterzeichnung eines Vertrages, durch den er sich verpflichtete, in allem und jedem die Interessen des Kaisers wahrzunehmen und mit dessen Gegnern weder direkt noch indirekt Verträge zu schliessen, wogegen ihm die volle Wiedereinsetzung in Amt und Würden versprochen wurde. Sollte innerhalb zweier Monate die Gutheissung dieser Abmachung seitens des Kaisers nicht erfolgen, dann sollte es dem Gutdünken Karl Ludwigs freigestellt bleiben, in jeder ihm zweckmässig erscheinenden Weise für seine Wiedereinsetzung vorzugehen.[1]) *Mit gewohnter Lebhaftigkeit empfahl Lisola seinem Herrn die Durchführung dieses Vertrages, und gab seinerseits die Mittel an, die im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen. Allein dieselben waren doch weit grösser, als der kaiserliche Gesandte dachte. Die Verhandlungen, die seit dem Nov. 1641 in Wien geführt wurden, liessen dies deutlich erkennen.*[2])

Schroffer als je vorher standen zu Beginn des Jahres 1642 die beiden Parteien einander gegenüber. Die Vertreter Karl Ludwigs und Roe — Karls I. Gesandter — forderten nach wie vor die volle Wiedereinsetzung des Pfälzers in Amt und Würden. Die Spanier aber, einer Einigung auf diesem Wege von vorneherein abgeneigt, stellten die Restitution der von ihnen besetzten pfälzischen Gebiete nur für den Fall in Aussicht,

---

[1]) *Vgl. Pribram l. c. 27 f.; Jüdel A., Verhandlungen über die Kurpfalz 1641—42 15 f.*

[2]) *Pribram, Lisola 28 ff.; Jüdel l. c. und Koch l. c. I. 415 ff.*

dass vorher der französisch-spanische Friede geschlossen wäre und auch dann nur gegen entsprechende Entschädigung. Maximilian von Baiern erklärte sich im Prinzipe für einen Ausgleich und zeigte Bereitwilligkeit unter gewissen Bedingungen auf seinen Besitz in der Unterpfalz zu verzichten, widersprach aber auf das energischeste den Forderungen Roe's und der Pfälzer, soweit diese die Oberpfalz und die Kurwürde betrafen. Kaiser Ferdinand III. aber, von dem nicht nur die Vertreter Karl Ludwigs und Karls I., sondern auch jene der vermittelnden Herrscher von Dänemark, Mainz, Sachsen und Brandenburg, die Ausgleichung der Gegensätze und die baldige Ordnung der schon zu lange schwebenden Frage forderten, befand sich mit Rücksicht auf die verschiedenartigen Interessen, die er zu wahren hatte, in einer überaus schwierigen Lage. Er wünschte aufrichtig die Ordnung der pfälzischen Frage; daran wird man nach dem, was uns an Äusserungen von ihm vorliegt, nicht zweifeln können; allein er wünschte sie in einer seinen weitaussehenden Plänen dienenden Art durchzuführen. Nicht allein den Pfälzer, auch den englischen König wollte er als Bundesgenossen im Kampfe gegen Frankreich und Schweden, und er wollte dieses Ziel erreichen, ohne deshalb auf die Unterstützung der Spanier oder Maximilians von Baiern verzichten zu müssen. In vielfachen Verhandlungen nach allen Seiten hin hat er sich bemüht, dieses Ziel zu erreichen, allein es gelang nicht. Die Spanier fanden in dem von des Kaisers Räten entworfenen Projekte die spanischen, die Baiern die bairischen Interessen nicht genügend berücksichtigt und als ein ihren Wünschen halbwegs entsprechendes Projekt im Mai 1642 den Vertretern des Pfälzers und Karls I. vorgelegt wurde, konnten diese nicht Worte genug finden, um ihrer Entrüstung Ausdruck zu verleihen.[1]) *Roe drohte mit der Abreise und liess sich*

[1]) *In diesem Projekte (abgedruckt u. a. Theatrum Europ. V. 8; Londorp Acta publ. V. 785) erklärte der Kaiser sich bereit, den Kindern des verstorbenen Pfalzgrafen Friedrich nach stattgehabter Unterwerfung und gegen Verzichtleistung derselben auf alle gegen Kaiser und Reich gerichteten Bündnisse, die untere Pfalz, soweit dieselbe von Spanien und Baiern besetzt sei, als Reichslehen zu verleihen; die Restitution der Oberpfalz knüpfte er aber an den Erlag einer Summe von 13 Millionen Gulden Rheinisch zu seinen Händen, um sie zur Entschädigung des bairischen Kurfürsten zu verwenden, schloss die Grafschaft*

nur durch das Versprechen der österreichischen Regierung, den vorgelegten Vertragsentwurf im Sinne der von den Vertretern Karl Ludwigs und Karls I. geäusserten Wünsche abzuändern, zur Verlängerung seines Aufenthaltes bewegen.[1]) *Die Spanier und Baiern umzustimmen gelang den kaiserlichen Ratgebern nicht, aber sie erreichten durch ihre unausgesetzten Bemühungen doch so viel, dass Roe in seiner Abschiedsaudienz — Ende Juli 1642 — die Erklärung abgab, er könne die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen nicht dem Kaiser, sondern nur Maximilian zuschreiben, und hoffe auf die baldige Wiederaufnahme derselben.*[2])

In der That bildete die pfälzische Frage auch im Jahre 1643 einen der wesentlichsten Punkte der diplomatischen Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem englischen Könige. Allein wie früher hinderte auch jetzt das zähe Festhalten des Kurfürsten Maximilian an seinen Forderungen die geplante Einigung. Lisola, der in immer neuen Beratungen mit Roe und in Gesprächen mit Karl I. die Interessen seines Herrn zu vertreten bestrebt war, musste bittere Klagen und Vorwürfe über des Baiern Vorgehen hören und konnte es nicht verhindern, dass Karl I. den Entschluss fasste, die Ordnung der pfälzischen Frage statt in Wien in Frankfurt zu versuchen, wo im Sinne eines allgemeinen Friedens beraten wurde. Dass die Übertragung der Verhandlungen von Wien nach Frankfurt, wo die Franzosen einen mächtigen Einfluss besassen, den Interessen des Kaisers nicht entsprach, betonte nicht nur Lisola, sondern anerkannten auch die österreichischen Minister. Doch scheiterten ihre Bemühungen, die Fortsetzung dieser Verhand-

---

Cham von der Restitution aus, forderte bedeutende Zugeständnisse zu Gunsten der römisch-katholischen Kirche und rückte die Wiedererlangung der Kurwürde für das pfälzische Haus in weite Ferne.

[1]) *Interessant ist, dass Thomas Roe genötigt war, sich dem englischen Parlamente gegenüber von dem Verdachte zu rechtfertigen, dass er, wie seitens des französischen Gesandten in London behauptet wurde, dem Kaiser im Namen des englischen Königs eine Offensiv- und Defensivliga gegen Jedermann unter der Bedingung angetragen habe, dass der Pfälzer in Amt und Würden wieder eingesetzt werde. Roe erklärte in einem an Eduard Waller gerichteten Briefe, (St.-A.) der im Juli 1642 im Parlamente verlesen wurde, diese Behauptung für falsch.*

[2]) *Vgl. Pribram, Lisola 34.*

lungen in Wien durchzusetzen, an dem Widerstande eines Teiles der vermittelnden Mächte, und so musste Ferdinand Ende des Jahres 1643 den lange gehegten Wunsch aufgeben, die pfälzische Frage durch einen kaiserlichen Machtspruch zu erledigen und sich bereit erklären, diese Angelegenheit wie so viele andere durch den Friedenskongress entscheiden zu lassen.

Die diplomatischen Beziehungen mit England wurden trotzdem nicht abgebrochen, vielmehr beauftragte die österreichische Regierung ihren am englischen Hofe weilenden Gesandten, nach wie vor für eine Allianz zwischen Karl I. und dem Hause Habsburg zu wirken, oder falls sich die Durchführung dieses Planes als unmöglich erweisen sollte, wenigstens den Anschluss Karls I. an Frankreich zu verhindern. Das letztere gelang; Lisola wusste die Absichten der Franzosen zu durchkreuzen und konnte seiner Regierung schon zu Beginn des Jahres 1644 die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Gefahr eines französisch-englischen Bündnisses vorüber sei.[1]) *Dagegen scheiterten seine Bemühungen, König Karl in das habsburgische Lager hinüberzuziehen. „Was uns betrifft, schrieb er, haben wir von England nichts zu fürchten, aber auch nichts zu hoffen."*[2]) *Die österreichische Regierung war mit Lisola's Erfolgen zufrieden; denn je ungünstiger sich im Laufe der nächsten Jahre der Kampf gestaltete, den Karl I. gegen sein Volk führte, desto weniger Wert legte der Kaiser auf ein Bündnis mit dem englischen Könige. Ende des Jahres 1644 verliess Lisola London und die direkten diplomatischen Beziehungen der beiden Staaten hatten damit wieder für längere Zeit ihr Ende erreicht.*

---

[1]) *Pribram, Lisola 48.*

[2]) *Ebenda 49.*

III. Von der Gründung der englischen Republik bis zum Nimweger Frieden 1649—1679.

Die Nachricht von der Enthauptung Karls I. hat am Wiener Hofe das grösste Entsetzen hervorgerufen. Es wurden Stimmen laut, die vom Kaiser, als dem obersten Anwalt des Rechtes und der Moral, Rache an den Königsmördern forderten. Dazu kam es nicht;[1]) *doch zögerte Ferdinand III. keinen Augenblick, den Sohn des Enthaupteten als König von England anzuerkennen, und zeigte sich auf dessen erste Bitte hin nicht abgeneigt, ihn nicht nur moralisch, sondern auch durch eine Geldsubsidie zu unterstützen.*[2]) *Im Laufe der Zeit wurden ihm allerdings die immer erneuerten Geldforderungen Karls II. unangenehm und wiederholt mussten die Gesandten des englischen Königs, ohne einen Erfolg erzielt zu haben, den Kaiserhof verlassen.*[3]) *Doch blieben Ferdinand III. und sein Nachfolger Leopold I. ausgesprochene Gegner der republikanischen Regierung in England, wie des Lord Protektor Oliver Cromwell, den anzuerkennen der Wiener Hof sich wohl auch dann nicht entschlossen hätte, wenn dessen Politik sich nicht durch einen so ausgesprochen antihabsburgischen Zug ausgezeichnet haben würde.*[4]) *In den schweren Konflikten, die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre des 17. Jahrh. den Südwesten wie den Nordosten Europas erschütterten, stand England auf der Seite der Feinde des Hauses Habsburg,*[5]) *und mehr*

---

[1]) *Insbesondere Maximilian von Baiern sprach sich gegen eine derartige Unternehmung aus. Vgl. Lorenz Über englische Geschichte des 16. u. 17. Jahrh. in „3 Bücher Geschichte und Politik" 301 f.*

[2]) *Vgl. Lorenz l. c. 308 ff. Die Beziehungen Karls II. zum Wiener Hofe in der Zeit 1649—1660 verdienten noch eine eingehendere Darstellung. Karl II. war für den Wiener Hof der eigentliche Herrscher; ihm wurden die öffentlichen Ereignisse, die Krönung Leopolds I. zum Könige von Ungarn und Böhmen etc. mitgeteilt. Im R. O. liegt auch die Instruktion für George duke and marquis of Buckingham d. d. Jersey 25. J. 1649, der wegen Frankenthals mit Ferd. III. verhandeln sollte.*

[3]) *So insbesondere 1654 u. die folgenden Jahre.*

[4]) *Vgl. u. a. Gardiner Commonwealth Bd. III. a. v. O.*

[5]) *Ich möchte in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, dass der Friede von Oliva vom 3. Mai st. n. 1660, der diesem Kriege im Nordosten Europa's ein Ende machte, unter der Garantie verschiedener Mächte, u. a. auch*

als einmal bekam die österreichische Regierung den mächtigen Einfluss Oliver Cromwells in unliebsamer Weise zu fühlen.[1] *Mit der grössten Freude erfüllte sie daher die Nachricht von dem Tode des Protektors, und die bald darauf erfolgende Wiedereinsetzung Karls II. rief in Wien umso grösseren Jubel hervor, als man von dem englischen Könige eifrige Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen das französische Übergewicht erhoffte. Allein man täuschte sich. Von Dankbarkeit gegen den Kaiser war der englische König durchaus nicht erfüllt; schon seine ersten Regierungsmassregeln liessen vielmehr erkennen, dass er, wie sein Vater, sich lediglich durch die Erwägung des eigenen Vorteiles bei seinen Entscheidungen in Fragen der allgemeinen europäischen Politik werde bestimmen lassen. Während Karl I. aber sein Interesse am besten zu wahren glaubte, wenn er sich in dem gewaltigen Kampfe, den das Haus Habsburg gegen das emporstrebende französische Königshaus führte, neutral verhielt und sich daher keiner der beiden Parteien ganz und voll anschliessen wollte, kämpfte Karl II. bald für bald gegen Frankreich und war stets bereit, seine Allianz zu wechseln, wenn sein bisheriger Gegner den Übertritt besser zu bezahlen bereit war, als sein Bundesgenosse die Fortdauer der freundschaftlichen Beziehungen. Da nun Ludwig XIV. über reichere Mittel verfügte als seine Gegner, blieb er in dem Wettstreite um die Allianz mit dem englischen Könige öfter Sieger als das Haus Habsburg und dessen Verbündete, die vergebens die Interessen der Allgemeinheit als Gegengewicht gegen das französische Geld in die Wagschale warfen.*

Anfangs freilich schien es, als werde sich die von dem Hause Habsburg in früheren Zeiten so sehnlich gewünschte Verbindung mit England leicht und schnell vollziehen.[2] *Denn Karl II. befand sich Anfang des Jahres 1666 in einer Lage, in der ihm der Abschluss eines Bündnisses mit Österreich und*

---

der Englands zustande gekommen ist. Vgl. Bittner l. c. Nr. 344 Anm., wo die englische Garantieerklärung für Brandenburg d. d. Westminster 1663 6. Febr. st. n. verzeichnet ist.

[1]) *Insbesondere in der Wahlfrage, nach dem Tode Ferd. III.*

[2]) *Für die Beziehungen Österreichs und Englands in der Zeit Karls II. verweise ich hier ein für allemal auf die Werke von O. Klopp, Geschichte des Hauses Stuart I—VIII; und Pribram, Lisola (bis 1674), wo die aktenmässigen Belege für die im Texte gegebene Darstellung zu finden sind.*

Spanien als die einzige Rettung aus der bedrängten Situation erscheinen musste, in die er geraten war, seitdem Ludwig XIV. sich entschlossen hatte, die Niederländer in ihrem Kampfe gegen England zu unterstützen; seine Truppen gegen den Bundesgenossen Karls II., den Bischof von Münster, marschieren liess; die Irländer gegen ihren Herrscher aufreizte; sich mit Dänemark in Verbindung setzte und deutsche Fürsten für den Kampf gegen England zu gewinnen suchte. Wie von selbst richteten sich die Blicke Karls II. in diesem Augenblicke nach Wien und Madrid und er zögerte auch nicht, an beiden Höfen in entschiedenster Weise den Abschluss eines Bündnisses zu fordern, das seinen momentanen Bedürfnissen entsprechen und dem Hause Habsburg Sicherheit gegen weitergehende Absichten Ludwigs XIV. bieten sollte. Allein die Verhandlungen, die Graf Theobald Taaffe seit dem Beginne des Jahres 1666 am Wiener Hofe führte, ergaben nicht das gewünschte Resultat, obgleich Leopold I. sich damals in einer der Berücksichtigung der englischen Interessen sehr geneigten Stimmung befand und im Hinblicke auf den unausweichlichen Konflikt mit Frankreich den Abschluss von Bündnissen mit Spanien, England und Schweden dringend wünschte.[1]) *Denn je länger die Beratungen dauerten, desto deutlicher zeigte sich, dass Graf Taaffe in der Teilnahme des Kaisers an dem Kriege gegen die Generalstaaten den Hauptzweck seiner Mission sah, während die Wiener Regierung die Beilegung des englisch-staatischen Konfliktes wünschte und sich zum Abschlusse eines Offensivbündnisses gegen Ludwig XIV. nur dann verstehen wollte, falls die Spanier, mit denen die Engländer zu gleicher Zeit Verhandlungen führten, sich zum Bruche mit Ludwig XIV. entschliessen und dem Kaiser reichliche Mittel zur Verfügung stellen sollten. Da aber die Bemühungen der in Madrid wirkenden englischen Gesandten, Spanien zum Kriege mit Frankreich zu treiben, ebenso erfolglos blieben, als die Versuche Poettings und Lisola's bindende Versprechen bezüglich der Subsidienleistung an Leopold I. seitens der Madrider Regierung zu erzielen, verliefen die Verhandlungen, die Graf Taaffe während des Frühjahres und Sommers 1666 in Wien fortführte,*

---

[1]) *Für die Mission des Grafen Taaffe vgl. neben den p. 142 erwähnten Werken „Memoirs of the family of Taaffe." Vienna 1856.*

resultatlos. Immer wieder betonten die kaiserlichen Minister die Geneigtheit Leopolds I. in ein Bundesverhältnis zu England zu treten, zugleich aber auch, dass der definitiven Erklärung des Kaisers der Abschluss Englands mit Spanien vorhergehen müsse.

Es durfte unter diesen Umständen schon als ein Entgegenkommen Leopolds I. angesehen werden, dass er im Herbste 1666 dem nach England reisenden Lisola die Vollmacht gab, mit Karl II. ein Defensivbündnis auch dann abzuschliessen, wenn der spanische Gesandte zu derartigen Verhandlungen nicht instruiert sein sollte, und den Spaniern den Eintritt in ein solches Bündnis freizustellen.[1]) *Allein auch in London scheiterten die Unterhandlungen trotz der Begeisterung, mit der Lisola im Sinne einer starken Liga gegen Ludwig XIV. arbeitete, vornehmlich an der Haltung der Spanier, die Karl II. durch die unerfüllbaren Forderungen, die sie stellten und durch die deutlichen Zeichen ihres Misstrauens in die Aufrichtigkeit seiner Gesinnung auf das tiefste verletzten. Ihr unpolitisches Vorgehen ermöglichte es Ludwig XIV., in dem Augenblicke da er sich zum Überfalle der spanischen Niederlande anschickte, das Versprechen Karls II. zu erpressen, das Haus Habsburg ein Jahr lang nicht zu unterstützen.*

Das Vorgehen des englischen Königs war ein schwerer Schlag für jene, die trotz aller Hindernisse an dem Gedanken festhielten, die Generalstaaten mit den Engländern auszusöhnen und diese beiden Mächte mit dem Hause Habsburg zu gemeinsamer Abwehr der französischen Übergriffe zu einigen; allein er entmutigte sie nicht. Der beispiellose Erfolg, der das Unternehmen Ludwigs XIV. gegen die spanischen Niederlande krönte, bot ihnen die erwünschte Gelegenheit, die Gefahr zu zeigen, die allen Mächten Europa's von Frankreich drohte, und den Beweis dafür zu bringen, dass nur ein enger Zusammenschluss aller Bedrohten Hoffnung auf eine erfolgreiche Abwehr biete. Niemand war eifriger in diesem Bestreben als Lisola; er vertrat die Idee, dass der Kaiser unter allen Umständen mit dem Könige von England und den Generalstaaten zu einer Einigung gelangen müsse und sprach die Überzeugung aus, dass

[1]) *Pribram l. c. 302 f.*

der Abschluss einer englisch-staatisch-österreichischen Liga den Wechsel der Haltung des spanischen Hofes mit Sicherheit herbeiführen werde. Deshalb erschien ihm der Abschluss des englisch-niederländischen Friedens — 31. Juli 1667 — ein Ereignis von der grössten Bedeutung, der erste Erfolg jener Männer, denen ein gemeinsamer Kampf aller Mächte gegen Frankreich als Endziel ihrer Bestrebungen galt. Allein wie vor Jahresfrist weigerte sich auch jetzt der Wiener Hof ein Offensivbündnis zu schliessen und verpflichtete Lisola, die Instruktion, die ihn zum Eingehen einer Defensivliga bevollmächtigte, kraft welcher der Einfall in das feindliche Gebiet erfolgen sollte falls die Verteidigung des eigenen Besitzes nicht anders zu erreichen wäre, nur dann vorzuweisen, wenn der Vertreter Spaniens am englischen Hofe eine gleiche Vollmacht besitzen sollte. Da dies aber keineswegs der Fall war, Molina vielmehr noch Mitte November erklären musste, dass er keine entsprechende Weisung besitze, auch keine Hoffnung habe, die Forderungen der Engländer bei seiner Regierung durchzusetzen, entschloss sich Kaiser Leopold I. im Hinblicke auf die immer ungünstigeren Mitteilungen über die Haltung der Spanier und in seinen Erwartungen auf eine energische Unterstützung seitens der Generalstaaten, Schwedens und der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Fürsten getäuscht, jeden blutigen Konflikt mit Frankreich zu vermeiden und mit dem übermächtigen Feinde ein Abkommen zu treffen, das ihn — allerdings gegen Preisgebung wichtiger Interessen — wenigstens vor dem Verluste der ganzen spanischen Erbschaft sicherte, falls der zu befürchtende Tod Karls II. von Spanien eintreten sollte.

Die Folgen dieses verfehlten Schrittes zeigten sich alsbald. Wohl einigten sich die Seemächte in eben jenen Tagen, da Leopold I. mit Ludwig XIV. abschloss, zur Wahrung ihrer besonderen und der allgemeinen Interessen, und Schweden trat ihrem Bunde bald darauf bei, aber die 3 Mächte setzten den Bestrebungen Lisola's zum Trotz, der von dem Vorgehen seines Hofes keine Kenntnis besass und unermüdlich im Sinne einer grossen, gegen Frankreichs Übergriffe gerichteten Allianz tätig war, den Abschluss des Aachner Friedens — Mai 1668 — durch, der nicht nur einen Teil der spanischen Niederlande in den Händen Ludwigs XIV. beliess, sondern diesen alsbald in die Lage setzte, weitere Eroberungen durch die Sprengung des Haager Bünd-

nisses vorzubereiten. Am leichtesten gelang es Ludwig XIV. den englischen König zu gewinnen, denn nur widerwillig hatte dieser, der mächtig anwachsenden Erregung seines Volkes nachgebend und in der Hoffnung auf reiche Geldbewilligungen des Parlamentes, das Bündnis mit den Generalstaaten geschlossen, und er zeigte sich alsbald geneigt, auf die Seite des Königs von Frankreich zu treten, falls dieser ihm die Mittel zur Verfügung stellen wollte, die Regierung ohne Mithilfe des ihm verhassten Parlamentes zu führen. Bereits im September 1668 durfte Ludwig XIV. mit Sicherheit auf den Abfall des englischen Königs von dem Haager Bündnisse rechnen, und seinen weiteren Bemühungen gelang es, Karl II. in dem am 1. Juni 1670 abgeschlossenen Vertrage von Dover zur Teilnahme an dem Eroberungskriege gegen die Niederländer — Englands früheren Verbündeten — und zur Unterstützung der Ansprüche zu bewegen, die Ludwig XIV. auf die spanische Monarchie geltend machen wollte. Als Lohn für diesen Abfall und Treubruch wurden Karl II. reichliche Subsidien, Unterstützung gegen aufständische Untertanen und ein allerdings nicht wesentlicher Anteil an der zu erhoffenden Beute versprochen.

Während Ludwig XIV. diese von Erfolg gekrönten Verhandlungen mit Karl II. führte, waren auch die Feinde Frankreichs nicht untätig geblieben. Insbesondere Lisola war es, der in immer erneuerten Unterredungen mit Karl II. und dessen Ministern die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens betonte und mit allen Mitteln seines reichen Geistes für den Eintritt Leopolds I. in die Tripleliga zu wirken suchte.[1]) *Dass Karl II. nur widerstrebend auf seine Pläne eingehen werde, daran konnte Lisola nicht zweifeln, wusste er doch, wie mächtig der Einfluss des französischen Geldes war. Umso notwendiger erschien ihm ein energisches Vorgehen der Generalstaaten und der beiden Linien des Hauses Habsburg, und umso verzweifelter war er über das geringe Entgegenkommen der Niederländer, über das Zögern der Spanier und über die ablehnende Haltung, die die Mehrzahl*

---

[1]) *Zur Ergänzung meiner Darstellung im „Lisola" möchte ich auf ein im R. O. befindliches Schreiben des Grafen Taaffe d. d. 17. Juni 1668 hinweisen, in dem dieser meint „The great business now at court is the emperors entring into the alliance made between England, Holland and Swede. It's the opinion of very many, that wee ought to purchase it at any rate, as the onely sure mean of securing us against the French ambition."*

der Ratgeber Leopolds I. seinen Vorschlägen gegenüber beobachtete. Erst im Mai 1670 erfolgte nach Überwindung grosser Schwierigkeiten der Eintritt Spaniens in die Tripleliga. Fruchtlos blieben aber die Bemühungen des kaiserlichen Gesandten, seinen Herren zum Eintritt in diese Liga zu bestimmen. Misstrauen in die Aufrichtigkeit der Erklärungen des englischen Königs und der Generalstaaten, Bedenken bezüglich der Treue der Schweden und einer grossen Anzahl deutscher Fürsten, vor allem aber die Erkenntnis der Unmöglichkeit, sich ohne entsprechende Zusicherungen der Spanier in einen Krieg mit Frankreich einzulassen, hielten die Wiener Regierung lange von jeder Zusage ab. Und als sie, dem unablässigen Drängen Lisola's nachgebend, Anfang 1669 ihre principielle Geneigtheit kundgab, dem Bunde unter gewissen Bedingungen beizutreten, bewiesen die Schwierigkeiten, die von den Mitgliedern der Liga dem Eintritte des Kaisers in den Weg gelegt wurden, dass das Misstrauen Leopolds I. kein unberechtigtes gewesen. Wohl gelang es Lisola diese Hindernisse zu überwinden und ein Projekt des Beitrittes Kaiser Leopolds I. zur Tripleliga fertigzustellen, das den Interessen aller auf das beste entsprach;[1] *allein noch immer wollte die Wiener Regierung keinen Schritt unternehmen, der sie der Gefahr eines Konfliktes mit Ludwig XIV. aussetzte. Und wenn auch das Drängen der Spanier, die ein starkes Interesse daran hatten, den Kaiser in die Tripleliga aufgenommen zu sehen, Leopold I. zu dem Versprechen bewog, das von den Seemächten geforderte Bündnis mit den Kurfürsten von Mainz und Trier, mit dem Lothringer und anderen Fürsten zu schliessen und über seinen Beitritt zur Tripleliga ernstlich zu verhandeln, so zeigen doch die Gutachten der massgebenden Minister, dass man es am Wiener Hofe trotz alledem durchaus nicht eilig hatte.*

Nur langsam entschloss man sich zur Absendung geeigneter Persönlichkeiten an die verschiedenen Höfe und warnte Lisola immer wieder vor übereilten Schritten. Unter diesen Umständen blieben alle Bemühungen des kaiserlichen Gesandten erfolglos. Am 1. Juni 1670 schloss Karl II. mit Ludwig XIV. ab, im Herbste desselben Jahres überfielen die Franzosen Lothringen Jetzt begannen die Spanier ängstlich zu werden und drängten

[1] *Vgl. den Abdruck im Anhange Nr. 1.*

Leopold I. sich zu entscheiden. Allein nun stellte der englische König Forderungen, die deutlich erkennen liessen, dass er den Eintritt des Kaisers in die Tripleliga zu hintertreiben wünschte, und die Art und Weise, wie er die neuen von Lisola[1]) *und de Witt entworfenen Vertragsprojekte beantwortete, liessen keinen Zweifel mehr daran übrig, dass die Verbündeten auf eine Mitwirkung Karls II. im Kampfe gegen Ludwig XIV. nicht rechnen durften. Im Februar 1671 riet Lisola dem Kaiser den Gedanken des Eintrittes in die Tripleliga fallen zu lassen und nach dem Abschlusse besonderer Bündnisse mit den Generalstaaten, den Reichsfürsten, Schweden und Spanien den Kampf mit Frankreich aufzunehmen. Allein auch dazu wollte sich der Kaiser nicht entschliessen, und je deutlicher die Kriegsvorbereitungen Ludwigs XIV. erkennen liessen, dass sein nächster Feldzug sich gegen die Niederländer richten werde, desto fester wurde des Kaisers Vorsatz, sich zum Bruche mit Frankreich nur dann treiben zu lassen, wenn er mit grosser Wahrscheinlichkeit auf einen Erfolg im Kampfe mit diesem furchtbaren Gegner rechnen konnte. Da aber die Haltung der Mehrzahl der deutschen Fürsten, das zweideutige Benehmen der Schweden und die Zurückhaltung der Spanier die Aussichten auf einen erfolgreichen Krieg mit Frankreich äusserst gering erscheinen liessen, entschied sich Leopold — Ende 1671 —, dem Rate der an seinem Hofe mächtigen Friedenspartei folgend, wenn auch schweren Herzens, für den Abschluss mit Frankreich und damit für die Neutralität in dem bevorstehenden französisch-niederländischen Kriege.*

Es mag ein stolzes Gefühl für Ludwig XIV. gewesen sein, dass ein Mitglied der Tripleliga, Karl II. von England, als sein Bundesgenosse an dem Kampfe teilnahm, den er im Jahre 1672 gegen die Niederländer — das zweite Glied dieses Bundes — mit glücklichstem Erfolge begann, während das dritte, der König Schwedens, eine dem erobernden Franzosenkönige günstige Neutralität beobachtete. Aber noch grössere Genugtuung mochte er darüber empfinden, dass Fürsten des deutschen Reiches an seiner Seite kämpften, dass der römische Kaiser deutscher Nation, der mächtige Repräsentant des Hauses Habsburg, den Arm nicht erhob, um seinen Eroberungszug zu

[1]) *Vgl. Pribram Lisola 495 Anm.*

hemmen. Sein Glück voll zu machen, fehlte nur eines, die Zustimmung der Spanier. Allein hier scheiterten seine von klingender Münze so wirksam unterstützten Bemühungen; die Grösse der Gefahr half der Kriegspartei dort zum Siege. Gerade in den Tagen, da die Abmachungen in Wien getroffen wurden, die Ludwig XIV. vor einem Bündnisse des Kaisers mit den Niederländern sicherte, fanden im Haag die entscheidenden Beratungen statt, die zum Bündnisse vom 16. Dez. 1671 führten, durch das sich Spanien und die Generalstaaten zu gegenseitiger Hilfe gegen einen französischen Angriff verpflichteten. Vergebens suchte Ludwig XIV. von seinem Bundesgenossen, Karl II. von England, unterstützt, die Spanier durch weitgehende Konzessionen zum Wechsel ihrer Politik zu bewegen. Sie blieben ihrem Verbündeten treu, lehnten die Vorschläge der Franzosen und Engländer ab und begannen sich für den Kampf gegen die Feinde zu rüsten. Es war selbstverständlich, dass sie unter diesen Umständen lebhafter als je in den Wiener Hof drangen, sich dieser Bewegung anzuschliessen. Sie fanden auch diesmal ein williges Ohr. Leopold I. wusste, dass sein Vorgehen weder seiner Würde, noch seinen Interessen entsprach, und war nach wie vor der Überzeugung, dass ein energisch geführter Krieg gegen Frankreich Not tat. Auch war er jetzt wie früher zur Anteilnahme an diesem Kampfe entschlossen; was er forderte, war wiederum Gewissheit darüber, dass er nicht allein die Last des Krieges werde tragen müssen.

Es hat lange gedauert, bis es gelang, die einzelnen Staaten, mit denen die auf Schliessung von Bündnissen gerichteten Verhandlungen gepflogen wurden, zu den notwendigen Konzessionen zu bewegen, und diesem Zögern der beteiligten Mächte entsprach die langsame Schwenkung des Kaisers in das Lager der aktiven Feinde Ludwigs XIV. Dem Bündnisse mit dem Kurfürsten von Brandenburg — Sommer 1672 — der freilich vorübergehend wieder aus der Reihe der gegen Frankreich kämpfenden Fürsten ausschied, folgte die Einigung mit den Generalstaaten — Dez. 1672 — und dieser — Ende August 1673 — die entscheidenden Abmachungen mit den Spaniern, Lothringen und Sachsen.

Zum ersten Male hatte sich eine europäische Koalition, protestantische und katholische Fürsten umfassend, in dem Bestreben zusammengefunden, den Störer des europäischen Gleich-

gewichtes mit gemeinsamen Kräften zurückzuweisen. Es war daher selbstverständlich, dass die Feinde Frankreichs bei ihrem Bestreben, Bundesgenossen für den Kampf gegen diese Macht zu gewinnen, sich auch mit der Frage beschäftigten, ob es nicht möglich sein sollte, den englischen König zu einem Wechsel seiner Haltung zu vermögen. Wie stark die Abneigung der überwiegenden Mehrzahl der Engländer gegen die französische Allianz war, davon gaben die Äusserungen des Parlamentes und zahlreiche Schriften aus den Reihen der verschiedensten Parteien und Volksklassen unzweideutige Beweise. Es war nur die Frage, ob man abwarten sollte, bis die Macht der öffentlichen Meinung den mit seinem Parlamente zerfallenen, von Frankreichs Subsidien abhängigen Monarchen nötigen werde seine Politik zu ändern, oder ob man durch weitgehende Versprechungen an Karl II. dessen Übertritt in das Lager der Franzosenfeinde beschleunigen sollte. Niemand war ein entschiedenerer Vertreter der letzteren Idee als Lisola, der unablässig den Spaniern, den Niederländern und dem Kaiserhofe die Notwendigkeit vorhielt, England selbst unter grossen Opfern für die Koalition zu gewinnen, und seine zahlreichen Verbindungen mit Engländern der verschiedensten Parteien dazu benützte, im Parlamente und am Hofe Karls II. die Meinung zu verbreiten, dass der Kaiser und seine Verbündeten den Übertritt des englischen Königs mit Freuden begrüssen und ihm goldene Brücken bauen würden. Im Sinne der Ideen jener Zeit hielt Lisola die Heirat des im Jahre 1671 Witwer gewordenen Bruders und Thronfolgers Karls II., Jakobs, mit der österreichischen Prinzessin Claudia Felicitas für eines der wirksamsten Mittel, die Umkehr des englischen Königs zu beschleunigen. Schon im Herbste 1671 hatte er seinem Hofe diese Gedanken eröffnet und die Verhandlungen begonnen. Allein erst im Herbste 1672 waren dieselben soweit gediehen, dass die kaiserlichen Minister — Fürst Lobkowitz und Baron Hocher — und der Vertreter der englischen Brüder, Bernard Gasconi, den Heiratskontrakt unterzeichnen konnten, nach dem — die Gutheissung aller Betheiligten vorausgesetzt — die Vermählung des katholischen Thronfolgers von England mit dem Mündel Kaiser Leopolds I. stattfinden sollte.[1]) *Unzweifelhaft hat die Hoffnung,*

[1]) *Das Projekt vom Sept. 1672 befindet sich nebst zahlreichen anderen auf diese Ehe bezughabenden Dokumenten im St.-A.*

auf diesem Wege dem Katholizismus einen festen Halt im Inselreiche zu geben, mächtig auf die Entschliessung des österreichischen Herrschers eingewirkt, allein ebenso sicher auch die Erwartung, dass Karl II. seine politische Haltung nach erfolgtem Abschlusse der Heiratstractate ändern werde. In diesem Sinne war sogar in den Ehevertrag, dessen Gutheissung und Unterzeichnung auch von Leopold I. und Karl II. gefordert wurde, ein besonderer Paragraph aufgenommen worden, durch den die beiden Fürsten, um die zwischen ihnen bestehende Freundschaft um so fester und dauernder zu gestalten, in ihrem und im Namen ihrer Nachfolger, das Versprechen gaben, demjenigen Könige oder Fürsten, der einen von ihnen mit den Waffen angreifen sollte, nicht nur ernstlich von jeder Feindseligkeit abzuraten, sondern auch dem verletzten und angegriffenen Freunde zur Zurückweisung der Unbill Hilfe zu leisten. Auch verpflichtete diese Abmachung Karl II. — falls er und Ludwig XIV. mit den Generalstaaten Frieden schliessen sollten — ernstlich auf der Aufnahme des Kaisers in diesen Vertrag zu bestehen.[1]) *Allein soweit wollte die englische Regierung nicht gehen, da sie vorerst an eine Lösung ihrer Beziehungen zu Frankreich nicht dachte, und so musste Gasconi im Dezember 1672 erklären, dass Karl wohl gerne bereit sei, die Aufnahme des Kaisers in einen eventuellen Frieden mit den Generalstaaten durchzusetzen und sich auch zur Garantie des Aachner Friedens verpflichten wolle, es aber für unangezeigt halte, bei den gegenwärtigen Verhältnissen derlei Versprechen in Form eines Artikels im Vertrage zum Ausdrucke zu bringen.*[2]) *Leopold war über diese Äusserungen Karls II. ungehalten, erklärte sich aber im Laufe der Verhandlungen dazu bereit, die Streichung dieses politischen Artikels in dem Heiratsprojekte zu gestatten, falls die in demselben getroffenen Bestimmungen in*

---

[1]) *Vgl. den Abdruck des auf diese Dinge bezugnehmenden Artikels des Heiratsvertragsprojektes im Anhange zu diesem Kapitel.*

[2]) *Die Berichte Gasconis befinden sich im R. O. Gasconi selbst fand die Forderungen des Wiener Hofes, soweit sie das Bündnis mit dem Kaiser betrafen, sehr bescheiden (Bericht d. d. 16. Okt. 1672. R. O.) und meinte, was das mit den Spaniern betreffe „I could not see any thing to replye upon ist", da Österreich die Engländer zu nichts anderem verpflichten wolle, als zur Konfirmation dessen, was sie bisher geleistet hätten und wozu sie durch den Aachner Frieden verpflichtet seien.*

einer zu gleicher Zeit zu unterzeichnenden besonderen Urkunde zum Ausdrucke gelangen sollten.

Auf dieser Grundlage wurden in den ersten Monaten des Jahres 1673 die Verhandlungen bis hart an das Ende geführt.[1]) *Da starb die Gemahlin Leopolds I., die Spanierin Maria Margarethe, und Claudia Felicitas trat als Brautkandidatin für den verwitweten Kaiser bald derart in den Vordergrund, dass an eine Vollziehung des englich-österreichischen Heiratskontraktes nicht mehr zu denken war. In der Tat entschloss sich Leopold auf das unablässige Zureden seiner Familie und seiner persönlichen und politischen Freunde bereits im Sommer 1673 eine neue Ehe mit Claudia Felicitas einzugehen. Und da neuerliche Verhandlungen, in denen es sich um die Hand der Schwester Leopolds I., Eleonore, für Jakob handelte, an der Weigerung Karls und Jakobs scheiterten, auf die Freundschaft Ludwigs XIV. zu verzichten, Jakob sich bald darauf mit der ihm von Ludwig XIV. empfohlenen Prinzessin Maria von Modena vermählte, sank für den Kaiser die Hoffnung, auf diesem Wege den so sehnlich gewünschten Wechsel der politischen Haltung des englischen Hofes herbeizuführen. Allein bald darauf bewirkte die öffentliche Meinung in England und das entschiedene Vorgehen des wiedereinberufenen Parlamentes, was dem Drängen der Verbündeten nicht gelungen war. Bereits am 19. Februar 1674 schloss England mit den Generalstaaten seinen Frieden und Karl II. musste sich sogar zur Gutheissung eines geheimen Zusatzartikels verstehen, durch den die Vertragschliessenden sich verpflichteten, die gegenseitigen Feinde nicht zu unterstützen. Doch nur äusserlich hatte der Friede von Westminster die Allianz der Könige von England und Frankreich gelöst; im Grunde seines Herzens blieb Karl II. dem Franzosenkönige, dessen freigebige Hand er kannte und noch oft zu benützen dachte, freundschaftlicher gesinnt, als den Generalstaaten und dem Kaiser. Dass er in den nächsten Jahren unermüdlich im Interesse des Friedens tätig war, lässt sich mit dieser Anschauung sehr gut vereinbaren; auch Ludwig XIV. wollte den Frieden, nur sollte ihm derselbe den Besitz der neuerworbenen*

---

[1]) *Akten im St.-A. und im R. O. In letzterem Archive befindet sich auch die Vollmacht d. d. 27. Febr. 1673 für Henry Earl of Peterborough, der als ausserordentlicher Gesandter in Wien den Heiratskontrakt abschliessen sollte.*

Gebiete sichern, und Karl II. glaubte von Ludwig XIV. auf eine um so ausgiebigere Unterstützung gegen die inneren Feinde rechnen zu dürfen, je günstiger der Friede war, der unter seiner Vermittelung mit Frankreich zustande kam. Die Generalstaaten säumten nicht die Friedensvermittelung Karls II. anzunehmen, dagegen zögerte Kaiser Leopold I. ein gleiches zu thun. Denn man war am Wiener Hofe mit dem Vorgehen Karls II. durchaus nicht einverstanden; man tadelte, dass englische Truppen an der Seite der Franzosen gegen den Kaiser kämpften; man murrte darüber, dass Karls II. Vertreter auf dem Kölner Friedenskongresse auch nach dem Abschlusse des Westminster Vertrages mit den Franzosen stimmten; man zürnte ihm, weil er mit zu den ersten zählte, die gegen die Gefangennahme des Landgrafen Wilhelm von Fürstenberg protestierten und weil er seit der Überführung dieses französischen Mietlings nach Wien unermüdlich für dessen Freilassung eintrat. Das Misstrauen Kaiser Leopolds I. in die Aufrichtigkeit der Gesinnung Karls II. war nicht unbegründet. Während er als Friedensvermittler vor Europa auftrat und nicht müde wurde von seiner Unparteilichkeit und ernsten Friedensliebe zu sprechen, zeigte er bei den Verhandlungen, die im Laufe des Jahres 1675 in London und an anderen Orten im Sinne einer Einigung geführt wurden, entschieden Neigung, die Interessen Ludwigs XIV. mehr als gebührlich zu vertreten, löste Ende des Jahres 1675 das Parlament auf, in dem Ludwig XIV. das stärkste Hindernis eines ihm vorteilhaften Friedens erblickte, und schloss im Februar 1676, als Pensionär Frankreichs, mit Ludwig XIV. einen Vertrag, der ihn verpflichtete, nur in dessen Gemeinschaft mit den Generalstaaten oder irgend einer anderen Macht Vereinbarungen zu treffen. Zu gleicher Zeit hatte er, um den Friedenskongress zustande zu bringen, während dessen Dauer ihm eine seinen besonderen Interessen förderliche Rolle zufallen musste, die Schwierigkeit zu beheben gesucht, die dem Beginne der Kongressverhandlungen dadurch im Wege standen, dass Ludwig XIV. die Freilassung des in Österreich gefangen gehaltenen Fürstenbergers als Vorbedingung für die Absendung seiner Vertreter nach Nimwegen forderte, während der Wiener Hof von einer Nachgiebigkeit in dieser Frage nichts wissen wollte und die darauf gerichteten Versuche Karls II. in schroffster Form zurückwies. Wohl gelang es dem englischen Könige einen

Ausweg zu finden, indem Ludwig XIV. sich auf die von England veranlasste Bitte des Bischofs von Strassburg, des Bruders Wilhelms von Fürstenberg, um des allgemeinen Friedens willen von der früher gestellten Bedingung abzusehen, zur Beschickung des Friedenskongresses entschloss; allein vergebens bemühten sich Karl II. und seine am Wiener Hofe wirkenden Vertreter, Ducker und Skelton, bei Leopold die Erfüllung jenes Versprechens durchzusetzen, durch das Karl II. den Bischof von Strassburg bewogen hatte, jene Komödie zu spielen, des Versprechens, den gefangenen Fürstenberger unmittelbar nach dem Beginne der Nimweger Friedensverhandlungen einem neutralen Fürsten — auch Karl bezeichnete sich als solchen — zu übergeben.[1])

Dass die Verhandlungen zu Nimwegen Ende des Jahres 1676 begonnen werden konnten, war immerhin ein Erfolg, an dem sich Karl II. einen Anteil zuschreiben konnte. Doch liessen schon die ersten Beratungen, die daselbst stattfanden, erkennen, dass nicht am Kongressorte, sondern an den Höfen der massgebenden Mächte die Entscheidung fallen werde. Aus diesem Grunde und im Hinblicke auf die Erfolge, die Ludwig XIV. im Jahre 1676 den Verbündeten gegenüber errungen hatte, entschloss sich Leopold auf die Aufforderung der Generalstaaten, einen Bevollmächtigten an den Hof Karls II. zu senden, um hier in Gemeinschaft mit den übrigen Gegnern Frankreichs die allgemeinen Interessen wahrzunehmen. Die Instruktion, die Graf Waldstein mitbekam,[2]) *zeigt, dass Leopold an die Möglichkeit eine grosse Allianz gegen Ludwig XIV. zustande zu bringen, an der auch England teilnehmen sollte, nicht recht glaubte. Wohl gab er dem Grafen die Vollmacht, einen solchen Vertrag abzuschiessen, allein er legte das Hauptgewicht darauf, Karl II. von dem Eigennutze und der Eroberungslust Ludwigs XIV. zu überzeugen, dem Ausgleiche zwischen König und Parlament und dem Abschlusse eines gerechten Friedens das Wort zu reden.*[3]) *In der Tat blieben die Bemühungen jener Männer, die Karl II. zu überzeugen suchten, dass nur ein*

[1]) *Die Berichte Duckers und Skeltons im R. O. enthalten eine Fülle interessanter Mitteilungen über die in der Fürstenbergerfrage stattgehabten Verhandlungen.*

[2]) *Instruktion für Karl Graf von Waldstein 6. März 1677. St.-A. Auszug bei Klopp l. c. II. 54 f.*

[3]) *Vgl. die Weisungen Leopolds I. d. d. 5. und 20. Juli 1677 St.-A.*

energisch geführter Krieg den Franzosenkönig zu einem billigen Frieden bewegen könne, ohne Erfolg, obgleich das englische Parlament in der entschiedensten Weise den Bruch mit Frankreich und den Abschluss entsprechender Bündnisse mit den Feinden dieser Macht forderte.[1])

Noch einmal siegte das Geld Ludwigs XIV. über die bessere Einsicht; Karl II. vertagte das Parlament, hielt die Vertreter der verbündeten Mächte hin und nahm weitere Subsidien von Frankreich, die nicht ohne entsprechende Gegenleistungen gewährt wurden. Und wenn er auch bald darauf, dem unwiderstehlichen Drucke der öffentlichen Meinung folgend, einen Wechsel in seiner Haltung vollzog, der in der Vermählung des Prinzen Wilhelm von Oranien mit Karls II. Nichte Marie seinen Ausdruck fand, wenn er auch im Januar 1678 — nachdem Ludwig XIV. die von Karl II. vorgeschlagenen Friedensbedingungen, obgleich sie günstig genug für ihn waren, zurückgewiesen hatte — sich zum Abschlusse eines Vertrages mit den Generalstaaten verstand, der die Beendigung des französisch-spanischen Krieges zum Zwecke hatte,[2]) *so blieb er doch im Grunde seines Herzens einem Kriege mit Ludwig XIV. abhold. Vergebens drängte das neuerlich einberufene Parlament zum offenen Bruche mit Frankreich, vergebens versuchten die kriegerisch gesinnten Vertreter der Verbündeten ihren Einfluss in diesem Sinne geltend zu machen. Karl II. liess sich zwar in Unterhandlungen mit ihnen ein,*[3])

---

[1]) *Über die Beziehungen Waldsteins zu verschiedenen Parlamentsmitgliedern enthalten Waldsteins Berichte St.-A. zahlreiche Mitteilungen.*

[2]) *Dieser Vertrag ist unter dem Datum 10. Jan. 1678 n. st. u. a. gedruckt bei Dumont l. c. VII|1 341 f. 2 Separatartikel beschäftigen sich mit der näheren Erläuterung der Spanien und Lothringen zu gewährenden Entschädigungen. Bezüglich Kaiser und Reich liegt eine Erklärung der Generalstaaten vor, in der es heisst, da im ersten Artikel des englisch-staatischen Vertrages die Frage bezüglich der Rückgabe der von Frankreich eroberten Gebiete, soweit es Kaiser und Reich betrifft, nicht klar genug erörtert ist, erklären die staatischen Vertreter, dass ihre Meinung die sei „quod omnia oppida et loca pertinentia ad imperatorem, imperium et principes imperii, quae rex christianissimus durante hoc bello occupavit eidem imperatori, imperio et principibus imperii restituentur. Haag 16./26. Jan. 1678. St.-A.*

[3]) *Vgl. die Berichte Waldsteins vom Jahre 1678 St.-A. Aus den Weisungen des Kaisers an Waldstein ist zu ersehen, dass man am Wiener Hofe an das Zustandekommen einer Allianz nicht recht glaubte; u. a. 5. Jan., 14. Feb., 5. März 1678 St.-A.*

erklärte sogar Anfang April 1678 seine Geneigtheit, mit dem Kaiser, Holland und Spanien eine gegen Frankreich gerichtete Allianz zu schliessen;[1]) *aber er zog, in seinen Plänen unterstützt durch die grosse für einen Separatfrieden mit Frankreich wirkende Partei der Niederländer, die an van Beuningen einen eifrigen Förderer ihrer Wünsche besass, die Verhandlungen hin und unterzeichnete im Mai 1678 einen neuen Vertrag mit Ludwig XIV., der ihm zwar reichliche Subsidien einbrachte, seine Teilnahme an einem Kriege gegen die Franzosen aber unmöglich machte. Dass er am selben Tage, da er diesen Geldvertrag unterzeichnete, dem kaiserlichen Gesandten, der ihn zur Teilnahme am Kampfe gegen Ludwig XIV. aufforderte und an sein gegebenes Versprechen erinnerte einer darauf gerichteten Allianz beizutreten, zu erwidern wagte, er beharre auf diesem Entschlusse und müsse die Schuld an der Verzögerung des Abschlusses dem Verhalten des englischen Parlamentes und den Niederländern beimessen, entsprach ganz seinem Plane, sich die Möglichkeit des Übertrittes in das Lager der Franzosenfeinde*

---

[1]) *Waldstein übersandte am 25. April die von Karl II. für seine zum Abschlusse eines Bündnisses Bevollmächtigten am 21. März 1678 ausgestellte Urkunde; St.-A. Es heisst in derselben: Quum id maxime requirere videatur hodiernus rerum status, ut arctior unio et confoederatio inter nos et S^mum, Pot^mum atque Inv^mum principem Leopoldum Romanorum imperatorem semper augustum et S^mum ac Pot^mum principem dominum Carolum secundum regem Hispaniarum et demum inter nos et celsos ac praepotentes dominos ordines generales foederati Belgii connectatur, quo melius dominiorum et statuum respective nostrorum defensioni provideri et malis, quibus belli iam flagrantis incendium rem christianam tam late populatur, remedium tandem (volente deo optimo maximo) adhiberi possit, quumque praememoratae sacrae C^eae M^tis ablegatus apud nos residens, illustris et generosus camerarius ipsius et consiliarius imperialis aulicus nec non augustae imperatricis dominae matris suae amantissimae supremus stabuli praefectus, Carolus Ferdinandus comes a Waldstein, aurei velleris eques et praememorati Ser^mi regis Hispaniarum ablegatus extraordinarius marchio de Borgomainero itemque praememoratorum D. D. ordinum generalium legatus ad nos extraordinarius, dominus Conradus van Beuningen, per memoralia sua nobis exhibita significaverint, praefatos respective dominos suos talem unionem et confoederationem nobiscum inire cupere, seque praedictos ministros tractatum in eos fines necessarium conficiendi plena potestate et authoritate munitos esse; nos quidem huic propositioni non minus (uti videtur) necessariae quam christianis principibus dignae lubenter accedentes de et super eiusmodi arctiori confoederatione tractare paratos nos esse declaramus.*

offen zu halten.[1]) *In der Tat schien es einige Zeit, als werde die Haltung Ludwigs XIV. ihn zu diesem Entschlusse zwingen. Denn je mehr die Furcht des Franzosenkönigs vor einer allgemeinen Allianz seiner Feinde schwand, desto geringere Neigung zeigte er auf die Bedingungen einzugehen, die ihm seitens der Niederländer für den Abschluss eines Separatfriedens gestellt wurden, zu dem sie sich, dem Vorgehen Karls II. misstrauend, entschlossen hatten.*

Seine Weigerung, die 6 belgischen Städte — zu deren Übergabe er sich in seinem Vorschlage vom 15. April 1678 bereit erklärt hatte — herauszugeben, bevor sein Verbündeter, der Schwedenkönig, die im Laufe des Krieges verlorenen Besitzungen wieder erlangt haben würde, rief eine derartige Erregung in den Niederlanden hervor, dass die Kriegspartei wieder die Oberhand erlangte und neuerdings den Versuch unternahm, die Engländer zur Teilnahme an dem Kampfe gegen Ludwig XIV. zu bewegen. Wieder wurden in London mit den Vertretern Hollands, Spaniens und des Kaisers Allianzverhandlungen geführt und wieder erklärte Karl II., er sei zum offenen Kampfe gegen Frankreich bereit, falls dieser auf die Forderungen der Niederländer nicht eingehen sollte. Der kaiserliche Gesandte konnte seinem Hofe nicht genug von dem Eifer melden, den der König und dessen Bruder in diesen Wochen für die Interessen der Franzosenfeinde zeigten. Mit Ungeduld erwartete er die Vollmacht, um das vom Kaiser so lange gewünschte Bündnis zum Abschlusse zu bringen. Ende Juli langte die Nachricht in London ein, dass im Haag ein Abkommen unterzeichnet worden sei, durch das sich England und die Niederlande zur Kriegserklärung an Frankreich verpflichtet hätten, falls dieses bis zum 11. August von seiner im Interesse Schwedens gestellten Forderung nicht zurücktreten sollte. Man war aufs höchste gespannt; allgemein wurde der baldige Ausbruch des Krieges erwartet. Waldstein zählte die Stunden, die bis zum Einlangen der kaiserlichen Weisung verfliessen mussten. Am 19. August trat er, mit den ausgiebigsten Vollmachten zum Abschlusse eines Offensivbündnisses gegen Ludwig XIV. ausgestattet, vor Karl II.

---

[1]) *Vgl. Waldsteins Berichte vom April—Juni 1678 St.-A.; Auszüge bei Klopp l. c. II. 104 ff.*

Es war zu spät. Karl II. konnte darauf hinweisen, dass die Generalstaaten vor wenigen Tagen einen Separatfrieden mit Ludwig XIV. geschlossen hätten, nachdem dieser sich der Forderung gefügt habe, deren Ablehnung die Engländer und Niederländer zur Eröffnung der Feindseligkeit gezwungen haben würde. Als Waldstein von der Notwendigkeit sprach, auch ohne die Niederländer den Kampf gegen Ludwig XIV. aufzunehmen und eine englisch-spanisch-kaiserliche Offensivliga vorschlug, lehnte Karl II. eine solche ab, da in diesem Falle der Übergang der Niederländer ins Lager der Franzosen zu befürchten sei und sprach für eine Einigung, deren Zweck die Sicherung des Friedens sein sollte. Es war nach diesen Worten klar, das Leopold I. in einem Kriege gegen Frankreich auf die Mitwirkung Karls II. nicht rechnen durfte. Bald darauf erfuhr man in Wien, dass auch die Spanier sich mit Frankreich geeinigt, ihren Separatfrieden mit dieser Macht geschlossen hätten. Unter diesen Umständen hielt Leopold, trotz aller Ermutigung seitens Brandenburgs, die Fortsetzung des Kampfes gegen Ludwig XIV. für nutzlos und untunlich. Am 5. Februar 1679 unterzeichneten die österreichischen und die französischen Unterhändler zu Nimwegen den Vertrag, der dem lange und erbittert geführten Kriege ein vorläufiges Ende machte.

Beilagen.

1.

Projekt eines Bündnisses zwischen Leopold I. und seinen Verbündeten einerseits und England, Holland und Schweden anderseits; sine dato.
(St.-A. Beilage zum Berichte Lisola's d. d. 1669 Febr. 7.)

Notum sit omnibus, quod cum Ser^mus^ rex ac Pot^mus^ dominus Leopoldus I etc. intellexisset, quod uniti triplicis foederis reges ac potentatus, scilicet Pot^mus^ ac Ser^mus^ etc.[1]), post pacem officiis suis inter coronas Hispaniae et Galliae resti-

[1]) *England, die vereinigten Niederlande und Schweden.*

tutam de eadem firmis fundamentis stabilienda Hagae Comitis inter suos aliorumque principum ministros maturam inirent deliberationem, praefata sacra Cea Mtas in eodem conservandae et asserendae pacis studio nemini cedere cupiens nihil ex parte sua praetermissum voluit, quo tantum opus toti reipublicae christianae saluberrimum posset ad maturitatem perduci et sua suorumque foederatorum infranominandorum interventione corroborari, ad quod nomine suo peragendum Franciscum de Lisola deputavit, qui debita plenipotentia instructus cum ministris altememoratorum regum ac statuum ad hoc destinatis et idonea etiam facultate munitis, scilicet etc., praesentem conventionem inivit, his quae sequentur conditionibus.

I. Sit maneatque firma ac reciproca unio inter sacram Ceam Mtem eiusque foederatos scilicet etc.[1]), ex una et Sermos reges etc. ex alia partibus, ut alter alterius commoda curet, damna declinet nihilque in alterius praeiudicium fieri patiatur.

II. Cum ad firmitatem pacis Aquisgranensis nihil conducibilius visum fuerit praememoratis potentatibus triplicis foederis, quam si instrumentum guarantiae in amplissima forma conceptum et ab eorundem plenipotentiariis die etc. anni currentis subscriptum Sermo ac Potmo Hispaniarum ac Indiarum regi — iuxta promissum ipsi ante pacis conclusionem ab iisdem solemniter praestitum — extraderent, quo universam hispanicae monarchiae molem complectuntur et ad eam contra quoscunque pacis Aquisgranensis violatores armis suis defendendam obligantur, sacra Cea Mtas una cum praememoratis suis foederatis eandem guarantiae obligationem hoc praesenti instrumento in se suscipiunt cum clausulis ac conditionibus in ea contentis, et ad eam realiter et bona fide adimplendam sese obligant.

III. Quandoquidem in praefato guarantiae instrumento specialiter designatus est numerus et qualitas auxiliorum a quolibet praefatorum triplicis foederis potentatuum qua terra qua mari suppeditandorum, similiter sacra Cea Mtas promittit se in omni casu, quo contra pacem Aquisgranensem regna aut provinciae monarchiae hispanicae armis invaderentur, associaturam arma sua cum altememoratis triplicis foederis principibus et

[1]) *Gemeint waren die Kurfürsten von Mainz und Trier und der Herzog von Lothringen; vgl. den Bericht Lisola's d. d. 7. Febr. 1669 und Pribram Lisola p. 462.*

exercitum . . . millium peditum et . . . millium equitum re tormentaria aliisque necessariis instructum submissuram, qui iuxta rerum exigentiam communicatis cum eisdem principibus consiliis in communem finem et contra communem hostem operabuntur, donec pax cum omnium interessatorum inclusione fuerit restituta.

IV. Similiter praefati Ser^mi principes ac electores iisdem caesareis copiis accedent cum exercitu . . . millium peditum et . . . equitum cum idoneo omnium necessariorum apparatu, et eadem qua supradictum est ratione in communis causae utilitatem rationes suas instituent.

V. Cum ad hoc debite et ea qua par est celeritate perficiendum necessarium sit, ut praefati electores etiam tempore pacis instructas habeant copias, quae ad omnem exigentiam aiunctae sint, tum etiam ut a repentinis irruptionibus, quibus in odium huius conventionis obnoxii esse possent, debite praeserventur, conventum est, quod eorum quilibet . . . pedites et . . . equites in propriis dominiis suis quam citissime fieri poterit colliget ac sustentabit, et vicissim ad sublevanda horum sumptuum onera assignabuntur ipsis congrua subsidia speciali conventione cum ipsis ineunda ea conditione, ut praememoratae copiae ad omnem ruptae pacis vel viae facti quocunque praetextu intentatae occasionem copiis caesareis se coniungant, vel prout ratio bellica ex sociorum consilio requirere iudicabitur in communes usus operentur.

VI. Si pendente bello contingerit, ut occasione praestiti hispanicae monarchiae auxilii aliqua ex praemeroratis potentiis armis hostilibus in propriis suis regnis aut provinciis invadatur, caeteri omnes foederati ipsi necessarias sine mora submittere tenebuntur suppetias, prout tunc rerum status et necessitas postulabunt et in iisdem conditionibus, de quibus in proiecto guarantiae hispanicae conventum est.

VII. Neutra partium absque scitu alterius de pace agere multo minus concludere poterit cum hoste communi eiusque foederatis, sed invicem tenebuntur in pacis tractatibus mutuam securitatem et indemnitatem procurare cum reciproco inter se guarantiae nexu, nec arma prius deponent, quam omnia in pristinum statum prout ante bellum extiterant ad minimum fuerint restituta.

2.

Projectum pactorum dotalium inter ducem Eboracensem et archiducissam Claudiam Felicem ab Inspruck. (St.-A.)

§ 25. Quin etiam, ut eo magis firma et perpetua inter imperatorem et regem Angliae maneat amicitia, mutuo promittunt ambo principes tam suo quam successorum suorum nomine, quod si quem illorum quispiam regum aut principum alterum armis aggrederetur, in talem eventum alter laedentem et aggressorem non solum ut ab omni hostilitate desistat serio adhortetur, sed etiam si non destiterit omni possibili modo laeso et invaso ad propulsandam iniuriam assistat; quin etiam, si contingeret pacem inter Angliae et Galliae reges et unitos Belgii ordines concludi, inter pacis consortes denominet rex Angliae ex sua parte imperatorem, et hoc pacificationi diserte inseri curet.

Atque cum caesari aeque sit cordi conservatio amicitiae et bonae corrispondentiae inter austriacam domum regis Hispaniae sui nepotis et aliam Britanniae regis ac suae ipsius, occasione huius matrimonii ab Hispaniarum regina eius sorore ipsi propositi desideravit caesar a rege Angliae, quod novo hoc ductus vinculo denuo confirmaret guarantiam pacis Aquisgranensis hucusque ab ipso Angliae rege religiose conservatam; hinc est quod rex Angliae ad denotandum amorem suum erga caesarem et desiderium veniendi in eius voluntatem vigore huius capituli denuo confirmat supradictam guarantiam Aquisgranensem et promittit ipsi caesari non solum omnem operam suam impensurum, ut pax illa duret illaesa, sed armis etiam suis si opus fuerit sine omni exceptione propugnaturam et defensuram, ut in ipsa pace Aquisgranense magis patet, salva[1]) tamen quoad hoc ultimum punctum ratione guarantiae pacis Aquisgranensis ratificatione Ser^mae^ reginae Hispaniae nec aliter nec alio modo.[2])

---

[1]) *Von salva an von anderer Hand; die letzten Worte „nec aliter nec alio modo" von der Hand des Hofkanzlers Hocher.*

[2]) *So ist die schliessliche Fassung; im St.-A. befinden sich auch andere Projekte dieses Artikels.*

IV. Vom Frieden von Nimwegen bis zum Beitritte Englands — 9. Sept. 1689 — zum österreichisch-staatischen Bündnisse vom 12. Mai 1689.

Die zweideutige Haltung, die Karl II. bei den Verhandlungen gezeigt hatte, die von dem Grafen Waldstein in den Jahren 1677 und 1678 am englischen Hofe geführt worden waren, hatte eine arge Misstimmung bei Leopold I. hervorgerufen, die ihren Ausdruck in den Weisungen fand, in denen er Waldstein zu äusserst vorsichtigem Benehmen aufforderte und auf das eindringlichste ermahnte, jedes Eingreifen in den Konflikt zu vermeiden, der zwischen Karl II. und seinem Volke bestand und sich täglich schärfer zuspitzte.[1]) *Gegen Ende des Jahres 1678 entschloss sich der Kaiser sogar Waldstein abzuberufen; so fest war er damals davon überzeugt, dass eine den Interessen Österreichs entsprechende Politik Karls II. in der nächsten Zeit nicht zu hoffen sei. Allein kein Jahr verging und der Wiener Hof fand sich bemüssigt, in neue Verhandlungen mit dem englischen Könige einzutreten, die nichts geringeres als eine grosse gegen Frankreich gerichtete Allianz zum Ziele hatten. Die Idee zu derselben war von dem Manne ausgegangen, der sich den Kampf gegen Frankreichs Übergewicht zur Lebensaufgabe gemacht hatte und unermüdlich in diesem Sinne tätig war, von Wilhelm von Oranien. Sein Plan ging dahin, vorerst eine Einigung zustande zu bringen, deren Pfeiler Spanien, Österreich, England und die Generalstaaten, und deren Zweck die Wahrung des Nimwegner Friedens sein sollte. Dass Ludwig XIV. sofort auf das entschiedenste gegen jede derartige Verbindung protestierte, nötigte Wilhelm wohl zur Vorsicht, bestärkte ihn aber in seiner Meinung von der Notwendigkeit derselben. Und das Vorgehen des französischen Königs bei der Durchführung der Friedensschlüsse, sein Bemühen durch falsche Interpretation der Vertragsbestimmungen den rechtlichen Anlass zu neuen bedeutungsvollen Erwerbungen zu finden, sowie die Gewaltsamkeit, mit der er seine vermeintlichen Rechtsansprüche geltend zu machen wusste, bewirkten, dass der Gedanke des Oraniers an vielen Orten Anklang fand. Auch bei Karl II.,*

[1]) *Vgl. die Weisungen Leopolds an Waldstein aus dieser Zeit. St.-A.*

der für sein Vorgehen während des letzten Kriegsjahres reiche Belohnung von Ludwig XIV. erwartete und nun zu seinem grössten Erstaunen vernahm, dass dieser mit seinem Verhalten unzufrieden sei, sich benachteiligt fühle und durchaus keine Neigung zeige, die hohen Geldforderungen des englischen Königs zu befriedigen. Ja noch mehr; Karl II. hatte bald genug Gelegenheit zu bemerken, dass Ludwig XIV. das oft erprobte Mittel, durch die Unterstützung der parlamentarischen Opposition einen Druck auf den englischen Herrscher auszuüben, neuerdings in Anwendung brachte. Trotzdem suchte er mit Ludwig XIV. zu einem Abschlusse zu kommen, da ihm nur das französische Geld die Möglichkeit bot, den Kampf mit seinem Volke auf die Dauer fortzusetzen. Als aber Ludwig XIV. die Freundschaft des englischen Königs immer niedriger taxierte, die Geldforderungen Karls II. immer mehr herabzudrücken suchte, lieh dieser den Plänen seines Neffen sein Ohr und trat, als die Unterzeichnung des von Karl II. entworfenen Geldvertrages seitens Ludwigs XIV. verweigert wurde, auf die Franzosenfeindliche Stimmung der Mehrzahl der englischen Parlamentarier rechnend, mit den in London weilenden Vertretern jener Mächte in Unterhandlungen, die nach der Ansicht seines Neffen den Mittelpunkt der grossen gegen Frankreich gerichteten Allianz bilden sollten.

Des Kaisers Gesandter, Graf Waldstein, hatte, wie erwähnt, Anfang des Jahres 1679 London verlassen, aber ein kaiserlicher Sekretär war zurückgeblieben; an ihn trat Karl II. im Herbste 1679 heran. Nawitz, so hiess der Mann, hatte gerade in diesen Tagen von seiner Regierung den Befehl erhalten, London zu verlassen; man hielt in Wien dafür, dass auch ein Gesandtschaftssekretär am Hofe Karls II. überflüssig sei. Nur mit Mühe vermochten ihn jene Parlamentarier, von deren Feindschaft gegen Frankreich er überzeugt war, zum Bleiben zu überreden. Von ihnen erfuhr er, dass der König und die Mehrzahl der englischen Volksvertreter eine Allianz mit Leopold I. wünschten, dass England unter Umständen dem Kaiser eine Armee von 40000 Mann zur Verfügung stellen wolle.[1]) *Bald darauf liess sich Skelton, der Vertreter Karls II. am Wiener Hofe, ähnlich*

[1]) *Berichte des Nawitz d. d. 18. Dez. 1679. St.-A.; vgl. auch Klopp l. c. II. 229 ff.*

vernehmen.[1]) *Zu gleicher Zeit verhandelte Wilhelm von Oranien mit dem kaiserlichen Gesandten im Haag, dem Grafen Stratman. Es wurde immer klarer, dass eine grosse Allianz gegen Frankreich geplant war, der nebst dem Kaiser, Spanien, England und Holland, auch Brandenburg und Hannover angehören sollten. Im März 1680 sprach Karl II. in der deutlichsten Form seinen Wunsch aus, einem solchen Defensivbündnisse anzugehören, und forderte Leopold auf, entsprechende Massregeln zum Abschlusse desselben zu ergreifen.*[2]) *In gleichem Sinne lauteten die Berichte aus dem Haag, aus Brüssel. Überall sprach man die Behauptung aus, dass vom Kaiser der Erfolg oder der Misserfolg des geplanten grossen Unternehmens abhänge. Leopold I. befand sich, als ihn die Aufforderung Karls II. traf, in Prag, auf der Flucht vor der Pest, die in seiner Hauptstadt furchtbar wütete. Er war im Prinzipe einer Einigung mit England, Spanien und den Generalstaaten durchaus nicht abgeneigt. Auch er hatte mit Frankreich nur notgedrungen Frieden geschlossen und empfand das Vorgehen Ludwigs XIV. in der Reunionsfrage nicht minder bitter, als irgend ein Fürst des Reiches. Allein er hatte Bedenken; er misstraute Karl II. Wie oft hatte sich dieser zu Bündnissen gegen Frankreich bereit erklärt, um dann, sobald Ludwig XIV. die Hand etwas mehr öffnete, unter nichtigen Vorwänden zurückzutreten. Jetzt legte der intime Verkehr, der zwischen dem englischen und französischen Vertreter am Kaiserhofe herrschte, den Gedanken nahe, dass es sich auch diesmal nur um eine Geldfrage handle, dass Karl II. auch in diesem Falle früher oder später reuig in das Lager Ludwigs XIV. zurückkehren werde.*[3]) *Auch beunruhigte den Kaiser, dass die Generalstaaten sich zurückhielten und erst nach erfolgter Erklärung Leopolds I. ihre Entscheidung treffen wollten.*

---

[1]) *Vgl die Weisung Leopolds I. an Nawitz d. d. 18. März 1680. St.-A. und die Berichte Skeltons im R. O.*

[2]) *Vgl. die Berichte Skeltons R. O. In einer Eingabe d. d. Prag 22. März 1680 R. O., forderte Skelton im Namen seines Herrn die Absendung eines kaiserlichen Gesandten nach London; der Kaiser antwortete zusagend am 11. April 1680. R. O.*

[3]) *Vgl. die Weisung Leopolds I. an Nawitz d. d. 18. März 1680 St.-A.*

Karl II. suchte, sobald er Kunde von diesen Besorgnissen des Kaisers erhielt, diesen von der Aufrichtigkeit seiner Gesinnung zu überzeugen; bot ein enges Bündnis unter günstigen Bedingungen an;[1] *rief Skelton ab;*[2] *sandte Middleton mit weitgehenden Vollmachten an den Kaiser und bat denselben um möglichst schleunige Abschickung eines Gesandten, der das Bündnis mit England sogleich einzugehen befugt sein sollte. Tieferen Eindruck noch als diese Erklärung Karls II. machte das auf geschickte Weise in die Hände Leopolds I. gespielte Schreiben des in London wirkenden spanischen Gesandten, der in beredten Worten die Gefahren schilderte, die aus einer Weigerung Leopolds, dem vorgeschlagenen Defensivbündnisse seine Zustimmung zu geben, für das Reich und für ganz Europa erwachsen müssten und der von der Aufrichtigkeit der Gesinnung Karls II. mit Überzeugung sprach: „Die Anfänge des Bündnisses, meinte er, sind da. England hat seinen Vertrag mit der Republik Holland, diese hat den ihrigen mit dem Hause Habsburg; es handelt sich also nur noch um den Vertrag zwischen dem Kaiser, Spanien und Holland".*[3] *Trotzdem zögerte Leopold einen mit entsprechender Vollmacht ausgestatteten Vertreter nach London zu schicken. Was ihn beunruhigte war gerade die Eile der Engländer; man wusste am Wiener Hofe, dass Karl II. mit dem Vertrage in der Hand, der ihn zum Bundesgenossen der Generalstaaten, der Spanier und des Kaisers im Kampfe gegen Frankreich machte, vor das Parlament treten wollte, um auf diese Weise einen vorteilhaften Frieden mit seiner Nation zu schliessen, während Leopold die Beendigung des inneren Konfliktes als die Vorbedingung einer erfolgreichen Aktion gegen Frankreich ansah und von dem Werte einer Allianz nichts hielt, die Karl II. ohne vorherige Einwilligung des Parlamentes eingehen würde. Erst die Nachricht von dem Abschlusse der spanisch-englischen Allianz vom Juni 1680, deren eilfter Artikel den*

---

[1]) *Skelton übergab am 27. Mai 1680 ein Memoire, in dem er erklärte, Karl II. habe ihm befohlen, dem Kaiser mitzuteilen, dass er bereit sei „arctissimum cum illa (M^te) inire foedus, quo jam memorata mutua securitas vindicari et tranquillitas publica illam conservari queat." Als Antwort erfolgte di Mitteilung am 31. Mai, dass man Thun nach England senden werde.*

[2]) *Skelton verliess Wien im August 1680; das Recreditif für ihn d. d. 17. Aug. 1680 im R. O.*

[3]) *Vgl. Klopp l. c. II. 244.*

Beitritt des Kaisers in Aussicht stellte, sowie das Drängen der von Frankreich bedrohten rheinischen Fürsten, veranlasste den Kaiser die für den Grafen Thun bestimmte Vollmacht ausfertigen zu lassen, die diesen strenge anwies, das auf die Aufrechthaltung des Nimweger Friedens und die Sicherung des Ruhestandes gerichtete Bündnis nur als gültig anzusehen, wenn auch das englische Parlament seine Einwilligung zu demselben gegeben haben würde.[1]) *Mit Sehnsucht erwartete Karl II., dem der Abschluss mit dem Kaiser immer mehr als der beste Ausweg aus der schwierigen Lage erschien, in die ihn die Konflikte mit seinem Volke und das Verhalten Ludwigs XIV. gebracht hatten, die Ankunft Thuns. Allein erst im Sept. 1680 konnte dieser die Reise nach England antreten. Unterdessen hatte Middleton im Namen seines Herrn die Verhandlungen mit den Vertretern Leopolds begonnen und den englisch-spanischen Vertrag als Grundlage für das zwischen dem Kaiser und England abzuschliessende Bündnis empfohlen.*[2]) *Eine Einigung war aber nicht erzielt worden, vielmehr waren die Schwierigkeiten, die sich der geplanten Allianz hinderlich in den Weg stellten, erst bei dieser Gelegenheit deutlich zutage getreten.*[3]) *Deshalb betonte Leopold in seiner Instruktion für Thun den Unterschied der Verhältnisse und wies auf die ungeheure Gefahr hin, in die er sich begebe, falls er, ohne der Unterstützung der Generalstaaten sicher zu sein, mit England das gewünschte Bündnis schliessen sollte. Er betonte, dass die Franzosen, falls der Kaiser den Engländern Hilfe schicken sollte, dergleichen „Succurs pro ruptura pacis deuten würden und wir also in der grössten Gefahr stünden, dass sie — indem der Seekrieg unvergleichlich schwerer und gefährlicher fällt als auf dem Lande — von England ablassen und sich gegen dasselbe nur defensiv verhalten, hingegen aber die volle Macht und Kriegsschwall gegen uns allein wenden würden."*[4]) *Deshalb enthielt der Vertragsentwurf, den Thun mit*

[1]) *Instruktion für den Grafen Franz Sigismund Thun d. d. 28. Juni 1680 St.-A.; vgl. Klopp l. c. II. 259 f.*

[2]) *Middletons Memorial d. d. 18. Aug. 1680 R. O.*

[3]) *Um die Zweifel Leopolds I. zu beseitigen, übergab Middleton 12. Sept. 1680 ein neues Memoire, in dem er die Gründe für und wider den Abschluss eines englisch-österreichischen Defensivbündnisses erörterte R. O.*

[4]) *Instruktion für Thun d. d. 20. Sept. 1680 St.-A.*

auf den Weg nahm,[1]) *auch die Forderung, dass England sich zu einer grösseren Truppenzahl und zu rascherer Bereitstellung derselben verpflichten sollte als der Kaiser, und deshalb wurde Thun auch angewiesen, den Beitritt der Generalstaaten und die Einwilligung des englischen Parlamentes zu fordern, ohne dessen Zustimmung an eine richtige Leistung der versprochenen Hilfe seitens Karl II. nicht zu rechnen sei.*[2]) *Als Thun in London anlangte, war das Parlament, dem Karl den fertigen Vertrag vorlegen wollte, einberufen, aber noch nicht zusammengetreten. Um so eiliger schien dem kaiserlichen Gesandten die Aufnahme der Verhandlungen.*[3]) *Er begab sich sogleich zu den leitenden Ministern. Sie empfingen ihn freundlich, gedachten aber der geplanten Allianz mit keinem Worte. Dies hatte seinen guten Grund; sie hatten durch den Spanier Ronquillo von den Forderungen Leopolds I., vor allem von dessen Entschlusse Kunde erhalten, nur mit Einwilligung des Parlamentes, also nach Beilegung der Konflikte, die zwischen dem Könige und dem Volke bestanden, den Vertrag zu schliessen. Unter diesen Umständen verlor die Allianz mit Leopold I. für Karl jeden Wert. Dass ein grosser Teil des Parlamentes die Verbindung mit dem Kaiser wünschte und einer Offensivliga das Wort redete, half Thun wenig. König Karl löste, nach mancherlei vergeblichen Versuchen mit den Volksvertretern zu einer Einigung zu gelangen, das Parlament zu Beginn des Monates April 1681 auf und schloss zu gleicher Zeit eine mündliche Vereinbarung mit Ludwig XIV., durch die er sich gegen entsprechende jährliche Subsidien verpflichtete, sich allmählig von der Allianz mit Spanien zurückzuziehen und das Parlament von Massnahmen zurückzuhalten, die Frankreichs Interessen widersprechen würden.*

Der Kaiser hatte schon auf die ersten Mitteilungen seines Gesandten hin, die Hoffnung aufgegeben, eine seinen Interessen

---

[1]) *Vgl. den Abdruck nach dem im St.-A. (Anglica varia) vorhandenen Dokumente im Anhange zu diesem Kapitel Nr. 1.*

[2]) *Instruktion für Thun d. d. 20. Sept. 1680 St.A. Aus den Berichten Middletons, z. B. 26. Okt., 2. Nov. 1680 R. O. ist zu ersehen, dass man kein Hehl daraus machte, dass man eine ohne Zustimmung des Parlamentes erfolgende Vereinbarung für nutzlos hielt.*

[3]) *Für die Verhandlungen Thuns lagen mir die im St.-A. aufbewahrten Berichte desselben vor.*

förderliche Einigung mit England zustande zu bringen. Im Nov. 1680 wurde Thun beauftragt, falls das Parlament aufgelöst werden sollte, von dem Abschlusse eines Defensivbündnisses mit Karl II. abzusehen, „da ja keine Hoffnung sei, dass der König von England ohne Parlament das notwendige Geld hergeben könne".[1] *Noch weniger glaubte Leopold I. seine Einwilligung zu einem Offensivbündnisse geben zu können, von dem in den Unterredungen der Parlamentsmitglieder mit Thun öfters die Rede gewesen war. Der kaiserliche Gesandte erhielt Befehl, sich gegebenen Falles mit mangelnder Instruktion zu entschuldigen und zu erklären, dass er nicht daran glaube, dass der Kaiser sich zu einem solchen Bündnisse verstehen würde, ehe derselbe wisse, wie sich Spanien, die Niederlande und die Fürsten des Reiches zu diesem Plane stellen würden.*[2])

In der Tat sah sich Thun im Sommer 1681 genötigt, von diesen Bedenken des Kaisers zu sprechen, als neuerliche Anfragen der spanischen und staatischen Gesandten sowie einiger Engländer an ihn ergingen. Und er tat dies umso lieber, als er immer wieder Gelegenheit hatte sich davon zu überzeugen, dass ein Wechsel in der Haltung des englischen Königs nicht zu hoffen sei. Die Bemühungen, denselben zum Beitritte zu der von Schweden vorgeschlagenen Association zu bestimmen, deren Zweck die Sicherung der westphälischen und nimwegischen Friedensschlüsse sein sollte, scheiterten; dem Falle Strassburgs sah er gleichgültig zu; beantwortete die Klagen Thuns mit dem Hinweise auf die geringe Dankbarkeit, die er für seine grossen dem Kaiser und dem Reiche gebrachten Opfer geerntet habe, und verpflichtete sich Ende 1681 gegen neue grosse Geldspenden Ludwigs XIV., auch der Eroberung Luxemburgs durch die Franzosen ruhig zuzusehen. Es entsprach der Doppelzügigkeit seines Wesens und seiner Politik, dass er trotzdem im Laufe der nächsten Jahre auch mit den Feinden Frankreichs verhandelte, die Schuld an dem Scheitern der Allianzverhandlungen dem Vorgehen des Kaisers und der deutschen Reichsfürsten beimass, und den von den Generalstaaten und dem Kaiser geforderten Beitritt zur Association im Frühjahre 1682 im Hinblicke auf die dem allgemeinen Interesse so feindliche Haltung Däne-

---

[1]) *Weisung an Thun vom 18. Nov. 1680 St.-A.*

[2]) *Weisung Leopolds I. an Thun d. d. 20. Nov. 1680 St.-A.*

marks und Brandenburgs ablehnte. Auf die Klagen des staatischen Vertreters erwiderte Thun: „Die guten Absichten der Engländer bestehen nur in Worten; ich zweifle an dem Ernste derselben, solange man so leere Entschuldigungen und Anklagen gegen Deutschland vorbringt. Die Räte des Königs tadeln es, wenn wir auf das Parlament Rücksicht nehmen, ohne welches doch die Macht des Königs gleich Null ist; dagegen verlangen sie, dass im Reiche alle Fürsten, deren jeder doch seinen eigenen Willen hat, mit dem Kaiser gehen sollen. Dies ist unmöglich. Was der Kaiser seinerseits vermag, ist geschehen oder geschieht. Er ist fest zur Abwehr des Unrechtes entschlossen; steht gerüstet, wie nie zuvor; er hat die von Schweden beantragte Association gezeichnet; eine Reihe deutscher Fürsten steht zu ihm. Desgleichen ist die Republik Holland in diesen Bund eingetreten; auch der König von Spanien geht mit dem Kaiser. Wenn nun auch noch England eintritt, so können wir Brandenburg und Dänemark verschmerzen. Auf England kommt es an, die Hoffnung auf dasselbe ist freilich nicht gross."[1])

Thun behielt mit seinem Misstrauen in die Aufrichtigkeit der Äusserungen Karls II. Recht. Je geringer die Aussicht auf einen Ausgleich im Inneren wurde, desto enger schlossen sich die königlichen Brüder an ihren geldspendenden Nachbar an, desto ängstlicher suchte Karl II. alles zu vermeiden, was ihn in Konflikte mit Ludwig XIV. verwickeln konnte. Als Leopold I., sobald die Unvermeidlichkeit des Türkenkrieges ausser Zweifel stand, an Karl II., wie an alle Fürsten der Christenheit, die Bitte richtete, ihm beizustehen, oder doch wenigstens dahin zu wirken, dass Ludwig XIV. für die Zeit dieser Bedrängnis von Feindseligkeiten gegen den Kaiser abstehe, antwortete der englische König mit leeren Redensarten und erklärte schliesslich, er würde sich durch eine solche Forderung an Frankreich lächerlich machen.[2]) *Und ebenso zarte Rücksicht zeigte er, als Ludwig XIV. im Herbste 1683 in die spanischen Niederlande einfiel und die spanische Regierung auf Grund des spanisch-englischen Vertrages von 1680 die Hilfe der Bundesgenossen zur Abwehr der französischen Übergriffe forderte. Karl II. suchte Ausflüchte; lehnte, als die Spanier auf einer decidirten Erklärung bestanden,*

---

[1]) *Bericht Thuns vom 17. April 1682 St.-A.; vgl. Klopp l. c. II. 367.*

[2]) *Vgl. Klopp l. c. II. 389.*

die Erfüllung der Vertragsbestimmungen im Hinblicke auf die Wirren im Inneren des Landes ab und erklärte auf die immer erneuerten Bitten der staatischen und spanischen wie der kaiserlichen Gesandten im Frühjahre 1684, dass auf eine Hilfeleistung seinerseits nicht zu rechnen sei. „Nehmt die französischen Verträge an, äusserte er sich, dann verspreche ich Euch binnen 3 Monaten ein Parlament zu berufen und den Stillstand kräftig zu garantiren, und zwar für das gesammte Haus Österreich."[1])

Die schroffe Art, in der Karl II. die Mitwirkung am Kampfe gegen Ludwig XIV. ablehnte, tat ihre Wirkung. Die Generalstaaten traten mit Frankreich in Unterhandlungen ein. Ihr erstes Angebot, das nicht ganz den von Ludwig XIV. gestellten Forderungen entsprach, wurde zurückgewiesen. Unterdessen erfolgte die Einnahme Luxemburgs, die Beschiessung Genua's. Die Verbündeten sahen ein, dass ihr Widerstand vergebens sei; sie entschlossen sich, mit Frankreich auf Grundlage der von dieser Macht vorgeschlagenen Bedingungen ein Abkommen zu treffen. Die Generalstaaten gingen voran, Spanien und das Reich folgten. Am 15. Juli 1684 gab Leopold I. seine Einwilligung zum Abschlusse eines Waffenstillstandes, der 20 Jahre dauern und dem Franzosenkönige für diese Zeit die Reunionen, die bis zum 1. August 1681 erfolgt waren — Strassburg eingerechnet — sichern sollte. Thun erhielt in den letzten Tagen des Juli 1684 die Weisung, dem englischen Könige von diesen Entschliessungen Mitteilung zu machen, die Vermittlung desselben bei Ludwig XIV. und zu gleicher Zeit die Garantie des abzuschliessenden Vertrages durch Karl II. zu fordern.[2]) *Mit Freuden erklärte sich dieser zur Erfüllung der kaiserlichen Wünsche bereit; einer der leitenden englischen Minister wiederholte das Versprechen seines Herrn bezüglich der Garantie. Kurze Zeit darauf — 15. August 1684 — wurde der Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem Reiche zu Regensburg unterzeichnet. Nur ungern und gedrängt durch die Lage der Dinge hatte sich Leopold I. zu demselben entschlossen. Aber es war nicht seine Absicht, dem Feinde das abgetretene Gebiet nach Ablauf des Waffenstillstandes zu lassen, noch viel weniger aber zuzusehen, dass Ludwig XIV. noch innerhalb dieser Frist die Einwilligung*

---

[1]) *Bericht des Grf. Thun d. d. 12. Mai 1684 St.-A. Vgl. Klopp I. c. 433.*

[2]) *Weisungen an Thun vom Juli 1684 St.-A.*

zum dauernden Besitze dieser Gebiete von den Beteiligten erzwinge. Aus diesem Grunde legte Leopold I. auf die Garantie des Waffenstillstandes seitens des englischen Königs so grosses Gewicht,[1] *aus diesem Grunde hatte Thun sie zu wiederholtenmalen begehrt und sich über die anstandslose Einwilligung der englischen Regierung so gefreut.*[2] *Als er aber bald nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes den englischen König an dessen wiederholt gegebenes Wort erinnerte, fand er durchaus nicht das gleiche Entgegenkommen wie vorher; Karl II hatte, als er Thun das Versprechen gab, nicht gewusst, dass Ludwig XIV. auf das energischeste gegen eine derartige Garantie Englands protestieren werde, die ihm bei seinen Plänen, den ihm zeitlich überlassenen Besitz bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zu einem dauernden zu machen, hinderlich werden musste. Nun war aber die Einrede Ludwigs XIV. erfolgt und Karl war entschlossen, nichts zu tun, was ihn dem Manne entfremden konnte, von dem allein er Rettung aus der bedrängten Lage erwarten durfte, in der er sich befand. Deshalb seine Ausflüchte, als Thun ihn mahnte und seine endliche Erklärung, er könne sich des gegebenen Versprechens nicht entsinnen.*[3] *Wenn er dann auf Thuns heftige Äusserungen hin sich doch in Unterhandlungen einliess und um die Ausfertigung eines Vertragsentwurfes bat, so geschah dies nur, um seine Absage in eine weniger verletzende Form zu kleiden. Thun aber, der alsbald die wahren Absichten Karls II. durchschaute, bat den Kaiser um seine Abberufung. Sie wurde ihm gewährt. Aber wenige Tage bevor das betreffende Schriftstück von Wien abgesandt wurde, starb Karl II. und Thun erhielt alsbald den Befehl, seine Abreise zu verzögern und mit dem neuen Könige, dessen Auftreten beim Kaiser die Hoffnung auf eine energischere Vertretung der allgemeinen Interessen durch England erweckt hatte, in Verhandlungen einzutreten.*[4]

---

[1]) *Weisungen an Thun vom Juli und August 1684 St.-A.*

[2]) *Vgl. die bei Klopp II. 437 zitierten Berichte Thuns.*

[3]) *Bericht Thuns d. d. 10. Nov. 1684 St.-A. Vgl. Klopp l. c. II. 441.*

[4]) *Man entschloss sich deshalb, auch den Grafen Martinitz zur Beglückwünschung nach London zu senden. Leopold I. an Thun 19. Mai 1685 St.-A. Daselbst auch die Instruktionen für Martinitz und Thun. Vgl. auch Klopp l. c. III. 37 und 47 f.*

Man wird nicht leugnen können, dass Jakob II. es in den ersten Zeiten seiner Regierung vortrefflich verstanden hat, die Gegner Frankreichs in ihren freudigen Erwartungen zu bestärken. Er gab dem kaiserlichen Gesandten, der ihn zur Thronbesteigung beglückwünschte, das Versprechen, sobald seine inneren Feinde besiegt seien, energisch im Interesse des Kaisers zu wirken; trat in intime Beziehungen zu Wilhelm von Oranien; erneuerte im August 1685 den Vertrag, den sein Bruder vor Jahren mit den Generalstaaten geschlossen hatte und versprach ein gleiches den Spaniern. Graf Thun, der ursprünglich Bedenken in die Aufrichtigkeit der Äusserungen Jakobs II. gesetzt hatte, stimmte allmählig in den Chor der Bewunderer ein. Als er im Spätsommer 1685 das Inselreich verliess, verglich er in seinem Berichte an den Kaiser Karl II. und Jakob II. und hob hervor, wie wesentlich sich die Verhältnisse zu Gunsten der Gegner Frankreichs gebessert hätten.[1]) *Allein er täuschte sich ebenso, wie alle jene, die von Jakob II. ein energisches Vorgehen im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt erhofften. Thun wusste nicht, dass Jakob II. in eben den Tagen, da er mit den Gegnern Ludwigs XIV. verhandelte, auch mit dessen Vertretern Konferenzen hatte, und dass er nur deshalb mit diesen nicht abschloss, weil er die Gegenleistungen Frankreichs nicht für genügend und es in seinem Interesse gelegen hielt, so lange es ging, nach beiden Seiten hin zu verhandeln, um sich dann dem meistbietenden zu verkaufen.*

Nur diese Unklarheit über den Stand der französisch-englischen Beziehungen und der Wunsch kein Mittel unversucht zu lassen, um die Zahl der Bundesgenossen im Kampfe gegen Ludwig XIV. zu vermehren, lassen es begreiflich erscheinen, dass Leopold I. im Sommer 1686, bald nach dem Abschlusse des Augsburger Bündnisses und des Vertrages mit Kurbrandenburg, sich zu einem neuen Versuche entschloss, Jakob II. in das Lager der Franzosenfeinde hinüberzuziehen. Die Instruktion, die Graf Kaunitz mitbekam, zeigt deutlich, in welchem Sinne der Kaiser in ein Bundesverhältnis zu England treten wollte. Der kaiserliche Gesandte sollte dem englischen Könige den Nachweis führen, dass Ludwig XIV. nichts geringeres im Schilde führe, als Belgien an sich zu reissen und das römische

[1]) *Vgl. Klopp l. c. III. 75 f.*

Reich zu zerstückeln; dass derselbe in selbstsüchtiger Absicht die guten Beziehungen zwischen Engländern und Niederländern zu trüben, die Differenzen zwischen König und Parlament in England zu vergrössern suche. Er sollte dem Frieden zwischen Jakob und dessen Volke das Wort reden und dem Wunsche des Kaisers Ausdruck verleihen, den englischen König in die Reihe derjenigen eintreten zu sehen, deren Ziel die Aufrechthaltung des Friedens und die Wahrung des Rechtes sei. In diesem Sinne sei das Augsburger Bündnis geschlossen worden, in diesem Sinne habe sich Leopold mit dem Brandenburger geeinigt, in diesem Sinne biete er nun auch Jakob die Hand zum Bunde.[1])

Kaunitz hatte alsbald Gelegenheit sich davon zu überzeugen, wie wenig die Wirklichkeit den Voraussetzungen des Wiener Hofes entsprach. Er erfuhr im Haag von Wilhelm, dass die englisch-staatischen Beziehungen sich bedenklich getrübt hätten, dass der englische König in steter enger Fühlung mit Ludwig XIV. lebe. Der Oranier versicherte ihm, dass er an den Abschluss einer englisch-österreichischen Allianz nicht glaube. Der Ratspensionär Fagel ging noch weiter; er widerriet dem kaiserlichen Gesandten im Interesse des kaiserlichen Ansehens die Reise nach England. Vielleicht wäre es auch das beste gewesen, dem Rate dieses erfahrenen Staatsmannes zu folgen. Kaunitz, an seine Instruktion gebunden und durchdrungen von der Überzeugung, dass man kein Mittel unversucht lassen dürfe, begab sich nach London und suchte im Sinne seiner Regierung — doch mit der durch die Äusserungen Wilhelms und Fagels bedingten Vorsicht — den englischen König für die Ideen des Kaisers zu gewinnen.

Jakob II., der noch immer mit Frankreich nicht abgeschlossen hatte, erwiderte auf die Klagen des kaiserlichen Gesandten über Ludwigs XIV. gewalttätiges Vorgehen mit freundlichen Worten, wich aber einer bindenden Erklärung aus. Kaunitz erkannte, dass Wilhelm und Fagel die Verhältnisse richtiger beurteilt hatten, als die Minister Leopolds. Er sah, wie mächtig die französisch gesinnte Partei am Hofe Jakobs war, wie reichlich die Mittel waren, mit denen sie ihr Ziel verfolgte, den Ausgleich zwischen König und Parlament zu

[1]) *Vgl. die Analyse der Instruktion für Kaunitz bei Klopp l. c. III. 255 ff.*

hindern und Jakob II. mit den Gegnern Frankreichs zu verfeinden, und drückte dem Kaiser seine Überzeugung aus, dass dieser von Jakob II. nichts zu hoffen habe.[1]) *Das einzig tröstliche, was er seinem Hofe berichten konnte, war die Meinung des mit den englischen Verhältnissen wohl vertrauten Spaniers Ronquillo. Der Kaiser habe sich, so lautete sie, von Jakob II. nichts zu versprechen, dagegen könne er auch darauf rechnen, dass Jakob II. sich von Ludwig XIV. nicht zum Bruche mit den Vereinigten Niederlanden verleiten lassen, nicht in eine Allianz mit Frankreich eintreten und, falls eine Einigung mit dem Parlamente erreicht werden sollte, schon im eigenen Interesse das Gleichgewicht in Europa zu erhalten suchen werde. Diese letztere Aussicht, glaubte Kaunitz beifügen zu müssen, würde tröstlich sein, wenn nicht die Erfüllung der Bedingung, an welche dieselbe sich knüpft — die Einigung mit dem Parlamente — mehr zu wünschen wäre, als zu hoffen; erreichbar nur durch ein Wunder.*[2]) *Das Wunder blieb aus. Wenige Tage nach der Absendung dieses Berichtes hatte Jakob II. das Parlament aufgelöst und Frankreichs Bemühungen, den englischen König mit seinem Neffen zu entzweien, nahmen ihren Fortgang.*

Man begreift unter diesen Umständen nicht, wie Leopold I. auf den Gedanken kommen konnte, an Jakob II. mit der Forderung heranzutreten, die Garantie für die Einhaltung des Regensburger Waffenstillstandes zu übernehmen, die Karl II. bereits abgelehnt hatte.[3]) *Kaunitz holte sich, als er — Mai 1687 — eine deutliche Antwort forderte, ein Refus.*[4]) *Bald darauf verliess er London; er war nun fest überzeugt, dass jedes Bemühen, Jabob II. zu einer Franzosenfeindlichen Haltung zu bestimmen, erfolglos bleiben werde. Die Ereignisse, die folgten, zeigten, dass er sicht nicht getäuscht hatte. Die Konflikte zwischen König und Volk trieben Jakob II. immer mehr in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Ludwig XIV., das dieser überaus geschickt in seinem Interesse auszunützen verstand. Bald geriet Jakob mit dem einzigen Verbündeten, den er am Kontinente*

---

[1]) *Berichte Kaunitzs vom Febr. 1687 St.-A. Vgl. auch Klopp l. c. III. 304 ff.*

[2]) *Bericht Kaunitzs d. d. 21. Febr. 1687 St.-A.*

[3]) *Weisungen Leopolds I. an Kaunitz vom April 1687 St.-A.*

[4]) *Bericht Kaunitzs d. d. 9. Mai 1687, vgl. Klopp l. c. III. 342.*

hatte, mit den Niederländern, in Feindschaft, während der Unwille der Nation immer bedenklichere Dimensionen annahm. Die Gegner Frankreichs gaben jede Hoffnung auf, das Inselreich für die Idee der Zurückweisung der französischen Übergriffe zu gewinnen, solange Jakob II. König von England war.

Aber schneller als irgend jemand hätte ahnen können, erfüllte sich das Schicksal der Stuarts in England. Die verblendete katholische Restaurationspolitik Jakobs II. und die Gewaltsamkeit, mit der er von seinen vermeintlich unbeschränkten Herrscherrechten Gebrauch machte, rief bei dem seit langem in seinen Gefühlen verletzten, in seinen Interessen benachteiligten Volke eine steigende Erregung hervor, die sich immer klarer in dem Wunsche ausdrückte, der Herrschaft Jakobs II., wenn nötig auch auf gewaltsamen Wege, ein vorzeitiges Ende zu bereiten. Wie von selbst richteten sich die Blicke aller Unzufriedenen, in ihrer politischen und religiösen Freiheit Bedrohten, auf Wilhelm von Oranien, den Gemahl der Thronerbin Maria, der so viele Beweise seiner konstitutionellen, antikatholischen Gesinnung und seiner Feindschaft gegen Ludwig XIV. gegeben hatte. Nur zögernd war Wilhelm auf die Anerbietungen eingegangen, die ihm die englischen Gegner Jakobs II. gemacht hatten. Erst im Laufe des Jahres 1688, als er der Zustimmung der Generalstaaten und der Unterstützung mächtiger Fürsten, zumal des Brandenburgers, sicher war, lieh er den Bitten seiner englischen Freunde Gehör, die umso dringender wurden, je grösser nach der im Juni 1688 erfolgten Geburt eines Sohnes Jakobs II. die Gefahr einer dauernden katholisch-despotischen Regierung wurde. Am 15. Nov. 1688 landete Wilhelm an der englischen Küste; bald darauf vollzog sich in stürmischer Weise der lange vorbereitete Abfall aller Freunde der protestantischen Religion und eines freien Parlamentes von dem legitimen Könige. Ende des Jahres musste Jakob II. das Land verlassen; er erschien als Flüchtling, Hilfe suchend, am Hofe Ludwigs XIV. Die Ordnung der staatlichen Verhältnisse in England ging dann rasch von statten; schon im Februar 1689 bestiegen Maria und Wilhelm den für erledigt erklärten Thron.

Für die Beziehungen Österreichs und Englands, die wir in diesem Zusammenhange allein zu berücksichtigen haben, war der Dynastiewechsel, der sich in England vollzogen hatte, ein Ereignis von der grössten Tragweite. Wir kennen die ablehnende

Haltung, welche die beiden letzten Könige aus dem Hause Stuart den Bestrebungen der österreichischen Herrscher gegenüber eingenommen haben, so oft diese sie für den Plan einer grossen Coalition zur Abwehr der französischen Übergriffe zu gewinnen gesucht hatten und waren in der Lage zu verfolgen, wie schwer die Interessen des Hauses Habsburg durch das Abhängigkeitsverhältnis geschädigt wurden, in das die Stuarts zu Ludwig XIV. geraten waren. Wie mit einem Schlage waren nun durch den Dynastiewechsel, durch die Thronbesteigung Wilhelms, alle Schwierigkeiten hinweggeräumt, die bisher den Abschluss eines österreichisch-englischen Bündnisses gehindert hatten. Das englische Volk, das längst erkannt hatte, dass ihm vom Hause Habsburg weit weniger Gefahr drohe, als von dem benachbarten Frankreich, dessen Herrscher, in katholischen und despotischen Anschauungen befangen, seit Jahrzehnten die mächtigsten Helfer der volksfeindlichen Bestrebungen der Stuarts gewesen, und das daher seit langem für eine Einigung mit Spanien und mit dem Kaiser eingetreten war, stand nun unter der Leitung eines Fürsten, der sich die Abwehr der französischen Übergriffe zur Lebensaufgabe gemacht und in der festen Absicht den englischen Boden betreten hatte, den Kampf mit dem gewaltigen Gegner sobald als möglich aufzunehmen.

Für den Kaiser war der Wechsel, der sich in England vollzogen hatte, umso erfreulicher, als er sich seit Monaten im offenen Kampfe mit Ludwig XIV. befand. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in diesem Zusammenhange den Gründen nachzugehen, die den französischen Herrscher im Herbste 1688 zur Kriegserklärung an den Kaiser und das Reich veranlasst haben. Es war nicht eine einzelne, sondern eine Fülle von Ursachen, die ihn dazu bewogen; der Wunsch nach Sicherstellung des bereits eroberten Gebietes, wie die Begier nach weiteren Annexionen; die Furcht vor dem Emporkommen der kaiserlichen Macht, die ihre Überlegenheit im Kriege gegen die Türken erwiesen und im Osten Europa's Erfolge davongetragen hatte, die auch dem Franzosenkönige Besorgnis einflösten; die ablehnende Haltung des deutschen Reiches, die sich in der Weigerung desselben ausdrückte, den Waffenstillstand von 1684 in einen definitiven Frieden umzuwandeln; die Umkehr so vieler deutscher Fürsten — insbesondere des Kurfürsten von Brandenburg — die so lange die Interessen Frank-

reichs vertreten hatten; der Verlauf des Kölner Coadjutorstreites, der pfälzischen Erbschaftsangelegenheit; das Bündnis Polens mit dem Kaiser; der Übergang Schwedens in das Lager der Gegner; das feindliche Vorgehen des Papstes, und nicht in letzter Linie die drohende Haltung, die Wilhelm von Oranien, der Herr der Niederlande und Thronkandidat in England, annahm; all dies liess in Ludwig XIV. den Gedanken reifen, den Plänen seiner Gegner, die er nur allzu gut kannte, zuvorzukommen, um durch einen rasch und energisch geführten Schlag gegen den Kaiser und das Reich seine noch nicht ganz geeinigten Gegner zu trennen, die schwankenden und zögernden auf seine Seite zu ziehen. Sein Plan misslang; die Grausamkeit, mit der Frankreichs Soldaten das südliche Deutschland verwüsteten, führte nicht zu der von Ludwig XIV. erwarteten sofortigen Unterwerfung seiner Gegner; reizte diese vielmehr zu energischerem Widerstande. Und zu gleicher Zeit raubte das geglückte Wagnis Wilhelms von Oranien dem Könige von Frankreich nicht nur die Bundesgenossenschaft Englands, auf die er bei seinen Unternehmungen gehofft hatte; er musste vielmehr mit Sicherheit darauf rechnen, dass die gewaltigen Mittel dieses Staates in kürzester Frist seinen Gegnern zur Verfügung stehen würden. In der Tat trug Wilhelm, kaum dass er Herr in England war, dem Kaiser die Erneuerung der alten Freundschaft an, die Österreichs und Englands Herrscher in früheren Zeiten verbunden hatte und Leopold I. entschloss sich, so lockend ihm auch als eifrigem Katholiken der zu gleicher Zeit von Ludwig XIV. gemachte Vorschlag erscheinen musste, durch die gewaltsame Rückführung Jakobs II. auf den englischen Thron die Sache des Katholizismus in Europa zu stärken, die ihm dargebotene Hand des Oraniers zu ergreifen.

Schon längere Zeit stand dieser als Haupt der Vereinigten Niederlande mit dem Kaiser in Unterhandlungen; jetzt erklärte er als Herrscher Englands, an dem Kriege dieser beiden Mächte gegen Frankreich teilnehmen zu wollen und sprach dem schleunigen Abschlusse des staatisch-österreichischen Bündnisses das Wort.[1]) *Am 11. April gaben die Generalstaaten ihre Einwilligung, ein Schutz- und Trutzbündnis mit dem Kaiser zur*

[1]) *Vgl. für die Verhandlungen, die zum Abschlusse dieses Bündnisses führten, Klopp l. c. IV. 414 ff.*

Wahrung ihrer beiderseitigen Interessen zu schliessen, dem Spanien und England beitreten sollten und teilten Wilhelm die Bedingungen mit, unter denen der Vertrag zustande kommen sollte. Wilhelm hiess dieselben gut und erklärte, es sei ihm gleichgiltig, ob er — als Herrscher Englands — sofort oder später dem Bündnisse beitrete; doch empfahl er die Angelegenheit sobald als möglich zu Ende zu führen. Bald darauf wurden die Verhandlungen in Wien aufgenommen; man einigte sich rasch; die einzige erhebliche Schwierigkeit bildete die Forderung der Generalstaaten an den Kaiser, den Frieden mit den Türken sogleich zu schliessen. Auf die entschiedene Weigerung Leopolds I., in dieser Frage ein bindendes Versprechen zu geben, standen die Vertreter der Staaten von ihrem Begehren ab, dagegen willigte Leopold I. ein, dass die schwerwiegenden Zusagen, die ihm die Generalstaaten in den Fragen der spanischen Succession und der deutschen Königswahl zu machen sich bereit erklärten, in einem separaten Geheimartikel ihren Ausdruck finden sollten. Schon am 12. Mai 1689 konnte das Bündnis unterzeichnet werden.[1] *Es lautete auf Schutz und Trutz nicht zu Eroberungen, sondern zur Herstellung des durch den westphälischen und pyrenäischen Frieden geschaffenen Zustandes; Lothringen sollte seinem rechtmässigen Besitzer wiedergegeben, die Reunionen rückgängig gemacht werden. Es entsprach dem Wunsche beider Parteien, die gegenseitigen religiösen Gefühle zu schonen, dass in dem Vertrage jede Erörterung religiöser Fragen vermieden wurde. Der Kaiser verpflichtete sich bei Spanien, die Generalstaaten bei England für den Eintritt in das Bündnis zu intervenieren. In dem geheimen Separatartikel verpflichteten sich die Generalstaaten für die Anerkennung der Erbrechte der deutschen Linie des Hauses Habsburg beim Aussterben der spanischen Linie dieses Geschlechtes und für die Wahl Josefs, Leopolds I. erstgeborenen Sohnes, zum deutschen Könige einzutreten. Ausdrücklich wurde festgesetzt, dass nur Wilhelm, nicht aber Spanien von diesem Geheimartikel Kunde erhalten und zur Einhaltung desselben aufgefordert werden sollte.*

Es gelang dem Kaiser unschwer den Beitritt Spaniens zum Bündnisse vom 12. Mai 1689 durchzusetzen. Dass Wilhelm III. dasselbe tun werde, konnte umso weniger bezweifelt

---

[1] *Für die Drucke u. a. Dumont VII|2 229, vgl. Bittner l. c. 100.*

werden, als das Parlament in eben den Tagen, da die Unterzeichnung des staatisch-österreichischen Bündnisses erfolgte, Ludwig XIV. den Krieg erklärte. In der Tat nahmen die Verhandlungen, die bald darauf am Hofe Wilhelms III. geführt wurden, einen günstigen Verlauf. Am 9. Sept. 1689 unterzeichnete der englische König das Dokument, durch das er dem österreichisch-staatischen Bündnisse beitrat, alle Verfügungen desselben guthiess und für die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen garantierte. In einem besonderen Schriftstücke gab er ein gleiches Versprechen bezüglich der Gegenstände, die in dem geheimen Separatartikel ihre Erörterung gefunden hatten.[1])

Beilagen.

1.

Projekt eines Defensivbündnisses zwischen Leopold I. und Karl II. Sept. 1680 (St.-A.)

In nomine domini amen.

Notum testatumque sit quorum interest aut quomodolibet interesse poterit, quod cum sacra M^tas^ C^ea^ grato recoleret animo quo zelo atque affectu serenissimus atque potentissimus Magnae-Britanniae rex, dum mediatoris munere in congressu Noviomagi habito fungeretur, operam suam ad reducendam orbi christiano pacem quousque ad felicem etiam exitum perduceretur indefesse navavit; insuperque perciperet eumdem serenissimum regem pari etiamnum tranquillitatis publicae conservandae studio propendere ut, quemadmodum se novissime cum serenissimo et potentissimo Hispaniarum rege catholico in eum finem arcte coniunxit, ita et cum alte memorata M^te^ sua C^ea^ eas iniret rationes et consilia, quae ad finem tam salutarem, praesertim vero pro dicto pacis Noviomagensis tractatu in pleno vigore conservando conducere maxime possint; eadem M^as^ sua C^ea^ — cui pro supremo munere suo sollicitudo nulla aeque cordi nec res antiquior ulla est, quam in eo curam vertere ut stet incolumis publica tantarum rerum discrimine parta tranquillitas —

[1]) *Vgl. den Abdruck dieser Dokumente im Anhange zu diesem Kapitel; Nr. 2.*

pro consulto duxerit, ut in eum finem sua etiam ex parte firmissimum cum eodem serenissimo Magnae-Britanniae rege iniret defensionis foedus. Misso igitur ad eiusdem aulam regiam cum sufficienti mandato camerario suo (Tit.) Francisco Sigismundo comite de Thun, inter hunc commissariosque regios N. N. sufficientibus pariter mandatis instructos in articulos sequentes conventum est.

I.

Sit inter M^tem^ suam C^eam^ ex una et serenissimum atque potentissimum Magnae-Britanniae regem ex altera parte et inter ipsorum successores firmum deinceps, strictum et inviolabile foedus, amicitia, societas et correspondentia pro communi defensione regnorum, ditionum, urbium, locorum et terrarum ad ipsos spectantium, tuendo se invicem et conservando contra quoscunque hostes exteros in earundem plena possessione uti et fruitione omnium jurium quibus iam gaudent vel de iure gaudere debent, praesertim vero eorum quae tractatu Noviomagi nuper inito comprehensa existunt; illud vero omne intra Europae duntaxat limites.

II.

Si contigerit alterutrum dictorum confoederatorum aut ambos in possessione vel fruitione ditionum, locorum, regionum urbiumque vel iurium, quae iam possident vel vigore dicti tractatus Noviomagensis possidere debent, invadi aut quocunque demum modo turbari, iidem confoederati alter ab altero requisiti omnem operam sibi invicem impendent, ut hostilitas seu turbatio cesset et ut damna et iniuriae quae alterutri illorum illatae fuerint resarciantur.

III.

Vi huiusce foederis, si contingeret serenissimum Magnae-Britanniae regem a quocunque hoste extero intra Europae limites contra pacem Noviomagensem (cuius consors est) aut contra ius iustitiamque hostiliter et formali bello infestari, oppugnari vel turbari in regnis, ditionibus, indeque dependentibus atque M^ti^ suae regiae competentibus iuribus, terris, arcibus locisve in Europa sitis, M^tas^ sua C^ea^ spondet atque promittit se intra tres menses, a primo die quo M^tas^ sua regia eam desuper requisiverit computandos, eidem suppetias octo millium peditum pro proximo subsecuturo trimestri laturam iisque sex men-

sibus durantibus omnem operam adhibituram, ut inter hostem aggressorem sive invasorem et M^tem^ suam regiam ceu laesum sive invasum pax aequis conditionibus redintegretur.

IV.

Cum autem praedictas octo millium peditum probe armatorum suppetias caesareas uti bello maritimo minus assuetas in Angliam transfretare minus commodum videatur, et vero tali casu serenissimus rex Hispaniarum catholicus vigore foederis inter eundem et saepedictum Magnae-Britanniae regem novissime initi par auxilium octo millium peditum primo trimestri in Angliam mittere ac dein non succedente tentamine pacis redintegrandae in apertum bellum se sociare teneatur, conventum est ut tunc, auxilio illo hispanico in Anglia permanente, dictae suppetiae caesareae illius locum in Belgio hispanico sumptibus caesareis ibidem alendae subeant et contra communem hostem agant in tales legiones et centurias redactae nec non iis tribunis aliisque praefectis subiectae, quibus C^eae^ M^ti^ tanquam auxiliatori visum fuerit.

V.

Si spatio dictorum sex mensium pax inter invasorem seu turbatorem et M^tem^ suam regiam britannicam non redintegretur, M^tas^ sua C^ea^ bellum contra eundem invasorem per diversionem suscipiet ex propriis regnis ditionibusque et omnes vires copiasque suas adhibebit, quo communis hostis in pacis honestae, securae et aequae conditiones cum foederatis ambobus compellatur.

VI.

Cum autem hoc casu omnis belli moles atque hostilis impetus facilius et maiore impetu in M^tem^ suam C^eam^ quam in transmarina M^tis^ suae britannicae regna defluxurus atque incubiturus videatur adeoque dictae M^ti^ suae C^eae^ extremis se viribus in praedictum diversionis bellum parare necessum foret, dictus serenissimus Magnae-Britanniae rex singulis mensibus belli eius durantis subsidium centum millium florenorum rhenensium initio cuiusque mensis Francofurti ad Moenum adnumerabit.

VII.

M^tas^ sua britannica viceversa spondet promittitque vigore praesentis foederis, se in casum quo M^tas^ sua C^ea^ a quocunque

hoste extero invaderetur, ita ut aggressio illa seu turbatio in apertum bellum prorumperet, statim ab ipsa die notificationis seu requisitionis caesareae omnem operam adhibituram, ut intra aggressorem et M^tem^ suam C^eam^ pax aequis conditionibus redintegretur, simul vero eidem auxilium etiam ab eodem notificationis die octo millium peditum probe armatorum in milite ipso vel pecunia ut infra dicetur subministraturam; et si intra tres menses dicta pax redintegrata non fuerit indicto hosti terra marique bello omnes vires copiasque suas adhibituram, quo communis hostis in pacis honestae, securae et aequae conditiones cum ambobus confoederatis impellatur, ac praeterea — cum aerario non minus caesareo in talem casum subveniri causae communi quam maxime intersit — subsidium etiam pecuniarium centum millium florenorum rhenensium in menses singulos quoad bellum duraverit depensuram.

VIII.

Dictum vero auxilium octo millium peditum probe armatorum — si in ipso milite totum vel pro potiore parte praestetur — in tales legiones et centurias redigetur nec non iis tribunis aliisque praefectis subiicietur quibus subministranti visum fuerit; a quo propriis etiam sumptibus in usum C^eae^ suae M^tis^ utpote confoederati laesi seu invasi sustentabitur per totum illud tempus quo iuxta hunc tractatum in aperti belli societatem venire non tenebitur. Liberum vero erit M^ti^ suae C^eae^ dictum auxilium vel totum militibus vel totum pecunia, vel partim militibus partim pecunia, pro toto vel pro parte constituti temporis recipere, singulis mille peditibus pretio decem millum florenorum brabanticorum — quorum unus 20 stufferis constabit — pro quolibet mense aestimandis; initio autem cuiusvis mensis solutio praestabitur Francofurti ad Moenum ea ratione habita, ut si M^ti^ suae C^eae^ placuerit sibi subveniri ex parte equitibus seu dimachis (vulgo dragons) ac implendum numerum dictorum octo millium peditum vel talem eorundem partem quam eadem requisiverit, unusquisque dimachus seu eques tribus peditibus aequalis censebitur.

IX.

Supra dicta auxilia octo millium peditum reciproca, si vel integre vel ex potiore parte militibus subministrentur, dicti milites eius voluntatem respicere et mandatis obtemperare teneantur ad quem missi sunt, quo scilicet (prout consultius visum

fuerit) adhibeantur in exercitu aut in obsidionibus custodiisve civitatum et ubique servituri pro eo[1]) ac necessitas et utilitas postulaverit; ea tamen lege, ut licitum non sit centurias singulas a se invicem distrahere et segregare, sed ut ad minimum ducenti aut trecenti milites ex unaquaque legione sub iisdem insignibus militent, imperio tamen in auxiliares penes ipsorum praefectum ab auxiliatore constitutum permanente, qui quidem sub auspiciis praecipui exercitus ducis generalis militet eiusque iussis pareat; hic tamen etiam super omnibus in commune cum ipso consulat.

X.

Elapsis supradictis sex vel respective tribus mensibus, queis unus confoederatus alteri dictum octo millium peditum auxilium submittere tenebitur, optio etiam erit penes confoederatum qui invasus seu laesus fuerit vel eodem auxilio diutius frui, si temporis et rerum suarum habita ratione id e re sua magis esse iudicaverit, vel confoederatum alterum in aperti belli societatem trahere. Si vero dicta auxiliatione ita durante ipsum etiam auxiliatorem bello invadi seu infestari contigerit, liberum eidem erit auxilium a se milite[2]) submissum deinceps ad propriam tunc defensionem revocare.

XI.

Erupto semel inter confoederatos iuxta hunc tractatum bello, in facultate neutrius confoederatorum erit suspensionem quampiam armorum inire se inter hostemque nisi coniunctim et de communi consensu. Casu vero eveniente ut de pace aut tregua sive induciis quorundam annorum tractatus proponatur, eum incipere non poterit alteruter confoederatorum sine alterius participatione atque consensu, et nisi pars quae paciscendi animum habet alteri parti eodem quo sibi tempore procuret facultatem et salvos conductus necessarios solitosque quibus freta ministros ad locum tractatui destinatum tuto mittere possit, et nisi successive et de tempore in tempus communicet ea omnia de quibus in dicto de tregua paceque tractatu agatur; neuter vero confoederatorum in conclusionem praedictae pacis aut treguae consentire poterit nisi confoederato simul comprehenso eodemque si ita voluerit restituto in possessionem ditionum,

[1]) *Ursprünglich stand prout necessitas et utilitas postulabit.*

[2]) *Ursprünglich stand sive milite sive pecunia.*

terrarum et locorum, quin etiam omnium iurium et immunitatum quibus ante bellum utebatur et gaudebat; tum etiam nisi obtentis et concessis suo confoederato a communi hoste iis iuribus, immunitatibus, exemptionibus et praerogativis quas sibi ipse paciscebatur, nisi aliter inter ipsos convenerit.

XII.

Quo vero omni meliori modo prospiciatur, ne sincerum illud confoederatorum studium ad stabiliendam per praesentem tractatum inter ipsos eorumque hinc inde ditiones et subditos arctiorem amicitiam et unionem cuicunque demum mutationi sit obnoxium, non solum conventum est haut licere eorum cuicunque ullam omnino conventionem huic contrariam deinceps inire, verum etiam nullum quidem tractatum, nisi altero confoederatorum si ita voluerit eodem comprehenso et omnibus satis in tempore communicatis, ut de dicta comprehensione consilium suum declarent.

XIII.

Cumque huiusce foederis praecipuus scopus sit, ut publica tranquillitas et restaurata orbi christiano pax illaesa et inviolata maneat, liber etiam sit aliis regibus, principibus et statibus, praesertim vero generalibus foederati Belgii ordinibus accessus, quo eas cum foederatis hisce rationes et consilia ineant quae ad tam salutarem finem conducere maxime possunt; praesertim vero omnis opera hinc inde dabitur, ut tractatus Neomagi nuper initi (quibus orbi christiano quies reddita est) in pleno vigore maneant et conserventur.

XIV.

Foedus hoc defensivum usque ad 20/30 diem mensis Augusti anno domini 1690mo durabit et vigebit, et ante illius temporis decursum convenient inter se dicti serenissimi confoederati de ulteriori eiusdem in publicum commodum prorogatione; et intra duos menses a die subscriptionis numerandos hinc inde ratihabebitur. Actum in etc.

Annotanda.

Primo: Ut quemadmodum in ratificatione foederis huius hispano-anglici appositum est magnum sigillum regni Angliae quo nimirum constet regnum simul universum esse obbligatum, ita idem etiam sigillum magnum apponatur ad ratificationem huius foederis caesareo-anglici.

Secundo: Quod ponatur ubique casus, si Anglia ab hostibus exteris invadatur; si enim internae dissensiones regem inter et parlamentum seu populum orirentur, imperator nullo modo se iis immiscere intendit; non magis quam ut hoc foedus solummodo ad oras in Europa sitas per totum restringatur.

Actum etc.

2.

Beitrittserklärung Wilhelms III. zum österreichisch-staatischen Bündnisse vom 12. Mai 1689 d. d. Hampton-Court 1689 Sept. 9. (Or. St.-A.[1])

Gulielmus tertius dei gratia Magnae-Britanniae, Franciae et Hiberniae rex, fidei defensor etc. omnibus et singulis ad quos praesentes literae pervenerint salutem. Quandoquidem tractatus quidam amicitiae et arctioris foederis inter serenissimum, potentissimum et invictissimum principem et dominum, dominum Leopoldum divina favente clementia electum Romanorum imperatorem semper augustum ac Germaniae, Hungariae, Bohemiae, Dalmatiae, Croatiae, Sclavoniae etc. regem, archiducem Austriae, ducem Burgundiae, Styriae, Carinthiae, Carniolae et Wurtembergae, comitem Tyrolis etc. et celsos ac praepotentes dominos ordines generales foederatarum Belgii provinciarum initus et conclusus sit Viennae 12° die Maii proxime praeteriti per Leopoldum Gulielmum comitem in Konigsegg, sacri Romani imperii procancellarium, aurei velleris equitem et Theodorum Althetum Henricum comitem a Stratman, cancellarium aulicum suae C^eae^ M^tis^ plenipotentiarios et consiliarios status intimos a parte suae C^eae^ M^tis^ et per Jacobum Hop civitatis Amstelodamensis consiliarium et syndicum nec non in consessu

---

[1]) *Da das am 9. Sept. 1689 ausgefertigte Dokument nur eine Erneuerung des am 12. Mai desselben Jahres zwischen dem Kaiser und den Generalstaaten geschlossenen Bündnisses ist, dem England am 9. Sept. beitrat, wird den von der Kommission gefassten Beschlüssen gemäss der Abdruck dieses Vertrages im Bande „Vereinigte Niederlande" erfolgen. Dort werden auch die Verhandlungen zu schildern sein, zu denen die einzelnen Artikel dieses Bündnisses Anlass gegeben haben. Im Hinblicke auf die Bedeutung des Vertrages und auf die Tatsache, dass derselbe im Laufe des Krieges erneuert wurde und andere Fürsten demselben beitraten, schien es dem Herausgeber aber angezeigt, den der Accessionserklärung inserierten Vertrag hier mit abzudrucken. Das Or. der kaiserlichen Ratifikation d. d. Augsburg 1689 Dezember 23. im R. O.*

D. D. ordinum generalium nomine Hollandiae et Westfrisiae deputatum a parte D. D. ordinum generalium, cuius tractatus tenor sequitur:

Notum testatumque sit, quod tametsi foedus illud quod paucis ab hinc annis sacram Ceam Mtem inter et celsos ac praepotentes D. D. ordines generales foederati Belgii Hagae Comitum in mutuam defensionem sancitum est in suo adhuc dum vigore permaneat, nihilominus tam sacra Cea Mtas quam dicti D. D. ordines generales, perpendentes communis periculi post novissimam invasionem gallicam reipublicae christianae impendentis magnitudinem ac lubricam Gallorum in observandis tractatibus fidem, necessarium iudicaverint praedicti foederis leges veteremque coniunctionem arctioribus firmioribusque vinculis roborare et de efficacioribus simul tam reducendae quam conservandae pacis et securitatis publicae mediis rationes inire, eaque propter per utrimque ad id constitutos plenipotentiarios, a parte quidem sacrae Ceae Mtis per eiusdem consiliarios status intimos D. Leopoldum Gulielmum comitem in Konigsegg, sacri Romani imperii procancellarium, aurei velleris equitem et D. Theodorum Althetum Henricum comitem a Stratman, cancellarium aulicum, et a parte celsorum ac praepotentium D. D. ordinum generalium per D. Jacobum Hop, civitatis Amstelodamensis consiliarium et syndicum nec non in consessu eorundem D. D. ordinum generalium nomine Hollandiae et Westfrisiae deputatum, commutatis hinc inde plenipotentiarum tabulis conventum sit tenori sequenti.

I.

Sit maneatque semper inter sacram Ceam Mtem et D. D. ordines generales foederati Belgii constans, perpetua et inviolabilis amicitia et correspontentia teneaturque alter alterius commoda sedulo promovere, damna vero et incommoda pro posse avertere.

II.

Et cum rex Galliae tam sacram Ceam Mtem quam D. D. ordines generales uniti Belgii absque ulla legitima causa seu praetextu gravissimo iuxta ac iniquissimo bello nuperrime adortus sit, sit eo durante inter partes contrahentes non tantum defensivum sed et offensivum foedus, vi cuius ambae omnibus viribus contra praedictum Galliae regem terra marique eiusdemque foederatos, qui quidem ad exhortationes eum in finem interponendas sese ab eodem seiungere noluerint, hostiliter agant deque operationibus

bellicis in communis hostis perniciem sive coniunctim sive separatim utilius instituendis consilia identidem communicent.

III.

Neutri partium fas sit ab hoc contra Galliam bello recedere aut cum illa illiusve adhaerentibus ullam conventionem aut tractatum de pace vel armistitio sub quocunque demum praetextu seorsim instituere nisi volente et concurrente altera parte.

IV.

Nullatenus vero pax ineatur priusquam pax westphalica osnabrugensis et monasteriensis nec non pyrenaea communibus viribus iuvante deo vindicata et omnia iuxta earundem tenorem in ecclesiasticis et politicis in pristinum statum restituta sint.

V.

Institutis autem communi consensu pacis aut armistitii tractatibus, communicabuntur hinc inde bona fide ea quae agentur, nec una pars sine alterius consensu et satisfactione quicquam concludet.

VI.

Postquam praesens bellum communi consensu finitum et pax conclusa fuerit, maneat inter sacram C^eam^ M^tem^ et eiusdem haeredes et successores necnon D. D. ordines generales foederati Belgii contra saepius memoratam coronam Galliae et eiusdem adhaerentes foedus perpetuum defensivum, vi cuius partes contrahentes omnem operam dabunt, ut pax ineunda constanter perpetuoque duret.

VII.

Quod si vero contingeret ut corona Galliae iterum unam alteramve partem contrahentem aut utramque contra eandem pacem impeteret, quocunque id tempore fiat tenebuntur hae sibi vicissim eodem quo nunc modo terra marique omnibus viribus fideliter assistere et quamcunque hostilitatem et violentiam propulsare neque ab eo desistere, donec omnia in pristinum statum iuxta praedictae pacis normam redintegrata sint et parti laesae satisfactum fuerit.

VIII.

Porro tam sacra C^ea^ M^tas^ omnia iura D. D. ordinum generalium quam hi vicissim iura sacrae C^eae^ M^tis^ contra coronam Galliae et eiusdem adhaerentes omni tempore omnibusque mediis et viribus tueantur et defendant neque etiam sibi invicem in iis ullum praeiudicium afferant.

IX.

Si quae inter ipsos contrahentes ratione quorundam limitaneorum dominiorum controversiae sint aut in futurum exoriantur, eae per amicabilem commissionem aut deputandos ab utraque parte ministros omni via facti penitus exclusa amicabiliter discutiantur componanturque neque in iis interea temporis quicquam innovetur.

X.

Ad praesentis foederis societatem invitentur ex parte sacrae C^eae^ M^tis^ corona Hispaniae et a DD. ordinibus generalibus foederati Belgii corona Angliae, et admittantur ad illud pariter omnes utriusque partis foederati quibus eidem accedere visum fuerit.

XI.

Includitur etiam huic foederi serenissimus Lotharingiae dux conferentque confoederati omnem operam, consilia et vires, ut et ipse in suos avitos ducatus, ditiones, status et iura plenariae restituatur.

XII.

Ratihabebitur hoc foedus ab utraque parte intra spatium quatuor septimanarum vel citius si fieri potest.

In quorum omnium certitudinem ac maius fidei et sinceritatis robur bina eiusdem tenoris instrumenta desuper confecta et a contrahentium plenipotentiariis subscripta signataque reciproce commutata sunt. Actum Viennae 12. Maii 1689.

L. S. Leopoldus Gulielmus comes in Konegsegg.
L. S. T. A. comes de Stratman.
L. S. J. Hop.

Articuli separati.

Postquam ex parte Galliae in variis locis et aulis palam divulgatum est, quod non obstante renuntiatione solemnissima successionem in monarchiam hispanicam casu quo rex catholicus sine prole legitima e vivis decederet pro delphino indesinenter praetendat vi et armis etiam asserendam, nec obscure etiam eo collimet ut praedictus delphinus in regem Romanorum evehatur, domini status generales foederati Belgii, mature considerantes quantam status publici collisionem et quantum praeiudicium publicae rei et tranquillitati tam una quam altera praetensio afferre possit, promittunt hisce separatis articulis non minus ac si foederi principali verbotenus inserti essent valituris;

I. casu quo modernus Hispaniarum rex e vita decederet non relictis legitimis descendentibus, quem casum deus clementer avertere velit, se sacram C^eam^ M^tem^ eiusve haeredes ad successionem augustae eiusdem domui legitime competentem in monarchiam hispanicam et eius regna, provincias, ditiones et jura earumque adipiscendam et asserendam quietam possessionem contra Gallos eiusve adhaerentes, qui se huic successioni directe vel indirecte opponere vellent, omnibus viribus adiuturos et in contrarium attentantium vim vi repulsuros; deinde etiam apud dominos principes electores imperii foederatos suos omnia amica officia et studia collaturos, ut quanto citius serenissimus Hungariae rex Josephus sacrae C^eae^ M^tis^ primogenitus in regem Romanorum eligatur; et si ex parte Galliae haec electio minis aut armis impediretur, controverteretur aut quo modo libet interturbaretur, se pro eadem tuenda et avertenda vi omnibus pariter viribus sacrae C^eae^ M^ti^ opem laturos.

Invitabitur ad horum etiam articulorum societatem corona Angliae. Actum Viennae 12. Maii 1689.[1])

Quumque D. D. ordines generales per legatos suos extraordinarios virtute articuli decimi nos in praedicti foederis societatem invitaverunt; nos, quibus nihil magis cordi est quam eas omnes rationes amplecti quae necessariae maximeque utiles sint tam reducendae quam conservandae paci et securitati publicae, eo etiam lubentius eidem accedimus, quo testimonium hoc praebeamus sinceri nostri affectus et amicitiae erga suam C^eam^ M^tem^ dictosque ordines generales; sciatis quod nos perlecto matureque considerato praedicto tractatu eundem laudavimus, approbavimus, gratum, acceptum ratumque habuimus, sicut per praesentes pro nobis, haeredibus et successoribus nostris laudamus, approbamus, gratum, acceptum ratumque habemus, una cum omnibus et singulis eiusdem articulis; spondentes et in verbo regio promittentes, nos praedictum tractatum sancte et inviolabiliter observaturos et adimpleturos, nec eidem in ullo articulo contraventuros aut quantum in nobis erit contraveniri passuros; proviso semper quod sua C^ea^ M^tas^ et ordines generales praedicti nos in eundem tractatum admittant et instrumenta necessaria optima forma respective confecta nobis exhibeant

[1]) *Dieselben Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

tractantque. In cuius rei maiorem fidem et testimonium hasce literas manu nostra signatas magno Angliae sigillo communiri fecimus. Quae dabantur in palatio nostro de Hamptoncourt, nono die Septembris anno domini supra millesimum sexcentesimum octogesimo nono regnique nostri primo.

Gulielmus R.[1])

V. Vom Abschlusse der Allianz vom 9. Sept. 1689 bis zum Tode Karls II. von Spanien 1. Nov. 1700.

Die grosse Allianz, wie seit dem Beitritte Wilhelms III. das staatisch-österreichische Bündnis vom 12. Mai 1689 genannt wurde, trug die Gewähr einer längeren Dauer in sich; denn sie dankte ihren Ursprung nicht einer augenblicklichen Schwierigkeit, mit deren Beseitigung sie ihre Existenzberechtigung verlieren musste, sondern einer Idee, die seit Jahrzehnten viele der hervorragendsten politischen Köpfe beschäftigt hatte deren Realisierung schon oft versucht, aber immer wieder an der ablehnenden Haltung der englischen Könige aus dem Hause Stuart gescheitert war; der Idee, das europäische Gleichgewicht gegenüber den Machtgelüsten Ludwigs XIV. aufrechtzuhalten. So lange der Herrscher Frankreichs an der Eroberungspolitik festhielt, die er so viele Jahre mit immer steigendem Erfolge

[1]) *Eine gleichlautende Erklärung erfolgte bezüglich der Geheimartikel. Die kaiserlichen Ratifikationen dieser Accessionserklärungen Wilhelms erfolgten am 23. Dezember 1689, Or. im St.-A.*

Onno Klopp hat (Der Fall des Hauses Stuart IV. 491 ff.) darauf aufmerksam gemacht, dass diese Urkunde lediglich von dem König selbst, ohne Gegenzeichnung eines Ministers, aber mit dem beigefügtem grossem Siegel von England unterzeichnet wurde und hervorgehoben, dass Wilhelm seine Absicht, die Urkunde gelegentlich dem Parlamente vorzulegen, nicht durchgeführt hat. Doch erhob der Kaiser gegen diese Art des Beitrittes Wilhelms III. zur grossen Allianz kein Bedenken. Über die Gründe, die Wilhelm zu diesem Vorgehen vermocht haben, wird sich schwer ein sicheres Urteil fällen lassen. Klopp scheint anzunehmen, dass Wilhelm III. auf diese Weise seine Praerogative wahren wollte. Gegen die Vorlegung der Separatartikel an das Parlament sprach zweifellos die Verpflichtung der Geheimhaltung der in denselben vereinbarten Bedingungen.

vertreten hatte, mussten die Seemächte und das Haus Habsburg in einem gemeinsamen Vorgehen ihre Rettung erblicken, so verschieden auch sonst ihre Interessen waren und so sehr auch jeder dieser Staaten auf die Wahrung derselben bedacht sein mochte. Es war ein Glück für alle Feinde des französischen Übergewichtes, dass Wilhelm III. und Leopold I. so viele gemeinsame Interessen hatten und bereit waren, um diese zu wahren, manchen Lieblingswunsch zu unterdrücken, manchen Plan zurückzustellen, dessen Durchführung ihnen am Herzen lag.

Es war kein leichtes für den Kaiser gewesen, das Bittgesuch des katholischen Stuart und die Vorschläge Ludwigs XIV. zurückzuweisen, der ihm eine grosse Einigung der katholischen Mächte in Aussicht stellte und ihn mit lockenden Worten zum Kampfe für die gute Sache rief. Aber Leopold I. fühlte, dass er in diesem Augenblicke seinen Untertanen, dem deutschen Reiche, ja ganz Europa einen ungeheueren Dienst leistete, wenn er den Versuchungen Ludwigs XIV. widerstand, und er musste in dieser Auffassung bestärkt werden, als auch die Mehrzahl der Geistlichen an seinem Hofe für den Abschluss mit den Andersgläubigen eintrat, als er sah, dass niemand eifriger gegen das französische Bündnis predigte, als der Gesandte des katholischen Königs. Und wie stark auch seine Neigung sein mochte, die Interessen der katholischen Kirche zu fördern, näher noch stand ihm das Wohl seiner Familie, der Dynastie, deren Haupt er war. Seit Jahrzehnten drohte das Aussterben der spanischen Linie des Hauses Habsburg, jeden Augenblick konnte das nur mühsam flackernde Lebenslicht Karls II. erlöschen und Leopold I. hatte keine Gewissheit, dass in diesem Falle seine Interessen gewahrt werden, seine Ansprüche entsprechende Berücksichtigung finden würden.[1]) *Zweimal hatte er, von der Furcht getrieben beim Todesfall Karls II. leer auszugehen, mit Ludwig XIV. Verträge geschlossen, die ihm, unter Preisgabe des ganzen Erbes, wenigstens einen Teil desselben sichern sollten. Aber wo war die Gewähr, dass der französische Herrscher das*

---

[1]) *Ich verweise für die spanische Successionsfrage in den Jahren 1689—1700 ein für allemal auf die Bände I.—IV. des Werkes von A. Legrelle „La diplomatie française et la succession d'Espagne", 2. Aufl. 1895. Legrelle gibt in seinem Vorwort p. I.—XXXII. eine ausführliche Kritik der hauptsächlichen Literatur über diesen Gegenstand.*

gegebene Wort halten werde? Die Unterstützung der Seemächte, zu der sich dieselben durch den geheimen Separatartikel der grossen Allianz verpflichtet hatten, war unter diesen Umständen ein ungeheurer Vorteil für den Kaiser, den dieser auch zu würdigen wusste. Nicht geringer dachte Leopold I. von dem Versprechen der Seemächte, die Wahl seines Sohnes Josef zum deutschen Könige zu fördern. Wusste er ja, dass Ludwig XIV., sein Rivale in den Jahren 1657 und 1658, seit dieser Zeit unablässig im Reiche tätig war für den Dauphin Stimmung zu machen, dass es demselben gelungen war manchen der Wähler zu bindenden Zusagen im Sinne der Förderung der französischen Kandidatur zu bewegen, dass derselbe entschlossen sei mit allen Mitteln, die ihm zu Geboten standen, dieses Ziel zu verfolgen. Aber auch Wilhelm III. hatte allen Grund Wert auf das Bündnis zu legen, dem er beigetreten war. Es war für ihn, der einem schweren Kampfe mit Ludwig XIV., dem Vertreter der Stuart'schen Sache entgegensah, ein nicht hoch genug zu schätzender Vorteil, dass Kaiser Leopold I., das Haupt der Christenheit, der Führer im Kampfe gegen die Glaubensfeinde, der treue Katholik, ihn in seiner Stellung anerkannte und sich mit ihm zu einem Kampfe einigte, der mit in erster Linie die Rückkehr Jakobs II. nach England verhindern sollte.

Wir sehen, neben den allgemeinen Interessen gab es noch besondere, die Leopold I. und Wilhelm III. auf einander anwiesen und zu gegenseitiger Nachgiebigkeit bestimmten, so oft im Verlaufe des Krieges, der unter ihrer Leitung während der folgenden Jahre gegen Frankreich geführt wurde, Differenzen entstanden und Streitigkeiten geschlichtet werden sollten. Es ist nicht unsere Sache, diesen Kampf oder die diplomatischen Beziehungen zu schildern, zu denen die Notwendigkeit einer Einigung über die Kriegsoperationen[1] *Veranlassung gab; die Verhand-*

[1] *Da der Hauptvertrag, der diesem Kriege voranging, zwischen dem Kaiser und den Generalstaaten geschlossen wurde, schien es angezeigt, die Erörterung der Umstände, unter denen am 14. Februar 1693 zwischen den Bevollmächtigten des Kaisers und der mit ihm gegen Frankreich verbündeten Mächte — zu denen neben mehreren Reichsfürsten auch die Generalstaaten und England zählten — ein Übereinkommen, betreffend den Schutz des Mittel- und Niederrheins geschlossen wurde, dem Herausgeber der niederländischen Staatsverträge zuzuweisen, und dies umsomehr, als England bei diesem Unternehmen nur*

lungen zu verfolgen, die der Werbung neuer Genossen für die gemeinsame Sache galten;[1]) *von den vielen kleinen und grossen Gefälligkeiten zu erzählen, die sich die beiden Herrscher im Laufe der Kriegsjahre erwiesen; den Ursachen nachzugehen, die — zumal gegen Ende des Krieges — eine bedenkliche Entfremdung zwischen Wilhelm III. und Leopold I. herbeigeführt haben.*[2]) *Es muss in diesem Zusammenhang genügen, zu erwähnen, dass es Ludwig XIV., der in den letzten Jahren den Krieg nur notgedrungen führte, im Jahre 1694 gelang, Wilhelm III. und Leopold I. zu Separatverhandlungen zu bewegen, die das gegenseitige Misstrauen der beiden Fürsten hervorriefen und dass diese dem Geiste des Bündnisses von 1689 widersprechenden Unterhandlungen auch nach der im Mai 1695 erfolgten Erneuerung desselben*[3]) *nicht aufhörten. Entscheidend aber für das Gelingen der Friedenspläne Ludwigs XIV. wurde der Abfall des Herzogs von Savoyen, der im Jahre 1696 die Beziehungen zu den Alliierten löste und in ein Bundesverhältnis zu seinem früheren Gegner trat, das den Kaiser, dessen Angelegenheiten in Ungarn damals nicht gerade günstig standen, zu einem Neutralitätsvertrage mit Ludwig XIV. zwang, kraft dessen beide Parteien ihre Truppen aus Italien entfernen sollten. Den Hauptvorteil aus dieser Neutralität zog Ludwig XIV. Wilhelm III. erklärte die Fortsetzung des Kampfes unter diesen Umständen für unmöglich, gab seine Einwilligung zur Eröffnung der Friedensverhandlungen und schloss mit Ludwig XIV. in dem Augenblicke den Frieden, als dieser — schweren Her-*

---

nominell mitbeteiligt war. Ich begnüge mich daher mit dem Verweise auf Mörner Kurbrandenburgs Staatsverträge Nr. 368, p. 581, wo ein ausführliches Regest dieses Vertrages vorliegt.

[1]) *Das am 18/28. März 1695 im Haag geschlossene Bündnis — für die Drucke vgl. Bittner l. c. Nr. 569 — durch das der Bischof Friedrich Christian von Münster dem Wiener Bündnisse vom 12. Mai 1689 beitrat, wird vom Herausgeber der Staatsverträge Österreichs mit Münster zu publizieren sein. Leopold I., Wilhelm III. und die Generalstaaten erscheinen in demselben als eine Partei, der Bischof von Münster als ihr Vertragsgegner.*

[2]) *Am Wiener Hofe erschienen nacheinander als Vertreter Wilhelms III. William Paget (1689), George Stepney (1693), Robert Lexington (1694), Sutton (1697). Von allen diesen Männern liegen zahlreiche Berichte im R. O. Eine wichtige Rolle spielten bei ihren Verhandlungen auch die Titelfragen.*

[3]) *Die Erneuerung des Wiener Bündnisses vom 12. Mai 1689 erfolgte im Haag am 8. Aug. 1695; vgl. den Abdruck im Anhange zu diesem Kapitel.*

zens — sich bereit zeigte, Jakob II. fallen zu lassen und das Versprechen gab, der jakobitischen Partei ferner keine Unterstützung zuteil werden zu lassen. Den Engländern schlossen sich Holland und Spanien an, und auch der Kaiser und das Reich mussten sich, da an eine erfolgreiche Fortführung des Krieges nicht zu denken war, bald darauf zum Abschlusse des Ryswicker Friedens verstehen.

Derselbe entsprach nicht ganz den Erwartungen, mit denen Leopold I. in den Krieg mit Frankreich eingetreten war. Ludwig XIV. behauptete das Elsass und behielt Strassburg. Doch bedeuteten die Rückgabe der ausserelsässischen Reunionen an die rechtmässigen Besitzer; Lothringens — wenn auch noch so verklausuliert — an den Herzog Leopold Josef, Freiburgs und Breisachs an Österreich, Philippburgs und Kehls an Kaiser und Reich und die Demolierung aller französischen Befestigungen an dem rechten Rheinufer und an der Mosel, wesentliche Erfolge, zu denen noch die Ludwig XIV. wenig günstige Lösung der pfälzischen Streitfrage und die Behauptung des Kölner Erzbistums durch den bairischen Prinzen, den Kandidaten des Kaisers, hinzukamen. Die Ryswicker Klausel aber — nach der an allen restituierten Orten die römisch-katholische Religion in dem Zustande bleiben sollte, in dem sie zur Zeit der Restitution war — konnte, so schwer sie auch die evangelischen Fürsten traf, dem katholischen Kaiser nur erwünscht sein.[1]) *Rechnet man noch hinzu, dass die günstigen Bedingungen, unter denen das stammverwandte spanische Königshaus den Frieden mit Frankreich geschlossen hatte, dem Kaiser überaus erwünscht sein mussten, dass der Friede im Westen ihm die Möglichkeit bot, den siegreich geführten Krieg gegen die Türken erfolgreich zu beendigen, dass seine Stellung im europäischen Staatenkonzerte durch das Zurückdrängen des französischen Herrschers wesentlich an Bedeutung gewonnen hatte, so begreift man, dass der Ryswicker Friede Leopold I. ein annehmbarer erschien. Wenn trotzdem seine Stimmung in jenen Tagen eine recht gedrückte war, wenn er der Zukunft sorgenvoll entgegensah, so geschah dies, weil seine Bemühungen eine günstige Lösung der wichtigsten Frage, die ihn damals beschäftigte, jener der spanischen Succession, her-*

---

[1]) *Für die Drucke des am 20./30. Okt. 1697 geschlossenen Ryswicker Friedens vgl. Bittner l. c. Nr. 589.*

beizuführen oder vorzubereiten, erfolglos geblieben waren; nicht in letzter Linie durch die Haltung der Seemächte, die sich im Jahre 1689 so unzweideutig zur Wahrung seiner Rechte verpflichtet hatten. Wir wissen, dass der Wunsch, bei Eröffnung der spanischen Succession der Mithilfe dieser Mächte in seinem Interesse sicher zu sein, Leopolds I. Entschliessungen im Jahre 1689 bestimmt hatte und dass er dem geheimen Separatartikel der Allianz grossen Wert beimass, durch den sich König Wilhelm und die Generalstaaten verpflichtet hatten, „im Falle des Todes Karls II. ohne rechtmässige Descendenz mit allen Kräften dem Kaiser und dessen Erben beizustehen, um ihnen zu der ihrem Hause rechtmässig gebührenden Succession zu verhelfen." Die Befürchtungen des Kaisers hatten sich damals nicht blos gegen Ludwig XIV., sondern auch gegen jene mächtige Partei am spanischen Hofe gerichtet, die seit der Vermählung Marie Antoniens — der einzig überlebenden Tochter Maria Margarethens, der spanischen Prinzessin, und Leopolds I. — mit dem Kurfürsten Max Emanuel von Baiern die Erbansprüche dieser beiden Personen vertrat und dem Verzichte, den Marie Antonie auf das Ganze der spanischen Erbschaft gegen die Zusicherung der spanischen Niederlande geleistet hatte, keine Berechtigung zuerkannte. Diese Partei nun hatte durch die während des Krieges — im Jahre 1692 — erfolgte Geburt des bairischen Kurprinzen Josef Ferdinand, dessen Erbrecht nach spanischer Rechtsanschauung durch die Entsagung seiner Mutter durchaus nicht beeinflusst werden konnte, einen mächtigen Einfluss erlangt, gegen den Leopold I. vergebens anzukämpfen sich bemühte, zumal auch seine Schwester, Maria Anna, die bis dahin die Interessen des österreichischen Hauses in Madrid vertreten hatte, der Erbfolge des bairischen Kurprinzen das Wort sprach und ihrem Sohne, Karl II., in ihrer letzten Stunde — sie starb im Mai 1696 — dringend die Ordnung dieser wichtigen Frage in diesem Sinne empfahl. Karl II. zögerte aber, hauptsächlich beeinflusst durch seine Gattin, die Pfalz-Neuburgerin Maria Anna, die sich damals mit der Hoffnung trug, dem Lande selbst den Thronerben zu schenken, den letzten Willen seiner Mutter zu erfüllen. Erst im Herbste 1696, als sich die Hoffnung der Königin als trügerisch erwiesen hatte, als sie und Karl II. selbst schwer erkrankten, wurde ein zu Gunsten Josef Ferdinands lautendes Testament aufgesetzt, dessen Inhalt allen Beteiligten unbekannt

bleiben sollte. Allein alsbald wusste man aller Orten, wie Karl II. über sein Reich verfügt hatte, und es zeigte sich, dass weder Ludwig XIV. noch Leopold I. mit den Entschliessungen des spanischen Königs einverstanden waren. Sie versuchten beide eine Änderung derselben in ihrem Interesse durchzusetzen; Ludwig XIV., indem er grosse Anerbietungen für die Berücksichtigung seiner Wünsche machte, Leopold I., indem er die Vererbung der Monarchie an den Kurprinzen als gleichbedeutend mit der Hingabe derselben an Frankreich bezeichnete: die Unterdrückung der deutschen Linie des Hauses Habsburg, den Verlust der Kaiserkrone als die unausbleiblichen Folgen der Handlungen Karls II. bezeichnete und energischer als vorher für die Nachfolge seines zweitgeborenen Sohnes Karl eintrat. Es war selbstverständlich, dass die Wiener Regierung in dem Augenblicke, da sie Anspruch auf das gesamte Erbe Karls II. — die spanischen Niederlande ausgenommen — erhob, mit der Tatsache rechnen musste, dass Ludwig XIV., sollte der spanische Hof auf die Wünsche Leopolds I. eingehen, mit den Waffen in der Hand seine Forderungen geltend machen werde. Allein man glaubte in der Umgebung des Kaisers den Kampf mit Ludwig XIV. wagen zu dürfen, vorausgesetzt, dass die Seemächte noch bereit waren, die Verpflichtungen zu halten, die sie im Jahre 1689 übernommen hatten.

Es galt, sich zu vergewissern, ob dies der Fall war. Anfang März 1697 trat Graf Auersperg, der kaiserliche Gesandte am Londoner Hofe, an Wilhelm III. mit der Frage heran, ob er bereit sei, falls Karl II. eine zu Gunsten des Kaiserhauses lautende Erklärung in der Successionsfrage abgeben sollte, einen darauf bezughabenden Artikel in den Friedensvertrag aufzunehmen und die Annahme desselben seitens Frankreichs zur Bedingung zu machen.[1]) *Dabei erinnerte Graf Auersperg den König an den geheimen Separatartikel der Allianz von 1689. Wilhelm leugnete die damals übernommene Verpflichtung nicht ab, aber er betonte, dass der dort vorausgesetzte Tod Karls II. noch nicht eingetreten sei und weigerte sich auf das entschiedenste, eine solche Friedensbedingung an Ludwig XIV. zu stellen. Eher wäre es möglich, meinte er,*

---

[1]) *Bericht Auerspergs d. d. 22. März 1697 St.-A.; vgl. Klopp l. c. VII. 347 ff.*

einen neuen Krieg zu beginnen, falls Ludwig XIV. sich beim Tode Karls II. der Succession des Erzhauses in Spanien widersetzen sollte. Ebenso ablehnend verhielt sich der Grosspensionär Heinsius. Die Erklärungen beider lassen darauf schliessen, dass sie von dem Testamente Karls II. bereits Kenntnis besassen und mit der Lösung der Frage zu Gunsten des bairischen Prinzen einverstanden waren. Insbesondere für die Republik der Vereinigten Niederlande war die Nachbarschaft eines minder kräftigen Fürsten ein nicht zu unterschätzender Vorteil und Wilhelm war gerne bereit, deren Interessen zu wahren, wenn dieselben, wie in diesem Falle, denen der Engländer nicht zuwiderliefen. Von der Verpflichtung, die er 1689 übernommen, hat sich Wilhelm durch diese Haltung nicht losgesagt. Er liess Auersperg vielmehr erklären, er werde stets bereit sein dem Kaiser beizustehen, damit Frankreich aus dem spanischen Erbfalle keinen Nutzen ziehe und betonte die Notwendigkeit in der Garantie des zu schliessenden Friedens den Artikel zu erneuern, der die spanische Succession und die Verpflichtung des englischen Königs und der Generalstaaten betraf dieselbe aufrechtzuhalten. Trotzdem bedeutete das Verhalten Wilhelms eine schwere Niederlage für den Kaiser. Dieser hatte sich von dem Eintreten der Seemächte für seine Interessen einen mächtigen Eindruck am Madrider Hofe versprochen und gehofft, den ewig schwankenden König, der im Juni seine Bereitwilligkeit kundgethan hatte, den Erzherzog Karl nach Spanien zu berufen und kaiserliche Truppen aufzunehmen, für eine Entscheidung in diesem Sinne zu gewinnen. Die Erklärungen Wilhelms, als deren Konsequenz sich sein zögerndes Verhalten gegenüber der Forderung Karls II. um Absendung eines Geschwaders zum Schutze Barcelonas gegen Ludwig XIV. ergab, raubten Leopold I. die Hoffnung, in diesem Augenblicke mit seinen Plänen in Madrid durchzudringen, und die Eile, mit der Wilhelm III. und die Niederländer mit Ludwig XIV. abschlossen, sobald dieser ihre besonderen Wünsche zu erfüllen sich bereit zeigte, machte es Leopold I. unmöglich, die Forderungen, zu denen er sich nach den letzten Erklärungen Wilhelms III. berechtigt glaubte, rechtzeitig, vor Abschluss des englisch-staatisch-französischen Friedens, an Wilhelm III. zu stellen.

Erst am 11. Okt. 1697, 3 Wochen nach erfolgter Unterzeichnung des Sonderfriedensschlusses, trat Leopold I. an Wilhelm III. mit dem Ersuchen heran, die Fortdauer des Bündnisses nach beendigtem Kriege, wie dies in der Allianz vorgesehen sei, feierlich auszusprechen. Ausdrücklich hat Leopold I. als den Hauptzweck dieser Erneuerung der Verträge von 1689 das Verlangen bezeichnet, zu erfahren, „was wir von England und Holland inbetreff des damals errichteten geheimen Artikels über die spanische Succession zu erwarten haben."[1]) *Die Entscheidung, ob Erzherzog Karl gleich oder erst später nach Spanien reisen sollte, überliess er Wilhelm III. Dieser erwiderte, es sei stets sein Gedanke gewesen, die bestehende Allianz fortdauern zu lassen und erbot sich, sie in jeder Beziehung zu erneuern. Im übrigen verwies er Auserperg auf die Verhandlungen, die er in Gemeinschaft mit dem Grosspensionär im Haag führen wollte. Allein hier zeigte sich, dass die Hindernisse, die vor dem Ryswicker Friedensschlusse die Einigung Leopolds I. mit den Seemächten erschwert hatten, noch immer nicht beseitigt waren. Denn Heinsius — er, nicht Wilhelm III. stand im Vordergrunde — machte die Entschliessungen der Seemächte von einer vorhergehenden öffentlichen Erklärung Karls II. zu Gunsten des Erzherzogs Karl abhängig, während der spanische König, aus Furcht vor Ludwig XIV. und vor der grossen antiösterreichischen Partei an seinem Hofe, ohne sichere Aussicht auf eine entsprechende fremde Hilfe der Welt seinen Willen nicht verkünden wollte. Unter diesen Umständen hatte die Erneuerung der Allianz, zu der Wilhelm III. wie die Generalstaaten drängten, für die Wiener Regierung keinen Wert. „Ich sehe nicht ab, was es fruchten soll, eine Allianz zu erneuern, nachdem sie kurz zuvor gebrochen worden ist", meinte Auersperg und seine Anschauung teilten die massgebenden Kreise in Wien. „Man behauptet, schrieb Kinsky, von Seiten der Seemächte den Zweck — die Wahrung der österreichischen Interessen beim Tode Karls II. — zu wollen, aber die Anwendung der erforderlichen Mittel verschiebt man auf eine unbestimmte Zukunft. Auch ich bin der Ansicht, dass wir eine günstigere Zeit ab-*

---

[1]) *Weisung an Auersperg d. d. 11. Oktocer 1697 St.-A. Vgl. Klopp l. c. VII. 487 ff.*

zuwarten haben".[1]) *Und wie die Minister dachte auch Leopold I. Er hatte immer die Ansicht vertreten, man dürfe keinen Anspruch aufgeben, man solle aber die Durchführung desselben nicht übereilen. Seiner Zähigkeit hatte er schon so manchen Erfolg zu danken. Auch diesmal hoffte er auf die Fügung Gottes, dessen schützende Hand er in den schwersten Augenblicken seines Lebens so deutlich gespürt hatte.*

„Gott, auf den ich alles gegründet, hat bisher denen, die mein Erzhaus stürzen wollten, das Konzept durchstrichen. Darum hoffe ich, dass auch ferner die Dinge glücklich von statten gehen werden." So schrieb Leopold seinem Botschafter in Madrid zu Beginn des Jahres 1698.[2]) *Die Worte zeigen die Unerschütterlichkeit, mit der Leopold I. an seinem Anspruche auf die ganze Erbschaft des spanischen Königs festhielt, trotz aller Ereignisse, die sich im Laufe der letztverflossenen Jahre am Madrider Hofe zugetragen hatten. Er rechnete noch immer auf den Familiensinn Karls II., auf den Einfluss Maria Anna's von Pfalz-Neuburg, auf die Österreich freundlichen Kräfte innerhalb des spanischen Adels und der hohen Geistlichkeit, und er hoffte mit deren Hilfe die Einsetzung seines zweitgeborenen Sohnes zum Erben des gesamten spanischen Besitzes — die spanischen Niederlande ausgenommen — zu erwirken. Und er war entschlossen diese Ansprüche, wenn es sein musste, mit den Waffen in der Hand zu verteidigen, so zerrüttet auch nach dem Ende des schweren Doppelkrieges, den er geführt, seine Finanzen und sein Heer waren. Er rechnete dabei auf die Unterstützung mächtiger Fürsten des Reiches, noch mehr aber auf die Hilfe der Seemächte, zu der sie der geheime Artikel des Vertrages von 1689 verpflichtete, den zu erneuern sie sich noch vor kurzem unter der Voraussetzung erboten hatten, dass Karl II. eine entschiedene Erklärung zu Gunsten des österreichischen Hauses abgeben sollte. Allein wie in früheren Jahren blieben auch jetzt die Bemühungen der Österreicher in Madrid erfolglos;*[3]) *die Kandidatur des bairischen Kurprinzen Josef Ferdinand gewann immer neue Anhänger und*

[1]) *Vgl. Klopp l. c. VII. 498.*

[2]) *Leopold an Harrrch 3. Jan. 1698; vgl. Klopp l. c. VIII. 45.*

[3]) *Für die österr. Politik in Madrid vgl. insbesondere Gaedeke, Die Politik Österreichs in der spanischen Erbfolgefrage. 2 Bde.*

die Seemächte zeigten infolge dessen, als die österreichischen Gesandten auf die Nachricht von einer neuerlichen schweren Erkrankung Karls II. an sie mit der Aufforderung herantraten, sich zur Unterstützung der Ansprüche Leopolds I. durch die Erneuerung des Garantievertrages zu verpflichten, durchaus nicht jenes Entgegenkommen, das Leopold I. wünschte und erwartete. Wohl sprachen sie auch jetzt noch ihre prinzipielle Bereitwilligkeit aus, die Allianz zu erneuern, allein sie machten nach wie vor ihr Eintreten für den Erzherzog Karl von einer öffentlichen Erklärung des spanischen Königs abhängig und forderten von Leopold I. den Abschluss des Friedens mit den Türken als notwendige Voraussetzung eines erfolgreichen Widerstandes gegen Ludwig XIV. Wie wenig aufrichtig aber selbst diese Anerbietungen waren, beweist ein Schreiben Wilhelms III. an Heinsius vom April 1698, in dem er es als ein Glück bezeichnete, „dass wir inbetreff der spanischen Succession nicht fester mit dem Kaiser verknüpft sind und dass es fraglich ist, ob die grosse Allianz fortbesteht oder nicht." Es kann nicht unsere Aufgabe sein in diesem Zusammenhange den Motiven nachzugehen, die Wilhelm III. zu diesem Wechsel seiner Anschauung bewogen haben. Die Art und Weise, wie er sich zu dem kaiserlichen Gesandten stellte, spricht dafür, dass er sich seiner Verpflichtung Leopold I. gegenüber bewusst blieb und nur widerwillig der Gewalt der Tatsachen wich, als er das dem Kaiser gegebene Versprechen brach und mit Ludwig XIV. Verhandlungen anknüpfte, die eine den eingegangenen Verpflichtungen widersprechende Lösung der Erbfolgefrage herbeiführen sollten. Unzweifelhaft hat die Haltung der Niederländer, die sich durchaus abgeneigt zeigten, für das Erbrecht der deutschen Habsburger einen neuen Krieg gegen Ludwig XIV. zu führen und die Friedensstimmung des englischen Parlamentes, das nachdrücklichst die Entlassung der Armee forderte, die Entschlüsse Wilhelms III. beeinflusst, mehr aber noch die Erwägung, dass der Heimfall des gesamten spanischen Besitzes an das Haus Leopolds I., des Siegers von Zenta, des Eroberers im Osten Europa's, den Interessen des europäischen Gleichgewichtes nicht weniger gefährlich werden musste, als die Besitzergreifung Spaniens seitens Ludwigs XIV. und dessen Familie.

Als er im Jahre 1689 mit dem Kaiser jene Allianz schloss, die ihn zur Unterstützung der österreichischen Ansprüche auf den spanischen Besitz verpflichtete, hatte die bairische Kandidatur noch in zweiter Linie gestanden; seitdem hatte der Kurprinz Josef Ferdinand das Licht der Welt erblickt und für dessen Thronansprüche war der grösste Teil der Spanier eingetreten. Es war nun der Gedanke Wilhelms III., diese bairische Kandidatur, die den Interessen Englands nicht widersprach und denen der Niederländer äusserst vorteilhaft war, bei den rivalisierenden Herrschern von Frankreich und Österreich durch das Anerbieten durchzusetzen, ihnen Teile der spanischen Monarchie, die dem Haupterben genommen werden sollten, als Entschädigung für ihre Ansprüche abzutreten. Allein Ludwig XIV., der die Anregung des Oraniers mit Freuden aufgriff, forderte den Ausschluss des Kaisers, und Wilhelm III. fügte sich, wenn auch zögend und widerstrebend, diesem Begehren, als die Äusserungen Leopolds I. und dessen Gesandten keinen Zweifel daran aufkommen liessen, dass der österreichische Herrscher mit der von Wilhelm III. geplanten Abfertigung nicht einverstanden sein, vielmehr die Erneuerung der Allianz von 1689 und damit der in derselben ausgesprochenen Unterstützung seiner Ansprüche auf das Gesamterbe seitens der Seemächte fordern werde.

Am 11. Oktober 1698 erfolgte im Haag die Unterzeichnung des ersten Teilungsvertrages zwischen England, Frankreich und den Generalstaaten.[1]) *Kurprinz Josef Ferdinand sollte als nächstberechtigter Haupterbe Spanien, die Niederlande und die Kolonien; der Dauphin von Frankreich Neapel, Sizilien und die Grenzverbesserung an den Pyrenäen; Erzherzog Karl das Herzogtum Mailand erhalten. Die 3 Mächte verpflichteten sich den Vertrag, wenn nötig auch mit Waffengewalt, durchzusetzen. Nach erfolgter Ratifikation sollte Wilhelm III. den Kaiser von dem, was geschehen, in Kenntnis setzen und ihn zum Beitritte einladen. Allein am Tage vor der Unterzeichnung forderte Ludwig XIV., dass der Vertrag dem Kaiser bis zum Tode Karls II. verborgen bleiben solle und Wilhelm III. gab, obgleich der 8. Artikel des Teilungs-*

---

[1]) *Abgedruckt u. a. nach dem in Paris befindlichen Original bei Legrelle l. c. II. 566 ff.*

vertrages die unmittelbare Mitteilung an Leopold I. nach erfolgter Ratifikation bestimmte, dem Drängen des französischen Königs insoweit nach, dass er die Durchführung dieses Artikels bis zum Januar 1699 suspendierte. Vergebens bemühten sich die Vertreter Leopolds I. in London und im Haag offizielle Kunde von dem Vertrage zu erhalten, vergebens forderte der Kaiser die Erneuerung der Allianz von 1689. Die allgemeinen Redensarten des staatischen Gesandten in Wien und das zögernde Benehmen Wilhelms III. liessen keinen Zweifel darüber, dass der Kaiser vorerst auf eine ernste Vertretung seiner Interessen seitens der Seemächte nicht zu rechnen habe.

Allein das Bemühen der 3 Mächte, die den Haager Teilungsvertrag unterzeichnet hatten, den Inhalt desselben geheim zu halten, blieb erfolglos und Karl II. beantwortete diese eigenmächtige Einmischung in seine Angelegenheiten, indem er am 14. Nov. 1698 seinen Grossneffen, den Kurprinzen Josef Ferdinand von Baiern, feierlich zum Erben seines gesamten Besitzes einsetzte. Das Vorgehen Karls II. fand bei den beteiligten Mächten verschiedenartige Beurteilung. Die Engländer und die Generalstaaten waren mit dieser friedlichen und ihren Interessen vorteilhaften Lösung der Frage einverstanden; dagegen begannen der Kaiser und der König von Frankreich, über ihren Ausschluss von der Erbschaft entsetzt, von neuem das Spiel der Intriguen und geheimen Verhandlungen, dessen sie sich schon so oft — jeder in seinem Interesse — bedient hatten.

Mitten in diese Bemühungen der österreichischen und französischen Regierung, eine Änderung der Entschlüsse am Madrider Hofe durchzusetzen, fiel die Nachricht, dass der junge Prinz, an dessen Dasein sich so stolze Hoffnungen knüpften, gestorben sei. Die Wirkung dieses Ereignisses war eine weittragende; alle Vereinbarungen, die bisher getroffen worden waren, der Teilungsvertrag vom 11. Okt., wie das Testament Karls II. vom 14. Nov. 1698, verloren ihre Geltung, und die grosse Frage, deren Lösung so viele Köpfe beschäftigt hatte, rief von neuem eine Fülle offener und geheimer Verhandlungen hervor, die keiner der beteiligten Fürsten besser zu benützen wusste, als Ludwig XIV. Er trat mit neuen Vorschlägen an Wilhelm III. und die Generalstaaten heran, verhandelte aber zu gleicher Zeit mit Leopold I. und verstand es vortrefflich, die Bemühungen

der Seemächte zu durchkreuzen, die ununterbrochen nach einer Lösung suchten, die auch dem Wiener Hofe genügen konnte. Wir können in diesem Zusammenhange den Verhandlungen nicht folgen, die während des Jahres 1699 in diesem Sinne zwischen dem englischen und dem österreichischen Hofe geführt worden sind. Das Ergebnis derselben war, dass Leopold I., obgleich er dem Projekte einer Teilung des spanischen Erbes nicht prinzipiell abgeneigt war, die Entwürfe auf das entschiedenste zurückwies, die ihm seitens der Seemächte im Sommer des Jahres 1699 vorgelegt wurden. Er betonte in der feierlichen Erklärung, mit der er die Vorschläge der Seemächte beantwortete, dass er die Annahme derselben für unvereinbar mit seiner Ehre halte, und dass er fest entschlossen sei, falls die Seemächte auf der Durchführung ihres ungerechten Beschlusses beharren sollten, „zu tragen, was er nicht zu hindern vermöge und mit ruhigem Sinne zu erwarten, was der Lenker der irdischen Geschicke über den König von Spanien und dessen Monarchie verfügen werde; in dem festen Vertrauen jedoch, dass eben derselbe gerechte Gott die Anschläge derer verwirren wird, die wider göttliches und menschliches Recht fremde Königreiche zerteilen, wegnehmen, an Andere vergeben".[1] *Abermals aber und endgültig erklärte der Kaiser inbetreff der gesamten spanischen Monarchie nicht zu gestatten, dass durch Verträge ihm und seinen Erben auch nur ein Fussbreit Landes strittig gemacht werde. Der Protest des Kaisers blieb erfolglos; die Verhandlungen der Seemächte mit Ludwig XIV. wurden fortgesetzt und führten, nachdem neuerliche Versuche Wilhelms III. den Kaiser umzustimmen gescheitert waren, im März 1700 zu dem zweiten Teilungsvertrage zwischen Frankreich und den Seemächten.*[2] *In demselben wurden dem zweitgeborenen Sohne Leopolds I., Erzherzog Karl, Spanien, die Niederlande und die Kolonien, dem Dauphin aber die gesamten italienischen Besitzungen, auch Mailand, zugesprochen; doch sollte letzteres dem Herzoge von Lothringen gegen Abtretung seines Besitzes an Frankreich übergeben werden. Sogleich nach dem Austausche der Ratifikationen sollte der Vertrag dem*

[1] *Vgl. Wagner Hist. Leop. Magni II. 539 ff., Klopp l. c. VIII. 389.*

[2] *Abgedruckt u. a. nach dem in Paris befindlichen Original der französisch-holländischen Ausfertigung bei Legrelle l. c. III. 595 ff.*

Kaiser mitgeteilt und derselbe zum Beitritte aufgefordert werden. Erfolgte dieser innerhalb dreier Monate nicht, dann sollten die 3 Mächte den Anteil Karls einem anderen Fürsten übergeben und jeden Versuch dieses Erzherzogs, sich in den Besitz irgend eines Teiles des spanischen Erbes zu setzen, mit allen Kräften abwehren. In einem geheimen Artikel, der seinen Ursprung dem Wunsche Wilhelms III. verdankte, alles mögliche vorzukehren, um eine Aktion der Vertragschliessenden gegen Leopold I. zu verhindern, wurde bestimmt, dass dem Kaiser der Beitritt zu diesem Bündnisse — falls derselbe innerhalb der festgesetzten Frist von 3 Monaten nicht erfolgen sollte — auch 2 Monate nach dem Tage freistehen sollte, an dem die 3 Mächte ihm den Tod Karls II. notifiziert haben würden. In der Tat lehnte Leopold I. seinen Eintritt in das zwischen Frankreich und den Seemächten geschlossene Bürdnis entschieden ab und blieb bei diesem Vorsatze auch dann, als Wilhelm III. immer dringender in seiner Aufforderung wurde und dem Kaiser die üblen Folgen, die sich aus einer Weigerung ergeben könnten, immer nachdrücklicher vorhielt.

Ganz unzweifelhaft haben die Nachrichten, die Leopold I. in diesen Monaten aus Madrid erhielt, mit in erster Linie zu seinem Entschlusse beigetragen, dem ihm ungünstig scheinenden Teilungsvertrage seine Zustimmung zu versagen. Er erfuhr, dass die Spanier über die Einmischung der fremden Mächte entrüstet und entschlossen seien die Einheit der Monarchie zu wahren; dass Karl II. in London und Versailles gegen das Vorgehen der Seemächte und Frankreichs protestiert, dass die Stimmung in Madrid sichtbar zum Vorteile Österreichs gewechselt habe. Und bald darauf erhielt er ein Schreiben Karls II., in dem dieser seinen Entschluss mitteilte, die Monarchie dem habsburgischen Hause ungeteilt zu hinterlassen, und dem Wunsche Ausdruck verlieh, den Erben, Erzherzog Karl, bald in seinem Lande begrüssen zu können. Man wird es unter diesen Umständen begreiflich finden, dass Leopold I. die 3monatliche Frist, die ihm zum Beitritte zum Teilungsvertrage gewährt worden war, unbenützt vorübergehen liess und bei seiner Weigerung auch dann blieb, als die Seemächte im Herbste 1699 immer von neuem in ihn drangen, dem sonst unausweichlichen Kriege durch seinen Beitritt zu den Bestimmungen des Teilungsvertrages vorzubeugen. Ganz ausdrück-

lich wurde in der entscheidenden Konferenz der Wiener Regierung am 20. Okt. als Hauptgrund für diese Ablehnung das Versprechen bezeichnet, das Leopold I. dem Könige von Spanien gegeben habe, nicht bei dessen Lebzeiten über das spanische Erbe zu verfügen.[1]) *Man glaubte eben am Wiener Hofe mit voller Sicherheit auf ein zu Gunsten der Erzherzogs Karl lautendes Testament Karls II. rechnen zu dürfen und fürchtete durch das Eingehen auf einen Teilungsplan, der leicht zur Kenntnis Karls II. gelangen konnte, diesen zu verletzen.*

Man täuschte sich. Wohl hatte Karl II. an seiner Entscheidung zu Gunsten des Kaiserhauses lange festgehalten und die Königin alles getan, um ihn in dieser Absicht zu bestärken, allein Kardinal Porto Carrero, der Vorkämpfer der französischen Partei, erzwang am 3. Okt. von dem auf den Tod erkrankten Könige, den er geschickt von jedem kaiserfreundlichen Einflusse zu isolieren verstand, die Unterzeichnung eines Testamentes, in dem die Unteilbarkeit der spanischen Monarchie ausgesprochen und Philipp von Anjou, der zweitgeborene Sohn des französischen Dauphins, zum Nachfolger Karls II. bestimmt wurde. Wenige Wochen später verschied dieser, ohne seine Absicht, das ihm abgepresste Testament umzustossen, durchgeführt zu haben. Der letzte Wille Karls II. fand die volle Zustimmung der Spanier; der neue König, Philipp V., wurde ohne Widerstand anerkannt. Eilboten trugen die grosse Botschaft nach allen Windrichtungen. Sie fanden die massgebenden Personen nicht unvorbereitet. Die Nachricht von der Unterzeichnung des für Frankreich günstigen Testamentes war im Laufe des Monates Oktober nicht nur in Paris, sondern auch in London, im Haag und in Wien eingetroffen. Sie hatte zur Folge, dass Wilhelm III. und die Generalstaaten heftiger als je den Beitritt Leopolds I. zum Teilungsvertrage forderten. Allein auch diesmal lehnte der Kaiser es ab, einer Teilung des spanischen Besitzes durch fremde Fürsten bei Lebzeiten Karls II. seine Zustimmung zu geben. Die Nachricht von einer Wendung zum besseren im Befinden des schwerkranken Königs und die Hoffnung, dass der Königin die Umstossung des Testamentes vom 3. Okt. gelingen werde,

---

[1]) *Vgl. den Abdruck in den Feldzügen des Prinzen Eugen III. 371; Klopp l. c. VIII. 586 f.*

trugen dazu bei, Leopold I. in seiner Ansicht zu bestärken, von der er dem Oranier in entschiedener, aber überaus freundlicher Weise Kunde gab. „Dass zur Ernennung eines dritten — an Stelle des Erzherzogs Karl — noch nicht geschritten wurde — schrieb er — vernehme ich gern und betrachte es als ein Zeichen der Gerechtigkeit und Besonnenheit E. D. Denn Sie werden erkennen, wie viel weiter man sich von dem Ziele der Erhaltung des allgemeinen Friedens entfernt, wenn man durch gewaltsame Massregeln eine so überaus wichtige Angelegenheit in eine Extremität stürzt, aus der sie nachher auf keine Weise zu retten sein dürfte. Sie werden ferner auch erkennen, wie wenig es zum wahren Ruhme der an dem Vertrage beteiligten Mächte gereichen kann, wenn diese mithelfen wollen einen alten Freund und um sie nicht unverdienten Bundesgenossen aus seinem angestammten Rechte zu setzen, und zwar deshalb, weil er sich weigert, und nach seiner Ansicht mit Recht weigert, einen ohne sein Zutun geschlossenen Vertrag gutzuheissen. Und darum vertraue ich, E. D. werden nicht gestatten, dass diese Angelegenheit, insoweit sie bisher noch unversehrt ist, fernerhin unrettbar verschlimmert werde. Was im übrigen E. D. für geeignet halten vorzuschlagen, um den Frieden und das Gemeinwohl zu schützen und zu kräftigen und was ferner Ihnen zweckmässig erscheint, die unlängst beiderseits gegebenen Erklärungen fester zu begründen, wird mir immer höchst willkommen sein.“[1])

Wir sehen, Leopold I. hält an seinen Entschlüssen fest, aber er bricht die Beziehungen zu Wilhelm III., dessen hohe geistige und moralische Kraft er immer geschätzt hat, nicht ab. Noch lebte, als Leopold diese Zeilen schrieb, Karl II. und es war nicht ausgeschlossen, dass dieser das ihm abgepresste Testament widerrief und seiner Herzensneigung folgend, dem deutschen Vetter das gesamte Erbe vermachte. Leopold I. wollte für diesen Fall durch keinen Vertrag gebunden sein, der die Interessen seines Hauses schmälerte. Starb aber Karl II., ohne seinen letzten Willen geändert zu haben, dann blieb Leopold I. ja noch immer die Möglichkeit, sich den Bestimmungen des Teilungsvertrages zu fügen, falls Ludwig XIV. der Durchführung desselben beipflichten sollte. Und wenn dies nicht ge-

[1]) *Vgl. Klopp l. c. VIII. 602.*

schah? Wenn Ludwig XIV. sich allen Teilungsverträgen zum Trotze zur Annahme des gesamten spanischen Besitzes für sein Haus entschied? Hatten in diesem Falle England und Holland nicht mindestens ebenso viel von dem gewaltigen Machtzuwachse des bourbonisches Hauses zu fürchten als der Kaiser? Musste ihnen dann an der Einigung mit Leopold I. nicht ebenso viel gelegen sein, als diesem an dem Anschlusse an die Seemächte? Von welcher Seite auch Leopold I. die schwebende Frage betrachtete, Pflicht und Vorteil schienen ihm in gleich hohem Masse zum Ausharren auf dem Wege zu raten, den er betreten hatte. Er wollte sich die Hände nicht binden, bevor die Entscheidung in Madrid und in Paris gefallen war. Wie sie erfolgte, wissen wir bereits. Karl II. starb, ohne seinen letzten Willen, der zu Gunsten der Franzosen lautete, widerrufen zu haben.

Die Nachricht von seinem Tode traf am 7. Nov. in Paris ein; 2 Tage später die genaue Kunde von dem Inhalte des Testamentes. Nur wenige Tage erwog Ludwig XIV. die Frage, ob er im Namen seines Enkelkindes annehmen, oder dem Programme treu bleiben solle, zu dem er sich den Seemächten gegenüber so feierlich verpflichtet hatte. Er entschied für das erstere; am 16. Nov. wurde Philipp von Anjou in Versailles zum König von Spanien proklamiert. Die grosse Frage, die Jahrzehnte Fürsten und Diplomaten beschäftigt hatte, war damit vorläufig erledigt. Was England und die Generalstaaten nicht minder fürchteten als der Kaiser war geschehen. Die 2 grossen Reiche, die lange miteinander um die Vorherrschaft in Europa gekämpft hatten, waren jetzt durch eine gemeinsame Dynastie miteinander verbunden; das europäische Gleichgewicht, für dessen Erhaltung so viele geblutet hatten, war von neuem erschüttert und bedroht.

Beilage.

Erneuerung der Allianz vom 12. Mai 1689; d. d. Haag 1695 Aug. 8. (Or. St.-A.)[1])

Quamquam foedus inter sacram Ceam Mtem et celsos ac praepotentes dominos ordines generales foederati Belgii 12 Maii 1689 contra Galliam conclusum et per accessionem aliarum potentiarum universale ac generale factum in suo vigore per omnia firmum subsistat clarisque terminis contineat, qualiter quivis confoederatorum durante hoc bello contra communem hostem agere, et quae circumspectio ac modus in tractanda pace aut armistitio cum Gallia reciproce adhiberi, necnon quod moderna unio etiam conclusa tandem dicta pace in terminis foederis defensivi persistere ac durare debeat; nihilominus tamen sacra Ces Mtas, laudabili zelo conservandae semper huius arctae, constantis ac inviolabilis unionis alte dictarum potentiarum confoederatarum mota, earumdem ad congressum hic Hagae Comitum institutum plenipotentiariis proponi curavit, non abs re et communi emolumento futurum, si obligationes quae per praementionatum foedus generale reciproce contractae fuerunt renovarentur; quam renovationem modo dicti plenipotentiarii tanto magis proficuam ac necessariam existimarunt quanto vel maxime interest hunc communem hostem non solum omni spe assequendae intentionis suae per consuetas perniciosas machinationes aut oblationes et per divisionem confoederatorum penitus exuere, verum etiam omnem diffidentiam ac formidinem tractatuum separatorum e mediis tollere.

Ea propter saepedicti foederatarum potentiarum plenipotentiarii vigore mandatorum suorum et unanimi consensu, salva tamen principalium suorum ratificatione, inter se convenerunt antememoratum generale foedus die 12 Maii 1689 initum renovare, recognoscere ac confirmare, prouti hisce renovant, recognoscunt et confirmant, principales suos ad inviolabilem observationem universi tenoris ac omnium punctorum, clausularum et obligationum in modo dicto foedere contentarum obligando, non secus quam si illud foedus huic instrumento de verbo ab ver-

---

[1]) *Ich drucke diese Erneuerung nach dem im St.-A befindlichen Or. der englischen Ausfertigung ab. Die Rat. Wilhelms III. erfolgte d. d. Burford 1695 Nov. 6./16., die Leopolds I. d. d. Ebersdorf 1695 Sept. 12.*

bum insertum et noviter inter partes stipulatum foret; quod tamen etiam intelligi debet ad mentem et normam tractatuum, conventionum aut actuum separatorum, quibus multi principes ad primigenium illum tractatum accesserunt et quibus dicti plenipotentiarii nihil quicquam vel detractum vel additum volunt, quin imo omnes et singulae eiusmodi accessiones hic renovantur et confirmantur cum omnibus stipulationibus et promissis inter confoederatos invicem contractis. Praeterea etiam necessarium iudicatum fuit sacram C^eam M^tem ex parte huius congressus requirere, prouti eadem praesentibus humillime requiritur, quatenus dignaretur omnes electores, principes ac status imperii adhortari, ut se huic renovationi foederis generalis agregent, et illi qui hucusque in eo comprehensi non erant eidem quantocius accedant, si quidem haec renovatio et confirmatio declarationi belli ex parte imperii Ratisbonae die 4./14. Februarii 1689 contra Galliam factae plenarie conformis est, nullum alium prae se ferens scopum quam honestae, generalis ac securae pacis coniunctim adpiscendae eiusque pro cuiusvis foederatorum ac totius Europae constanti tranquillitate in futurum conservandae. Obligant se quoque supramemorati plenipotentiarii, quod super hac renovatione dicti foederis ratificationem a suis principalibus quantocius et ad plurimum respectu illorum qui longius absunt intra duos menses procurare velint. In cuius fidem unusquisque modo dictorum plenipotentiariorum simile instrumentum saepementionatae renovationis propriae manus subscriptione et sigilli sui appressione signavit. Actum Hagae Comitum die octavo Augusti anni millesimi sexcentesimi nonagesimi quinti.

Pro rege Magnae-Brittanniae.
L. S. Villiers.

1.

Bündnis zwischen Leopold I., Wilhelm III. und den Generalstaaten, die spanische Erbfolge betreffend; d. d. Haag 1701 Sept. 7, samt einem Separatartikel d. d. Haag 1702 April 12, betreffend die Anerkennung Jakob Stuarts als König von England durch Ludwig XIV.

Rat. des Hauptvertrages durch Wilhelm III. d. d. Loo 1701 Sept. 21. Okt. 2; durch Leopold I. d. d. Ebersdorf 1701 Sept. 19; durch die Generalstaaten d. d. Haag 1701 Okt. 5.
Rat. des Separatartikels durch Anna d. d. St. James 1702 April 19./30.; durch Leopold I. d. d. Wien 1702 März 22.[1])

Die Originale des Hauptvertrages und des Separatartikels im St.-A. und im R. O.; die Or. der englischen Ratifikationen im St.-A.; die Leopolds im R. O.; das Or. der Rat. des Hauptvertrages durch die Generalstaaten im St.-A. — Drucke bei Bittner Nr. 616.

Es war für Leopold I. nicht leicht eine Entscheidung zu treffen, als er die Nachricht erhielt, dass Ludwig XIV. sich für die Annahme der spanischen Krone seitens Philipps von Anjou ausgesprochen habe. Dass er am liebsten sogleich die Waffen zur Wahrung seiner Ansprüche ergriffen hätte, steht fest. Seinem Zorne über die List, durch die er um das grosse Erbe betrogen worden war, das seinem Hause sicher schien, würde die sofortige Eröffnung der Feindseligkeiten am besten entsprochen haben. Allein mehr als ein Grund widerriet jede Übereilung: der üble Zustand der österreichischen Finanzen, die der jahrelang geführte Doppelkrieg erschöpft hatte, das Friedensbedürfnis der Bevölkerung, die beginnende Krise in Schweden und Polen, die besorgniserregende Haltung der kaum beruhigten Ungarn, wie die Unsicherheit über die voraussichtliche Haltung der europäischen Gross-

[1]) *Die Wiener Regierung vollzog schon am 22. März 1702 die Ratifikation des Separatartikels; liess aber die Frage offen, ob Jakob III. in der Urkunde als praetensus Walliae princeps bezeichnet werden sollte, (Akten im St.-A.) Als dann die Bevollmächtigten am 12. April 1702 den Separatartikel in der von England gewünschten Form unterzeichneten, blieb die mit dem früheren Datum versehene kaiserliche Ratifikation in Geltung.*

mächte. All' dies hat der Kaiser von vielen erprobten Männern hören müssen, die dem Frieden das Wort redeten und ihrem Herrn den Rat gaben, sich in das unvermeidliche zu fügen. Leopold I. hat sich dem Gewichte dieser Meinungen keineswegs verschlossen. Auch er war der Ansicht, dass er ungeheueres wagte, wenn er sich im Anblicke der Gefahren, die seinem Reiche von allen Seiten drohten, in einen weitaussehenden Krieg mit dem übermächtigen Gegner einliess, und auch er wusste, dass an eine erfolgreiche Führung dieses Kampfes ohne die Hilfe des Reiches, vor allem ohne eine entsprechende Unterstützung der reichen Seemächte nicht zu denken war. Aber im Gegensatze zu diesen Männern, denen die Erhaltung des Friedens auch mit dem Verzichte auf jeden Vorteil aus der spanischen Erbschaft nicht zu teuer erkauft schien, teilte Leopold I. die Anschauung jener, die ihn auf seine moralische Verpflichtung aufmerksam machten, für die gute Sache einzutreten und die Aussichten auf einen erfolgreichen Waffengang nicht so niedrig schätzten, als die entschiedenen Friedensfreunde. Leichtsinnig wollte der Kaiser gewiss nicht zu den Waffen greifen; er war vielmehr bereit, das zum Kampfe erhobene Schwert fallen zu lassen, wenn er eine entsprechende Entschädigung auf friedlichem Wege erlangen konnte; aber er war entschlossen, allen Gefahren zu trotzen und den ihm aufgedrungenen Krieg zu führen, wenn dies missglücken sollte. Und er war fest überzeugt davon, dass es ihm in diesem Falle gelingen werde für die gute Sache, die er vertrat, Bundesgenossen zu werben, die Mehrzahl der Reichsfürsten, vor allem aber die Seemächte, zur Teilnahme an dem Kriege gegen den Störer der öffentlichen Ruhe zu bewegen. Es entsprach diesen Erwägungen, dass Leopold I. die Bemühungen jener Fürsten billigte, die nach einem Mittel suchten, die zwischen Österreich und Frankreich bestehenden Differenzen auf gütlichem Wege beizulegen, zugleich aber alle möglichen Kriegsvorbereitungen traf und mit dem grössten Eifer die Unterhandlungen mit jenen Mächten aufnahm, deren Unterstützung er sich für einen eventuellen Krieg sichern wollte. Unter diesen standen die Seemächte in erster Linie. Sie waren durch das Vorgehen Ludwigs XIV. nicht minder hart getroffen als der Kaiser. Handelte es sich für diesen bei der Verteidigung seiner Ansprüche auf das spanische Erbe um eine Besitzerweiterung für sein Haus, so mussten die Seemächte von der Vereinigung der französischen und spanischen Flotten für ihre Existenz als Handelsmächte fürchten. Um dieser Gefahr vorzubeugen, hatten sie ja den Teilungsvertrag vom März 1700 geschlossen, der Spanien und die Kolonien dem Kaisersohne zuwies und sich im Laufe

des Jahres 1700 so sehr, wenn auch erfolglos, bemüht, den Beitritt Leopolds I. zu demselben zu erwirken.

Indem nun Ludwig XIV. die Krone Spaniens für seinen Enkel annahm und sich damit die freie Verfügung über die Häfen und Schiffe der gesamten alten spanischen und der französischen Monarchie sicherte, wurde die Gefahr für den Handel Englands und Hollands eine imminente. Niemand hat dies klarer erkannt, als Wilhelm III. Auf die Nachricht von dem Entschlusse des französischen Königs, den mit den Seemächten geschlossenen Vertrag zu brechen und die spanische Erbschaft für Philipp anzunehmen, schrieb er an Heinsius: „Ich bin fest überzeugt, dass, wenn dies Testament ausgeführt würde, England und die Republik sich in der äussersten Gefahr befinden würden, unterzugehen.“ Das einzige Mittel aber, die Durchführung des Testamentes zu hindern, war der Krieg. In der Tat war Wilhelm III. von allem Anfange an entschlossen, ihn zu führen. Dass es trotzdem lange gedauert hat, bis der entscheidende Vertrag zwischen den Seemächten und dem Kaiser unterzeichnet werden konnte, hatte seinen Grund in der Schwierigkeit, die Engländer und die Niederländer von der Notwendigkeit des Krieges zu überzeugen. Weder das englische Parlament noch die holländischen Kaufleute waren von vornehercin für eine gewaltsame Austragung der schwebenden Frage. Beide Nationen fürchteten von dem Abbruche der freundschaftlichen Beziehungen zu den Spaniern und deren Kolonien eine wesentliche Minderung ihrer Einnahmen und waren durchaus nicht einsichtig genug, zu erkennen, dass das einzige Mittel, dauernde, einträgliche Handelsbeziehungen zu Spanien herzustellen, der Krieg gegen Ludwig XIV. war. In den Verhandlungen, die Wilhelm III. mit dem Grafen Johann Wenzel Wratislaw, dem Vertreter des Kaisers am englischen Hofe, seit dem Beginne des Jahres 1701 führte, trat dieser Gesichtspunkt immer wieder hervor. „Ich sehe die Gefahr für Europa — meinte Wilhelm im Januar 1701 — für jeden Einzelnen und für Alle. Ich weiss, dass dieses Königreich und die Republik nicht blos für ihren Handel zu fürchten haben, sondern auch für ihre Freiheit. Ich bin endlich völlig überzeugt, dass ich persönlich so sehr exponiert bin, wie irgend einer. So gut daher mein Wille ist, mit dem Kaiser zu gehen, ihm beizustehen, so ist ihm doch auch bekannt, dass ich, obwohl König hier, ohne die Zustimmung des Parlamentes dem Kaiser eine sichere Hilfe nicht versprechen kann. . . . Ich muss aber offen sagen, dass hier in England die Gefahr bisher nicht genügend begriffen wird. Der Reichtum, den das Land aus dem Handel mit Spanien zieht, hat die Engländer derart

verblendet, dass sie den Verlust, den der Krieg ihnen bringen würde, über alle Massen fürchten.“[1]) *Und ähnlich musste er sich noch im April 1701 äussern. Nur allmälig und nach Überwindung zahlloser Schwierigkeiten gelang es dem Oranier und seinen Freunden die massgebenden Persönlichkeiten für seine Anschauung zu gewinnen und eine Äusserung des Parlamentes zu bewirken, die ihn zur Kriegserklärung an Frankreich für den Fall ermächtigte, dass die Friedensbemühungen sich als vergebliche erweisen sollten. So erklärt es sich, dass die Verhandlungen mit dem Wiener Hofe, die dieser mit möglichster Eile zu Ende geführt wissen wollte, nur langsam fortschritten, dass Wilhelm III. immer von neuem genötigt war, den ungeduldigen, drängenden kaiserlichen Gesandten zu beschwichtigen, bis er — im Juli 1701 — seine Einwilligung zur Aufnahme der entscheidenden Beratungen im Haag geben konnte. Aber auch dort noch betonte Heinsius im Namen der Republik und des englischen Königs die Notwendigkeit, alles zu vermeiden, was einer Offensive gegen Frankreich ähnlich sehen würde und sprach weiteren Unterhandlungen mit Ludwig XIV. das Wort, „damit Jedermann nach aussen, insbesondere aber die Untertanen der Republik erkenneten, dass nach dem Fehlschlagen aller gütlichen Mittel der Krieg zum Zwecke der Selbsterhaltung durchaus unvermeidlich und notwendig sei.“ Und in gleichem Sinne äusserte sich Wilhelm III., als die kaiserlichen Gesandten — neben Wratislaw Graf Goess, der Vertreter Leopolds I. im Haag — energisch gegen jede weitere Verzögerung mit der Begründung protestierten, dass sonst an eine Unterstützung des Kaisers seitens der Seemächte in dem laufenden Jahre nicht zu denken sei. Auch er betonte, wie wichtig es sei, dem englischen Parlamente die Überzeugung beizubringen, dass man alles im Interesse des Friedens aufgewendet und sich nur der Not gehorchend für eine blutige Austragung der schwebenden Streitfragen entschlossen habe.*

Alle Bemühungen der Wiener Regierung und ihrer Vertreter, Wilhelm III. und Heinsius umzustimmen, blieben erfolglos. Die Seemächte forderten „ein terminum von 4 Monaten zur Fortsetzung der Negociationen mit dem d'Avaux“ und die kaiserlichen Gesandten mussten sich schliesslich zur Aufnahme eines Artikels bereit erklären, durch den eine Frist von 2 Monaten nach vollzogener Ratifikation der Allianz[2]) *festgesetzt wurde, innerhalb der sich Ludwig XIV. bezüglich*

---

[1]) *Vgl. Klopp l. c. IX 95, nach Wratislaws Bericht vom 11. Jan. 1701 St.-A.*

[2]) *Die kaiserlichen Gesandten hatten den Tag der Unterzeichnung des Vertrages als dies a quo verlangt; dies aber nicht durchsetzen können, da die*

der Satisfaktion für den Kaiser und der Sicherheit für die Republik der Niederlande zu erklären habe.

Eine andere Frage, die seit dem Beginne der Verhandlungen die grössten Schwierigkeiten verursacht hatte und noch ungelöst war, als die Beratungen im Haag begannen, betraf das Ziel des abzuschliessenden Bündnisses. Leopold I. hatte vorerst die Erneuerung der Allianz von 1689 vorgeschlagen, deren Geheimartikel die Seemächte verpflichtete, dem Kaiser bei der Erwerbung des gesamten spanischen Erbes Hilfe zu leisten und sein Begehren in erster Linie mit dem Hinweis darauf begründet, dass jede andere Bestimmung, ähnlich wie der Teilungsvertrag von 1700, eine Stärkung der französischen Partei am Madrider Hofe zur Folge haben würde.[1] *Da er aber wusste, dass die Seemächte eine derartige Vermehrung der kaiserlichen Macht nicht wünschten, hatte er gleich Anfangs dem Grafen Wratislaw seine Absicht kundgetan, sich mit einer Entschädigung zu begnügen, „bei der das Gleichgewicht von Europa einigermassen bestehen könnte." Er dachte dabei an die Erwerbung der italienischen Besitzungen der spanischen Krone, an Neapel, Sizilien und Mailand, fürchtete sich aber von diesem Vorschlage den Seemächten Mitteilung zu machen, „denn, wenn wir die uns ehemals in dem Teilungsvertrage angebotene Portion, Spanien und Westindien, völlig verwürfen und statt dessen eine Allianz inbetreff Italiens beantragten, so würde damit das für England und Holland wichtigste Interesse, das für sie durchschlagende Motiv zur Ergreifung der Waffen aufgehoben. Dieses besteht darin, das Frankreich sich nicht zum Meister von Spanien und Westindien mache und*

Vertreter der Seemächte, insbesondere Marlborough, mit Zähigkeit an dem Termine „2 Monate nach erfolgter Ratifikation" festhielten. Vgl. die Schreiben Wratislaws und Goess vom 25. Juli u. 5. Sept. 1701 St.-A.

[1]) *In den Weisungen an Wratislaw und Goess wird dieser Gesichtspunkt immer wieder betont. So heisst es z. B. in der Weisung an Goess (St.-A.) vom 16. Juli: „Du hast unterdessen ganz vernünftig remonstrirt, worumb die Allianz auf keine gewisse Provincien oder Länder zu limitiren seie, dann neben dem, dass man dadurch die Cron Portugal völlig aus der Partei schliessen thäte, würde man auch zugleich die ganze spanische Nation, welche fürnehmlich durch die schädliche Repartition zur Berufung eines französischen Prinzen bewogen worden und worunter noch viele begriffen, welche eine merkliche Verwirrung oder Diversion zu der gemeinen Sach Besten anrichten können, auf einmal völlig aus der Waag werfen und in die Desperation stürzen, der Cron Frankreich fester als bishero anzuhangen und ihr äusserstes daran zu strecken, damit die vollige Monarchie nicht nur unter dem Duc d'Anjou, sondern auch unter der Cron Frankreich unzertrennlich beisammen bleibe."*

dadurch ihren Handel beherrsche. An der Erhaltung von Neapel und Sizilien liegt diesen Mächten nicht so viel, dass sie sich deshalb in einen langwierigen und kostspieligen Krieg stürzen würden.“

Das Verhalten Wilhelms III. entsprach nicht ganz der Annahme Leopolds I. Von der Erneuerung der Allianz von 1689 wollte er freilich nichts wissen; einmal weil er überzeugt war, dass weder England noch die Vereinigten Niederlande ihre Einwilligung dazu geben würden, dass ihre Kräfte zur Erwerbung des gesamten spanischen Erbes für das Haus Habsburg verwendet werden sollten; dann aber auch, weil das Parlament von dem Vertrage von 1689 noch immer keine offizielle Kenntnis besass und an eine Gutheissung seines Inhaltes durch dasselbe nicht zu denken war.[1]) *Dagegen zeigte er sich nicht abgeneigt in eine Änderung der Bestimmungen des Teilungsvertrages vom März 1700 einzuwilligen.*

Schon im Februar 1701 stellte in seinem Auftrage Albemarle, sein vertrauter Rat, an den kaiserlichen Gesandten die Frage, ob der Kaiser sich mit Mailand und Belgien begnügen würde[2]), *und im April forderte Wilhelm III. Heinsius auf, unter diesen Bedingungen mit dem Kaiser abzuschliessen.*[3]) *Allein die Wiener Regierung zeigte durchaus keine Neigung auf den Besitz Neapels und Siziliens zu verzichten. In ihrem Auftrage musste Wratislaw in London*[4]) *und Goess im Haag erklären, dass Belgien für die Seemächte wohl eine Barriere gegen Frankreich, für den Kaiser aber ein Besitz sei, dessen Lasten den Vorteil fast völlig aufwiegen, während Neapel und Sizilien in den Händen des Hauses Bourbon eine stete Bedrohung der kaiserlichen Erblande bedeuten würden.*[5]) *Und*

---

[1]) *Der Vertrag wurde erst im April 1701 auf das Drängen des Unterhauses diesem vorgelegt und erfuhr eine scharfe Kritik seitens der Opposition. Vgl. Klopp l. c. IX. 216 ff.*

[2]) *Berichs Wratislaws vom 18. Febr. 1701 St.-A.*

[3]) *Vgl. Klopp l. c. IX. 203.*

[4]) *Die Vollmacht für Wratislaw ist datiert Wien 9. März 1701 St.-A. Angl. Am selben Tage ergieng an Wratislaw eine ausführliche Weisung, in der des Kaisers Standpunkt in allen Fragen eingehend erörtert wurde. Er erhielt in derselben die Erlaubnis, „wann hieran der Schluss der Allianz haftet, die Erklärung zu thun, dass wir zufrieden sein würden, wann Engeland und die Generalstaaten sich zur Recuperation der Niederlanden und der in Italien zur Kron Spanien gehörig gewesener Länder, nemlich Neapel, Sicilien und Mailand sammt denen an der toskanischen Grenzen gelegenen Orten verbindlich einlassen wollen.“*

[5]) *In der Weisung vom 9. März heisst es z. B.: „Die Niederlanden kann man uns zu keinem grossen Vorteil zurechnen, zumalen dieselbe mehr denen Generalstaaten als uns zur Sicherheit dienen und mehr Kosten zu ihrer Con-*

ähnlich lauteten die Erklärungen der Wiener Regierung, als George Stepney und Hamel Bruyninckx — die Vertreter Englands und Hollands am Kaiserhofe — eine genaue Bezeichnung der für den Kaiser wiederzugewinnenden Länder forderten. Dass die staatische Regierung trotzdem zu Beginn des Monates Juni 1701 als Ultimatum, ja als „Ultimatissimum" einer Entschädigung blos Belgien und Mailand anbot, wurde in Wien selbst von den entschiedensten Vertretern der Kriegspartei bitter empfunden und veranlasste sogar Stepney zu dem bezeichnenden Ausspruche, das Vorgehen der Seemächte müsse den Eindruck hervorrufen, als ob es sich in der Erbfolgefrage lediglich um die holländischen und englischen Interessen, in keiner Weise aber um Rechtsansprüche des Kaisers handle.[1]) *Dieser aber war entschlossen, an seiner Forderung bezüglich Süditaliens festzuhalten und glaubte den Wünschen der Seemächte schon entgegenzukommen, wenn er dem Grafen Goess am 16. Juli die Weisung zukommen liess, „allen Fleisses daran zu sein, dass bezüglich der Satisfaktion der Allianz vom Jahr 1689 inhaerirt werden möge, unter der mündlich oder auch per articulum secretum (wann es nicht anders sein kann) schriftlich gebender Versicherung, dass wir zufrieden sein und die Seepotenzien weiter nicht adstringiren wollen, als dass uns dasjenige von der Kron Frankreich abgetreten werde, wessen wir uns durch den Grafen von Wratislaw gegen des Königs von Engeland Ld^en erklärt haben und dieses umso viel mehr, als uns allzu bedenklich sein würde, auf alle übrige spanische Königreiche und Lande tacite oder expresse zu renunciiren, ehe wir einmal versichert seind, ob wir davon etwas und wie viel behaupten werden."*[2]) *Eine Einigung in dieser Frage war also, wie wir sehen, noch nicht erzielt, als im Juli die Verhandlungen im Haag begannen; doch hatten sich die Aussichten zu Gunsten des Kaisers in der letzten Zeit dadurch wesentlich gebessert, dass die ersten Operationen der kaiserlichen Armee in Italien erfolgreich verliefen, während die Haltung Ludwigs XIV. auch den Kriegsgegnern in England und Holland die Überzeugung aufnötigte, dass die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Konflikte eine überaus geringe sei.*

---

servation erfordern, als sich deren Erträgnussen nicht erstrecken. . . . Du solltest jedoch gedachter Niederlande nicht allzu gering achten und dadurch Anlass geben, dass selbige etwa einem Dritten mögten zugeteilt werden wollen."

[1]) *Noorden l. c. I. 161 f.*

[2]) *Leopold an Goess 16. Juli 1701 St.-A. Holl.*

Immerhin bereitete die Ordnung dieser Frage auch den im Haag versammelten Ministern grosse Schwierigkeiten. Denn auch jetzt betonten die kaiserlichen Gesandten, dass die Rücksicht auf die Stimmung der Spanier es am zweckmässigsten erscheinen lassen würde, von der Benennung der einzelnen für den Kaiser zu gewinnenden Länder Abstand zu nehmen, dass aber, falls die Seemächte auf derselben bestünden, ausser der Erwerbung Belgiens auch die der gesamten alten Besitzungen der spanischen Krone in Italien für die deutsche Linie des Hauses Habsburg in Aussicht genommen werden müsste. Wilhelm III. und Heinsius aber hielten noch immer an dem Gedanken fest, dass man versuchen müsse, den Krieg in den Augen aller, auch der entschiedensten Friedensfreunde, als einen unvermeidlichen erscheinen zu lassen, und sie hofften dieses Ziel umso eher zu erreichen, je mässiger die Forderungen waren, die seitens der Verbündeten dem zum Kriege entschlossenen Könige von Frankreich gestellt würden. Aus diesem Grunde forderten sie, dass in dem Vertrage blos von dem Wiedergewinne Mailands und Belgiens gesprochen werde, und betonten zugleich, dass die unzweifelhafte Weigerung Ludwigs XIV. auf diese Bedingungen einzugehen, die Möglichkeit bieten werde, des Kaisers Wünschen in vollem Masse zu entsprechen. Allein die kaiserlichen Gesandten zeigten durchaus keine Neigung, sich in diesem Punkte mit unverbindlichen Versprechungen zu begnügen; sie machten nochmals auf die Bedeutung aufmerksam, die der Kaiser dem Besitze Neapels und Siziliens beimass und betonten, dass die Nicht-Erwähnung dieser Gebiete in einer zu Gunsten des Kaisers abgeschlossenen Allianz den Papst, der bisher dem Herzoge von Anjou die Belehnung mit diesen 2 Königreichen verweigert habe, zur Erteilung derselben vermögen könnte.

Aber noch immer weigerte sich Heinsius, der bei diesen Verhandlungen das Wort im Namen der Seemächte führte, nachzugeben. Erst das Eingreifen des englischen Bevollmächtigten, des Grafen Marlborough, der sich für die Forderungen des Kaisers aussprach, übte eine entscheidende Wirkung auf den holländischen Staatsmann aus. Er erklärte seine Bereitwilligkeit, auch den Wiedergewinn der Königreiche Neapel und Sizilien als Ziele der Allianz zu bezeichnen,[1]) *freilich*

---

[1]) *Heinsius machte im Laufe der Verhandlungen auch den Vorschlag, die Vereinbarungen über die zu erobernden Gebiete in Europa und in Indien in einen Separatartikel zu setzen, „weil sich andere Potentien vielleicht wohl generaliter, nicht aber ein jeder auf ein- oder anderes in specie würde verbinden wollen"; doch wiesen die Vertreter Leopolds diesen Vorschlag zurück.*

nicht, ohne als Ersatz dafür vom Kaiser die Aufnahme eines Artikels in den Vertrag zu fordern, kraft dessen etwaige Eroberungen in Indien den Engländern und Holländern verbleiben sollten.[1]) *Die kaiserlichen Gesandten gaben sich zwar alle Mühe die Seemächte zum Fallenlassen dieser neuen Forderung zu bestimmen, allein Heinsius wie Marlborough blieben dabei, „dass die nationes einzig und allein spe praemii vel lucri zu disponiren seien" und setzten ihren Willen durch. Es gelang den kaiserlichen Bevollmächtigten nur zu bewirken, dass jede Bestimmung „welcher gestalt und wie lang die occupanda in Indien den Engländern und Holländern verbleiben sollten", vermieden wurde. Dagegen scheiterten ihre Bemühungen, eine ausdrückliche Sicherung der katholischen Religion für diese Länder zu erlangen, vornehmlich an dem Widerstande Marlboroughs, der in seinem und im Namen Wilhelms III. es ablehnte, die Vertretung einer derartigen Forderung vor dem Parlamente zu übernehmen. Goess und Wratislaw mussten sich schliesslich damit begnügen, dass eine Vereinbarung über diese Frage künftigen Zeiten vorbehalten wurde.*[2])

---

[1]) *In dem in französischer Sprache abgefassten Projekte, das Heinsius vorlegte, war verfügt worden, dass die von den Seemächten in Westindien eroberten Gebiete diesen „en propre", d. h. eigentümlich gehören sollten; durch die Streichung dieser Worte erzielten die kaiserlichen Minister einen wenn auch nicht sehr bedeutenden Erfolg. Ihre Bemühungen mehr durchzusetzen, die im August und Sept. 1701 erfolgten, waren resultatlos. Vgl. insbesondere ihre Berichte vom 12. Aug. und 5. Sept. St.-A.*

[2]) *Vgl. Art. IX. des Vertrages. Diesen Ausweg schlug Heinsius vor. Bericht der Gesandten vom 5. Sept. 1701 St.-A. Holl. Die entscheidenden Stellen des Konferenzprotokolles vom 8. Aug. 1701 lauten: „Der 6te Articul, die Indien betreffend, ist der geh. Deputation fast bedenklich vorgekommen. Zwar hat man sich erinnert, dass E. K. M. die ganze Indien vor diesem haben an Frankreich abtreten wollen. Man hat auch erkennet, was grosse Reichtümer der Kron Frankreich zuwachsen würden, wann sie das indianische Commercium, mithin das alldasige Gold und Silber, wie es ohne Zweifel geschehen würde, an sich brächte; nicht weniger, dass den Engeländern und Holländern nicht wohl verwehrt werden kann, ihren Vorteil gegen ihren Feind auf gewisse Weise zu suchen, wann sie den Krieg declariren. Item, dass E. K. M., wann sie nicht Spanien selbst recuperiren, diese Indien nicht haben noch sich deren bedienen können, und dass endlich EngelandHolland, und wann sie nicht spe lucri darzu bewegt werden, den Krieg so weit und in der Ferne, wodurch sie gleichwohl dem Feind eine grosse Diversion verursachen könnten, nicht werden führen wollen. Man hat aber vermeint, dass es E. K. M. bei dem Papsten und anderen, auch den Spaniern selbst, gar zu odios sein würde, wann diese Länder, welche mit so grosser Mühe und vielem Blutvergiessen zur catholischen Religion gebracht worden, denen heterodoxis sollten abgetreten und in Händen gelassen werden, ohne dass pro*

Auch sonst gab es noch Differenzen genug, deren Beilegung erst nach längeren Beratungen und auch dann nicht ohne Vorbehalte von beiden Seiten gelang. Am 27. Juli legte Heinsius den Vertretern des Kaisers seinen Entwurf vor. Sie fanden so manches an demselben auszusetzen; einige ihrer Forderungen fanden Berücksichtigung, andere wurden verworfen. Schliesslich einigte man sich dahin, den Entwurf an die beteiligten Höfe zu senden und deren Zustimmung zu verlangen. Zu Beginn des Monates August war das betreffende Schriftstück in den Händen Leopolds I. Er war von dem Ergebnisse der Haager Verhandlungen nicht befriedigt. Es verdross ihn, dass die Seemächte noch immer auf dem Versuche beharrten, eine friedliche Vereinbarung mit Ludwig XIV. zustande zu bringen; dass sie für den allerdings sehr unwahrscheinlichen Fall, dass dies glücken sollte, dem Kaiser überhaupt eine bestimmte Entschädigung nicht gewährleisteten; dass sie dem französischen Könige eine zweimonatliche Frist nach erfolgter Unterzeichnung des Vertrages zur Entschliessung gewähren wollten und mittlerweile dem Kaiser allein die schwere Last des Krieges gegen Ludwig XIV. aufbürdeten; dass man in unzweideutiger Weise von der Verwendung der spanischen Niederlande als einer holländischen Barriere gegen

religione catholica etwas stipulirt würde. Und ist derhalben geschlossen worden, dass die kais. Abgesandte hier einige Worte, wodurch die Religion wenigstens tacite salvirt würde, als nemlich, dass dasjenige, was obg. beede Potentien in Indien occupiren mögten, ihnen in statu quo verbleiben solle, hinzusetzen oder aber den Articul dahin einzurichten suchen sollten, dass ihnen das dominium nicht absolute zugelegt, sondern die occupanda nur ad tempus oder bis zu Vergütung ihrer angewandten Spesen in Handen gelassen werden sollten; oder aber, welches das beste wäre, von diesem Articul ganz abstrahirt würde, mit dem Bedeuten, dass dieses sich von selbsten verstehe und I. K. M., wann sie Spanien nicht hätten, sich der Indien wenig annehmen, noch den Engeländern und Holländern verwehren könnten, sich deren zu bemächtigen, jedoch auch pro nunc darauf zu renunciiren dem publico nicht vorträglich achteten. Allenfalls und wann obiges nicht zu erlangen, müsste man davon, in Hoffnung dass bei künftigen Frieden auch mit Hilf der Spanier und Franzosen selbst der Religion füglich werde zu prospiciiren sein, einen Secret- und separaten Articul machen; wie wohl auch nicht zu zweifeln, dass derselbe dem Parlament in Engeland bald werde müsse communicirt werden und dabei gleichwohl in omnem eventum E. K. M. jetzigen und künftig recuperirenden Provincien das freie commercium in den Indien vorbehalten.“ Wie aus den Berichten der kaiserlichen Gesandten im Haag vom August und September 1701 zu ersehen ist, war es insbesondere Marlborough, der von einer Änderung dieses Artikels nichts wissen wollte und nur mit Mühe zu bewegen war, dass die von den Seemächten geforderte Bemerkung, dass der Kaiser diese Eroberungen „pour les y animer d'avantage consent et accorde“, gestrichen werde.

Frankreich sprach, dagegen dem Kaiser nicht einmal die künftige Territorialsouveränität in Belgien verbürgte.[1]) *Dass es Wratislaw und Goess gelungen war, den Seemächten das Versprechen abzugewinnen, zur Eroberung Neapels und Siziliens das äusserste aufzubieten, konnte wohl als ein Erfolg von weittragender Bedeutung aufgefasst werden, aber Leopold I. vermisste schmerzlich die Verpflichtung der Seemächte, die Waffen nicht niederzulegen, bis dieses Ziel erreicht war.*[2]) *Und nur ungern sah der Kaiser die Aufnahme jenes Artikels in den Vertrag, nach welchem den Seemächten die von ihnen im Laufe des Krieges eroberten spanischen Kolonien in Westindien verbleiben sollten. Sah es nicht aus, als ob das Projekt — wie die kaiserlichen Minister Bruyninez gegenüber meinten — lediglich der Sicherung der Seemächte durch die belgische Barriere und der Wahrung ihrer Handelsinteressen dienen sollte? Auf alle diese und auf so manches andere Bedenken*

---

[1]) *Die geheimen Räte Harrach, Waldstein, Mansfeld, Kaunitz und Bucelini betonten in den entscheidenden Konferenzen, es wäre das beste, von den Motiven zu schweigen, aus denen dieses oder jenes Land rekuperirt werden sollte, „dann Theils Niederlanden seien ebensowohl Reichslehen als Mailand und müsse in deren Eroberung nicht nur die Sicherheit der Engeländer und Holländer, welche sonsten pro sua parte darauf renunciiren könnten, sondern auch E. K. M. Gerechtsame beobachtet und zu dem Ende hinzugesetzet werden, dass man solche Niederlanden für E. K. M. und Dero durchlauchtigstes Erzhaus zu recuperiren suchen soll. Gleiche Bewantnus hat es mit dem Königreich Neapel und Sicilien; derhalben auch dabei, wann E. K. M. Gerechtsame nicht exprimirt werden sollen, von anderen motivis oder Ursachen vielmehr zu abstrahiren wäre. Bei Mailand aber wäre hingegen nicht eben namentlich aller und jeder Lehen insbesondere, wohl aber in genere mit zu gedenken, dass nemlich nicht allein Mailand mit seinen Zugehörungen, sondern auch alle und jede Reichslehen, welche die letzten Könige in Spanien innengehabt, wieder herbeigebracht werden sollen, worunter auch die porti di Toscana, welche man sonsten expresse mit benennen könnte, begriffen seind. Es ist auch hiebei in einem oder andern voto erinnert worden, dass man die Insul oder das Königreich Sardinien ebenfalls für E. K. M. bedingen sollte.“ Conf. Prot. vom 8. Aug. Von diesen Plänen ist aber keiner durchgedrungen; die Seemächte blieben bei der von ihnen entworfenen Fassung des Artikels 5, wiesen die Versuche der kaiserlichen Gesandten eine Änderung desselben zu bewirken, entschieden zurück und wollten nicht einmal dazu ihre Einwilligung geben, dass bei Erwähnung der spanischen Niederlande als zu eroberndes Gebiet der Zusatz aufgenommen werde „tant pour conserver les droits de S. M. I. et les fiefs de l'empire“; es sollte lediglich der Bedeutung Belgiens als Barrière gegen Frankreich gedacht werden. Vgl. die Berichte des Goess und Wratislaws vom Aug. und Sept. 1701 St.-A.*

[2]) *Die Konferenzräte forderten eine darauf bezügliche ausdrückliche Bestimmung, die aber seitens der kaiserlichen Gesandten bei den Seemächten nicht durchzusetzen war.*

ist in den Konferenzen aufmerksam gemacht worden, die im Laufe des Monates August am Wiener Hofe gehalten wurden und manche Stimme wurde laut, die den Wert dieses Bündnisses überaus niedrig einschätzte. Aber schliesslich überwog die Einsicht, dass ohne die Mitwirkung der Seemächte an eine Fortführung des erfolgreich begonnenen Krieges gegen Ludwig XIV. nicht zu denken sei und die Hoffnung, im Laufe der Begebenheiten grössere Zugeständnisse von den Verbündeten zu erlangen. Aus diesen Gründen entschloss sich Leopold I. seine Einwilligung zur Unterzeichnung des Haager Vertrages zu geben, nicht ohne den Gesandten auf das wärmste die Vertretung jener Änderungen an dem Allianzprojekte zu empfehlen, die er in seinem Interesse für dringend geboten hielt. Ihr Erfolg war auch jetzt ein minimaler; nur in wenigen Artikeln gelangten die vom Kaiser vorgeschlagenen Abänderungen zur Annahme; sein grösster Erfolg bestand darin, dass der katholischen Niederlande in der Vorrede als eines Lehens des Reiches gedacht wurde.[1])

Eine besondere Schwierigkeit, der in diesem Zusammenhange gedacht werden muss, ergab sich, als die Vertreter der Alliierten, nachdem eine Einigung über Inhalt und Form der einzelnen Artikel erzielt worden war, an die Unterzeichnung des Vertrages schreiten wollten. Marlborough verlangte als Botschafter den Vorrang vor den kaiserlichen Gesandten Goess und Wratislaw, während diese den höheren Rang des Kaisers betonten. Die Sache rief, dem Brauche jener Zeit

---

[1]) *In einem ausführlichen Schreiben aus dem Haag d. d. 5. Sept. 1701 berichten Goess und Wratislaw über ihre Verhandlungen mit Heinsius und Marlborough und von ihren Versuchen Abänderungen der einzelnen Paragraphe durchzusetzen. Man ersieht aus ihrem Berichte, wie schwer ihnen jeder Erfolg gemacht wurde und wie geschickt Marlborough und Heinsius die Interessen der Seemächte zu vertreten wussten. Neben der im Text erwähnten Bezeichnung der spanischen Niederlande als Reichslehen wurde auf Wunsch der kaiserlichen Vertreter in die Einleitung der Zusatz aufgenommen, dass Leopold I. seine Armee nach Italien auch „ad conservanda iura sua privata" geschickt habe und im 5. Artikel wurden unter den zu eroberuden Gebieten in Italien auch besonders genannt „terras atque insulas circa ora Hetruriae". Dagegen scheiterten ihre Bemühungen, einen Zusatz zum 4. Artikel in dem Sinne zu erzielen, dass die Seemächte sich verpflichten sollten, nach Ablauf der 2 Monate „de rompre toute la negociation avec la France, de congedier sans delay ses ministres et ceux d'Espagne en Angleterre et en Hollande"; und ebensowenig wollten sich die Seemächte bereit erklären, dem 8. Artikel, der die Bedingungen enthielt, unter denen der Friede mit Frankreich geschlossen werden sollte, Worte vorauszuschicken, die lauten sollten „Et si à la fin on voit que par les armes ou par une autre disposition divine on ne peut s'emparer de toute la monarchie d'Espagne."*

entsprechend, grössere Aufregung hervor und führte zu längeren Verhandlungen, als uns Nachgeborenen begreiflich erscheint. Es wurden die verschiedensten Auswege von allen Seiten vorgeschlagen, aber nur sehr schwer gelang es schliesslich eine Einigung zu erzielen. Die kaiserlichen Gesandten unterzeichneten einen Revers,[1]) *durch den sie sich verpflichteten, vor Auswechslung der Ratifikationen eine besondere für diesen Fall bestimmte Vollmacht des Kaisers vorzuweisen, in der sie als „ambassadeurs extraordinaires et plenipotentiaires" qualifiziert sein sollten. Bis dahin sollten die Originale der Verträge im staatischen Archive aufbewahrt, den Vertretern der verschiedenen Mächte aber autentische Kopien übergeben werden. Da aber Marlborough trotzdem nicht neben den kaiserlichen Gesandten unterzeichnen wollte, musste schliesslich der Ausweg gewählt werden, dass die Vertreter jeder Macht besonders zeichneten. Es wurden daher im ganzen 6 Exemplare des Vertrages ausgefertigt, von denen je 2 von Marlborough, 2 von Goess*

---

[1]) *Die Erklärung der kaiserlichen Gesandten vom 7. Aug. 1701 lautet: Nous sousignés ministres de sa M^té^ imperiale estant presents icy à la Haye pour traitter avec le ministre du roy d'Angleterre et les deputez des estats generaux des provinces unies des Pais-Bas, à fin de procurer une paix generale dans l'Europe, et à cette fin faire avoir à sa dite M^té^ imperiale une satisfaction raisonnable sur ses pretensions de la succession d'Espagne et des seuretés particulieres tant à l'esguard du commerce et traficq des sujets du dit roy d'Angleterre et des dits estats generaux que de leurs royaumes, provinces, pais et terres, nous nous trouvons à cet effet munis et pourveus d'un plein pouvoir de l'empereur nostre maistre en date du 17e juillet dernier avec la qualification et titre de ses ambassadeurs extraordinaires et plenipotentiaires. Mais comme le ministre du dit roy d'Angleterre et les dits deputés des estats generaux ont eu quelque scrupule au sujet de cette qualification, à cause que le dit pouvoir ne paroissoit pas assez special pour la presente negociation, si est ce que pourvû que le projet traitté au sujet de la dite affaire fait ce jour d'huy entre nous, l'ambassadeur d'Angleterre et les dits deputez des estats generaux soit signé, nous promettons de produire et de delivrer devant l'eschange des ratifications du dit traitté un plein pouvoir de sa M^té^ imperiale, qui aura raport et une relation speciale à la negociation du dit traitté sur nous sousignés avec la qualification d'ambassadeurs extraordinaires et plenipotentiaires, et consentons que les exemplaires du dit traitté qui nous devroient estre delivrés resteront au greffe de l'estat jusques à ce que nous aurons delivré le dit plein pouvoir. En foy de quoy nous avons signé la presente et y mis les cachets de nos armes à la Haye le 7e Aoust 1701.*

Pierre comte de Goessen. L. S. *Jeann Wenceslas comte Wratislaw.* L. S.

und Wratislaw, 2 von den staatischen Deputierten unterzeichnet wurden.[1])

In dem dritten Artikel des Vertrages vom 7. Sept. 1701 hatten die Verbündeten eine zweimonatliche Frist festgesetzt, innerhalb der der Versuch unternommen werden sollte, das Ziel ihrer Einigung bei Ludwig XIV. auf friedlichem Wege zu erreichen. Nur widerwillig und zögernd hatte Leopold I. seine Einwilligung zu diesem Artikel gegeben, an dessen Aufnahme die Seemächte — insbesondere England — mit unerbittlicher Zähigkeit festgehalten hatten. Diese Verhandlungen haben nun niemals stattgefunden. Der Zweck, dem sie dienen sollten — dem englischen Volke die Unabwendbarkeit einer gewaltsamen Austragung der bestehenden Differenzen zu beweisen — war auf andere Weise erfüllt worden, ehe die friedlichen Eröffnungen der Seemächte in Paris erfolgen konnten. Am 16. Sept. 1701 hatte Jakob II., der Gast Ludwigs XIV., in St. Germain die müden Augen geschlossen; bereits am 20. Sept. wusste man in London, dass der französische Herrscher den 13jähr. Jakob, den die Mehrzahl des englischen Volkes für ein unterschobenes Kind des verstorbenen Königs hielt, als König von England anerkannt habe. Die Wirkung dieser Tat war eine ungeheuere. Wilhelm III. sah sich persönlich in seiner Stellung bedroht, die Mehrzahl des englischen Volkes fürchtete die Restauration der Stuart.[2]) *Aber nicht nur Wilhelm III. und die Engländer, auch die Niederländer gaben ihrer Entrüstung über das Vorgehen Ludwigs XIV. unverholen Ausdruck. Es bedurfte jetzt auch keiner neuen Beweise dafür, dass an eine friedliche Beilegung der mit Frankreich bestehenden Differenzen nicht zu denken sei; die im Vertrage vom 7. Sept. vorausgesehenen Eröffnungen an Ludwig XIV. unterblieben; der diplomatische Verkehr mit Frankreich wurde abgebrochen; die Kriegsvorbereitungen schneller als bisher getroffen. Das englische Parlament, das im Januar 1702 zusammentrat, sprach sich mit seltener Einmütigkeit für den Krieg aus und erklärte sich bereit dem Könige die Mittel zur Verfügung zu stellen, „um den Verpflichtungen aller Allianzen gerecht zu werden, die er geschlossen habe oder noch schliessen werde.“ Zu gleicher Zeit richtete man an Wilhelm III. eine Adresse, die ihn auf-*

---

[1]) *Wratislaw berichtet in seinem Schreiben d. d. 9. Sept. 1701 ausführlich über diese Frage.*

[2]) *Der erwähnte anonyme Verfasser der Schrift „Österreich und England“ hebt diese Seite der Frage besonders hervor; wird aber der Persönlichkeit Wilhelms III. durchaus nicht gerecht.*

forderte, dafür Sorge zu tragen, dass den verschiedenen Allianzen ein Zusatzartikel beigefügt werde, durch den bestimmt werden sollte, dass der Friede mit Frankreich nicht geschlossen werden dürfe, bis Wilhelm III. und die englische Nation Genugtuung für die grosse Kränkung erhalten hätten, die ihnen durch die Anerkennung des angeblichen Prinzen von Wales als König von England, Schottland und Irland zugefügt worden sei.

Wilhelm III. erklärte sich mit Freuden bereit, dem Wunsche der Nation Rechnung zu tragen. Er liess dem Grafen Wratislaw alsbald die Beschlüsse des englischen Parlamentes mitteilen. Dieser war schon vorher von dem Vorhaben des Parlamentes in Kenntnis gesetzt worden und hatte, von der Überzeugung durchdrungen, dass eine feierliche Erklärung gegen die Erbfolge des katholischen Stuart in England seinem Herrn überaus schwer fallen müsste, eifrig aber vergebens sich bemüht, einflussreiche Parlamentarier von der Überflüssigkeit dieser Massregel zu überzeugen.[1]) *Jetzt suchte er mit denselben Argumenten auf Wilhelm III. und dessen leitende Minister einzuwirken. Auch ihnen gegenüber betonte er, dass es eines besonderen Artikels nicht bedürfe; dass Ludwig XIV. eine solche ausdrückliche Erklärung Leopolds I. benützen würde, um diesen beim päpstlichen Stuhle und allen katholischen Mächten anzuklagen. Allein Marlborough und Vernon antworteten auf diese Erklärungen, wie die Vertreter des englischen Parlamentes. Sie stellten den Zusatzartikel als notwendig hin, damit England, das bisher nur als Hilfsmacht in den Krieg habe eintreten wollen, als Prinzipalmacht in demselben erscheine; sprachen von den Vorteilen, die für Leopold I. aus einem solchen offenen Eintreten für die Wünsche der englischen Nation erwachsen müssten; verpflichteten*

---

[1]) *Über seine Verhandlungen mit den englischen Parlamentariern berichtet Wratislaw ausführlich in dem umfangreichen Schreiben vom 24. Jan. 1702 St.-A. Anglica. Er fuhr am Abend vor der entscheidenden Debatte zu einigen der einflussreichsten Parlamentsmitglieder um sie umzustimmen, erfuhr aber von allen, „dass in dieser Sach kein Remedium seie, da einesteils die ganze Nation diesen articulum zu ihrer vermeintlicher Sicherheit verlanget, andertheils wird Engelland in hoc passu als principalis consideriret, wodurch E. M. Interesse consolidiret werde und wäre nicht billig, dass E. M. ein Bedenken tragen, sich vor ihre innerliche Ruhe zu engagiren, nachdeme sie alles anzuwenden willig seien, was da E. K. M. Interesse in der spanischen Monarchie befördern kann; umso vielmehr weilen das Successionswesen allhier schon vor einem Jahr stabiliret ist und dieser articulus als ein nachfolgendes Werk weder zu Stabilirung der Succession Ursach geben, viel weniger aber die Ausbleibung dessen in denen allbereits genommenen Resolutionen das geringste ändern würde.“*

sich, bei der Abfassung des Artikels jedes Wort zu vermeiden, das Leopolds religiöse Empfindungen verletzen könnte und unterliessen nicht zu betonen, dass eine Weigerung des Kaisers, die Forderung Englands zu erfüllen, die weitverbreitete Ansicht von einer nach dem Tode Wilhelms III. beabsichtigten Erhebung der Katholiken verstärken würde.[1])

Das Gutachten der Räte, das Leopold nach dem Einlangen der Berichte Wratislaws forderte, lautete im Sinne der Annahme des Artikels, wenn seine Ablehnung sich als undurchführbar erweisen sollte.[2]) *Man hob die Gründe hervor, die gegen die Gutheissung des englischen Begehrens sprachen, betonte aber, dass der Nachteil, der aus der Weigerung das Begehren Wilhelms III. und der englischen Nation zu erfüllen erwachsen könnte, jedes Bedenken überwiegen müsse. Im Sinne dieser Meinung wurde Wratislaw beauftragt, alles zu tun, um die Engländer von ihrem Plane abzubringen, aber seine Zustimmung nicht zu verweigern, wenn von dieser die Kriegserklärung an Frankreich seitens der Engländer abhängen sollte. Zu gleicher Zeit erhielt er jedoch die Weisung, in letzterem Falle eine Änderung des von England verfassten Entwurfes dieses Zusatzartikels durchzusetzen, da der Kaiser es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, die cheliche Geburt Jakobs III. durch die Bezeichnung desselben als praetensus Walliae princeps in Frage zu stellen.*[3]) *Wratislaw sah alsbald die Unmöglichkeit ein, die Engländer zum Aufgeben ihrer Forderungen zu bestimmen und beschränkte seine Opposition darauf, die Streichung der vom Kaiser beanständeten Worte zu verlangen. Aber auch in diesem Punkte stiess er auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Engländer blieben dabei, dass der Titel eines Prinzen von Wales sich nicht auf die Geburt beziehe, sondern durch Ernennung erfolge, dass nur der rechtmässige nächste Erbe der Krone diesen Namen führen könne, und dass die Bezeichnung Jakobs als „Prinz von Wales" ohne den von ihnen geforderten Zusatz der Anerkennung seines Thronrechtes in England gleichkommen würde. Eine Einigung war vorerst nicht zu erzielen. Erst nach dem Tode Wilhelms III. entschloss sich Leopold nach eingeholtem zustimmenden Gutachten des Beichtvaters Menegatti,*[4]) *seine Zustimmung zu dem von den Engländern verfassten Ent-*

---

[1]) *Berichte Wratislaws vom 13. und 14. Januar, sowie vom Februar und März 1702; vgl. auch Klopp IX l. c. 457 f.*

[2]) *Den Inhalt dieses Gutachtens gibt Klopp l. c. IX. 459 ff. wörtlich wieder.*

[3]) *Weisung an Wratislaw d. d. 16. März 1702 St.-A. (Angl.) Eingehend handelt über diese Frage Klopp l. c. IX. 460 f.*

[4]) *Klopp l. c. X. 30 f. druckt die sophistischen Deduktionen Menegattis ab.*

wurfe des Zusatzartikels zu geben, dessen Unterzeichnung dann am 12. April 1702 im Haag stattfand, nachdem alle Versuche der kaiserlichen Gesandten, eine Änderung des Wortlautes durchzusetzen, an dem Widerstande Marlboroughs gescheitert waren.[1]) *Zu gleicher Zeit wurde auch die Vereinbarung über die Kriegserklärung an Frankreich von den im Haag versammelten Bevollmächtigten fertig gestellt.*[2])

Quandoquidem mortuo sine liberis non ita pridem gloriosissimae memoriae Carolo secundo Hispaniarum rege sacra sua Cea Mtas successionem in regna et provincias regis defuncti domui suae augustae legitime deberi asseruerit, rex autem christianissimus pro nepote suo, duce Andegavensi, eandem successionem ambiens et ius illi ex testamento quodam regis defuncti natum esse praeferens pro modo-dicto duce Andegavensi possessionem universae haereditatis sive monarchiae hispanicae arripuerit, provincias Hispano-belgicas ducatumque Mediolanensem armis occupaverit, classem in portu Gaditano paratam teneat, naves plures bellicas ad Indias Hispano parentes miserit, atque hoc modo aliisque plurimis regna Galliarum et Hispaniarum tam arcte inter se uniantur et coalescant, ut posthac non aliter quam pro uno eodemque regno consideranda esse videantur, adeo ut nisi prospectum fuerit satis appareat Ceae suae Mti abiiciendam esse omnem spem unquam sibi de praetensione sua satisfactum iri; sacrum Romanum imperium iura sua in feuda quae sunt in Italia et in Belgio-hispanico perditurum; Britannis et Belgis Foederatis liberum navigationis et commerciorum usum in mare mediterraneum, in Indias et alibi funditus periturum; Unitumque Belgium destitutum iri securitate, quam ex interpositis inter se et Gallos provinciis Hispano-belgicis, vulgo barriere, tenebat; denique Gallos et Hispanos ita coniunctos adeo omnibus formidandos brevi evasuros, ut totius Europae imperium facile sibi vindicaturi sint. Quum autem ob hunc procedendi modum regis christianissimi Ceae suae Mti necessitas imposita fuerit exercitum in Italiam mittendi ad conservanda tam iura sua privata quam feuda imperii, rex Magnae-Brittanniae necessarium existimaverit copias suas auxiliares mittendi Belgio Foederato, cuius res eo loco sunt, ac si re ipsa iam aggressum

[1]) *Vgl. für die letzten Verhandlungen Wratislaws und Goess Klopp l. c. X 31 ff.; für das Datum der kaiserlichen Ratifikation p. 210 Anm.*

[2]) *Vgl. den Abdruck p. 232 f.*

foret, et domini ordines generales Uniti Belgii, quorum fines undique fere patent, effracto et remoto obice, vulgo barriere, qui Gallorum vicinitatem arcebat, coacti sint ea cuncta pro securitate et salute reipublicae suae facere, quae bello impetiti facere debuissent vel potuissent; quumque tam anceps rerum constitutio ipso bello periculosior sit et hoc rerum statu Gallia et Hispania abutantur, ut se magis et magis inter se devinciant ad opprimendam Europae libertatem et tollendum commerciorum usum; his rationibus adducti sacra sua C^ea^ M^as^, sacra sua regia M^tas^ Magnae-Brittanniae et celsi et praepotentes domini ordines generales Uniti Belgii tantis malis hinc surrecturis obviam tendentes et pro viribus remedia afferre cupientes arctam inter se coniunctionem et confoederationem pro depellenda communis periculi magnitudine necessariam esse existimaverunt et hunc in finem mandatis suis instruxerunt: Scilicet sacra sua C^ea^ M^tas^ nobilissimos, illustrissimos et excellentissimos dominos, dominum Petrum sacri Romani imperii comitem a Goessen, dominum de Carelsberg, sacrae C^eae^ M^tis^ camerarium, consiliarium imperialem aulicum et ad celsos et praepotentes dominos ordines generales Uniti Belgii ablegatum extraordinarium, et dominum Joannem Wenceslaum, sacri Romani imperii comitem Wratislau a Mitrowitz, dominum de Ginetz et Malleschitz, sacrae Romanae et Hungariae regiae M^tis^ camerarium, intimae cancellariae aulico-bohemicae consiliarium et assessorem necnon sacrae C^eae^ M^tis^ ad serenissimum Magnae-Brittanniae regem ablegatum extraordinarium, legatos suos extraordinarios et plenipotentiarios; sacra sua regia M^tas^ Magnae-Brittanniae nobilissimum, illustrissimum atque excellentissimum dominum, dominum Joannem, comitem de Marlborough, baronem Churchil de Sandridge, sacrae regiae M^ti^ a consiliis intimis, copiarum pedestrium ducem, vulgo generalem et summum exercitus memoratae sacrae regiae suae M^tis^ in Belgio praefectum, legatum eius extraordinarium, commissarium, procuratorem et plenipotentiarium, et domini ordines generales, dominos Didericum Eck de Pantaleon, dominum de Gent et Erlekum; Fredericum baronem de Rheede, dominum de Lier, agri sancti Antonii et de Ter Lee, commendatorem Burae, unum nobilium et in ordine equestri Hollandiae et Westfrisiae conscriptum; Antonium Heinsium, dominorum ordinum Hollandiae et Westfrisiae consiliarium et syndicum, eorundem magni sigilli custodem ac feudo-

rum praesidem; Wilhelmum de Nassau, dominum de Odijk Cortgiene etc., primum nobilem et repraesentantem ordinem nobilium in dominorum ordinum Zelandiae et eorundem deputatorum consessu; Everhardum de Weede, dominum de Weede, Dykvelt, Rateles etc., fundi civitatis Oudewater dominum, capituli sanctae Mariae quod Trajecti ad Rhenum est decanum, consiliarium primarium et praesidem consessus provinciae Ultraiectinae, aggerum fluminis Leccae praefectum et praetorem; Wilhelmum van Haren, agri Biltani in Frisia grietmannum, universitatis Franequeranae curatorem, a parte nobilium in consessu dominorum ordinum Frisiae deputatum; Burchardum Justum a Welvelde in Buckhorst et Molekate, toparcham in Zallick et Vekate, Ysselmudani agri satrapam et Wicherum Wichers, civitatis Groningensis senatorem, respective dominorum ordinum Gelriae, Hollandiae et Westfrisiae, Zelandiae, Ultraiecti ad Rhenum, Frisiae, Transysulaniae et Groninghae ac Omlandorum ad conventum dominorum ordinum generalium Uniti Belgii deputatos, qui vi mandatorum suorum in sequentes foederis leges convenerunt.

1. Sit maneatque inter sacram C^eam^ M^tem^, sacram regiam M^tem^ Magnae-Brittanniae et dominos ordines generales Uniti Belgii constans, perpetua et inviolabilis amicitia et correspondentia teneaturque alter alterius commoda promovere, damna vero et incommoda pro posse avertere.

2. Sacra sua C^ea^ M^tas^, sacra regia M^tas^ Magnae-Brittanniae et domini ordines generales, cum nulla res ipsis magis cordi sit quam pax et tranquillitas generalis totius Europae, iudicaverunt ad eam stabiliendam nihil efficacius futurum, quam procurando C^eae^ suae M^ti^ ratione praetentionis suae in successionem hispanicam satisfactionem aequam et rationi convenientem[1]) et ut rex Magnae-Brittanniae et domini ordines generales securitatem particularem et sufficientem pro regnis, provinciis, ditionibus suis et pro navigatione et commerciis subditorum suorum adipiscantur.

3. Propterea foederati ante omnia operam dabunt quantam possunt maximam ad obtinendam via amicabili et per transactionem solidam et firmam C^eae^ suae M^ti^ satisfactionem aequam et rationi convenientem in causa memoratae successionis et

---

[1]) *Der Kaiser hätte die Worte „justa et aequa satisfactio" gewünscht.*

securitatem modo indigitatam regiae suae M^ti Magnae-Brittanniae et dominis ordinibus generalibus Uniti Belgii, impendentque foederati in hunc finem omni studio et absque ulla intermissione spatium duorum mensium a die quo ratificationum tabulae commutabuntur numerandum.

4. Quod si praeter spem et vota intra tempus praefinitum res eo quo dictum est modo transigi nequeat, foederati sibi invicem spondent et promittunt, se alter alterum omnibus viribus adiuturos idque iuxta specificationem peculiari in conventione determinandam[1]), ut ita acquirant satisfactionem et securitatem antememoratas.

5. Foederati ad procurandam satisfactionem et securitatem antedictas inter alia[2]) omnes nervos intendent, ut recuperent provincias Hispano-belgicas, ut sint obex et repagulum, vulgo barriere, Galliam a Belgio Foederato removens et separans pro securitate dominorum ordinum generalium, quemadmodum ab omni tempore inservierunt, donec rex christianissimus nuper eas milite suo occupavit; ut et ducatum Mediolanensem cum dependentiis[3]) eius, tanquam feudum imperii atque securitati provinciarum haereditariarum C^eae suae M^tis inserviens; praeterea regna Neapolis et Siciliae et terras atque insulas circa ora Hetruriae in mari mediterraneo, quae sunt ditionis hispanicae et eiusdem usus esse possunt, ut et prodesse navigationi et commerciis subditorum regis Magnae-Brittanniae et Belgii Uniti.

6. Licitum sit regiae suae M^ti Magnae-Brittanniae et dominis ordinibus generalibus communi consilio pro utilitate et commodo navigationis et commercii subditorum suorum quas

---

[1]) *Heinsius betonte, dass dies mit Rücksicht auf England geschehen müsse.*

[2]) *Wie Wratislaw in seinem Berichte vom 18. Okt. 1701 St.-A. meldet, fand er bei der gelegentlich der Auswechslung der Ratifikationen vorgenommenen Lesung und Kollationirung des Vertrages, dass sich bei der Translation aus dem französischen ins lateinische ein Fehler eingeschlichen habe, den Niemand bemerkte, indem in der französischen Punktation beschlossen worden war, dass die Verbündeten „employeront entre autres leurs forces", im lateinischen aber die Worte inter alia ausgeblieben seien. Da aber diese Worte ihm unerlässlich schienen, um die Ansprüche des Kaisers auf die gesamte spanische Monarchie in salvo zu erhalten, bestand er energisch auf der Verbesserung der Stelle und setzte sie auch, trotz mancher Einwendungen, durch. In der englischen Originalausfertigung erscheinen diese 2 Worte nachgetragen.*

[3]) *Die kaiserlichen Bevollmächtigten wollten eine genauere Bezeichnung dieser Dependenzien, standen aber davon ab, als sich Schwierigkeiten zeigten.*

poterunt in Indiis hispanicae ditionis terras et urbes armis occupare, quicquid autem occupaverint ipsorum manebit.

7. Necessitate exigente ut foederati ad obtinendam antedictam suae C^eae^ M^tis^ satisfactionem et regis Magnae-Brittanniae ac dominorum ordinum generalium securitatem bellum subire adigantur, fideliter inter se consilia communicabunt de operationibus bellicis et de omnibus rebus ad causam hanc communem spectantibus.

8. Neutri partium fas sit bello semel suscepto de pace cum hoste tractare, nisi coniunctim et communicatis consiliis cum altera parte; nec pax ineatur nisi adepta prius pro C^ea^ sua M^te^ satisfactione aequa et rationi conveniente et pro regia sua M^te^ Magnae-Brittanniae et dominis ordinibus generalibus securitate particulari regnorum, provinciarum, ditionum, navigationis et commerciorum suorum, et nisi iustis cautelis antea provisum sit ne regna Galliae et Hispaniae unquam sub idem imperium veniant et uniantur, nec unquam unus et idem utriusque regni rex fiat, et speciatim ne Galli unquam in possessionem Indiarum iuris hispanici veniant neque ipsis ibidem navigatio mercaturae exercendae causa sub quocunque praetextu directe vel indirecte permittatur, et denique nisi pacta pro subditis regis Magnae-Brittanniae et Foederati Belgii facultate plena utendi et fruendi omnibus iisdem privilegiis, iuribus, immunitatibus et libertatibus commerciorum terra marique in Hispania, mari mediterraneo et in omnibus terris et locis, quae rex Hispaniarum postremo defunctus tempore mortis tam in Europa quam alibi possedit, quibus tunc utebantur et fruebantur, vel quibus amborum vel singulorum subditi iure ante obitum dicti regis Hispaniarum quaesito per tractatus, per pacta conventa, per consuetudines vel per alium quemcunque modum uti et frui poterant.

9. Tempore, quo dicta transactio vel pax fiet, foederati inter se convenient de omnibus iis, quae ad stabiliendam navigationem et commercia subditorum regis Magnae-Brittanniae et dominorum ordinum generalium in terris et ditionibus acquirendis et a postremo defuncto Hispaniarum rege possessis necessaria erunt, quemadmodum etiam de modo quo domini ordines generales per obicem antedictum, vulgo barriere, securi reddentur.

10. Et quoniam controversiae quaedam religionis ergo exoriri possent in locis a foederatis uti sperant armis occupandis, de exercitio eius inter se etiam eodem quo supradictum est tempore convenient.

11. Foederati se invicem omnibus viribus iuvare et opem ferre contra aggressorem teneantur, si rex christianissimus vel quisquam alius aliquem foederatorum ex causa huius foederis aggredi sustineat.

12. Quod si vel nunc super saepe indigitata satisfactione et securitate transigi queat vel post susceptum necessario bellum pax iterum coalescat, post talem vel transactionem vel pacem conclusam sit et maneat semper inter partes contrahentes foedus defensivum pro guarantia eiusdem vel transactionis vel pacis.

13. Ad huius foederis societatem admittentur cuncti reges, principes et status, qui volent et quibus pax generalis cordi est. Quoniam autem sacri Romani imperii peculiariter interest pacem publicam servari et hic inter alia agatur de recuperandis imperii feudis, ad huius foederis societatem dictum imperium speciatim invitabitur. Praeterea foederatis coniunctim vel singulis seorsim licitum sit accessionem ad hoc foedus requirere, eorum quos requirere ipsis visum fuerit.

14. Ratihabebitur hoc foedus ab omnibus foederatis intra spatium sex septimanarum vel citius si fieri poterit.

In quorum fidem nos supra memorati plenipotentiarii praesens foedus subscriptionibus et sigillis nostris munivimus. Hagae Comitum die septimo Septembris anni millesimi septingentesimi primi.

Marlborough.

Quandoquidem post foedus inter sacram suam C^{am} M^{tem}, suam sacram regiam M^{tem} Magnae-Brittanniae regem nuper defunctum et celsos ac praepotentes dominos ordines generales Uniti Belgii Hagae Comitum die septimo mensis Septembris anni millesimi septingentesimi primi confectum signatumque rex christianissimus sibi tantum arrogaverit, ut praetensum Walliae principem agnosceret declararetque regem Angliae, Scotiae et Hiberniae, atque eo facto dicto regi defuncto, reginae Magnae-Brittanniae et universae nationi brittannicae gravem admodum et indignam iniuriam intulerit, conventum igitur conclusumque

est inter praedictos dominos confoederatos, suam sacram Cesam Mtem, sacram suam regiam Mtem reginam Magnae-Brittanniae et celsos ac praepotentes dominos ordines generales Uniti Belgii per praesentem hunc articulum (qui parem et eandem prorsus vim, virtutem et vigorem obtinebit ac si supradicto foederi ab initio insertus fuerit), quod nulla omnino pax cum Gallia inibitur, priusquam antememoratae sacrae suae Mti reginae Magnae-Brittanniae pro eadem atroci iniuria reparatio facta sit.

Ad praesentis foederis societatem invitabuntur reges et principes, qui ad foedus ipsum iam accesserunt vel in posterum accedent.

Ratihabebitur hic articulus intra spatium unius mensis vel citius si fieri poterit.

In quorum fidem eodem modo ut in supradicto foedere sex huius articuli instrumenta facta sunt, quorum duo plenipotentiarii sacrae suae Ceae Mtis, alter Londini, alter Hagae Comitum, altera duo infrascriptus plenipotentiarius sacrae suae regiae Mtis reginae Magnae-Brittanniae et reliqua duo deputati dominorum ordinum generalium subscripserunt et sigillis suis muniverunt. Hagae Comitum die duodecimo Aprilis anni millesimi septingentesimi secundi.

Marlborough.[1])

2.

Konvention zwischen Leopold I., Anna von England und den Generalstaaten über die an Frankreich am 15. Mai n. st. zu veröffentlichende Kriegserklärung, d. d. Haag 1702 April 18.[2])

Nach der im St.-A. im Or. befindlichen von Marlborough d. d. London 1702 April 14/25 unterzeichneten Urkunde; ebendaselbst auch die Originalausfertigung der Generalstaaten.

Comme dans l'article troisiéme de l'alliance entre sa Mté imperiale, sa Mté brittannique et les seigneurs estatz generaux des provinces unies des Païs-Bas, conclüe le septieme Septembre de l'année mille sept cent et un, il a esté stipulé qu'on employera deux mois pour tascher d'obtenir par voye amiable

[1]) *Das holländische völlig gleichlautende Instrument befindet sich gleichfalls im Or. im St.-A.*

[2]) *Für die informirende Einleitung vgl. p. 226.*

une satisfaction raisonnable à sa Mté imperiale touchant la succession d'Espagne, et à sa Mté brittannique et aux dits seigneurs estatz generaux une seureté particuliere et suffisante pour leurs royaumes, estatz et provinces; que ces deux mois sont passez depuis long temps sans qu'on ait veu la moindre apparence d'un accommodement; qu'au contraire le roy tres-chretien demeure resolu de maintenir la monarchie d'Espagne en son entier pour son petit fils et de l'unir estroitement avec celle de France; que ces deux puissances joignent pour cet effet leurs armes en Italie et aux Païs-Bas; que les troupes de France ont du depuis envahy et occupé tout le païs de Cologne et de Liege, et qu'elles s'y fortifient aussy bien que par tout les Pais-Bas Espagnolz; que par lá elles tiennent bloquées les Provinces Unies; et que de plus la France menaçe de les attaquer par ses nombreuses armées, si les dits seigneurs estatz generaux ne font ce qu'elle desire; les dits hauts alliez, ne jugeant pas à propos de se laisser prevenir d'avantage, sont convenus suivant l'article quatriéme de la dite alliance de joindre leurs forces et de declarer la guerre par mer et par terre au roy tres-chretien et à son petit fils, et cette declaration se fera en mesme temps le quatrieme/quinzieme de May de cette année mille sept cent et deux de la part de sa Mté Imple dans tous ses païs haereditaires, de la part de sa Mté brittannique dans tous ses royaumes, estatz et païs, et de la part des dits seigneurs estatz generaux dans toute l'estendüe de leur estat. En foy de quoy on a fait six exemplaires de cette convention, dont deux ont esté signés par les plenipotentiaires de sa Mté Imple, l'un à Londres, l'autre à la Haye, deux autres par le soussigné plenipotentiaire de sa Mté la reyne de la Grande-Bretagne à Londres, et les deux qui restent par les deputez des seigneurs estatz generaux à la Haye, et les dits plenipotentiaires et deputez y ont apposé les cachets de leurs armes. Fait à la Haye le dixhuitiéme d'Avril mille sept cent et deux; et a Londres le 14/25.

L. S. Marlborough.

3.

Konvention zwischen Leopold I., Anna und den Generalstaaten, betreffend den Zeitpunkt des Verbotes des Handelsverkehrs und der Korrespondenz ihrer Untertanen mit Frankreich und Spanien. d. d. Haag 1703 April 11.

Das Original dieser Konvention im R. O., Kopien derselben im St.-A. und im R. A. im Haag.

Zu Beginn des Jahres 1703 verhandelte das englische Parlament über die von den Niederländern geforderte Verstärkung der Truppen für den bevorstehenden Feldzug. Bei dieser Gelegenheit wurde von verschiedenen Seiten Klage darüber geführt, dass die französischen Armeen in Italien, am Rhein und in Flandern durch holländische und englische Wechsel bezahlt würden, ja dass die Kaufleute, durch die von Frankreich gewährten hohen Zinsen gewonnen, gewöhnlich die Bezahlung der Armeen für 3 Monate anticipirten, wodurch den Franzosen wesentliche Vorteile im Felde erwuchsen. Es wurde ferner darauf aufmerksam gemacht, dass die Vertreter der Generalstaaten statt sich mit England über ein Verbot des Handels mit den feindlichen Mächten zu einigen, der Neutralität in diesem Punkte das Wort sprachen und dadurch die Interessen der Engländer merklich schädigten.[1]) *Nach einer längeren Debatte wurde mit einer beträchtlichen Stimmenmehrheit der Beschluss gefasst, der Königin zu raten, die Verhandlungen mit den Generalstaaten zu beginnen, zugleich aber von ihnen das Verbot des Handels-, Geld- und Briefverkehres mit Frankreich und Spanien zu fordern. Königin Anna sollte überdies erklären, dass England sich zur Bezahlung der geforderten Verstärkungstruppen erst von dem Tage für gebunden erachten könne, an dem das geforderte Edikt gegen den Verkehr mit den feindlichen Mächten seitens der Generalstaaten publiziert werden würde. In der Tat übergab der englische Bevollmächtigte im Haag, Stanhope, im Laufe des Monates Januar den Generalstaaten mehrere Denkschriften, in denen er bittere Klage über ihr Verhalten führte und im Sinne der Parlamentsbeschlüsse von der Publizierung des von England geforderten Verkehrsverbotes die Bewilligung der zur Verstärkung der Truppen notwendigen Gelder abhängig machte.*[2])

---

[1]) *Berichte des kaiserlichen Residenten Hofmann vom 16. und 19. Jan. 1703. St.-A. Angl.*

[2]) *Denkschriften Stanhopes vom 5. und 27. Jan. 1703. Vgl. die Schreiben des Goess vom Jan. 1703. St.-A.*

Das entschiedene Auftreten Stanhopes hatte den gewünschten Erfolg. Mit einer bei dem komplizierten Geschäftsgange der Republik erstaunlichen Eile wurde seitens der einzelnen Provinzen die Einwilligung erteilt und bereits Mitte Februar konnte Stanhope seinem Hofe die Mitteilung von seinem Erfolge machen. Nun traten aber die Generalstaaten und Stanhope an den kaiserlichen Gesandten im Haag mit der Forderung heran, sich über den Termin zu äussern, an dem dieses Verbot in den sämtlichen Ländern der Verbündeten und im Reiche Geltung erlangen sollte. Goess, der keine Weisung in dieser Angelegenheit besass, betonte die Schwierigkeit, vom Reiche, zumal von den Handelsstädten, die Einwilligung zu erhalten und bat um eine längere Frist.[1]) *Als sich aber Stanhope auf das entschiedenste dagegen aussprach; Schreiben Stepneys — des englischen Gesandten am Wiener Hofe — vorwies, aus denen zu ersehen war, dass Kaiser Leopold I. seine Entschliessung von jener der Seemächte abhängig machte*[2]) *und die Drohung aussprach, England werde nicht einen Pfennig von den zur Verstärkung der Truppen bewilligten Geldern hergeben, bis diese Frage endgiltig erledigt sei, entschloss sich Goess seine Zustimmung zu geben, dass der 1. Juni als Beginn des Verbotes festgesetzt werde.*[3]) *Die Engländer waren mit dem Erfolge ihres Gesandten nicht zufrieden, weil das Verbot nur auf ein Jahr erflossen war, während sie eine für die Dauer des Krieges berechnete Vereinbarung in dieser Frage gewünscht hätten. In der Tat ergaben sich im Laufe des Jahres 1704 heftige Konflikte zwischen den Seemächten und die Verhandlungen, die im Haag bezüglich der Erneuerung dieser Konvention geführt wurden, verliefen resultatlos.*[4])

Comme sa Mté imperiale, sa Mté la reine de la Grande-Bretagne et leurs hautes puissances les seigneurs estatz generaux des Provinces Unies ont resolu de defendre le commerce ou traficq comme aussy la correspondence de lettres et le change avec les sujets de la France et d'Espagne et qu'il est necessaire qu'on convienne d'un jour ou terme au quel la dite defence commencera à s'executer egalement par tout; ainsy les soussignéz envoyez extraordinaires, plenipotentiaires et deputez de

[1]) *Vgl. die Schreiben des Goess aus dem Haag Febr. bis April 1703. St.-A.*

[2]) *Goess an den Kaiser 10. April 1703. St.-A. Holl.*

[3]) *Goess an den Kaiser, d. d. 13. April 1703 Holl. St.-A. Stanhope forderte den 15. Mai als Anfangstermin.*

[4]) *Vgl. dafür Feldzüge des Prinzen Eugen, I. Ser. Bd. VI. p. 19 f.*

leurs dites Mtez et des dits seigneurs estatz generaux sont convenus ensemble que la dite defence sera publiée et commencera dans les terres hereditaires de sa Mté imperiale, dans tout l'empire, dans les terres de la domination de sa Mté de la Grande-Bretagne et dans celles des dits seigneurs estatz generaux le premier jour du mois de Juin de la presente année 1703, dont on pourra avertir les sujets quelque tems auparavant comme chacun le trouvera necessaire, et cette defence durera provisionellement le terme d'un an. Ainsy fait à la Haye le 11.e d'Avril 1702.

L. S. Pierre comte de Goessen.
L. S. Alexandre Stanhope.
L. S. D. v. Eck v. Panthaleon, Hr. v. Gent.
L. S. H. v. Bleyswyck.
L. S. A. Heinsius.
L. S. W. v. Nassau.[1])
L. S. D. v. Veldhuysen.
L. S. C. v. Scheltinga.
L. S. A. v. Lemker.
L. S. G. v. Drews.

4.

Projekt einer Konvention zwischen Leopold I., Anna und den Generalstaaten, die spanische Erbfolge betreffend; verfasst 1703.

Ein Konzept dieser projektierten Konvention befindet sich im St.-A. als Beilage zum Berichte des Goess d. d. 1703 Aug. 28.

Bei den Verhandlungen, die dem Abschlusse der Allianz vom 7. September 1701 vorangegangen waren, hatte Wilhelm III. die Forderung Kaiser Leopolds I., die Seemächte möchten sich zur Eroberung der spanischen Gesamtmonarchie für die deutsche Linie des Hauses Habsburg verpflichten, auf das energischeste zurückgewiesen und nachdrücklichst betont, dass das englische Parlament zur Annahme eines solchen Vorschlages nicht zu bewegen sein würde. Allein noch im Laufe des Jahres 1702 hatten sich die Verhältnisse derart geändert, dass die englische Regierung mit Plänen an den Wiener Hof herantrat, deren Durchführung eben diesem Zwecke galten. Das Programm der Allianz vom 7. Sept. 1701 hatte die Kriegsführung der Verbün-

[1]) *Dieser Name fehlt in dem im R. O. befindlichen Or.*

deten auf Belgien, Italien und den Oberrhein beschränkt und damit die Hoffnung auf die Wiedereröffnung der für England ergiebigsten Absatzgebiete in weite Ferne gerückt, während die Aussichten auf einen direkten Verkehr mit dem spanischen Amerika, der für die Verluste in Europa entschädigen sollte, sich nicht erfüllten. Immer lebhafter wurden die Klagen der englischen Kaufleute über den Schaden, den sie durch die Schliessung der spanischen Häfen erlitten; immer entschiedener die Forderung des Parlamentes, dem Kriege durch ein energisches Vorgehen auf der pyrenäischen Halbinsel eine den englischen Handelsinteressen förderliche Wendung zu geben. In diesem Sinne war der Abschluss eines Bündnisses mit dem Könige von Portugal gemeint, mit dessen Hilfe der Kampf gegen Philipp V. in Spanien geführt werden sollte. Die englische Regierung trat nun wie an die Generalstaaten, so auch an Kaiser Leopold I. mit der Forderung heran, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, die zum Abschlusse eines Bundes mit Portugal führen sollten.

Allein der Wiener Hof zeigte geringe Neigung, auf diese Pläne einzugehen. Er stellte den Kampf in Italien in den Vordergrund und betonte, dass der Wiedergewinn der spanischen Besitzungen in Italien bei der Abneigung der Spanier gegen eine Zersplitterung ihres früheren Besitzes den Sieg der Verbündeten auch in Spanien nach sich führen müsste. Dass die englische Regierung die Absendung des Erzherzogs Karl nach Portugal forderte und sich verpflichten wollte, den Krieg gegen Ludwig XIV. und Philipp V. so lange zu führen, bis Karl III., der unmittelbar nach seiner Landung auf der pyrenäischen Halbinsel als König Spaniens ausgerufen werden sollte, als Herrscher der spanischen Gesamtmonarchie anerkannt sei, wirkte auf die Entscheidungen der Wiener Regierung nicht in dem Masse, als die Seemächte erwartet hatten. Die Mehrzahl der kaiserlichen Minister wünschte eben wenn irgend möglich die Erwerbung der spanischen Gesamtmonarchie zu persönlichem Besitze Leopolds I. und seines erstgeborenen Sohnes und zog selbst den Gewinn der spanisch-italienischen Besitzungen für das deutsche Haus Habsburg, der Besitzergreifung des gesamten spanischen Erbes durch einen Habsburger vor, der nicht zu gleicher Zeit Herrscher in Österreich war. Erst nach langem Sträuben fügte sich Leopold der mit seltener Zähigkeit festgehaltenen Forderung der Seemächte und erklärte sich bereit, die spanische Gesamtmonarchie als ungeteiltes Erbe für seinen zweitgeborenen Sohn Karl anzunehmen. Aber auch dann noch legte er dem Abschlusse des Bündnisses mit Portugal Schwierigkeiten in den Weg, weigerte sich seine Einwilligung zu den Gebietsabtre-

tungen zu geben, die der portugiesische König für die Teilnahme am Kampfe gegen Philipp V. forderte und entschloss sich erst nach neuen energischen Mahnungen der Engländer, die Ordnung dieser Angelegenheit der englischen Königin anheimzustellen, nicht ohne nochmals der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass dem Königreiche Spanien möglichst geringe Opfer zugemutet werden würden. Am 16. Mai wurde zu Lissabon der Bundesvertrag unterzeichnet. Als Zweck desselben wurde die Erhebung Karls III. zum Könige der spanischen Gesamtmonarchie angegeben. Der Herrscher Portugals verpflichtete sich zur Teilnahme an dem Kampfe in Spanien gegen Philipp V., erhielt den Oberbefehl über die Flotte und die Landarmee der Verbündeten, die Zusage der Seemächte, einen grossen Teil der portugiesischen Armee zu erhalten. Überdies sicherte ihm ein geheimer Zusatzartikel beim Friedensschlusse einige Plätze in Estremadura und Galicia als Kriegsentschädigung.[1]) *Als Vertreter Leopolds I. hatte Graf Waldstein dieses Dokument unterzeichnet, doch hatte man dem Kaiser zur Ratifikation und zur Anerkennung seines Sohnes als König von Spanien eine Frist von 3 Monaten bewilligt.*[2]) *Es wurde den Engländern nicht leicht, die Wiener Regierung zur Gutheissung des Geschehenen zu bestimmen. Dieselbe stellte neuerdings die Forderung, dass die Eroberung Süditaliens dem Angriffe auf Spanien vorangehen solle und es dauerte lange, bis der Kaiser sich entschloss, diesen Plan fallen zu lassen und seine Einwilligung zur Reise Karls nach Spanien zu geben. Noch schwieriger war es, eine Entscheidung Leopolds I. in der Cessionsfrage herbeizuführen. Insbesondere Mailand bildete das Streitobjekt zweier Parteien am Wiener Hofe, von denen die eine dieses Herzogtum als ein Stück der Gesamtmonarchie ansah, „welches der Krone Spanien folgen müsse", während die andere es als verfallenes Reichslehen für die deutsche Linie in Anspruch nahm. Für die Bedeutung, die man in London der raschen Erledigung dieser Cessionsfrage beimass, ist es bezeichnend, dass Königin Anna ihre Zustimmung zu einer Fassung geben wollte, die dem Kaiser oder seinem Nachfolger in Österreich die künftige*

---

[1]) *Der Abdruck dieses am 16. Mai 1703 zu Lissabon abgeschlossenen Vertrages, den England, die Generalstaaten und der Kaiser mit den Portugiesen eingiengen, erfolgt, da Portugal und nicht England der Vertragsgegner Österreichs ist, nicht hier, sondern in dem Bande „Portugal" der österreichischen Staatsverträge. Für die Rat. und Drucke (u. a. Dumont l. c. VIII/1 127, Jenkinson l. c. I. 337 ;) vgl. Bittner l. c. Nr. 642.*

[2]) *Die kaiserliche Ratifikation erfolgte am 3. Juli 1703. Vgl. Bittner l. c. Nr. 642.*

Abtrennung Mailands vom spanischen Gesamterbe ermöglichen sollte.[1]) *Und zu gleicher Zeit schlug die englische Regierung den Generalstaaten vor, der Allianz vom 7. Sept. 1701 einen Artikel hinzuzufügen, durch den die völlige Ausschliessung der Bourbonen von dem spanischen Erbe und die Erwerbung desselben für die deutsche Linie des Hauses Habsburg festgesetzt werden sollte.*

Der Wiener Hof gieng mit Freuden auf die Anregung der Engländer ein. Im Juli und August 1703 wurden eifrige Beratungen in dieser Angelegenheit gepflogen und verschiedene Entwürfe von den beteiligten Mächten vorgelegt.[2]) *Allein je weiter die Verhandlungen gediehen, desto klarer wurde es, dass die Seemächte ihr Zugeständnis an den Kaiser von einer Gegenerklärung desselben abhängig machen wollten, die auszustellen dieser sich entschieden weigerte. Der sechste Artikel der Allianz vom 7. Sept. besagte, dass die von den Seemächten im Laufe des Krieges in Westindien eroberten Gebiete ihnen verbleiben sollten. Wir wissen, wie ungern und gezwungen damals Leopold I. seine Einwilligung zu diesem Zugeständnisse gegeben hatte, das er mit seinem Gewissen als Katholik nicht recht vereinbar fand. Seitdem nun die Erhebung eines österreichischen Prinzen auf den spanischen Thron in Aussicht genommen war, traten zu den religiösen auch dynastische Bedenken und die Wiener Regierung wurde nicht müde die Forderung zu stellen, dass Eroberungen der Seemächte in Westindien nur im Namen des Hauses Habsburg erfolgen und dass katholische Priester nach Westindien gebracht werden sollten, um der Bevölkerung jener Länder Sicherheit dafür zu bieten, dass niemand etwas feindseliges gegen ihre Religion beabsichtige. Eine bestimmte, rechtsverbindliche Zusage der Engländer war zwar nicht erfolgt, aber Wilhelm III. hatte weitgehende Zugeständnisse gemacht und Königin Anna hatte sich anfangs geneigt gezeigt, die Pläne ihres Vorgängers gutzuheissen.*[3]) *Als*

---

[1]) *Vgl. Noorden l. c. I. 396.*

[2]) *Vgl. die darauf bezüglichen Mitteilungen bei Klopp l. c. X. 385 u. passim, sowie die im Anhange zu diesem Bande 409 f. abgedruckten Auszüge aus den Berichten Hofmanns und Goess. Noorden l. c. 396 spricht von Entwürfen der kaiserlichen Gesandten im Heinsiusarchive im Haag, die der Ausschliessung der bairischen Ansprüche gedachten. Davon ist auch in dem von Stanhope vorgelegten Entwurfe die Rede, den wir abdrucken.*

[3]) *Vgl. dafür die durchaus nicht übereinstimmenden Mitteilungen bei Klopp l. c. X. 246 ff. und 392 ff. und Noorden l. c. I. 395 f. Die Berichte Wratislaws aus London und die Weisungen Leopolds I. an ihn im St.-A. enthalten viele auf diese Frage bezugnehmende Stellen.*

aber Graf Wratislaw im Auftrage des Kaisers die Einhaltung der gegebenen Versprechen forderte, zeigte es sich, dass die Seemächte an die Aufhebung des sechsten Artikels nicht dachten, vielmehr entschlossen waren ihren Anteil an eventuellen Eroberungen in Westindien zu fordern.[1])

Und je deutlicher das Bestreben des Kaisers wurde, die Unteilbarkeit des gesamten spanischen Erbes auch im Hinblicke auf Westindien zu betonen, desto notwendiger schien es den Seemächten ihren entgegengesetzten Standpunkt in nicht misszuverstehender Weise zum Ausdrucke zu bringen. In diesem Sinne fügte Stanhope, Englands Vertreter im Haag, dem Entwurfe des Zusatzartikels, der die Erwerbung der spanischen Gesamtmonarchie für die deutsche Linie des Hauses Habsburg feststellen sollte, die Bemerkung bei, dass demungeachtet die von den Seemächten in Westindien eroberten Gebiete — dem 6. Artikel der Allianz vom 7. Sept. 1701 entsprechend — diesen verbleiben sollten.[2]) *Da aber Leopold I. die Einwilligung zu dieser Änderung des Entwurfes nicht geben wollte, von der die englische Regierung ihrerseits „um der englischen Nation willen" nicht lassen wollte, und da auch der holländische Ratspensionär Schwierigkeiten machte,*[3]) *wurde zum grössten Schaden für das Haus Habsburg von der Unterzeichnung des Entwurfes Abstand genommen.*

Quandoquidem ex foedere inter sacram C^eam^ M^tem^, Ser^mam^ reginam Magnae-Britanniae, ordines generales Uniti Belgii et Ser^mum^ Portugalliae regem nuper concluso[4]) loca quaedam ad monarchiam hispanicam pertinentia a sacra C^ea^ M^te^ sacrae regiae M^ti^ Lusitaniae cessa sint, cumque eiusdem foederis articulo 21mo conventum sit, ne pax aut induciae cum rege christianissimo fiant quamdiu eiusdem ex delphino nepos aut alius quispiam ex familia borbonica princeps in Hispania remanebit[5]) et cum foedere

---

[1]) *Vgl. die Berichte Wratislaws St.-A.*

[2]) *Vgl. den Entwurf des Zusatzartikels zurAllianz vom 7. Sept. 1701.*

[3]) *Die Behauptung Noordens l. c. I 396, dass die Unterzeichnung lediglich an dem Widerstande des holländischen Ratspensionärs gescheitert sei, dürfte gegenüber den Beweisen, die Klopp erbracht hat, nicht aufrecht zu erhalten sein.*

[4]) *Vgl. Anm. p. 238.*

[5]) *Der Artikel XXI. lautet nach dem St.-A. befindlichen Originale des Vertrages vom 16. Mai 1703. Neque pax neque induciae fieri poterunt nisi mutuo consensu omnium foederatorum neque ullo tempore fient manente in Hispania secundogenito regis christianissimi ex delfino nepote, quolibetve alio principe*

amicitiae Hagae Comitum die 7mo mensis Septembris anno 1701 inter imperatorem, Guilielmum tertium regem et ordines generales Uniti Belgii[1]) inito conventum sit, ne de pace ullatenus agatur donec sufficienter cautum sit, ne regna Galliae et Hispaniae unquam uniantur aut sub idem imperium veniant et ne una eademque persona regnorum amborum rex sit, sacrae Ceae Mti, regiae Mti Magnae-Britanniae et ordinibus generalibus Uniti Belgii visum est hisce apertius declarare, quae ipsorum concors et constans de reliqua omni monarchia hispanica mens sit, sese arctissimo modo ad inviolabilem eiusdem executionem adstringentes: Declarant igitur, statuunt sancteque promittunt, se nullam ullo unquam tempore pacem cum rege christanissimo, qui nunc est aut imposterum futurus est, aut cum duce Andegavensi aut alio quovis e familia borbonica principe eorumque adhaerentibus aut vicem gerentibus causamque inde habentibus facturos, quovis e familia borbonica principe in possessione partis cuiusvis regnorum, provinciarum, regionum et locorum ubicumque sitorum manente, quae potentissimus nuper princeps Carolus 2us Hispaniarum rex pientissimae memoriae habuit et possedit aut habere et possidere potuisset. Verum imprimis provisum erit, quod omnia et singula regna, provinciae, regiones et loca ubicunque sita et universum ius, quod praefatus potentissimus princeps Carolus 2us Hispaniarum rex habuit aut possedit aut habere et possidere potuisset, foederatorum armis a domo borbonica, eorum adhaerentibus, vicem gerentibus aut causam inde habentibus recuperata, inclitae domui austriacae reddentur aut eidem per pacem absque ulla mora aut quovis retentionis vel tergiversationis praetextu restituentur iisque deinceps libere relinquentur, familia borbonica, eorum adhaerentibus, vicem gerentibus aut causam inde habentibus perpetuo et ubique exclusis. Nominatim autem omnes omni tempore electoris Bavariae praetensiones excludentur, si quidem ille iniusti belli praetextu, quo non solum foederatorum progressus tardare verum et destruere inique conatur, partem aliquam monarchiae hispanicae obtinere praesumat, sanctionibus, dispositionibus aut contractibus quibus-

---

ex stirpe gallica et quin Lusitana corona integre possideat et dominetur omnibus terris, regnis, insulis, statibus, ditionibus, arcibus, urbibus, opidis, pagis eorumque territoriis et annexis, quae nunc tam in Hispania quam extra ipsam habet.

[1]) *In der Abschrift steht Unito Belgio.*

vis in contrarium non obstantibus, quae omnibus hisce cassa et nulla declarantur. Excipientur[1]) autem ab hac restitutione illae terrae et urbes ditionis hispanicae in Indiis occidentalibus, quae armis reginae et ordinum generalium aut opibus[2]) alterius eorum durante hoc bello occupabuntur, quae terrae et loca ita capta poenes captores remanebunt secundum articulum 6^{tum} foederis praefati Hagae Comitis conclusi. Excipientur pariter ab hac restitutione omnia illa oppida, urbes et castella cum eorum dependentiis et omnes illae regiones, quae Lusitaniae regi vi secretorum articulorum foederis supradicti cum illo conclusi conceduntur, quae quidem oppida, urbes, castella et regiones regi Lusitaniae secundum praefatos articulos secretos in perpetuum manebunt. Foedus autem supradictum inter sacram C^{eam} M^{tem}, Ser^{mam} suam regiam M^{tem} et ordines generales Hagae Comitum conclusum in aliis omnibus suis articulis et clausulis integrum et illibatum semper manebit, atque haec explicatio seu nova conventio pro eiusdem parte et ampliori accessione reputabitur et eandem vim obtinebit, ac si ab initio ibidem his ipsis verbis inserta fuisset.[3]) Reservabitur etiam Ser^{mae} domui Sabaudiae ius, quod in successionem hispanicam post augustissimam domum austriacam, exclusa familia borbonica, eidem competit, dummodo ad eum finem facilius assequendum arma et consilia sua confoederatis sine mora iungat, reservato[4]) illi ulterius, modo hoc fiat, omni alio iure in terras, regiones et loca illa, quae ab imperatore vi foederis inter sacram C^{eam} M^{tem} et ducem praefatum initi ipsi concedentur. Ministri imperatoris, reginae Magnae-Britanniae et ordinum generalium sufficienti ad id facultate instructi spondent declarationem hanc seu novam conventionem solemniter ratam habituram iri a sacra C^{ea} M^{te}, Ser^{ma} regina Magnae-Britanniae et ordinibus generalibus intra spatium quatuor septimanarum etc.

---

[1]) *In der Abschrift incipientur.*

[2]) *In der Abschrift fehlt das opibus.*

[3]) *Abschrift = fuissent.*

[4]) *Abschrift = reservatur.*

5.

Konvention bezüglich der Überführung eines Korps von 4000 Mann kaiserlicher Truppen aus Italien nach Spanien; d. d. Haag 1708 April 14.

Das Original dieser Konvention im R. O. — Druck in dem Werke „Feldzüge des Prinzen Eugen" X. Anhang 68 f. nach der im Kriegsarchive in Wien Span. Fasc. IV/9 befindlichen Vorlage.

Unter den Verträgen, die von Österreich und England im Laufe des spanischen Erbfolgekrieges geschlossen worden sind, können einige nicht in diese Publikation aufgenommen werden, da die genannten beiden Mächte in denselben nicht als Vertragsgegner erscheinen, sondern gemeinsam mit einem dritten Staate rechtsgiltige Vereinbarungen trafen. Zu diesen zählt der im Jahre 1707 mit den Schweizern geschlossene Vertrag, der den Durchzug der Truppen der Alliierten durch Graubünden betraf;[1] *die im Jahre 1709 im Vereine mit den Generalstaaten entworfenen Friedenspräliminarien,*[2] *die von Frankreich nicht angenommen wurden und einige Militärkonventionen, die von dem Prinzen Eugen von Savoyen und dem Herzoge von Marlborough gemeinsam mit den Vertretern der Generalstaaten geschlossen worden sind.*[3] *Erwähnung ver-*

---

[1]) *Der Abdruck dieses Bündnisses, das Josef I. am 9. April 1707 ratifizierte, erfolgt im Bande „Schweiz" der österreichischen Staatsverträge. Vgl. den Abdruck desselben bei Dumont-Rousset Suppl. II/2 55.*

[2]) *Dieser Vertragsentwurf d. d. Haag 1709 Mai 28 ist u. a. abgedruckt bei Dumont l. c. VIII/1 234 ff.; General Coll. of treaties etc. I. 446 ff.; er wird im Bande „Frankreich" der Staatsverträge publiziert werden.*

[3]) *Diese Militärkonventionen werden in den österreichisch-staatischen Verträgen zum Abdrucke gelangen; da sie aber zum grösseren Teile bisher unbekannt sind, sei ihr Inhalt hier kurz angegeben. Die Konvention d. d. 22. Dez. 1708 (Or. im niederländischen Reichsarchiv im Haag) bestimmt, dass die kaiserlichen Truppen, die im Feldzuge 1708 in den Niederlanden gekämpft — 24 Eskadronen und 8 Bataillone, sowie 2 Regimenter Husaren — daselbst überwintern dürfen und entsprechende Verpflegung erhalten sollen unter der Bedingung, dem kommandirenden General der vereinigten Truppen Gehorsam zu leisten und im folgenden Feldzuge ebensolche Dienste zu leisten, wie im vergangenen. Ein geheimer Artikel d. d. 1. Jan. 1709 (Or. R.-A.) bestimmt dann, dass für Lebensmittel, die nicht in natura geliefert werden können, eine entsprechende Geldsumme — chaque place et portion de fourage et pain sera payé sur le pied de neufs sols monnoye de Brabant — am Ende eines jeden Monates dem kaiserlichen Kommissär gezahlt werden solle.*

Am 1. Nov. 1709 wurde zu Brüssel und am 1. Nov. 1710 im Lager vor

dienen ferner die beiden Deklarationen Kaiser Leopolds I. und Josefs I., durch die sie gewisse Bestimmungen der zwischen England und Preussen in den Jahren 1704 und 1708 getroffenen Vereinbarungen bestätigten und erläuterten.[1]) *Es handelte sich dabei in erster Linie um den Durch-*

Aire je eine der Konvention vom 22. Dez. 1708 ähnliche Abmachung bezüglich der 30 Escadronen, 8 Bataillone und 2 Reg. Husaren getroffen, die im Jahre 1709, resp. 1710 in den Niederlanden gedient hatten. Die Or. dieser Konventionen erliegen gleichfalls im R.-A., jene vom 1. Nov. 1710 ist u. a. gedruckt bei Dumont l. c. VIII\1 257 f.

[1]) *Der den Kaiser betreffende Artikel IV des englisch-preussischen Vertrages vom 28. Nov. 1704 lautet nach Solar de la Marguerite: Traités publics de la royale maison de Savoie avec les puissances étrangères. Tom. II. 241 f. Comme il est impossible de faire subsister un nombre si considérable de troupes par la somme d'argent stipulée dans l'article précédent, (Art. III. bestimmte, dass die Seemächte dem Könige von Preussen jährlich 300000 Thaler zahlen sollten,) sa Mté Imple s'engagera qu'outre la somme susdite qui doit être payé par l'Angleterre et la Hollande elle fera fournir et livrer par des voitures entretenues à ses dépens au corps de huit mille hommes susdit les rations du pain ordinaires durant le temps qu'ils seront en campagne.*

In der Deklaration Leopolds I. d. d. Wien 22. Jan. 1705 (Kop. St.-A.) heisst es: Da man von Leopold eine Erklärung einiger Punkte des von Marlborough mit Preussen in Berlin geschlossenen Vertrages fordert, erteilt er diese in folgender Weise. I. Er acceptirt alles, was in seinem Namen im Vertrage versprochen worden ist; „wollen auch solches sambt und sonders eben also erfüllen, als wan mit Uns gleich Anfangs absonderlich darüber paciscirt were." II. Er verschafft den 8000 Mann preussischer Truppen, die dem Herzoge von Savoyen zu Hilfe geschickt werden sollen, freien Durchzug aus den preussischen Landen bis nach Savoyen. III. Er wird diesen 8000 Mann wie den eigenen Völkern während des Feldzuges unentgeltlich Brod reichen lassen, auch für die Zufuhr desselben Sorge tragen; dagegen soll es einem kaiserlichen Kommissär freistehen die Truppen wegen ihrer Zahl beim Aufbruch, beim Eintreffen in Italien und bei Ende der Campagne zu mustern. IV. In den Quartieren sollen die preussischen Truppen dieselben Vorteile geniessen, wie jene Soldaten, die der König von Preussen im vorigen Kriege dem Herzoge von Savoyen zu Hilfe gesendet hat; ebenso soll der König von Preussen seinen entsprechenden Anteil an den dem Feinde abgenommenen Kanonen, auferlegten Kontributionen und eroberten Ländern haben, mit Einrechnung dessen, was den Soldaten in den Winterquartieren gereicht wird. V. Wegen der Rekrutirung der Truppen verpflichtet sich Leopold, falls in einer Schlacht oder Belagerung über 1000 Mann verloren gehen sollten, die Halbscheid solchen Abgangs durch „reichende Werbgelder" zu ersetzen. VI. Er approbirt alles, was im Art. X des preussisch-englischen Vertrages „wegen Beförderung des Königs in Preussen Lden auf den italienischen Gräntzen habenden Angelegenheiten zugesaget worden" und wird während des Krieges und beim Friedensschlusse darauf achten, dass der König von Preussen das seinige erhält. VII. Der Kaiser wird bei der Abrechnung bezüglich der in baierischen Quartieren befindlichen Truppen des Königs von Preussen sich billig erweisen und falls der König von

zug und die Verpflegung der 8000 Mann, die Friedrich I. gegen entsprechende Geldentschädigung zur Armee des Herzogs von Savoyen stossen lassen sollte. Der Abdruck dieser Deklarationen und die Darlegung der Verhandlungen, die der Ausstellung derselben vorangegangen sind, müssen dem Herausgeber der österreichisch-preussischen Staatsverträge vorbehalten bleiben; in diesem Zusammenhange möge es genügen, darauf aufmerksam zu machen, dass die englische Regierung sehr energisch am Wiener Hofe für die ungesäumte Ausstellung der kaiserlichen Deklarationen tätig war und die Einwände der kaiserlichen Minister gegen einige Forderungen des Preussenkönigs mit dem Hinweise auf die Not der Verhältnisse zu widerlegen suchte.[1])

Preussen einen Teil dieser Truppen nach Italien senden und die entstandenen Lücken nicht gleich ausfüllen sollte, diejenigen Portionen, die die dortigen preussischen Truppen nicht in natura erhalten, in Geld ersetzen. VIII. Er wird Vorsorge treffen, dass die dem Könige von Preussen nach den Bestimmungen des österreichisch-preussischen Vertrages von 1700 gebührenden Summen, sowohl was die Rückstände als die laufenden Subsidien betrifft, bezahlt werden.

Die Deklaration Josefs I. d. d. Wien 1708 Sept. 12 (Konzept. St.-A.) hat folgenden Inhalt: Da der englisch-preussische Vertrag vom Nov. 1704, der seither Jahr für Jahr prorogirt wurde, am 19. April 1708 im Haag wieder auf ein Jahr erstreckt wurde, und in dieser Erneuerung einige Punkte enthalten sind, bezüglich deren des Kaisers Bestätigung gefordert wird, ertheilt er diese hiemit. I) Josef I. verpflichtet sich, diesen 1704 geschlossenen und seitdem jährlich erneuerten Vertrag, soweit derselbe ihn betrifft, nach Inhalt „unserer den 22. Januarii 1705, 26. Januarii 1706 und wiederumb den 30. Januarii 1707 darüber ertheylter Erleutherung und Ratificationsinstrumenten vest und genau zu observieren.“ II) Er verpflichtet sich dem Könige von Preussen statt der mit 1500 Mann festgesetzten Rekrutierung das entsprechende Geld — für den Mann 20 Thaler oder 30 Gulden — sowohl de praeterito, was noch ausständig, als auch für das laufende Jahr, zu zahlen. III) Die dem Könige von Preussen im J. 1705 für den Fall zugesagten 200.000 Gulden, dass dieser die Truppen den Winter hindurch im Elsass stehen lassen sollte, zahlt der Kaiser nicht, da Friedrich I. im J. 1705 die Truppen aus dem Elsass abführen liess. IV) Eine gleiche Bewandtnis hat es mit den 100.000 Thalern Subsidiengeldern, die Preussen fordert. V) Belangend die Erhaltung des preussischen Königs beim Possess Neufchâtels wird Josef I. mit seinen Alliierten jetzt und in künftigen Zeiten gerne alles beitragen, damit der preussische Herrscher dabei geschützt werde. VI) Die von den Alliirten für die preussischen Truppen im Falle ihrer Rückkehr nach Deutschland übernommenen „Douceurs ausser unseres Entgelt“, mögen geleistet werden. Quartiere in den Erb- und den anderen inhabenden Ländern kann der Kaiser den preussischen Truppen nicht gewähren, dagegen bei den Schweizern für den Durchzug derselben eintreten und in Tirol für die Beförderung des schweren Gepäckes gegen entsprechende Bezahlung sorgen.

[1]) *Im R. O. befindet sich als Beilage zum Berichte Meadows vom 26. Sept.*

Zum Abdrucke gelangen dagegen einige Militärkonventionen, die von den Feldherren der österreich.-englichen Armee im Auftrage ihrer Herrscher abgeschlossen worden sind. Dieselben betreffen die kaiserlichen Truppen, die im englischen Solde in Catalonien kämpften.[1]) *Ein näheres Eingehen auf die Verhältnisse, unter denen der Abschluss dieser Konventionen erfolgte, dürfte wohl in diesem Zusammenhange überflüssig sein; es möge nur erwähnt werden, dass sich im Laufe der recht lange dauernden Verhandlungen, die dem Abschlusse der ersten 3 Verträge vorangiengen, Differenzen bezüglich der Erhaltung und Ersetzung der vom Kaiser zu stellenden Truppen ergaben, deren Beilegung schliesslich im Sinne des Kaisers erfolgte.*[2])

Comme le malheur de la bataille donné à Almanza a reduit les affaires en Espagne à un tel point, que sans un prompt secours de troupes S. Mté catholique pouroit se voir reduite a la fatale necessite de quitter la Catalogne, et ce secours ne pouvant se trouver si facilement que par un prompt transport d'une partie des celles de S. Mté Imple en Italie, il est convenu pour ce sujet par les soussignez autorises a cet effet des conditions suivantes:

I.

Que S. Mté Imple donnera un corps de quatre mille fantassins de ses troupes a present en Italie bien armés et habilles qui seront transportés au plutost du port de Vado ou du voisinage en Catalogne aux frais de S. Mté la reine de la Grande-Bretagne.

1708 ein Entwurf der kaiserlichen Deklaration vom 12. Sept. 1708; daselbst auch Bemerkungen über die Stellung der Wiener Regierung zu dieser Frage.

[1]) *Vgl. den Abdruck p. 246—252.*

[2]) *Vgl. für die Verhandlungen, die dem Abschlusse der ersten Konvention — vom 14. April 1708 — vorangiengen, die Briefe Eugens in „Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen" X. 65 ff. Dem Berichte des Grafen Gallas d. d. 4. Dez. 1708 St.-A. (Angl.) liegt ein Memoire bei, in dem es heisst: Da die im April 1708 im Haag zwischen Eugen und Marlborough geschlossene Konvention nur allgemein abgefasst werden konnte infolge mangelnder Information bezüglich der Lage in Catalonien, wird es notwendig sein, um die im Jahre 1708 begangenen Fehler zu vermeiden, die erwähnte Konvention etwas zu ändern. Es werden dann 21 Artikel von englischer Seite aufgestellt und dieselben wurden von österreichischer Seite begutachtet. Für die beiden folgenden Konventionen vgl. die Berichte von Heems und Sinzendorf aus dem Haag St.-A. (Holl.)*

II.

Que le dit corps de troupes sera entretenu au depends de la ditte Mté du jour de leur embarquement (moiennant un rabbat raisonnable pour les provisions qui leur seront fournies pendant qu'ils seront abord) de la même maniere que sont payés les troupes de l'estat en Espagne, et jouiront pareillement des mêmes douceurs.

III.

Que S. Mté la reine aura soin que le dit corps d'infanterie recoive leur paye regulierement tous les mois selon les effectifs.

IV.

La reine s'oblige de fournir à l'empereur, des que l'embarquement sera faite, pour le remplacement de ce corps en Italie la somme de vingt escus par homme pour tous les factionnaires effectifs qui auront esté mis abord, moiennant laquelle somme S. Mté Imple s'engage de lever un nouveau[1]) corps de quatre mille fantassins, et de les avoir complets, habillez, armés et en estat de service au bout de quatre mois apres la recepte de la ditte somme ou argent de levée.

En dernier lieu, en cas que le dit corps de quatre mille factionnaires ne fut pas complet au premier embarquement, à mesure qu'il arrivera en Catalogne des recrües pour completter le dit corps, S. Mté la reine s'engage aussi de payer les vingt escus pour les dits recrües jusques à la concurrence des quatre mille effectifs.

Ainsi accordé de part et d'autre à la Haye ce quatorzieme jour du mois d'Avril 1708.

Le prince et duc de Marlborough.
L. S.
Eugene de Savoye.
L. S.

---

[1]) *Ursprünglich stand nouvel.*

6—10.

Konventionen bezüglich der Rekrutierung der in Catalonien im englischen Solde stehenden kaiserlichen Truppen; d. d. Haag 1709 Jan. 20; d. d. Haag 1710 April 14; d. d. Lager vor Aire 1710 Okt. 29; d. d. Haag 1710 Dez. 7; d. d. Lager von Lewarde 1711 Mai 27.

Die Originale der drei Konventionen vom 29. Okt. 1710, 7. Dez. 1710 und 27. Mai 1711 befinden sich im R. O.; von den übrigen zwei Konventionen (vom 20. Jan. 1709 und 14. April 1710) nur Kopien im St.-A. und R. O.

6.

Convention faite entre les soussignes pour recruter le corps d'infanterie imperiale qui se trouve a la solde de S. Mté britannique en Catalogne, estants authorisés pour cet effet de la part de S. Mté Imple et de sa ditte Mté britannique.

I.

Que S. Mté Imple fera lever et marcher incessament pour le port de Final le nombre de deux mille quatre cent soixante et sept hommes qu'on assure manquer pour recruter le dit corps d'infanterie, lesquels doivent tous estre tres bien habillés et armés.

II.

Que tous les dits recrües seront conduits aux depends de S. Mté Imple jusques au port de Final, une moitié avant la fin du mois de Mars et l'autre avant la fin du mois de May prochain.

III.

Que les commissaires ou autres nommés de la part de S. Mté Imple seront obligés de donner avis au ministre de S. Mté la reine à Turin ou à son resident à Genes trois semaines pour le moins avant l'arrivée des dits recrües, afin que les vaisseaux de transport soient prests au dit port de Final pour les recevoir.

IV.

Que tous les recrües seront à la solde de S. Mté britannique du jour de leur arrivée et reveue au dit port de Final ou ailleurs selon les nombres specifiés, et le transport se fera de même aux frais de sa ditte Mté, moiennant un rabat raisonable pour les provisions dans leur passage selon le traitté du 14 Avril passé.

V.

Que pour la levée des dits recrües, armés et habillés comme cy dessus, et en consideration des grandes difficultés à mener un tel nombre des païs hereditaires de S. Mté Imple jusqu'[1]) au bord de la mer, S. Mté la reine fera payer aux ordres de Mr le prince de Savoye dans la ville d'Anvers la somme de vingt escus par homme.

VI.

Que pour commençer la levée des dits recrües une moitié de l'argent de levée pour les deux mille quatre cent soixante et sept hommes sera payée incessament, une moitié du restant des qu'il sera certifié par le commissaire de S. Mté la reine ordonné pour cet effet au port de Final que la moitié des dits recrües sera arrivé, et le restant quand le nombre complet des recrües y sera venu.

Ainsi fait et conclu de part et d'autre à la Haye ce vingtième jour du mois de Janvier 1708/09.

Le prince et duc de Marlborough. Eugene de Savoye.

7.

Sa Mté Imple fera lever et marcher pour le port de Final d'Espagne le nombre de mille sept cent hommes qu'on croit manquer au corps d'infanterie imperiale qui se trouve à la solde de S. Mté britannique en Catalogne tous très bien habillés et armés. Toutes les dits recrües seront conduits aux depens de S. Mté Imple jusques au port de Final avant la fin du mois de May prochain, et Mr le colonel commissaire Baron de Martinsberg donnera avis au ministre de S. Mté britannique à Turin ou à son resident à Genes trois semaines avant l'arrivée des dites recrües, afin que les vaisseaux de transport soient prêts au dit port de Final pour les recevoir.

Toutes les recrües seront à la solde de S. Mté britannique du jour de leur arrivée et reveüe au dit port de Final ou ailleurs selon les nombres specifiés, et le transport avec les provisions necessaires se fera de même aux frais de sa ditte Mté.

Pour la levée des dites recrües armés et habillés comme cy dessus, S. Mté la reine fera payer à Amsterdam la somme de vingt escus par homme à l'ordre de Mr le prince Eugene de Savoye.

[1]) *In der Kopie der R. O. jusques au.*

Pour commençer la levée des dites recrües une moitié de l'argent de levée pour les mille sept cent hommes sera payée incessament, et le restant des qu'il sera certifié par le commissaire de S. Mté la reine britannique pour cet effet au port de Final que les dites recrües y soient arrivées. Fait à la Haye ce 14e Avril 1710.

Eugene de Savoye. Le prince et duc de Marlborough.

8.

Convention faite entre les souissignez pour recruter le corps d'infanterie imperiale qui se trouve à la solde de S. Mté britannique en Espagne, étants authorisés pour cet effet de la part de S. Mté Imple et de sa ditte Mté britannique.

N'estants par informés au juste du nombre de recrües qu'il sera necessaire de fournir pour completter le dit corps d'infanterie pour la campagne prochaine on est provisionellement convenu:

I.

Que S. Mté Imple fera lever et marcher incessamment pour le port de Final le nombre de deux mille hommes pour recruter le dit corps, lesquels doivent tous être tres bien habilles et armés.

II.

Que tous les dits recrües seront conduits aux depends de S. Mté Imple jusques au dit port de Final, une moitié avant la fin du mois de Mars et l'autre moitié avant la fin du mois de May prochain, ou plûtôt s'il se pourra.

III.

Que les commissaires ou autres nommés de la part de S. Mté Imple seront obligés de donner avis au ministre de S. Mté la reine à Turin ou à son resident à Genes trois semaines pour le moins avant l'arrivée des dits recrües, afin que les vaisseaux de transport soient prests au dit port de Final pour les recevoir.

IV.

Que tous les recrües seront à la solde de S. Mté britannique des leur arrivée et reveüe au port de Final ou autre lieu d'embarquement selon les nombres specifiés, et le transport se fera de même aux frais de sa ditte Mté, moiennant un rabat raisonnable pour les provisions dans leur passage selon le traitté du 14e Avril 1708 à proportion de la paie du soldat.

V.

Que pour la levée des dits recrües armés et habillés comme cy dessus, et en consideration des grands difficultez a mener un tel nombre des païs hereditaires de S. Mté Imple jusques au bord de la mer, S. Mté la reine fera payer aux ordres de Mr le prince de Savoye dans la ville d'Amsterdam la somme de vingt escus par homme.

VI.

Que pour commencer la levée des dits recrües une moitié de l'argent de levée pour les deux mille hommes sera payé incessamment aux ordres du soussigné prince de Savoye à Amsterdam, et l'autre moitié restant des qu'il sera certifié par le commissaire de S. Mté la reine ordonné pour cet effet au port de Final, que le nombre complet de dits recrües aura esté receu et embarqué selon ce traitté.

Ainsi fait et conclu de part et d'autre au camp devant Aire ce vingt neufieme d'Octobre 1710.

Eugene de Savoye. L. S. Le prince et duc de Marlborough. L. S.

9.

Les soussignés authorisés pour cet effet, ayants signé un traitté provisionel le 29e du mois d'octobre passé pour la levée et marche de deux mille hommes au port de Final pour recruter le corps d'infanterie imperiale a la solde de S. Mté brittanique en Espagne, et ayant esté representé depuis que le dit corps pouroit bien manquer encore cinq cents hommes de plus pour le rendre complet:

On est convenu de part et d'autre de la ditte augmentation de cinq cents hommes, lesquels seront transportés aux fraix de sa ditte Mté dans le terme et aux conditions stipulées dans le traitté susmentionné.

Ainsi fait et conclu à la Haye ce septieme jour du mois de Decembre 1710.

Eugene de Savoye. L. S. Le prince et duc de Marlborough. L. S.

10.

Les soussignéz authorizés pour cet effet, ayants signé un traitté provisionel le 29e du mois d'octobre passé pour la levée et marche de deux mille hommes au port de Final pour re-

cruter le corps d'infanterie imperiale à la solde de S. Mté brittanique en Espagne, comme aussi un autre traitté le 7e de Decembre pour cinq cents recrues de plus, et ayants esté representé depuis que le dit corps pourroit bien manquer encore cinq cent hommes, c'est a dire trois mille en tout pour le rendre complet, on est convenu de part et d'autre de la ditte seconde augmentation de cinq cents hommes, lesquels seront de même transportés au plustot aux frais de sa ditte Mté selon les conditions mentionnés dans les precedentes traittés.

Ainsi fait et conclu au camp de Warde ce vingt septieme jour du mois de May 1711.

Eugene de Savoye. L. S. Le prince et duc de Marlborough. L. S.

11.

Erstes „Konzert" zwischen Josef I., Anna und den Generalstaaten, die Neutralität des deutschen Reiches im nordischen Kriege betreffend; d. d. Haag 1710 März 31.

Originale dieses Vertrages im St.-A., R.-A.; Kopie im R. O. — Drucke bei Bittner Nr. 676.

Von wesentlich grösserer Bedeutung als die erwähnten Militärkonventionen sind die beiden Verträge, die am 31. März und 4. August 1710 von den Verbündeten der „Grossen Allianz" im Haag geschlossen wurden und die Neutralität des deutschen Reiches im nordischen Kriege zum Ziele hatten. Die leitenden Persönlichkeiten der gegen Frankreich koalierten Mächte hatten es immer als eine ihrer Hauptaufgaben angesehen, den Krieg, der um die Wende des Jahrhunderts im Norden Europas zwischen Karl XII. von Schweden und den Herrschern von Russland, Polen und Dänemark ausgebrochen war und immer weiter um sich griff, zu lokalisieren, um zu verhindern, dass die ihnen zur Verfügung stehenden Streitmittel durch die Ereignisse im Norden und Osten Europas vermindert würden. Es war auch ihren Bemühungen, insbesondere dem Eingreifen der englischen und holländischen Diplomaten, gelungen, die Herrscher Preussens und Hannovers, deren Truppen der gemeinsamen Sache unschätzbare Dienste leisteten und deren Interessen am meisten durch den im Norden geführten Krieg berührt wurden, von jeder Einmischung in denselben abzuhalten, und auch die Gefahr einer Einigung zwischen Schweden

und Frankreich, die nach dem kühnen Marsche Karls XII. nach Kursachsen im J. 1706 drohte, war — nicht zuletzt durch die diplomatische Kunst des Herzogs von Marlborough — glücklich vorübergegangen. Allein der Zusammenbruch der schwedischen Macht bei Pultawa, Juli 1709, veranlasste die einst gegen Karl XII. verbündet gewesenen Fürsten zu neuen Vereinbarungen, und sie unterliessen es auch jetzt nicht die Herrscher Preussens und Hannovers unter lockenden Bedingungen zur Teilnahme an dem Kriege gegen Schweden aufzufordern. Dies sowohl, als die Eroberungen der Russen in den Ostseeprovinzen, die Besitzergreifung Schonens durch die Dänen, das Vordringen Augusts II. in Polen und das Zurückdrängen der schwedischen Truppen unter General Krassow nach Schwedisch-Pommern nötigte den Kaiser und die Seemächte ihre Aufmerksamkeit von neuem den nordischen Verhältnissen und der bedrohten Neutralität des deutschen Reiches zuzuwenden. Denn wenn auch die gegen Karl XII. verbündeten nordischen Fürsten in Wien die Erklärung abgaben, dass sie das Reich nicht beunruhigen, den Krieg der Alliierten gegen Ludwig XIV. nicht stören, dem nach Pommern entwichenen General Krassow nicht folgen wollten, so geschah dies nur unter der Bedingung, dass die Seemächte und der Kaiser die Garantie dafür übernehmen würden, dass den Nordmächten aus den schwedischen Provinzen im Reiche kein Nachteil erwachsen und der Schwede sich nicht durch Werbungen im Reiche verstärken werde. Und in gleichem Sinne äusserte sich der Preussenkönig Friedrich I.[1] *Die Wiener Regierung, die der Aufrechthaltung freundschaftlicher Beziehungen zu all diesen Mächten, insbesondere aber zu Russland grosse Bedeutung beimass, gab beruhigende Versprechen und entschloss sich alsbald mit den Seemächten und den übrigen beteiligten Staaten die angeregte Frage der Garantie der Reichsneutralität beraten zu lassen.*

Die ersten Besprechungen der beteiligten Mächte — auch Preussen und Hannover waren vertreten — fanden im Spätherbst 1709 im Haag statt und führten zu dem von den übrigen Mächten gebilligten Beschlusse der Generalstaaten vom 24. Dezember, jedwede Feindseligkeit in Norddeutschland, Schleswig und Jütland zu verhindern und die Neutralität dieser Gebiete zu verbürgen.[2] *Zu gleicher Zeit wurden die Bemühungen fortgesetzt, König Friedrich I. von Preussen, der so manche Beschwerde gegen die Seemächte erhob und durch die immer grösseren Versprechungen des Czaren Peter in der Ansicht bestärkt wurde, dass*

---

[1]) *Vgl. u. a. Klopp l. c. X. 321 f.*

[2]) *Vgl. Lamberty l. c. V. 441 ff.*

für ihn die Verwendung seiner Truppen im nordischen Kriege vorteilhafter wäre als der Kampf an der Seite der eigennützigen Seemächte, zu beruhigen und von dem Anschlusse an Russland und dessen Verbündete abzuhalten. Zu Beginn des Jahres 1710 legte dann der kaiserliche Kommissär dem deutschen Reichstage den im Einvernehmen mit den im Haag vertretenen Mächten entworfenen Plan einer Neutralität des Reiches vor, der in erster Linie auf die vollständige Neutralisierung des in Schwedisch-Pommern stehenden Krassow'schen Korps hinauslief.[1]) *Man hoffte auf diesem Wege den Wünschen der Nordmächte — von denen insbesondere Dänemark und Sachsen-Polen grosses Gewicht darauf legten, in ihren Operationen nicht durch eine Diversion Krassows gestört zu werden und die aus diesem Grunde die Sicherung der Reichsneutralität vom Kaiser und den Seemächten gefordert hatten, — zugleich aber auch den Bedürfnissen der Schweden Rechnung zu tragen. Denn wenn die von den alliierten Mächten zu garantirende Neutralität des Reiches die in Schwedisch-Pommern stehenden Truppen hindern sollte nach Polen zurückzukehren, oder durch ein Vorgehen gegen Schleswig und Jütland die Feindseligkeiten auf den Reichsboden zu übertragen, so sollten doch auch durch dieselbe Garantie die schwedischen Besitzungen in Deutschland vor Einfällen der Feinde Karls XII. geschützt werden. Auf dieser Grundlage wurde dann am 31. März 1710 im Haag nach längeren Verhandlungen*[2]) *der Neutralitätsvertrag von dem Kaiser und den Seemächten geschlossen, nachdem auch der schwedische Vertreter im Haag die Bestimmungen desselben im Namen der für die Dauer der Abwesenheit Karls XII. eingesetzten Regentschaft gutgeheissen hatte.*[3]) *Die deutsch-schwedischen Gebiete und die Dänemark gehörenden Besitzungen Schleswig und Jütland wurden für neutral erklärt. Allein alsbald zeigte es sich, dass der im Süden Europas weilende Schwedenkönig durchaus nicht gewillt war, das Vorgehen der Regentschaft zu billigen. Schon im Juni erfuhr man im Haag, dass Karl XII. mit der Neutralität*

---

[1]) *Feldzüge des Prinzen Eugen X. 58. f.*

[2]) *Zahlreiche Mitteilungen über die im Haag gepflogenen Beratungen in dieser Frage enthalten die Berichte von Sinzendorf und Heems aus dem Haag. St.-A. (Holl.) Man ersieht aus denselben, dass es insbesondere das Verhalten des Dänenkönigs war, das den Alliierten Besorgnisse einflösste. Vgl. z. B. das Schreiben Sinzendorfs d. d. 1. März 1710.*

[3]) *Der König von Preussen, die Kurfürsten von der Pfalz und Hannover und der Bischof von Münster traten demselben bei.*

nicht einverstanden sei,[1]) *dass Krassow in Pommern werbe, dass eine Diversion dieser Truppen bevorstehe*[2]), *und obgleich der schwedische Gesandte im Haag das möglichste tat, um die Besorgnisse der Alliierten zu zerstreuen, konnten Einsichtige in dieser Zeit nicht mehr daran zweifeln, dass man schwedischerseits nur Zeit zu gewinnen suche, die beschlossene Neutralität aber auf die Dauer nicht zu halten denke. Als daher Vertreter Russlands und Sachsen-Polens an die anlässlich der Gertruydenberger Verhandlungen im Haag versammelten Vertreter der Unterzeichner des ersten Haager Konzertes mit der Forderung herantraten, ein Truppenkorps aufzustellen, das dem Schutze der beschlossenen Reichsneutralität dienen sollte, und sich zu verpflichten, „demjenigen Teil beizustehen und sich mit ihm zu conjungiren, der wider die Neutralität angegriffen werden sollte",*[3]) *glaubten diese im eigenen Interesse eine derartige Sicherung des erwünschten Reichsfriedens nicht zurückweisen zu dürfen. So wurde in dem zweiten Haager Konzerte vom 4. August die Aufstellung einer Neutralitätsarmee von 15 oder 16000 Mann an der Elbe und Oder beschlossen; die Hälfte der Truppen sollten die Seemächte, die andere der Kaiser und die norddeutschen Reichsfürsten stellen.*[4])

Allein zur Durchführung der gefassten Beschlüsse kam es nicht. Zwar der Kaiser und die kleineren deutschen Fürsten hielten ihre Truppenkontingente zu Beginn des Monates September marschbereit dagegen zeigten sich die Seemächte je geringer die Gefahr der Rückkehr Karls XII. wurde umso lässiger in der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen. Alle Mahnungen der kaiserlichen Bevollmächtigten blieben erfolglos. Ende Oktober schrieb Prinz Eugen, der unermüdlich im Sinne der Zusammenziehung des Allianzkorps wirkte: „Ich fürchte, nachdem ratione Schweden für den gegenwärtigen Winter die Gefahr in etwas erloschen, dass man eher nichts thun werde, bis nicht der Feind vor der Thür sei." Er täuschte sich nicht. Das Jahr

---

[1]) *Im Juli 1710 konnte Sinzendorf dem Grosspensionär mitteilen, dass Karl XII. in Wien offiziell habe erklären lassen, er könne die Neutralität für das Königreich Polen nicht annehmen. Der Grosspensionär sah gerade darin eine Mahnung, an der Neutralität festzuhalten und deren Durchführung zu sichern. Sinzendorf an den Kaiser 16. Juli 1710. St.-A. (Holl.)*

[2]) *Feldzüge des Prinzen Eugen X. 60.*

[3]) *Ebenda.*

[4]) *Das zweite Haager Konzert wurde nach Beratung und im Einverständnisse mit den Bevollmächtigten des Königs von Preussen, der Kurfürsten von der Pfalz und Hannover, des Bischofs von Münster, des Kurfürsten von Mainz, des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel und des Landgrafen von Hessen geschlossen.*

1710 gieng zu Ende, ohne dass die Neutralitätsarmee sich versammelt hätte. Karl XII. aber erliess von Bender aus am 30. November 1710 einen Protest gegen die Verfügungen des Haager Konzertes und erklärte, sich die freie Verfügung über seine Kräfte vorzubehalten.[1])

Quum sacrae C^eae^ M^ti^, sacrae regiae M^ti^ reginae Magnae-Brittanniae et celsis et praepotentibus dominis ordinibus generalibus Uniti Belgii maxime semper cordi fuerit et etiamnum sit, ut quies et tranquillitas in imperio conservetur, et ideo communicatis cum quibusdam foederatorum suorum consiliis ab aliquo iam tempore ad conservandam eandem quietem et tranquillitatem principes in septentrione inter se belligerantes sedulo et serio exhortati sint atque officia sua interposuerint, ne occasione belli, quod in oris septentrionalibus geritur, turbaretur vel quicquam agatur, sive revocando copias sive alio quocunque modo, quod rationibus et commodis foederatorum contra Galliam belligerantium noxium sit vel praeiudicium afferre queat; quumque sua czarea M^tas^ eiusque foederati, Poloniae et Daniae reges, mox nequaquam haesitantes declaraverint, firmam sibi stare sententiam nihil quidquam facere, quod ad turbandam tranquillitatem in imperio ansam praebere possit et ex quo res foederatorum bello gallico implicitorum sive revocando copias aut alio quocumque modo detrimentum vel praeiudicium patiatur; et cum simul etiam postulaverint ut securi reddantur, copias regis Sueciae, quae iam in Pomerania sunt, in Poloniam non redituras nec actus ullos hostiles in terris imperii commissuras, idcirco etiam illorum ministri saepius instanter flagitarint, ut alte memorati foederati illos hac de re certos et securos reddere velint, quorum petitiones sua regia M^tas^ Borussiae officiis suis suffulsit; quum etiam post communicata haec des-

[1]) *Die Erklärung Karls XII. ist gedruckt u. a. bei Lamberty VI. 320. Die Berichte Sinzendorfs aus den letzten Monaten des Jahres 1710 und den ersten des Jahres 1711 zeigen, wie schwer es war, die Seemächte in dieser Frage zu entscheidenden Massregeln zu bestimmen. Am 6. Jan. 1711 übersendet Sinzendorf (St.-A. Holl.) ein neues Schema der einzelnen Kontingente der Neutralitätsarmee, die im ganzen 3500 Reiter und 16.100 Mann zu Fuss umfassen sollte, berichtet aber zugleich, dass sowohl der Pensionär von Holland als Townshend der Ansicht seien, dass Russland allein mächtig genug sein würde, die Neutralität des Reiches Schweden gegenüber zu sichern, wenn es einen Teil seiner Truppen aus Livland abziehen würde. Um dies zu erreichen, rieten sie mit weiteren Verfügungen über das Neutralitätskorps zu warten.*

deria cum regimine pro administratione regni Sueciae in absentia regis constituto regiae suae M^tis Sueciae ablegatus extraordinarius de Palmquist acceptis hac de re illius mandatis declaraverit, per Sueciam minime staturum quominus constans neutralitas in imperio servetur, eumque in finem se paratum fore nomine Sueciae spondere, copias suecicas quae in imperio sunt ibidem uti etiam nec in Polonia nec in ducatu Schlesvicensi nec in Jutlandia nihil hostile tentaturas, hac tamen sub conditione, Sueciam vicissim securam redditum iri, copias regis Daniae, quae sunt ex hac parte maris baltici vel quae sunt in Jutlandia, in ducatu Sleswicensi, in terris imperii ad hanc coronam spectantibus, et quae foederatis militant, nec intra nec extra limites imperii nihil quoque hostile tentaturas; quumque communicata postmodum regi Daniae conditione sub qua regnum Sueciae neutralitati in imperio adstipulatur, supra nominati foederati quoque ad conservandam in imperio tranquillitatem et neutralitatem proposuerint, ut ab una parte rex Daniae spondeat et consensum praebeat, copias suas in Jutlandia, in ducatu Sleswicensi et in imperio degentes nihil hostile contra ullum, quisquis ille fuerit, nec intra nec extra limites imperii, toto ducatu Schleswicensi et Jutlandia una cum comprehensis, tentaturas vel facturas esse, utque pari modo ab altera parte regimen in Suecia constitutum vicissim spondeat et consensum praebeat, copias regis Sueciae in Pomerania et aliis imperii terris et provinciis existentes in Poloniam non redituras nec quicquam hostile contra ullum, quisquis ille fuerit, nec intra nec extra limites imperii, toto ducatu Schleswicensi et Jutlandia una cum comprehensis, tentaturas vel facturas esse, addita quoque ulteriori declaratione a supra memoratis foederatis, se propensos et paratos fore aliquas copias utriusque partis ad usum suum conducere et de iis quantocius transigere. Super quibus, cum hic degens de Stöcken, regis Daniae secretarius, renovatis modo dictae suae regiae M^tis obtestationibus, nullum se vel revocatione copiarum vel alio modo foederatis incommodum vel praeiudicium allaturam, praterea nomine eiusdem regiae suae M^tis declaraverit, illam, ut novo documento ostendat quam prono erga foederatos feratur affectu utque ad illorum petita respondeat, consensum praebere, si ex parte Sueciae positive affirmetur, copias eiusdem nunc in Pomerania degentes sub ductu Crassavii aliasque omnes in provinciis Sueciae in imperio sitis existentes nihil

hostile contra ditiones regi Daniae vel eius foederatis tam intra quam extra limites imperii subditas tentaturas esse, tunc quoque regiam suam M^tem^ Daniae nullas ex ducatibus Holsatiae-Schleswici vel ex Jutlandia copias avocaturam nec trans mare balticum transportaturam, quin et copias a czarea sua M^te^ auxilio mittendas per Germaniam ullasve imperii ditiones vel terras minime transituras, in his omnibus confidens absque ulteriori mora foederatos sponsionem sive guarantiam suam pro stabilienda in imperio, ducatu Schleswicensi et Jutlandia neutralitate interposituros esse.

Itaque infrascripti plenipotentiarii et deputati sacrae C^eae^ M^tis^, sacrae regiae M^tis^ Magnae-Britanniae et dominorum ordinum generalium Uniti Belgii rite perpensis czareae suae M^tis^ regumque Poloniae, Daniae et Borussiae, iterato expositis desideriis pro tuenda et sponsione sive guarantia confirmanda neutralitate intra limites imperii acceptisque super his ab imperatore, regina ordinibusque generalibus mandatis, illorum vi tenore praesentium notum testatumque faciunt nomine sacrae C^eae^ M^tis^, sacrae regiae M^tis^ Magnae-Britanniae et dominorum ordinum generalium Uniti Belgii, se grato atque lubenti animo accipere supra memoratorum principum in septentrione belligerantium mentis et voluntatis declarationem pro conservanda in imperio tranquillitate et quiete et illaesa neutralitate tam in omnibus imperii provinciis et ditionibus quam toto ducatu Schleswicensi et Jutlandia, promittentes sacram C^eam^, suam M^tem^ regiam suam M^tem^ Magnae-Britanniae et dominos ordines generales coniunctim allaboraturos, ne ullo modo neutralitas in terris imperii infringatur, sed ut ab utraque partium rite servetur, eumque in finem operam daturos, ne copiae regis Sueciae in Pomerania aliisque ditionibus imperii degentes in Poloniam redeant nec actus ullos hostiles contra ullum, quisquis ille fuerit, nec intra nec extra limites imperii, toto ducatu Schleswicensi et Jutlandia in illo comprehensis, committant, et ne pari quoque modo copiae regis Daniae in Jutlandia, ducatu Schleswicensi et ditionibus imperii degentes actus ullos hostiles contra ullum, quisquis ille fuerit, intra vel extra limites imperii ducatu Schleswicensi in illo comprehenso committant; quemadmodum etiam ne copiae czareae suae M^tis^ regi Daniae in auxilium forsan mittendae per terras imperii transeant, verum ut omnes et singulae imperii ditiones respectu partium in septentrione belligerantium ab omni transitu copiarum immunes ma-

neant et perfecta neutralitate gaudeant. Praeterea infrascripti nomine ut supra declarant sacrae Cae M^ti, sacrae regiae M^ti Magnae-Britanniae et dominis ordinibus generalibus statutum esse, eo quo dictum est modo quietem et tranquillitatem in imperio tueri.

Et quamvis post declarationes supra memoratas minime exspectandum sit neutram belligerantium partem illam infringere vel quicquam quod illi contrarium sit facere velle, si tamen praeter omnem spem et exspectationem quisquam neutralitatem hanc violaverit, in hoc inopinato casu modo nominati foederati simul omnes se cum illo, qui neutralitatem observaverit et factae violationis refectionem petierit, coniungent, quo casu si opus fuerit communibus viribus ad conservandam neutralitatem eo quo dictum est modo utentur. Ut autem haec declaratio promptiorem effectum sortiri possit, sacra Cea M^as operam dabit, ut imperium huic declarationi quantocius accedat, sicut et regina Magnae-Britanniae et domini ordines generales imperium ad hoc invitabunt.

Principes pariter et status, quibus conservatio neutralitatis et quietis in imperio cordi est, ad corroborandam accessione sua hanc declarationem, quae partibus quarum interest hinc inde loco guarantiae erit, invitabuntur.

Praesentis declarationis exemplaria dabuntur ministris suae czareae M^tis et regiarum M^tum Poloniae et Daniae ab una et suae regiae M^tis Sueciae ab altera parte, requirunturque ut officia sua adhibeant, quo czarea et regiae M^tes supradictae declarationem hanc gratam habere nec quicquam quod illi contrarium sit facere velint.

Actum et signatum Hagae Comitum die trigesimo primo Martii anni millesimi septingentesimi decimi.

L. S. Philippus Lud. C. a Sinzendorff.
L. S. Le prince et duc de Marlborough.
L. S. Townshend.
L. S. W. Randwyck.
L. S. Allard Merens.
L. S. A. Heinsius.
L. S. C. van Gheel van Spanbroeck.
L. S. F. A. Baron de Reede de Renswoude.
L. S. S. v. Goslinga.
L. S. W. Ittersum.
L. S. W. Pott.

12.

Zweites „Konzert" zwischen Josef I., Anna und den Generalstaaten die Neutralität des deutschen Reiches im nordischen Kriege betreffend; d. d. Haag 1710 Aug. 4.[1])

Originale dieses zweiten Konzertes im R. O. und R. A. — Drucke bei Bittner Nr. 678.

Quandoquidem sacra sua Cea Mtas, sacra sua regia Mtas regina Magnae-Brittanniae et celsi et praepotentes domini ordines generales Uniti Belgii scripto per plenipotentiarios et deputatos suos die trigesimo primo mensis Martii anni currentis millesimi septingentesimi decimi hic Hagae Comitum signato testati sunt et declaraverunt, quantopere ipsis quietis et tranquillitatis in terris imperii conservatio respectu belli quod in septentrione geritur cordi sit, qua in re sacra sua regia Mtas rex Borussiae, Sertes suae electorales Palatina et Brunsvico-Luneburgensis et celsitudo sua episcopus et princeps Monasteriensis accedentes ad dictam declarationem sese cum illis coniunxerunt; cumque sacra Cea sua Mtas, regia sua Mtas Magnae-Britanniae et domini ordines generales Uniti Belgii non tantum hanc declarationem tuendam esse persuasissimum habeant, sed et praeterea non in hoc acquiescendum esse, quod haec declaratio facta sit, verum ineundas esse vias et media, quibus finis propter quem haec declaratio facta est assequi queat, summopere necessarium ducant; itaque plenipotentiarii et deputati altememoratae Cene suae Mtis, regiae suae Mtis Magnae-Brittanniae et dominorum ordinum generalium communicatis cum ministris et plenipotentiariis regis Borussiae, electorum Palatini et Brunsvico-Luneburgensis et episcopi ac principis Monasteriensis, quemadmodum etiam cum ministris et plenipotentiariis electoris Moguntini et ducum Brunsvici et Luneburgi in Wolffenbuttel, Megalopolis et Landgravii Hassiae-Cassellanae, qui se quoque in hac causa cum illis coniunxerunt, statuerunt et decreverunt, quantocyus fieri poterit exercitum quindecim vel sexdecim mille militum certo in loco congregandum esse pro tuenda declaratione de die trigesimo primo Martii huius anni et pro conservanda quiete et tranquillitate imperii modo in eadem declaratione explicato.

---

[1]) *Für die informierende Einleitung vgl. p. 254.*

Ad coadunandum et constituendum modo indigitatum exercitum contribuent: Sacra sua C^ea M^tas binas equitum turmas (regimens), singulas mille equitum,[1]) regina Magnae-Brittanniae et domini ordines generales duodecim cohortes (bataillons), quarum singulae erunt septingentorum peditum.

Coeterum certa spes concipitur,[2]) coeteros quoque principes, qui declarationi antedictae acceserunt vel neutralitatem imperii sibi cordi esse ostenderunt, ad componendum eundem exercitum copias collaturos modo sequenti:

Rex Borussiae turmam quingentorum equitum et tres cohortes septingentorum peditum singulas.

Elector Moguntinus cohortem unam.

Elector Palatinus turmam (esquadron) equitum unam et cohortes binas.

Elector Brunsvico-Luneburgensis turmam quingentorum equitum et cohortes septingentorum peditum tres.

Episcopus et princeps Monasteriensis cohortem pari numero septingentorum peditum.

Dux Brunsvico-Luneburgensis in Wolffenbuttel cohortem peditum septingentorum.

Dux Megalopolitanus itidem cohortem singulam.

Princeps Hesso-Cassellanus cohortem unam.

Hunc in finem ulterior haec declaratio cum illis communicabitur requirenturque, ut eidem accedere velint, quemadmodum et ad accessionem parem certo cum militum numero invitabuntur alii quoque principes, quorum neutralitatem in imperio servari aeque interest.

Omnes hae turmae et legiones in locis proximis et idoneis constitutae paratae teneantur ita, ut absque mora se versus Oderam vel Albim vel aliam in regionem prout res exiget movere et in unum corpus coalescere queant.

Unusquisque copias suas propriis sumptibus et impensis mittet et alet, cohortesque quas quilibet mittet tormentis minoribus cum omnibus eo requisitis munitae erunt.

Quoniam electores, principes et status imperii in comitiis Ratisbonensibus conclusis et decretis suis a C^ea sua M^te con-

---

[1]) *In dem Or. ist hier und an anderen Stellen die Anzahl der Truppen in Zahlen am Rande nochmals angegeben.*

[2]) *Erst stand concipiatur.*

firmatis etiam pro conservanda quiete et neutralitate in terris imperii relative ad bellum, quod in septentrione geritur, mentem suam explicaverunt et se ad eandem tuendam paratos fore declaraverunt, sacra Cea sua Mtas eosdem electores, principes et status coniunctim, atque directores et status circulorum in specie, modo quem efficacissimum fore iudicaverit, ad augendum si opus fuerit antedictum copiarum numerum et ad suppeditanda quaevis necessaria, quibus ad rem bene agendam exercitus instructus esse debet, admonebit et exhortabitur.

Cea sua Mtas civitates imperiales Lubecum, Bremam, Hamburgum aliasque quibus aequum ipsi videbitur itidem exhortabitur et impellet, ut tormenta cum munitionibus aliisque requisitis hominibusque ad illa dirigenda aptis conferant.

Coeterum principes, quibus quies et tranquillitas imperii curae cordique est, successu temporis et quavis data occasione consilia inter se conferent, ut una porro statuant atque decernant quaecumque ad conservandam tuendamque eandem quietem et tranquillitatem in terris imperii ad normam in declaratione antememorata enunciatam utilia vel necessaria erunt.

In horum omnium fidem nos infrascripti sacrae Ceae Mtis, sacrae regiae Mtis reginae Magnae-Brittanniae et celsorum et praepotentium dominorum ordinum generalium Uniti Belgii plenipotentiarii et deputati ulteriorem hanc declarationem manu nostra subscripsimus et sigilla nostra illi apposuimus. Hagae Comitum die quarto Augusti anni millesimi septingentesimi decimi.

L. S. Philippus Lud. C. a Sinzendorff.
L. S. Townshend.
L. S. J. v. Randwyck.
L. S. Allard Merens.
L. S. A. Heinsius.
L. S. S. Goslinga.
L. S. W. Ittersum.
L. S. J. van Nyevelt.

13.

Entwurf eines Bündnisses zwischen dem österreichischen, fränkischen, schwäbischen, kur- und oberrheinischen Kreise einer-, Anna und den Generalstaaten anderseits, samt einem Separatartikel d. d. Frankfurt a. M. 1711 Aug.[1])

Eine Kopie des Entwurfes im St.-A. — Drucke bei Bittner Nr. 682.

Je länger der Krieg dauerte, den die Verbündeten in den Jahren 1689—1697 gegen Ludwig XIV. führten, desto deutlicher zeigte es sich, dass für den Kampf am Mittel- und Oberrhein an eine entsprechende Hilfeleistung seitens des Kaisers oder der mächtigen Reichsfürsten nicht zu denken war. Die bedrohten Kreise erkannten, dass sie selbst die Verteidigung ihres Besitzes übernehmen müssten. Beraten und geleitet von dem Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden beschlossen vorerst die Fürsten und Stände des schwäbischen und fränkischen Kreises eine Assoziation zu gründen, deren Zweck die Aufstellung und Erhaltung von Truppen war, mit denen der Krieg gegen die Feinde geführt werden sollte. Der Plan gelang, die geworbenen Soldaten bewährten sich. Im Jahre 1694 fassten die beiden verbündeten Kreise den Beschluss, dem Beispiele der grösseren Mächte folgend, ein stehendes Heer auch in Friedenszeiten zu halten und suchten alsbald die benachbarten Kreise zu einem gleichen Vorgehen zu bestimmen. In der Tat gelang es ihnen den kur- und oberrheinischen und den westphälischen Kreis für ihre Ideen zu gewinnen. In dem Frankfurter Assoziationsrezess vom 23. Jan. st. n. 1697 einigten sich die 5 Kreise ein stehendes Heer zu schaffen, das in Kriegszeiten 60000, in Friedenszeiten 40000 Mann stark sein sollte. In eingehendster Weise wurde die Organisation dieses Truppenkörpers festgesetzt. Dem Bedürfnisse entsprungen für die Sicherheit der Kreise zu sorgen, hatte diese Einigung zu gleicher Zeit unzweifelhaft eine föderalistische Tendenz. Sie war mit Umgehung des Kaisers und des Reichstages ins Leben gerufen worden, und wenn auch der erstere ihr, um ihre antikaiserliche Spitze abzubrechen, beitrat, so konnte er doch nicht hindern, dass der Kurerzkanzler die Führung an sich riss, dass die Assoziation als

---

[1]) *Die Aufnahme dieses Vertragsentwurfes erfolgte nach den Bestimmungen der Kommission, denen Bittner l. c. IX. Ausdruck verliehen hat. Die Angabe des 31. Aug. als Datum desselben bei Bittner l. c. p. 129 beruht auf einem Irrthum; am 31. Aug. wurde ein Assoziationsrecess der 5 Kreise unterzeichnet.*

solche mit den Ansprüchen einer selbständigen Macht auftrat, mit den Seemächten Verhandlungen begann, in die grosse Allianz eintrat und auf dem Ryswicker Kongresse ihre Interessen zu vertreten suchte. Erfolgreich war dieses Auftreten freilich nicht; es förderte nur das Bestreben Ludwigs XIV. sich auf Kosten des Reiches für die Opfer schadlos zu halten, die er den Seemächten bringen musste. In der Tat musste der Ryswicker Friede, der Strassburg und das Elsass in den Händen Frankreichs liess, gerade den vorderen Reichskreisen besonders nachteilig erscheinen, da er ihnen die erwünschte Barriere gegen Frankreich nicht brachte, vielmehr ihren Besitz dem französischen Übermute schutzlos preisgab. Es war daher begreiflich, dass die vorderen Reichskreise nach dem Tode Karls II. ihre Assoziation im Hinblicke auf die dem Reiche beim Ausbruche eines deutsch-französischen Krieges drohende Gefahr erneuerten. Auch diesmal giengen der fränkische und der schwäbische Kreis voran. Ihre Einigung zu Heidenheim im November 1700 bezweckte die Wahrung der Neutralität ihrer Länder; an dem zwischen den Grossmächten ausgebrochenen Streite aktiv teilzunehmen, dachten sie damals nicht. Und ebensowenig war dies in der nächsten Zeit der Fall. Sie suchten den Bund zu erweitern, andere Kreise zu einem gleichen Vorgehen zu vermögen, verhielten sich aber ablehnend, als der Kaiser sie für eine aggressive Politik zu gewinnen trachtete.

Auch der Heilbronner Assoziationsrezess vom 31. August 1701 beschränkte sich auf die Wahrung der Neutralität der vertragschliessenden Teile. Aber bald darauf nötigte das Vorgehen Frankreichs und die Rücksicht auf das eigene Interesse die vorderen Reichskreise zum Anschlusse an die Feinde Ludwigs XIV. und zur Teilnahme an dem Kriege. In dem Assoziationsrecesse, den am 20. März 1702 5 Reichskreise — der schwäbische, fränkische, kur- und oberreinische und der österreichische — zu Nördlingen schlossen, wurde zwar nochmals der defensive Charakter der Einigung betont,[1]) allein die einzelnen Kreise hatten sich unterdess mit dem Gedanken des Beitrittes zur grossen Allianz vom 7. Sept. 1701 so weit vertraut gemacht, dass bereits am 22. März die Bedingungen unterzeichnet werden konnten, unter denen

[1]) *Der Nördlinger Traktat ist u. a. gedrukt bei Kopp l. c. Anh. 88 ff. Baiern, das die Heilbronner Assoziation — an welcher der österreichische Kreis nicht teilhatte — unterzeichnet und sich an den Verhandlungen des Nördlinger Rezesses beteiligt hatte, trat aus der Reihe der vertragschliessenden Kreise aus, als die Haltung der vorderen Kreise ihre Frankreich feindliche Gesinnung erkennen liess.*

sie an dem Kampfe gegen Frankreich teilnehmen wollten.[1]) *Ausdrücklich erscheint unter diesen die Verpflichtung der alliierten Mächte, „auf die Redintegration der oberen Reichskreise und Widerherbeibringung der denenselben entzogener ansehnlicher Mitglieder, Stätten und Landen, mithin deren Restitution in vorigen statum"*[2]) *zu achten und sie für die Verluste zu entschädigen, die sie im Laufe des Krieges erleiden sollten. Die Seemächte und der Kaiser hiessen diese Forderungen gut und so traten die Mitglieder des Nördlinger Traktates im Laufe des Jahres 1702 einzeln der Haager Allianz vom 7. Sept. 1701 bei.*[3])

Sie haben ihr Kontingent zu den Reichsarmeen gestellt, soweit ihnen dies bei der mangelhaften Organisation möglich war, an den Kämpfen gegen Frankreich einen durchaus nicht unrühmlichen Anteil genommen und zum Vorteile der allgemeinen Interessen viel Unbill erduldet. Umso sicherer hofften sie auf die ihnen verbürgte Berücksichtigung ihrer Forderungen beim Friedensschlusse. Als daher die Kunde von den Verhandlungen, die seit Beginn des Jahres 1709 im Haag zwischen Frankreich und den Alliierten geführt wurden, sich im Reiche verbreitete, traten die 4 Reichskreise — der schwäbische, fränkische, ober- und kurrheinische — im Mai 1709 in Heilbronn zusammen und beschlossen vom Kaiser und von den Seemächten in energischer Weise die Einhaltung der im Jahre 1702 gegebenen Versprechen zu fordern. In diesem Sinne wurden die mit der Vertretung ihrer Interessen im Haag beauftragten Gesandten angewiesen, „die völlige Restitution dessen anzutragen, was Frankreich vor, durch und nach dem münsterischen Friedensschlusse dem römischen Reich entzogen habe", sich aber endlich auch „mit der Restitution des Ober- und Unterelsass sammt Breis- und Sundgau, wie nicht weniger des Bistums und der Stadt Strassburg, auch Demolirung aller deren auf Reichs Grund und Boden vom Feind aufgebauter und von ihm etwan behaltender Fortressen" zu begnügen[4].)

---

[1]) *„Punkten, deren würckliche Praestation man sich von Seiten der zum Beytritt zu der zwischen I. K. M., I. K. M. in Engellandt und denen H^n General-Staaden der vereinigten Niederlanden den 7. Sept. nechst vorigen Jahrs errichteter Allianz invitirter und mit einander associürter löblichen Crayssen quoad quaestionem quomodo anforderist bedinget". Abg. u. a. Kopp l. c. Anh. 98 ff.*

[2]) *§ 8 des Vertrages.*

[3]) *Der fränkische Kreis am 24. Juni, der schwäbische am 4. Aug., der kurrheinische am 21. Aug., der oberrheinische am 7. Okt. 1702.*

[4]) *Das und das Nachfolgende nach den im St.-A. (Holl. und Mainzische Akten) befindlichen Dokumenten.*

Allein ehe sich die Bevollmächtigten der Kreise ihrer Aufgabe entledigen konnten, wurden die im Haag geführten Friedensverhandlungen abgebrochen, da eine Einigung mit Frankreich nicht zu erzielen war. Doch sandten bald darauf die Generalstaaten, denen an der Fortdauer des Bündnisses mit den 4 Kreisen sehr gelegen war, den Grafen Rechtern mit dem Auftrage nach Deutschland, den 4 Kreisen mitzuteilen, dass die Seemächte mit ihnen nicht nur solange der gegenwärtige Krieg dauere, „in einer engen und aufrichtig guten Verständnis leben, sondern mit ihnen auch solche Massregeln nehmen wollten, welche nach wiedererlangtem Frieden sowohl zu allseitiger Sicherheit als Nutzen der Untertanen convenabel erscheinen würden." Zu gleicher Zeit sollte Rechtern sich bemühen, die 4 Reichskreise für eine Herabminderung der Forderungen zu gewinnen, die sie als Vorbedingung des mit Frankreich zu schliessenden Friedens im Haag gestellt hatten. Der staatische Gesandte erzielte nur einen halben Erfolg. Die zu Frankfurt versammelten Vertreter der 4 Kreise erklärten sich in der quaestio an? bereit den Wünschen der Seemächte zu entsprechen und „nicht nur diesen noch wehrenden Krieg über und bis zu erfolgenden lieben Frieden auch dessen gänzlich vollbrachter Execution in deren bisherigen Kriegsverfassung stehen zu bleiben, sondern auch post executam pacem und zu Friedenszeiten mit einer denen alsdann befindlichen Kräften nach proportionirten Armatur auf das Fundament der Nördlinger Allianztractaten zu continuiren", und verpflichteten sich den österreichischen und den westphälischen Kreis zum Beitritte einzuladen. Dagegen weigerten sie sich in der quaestio quomodo eine bestimmte Erklärung abzugeben und versprachen nur, „wann die Gott gebe bald widerum zu reassumirende Friedenspraeliminarien unterschrieben sein sollten", wieder zusammenzutreten und ihre Entscheidung zu treffen.

Auch in der Entschädigungsfrage kam es zu keiner Einigung. Graf Rechtern erklärte, die Äusserungen der Kreise in diesem Punkte nur ad referendum annehmen zu können, und diese wiederum hielten es unter solchen Umständen für unzweckmässig, sich in weitere Verhandlungen einzulassen. Als dann im Jahre 1710 zu Gertruydenberg die Friedensverhandlungen der Alliierten mit Frankreich von neuem aufgenommen wurden, betonten die Abgesandten der Kreise wie im Vorjahre, es müsse für Deutschland eine Barriere gegen Frankreich errichtet, Elsass und Strassburg dem Reiche wiedergegeben werden, die Wiederherstellung Lothringens und die Rückgabe der Bistümer Metz, Toul und Verdun erfolgen. Allein die das deutsche Interesse betreffenden Fragen wurden in den Verhandlungen mit Frankreich kaum be-

rührt und eine bindende Erklärung im Sinne der deutschen Forderungen war von den Seemächten nicht zu erlangen; doch steht es nach den Zugeständnissen Ludwigs XIV. ausser Zweifel, dass das deutsche Reich wenigstens inbezug auf Strassburg und Elsass eine entsprechende Genugtuung erlangt hätte, falls es damals zum Frieden gekommen wäre.

Da aber die Gertruydenberger Verhandlungen zum grössten Schaden für das deutsche Reich scheiterten, sahen sich die 4 Kreise genötigt, neuerdings Stellung zu dem Antrage zu nehmen, den Graf Rechtern im Jahre 1709 vorgebracht hatte und nun wiederholte. Seit dem Herbste 1710 wurde an vielen Orten zu gleicher Zeit und mit gleichem Eifer die Frage erwogen, unter welchen Bedingungen man sich zur Erneuerung des Bündnisses mit den Seemächten und zur Verlängerung desselben über den eventuellen Friedensschluss hinaus verstehen solle. Liest man die zahllosen Schriftstücke, die zwischen den einzelnen Kreisen, wie zwischen diesen und dem Bevollmächtigten der Seemächte gewechselt worden sind, so erkennt man leicht, dass es den letzteren in erster Linie um die Teilnahme der Kreistruppen am Kriege, den Kreisen um die Berücksichtigung ihrer Forderungen beim Friedensschlusse zu tun war.[1]) *Es kann nicht unsere Aufgabe sein, dem Gange der Verhandlungen zu folgen, der durch diesen verschiedenen Standpunkt der beiden Parteien bedingt wurde. Die Kreise selbst zeigten in den meisten Fragen eine rühmenswerte Übereinstimmung. Trotzdem dauerte es lange, bis eine den Wünschen sämtlicher Beteiligten entsprechende Verabredung getroffen war und der Mainzer Kurfürst — Januar 1711 — zur Ausschreibung des nach Frankfurt einzuberufenden Kongresses schreiten konnte. Unzweifelhaft hat zu dieser beklagenswerten Verzögerung das Verhalten der Wiener Regierung sein gut Teil beigetragen. Wir wissen, dass Leopold I. die Entwickelung der Kreisassoziationen, die, obgleich unter den Auspizien des*

[1]) *Eine Fülle diese Verhandlungen betreffenden Materials enthalten die Mainzischen Akten des Wiener Staatsarchives. Graf Rechtern war über das säumige Verhalten der Kreise empört und machte seinem Unwillen in verschiedenen Schreiben Luft. In einem derselben d. d. Frankfurt 3. Jan. 1711 heisst es u. a. er begreife das Zögern der Kreise nicht; il s'agit icy que les dittes puissances souhaitent de continuer avec vous une alliance dont par le passé sa majesté Imple et l'empire en general et les louables cercles en particulier ont eu seuls le fruit et sans laquelle peut être il y a long temps qu'ils auroient perdu leur être, et en veue afin que pour l'avenir vous puissées être garantis à n'être envahis par la force superieure et voisine de la France etc.*

Kaisers zustande gekommen, förderalistische Tendenzen verfolgten, nicht mit freudlichen Augen angesehen und es bitter empfunden hatte, dass der Kurerzkanzler die Führung derselben an sich riss, dass die Kreise als selbständige Macht auftraten und auch in Fragen der auswärtigen Politik ein entscheidendes Wort mitsprechen wollten.

Um diesen antikaiserlichen Bestrebungen die Spitze abzubrechen, war er ja der Nördlinger Allianz beigetreten und hatte es durchgesetzt, dass die Kreise einzeln der Allianz beitraten, die er am 7. Sept 1701 mit den Seemächten geschlossen hatte. Die föderalistischen Tendenzen der Reichsstände dauerten aber fort und Kaiser Josef empfand dies umso bitterer, als er von seiner Stellung als Reichsoberhaupt eine ungemein hohe Auffassung hatte und entschlossen war, sein Ansehen zu wahren. Dass die Seemächte, zumal die Generalstaaten, im J. 1709 mit Umgehung seiner Person direkt mit den 4 vorderen Reichskreisen Vertragsverhandlungen anknüpften, erregte seinen heftigen Unwillen; dass sie dieselben im folgenden Jahre trotz der vielfachen Proteste der im Haag weilenden kaiserlichen Gesandten erneuerten, bewog ihn, nicht nur heftige Klage im Haag zu führen und dort vorstellen zu lassen, „ob es nicht besser für des Kaisers Alliierte wäre, die Autorität des Kaisers zu stärken, mithin das Bündnis mit den Kreisen lieber durch uns und unsere Direction vermitteln zu lassen, als darüber mit denselben immediate zu verhandeln",[1]) sondern auch direkt den Mainzer Erzkanzler der Überschreitung seiner Machtbefugnisse zu beschuldigen und die Berücksichtigung der kaiserlichen Praerogativen in entschiedenster Weise zu fordern.[2]) Es sah lange Zeit darnach aus, als würde an dem Widerstande des Kaisers das ganze Werk scheitern und erst nach schwierigen Verhandlungen, bei denen sich insbesondere der Pfälzer als Vermittler bewährte,[3]) gelang es, eine Einigung zu erzielen,

---

[1]) *Aus verschiedenen Äusserungen der kaiserlichen Minister ist zu entnehmen, dass Josef I. verlangte, „dass die Gesandten der Seemächte die Sache beim Kaiser, als des Reiches Oberhaupt, anbringen sollten, von dem es alsdann dem Mainzer Kurfürsten und sodann sub auspiciis caesareis von dem Mainzer den associirten Kreisen zu communiciren wäre." Schreiben Josefs I. an den Reichsvizekanzler d. d. 4. Dez. 1710 und Schreiben des Windischgrätz d. d. 3. Dez. 1710. St.-A. (Mainzer Akten). Ebenso berichtet der Pfälzer Kurfürst an den Mainzer d. d. Wien 28. Febr. 1711 St.-A. (Mainzer Akten.)*

[2]) *Sinzendorf berichtet oft über seine in dieser Frage mit dem Pensionär geführten Verhandlungen.*

[3]) *Viele diese Tätigkeit des Pfälzers betreffende Akten im St.-A. (Mainzer Akten.) Der Pfälzer Kurfürst war zu Beginn des Jahres 1711 in Wien und führte hier die Verhandlungen. Er trat für das möglichste Entgegenkommen*

die beiden Parteien die Aufrechthaltung ihres prinzipiellen Standpunktes, dem Kaiser aber die Teilnahme am Frankfurter Kongresse als Haupt des österreichischen Kreises ermöglichte. Unterdessen aber war Graf Rechtern, der im Dezember 1710 und im Januar 1711 vergebens auf den Abschluss der Verhandlungen gedrungen hatte, Ende Januar 1711 nach dem Haag zurückberufen worden und trat erst im Juni von neuem an den Mainzer Erzbischof mit der Bitte heran, den so oft versprochenen Kongress nach Frankfurt einzuberufen. Die Einladung des Maizers ergieng am 7. Iuli; Anfang August begannen die Verhandlungen. Sie führten nach langen Beratungen zwischen dem Grafen Rechtern, als Vertreter der Seemächte, und den 5 Reichskreisen zur Feststellung des im nachfolgenden abgedruckten Vertragstextes. Die Giltigkeit des geplanten Bündnisses wurde von dem binnen 2 Monaten zu erfolgenden Austausche der Ratifikationen abhängig gemacht. Die früheren Vereinbarungen der Vertragschliessenden wurden erneuert, zugleich aber beschlossen, dass diese Allianz auch nach erfolgtem Frieden und zur Garantie desselben als Defensivbündnis fortbestehen solle. Die Seemächte verpflichteten sich in Friedenszeit 50000 Mann, im Falle eines Krieges aber noch mehr Truppen bereitzuhalten und den Kreisen, falls sie wegen dieses Vertrages in einen Krieg verwickelt werden sollten, 20000 Mann auf eigene Kosten zu Hilfe zu senden; die 5 Kreise gelobten in Friedenszeiten ungefähr 22000, im Notfalle die doppelte Zahl auf dem Fusse zu haben und den Seemächten, falls diese angegriffen werden sollten, 8000 Mann zu überlassen. Beiden Teilen sollte die Musterung der zur Hilfeleistung bestimmten Truppen vorbehalten sein, diese aber innerhalb dreier Monate dem angegriffenen Bundesgenossen zur Verfügung gestellt werden.

Weitaus die grösste Bedeutung für die assoziirten Kreise und das Reich überhaupt besass aber der dem Vertrage beigefügte Separatartikel.[1]) *In demselben wurde der Meinung Ausdruck gegeben, dass Deutschland eine Barriere gegen Frankreich besitzen müsse und dass volle Sicherheit gegen räuberische Überfälle seitens dieser Macht nur nach Wiedergewinn der dem deutschen Reiche entrissenen Gebiete zu erhoffen sei. Diese werden namentlich angeführt: das ganze Elsass, der Sund- und Breisgau, die Bistümer Metz, Toul, Verdun und Loth-*

---

dem Kaiser gegenüber ein, hielt aber an dem durch den westphälischen Frieden und die Wahlkapitulation festgestellten jus foederis et armorum der Reichsfürsten fest. Vgl. z. B. sein Schreiben an Kurmainz d. d. Wien 11. Febr. 1711 St.-A. (Mainzer Akten.)

[1]) *Vgl. den Abdruck p. 276.*

ringen. Die Verbündeten verpflichteten sich während des Krieges und bei den Friedensverhandlungen alles aufzubieten, um diese Gebiete dem Reiche wiederzugewinnen, und trafen Verfügungen, die des Herzogs von Lothringen Beitragsleistungen zur Truppenstellung in dem Falle betrafen, dass er durch die Bemühungen der Alliierten eine billige und entsprechende Satisfaktion erlangen sollte. Der Vertragsentwurf wurde dem Grafen Rechtern am 23., dem Vertreter der Engländer, Davenant, am 26. August 1711 übergeben; wenige Tage später — 31. August — schlossen die 5 Kreise untereinander einen Assoziationsrezess, in dem sie neuerdings das Inkrafttreten der Vertragsbestimmungen von dem Austausche der Ratifikationen abhängig machten und der Verpflichtung der Seemächte gedachten, von der Krone Frankreich beim Friedensschlusse alles zurückzufordern, was diese seit dem Jahre 1648 den assoziirten Reichskreisen weggenommen hatte.[1])

Allein die erhoffte Ratifikation der Seemächte erfolgte nicht; sie hätte auch der Haltung nicht entsprochen, die diese — insbesondere England — seit längerer Zeit Frankreich gegenüber beobachteten. Schon lange, ehe die entscheidenden Beratungen in Frankfurt stattfanden, lange auch vor dem Tode Josef I., der dann den Vorwand für das Aufgeben des bisherigen Programmes bildete, hatte das neue Toryministerium die baldige Herbeiführung des Friedens beschlossen und sich in Unterhandlungen mit der französischen Regierung eingelassen, bei denen die Wünsche der Reichsfürsten nur geringe Berücksichtigung fanden, während man offiziell noch von der Fortsetzung des Krieges gegen Ludwig XIV. und von der Befriedigung aller Verbündeten sprach. Und eben in den Tagen, da die 5 Reichskreise die Ratifikation des Frankfurter Allianzvertrages erwarteten, einigten sich Frankreich und England über einen Entwurf von Friedenspräliminarien, in dem die erstere Macht inbetreff der Forderungen der Alliierten Englands nur allgemein gehaltene Zusagen gab. Noch einmal versuchten die Kreise auf dem Utrechter Friedenskongresse ihre Sache zu vertreten;[2]) *doch blieben ihre Bemühungen ebenso wirkungslos, als ihr Protestschreiben an das englische Ministerium, in dem sie die Engländer des Treubruches zichen und in energischester Weise zur Erfüllung der feierlich*

---

[1]) *Der Assoziationsrezess vom 31. August 1711 ist u. a. abgedruckt bei Kopp l. c. 129 ff.*

[2]) *Die assoziirten Kreise übergaben am 5. März 1712 ihre Forderungen; sie verlangten auch jetzt die Rückgabe aller seit 1648 von Frankreich weggenommenen deutschen Gebiete, Lothringen und Bar mit eingeschlossen. Für den Wortlaut ihrer Forderung vgl. Kopp l. c. 188 Anm.*

gegebenen Versprechen aufforderten.[1]) *Die Antwort lautete ablehnend; man warf ihnen vor, sich nicht zu rechter Zeit an England angeschlossen zu haben und behauptete, in diesem Falle hätte man ihnen Strassburg als deutsche Barriere gegen Frankreich verschafft; nun sei es zu spät. Mit der letzteren Behauptung hatten die Engländer Recht; es war zu spät und blieb zu spät. Weder der Utrechter Vertrag noch die Friedensschlüsse von Rastatt und Baden brachten den vorderen Reichskreisen eine Verbesserung ihrer Lage. Die Holländer gewannen ihre „Barriere", den Oberdeutschen wurde sie vorenthalten; Strassburg und das Elsass blieben französisch und die vorderen Reichskreise dem Angriffe vom Westen her ebenso ausgesetzt wie vorher.*

Cum dubiis ac difficillimis nuper temporibus, quae bellum quod etiamnum geritur proxime praecesserunt, principes et status inclytorum Franconiae et Sueviae circulorum rite perpendentes, quantum ex coniunctione animorum et virium ad tuendam et conservandam communem libertatem et salutem roboris et emolumenti accedat, communicatis inter se consiliis pro sua incolumitate et commodis societatem inter se inierunt in pacto sive conventione die 16. Mart. 1702 Nordlingae associationis nomine conclusa comprehensam, cui statim sequenti die circulus austriacus et post quatuor dies vicesimo scilicet Martii eiusdem anni 1702 circuli Rhenani electoralis et superioris Rheni accesserunt, quod et aliquo post tempore fecit circulus Rhenanus westphalicus inferior; cumque eodem fere tempore principes et status inclytorum circulorum Rhenani electoralis, franconici, suevici et Rhenani superioris a serenissimo et potentissimo[2]) Magnae-Britanniae rege Gulielmo III. et a celsis et praepotentibus dominis ordinibus Uniti Belgii ad societatem foederis inter sacram Ceam Mtem, sacram regiam Mtem Magnae-Britanniae regem modo nominatum et dominos ordines generales die 7mo Sept. anno 1701 Hagae Comitum conclusi literis invitati huic foederi accesserint, stipulatis quibusdam conditionibus die 22do Martii anno 1702 in congressu Nordlingensi exhibitis, quarum conditionum praestationem post mortem praefati regis Gulielmi III. serenissima et potentissima Magnae-Britanniae regina nunc feliciter regnans et domini ordines generales Uniti

[1]) *D. d. 30. Dez. 1712; abgedruckt u. a. bei Lamberty l. c. VIII. 3.*
[2]) *Bei Martens folgt hier nuper.*

Belgii certo modo spoponderunt et accessionem eorundem circulorum ad praedictum foedus gratam et acceptam habuerunt, unde postea durante hoc bello re ipsa compertum est, maximam utilitatem tam publicis quam mutuis commodis ex hoc societatis et foederis vinculo accessise; quapropter etiam optandum est, ut non tantum quamdiu hoc bellum duraverit sed etiam ut post reductam favore numinis pacem continuetur et pro paciscentium mutua defensione et incolumitate novo nexu adstringatur, quemadmodum et articulus XII. foederis indigitati post pacem conclusam inter partes contrahentes foedus defensivum pro eiusdem pacis guarantia mansurum esse declarat.

His itaque rationibus adducti Ser^ma^ et Pot^ma^ Magnae-Britanniae regina, celsi et praepotentes domini ordines generales Uniti Belgii ex una et ex altera parte principes et status inclytorum circulorum, nempe circuli Rhenani electoralis, austriaci, franconici, suevici et Rhenani superioris e re publica et sua fore existimarunt inter se mature consilia conferre, ne praesentis societatis et foederis nexus, quo nunc invicem inter se adstringuntur, post pacem factam dissolvatur, sed ut pro mutua securitate et uniuscuiusque contrahentium defensione magis etiam contrahatur; quem in finem partes contrahentes modo nominatae in articulos sequentes consenserunt:

I.

Ne per hunc tractatum quicquam pacto sive conventioni Nordlingensi derogetur, verum et haec una cum conditionibus, quas associati circuli accedentes ad foedus anni 1701 quod magnum vocatur stipulati sunt quasque regina Magnae-Britanniae et domini ordines generales promiserunt, in omni suo vigore maneant, quatenus cum ratione temporis post factam pacem convenire queant, ut illarum in hoc tractatu nihil innovatum vel mutatum fuerit. Sit praeterea inter partes contrahentes post pacem conclusam foedus defensivum pro eiusdem pacis guarantia sub auspiciis caesareis, si bellum in imperio contra circulos ex causa huius foederis exoriatur, salvis iuribus circulorum et statuum; atque hoc posito fundamento sit et maneat inter partes contrahentes vera, constans et perpetua amicitia adeo, ut alter alterius commoda promovere, incommoda avertere omni studio teneatur, quemadmodum et se invicem certiores reddere, si quid in unius vel alterius perniciem vel dam-

num a quoquam moliri contingerit idque ad cuiusquam notitiam pervenerit.

II.

Quo autem magis amicitiae et coniunctionis huius rationes inter partes contrahentes constent et quaelibet illarum de mutuis auxiliis certam spem concipere queat, promittunt et spondent regia sua M^as^ Magnae-Britanniae et domini ordines generales Uniti Belgii sese tempore pacis ad 50.000 militum simul, tempore autem belli necessitate exigente adhuc ultra habituros, ultimo vero casu, nempe periculo belli aut ipso bello emergente, numerum copiarum infra stipulatum et promissum in auxilium missuros parti aggressae.

III.

Spondent et promittunt vicissim electores, principes et status praedictorum inclytorum circulorum sese tempore pacis numerum perpetui militis circiter ad 22000 habituros, atque se hunc numerum iuxta proportionem statuum ab hoste favente numine recuperandorum aucturos, periculo autem belli pro re nata aut ipso bello existente se in illum armaturae statum constituturos in quo praesenti tempore sunt, exceptis illis copiis quae hactenus ultra debitum et extra obligationem respectu imperii a quibusdam circulis gravibus[1]) expensis supernumerarie sive supererogatorie sustentatae sunt.

IV.

Liberum esse dominis confoederatis ingruente bello, ubi alter alteri suppetias tulerit, copias in auxilium missas itidem lustrare et recensere cuilibet compaciscentium, quotiens e re visum fuerit.

V.

Si terras aut ditiones cuiusquam compaciscentium vel illas, quas loco obicis vulgo Barriere cum futura pace quisquam eorum stipulabitur, hostiliter aggredi praeter spem contigerit, vel alio modo ex causa huius foederis cuiquam compaciscentium bellum illatum fuerit vel belli periculum intendetur, is qui vel armis impeditus fuerit vel cui tale periculum imminet ceteros compaciscentes de facta aggresione vel periculo certiores

[1]) *In der Abschrift gravis.*

reddet, qui statim amicabilibus quibuscunque officiis operam dabunt, ut periculum avertatur et damna parti laesae illata reparentur, nihilominus tamen intra trium mensium spatium suppetias ferre parti laesae adstricti erunt a die requisitionis ad hoc factae numerandorum.

VI.

Casu existente ut circuli supra nominati auxilio indigeant, regina Magnae-Britanniae et domini ordines generales illis operam ferent intra tempus in praecedenti articulo determinatum, et in illorum auxilium mittent regina Magnae-Brittaniae 10000 et domini ordines generales 10000 propriis sumptibus alenda ita, ut militi auxiliari bene vestito et armato consueta stipendia solvant, cetera necessaria, gramen scilicet et foenum pro equis, intra spatium sex mensium a primo nempe Maii usque ad finem mensis Octobris gratis praestentur ab iis qui eorum opera utentur.

VII.

Quod si vel regina Magnae-Britanniae vel domini ordines generales auxilio opus habuerint, principes et status inclytorum circulorum supra memoratorum iis in auxilium mittent octo millia etiam probe vestita et armata,[1]) quae si ex illo numero militum venient, quem circuli secundum art. 3 perpetuum vel tempore belli alere adstricti sunt, iis principes et status circulorum etiam consueta stipendia solvent, loco autem augmenti, quod „Aggii"[2]) nomine venit, panem et pabulum suis sumptibus dabunt, qui eorum opera utentur; si autem praeter has alias turmas vel legiones circuli in auxilium mittant, illae in totum stipendiis reginae vel ordinum merebuntur et eorum ducibus et praefectis obedient ab eo tempore, quo terras illorum attigerint, et illius vel illorum quibus merebuntur propriae esse censebuntur iuxta modum super quo eveniente casu convenietur, qui et iis tanquam propriis utentur, quapropter et pretium conscriptionis vulgo „Antrittsgelder" pro illis solvent.

VIII.

Auxilia eo quo dictum est modo mittenda pro rerum et temporum constitutione si necesse fuerit augeantur, ita tamen

[1]) *Bei Martens vestitos et armatos.*

[2]) *Soviel wie Agio.*

ut is qui suppetias feret non propterea in societatem belli venire teneatur, nisi communicatis casu existente consiliis hoc e re communi esse partes contrahentes consenserint; quod si pars contrahens a qua auxilia petuntur ipsa quoque aggressa aut bello implicita sit, eo casu ad auxilia mittenda obligata non erit, et si in societatem belli veniat, hoc casu inter se consilia conferent compaciscentes, quibus modis commune bellum quam maxime promoveri queat.

IX.

Quaelibet legio auxiliaris munita erit duobus tormentis bellicis vibrantibus singulis globum ponderis 6 vel 4 librarum, et munitionibus belli secundum proportionem.

X.

Casu foederis existente si quisquam compaciscentium in terris ac regionibus alterius militem conscribere cupiat, haec militum conscriptio praevia requisitione non impedietur sed adiuvabitur quantum locorum et temporum constitutiones[1]) hoc sinent, nec per illam proprii militis conscriptio difficilior reddatur.

XI.

Fas non sit sub ullo praetextu transitum negare suppetiis aut aliis necessitatibus bellicis, quarum pars aggressa egere potest.

XII.

Bello semel suscepto neutri partium fas sit de pace tractare nisi coniunctim et communibus consiliis secundum formulam et tenorem magni foederis.

XIII.

Quandoquidem scopus huius continuationis pacti sive conventionis Nordlingensis solummodo tendit in publicum et commune bonum omnium foederatorum in hoc praesenti bello comprehensorum et in mutuam defensionem, itaque secundum praefatum tractatum Nordlingensem electores, principes et status sacri imperii Romani ut et caeteri foederati ad huius tractatus accessionem invitabuntur.

---

[1]) *Bei Martens folgt et rationes.*

XIV.

Tractatus hic confirmabitur et ratihabebitur et tabulae ratihabitionis extradentur et permutabuntur intra spatium duorum mensium a die conclusi tractatus vel etiam citius si fieri poterit. In quorum fidem etc.

Articulus separatus.

Quandoquidem potissimum associatorum circulorum belli scopus fuerit, ut pro maiori securitate divino favente numine vi armorum associatorum aut futura pace contra continuas coronae gallicae pacis transgressiones meliorem obicem et repagulum obtinerent, hucusque ab una quidem parte compertum sit, a serenissima et potentissima Magnae-Britanniae regina et dominis Uniti Belgii ordinibus generalibus nihil neglectum fuisse, quod ad obtinendum finem tam salutarem inservire potuerit, ab altera tamen parte videatur vix talem securitatem obtineri, nisi recuperandi avulsa imperii (scilicet universae Alsatiae, Suntgoviae et Brisgoviae nec non trium episcopatuum Metensis, Tulonensis et Verodunensis, ducatus quoque Lotharingiae) ratio habeatur; spondent itaque domini foederati sese tam vi armorum quam futura pace pro virili omni cura et opera conaturos, ut praedicti status avulsi si possibile erit imperio reuniantur et serenissimus quoque Lotharingiae dux aequam et convenientem satisfactionem obtineat. Erga quam satisfactionem[1]) altefatus dux ratione ditionum, quae ipsi ope dominorum foederatorum in futuris pacis tractationibus contingent, non modo congruam contributionem in circulo, ad quem ditiones et terras eiusmodi pertinere dignoscetur, in se recipere obstrictus erit, sed et si adhuc res eo communi consilio dirigi posset, ut idem serenissimus dux ratione earundem ut et pro ea provincia aut terris, quas in vicem et compensationem ducatus Montisferatensis consequetur, huic foederi (prout recessus de anno 1709 die 15 Maii inter superiores imperii circulos confectus id ipsum innuit) cum adaequato militum numero aliisque praestationibus iuxta proportionem deinceps determinandis accedet. Habebitque articulus hic separatus tantum vigorem ac si verbotenus tractatui de .... Augusti anno 1711 insertus fuisset.

---

[1]) *Bei Martens folgt et restitutionem.*

14.

Zwei Konventionen zwischen Österreich und England, betreffend die Räumung Cataloniens, die Neutralität Italiens und die daselbst zu beobachtende Haltung der kaiserlichen Truppen; d. d. Utrecht 1713 März 3./14.

Rat. Annas d. d. St. James 1713 24. März st. v.; Rat. Karls VI. d. d. Wien 1713 März 31.

Die Originale der Konventionen und der Ratifikation Karls im R. O., das der englischen Ratifikation im St.-A. — Drucke bei Bittner Nr. 686.

Die in diesem Zusammenhange abgedruckten 2 Verträge vom 3./14. März 1713 sind ihrem Inhalte nach unter englischer Vermittelung zwischen Karl VI. und Frankreich getroffene Vereinbarungen über die Bedingungen, unter denen der Kaiser die Räumung Cataloniens und der Inseln Majorka und Iviza zu vollziehen und eine für ganz Italien und die benachbarten Inseln geltende Neutralität einzugehen sich bereit erklärte. Wenn dieselben in dieser Sammlung der österreichisch-englischen Staatsverträge zum Abdrucke gelangen, so liegt der Grund dafür darin, dass England bei dieser Gelegenheit nicht nur als Vertragsteilnehmer, sondern auch als Vertragsgegner sowohl Frankreichs als auch Österreichs erscheint.[1]) *Jede dieser beiden Mächte verpflichtete sich England gegenüber die dem Gegner gegebenen Versprechen zu halten, wogegen der englische König die Garantie dafür übernahm, dass der andere Teil seinerseits die übernommenen Verpflichtungen erfüllen werde. Der von den österreichischen und englischen Bevollmächtigten unterzeichnete Vertrag, den wir abdrucken, enthält im 13. Artikel das Versprechen Karls VI., die den Franzosen gemachten*

---

[1]) *In der im R. O. befindlichen Ratifikation dieser Konvention durch Karl VI. heisst es ausdrücklich „Cum die XIV huius mensis inter nostros et Ser^mae ac Pot^mae Magnae-Brittaniae reginae tum eiusdem atque etiam Ser^mi ac Pot^mi regis Christ^mi ex altera parte ad praesentes qui Ultrajecti instituti sunt pacis tractatus plena potestate instructos ministros super educendo ex Catalaunia seu Yvica nostro confoederatorumque nostrorum milite uti et super Italiae neutralitate observandoque in ea armistitio duae conventiones initae fuerint etc.“ . . In der im St.-A. befindlichen Rat. Annas heisst es „Quandoquidem conventiones duae, una de evacuando Catalauniae principatu insulisque Majorcae et Ivicae ut et de armistitio per totam Italiam instituendo, altera de neutralitate et securitate Italiae durante armistitio praedicto per plenipotentiarios tum nostros, tum Caesareos etc. . .“*

Zugeständnisse zu halten, und die Erklärung der Königin Anna, dass Frankreich seinerseits die gegebenen Versprechen erfüllen werde. Ein entsprechendes Dokument wurde am selben Tage von den Vertretern Englands und Frankreichs unterzeichnet.[1])

Eine eingehende Erörterung der Umstände, unter denen dieses Abkommen getroffen wurde, muss dem Herausgeber der österreichisch-französischen Staatsverträge vorbehalten werden, der im Zusammenhange der gesamten österreichisch-französischen Friedensverhandlungen auch die Frage der Räumung Cataloniens und des Waffenstillstandes für Italien zu erörtern haben wird. Für unsere Zwecke wird es wohl genügen, darauf aufmerksam zu machen, dass Karl VI. erst in dem Augenblicke, da er jede Hoffnung aufgeben musste, auf anderem Wege seine in Catalonien weilende Gattin und die dort für seine Sache kämpfenden Truppen zu retten,[2]) *sich bereit erklärte, die vom Gegner geforderte Neutralität für ganz Italien zu Gunsten des nunmehr offen bundbrüchigen Herzogs von Savoyen*[3]) *zuzugestehen, nicht ohne volle Amnestie für die ihm treugebliebenen Catalonier auszubedingen.*[4]) *Sein Wunsch den Privilegirten dieses Landes, die seine Sache vertreten hatten, die Bestätigung ihrer Vorrechte zu erwirken, wozu beizutragen sich die Engländer wiederholt verpflichtet hatten, blieb dagegen unerfüllt,*

---

[1]) *Dieses englisch-französiche Dokument ist u. a. abgedruckt bei Dumont l. c. VIII/1 327.*

[2]) *Die Engländer hatten im Laufe des Jahres 1712 versprochen, die Gemahlin Karls VI. nach Italien zu überführen, knüpften aber im Herbst 1712 die Erfüllung dieses Versprechens an die Neutralitätserklärung Italiens, die zuzugestehen dem Kaiser sehr schwer fiel. Vgl. Weber, Der Friede von Utrecht 359.*

[3]) *Vgl. für die Verhandlungen über diese Frage die Berichte Sinzendorfs vom Jan. und Febr. 1713. St.-A. und Weber l. c. 367. Die österreichische Regierung wollte ursprünglich nur einen Waffenstillstand und keine Neutralität zugestehen, und entschloss sich erst allmälig zur Neutralität sowie zur Ausdehnung derselben auf Commachio und Mantua und zur Reduktion des Armeestandes in ganz Italien auf 20000 Mann.*

[4]) *Die entscheidende Weisung Karls VI. an seinen Residenten in England, Hofmann, ist datiert 25. Dez. 1712. St.-A. Der Kaiser betont in derselben ausdrücklich, dass die Unmöglichkeit bei England seine Wünsche durchzusetzen, ihn zu dem Schritte bewege, seine Gemahlin und seine Truppen aus Spanien abzuberufen und betont zu gleicher Zeit, dass vorher allen treugebliebenen Spaniern und Catalanen „durch eine Generalamnestie für ihre Güter, Freiheiten, Ehren, Ämter, auch jenen, die mit herüber gehen wollen, genugsam vorgesehen werde." Auch forderte er, dass die Überfahrt aus Spanien nach Italien auf englischen Schiffen und auf englische Kosten geschehen solle. Vgl. auch Weber l. c. 365.*

da die in England herrschende Partei, von dem Bestreben beseelt den ihren Interessen günstigen Frieden mit Frankreich zum Abschlusse zu bringen, vor dem heftigen Widerstande der Franzosen zurückwich und nicht eher ruhte, bis Karl VI. seine Einwilligung dazu gab, dass die Ordnung dieser und einiger anderer Angelegenheiten dem Friedenskongresse zugewiesen wurde.[1]) *Die Engländer gaben zwar das Versprechen, die Interessen des Kaisers in dieser Frage daselbst zu vertreten, hielten es aber nicht. Karl VI. aber wurde nicht müde, auch nach erfolgtem Friedensschlusse mit Frankreich für die ihm Treugebliebenen einzutreten und die Wiedereinsetzung derselben in ihre früheren Privilegien zu fordern.*

Quo citius bella et quae exinde oboriri solent mala finiantur, visum et ad pacis negotium maturandum utile iudicatum fuit super evacuando interim Catalauniae principatu insulisque Majorca et Yvica nec non armistitio per totam Italiam insulasque adiacentes ac in mari mediterraneo sitas ut et suae regiae celsitutinis ducis Sabaudiae ditiones ineundo convenire, id quod etiam post varia colloquia inter sacrae C^eae^ et catholicae regiae M^tis^ et Ser^mi^ regis christianissimi eiusque foederatorum ministros plenipotentiarios habita per indefessam praeprimis operam ministrorum plenipotentiariorum sacrae regiae M^tis^ Magnae-Brittanniae hinc inde collatam sequentem in modum effectum est.

I.

Abducentur ex principatu Catalauniae ut et insulis Majorca et Yvica copiae omnes caesareae et foederatorum; quo vero id eo promptius et cum omni securitate fieri possit, erit in locis

---

[1]) *Vgl. die Weisungen Karls VI. an Hofmann, wie an die kaiserlichen Gesandten in Utrecht d. d. 25. Febr. 1713 St.-A. und Weber l. c. 383 f., insb. die Anm. p. 384 und Klopp l. c. XIV 444 f. Wenn Weber l. c. 383 meint, es sei Karl VI. nicht möglich gewesen „Vorsorge zu treffen für die Amnestie und Privilegien der treuen Catalonier", so ist dies bezüglich der Amnestie nicht richtig, da § 8 des im nachfolgenden abgedruckten Vertrages eine volle Amnestie für dieselben enthält. Nur die Privilegienfrage der Catalonier und die Amnestie aller anderen spanischen Untertanen wurde der späteren Entscheidung anheimgestellt. Aus den Berichten Hofmanns vom 13., 20., 27. Jan. und 17. Febr. 1713 St.-A. geht hervor, dass nebst der Frage der Privilegien für die Spanier, die der Transportkosten beim Abzuge der kaiserlichen Truppen aus Spanien Anlass zu lebhaften Verhandlungen zwischen dem englischen und kaiserlichen Gesandten im Haag, wie zwischen Hofmann und den englischen Ministern gegeben hat.*

omnibus supra memoratis inter partes belligerantes earumque exercitus, milites et subditos terra marique plena et integra armorum et omnis hostilitatis suspensio a die decimo quinto, ex quo haec conventio in Catalauniae principatu innotescet, inchoanda. Quo ipso etiam armistitii inchoandi die potentia Catalauniam evacuatura tradet alteri potentiae belligeranti sive Barcinonam sive Tarragonam, electione penes cedentem remanente, quam ex nominatis urbibus usque ad peractam evacuationem retinere velit. Durabit vero dicta armorum suspensio usque dum aula C^ea^, eius comitatus et quidquid adhuc personarum, rerum bonorumve cuiusvis generis ad illam spectat una cum omnibus C^eis^ et foederatorum copiis personisque etiam non militaribus sive Hispanis sive aliis aulam sequi volentibus exiverint et in Italiam pervenerint. Cum autem haec abductio non aliter ac per mare fieri queat, hinc ulterius conventum est, quod in casu eiusdem per partes faciendae primis evectis, qui post hos usque dum sufficiens navium numerus in promptu sit remanebunt, in locis commodis tutisque collocari debeant, in conformitate eorum quae articulo septimo continentur, ita tamen ut loca interim occupata ab exeuntibus alteri parti in eodem statu protinus extradantur.

II.

Praedictae aulae copiarumque transfretatio absque omni mora inchoabitur et finietur, quae vero ad illam accelerandam et perficiendam spectant classis britannicae in istis maribus praefectus praevia cum utriusque partis belligerantis supremis militiae ductoribus sive commissariis ex utraque parte desuper nominandis communicatione determinabit.

III.

Saepe memoratae aulae C^eae^ omnique eius comitatui ac aliis sequi cupientibus inprimis copiis universis pateat plenaria cum securitate ac sine ullo Galliae eiusque foederatorum earumve classium exercituumque aut subditorum impedimento et periculo transitus ex Catalaunia insulisque supradictis in Italiam sub praesidio classis sacrae regiae M^tis^ Magnae-Brittanniae, respective cum sarcinis, armis rebusque omnibus suis, tormentis insuper bellicis et reliquis instrumentis militaribus caeterisque eo spectantibus, ita tamen, ut tormenta et instrumenta bellica, quae tempore occupationis in locis evacuandis fuerunt ut et quae

gallicis scutis impressa inibi reperiuntur, parti alteri relinquantur; quod si ex navibus transvectioni inservientibus aliquae ad littora vel portus Galliae aut foederatorum tempestate vel alio casu appulsae fuerint, non erit licitum illas vel personas aut res transvehendas retinere, sed omni potius modo adiuvabuntur.

IV.

Debiti causa abituros retinere fas non esto; quo autem creditorum nominibus cautum sit, placuit utrinque commissarios constituendos esse, qui tam de debitis quam de obsidibus dandis statuant.

V.

Aegrotis vulneratisque tam militaribus quam civilibus interque hos etiam ecclesiasticis liceat cum omnimoda securitate usque ad valetudinem recuperatam propriis tamen illorum sumptibus in Catalaunia et dictis insulis permanere, postmodum vero exinde, sive id mari per Italiam sive terra per Galliam fiat, ad suos se recipere, ad quem finem illis petentibus literae securi transitus ab altera belligerantium parte concedendae erunt.

VI.

Captivi omnes in bello hoc hispanico facti relaxabuntur utrinque.

VII.

Quae vero ulterius ad accelerandum et cum omnimoda securitate perficiendum hoc negotium pertinere videbuntur, inprimis vero de locis per copias utriusque partis interea et usque ad plenariam Catalauniae insularumque evacuationem occupandis, ut et de aulae eiusque comitatus perinde ac copiarum commoda et quieta permansione et contra quoscunque insultus securitate, super his convenient copiarum utrinque supremi ductores, et quae inter eos conventa sunt pari cum caeteris huius conventionis contentis firmitate gaudebunt.

VIII.

Concedatur praeterea et statim a tempore inchoandae evacuationis in amplissima forma publicetur pro omnibus Catalauniae dictarumque insularum subditis ac incolis cuiuscunque conditionis, saecularibus et ecclesiasticis, amnestia generalis et perpetua oblivio omnium eorum, quae ab illis in hoc bello vel occasione eiusdem contra partes ex adverso belligerantes quo-

cunque demum loco modove facta sunt, ita ut nec eorum nec ullius similis rei causa vel praetextu illis omnibus aut singulis posthac quidquam hostilitatis aut inimicitiae, molestiae ac impedimenti quoad personas, exstimationem, bona et securitatem, clam aut palam, directo aut indirecto, sub specie iuris aut via facti, inferri nequaquam fas sit, sed omnes ac singulae tam occasione huius belli quam eo durante verbis, scriptis aut factis illatae iniuriae, violentiae, hostilitates, damna etc. absque omni personarum rerumve respectu ita penitus aboleantur, ut quidquid eo nomine contra illos forsitan praetendi potuisset aeterna oblivione sepultum maneat.

IX.

Cum vero ministri plenipotentiarii sacrae C^eae^ M^tis^ pro fruitione privilegiorum Catalauniensium ut et Majorcae et Yvicae subditorum et incolarum adhuc ante evacuationem institerint, ex parte vero Galliae et foederatorum eius hoc quidquid est negotii ad pacis futurae conclusionem remissum sit, sacra regia M^tas^ Magnae-Brittanniae iterato declaravit, se officia sua quam efficacissima ubicunque opus fuerit interpositura esse, ut et in posterum Catalauniae et Majorcae Yvicaeque incolae suis privilegiis gaudere possint; in quo praedicti ministri plenipotentiarii caesarei tandem acquievere, cum ipsemet etiam rex christianissimus se ad eundem finem allaboraturum fore per ministros suos plenipotentiarios declarari fecerit.

X.

Cum vero in conventionis huius serie de quibusdam aliis negotiis tractatum sit, scilicet de amnestia universali ut et de conservatione bonorum, beneficiorum, officiorum, pensionum aliorumque huius generis commodorum tam pro subditis Hispanis quam Italis Belgisque alterutras partes secutis aut sequi volentibus, neque e re iudicatum fuerit de iis quidquam statuendi hac in conventione de evacuanda Catalaunia principaliter instituta, ad futuros pacis tractatus eadem quoque remittere placuit, sua regia M^te^ Magnae-Brittanniae declarante se officia sua efficacissima adhibituram, ut et de iis omnibus reciproce circa dictae pacis conclusionem statuatur.

XI.

Conventum praeterea et concordatum est inter suam C^eam^ M^tem^ et suam M^tem^ regem christianissimum accedente insuper

sua regia celsitudine duce Sabaudiae, quod usque ad futuram pacem cum Gallia pangendam in universa Italia et insulis in mari mediterraneo sitis ac respective per partes belligerantes possessis, ut et in omnibus terris, provinciis ac statibus suae regiae celsitudinis ducis Sabaudiae tam citra quam ultra Alpes intra quatuor hebdomadas a subscriptione praesentis conventionis numerandas plena ac integra esse debeat cessatio omnium cuiuscunque generis hostilitatum, quocunque nomine veniant aut quacunque occasione aut praetextu terra marive exerceri possint, absque ulla reservatione aut exceptione locorum quorumcunque, qui Italiae insulisque supradictis et duci Sabaudiae subiacent, inter exercitus, milites et subditos altememoratorum contrahentium, qui sine dilatione mandata necessaria mittent supremis illorum militiae praefectis aliisque, quo haec conventio promptius executioni detur, adeo ut quidquid quocunque demum modo aut loco contra fiat aut ab inito armistitio eoque durante factum sit, tam ex una quam altera parte incontinenter restituatur, annulletur et optima fide reparetur. Expresse praeterea cautum et declaratum est, quod durante armistitio in regiae suae celsitudinis ducis Sabaudiae a Gallia nunc possessis ditionibus cessabunt omnes contributiones militares ita, ut nihil omnino ultra reditus ordinarios et consuetos ibidem exigetur. Quae dicti armistitii conditiones observabuntur etiam respectu provinciarum gallicarum ditionibus ducis Sabaudiae circum vicinarum, et subditis interea licebit invicem commerciari.

XII.

Res in Italia durante hoc armistitio in statu quo nunc sunt permanebunt, earum compositio ad pacis negotium remittatur.

XIII.

Cum igitur ad hanc conventionem ineundam contulere plurimum amicissimae suae regiae M^tis^ Magnae-Brittanniae hortationes, atque ad eandem porro debitae executioni mandandam opus omnino esse visum sit, ut et ipsa in partes huius pactionis veniat, proinde spondente ex parte sua et foederatorum suorum sua C^ea^ M^te^ et suae regiae M^ti^ Magnae-Brittanniae fide data per praesens instrumentum vim pacti inter suas maiestates solemniter initi habiturum, C^eam^ suam M^tem^ foederatosque suos omnes et singulos huius conventionis articulos bona fide observaturos

et integerrime adimpleturos esse, ipsa quoque sacra regia Mtas Magnae-Brittanniae praesenti conventioni sponsorio nomine accedere voluit, in se recipiendo et promittendo, quod ab altera supra memoratorum contrahentium parte omnes et singuli huius conventionis articuli bona fide observabuntur et integerrime adimpleti erunt.

Ratihabebitur praesens conventio a sacra Cea et regia Mte eiusdemque ratihabitionis tabulae intra quatuor septimanas aut si citius fieri potest Ultrajecti invicem commutabuntur.

In quorum fidem nos sacrae Ceae et catholicae Mtis et sacrae regiae Mtis Magnae-Brittanniae ministri plenipotentiarii praesentes tabulas manibus nostris subscriptas sigillis nostris munivimus. Trajecti ad Rhenum die decimo quarto/tertio Martii, anno millesimo septingentesimo decimo tertio/duodecimo.

L. S. Philippus Lud. C. a. Sinzendorff. L. S. Joh. Bristol.
L. S. Michael Achatz L. B. de Kirchner. L. S. Strafford.

Ex occasione conventionis super evacuanda Catalaunia ut et insulis Majoricae et Yvicae et armistitio in Italia hodie initae plurimum idque gravissimis rationum momentis sua regia Mtas Magnae-Brittanniae institit, ut omni suspicionis materiae ex introducendis in praedictam Italiam copiis adeo numerosis oriturae forsitan uti solet obviam eatur; ideo infrascripti altememoratae suae Ceae et catholicae regiae Mtis ministri plenipotentiarii de studio domini sui clementissimi ad opus tam salutare prono certiores spondent solenniter et promittunt, sacram Ceam Mtem curaturam eumque in finem talia supremis suae militiae praefectis, generalibus, officialibus, locumtenentibus aliisque mandata daturam, ut copiae omnes ex Catalaunia et insulis praedictis transvehendae aliaeque tam caesareae quam foederatae sine omni mora brevissimaque ac commodiore qua fieri potest via transitu innoxio ubique observato ex Italia in Germaniam abducantur, ita ut in Italia praedicta durante armistitio hodie inito tantum solummodo caesareanorum et foederatorum militum relinquatur, quantum ad praesidia munimentorum tutamenque provinciarum ibi locorum requiritur, idque ita ut eorum numerus in universa Italia viginti millia militum non excedat. Cumque exinde ratio hyberna et contributiones in reliqua Italia exigendi sua sponte cesset, et ipsimet Ceae Mti grave videretur Italiae

tranquillitati eo potissimum tempore deesse, quo se nihil magis quam universi christiani orbis pacem et quietem cordi habere undequaque non exiguis documentis testatum facit; promittit idcirco sua Cea Mtas nulla quocunque titulo vel hyberna collocanda vel contributiones quascunque exigendas esse durante praedicto armistitio in Italia ullis in locis principum aliorumve, ubi eiusmodi hyberna collocata et contributiones durante hoc bello collectae sunt.

Cum igitur ad conventionem supradictam ineundam omnibusque in contrarium euntibus moliminibus obviandis plurimum amicissimae suae regiae Mtis Magnae-Brittanniae hortationes contulerint atque ad eandem porro debitae executioni mandandam opus omnino esse visum sit, ut et ipsa in partes huius pactionis veniat, proinde spondente ex parte sua sacra Cea Mte et sacrae regiae Mti Magnae-Brittanniae fide data per praesens instrumentum vim pacti solenniter cum sua regia Mte Magnae-Brittanniae initi habiturum, Ceam suam Mtem omnia et singula superius promissa bona fide observaturam et adimpleturam, quinetiam mandata ministris suis tam civilibus quam militaribus, quorum opera hac in parte usura sit, quam expressissima daturam, ne quid ipsi aut eorum aliquis facere aut attentare praesumant, quominus eadem omnia debitum plenarie sortiantur effectum, ipsa quoque sua regia Mtas Magnae-Brittanniae in se recipit et promittit, quod ab altera supramemoratorum contrahentium parte omnes et singuli huius conventionis articuli bona fide observabuntur et integerrime adimpleti erunt.

Ratihabebitur praesens conventio a sua Cea et regia Mte eiusdemque ratihabitionis tabulae intra quatuor septimanas aut citius si fieri potest Traiecti invicem commutabuntur.

In quorum fidem nos sacrae Ceae et catholicae Mtis et sacrae regiae Mtis Magnae-Brittanniae ministri plenipotentiarii praesentes tabulas manibus nostris subscriptas sigillis nostris munivimus. Traiecti ad Rhenum die decimoquarto/tertio mensis Martii anno millesimo septingentesimo decimotertio/duodecimo.

L. S. Philippus Lud. C. a. Sinzendorff.
L. S. Michael Achatz L. B. de Kirchner.
L. S. Joh. Bristol.
L. S. Strafford.

15.

Barrieretractat zwischen Karl VI., Georg I. und den Generalstaaten samt einem Separatartikel und 2 Declarationen; d. d. Antwerpen 1715 Nov. 15 n. st.

Rat. des Vertrages und des Separatartikels seitens Georgs I. St. James 1715 Nov. 30/Dez. 11; seitens Karls VI. Wien 1715 Dez. 21;[1]) *seitens der Generalstaaten d. d. Haag 1716 Jan. 14.*

Die Originale des Traktates und Separatartikels im St.-A., R. O. und R. A.; die Originale ihrer Ratifikationen durch Georg im St.-A., durch Karl im R. O., seitens der Generalstaaten im St.-A. — Drucke bei Bittner Nr. 697.

Da der Barrierevertrag vom 15. Nov. 1715 eine Frage zu lösen hatte, die in erster Linie die Vereinigten Niederlande und Österreich berührte, während England mehr die Rolle des Vermittlers zwischen den beiden hauptsächlich beteiligten Mächten spielte, muss eine eingehendere Erörterung der Umstände, unter denen diese für die Geschichte des 18. Jahrh. so bedeutungsvolle Abmachung zustande gekommen ist, dem Herausgeber der österreichisch-niederländischen Staatsverträge vorbehalten bleiben. Für unsere Zwecke genügt es wohl, in Kürze die Stellung zu charakterisieren, die England und Österreich im Laufe der bis zum Abschlusse dieses Vertrages geführten langwierigen Verhandlungen eingenommen haben, und nur jene Angelegenheiten etwas eingehender zu erörtern, durch welche die Interessen beider Staaten direkt berührt wurden. Schon zur Zeit, da die Spanier in den katholischen Niederlanden herrschten, hatten die Vereinigten Niederlande das Recht erworben, eine Reihe von belgischen Festungen an der französischen Grenze mit ihren Truppen zu besetzen, um durch diese Festungen „wie durch einen Damm oder eine Barriere" die Franzosen in Schranken zu halten. Wie wenig das aber gelang, zeigte sich, als im Februar 1701 eine französische Armee unvermutet im Lande erschien. Die holländischen Garnisonen wurden überrumpelt, gefangen genommen und erst nach Anerkennung der bourbonischen Erbfolge in Spanien freigegeben.

Allein noch im selben Jahre kam es zum Abschlusse der Haager Allianz vom 7. Sept. 1701, und in dem 5. Artikel derselben verpflichteten sich die Verbündeten, mit aller Kraft die Eroberung der spanischen Niederlande anzustreben, „damit dieselben als ein Damm und ein Siegel oder als Barriere dienen möchten, durch die Frankreich

[1]) *Bezüglich dieser Rat. vgl. die Anm. zum Artikel 27 dieses Vertrages.*

von den Vereinigten Niederlanden entfernt und getrennt gehalten werde.“ Es wurde bereits in anderem Zusammenhange erwähnt,[1] *welche Schwierigkeiten sich bei der Formulierung dieses Artikels ergaben, und wie wenig der Kaiser mit der Ausdrucksweise einverstanden war, die schliesslich gewählt wurde. Im Jahre 1706 fiel der grösste Teil der katholischen Niederlande in die Hände der Verbündeten. Karl III. wurde als Herrscher derselben ausgerufen; doch traten die Seemächte, allen Protesten Österreichs zum Trotze, als Pfandinhaber des später an die deutschen Habsburger abzutretenden Gebietes auf. Aber auch zwischen ihnen kam es zu Konflikten. Die Holländer rissen die gesamte Verwaltung an sich und verlangten von England die Garantie ihrer Barriererechte. Eine Einigung wurde damals nicht erzielt; erst im Jahre 1709 kam es — veranlasst durch die vorteilhaften Anerbietungen, die Ludwig XIV. den Generalstaaten machte — zum Abschlusse eines für die Vereinigten Niederlande ungemein günstigen Vertrages.*[2] *Für die Garantie der protestantischen Thronfolge in England wurden ihnen nicht nur die Barrierefestungen und alle künftig den Franzosen abzunehmenden Plätze, sowie das Oberquartier von Geldern zugewiesen, sondern auch das Recht erteilt, in Lüttich wie in Huy und Bonn holländische Besatzungen zu legen und eine beträchtliche Summe aus den Einkünften des Landes zur Erhaltung der Garnisonen zu fordern. Ferner wurde ihnen die Fortdauer das Verschlusses der Schelde und der anderen Wasserstrassen in der im Friedensschlusse von 1648 festgesetzten Form und die Unterwerfung aller Waren, die flandrische Häfen passieren wollten, unter die holländischen Tarife zugesagt. Auf das lebhafteste haben die Vertreter der kaiserlichen Politik vor und nach dem Abschlusse dieses Vertrages gegen eine derartige Missachtung der österreichischen Rechte protestiert. Anfangs vergebens; erst der Wechsel im englischen Ministerium bewirkte eine Änderung in der Haltung Englands, die in dem zweiten Barrierevertrage vom 19. Jan. 1713 zum Ausdruck kam.*[3] *Die Niederländer mussten ihre Ansprüche wesentlich herabsetzen und auf manche Forderung Verzicht leisten, die ihnen im Jahre 1709 bewilligt worden war. Immerhin wurde ihnen nicht nur der Besitz von Fürnes, Ypres,*

---

[1]) *Vgl. p. 219 f.*

[2]) *Gedruckt u. a. bei Dumont Corps dipl. VIII/1 243 ff.; Jenkinson l. c. I. 354 ff. Vgl. Noorden l. c. III. 598 ff.; Gachard Histoire de la Belgique au commencement du XVIIIe siècle II. 210 ff.*

[3]) *Abgedruckt u. a. Dumont l. c. VIII/I. 322 ff.*

Menin, Mons, Charleroi, Namur, der Citadelle von Namur sowie Tournays zugesichert, sondern auch ihre handelspolitische Stellung durch die Abtretung einiger wichtiger Forts und Schlösser — der Scheldeverschluss wurde freilich nicht im Vertrage genannt — befestigt. Dafür bedang sich die Königin von England nicht nur die Garantie der hannover'schen Succession, sondern auch für ihre Untertanen die Fortdauer aller Rechte und Begünstigungen aus, die sie beim Handel mit den spanischen Niederlanden bisher besessen hatten. Durch einen besonderen Artikel verpflichtete sie sich die Zustimmung des Kaisers — als des künftigen Besitzers der katholischen Niederlande — zu diesem Vertrage zu erwirken.

Allein es dauerte lange, ehe England daran dachte, das gegebene Versprechen zu erfüllen, zumal die Beziehungen des Inselvolkes zu den Generalstaaten sich in den letzten Tagen der Königin Anna immer unfreundlicher gestalteten. Erst die Thronbesteigung Georgs I. und der Sturz des Toryministeriums führten die Annäherung der beiden Seemächte herbei.[1]) *Georg I. nahm die von Wilhelm III. vertretene Politik wieder auf; er wünschte die Erneuerung des Bündnisses vom Jahre 1701 und den Zusammenschluss der Feinde Frankreichs. Einer solchen Einigung stand vorerst die noch ungelöste Barrierefrage entgegen. Sie musste geordnet sein, wenn an ein gemeinschaftliches Bündnis der Niederländer und des Kaisers mit England gedacht werden sollte. Schon auf seiner Reise nach England hatte Georg I. — Sept. 1714 — im Haag den holländischen wie den kaiserlichen Diplomaten von der Notwendigkeit eines Ausgleiches gesprochen und seine Bereitwilligkeit kundgetan, denselben zu vermitteln. Sein Anerbieten wurde von beiden Seiten angenommen. Im Oktober 1714 erschien William Cadogan im Haag, im November desselben Jahres General Stanhope in Wien*[2]). *Beide hatten den Auftrag, die Barrierangelegenheit möglichst rasch zu ordnen. Allein die Verhandlungen zeigten, wie weit man noch von einer Einigung entfernt war. Die Forderungen der Generalstaaten erschienen dem Kaiser unerfüllbar. Es gab eine Partei an seinem Hofe, die für den sofortigen Einmarsch der kaiserlichen Truppen in Belgien war; eine andere — an ihrer Spitze Prinz Eugen — erklärte den Besitz Belgiens im Hinblicke auf die Forderungen der Generalstaaten als unvorteilhaft für Österreich*

[1]) *Für die Haltung Georgs I. in dieser Zeit, Michael, Gesch. Engl. im 18. Jahrh. I. 403 ff.*

[2]) *Ausführlich handelt darüber Michael l. c. 634 ff.*

und sprach dem Austausche Belgiens gegen Bayern das Wort.[1]) *Stanhope tat, was er konnte, um die Durchführung beider Pläne zu verhindern und bemühte sich zu gleicher Zeit die Verhandlungen über den Barrierevertrag zu Ende zu führen. Allein alles was er in diesem Punkte erreichte, war die Ausfertigung eines österreichischen Projektes des Barrierevertrages, das von den kaiserlichen Ministern als Ultimatum bezeichnet, von den Generalstaaten aber sofort als unannehmbar erklärt wurde.*[2]) *Die im Haag geführten Verhandlungen waren durch diese Reise Stanhopes nach Wien eher gehemmt als gefördert worden. Die Österreicher setzten, aufmerksam gemacht auf die Bedeutung, die Georg I. ihrem Anschlusse an die Seemächte beimass, den ungebührlichen Forderungen der Generalstaaten, auf denen diese nach wie vor bestanden, energischeren Widerstand entgegen. Die Bemühungen der vermittelnden Engländer blieben erfolglos. Da entschloss sich Georg I., Cadogan nach Wien zu senden, um beim Kaiser weitere Zugeständnisse durchzusetzen. In der Tat gelang es dem englischen Minister den Wiener Hof in einigen wichtigen Fragen — Grenzverschiebung in Flandern, Bezahlung der holländischen Garnisonen und Besitz der Gebiete um Venlo und Stevensweert — zur Nachgiebigkeit zu bewegen.*[3]) *Der Wunsch, den Verdacht eines geheimen Einverständnisses mit Frankreich von sich abzuwälzen und die Versicherung Cadogans, Georg I. werde die Holländer zur Annahme des auf diese Weise verbesserten österreichischen Vertragsentwurfes zu bewegen wissen, haben Karl VI. zu diesen weitgehenden Konzessionen bestimmt. Der erwartete Erfolg aber blieb aus. Wohl bemühten sich die Engländer auf Grund der neuen kaiserlichen Zugeständnisse die Zustimmung der Generalstaaten zum Abschlusse des Barrierevertrages zu gewinnen und zeigten sich Anfangs auch entschlossen, neue Ansprüche der Holländer zurückzuweisen; allein allmälig gelang es den staatischen Diplomaten*

---

[1]) *In England erregte die Nachricht von diesem Plane des Kaisers grosse Bestürzung. In der Instruktion, die Lord Richard Cobham, der als ausserordentlicher Gesandter Englands nach Wien gieng, mitgegeben wurde, (18. Oktober 1714 R. O.) heisst es, Cobham möge im Namen Englands entschieden gegen dieses Projekt protestiren, das grosses Unglück herbeiführen würde, „that we look upon the spanish low countrys to be by their situation the truest and surest pledge of a firm and perpetual friendship between us, the emperor and the states generall.*

[2]) *Stanhope erhielt dieses Projekt um Weihnachten 1714. Vgl. Michael l. c. 640.*

[3]) *Für Cadogans Sendung, Michael l. c. 643 f.*

König Georg I. und Cadogan umzustimmen und zur Gutheissung eines Teiles ihrer neuen Forderungen zu bewegen. Dass Karl VI. dagegen energisch protestierte, half wenig. Graf Königsegg, der in besonderer Mission nach London geschickt wurde, bekam freundliche aber ausweichende Worte zu hören. Und ebenso geringen Eindruck machte ein neues Ultimatum des Wiener Hofes, das dieser Mitte August nach dem Haag mit dem Bemerken sandte, dasselbe müsse innerhalb 6 Wochen angenommen werden. Auch in diesem Falle stellte sich die englische Regierung auf die Seite der Generalstaaten und nötigte den Kaiser nach langen erregten Verhandlungen zu weiteren Konzessionen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass in erster Linie Rücksicht auf den gefährlichen Aufstand in Schottland, der zu Gunsten des stuartischen Prätendenten erfolgte, und der Wunsch, sich für diesen Kampf die von den Generalstaaten zugesagte Hilfe zu sichern, Georg I. zu dieser mit den in Wien gegebenen Versprechen nicht in Einklang zu bringenden Haltung veranlasst hat. Er hat es selbst dem kaiserlichen Residenten in London gesagt, dass er die militärische Unterstützung der Niederländer nicht entbehren könne und deshalb den Kaiser bitten müsse, nachzugeben, um den Abschluss des Vertrages zu ermöglichen. Derselbe wurde in der Tat am 15. Nov. 1715 zu Antwerpen von den Bevollmächtigten der 3 Mächte unterzeichnet. Der englisch-staatischen Barriereverträge von 1709 und 1713 geschah in demselben keine Erwähnung, dagegen wurde der Haager Allianz von 1701 gedacht und betont, dass man bereits damals beschlossen habe, die spanischen Niederlande so in Sicherheit zu setzen, „dass sie zu einer Barriere für Grossbritannien und die Vereinigten Provinzen" dienen könnten.[1] *Der Kaiser gelangte endlich in den Besitz Belgiens, aber die Verteidigung des Landes wurde zum guten Teil den Niederländern überlassen; zwei Fünftel der diesem Zwecke dienenden Truppen sollten von ihnen gestellt werden. Dafür räumte Karl VI. den holländischen Garnisonen eine Reihe von Festungen längs der französischen Grenze ein — nicht so viele, wie den Generalstaaten in den Verträgen von 1709 und 1713 von den auf fremde Kosten freigebigen Engländern zugestanden worden waren — und verpflichtete sich, jährlich 500.000 Thaler zur Erhaltung dieser Truppen zu zahlen. Ausdrücklich war im ersten Artikel bemerkt worden, dass die katholischen Niederlande niemals von den übrigen Besitzungen des deutschen Hauses Habsburg getrennt wer-*

[1] *Auf die Bedeutung dieser Formeln hat Michael l. c. 649 mit Recht aufmerksam gemacht.*

den dürften. Durch diese Bestimmung wünschten die Seemächte — England war dabei nicht minder interessiert als die Vereinigten Niederlande — den Austauschplänen eines grossen Teiles der massgebenden Wiener Minister einen Riegel vorzuschieben. Im übrigen enthielt der im folgenden abgedruckte Vertrag eine Reihe von Artikeln, die den Interessen der Generalstaaten mehr entsprachen als denen der Wiener Regierung. Sie im einzelnen aufzuzählen, kann in diesem Zusammenhange wohl unterlassen werden; es genüge die Bemerkung, dass die Generalstaaten es vortrefflich verstanden, ihre Handelsinteressen zu wahren, indem sie durch die Übernahme einiger flandrischer Landesteile, die zwischen dem Meere und der Schelde lagen, die Absperrung der Schelde — die nicht offiziell ausgesprochen wurde — zu ihren Gunsten durchsetzten, und dass sie durch den Gewinn einiger an der Maas gelegener Gebiete des Oberquartiers von Geldern die militärisch so wichtige Beherrschung des gesamten unteren Laufes der Maas erzielten.

Dagegen mag es gestattet sein mit einigen Worten derjenigen Verfügungen des Barrieretractates zu gedenken, die auf England Bezug haben. Dieselben betrafen den Handel der Engländer nach den spanischen Niederlanden. Wir wissen, welche Bedeutung im Laufe der Zeiten der belgische Markt für den Absatz der groben englischen Wollstoffe gewonnen und wie eifrig sich die englische Regierung bemüht hatte, die Abgaben, mit denen die Einführung dieser Waren belegt wurde, herabzudrücken. In diesem Sinne hatten im 17. Jahrh. zwischen den Höfen von Madrid und London oft wiederkehrende Verhandlungen stattgefunden, und es war den Engländern gelungen, so manchen Vorteil für ihren Handel mit den spanischen Niederlanden zu erzielen.[1]) *Insbesondere der Tarif von 1680 erleichterte ihnen die Einfuhr ihrer Waren in Ostende, während sie an ihren Prohibitivmassregeln der belgischen Industrie gegenüber festhielten. Allein in den letzten Jahren des 17. Jahrh. machte sich auch in Belgien eine starke protektionistische Strömung bemerkbar, die sich nicht in letzter Linie gegen England richtete und zur Veröffentlichung mehrerer Dekrete führte, durch die der Einfuhr englischer Waren zu Gunsten der heimischen Industrie gesteuert werden sollte. Bald darauf führte der Tod Karls II. und der Übergang der spanischen Niederlande in den französischen Besitz den Abbruch der englisch-belgischen Handelsbeziehungen herbei. Kaum aber waren die Seemächte nach dem glänzenden*

[1]) *Vgl. für diese Fragen die eingehenden Darlegungen von Michel Huisman in seinem Werke La Belgique commerciale sous l'empereur Charles VI 1902 p. 1 ff. und die daselbst zitierte Literatur.*

Siege Marlboroughs bei Ramillies — 1706 — wieder in den Besitz des Landes gelangt, so suchten sie ihre ehedem so vorteilhaften Handelsbeziehungen zu den belgischen Provinzen wieder herzustellen. Es entsprach der günstigen Lage, in der sich die Vereinigten Niederlande als wirkliche Verwalter des Landes befanden, dass dieser Wechsel zunächst ihnen und nicht den Engländern die erhofften Vorteile brachte. Ja die letzteren mussten sich, so bitter sie das Vorgehen der Generalstaaten empfanden, im Jahre 1709 zu neuen Konzessionen bereitfinden. Der erste Barrieretraktat, der den Engländern die weitere Unterstützung der Niederländer gegen Frankreich und deren Hilfeleistung zu Gunsten der protestantischen Thronfolge nach dem Tode Annas sichern sollte, ist nicht ohne schwere Opfer der englischen Handelsinteressen zustande gekommen. Die Vorteile, die den holländischen Kaufleuten bei ihrem Handel mit den spanischen Niederlanden eingeräumt wurden, blieben den englischen versagt. Die Habgier der Holländer war bei diesen Verhandlungen deutlich zutage getreten; nicht nur die Nächstbeteiligten, auch Fernerstehende und Weiterblickende verurteilten das engherzige Vorgehen der Generalstaaten. Es ist daher begreiflich, dass die gewonnenen Vorteile sofort in Frage gestellt wurden, als die allgemeine politische Lage sich änderte.

Das Toryministerium, das im Jahre 1710 an's Ruder kam, legte den für England so ungünstigen Vertrag, den die Whigs abgeschlossen hatten, dem Unterhause vor und dieses sprach ein vernichtendes Verdikt über die Urheber desselben aus. Und je deutlicher es sich zeigte, dass Ludwig XIV. auf die Entscheidung der Engländer in der Friedensfrage das Hauptgewicht legte, je führender die Rolle der englischen Staatsmänner bei den Unterhandlungen der Verbündeten mit Frankreich wurde, desto entschiedener äusserte sich das Begehren der englischen Kaufleute, mit ihren niederländischen Konkurrenten auf dem belgischen Markte gleichgestellt zu werden. In der Tat enthielt der zweite Barrieretraktat von 1713 die Bestimmung, „dass die Unterthanen der Königin von Grossbritannien in allen Orten des spanischen Flandern und der Barriere, alle Privilegien, Exemptionen, Freiheiten und Vorteile des Handels geniessen sollten, die sie bisher genossen haben oder hätten geniessen sollen, sowohl bei der Ein- als bei der Ausfuhr der Waren, so dass sie derselben Vorteile teilhaft werden, wie die Untertanen der Generalstaaten.“ Die österreichischen Bevollmächtigten waren beim Abschlusse dieses Vertrages nicht gefragt worden; die Seemächte wünschten eben die Handelsfrage in ihrem Interesse zu ordnen, bevor das Land definitiv in die Hände Karls VI.

übergieng. Vergebens suchten die Stände Brabants und Flanderns beim Wiener Hofe Hilfe gegen die ihnen von den Seemächten — insbesondere von den Holländern — drohende Übervorteilung; ihre Auseinandersetzungen machten zwar Eindruck auf den Kaiser, doch weigerte er sich an den zu Utrecht stattfindenden Verhandlungen direkt teilzunehmen. So geschah es, dass der daselbst geschlossene Friede den Vereinigten Niederlanden neue Vorteile brachte, und dass Frankreich sich mit den Seemächten zur Ausbeutung der belgischen Provinzen verband.

Fünfzehn Tage nach der Ratifikation des Friedens traten, wie die englisch-staatische Konvention vom 19. Jan. 1713 bestimmte, die Kommissäre der Seemächte zusammen, um die Handelsfragen im Einvernehmen mit den Vertretern der katholischen Niederlande zu ordnen. Das letztere misslang, doch schlossen die Seemächte unter einander im Juli 1713 eine provisorische Konvention, die im wesentlichen an dem Tarife von 1680 festhielt. Auch jetzt protestierten die Vertreter der belgischen Interessen lebhaft gegen diese Vergewaltigung und hoben neuerlich das Recht ihres Herrschers hervor, diesen Tarif zu ändern. Karl VI. schwieg auch jetzt. Die Konvention trat „provisorisch" in Kraft. So war die Lage, als im Oktober 1714 im Haag die Verhandlungen über die Ordnung der Barrierefrage begannen. Dass bei dieser Gelegenheit die Handelsfrage eine entscheidende Rolle spielen werde, war klar. Graf Königsegg, des Kaisers Bevollmächtigter, erhielt den Auftrag, die Einsetzung von Spezialkommissären zu fordern, die neue Tarife entwerfen sollten; bis dahin sollte die Erhebung der Abgaben in der bisher gebräuchlichen Weise stattfinden. Ueber die Bestimmungen des Utrechter Friedens, soweit diese die Handelsbeziehungen der Generalstaaten zu den spanischen Niederlanden betrafen, gieng der Kaiser zum grössten Kummer der belgischen Diplomaten stillschweigend hinweg und ermunterte dadurch die staatischen Vertreter, auf der Aufnahme der ihnen vorteilhaften Abmachung in den abzuschliessenden Barrierevertrag zu beharren. Im Januar 1715 wurden dem kaiserlichen Bevollmächtigten zwei Vertragsprojekte von den Seemächten übergeben. Das eine betraf die Handelsbeziehungen der Engländer, das andere die der Vereinigten Niederlande zu Belgien.

Das erstere — das uns in diesem Zusammenhange allein interessiert — suchte in 19 Artikeln die strittigen Fragen in einer lediglich Englands Interessen berücksichtigenden Weise zu lösen.[1]) *Der Tarif*

[1]) *Eine ausführliche Analyse dieses Projektes gibt Huisman l. c. 63 f.*

von 1680 und die Bestimmungen des Madrider Vertrages vom 23. Mai 1667 — obgleich dieser niemals in den spanischen Niederlanden publiziert worden war — sollten fortan Geltung haben, die englischen Untertanen jede mögliche Freiheit für ihren Handel in Belgien geniessen. Zahlreiche Waren, deren Export nach Belgien von besonderer Bedeutung für die englischen Kaufleute war, sollten keiner Zollrevision unterliegen, eine ganze Reihe von Abgaben, die bisher hatten geleistet werden müssen, wegfallen, andere bedeutend ermässigt werden. Auch an die Erwerbung des Bürgerrechtes in Brügge oder anderen Ortes durch englische Untertanen und an den Genuss der damit verbundenen Rechte dachten die Engländer bei der Abfassung ihres Entwurfes. Von Gegenleistungen aber war nicht die Rede. Und nicht minder eigennützig lautete das Projekt der Generalstaaten.[1]) *Königsegg übergab die beiden Schriftstücke einer besonderen Kommission zur Prüfung und übersandte Abschriften derselben den Provinzialständen. Diese unterliessen nicht, in der schärfsten Weise gegen das rücksichtslose Vorgehen der Seemächte zu protestieren, während die Kommission im Hinblicke auf die gegebenen Verhältnisse die Ordnung dieser Frage bis nach Abschluss des Barrierevertrages zu verschieben empfahl.*[2]) *Die Wiener Regierung gieng auf diesen Vorschlag ein. Allein die englischen Minister forderten, durch die Klagen der englischen Kaufleute gedrängt, im Laufe der Verhandlungen immer energischer eine Ordnung der Frage, wenigstens soweit diese die Einfuhr der britischen Wolltücher nach Belgien betraf, und setzten es auch durch, dass Königsegg im Auftrage des Kaisers am 26. Juli a. St. 1715 in London eine Konvention unterzeichnete, durch die den Engländern eine wesentliche Herabsetzung der bis dahin auf Wolltücher verschiedener Qualität gelegten Abgaben zugestanden wurde.*[3])

---

[1]) *Huisman l. c. 64 f.*

[2]) *Huisman l. c. 65 ff.*

[3]) *Die Erklärung des Grafen Königsegg lautet nach dem im R. O. liegenden Or.: Les ministres de sa Mté brittanique s' etant plaints que le commerce de sa ditte Mté Bque avec les Pais-Bas Autrichiens est fort prejudicié par les grands droits d' entrée imposés sur les draps gros envoyés de la Grande-Bretagne aux dits Pais-Bas Autrichiens, le soussigné ministre et plenipotentiaire de sa Mté Imple et catholique pour le traitté de la barriere d' Anvers declare par la presente, que sa Mté Imple et catholique consentira à faire reduire incessament les droits sur les dits draps gros selon la specification cy-jointe, et qu' au reste le commerce des sujets de sa Mté brittanique avec les Pais-Bas Autrichiens restera, continuera et subsistera en tout sur le même pied qu' il se fait presentement, sans qu' on y puisse faire aucun changement, innovation, diminution ou*

Im Sinne dieser Vereinbarung stellten die Engländer, denen sich nun auch die Generalstaaten mit der gleichen Forderung anschlossen, am 6. Nov. zu Brüssel an den dortigen Staatsrat das Begehren, die zur Durchführung dieses Beschlusses nötigen Weisungen an die betreffenden Zollstationen ergehen zu lassen und sprachen zugleich den Wunsch aus, die belgische Regierung möge auch die auf den Import von Kornbranntwein aus beiden Staaten gelegten Abgaben auf ein bestimmtes von ihnen fixiertes Mass reduzieren.[1]) *Vergebens protestierten die massgebenden belgischen Körperschaften gegen das schamlose Vorgehen der Seemächte, die am Vorabend der Unterzeichnung des Barrieretraktates diese Forderungen stellten, „um behaupten zu können, dass der Barrieretraktat inbezug auf den Handel keine neue Bestimmung enthalte." Sie mussten sich dem Befehle Cadogans fügen. Am 12. Nov. ergiengen die entsprechenden Weisungen an die Steuereinnehmer der belgischen Häfen.*[2]) *Drei Tage später unterzeichnete Königsegg in des*

---

augmentation sous quel pretexte que ce puisse etre, jusques à ce que tous les partys interessés conviendront d'un traitté de commerce.

	flor.	sols.
Draps teints.		
Une piece de la valeur de 60 flor. et au dessus jusques a 90	3	10
„ „ „ „ „ „ 40 „ „ „ „ „ „ 60	2	—
„ „ „ „ „ „ 40 „ „ „ *dessous*	1	—
Draps melés.		
Une piece de la valeur de 60 flor. et au dessus jusques a 90	2	10
„ „ „ „ „ „ 40 „ „ „ „ „ „ 60	1	10
„ „ „ „ „ „ 40 „ „ „ *dessous*	1	—
Draps blancs.		
Une piece de la valeur de 60 flor. et au dessus jusques a 90	2	10
„ „ „ „ „ „ 40 „ „ „ „ „ „ 60	2	—
„ „ „ „ „ „ 40 „ „ „ *dessous*	1	—
Draps de pic de touttes sortes la piece	0	8

Fait à Londres ce 26 Juillet v. st. 1715.

L. S. J. L. de Kinigsegg.

[1]) *Vgl. die ausführlichen Erörterungen bei Huisman l. c. 69 ff.*

[2]) *Abgedruckt u. a. bei Jenkinson l. c. II. 146 f. Da sich Differenzen in der Auslegung der Requisition vom 6. Nov. 1715 ergaben, wurde am 14. Nov. am Tage vor Unterzeichnung des Barrieretractates folgende Erklärung abgegeben: A difficulty having arisen about the intention of the requisition of the 6th of November 1715, of which mention is made in the 26th article of the treaty of barrier, it is agreed provisionally to cause the duties of importation on all the different sorts comprehended in the above tariff under the denomination of woollen cloths, to be collected according to the tenor of the said requisition of the*

Kaisers Namen den Barrieretraktat. Der 26. Artikel desselben betraf die Handelsfrage. Er lautet: „Was den Handel betrifft, ist man übereingekommen, dass die Schiffe, Waaren und Lebensmittel, die von Grossbritannien und den Vereinigten Niederlanden nach den spanischen Niederlanden kommen und ebenso die aus diesem Lande nach Grossbritannien und den Vereinigten Niederlanden gebrachten Schiffe, Waaren und Lebensmittel, Einfuhr- und Ausfuhrabgaben nur in derselben Höhe zahlen sollen wie bisher,[1] *zumal jene, über die man sich vor Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages gemäss der von den Ministern der beiden Mächte beim Staatsrat in Brüssel erhobenen Forderung vom 6. Nov. geeinigt hat;*[2] *und das alles soll allgemein auf*

6th of November, till his imperial and catholic majesty and his majesty the king of Great Britain shall agree upon it otherwise, and in the meanwhile the kings collectors and officers shall permit the said manufactures to be imported, giving notice and taking security for the payment of the operplus duties of importation on the foot the same shall be settled. Jenkinson l. c. 147.

[1]) *Es ist dies die umfangreiche Declaration des droits d'entrée et sortie qui se levent aux Pays-Bas Autrichiens à l'esgard de la Grande-Bretagne et des Provinces-Unies d. d. 1715 Nov. 14 (R. O.) und R.A. (Barrière Bd. IV Nr. 593.)*

[2]) *Der Wortlaut dieser Requisition d. d. Brüssel 6. Nov. 1715 lautet in englischer Sprache: It being absolutely necessary for the service of his imperial and catholic majesty to lessen immediately the duties of importation on coarse woollen cloths coming from Great Britain and from the United Provinces, on the following foot:*

Woollen cloths dyed.

	flor.	sols
A piece of the value above 60 florins up to 90 florins	3	10
from 40 to 60	2	0
of 40 and under	1	0
Mixed.		
A piece of the value of 60 florins and so up to 90	2	10
from 40—60	1	10
of 40 and under	1	10
White.		
A piece of the value of 60 florins and so up to 90	2	10
from 40—60	2	0
of 40 and under	1	0
Draps de pic (cloths to lie upon floors) of all sorts the piece	0	8

and to reduce the duties of importation on brandies distilled from corn coming from Great Britain and from the United Provinces to three florins the awm instead of eight which is now paid; you are required to give forthwith the necessary directions in the finances, that the proper orders may be immediately issued for this purpose and that the collectors of the duties of impor-

diesem Fuss bleiben, fortdauern und bestehen, ohne dass eine Veränderung, Neuerung, Verminderung oder Erhöhung, unter welchem Vorwand auch es geschehen möge, eintreten darf, bis der Kaiser, der König von England und die Generalstaaten durch einen Handelsvertrag, der sobald als möglich geschlossen werden soll, anderweitig übereingekommen sein werden.“ Den Generalstaaten wurden überdies auf ihren Wunsch die auf den Handel bezüglichen Artikel des Münsterer Friedens von 1648 bestätigt und erneuert. Man erkennt leicht, wie gross der Vorteil der Seemächte war, der in diesen Bestimmungen zum Ausdruck gelangte. Die ihnen günstigen Tarife blieben vorläufig aufrecht, und da die Abänderung derselben von ihrem Belieben abhängig gemacht wurde, war vorauszusehen, dass sie nicht leichten Kaufes für eine solche zu haben sein würden. In der Tat hat die Regelung der Handelsbeziehungen Belgiens zu den Seemächten Jahrzehnte hindurch die Regierungen der 3 beteiligten Staaten beschäftigt und Anlass zu lebhaften Kontroversen gegeben, die uns noch im Verlaufe unserer Darstellung beschäftigen werden. An diesem Orte aber mag darauf hingewiesen werden, dass Meinungsdifferenzen, die noch im Jahre 1715 bei der Auslegung der Londoner Konvention vom Juli 1715 und der Erklärung vom 6. Nov. desselben Jahres entstanden, eine wesentliche Verzögerung bei der Auswechslung der Ratifikationen des Barrieretraktates hervorgerufen haben. Es bedurfte heftiger Klagen und ernster Drohungen der kaiserlichen Gesandten,[1] *um die Londoner Regierung zum Austausche der Ratifikationen zu bestimmen, noch ehe die von ihnen geforderte Aufklärung zu Gunsten ihrer Wollmanufaktur vom Kaiser ge-*

---

tation and exportation may conform themselves accordingly thereto. Done at the conference at Brussels this 6th of Nov. 1715.

Signed. *William Cadogan.*
John van der Bergh.
P. W. Francquen.

Gedruckt ist diese Erklärung u. a. bei Jenkinson l. c. II. 145 f.

[1]) *Vgl. Michael l. c. 652 f. Wie bedeutend der Wiener Regierung die Sache schien, zeigt die Weisung d. d. 12. Febr. 1716 an Volckra, in der es u. a. heisst: „Dass von Seiten Engelland aus dem 26ten Art. ersagten Tractats erzwungen werden will, dass unter der darinnen einsmalens und bis auf künftig erfolgende Einrichtung eines beständigen Commerciitractats gestatteten Tarife des groben englischen Tuechs, auch die kleine Tuechsorten mit begriffen seien, ... setzt uns in einige Unruhe, zumalen das ganze commercium unserer Niederlanden in äusserste Gefahr gesetzet wird; ... wie dann das Contoir zu Bruges seit der erlaubten Einführung der engl. gröbern Tücheren allein bei 150000 Gulden discapitiert zu haben versicheret wird.“*

geben war.[1]) *Diese erfolgte erst Ende August 1716, zu einer Zeit also, da England durch ein neues Defensivbündnis in engere Freundschaftsbeziehungen zu Österreich getreten war.*

Comme il a plû au tout puissant de rendre depuis quelque têms la paix à l'Europe; et que rien n'est plus desirable et necessaire que de retablir et asseurer par tout, autant que se peut, la seureté et la tranquilité commune et publique, et que les seigneurs etats generaux des Provinces-Unies se sont engagés de remettre les Pays-Bas à sa Mté Imple et catholique Charles VI., selon qu'il at eté stipulé et arretté par le traité fait à la Haye le sept de Septembre mille sept cent et un entre sa Mté Imple Leopold de glorieuse memoire, sa Mté brittanique Guillaume III. aussi de glorieuse memoire et les dits etats generaux, que les dittes puissances conviendroient ensemble sur ce qui regarderoit leurs intêrets reciproques, particulierement par rapport à la maniere dont on pourroit etablir la seureté des Pays-Bas pour servir de barriere à la Grande-Bretagne et aux Provinces-Unies, et par rapport au commerce des habitans des dits Pays-Bas, de la Grande-Bretagne et de ceux des Provinces-Unies, et qu'à present sa Mté Imple et catholique Charles VI. à qui les dits Pays-Bas seront remis par ce present traité, sa Mté brittanique George, tous deux aujourdhuy regnants et tous deux heretiers et successeurs legitimes de dits empereurs et rois, et les sei-

---

[1]) *Diese Erklärung, d. d. London 20./31. Aug. 1716, von dem österreichischen Bevollmächtigten Grafen Volckra unterzeichnet, lautet nach dem im R. O. liegenden Originalschreiben:*

My Lord!

Vous m'avés témoigné qu'on se plaint icy des contreventions à l'article 26 du traité de la barrière, et j'ai eu l'honneur de Vous communiquer ce que M. le Cte de Kinigsegg a repondu la dessus. Je puis Vous declarer outre cela qu'on se tiendra à l'avenir exactement à l'observation du sudit Art. 26 du traité de la barrière du 15 Nov. 1715 et à la convention de Londres du 26 Juillet 1715, comme encore à la declaration du 14 Nov. 1715, à sçavoir qu'on levera les droits sur la petite drapperie d'Angleterre sur le pied des gros draps suivant la diminution exprimée dans la susditte convention de Londres sans aucune alteration jusques à ce qu'on en sera convenu autrement entre l'empereur et le roy nos maitres, mais que pourtant les marchands donneront caution de payer le surplus, si l'affaire sera ainsi determinée entre les deux respectives cours . . .

Cte Volckra.

In englischer Übertragung ist diese Erklärung u. a. gedruckt bei Jenkinson l. c. 148.

gneurs etats generaux des Provinces-Unies, agissans en cela par les memes principes d'amitié et dans la même intention de procurer et d'etablir la ditte seureté mutuelle et d'affermir de plus en plus une etroite union, ont nommé, commis et etabli pour cette fin pour leurs ministres plenipotentiaires sçavoir:

Sa Mté Imple et catholique le sieur Joseph Lothaire comte de Königseck, son chambellan, conseiller de guerre et lieutenant general de ses armées; sa Mté brittanique le sieur Guillaume Cadogan, ecuyer, son envoyé extraordinaire auprès de leurs hautes puissances les seigneurs etats generaux des Provinces-Unies, deputé au parlement de la Grande-Bretagne, maître de la garderobbe, lieutenant general de ses armées et colonel du second regiment de ses gardes; et les etats generaux les sieurs Bruno van der Dussen, ancien bourguemaître, senateur et conseiller pensionaire de la ville de Gouda, assesseur du conseil des heemsrades de Schieland, dykgraaf du Crimpenerwaerde, Adolph Henry comte de Rechtern, seigneur d'Almelo et de Vrieseveen etc., president des seigneurs etats de la province d'Overyssel, drossard du quartier de Zalland, Scato de Gokinga, senateur de la ville de Groningue et Adrien de Borsselle, seigneur de Geldermalsen etc., senateur de la ville Flissingue; les trois premiers deputés à l'assemblée des seigneurs etats generaux de la part des provinces d'Hollande et Weestfrise, d'Overyssel et de Groningue et Omelanden, et le quatrieme deputé au conseil d'etat des Provinces-Unies.

Lesquels etans assemblés dans la ville d'Anvers qui d'un commun consentement avait eté nommée pour le lieu du congrés, et ayans echangés leurs pleinepouvoirs dont les copies sont inserées à la fin de ce traitté,[1]) après plusieurs conferences sont convenus pour et au nom de sa Mté Imple et catholique, de sa Mté brittanique et des seigneurs etats generaux de la maniere comme il s'ensuit.

I.

Les etats generaux des Provinces-Unies remettront à sa Mté Imple et catholique, en vertu de la grande alliance de l'année mille sept cent et un et des engagemens dans lesquels ils sont entrés du depuis, immediatement après l'echange des ratifications du present traitté touttes les provinces et villes des

[1]) *Abgedruckt u. a. bei Dumont l. c. VIII/1 464 ff.*

Pays-Bas et dependances, tant celles qui ont eté possedées par le feu roy d'Espagne Charles II. de glorieuse memoire, que celles qui viennent d'etre cedées par feu sa Mté le roy tres chrêtien aussy de glorieuse memoire; lesquelles provinces et villes ensemble, tant celles qu'on remettra par ce present traité que celles qui ont deja eté remises, ne seront desormais et ne composeront en tout ou en partie qu'un seul et indivisible, inalienable et incommutable domaine qui sera inseparable des etats de la maison d'Autriche en Allemagne, pour en jouir sa Mté Imple et catholique, ses successeurs et heretiers en pleine irrevocable souveraineté et proprieté; sçavoir à l'egard des premieres provinces comme en a jouy ou dû jouir le feu roy Charles II. de glorieuse memoire conformement au traité de Ryswick, et à l'egard des autres provinces de la maniere et aux conditions qu'elles ont eté cedées et remises aux dits seigneurs etats generaux par le feu roy trés chrêtien de glorieuse memoire en faveur de la tres auguste maison d'Autriche et sans autres charges ou hyppotecations constituées de la part des etats generaux et à leur profit.

II.

Sa Mté Imple et catholique promet et s'engage qu'aucune province, ville, place, forteresse ou territoire des dits Pays-Bas ne pourra etre cedé, transferé, donné ou echoir à la couronne de France, ny à aucun prince ou princesse de la maison et lignée de France, ny à autre qui ne sera pas successeur, heretier et possesseur des etats de la maison d'Autriche en Allemagne, soit par donation, vente, echange, contract de mariage, heredité, succession testamentaire ou ab intestato, ny sous quelque autre titre ou pretexte que ce puisse etre, de sorte qu'aucune province, ville, place, forteresse, ny territoire des dits Pays-Bas ne pourra jamais être soummis à aucun autre prince qu'aux seuls successeurs de dits etats de la maison d'Autriche, à la reserve de ce qui deja a eté cedé au roy de Prusse et de ce qui sera cedé par le present traité aux dits seigneurs etats generaux.

III.

Comme la seureté des Pays-Bas Autrichiens dependra principalement du nombre des trouppes qu'on pourra avoir dans les dits pays et dans les places qui formeront la barriere qui at eté promise aux seigneurs etats generaux par la grande al-

liance, sa Mté Imple et catholique et leurs hautes puissances sont convenus d'y entretenir, chacun à leurs propres fraix, toujoûrs un corps de trente à trente cinq mille hommes des quels sa Mté Imple et catholique donnera trois cinquiemes et les etats generaux deux cinquiemes; bien entendu que si sa Mté Imple et catholique diminue son contingent il serat au pouvoir des dits etats generaux de diminuer le leur à proportion; et lorsqu'il y aura apparance de guerre ou d'attaque on augmentera le dit corps jusques à quarante mille hommes suivant la même proportion; et en cas de guerre effective on conviendra ulterieurement des forces qui se trouveront necessaires. La repartition des dittes trouppes en têms de paix pour autant qu'elle concerne les places commises à la garde des trouppes de leurs hautes puissances sera faite par elles seules, et la repartition du reste par le gouverneur general des Pays-Bas, en se donnant part reciproquement des dispositions qu'ils auront fait.

IV.

Sa Mté Imple et catholique accorde aux etats generaux garnison privative de leurs trouppes dans les villes et chateaux de Namur et Tournay et dans les villes de Menin, Furnes, Warneton, Ypres et le fort de Knoque, et s'engagent les etats generaux de ne pas employer dans les dittes places des trouppes qui bien qu'à leur solde pourroient etre d'un prince ou d'une nation qui soit en guerre ou suspecte d'etre dans des engagemens contraires aux intêrets de sa Mté Imple et catholique.

V.

On est convenu qu'il y aura dans la ville de Dendremonde garnison commune qui sera composée pour le present d'un battaillon des trouppes imperiales et d'un battaillon de celles des etats generaux, et que si dans la suite il pourroit être necessaire d'augmenter la ditte garnison cette augmentation se ferat êgalement des trouppes de part et d'autre et de commun concert.

Le gouverneur sera mis de la part de sa Mté Imple et catholique, lequel aussi bien que les subalternes pretteront serment aux etats generaux de ne jamais rien faire ny permettre dans la ditte ville qui puisse etre prejudiciable à leur service par rapport à la conservation de la ville et de la garnison; et il serat obligé par le dit serment de donner libre passage à leurs trouppes touttes et quante[1]) fois ils le souhaiteront, pourvû qu'il en

[1]) *So im Or.*

soit requis prealablement; et que ce ne soit que pour un nombre modique à la fois; le tout selon le formulaire dont on est convenu et qui serat inseré à la fin de ce traité.[1])

VI.

Sa Mté Imple et catholique consent aussy que dans les places ci-dessus, accordées aux etats generaux pour y tenir leurs garnisons privatives, ils y puissent mettre tels gouverneurs, commendants et autres officiers qui composent l'etat major qu'ils jugeront à propos, à condition qu'ils ne seront pas à charge de sa Mté Imple et catholique ny aux villes et provinces, si ce n'est pour le logement convenable et les emolumens provenants des fortifications, et que ce ne soient pas des personnes qui pourroient etre desagreables ou suspectes à sa ditte Mté pour des raisons particulieres à alleguer.

VII.

Lesquels gouverneurs, commandans et officiers seront entierement et privativement dependans et soummis aux seuls ordres et à la seule judicature des etats generaux pour tout ce qui regarde la defense, garde, seureté et toutte autre affaire militaire de leurs places; mais seront obligés les dits gouverneurs aussi bien que leurs subalternes à pretter serment à sa Mté Imple et catholique de garder les dittes places fidelement à la souveraineté de la maison d'Autriche, et de ne se point ingerer dans une aucune autre affaire, selon le formulaire dont on est convenu et qui est inseré à la fin de ce traité.[1])

VIII.

Les generaux se rendront reciproquement, tant dans les villes où il y aura garnison de sa Mté Imple et catholique que dans celles qui sont confiées à la garde des trouppes de leurs hautes puissances, les honneurs accoutumés selon leurs caracteres et la maniere de chaque service; et au cas que le gouverneur general des Pays-Bas vînt dans les places commises à la garde des trouppes des etats generaux on luy rendra les honneurs qu'il est accoutumé de recevoir dans les places des garnisons de sa Mté Imple et catholique, et pourra même y donner la parole; le tout sans prejudice de l'article six. Et les gouverneurs et en leur absence les commendants donneront part au dit gouverneur general des dispositions par eux faites pour la seureté et garde

[1]) *Abgedruckt u. a. Dumont l. c. VIII/1 464.*

des places confiées à leurs soins, et ils auront des êgards convenables pour les changemens que le dit gouverneur general pourroit juger y devoir etre faits.

IX.

Sa Mté Imple et catholique accorde l'exercice de la religion aux trouppes des etats generaux partout où elles se trouveront en garnison; mais cela dans des endroits particuliers, convenables et proportionés au nombre de la garnison que les magistrats assigneront et entretiendront dans chaque ville et place, où il n'y en a pas deja d'assignés et auxquels endroits on ne pourra donner aucune marque exterieure d'eglise. Et on enjoindra severement de part et d'autre aux officiers politiques et militairs comme aussy aux ecclesiastiques et à tous autres qu'il appartient d'empecher toutte occasion de scandale et de contestations qui pourroient naître sur le sujêt de la religion. Et quand il naîtrà quelque dispute ou difficulté on les applanirát à l'amiable de part et d'autre. Et quant à la religion par rapport aux habitans des Pays-Bas Autrichiens touttes choses resteront et demeureront sur le même pied qu'elles etoient pandant[1]) le regne de Charles II. de glorieuse memoire.

X.

Touttes les munitions de guerre, artilleries, armes des etats generaux, comme aussy les materiaux pour les fortifications, les grains en temps de disette, les vivres pour mettre en magacins lorsqu'il y aurat apparance de guerre, et de plus les draps et fournitures pour l'habillement des soldats que l'on verifierá devoir être employés à cet usage, passeront librement et sans payer aucuns droits ou péages aux moyens des passeports qui seront demandés et accordez sur la specificaton signée; à condition neantmoins qu'au premier bureau de sa Mté Imple et catholique où les dittes provisions, materïaux, armes et montures entreront, qu'à l'endroit où elles devront être dechargées, les bateaux et autres voitures pourront etre dûement visitées, pour empecher qu'on n'y mêle d'autres marchandises, et pour eviter toutte fraude et abus, contre lesquels il sera toujoûrs libre de prendre telles precautions que la suite du temps et l'experience feront juger necessaires, sans qu'il sera permis aux gouverneurs et leurs subalternes d'empecher en quoique ce soit l'effet de cet article.

[1]) *So im Or.*

XI.

Les etats generaux pourront changer leurs garnisons et les dispositions des trouppes dans les villes et places commises à leur garde privative selon qu'ils le trouveront à propos, sans qu'on puisse empecher ou arreter le passage des trouppes qu'ils enverront de têms à autre ou celles qu'ils en tireront, sous quelque pretexte que ce puisse etre. Pourront même les dittes trouppes, quand le cas le requereroit, passer par touttes les villes de Brabant et de Flandre et par tout le plat pays, faire des ponts, tant sur le canal entre Brugges et Gand que sur tous les autres canaux et sur touttes les rivieres qu'elles trouveront dans leurs routes; à condition neantmoins que ce seront des trouppes d'un prince ou d'une nation non en guerre avec sa Mté Imple et catholique ny suspectes d'aucun engagement ou liaison contraire à ses interets, comme il est dit ci-dessus en l'article quatrieme, et que prealablement il en sera donné connoissance et requisition faite au gouverneur general des Pays-Bas, avec lequel on reglera les routes et les autres besoins par quelqu'un qui en aura la commission de leurs hautes puissances. On observera le reglement fait par les etats generaux sur le passage des trouppes, comme il est observé dans leur propre pays; et les etats generaux tacheront de faire les dits changemens des garnisons ainsy que les dispositions necessaires pour cela de la maniere qu'elles soient le moins qu'il se pourra à charge et incommodité des habitans.

XII.

Comme la seureté commune demande en têms de guerre ou dans un imminent danger de guerre, que les etats generaux envoyent leurs trouppes dans les places qui se trouveront les plus exposées au peril d'etre attaquées ou d'etre surprises, il est convenu entre sa Mté Imple et catholique et les etats generaux, que leurs trouppes seront receües dans les dittes places autant qu'il sera necessaire pour leur defense, quand le cas viendrat evidemment à exister, bien entendu que cela se fasse d'accord et de concert avec le gouverneur general des Pays-Bas.

XIII.

Les etats generaux pourront à leurs fraix et depens faire fortifier les sudittes villes et places, soit par de nouveaux

ouvrages ou en fesant reparer les vieux, les entretenir et generalement pourvoir à tout ce qu'ils trouveront necessaire pour la seureté et defense de dittes villes et places, à la reserve qu'ils ne pourront pas faire construire de nouvelles fortifications sans en avoir donné connoisance préalable au gouverneur general des Pays-Bas et avoir entendu son avis et ses considerations là-dessus, et sans qu'on pourra les porter à la charge de sa Mté Imple et catholique ou du pays qu'avec le consentement de sa ditte Mté.

XIV.

Pour la seureté de la communication entre les Provinces-Unies et les villes et places de la barriere, sa Mté Imple et catholique aura soin de faire en sorte que les lettres et messagers tant ordinairs qu'extraordinairs pourront passer librement pour aller et venir dans les villes et places de la barriere et par celles des autres pays, à condition que les dits messagers ne se chargeront pas de lettres ou de paquets des marchands ou autres particuliers, lesquels tant pour les places de la barriere que pour tout autre pays devront etre remis aux bureaux des postes de sa Mté Imple et catholique.

XV.

Pour ce qui regarde l'artillerie, magacins et provisions de guerre que L. H. P. ont dans les villes et places qu'elles remettent à sa Mté Imple et catholique, il leur sera permis de les faire transporter sans aucun empechement et sans payer aucuns droits ou péages, tant celles qu'elles y ont fait conduire elles-mêmes que l'artillerie marquée de leurs armes perdue dans la derniere guerre et leur appartenant, d'ailleurs qu'elles auront trouvé dans les dittes places, à moins que sa Mté Imple et catholique ne souhaite de prendre la ditte artillerie et munitions de guerre pour son compte et ne convienne du prix avec L. H. P. avant la reddition des places. Et quant à l'artillerie et munitions qui sont presentement dans les places commises à la garde des trouppes des etats generaux, elles seront laissées à leur garde et direction suivant les inventaires qui en seront dressés et signés de part et d'autre avant l'échange des ratifications du present traité, sans qu'il sera permis de les faire transporter ailleurs que d'un commun consentement, et restera la proprieté à sa Mté Imple et catholique pour autant qu'il s'en

est trouvé dans les dittes places au temps de leur cession ou reddition.

XVI.

En cas que les provinces des Pays-Bas Autrichiens fussent attaquées, et qu'il arrivât (ce qu'à dieu ne plaise) que les armées des ennemis entrassent dans le Brabant pour y agir et faire le siege de quelque place dans la ditte province ou de quelqune de celles qui en font la barriere, il sera permis à L. H. P. de faire occuper et prendre poste par leurs trouppes dans les villes et endroits sur le Demmer depuis l'Escaut jusques à la Meuse, comme aussy d'y faire des retranchements, des lignes et des inondations pour empecher les progrés ulterieurs des ennemis, autant que la raison de guerre le pourra demander, pourvû que le tout se fasse de concert avec le gouverneur general des Pays-Bas.

XVII.

Comme il conste par l'experience de la guerre passée que pour mettre en seureté les frontieres des etats generaux en Flandre il falloit y laisser plusieurs corps des trouppes si considerables que l'armée se trouvoit beaucoup affoiblie par là, pour prevenir cet inconvenient et pour mieux asseurer les dittes frontieres à l'avenir, sa Mté Imple et catholique céde aux etats generaux tels forts et autant de territoire de la Flandre Autrichienne limitrofe de leurs dittes frontieres qu'on aura besoin pour faire les inondations necessaires et pour les bien couvrir depuis l'Escaut jusques à la mer dans les endroits, où elles ne sont pas deja suffisament asseurées et où elles ne sçauront l'etre par des inondations sur les seules terres deja appartenantes[1]) aux etats generaux.

Pour cette fin sa Mté Imple et catholique agrée et approuve que pour l'avenir les limites des etats generaux en Flandre commenceront à la mer entre Blanchenberg et Heyste, à l'endroit où il n'y a point des dunes, moyennant qu'ils n'y feront pas batir ny ne permettront pas qu'on batisse des villages ou des maisons auprès du dit poste, ny ne soufriront[2]) point aucun etablissement des pecheurs ou d'y faire des ecluses à la mer.

---

[1]) *A = appartenante.*

[2]) *So im Or.*

Et promettent de plus L. H. P. que, si elles trouvent bon de faire construire quelques fortifications à la tête de leurs nouvelles limites, elles auront soin de ne pas diminuer la force de la digue, et non seulement se chargeront des fraix extraordinairs qui pourroient etre causés à l'occasion de dittes fortifications, mais même dedommageront les habitants de la Flandre Autrichienne de touttes pertes qu'ils pourroient souffrir au cas que la mer vînt à faire des inondations par les fortifications sudittes.

On tirera du poste susnommé une ligne droite sur le Goteweegie, d'où la ligne continuera vers Heyste; de Heyste elle ira sur le Drie-hoek et Swarte Sluys; de là sur le fort de St. Donas, lequel sa Mté Imple et catholique céde en proprieté et souveraineté à L. H. P., (moyennant que les portes des ecluses au dit fort seront et resteront otées en têms de paix) et céde pareillement le terrain situé au nord de la ligne ci-dessus marquée.

Du fort St. Donas les nouvelles limites des etats generaux s'étendront jusques au fort de St. Job, d'où on regagnera les anciennes près de la ville de Middelbourg, lesquelles limites on suivra le long du Zydelingsdyk jusques à l'endroit où le Eecheloose watergang et le waterloop se rencontrent à une ecluse; ensuite de quoy on suivra le Graaf-Jaansdykh jusques au village de Bouchout (aux interessés des ecluses duquel on permet de les remettre où elles ont eté ci-devant), et du dit Bouchout on continuera la ligne droite pour regagner les anciennes limites des etats generaux.

Sa Mté Imple et catholique cede aussi en pleine et entiere souveraineté aux etats generaux le territore situé au nord de la ditte ligne.

Et comme pour leur entiere seureté il est necessaire que l'inondation soit continuée de Bouchoute jusques au canal du Sas de Gand de long du Graaf-Jansdykh, il sera permis en têms de guerre à L. H. P. d'occuper et faire fortifier touttes les ecluses qui se trouveront dans le Graaf-Jaansdykh et Zydelingsdykh.

A l'egard de la ville du Sas de Gand les limites seront étendues jusques à la distance de deux mille pas geometriques, pourvû qu'il n'y aye point des villages compris dans cette etendue.

Et pour la conservation du bas Escaut et la communication entre le Brabant et la Flandre des etats generaux, sa Mté Imple

et catholique cede en pleine et entiere proprieté et souveraineté aux etats generaux le village et polder de Doel comme aussy les polders de St. Anne et Ketenisse.

Et comme en tems de guerre il sera besoin pour plus de seureté de former des inondations par les ecluses entre les forts de la Marie et de la Perle, sa Mté Imple et catholique remettrat, aussitot que la barriere sera attaquée ou la guerre commencée, la gard du fort de la Perle à L. H. P. et celle des ecluses, bien entendû que, la guerre venant à cesser, elles remettront ces ecluses et le dit fort de Perle à sa Mté Imple et catholique, comme aussy celles qu'elles auront occupées dans le Graaf-Jaansdykh et Zydelingsdykh.

Les etats generaux ne pourront faire aucune inondation en temps de paix, et se croyant obligés d'en former en têms de guerre, ils en donneront connoissance préalable au gouverneur general des Pays-Bas, et en concerteront avec les generaux commandans les armées aux Pays-Bas; promettant de plus que si à l'occassion de la cession de quelques ecluses (dont les habitans de la Flandre Autrichienne conserveront le libre usage en têms de paix) ils vînssent à souffrir quelque dommage ou prejudice, tant par les commandants que par d'autres officiers militairs, que non seulement les etats generaux y remedieront incessament, mais aussy qu'ils dedommageront les interessés.

Et puisque par cette nouvelle situation des limites il faudra changer les bureaux pour prevenir les fraudes, en quoy sa Mté Imple et catholique et L. H. P. sont egalement interessés, on conviendra des lieux pour l'etablissement de dits bureaux et des precautions ulterieures qu'on jugera convenir de prendre.

Il est de plus stipulé par cet article qu'une juste evaluation sera faite avant la ratification du present traité des revenus que le souverain tire des terres qui se trouveront cedées à L. H. P. par cet article, comme aussy de ce que le souverain a profité par le renouvellement des octroys sur le pied qu'ils ont eté accordés depuis trente ans en deçà, à etre deduits et defalqués sur le subside annuel de cinq cent mille ecus.

Et la religion catholique romaine sera conservée et maintenue dans les lieux ci-dessus cedez en tout sur le pied qu'elle y est exercée actuellement, et qu'elle l'a eté du temps du roy Charles II. de glorieuse memoire, et seront de même conservés et maintenûs tous les priviléges des habitans.

Le fort de Rodenhuysen sera rasé et les differens touchant le canal de Brugges seront remis à la decision d'arbitres neutres à choisir de part et d'autre, bien entendu que par la cession du fort de St. Donas ceux de la ville de l'Ecluse n'auront pas plus de droit sur le dit canal qu'avant cette cession.

XVIII.

Sa Mté Imple et catholique cede à L. H. P. les etats generaux à perpetuité en pleine souveraineté et proprieté dans le haut quartier de Gueldre la ville de Venlo avec sa banlieüe et le fort de St. Michel; de plus le fort de Stevensverth avec son territoire ou banlieüe, comme aussy autant de terrain qu'il faudra pour augmenter leurs fortifications en deça de la Meuse; et promet sa ditte Mté de ne faire jamais batir ou permettre qu'un autre batisse aucune fortification de quelque nom que ce soit à la distance d'une demie lieu de la ditte forteresse.

Sa Mté Imple et catholique cede de plus aux etats generaux l'ammanie de Montfort consistant (à l'exception des villages de Swalmt et Elmt qu'elle se reserve) dans les petites villes de Neustadt et d'Echt avec les villages suivants: sçavoir Ohe et Laek, Roosteren, Braght, Beesel, Belfen, Vlodorp,[1]) Postert, Berg, Lin et Montfort, pour etre possedez par les dits etats generaux de la maniere que les a possedé et en a jouy sa Mté le roy Charles II. de glorieuse memoire, avec les prefectures, bourgs, fiefs, terres, fonds, cens, rentes, revenus, peages, de quelque nature qu'ils soient, subsides, contributions et collectes, droits feodaux, domaniaux et autres quelconques appartenants aux dits lieux cedés ci-dessus, le tout pourtant sans prejudice et sauf tous les droits qui pourront competer à sa Mté le roy de Prusse, et ce non obstant touttes exceptions, pretensions ou contradictions faites ou à faire pour troubler les etats generaux dans la paisible possession des lieux cedés par le present article, touts pactes, conventions ou dispositions contraires au present article etant censées nulles et de nulle valeur; bien entendu que cette cession se fait avec cette clause expresse, que les statuts, anciennes coutumes et generalement touts les privilèges civils et ecclesiastiques, tant à l'egard des magistrats et des particuliers que

[1]) *So im Or.; heute Vlodrop; ähnliche von der heutigen Schreibweise abweichende Formen auch bei einigen anderen Namen, z. B. Swalmen, Bracht u. a. m.*

des eglises, convents, monasteres, ecoles, seminaires, hospitaux et autres lieux publics avec touttes leurs appartenances et dependances, de meme que le droit diocesain de l'evêque de Ruremonde, et generalement tout ce qui regarde les droits, libertés, immunités, fonctions, usages, ceremonies et l'exercice de la religion catholique, seront conservés et subsisteront, sans y apporter changement ou innovation ny directement ny indirectement, dans tous les lieux ci-dessus cedez de la maniere que du temps du roy Charles II. de glorieuse memoire, et selon qu'on l'expliquera de part et d'autre plus amplement en cas qu'il arrive quelque dispute sur ce sujêt. Et ne pourront être données les charges des magistratures et telles autres de police qu'à des personnes qui soient de la religion catholique. Le droit de collation des benefices qui a eté jusques icy au souverain appartiendra d'oresnavant à l'evêque de Ruremonde, à condition que les dits benefices ne pourront etre donnés qu'à des personnes qui ne seront pas desagréables aux etats generaux pour des raisons particulieres à alleguer.

Il est aussy stipulé que les etats generaux ne pretendront pas d'avoir acquis par la cession de la ville d'Echt aucun droit de judicature ou d'appel par rapport au chapitre de Thorn ou autres terres de l'empire, et il sera libre à sa Mté Imple et catholique de nommer tel endroit qu'il conviendra pour la ditte judicature ou appel.

Et puisque les habitans de la partie du haut quartier qui vient d'etre cedée ne pourront plus porter leurs procés en cas d'appel à la cour de Ruremonde, il sera libre à L. H. P. d'établir une cour d'appel pour leurs sujets dans un tel lieu de la province qu'elles trouveront convenir.

On est convenu de plus, que les droits d'entrée et de sortie qui se levent tout le long de la Meuse ne pourront etre haussés ny baissés en tout ou en partie que d'un commun consentement, des quels droits sa Mté Imple et catholique tirera à son profit ceux qui se levent à Ruremonde et à Navagne, et les seigneurs etats generaux ceux qui se levent à Venlo. Et comme les dits droits sur la Meuse en general comme aussy ceux sur l'Escaut subsidiairement sont affectés au payement de deux rentes distinctes, scavoir une de quatre vingt mille et une de vingt mille florins par an, en vertu de la transaction passée et conclue le vingt six de Decembre mille six cent quatre

vingt et sept avec feu sa Mté de la Grande-Bretagne, Quillaume III., on est convenu, que L. H. P. à cause de la cession susmentionnée subviendront à sa Mté Imple et catholique dans le payement de dittes rentes et autres debtes qui pourront y etre hyppotequées annuellement et à proportion du produit des droits d'entrée et de sortie qu'elles recevront, le tout suivant les constitutions memes des dites rentes.

Et quant aux dêttes et charges contractées et constituées sur la generalité du haut quartier de Gueldre, les etats generaux concurreront dans le payement d'iceux pour leur quote part, selon la proportion portée par la matricule de tout le dit haut quartier. Tous les documens et papiers qui concernent le haut quartier de Gueldres resteront comme cy-devant dans les archives à Ruremonde. Mais on est convenû qu'il en sera formé un inventaire ou registre à l'intervention des commissaires de sa Mté Imple et catholique, de sa Mté de Prusse et des seigneurs etats generaux, et copie authentique sera donnée du dit inventaire à chacune des trois puissances, pour avoir toujours libre accés à tous les papiers et documens dont elles pourroient avoir besoin pour la partie qu'elles possedent dans le dit haut quartier de Gueldres et donc copie authentique leur sera delivrée à la premiere requisition.

XIX.

En consideration de grands fraix et depences extraordinaires aux quelles les etats generaux sont indispensablement obligés, tant pour entretenir le grand nombre de trouppes qu'ils se sont engagés par le present traitté de tenir dans les villes ci-dessus nommées, que pour subvenir aux grosses charges absolument necessaires pour l'entretien et reparation des fortifications des dittes places et pour les pourvoir des munitions de guerre et de bouche, sa Mté Imple et catholique s'engage et promet de faire payer annuellement aux etats generaux la somme de cinq cent mille ecus ou douze cent cinquante mille florins monnoye d'Hollande par dessus le revenu de la partie du haut quartier de Gueldre, cedé en proprieté par sa Mté Imple et catholique aux etats generaux par le dix huit article du present traitté, comme aussy par dessus les fraix pour le logement des trouppes selon le reglement fait en l'année mille six cent quatre vingt dix huit, de la maniere que l'on en conviendra

en detail. Laquelle somme de cinq cent mille ecus ou douze cent cinquante mille florins monnoye d'Hollande sera asseurée et hyppotequée, comme elle est assurée et hyppotequée par cet article, generalement sur tous les revenus des Pays-Bas Autrichiens y compris les pays cedés de la France et specialement sur les revenus les plus clairs et liquides des provinces de Brabant et de Flandre et sur ceux du pays, villes, chatelenies et dependances cedées par la France, selon qu'on est convenu plus specifiquement par un article separé, tant pour l'hyppoteque que pour les moyens et termes de les percevoir. Et commencera le dit payement du subside des cinq cent mille ecus ou douze cent cinquante mille florins monnoye d'Hollande du joûr de la signature du present traité, sur quoy seront deduits au pro rata du têms les revenus des villes, chatelenies et dependances cedées par la France, echuz depuis le dit joûr jusques au joûr que les dits pays seront remis à sa Mté Imple et catholique, pour autant que les etats generaux les auront receû.

XX.

Sa Mté Imple et catholique confirme et ratifie par cet article les capitulations accordées aux provinces et villes des Pays-Bas ci-devant apellez Espagnols du temps de leur reduction sous l'obéissance de sa ditte Mté, ainsy que l'administration generale du dit pays y exercée par la Grande-Bretagne et les etats generaux des Provinces-Unies, ayans representé le legitime souverain par leurs ministres qui ont residé à Bruxelles et par le conseil d'etat commis au gouvernement general de dits Pays-Bas, ensuite du pouvoir et des instructions qui luy ont eté données, et des requisitions faites de la part des deux puissances tant en matiere de regale, de justice, de police que des finances, comme aussy l'administration particuliere des etats, des provinces, des colléges, des villes et des communautez au plat pays, de même que des cours souveraines de justice et d'autres cours et juges subalternes.

Lesquels acts de police, regale, justice et finances subsisteront et sortiront leur plein et entier effet selon la teneur de dits actes et des sentences rendues, le tout de la même maniere comme s'ils avoient eté faits par le souverain legitime du pays et sous son gouvernement.

XXI.

Tout ce qui est compris dans l'article precedent sera aussy observé, ratifié et maintenu de la part de sa Mté Imple et catholique à l'égard du haut quartier de Gueldre et des pays conquis sur la France (dont le roy Charles II. de glorieuse memoire n'etoit pas en possession à son decés) pour touttes les dispositions faites au nom et de la part des etats generaux des Provinces-Unies.

Et pour ce qui est des benefices et dignitez ecclesiastiques, ceux qui en ont eté pourvûs et qui se trouvent en possession ne pourront etre depossedez; et ceux qui ne sont pas encore en possession y seront admis, sans qu'on puisse s'y opposer que par les voyes et dans l'ordre de la justice, selon les lois et coutumes du pays.

XXII.

Sa Mté Imple et catholique reconnoit et promet de satisfaire les obligations qui ont eté passées de la part de sa Mté catholique Charles II. de glorieuse memoire pour les levées d'argent que L. H. P. ont fait negocier pour sa ditte Mté, dont la liste est jointe au bas de cet article. Et comme on n'a point encore remis aux etats generaux les obligations des etats des Pays-Bas Espagnols pour la somme de deux cent mille florins par an à fournir par eux pour le payement des interets et pour remboursement d'un capital de quatorze cent mille florins, levés à intêret en l'an mille six cent quatre vingt et dix huit pour etre employé aux necessitez des frontieres des dits Pays-Bas Espagnols et de quatre années d'interet, portant la somme de deux cent vingt quatre mille florins, dont le dit capital de quatorze cent mille florins est augmenté, lesquelles obligations le dit roy Charles II. de glorieuse memoire avoit promis de faire tenir sans que cela s'est fait; sa Mté Imple et catholique promet par cette de faire passer les obligations par les etats des provinces de dits Pays-Bas et de les faire delivrer incessament après aux dits etats generaux, conformement à la teneur de la ditte obligation de sa Mté catholique du trente de May mille six cent quatre vingt et dix huit à la premiere convocation des etats ou au plus tard dans le terme de deux mois après l'echange des ratifications de ce traité.

Memoire des negociations faites à la requisition de sa Mté catholique Charles II. de glorieuse memoire.

La premiere negociation a eté d'un million cinq cent soixante quinze mille florins sur les droits d'entrée et de sortie de la Marie à cinq pour cent, faite par acte du treize de Decembre de l'an mille six cent quatre vingt dix . 1.575,000 —

La seconde at eté de cinq cent vingt cinq mille florins à cinq pour cent sur le même fonds, levés par acte du vingt-un de Mars l'an mille six cent quatre vingt et un . . . . . 525.000 —

La troisieme a eté de cinq cent soixante et sept mille florins à cinq pour cent sur les revenus du haut quartier de Gueldre, faite par acte du quinze de Janvier l'an mille six cent quatre vingt et douze . . . . . 567.000 —

La quatrieme et cinquieme negociation de cinq cent mille florins et de deux cent mille florins ont eté faites conformement à deux actes du quatrieme et vingt deuxieme de May mille six cent quatre vingt et treize sur les droits d'entrée et de sortie de la Marie a six pour cent . . . 700.000 —

La sixieme at eté de six cent soixante et cinq mille florins sur le même fonds et à cinq pour cent, levée de l'onze d'Avril mille six cent quatre vingt et quinze . . . . . 665.000 —

La septieme a eté de quatorze cent quarante mille florins sur le meme fonds à cinq pour cent, levée par acte du vingt quatre de Novembre mille six cent quatre vingt et quinze . . . . 1,44.0000 —

La huitieme, neufieme et dixieme sommes de quatre cent mille, cent mille et trois cent mille florins ont eté levées par acte du dix de Decembre mille six cent quatre vingt et quinze, du douze de Septembre mille six cent quatre vingt et seize, et du sixieme de Mars mille six cent quatre vingt et dix sept à cinq pour cent sur les revenus de la province de Namur et subsidiairement sur les revenus de la Marie et les domaines de la province de Luxembourg, portant ensemble . . 800.000 —

L'onzieme somme de cinq cent mille florins at eté levée par acte du trente d'Avril mille six cent quatre vingt et seize à six pour cent sur les revenus de la provosté de Mons . . . . 500.000 —

La douxieme somme de quatorze cent mille florins à quatre pour cent at eté levée sur les subsides des provinces des Pays-Bas sur les remises d'Espagne et subsidiairement sur les revenus de la Marie. Item deux cent et vingt quatre mille florins pour quatre années d'intêret du capital conformement à la teneur de l'obligation du trente du May mille six cent quatre vingt et dix huitieme année; portant ainsy la somme totale . 1,624.000 —

XXIII.

Pareillement sa Mté Imple et catholique reconnoit, approuve et confirme touttes les levées d'argent, dont la liste est jointe au bas de cet article, qu'on a eté obligé de faire pour le payement de plusieurs necessités indispensables pour la conservation des Pays-Bas Espagnols et pour l'entretien des trouppes de sa Mté Imple et catholique pendant le gouvernement provisionel de la Grande-Bretagne et des etats generaux des Provinces-Unies et faites par L. H. P. de concert avec sa Mté brittanique, promettant sa Mté Imple et catholique d'y satisfaire et de faire dûement enregistrer les dittes negociations dans les chambres des finances et des comptes, et d'en faire delivrer acte en forme à L. H. P. et de faire payer le capital et les interets hors des fonds et hyppotéques tant principales que subsidiaires affectées pour cette fin, sans que sa Mté Imple et catholique pourrat apporter, si ce n'est de l'aveû des etats generaux, aucun changement à la direction ou à l'administration des hyppotéques sur lesquelles les negociations ont eté faites, mais qu'elle les laisserat à L. H. P. conformement à la teneur des obligations,et si ces fonds n'etoient point suffisants, ce qu'il y manquera sera supplée par les etats des provinces des dits Pay-Bas Autrichiens.

Memoire des negociations faites pandant le gouvernement provisionel de sa Mté brittanique et de L. H. P. aux Pays-Bas.

Dans l'année mille sept cent et sept ont eté levés trois cent mille florins à cinq pour cent sur la posterie et destinez à etre envoyés au roy à Barcelone; encore quatre cent mille florins à cinq pour cent sur les droits d'entrée et de sortie en Flandre destinés à des necessités aux Pays-Bas. Les interets des dits quatre cent mille florins ont eté assignés sur la posterie . . . . . 700.000 —

Au mois de Fevrier de l'année mille sept cent et neuf ont été levés deux cent cinquante mille florins à cinq pour cent sur les droits de la Marie pour l'entrieten des trouppes imperiales et palatines . . . . . 250.000 —

Au mois de May mille sept cent neuf a eté levée une somme de cinq cent mille florins à cinq pour cent aux memes conditions, sur les memes fonds et au meme usage . . . . . 500.000 —

Au mois d'Aoust at eté encore levée une somme de dix cent mille florins aux mêmes conditions, sur les mêmes fonds et au meme usage . 1,000.000 —

Dans l'année mille sept cent et dix at eté negociée une somme de trois cent mille florins à six pour cent sur le revenu de la posterie pour subvenir aux fraix des trouppes imperiales et palatines au service de sa Mté Imple et catholique 300.000 —

Item sur les droits d'entrée et de sortie en Flandre une somme de quatre cent mille florins pour subvenir aux fraix des trouppes imperiales à six pour cent, sçavoir cinq pour cent à trouver sur les droits en Flandres et un pour cent sur les revenus de la Marie . . . . . 400.000 —

Item sur les memes fonds et à six pour cent, sçavoir cinq pour cent à trouver sur les droits d'entrée et de sortie en Flandre et un pour cent sur les revenus de la Marie, une somme de trois cent mille florins pour subvenir aux fraix des trouppes imperiales . . . . . 300.000 —

Item sur les mêmes fonds et à six pour cent, savoir cinq pour cent à trouver sur les droits d'entrée et de sortie en Flandres et un pour cent

sur les revenus de la Marie, une somme de trois cent quarante mille six cent vingt cinq florins pour subvenir aux fraix des trouppes imperiales 340.625 —

Item sur les revenus de la Marie à cinq pour cent une somme de trois cent mille florins pour subvenir aux fraix des trouppes imperiales . 300.000 —

Au mois de Mars mille sept cent et onze a eté levée une somme de trois cent mille florins à six pour cent sur le revenu de la posterie pour subvenir aux fraix des trouppes imperiales . 300.000 —

En Decembre de l'année mille sept cent et douze ont eté negociés sur la Marie deux cent vingt huit mille trois cent et trente florins à cinq pour cent pour pourvoir aux necessités et aux fortifications de Mons, St. Ghilain et Ath . . 228.330 —

Fesant les susdittes levées ensemble la somme de quatre million six cent dix huit mille neuf cent cinquante et cinq florins; l'employ de laquelle aussy bien que de la somme de cinq cent cinquante mille florins que les receveurs des droits d'entrée et de sortie en Flandre ont fournis en lettres de change aux etats generaux en l'an mille sept cent et dix, de cent mille florins qu'ils ont receu du receveur des medianates, et de cent cinq mille florins salvo errore calculi qu'ils ont receu de la troisieme chambre du conseil de Flandre, at eté verifié au ministre plenipotentiaire de sa Mté Imple et catholique, de la maniere que cela est expliqué plus particulierement par la[1]) declaration mise au bas de l'etat des negociations, et argent fourny et de l'employ des dits deniers signé ce même joûr.

XXIV.

On procedera aussitot que faire se pourra à la liquidation du payement fait des interets et du capital des emprunts mentionnés dans les deux articles precedents, dans laquelle liquidation ne sera portée à la charge de L. H. P. que tout ce qui se trouvera payé effectivement et réelement en vertu de dittes obligations, et sans que de la part de sa Mté Imple et catholique on pourra faire contre le payement de dits intêrets quelque difficulté ou pretensions de rabbat ou diminution à cause

[1]) *Die englische und die staatische Ausfertigung haben sa.*

de non possession des hyppoteques, confiscation en têms de guerre, depravation des hyppoteques à cause de[1]) diminution des droits d'entrée et de sortie ou autre cause ou pretexte quelconque, et sans qu'à cause de cette liquidation on pourra de la part de sa Mté Imple et catholique discontinuer le payement pour le recouvrement des interets et termes de remboursement, dans lequel il sera continué conformement aux conditions portées par les obligations, jusques à ce qui constera que tous les emprunts et interets d'iceux seront entierement acquités et remboursés, après quoy les hyppoteques seront duëment dechargées et restituées.

XXV.

De plus sont ratifiés et confirmés par le present article tous les contracts pour le pain, chariots et fourrages des trouppes imperiales et palatines faits par les ministres de deux puissances à Bruxelles ou par le conseil d'etat commis au gouvernement des Pays-Bas sur la requisition des dits ministres, et sont pareillement confirmés et ratifiés tous les payemens deja faits à ce sujet par le conseil des finances, et les ordres donnés par le dit conseil pour assigner le restant de ce qui est dû pour le dit pain, fourrages et charriots sur les droits d'excrescence de quatre especes ensuite des requisitions du conseil d'etat, sans que les dits droits d'excrescence puissent etre divertis à d'autres usages sous quelque pretexte que ce puisse etre, avant que les entreprenneurs qui ont livré le dit pain, fourrages et chariots soient entierement satisfaits, selon la teneur de leurs contracts ensuite des requisitions des ministres de deux puissances et des ordres du conseil d'etat et de celuy des finances.

XXVI.

Pour ce qui regarde le commerce, on est convenu que les navires, marchandises et denrées venant de la Grande-Bretagne et des Provinces-Unies et entrans dans les Pays-Bas Autrichiens, de meme que les navires, marchandises et denrées sortant des dits Pays-Bas vers la Grande-Bretagne et les Provinces-Unies ne payeront les droits d'entrée et de sortie que sur le même

[1]) *A = des.*

pied qu'on les leve à present[1]), et particulierement tels qu'ils ont eté reglés avant la signature du present traité, selon la requisition faite au conseil d'etat à Bruxelles par les ministres de deux puissances en datte du six de Novembre,[2]) et qu'ainsy le tout restera, continuera et subsistera generalement sur le dit pied, sans qu'on y puisse faire aucun changement, innovation, diminution ou augmentation sous quelque pretexte que ce puisse etre, jusques à ce que sa Mté Imple et catholique, sa Mté britanique et les seigneurs etats generaux en conviendront autrement par un traité de commerce à faire le plutot qu'il se pourra, demeurant au reste le commerce et tout ce qui en depend entre les sujets de sa Mté Imple et catholique dans les Pays-Bas Autrichiens et ceux des Provinces-Unies en tout et en partie sur le pied etably et de la maniere portée par les articles du traité fait à Munster le trente de Janvier mille six cent quarante huit entre sa Mté le roy Philippe IV. de glorieuse memoire et les dits seigneurs etats generaux des Provinces-Unies concernant le commerce, lesquels articles viennent d'etre confirmés par le present article.

XXVII.

Que les fortifications et tous les ouvrages de la citadelle de Liége de même que celles du chateau de Huy aussy avec tous les forts et ouvrages seront rasez et demolis, sans qu'ils puissent etre jamais rebatis ou retablis, bien entendu que la ditte demolition se ferat aux depens des etats du pays de Liége à qui les materiaux resteront pour etre vendûs et transportés ailleurs; le tout aux ordres et sous la direction des etats generaux qui enverront pour cette fin des personnes capables pour avoir la direction de dites demolitions, aux quelles on commencera de travailler immediatement après la signature du present traitté, et que l'on acheverat en dedans trois mois ou plutot s'il se peut, et que cependant les garnisons des etats generaux des Provinces-Unies ne sortiront de dittes places avant que la demolition ne soit achevée.[3])

---

[1]) *Gemäss der „Declaration des droits d'entrée et sortie qui se levent aux Pays-Bas Autrichiens à l'esgard de la Grande-Bretagne et des Provinces-Unies". Dieselbe liegt dem Vertrage vom 15. Nov. 1715 bei.*

[2]) *Vgl. p. 296 Anm. 2.*

[3]) *In der Ratifikation des Kaisers d. d. Wien 1715 Dez. 21 (Or. R. O.) ist der gewöhnlichen Beeidigungsformel — Karl VI. werde alles, was ihn be-*

XXVIII.

Et pour plus grande seureté et execution du present traitté promet et s'engage sa Mté brittanique de le confirmer et de le garantir dans tous ses points et articles, comme elle le confirme et le garantis[1]) par celuy-cy.

XXIX.

Le present traité sera ratifié et approuvé par sa Mté Imple et catholique, par sa Mté brittannique et par les seigneurs etats generaux des Provinces-Unies, et les lettres de ratification seront delivrées dans le terme de six semaines ou plutot si faire se peut à compter du joûr de la signature.

En foy de quoy nous ministres plenipotentiaires de sa Mté Imple et catholique, de sa Mté britannique et des seigneurs etats generaux en vertu de nos pouvoirs respectifs avons esdits noms signés ces presentes de nos seings ordinaires et à icelles fait apposer ces cachets de nos armes.

Fait à Anvers ce quinze du mois de Novembre de l'année mille sept cent et quinze.[2])

L. S. J. L. de Kinigsegg. L. S. W. Cadogan. L. S. B. v. Dussen.
L. S. Le comte de Rechteren. L. S. Sc. Gockinga.
L. S. Adr. van Borssele tot Geldermalsen.

Article separé.

Comme dans l'article dix neuf du traitté de la barriere pour les etats generaux des Provinces-Unies dans les Pays-Bas Au-

---

treffe, halten und nicht gestatten, dass etwas dagegen geschehe — beigefügt, „certo confisos sacri Romani imperii electores, principes ac status perpensis rite rerum momentis iis, quae supra art. 27 super aequatione munimentorum arcis Leodinensis prout et castellorum ac munimentorum urbisque Huyensis concedi praesens temporum ratio coegit, consensu suo haud gravatim accessuros esse."

[1]) *So im Or.; in den Rat. garantit.*

[2]) *Daran sind angeschlossen:*

1. Formulaire du serment pour le gouverneur de Dendremonde.

2. Formulaire du serment pour les gouverneurs des places.

3. Pleinpouvoir du ministre plenipotentiaire de sa Mté Imple et catholique (lateinisch.)

4. Pleinpouvoir du ministre plenipotentiaire de sa Mté brittanique (lateinisch.)

5. Pleinepouvoirs des ministres plenipotentiairs des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies (lateinisch); sämtlich u. a. gedruckt Dumont l. c. VIII|1 464 ff.

trichiens, conclu ce jourdhuy quinze de Novembre mille sept cent et quinze entre sa Mté Imple et catholique, sa Mté britanique et les dits seigneurs etats generaux, on est convenu de s'expliquer plus specifiquement par un article separé au sujêt des hyppotéques et des moyens de percevoir le subside y mentionné, sa Mté Imple et catholique pour assurer et faciliter d'autant plus le payement du dit subside de cinq cent mille ecus ou douze cent cinquante mille florins monnoye d'Hollande par an, accordé et stipulé par le dit article, assigne specialement sur les pays, villes, chatelenies et dependances, cedées par la France, annuellement la somme de six cents et dix mille florins monnoye d'Hollande selon la repartition suivante; à sçavoir: sur la ville de Tournay cinquante et cinq mille flor., sur la chatelenie de Tournay, dit le Tournesis, vingt et cinq mille flor., sur la ville et verge de Menin quatre vingt dix mille flor., et sur la partie de la Flandre occidentale qui at eté cedée par la France, à repartir sur les villes, chatelenies et dependances suivant le transport de Flandre, quatre cent quarante mille flor., et le restant, sur les subsides de la province de Brabant un tiers, fesant la somme de deux cent treize mille trois cent trente et trois et un tiers de florin, et sur ceux de la province de Flandre deux tiers, fesant la somme de quatre cent vingt et six mille six cent soixante six et deux tiers de florin; fesant les dittes sommes respectives ensemble la suditte somme totale de cinq cents mille êcus ou douze cent cinquante mille florins monnoye d'Hollande.

La portion de la province de Brabant est assignée sur le contingent des sept quartiers d'Anvers et des autres districts de Brabant dans les subsides de cette province et la portion de la province de Flandre sur le contingent du pays de Waës y compris Beveren, du pays d'Oudenbourg, du francq de Bruges, du pays d'Alost et de la ville et pays de Dendremonde dans les subsides de cette province.

Et pour asseurer d'autant plus le payement regulier des susdites sommes respectives, sa Mté Imple et catholique promet et s'engage que le payement se fera de trois en trois mois, à commencer du joûr de la signature du present traité, à payer à l'echeance du terme et au defaut du dit payement à la fin des dits trois mois. Ordonne sa Mté Imple et catholique dès à present et par ce traité aux etats des provinces et departemens et les receveurs des subsides tant ordinairs qu'extraor-

dinairs, de même que ceux de ses droits et domaines, hors des quels le payement se doit faire conformement à la repartition ci-dessus, qu'en vertu de cet article et sur une copie d'icelui ils auront à payer incessament à chaque echeance et sans delay au receveur general des dits etats generaux ou à ses ordres les sommes ci-dessus marquées et sans attendre autre ordre ou assignation, ce present article leur devant servir d'ordre et d'assignation dès à present et pour lors; et le dit payement leur sera passé en compte à la charge de sa Mté Imple et catholique, comme s'il avoit eté fait à elle-même.

Faute de quoy ou bien en cas que les dits etats n'accordassent pas avec la promtitude[1]) necessaire les subsides, pourront les etats generaux proceder aux moyens de contrainte et d'execution et même par voye de fait contre les receveurs, etats et domaines de dittes provinces et departemens, lesquels sa Mté Imple et catholique y soumet en vertu de cet article, le tout sans prejudice du droit de L. H. P. sur les autres revenus du souverain par dessus le subside des provinces, comme sont les droits d'entrée et de sortie, impots, tailles, péages et autres domaines.

De plus on est convenu que le payement du dit subside ne pourra etre retardé moins refusé sous pretexte de compensation, liquidation ou autres pretensions de quelque nom ou nature qu'elles puissent etre.

Et aura cet article separé la même force que le dit traité de la barriere, et tout comme s'il y etoit inseré de mot à mot et sera ratifié dans le même temps que ce traité.

En foy de quoy nous ministres plenipotentiaires de sa Mté Imple et catholique, de sa Mté britanique et des seigneurs etats generaux avons signé le present article et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Anvers ce quinze de Novembre mille sept cent quinze.[2])

Addition au traité de barriere.[3])

Etat de l'employ des deniers provenus des negotiations faittes sur divers fonds des Pays-Bas durant le gouvernement

---

[1]) *So im Or.*

[2]) *Dieselben Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

[3]) *Nach dem im R. A. Barrière 1714—1716, Bd. III. Nr. 437 befind-*

provisionel des deux puissances maritimes, distinctement mentionées dans la liste jointe au bas de l'article 23 du traité de la barriere, signé le 15 de Novembre 1715, montans à une somme de 4,618.955 florins, comme aussi des 550.000 florins fournis en lettre de change par les receveurs des droits d'entrée et sortie de Flandre, de plus 100.000 flor. fournis par le receveur de medianants, et finalement de 105.000 florins fournis par le troisiéme membre du conseil de Flandre, faisant en tout ensemble une somme de savoir monnoye de Hollande:

Remise par L. H. P. l'année 1708 au roy catholique Charles III. hors les deniers levés sur la posterie des Pays-Bas Espagnols la somme de trois cent mille florins 300.000

Pour la livraison du fourage faite aux troupes de sa dite Mté selon le compte deux millions septante huit mille neuf cents et seize florins, six sous, six deniers 2,078.916. 6.6

La livraison de pain, compris les chariots de vivres, selon le compte deux millions deux cents quatre vingt sept mille sept cents septante six florins, quatorze sous, six deniers . . 2,287.776. 14.6

Item des autres payemens extraordinaires mis en compte par Mrs les etats generaux soixante neuf mille cinq cent quatre vingt trois florins, quinze sous 69.583. 15.0

Argent payé à la caisse de guerre pour les portions de pains et fourages pendant le quatier d'hiver, depuis le 1. Janvier 1709 jusques au mois d'Avril 1711, selon le compte six cent cinquante sept mille huit cent quatre vingt neuf florins, seize sous 657.889. 16.0

Des fraix pour les hospitaux et autres depences extraordinaires selon le compte trente deux mille trois cents trente six florins, un sou, six deniers 32.336. 1.6

Depences pour les munitions et fortifications dans les villes de Mons, St. Guisslain et

---

lichen Or. Gedruckt ist die Urkunde u. a. bei Zinck Ruhe des jetztlebenden Europa I. 513 f.

autres cent cinquante huit mille six cents trente
neuf florins, six sous, six deniers . . . 158.639. 6.6
Somme 5,585.142. 0.0

Le soubsigné ministre plenipotentiaire de sa Mté Imple et catholique declare d'avoir vu et examiné l'etat cy-dessus et de l'accepter et de l'aprouver, comme je l'accepte et aprouve pour et au nom de sa dite Mté, avec les conditions suivantes.

Que premierement serat defalquée de l'impôt[1]) total une somme de 24.485 florins payés pour des chariots, dont les chatellenies enemies ont eté en defaut et qui par ainsi ne viennent point à[2]) charge de sa Mté Imple et catholique.

Que secundo on produirat les quittances originals de 7373 florins qui manquent sur une somme totale de 21.535 fl. 12 s. 10 d.[3]) ou au defaut d'icelles d'autres pieces justificatives.

Que tertio on produirat de même les quittances originals[4]) ou à leurs defaut des justifications sur une somme de 37.927 fl. 16 s. sur la quelle Castiglio at donné une copie de quittance suspecte.

Que quarto on produirat encore les quittances originals ou à leurs defaut des justifications authentiques sur une somme de 14.636 fl. 14 s. sur lesquelles le susdit Castiglio n'at produit pour preuve de livraison qu'une attestation de Mr Armstrom.

Que quinto on produirat de même les quittances originals ou à leurs defaut la justification qui manque pour une somme de 2818 fl. 14 s. et demi sur une somme totale de 17.237 fl. 6 d.

Que sexto on eclaircirat mieux les deux comptes pour Ostende, portant la somme de 16.425 fl. 1 s. 3 d., pour averer ce qui en doit rester à la charge de sa Mté Imple et catholique.

Et qu'enfin on renseignerat les munitions de guerre selon le compte specifié[5]) qu'on at presenté. Anvers[6]) ce 15. Nov. 1715.

L. C. de Koenigsegg.

---

[1]) *Or. = import.*
[2]) *Zinck hat à la charge.*
[3]) *Zinck hat 6 d.*
[4]) *Dieses Wort fehlt in dem Or. des R. A.*
[5]) *Ursprünglich stand la specification.*
[6]) *Ursprünglich stand Dans la ville d'Anvers.*

Comme[1]) en ajustant l'article pour la démolition des fortifications de la citadelle de Liege et du chateau de Huy les sousignez ministres plenipotentiaires des seigneurs etats generaux ont insisté, que de la part de l'empereur on voulut donner les assurances que le prince et etats de Liege se desisteroient de la pretension qu'ils ont porté à la diete de l'empire contre le fort que les etats generaux ont fait construire sur le Petersberg devant Maastright, et aussi que l'on puisse convenir sur leurs pretensions au sujet de Bonn, soit en faisant démolir les fortifications ou bien en s'accordant sur la garnison que l'on y pourroit mettre pour la seureté commune, Mr le comte de Kinigsegg, ministre plenipotentiaire de sa Mté Imple et catholique, s'etant excusé d'y entrer dès à present faute d'ordre pour le quel il auroit écrit en la cour, et que d'ailleurs ces deux points aient tant de rapport avec le susdit article et soient de tant d'importance pour les interets des etats generaux que lesdits plenipotentiaires ne sauroient s'en desister, aiant des ordres expres là dessus, ils se trouvent obligez de declarer comme ils declarent par cette, qu'ils n'ont consenti au contenu du dit article que dans la[2]) persuasion et dans l'attente, qu'avant l'echange des ratifications il sera donné de la part de sa Mté Imple et catholique pleine et entiere assurance q'il sera satisfait aux pretensions de L. H. L. sur ces deux points. Fait et delivré à Mr le comte de Kinigsegg à Anvers ce quinze de Novembre mille sept cens quinze.

L. S. B. v. Dussen.[3])
L. S. Le comte de Rechteren.
L. S. Sc. Gockinga.
L. S. Adr. Borssele tot Geldermalsen.[4])

---

[1]) *Nach dem im R. A. befindlichen Entwurfe.*

[2]) *Ursprünglich stand qu'à condition.*

[3]) *Die Unterschrift fehlt in diesem Entwurf.*

[4]) *Da die in dieser Deklaration von den Generalstaaten gestellten Bedingungen bis zum Tage des Austausches des Rat. vom Kaiser nicht erfüllt wurden, der Kurfürst von Köln vielmehr Truppen ohne Wissen und Teilnahme der Generalstaaten in Bonn einführte, erklärten die staatischen Deputierten gelegentlich der Auswechslung der Rat. des Barrierevertrages in einer Deklaration d. d. Antwerpen 1716 Jan. 31 ihre Verpflichtungen bezüglich Lüttichs und Huys nicht erfüllen zu können, bis ihnen bezüglich der Bonner und Petersberger Affairen Ge-*

16.

Defensivbündnis zwischen Karl VI. und Georg I., samt einem Separatartikel d. d. Westminster 1716 Mai 25 st. v.

Rat. Georgs I. d. d. St. James 1716 6./17. Juli[1]*; Karls VI. d. d. Wien 30. Juni*[2] *1716.*

Geheimer, separater Zusatzartikel zu diesem Vertrage d. d. Wien 1717 Sept 1, betreffend die gegen die grossbritannischen Rebellen zu ergreifenden Massregeln.[3])

Rat. Georgs I. d. d. St. James 1717 Dez. 17/1718 Jan. 7; Karls VI. d. d. Wien 1717 Sept. 10.

Die Originale des Bündnisses, des Separatartikels und des geheimen Zusatzartikels im St.-A. und R. O.; die Originale der Ratifikationen Georgs im St.-A., die Karls im R. O. — Drucke bei Bittner N. 700.

Eine der selbstverständlichen Folgen des englischen Ministerwechsels vom Jahre 1710 und der mit demselben zusammenhängenden Wendung in der auswärtigen Politik der Königin Anna, war der Abbruch der freundschaftlichen Beziehungen, die seit ihrem Regierungsantritte zwischen England und Österreich geherrscht hatten. Je eifriger das Toryministerium für den Frieden mit Ludwig XIV. eintrat und je selbstsüchtiger es dabei die besonderen Interessen des Inselvolkes in den Vordergrund rückte, desto verletzter fühlte sich der Wie-

---

nugtuung worden sei. Der kaiserliche Gesandte stellte darauf am selben Tage eine Gegenerklärung aus, in der er das Versprechen gab, dem Kaiser von den Gründen dieser Aufschiebung bei der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen seitens der Generalstaaten Mitteilung zu machen. Die Or. beider Erklärungen im R. A. (Barriere 1714—1716.) Eben daselbst auch die Kopie der Erklärung Königseggs d. d. 31. Jan. 1716, in der er betont, dass der Kaiser die Auswechslung der Rat. befohlen und dass er sie vollzogen habe, dass er aber im Namen des Kaisers und um Dispute zu vermeiden erklären müsse, dass der Kaiser, wie er einer bescheidenen Anzahl staatischer Truppen den Durchzug durch sein Land gestatten wolle, von den Generalstaaten erwarte, dass der Art. 14, die Post betreffend, strictissimo modo eingehalten werden würde. Bezüglich des von den Gouverneuren der Barrierefestungen zu leistenden Eides soll die bezügliche Verfügung des Vertrages ergänzt werden.

[1]) *Bittner setzt irrtümlich 16./27. Juli.*

[2]) *Bittner setzt irrtümlich 16. Juni.*

[3]) *Bittner bezeichnet l. c. 133 irrtümlich als Inhalt dieses Zusatzartikels die Einladung der Generalstaaten zur Accession.*

ner Hof. Als der Inhalt der Friedenspräliminarien, die England ohne Wissen des Kaisers mit Frankreich entworfen hatte und auf einem Friedenskongresse seinem Verbündeten aufnötigen wollte, dem kaiserlichen Gesandten am Londoner Hofe, Grafen Gallas, mitgeteilt wurde, — Okt. 1711 — gab dieser seinem Unwillen über das seinem Herrn zugefügte Unrecht in so heftiger Form Ausdruck, dass ihm der Zutritt zu Hof verweigert, den Ministern der Verkehr mit ihm untersagt wurde.[1] *Die Angelegenheit wurde dann notdürftig geordnet. Gallas verliess den englischen Hof und Königin Anna erklärte sich bereit, jeden anderen kaiserlichen Gesandten zu empfangen. Allein der Unmut der Wiener Regierung über den Verrat Englands und über den Österreich zugemuteten Verzicht auf Spanien blieb bestehen. Sie weigerte sich den Friedenskongress zu beschicken, falls auf dieser Grundlage verhandelt werden sollte und entschloss sich, auch in London gegen das treulose Vorgehen des Bundesgenossen nachdrücklichst zu protestieren.*

Niemand geringerer als Eugen von Savoyen, der grosse Kriegsheld, sollte dort die Interessen der kaiserlichen Politik vertreten, England zu neuerlicher Umkehr und zum Einlenken in die ehemals betretenen Pfade bewegen. Mitte Januar 1712 erschien er in London;[2] *er erfuhr, dass wenige Tage vorher Marlborough's Sturz erfolgt sei. Damit war auch das Schicksal seiner Mission besiegelt. Er erkannte alsbald, dass seine Bemühungen erfolglos bleiben würden. Um eine Enttäuschung reicher, kehrte er ins Lager zurück. Was folgte, ist bekannt. Während der Kaiser sein gutes Recht mit den Waffen in der Hand vertrat, schritt das Toryministerium auf der eingeschlagenen Bahn fort und schloss am 11. April 1713 zu Utrecht einen Frieden mit Frankreich. Derselbe bedeutete einen glänzenden Erfolg der englischen Politik. Die für die Entfaltung der englischen Handelsmacht im südlichen Europa wichtigen Stationen Gibraltar und Port Mahon blieben im Besitze Grossbritanniens; die Zerstörung Dünkirchens befestigte die Herrschaft Englands im nördlichen Meere; sein Kolonialbesitz in Amerika wurde auf Kosten seines gefährlichsten Rivalen, auf Kosten Frankreichs, ansehnlich vergrössert, und die günstigen Handelsverträge, die es mit Holland, Spanien und Frankreich schloss, sicherten den englischen Kaufleuten grossen Gewinn. Je berechtigter aber die Freude des englischen Volkes über*

---

[1]) *Für dies und das folgende vgl. Weber „Der Friede von Utrecht" 149 ff.*

[2]) *Vgl. Weber l. c. 254 ff.; Arneth Eugen II. 196., Feldzüge des Prinzen Eugen; XIV. Suppl.*

diesen günstigen Ausgang des langjährigen Krieges war, der an die Opferwilligkeit der Nation so grosse Anforderungen gestellt hatte, desto bitterer empfand der österreichische Herrscher das Vorgehen seines ehemaligen Kampfgenossen. Ihm in erster Linie mass er die Schuld daran bei, dass nicht alle seine Blütenträume reifen durften, dass er sich im Jahre 1714, nach vergeblichen Versuchen den Kampf gegen Ludwig XIV. ohne Mithilfe der Seemächte erfolgreich fortzusetzen, zum Frieden von Rastatt bereit finden musste, der, obgleich günstig genug, seinen hochgestellten Erwartungen nicht entsprach. Karl VI. gab seiner Entrüstung über dieses Vorgehen Annas und aller Leiter der englischen Politik unverholen Ausdruck, und wenn er auch die Beziehungen zum englischen Hofe nicht gänzlich abbrach, so bewies doch die Tatsache, dass er die Vertretung seiner Interessen in London seit dem Abgange des Grafen Gallas seinem Residenten Hoffmann überliess, und die zurückhaltende Art, mit der dieser die Eröffnungen der englischen Minister entgegennahm, wie gering die Neigung des Kaisers war, die alten freundschaftlichen Beziehungen zum englischen Hofe wieder aufzunehmen.

Da führte der Tod Annas und die Thronbesteigung Georgs I. einen entscheidenden Wechsel herbei.[1]) *Die Partei, die mit Georg I. in England zur Herrschaft gelangte, kehrte sogleich in die Bahnen zurück, die Wilhelm III. eingeschlagen hatte und denen Anna so lange gefolgt war, als Marlborough und seine Anhänger an der Spitze der Geschäfte gestanden hatten. Feindschaft, wenn möglich offener Krieg mit Frankreich wurde die Losung des neuen Whigministeriums und als natürliche Folge davon die Neigung mit den alten Verbündeten, mit Holland und dem Kaiser, das freundschaftliche Verhältnis wiederzugewinnen, das durch die Franzosenfreundliche Politik des Toryministeriums verloren gegangen war. In unzweideutiger Weise gab Georg I., dem schon als Kurfürsten von Hannover an der Aufrechthaltung guter Beziehungen zum Reichsoberhaupte gelegen sein musste, diesem Wunsche Ausdruck und die österreichische Regierung glaubte die Werbungen des neuen Herrschers nicht rundweg zurückweisen zu dürfen. Doch verhielt sich Karl VI. auffallend kühl, als Graf Stanhope, sein Freund vom spanischen Kriege her und nun einer der leitenden Minister des neuen Frankreich feindlich gesinnten*

---

[1]) *Für die auswärtige Politik Georgs I. verweise ich ein- für allemal auf die älteren Darstellungen bei Coxe „Walpole", Mahon History of England. Vol. I. und II.; Lecky Hist. of England Vol. I. und auf die neueren bei W. Michael, Engl. Gesch. im 18. Jahrh. I. 403 ff. Basil Williams „The foreign policy of England under Walpole Engl. Hist. Rev. 1900 und 1903.*

englischen Kabinettes, im Nov. 1714 in Wien erschien, von der Notwendigkeit sprach, den Bund des Kaisers mit den Seemächten zu erneuern und dem Kaiser ein Defensivbündnis anbot, dem dann auch die Generalstaaten beitreten sollten.[1]) *Auch legte die geheime Konferenz, die über Stanhope's Anträge beriet, Wert darauf, dem Vertreter Georgs I. bei dieser Gelegenheit vorzuhalten, wie übel England dem Kaiser in den letzten Jahren mitgespielt habe und wie berechtigt dessen Misstrauen in die Aufrichtigkeit der englischen Erklärungen sei. Je mehr sich aber die Stellung Georgs I. in England befestigte, und je weitergehender die Eröffnungen Stanhope's wurden, der als Führer der Kriegspartei in England nur allzu geneigt war die Revanchepläne der Österreicher gegen Frankreich zu nähren, desto mehr traten die Bedenken in den Hintergrund, die Anfangs von einem Teile der massgebenden Räte Karls VI. gegen den Anschluss an England geäussert worden waren.*[2]) *Als Stanhope Ende des Jahres 1714 den Wiener Hof verliess, nahm er nebst einem Entwurfe des Barrierevertrages auch den eines Bündnisses zwischen dem Kaiser und den Seemächten mit, das dem Namen nach einen defensiven, dem Inhalte nach einen ganz ausgesprochen offensiven Charakter trug. Denn Karl VI. forderte u. a. die Verpflichtung der Seemächte, ihn bei der Behauptung der Insel Majorka, die noch von österreichischen Truppen besetzt gehalten wurde, zu unterstützen, nie zuzulassen, dass nach dem Aussterben des mediceischen Mannsstammes in Toscana dieses Land an einen Prinzen aus dem Hause Bourbon falle, und ihn überdies bei seinem Bestreben verloren gegangene Teile der spanischen Monarchie wieder zu gewinnen nach Kräften zu fördern.*[3]) *Stanhope wusste, dass der Kaiser damit in erster*

---

[1]) *Die Instruktion für ihn (R. O.) ist datiert 18. Okt. 1714. Vgl. Michael l. c. 635 ff.*

[2]) *Konferenz-Ref. vom 29. Nov. St.-A. Vgl. Weber, Die Quadrupelallianz vom Jahre 1718 p. 3.*

[3]) *Beilage zum Reskript Karls VI. an Hoffmann d. d. 26. Juni 1715 St.-A. Im Hinblicke auf die Bedeutung dieses Projektes sei der Inhalt der 10 Artikel und der 3 Geheimartikel hier mitgeteilt. Art. I. bestimmte fortdauernde Freundschaft zwischen den 3 Mächten. Art. II. lautet: Foederis huius caput et finis est, non ut quisquam a foederatis invadatur aut offendatur, sed ut eorum honor, dignitas, regna, provinciae et iura, quae tempore conclusi foederis in Europae partibus possident aut durante foedere acquirent, contra quoslibet aggressores qui exsurgere possent communi ope illaesa conserventur, defendantur et propognentur simul et ob iniuriam, quae ipsis a quopiam inferri vellet, iusta satisfactio procuretur. Art. III. Der Angegriffene gibt den Verbündeten Kunde, und diese suchen den Angreifer von weiteren Angriffen abzuhalten und zur Schadloshaltung zu bewegen. Art. IV. Gelingt dies innerhalb 3er Monate nicht, dann haben die*

Linie Sizilien im Auge hatte, das im Utrechter Frieden dem Herrscher von Savoyen zugewiesen worden war und dessen Besitz dem Kaiser schon um Neapels willen unentbehrlich schien; er wusste auch, dass Frankreich seine Zustimmung zu einer derartigen Verletzung des geschlossenen Friedens nicht geben werde, und konnte daher nicht zweifeln, dass der Abschluss des Bündnisses unter den von Österreich gestellten Bedingungen den Krieg nach sich ziehen würde. Wenn er trotzdem gegen solche Forderungen der Wiener Regierung nicht offen protestierte, so geschah dies, weil er selbst bei dieser durch seine Erklärungen die Hoff-

---

zu Hilfe gerufenen Mächte Hilfe zu leisten und nur gemeinsam mit dem Feinde Frieden zu schliessen. Art. V. Die Zahl der Truppen ist nicht angegeben. Art. VI. enthält Bestimmungen über Erhaltung und Verpfleguug dieser Truppen. Art. VII. enthält Bestimmungen über den Kriegsbefehl und Kriegsrat. Art. VIII. enthält Bestimmungen über friedliche Beilegung eventueller Differenzen im Heere. Art. IX. Per foedus hoc meram defensionem spectans eorum quae foederati tempore conclusi foederis in Europa possident aut durante foedere acquirent, non tantum nihil derogatum censebitur amplioribus iuribus, quae singulis foederatis contra alios competunt, sed nec iis quicquam praeiudicii inferetur, quae se invicem suosque tangunt, multo minus caesarei muneris administrationi ullum impedimentum adferetur. Art. X. Die Dauer des Bundes soll 10 Jahre betragen und die Möglichkeit gegeben sein, ihn vor Ablauf dieser Frist zu erneuern; der Beitritt anderer Fürsten ist nach Übereinkunft der 3 Mächte gestattet. Secretartikel I. betrifft Majorka; die Seemächte erklären, eam insulam cum omnibus eo spectantibus locis, personis, rebus ac iuribus, non secus ac alia quaevis foederatorum regna, provincias et iura praesenti foedere comprehensam atque ad eam pro sacra Ceа et catholica Mte augustaque domo austriaca defendendam et conservandam obligatos se esse velle ac debere. Der 2te Art. enthält die Verpflichtung der Seemächte, quod non tantum nihil unquam impedimenti allaturi sint sacrae Ceae et catholicae Mti, quominus reliquam monarchiae hispanicae partem acquirat, sed uti occasio tulerit ultro operam dare velint et omni ope conniti, ut universum in eam ius et quaevis quocunque tempore adepta possessio penes sacram Ceam et catholicam Mtem et Sermam domum austriacam semper permaneat et perpetuo conservetur; a qua obligatione uti nulla alia monarchiae Hispanicae portio excepta haberi debet, ita nominatim id de Sicilia a duce Sabaudiae nunc detenta aliisque eius praesentibus aut futuris usurpationibus ac molitionibus intelligitur. Art. III. Cum et sacri Romani imperii utilitas et publica Europae tranquillitas ac securitas postulet, ut superstite aeque ac extincta stirpe Medicaea masculina eiusdem imperii in magnum Hetruriae ducatum aliasque ab ea familia possessas ditiones et feuda ius illaesum conservetur, inprimis vero impediatur, ne ex iis quicquam ad Borboniam domum transferatur aut ab hac quavis ratione aut quolibet praetextu occupetur vel usurpetur", verpflichten sich die 3 Mächte sich darüber immer zu einigen und nicht zu gestatten, dass darwider gehandelt werde; idem etiam de aliis Italiae partibus domui Borboniae nunquam permittendis a foederatis observabitur.

nung erweckt hatte, für solche Bestrebungen die Unterstützung der Seemächte zu gewinnen. Allein so sehr er für seine Person die baldige Aufnahme des Krieges gegen Frankreich und dessen Verbündete wünschte, so wenig glaubte er in diesem Augenblicke an die Möglichkeit eines Erfolges. Er hielt es daher für angezeigt, von dem Entwurfe des Wiener Hofes vorerst seiner Regierung keine Mitteilung zu machen, diese vielmehr auf einen geeigneteren Moment zu verschieben, was ihm um so leichter wurde, als allerseits die Anschauung vorherrschte, dass die Ordnung der Barrierefrage dem Abschlusse eines Defensivbündnisses zwischen den Seemächten und Österreich vorangehen müsse. In diesem Sinne vertröstete Stanhope den kaiserlichen Residenten Hoffmann, als dieser im Frühjahr 1715 zu seiner grössten Überraschung erfuhr, dass die meisten englischen Minister von dem österreichischen Vertragsentwurfe überhaupt keine Kunde erhalten hatten, mit der Bemerkung, es sei noch nicht die rechte Zeit dazu gekommen.[1] *Und als Hoffmann im Sommer 1715 dem englischen Hofe von dem Anerbieten des Papstes Innocenz XII. sprach, zwischen Karl VI. und Philipp V. von Spanien den Frieden zu vermitteln, rieten die englischen Minister nicht nur ab, sondern Stanhope betonte, dass Ludwig XIV. dem Tode nahe sei „und dass innerhalb 6 Monaten die Sachen dahier dahin geändert sein werden, dass diese Nation mehr für den Krieg als den Frieden sein werde."*[2] *In der Tat war die herrschende Partei in jener Zeit fest entschlossen, den Kampf mit Frankreich nach dem Tode Ludwigs XIV. aufzunehmen. Allein bevor noch dieses Ereignis eintrat, und lange bevor die Lösung der Barriereangelegenheit gefunden war, die dem Abschlusse der gegen Frankreich gerichteten Allianz vorangehen sollte, hatten sich die Verhältnisse Grossbritanniens derart geändert, dass an eine Durchführung der Offensivpläne Stanhope's nicht zu denken war. Die schwere Gefahr, in die Georg I. durch den Aufstand der Jakobiten geriet, nötigte die englische Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit den inneren Wirren zuzuwenden,*[3] *und so wünschenswert ihr gerade im Hinblicke auf diese neuen Konflikte ein freundschaftliches Verhältnis zum Kaiserhofe war, so wenig glaubte sie jetzt Verpflichtungen übernehmen zu dürfen, die ihren Feinden Gelegenheit*

---

[1] *Für dies und das Folgende vgl. die Berichte Hoffmanns St.-A. und die Darstellung bei Michael 641 ff. und Weber p. 4 ff.*

[2] *Bericht Hoffmanns d. d. 25. Juni 1715 St.-A.*

[3] *Über den Aufstand der Jakobiten vgl. Michael l. c. 485 ff. und die dort verzeichnete Literatur.*

bieten konnten, England in dem Momente anzugreifen, wo es alle Kräfte aufbieten musste, den inneren Feind zu besiegen.

Unterdessen hatte der Wiener Hof, an dem seit einiger Zeit Lord Cobham die Geschäfte der englischen Regierung führte, den Entschluss gefasst, die Allianzfrage in London durch einen neuen Botschafter in Gang zu bringen. Graf Volkra, der für diese Mission ausersehen wurde, erhielt die Weisung, kein Mittel unversucht zu lassen, um den Abschluss des geplanten Bündnisses zu beschleunigen, zu gleicher Zeit aber alles zu vermeiden, was von England als eine Anerkennung des Utrechter Friedens gedeutet werden könnte.[1]) *Der kaiserliche Gesandte langte in London in eben der Zeit an, da im Haag die Unterzeichnung des Barrierevertrages erfolgte.*[2]) *Er konnte darauf hinweisen, dass dieses Hindernis beseitigt sei. Seine Aufnahme war eine gute. Dort ergaben sich, kaum dass die Frage des Bündnisses erörtert wurde, Differenzen, deren Ausgleichung nicht leicht war. England wünschte eine Tripleliga; der Kaiser im Hinblicke auf neue Streitigkeiten, in die er mit den Generalstaaten geraten war, ein Bündnis Englands mit Österreich, dem beizutreten den Niederländern freigestellt werden sollte. Da eine Einigung über diesen sowie über andere Punkte nicht zu erzielen war, entschloss sich die englische Regierung, der an der Unterstützung durch die Niederlande in diesem Augenblicke sehr viel gelegen war, mit diesen vorerst abzuschliessen. Am 6. Febr. 1716 st. v. wurde das englisch-staatische Bündnis unterzeichnet. Die beiden Mächte bestätigten durch dasselbe alle Verträge, die sie seit dem Frieden von Breda miteinander geschlossen hatten und verpflichteten sich zu gemeinsamer Verteidigung gegen jeden Angriff. Graf Volkra hatte von diesen Entschlüssen der Engländer Kenntnis erhalten; sie von denselben abzuhalten, war ihm aber nicht gelungen. Doch weigerte er sich hartnäckig, auf das Anerbieten der Engländer einzugehen, die Österreich nun zum Beitritte zu der staatisch-englischen Allianz aufforderten. Seine Auffassung stimmte in diesem Punkte mit der des Kaisers überein. Karl VI. war über den Abschluss des englisch-staatischen Bündnisses entrüstet und gab seiner Unzufriedenheit*

---

[1]) *Volkra erhielt 2 Instruktionen, eine aus der Reichskanzlei d. d. 3. Aug. 1715, in welcher auch die Titel- und Zeremonienfragen eingehend erörtert wurden, und eine d. d. 28. Aug., die das Erzhaus betraf; letztere ist die wichtigere. Karl VI. erklärt ganz ausdrücklich, dass er die Tripleliga blos als König und Erzherzog schliessen wolle, nicht als Kaiser. St.-A.*

[2]) *Die Ankunft Volkra's in London erfolgte am 10. Nov. n. st. Vgl. sein Schreiben an den Kaiser d. d. London 1./12. Nov. 1715.*

über das Vorgehen der englischen Regierung um so lebhafteren Ausdruck, als ihn der im Dezember 1715 geschlossene englisch-spanische Handelsvertrag der Hoffnung zu berauben schien, die Hilfe Englands für seine gegen den spanischen Herrscher gerichteten Pläne zu gewinnen. Volkra erhielt Auftrag, sich über die von England dem Kaiser gegenüber beobachtete Haltung zu beschweren und den Beitritt Österreichs zu der bereits unterzeichneten Liga abzulehnen. Die englische Regierung rechtfertigte sich und betonte ihre Neigung, einen neuen Vertrag zu schliessen. Die darauf bezüglichen Verhandlungen wurden sowohl in Wien als auch in London gepflogen. Man dachte an beiden Orten vorerst an eine Tripleliga. Februar 1716 übersandte die Wiener Regierung ihrem Vertreter in London 3 Entwürfe einer solchen.[1]) *Allein zur Verhandlung darüber kam es nicht. Die englischen Minister hatten unterdes Gelegenheit gehabt sich zu überzeugen, dass die gereizte Stimmung, die zwischen dem Kaiser und den Generalstaaten vor dem Abschlusse des Barrierevertrages geherrscht hatte, seit der Unterzeichnung desselben eher zu als abgenommen hatte, und da es ihnen im eigenen Interesse wünschenswert schien, mit Österreich sobald als möglich abzuschliessen, trat Townshend Ende Februar 1716 mit dem Vorschlage an Volkra heran, der Kaiser möge sich mit England verbinden und die Generalstaaten durch einen besonderen Artikel des Vertrages zum Beitritte eingeladen werden.*

Karl VI. zeigte sich gerne bereit, auf diese Pläne einzugehen,[2]) *zumal die Gefahr eines Krieges gegen die Türken nahe lag, während zu gleicher Zeit Nachrichten einlangten, die auf feindliche Absichten Philipps V. von Spanien gegen die kaiserlichen Besitzungen in Italien hinwiesen.*[3]) *In verhältnismässig kurzer Zeit führten die Beratungen*

---

[1]) *Weisung d. d. Wien 12. Febr. 1716 an Volkra; P. S. vom 19. Febr. St.-A. (Angl.) Zwei dieser Entwürfe waren in die Form von Zusätzen zum Barrieretraktat gekleidet; nach dem ersten sollte ein Separatartikel mit demselben Datum wie der Barrierevertrag, nach dem zweiten mit neuerem Datum aber gleichfalls als Anhang zum Barrierevertrag unterzeichnet werden. Der dritte Entwurf war ein selbständiger Traktat der 3 Mächte.*

[2]) *Schaub, der in jener Zeit die Interessen Englands am Wiener Hofe vertrat, verhandelte eifrig mit den österreichischen Ministern, insbesondere mit dem Prinzen Eugen und dem Gragen Sinzendorff, die nicht müde wurden zu betonen, wie weit der Kaiser den Engländern entgegenkomme. Berichte Schaubs R. O.*

[3]) *Wie wesentlich diese Dinge auf die Entschliessungen des Wiener Hofes eingewirkt haben, zeigt die Weisung Karls VI. d. d. 4. April 1716. Es heisst da: „Indem aber die Bewegungs-Ursach, die uns zum Schluss dieser Allianz veranlasset, unter anderen nicht die letzte ist, dass unsere italienische König-*

der geheimen Konferenz zu dem Entschlusse, ohne Rücksicht auf die früher verfassten Projekte, ein österreichisch-englisches Defensivbündnis zu entwerfen und die Annahme desselben ohne jede Änderung zu fordern.[1]) *Der Inhalt desselben entsprach ganz den augenblicklichen Bedürfnissen des Wiener Hofes und dem Wunsche, ohne allzu schwere Verpflichtungen für den Kaiser diesem die Hilfe Englands für den Fall eines Konfliktes in Italien zu sichern. Ausdrücklich genannt wurden die italienischen Besitzungen nicht; man fürchtete am Wiener Hofe in diesem Falle auch zur Aufnahme der kontinentalen Gebiete Georgs I. und seiner neuen Erwerbungen — Bremen und Verdun — genötigt zu werden, was man verhindern wollte und begnügte sich daher mit der Erklärung, dass die beiden Mächte sich gegenseitig im Falle eines feindlichen Angriffes unterstützen sollten. Allein indem der Entwurf bei dieser Gelegenheit nicht nur der Länder und Rechte, sondern auch der Ehren und Würden der vertragschliessenden Mächte gedachte, hoffte der Wiener Hof seine Anrechte auf Spanien genügend betont zu haben. Der Kaiser sollte dem englischen Könige mit 12000 Mann, dieser jenem mit 10000 Mann und 20 Kriegsschiffen 2ter und 3ter Ordnung zu Hilfe kommen. Von einer Garantie der hannover'schen Thronfolge, die seitens der englischen Minister dringend gefordert worden war, stand in dem Entwurfe nichts.*[2]) *Dagegen wurde der Gedanke*

---

reich und Lande unter wehrendem Türkenkrieg mittelst einer englischen Flotta oder Esquadra von aller äusserlicher gefährlicher Anfechtung sicher gestellet werden, dessen es der Zeit desto mehrer zu bedörfen scheinet, als vom Duc von Anjou eine ziemliche Anzahl der Schiffen und Völker nacher Italien zu überschicken zwar unterm Vorwand einer gegen den Türken abschickenden Hilf angetragen wird; also werdet ihr bei Schliessung der Allianz vor allem auf Abschickung einer zuelänglichen Squadra in das Mediterraneum zu Sicherstellung ersagt unserer italienischen Provinzen anzutringen haben."

[1]) *Vgl. die Instruktion d. d. 4. April 1716 St.-At. „Ingestalten dann auch ihr nicht einen Buchstaben weder davon noch darzu zu thuen."*

[2]) *Dem Grafen Volkra wurde überdies in der Weisung d. d. 4. April 1716 mitgeteilt: „Wir hetten wünschen mögen, dass Du Dich habender Instruction gemäss über diese 2 Punkten — Garantie der hannover'schen Succession in England und dessen was Georg I. derzeit von Schweden besass — in die von Dir ersagten ministris gethane Vorschläg nicht ein, noch auch mit Deiner Rede und Gegensatz so weit herausgelassen hettest; allermassen künftighin all dergleichen höchst verfängliche Discurs und gegenseits geflissentlich gebende Anlass vorsichtiglich abzuweichen seind." Wegen der Garantie der im Besitze Georgs I. befindlichen schwedischen Gebiete erklärte Karl VI. ferner, nur bei einem mit den übrigen nordischen Alliierten zu schliessenden Vertrage sich herauslassen zu können und betonte, dass diese Frage mit dem Defensivbündnisse in keiner Ver-*

die Generalstaaten zum Beitritte einzuladen in einem besonderen Artikel ausgedrückt. Man sieht, der Entwurf war recht geschickt gemacht; wurde er von den Engländern angenommen, dann hatte sich der Kaiser ohne grosse Opfer die Hilfe des Inselreiches gesichert, ohne dessen Unterstützung an einen erfolgreichen Kampf in Italien nicht zu denken war. Deshalb wohl erhielten die in London weilenden Vertreter des Kaisers den Auftrag, an dem Wortlaute des Entwurfes keinen Buchstaben zu ändern. Allein die kaiserlichen Minister täuschten sich, wenn sie glaubten, ihre englischen Kollegen würden den Sinn der einzelnen Artikel nicht zu deuten verstehen. Dieselben durchschauten vielmehr die Pläne des Kaisers vollkommen. Wenn sie trotzdem vorerst von jedem Eingehen auf die Einzelheiten des Entwurfes absahen, so geschah dies, weil ihnen das erneuerte Bestreben Frankreichs, die Generalstaaten zu gewinnen, den Gedanken nahe legte, das vorhin fallen gelassene Projekt einer Tripleliga wieder aufzunehmen. Erst als die Nachricht kam, dass die Generalstaaten fest entschlossen seien, nur dann mit dem Kaiser und England abzuschliessen, wenn zu gleicher Zeit auch das staatisch-englisch-französische Übereinkommen durchgeführt werde, entschieden sich die englischen Minister für das englisch-österreichische Separatbündnis.

Jetzt traten sie aber auch mit ihrer Kritik des österreichischen Entwurfes hervor. Sie forderten die Auslassung der Worte „honor" und „dignitas", und volle Gleichheit der Verpflichtungen beider Mächte bei der Hilfeleistung. Die Situation der Vertreter Karls VI. war eine schwierige. Wie viel ihrer Regierung an dem Abschlusse des Vertrages lag, wussten sie; andererseits lautete der Befehl, auch nicht einen Buchstaben an dem Wortlaute des österreichischen Entwurfes zu ändern, so präzise, dass ein Nachgeben den Engländern gegenüber ausgeschlossen scheinen musste. In der Tat vertrat der erfahrene, vorsichtige Hoffmann den Standpunkt, dass man nicht um Haaresbreite von den aufgestellten Bedingungen weichen dürfe. Graf Volkra aber, dessen heftige, anmassende Art zu manchen Konflikten am englischen Hofe geführt und ihm zahlreiche Verweise seiner Regierung eingetragen hatte, war in diesem Falle für ein Entgegenkommen. Nach langen Verhandlungen, die von beiden Seiten mit bemerkenswerter Hartnäckigkeit geführt wurden, einigten sich die kämpfenden Parteien. Die kaiserlichen Gesandten setzten es durch, dass die Worte „honor" und „dignitas",

---

bindung stehe. Zu einer Garantie der protestantischen Succession könne er sich aus Gründen, die er oft geäussert habe, nicht verstehen.

sowie das von Townshend gleichfalls befehdete Wort „jura“ in dem zweiten Artikel beibehalten wurden, wogegen sie ihre Einwilligung gaben, dass der defensive Charakter des Bündnisses in den ersten Worten dieses Artikels noch besonders betont werde. Die Hilfeleistung, die den Gegenstand des vierten Paragraphen bildete, wurde dem Begehren der Engländer entsprechend beiderseits in gleicher Höhe — 8000 Mann zu Fuss und 4000 Reiter — festgesetzt; doch wurde den Wünschen des Kaisers durch den Zusatz Rechnung getragen, dass England sich verpflichtete, falls der Krieg es erfordern sollte, an Stelle der Landtruppen „tot naves bellicas, quarum sumptus praefatum numerum armatorum adaequarent“ zu liefern. Gegen die Zufügung eines Separatartikels, durch den England sich dagegen sichern wollte im Falle eines österreichisch-türkischen Krieges zur Unterstützung des Kaisers herangezogen zu werden, hatten die österreichischen Gesandten nichts einzuwenden. Im übrigen wurde der Wortlaut des kaiserlichen Entwurfes beibehalten und im siebenten Artikel von neuem der Beschluss der Verbündeten betont, die Generalstaaten zum Eintritte in dieses Bündnis aufzufordern.[1])

Die Wiener Regierung erwartete mit Spannung die Mitteilungen ihrer Vertreter in London und entschloss sich, als Volkra berichtete, dass die Engländer die Worte „honor“ und „dignitas“ in den Vertrag nicht aufzunehmen, dagegen vom Kaiser eine grössere Anzahl Soldaten, sowie die Garantie der hannover'schen Succession und der im Besitze Georgs I. befindlichen schwedischen Gebiete zu fordern willens seien und in diesem Sinne ein neues Vertragsprojekt entworfen hätten, zu weitgehenden Konzessionen. Die Weisung vom 6. Juni 1716 ermächtigte Volkra, wenn es nötig sein sollte, von der Aufnahme der Worte „honor“ und „dignitas“ abzustehen, die vom Kaiser zu leistende Hilfe auf 15000 Mann zu erhöhen und im äussersten Falle die Garantie der hannover'schen Succession, wenn auch nur in allgemein gehaltener Form, in den Vertrag aufzunehmen. Über diese Zugeständnisse hinauszugehen weigerte sich Karl VI. auf das entschiedenste, und befahl seinen Gesandten in diesem Falle von jeder weiteren Verhandlung abzustehen.[2]) *Allein einen Tag vor Absendung dieser Weisung hatten — wie aus der vorangehenden Darstellung zu ersehen ist — die Vertreter*

[1]) *In diesem Sinne ist die Bemerkung Michaels l. c. 673, als ob erst damals der auf die Beitrittseinladung der Generalstaaten bezügliche Artikel hinzugefügt worden wäre, zu rectifiziren.*

[2]) *Weisung Karl VI. an Volkra und Hoffman d. d. Laxemburg 6. Juni 1716 St.-A.*

Karls VI. unter wesentlich günstigeren Bedingungen mit den Engländern abgeschlossen. Als ihr Bericht in Wien einlangte, überwog das Gefühl der Befriedigung, dass die Abmachung zustande gekommen war, den Ärger über die Änderungen, die an dem kaiserlichen Entwurfe vorgenommen worden waren.[1]) *Man darf sich in dieser Auffassung durch die Weisung nicht beirren lassen, mit der Karl VI. die Übersendung des Vertrages erwiderte.*[2]) *Denn wenn hier fast nur von den Nachteilen die Rede ist, die dem Kaiser aus dem abgeschlossenen Vertrage erwachsen könnten; die Gefahr betont wird, nach dem Wortlaute des Vertrages zur Garantie der hannover'schen Succession und des Besitzes Georgs I. an schwedischen Gebieten genötigt zu werden*[3]) *und die ungünstige Form hervorgehoben wird, in der sich England zur Seehilfe verpflichtete,*[4]) *so zeigt die rasche Erledigung der Ratifikation, dass der Wiener Hof im wesentlichen mit dem Vorgehen seiner Vertreter einverstanden war. In der Tat war durch dasselbe die Grundlage für weitere Abmachungen geschaffen, falls die Ereignisse, die sich nicht voraussehen liessen, zu*

---

[1]) *Vgl. den Bericht Schaubs d. d. 27. Juni 1716 R. O. Prinz Eugen äusserte sich ihm gegenüber, dem Kaiser liege nichts mehr am Herzen, als stets in engster Verbindung mit dem Könige von England zu leben; die Allianz, die jetzt geschlossen sei, mache dem Kaiser viel Freude.*

[2]) *Weisung an Volkra und Hoffmann d. d. Laxenburg 30. Juni 1716. St.-A.*

[3]) *Der Kaiser bemängelte insbesondere die Worte „in possessione regnorum, provinciarum et iurium eo quo sunt statu" im 2. Artikel, weil er fürchtete, „der englische Hof dörfte ein und anderes und namentlich die jetzige Innhabung des Herzogtums Bremen und Fürstentums Verden mit begriffen und verstanden haben, . . . wohingegen uns Engelland durch obangezogene Clausul alle Hilf und Assistenz zu künftiger Widereroberung der spanischen Königreichen, worauf wir doch die Porten offen zu halten unserseitiges Absehen bei Errichtung dieser Allianz, wie billich, gesetzet hatten, und worzu uns der König durch den Stanhope sowohl als den Cadogan auch Hoffnung geben lassen, gar deutlich absaget . . ." Vgl. übrigens für die Überflüssigkeit dieser Besorgnisse die Ausführungen bei Michael l. c. 675.*

[4]) *Es heisst in der Weisung d. d. 30. Juni 1716 St.-A. diesbezüglich: „Zu diesem kommet, dass der König in obangezogenem 5ten Articul anstatt der von selbem begehrt- und ehevor zugestandenen Hilf zur See und Land, jetzt nur alternative, oder Volk ohne Schiff, oder Schiff ohne Volk und dieses erst auf den Notfall darzugeben verbunden ist; . . . womit nicht allein unsere italienische Länder, absonderlich aber unser Königreich Neapel unter wehrendem Türgenkrieg gegen unsere Feinde und deren Anhang in schlechte Sicherheit gesetzet wird, sondern über das noch dieser üble Eingang gegen Engelland gemacht worden, dass selbes künftighin uns alle Seehilf in denen Allianzen anrechnen und ihre Schiff und die daraufgehende Unkosten für das zu Land zu geben schuldige Contingent imputiren und abziehen wird."*

solchen nötigen sollten. Vorerst aber benutzte die Wiener Regierung die Auswechselung der Ratifikationen, um die Erwartung auszusprechen, dass England die bereits begonnenen Vertragsverhandlungen mit Frankreich entweder abbrechen oder wenigstens ohne Schaden Karls VI. — zumal seiner belgischen Besitzungen — führen werde. Die englische Regierung zögerte nicht, das verlangte Versprechen in dem letzteren Sinne zu geben. Die Niederländer zeigten sich Anfangs über das Zustandekommen dieses englisch-österreichischen Separatbündnisses ungehalten, doch milderte sich ihr Zorn, als sie wahrnahmen, dass Georg I. nicht abgeneigt war, das von ihnen vorgeschlagene Bündnis mit Frankreich zu schliessen. Von der Einladung, dem englisch-österreichischen Bunde beizutreten, haben sie keinen Gebrauch gemacht. Die Ereignisse der folgenden Jahre liessen dies überflüssig erscheinen.

Längere Zeit nach erfolgter Ratifikation dieses Vertrages wurde demselben ein geheimer Separatartikel hinzugefügt, durch den sich Karl VI. verpflichtete, grossbritannische Rebellen, unter anderen auch den Prätendenten Jakob Stuart, auf Requisition der Engländer innerhalb 8 Tagen aus seinen Erblanden und aus den spanischen Niederlanden auszuweisen. Veranlassung zu dieser Abmachung hatten die Konspirationen gegeben, die auch nach der Niederlage der Stuartischen Anhänger in Schottland von verschiedenen Seiten gegen die hannover'sche Dynastie stattgefunden hatten, namentlich die Aufsehen erregende Verschwörung, deren Mittelpunkt der in London weilende schwedische Gesandte Graf Gyllenborg und der im schwedischen Dienste wirkende Baron Görtz bildeten und die den Zweck verfolgte, Georg I., der als Kurfürst von Hannover gegen Karl XII. focht und auf die Herzogtümer Bremen und Verden Ansprüche erhob, durch eine Verschwörung im Innern von der Teilnahme am Kriege gegen Schweden abzuhalten.[1]) *Gyllenborg hatte mit den Anhängern der Stuarts in Grossbritannien die Verhandlungen geführt und die Vereinbarung getroffen, dass schwedische Truppen — es war von 12000 Mann die Rede — in England einfallen und dass in diesem Momente die Jakobiten die Fahne der Empörung aufrollen sollten. Zu gleicher Zeit hatte Görtz in verschiedenen Gebieten des westlichen Europa Stimmung für die Sache der Stuarts zu machen gesucht und namentlich bei den Vertretern Spaniens freundliches Entgegenkommen gefunden. Alberoni, der damals die Geschicke Spaniens bestimmte, sendete reichliche Subsidien und Jakob Stuart, der Präten-*

---

[1]) *Vgl. Michael l. c. 737 ff. und Chance The Swedish Plot of 1716—1717. English Hist. Review 1903 p. 87 ff.*

dent, dessen Ausweisung aus Avignon gerade in dieser Zeit Gegenstand lebhafter Kontroversen zwischen dem englischen und dem französischen Hofe bildete, stellte nicht nur eine für seine Verhältnisse grosse Summe zur Verfügung, sondern stand auf dem Sprunge nach Stockholm zu reisen, um bei geeigneter Gelegenheit seine Sache persönlich zu unterstützen. Auch mit dem Zaren Peter waren Verhandlungen angeknüpft worden und es lag nicht ausserhalb dem Bereiche der Möglichkeit, dass Görtzens Plan, Russland und Schweden auszusöhnen und zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Georg I. zu bewegen, sich realisieren werde. Dass diesmal der protestantische Schwedenkönig die Sache der katholischen Stuarts unterstützen sollte, schien den Verschwörern eine wirksame Förderung ihrer Sache. Allein noch ehe die Dinge spruchreif waren, hatte die englische Regierung Kunde von den verräterischen Absichten Gyllenborgs erlangt, diesen verhaftet, seine Papiere mit Beschlag belegt und die notwendigen Vorbereitungen getroffen, um einem schwedischen Einfalle zu begegnen. Dem Ende Januar 1717 zusammentretenden Parlamente wurden Dokumente vorgelegt, die den Umfang und die Verwegenheit der Verschwörung deutlich erkennen liessen und zu entschiedenen Protesten der beiden Häuser führten. Die Gefahr war damit für den Augenblick abgewendet. Immerhin lag aber die Möglichkeit der Wiederholung derartiger Verschwörungen nahe, und Georg I. glaubte kein Mittel unversucht lassen zu dürfen, um sich gegen solche zu schützen. In diesem Sinne hatte er bei seinen Verhandlungen mit den Franzosen auf der Ausweisung Jakob Stuarts aus Avignon zähe bestanden und auch durchgesetzt, dass sie ausdrücklich in dem Vertrage ausgesprochen wurde, den die Seemächte mit Frankreich in den ersten Tagen des Jahres 1717 schlossen; in diesem Sinne wünschte er nun auch eine besondere Erklärung des Kaisers, dem aus Frankreich ausgewiesenen Prätendenten, sowie jenen Jakobiten, die seit der Unterdrückung des stuartischen Aufstandes in Schottland und seit der Gyllenborg'schen Verschwörung nach den österreichischen Erb- und den spanischen Niederlanden geflohen waren,[1] *weder Unterstützung noch Schutz zu gewähren, dieselben vielmehr auf Verlangen der englischen Regierung aus seinen Besitzungen auszuweisen. Die Gelegenheit, eine solche Forderung zu stellen, ergab sich, als der Kaiser immer dringender die Begleichung der Subsidienrückstände verlangte, auf die er für die während des Erbfolgekrieges in Spanien geleisteten Dienste*

[1] *Vgl. die darauf bezüglichen Mitteilungen bei R. Pauli, Stuart und Sobieski, Hist. Gesch. XLVI. 259 ff.*

Anspruch erhob. Die englischen Minister machten grosse Schwierigkeiten und beantworteten die hohen Forderungen der kaiserlichen Vertreter mit ganz ungenügenden Anerbietungen, indem sie immer deutlicher auf die jedem Zugeständnisse abgeneigte Stimmung des Unterhauses hinwiesen, ohne dessen Genehmigung eine Entschädigung nicht geleistet werden konnte.[1]) *Schliesslich erklärten sie sich zu einer Zahlung von 120- bis 130.000 Pfund Sterling — die Österreicher verlangten 8—900.000 — bereit, stellten jedoch die Bedingung, dass der Kaiser diese Summe als Gesamtentschädigung acceptire und sich verpflichte, dem Prätendenten im römischen Reiche und in den Erblanden kein Asyl zu gewähren.*[2])

Volkra und Hoffmann, denen die Abneigung Karls VI. gegen eine derartige Erklärung nicht unbekannt war, sprachen ihr Befremden über diese neue Zumutung aus, die mit der Angelegenheit, über die sie verhandelten, in keinem Zusammenhange stehe.[3]) *Allein Stanhope wie Sunderland blieben dabei, dass sich viele dem Könige und der jetzigen Regierung verdächtige Engländer in den österreichischen Niederlanden eingefunden hätten; betonten, dass der Prätendent sich ebenfalls dahin begeben könnte*[4]), *und erklärten trotz ihres Vertrauens in den Kaiser, im Hinblicke auf den Argwohn der englischen Nation, auf dieser For-*

---

[1]) *Die Erörterung dieser Frage nahm lange Zeit in Anspruch und führte zu sehr erregten Verhandlungen. Der Kaiser hatte Ende 1716 eine eigene Kommission nach London geschickt, die gemeinsam mit den kaiserlichen Gesandten die Forderungen des Wiener Hofes mit 977.128 Pfund Sterling bezifferte. (Bericht Volkra's und Hoffmanns d. d. 5. März 1717.) Stanhope, der in erster Linie die Verhandlungen mit ihnen führte — neben ihm waren Sunderland und der gewesene Kriegskommissär Carnaroon tätig, der seinerseits Forderungen an den Wiener Hof stellte (Bericht Hoffmanns an Sinzendorff d. d. 9. Okt. 1716) — erklärte alsbald, dass man eine Billigung dieser Ansprüche seitens des Parlamentes nicht zu hoffen habe, da dieses behaupte, an Österreich wegen der von dieser Macht im Vertrage mit Portugal 1703 übernommenen und nicht eingehaltenen Verpflichtung, ein Drittel der Subsidien zu zahlen, Forderungen in der Höhe von mehreren Millionen Thalern zu haben. (Bericht Volkra's und Hoffmanns d. d. 6. April.) Doch versprach Stanhope eine bescheidene Entschädigung — etwa 100.000 Pfund — bei Georg I. zu befürworten. Bald darauf wurden dem Residenten Hoffmann insgeheim noch weitergehende Anerbietungen gemacht (vgl. dessen Bericht vom 6. April und die Weisung vom 27. April 1717), doch erklärte Stanhope zu Beginn des Monates Mai nunmehr im Hinblicke auf die Opposition — zumal Townshends und Walpole's — diese Versprechen nicht einhalten zu können.*

[2]) *Bericht Volkra's und Hoffmanns d. d. 3./14. Mai 1717 St.-A. (Angl.)*

[3]) *Ebenda; vgl. Pauli l. c. 260.*

[4]) *Er befand sich damals in Italien.*

derung bestehen zu müssen. Der Wiener Hof war über das Vorgehen der englischen Regierung sehr ungehalten, behauptete durch die im Vertrage vom Jahre 1716 eingegangene Verpflichtung, den englischen König gegen jeden Angriff zu schützen, genug gethan zu haben und verwies darauf, dass man schon im Jahre 1714 dem Prinzen Jakob den Aufenthalt in den Erblanden untersagt habe;[1] *eine ausdrückliche Verpflichtung in so bestimmter Form einzugehen, verstosse aber gegen die kaiserliche Würde.*[2] *In diesem Sinne erhielten die kaiserlichen Vertreter in England den Auftrag, Georg I. und seinen Ministern vorzuhalten, dass von den katholischen Mächten nur Frankreich eine derartige Erklärung abgegeben habe, jenes Frankreich, dessen Fürsten dem Prätendenten aus dem Hause Stuart Aufnahme in ihr Reich und Unterstützung daselbst gewährt und wiederholt versucht hätten, dem befreundeten Herrschergeschlechte die Krone in England wiederzugewinnen. Der Kaiser aber habe ähnliches nie gethan und werde es auch in Zukunft nicht tun; dafür gebe er sein Wort, und dieses sollte doch nicht weniger Gewicht haben als irgend eine schriftliche Erklärung, die der Kaiser mit Rücksicht auf seine Stellung zu den katholischen Fürsten vermeiden wolle.*[3] *Allein Volkra und Hoffmann predigten tauben Ohren. Die englischen Minister blieben dabei, eine derartige Erklärung zu ihrer eigenen Sicherheit gegenüber etwaigen Anklagen der Opposition nicht entbehren zu können, entwarfen einen darauf bezüglichen Vertrag und sandten diesen, da die kaiserlichen Minister die Befürwortung desselben bei Karl VI. ablehnten, an ihren Vertreter am Wiener Hofe, Stanyan, mit der Weisung, die bezüglich der kaiserlichen Entschädigungsansprüche bereitgehaltenen Wechsel nur dann auszufolgen, wenn der Wiener Hof den ihm vorgelegten Vertrag unterzeichne.*[4] *Dazu kam es aber vorerst nicht. Auch Stanyan gegenüber beharrte der Wiener Hof auf seiner Meinung*[5] *und gab zu gleicher Zeit seinem neuen Vertreter in London, Penterriedter, Befehl, daselbst nochmals zu betonen,*

---

[1]) *Protokoll der Konf. d. d. 5. Sept. 1714 St.-A.*

[2]) *Referat d. d. 7. Juni 1717 über die Konferenz vom 3. Juni St.-A.*

[3]) *Weisung an Volkra und Hoffmann d. d. 12. Juni 1717 St.-A. (Angl.) Vom 12. Juni 1717 sind auch die Vollmachten für die beiden Vertreter des Kaisers in diesen Fragen datirt. St.-A.*

[4]) *Bericht Volkra's und Hoffmanns d. d. 5./16. Juli 1717 St.-A. (Angl.) Diesem Berichte liegen auch die Entwürfe bei, welche die Engländer für die Begleichung der Schuld und wegen des Prätendenten entworfen haben.*

[5]) *Am 13. Juli 1717 übergab Stanyan ein ausführliches Memoire über diese Frage. R. O.*

dass man sich auf das Wort des Kaisers auch so verlassen könne. Stanhope zeigte sich, als der kaiserliche Gesandte mit diesen Erklärungen an ihn herantrat, entrüstet; wies darauf hin, dass er dieser Geldforderung halber in der letzten Parlamentssession fast die ganze Nation gegen sich aufgebracht und die empfindlichsten Vorwürfe habe ertragen müssen, und betonte, dass er, falls eine Einigung vor Beginn der neuen Session nicht erfolgt sein sollte, die Garantie dafür nicht mehr übernehmen könne, dass das Haus die mit wenigen Stimmen Mehrheit beschlossene Entschädigung von 130.000 Pfund Sterling neuerdings gutheissen werde.[1])

Das zähe Festhalten der Engländer an ihrer Forderung hatte den Wiener Hof unterdess zu einem weiteren Schritte des Entgegenkommens bewogen. Man entschloss sich, die verlangte specielle Abmachung wegen der grossbritannischen Rebellen zuzugestehen; nur wünschte man den Namen des Prätendenten nicht direkt zu nennen[2]) *und übergab einen in diesem Sinne verfassten Entwurf des Separatartikels, der dem Allianzvertrage vom Jahre 1716 angehängt werden sollte. Allein auch darauf einzugehen weigerte sich die englische Regierung und setzte es schliesslich durch, dass Karl VI. Ende des Jahres 1717 den von England entworfenen Separatartikel guthiess, in dem das Wort „Prätendent" gebraucht und dem Kaiser die Verpflichtung auferlegt wurde, ihn wie jeden anderen Rebellen acht Tage nach erfolgter Verständigung seitens der englischen Regierung aus den Erblanden auszuweisen.*[3]) *Nur eine Bedingung stellte der Kaiser; der dem Vertrage*

---

[1]) *Am 25. Aug. 1717 berichtet Stanyan (R. O.) über seine Verhandlungen mit Sinzendorff, der die besten Versprechen gebe, aber hervorhebe, dass man den Prätendenten nicht speziell nennen könne, da dieser stets so viel Rücksicht auf die kaiserliche Regierung genommen. Deren Vorgehen bezwecke „that they might not make themselves odious to other catholik states." Stanyan erhält auch einen Entwurf, in dem nach den Worten „rebellibus subditis" statt „nec non personae vulgo Pretandant nominato" gesetzt ist „aut a parlamento Mae Britiae proscriptis cuiuscunque gradus, status, conditionis aut qualitatis existant." Vgl. auch den Bericht Saphorins an Robethon d. d. 1. Sept. 1717, zitiert bei Weber Quadrupel-Allianz p. 73.*

[2]) *Vgl. die Berichte Stanyans vom Okt. und Nov. 1717 R. O. Im Oktober ist noch keine Aussicht auf Erfolg. (Berichte vom 6. und 10. Oktober.) Erst am 13. Nov. berichtet Stanyan, dass Sinzendorff Hoffnung mache, und zugleich betone, dass es nicht der Geldfrage wegen geschehe. Stanyan gibt den Rat, Penterriedter gegenüber sehr vorsichtig zu sein (17. Nov. R. O.)*

[3]) *Schon im Jahre 1718 fand sich Gelegenheit zum Einschreiten gegen die Braut Jakob Stuarts und deren Mutter, die tatsächlich in Innsbruck verhaftet wurden. Vgl. R. Pauli, Stuart und Sobieski, Hist. Zeits h. XLVI. 264 ff.*

vom Jahre 1716 angehängte geheime Zusatzparagraph wurde auf den 1. Sept. 1717 zurückdatiert, obgleich er erst in den letzten Tagen des Jahres 1717 seine definitive Form erhielt. Karl VI. tat dies, weil er den Schein zu vermeiden wünschte, als ob ihm dieses Zugeständnis durch die Ordnung der Entschädigungsfrage, die tatsächlich damit in Verbindung stand und zu eben dieser Zeit erfolgte, abgekauft worden wäre.[1]) *Penterriedter erhielt den Befehl, von den englischen Ministern das Versprechen zu fordern, weder direkt noch indirekt in diesem Sinne Erklärungen vor dem Parlamente abzugeben.*[2]) *Georg I. erklärte sich mit dem Vorgehen der Wiener Regierung einverstanden und gab seine Einwilligung zur Rückdatierung des Separatartikels.*[3]) *Bald darauf — 10. Jan. 1718 — unterfertigte Penterriedter die Erklärung, durch die sich Karl VI. nach erfolgter Auszahlung von 130.000 Pfund Sterling verpflichtete, keine weiteren Ansprüche auf die Rückstände zu erheben, die ihm für die im Erbfolgekriege in Spanien geleisteten Dienste gebührten.*[4])

---

[1]) *Vgl. den Bericht Schaubs d. d. 17. Dez. 1717 R. O.*

[2]) *Vgl. die Weisung an Penterriedter d. d. 14. Dez. 1717 St.-A. (Angl.)*

[3]) *Bericht Penterriedters d. d. 7. Jan. 1718 St.-A. Stanhope machte Anfangs Schwierigkeiten und behauptete, es sei jetzt, wo das Parlament wieder tage, sehr schwer, die Wechsel auszuzahlen; doch gelang es dem kaiserlichen Gesandten allmälig die Opposition Stanhope's, die in dessen Furcht vor Angriffen seiner Gegner im Parlament begründet war, zu überwinden, zumal der König sich für die Ordnung der Angelegenheit aussprach.*

[4]) *Diese Erklärung lautet nach dem im R. O. aufbewahrten Or.: Posteaquam sacra C^ea regiaque catholica M^tas dominus noster clementissimus ob restantia subsidiorum ex bello novissime in Hispania et Catalaunia gesto derivantes non exiguae summae praetensiones (uti ex rationibus praesentatis uberius constat) ad regium Magnae-Britanniae aerarium formasset, intuitu tamen modernae inter sacram C^eam et Magnae-Britanniae regiam M^tem unionis et ad contestandam erga hanc nationem sinceri affectus sui propensionem eo se declarasset, ut pro totali summa antefatae praetensionis centum et triginta millia librarum Sterling dictarum absque mora solvantur; quapropter vigore ab antefata sacra sua C^ea et catholica M^te nobis infrasignatis impertitae plenipotentiae et transmissi mandati supradictum regium Magnae-Britanniae aerarium pro reali nobis praefatae summae librarum Sterling dictarum centum et triginta millium facta parata solutione ac proinde totali extinctione huiusce et omnis ulterioris praetensionis ratione debitorum ex ultimo bello provenientium omni meliori modo ac solenni iuris forma quietamus et absolvimus.*

In quorum fidem praesentes has propria manus subscriptione et sigillo appresso nostro corroboravimus. Actum Londini die decima tertia mensis Januarii anni millesimi septingentesimi decimi octavi.

L. S. C. B. d. Penterriedter. *L. S. Jean Philippe Hoffman.*

In nomine sacrosanctae et individuae trinitatis.

Manifestum sit omnibus quibus expedit universis. Posteaquam augustus Romanorum imperator Carolus sextus, Hispaniarum, Hungariae et Bohemiae rex, archidux Austriae, dux Burgundiae etc., nec non Ser^mus ac Pot^mus princeps Georgius, dei gratia Magnae-Britanniae, Franciae et Hiberniae rex, dux Brunsvici et Luneburgi, sacri Romani imperii elector etc., in memoriam revocassent insignia emolumenta, quae ex sincera et constanti antecessorum suorum unione promanarunt, ideoque praesentis temporis circumstantiis accuratius perpensis ad eandem pro communi bono redintegrandam animum admovissent; inde deo propitio factum, ut communicatis consiliis in sequentium articulorum tractatum et mutuum foedus rite convenerint.

I.

Sit inter altefatam sacram C^eam et regiam catholicam M^tem et sacram regiam Magnae-Britanniae M^tem sincera amicitia et consiliorum coniunctio atque perfecta confoederatio, eorumque quisque alterius commoda pro suis reputet ac serio promovere studeat, damna vero qua potest optima ratione avertat.

II.

Foederis huius defensivi intentio et finis aliud non sit, quam mutuo se invicem tueri ac in possessione regnorum, provinciarum et iurium, eo quo sunt statu et quibus unusquisque actualiter gaudet et fruitur, conservare.[1]) Quod si igitur contigerit, ut unus vel alter confoederatorum ab aliis potentiis hostiliter invadatur aut offendatur, conventum est, ut eiusdem honor, dignitas necnon regna, provinciae ac supradicta iura, quae tempore huius foederis in Europae partibus possidet aut eo durante mutuo consensu acquirent, contra quoscunque aggressores communi ope et auxilio terra marique illaesa conserventur, defendantur et propugnentur, nec non ob iniuriam forsitan illatam iusta satisfactio procuretur.

---

[1]) *In dem Entwurfe des Kaisers, den er Anfang April nach London schickte, lauteten die Eingangsworte dieses Artikels: Foederis huius intentio et finis sit, ne quisquam foederatorum ab aliis potentiis hostiliter invadatur aut offendatur, sed ut eorum honor, dignitas nec non regna, provinciae ac iura, quae tempore conclusi huius foederis in Europae partibus possident, aut eo durante etc. Man sieht, dass im abgeschlossenen Vertrage die defensive Richtung stärker hervorgehoben wurde.*

III.

Ad hunc salutarem scopum assequendum casu praememorato alicuius hostilis invasionis impetitus eandem confoederato notificet, qui omnem apud aggressorem operam impendet, quo sine mora ab ulteriori hostilitate abstineat, de illatis damnis iuste satisfaciat ac de futura securitate confoederato caveat.

IV.

Blandiore hac via intra bimestre spatium non succedente, impetito a foederato illico auxilia submittantur nec ante revocentur, quam id obtentum fuerit, quod articulo praecedente secundo expressum est.

V.

Auxilia vero quae emergente hoc casu a confoederatis mittenda sunt erunt sequentia.

Pro parte sacrae C^ae^ et catholicae M^tis^ armatorum duodecim millia; scilicet

pedites, octo millia,
equites, quatuor millia.

Pro parte vero sacrae regiae M^tis^ Magnae-Britanniae totidem armatorum millia; scilicet

pedites, octo millia,
equites, quatuor millia.[1])

Quod si vero ratio belli in totum vel in partem suppetias maritimas potius postularet, loco supradictarum terrestrium copiarum tot naves bellicas, quarum sumptus praefatum numerum armatorum adaequarent, praestare teneatur, uti et in casu, ubi maiores etiam tam terrestres quam maritimae suppetiae necessariae forent, de iis absque mora inter foederatos conveniatur et ab utrinque amicabilis propensio exhibeatur.

VI.

Conventum est, nullum alium principem aut potentiam ad praememoratum foedus invitandum esse aut admittendum, nisi unanimi ac mutuo foederatorum consensu et hoc prorsus modo quo inter eosdem pactum fuerit et conventum.

---

[1]) *Hier hatte der österreichische Entwurf 10000 Mann für England, und zwar 2 Drittel zu Fuss und ein Drittel zu Pferd und „naves bellicae secundi et tertii ordinis viginti.*

VII.

Cum vero nihil magis utrique foederatorum in votis sit, quam tractatu hoc inito salutem communem ope mutua tutam reddere pacemque publicam illaesam conservare, nullique dubium sit, quin praepotentes unitarum Belgii provinciarum generales ordines admodum lubenter opus tam utile tamque necessarium societate sua adiuvare atque promovere velint, eapropter ex nunc placuit eosdem generales ordines ad praesens foedus non modo lubenter admittere, sed et eos ad illius accessionem sine mora amice invitare.

VIII.

Ratificatio huius tractatus intra spatium sex septimanarum aut citius si potest fiat.

In quorum fidem tum sacrae suae C^eae^ et catholicae M^tis^, tum sacrae suae regiae M^tis^ Magnae-Britanniae plenipotentiarii hasce praesentes manibus suis subscripserunt iisdemque sigilla sua apposuerunt. Actum Westmonasterii die vicesimo quinto mensis Maii, anno domini millesimo septingentesimo decimo sexto.[1])

L. S. Otto Christophorus comes Volkra. L. S. W. Cant.
L. S. Joannes Philippus Hoffman. L. S. Cowper C.
L. S. Sunderland C. P. S.
L. S. Devonshire.
L. S. Marlborough.
L. S. Roxburghe.
L. S. Orford.
L. S. Townshend.
L. S. James Stanhope.
L. S. R. Walpole.

[1]) *Das ist alter Stil. Der Kaiser warf in seiner Weisung d. d. 30. Juni 1716 seinen Gesandten vor, dass sie verabsäumt hatten, den am Kaiserhof üblichen neuen Stil, also in diesem Falle 5. Juni entweder ausschliesslich oder doch wenigstens neben dem alten Stil anzuwenden.*

Articulus separatus.

Conventum praeterea est, quod si tractu temporis inter sacram C^eam^ et catholicam M^tem^ et Ottomannum imperium bellum oriretur, tractatus foederis hodierno die cum sacra regia M^te^ Magnae-Britanniae conclusus nullatenus eo pertinere vel extendi censeatur, nec bellum cum Turcis pro casu foederis (ratione status ita exigente) reputari poterit. In cuius fidem sacrae C^eae^ et catholicae M^tis^ et sacrae regiae M^tis^ Magnae-Britanniae plenipotentiarii hunc articulum separatum manibus suis subscripserunt et eidem sigilla sua apposuerunt. Actum Westmonasterii die vicesimo quinto mensis Maii, anno domini millesimo septingentesimo decimo sexto.

L. S. Otto Christophorus comes Volkra. L. S. W. Cant.
L. S. Joannes Philippus Hoffman. L. S. Cowper C.
L. S. Sunderland C. P. S.
L. S. Devonshire.
L. S. Marlborough.
L. S. Roxburghe.
L. S. Orford.
L. S. Towsnhend.
L. S. James Stanhope.
L. S. R. Walpole.

Articulus additionalis separatus et secretus.

Postquam tractatus foederis sacram C^eam^ regio-catholicam M^tem^ inter nec non Magnae-Britanniae regiam M^tem^ anno proxime elapso conclusi principalis scopus et intentio sit, ut unio et amicitia inter praedictas M^tes^ semper magis arctissimis quo fieri potest vinculis adstringantur et qualibet data occasione commoda sua invicem promoveant ac contra quoscunque inimicos fideliter et sincere sese tueantur; cum autem post supradictum conclusum foedus multi suae M^tis^ Magnae-Britanniae rebelles subditi in varias suae C^eae^ et catholicae M^tis^ haereditarias provincias sese receperint, unde modum et opportunitatem nacti sunt pernitiosam correspondentiam cum aliis malevolis et seditiosis Magnae-Britanniae incolis fovendi atque in praefato regno novam rebellionem excitare omni conatu enitantur, exinde vero tam gubernium M^tis^ suae britannicae quam

tranquillitas et quies fidelium suorum subditorum secretis hisce factionibus et conspirationibus in maximum eorum detrimentum continuo perturbentur, itaque per praesentes ex parte suae M^tis C^eae regio-catholicae declaratur, sese nullum hospitium, refugium vel transitum sub quocunque praetextu intra haereditarias suas in Germania sitas provincias et Belgium austriacum suae britannicae M^tis rebellibus subditis, qui tales declarati vel declarandi fuerint, nec non personae vulgo „Pretendant" nominatae concessuram, uti et pariter sua regia Magnae-Britanniae M^tas spondet, sese nullum unquam transitum, hospitium et refugium rebellibus subditis suae M^tis C^eae regio-catholicae, qui tales declarati vel declarandi fuerint, intra sua Magnae-Britanniae regna nec non Romani imperii provincias concessuram. Qua propter ab utrinque provisum est, praefatos rebelles subditos ad exeundum intra octo dierum spatium e dictis regnis et provinciis sese mutuo coacturos, ex quo minister illius, cuius subditi isti rebelles habentur, apud praedictam C^eam M^tem seu regiam M^tem eiusmodi requisitionem domini sui nomine fecerit.

In quorum fidem nos sacrae C^eae et regio-catholicae M^tis et sacrae regiae M^tis Magnae-Britanniae commissarii et plenipotentiarii vigore plenipotentiarum respective nostrarum, (quarum copiae ad finem huius articuli adiunguntur)[1]), praesens instrumentum manibus nostris subscriptum sigillis nostris munivimus. Actum Viennae, die prima mensis Septembris[2]), anno millesimo septingentesimo decimo septimo.

L. S. Philippus Lud. C. a. Sinzendorff.
L. S. A. Stanyan.

---

[1]) *Liegen bei.*

[2]) *Die Worte die prima und die Buchstaben Sep mit anderer Tinte eingetragen; vgl. p. 343.*

17.

Quadrupelallianz zwischen Karl VI., Georg I., Ludwig XV. von Frankreich und den Generalstaaten samt 4 Separatartikeln, 12 geheimen Separatartikeln, einer grossbritannischen und einer kaiserlichen Deklaration d. d. London 1718 22. Juli/2. Aug.

Rat. Georgs I. d. d. Kensington 1718 August 7/18, Karls VI. d. d. Wien 1718 Sept. 14, Ludwigs XV. d. d. Paris 1718 Aug. 31.

Die Originale aller Haupt- und Nebenverträge mit Ausnahme der beiden Deklarationen[1] *im St.-A. und R. O.; die Originale der beiden Ratifikationen seitens Georgs und Ludwigs im St.-A., die Karls im R. O. — Drucke bei Bittner Nr. 709.*

Die Friedensschlüsse der Jahre 1713 und 1714 hatten dem Kampfe um das spanische Erbe ein Ende gemacht; eine Aussöhnung zwischen Österreich und Spanien, den beiden Hauptbeteiligten, war aber nicht erfolgt. Philipp V. wie Karl VI. hatten die Waffen aus der Hand legen und sich den Entschliessungen der vermittelnden Mächte fügen müssen, aber beiderseits blieb ein Gefühl der Enttäuschung und der Unzufriedenheit und zugleich die Hoffnung zurück, dass sich in nicht allzu ferner Zeit die Möglichkeit eines neuen Kampfes ergeben werde. Wie entscheidend die Rücksicht auf die spanische Frage auf die Entschliessungen der Wiener Regierung eingewirkt hat, konnten wir im Laufe unserer Untersuchungen zu wiederholtenmalen beobachten. Wir erinnern hier nochmals daran, dass in jenem Vertragsentwurfe, der um Weihnachten 1714 dem in Wien weilenden Stanhope übergeben wurde, Österreich die Unterstützung der Seemächte nicht nur für die Behauptung Majorka's, sondern auch bei der Wiedereroberung eines beliebigen Teiles der spanischen Monarchie und überdies die Zusicherung forderte, dass Toscana nach dem Aussterben des Mediceischen Mannsstammes nicht an einen Prinzen aus dem Hause Bourbon fallen werde.[2] *Und wie zäh der Wiener Hof an der Hoffnung festhielt, Sizilien zu gewinnen, lehrt ein Blick auf die uns bekannten Verhandlungen, die zum Abschlusse des englisch-österreichischen Vertrages vom Jahre 1716 geführt haben. Der Kaiser war auf die weitgehenden Forderungen*

[1] *Die beiden Deklarationen liegen nicht im Or. vor; die kaiserliche ist hier nach einer im St.-A. (Angl.) vorhandenen Kopie, die grossbritannische nach Dumont l. c. VIII/1 536 f. abgedruckt.*

[2] *Referat vom 29. Nov. 1714 St.-A.*

der Engländer nur eingegangen, weil er die Unmöglichkeit einsah, ohne ihre Flotte seine gegen Spanien gerichteten Pläne durchzusetzen, und er hatte, wie wir wissen, an die englische Regierung, wie an die in Wien weilenden Vertreter Georgs I. immer wieder die Bitte gerichtet, eine englische Flotte ins Mittelmeer zu senden und mit Frankreich keine Verbindung einzugehen, die seinen Plänen, vornehmlich seinem Wunsche Sizilien wieder zu gewinnen, hinderlich werden konnten. Die englische Regierung hatte ein derartiges Versprechen gegeben, setzte aber trotzdem die Verhandlungen mit Frankreich, dessen Regent einem Ausgleiche mit England sehr gewogen war und mit den Generalstaaten seit langem in diesem Sinne unterhandelte, fort. Dieselben führten nach Überwindung mancher Schwierigkeiten im Herbste 1716 zu einem Abkommen, das am 4. Jan. 1717 durch den Beitritt der Generalstaaten seine bindende Form erhielt und die machtvolle Stellung, die England bereits besass, noch befestigte.[1])

Dieses nahm nun die schwierige Aufgabe des Ausgleiches zwischen Österreich und Spanien in die Hand, von deren Lösung der Friede Europas abhieng. Leicht wurde dem Vermittler sein Amt nicht. Denn es war klar, dass ohne Verzichtleistung Karls VI. auf die gesamte spanische Monarchie, wie sie in diesem Augenblicke in den Händen Philipps V. war, eine Aussöhnung unmöglich war, und alles was der Kaiser seit dem Jahre 1714 getan und geäussert hatte, liess darauf schliessen, dass er nur der äussersten Not gehorchend sich zu einer Erklärung verstehen werde, die er noch immer als eine Schmach für sein Haus bezeichnete. Dazu kam, dass das Misstrauen der Wiener Regierung in die ehrlichen Absichten Georgs I. und seiner Ratgeber durch die Haltung Englands in der zweiten Hälfte des Jahres 1716, zumal durch die geringe Rücksichtnahme auf die von Österreich bezüglich des englisch-französischen Vertrages geäusserten Wünsche, merklich gestiegen war. Man wird daher begreifen, dass die Vertreter Englands, die im Herbste 1716 in Wien weilten[2]) *und dem Ausgleiche mit Spanien das Wort redeten, einen schweren Stand hatten. Sie mussten manches bittere Wort über sich ergehen lassen und hatten*

[1]) *Über diese englisch-französischen Verhandlungen vgl. Weber l. c. 19 ff., Michael l. c. 758 ff., Baudrillart l. c. II. 258 ff.*

[2]) *Nach dem Abgange Lord Cobhams hatte Lukas Schaub die Geschäfte Englands in Wien vertreten. Oktober 1716 kam St. Saphorin de Pesmes, ein gebürtiger Schweizer, als englischer Gesandter nach Wien; Nov. 1716 Abraham Stanyan. St. Saphorin, der noch im Jahre 1716 Wien verliess, kehrte 1717 dorthin zurück und vertrat daselbst dann längere Zeit die Interessen Englands.*

reichlich Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, wie ferne dem Kaiser der Gedanke lag, von seinen Ansprüchen auf Spanien abzulassen. Unter diesen Umständen war es ein Glück für alle Freunde des Friedens, dass der kluge Herzog von Savoyen, Viktor Amadeus, dem im Utrechter Frieden die Insel Sizilien zugesprochen worden war, der sich aber alsbald von der Unmöglichkeit überzeugte, diesen Besitz dauernd zu erhalten, an die englische Regierung mit dem Vorschlage herantrat, auf Sizilien gegen eine entsprechende Entschädigung zu verzichten. Mit Freuden griff Lord Stanhope diesen Gedanken auf und machte ihn zum Ausgangspunkte für die umfassenden Verhandlungen, als deren Ergebnis die Quadrupelallianz von 1718 anzusehen ist.

Abraham Stanyan, der im Nov. 1716 als neuer Vertreter Georgs I. in Wien erschien, sprach den kaiserlichen Ministern von dem Plane einer Aussöhnung der Wiener Regierung mit dem Hause Savoyen und Karl VI. zeigte sich prinzipiell nicht abgeneigt, darauf einzugehen. Der Reichshofrat von Penterriedter erschien bald darauf in Hannover, wo Stanhope weilte, um die Verhandlungen zu führen. Als Voraussetzung einer gedeihlichen Entwickelung derselben bezeichnete dieser sogleich den Verzicht Karls VI. auf alle Länder, die sich im Besitze Philipps befanden, für alle Zeiten. Er forderte ferner die Aussöhnung des Kaisers mit Viktor Amadeus von Savoyen und die Befriedigung der Wünsche der ehrgeizigen Königin von Spanien, Elisabeth Farnese. Als Ersatz dafür bot Stanhope die Garantie des kaiserlichen Besitzes durch Frankreich und Spanien; den Verzicht der letzteren Macht auf alle Gebiete, die Eigentum des Kaisers waren; Sizilien; die Verfügung über Toscana, falls die Mediceer aussterben sollten.[1] *Parma und Piacenza sollten beim voraussichtlichen Erlöschen des Mannesstammes der herrschenden Linie an einen der Söhne Elisabeth Farnese's fallen.*[2] *Der kaiserliche Gesandte hatte gegen diesen Plan des englischen Staatsmannes so manches einzuwenden, entschloss sich aber doch einen von St. Saphorin verfassten Entwurf nach Wien zu senden. Zu Beginn des Jahres 1717 fanden hier entscheidende Beratungen über denselben statt. Gegen den definitiven Verzicht auf Spanien protestierten die Minister*

[1]) *Cosmus III. hatte nur einen Sohn, Johann Gaston, bereits bejahrt, von seiner Frau getrennt lebend und kinderlos. Als Erben kamen in Betracht die mit dem Pfälzer verheiratete Schwester Johann Gastons und Elisabeth, die spanische Königin.*

[2]) *Franz, Herzog von Parma, hatte als Erben nur seinen Bruder Anton, einen 45jährigen kranken Mann und eine Tochter Elisabeth, die Königin von Spanien.*

wie Karl VI. in gleich entschiedener Weise. Während aber die ersteren sich für die Anerkennung Philipps V. als König von Spanien aussprachen, wollte Karl VI. sich lediglich verpflichten, Philipp V. und seine ehelichen Nachkommen im ruhigen Besitze Spaniens und Indiens[1]) *nicht zu stören. Im übrigen zeigte die Wiener Regierung grösseres Entgegenkommen als zu erwarten war und Penterriedter erhofft hatte. Gegen die Abtretung Sardiniens an Viktor Amadeus, dem dieser Besitz auch den Königstitel sicherte, hatte Karl VI. nichts einzuwenden; doch forderte er dafür nebst Sizilien auch Montferrat und die 1703 an den Savoyer abgetretenen Teile des Herzogtums Mailand. Auf das entschiedenste forderte die Konferenz die Tilgung des Artikels VI. des Utrechter Friedens, der bestimmte, dass nach dem Aussterben der bourbonischen Linie in Spanien dem Hause Savoyen vor den Habsburgern die Nachfolge zufallen sollte. Dagegen wurde es nur als ein Wunsch ausgesprochen, dass den kaiserlichen Untertanen günstige Bedingungen für den Handel mit Indien gestellt, den Catalanen und Aragonesen Bestätigung ihrer Privilegien gewährt werden solle.*

Doch kam es vorerst nicht zu weiteren Verhandlungen, da Georg I. und seine Minister Hannover verlassen hatten, ehe die entscheidenden Weisungen in die Hände Penterriedters gelangt waren, und in den folgenden Monaten in erster Linie darauf aus waren, die Einwilligung Frankreichs und Spaniens in die von England geplante Ausgleichung der österreichisch-spanischen Differenzen zu erhalten.[2]) *Allein dieser Plan scheiterte vornehmlich an dem Widerstande Alberonis, der unterstützt durch die Königin Elisabeth die Eroberungspolitik der spanischen Habsburger wieder aufnahm, im Sommer 1717 eine ansehnliche spanische Flotte ins Mittelmeer dirigierte, Sardinien eroberte und die spanische Herrschaft daselbst wieder aufrichtete. Unter dem Eindrucke dieser Ereignisse wurden im Herbste 1717 die unterdess in Wien nur mühsam fortgesetzten Verhandlungen*[3]) *zwischen England und Österreich wieder energischer aufgenommen und die Versöhnung Karls VI. mit dem Regenten Philipp von Orleans in den Vordergrund gerückt. Anfangs Nov. traf Penterriedter in London ein. Er brachte 3 Vertragsentwürfe mit, von denen einer, der zuletzt verfasste, auf die durch*

---

[1]) *Diese beiden Reiche waren absichtlich genannt, da man noch immer daran dachte, Mexico und Peru für Karl zu gewinnen. Ref. vom 16. Jan. 1717 St.-A. Die Konferenz fand am 5. Jan. statt. Vgl. auch Weber l. c. 32 f.*

[2]) *Vgl. Weber l. c. 35 ff.*

[3]) *Vgl. für diese Verhandlungen Michael l. c. 783 ff.; Baudrillart l. c. 265 ff.; Bourgeois E., Lettres intimes de J. M. Alberoni Introduction XXXIX ff.*

die Eroberung Sardiniens veränderte Situation Rücksicht nahm, während die beiden anderen sich nur dadurch von einander unterschieden, dass bei dem einen auf eine Allianz mit, beim anderen ohne Spanien gerechnet wurde. Die Instruktion aber liess keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Karl VI. auf die Erwerbung Siziliens das grösste Gewicht legte. Penterriedter hatte die Unterstützung der Vertragsmächte auch für den Fall zu fordern, dass der Savoyer infolge der veränderten Verhältnisse gegen die Überlassung Siziliens an den Kaiser protestieren sollte, und er hatte zu erklären, dass Karl VI. den Besitz dieses Landes als conditio sine qua non ansehe. Dagegen erhielt er die Erlaubnis, von der Abtretung Montferrats und der mailändischen Gebiete seitens des Savoyers an den Kaiser gegen Überlassung Sardiniens abzustehen, falls sich Schwierigkeiten ergeben sollten. Die Thronfolge in England wollte der Kaiser garantieren — nur nicht ausdrücklich die protestantische Thronfolge — und dem Könige Philipp und seinen ehelichen Nachkommen versprechen, sie in ihrem Besitze nicht zu stören. Zu einer unbedingten Verzichtleistung auf Spanien war er aber keineswegs gewillt seine Zustimmung zu geben, vielmehr sollte Pendterriedter wenn irgend möglich die Anerkennung des Erbrechtes der deutschen Linie des Hauses Habsburg für den Fall fordern, dass die Linie Anjou aussterben oder Spanien verlassen würde. Es ist für die Auffassung Karls VI. charakteristisch, dass er in einem eigenhändigen Zusatze Pendterriedter auftrug, in London zu betonen, dass die Spanier durch ihr rücksichtsloses Vorgehen das Recht auf nachsichtige Behandlung verwirkt hätten und zur Abtretung Majorka's oder Porto Longone's an den Kaiser verpflichtet werden müssten.

Allein schon die ersten Unterredungen nötigten Pendterriedter die Überzeugung auf, dass die Engländer durchaus keine Neigung besassen, auf die Forderungen des Kaisers einzugehen. Sie erklärten rundweg, unter den gegebenen Verhältnissen die vertragsmässige Unterstützung Karls VI. gegen Spanien nicht bewilligen zu können, da ein Krieg gegen diese Macht, ohne Teilnahme Frankreichs und der Generalstaaten, den Ruin des englischen Handels zu Gunsten dieser beiden Mächte herbeiführen würde, und forderten die Verzichtleistung Karls VI. auf den gesamten spanischen Besitz, um Frankreich, sowie ein Entgegenkommen in der strittigen Barrierefrage, um die Generalstaaten zu gewinnen. Pendterriedter zeigte sich über das Benehmen der englischen Minister entrüstet, konnte sich jedoch bald überzeugen, dass ihre Äusserungen mit durch die Haltung bedingt waren, die der Regent Frankreichs da-

mals in dieser Frage beobachtete.[1]) *Der Abbé Dubois, der in jener Zeit die Interessen Frankreichs am englischen Hofe vertrat und der Hauptförderer einer gütlichen Beilegung der zwischen Österreich und Frankreich schwebenden Differenzen war, erklärte auf das entschiedenste, der Regent werde einen Vertrag mit dem Kaiser ohne dessen ausdrücklichen Verzicht auf Spanien zu Gunsten Philipps V. nicht schliessen und betonte überdies, dass der Herzog von Orleans seine Zustimmung zur Abtretung Siziliens an Karl VI. nicht geben könne, da dies dem Utrechter Frieden widerspreche, auf dem des Regenten Stellung ja beruhe.*[2])

Bald darauf übergab Stanhope dem kaiserlichen Gesandten ein neues Projekt des abzuschliessenden Vertrages. Von einer ausdrücklichen Verzichtleistung des Kaisers auf Spanien war in demselben nicht die Rede; England glaubte diese Forderung ruhig den Franzosen überlassen zu dürfen und beschränkte sich darauf, von Karl VI. zu verlangen, dass er Philipp V. den ruhigen Besitz der Krone lassen und ihm den Königstitel geben solle. Auch von der Aussicht auf Toscana für den Sohn der spanischen Königin war in dem Vertrage nicht die Rede, obgleich die Engländer dieses Zugeständnis den Franzosen bereits gemacht hatten. Sie begnügten sich auch hier, um Österreich vorerst zu schonen, mit der allgemeinen Bemerkung, dass Parma, Piacenza und Toscana Reichslehen werden sollten, über deren Verwendung sich die Mächte schon einigen würden; der Kaiser sollte in diesem Falle dem erwählten Prinzen in der Zeit zwischen der Unterzeichnung und der Ratifikation des Vertrages die Investitur und die Expectativen erteilen, Spanien, falls es dem Vertrage beitreten sollte, auf die im Besitze des Kaisers befindlichen ehemals zu Spanien gehörigen Länder verzichten, wogegen einem Sohne der Königin von Spanien Parma zugesprochen werden sollte. Sardinien war als Tauschobjekt gegen Sizilien für den Savoyer ausersehen, der, falls Spanien dem Vertrage nicht beitreten würde, für Sardinien mit Parma entschädigt werden sollte.[3]) *Pendterriedter zeigte sich über den Inhalt des ihm übergebenen Projektes entrüstet, zumal ihm nicht verborgen blieb, dass die Mässigung der Engländer in ihren Forderungen bezüglich der Verzichtleistung Karls VI. auf den spanischen Besitz und der Zukunft Toscanas lediglich in ihrem Wunsche begründet war, die weitgehenden Ansprüche der Franzosen in diesen*

---

[1]) *Vgl. Weber l. c. 46 f., Baudrillart l. c. II. 281 ff.*

[2]) *Bericht Pendterriedters 9. Nov. 1717 St.-A. (Angl.)*

[3]) *Bericht Pendterriedters d. d. 23. Nov. 1717 St.-A. (Angl.)*

Fragen von diesen selbst vertreten zu lassen. Nur widerwillig übernahm der kaiserliche Gesandte die Verpflichtung, seiner Regierung Mitteilung von dem neuen Projekte zu machen und betonte dieser gegenüber seine Zweifel an der erfolgreichen Fortführung der Verhandlungen in der deutlichsten Weise.

Allein die kaiserlichen Minister sprachen sich, als sie über Pendterriedters Berichte berieten, für die Fortsetzung der Verhandlungen aus, da der König von Spanien an der Spitze einer grossen Truppenmacht zu neuem Einfalle in Italien bereit stehe, Frankreich und Holland unzuverlässig seien, im deutschen Reiche das nordische Feuer fortglimme, ein Vergleich zwischen Russland und Schweden zu fürchten stehe, die Fortsetzung des Türkenkrieges nicht ausserhalb dem Bereiche der Möglichkeit liege. Man fürchtete, im Falle der Vertrag, über den man so lange mit der englischen Regierung verhandelte, nicht zustande kommen sollte, eine Aussöhnung des Regenten mit Philipp V. von Spanien auf Kosten des Kaisers, und hielt es für notwendig, weitgehende Konzessionen zu machen, um dieser Gefahr vorzubeugen. In diesem Sinne erhielt Pendterriedter Vollmacht, im Notfalle die förmliche Verzichtleistung des Kaisers auf Spanien, aber nur zu Gunsten Philipps V. und dessen Nachkommen, auszusprechen und die Abtretung Sardiniens zuzugestehen. Dagegen sollte er Montferrat oder die mailändischen Besitzungen zu erhalten suchen und entschieden dagegen protestieren, dass Parma je dem Hause Savoyen, Toscana je dem Hause Bourbon zufalle. Toscana sollte als Entschädigung für Lothringen verwendet werden und den Aragonesen und den Catalanen die Restitution ihrer Privilegien für den Fall zugesagt werden, als Spanien dem Vertrage nicht beitreten sollte. Überdies erhielt der kaiserliche Gesandte Befehl, von der englischen Regierung den Abschluss einer gegen Spanien gerichteten Offensivallianz oder, wenn dies nicht zu erreichen wäre, die ungesäumte Entsendung einer britischen Flotte ins Mittelmeer zu fordern.[1])

Allein auch diesmal kam die Weisung der Wiener Regierung zu spät in die Hände ihres Vertreters. Stanhope hatte unterdess, besorgt ob der schwankenden Haltung des Regenten, an dessen Hofe noch immer eine starke spanische Partei gegen eine Einigung mit England und für den Anschluss an Philipp V. arbeitete, sich entschlossen, einen Frankreich günstigeren Entwurf der abzuschliessenden Allianz zu ver-

[1]) *Referat d. d. 11. Jan. 1718 über die Konferenzsitzung d. d. 31. Dez. 1717. St.-A. Vgl. Weber l. c. 55 ff.*

fassen[1]) *und dessen Genehmigung erst bei Frankreich und dann beim Kaiser zu versuchen. Lukas Schaub, der sich als Unterhändler in dieser Angelegenheit schon oft bewährt hatte, erhielt den Auftrag, mit diesem neuen Vertragsentwurfe nach Paris zu eilen, mit dem Regenten zu verhandeln und, falls er sich mit diesem sollte verständigen können, von dort nach Wien zu reisen, um auch hier die Einwilligung zu den Abmachungen zu erlangen, die nach Stanhope's Meinung die Herstellung der Ordnung ermöglichten. Pendterriedter erhielt daher, als er mit den neuen Erklärungen Karls VI. an die englischen Minister herantrat, nur ausweichende Antworten. Der Plan einer Offensivallianz wurde entschieden verworfen und auf die Forderung, eine Flotte ins Mittelmeer zu senden, mit allgemein gehaltenen Worten erwidert. Pendterriedter hielt sich für verpflichtet, seine Regierung darauf aufmerksam zu machen, dass die Entscheidung in dieser Angelegenheit in Paris und Wien fallen werde. In der Tat erschien Schaub, dem es in wenigen Tagen gelungen war, die Zustimmung des Regenten zu dem neuen Stanhope'schen Vertragsentwurfe zu erhalten,*[2]) *zu Beginn des Monates März 1718 am Wiener Hofe und suchte, unterstützt durch St. Saphorin, der jetzt als Gesandter Englands in Wien akkreditirt war, den Kaiser und dessen Räte für die Annahme des vom Regenten genehmigten Entwurfes zu gewinnen.*[3]) *Karl VI. zeigte sich im Prinzipe geneigt, auf die Forderungen Englands einzugehen; doch erhob er gegen eine ganze Reihe von Verfügungen des Vertragsentwurfes mehr oder minder heftigen Einspruch. Er wollte eine allgemeine Verzichtleistung auf Spanien nicht aussprechen, protestierte gegen die Überlassung Toscana's an den*

---

[1]) *Dieser Entwurf enthielt die völlige Verzichtleistung des Kaisers auf Spanien ohne die Beschränkung auf die Familie Philipps V und die Verfügung, dass Toscana einem Sohne der Königin von Spanien zufallen sollte; dagegen war in demselben nicht mehr die Rede davon, dass Parma eventuell an Savoyen fallen sollte. Auch suchte Stanhope die Bestimmung bezüglich Toscanas abzuschwächen, in dem er vorschlug, das am Meere gelegene Gebiet mit Livorno und Pisa zu einem Freistaate zu machen. Doch gelang es Schaub nicht, diese letztere Bedingung in Paris durchzusetzen. Vgl. dafür Weber l. c. 58 und den Bericht Bothmers mitgeteilt von Doebner Forsch. d. d. Gesch. XXVI 237 ff.*

[2]) *Der Regent verlangte blos die Tilgung des Artikels über die Lostrennung Pisa's und Livorno's von Toscana, strich dafür die dem Kaiser peinlichen Worte „in perpetuum" bei der Verzichtleistung auf den genannten Besitz der spanischen Krone und gestattete, dass, im Falle Spanien nicht beitrete, die kaiserliche Renunziation geheim bleiben sollte.*

[3]) *Dieses Projekt ist nach seinem Inhalte wiedergegeben bei Weber l. c. 58 ff.*

Sohn Philipps V., wie gegen die neuaufgenommene Bestimmung, dass Sardinien nach dem Aussterben der jetzigen savoyischen Dynastie an Spanien fallen sollte; forderte die Amnestie der österreichischen und spanischen Untertanen, die beim Kriege und Aufstande in Italien und Spanien beteiligt gewesen waren und die Aufnahme eines Zusatzartikels, durch den verhindert werden sollte, dass bei Lebzeiten der regierenden Herrscher spanische oder französische Besatzungen in Parma, Piacenza und Toscana einquartiert würden; weigerte sich dem Herrscher Spaniens den Königstitel zu geben, da dieser ihn nur als „Erzherzog" zu bezeichnen pflegte und forderte auch sonst manche Änderung an dem Entwurfe,[1]) *der ihm überreicht worden war. Zu gleicher Zeit erfuhren die englischen Gesandten, dass Karl VI. sich direkt mit Viktor Amadeus zu einigen suche und dass dieser seine Bereitwilligkeit geäussert habe, die Verhandlungen zu beginnen. Um so dringender schien es ihnen, zu einem Abschlusse mit dem Kaiser zu gelangen. Sie zeigten sich entgegenkommend, wo es tunlich war, und drohten, wo ihnen eine Nachgiebigkeit unmöglich schien. Ihre Bemühungen hatten Erfolg. Nach langen Erwägungen entschloss sich die Konferenz dem Kaiser die Annahme des englischen Vertragsentwurfes zu empfehlen, und Graf Sinzendorff konnte am 4. April den englischen Gesandten die Mitteilung machen, dass der Kaiser zum Abschlusse des Bündnisses bereit sei und die 2 wichtigsten Forderungen Englands, den Verzicht auf Spanien und die Überlassung Toscanas an einen Sohn der spanischen Königin, gutheisse. Pendterriedter, der von dieser Entscheidung in Kenntnis gesetzt wurde, erhielt zugleich den Befehl, die sofortige Entsendung einer englischen Flotte ins Mittelmeer zu fordern, und da auch Schaub und Saphorin sich in diesem Sinne äusserten, erhielt der kaiserliche Gesandte in London die feierliche Zusage, dass dem Willen Karls VI. in diesem Punkte entsprochen werden solle.*

Unterdess wurden die Verhandlungen über den Wortlaut der einzelnen Artikel des englischen Vertragsentwurfes fortgeführt. Es zeigte sich, dass die beiden Parteien in wichtigen Fragen noch weit von einer Einigung entfernt waren. Es kam zu lebhaften Kontroversen, die sich erneuerten, als die Übersetzung des Entwurfes in die lateinische Sprache erfolgt war. Von einer Umstossung des Artikels, der das Erbrecht auf Spanien nächst der Linie Philipps V. dem Hause Savoyen zusprach,

---

[1]) *So u. a. auch, dass überall, wo von der savoyischen regierenden Familie gesprochen wurde, der Nebenlinien gedacht werden sollte; es war dies ein Zugeständnis an den Prinzen Eugen.*

wollten die Vertreter Georgs I. ebensowenig wissen, wie von der Ausscheidung der deutschen Besitzungen Georgs I. aus der Garantie, die Österreich ebenso wie Frankreich und die Generalstaaten leisten sollte, und sie setzten ihren Willen in diesen Punkten durch. Dagegen strichen sie auf Verlangen der Österreicher die Einleitung des Vertrages, in der verkündet wurde, dass die grossen Mächte das Recht haben sollten, aus eigener Machtvollkommenheit die zwischen anderen Staaten schwebenden Streitfragen zu entscheiden; gestatteten, dass blos von einer ernstlichen Bemühung des Kaisers gesprochen wurde, die Zustimmung des Reiches zur Nachfolge des spanischen Infanten in Parma, Piacenza und Toscana zu gewinnen und mussten, wenn auch widerstrebend, die Aufnahme eines geheimen Artikels zulassen, durch den ausdrücklich gegen die Einquartierung spanischer Besatzungen in die wichtigsten Plätze dieser 3 Länder, noch ehe der Erbfall einträte, protestiert wurde.

Es dauerte über 6 Wochen bis eine Einigung in allen diesen Fragen erfolgte. Am 22. Mai konnten St. Saphorin und Schaub von dem Resultate ihrer Bemühungen nach London berichten. Sie suchten die Änderungen, die an dem von Schaub überbrachten Entwurfe vorgenommen worden waren, als bedeutungslos hinzustellen und empfahlen zumal im Hinblicke auf die günstige Position des Kaisers — der Friede mit den Türken stand bevor, die Gefahr im Norden war geringer geworden und Viktor Amadeus zeigte die grösste Geneigtheit gegen entsprechende Zugeständnisse mit dem Kaiser abzuschliessen — die Annahme des jetzt vorliegenden Vertragsentwurfes. In der Tat zeigte die englische Regierung die grösste Geneigtheit, das schwierige Werk zu Ende zu führen und übersendete das neue Schriftstück mit Anmerkungen versehen, die im wesentlichen zu Gunsten der kaiserlichen Forderungen lauteten, nach Paris. Allein nochmals erlangte hier die spanische Partei das Übergewicht; es wurden „Gegenbemerkungen" verfasst, in denen Frankreich neue Forderungen an den Kaiser stellte, an deren Gutheissung nicht zu denken war. Da entschloss sich Stanhope auf die Bitten Dubois' nach Paris zu eilen, und seinem persönlichen Eingreifen gelang es, den Regenten zum Abschlusse einer Konvention zu bestimmen, durch die er sich bereit erklärte, die Allianz zu unterzeichnen, sobald die Zustimmung des Kaisers erfolgt sei. Die Versuche der Gegenpartei, noch in letzter Stunde das Zustandekommen dieser Konvention zu verhindern, scheiterten. Der Regentschaftsrat billigte in seiner Sitzung vom 17. Juli fast einstimmig die geplante Allianz und am folgenden Tage unterzeichneten die englischen und französischen Bevollmächtigten das Schriftstück, durch das die

beiden Mächte sich verpflichteten, die Allianz, die sie dem Kaiser als Ultimatum mitteilen wollten, zu unterschreiben, sobald die entsprechende Vollmacht für den Vertreter Karls VI. eingelangt sein werde, unterdess aber sich um den Beitritt Spaniens, Siziliens und anderer Mächte bemühen zu wollen. Die Ratifikation dieser Konvention sollte innerhalb 15 Tagen erfolgen. In einer besonderen Erklärung wurde festgesetzt, dass Frankreich an diese Konvention nicht gebunden sein sollte, falls der Kaiser sich nicht innerhalb 3er Monate zur Unterzeichnung des Vertrages bereit erklärt haben würde.[1])

Allein so lange dauerte es nicht. Pendterriedter hatte unterdess die kaiserlichen Entschlüsse betreffs der letzten französischen Forderungen erhalten; sie ermächtigten ihn zur Einquartierung Schweizer Garnisonen in die wichtigsten Städte Parma's, Piacenza's und Toscana's seine Zustimmung zu geben, ebenso zur Renunciation der Collateralen und zur sofortigen Bestimmung eines Erbprinzen für Parma und Toscana an Stelle des Don Carlos. Um so grössere Freude empfand Pendterriedter, dass in der neuen Fassung des Vertrages der beiden letzten Punkte keine Erwähnung geschah. So entschloss er sich, gedrängt durch die englischen Minister, ohne die neue Instruktion seines Herrn abzuwarten, zur Unterzeichnung der Allianz. Am 2. August 1718 n. St. wurde dieselbe von den kaiserlichen, französischen und englischen Bevollmächtigten unterfertigt. Die Generalstaaten, deren Hinzutreten erst die Vereinigung zu einer Quadrupelallianz machte, fehlten bei der Unterzeichnung. Sie traten aus Gründen, die wir noch kennen lernen werden, derselben erst anderthalb Jahre später bei.

In nomine sanctissimae et inviduae trinitatis.

Notum perspectumque sit omnibus quorum interest aut interesse quomodocunque potest. Postquam Ser^mus^ et Pot^mus^ princeps Georgius Magnae-Britanniae, Franciae et Hiberniae rex, dux Brunsvicensis et Luneburgensis, sacri Romani imperii elector etc., et Ser^mus^ et Pot^mus^ princeps Ludovicus decimus quintus rex christianissimus etc., nec non celsi et potentes status generales unitarum foederati Belgii provinciarum conservandae almae paci ju-

[1]) *Das Or. dieses englisch-französischen Vorvertrages liegt im R. O. Der französische Bevollmächtigte unterfertigte bei dieser Gelegenheit eine Schrift, in der er erklärte, aus dem Umstande, dass die beiden an diesem Tage — 18. Juli 1718 — ausgestellten Originalkonventionen in französischer Sprache abgefasst worden seien, kein Präjudiz für künftige Fälle schaffen zu wollen.*

giter intenti probe animadverterunt, per foedus illud triplex sub 4. Januarii anno 1717 inter se ictum regnis quidem suis atque provinciis utcunque, non tamen undequaque neque tam solide prospectum esse ut, nisi una et gliscentes adhuc inter nonnullos Europae principes simultates ceu perpetua dissidiorum fomenta e medio tollerentur, tranquillitas publica vigere diu aut constare posset, edocti videlicet experimento belli anno superiori in Italia exorti, ad quod proinde tempestive sopiendum per tractatum die[1]) .... anni 1718 initum de certis inter se pacificationis articulis convenerunt, iuxta quos pax quoque inter sacram C^eam^ M^tem^ et Hispaniarum regem, nec non inter eandem regemque Siciliae conciliari stabilirique posset, facta desuper amica invitatione, ut sua M^tas^ C^ea^ amore pacis ac quietis publicae istos conventionum articulos suo quoque nomine amplecti ac probare adeoque tractatui inter se inito et ipsa accedere quoque vellet; quorum quidem tenor sequens est.

Conditionum pacis inter suam M^tem^ C^eam^ et regiam catholicam M^tem^ articulus

I.

Ad reparanda ea, quae contra pacem Badensem die septima Septembris 1714 conclusam prout et contra neutralitatem per tractatum die 14to Martii 1713 pro Italia stabilitam novissime turbata fuerunt, Ser^mus^ et Pot^mus^ Hispaniarum rex obligat se ad restituendam suae M^ti^ C^eae^, prout et eidem mox vel ad summum duos post menses a commutatione ratificationum praesentis tractatus actu restituet, insulam et regnum Sardiniae in eo statu, quo erat tunc cum illud occupavit, renuntiabitque suae M^ti^ C^eae^ omnia iura, praetensiones, rationes et actiones in dictum regnum, ita ut sua M^tas^ C^ea^ de illo ceu de re sua plene libereque atque ad eum modum, iuxta quem amore boni publici facere statuit, disponere possit.

II.

Quandoquidem unica quae excogitari potuit ratio ad constituendum duraturum in Europa aequilibrium ea visa fuerit, ut pro regula statuatur, ne regna Galliae et Hispaniae ullo unquam tempore in unam eandemque personam nec in unam eandemque lineam coalescere unirique possent, istaeque duae mo-

[1]) *In allen Originalausfertigungen fehlt das Datum; gemeint ist die Abmachung vom 18. Juli 1718; vgl. p. 359 Anm.*

narchiae perpetuis retro temporibus separatae remanerent, atque ad obfirmandam hanc regulam tranquillitati publicae adeo necessariam ii principes, quibus nativitatis praerogativa ius in utroque regno succedendi tribuere poterat, uni e duobus pro se totaque sua posteritate solenniter renuntiaverint, adeo ut ista utriusque monarchiae separatio in legem fundamentalem abierit in comitiis generalibus vulgo las cortes Madriti die nona mensis Novembris 1712 receptam et per tractatus Traiectenses die 11ª Aprilis 1713 consolidatam, sua Mtas Cea legi adeo necessariae et salutari ultimum complementum datura atque omnem sinistrae suspicionis ansam tollere tranquillitatique publicae consulere volens acceptat et consentit in ea, quae in tractatu Traiectensi super iure et ordine successionis in regna Franciae et Hispaniae acta, sancita et transacta fuerunt, renuntiatque tam pro se quam pro suis haeredibus, descendentibus et successoribus, maribus et foeminis, omnibus iuribus omnibusque in universum praetensionibus quibuscunque nulla penitus excepta, in quaecunque regna, ditiones et provincias monarchiae hispanicae, quarum rex catholicus per tractatus Traiectenses agnitus fuit legitimus possessor, solennesque desuper renunciationis actus in omni meliore forma expediri eosque publicari et in acta loco congruo referri curabit, ac super his instrumenta solita suae Mti catholicae partibusque compaciscentibus exhibituram se promittit.

III.

In vim dictae renuntiationis, quam sua Mtas Cea amore universae Europae securitatis habita quoque ea ratione fecit, quod dominus dux Aurelianensis iuribus et rationibus suis in regnum Hispaniae pro se et pro suis descendentibus sub ea conditione renuntiaverit, ne imperator aut ullus eiusdem descendentium in dicto regno succedere unquam posset, sua Mtas Cea agnoscit regem Philippum quintum legitimum Hispaniarum et Indiarum regem eidemque tribuere promittit titulos et praerogativas dignitati suae regnisque suis debitas, sinet praeterea eundem eiusque descendentes, haeredes et successores, masculos et foeminas, pacifice frui cunctis iis ditionibus monarchiae hispanicae in Europa, in Indiis et alibi, quarum possessio ipsi per tractatus Traiectenses asserta fuit, neque eum in dicta possessione directe vel indirecte turbabit unquam, aut ullum ius in dicta regna et provincias sibi sumet.

IV.

Pro renuntiatione atque agnitione a sua M^te C^ea in praecedentibus duobus articulis facta, rex catholicus vicissim renuntiat tam suo quam suorum haeredum, descendentium et successorum, marium et foeminarum, nomine, suae M^ti C^eae eiusque successoribus, haeredibus et descendentibus, masculis et foeminis, cuncta iura ac rationes quascunque nulla penitus excepta in omnia et quaelibet regna, provincias et ditiones, quae vel quas sua M^tas C^ea in Italia vel in Belgio possidet aut ei vigore praesentis tractatus obvenient, abdicatque se universim omnibus iuribus, regnis et provinciis in Italia, quae olim ad monarchiam hispanicam pertinuerunt, quas inter marchionatus Finaliensis a sua M^te C^ea reipublicae Genuensi anno 1713 cessus diserte quoque comprehensus intelligatur, solennesque desuper renunciationis actus in omni meliore forma expediri eosque publicari et loco congruo in acta referri curabit ac super his instrumenta consueta suae M^ti C^eae et partibus compaciscentibus exhibituram se promittit. Sua M^tas catholica renuntiat pariter iuri reversionis ad coronam Hispaniae sibi super regno Siciliae reservato omnibusque aliis actionibus et praetensionibus, quarum praetextu suam M^tem C^eam, eius heredes et successores, directe vel indirecte, tam in supradictis regnis et provinciis quam in cunctis aliis ditionibus, quas actu in Belgio vel ubicunque alibi possidet, turbare posset.

V.

Quia vero eo casu, quo magnum Hetruriae ducem prout etiam ducem Parmae Placentiaeque eorumque successores absque liberis masculis decedere contingeret, ipsa ratio successionis in ditiones ab iis possessas novum facile bellum in Italia excitare posset, ob diversa videlicet successionis iura, quae praesens Hispaniarum regina, nata ducissa Parmensis, post decessum propiorum ante se haeredum ex una, ex altera vero parte imperator et imperium in dictos ducatus sibi competere utrinque obtendunt; quo itaque gravibus eiusmodi contentionibus et iis quae inde nascerentur malis tempestive obvietur, conventum fuit, ut status seu ducatus a praefatis magno duce Hetruriae Parmaeque et Placentiae duce modo possessi futuris in perpetuum retro temporibus ab omnibus partibus contractantibus agnoscantur et habeantur pro indubitatis sacri Romani imperii feudis masculinis. Vicissim sua M^tas C^ea per se ceu caput imperii

consentit ut, si quando casus aperturae dictorum ducatuum ob deficientiam haeredum masculorum contingat, filius dictae Hispaniarum reginae primogenitus huiusque descendentes masculi ex legitimo matrimonio nati iisque deficientibus secundo- aut alii postgeniti eiusdem reginae filii, si qui nascentur, pariter una cum eorum posteris masculis ex legitimo matrimonio natis in omnibus dictis provinciis succedant. Quem in finem, cum et imperii consensu opus sit, sua M^tas^ C^ea^ pro eo obtinendo omnem operam impendet, eoque obtento literas expectativae investituram eventualem continentes pro dictae reginae filio vel filiis eorumque descendentibus masculis legitimis in debita forma expediri easque regi catholico mox vel saltem post duos menses a commutatis ratificationum tabulis tradi curabit absque ullo tamen damno aut praeiudicio salvaque per omnia principum, qui dictos ducatus in praesens obtinent, possessione.

Conventum praeterea inter sacram C^eam^ M^tem^ regemque catholicum fuit, quod oppidum Liburni in perpetuum sit et permanere debeat portus liber, eo plane modo quo nunc est.

Virtute renunciationis ab Hispaniarum rege in universas Italiae ditiones, regna ac provincias, quae olim ad reges Hispaniae pertinebant, factae, ipse rex praefato principi suo filio urbem Portus Longi una cum ea parte insulae Ilicae quam in illa actutum tenet, cedet tradetque, quam primum dictus princeps extincta magni Hetruriae ducis posteritate masculina in actualem eiusdem ditionum possessionem immissus fuerit.

Transactum insuper ac solenni stipulatione cautum fuit, quod nullus praedictorum ducatuum ac ditionum ullo unquam tempore aut casu possideri possit aut debeat a principe, qui uno tempore regnum Hispaniae obtinet, et quod nullus unquam Hispaniarum rex tutelam eiusmodi principis assumere possit aut gerere valeat.

Denique conventum est, et in id omnes singulaeque partes contrahentes pariter sese obligarunt, nunquam iri admissum, ut viventibus adhuc praesentibus ducatuum Hetruriae Parmaeque possessoribus aut eorum successoribus masculis ullus unquam miles cuiuscunque nationis, sive proprius sive conductitius, ab imperatore et regibus Hispaniae ac Galliae aut etiam a principe ad eam successionem supra designato in dictorum ducatuum provincias et terras induci aut ullum ab iis praesidium urbibus, portubus, oppidis et fortalitiis in iis sitis imponi possit.

Ut vero dictus reginae Hispaniae filius ad magni ducis Hetruriae Parmaeque et Placentiae ducis successionem per hunc tractatum designatus contra omnes casus uberiore securitate fruatur certiorque de executione promissae sibi successionis reddatur, nec non imperatori et imperio feudum desuper constitutum illibatum maneat, utrinque placuit, ut miles praesidiarius, numerum tamen sex millium non excedens, in praecipua eiusdem oppida, Liburnum scilicet, Portum Ferraium, Parmam Placentiamque imponatur ab Helvetiae pagis vel ut vocant cantonibus, quibus cantonibus hunc in finem subsidium solvent tres partes contrahentes mediatoris vices gerentes, ac miles ille ibidem continuetur usque dum casus dictae successionis, quo oppida sibi commissa dicto principi ad eandem designato tradere tenebitur, existat; absque ulla tamen molestia aut sumptu praesentium possessorum eorumque successorum masculorum, quibus etiam dicti milites praesidiarii iuramentum fidelitatis sunt praestituri, nec aliam ullam sibi assument authoritatem praeter solam urbium tuitionem custodiae suae commissarum.

Cum autem, donec de numero et stipendio et modo talis militis instituendi cum Helvetiorum pagis conveniatur, longior forte quam operi tam salutari expediat mora efflagitari posset, sacra regia M^tas^ britannica pro singulari suo in id tranquillitatemque publicam studio et scopo citius assequendo interim, si reliquis contrahentibus ita e re visum fuerit, proprium suum militem ad supramemoratum usum praebere haud denegabit, donec miles in Helvetiorum pagis conscribendus tuitionem et custodiam dictarum urbium assumere possit.

VI.

Sua M^tas^ catholica ad testificandam sinceram suam in tranquillitatem publicam voluntatem consentit iis, quae infra de regno Siciliae in commodum suae M^tis^ C^eae^ disponuntur, renunciatque pro se suisque haeredibus et successoribus, maribus et foeminis, iuri reversionis dicti regni ad coronam Hispaniae per instrumentum cessionis die 10° Junii 1713 diserte eidem reservato; amoreque boni publici dicto actui 10^mi^ Junii 1713, in quantum opus est, item et articulo sexto tractatus se inter regiamque suam celsitudinem ducem Sabaudiae Trajecti initi, prout et generaliter omni ei derogat, quod retrocessioni, dispositioni et permutationi memorati regni Siciliae per praesentia pacta sta-

bilitae adversari posset; ea tamen conditione, ut ius reversionis insulae et regni Sardiniae ad eandem coronam eidem vicissim cedatur et asseratur, prout infra articulo 2do conventionum inter sacram M^tem^ C^eam^ et regem Siciliae magis explicatur.

VII.

Imperator et rex catholicus spondent mutuo seseque obstringunt ad defensionem seu guarantiam reciprocam omnium regnorum et provinciarum, quae vel quas actu possident aut quorum possessio ad illos vigore huius tractatus pervenire debet.

VIII.

Sua M^tas^ C^ea^ suaque regia catholica M^tas^ executioni mandabunt statim a commutatione ratificationum praesentium conventionum omnes et singulas conditiones in iis comprehensas idque intra spatium ad summum duorum mensium, instrumentaque ratificationum dictarum conventionum commutabuntur Londini intra terminum duorum mensium a die subscriptionis computandorum aut citius si fieri potest; qua conditionum executione praevie facta eorum ministri plenipotentiarii ab iis nominandi in loco congressus, de quo inter se convenerint, quantocyus caetera pacis suae particularis puncta singillatim sub mediatione trium partium compaciscentium component atque definient.

Conventum praeterea fuit, quod in tractatu pacis inter imperatorem et regem Hispaniarum peculiariter ineundae concedetur amnestia generalis pro omnibus personis cuiuscunque status, dignitatis, gradus aut sexus sint, tam ecclesiasticis quam militaribus, politicis et civilibus, quae durante ultimo bello partes unius aut alterius principis secutae sunt, vigore cuius universis et singulis dictis personis permittetur licebitque recipere plenariam possessionem et usum fructum suorum bonorum, iurium, privilegiorum, honorum, dignitatum et immunitatum, iisque utentur fruenturque aeque libere ac iis sub initium ultimi belli vel quo tempore uni alterive parti coeperunt adhaerere gavisae et fruitae fuerunt, non obstantibus confiscationibus, arrestis et sententiis sub bello factis, latis aut pronunciatis, quae pro nullis et ceu non factis habebuntur. Insuper virtute eiusdem amnestiae omnibus et singulis dictis personis, quae unam alteramve partem secutae sunt, fas liberumque erit repetere pa-

triam suam bonisque suis uti, frui plane ac si bellum nullum intervenisset, data iis omnimoda facultate dicta bona sua sive per se, si praesentes sint, sive per procuratores, si abesse a patria maluerint, administrandi eaque vendendi aut de illis quocunque alio modo pro libitu suo disponendi, ad eum omnino modum, quo ante coeptum bellum de iis disponere valuere.

Conditionum tractatus concludendi inter suam M^tem^ C^eam^ et regem Siciliae articulus

I.

Postquam cessio Siciliae domui Sabaudicae per tractatus Traiectenses unica consolidandae pacis causa nulloque regis Siciliae in eam habito iure facta teste universa Europa ad scopum illum assequendum adeo nihil contulerit, ut magnum potius obstaculum effecerit, quominus imperator eisdem tractatibus accesserit, eo quod separatio regnorum Neapolis et Siciliae sub uno eodemque dominatu vulgarique utriusque Siciliae appellatione tam diu stare solitae non modo communibus utriusque regni rationibus mutuaeque conservationi verum etiam reliquae Italiae quieti adversetur, novas in dies turbas paritura, dum vetus illa necessitudo et commercia inter utrumque populum neque tolli neque diversorum principum rationes tam facile conciliari se sinant; hinc est quod principes, qui tractatibus Traiectensibus primam manum admovere, licere sibi etiam citra assensum eorum quorum interest existimarint, unum illum tractatus Traiectensis articulum, qui regnum Siciliae spectat neque aliquam eius adeo praecipuam partem facit, abrogare, iis potissimum rationibus nixi, quod praesens tractatus ab renunciatione caesaris incrementum complementumque suum recipiat, et quod per commutationem regni Siciliae cum regno Sardiniae impendentia Italiae bella praeverterentur, quando imperator Siciliam, cui nunquam renunciavit, armis, quod post fractam occupata Sardinia Italiae neutralitatem iure potest, repeteret; praeterea quod regi Siciliae beneficio tractatus adeo solennis cum sua M^te^ C^ea^ et a primis Europae principibus guarantigiati certus permansurusque status obtingeret; his tantis igitur rationibus permoti convenerunt, quod rex Siciliae insulam regnumque Siciliae cum omnibus suis dependentiis et annexis suae M^ti^ C^eae^ in eo quo nunc sunt statu mox vel ad summum duos post menses a commutatione ratificationum praesentis tractatus restituet,

renuntiatis caesari eiusque haeredibus et successoribus utriusque sexus in dictum regnum iuribus et actionibus quibuscunque, tam pro se quam pro suis haeredibus et successoribus, masculis et foeminis, sublata penitus eius ad coronam Hispaniae reversione.

II.

Vicissim sua M^tas^ C^ea^ cedet regi Siciliae insulam regnumque Sardiniae in eo quo illud a rege catholico receperit statu, renunciabitque omnibus iuribus et actionibus in dictum regnum pro se, suis haeredibus et successoribus utriusque sexus, in favorem regis Siciliae eiusque haeredum et successorum, ad illud deinceps cum titulo regni cunctisque regio axiomati annexis honoribus perpetuo possidendum, prout regnum Siciliae possederat, salva tamen uti supra dicti regni Sardiniae ad coronam Hispaniae reversione, quando regem Siciliae absque posteris masculis et totam domum Sabaudicam successoribus masculis destitui contingeret, caeterum ad eum plane modum quo dicta reversio per tractatus Traiectenses et per actum cessionis consequenter a rege Hispaniae factae pro Siciliae regno pacta et ordinata fuit.

III.

Sua M^tas^ C^ea^ confirmabit regi Siciliae omnes per tractatum signatum Taurini 8° Novembris 1703° eidem factas cessiones, tam illius partis ducatus Montisferrati quam provinciarum, urbium, oppidorum, castellorum, terrarum, locorum, iurium et reddituum de statu Mediolanensi quae possidet, eo modo quo ea actu possidet, spondebitque pro se, suis descendentibus et successoribus, nunquam se neque illum nec eius haeredes et successores in dicta possessione esse turbaturam, ea tamen lege, quod omnes caeterae actiones seu praetensiones, quae dicto regi Siciliae virtute memorati tractatus competere forte possent, perpetuo peremptae sint et maneant.

IV.

Sua M^tas^ C^ea^ agnoscet ius regis Siciliae eiusque domus succedendi immediate in regno Hispaniae et Indiarum, in casum quando rex Philippus quintus eiusque posteri deficient, eo modo ac per renunciationes regis catholici, ducis Biturigum, ducis Aurelianensis et tractatus Traiectenses stabilitum fuit, promittetque

sua M^tas C^ea tam pro se quam pro suis successoribus et descendentibus, quod nullo unquam tempore eidem se directe vel indirecte opponere aut quidquam in contrarium obmovere velit; hac tamen declaratione adiecta, quod nullus princeps e domo Sabaudica, qui in regno Hispaniae succedet, ullam unquam provinciam seu ditionem uno tempore possidere in continente Italiae possit, et quod in eum casum istae provinciae devolventur ad principes collaterales istius domus, quorum unus post alium secundum proximitatem sanguinis in iis succedet.

V.

Sua M^tas C^ea et rex Siciliae mutuam tutelam seu guarantiam sibi praestabunt pro regnis et provinciis universis quas actu in Italia possident aut vigore huius tractatus eis obvenient.

VI.

Sua M^tas C^ea et rex Siciliae statim a commutatione ratificationum istarum conventionum executioni dabunt omnes et singulas conditiones in iis contentas idque intra spatium ad summum duorum mensium, ratificationumque instrumenta dictarum conventionum commutabuntur Londini in termino duorum mensium a die subscriptionis aut citius si fieri potest, et mox ab executione praevia dictarum conditionum eorum ministri plenipotentiarii ab iis nominandi in loco congressus, de quo ipsi mutuo convenerint, sub mediatione trium partium contractantium caetera singillatim puncta pacis suae particularis component.

Quod altefata sua M^tas C^ea catholica ad promovendum eiusmodi pacis propositum et ad averruncanda dira bellorum mala suapte pronissima praeinsertas conventiones omnesque et singulos earundem articulos ex sincero consolidandae universalis pacificationis desiderio acceptaverit, prout hisce acceptat, ac proinde cum praememoratis tribus potentiis foedus peculiare in sequentes conditiones pepigerit.

I.

Sit maneatque inter sacram C^eam catholicam M^tem, sacram regiam M^tem Magnae-Britanniae, sacram regiam M^tem christianissimam celsosque ac potentes dominos status generales foederati Belgii eorumque haeredes et successores foedus arctissimum, vigore cuius singuli ditiones et subditos aliorum tueri necnon

pacem manutenere propriaque ipsorum commoda ceu sua mutuo promovere, damna vero et iniurias cuiuscunque generis praevenire avertereque teneantur.

II.

Tractatus Traiecti Badaeque Helvetiorum initi in suo vigore et robore firmi permaneant partemque istius efficiant, exceptis tamen iis articulis, quibus per praesentem tractatum expresse derogare e re publica visum est, ut et iis tractatuum Traiectensium articulis, quibus per tractatum Badensem derogatum fuit. Attamen tractatus foederis Westmonasterii sub 25ta mensis Maii anno 1716o inter sacram Ceam catholicam Mtem necnon inter sacram regiam Magnae-Britanniae Mtem celebratus, prout et alter ille die quarta Januarii anno 1717 Hagae Comitis inter Magnae-Britanniae et christianissimum reges statusque generales foederati Belgii initus, plenum suum per omnia robur ac vim obtineant.

III.

Sacra Mtas britannica prout et sacra Mtas christianissima dominique status generales foederati Belgii pro se suisque haeredibus et successoribus spondent, quod sacram Mtom Ceam catholicam eiusque haeredes et successores in nullo penitus suorum regnorum, ditionum et provinciarum, quae vel quas nunc possidet vigore Traiecti Badaeque tractatuum aut quorum quarumve possessionem vigore huius tractatus obtinebit, nec directe nec indirecte turbare unquam, quin potius eiusdem provincias, regna et iura, quae modo possidet aut vi huius tractatus eidem obvenient, tam in Germania quam in Belgio et Italia, tutari et ut aiunt guarantigiare velint ac debeant, expromittentes sese dicta sacrae Ceae catholicaeque Mtis regna et provincias contra omnes et singulos qui eas hostiliter invadere tentarent defendere eique eveniente casu submittere velle et debere auxilia quibus opus habebit, iuxta conditiones et partitionem de quibus infra inter eos convenit; pariter utraque praefata britannica et christianissima Mtas regia ac status generales diserte se obstringunt, quod nullam unquam protectionem aut azylum in ullo suarum ditionum loco dare concedereve subditis sacrae Mtis Ceae catholicae velint, qui actutum sunt aut in futurum ab ea declarati fuerint rebelles, et casu quo eiusmodi forte in eorum regnis, provinciis et dominiis existerent, ii ut a finibus suis intra octo

dies a facta interpellatione C^ea expellantur serio se curaturos sincere pollicentur.

IV.

Vicissim sacra M^tas C^ea catholica, sacra regia M^tas britannica foederatique Belgii status generales pro se suisque haeredibus et successoribus promittunt, quod sacram M^tem christianissimam in nulla penitus suarum ditionum ad coronam Galliae nunc spectantium nec directe nec indirecte turbare unquam, quin potius easdem contra omnes et singulos qui illas hostiliter invadere tentarent tueri ac defendere eidemque in eum casum auxilia submittere velint et debeant, quibus rex christianissmus opus habebit iuxta ac infra transactum est.

Pariter sacra M^tas C^ea catholica, sacra M^tas regia britannica et domini status generales promittunt seseque obligant, quod manutenere, guarantigiare et defendere velint ac debeant ius successionis in regno Franciae iuxta tenorem tractatuum Traiecti 11^a Aprilis anno 1713 initorum, obstringentes se ad tutandam dictam successionem plane ad normam renunciationis, quae a rege Hispaniarum 5ta Novembris anno 1712 facta et nona eiusdem mensis et anni in comitiis generalibus Hispaniae per solennem actum acceptata fuit, quae subinde die 18^a Martii anni 1713 in legem abiit et postremo per dictos tractatus Traiecti stabilita et ordinata fuit; idque contra omnes quoscunque, qui ordinem dictae successionis contra praemissos actus et subsecutivos tractatus turbare praesumerent, quem in finem auxilia iuxta partitionem infra conventam suppeditabunt, quin ubi res postularet omnibus viribus dictum successionis ordinem propugnabunt denunciato etiam bello ei qui eundem infringere aut impugnare tentaret.

Insuper sua M^tas C^ea regio-catholica et M^tas regia britannica statusque generales pariter se obstringunt, quod nullum unquam tutamen aut azylum in suis ditionibus dabunt aut concedent subditis M^tis regiae christianissimae, qui actutum sunt aut olim fuerint declarati rebelles, et casu quo eiusmodi forte in eorum regnis, provinciis et dominiis existerent, eos e finibus suis intra octo dierum spatium a facta interpellatione regia exire iubebunt.

V.

Sacra M^tas C^ea regio-catholica necnon regia M^tas christianissima statusque generales foederati Belgii obligant se pro se,

suis haeredibus et successoribus ad manutenendam et guarantigiandam successionem in regno Magnae-Britanniae, quemadmodum ea per leges regni stabilita est in domo suae M^tis^ britannicae modo regnantis, prout etiam ad defendendas universas ditiones et provincias a sua M^te^ possessas, nullumque azylum aut refugium in ullo suorum dominiorum loco dabunt aut concedent personae eiusve descendentibus, si qui ei obtingant, quae vivente Jacobo 2do principis Walliae et post eius excessum regium Magnae-Britanniae titulum assumpsit, promittentes pariter pro se ipsis, suis haeredibus et successoribus, nullum se dictae personae eiusve descendentibus directe vel indirecte, terra marive praebituros esse auxilium, consilium aut opem quamcunque, sive in aere, armis, apparatu militari, navibus, milite, nautis sive alio quocunque demum modo, idem observaturos intuitu eorum, quibus a dicta persona eiusve descendentibus forte mandatum aut commissum foret regimen suae M^tis^ Britanniae aut tranquillitatem regni sui, sive bello aperto sive clandestinis conspirationibus, suscitandove seditiones et rebelliones aut piraticam contra subditos suae M^tis^ britannicae exercendo turbare; quo postremo casu sacra M^tas^ C^ea^ regio-catholica promittit, se minime permissuram, ut eiusmodi piratis ullum in portubus Belgii sui detur receptaculum. Tantundem spondent sacra M^tas^ christianissima statusque generales foederati Belgii pro portubus sui dominii, prout vicissim sua M^tas^ regia britannica, refugium omne in portubus regni sui denegaturam promittit piratis subditos sacrae C^eae^ M^tis^ regio-catholicae, sacrae regiae M^tis^ christianissimae aut dominorum statuum generalium infestantibus; denique sua M^tas^ C^ea^ regio-catholica, sacra regia M^tas^ christianissima dominique status generales obstringunt sese, quod nullam unquam protectionem vel azylum in ullo suorum dominiorum loco illis regiae Magnae-Britanniae M^tis^ subditis dabunt, qui actutum sunt vel aliquando fuerint declarati rebelles, et casu quo eiusmodi forte in eorum regnis, provinciis et ditionibus existerent, eos e finibus suis intra octo dierum spatium ab interpellatione regia exire iubebunt.

Quod si etiam sacram regiam M^tem^ britannicam in aliqua parte hostiliter invadi accideret, sua M^tas^ C^ea^ regio-catholica, ut et regia M^tas^ christianissima foederatique Belgii status generales in eum casum obstringunt sese ad submittenda auxilia infra determinata, idem facturi eius descendentibus, si quando eos in successione regni Magnae-Britanniae turbari contingeret.

VI.

Sua M^tas C^ea regio-catholica, regia britannica et christianissima obligant se pro se ipsis, suis haeredibus et successoribus ad guarantiam et tuitionem omnium ditionum, iurium et provinciarum, quas domini status generales foederati Belgii actu possident, contra quoslibet qui eas turbarent aut invaderent, promittentes eis existente casu auxilia infra enunciata. Sua M^tas C^ea regio-catholica utraque quoque M^tas regia britannica et christianissima aeque se obstringunt, quod nullum unquam refugium vel azylum in ullo regnorum suorum illis statuum generalium subditis concedent, qui sunt vel in futurum fuerint denunciati rebelles, et si forte eiusmodi in eorum regnis, ditionibus et provinciis existerent, eos e finibus suis intra octo dierum spatium a facta reipublicae interpellatione exire curabunt.

VII.

Ubi alterutram ex praedictis quatuor partibus contractantibus a quocunque alio principe aut statu invadi aut etiam in possessione regnorum ditionumque suarum per violentam detentionem subditorum, navium, rerum aut mercium, terra marique turbari contingeret, tunc superstites tres officia sua, mox ac de eo requisiti fuerint, impendent, quo offenso super illato damno et iniuria satisfiat aggressorque a prosecutione hostilitatis abstineat. Ast ubi amica haec officia reconciliandis partibus atque ad procurandam debitam parti laesae satisfactionem reparationemque haud sufficerent, eo casu alti contractantes submittent invaso intra bimestre spatium a facta requisitione auxilia sequentia unitim vel separatim; videlicet sua M^tas C^ea regio-catholica octo millia peditum et quatuor millia equitum; sua M^tas britannica octo millia peditum et quatuor millia equitum; sua M^tas christianissima octo millia peditum et quatuor millia equitum et domini status generales quatuor millia peditum et duo millia equitum.

Quod si princeps aut pars laesa pro milite naves bellicas aut onerarias vel etiam subsidia pecuniaria submitti sibi mallet, quod in eius arbitrium reponitur, eo casu petitae naves pecuniaeve ei subministrabuntur ad mensuram sumptuum in militem impendendorum; et ut omnis ambiguitas circa calculum seu aestimationem dictorum sumptuum tollatur, placuit mille pedites menstruatim ad valorem decem millium florenorum hollandicorum,

mille vero equites ad triginta mille florenos hollandicos menstruatim aestimari, eadem intuitu navium proportione observata.

Ubi auxilia supra enumerata impendenti necessitati imparia forent, partes contractantes de ferendis amplioribus suppetiis indilatim convenient, quin exigente casu socium laesum omnibus suis viribus adiuvabunt bellumque aggressori denuntiabunt.

VIII.

Principes et status de quibus partes contractantes unanimiter convenient isti tractatui accedere poterunt, nominatim vero rex Lusitaniae.

Tractatus iste approbabitur et ratihabebitur a sua M^te^ C^es^, regia britannica et christianissima atque a celsis et potentibus dominis statibus generalibus uniti Belgii tabulaeque ratificationum commutabuntur Londini extradenturque reciproce intra spatium duorum mensium aut citius si fieri potest.

In cuius rei fidem nos infrascripti plenipotentiarum tabulis muniti iisdemque invicem communicatis, quarum apographa cum archetypis rite a nobis collata et recognita sub finem huius instrumenti verbotenus inserta sunt[1]), praesentem hunc tractatum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Londini die vicesimo secundo mensis Julii s. v./secundo Augusti s. n., anno domini millesimo septingentesimo decimo octavo.

L. S. Ch. Penterridter ab Adelshausen. L. S. W. Cant'. L. S. Dubois.
L. S. Joannes Ph. Hoffman. L. S. Parker. C.
L. S. Sunderland. P.
L. S. Kingston. C. P. S.
L. S. Kent.
L. S. Holles Newcastle.
L. S. Bolton.
L. S. Roxburghe.
L. S. Berkeley.
L. S. J. Craggs.

---

[1]) *Abgedruckt u. a. Dumont l. c. VIII|1 537 f.*

Articuli separati et secreti.

I.

Postquam Ser^{mus} et Pot^{mus} rex Magnae-Britanniae et Ser^{mus} et Pot^{mus} rex christianissimus nec non celsi et potentes domini status generales foederati Belgii vigore tractatus inter eos hodierna die conclusi et subscripti super certis conditionibus convenerunt, secundum quas pax inter Ser^{mum} et Pot^{mum} Romanorum imperatorem atque Ser^{mum} et Pot^{mum} regem Hispaniarum, item inter eandem sacram M^{tem} C^{eam} regemque Siciliae (quem deinceps regem Sardiniae nominare visum est) conciliari posset, quarum quidem conditionum copiam praefatis tribus principibus fecere, ut loco basis fixae stabiliendae inter eos pacis forent, sua M^{tas} C^{ea} ex gravissimis rationibus, ob quas rex Magnae-Britanniae et rex christianissimus et supradicti status generales hoc tantum tamque salutare opus susceperunt, permota deferensque circumspectis urgentibusque eorum consiliis et suasionibus acceptare se declarat dictas conditiones seu articulos, nullo penitus eorum excepto, ceu conditiones fixas et immutabiles, iuxta quas pacem perpetuam cum rege Hispaniarum atque cum rege Sardiniae concludere consentit.

II.

Quia vero rex Hispaniarum et rex Sardiniae dictis conditionibus necdum adhuc sunt assentiti, sua M^{tas} C^{ea} prout et suae M^{tes} regiae britannica et christianissima praefatique status generales convenerunt de admittendo iis ad consentiendum spatio trium mensium, a die subscriptionis praesentis tractatus computandorum, sufficere existimantes hoc temporis intervallum, ut dictas conditiones rite perpendere possint, iique demum se determinent atque declarent, num conditiones fixas et immutabiles pacificationis suae cum sua M^{te} C^{ea} acceptare ipsi quoque velint, prout eos esse facturos ab eorum pietate et prudentia sperare licet; fore scilicet, ut exemplum suae M^{tis} C^{eae} secuti animi motibus moderari habitaque humanitatis ratione tranquillitatem publicam privatis suis sensibus praehabere unaque effusioni sanguinis subditorum suorum parcere atque calamitates belli a reliquis Europae nationibus avertere velint. In quem finem suae M^{tes} britannica et christianissima statusque generales foederati Belgii officia sua quam efficacissima una

simul et seorsim impendent, quo dictos principes ad eiusmodi acceptationem permoveant.

III.

Verum si contra omnem expectationem alte contractantium votaque universae Europae rex Hispaniarum et rex Sardiniae post elapsum trium mensium terminum dictas conditiones, pro eorum pacificatione cum sua M^te C^ea propositas, acceptare abnuerent, cum tranquillitatem Europae a renitentia vel moliminibus clandestinis dictorum duorum principum dependere aequum non sit, suae M^tes britannica et christianissima nec non status generales suas cum viribus suae M^tis C^eae iungere promittunt, quo illi ad acceptationem et executionem praefatarum conditionum adigantur. Quem in finem C^eae suae M^ti praebebunt unitim et separatim eadem ipsa auxilia, de quibus pro reciproca defensione mutua articulo septimo tractatus foederis sub hodierno die subscripti convenere, unanimiter consentientes, ut sua M^tas christianissima subsidia loco militis praestet in aere. Quod si auxilia in dicto articulo septimo enuntiata assequendo proposito scopo imparia forent, tum quatuor partes contractantes de amplioribus auxiliis suae M^ti C^eae submittendis absque mora convenient eaque continuabunt quousque sua M^tas C^ea regnum Siciliae subegerit eiusque regna et provinciae in Italia plena securitate gaudeant. Conventum insuper et quidem disertis verbis fuit, quod si ob causam auxiliorum, quae suae M^tes britannica et christianissima dominique status generales suae M^ti C^eae vi et in executionem praesentis tractatus suppeditabunt, reges Hispaniae et Sardiniae vel unus illorum bellum alterutri dictorum contractantium declararet aut inferret, sive eum in suis ditionibus aggrediendo sive eorum subditos aut naves, res et merces, terra marive violenter retinendo, in eum casum duae aliae potentiae contractantes illico bellum praefatis regibus Hispaniae et Sardiniae vel illi binorum eorum regum, qui id alterutri dictarum potentiarum contractantium denuntiaverit aut intulerit, declarabunt, neque arma ante deponent quam imperator in possessione Siciliae et securus ratione suorum regnorum et provinciarum in Italia sit, satisfactumque pro iustitia fuerit illi ex tribus partibus contractantibus, quae occasione praesentis tractatus armis impetita aut damnificata fuerit.

IV.

Ubi unus duntaxat praefatorum binorum regum, qui pacis conditionibus cum sua M^te C^ea faciendae necdum assentiti sunt, eas acceptaret, is quoque quatuor partibus contractantibus ad compellendum eum qui eas recusaverit se coniunget submittetque suam partem subsidiorum iuxta distributionem desuper faciendam.

V.

Si rex catholicus amore boni publici et quod commutatio regnorum Siciliae et Sardiniae pro manutentione pacis universalis necessaria sit persuasus in eam consentiat conditionesque pacis cum imperatore ineundae ut supra amplectatur, e contra vero rex Sardiniae ex permutatione reiecta Siciliam retinere persistat, in eo casu rex Hispaniae Sardiniam imperatori restituet, qui istius regni custodiam (salvo supremo suo in illud dominio) serenissimo regi britannico et dominis statibus generalibus tam diu committet, donec subacta Sicilia Sardiniae rex supra recensitis conditionibus tractatus cum imperatore ineundi subscribat atque in acceptationem regni Sardiniae loco aequivalentis pro regno Siciliae consentiat, quo facto in eius possessionem a rege Magnae-Britanniae statibusque generalibus mittetur; si vero sua M^tas C^ea expugnare Siciliam atque in suam potestatem redigere nequiret, in eum casum Magnae-Britanniae rex statusque generales regnum Sardiniae eidem restituent, frueturque interim sua M^tas C^ea dicti regni redditibus, qui sumptus in custodiam factos excedent.

VI.

Ast ubi regem Sardiniae in dictam permutationem consentire regem vero Hispaniarum eandem recusare contingeret, in hoc casu imperator adiutus reliquorum compaciscentium auxiliis Sardiniam oppugnabit, quae tamdiu ei submittere spondent, aeque ac sua M^tas C^ea arma minime deponere promittit, donec universum Sardiniae regnum occupaverit, quod mox ab occupatione regi Sardiniae cedet.

VII.

Quod si uterque et Hispaniae et Sardiniae rex permutationi Siciliae et Sardiniae sese opponerent, imperator una cum sociorum auxiliis primo loco regnum Siciliae adorietur, quo

occupato arma contra Sardiniam vertet et copiarum numero, quo praeter auxilia sociorum ad utramque expeditionem opus esse existimabit; subacta quoque Sardinia eius custodiam sua Mtas Cea regi britannico dominisque statibus generalibus eo usque committet, donec Sardiniae rex conditionibus pacis cum imperatore ineundae subscripserit atque regnum Sardiniae pro aequivalente regni Siciliae acceptare consentiat, sibi tunc a sua Mte britannica statibusque generalibus tradendum, frueturque interim sua Mtas Cea redditibus istius regni, qui sumptus in custodiam factos superabunt.

VIII.

Casu quo rex catholicus Sardiniaeque rex vel alteruter illorum dictas conditiones pacis illis propositas acceptare et exequi renuerent, ob eamque causam quatuor partes compaciscentes via facti contra eos vel alterutrum eorum procedere compellerentur, conventum diserte fuit, imperatorem (qualemcunque eius arma progressum contra dictos binos reges aut eorum alterutrum habere possent) contentum esse et acquiescere debere emolumentis sibi in dictis conditionibus mutuo consensu designatis, reservata tamen suae Mti Ceae potestate, iura sua, quae adversus regem Sardiniae super ea parte status Mediolanensis quam iste nunc possidet habere praetendit, armis vel etiam per tractatum pacis tale bellum subsecuturum revindicandi, salva quoque aliis tribus compaciscentibus, in casum ubi eiusmodi bellum contra regem Hispaniae et regem Sardiniae suscipiendum foret, facultate cum sua Mte Cea conveniendi et designandi alium quendam principem, in cuius favorem tunc sua Mtas Cea de parte ducatus Montisferratensis a rege Sardiniae modo possessa ad eiusdem exclusionem disponere et quali alteri principi vel qualibus aliis principibus literas expectativae investituram continentes eventualem statuum nunc a magno duce Hetruriae et a duce Parmae Placentiaeque possessorum in exclusionem filiorum praesentis reginae Hispaniae accedente consensu imperii concedere debeat, hac declaratione adiecta, quod nullo unquam tempore aut casu neque sua Mtas Cea neque ullus princeps e domo austriaca, qui regna, ditiones et provincias Italiae possidebit, dictos ducatus Hetruriae et Parmae asserere sibi aut attribuere valeat.

IX.

Verum ubi sua M^tas^ C^ea^ Siciliam adhibito sufficienti copiarum numero sociorumque auxiliis et mediis impensa quoque congrua diligentia armis subigere aut in possessione istius regni stabilire se nequiret, partes compaciscentes conveniunt declarantque, suam M^tem^ C^eam^ esse et fore in eum casum omnino liberam et solutam ab omni obligatione per hunc tractatum assumpta consentiendo in supradictas conditiones pacis se inter regesque Hispaniae et Sardiniae ineundae, salvis tamen reliquis praesentis tractatus articulis, qui suam M^tem^ C^eam^ suasque M^tes^ regias Magnae-Britanniae et christianissimam et dominos status generales uniti Belgii mutuo spectant.

X.

Attamen cum securitas et tranquillitas Europae finis scopusque sit renuntiationum a sua M^te^ C^ea^ et sua M^te^ catholica pro se, suis descendentibus et successoribus omnium praetensionum super regno Hispaniae et Indiis ex una, ex altera parte vero super regnis, ditionibus et provinciis Italiae et Belgico-austriacis faciendarum, memoratae renuntiationes fient ab una et altera parte eo modo et forma, uti articulo secundo et quarto conditionum pacis inter suam M^tem^ C^eam^ et regiam catholicam M^tem^ pangendae conventum fuit; et quamvis rex catholicus praememoratas conditiones acceptare recusaret, imperator nihilominus instrumenta suae renuntiationis expediri faciet, cuius tamen publicatio in diem subscriptionis pacis suae cum rege catholico differetur; et si rex catholicus in reiicienda dicta pace constanter perseveraret, sua M^tas^ C^ea^ nihilo secius regi britannico eo tempore, quo ratificationes istius tractatus commutabuntur, actum solennem dictarum renunciationum extradet, quem sua M^tas^ britannica iuxta commune contractantium pactum regi christianissimo ante non exhibendum promittit, quam sua M^tas^ C^ea^ in possessionem Siciliae pervenerit, qua adepta tunc tam exhibitio quam publicatio dicti actus renuntiationum caesarearum ad primam regis christianissimi requisitionem fiet istaeque renuntiationes locum habebunt, sive rex catholicus paci cum imperatore subscripserit sive non, eo quod in hoc ultimo casu guarantia partium compaciscentium caesari esse debeat loco securitatis, quam alioquin ipsae renuntiationes regis ca-

tholici suae M^ti C^eae pro Sicilia et caeteris Italiae statibus Belgiique provinciis praestitissent.

XI.

Sua M^tas C^ea promittit nihil se moliri aut movere nec contra regem catholicum nec contra regem Sardiniae et generaliter contra neutralitatem Italiae velle in termino illo trimestri, qui iis pro acceptandis conditionibus pacis suae cum imperatore concessus est; ast si intra dictum tempus trium mensium rex catholicus loco dictas conditiones acceptandi suas potius hostilitates contra suam M^tem C^eam prosequi pergeret, vel si rex Sardiniae provincias, quas imperator in Italia possidet, armis aggrederetur, in eum casum suae M^tes britannica et christianissima nec non domini status generales obstringunt sese ad submittenda illico suae M^ti C^eae in sui tutelam auxilia, quae vi foederis hodie subscripti pro reciproca suorum statuum defensione invicem sibi praestare convenerunt, idque coniunctim vel separatim neque etiam expectato duorum mensium lapsu amicis officiis adhibendis alias in dicto foedere praefixorum; et ubi auxilia in dicto tractatu determinata fini proposito haud sufficerent, quatuor partes compaciscentes mox inter se de validiore ope suae M^ti C^eae ferenda convenient.

XII.

Praemissi undecim articuli apud suam M^tem C^eam, suas M^tes britannicam et christianissimam statusque generales per spatium trium mensium a die subscriptionis secreti manento, nisi abbreviare terminum illum aut producere de communi eorum placito videretur; et quamvis praefati undecim articuli sint a tractatu foederis hodierna die a quatuor dictis partibus compaciscentibus subscripto separati, eandem tamen vim ac robur habebunt ac si illi de verbo in verbum inserti essent, cum eius partem essentialem efficere censeantur.

Porro ratihabitiones eorum uno tempore cum alteris illius tractatus extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hos articulos separatos et secretos subscripsimus et sigillis nostris communivimus.

Actum Londini die vicesimo secundo mensis Julii s. v./secundo Augusti s. n., anno domini millesimo septingentesimo decimo octavo.[1])

Articulus separatus.

Quum tractatus hodierno die inter M^tam^ suam C^eam^, M^tem^ suam britannicam et M^tam^ suam christianissimam initus signatusque ac in se complectens tam conditiones, quae aequissimae summeque aptae iudicatae sunt ad pacem stabiliendam inter imperatorem et regem catholicum atque inter dictum imperatorem regemque Siciliae, quam conditiones foederis ad pacem publicam conservandam inter praedictas potentias contrahentes sanciti, celsis et praepotentibus dominis ordinibus generalibus unitarum Belgii provinciarum communicatus fuerit; cumque articuli separati et secreti hodie itidem signati continentesque rationes, quas ad tractatum supradictum executioni mandandum inire visum est, iisdem ordinibus generalibus mox proponendi sint, studium, quod illa respublica testatur ad restituendam firmandamque tranquillitatem publicam, nullum dubitandi locum relinquit, quin ipsa eidem animo perlubenti accedere velit; ideoque dicti ordines generales tanquam partes contrahentes in ipso tractatu nominatim inseruntur sub spe scilicet fidentissima, illos eidem sese tam cito adiuncturos ac usitatae in statu suo formulae id pati possint.

Sin vero praeter spem et vota partium contrahentium (quod tamen omnino non suspicandum est) praefati domini ordines generales tractatui supradicto accedendi consilium haud ceperint, expresse conventum concordatumque est inter dictas partes contrahentes, quod tractatus saepe nominatus hodiernoque die signatus effectum suum inter ipsas nihilominus sortietur et in omnibus eius clausulis et articulis executioni mandabitur eodem modo, quo ibidem constitutum est, eiusdemque ratificationes temporibus praefinitis exhibebuntur.

Articulus iste separatus eandem vim obtinebit ac si ipsimet tractatui hodie concluso signatoque verbotenus insertus fuerit ratihabebiturque eodem modo atque ratihabitionum tabulae intra idem tempus cum ipso tractatu extradentur.

---

[1]) *Die Unterschriften sind die gleichen wie im Hauptvertrage.*

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hunc articulum separatum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Londini die vicesimo secundo mensis Julii s. v./secundo Augusti s. n., anno domini millesimo septingentesimo decimo octavo.[1])

Articulus separatus.

Quod si forte dominis generalibus uniti Belgii ordinibus grave nimis foret conferre ratam suam partem stipendii Helvetiorum cantonibus pro Liburni, Portus Feraii, Parmae et Plancentiae praesidiis solvendi iuxta conclusi hodie tractatus foederis tenorem, articulo isto separato expresse cautum et inter quatuor partes contrahentes conventum est, quod eo casu rex catholicus dictam dominorum statuum generalium ratam in se recipere possit.

Articulus iste separatus eandem vim obtinebit ac si ipsimet tractatui hodie concluso signatoque verbotenus insertus fuerit ratihabebiturque eodem modo atque ratihabitionum tabulae intra idem tempus cum ipso tractatu extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hunc articulum separatum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Londini die vicesimo secundo mensis Julii s. v./secundo Augusti s. n., anno domini millesimo septingentesimo decimo octavo.[2])

Articulus separatus.

Quum in tractatu foederis cum sacra C^ea^ catholica M^te^ hodie subscribendo, ut et conditionibus pacis in eo insertis, sacrae regiae M^tes^ britannica et christianissima et domini status generales Belgii uniti praesentem Hispaniarum et Indiarum possessorem regem catholicum, et ducem Sabaudiae regem Siciliae vel etiam Sardiniae appellent, et vero sacra M^tas^ C^ea^ catholica binos hos principes pro regibus agnoscere haud possit antequam et ii ad hunc tractatum accesserint; proinde sacra C^ea^ catholica M^tas^ per articulum ipsum separatum et ante tractatum

[1]) *Die Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

[2]) *Die Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

foederis subscriptum declarat et protestatur, quod per titulos ibi adhibitos vel etiam omissos sibi minime praeiudicare neque dictis binis principibus titulos regios concedere aut adiicere intendat, nisi in eum duntaxat casum, ubi et illi tractatui hodie subscribendo accesserint atque placitis in eo conditionibus pacis pariter consenserint.

Articulus iste separatus eandem vim obtinebit ac si ipsimet tractatui hodie concluso signatoque verbotenus insertus fuerit, ratihabebiturque eodem modo atque ratihabitionum tabulae intra idem tempus cum ipso tractatu extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hunc articulum separatum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Londini die vicesimo secundo mensis Julii s. v./secundo Augusti s. n., anno domini millesimo septingentesimo decimo octavo.[1])

Articulus separatus.

Quum titulorum aliqui, quibus sacra C^ea^ M^tas^ sive in plenipotentiis sive in tractatu foederis hodie secum subscribendo utitur, per sacram regiam M^tem^ christianissimam agnosci haud possint, per hunc articulum separatum et ante tractatum foederis subscriptum declarat et protestatur, quod per dictos hoc tractatu adhibitos titulos, aut sibi alterive praeiudicare aut sacrae C^eae^ M^ti^ ius ullum adiicere minime intendat.

Articulus iste separatus eandem vim obtinebit ac si ipsimet tractatui hodie concluso signatoque verbotenus insertus fuerit, ratihabebiturque eodem modo atque ratihabitionum tabulae intra idem tempus cum ipso tractatu extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hunc articulum separatum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Londini die vicesimo secundo mensis Juli s. v./secundo Augusti s. n., anno domini millesimo septingentesimo decimo octavo.[2])

---

[1]) *Die Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

[2]) *Die Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

Declaratio a plenipotentiariis regis Britanniae subscripta.

(Ex Dumont VIII/1 536 f.)

Quandoquidem secundum usum, quem utrinque convenit receptum fuisse tractatibus inter M^tes^ suas britannicam et christianissimam Ryswyci, Traiecti ad Rhenum et Hagae Comitis pro triplici foedere initi, instrumenta pro rege Magnae-Britanniae lingua latina, pro rege vero christianissimo lingua gallica confecta sint, adiecta tamen declaratione, quod si alius antea usus obtinuerit, eidem se rex christianissimus in posterum accomodaret; cumque in tractatu hodierno die inter imperatorem Romanorum, regem Magnae-Britanniae, regem christianissimum et status generales foederati Belgii signato usus supra memoratus observari haud potuit sine incommodo plurium adhuc instrumentorum faciendorum, quo tractatus huius subscriptio in longius differri necesse foret; cumque insuper aliqui e plenipotentiariis enixe postulaverint, ut nullum tractatus hodierni instrumentum fieret, quod omnium simul partium contrahentium subscriptionibus munitum non fuerit, quo pacto factum est, ut omnia dicti tractatus instrumenta lingua latina conscripta sint; eum igitur in finem, ne hoc exemplum in usum trahatur inter regem christianissimum, nos plenipotentiarii M^tis^ suae britannicae rogatu plenipotentiarii M^tis^ suae christianissimae declaramus, quod id omne idioma sive linguam tractatus hodierni spectans in exemplum trahi aut proferri non poterit in posterum, verum usus antea receptus inter utramque coronam obtinebit, ita ut quod hodie factum est eidem nullo modo derogabit neque ius aliquod novum in contrarium adiiciet.

In quorum fidem nos plenipotentiarii M^tis^ suae britannicae hanc declarationem subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Londini die vicesimo secundo mensis Julii, anno domini millesimo septingentesimo decimo octavo.

L. S. Sunderland. L. S. Roxburghe. L. S. J. Craggs.

Declaratio a plenipotentiariis sacrae C^eae^ et catholicae M^tis^ subscripta.

(St.-A. Angl. Cop.)

Quum plenipotentiarii M^tis^ suae C^eae^ et catholicae et regum tam Franciae quam Magnae-Britanniae plenipotentiarum suarum

tabulas sibi mutuo communicarent, plenipotentiarius M^tis^ suae christianissimae nobis declaravit, se non posse M^tis^ suae C^eae^ plenipotentiarum tabulas admittere, quoniam regis Franciae titulus ibidem M^ti^ suae britannicae tributus sit et dicta sua M^tas^ ante M^tem^ suam christianissimam posita fuerit, neque etiam tractatum cum M^te^ sua C^ea^ et catholica signare posse, nisi nos aliis plenipotentiarum tabulis muniti essemus, ubi rex Magnae-Britanniae titulo regis Franciae haud donatus sit atque ubi M^tis^ suae christianissimae nomen M^tis^ suae Britannicae titulo praepositum fuerit, aut nisi eiusmodi plenipotentias debita forma conceptas nos exhibituros polliceremur ante ratificationum commutationem; hisce de causis nos M^tis^ suae C^eae^ et catholicae plenipotentiarii, negotio huic concludendo, quod tanti momenti sit ad tranquillitatem publicam firmandam, moram iniicere nolentes, promisimus et per hasce praesentes promittimus nosque obligamus ad exhibendas spatio duorum mensium atque ante commutationem tractatus hodie subscribendi plenipotentiarum tabulas ex parte M^tis^ suae C^eae^, in quibus regis Franciae titulus regi Magnae-Britanniae tributus haud sit atque ubi nomen regis Franciae primum locum habeat ante M^tem^ suam britannicam secundum formam hisce adiectam[1]) quamque nos manibus nostris attestamur ut apographa dictae plenipotentiae ratificationi, quam imperator regi Franciae daturus est atque ei, quam rex Franciae M^ti^ suae C^eae^ extraditurus est, inserantur atque ut fini supra memorato uti rationi consentaneum est inservire possint. In quorum fidem nos hoc instrumentum manibus nostris subscripsimus et eidem sigilla nostra apposuimus. Londini secundo die mensis Augusti, anno millesimo septingentesimo decimo octavo.

---

[1]) *Liegt nicht bei.*

18.

Vertrag zwischen Karl VI., Georg I. und den Generalstaaten, betreffend die Exekution des Barrieretraktates von 1715 Nov. 15; d. d. Haag 1718 Dez. 22.

Rat. Georgs I. d. d. St. James 1719 Jan. 13./24., Karls VI. d. d. Wien 1719 Jan. 21, der Generalstaaten d. d. Haag 1719 Febr. 1.

Die Originale dieses Vertrages im St.-A., R. O., u. R. A.; die Originale der Ratifikationen durch Karl und durch die Generalstaaten im R. O., die Georgs im St.-A. — Drucke bei Bittner Nr. 717.

Eine Erörterung der Umstände, unter denen der nachfolgende Vertrag zustande gekommen ist, und eine Würdigung seines Inhaltes muss dem Herausgeber der staatischen Verträge vorbehalten bleiben, denn wie der Barrierevertrag vom Nov. 1715, ja noch in höherem Masse als dieser, bezogen sich die einzelnen Bestimmungen des am 22. Dez. 1718 im Haag unterzeichneten Abkommens auf die Regelung von Fragen, die England nur indirekt berührten. Wir dürfen uns daher wohl in diesem Zusammenhange darauf beschränken, zu betonen, dass die Engländer während der ganzen Dauer der Verhandlungen, die unmittelbar nach der Unterzeichnung des Barrierevertrages begannen, kein Mittel unversucht liessen, um Karl VI. zur Herabminderung seiner Ansprüche und zum Eingehen auf die Begehren der Generalstaaten zu bewegen, zumal die letzteren von einer günstigen Erledigung dieser Angelegenheit ihr Verhalten in allen wichtigen Fragen der auswärtigen Politik abhängig machten und sich weigerten, vor Unterzeichnung dieses neuen Barrierevertrages dem zu London am 2. August 1718 geschlossenen Bündnisse beizutreten. In der Tat hat das eindringliche Ermahnen der am Wiener Hofe weilenden Vertreter Georgs I. nicht wenig dazu beigetragen, dass Karl VI. sich Ende des Jahres 1718 zur Unterzeichnung eines Abkommens entschloss, das seinen und den Wünschen der belgischen Bevölkerung nur wenig entsprach und die ohnehin günstige Position der Niederländer den Belgiern gegenüber von neuem stärkte. Der den Engländern vorteilhafte Artikel XXVI. des Barrierevertrages, durch den die Fortdauer der bestehenden Einfuhr- und Ausfuhrabgaben bis zum Abschlusse eines neuen Handelsvertrages festgesetzt worden war, blieb in Kraft, und Georg I. übernahm wie vor Jahren die Garantie dafür, dass die beiden Kontrahenten die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen würden.

Le traité de barriere conclu le quinze de Novembre mil sept cents quinze entre sa Mté Imple et catholique, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne et les seigneurs estats generaux des Provinces-Unies n'ayant pû avoir son execution à l'egard de quelques articles, à cause des difficultés qu'on y a rencontrées, et sa Mté Imple et catholique, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne et L. H. P. estant egalement portées à lever ces difficultés par les moyens les plus convenables, à fin de parvenir au bût qu'on s'est proposé par le dit traité et pour etablir d'autant mieux les fondemens d'une solide amitié et bonne intelligence à laquelle on est porté de part et d'autre, sa Mté Imple et catholique, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne et L. H. P. ont nommé et commis pour en traiter et en convenir; à sçavoir sa Mté Imple et catholique le sieur Hercule Joseph Louis Turinetti, marquis de Prié et de Pancalier, comte de Mitterbourg et de Castillon, seigneur de Saint Servolo et Castelnovo en Carniole, de Fridaw et Rabenstein en Aûtriche, de Schiurgo, Belvar et Saint Miclos en Hongrie, grand d'Espagne, chevalier de l'ordre de l'Annonciade, conseiller intime d'etat de sa Mté Imple et catholique, son ministre plenipotentiaire pour le gouvernement des Païs-Bas et son ambassadeur plenipotentiaire pour la conclusion et signature du present traité pour l'execution de celuy de la barriere; sa Mté brittannique le sieur Guillaume comte de Cadogan, vicomte de Cauversham, baron de Reding[1]) et d'Oakley, general de l'infanterie, colonel du second regiment des gardes à pied, gouverneur de l'isle de Weicht,[2]) maitre de la garderobe, conseiller d'estat, chevalier du tres noble et tres ancien ordre de St. André et son ambassadeur extraordinaire et plenipotentiaire auprès des seigneurs estats generaux des Provinces-Unies; et L. H. P. les sieurs Jean van Wynbergen, seigneur de Glinthorst, du corps de la noblesse du quartier de Veluwe en la province de Gueldre, Wigbold van der Does, seigneur de Noortwyck, de l'ordre de la noblesse de Hollande et Westfrise, grand baillif et dyckgrave de Rhynland, Antoine Heinsius, conseiller pensionaire, garde du grand sceau et surintendant des fiefs de la province de Hollande et Westfrise, Adrien Velters, cy-devant echevin, senateur et pen-

[1]) *So im Or. für Reading.*
[2]) *So im Or. für Wight.*

sionaire de la ville de Middelbourg en Zelande, Gerard Godart Taets van Amerongen, chanoine du chapitre de St. Jean à Utrecht, assesseur dans le conseil des elus composant le premier membre des estats de la province d'Utrecht, grand-veneur de la même province et assesseur au conseil des heemrades de la riviere la Lecq, Dancker de Kempenaar, senateur de la ville de Harlingen en Frise, Everhard Rouse, bourguemaitre de la ville de Deventer en Overyssel et Eger Tamminga, Sr en Zeeryp, Eenum, Lerumes et't Zand; tous respectivement deputez en nostre assemblée de la part des estats de Gueldre, de Hollande et Westfrise, de Zelande, d'Utrecht, de Frise, d'Overyssel et de Groningue et Ommelandes, lesquels en vertu de leurs pleins pouvoirs respectifs après avoir conferé plusieurs fois ensemble sont convenus de la maniere suivante.

I.

Comme il est survenu des difficultez au sujet de l'article dix sept du dit traité de la barriere qui regarde la seureté des frontieres et l'extension des limites de L. H. P. en Flandre, dont il pourroit resulter des inconveniens qu'on souhaite de part et d'autre de prevenir, on est convenu de substituer le present article au lieu du dit article dix sept.

Sa Mté Imple et catholique agrée et approuve que pour l'avenir les limites des estats generaux en Flandre commenceront à la mer au nord-oüest du fort de St. Paul à present demoli, lequel sa Mté leur cede avec dix verges de terrain de quatorze pieds la verge autour de l'avant fossé du côté oüest et au zud; et l'on tirera une ligne droite depuis la digue qui est au zud du dit fort, marquée par la lettre A sur la carte figurative qui en a esté formée et signée de part et d'autre, à travers le polder nommé Hasegras jusques à la jonction de la digue de Crommendyck marquée B, en allant le long d'un fossé qui se trouve à l'oüest de la dite digue demolie et ensuite au canal nommé Neeuw Ghedelft marqué C, lequel on suivra jusques à Neeuw Ghedelft dryhoek marqué D; de là les nouvelles limites iront le long d'un watergang et fossé marquez E jusques à la ligne marquée F, lesquels waterganck et fossé demeureront à sa Mté. De la lettre F l'on continuera le long de la dite ligne jusques au delà du bureau de sa Mté Imple et catholique marqué G dans un angle rentrant de la digue duquel on traversera le petit polder sur l'alignement

d'un fossé jusques au coulant d'eau de l'Ecluse Noire en le continuant sur la pointe d'une redoute ou traverse qui est sur la digue au delà des deux canaux de Saute et de Soute marquée H pres du fort de St. Donas, lequel sa Mté Imple et catholique cede en pleine souveraineté et propriété aux estats generaux, de même que la souveraineté de tout le terrain situé au nord de la ligne marquée cy-dessus, moyennant que les portes des ecluses au dit fort seront et resteront otées en tems de paix, et qu'il sera permis aux interessez d'en baisser les seuils au niveau de celuy de l'Ecluse Noire et d'en faire la visite quand ils le trouveront necessaire, à fin qu'en tems de paix l'eau ait toujours son libre coulant à la mer.

Du dit poste les nouvelles limites retourneront le long du pied exterieur de la digue vers le polder nommé le „Bout du monde", de là le long de la digue de mer, comme il est marqué sur la carte, jusques aux anciennes limites à la coupure d'une digue qui ferme la creque de Lapschure marquée J, et appartiendra à L. H. P. en souveraineté le terrain situé au nord de cette ligne. L'on suivra de là les anciennes limites jusques au Barbarapolder auquel les nouvelles limites entreront et commenceront au pied de la digue en allant le long de ce polder et de Laurainepolder jusques à la longue rue marquée K, en les continuant à la ligne droite le long de la même rue jusques à la digue qui va de Bouckhoute au havre de Bouckhoute marquée L, et de là elles entreront dans le Capellepolder et continueront en ligne droite jusques à un angle rentrant du Grave-Jansdyck marquée M, et iront de là le long de la digue jusques au Polder Rouge.

Sa Mté Imple et catholique cede en pleine souveraineté à L. H. P. les Barbarapolder, Laurainepolder, Capellepolder et le Polder Rouge, excepté ce qui est reservé par la ligne marquée cy-dessus dans les Capelle et Lauraine polders qui restera à sa Mté Imple et catholique. L. H. P. permettent aux interessez des ecluses de Bouckhoute de les remettre où elles ont été cy-devant, et que les dites ecluses ayent les coulans d'eau directement à la mer, comme ils l'avoient avant la derniere guerre.

Il sera permis à L. H. P. en tems de guerre, lorsque la necessité de la defense et seureté de leurs frontieres l'exigera, d'occuper et faire fortifier les postes necessaires dans le Graef Jansdyck et Zydlingsdyck.

A l'egard de la ville de Zas de Gand les limites seront étendues jusques à la distance de deux tiers de deux mille pas geometriques autour de la ville, en commençant aux angles des bastions lesquels finiront du côté de Zelsate sur le point de leurs anciennes limites au bord du canal du Zas. Et pour la conservation du bas Escaut et la communication entre le Brabant et la Flandre des estats generaux, sa Mté Imple et catholique cede en pleine et entiere souveraineté aux estats generaux le village et polder de Doel comme aussi les polders de St. Anne et Ketenisse, bien entendu que le territoire de L. H. P. ne s'etendra entre les forts de la Perle et de Liefkenshoeck qu'à michemin ou à distance egale des deux forts.

Sa Mté Imple et catholique remettra aussitôt que la barriere sera attaquée ou la guerre commencée la garde de fort de la Perle à L. H. P., à condition neanmoins que la guerre venant à cesser elles remettront le dit fort de la Perle à sa Mté Imple et catholique, comme aussi les postes qu'elles auront occupés dans le Graef Jansdyck et Zydlingsdyck.

L. H. P. promettent de plus que si à l'occasion de la cession de quelques ecluses (dont les habitans de la Flandre Aûtrichienne conserveront le libre usage en tems de paix) ils vinssent à souffrir quelque dommage ou prejudice, tant par les commandans que par d'autres officiers militaires, que non seulement les estats generaux y remedieront incessamment, mais aussy qu'ils dedommageront les interessés.

Et puisque par cette nouvelle situation des limites il faudra changer les bureaux pour prevenir les fraudes à quoy sa Mté Imple et catholique et L. H. P. sont egalement interessées, on conviendra des lieux pour l'etablissement des dits bureaux et des precautions ulterieures qu'on jugera convenir de prendre.

Il est de plus stipulé qu'une juste evaluation sera faite dans le terme de trois mois des revenus que le souverain tire des terres qui se trouveront cedées à L. H. P. par cet article, comme aussi de ce que le souverain a profité par le renouvellement des octroys sur le pied qu'ils ont été accordés depuis trente ans en deça, à estre deduits et defalquez sur le subside annuel de cinq cens mille ecus, sans que pour cette evaluation on pourra retarder le payement du dit subside. Lesquelles terres ne pourront estre chargées d'impositions ni d'au-

tres taxes au delà de ce qu'elles contribuent à present dans les charges publiques suivant la dite evaluation qui en sera faite.

La religion catholique Romaine sera conservée et maintenue aux lieux cedez cy-dessus comme à present et avec la même liberté d'exercice publiq et dans la même etendue qu'on a stipulé cette liberté par l'article dix huit du traité de barriere.

Les proprietaires des terres et autres biens situez dans l'etendue des dites cessions en retiendront la pleine proprieté et jouissance avec toutes les prerogatives et droits y attachez, nuls reservez, nuls exceptés, et seront de plus les seigneurs particuliers des mêmes terres et biens continuez et maintenus dans la proprieté et possession paisible des jurisdictions qui leur y appartiennent en tous degrez de justice, haute, moyenne et basse, comme les uns et les autres en ont joui jusques à present.

Le fort de Rodenhuysen sera rasé, et les differens touchant le canal de Bruges seront remis à la decision d'arbitres neutres à choisir de part et d'autre, bien entendu que par la cession du fort de St. Donas ceux de la ville de l'Ecluse n'auront pas plus de droit sur le dit canal qu'avant cette cession.

Au moyen des cessions comprises en cet article L. H. P. se desistent de toutes les autres terres et lieux qui leur ont esté cedez par l'article dix sept du traité de la barriere lesquels demeureront comme auparavant sous la domination de sa Mté Imple et catholique.

II.

Comme sa Mté Imple et catholique a promis par l'article dix neuf du traité de la barriere de faire payer annuellement à L. H. P. les seigneurs estats generaux des Provinces-Unies la somme de cinq cents mille ecus, faisant un million deux cens cinquante mille florins de Hollande, aux termes marqués par le dit traité, en consideration des grands frais et depenses extraordinaires auxquelles les seigneurs estats generaux sont indispensablement obligés, tant pour entretenir le grand nombre de troupes qu'ils se sont engagés par le dit traité de tenir dans les villes et places de la barriere que pour subvenir aux grosses charges absolument necessaires pour l'entretien et reparation des fortifications des dites places et pour les pourvoir de munitions de guerre et de bouche; et sa Mté voulant que sa pro-

messe soit executée ponctuellement selon la teneur du dit article dix neuf, ayant pour cet effet fait connoître à L. H. P. les difficultés et les inconveniens qui pourroient se rencontrer dans l'execution du dit article comm' aussy de l'article separé du dit traité par raport aux assignations données sur les subsides des provinces de Brabant et de Flandres et les quartiers, districts et chatelenies y enoncées pour la somme de six cens quarante mille florins de Hollande, sa Mté Imple et catholique et les seigneurs estats generaux sont convenus d'une autre forme de repartition et d'une autre hypotheque speciale qui sera surrogée à la place des susdites hypotheques et assignations sur le subside des provinces de Brabant et de Flandres par dessus l'hypotheque generale sur tous les revenus des Païs-Bas Aûtrichiens stipulée par le dit traité:

Sçavoir que sa Mté Imple et catholique, pour assurer et faciliter d'autant plus le payement du dit subside de cinq cens mille ecus ou un million deux cens cinquante mille florins monnoye de Hollande par an, assigne une somme de sept cent mille florins de Hollande ou deux cens quatre vingt mille ecus au lieu de celle de six cens dix mille florins repartie sur les païs, les villes et châtelenies et dependances retrocedées par la France, dont les revenus consistent dans les aides et subsides des dites villes et châtelenies, les moyens courants, communement appellés les droits de quatre membres de Flandre, et autres droits domaniaux, les quatre patars par bonnier et autres impositions pour les fortifications, le rachat des cantines militaires, les emolumens, ustencils et autres gratifications qui se payoient du tems que les dites villes et châtelenies êtoient au pouvoir de la France aux intendants, gouverneurs et autres officiers de l'etat major des places, et generalement tous les droits et impositions dont L. P. H. ont joui jusques à present en tout ou en partie sans exception quelconque; à condition qu'on n'y pourra faire aucune diminution ni changement qui puisse porter du prejudice à la dite hypotheque.

L'adjudication de la ferme des dits droits des quatre membres de Flandre se fera en publicq et au plus offrant, bien entendu qu'en cas d'insolvabilité des fermiers et de leurs cautions sa Mté Imple et catholique suppléera des autres branches et revenus des villes et chatelenies susmentionnées ou de ses

revenus domaniaux dans les autres Païs-Bas Aûtrichiens ce qui pourroit manquer par là à la somme de sept cens mille florins par an.

Et lorsqu'il s'agira de quelque moderation, par laquelle les revenus de la dite ferme ou des aides et autres droits et impositions cy-dessus specifiées seroient hors d'estat de produire la somme entiere de sept cens mille florins, on ne pourra l'accorder qu'après qu'on aura pourvû à cette moderation par quelqu'autre moyen suffisant à leur contentement.

Assigne et affecte sa Mté Imple et catholique les cinq cens cinquante mille florins de Hollande ou deux cens vingt mille ecus restans sur tous les revenus des bureaux sousmentionnés des droits d'entrée et de sortie des Païs-Bas Aûtrichiens qui ne sont engagés que subsidiairement à L. H. P. pour des levées d'argent faites par elles en plusieurs rencontres ou pour des rentes constituées dans les païs et autres pareilles charges fixes; sçavoir les bureaux de Bruxelles, de Burgerhout, de Tirlemont, de Turnhout, de Charleroy, de Mons, d'Ath, de Beaumont, de Courtray, d'Ipres, de Tournay, de Nieuport, de la province de Luxembourg et de celle de Malines, lesquels tous ensemble et chacun en particulier serviront d'hypotheque speciale pour la dite somme de cinq cens cinquante mille florins de Hollande.

Et pour plus grande seureté du payement de la dite somme engage sa Mté sur le pied d'un fonds subsidiaire et suppletoire la somme de deux cents cinquante mille florins de Hollande par an du premier et du plus clair revenu des bureaux des droits d'entrée et de sortie de Gand, Bruges et Ostende, promettant de les faire dêcharger entierement dans cinq années de ce qui reste à payer pour le remboursement et interets d'un million quarante mille six cents vingt cinq florins qui ont esté levés en mille sept cents dix sur ces trois bureaux.

Promet aussy sa Mté qu'on ne fera aucun changement dans les droits d'entrée et de sortie qui pourroit en diminuer le revenu au prejudice de l'hypotheque.

Et si sa Mté dans la suite du tems jugeoit necessaire de faire quelque changement à la levée des dits droits par lequel ils seroient diminués, on ne pourra etablir ce changement qu'après qu'on aura assigné un fonds suffisant pour supplëer à cette diminution.

Ordonne sa Mté Imple et catholique dès à present et par cette convention au receveur general des finances de sa Mté et à celuy qui sera établi en cheff pour les susdits païs retrocedés, qu'en vertu de la presente et sur une copie d'icelle ils ayent à payer de trois en trois mois, à commencer au premier de ce mois de Decembre de l'année mille sept cents dix huit, au receveur general des estats generaux, sçavoir celuy des dits païs retrocedés, en telles especes d'argent ou telle monnoye qu'on reçoit aux bureaux et à la recette generale de sa Mté un juste quartal de la somme de deux cents quatre vingt mille ecus ou de sept cents mille florins de Hollande, et le receveur general des finances de sa Mté dans la ville d'Anvers aussy un juste quartal de la somme restante de cinq cents cinquante mille florins ou deux cents vingt mille ecus, sans attendre autre ordre ou assignation, la presente leur devant servir d'ordre ou d'assignation dès à present pour lors, et les dits payemens leur seront passés en compte à la charge de sa Mté Imple et catholique, comme s'ils les avoient faits à elle même.

Quant aux arrerages du dit subside de cinq cents mille ecus ou un million deux cents cinquante mille florins de Hollande par an, echuz depuis le 15e du mois de Novembre 1715, jour de la signature du traité de la barriere, jusqu'au dernier du mois de Novembre passé, on est convenu pour eviter toute discussion touchant le raport pendant le dit terme des revenus des villes et chatelenies retrocedées par la France qui n'ont pas excedé trois cents mille ecus par an, toutes charges deduites, comme L. H. P. l'ont fait voir par les estats qu'elles en ont fait dresser et communiquer et qui ont êté examinés par un des commis des finances de sa Mté Imple et catholique, et pour finir de même les contestations survenues à cause de l'inexecution de quelques articles du dit traité au sujet du payement des dits arrerages depuis le 15 de Novembre 1715 jusques au premier de Janvier 1718 que de la part des estats generaux on a fait monter au delà de quatre cents mille ecus, L. H. P. se contenteront pour tous ces arrerages depuis le 15 de Novembre 1715 jusqu'au dit premier Janvier 1718 de deux cents mille ecus ou de cinq cents mille florins de Hollande, payables par vingt mille ecus par an, jusques à l'extinction de cette somme totale, pourveu que le subside entier leur soit

payé depuis le commencement de la presente année de la maniere suivante:

Sçavoir que les arrerages des huit premiers mois de la presente année, faisans la somme de trois cents trente trois mille trois cents trente trois florins, six sols, huit deniers de Hollande, seront payés de la même maniere par portions de vingt mille ecus par an, comme dit est, immediatement après le payement des dits arrerages des années precedentes. Pour seureté du payement des uns et des autres sa Mté Imple et catholique engage et affecte par forme d'hypotheque speciale les droits d'entrée et de sortie des bureaux de Gand, Bruges et Ostende par dessus et sans prejudice de l'engagement subsidiaire des dits bureaux pour la somme de deux cents cinquante mille florins de Hollande par an stipulée par la presente convention. Pour plus grande seureté de quoy les administrateurs generaux des droits d'entrée et de sortie se chargeront par l'acte de soumission qu'ils passeront pour le payement annuel de cinq cents cinquante mille florins de Hollande pendant les six années de leur administration de celuy des six premieres portions ou termes des dits arrerages, et après l'expiration du tems de leur contract et recette le reste sera payé par quartal par les nouveaux administrateurs ou par ceux qui auront alors la regie et recette des dits droits à Gand, Bruges et Ostende, de la maniere et sous les engagemens stipulés pour l'assurance du payement des cinq cents cinquante mille florins.

Le surplus ou les trois mois restants des arrerages de la presente année, faisant la somme de cent vingt cinq mille florins de Hollande, sera payé en 1719 et 1720, sa Mté Imple et catholique affectant specialement à ce payement le revenu des villes et chatelenies retrocedées par la France par dessus et sans prejudice de l'affectation des septs cents mille florins par an faite par cette convention.

L. H. P. jouiront des revenus des païs retrocedés jusques au dernier du mois de Novembre passé, et elles pourront proceder par voye d'execution au recouvrement des arrerages des revenus des dites villes et chatelenies, echuz et à êcheoir jusques au dernier du mois de Novembre passé, et se servir pour cet effet des mêmes moyens d'execution contre les etats (à la reserve des ecclesiastiques), magistrats, villes et chatelenies, fermiers et autres qu'elles ont stipulez pour le recouvrement de

sept cents mille florins par an assignez sur les dits revenus, et se pourront servir aussy des mêmes moyens à l'egard de cent vingt cinq mille florins qui leur sont assignés conformement à l'article precedent.

Et comme sa Mté a donné ses droits d'entrée et de sortie en administration et direction avec obligation aux administrateurs generaux ou directeurs des dits droits de payer annuellement une somme fixe au plus grand profit des finances de sa Mté, les administrateurs generaux ou directeurs des susdits droits passeront un acte par lequel ils s'obligeront sous condamnation volontaire, laquelle sera decretée par le grand conseil de Malines et par ceux de Brabant et de Flandre, de payer de trois en trois mois pendant tout le tems de leur administration le dit quartal de la somme de cinq cents cinquante mille florins de Hollande au receveur general des Provinces-Unies ou à ses ordres, comme dit est, et le present article suffira pour la decharge des dits administrateurs ou directeurs avec la quitance du dit receveur general des Provinces-Unies. Les dits administrateurs generaux ou directeurs s'obligeront par le même acte de rembourser dans cinq années en payemens egaux ce qui reste à payer aux estats generaux en remboursement des susdits un million quarante mille six cents vingt cinq florins levés en 1710 sur les bureaux de Gand, Bruges et Ostende avec les interets qui êcherront chaque année, à fin qu'au bout de cinq ans ces bureaux soient entierement dechargés de la dite levée.

Et au defaut du payement de la maniere reglée cy-dessus, tant des sommes du subside de cinq cents mille ecus ou un million deux cents cinquante mille florins monnoye de Hollande que du dit remboursement, pourront les seigneurs estats generaux proceder aux moyens de contrainte et d'execution, même par voye de fait, contre le receveur general des finances de sa Mté et contre celuy des païs retrocedés qui seront l'un et l'autre responsables et pourront être executés pour les receveurs particuliers et subalternes des fonds assignés dans leur departemens, s'ils venoient tant les susdits premiers que les autres à detourner quelque chose de leur recette generale ou particuliere au prejudice de ce qui est porté par la presente convention, bien entendu que cet article n'aura lieu contre le receveur general des finances qu'en cas de regie des droits d'entrée et de sortie.

Sa Mté accorde le même droit d'execution tant contre les bureaux engagés cy-dessus par hypotheque speciale que contre les bureaux engagés subsidiairement au defaut des premiers et contre les fonds même du dit païs retrocedé, comm' aussi contre les estats (excepté les ecclesiastiques) et contre les magistrats des villes et chatelenies du dit païs retrocedé, s'ils venoient à faire difficulté ou à porter de trop longs delais à repartir et fournir les impositions qu'ils doivent à sa Mté Imple et catholique.

Et cette execution contre les dits estats, excepté les ecclesiastiques, et contre les dits magistrats se fera au nom et de la part de sa Mté et de la maniere accoutumée, sa Mté authorisant à cet effet les gouverneurs des places de la barriere qui luy ont prêté serment et y soumettant les dits estats, excepté les ecclesiastiques, et les dits magistrats en vertu de la presente convention aussi bien que les dits fonds, comme y êtoient soumis ceux qui estoient hypothequés specialement et assignés pour les sommes respectives du susdit subside par les articles dix neuf et separé du traité de la barriere. Les officiers de justice à qui il appartiendra seront obligés de donner l'assistance necessaire de leur office, lorsque ceux qui seront porteurs des condamnations volontaires qui seront decretées et expediées en faveur de L. H. P. contre les administrateurs des droits d'entrée et de sortie de sa Mté de même qu'à la charge de leurs associés auront recours à eux, à fin de proceder à l'execution des dites condamnations volontaires, suivant l'usage receu aux tribunaux où elles auront êté expediées, de la même maniere qu'on est accoutumé d'y executer les sentences que les natifs et autres habitans des Païs-Bas Aûtrichiens y obtiennent. Et quant aux estats des païs retrocedez (à la reserve des ecclesiastiques) magistrats, bureaux et fonds, on pourra les executer de la maniere qu'on en est convenu par le traité de barriere.

Et finalement outre l'ordre que sa Mté donnera au gouverneur general des Païs-Bas Aûtrichiens la presente convention servira d'ordre et d'instruction speciale et irrevocable pour luy et ses successeurs à venir, en vertu de laquelle ils seront obligés d'executer et de faire executer ce qui est porté par la presente convention, avec defense expresse de ne divertir ni permettre que par le conseil d'estat et des finances, directeur general des finances ou tel autre que ce puisse estre soit di-

vertie aucune somme des revenus susmentionnés des dites villes et châtelenies ni de la dite administration, regie et recette des droits d'entrée et de sortie pour quelque besoin que ce puisse être, même le plus essentiel et le plus pressant du service, si ce n'est de ce qui restera après le payement des susdits quartaux, lequel payement ne pourra estre retardé moins refusé sous pretexte de compensations, liquidations ou autres pretensions de quelque nom ou nature qu'elles puissent estre; au moyen de quoy L. H. P. les seigneurs estats generaux renoncent et se departent entierement en vertu de la presente convention de toute action et hypotheque qui avoient êté stipulées par les articles dix neuf et separé du traité de barriere à la charge des provinces de Brabant et de Flandres, leurs departemens, châtelenies, les sept quartiers d'Anvers et contre les estats et receveurs des dites provinces.

III.

Le payement des interets des sommes levées sur le revenu des postes aux Païs-Bas Austrichiens estant fort arrieré, sa Mté Imple et catholique promet et s'engage d'y remedier, en faisant le plûtôt qu'il sera possible le remboursement entier de ce qui est dû des interêts et du capital, et en attendant que cela soit executé sa Mté Imple et catholique donnera des ordres tres precis, pour que le revenu des postes soit employé conformement aux obligations et qu'il n'en soit rien detourné au prejudice de leur contenu.

IV.

Les seigneurs estats generaux ayant fait des avances considerables pour le payement des interets des levées d'argent, specifiées au traité de la barriere, il a êté convenu et accordé; que la somme de sept cens cinq mille onze florins, 18 sols, 10 deniers que sa Mté Imple et catholique doit à L. H. P. suivant la liquidation arretée ce jourd'huy, 22 Decembre 1718, sera remboursé en portions egales de vingt mille ecus ou cinquante mille florins de Hollande par an, à commencer immediatement après les six ans de la presente administration generale des droits d'entrée et de sortie, sa Mté Imple et catholique engageant les dits droits en Flandre, tels qu'on les leve à present et qu'on continuera de les lever après la fin de la

dite administration generale, pour le remboursement de la dite somme de sept cens cinq mille onze florins, 18 sols, 10 deniers, par forme d'hypotheque speciale, et en attendant et jusqu'au remboursement effectif elle fera payer les interêts à raison de deux et demi pour cent par an de la dite somme ou de la partie qui n'en aura pas esté remboursée.

Pour faciliter le payement des dits interets de deux et demi pour cent par an, L. H. P. consentent qu'ils soient pris sur le double canon par an des huit cents mille florins, levés sur les revenus de la province de Namur et subsidiairement sur ceux de la Marie et de la province de Luxembourg, à condition que le dit double canon sera continué à proportion du temps que le remboursement des dits huit cents mille florins sera retardé par cette diminution.

V.

Pour terminer les differens touchant l'artillerie et les magasins de guerre et specialement touchant la proprieté de ceux de Venlo, St. Michel et Stevenswaert, places cedées aux estats generaux par le traité de barriere, sa Mté Imple et catholique renonce à cette artillerie et à ses magasins, moyennant que L. P. H. se desistent, comme elles font par la presente convention, du payement qui leur est dû en vertu de l'acte passé à Anvers le 30 du mois de Janvier 1716 par le sieur comte de Kinigseg, plenipotentiaire de sa Mté Imple et catholique, des poudres, plomb et quelques autres munitions de guerre que les commissaires de sa Mté Imple et catholique ont prises pour son compte, conformement au dit acte et aux listes signées par les dits commissaires, dont la valeur est au delà de cent mille florins. Au reste sa Mté Imple et catholique ne pretend rien à titre des poudres et autres munitions qui furent trouvées, appartenantes à la France à la reduction d'Anvers, Malines, Gand et autres places des Païs-Bas Aûtrichiens.

VI.

Les estats generaux remettront incessamment après l'echange des ratifications de la presente convention à sa Mté Imple et catholique la possession et jouissance de toutes les villes, chastelenies, districts et departemens retrocedez par la France, suivant la teneur du premier article du traité de barriere. Et sa Mté Imple et catholique remettra pareillement in-

cessamment après le dit echange des ratifications à L. H. P. la possession du terrain et des polders qu'elle leur a cedés en Flandre par l'article premier de cette convention.

VII.

Au reste le traité de barriere et l'article separé du 15 de Novembre 1715 seront confirmés, comme ils sont confirmés par ces presentes en tout et en chacun de leurs articles, en tant qu'il n'y a rien de changé par les articles de cette convention.

VIII.

Comme pour plus grande seureté et execution du traité de la barriere sa Mté brittannique a confirmé et garanti le dit traité, ainsi sa dite Mté promet et s'engage de mesme de confirmer et de garantir la presente convention, comme elle la confirme et garantit par cet article.

IX.

Le present traité sera ratifié et approuvé par sa Mté Imple et catholique, par sa Mté brittannique et par les seigneurs estats generaux des Provinces-Unies, et les lettres de ratification seront delivrées dans le terme de six semaines ou plustost si faire se peut, à compter du jour de la signature.

En foy de quoy nous ambassadeurs et plenipotentiaires de sa Mté Imple et catholique et de sa Mté brittannique et deputez et plenipotentiaires des seigneurs estats generaux en vertu de nos pouvoirs respectifs avons esdits noms signé ces presentes de nos seings ordinaires et à icelles fait apposer les cachets de nos armes. Fait à la Haye, le vingt deuxième Decembre mil sept cens dix huict.[1])

L. S. Le Ms de Prié. L. S. Cadogan. L. S. J. v. Wynbergen.
L. S. W. van der Does.
L. S. A. Heinsius.
L. S. G. G. Taets van Amerongen.
L. S. D. d. Kempenaer.
L. S. Everhard Rouse.
L. S. E. Tamminga.

[1]) *Am Tage, da die Unterzeichnung dieses Vertrages stattfand, 22. Dez. 1718, stellte der Mis de Prié im Haag eine Declaration folgenden Inhaltes aus:*

19.

Konvention zwischen Karl VI,, Georg I. und Lndwig XV. von Frankreich, betreffend die Accession Spaniens zur Quadrupelallianz und die Succession in Toscana, Parma und Piacenza, samt zwei Separatartikeln d. d. Haag 1719 Nov. 18.

Rat. Georgs I. d. d. St. James 1719 Nov. 30./Dez. 11; Karls VI. d. d. Wien 1719 Dez. 9; Ludwig XV. d. d. Paris 1719 Dez. 15.

Die Originale des Hauptvertrages und der Separatartikel im St.-A. und R. O., die Originale der Ratifikationen seitens Karls im R. O., jene Georgs und Ludwigs im St.-A. — Drucke bei Bittner N. 726.

Liest man die einzelnen Bestimmungen der Quadrupelallianz, so merkt man alsbald, wie kompliziert die Verhältnisse waren, deren Ordnung seitens der interessierten Mächte versucht wurde, wie sehr diese aber auch darauf aus waren, sich gegen jeden möglichen Schaden zu sichern, der sich aus der Auslegung des vereinbarten Vertrages für sie ergeben konnte. Die Abmachungen waren getroffen, aber niemand wusste, ob sich die beteiligten Mächte den Entscheidungen der Ver-

---

Der Kaiser hat sich im Barrierevertrag d. d. Antwerpen 1715 Nov. 15 zur Zahlung der Anleihen, die der verstorbene Karl II. von Spanien unter der Garantie der Generalstaaten aufgenommen hat und der 80000, resp. 20000 Gulden, die Karl II. an Wilhelm von Oranien zahlen sollte — von denen im 18. Artikel des Barrierevertrages weitläufig die Rede ist — nur auf Bitten der Generalstaaten und des englischen Königs und in der Absicht entschlossen, den Abschluss des Barrierevertrages nicht zu hindern, u. zw. mehr als Nachfolger in den spanischen Königreichen als in den spanischen Niederlanden. Karl VI. protestiert nun bei dem Abschlusse des neuen Vertrages, der die Durchführung des Barrierevertrages bezwecke, diese Erklärung anders als im obgedachten Sinne abgegeben zu haben und behält sich das Recht vor, sich bei dem Besitzer Spaniens schadlos zu halten; zu gleicher Zeit wird erklärt „que l'intention de sa Mté Imple et catholique n'est pas de deroger par cette protestation aux engagemens dans lesquels elle est entrée envers les états generaux par le traité de barriere pour le payement des dites pretensions, ni de prejudicier directement ni indirectement au droit que L. H. P. ont acquis anterieurement au traité de barriere et à la nouvelle convention tant sur les hypotheques comprises dans les obligations passées par le dit feu roy Charles II de glorieuse memoire qu'à l'égard de sa Mté Imple et catholique comme prince souverain des Pais-Bas Autrichiens, puisque la presente protestation ne se fait que dans la veue de donner à connoître et de reserver le droit qu'a sa Mté de se faire desinteresser par la cour de Madrid ou par celui qui possede l'Espagne des dètes et sommes mentionées cy-dessus.“ Der Kaiser spricht die Erwartung aus, dass die Generalstaaten wie England dafür Sorge tragen werden, dass dem Kaiser die erwartete Entschädigung zu Teil werde.

mittler fügen würden. Deshalb die zahlreichen Beschränkungen und Klauseln, die dem Vertrage einverleibt wurden, deshalb die Verwahrungen gegen die Giltigkeit einzelner Zugeständnisse, falls nicht die entsprechenden Gegenforderungen erfüllt werden sollten, deshalb auch die in's einzelnste gehenden Verfügungen für alle möglichen Eventualitäten. Die Ratifikationen wurden seitens der Herrscher Englands, Frankreichs und Österreichs vor Ende des festgesetzten Termines vollzogen. Auch gieng der Wiener Hof daran, den Wortlaut des Aktenstückes festzustellen, das des Kaisers Renunziation auf die spanische Monarchie zum Ausdrucke bringen sollte. Man verfasste mehrere Projekte; in dem einen wurde Philipp V. als König von Spanien bezeichnet, in dem anderen lediglich als Herzog von Anjou; sich selbst legte Karl VI. in beiden Aktenstücken den Titel eines Königs von Spanien bei; auch geschah bei Aufzählung der verzichtleistenden Personen der josefinischen Töchter keine Erwähnung, dagegen wurde ausdrücklich erwähnt, dass nebst dem in Frankreich regierenden Hause auch die Familien Condé und Conti vom spanischen Throne ausgeschlossen sein sollten.[1] *Allein die französische Regierung weigerte sich auf das entschiedenste, diese Erklärung zu akzeptieren, liess den 2. Oktober, den Tag des Ratifikationsaustausches, vorübergehen und ruhte nicht, bis durch Stanhope's Vermittelung der Wiener Hof sich zur Ausfertigung einer Verzichtleistungsurkunde bereit erklärte, die den Wünschen der Franzosen entsprach.*[2])

[1]) *Im St.-A. liegen als Beilage zur Weisung Karls VI. an Penterriedter d. d. 14. Sept. 1718 verschiedene Entwürfe der Renunziation. Dieser Weisung ist auch zu entnehmen, dass St. Saphorin das Modell für diese Renunziationserklärung entwarf. Dasselbe befindet sich gleichfalls als Beilage der oben erwähnten Weisung im St.-A.*

[2]) *Dieselbe wurde auf den 16. Sept. zurückdatiert und lautet nach dem im R. O. befindlichen Or.:*

Nos Carolus etc. notum facimus omnibus praesentibus et futuris, postquam post immatura fata Ser^mi olim et Pot^mi principis Caroli II Hispaniarum et Indiarum regis recol. mem. ob causam successionis in sua regna durum diuturnumque bellum ortum sit, quod universam pene Europam diu foedeque afflixit, neque componendis litigiis ii qui Traiecti ad Rhenum Badaeque Helvetiorum celebrati fuere conventus adeo ex integro suffecerint, quin recens in Italia bellum eruperit, divina bonitate factum esse, ut collatis amicis consiliis reque mature deliberata ac discussa, die 2da mensis Augusti huius anni 1718 Londini nos inter et Ser^mum ac Pot^mum Galliae regem Ludovicum XV sub tutela Ser^mi principis Philippi, ducis Aurelianensis, regni Galliae pro tempore regentis agentem, nec non Ser^mum ac Pot^mum Magnae-Britanniae regem Georgium, ducem Brunsvico-Luneburgensem, sacri Rom^i imperii electorem, certi pacificationis foederumque articuli conclusi signatique fuerint, eo unice collimantes, quo alma pax inter

Auch die Verhandlungen mit dem neuen Könige von Sardinien verliefen verhältnismässig glatt, nachdem Viktor Amadeus die Hoff-

---

principes quibus ea iam constat magis semperque magis firmetur, inter eos vero qui adhuc dissident quantocyus revocetur ac reflorescat atque adeo hoc tantum pacis beneficium sublatis e medio simultatibus universae Europae commune tandem reddatur, ad assequendum vero tam salutarem scopum haud alia certior via visa sit, quam per ipsos hosce tractatus ad mentem et normam praecedentium separationem perpetuam coronarum Galliae et Hispaniae, itidem separationem perpetuam Hispaniarum et Indiarum a statibus, quos nunc possidemus et vi tractatus possidere debemus, denuo immutabili lege (cui salus totius Europae innixa est) stabilire, atque ut stato inter Europae principes virium aequilibrio iustaque commensuratione unio plurium coronarum in unum idemque caput ac lineam avertatur providere aliaque commoda et emolumenta nobis ac iis principibus, qui istius pacificationis foederumque socii sunt aut iis accedere vellent asserere, prout latius in dictis conventionum articulis continetur.

Cum vero istorum tractatuum partem constituat renuntiatio in regna Hispaniarum et Indiarum a nobis facienda, quod nos ob insitum nobis pacis studium atque in salutem tranquillitatemque publicam amorem omni alia ratione potentiorem utque omnem a nobis sinistrae suspicionis ansam removeremus, iuribus nostris in dicta Hispaniarum ac Indiarum regna cedere decreverimus dictumque tractatum Londini per plenipotentiarios nostros subscribi mandaverimus, scilicet statum Europae luctuosissimum impendentemque tot populis et nationibus, ni votis amicorum principum cederemus, stragem commiserati, commoti quoque iis quae in praefato tractatu continentur emolumentis in hanc regnorum Hispaniarum et Indiarum cessionem et abdicationem devenimus, praesertim quod per illam ea quoque renuntiatio, quam Ser^mus^ et Pot^mus^ princeps Philippus quintus Hispaniarum et Indiarum rex in regnum et coronam Galliae pro se suisque posteris sub 5ta Novembris anno 1712 in favorem Ser^mi^ ducis Aurelianensis fecit atque in Hispania in legem abiit nostraeque ceu conditioni innixa est, plenum suum vigorem et effectum sortiatur, pariterque per eam illae renunciationes, quas Ser^mus^ dux Bituricensis 24ta die mensis Novembris anno 1712 Marlii et praefatus Ser^mus^ dux Aurelianensis die 19^a^ eiusdem mensis et anni Parisiis fecerunt et per tractatus Traiectenses 11ma die mensis Aprilis anno 1713 confirmatae fuere, convalidentur atque adeo perpetua et immutabili iam lege statutum sanctumque permaneat, quod nullo unquam tempore monarchiae Galliae et Hispaniae in unam eandemque personam nec in unam eandemque lineam coalescere valeant.

His igitur tantis rationum momentis inducti, neve optatissimam pacem universalem quietemque Europae, quae in bina ista renuntiatione consistere censetur, diutius remoraremur, animo deliberato ac maturo consilio vigore praesentium cedimus, abdicamus et renuntiamus pro nobis, heredibus, descendentibus et successoribus nostris, maribus et foeminis, omnibus rationibus, iuribus, actionibus et praetensionibus, quae nobis in regna Hispaniarum et Indiarum ditionesque coronae hispanicae per tractatus Traiectenses et per hos praefato Hispaniarum et Indiarum regi concessas competunt aut competere possent idque omne ius nostrum in modo dictum Ser^mum^ principem Philippum Hispaniarum ac Indiarum

nungslosigkeit seiner Bemühungen erkannt hatte, sei es durch Abmachungen mit dem Kaiser, sei es durch den Anschluss an Spanien gün-

---

regem eiusque posteros, heredes ac successores, mares et foeminas, his vero quomodocunque deficientibus in domum Sabaudicam iuxta praefati tractatus tenorem ac in eo statutum succedendi ordinem, videlicet in Ser^mum modernum Sardiniae regem, ducem Sabaudiae, Pedemontii principem, Victorem Amadeum eiusque filios et descendentes masculos ex legitimo matrimonio natos, et deficiente eius progenie masculina in principem Amadeum a Carignano eiusque filios et descendentes masculos ex legitimo matrimonio procreatos, et deficiente quoque huius progenie masculina in principem Emanuelem de Sabaudia eiusque filios et descendentes masculos ex legitimo matrimonio natos, iisque deficientibus in principem Eugenium a Sabaudia eiusque filios et descendentes masculos ex legitimo matrimonio natos, ceu ab infante Catharina regis Philippi II filia oriundos, ex certa scientia, sponte libereque harum vigore transferimus et abdicamus, renuntiantes pro nobis, nostris heredibus, descendentibus et successoribus nostris omnibus rationibus et iuribus, quae nobis aut ipsis in dicta regna quomodocunque sive iure sanguinis sive ex pactis antiquis et legibus regni competunt aut competere quacunque ratione possent.

Confirmamus approbamusque istam a nobis factam renuntiationem regnorum Hispaniarum ac Indiarum, volentes ac statuentes eam habere vim legis publicae et sanctionis pragmaticae, et ut ita ab omnibus regnorum nostrorum et provinciarum subditis recipiatur executionique mandetur, non obstantibus quibuscunque legibus, sanctionibus, pactis et consuetudinibus in contrarium facientibus, quibus omnibus quantum ad hunc actum expresse derogamus, supplentes omnes si qui forent defectus iuris et facti, styli et observantiae; renuntiantes quoque omnibus beneficiis iuris in specie restitutionis in integrum, prout et exceptionibus quibuscunque excogitabilibus etiam laesionis enormis et enormissimae, cui et quibus omnibus deliberate, sponte et ex certa scientia renuntiamus easque pro reiectis, nullis renuntiatisque haberi volumus, serio sancteque spondentes, nos saepefatum principem modernum Hispaniarum et Indiarum regem eiusque posteros, heredes et successores in tranquilla et pacifica possessione dictorum regnorum esse permissuros neque eos vi huius renuntiationis ullo unquam tempore sive armis sive alio quocunque modo esse turbaturos aut molestaturos, quin bellum, quod ipsis pro revindicandis dictis regnis a nobis aut successoribus nostris inferretur, vel ex nunc illicitum et iniustum, bellum e contra quod nobis ab ipsis aut ipsis deficientibus ab iis, qui in istam regnorum successionem vocati sunt, defendendi sui causa inferretur, licitum ac iustum pronuntiamus.

Quod si forte ad hunc renuntiationis nostrae actum aliquid amplius desideraretur, id omne ex praecitato tractatu Londini novissime inito, qui unica basis, regula ac norma huius nostrae renuntiationis est ac per omnia esse debet, suppleri ac pro suppleto haberi volumus; verbo nostro caesareo-regio atque archiducali promittentes ea omnia, quae in hocce successionis, abdicationis et renuntiationis instrumento continentur, sancte religioseque observaturos cum nos tum a nostris posteris et successoribus subditisque nostris esse curaturos observari. In cuius rei fidem, vim maiusque robur hunc cessionis, abdicationis et renuntiationis actum iuramento corporali, a quo absolutionem nec petemus nos unquam

stigere Bedingungen zu erhalten.[1]) *Am 8. Nov. unterzeichneten seine Vertreter, wie jene Englands und Österreichs — die französischen erst 10 Tage später — zu London jene Vereinbarung, durch die der Savoyer den Bestimmungen der Quadrupelallianz seine Zustimmung gab*[2]), *und noch vor Schluss des Jahres 1718 war auch über die Räumung Siziliens und die Besitznahme Sardiniens eine Einigung zwischen Karl VI. und Viktor Amadeus erfolgt.*[3]) *Dagegen weigerte sich die spanische Regierung vorerst auf das entschiedenste, die Verfügungen der Quadrupelallianz anzuerkennen, obgleich die spanische Flotte wenige Tage nach erfolgter Unterzeichnung dieses Vertrages beim Cap Passaro eine furchtbare Niederlage erlitt und obgleich Stanhope persönlich in Madrid erschien, um sein grosses Werk auch hier zum Sieg zu führen. Alberoni, der noch immer die ausschlaggebende Stimme am Madrider Hofe besass, wollte seine ehrgeizigen Pläne nicht aufgeben und hoffte, dass ein Eingreifen der Russen und Schweden oder Unruhen in Frankreich und England, oder Differenzen unter den Unterfertigern der Allianz, ihm*

---

nec ab alio forte petitam aut etiam ultro oblatam admittemus, tactis sacrosanctis evangeliis in praesentia testium infrascriptorum firmavimus praesensque renuntiationis instrumentum manu propria subscriptum caesareo-regio et archiducali sigillo munitum ad manus praefati Ser^mi et Pot^mi Magnae-Britanniae regis deposuimus, Ser^mo ac Pot^mo Hispaniarum regi tempore et modo ipso tractatu praescriptis extradendum.

Acta haec sunt Viennae die decima sexta mensis Septembris, anno domini millesimo septingentesimo decimo octavo, regnorum nostrorum Romani septimo, Hispaniarum decimo sexto, Hungarici vero et Bohemici octavo. Carolus m. p.

Praesentes fuere Cel^mus dominus Joannes Leopoldus sacri Romani imperii princeps Trautson etc.; Excell^mus et Illust.^mus dominus Philippus Ludovicus sacri Romani imperii hereditarius thesaurarius comes a Sinzendorff etc.; Exc.^mus et Ill.^mus dominus Gundaccarus Thomas sacri Romani imperii comes de Stahrenberg etc.; Rev.^mus don Fr. Antonius Folch de Cardona etc.; Exc.^mus item et Ill.^mus dominus Rochus comes Stella etc.

Et quia ego infrascriptus sacrae C^eae regiaeque catholicae M^tis consiliarius aulicus, secretarius status et referendarius authoritate C^ea atque archiducali ad hunc actum creatus notarius publicus omnia haec fieri praesens audivi et vidi, ideo in fidem veritatis nomen meum subscripsi et sigillum meum apposui. Anno et die ut supra.

L. S. Joannes Georgius de Buol, sacri Romani imperii eques.

[1]) *Weber l. c. 79, 87 f.*

[2]) *Dieser Vertrag ist u. a. abgedruckt bei Dumont l. c. VIII|1 549; Jenkinson l. c. II 226; vgl. überdies Bittner l. c. Nr. 712.*

[3]) *Dieser Vertrag d. d. Wien 29. Dez. 1718 ist gedruckt bei Solar de la Marguerite, Traités publics de la royale maison de Savoie etc. II. 389; vgl. Bittner l. c. Nr. 719.*

Gelegenheit bieten würden, sein Ziel zu erreichen. Stanhope kehrte unverrichteter Dinge nach England zurück und der Termin, bis zu welchem Spanien der Allianz beitreten oder zur Annahme derselben gezwungen werden sollte, gieng vorüber, ohne dass die Beitrittserklärung des Madrider Hofes erfolgt wäre. Die Wiener Regierung empfand aufrichtige Freude darüber; sie traf bereits Verfügungen über die italienischen Besitzungen, die sie so ungern in die Hände der bourbonischen Familie gelangen lassen wollte, hoffte den Hauptteil Toscana's an Lothringen als Entschädigung für Montferrat, den kleineren mit Pisa an Modena übertragen zu können.

Allein weder Frankreich noch England waren gewillt, die Pläne des Kaisers zu fördern. Wohl sahen sich diese Mächte kraft der dem Kaiser gegenüber eingegangenen Verpflichtungen genötigt, den Krieg an Spanien zu erklären; allein sie wurden nicht müde zu betonen, dass sie nur gegen Alberoni und dessen ehrgeizige Pläne und nicht gegen das spanische Volk kämpfen wollten und pflichteten mit Eifer der Forderung der Generalstaaten bei, die eine neue dreimonatliche Frist für den Beitritt Spanien zur Allianz verlangten. Vergebens protestierte des Kaisers Gesandter in London und Paris; vergebens bestürmten die kaiserlichen Minister in Wien die Vertreter Englands. Stanhope und Dubois blieben fest und Karl VI. musste seine Einwilligung zu einer neuen dreimonatlichen Frist geben.[1] *Um gegen eine nochmalige Fristerstreckung gesichert zu sein, verlangte er von Frankreich und England ein schriftliches Versprechen, dass dies die letzte dem spanischen Könige zu gewährende Frist sein werde, überdies aber die Annahme der Geheimartikel und die Unterzeichnung der Allianz in ihrem vollen Umfange durch die Generalstaaten innerhalb dreier Wochen.*[2] *Das letztere zu erreichen gelang nicht; dagegen stellte England, das gerade damals Beweise der aufrichtigen Freundschaft des Kaisers durch die gegen die neuen Pläne der Jakobiten gewährte Unterstützung erhielt, den verlangten Revers aus, nach welchem die Spanien neuerdings gewährte dreimonatliche Frist die letzte sein und die Mächte sich sogleich mit der neuen Vergebung von Parma und Toscana befassen sollten.*[3] *Auch der Regent unterzeichnete bald darauf diese Erklärung, die nach dem Beitritte der Generalstaaten ihre Geltung erlangen sollte. Zu gleicher Zeit*

[1]) *Dies und das folgende nach den Akten des St.-A. Vgl. auch Weber l. c. 89 ff.*

[2]) *Vgl. Weber l. c. 92.*

[3]) *Vgl. die Berichte Penterriedters vom Mai 1719, insbesondere vom 22. Mai St.-A.; Weber l. c. 93 f.*

setzte Pendterriedter es durch, dass Georg I. ein schriftliches Versprechen gab, sich im Frieden von Österreich und Frankreich nicht zu trennen.[1]) *Man sieht, wie sehr die üblen Erfahrungen der Jahre 1712 und 1713 nachwirkten. Das Misstrauen der Wiener Regierung war übrigens nicht unbegründet. Pendterriedter konnte sich während seines Aufenthaltes in den Niederlanden davon überzeugen, dass die Engländer nicht weniger eifrig als die Franzosen die Bemühungen der Generalstaaten unterstützten, die sich Ende Mai wohl zur Annahme der Geheimartikel bereit erklärten, aber die Kriegserklärung an Spanien weigerten und alles mögliche taten, um die oberitalienischen Besitzungen für einen bourbonischen Prinzen zu retten, indem sie die Unterfertigung des bewussten Reverses und damit die Philipp V. zu gewährende Frist — die ja vom Zeitpunkte ihres Beitrittes 3 Monate währen sollte — hinausschoben. Der Wiener Hof war über das Vorgehen der Generalstaaten empört, zürnte aber nicht minder den Engländern, deren Pläne man durchschaute. St. Saphorin bekam bittere Worte zu hören und glaubte sich nur dadurch retten zu können, dass er nun seinerseits den Vorschlag machte, man möge einen Zeitpunkt fixiren, von dem an, auch bei Weigerung der Generalstaaten, jener dreimonatliche Termin zu rechnen sei. Der Kaiser war zwar mit dieser Lösung der Frage, die einer neuen Verschleppung gleichkam, nicht einverstanden, glaubte aber im Hinblicke auf den ungünstigen Feldzug in Sizilien, der ihm die Notwendigkeit der Unterstützung durch die englische Flotte deutlich bewies, neue Opfer bringen zu müssen. Er forderte vorerst den 1. oder 15. Oktober als Ausgangstermin und schickte, um diesen Termin und eine bindende Erklärung Englands und Frankreichs durchzusetzen, dass diese Frist die letzte sein werde, den Grafen Windischgrätz in besonderer Mission nach London.*[2]) *Doch blieb diese erfolglos; erst am 18. Nov. 1719 wurde im Haag die Erklärung von den Vertretern Englands, Frankreichs und Österreichs unterzeichnet, in der als Ausgangspunkt für die Spanien zu gewährende Frist der 18. Nov., zu gleicher Zeit aber bestimmt wurde, dass nach Ablauf dieses Termines die Söhne der Königin von Spanien von der Erbfolge in Parma, Piacenza und Toscana ausgeschlossen sein sollten. Eine weitere Verlängerung des Termines wurde als unstatthaft bezeichnet und der Beschluss gefasst, sogleich die Frage zu erörtern, wem in diesem Falle der Besitz jener italienischen Gebiete zufallen sollte.*[3]).

[1]) *Ebenda.*

[2]) *Instruktion im St.-A.*

[3]) *Dem Vertrage wurden 2 Separatartikel beigefügt; der erste be-*

Der Wiener Hof begann in der Tat sofort die Erörterung dieser Frage und bestimmte Toscana dem Lothringer, Piacenza dem Herzoge von Modena; doch erklärte man sich bereit, auch dazu die Einwilligung zu geben, dass dem letzteren die Anwartschaft auf Toscana unter der Bedingung zugesprochen werde, dass er beim Antritte dieser Erbschaft, Modena und Reggio dem Lothringer überlasse; Parma sollte an Guastalla fallen. Allein zur Ausführung dieser Beschlüsse kam es nicht. Ende des Jahres 1719 fiel Alberoni, der Urheber und Förderer aller ehrgeizigen, kriegerischen Ideen am spanischen Hofe, der entschiedene Gegner des Friedens und der Unterwerfung unter die Machtsprüche der vermittelnden Fürsten. Das grösste Hindernis einer friedlichen Vereinbarung war damit aus dem Wege geräumt. Freilich fehlte noch viel zur Verständigung. Spanien stellte Forderungen, auf die der Kaiser niemals eingehen konnte und die Hartnäckigkeit, mit der Philipp V. auf seinen Ansprüchen bestand, liess beim Wiener Hofe nochmals die Hoffnung rege werden, dass Spanien auch diesen letzten Termin — den man übrigens auf Bitten der vermittelnden Mächte erst vom Tage der Unterzeichnung des Reverses durch die Generalstaaten, vom 16. Dez. an rechnete — unbenützt werde vorüberstreichen lassen. Allein neue, höchst energisch abgefasste Erklärungen der vermittelnden Mächte überzeugten Philipp V., dass seine Hoffnung durch Benützung der Rivalität der einzelnen Fürsten etwas zu erreichen eine eitle gewesen; er musste erkennen, dass eine weitere Verzögerung ihm nur schaden, nicht nützen würde. Ende Januar 1720 gab er seinem Gesandten im Haag den Befehl, die Beitrittserklärung zur Allianz in seinem Namen auszustellen. Das darauf bezügliche Dokument wurde am 17. Februar unterzeichnet.[1]) *Dem Beispiele Spaniens folgten die*

---

tonte, dass Karl VI. sich nur unter der Bedingung entschlossen habe dem jetzigen Besitzer Spaniens den königlichen Titel zuzugestehen, falls dieser innerhalb dreier Monate dem jetzt geschlossenen Vertrage beitrete; der zweite Artikel enthielt die Verwahrung des französischen Königs gegen gewisse Titel, deren sich Karl VI. in der Konvention und bei der Ausstellung der Vollmachten bediente.

[1]) *Der Vertrag über die Accession Philipps V. von Spanien zur Quadrupelallianz d. d. Haag 1720 Februar 17 wird im Bande Spanien der Staatsverträge zum Abdrucke gelangen; er ist u. a. gedruckt bei Lünig Cod. Germ. dipl. I 881; Coleccion de los tratados de paz etc. II. 3; vgl. Bittner l. c. Nr. 729. Da in der spanischen Ratifikation dieses Vertrages Karl dem sechsten der ihm gebührende kaiserliche Titel nicht gegeben wurde, erklärte Windischgrätz die Auswechslung der Ratifikationen nicht vornehmen zu können. Es wurde daher am 19. April eine neue Vereinbarung zwischen England, Frankreich, Spanien und Österreich unterzeichnet, in welcher der spanische Vertreter die Erklärung*

Generalstaaten. Damit war officiell der Friede zwischen Spanien und dem Kaiser hergestellt, das Ziel der Allianz erreicht. In der Tat dauerte es aber noch 5 Jahre, bis auf gänzlich veränderter Grundlage eine wirkliche Aussöhnung der Herrscher von Spanien und Österreich stattfand.

---

abgab, dass Philipp V. dem Kaiser den ihm gebührenden kaiserlichen Titel durchaus nicht vorenthalten wolle und sich verpflichtete, eine neue Ratifikationsurkunde sobald als möglich zu beschaffen. Bei dieser Gelegenheit legten die Vertreter Frankreichs und Englands dagegen Verwahrung ein, dass die Spanier die beiden der Ratifikation inserirten Verträge aus dem lateinischen und französischen ins spanische übersetzt hatten. Diese Abmachung lautet nach dem im R. O. vorliegenden Or.

Postquam nobis, suae M^tis^ C^eae^, suae M^tis^ britannicae, suae M^tis^ christianissimae et suae M^tis^ catholicae ministris plenipotentiariis apud dominum comitem a Windischgratz, suae M^tis^ C^eae^ ministrum plenipotentiarium, die 15° Aprilis 1720 congregatis, dominus marchio de Beretti Landi, M^tis^ suae catholicae minister plenipotentiarius, declaravit, se ratificationes tractatuum Hagae Comitum die 16^a^ et 17^a^ Februarii eiusdem anni conclusorum a rege domino suo obtinuisse, ut more solito invicem commutarentur, ideoque tenor dictarum ratificationum tabularum a nobis mox dictis ministris recognitus et perpensus est, primo quaedam occurrit difficultas, quae summi momenti iudicata est, quod videlicet in instrumentis ratificationum per dominum comitem a Windischgratz exhibitis sua M^tas^ C^ea^ nunc iam regis Hispaniarum titulum suae M^ti^ catholicae tribueret; e contra vero in tabulis ratificationum, quas dominus marchio de Beretti Landi protulit, nulla imperatorii tituli C^eae^ suae M^ti^ competentis facta esset mentio. Et licet marchio de Beretti asseruerit, talem omissionem nullatenus animo contendendi vel quod M^tas^ sua catholica imperatorium titulum suae M^ti^ C^eae^ tribuere aut ut talem agnoscere haesitaret processisse, insuper offerendo scriptam se declarationem extraditurum esse, vigore cuius alia ratificationum instrumenta imperatorium titulum pro sua M^ta^ C^ea^ continentia defectuosisque praesentibus substituenda absque mora allaturus esset; nihilominus dominus comes a Windischgratz inhaesit, se his circumstantiis praefatarum ratificationum comutationem nunc peragere absolute non valere, cum praecipue hic de actu sacrata et imperatoria manu iam signato ageretur, cui nulla unquam declaratio aequipollere posset, tametsi caeterum minister caesareus et sinceram regis catholici intentionem et ministri eiusdem affirmationem nullo modo in dubium traheret.

Secundo observatum fuit in instrumentis a domino marchione de Beretti Landi exhibitis, non tantum praeambulum et finem hispanice scriptum, verum etiam ambos actus accessionis suae M^tis^ catholicae ad conventionem Parisiis factam et ad tractatum Londini conclusum, quibus modo dictus tractatus de verbo ad verbum insertus est, ex latino et gallico in hispanicum idioma fuisse translatos, quod nos ministri suae M^tis^ C^eae^, suae M^tis^ britannicae et suae M^tis^ christianissimae usui contrarium fore existimavimus in quantum concernit traductionem insertorum actuum primitus aliis in linguis conceptorum, marchio vero de Beretti Landi tanquam stylo curiae et praxi in eiusdem aula receptae conforme defendit; has ob causas nos infrasignati plenipotentiarii ministri cupientes unanimiter exoptato fine praesentes negociationes coronare convenimus, ut dominus marchio de Beretti aulam suam de prima difficultate respectu titulorum

Tametsi rex Hispaniarum protrahendo bellum, quod tam iniuste movit, se privaverit a die 2° Novembris expectativis in ditiones a magno duce Hetruriae et duce Parmae Placentiaeque possessas, quae deficientibus successoribus masculis per articulum quintum tractatus foederis inter suam M^tem^ C^eam^, M^tem^ britannicam et regiam christianissimam M^tem^ 2° Augusti 1718 Londini initi in favorem filii primogeniti regis Hispaniarum ex thoro secundo nati destinatae erant, octavo vero articulorum secretorum diserte cautum sit, quod si rex Hispaniarum post terminum trium mensium a die subscriptionis computandorum conditiones pacis illi propositas acceptare renueret et principes confoederati eundem per arma eo compellere tenerentur, tunc nova conventione inter eos stabiliendum esset, cui principi vel quibus aliis principibus sua M^tas^ C^ea^ dictas expectativas in exclusionem filii modernae Hispaniarum reginae ex consensu imperii conferre deberet; hac dispositione tamen non obstante sua M^tas^ C^ea^ catholica ad manifestandum sincerum suum in tranquilli-

---

absque mora certiorem redderet, uti ex nunc iam spondet, imperatorium titulum suae C^eae^ M^ti^ a rege catholico conferendum, quemadmodum etiam sua M^tas^ C^ea^ catholici regis titulo M^tem^ suam catholicam compellat.

Quod secundam vero concernit difficultatem traductionis nimirum in hispanicam linguam tractatuum primitus et originaliter in latino et gallico idiomate conceptorum pariter convenimus, ut unusquisque de hac difficultate aulam suam informaret instructionesque illinc et mandata desuper expectaret. Nihilominus declaramus hanc moram, quam praedictae duae difficultates produxerunt, ratificationum commutationes convento tempore peragendas nunc impendientem nulli partium contractantium praeiudicium affere debere vel posse, et quod ubi primum dominus marchio de Beretti Landi novas debito pro sua M^te^ imperatoria titulo ornatas ratificationum tabulas acceperit, nosque omnes ministri plenipotentiarii super difficultate traductionis tractatuum in hispanicum idioma (uti supradictum est) ab aulis nostris explicationes et mandata obtinuerimus, ad commutationem dictarum ratificationum indilate procedemus, et illa extraditio invicem peragenda censebitur ac si convento tempore contigisset. In quorum fidem nos ministri plenipotentiarii suae M^tis^ C^eae^, suae M^tis^ britannicae, suae M^tis^ christianissimae et suae M^tis^ catholicae praesentem declarationem manibus nostris subscripsimus sigillisque nostris communivimus.

Actum Hagae Comitum die decima nona Aprilis anni millesimi septingentesimi vigesimi.

L. S. L. comes a Windischgrätz.
L. S. J. Dayrolle.
L. S. Fleurau de Morville.
Marques Beretti Landi.[1])

---

[1]) *Die Namen stehen im Or. in gleicher Linie.*

tatem publicam studium, et ad promovenda ea quae pacem restituere possent, et ut urgentibus foederatorum suorum votis non desit, consentit, ut ea, quae in dicto articulo quinto tractatus Londini initi ratione spatii trium mensium continentur, intra quod fas fuit regi Hispaniarum praefato tractatui accedere, vi praesentis conventionis iidem liberum sit intra spatium aliorum trium mensium a die decima octava Novembris anno 1719 computandorum dicto tractatui accedere eundemque acceptare, addita vero hac expressa conditione, ut vicissim suae M^tes^ regiae britannica et christianissima spondeant et per hanc conventionem solennem se obstringant, quod post elapsum hunc terminum trimestrem a die hodierna computandum et si rex Hispaniarum interea temporis conditionibus pacis in dicto tractatu expressis non accesserit, filius vel filii modernae Hispaniarum reginae ex tunc pro exclusis ac non admissis a successione ditionum Hetruriae, Parmae et Placentiae ipso facto habeantur. Ut autem eo minus nova haec termini prolongatio, in quam sua M^tas^ C^ea^ nunc consentit, in posterum in exemplum adduci possit, dictae regiae M^tes^ promittunt, se nullam aliam unquam termini prolongationem in favorem filii modernae Hispaniarum reginae ab imperatore petituras esse et ex nunc cum sua M^te^ C^ea^ convenient, cui alteri vel quibus aliis principibus expectativas dictarum ditionum in exclusionem filii aut filiorum modernae Hispaniarum reginae secundum dispositionem octavi articulorum secretorum concedere debeat.

Has ob causas et cum suae M^tes^ britannica et christianissima expertae sint, quod aula hispanica a turbulento ministro seducta abusa hucusque fuerit indulgentiis in illius favorem habitis et inde occasionem potius sumpserit obstinate et pertinacius resistendi, consentiunt per hanc conventionem solennem conditioni, quam imperator apponit prolongationi novi termini trimestris, promittentes altefatae suae M^tes^ et sese obstringentes eandem se sincere adimpleturas ita ut, si rex Hispaniarum post elapsum novum hunc terminum trimestrem a die hodierna computandum conditionibus pacis in dicto tractatu expressis non accesserit, nec expectativas nec ulteriorem termini prolongationem a sua M^te^ C^ea^ in favorem filii modernae Hispaniarum reginae petent, ut qui per lapsum trium mensium ipso facto pro excluso habebitur, et ex nunc convenient cum sua M^te^ C^ea^ catholica, cui alteri vel quibus aliis principibus expectativae in exclusionem dicti principis eo casu conferendae forent.

In quorum fidem nos infrascripti suae Mtis Cese, Mtis britannicae et regiae christianissimae Mtis ministri plenipotentiarii mandatis necessariis et plenipotentiarum tabulis invicem exhibitarum muniti praesentem hanc conventionem subscripsimus et sigillis nostris communivimus, quae eandem vim obtinebit ac si tractatui foederis quadruplicis verbotenus inserta fuisset, et ratificationum tabulae a sua Mte Ces, Mte britannica et regia christianissima Mte extradentur et commutabuntur intra spatium sex septimanarum aut citius si fieri possit. Actum Hagae Comitis, die decima octava Novembris, anni millesimi septingentesimi decimi noni.

L. S. Leopoldus Victorinus comes a Windischgrätz.
L. S. Cadogan.
L. S. Fleuriau de Morville.[1])

Articulus separatus.

Quamvis iam articulo separato quadruplicis foederis Londini 22. Julii v. st./2. Augusti n. st. elapsi anni conclusi cautum sit, sacram Ceam regio-catholicam Mtem moderno Hispaniarum possessori regium titulum haud concedere, nisi in eum duntaxat casum ubi et ille huic tractatui accesserit; cum tamen hodie conventionem super novo termino trimestri, in qua dictus modernus Hispaniarum possessor rex Hispaniarum et Indiarum per totum compellatur, inter sacrae Cese regio-catholicae, sacrae regiae britannicae et sacrae regiae christianissimae Mtum plenipotentiarios subscribi contingat, e re esse iudicatum est reservationis huius denuo mentionem fieri.

Articulus iste separatus eandem vim obtinebit ac si de verbo ad verbum ipsimet tractatui insertus foret ratihabebiturque eodem modo atque ratihabitionum tabulae intra idem tempus cum ipsa conventione extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hunc articulum separatum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Hagae Comitis, die decima octava Novembris, anni millesimi septingentesimi decimi noni.[2])

---

[1]) *Die Namen stehen im Or. in gleicher Linie.*

[2]) *Dieselben Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

Articulus separatus.

Quum titulorum aliqui, quibus sacra Cea Mtas sive in plenipotentiis sive in conventione et articulis separatis hodie subscribendis utitur, per sacram regiam Mtem christianissimam agnosci haud possint, per hunc articulum separatum et ante conventionem subscriptum declarat et protestatur, quod per dictos hac conventione et articulis separatis adhibitos titulos aut sibi alterive praeiudicare aut sacrae Ceae Mti ius ullum adiicere minime intendat.

Articulus iste separatus eandem vim obtinebit ac si ipsimet conventioni hodie subscriptae verbotenus insertus foret ratihabebiturque eodem modo atque ratihabitionum tabulae intra idem tempus cum ipsa conventione extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hunc articulum separatum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Hagae Comitis, die decima octava Novembris, anni millesimi septingentesimi decimi noni.[1])

20.

Konvention zwischen Karl VI., Georg I., Ludwig XV. von Frankreich, Victor Amadeus II. von Sardinien und Philipp V. von Spanien, betreffend den Waffenstillstand zur See d. d. Haag 1720 April 2.

Rat. Philipps V. d. d. Aranjuez 1720 Mai 20.

Die Originale der Konvention im St.-A. und R. O., die der Ratifikation derselben durch Philipp im St.-A. und R.-O. — Drucke bei Bittner Nr. 731.

Als eine natürliche Konsequenz des Beitrittes Spaniens zur Quadrupelallianz ergab sich die Räumung Siziliens seitens der Spanier und die Übergabe dieser Insel an den Kaiser. Allein auch in dieser Frage ergaben sich Schwierigkeiten, deren Überwindung nicht ohne grosse Mühe gelang. Philipp V. hatte am selben Tage, da er die Befehle zur Unterzeichnung der Quadrupelallianz gab, den Abschluss eines Waffenstillstandes für Sizilien verlangt; Österreich aber erklärte, die Waffenruhe könne nur

[1]) *Dieselben Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

dann bewilligt werden, wenn zugleich die Räumung der Insel von den Spaniern zugestanden werde. Dagegen protestierte nun Philipp V. auf das nachdrücklichste und forderte von den vermittelnden Mächten für die Räumung Siziliens neue Konzessionen; unter anderen von England die Übergabe Gibraltars. Aber auch diesmal war er nicht in der Lage seine Ansprüche durchzusetzen; es gelang dem englischen Vertreter in Madrid die Einwilligung Philipps V. dafür zu gewinnen, dass die Regelung der Gibraltarfrage einem künftigen Kongresse überlassen werden, die Räumung Sardiniens und Siziliens dagegen gleich erfolgen sollte. Freilich nahmen die Spanier diese Erklärung nicht ernst und suchten nach neuen Vorwänden, um die Durchführung des gefassten Beschlusses zu verzögern. In diesem Sinne stellten sie an Penterriedter das Ansinnen, von den Bevollmächtigten der kriegführenden Mächte die Bedingungen feststellen zu lassen, unter denen der Waffenstillstand und die Räumung der beiden Inseln erfolgen sollte. Allein Penterriedter wies dieses Begehren entschieden zurück, betonte, dass darüber nur die an Ort und Stelle befindlichen Generäle die richtigen Beschlüsse zu fassen in der Lage wären, und gab seine Einwilligung nur zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandes zur See, der am 2. April 1720 im Haag von den Vertretern Englands, Frankreichs, Österreichs, Spaniens und Sardiniens unterfertigt wurde.[1]) *Ganz ausdrücklich wurde aber in demselben die definitive Ordnung der Waffenstillstands- und Räumungsfrage den in Sizilien anwesenden englischen, spanischen und kaiserlichen Generälen überlassen, die dann am 6. und 8. Mai 1720 vor Palermo zwei darauf bezügliche Konventionen unterzeichneten.*[2])

Cum sua M^tas^ catholica tractatum Londini 2° Augusti 1718 signatum per omnia pure ac simpliciter et absque ulla reservatione vel restrictione acceptaverit et ministri plenipotentiarii britannicae, christianissimae et catholicae M^tum^ vi mandatorum ipsis impertitorum 29° Februarii armistitium per mare signaverint, quod armistitium minister plenipotentiarius M^tis^ suae C^eae^ deficientibus ad id plenipotentiarum tabulis una cum illis non subscripsit, ideoque supradicti ministri scripto declaraverint, sese

[1]) *Die Generalstaaten fehlten, da sie an dem Kriege gegen Spanien nicht teilgenommen hatten.*

[2]) *Vgl. den Abdruck weiter unten p. 416 ff.; der Vertrag Karls VI. mit Victor Amadeus II. d. d. Genua 1720 Juli 13 und die Konvention Karls VI. mit Philipp V., die Übergabe und Räumung Sardiniens betreffend, sind gedruckt bei Solar de la Marguerite l. c. II. 409, 411. Vgl. Bittner l. c. Nr. 736 u. 737.*

cum nominato caesareo ministro eiusmodi armistitium per mare absque mora, quam primum ipse tale mandatum receperit, pariter subscripturos esse; quandoquidem autem has plenipotentiarum tabulas dominus comes a Windischgräz modo obtinuit et dominus marchio de Beretti Landi pari mandato munitus et de intentione regis sui satis instructus est, uti et pariter minister plenipotentiarius suae M^tis regis Sardiniae interea plenipotentiarum tabulas ad signandum armistitium per mare accepit, nos infrascripti suae C^eae, britannicae, christianissimae, catholicae et regis Sardiniae M^tum ministri plenipotentiarii conclusimus, prout hisce concludimus, armistitium per mare inter altefatas M^tes et nominatim quod concernit portus suae M^tis C^eae tam in adriatico (qui communiter litoralia austriaca vocantur) quam in mediterraneo et oceano; quae mox dicta suspensio armorum quam primum fieri poterit in iis locis, ubi id e re esse iudicabitur, publicanda erit atque subditorum vicissim navigationes et commercia absque omni interruptione vel molestia eundem in modum, quo ante belli huius initium exercebantur, penitus restituentur. Ad evitandam autem omnem controvertendi aut contendendi rationem, quae ob restitutionem navium, mercium et reliquorum bonorum mobilium ab una parte alteri post signatam iam hanc conventionem abreptorum forsitan exoriri valeret, nos infrascripti suarum altefatarum M^tum ministri plenipotentiarii declaramus, omnes naves, merces et reliqua bona mobilia, quae una pars alteri auferre posset in mari britannico, baltico et boreali, post duodecim dierum terminum, qui a die signatae praesentis conventionis currere incipiet, post sex septimanas vero a mari britannico, baltico et boreali usque ad promontorium S^ti Vincentii, post decem hebdomadum spatium inter dictum promontorium et lineam aequinoctialem, vulgo aequatorem, tam in mari oceano quam in mediterraneo et adriatico; finaliter demum post sex menses in qualicunque mari ultra dictam lineam aequinoctialem, absque ulla exceptione vel ulteriori distinctione temporum locorumque ab una et altera parte restituenda esse, eo semper sensu, quod recensiti modo termini a dato huius conventionis tantummodo inter suam M^tem C^eam et suam M^tem catholicam atque inter suam M^tem catholicam et regem Sardiniae initium sumere debeant, ex eo quod conclusum inter suam M^tem britannicam, christianissimam et catholicam ar-

mistitium a die 29° Februarii utpote die subscriptionis iam inceperit.

Quandoquidem vero sua M^tas^ C^aa^ supremo exercitus sui in Sicilia praefecto, comiti a Mercy, ad tractandam cum marchione de Leede suae M^tis^ catholicae ibidem belli duce armorum suspensionem uti et ad transingendum super omnimoda regnorum Siciliae et Sardiniae evacuatione facultatem concessit, et sua M^tas^ britannica pariter classis suae praefecto, equiti de Byngh, mandavit, ut cum suae M^tis^ catholicae ministris, militum praesidibus et rei maritimae praefectis suspensionem armorum concludat, expresse declaramus, quod praesens conventio omnino nihil poterit mutare, diminuere aut derogare illis conditionibus et articulis cuiuscunque naturae sint, quos dictus comes a Mercy aut nominatus eques de Byngh per aliquam forsan conventionem cum marchione de Leede, ministris, militum praesidibus et rei maritimae praefectis M^tis^ suae catholicae concluserint, quae dicta conventio comitis a Mercy aut dicti equitis de Byngh per totum in suo vigore ex integro conservabitur.

In quorum fidem nos C^eae^, britannicae, christianissimae, catholicae et regis Sardiniae M^tum^ ministri plenipotentiarii vigore mandatorum hinc inde exhibitorum praesentem conventionem manibus nostris subscripsimus sigillisque nostris communivimus; promittentes quod ratificationum tabulae altefatarum M^tum^ debita forma confectae intra spatium duorum mensium aut citius si fieri poterit commutabuntur. Actum Hagae Comitum, die secunda Aprilis, anni millesimi septingentesimi vigesimi.

L. S. Leop. comes a Windischgrätz.
L. S. Ja. Dayrolle.
L. S. Fleuriau de Morville.
L. S. El marques Beretti Landi.
L. S. J. B. Despiene.[1])

[1]) *Die Namen stehen im Or. in gleicher Linie.*

21—22.

2 Konventionen zwischen den englischen, österreichischen und spanischen Generälen über den Waffenstillstand und die Räumung Siziliens und Sardiniens d. d. Lager vor Palermo 1720 Mai 6 u. 8.[1])

(Or. St.-A.) Drucke Bittner Nr. 733.

21.

En vertu des pleins pouvoirs que nous, les generaux commandants les armées faisants la guerre en Sicile tant par mer que par terre, avons receus de nos souverains pour y traitter d'une suspension d'armes et de l'evacuation des royaumes de Sicile et de Sardaigne, nous avons convenu apres plusieurs conferences des articles suivants.

I.

Qu'il y aura une suspension d'armes et de tous actes d'hostilités entre les armées, troupes, flottes, escadres et waissaux des puissances engagées dans la guerre presente, jusques à l'entiere evacuation des royaumes de Sicile et de Sardaigne et le retour en Espagne des troupes Espagnoles qui sont dans l'un et dans l'autre des d^ts^ royaumes, et entre les guarnisons et troupes, aussi bien par terre que par mer ou sur les autres eaux, au dedans de la mer mediterranée ou costes voisines; tellement que s'il arrive que pendant la suspension on y contrevienne d'aucunes des parties, en prenant une place ou par attaque, surprise ou intelligence au deça de l'etendue marqué dans ce traitté, ou qu'on fasse des prisonniers, ou qu'on commette d'autres actes d'hostilités par aucun accident non prevû, cette contravention sera bonifiée de chaque partie de bonne foy sans deley ou sans difficulté, en rendant sans aucune diminution ce qui aura eté pris et en donnant la liberté aux prisonniers sans payer des rentions[2]) ou fraits. Et pour prévenir toutes les occasions de plaintes qui pourroient survenir à l'egard des waissaux, marchandises et effets qui pourroient estre

[1]) *Für die informierende Einleitung vgl. p. 413; das eigentümliche der Schreibweise ist darauf zurückzuführen, dass der Schreiber dieses Vertrages ein Spanier war.*

[2]) *So im Or. wohl für rations.*

prises en mer, on convient reciproquement que tels waissaux, marchandises et effets qui seront pris dans la mer mediteranée ou au levant du cap Saint Vincent vers ou dans la mer mediteranée apres la datte de la signature de la suspension d'armes seront rendus de part et d'autre sans aucune exception.

II.

Les troupes Espagnoles évacueront Palerme cinq jours apres la signature, et on remettra Castelamare, le mole et tous les forts avec l'artillerie et munitions de guerre que l'on y a trouvé et qui existent actuellement, et l'armée Espagnole marchera le jour auparavant à marche reglée d'armée à Termini et dans les villages suivants: Baucina, Bentemilia, Gimina, Montemajor, Caltabuturo, Petralia, Vicary, Polici, la Rochela, Rocapalamo, Cacamo,[1]) qui se trouvent tous aux environs de d[t] Terminy, et à mesure que les dites troupes s'embarqueront l'on évacuera les villages les plus éloignés et on donnera les ordres les plus rigoureux pour empecher qu'on ne couppe les arbres fruittiers et les grains et qu'on ne fasse aucun desordre.

III.

Que les malades et blessés des troupes d'Espagne resteront dans le mesme hopital ou elles sont à Palerme avec tous les medecins, chirurgiens et autres employés au[2]) d[t] hopital pour l'assistance, service et direction du d[t] hopital, où il y aura une garde d'un lieutenant et vingt hommes des troupes d'Espagne pour contenir les malades dans l'hopital, et on fournira pour le d[t] hopital tout ce qu'ils auront besoin pour leur subsistence au directeur pour son argent, et d'abord qu'il y aura des convalescens en etat de marcher on leurs fournira des bagages ou barques pour les transporter à Termini, en payant; ceux qui auront des armes pourront les transporter avec eux.

IV.

Il sera permis que les ministres de l'intendence et commissaires de guerre, commis du contadore et du tresorier, tant de terre que de mer, restent à Palerme, tant pour l'ajustement

[1]) *Ventimiglia, Ciminna, Montemaggiore, Caltavulturo, Polizzi, Rocella, Roccapalumba.*

[2]) *Im Or. aux.*

des comtes comme des dispositions necessaires pour l'embarquement, jusques a ce qu'ils soyoient effectués on donnera un etat des noms de ceux qui resteront.

V.

Il sera permis aux officiers et ministres de l'armée Espagnole et quelqu'autre qui se puisse estre employé a l'armée de retirer du d^t^ Palerme leur famille, effets et equipages, soit par mer ou par terre, et de quel autre endroit du royaumes qu'ils ayent, pour lequel il leurs sera donné des passeports, leurs facillitant les bagages ou barques qu'ils auront besoin pour leur transport, en payant. Il sera permis aussi aux officiers, ministres et domestiques de l'armée Espagnole d'entrer à Palerme pour les affaires particulieres ou celles de leurs regiments, moyennant qu'ils ayent passeport de Monsieur le Mis de Lede, leur general.

VI.

Que tous les magazins de munitions de guerre et vivres de quelle espece qui se puisse estre, y compris l'orge et la paille, appartenant aux troupes d'Espagne dans le d^t^ Palerme ou ses faubourgs, y resteront en toute seureté, et il sera permis aux d^tes^ troupes de les entirer pour leur service, soit par mer ou par terre, à mesure qu'ils en auront besoins, et quand on le jugera convenir, on laissera des commissaires pour en avoir soin, et Monsieur le comte de Mercy ordonnera d'y mettre des gardes de ses troupes pour leur seureté.

VII.

Les troupes d'Espagne qui se trouveront dans les villes et villages surnommés vivront pour leur argent à l'exception du fourrage vert, paille et bois, et on nommera des officiers commis pour faire fournir aux d^tes^ troupes fourage vert, la paille et bois dans les villes et villages où sont les troupes, auxquels on donnera les troupes qu'ils demanderont pour se faire obeir, sans qu'il soit permis aux troupes Espagnoles d'envoyer des troupes en execution.

VIII.

Aussitot apres l'evacuation de Palerme l'on envoyera ordre pour faire retirer les troupes qui sont à Girgenti.

IX.

L'evucuation d'Auguste se fera d'abord que l'on aura fourni les embarquations necessaires pour l'embarquement de l'artillerie, munitions de guerre, vivres, de quelle qualité que ce soit, et autres attirails de guerre, et generalement tout ce qui y est dans les magazins lesquels seront transportés à Terminy ou à Palerme, comme l'on trouvera convenir, apres quoy les troupes d'Espagne remettront la place aux troupes Allemandes sans toucher aux fortifications, et la guarnison Espagnole se mettra en chemin pour revenir a Terminy ou aux villages marqués par le chemin le plus court, faisant une marche reglée d'infanterie. À l'egard des troupes d'Espagne qui se trouvent au blocus de Siracuse et à Jacyreale[1]) ou autres endroits du royaume, on leur envoyera ordre aussitot apres l'evacuation de Palerme de se mettre en marche et de venir joindre l'armée à Terminy, leurs ordonnants de ne commettre aucun desordre dans la route; il sera nommé de la part de M[r] le comte de Mercy des officiers commis pour marcher avec les dites troupes pour leur faire livrer paille, orge et pain et ce qu'ils auront besoin pour leur subsistence que l'on payera apres.

X.

Que toutes les troupes tant de terre que celles de mer et les gens de mer dans l'etat ou elles se trouvent à present dans ce royaume, tous les generaux, officiers, ministres et quelques autres qui se puissent estre employés dans l'armée, ils leurs sera permis de s'embarquer pour passer en Espagne en toute seureté, aussi bien que d'autres sujets Espagnols qui voudront y passer, sans qu'on puisse les en empecher.

XI.

Que toutes les troupes Espagnoles, tant infanterie que cavallerie et dragons, devront estre conduites en Espagne avec leurs armes, drapeaux, etendarts, chevaux, habits et bagages en toute seureté, sans qu'il leur puisse estre mis aucun obstacle, et estre débarqués à la coste de Catalogne ou Valence, tant dans des embarquations qu'on pourra fournir promptement que dans celles qui pourront venir d'Espagne ou d'autres appartenantes à d'autres puissances, par la voye la plus courte.

[1]) *Aci Reale.*

XII.

Que l'on sera obligé de fournir tous les waisseaux et autres embarquations necessaires pour l'embarquement des troupes Espagnoles, tant infanterie que cavalerie, artillerie, munitions de guerre et equipages, bien entendu à leurs frais, leurs donnants des waisseaux de guerre de sa Mté britanique pour les escorter et pour leur seureté jusqu'à ce qu'ils soyent arrivés en Espagne, dont l'on conviendra du nombre avec Mr l'amiral Bings.

XIII.

L'embarquement des troupes se fera en deux ou trois fois et plutot si faire se peut, elles s'embarqueront d'abord que les embarquations seront prettes et qu'il y ait tous les vivres necessaires dans les waisseaux et barques pour quarante jours, tant pour les hommes que pour les chevaux, sur le pied de la ration ordinaire, et on ne pourra point obliger d'embarquer plus de monde dans les dites barques que ce qu'elles peuvent contenir selon les regles ordinaires, pour quelles y puissent estre à leur aise dans la chaleur où on va entrer.

XIV.

Il sera permis d'embarquer et de conduire en Espagne en toute seureté toute l'artillerie, mortiers tant de bronze que de fer qui existe dans les places qu'on évacue dans ce royaume et qu l'ona apporté d'Espagne, aussi bien que celle que l'on a fondu à Palerme du metail que l'on a apporté d'Espagne, aussi bien que celles qu'on a apportées d'autres endroits depuis que les troupes d'Espagne sont dans le royaume, laissant dans les places celles qui existent et qu'on y a trouvé. L'on remettra aussi de bonne foy toutes les munitions de guerre qu'on a trouvé dans Castelamare et les forts de Palerme, Termini et autres endroits, où il y en avoit, quand les troupes d'Espagne sont arrivées ou les ont occupés et qui existent. Et il sera permis de rembarquer pour porter en Espagne toutes celles qu'on a apportées d'Espagne ou fait venir d'Italie

XV.

Que tous les waisseaux, galeres et autres embarquations appartenants à l'Espagne ou à ses sujets qui se trouveront dans ce royaume pourront librement passer en Espagne avec leur

artillerie tous leurs equipages et tous leurs effets qu'ils pourront y avoir; il sera permis aussi de rembarquer toute l'artillerie, armes, ancres, cordages, voiles et quelquonques autres effets appartenantes aux galeres d'Espagne ou d'autres embarquations qu'on a desarmées ou qui ont faits nauffrage qui se trouvent dans les places ou endroits qu'occupent les troupes Espagnoles aujourd'huy.

XVI.

Qu'il sera permis aux commissaires qui seront nommés de rester dans ce royaume pour y vendre les effets qui existeront dans les magazins et en quelqu'autres endroits que se puisse estre, aussi bien que pour avoir soin des malades qui ne seront point en etats de s'embarquer avec le reste des troupes, aux quels on sera obligé, d'abord qu'ils seront en etats de s'embarquer, de leurs fournir des embarquations pour les transporter en Espagne, en payant.

XVII.

L'artillerie et la cavallerie d'Espagne s'embarquera au molle de Palerme et l'infanterie a Terminy ou Solando.

XVIII.

Que dans le tems de l'embarquement ou devant n'y apres l'on ne pourra retenir n'y reclamer aucun deserteur de part et d'autre n'y retenir aucun soldat sous pretexte de nation.

XIX.

Que tous les officiers et soldats de terre prisonniers de guerre, comme aussi les officiers et soldats de marine et mattelots, faits pendant la guerre de Sicile et dans ces mers seront restitués de part et d'autre.

XX.

Que l'on donnera des passeports a tous les waissaux, galeres, felouques et autres embarquations pour aller en Espagne ou pour autres endroits d'Italie pour le service de l'armée Espagnole, et l'on consent que les six felouques de la depeche passe à Terminy pour y porter les depeches où on leurs ordonnera.

XXI.

Pour ce qui regarde les fraits des waissaux et toutes autres embarquations qui serviront pour le transport des troupes

Espagnoles, ils se payeront aux pris accoutumés et dont l'on conviendra pour le payement soit en argent content soit en lettres de change.

XX.

L'on accordera six mois de tems aux officiers Espagnols ou naturels du pays ou autres qui auront du bien ou effets dans ce royaume, pour que dans le dit terme ils le puissent vendre ou alliéner, apres quoy il leur sera accordé des passeports pour passer en Espagne.

XXIII.

L'on nommera un commissaire de guerre pour examiner les dettes et verifier celles que pourront avoir contractées les officiers de l'armée Espagnole comme aussi celles qui pourroient y avoir pour le conte de leurs souverains, lesquels se trouvant justes et verifiés seront payés, bien entendu que dans ces dettes ne devra pas estre compris la paille, les fourages et le bois que l'armée peut avoir consumé, où elle a esté campie, ou bien où ont etés les detachements; et on laissera pour ottages un collonel avec un commissaire ordonnateur et un de guerre pour les dettes du souverain et des officiers jusqu'à l'entiere satisfaction.

XXIV.

Il sera permis et on donnera des passeports pour envoyer prendre soit par mer ou par terre en quel endroit du royaume que ce soit tous les vivres de quelle qualité qu'ils soyent et autres choses, dont on aura besoin pour la subsistence et embarquations des troupes Espagnoles.

XXV.

La ville et chatteau de Termini sera évacué de mesme que les autres places et remis aux troupes Allemandes aussitot que les dernieres troupes Espagnoles seront embarquées, et du jour de l'evacuation de Palerme il ne leur sera pas permis de se mesler du gouvernement politique du royaume.

XXVI.

On reglera le nombre des troupes qui devront s'embarquer selon celuy qu'on aura des batiments et vivres, et l'on avertira quelques jours auparavant, pour que les troupes puissent se preparer à s'embarquer et arriver. Il sera permis de

laisser des commissaires à Palerme pour régler les vivres et reconnétre ceux qui sont dans les magazins. Apres le premier embarquement fait, on donnera un etat de ce qui restera à s'embarquer tant en chevaux qu'en hommes et d'equipages ou autres effets qui doivent estre transportés pour pouvoir chercher les embarquations.

XXVII.

Dès que Palerme et le chatteau de Castelamare avec ses forts seront évacués, les waisseaux, galeres ou quelqu'autres embarquations que se soit qui arriveront pour M^r^ le Mis de Lede y pourront entrer et y rester librement et luy sera remis de bonne foy l'argent et toute autre chose qu'on luy apportera.

XXVIII.

Pour l'execution de ces articles on donnera en ottage de part et d'autre un marechal de camp et un collonel.

Nous les souissignés generaux, faisants la guerre tant par mer que par terre en Sicile, en vertu des pleins pouvoirs que nous avons de nos souverains promettons de part et d'autre de faire executer de bonne foy les articles cy-dessus mentionnés. Fait aux camps près de Palerme le sixieme jour de May, l'an mille sept cents et vingt.

Le comte de Mercy. L. S. G. Byng. L. S. Le Marq. de Lede. L. S.

22.

En vertu des pleins pouvoirs que nous, les generaux commendants les armées faisants la guerre en Sicile tant par mer que par terre, avons recus de nos souverains pour y traiter d'une suspension d'armes et de l'evacuation du royaume de Sardaigne nous sommes convenus apres plusieurs conferences des articles suivants.

I.

La meme suspension d'armes, dont l'on est convenu pour le royaume de Sicile et la Mediterranée, subsistera dans tous ces points pour celui de Sardaigne.

II.

Les trouppes Espagnoles evacueront le roïaume de Sardaigne aussitot que les trouppes Allemands ou autres qui sont

destinés pour en prendre possession y seront arrivés; l'on remettra toutes les places fortes avec l'artillerie, munitions de guerre qu'on y a trouvés quand les trouppes d'Espagne l'ont occupés.

III.

Les malades et blessés des trouppes d'Espagne resteront dans les memes hopitaux ou ils se trouvent dans les places avec tous les medecins, chirurgiens et autres emploiés aux dits hopitaux pour leur assistence et service. Et il sera permis d'y laisser des officiers pour en avoir soin; l'on fournira pour les dits hopitaux tout ce qu'ils auront besoing pour leur subsistence au directeur pour son argent, et d'abord qu'il y aura des convalescents en etât de marcher, il leur sera fourni des bagages et barques avec des passeports pour passer en Espagne, en paiant, et ceux qui auront des armes les pourront porter avec eux.

IV.

Il sera permis que les ministres de l'intendance, commissaires de guerre, commis du contador et du tresorier, tant de terre que de mer, restent dans les places du dit roïaume, tant pour l'ajustement du conte que pour les dispositions necessaires pour l'embarquement des trouppes, jusqu'a ce qu'il soit effectué l'on donnera un etât des noms des ceux qui y resteront.

V.

Il sera permis aux ministres de Sardaigne et autres sans exception et aux officiers des trouppes d'Espagne et quelque autres que ce puisse etre emploiés au service des dites trouppes de retirer du dit roïaume leurs familles, effets et equipages, pour les transporter en Espagne, leur donnant les passeports necessaires, bagages et barques qu'ils demanderont, en païant.

VI.

Tous les magazins de munitions de guerre et des vivres et de quelques autres especes que ce puissent etre, y compris l'orge, paille, apartenant aux trouppes d'Espagne dans les places ou autres endroits, y resteront en toutte seureté, et il sera permis aux dites trouppes de les embarquer ou de s'en servir, comme elles le trouveront convenir, et l'on nommera des com-

missaires pour en avoir soin, y faisant mettre une guarde des trouppes Alemandes ou autres qui prendront possession pour la seurêté des dits magazins.

VII.

L'evacuation d'Algeri[1]) et du chateau Arragonese se faira dans le tems marqué, pourvu que les embarquations necessaires soient prets a Algeri pour recevoir les trouppes et qu'il y ait tous les vivres necessaires pour quarantes jours, où s'embarquera pareillement la guarnison du chateau Arragonese sans que l'on puisse obliger les deux guarnisons de marcher par terre a Cagliari pour s'embarquer, et celle de Cagliari s'embarquera au dit Cagliari, la cavallerie dans une de ces deux places, dont conviendra le capitaine general qui commande dans ce roïaume, aussi bien que toute l'artillerie, magazins, munitions de guerre et de bouche qui se pourront trouver dans les dites places apartenants aux trouppes d'Espagne, et l'on remettra les places aux trouppes Alemandes ou autres qui prendront possession dans leur nom, sans toucher aux fortifications, le meme jour que les trouppes Espagnoles s'embarqueront pour passer en Espagne.

VIII.

Touttes les trouppes d'Espagne tant infanterie, cavallerie que dragons devront etre transportés en Espagne avec leurs armes, drappeaux, etendarts, chevaux, habits, bagages, en toute seureté, sans qu'ils puissent leur etre mis aucun obstacle, pour etre debarqués à la cote de Catalogne ou de Valenze, tant dans les embarquations que l'on pourra fournir promptement que dans ceux qui pourront venir d'Espagne ou d'autres apartenants à d'autres puissances, par la voye la plus courte.

IX.

Touttes les trouppes tant de terre que de mer dans l'etat qu'elles se trouvent presentement dans le roïaume de Sardaigne, tous les generaux, officiers, ministres et autres personnes qui se puissent etre emploïés aux services des trouppes d'Espagne, ils leur sera permis de s'embarquer pour passer en Espagne, aussi bien que d'autres naturels du païs de Sardaigne qui voudront aussi y passer, sans qu'on puisse les en empecher.

[1]) *Alghero.*

X.

On sera obligé de fournir tous les vaisseaux et autres embarquations necessaires pour l'embarquement des trouppes d'Espagne tant infanterie, cavallerie et dragons, artillerie, munitions de guerre et d'equipages, bien entendu a leurs frais, leur donnant de vaisseaux de guerre de sa Mté brittanique pour les escorter en toutte seureté jusqu'en Espagne.

XI.

L'embarquement des trouppes se fera dans les deux places nommées et dans le tems marqué, les embarquations etant prêts à les recevoir et munis de vivres pour quarantes jours, tant pour les hommes que pour les chevaux, sur le pied de la ration ordinaire; et on ne pourra pas obliger d'embarquer plus de monde dans les barques ou vaisseaux que ceux qu'ils pourront contenir selon le regle ordinaire, pour qu'elles puissent etre à leurs aises dans le tems des chaleurs où on va entrer.

XII.

Il sera permis d'embarquer et transporter en Espagne en toutte seureté toutte l'artillerie, mortiers tant de bronze que de fer qui existent dans les places du roïaume de Sardaigne et qu'on y a apporté d'Espagne ou d'autres endroits depuis que les trouppes d'Espagne y sont, laissant dans les places du dit roïaume celles qu'on y a trouvé et qui existent. Et on remettra aussi de bonne foy touttes les munitions de guerre qu'on y a trouvés lorsque les trouppes d'Espagne les ont occupés et qui existent encor, etant permis d'embarquer toutte celle qu'on a apporté d'Espagne ou fait venir d'ailleurs.

XIII.

Tous les vaisseaux, galeres et autres embarquations apartenants à l'Espagne ou à ses sujets qui se trouveront dans ce roïaume pourront librement passer en Espagne avec leur artillerie, equipages et tous leurs effets qui pourront y avoir. Il sera permis aussi de rembarquer toutte l'artillerie, armes, ancres, cordages, voiles et quelques autres effets que ce soient, apartenants aux galeres d'Espagne ou autres embarquations que l'on a desarmés ou qui ont fait naufrage qui se trouvent dans les places ou endroits qui occupent les trouppes Espagnoles aujourdhuy.

XIV.

Il sera permis aux commissaires qui seront nommés de rester dans ce roïaume, pour y vendre les effêts qui existeront dans les magazins ou en quelque autre endroit que ce puisse etre, aussi bien que pour avoir soin des malades qui ne seront point en etât de s'embarquer avec le reste des trouppes, aux quelles on sera obligé, d'abord qu'ils seront en etât de s'embarquer, de leur fournir des embarquations pour les transporter en Espagne, en païant.

XV.

Dans le tems de l'embarquement ou devant ni apres l'on ne pourra retenir ni reclamer aucun deserteur de part et d'autre ni retenir aucun soldat sous pretexte de nation.

XVI.

Tous les officiers et soldats des trouppes qui sont en Sardaigne, tant de mer que de terre, qui auront eté faits prisonniers dans cette guerre de Sicile et celle de Sardaigne seront restitués, tant des Allemands que des autres nations, à leurs services ou à celle de leurs alliés pendant cette guerre.

XVII.

L'on donnera des passeports à tous les vaissaux, galeres, felouques et autres embarquations qui sont en Sardaigne pour aller en Espagne ou autres endroits d'Italie pour le service de l'armée d'Espagne.

XVIII.

Pour ce qui regarde les flets des vaissaux et de tous autres embarquations qui serviront pour le transport des trouppes Espagnoles, elles se paieront au prix accoutumé dont l'on conviendra pour le païement soit en argent comptant ou soit en lettre de change.

XIX.

L'on accordera six mois de tems aux officiers Espagnols ou autres naturels du pais ou autres qui auront des biens ou effets dans ce roïaume, pour que dans le dit terme ils puissent les vendre ou aliener, apres quoy il leur sera accordé des passeports pour passer en Espagne.

XX.

L'on nommera un commissaire de guerre pour examiner les dettes et verifier celles que pourroient avoir contractés les

officiers des trouppes d'Espagne, comme aussi celles qu'il pourroit y avoir pour le compte de leur souverain; lesquelles se trouvant justes et verifiés seront païés, et jusqu'a leur païement on laissera en otage un commissaire de guerre.

XXI.

Il sera permis et on donnera des passeports pour envoier prendre soit par mer ou par terre en quelque endroit du roïaume que ce soit tous les vivres de quelle qualité que ce soit et autre chose, dont on aura besoin pour la subsistance et embarquations pour les trouppes Espagnoles, en païant.

XXII.

Les officiers, tant generaux que particuliers, qui sont en otage de part et d'autre pour la seureté du traitté de la suspension et de l'evacuation du roïaume de Sicile serviront de meme pour ôtage de la seureté de l'evacuation de celui de Sardaigne.

XXIII.

Quand les transports qui porteront les trouppes destinées pour prendre possession de la Sardaigne ne suffiront pas pour transporter touttes les trouppes d'Espagne à la fois, cellescy s'embarqueront à mesure que les premiers arriveront.

XXIV.

Lorsque l'on a pris la possession de Cagliari, les trouppes d'Espagne qui resteront jusqu'à un autre embarquement seront rassemblés dans les villages autour de Cagliari, dont conviendra le capitaine general qui y commande avec le ministre qui sera authorisé de prendre possession du roïaume, où y vivrons[1]) à leurs frais et leurs depens à la reserve de la paille, du bois et du fourage verd qu'on leurs fera fournir par les endroits le plus à portés, et lorsqu'on aura pris possession de Cagliari les Espagnols ne pourront plus se meler du gouvernement politique de Sardaigne.

Nous les sousignés generaux, faisants la guerre tant par mer que par terre en Sicile, en vertu des pleins pouvoirs que nous avons de nos souverains promettons de part et d'autres de faire executer de bonne foy les articles cy-dessus mentionnés. Fait aux camps pres de Palerme le huitieme jour de May, l'an mille sept cent et vingt.

L. S. Le comte de Mercy. L. S. G. Byng. L. S. Le Marq. de Lede.

[1]) *So im Or.*

23.

Garantie der d. d. Wien 1718 Sept. 16 von Karl VI. und San Lorenzo 1720 Juni 22 von Philipp V. beurkundeten gegenseitigen Renunciationen seitens Georgs I. und Ludwigs XV. d. d. Paris Sept. 27; sowie zwei Erklärungen Österreichs und Spaniens, die beiderseitigen Titel und den Zeitpunkt der Übergabe der Renunciationen betreffend; d. d. London 1721 November 8/19.

Rat. Georgs I. d. d. St. James 1721 Nov. 4/15; Ludwigs XV. d. d. Paris 1722 Jan. 10.

Die Originale der Garantie (in lateinischer Sprache) R. O., (in französischer Sprache) St.-A.; die Or. der Ratifikationen St.-A. und R. O.; die Or. der ersten Erklärung St.-A. u. R. O.; das Or. der zweiten im R. O.; Kopie im St.-A.

Eine Schwierigkeit, die sich nach dem Beitritte Philipps V. zur Quadrupelallianz ergab, betraf die Renunciationserklärung dieses Fürsten auf die nun im Besitze Österreichs befindlichen ehemals spanischen Besitzungen in Italien und in den Niederlanden.[1] *Österreich forderte die Bestätigung dieser Verzichtleistung durch die Cortes.*[2] *Die Spanier aber verweigerten diese und stellten sie auf weiteres Drängen der kaiserlichen Minister nur für den Fall in Aussicht, dass auch Karl VI. die seine durch alle österreichischen Landtage gutheissen lasse. Vergebens wies der Wiener Hof auf den Unterschied in der Machtbefugnis der beiden Körperschaften hin, vergebens suchte er die Regierungen von England und Frankreich zu energischen Massregeln gegen Spanien aufzureizen.*[3] *Die massgebenden Minister der beiden Mächte hielten die Befürchtung des Kaisers, dass sich aus dieser Weigerung der Spanier in späterer Zeit ein Vorwand ergeben könnte, die*

[1]) *Die Renunciationserklärung Philipps V. ist datiert San Lorenzo 1720 Juni 22; abgedruckt u. a. bei Dumont VIII/2. 109 ff.*

[2]) *Der Weisung Karls VI. d. d. 1720 März 27 liegt das Projekt der kaiserlichen Ratifikation des Beitrittes Spaniens zur Quadrupelallianz bei. Der Kaiser betonte in der Weisung an Hoffmann, er bestehe darauf, dass diese Renunciation in der von ihm vorgeschlagenen Form erfolge.*

[3]) *Die englische Regierung entwarf Anfang Mai 1721 eine Garantieerklärung an Österreich, die sehr kurz gefasst war und sich auf die Garantie Englands dafür beschränkte, dass weder der gegenwärtige König von Spanien noch seine Nachfolger jemals die Nullität dieser Renunciation aus der Tatsache herleiten würden, dass dieselbe von den Cortes nicht bestätigt worden sei. Beilage zum Berichte Hoffmanns d. d. Mai 1721. Ein zweites Konzept der englischen Garantie, schon etwas weitläufiger, übersendet Hoffmann am 28. Juni 1721. St.-A.*

Renunciation Philipps V. für ungiltig zu erklären, für unbegründet und es bedurfte langer Verhandlungen bis sie sich am 27. Sept. 1721 zur Ausstellung einer Urkunde bereit fanden, durch die sie die Garantie dafür übernahmen, dass jene Verzichtleistung auch ohne feierliche Genehmigung derselben durch die Cortes nie gebrochen werden würde. Allein auch jetzt konnten die Renunciationsurkunden noch nicht ausgewechselt werden; ein neues Hindernis war aufgetaucht. Die beiden Fürsten hatten sich in den Renunciationserklärungen Titel gegeben, die sie einander nicht mehr zugestehen wollten; Karl hatte sich König von Spanien, Philipp sich Erzherzog von Österreich genannt. Man einigte sich dahin, eine Urkunde auszustellen, in der beide Fürsten gegen die unberechtigte Titelführung des anderen Einsprache erhoben und gegen jedes Präjudiz protestierten.[1]) *Erst dann konnten die betreffenden Erklärungen ausgewechselt werden.*

Cum in tractatu quadruplicis foederis die 2. Aug./22. Julii anno 1718 Londini conclusi et signati pactum conventumque fuerit, ut sua M^tas^ C^ea^ ex una parte omnibus suis iuribus et praetensionibus in coronam hispanicam, ex altera vero rex quoque Hispaniarum iuribus pariter et praetensionibus quibuscunque in regna, provincias et dominia, quae in Italia et Belgio antehac ad monarchiam hispanicam pertinuerunt nunc vero a M^te^ sua C^ea^ possidentur, renunciarent solennesque desuper renunciationis actus in omni meliori forma expediri eosque in acta loco congruo referri curarent; instrumentum vero renunciationis ex parte M^tis^ suae catholicae exhibitum, enuncians quidem ac statuens dictam suam renunciationem vim legis publicae et sanctionis pragmaticae habituram et ita ab ordinibus regni Hispaniae, quos vulgo „las Cortes“ appellant, receptum executionique mandatum iri, in comitiis tamen praefatorum ordinum hactenus acceptatum et confirmatum non fuerit, quod utique rite et pro more fieri debere a M^te^ sua C^ea^ firmiter contenditur; quo minus igitur istius solennitatis defectus futuro quocunque tem-

[1]) *Der kaiserliche Resident Hoffmann berichtete wiederholt über diese Angelegenheit, und ebenso oft beziehen sich auf dieselbe die Weisungen des Wiener Hofes. Vgl. überdies die eingehende Instruktion für Konrad Grafen Starhemberg d. d. 2. Juli 1721. St.-A. Dem Berichte Hoffmanns d. d. 1721 Nov. 21. St.-A. liegen mehrere auf diese Frage bezughabende Dokumente bei. Dem Berichte Hoffmanns d. d. 17. Nov. 1721 liegt ein Entwurf dieser Erklärungen bei.*

pore in praeiudicium praefatae M^tis^ suae C^eae^, pariterque ne defectus solennitatis cuiusvis, quae ad renunciationem M^tis^ suae C^eae^ confirmandam desiderari posset, in praeiudicium M^tis^ suae C^eae^ in posterum vertatur, M^tes^ suae britannica et christianissima, quo amicorum communium munus adimpleant scopumque publicae Europae tranquillitatis firmandae continuo sibi propositum adipiscantur, quoque difficultates, quae praedictorum renunciationis instrumentorum permutationem ac pacem inter M^tem^ suam C^eam^ et regem Hispaniarum obstruere aut morari quacunque ratione possent, e medio tollantur, per praesentes sese M^tibus^ suis C^eae^ et catholicae earumque successoribus in regnis et provinciis per praedictas renunciationes vicissim cessis obligant seque erga easdem sponsores ac fideiussores vulgo Garants constiuunt, quod si approbatio et confirmatio renunciationis M^tis^ suae catholicae a dictis ordinibus regni Hispaniae praestanda, pariterque si solennitates, quae ad maiorem renunciationis C^eae^ confirmationem et auctoritatem desiderari possent, non subsequantur, nec M^as^ sua C^ea^ nec rex Hispaniae nec eorundem haeredes aut successores ullis unquam futuris temporibus obtendent obiicere aut allegare nullitatem utriusvis dictarum ex utraque parte renunciationum ratione aut praetextu cuiuspiam formae defectus, disertim autem respectu renunciationis regis Hispaniarum ex eo, quod a praedictis ordinibus sive las Cortes probata vel confirmata non fuerit; et si quando id contra omnem expectationem contingeret, ad firmiorem cautionem promittunt suae M^tes^ britannica et christianissima, quod tum praesens haec guarantia erga Romanorum imperatorem et regem Hispaniarum cuiuscunque rei, quae ad perfectionem dictarum renunciationum desiderari poterit, et speciatim deficientis ordinum Hispaniae approbationis vicem tenere, isteque et quilibet alius dictarum ex utraque parte renunciationum defectus per dictam guarantiam suppleri et pro suppleto haberi debeat, obligantes se vigore praesentium coniunctim et separatim, prout etiam iuxta tenorem quadruplicis foederis obstrictos se agnoscunt, quod in eum casum manutenere, defendere et guarantigiare velint et debeant suas M^tes^ C^eam^ et catholicam earumque haeredes ac in regnis et dominiis sibi invicem cessis successores contra omnem vim et turbationem, quam ipsae earumve successores sub praefato nullitatis aut alicuius in dictis renunciationibus defectus praetextu sibi alter utrinque inferre aut moliri futuris quandocunque temporibus possent aut tentarent. Praesens hoc

guarantiae instrumentum in maius robur a sua regia M^te^ Magnae-Britanniae et a sua regia M^te^ christianissima ratihabitionibus suis rite confirmabitur ratihabitionumque tabulae eodem tempore, quo renunciationum instrumenta suae C^eae^ M^tis^ et suae regiae catholicae M^tis^ Londini commutabuntur, ministris ibidem caesareo et regis catholici extradentur.

In cuius rei fidem nos infrascripti suae regiae M^tis^ Magnae-Britanniae et suae regiae M^tis^ christianissimae ministri sufficientibus ad id mandatis muniti instrumentum hoc duplex subscripsimus ac sigillis nostris communivimus. Actum Lutetiae Parisiorum die vigesimo septimo mensis Septembris, anno millesimo septingentesimo vigesimo primo.

L. S. Rob. Sutton. L. S. W. Blanc.

Quum titulorum aliqui, quibus sacra C^ea^ M^tas^ et sacra M^tas^ catholica in renunciationum suarum instrumentis hodie mutuo commutatis utuntur, per partes paciscentes agnosci haud possint et de quorum admissione aut ommissione nondum inter easdem conventum sit, nos infrascripti ministri speciali dictarum M^tum^ mandato instructi earundem nomine declaramus, quod dicti tituli in renunciationum instrumentis utrinque adhibiti vim nullam obtinebunt, qua uni alterive praeiudicare aut ius ullum adiicere intendatur.

In quorum fidem nos infrascripti ministri praesens hocce declarationis instrumentum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Londini die octavo/decimo nono Novembris, anno millesimo septingentesimo vicesimo primo.

L. S. Johannes Philippus Hoffman. L. S. Marq. del Pozo Bueno.

Quum nos infrascripti sacrae suae C^eae^ M^tis^ et sacrae suae M^tis^ catholicae ministri plenipotentiarii instrumentum quoddam mutuarum renunciationum suarum M^tum^ nomine hodie commutaverimus, cuius instrumenti bina exemplaria, quae ab utroque nostrum uni alterique ministrorum mediatorum regum rite tradi debuerant, ad manus nostras nondum pervenerunt, spondemus nos supradicta renunciationum exemplaria alte memoratis regum mediatorum ministris exhibituros ad summum intra duorum mensium spatium a die subscriptionis computandorum, aut citius si fieri potest.

In quorum fidem praesens hocce instrumentum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Londini die octavo/decimo nono Novembris, anno domini millesimo septingentesimo vicesimo primo.

L. S. Johannes Philippus Hoffman. L. S. Marq. del Pozo Bueno.

24.

Englische und französische Garantie der von Karl VI. gegebenen Erklärungen bezüglich der Succession in Parma, Piacenza und Toscana d. d. Cambray 1724 Jan. 24.

Rat. Georgs I. d. d. St. James 1724 Jan. 23/Febr. 2.
Rat. Ludwigs XV. d. d. Versailles 1724 Jan. 28.

Das Original des englisch-französischen Vertrages im R. O. Die Originale der Ratifikationen Georgs I. und Ludwigs XV. im St.-A.[1])
Druck: bei Bittner Nr. 745.

Die grössten Schwierigkeiten bei der Durchführung der Bestimmungen der Quadrupelallianz bereitete die Ordnung der Thronfolge in Parma, Piacenza und Toscana.[2]). *Nach den Verfügungen, die in diesem Vertrage zum Ausdrucke gelangten, sollten die zu Gunsten der Söhne Elisabeth Farnese's lautenden Expectativen vom Kaiser zwei Monate nach Auswechslung der Ratifikationen dem spanischen Könige übergeben werden. Da aber die erhoffte Gutheissung der Vertragsbestimmungen durch Philipp V. ausblieb, konnten die vermittelnden Mächte den Kaiser zur Durchführung des gegebenen Versprechens nicht nötigen, und dieser zeigte durchaus keine Neigung, eine seinen Interessen widersprechende Ordnung dieser Frage zuzulassen, sondern suchte die ablehnende Haltung Spaniens zu benützen, um die Verfügungen der Quadrupelallianz zu seinen Gunsten umzustossen. Wir hatten bereits Gelegenheit zu beobachten, mit welchem Eifer die vermittelnden Mächte diese Bestre-*

---

[1]) *Die Aufnahme dieser von Frankreich und England an Österreich ausgestellten Garantie in die vorliegende Publikation erfolgte im Hinblicke auf den Zusammenhang derselben mit der Quadrupelallianz. Das Or. des zwischen England und Frankreich geschlossenen Vertrages liegt u. a. im R. O., doch wurde als Vorlage für den Abdruck das im St.-A. befindliche Or. der Österreich übergebenen englischen Ratifikationsurkunde gewählt, weil diese die zwischen Österreich und England getroffenen Abmachungen repräsentiert.*

[2]) *Vgl. für diese Fragen und für die Haltung der bei der Ordnung derselben beteiligten Mächte die Ausführungen bei Baudrillart l. c. II. 432 ff. und III. 58 ff.; Weber l. c. 118 ff.*

bungen des Wiener Hofes zu durchkreuzen bemüht waren, und wie energisch sie die spanischen Interessen dem Kaiser gegenüber in der langen Zeit zu vertreten verstanden, die bis zum Beitritte Spaniens zur Quadrupelallianz im Februar 1720 verstrich. Immer wieder hatten sie den Kaiser zur Prolongation des Termines gezwungen, nach dessen Ablauf die anderweitige Verleihung der Expectativen erfolgen sollte, und es auf diese Weise zu verhindern gewusst, dass die Söhne der spanischen Königin ihres Anrechtes auf diese Besitzungen verlustig erklärt wurden. Aber auch nach erfolgtem Beitritte Spaniens zur Quadrupelallianz ergaben sich bei der Erledigung der italienischen Erbfolgefrage Hindernisse, die zu überwinden sehr schwer fiel und die zur Folge hatten, dass man die definitive Ordnung dieser Angelegenheit auf die Tagesordnung des Kongresses setzte, der im Okt. 1720 in Cambray eröffnet werden sollte. Allein die Jahre 1720 und 1721 verflossen, ohne dass dies geschehen wäre und unterdess trat ein Wechsel in den Beziehungen der europäischen Grossmächte ein, der die Aussichten des Kaisers auf eine entsprechende Berücksichtigung seiner Wünsche merklich verminderte. Ganz besonders nachteilig war es für die Wiener Regierung, dass die Beziehungen des englischen Hofes zum Kaiser sich in diesen Jahren wesentlich zu dessen Ungunsten verschoben hatten.

Es wurde in der Umgebung Karls VI. bitter empfunden, dass der englische Gesandte das dem Kaiserhofe genehme savoyische Heiratsprojekt zu durchkreuzen wusste, dass England im Kampfe zwischen dem Prinzen Eugen und dem Grafen Althann sich auf die Seite des ersteren stellte, dass es an den Repressalien teilnahm, die gegen die Katholiken im Reiche ergriffen wurden. Dazu kam der Tod Stanhope's und die Ersetzung desselben durch Männer, die auf die Erhaltung guter Beziehungen zu Österreich geringeres Gewicht legten. Dieser Wechsel in den Anschauungen, der in Frankreich nicht minder deutlich hervortrat als in England, führte im Juni 1721 zum Abschlusse einer englisch-französisch-spanischen Allianz, in der sich Frankreich und England u. a. bereit erklärten, die spanischen Wünsche auf dem Kongresse zu Cambray zu unterstützen und — im strikten Widerspruche mit den Bestimmungen der Quadrupelallianz — gegen eine Änderung in der Belehnung von Parma, Piacenza und Toscana keine Einsprache zu erheben, sowie die Einlegung spanischer Garnisonen in diese Gebiete zu gestatten.[1]) *Welch empfindlicher Schlag dieses Bündnis für den Kaiser war, ist klar.*

---

[1]) *Vgl. Baudrillart l. c. II. 432 ff.; der Vertrag d. d. Madrid 1721 Juni 13 ist u. a. abgedruckt bei Jenkinson l. c. II. 268 ff.*

Spanien, das bisher isoliert den europäischen Grossmächten gegenübergestanden, war nun der Bundesgenosse der beiden einflussreichsten europäischen Mächte und diese hatten sich zu Änderungen der Quadrupelallianz verstanden, deren Durchführung Österreich auf's tiefste verletzen musste. Der Kaiser erfuhr allerdings vorerst von diesem Vertrage nichts; wohl aber von dem englisch-spanischen Vertrage, durch den die strittige Frage bezüglich Gibraltars gelöst wurde.[1]) *Und bald darauf langte die Nachricht von einer geplanten Wechselheirat zwischen den beiden Linien des Hauses Bourbon ein, die deutlich erkennen liess, wie sehr sich die Verhältnisse zu Ungunsten der Wiener Regierung geändert hatten. Um sich Klarheit zu verschaffen, forderte Karl VI. den Beginn der Kongressverhandlungen; doch konnte er dies auch jetzt nicht durchsetzen. Das Jahr 1722 verstrich unter fortgesetzten Bemühungen der vermittelnden Mächte den Wiederausbruch des österreichisch-spanischen Krieges zu verhindern. In der Tat gelang es ihnen die beiden Fürsten zu der Erklärung zu vermögen, dass ihre Rüstungen nicht gegen die Bestimmungen der Quadrupelallianz gerichtet seien, und der Wiener Hof entschloss sich im Herbste 1722 auf vielfaches Drängen St. Saphorins, der eine Erklärung Philipps V. vorwies, kraft der dieser auf den Aufenthalt des Don Carlos in Italien vorläufig verzichtete, zu der schriftlichen Äusserung, dass der Kaiser dem Regierungsantritte dieses Prinzen für den Fall keine Schwierigkeit in den Weg legen wolle, als während der Dauer des Kongresses einer der zu beerbenden italienischen Fürsten sterben sollte.*[2])

Bald darauf forderte die englische Regierung, um sich vor unangenehmen Enttäuschungen zu schützen, dass Karl VI. vor dem Zusammentritte des Kongresses die Expectativen für Don Karlos ausstelle, und die Wiener Regierung sah sich zur Nachgiebigkeit genötigt, da die Erklärungen der Engländer und Franzosen erkennen liessen, dass diese sich nur unter dieser Bedingung zur Garantie der italienischen Besitzungen als männlicher Reichslehen verpflichten würden. Am 3. Jan. 1723 setzte die geheime Konferenz den Text der Expectativen fest. Einige Stellen erregten bei England und Spanien Anstoss. Neue Verhandlungen fanden statt; im Mai nahm Österreich einen Teil der von beiden Mächten gewünschten Änderungen vor. Aber erst nach neuen

[1]) *Der Vertrag d. d. Madrid 1721 Juni 13 n. st. ist u. a. abgedruckt bei Jenkinson l. c. II. 264 ff.*

[2]) *Kopien dieser Erklärungen, jene Spaniens von Grimaldi am 26. Sept. 1722 ausgestellt, befinden sich im St.-A. als Beilagen der Weisung an den Grafen Starhemberg d. d. 30. Nov. 1722.*

langwierigen Verhandlungen konnte im Nov. 1723 das entsprechend stilisierte Dokument übergeben werden. Bald darauf — am 24. Januar 1724 — unterzeichneten die vermittelnden Mächte zu Cambray den im nachfolgenden abgedruckten Vertrag, durch den sie die Garantie für die Einhaltung der von beiden Staaten eingegangenen Verpflichtungen übernahmen.

Georgius dei gratia Magnae-Britanniae, Franciae et Hiberniae rex, fidei defensor, dux Brunsvicensis et Luneburgensis, sacri Romani imperii archithesaurarius et princeps elector etc. omnibus et singulis ad quos praesentes hae litterae pervenirent salutem. Quandoquidem instrumentum quoddam guarantiae Romanorum imperatori praestandae inter nos et bonum fratrem nostrum regem christianissimum per ministros plenipotentiarios utrinque mandatis et authoritate sufficienter munitos Cameraco die vigesimo quarto mensis praesentis Januarii stili novi conclusum signatumque fuerit, forma et verbis quae sequuntur:

Postquam in tractatu quadruplicis foederis die secunda Augusti anni millesimi septingentesimi decimi octavi Londini subscripti ac deinde Hagae Comitum die decimo sexto Februarii anno millesimo septingentesimo vicesimo a rege catholico solemni ratificatione sua acceptati iuxta tenorem articuli quinti conditionum pacis inter imperatorem et regem catholicum communi omnium paciscentium consensu pactum definitumque fuerit, ut status ceu ducatus a magno duce Hetruriae Parmaeque ac Placentiae duce modo possessi futuris in perpetuum temporibus ab omnibus partibus contractantibus agnoscantur et habeantur pro indubitatis sacri Romani imperii feudis masculinis, ac vicissim sua M^tas^ C^ea^ per se ceu caput imperii consenserit ut, si quando casus aperturae dictorum ducatuum ob deficientiam haeredum masculorum contingat, tunc praesentis serenissimae et potentissimae Hispaniarum reginae natae ducissae Parmensis filius primogenitus, serenissimus Carolus Hispaniarum infans huiusque descendentes masculi ex legitimo matrimonio nati iisque deficientibus secundogenitus aut alii postgeniti eiusdem reginae filii, si qui nascentur, pariter una cum eorum posteris masculis ex legitimo matrimonio natis in omnibus dictis provinciis succedant, eumque in finem sua C^ea^ M^tas^ obtento imperii consensu litteras expectativae investituram eventualem con-

tinentes pro dictae[1]) reginae filio vel filiis eorumque descendentibus masculis legitimis in debita forma expeditas regi catholico tradi curaret; ita nunc in executionem et complementum dicti foederis a sua Cea Mte realiter id praestitum ac tale desuper infeudationis instrumentum in debita forma regibus mediatoribus hodie extraditum ab iisque regi catholico transmissum fuit, cuiusque tenor hic sequitur:

Carolus sextus[2]) etc. Agnoscimus et notum facimus tenore praesentium universis, quod cum tanto sollicitudinis studio ad nunc promovendum, qui Cameraci pendere noscitur, congressum festinemus quanto amore pacis tractatui quadruplicis foederis die secunda Augusti anno millesimo septingentesimo decimo octavo inito et subscripto accessimus, et cum in eius articulo quinto conventum fuerit, quod ad pristina superioritatis imperialis iura status ceu ducatus a duce Hetruriae Parmaeque ac Placentiae duce modo possessi futuris in perpetuum temporibus ab omnibus partibus contractantibus agnoscantur et habeantur pro indubitatis sacri Romani imperii feudis masculinis, et nos quantum in nobis erat ceu caput imperii insuper consenserimus, ut si quando casus aperturae dictorum ducatuum ob deficientiam haeredum masculorum contingat, tunc praesentis serenissimae et potentissimae principis dominae Elizabethae Hispaniarum reginae natae ducissae Parmae et Placentiae filius primogenitus, serenissimus Carolus Hispaniarum infans, consanguineus et princeps noster charissimus huiusque descendentes masculi ex legitimo matrimonio nati iisque deficientibus secundogenitus aut alii postgeniti dictae reginae filii, si qui nascentur, pariter una cum eorum posteris masculis ex legitimo matrimonio natis in omnibus dictis provinciis succedant, et quod nos solitum Romani imperii consensum desuper requisituri eo obtento litteras expectativae investituram eventualem continentes pro dictae reginae filio vel filiis eorumque descendentibus masculis legitimis in debita forma expediri easque regi catholico tradi curabimus absque ullo tamen damno aut praeiudicio salvaque per omnia principum, qui dictos ducatus in praesens obtinent, possessione. Et post nunc exhibitum nobis sacri imperii Romano-germanici consensum, cum res in eo sit, ut si nobis

---

[1]) *Der im R. O. befindliche Originalvertrag hat dicto.*

[2]) *Im Or. der grosse Titel.*

nostrisque successoribus Romanorum imperatoribus ac regibus legitime intrantibus dictoque Romano imperio praefatus princeps Carolus caeterique eius descendentes aut ipsius fratres et eorum masculi antedicti omnia et singula debite faciant et praestent, quaecumque fideles obedientesque principes et vassallos italicos de iure aut consuetudine ex antiquis feudorum rationibus sub throno imperiali constanter et per omnia praestare et facere decet, nos in conformitate praenominati integri articuli quinti et non aliter atque in sinceram eiusdem executionem gratiae expectativae investituram eventualem continentis iuxta rithum ac stilum caesareum solitum diploma imperiale ea qua conventum est lege, modo ac forma eidem principi Carolo concedere et elargiri possimus ac debeamus; proinde ex certa nostra scientia, animo bene deliberato ac sano accedente consilio deque C^eae^ nostrae M^tis^ potestate, nostro nostrorumque in diademate imperiali legitimorum successorum Romanorum imperatorum ac regum nomine praefato principi Carolo eiusque descendentibus necnon ex dicta Hispaniarum regina fratribus eorumque posteris uti supra legitime natis aut nascituris masculis harum vigore litterarum benigne concesserimus et hoc decreto ac diplomate imperiali expectativam vim ac robur eventualis investiturae continentem clementer elargiti simus, eundemque principem Carolum pro se suisque successoribus masculis legitimo ex matrimonio descendentibus necnon pro omnibus et singulis supra recensitis ipsius fratribus et eorum masculis ex legitimo matrimonio natis aut nascituris praetactis de ducatibus aut statibus tanquam veris feudis imperialibus italicis masculinis memoratum in eventum aperturae et caducitatis, quo scilicet praesentes ex domo Medicea ac Farnesia possessores sine prole legitima naturali mascula successionis capace vivere desierint, de caesareae nostrae potestatis plenitudine iuxta expressum legeque imperiali receptum ordinem primogenituraе eventualiter infeudaverimus atque investiverimus, quemadmodum tenore praesentium hocce decreto et diplomate nostro imperiali vim eventualis investiturae habente de iure, lege aut consuetudine imperiali eundem principem Carolum de praedictis Hetruriae, Parmae Placentiaeque ducatibus ceu statibus omnibusque ipsis competentibus iuribus et pentinentiis ab horum ducatuum dominis tempore praefati foederis Londini subscripti realiter possessis infeudamus ac investimus. Cuius infeu-

dationis virtute idem hic princeps Carolus in casu ut supra aperturae dictorum ducatuum ceu statuum immediate possessionem omnimodam et administrationem asserere sibi et consequi poterit, nempe ducatuum ceu statuum nunc a magno Hetruriae duce possessorum statim ac proles dicti ducis mascula legitima, et ducatuum ceu statuum a Parmae Placentiaeque duce nunc possessorum statim ac proles Farnesia mascula legitima defecerint, nostris caeteroqui et sacri imperii necnon aliorum quibuscunque iuribus semper salvis, ac nominatim hac diserta sub conditione, ut in casu existentis realiter aperturae et quoties deinceps ille casus evenerit actualem et proprie sic dictam investituram a nobis nostrisque successoribus Romanorum imperatoribus et regibus memoratus princeps caeterique ut supra ipsimet aut per legitimos post dispensationem imperialem validos et sufficientes mandatarios tempore, loco stiloque consuetis requirere, debitum homagium facere ac praestitis quibuscunque penes consilium ac cancellariam nostram imperialem aulicam praestandis coram throno nostro caesareo recipere et solitum desuper fidelitatis iusiurandum praestare teneatur teneanturque, prout in feudis ac homagiis italicis recepti caesarii Romanogermanici iuris et moris est, secus vero in conformitate eiusdem totius articuli quinti foederis Londinensis hisce disertim et sub conditione sine qua non declarantes, nos et sacrum imperium ad permittendam continuationem possessionis nominatorum ducatuum seu statuum teneri nec velle nec posse, salvo porro, ut praefertur et dicto in foedere cavetur, principum praesentium ac ducatuum Hetruriae, Parmae ac Placentiae possessorum omnimodo iure insuper et reliqua huiusdem articuli quinti stipulatione per omnia et semper salva, quod nempe nullus praedictorum ducatuum ceu statuum ullo unquam tempore aut casu a principe, qui regnum Hispaniarum obtinet, possideri possit aut debeat, et quod nullus unquam Hispaniarum rex tutelam eiusmodi principis assumere possit aut gerere valeat.

Ac propterea mandamus et praecipimus omnibus et singulis nostris et imperii sacri electoribus ac principibus tam ecclesiasticis quam saecularibus, archiepiscopis, episcopis, abbatibus, ducibus, marchionibus, comitibus, baronibus, militibus, nobilibus, clientibus, capitaneis, vicedominis, locumtenentibus, gubernatoribus, praesidentibus, praefectis, castellanis, rectoribus, magistratibus, antianis, vexilliferis, potestatibus, civium magi-

stris, consulibus, iudicibus ac generaliter omnibus nostris ac sacri Romani imperii regnorum ac provinciarum nostrarum haereditariarum subditis et fidelibus dilectis cuiuscunque status, gradus, ordinis, dignitatis aut praeeminentiae fuerint, ut saepe nominatum principem Carolum vel eius successores et haeredes aut ex praedicta regina fratres ut supra quoad hanc concessionem et gratiam nostram imperialem nullatenus impediant vel turbent, sed potius defendant ac manuteneant, idque etiam ab aliis quantum in ipsis erit fieri studeant ac curent, nec turbari aut impediri sinant.

Si quis vero praesens edictum hoc nostrum ac diploma imperiale ausu quodam temerario transgredi vel violare praesumpserit, is praeter gravissimam nostram et sacri Romani imperii indignationem mulctam quoque quadragintarum marcarum auri puri pro dimidio fisco ceu aerario nostro imperiali et pro altero dimidio iniuriam vel damnum passi usibus[1]), toties quoties in contrarium quidquam attentatum factumque fuerit, irremissibiliter pendendam noverit harum testimonio litterarum manu nostra subscriptarum et sigilli nostri caesarei appensione munitarum, quae dabantur in civitate nostra Viennae nona Decembris, anno millesimo septingentesimo vigesimo tertio, regnorum nostrorum Romani decimo tertio, hispanicorum vigesimo primo, hungarici et bohemici pariter decimo tertio.

Carolus.

Ad mandatum sacrae C^eae^ M^tis^ proprium Philippus Wildericus N. D. de Georgenthal.

Agnoscentes igitur reges mediatores imperatorem praefato quadruplicis foederis tractatui sua ex parte quoad expeditionem exhibitionemque praeinsertarum expectativae litterarum satisfecisse, ita vicissim erga suam C^eam^ M^tem^ sese hac speciali sua guarantia obstringunt, omnes et singulas in praeinsertis litteris infeudationis expressas conditiones a serenissimo Hispaniarum principe Carolo saepefatae reginae filio eiusque in feuda praedicta nominatis successoribus religiose adimpleri debere, ac praesertim quod in casu existentis realiter aperturae et quoties deinceps ille casus evenerit ad summum intra annum et diem ab adepta possessione actualem ac proprie sic dictam investituram a sua C^ea^ M^te^ eiusque in imperio successoribus memo-

[1]) *So in den Or. der engl. und franz. Garantie, wohl für patientibus.*

ratus princeps caeterique ut supra ipsimet aut per sufficientes post imperialem dispensationem mandatarios coram throno imperiali praestitis praestandis recipere ac solitum desuper fidelitatis iusiurandum praestare teneatur teneanturque.

Proinde sua regia M^tas britannica et sua regia M^tas christianissima coniunctim et separatim pro se suisque in regno successoribus particulari hac guarantia et sponsione promittunt, prout iuxta tenorem supramemorati quadruplicis foederis sese iam obligatas agnoscunt, se impletionem omnium singularumque praeinsertae infeudationis conditionum, dum casus evenerit, serio manutenere et feudum caesari et imperio supra praefatos ducatus constitutum illibatum conservare et deffendere velle ac debere.

Praesens hoc guarantiae instrumentum in maius robur a sua regia M^te britannica et a sua regia M^te christianissima ratihabitionibus suis rite confirmabitur ratihabitionumque tabulae intra spatium quatuor septimanarum a die subscriptionis aut citius si fieri possit suae C^eae M^tis ministris plenipotentiariis Cameraci extradentur.

In cuius rei fidem nos infrascripti suae regiae M^tis Magnae-Britaniae ministri plenipotentiarii et suae regiae M^tis christianissimae ministri plenipotentiarii sufficientibus ad id mandatis muniti instrumentum hoc duplex subscripsimus ac sigillis nostris communivimus.

Actum Cameraco, die vigesima quarta mensis Januarii s. n.,[1]) anno millesimo septingentesimo vigesimo quarto.

L. S. Polwarth. L. S. De Barberie de Saint Contest
L. S. Whitworth. L. S. Rottembourg.

Nos viso et perpenso instrumento guarantiae suprascripto idem in omnibus et singulis eius articulis et clausulis approbavimus et ratum firmumque habuimus, sicut per praesentes pro nobis, haeredibus et successoribus nostris idem approbamus et ratum firmumque habemus, spondentes et in verbo regio promittentes, nos praedictum instrumentum guarantiae omniaque et singula, quae in eo continentur, sancte atque inviolabiliter praestituros et observaturos neque passuros unquam, quantum in nobis est, ut a quopiam violetur aut ut eidem quocunque modo in contrarium eatur. In quorum maiorem fidem

[1]) *S. N. nachgetragen.*

ac robur hisce praesentibus manu nostra regia signatis magnum nostrum Magnae-Britanniae sigillum appendi iussimus. Dabantur in palatio nostro divi Jakobi die vicesimo tertio s. v. mensis Januarii, anno domini millesimo septingentesimo vigesimo tertio/quarto, regni nostri decimo.

Georgius R.

25.

Friedenspräliminarien zwischen Karl VI., Georg II., Ludwig XV. von Frankreich und den Generalstaaten der Vereinigten Niederlande d. d. Paris 1727 Mai 31.

Rat. Georgs II. St. James 1727 Juni 30./Juli 11; Karls VI. Wien 1727 Juli 12.

ferner **26.**

Erklärung Bournonville's d. d. Wien Juni 13.

und **27.**

Konvention zwischen Karl VI., Georg II., Ludwig XV. von Frankreich, Philipp V. von Spanien und den Generalstaaten, betreffend die Auswechslung der Ratifikationen über die Friedenspräliminarien d. d. Paris 1727 Mai 31 und Wien Juni 13 d. d. Prado 1728 März 6.

Die Originale der Urkunden 25 und 27 im St.-A. u. R. O. Das Or. der Ratifikation der Friedenspräliminarien durch Georg II. im St.-A.; durch Karl VI. im R. O.

Drucke bei Bittner Nr. 776 und 780.

Wir kennen die überaus drückenden Bedingungen, unter denen die Seemächte dem Kaiser Karl VI. den Besitz der spanischen Niederlande überlassen haben. Wir wissen, dass die Bewohner dieses Landes einen guten Teil der Kosten tragen mussten, die zur Erhaltung der in belgische Festungen gelegten holländischen Garnisonen notwendig waren, dass sie für die vom Kaiser übernommene grosse Staatsschuld aufzukommen hatten. Wir haben auch vernommen, dass Karl VI. den Seemächten die wichtigen Handelsvorteile bestätigen musste, die diese in früheren Zeiten errungen hatten und konnten beobachten, wie konsequent insbesondere die Holländer die belgischen Städte durch eine feindselige Zollpolitik zu schädigen suchten. Kein Wunder, dass unter solchen

Umständen die Stimmung der neuen kaiserlichen Untertanen eine gedrückte war. Karl VI. begriff dies und hatte keinen sehnlicheren Wunsch als den, die fleissigen und unternehmungslustigen Bewohner der belgischen Städte für die grossen Opfer zu entschädigen, die ihnen auferlegt worden waren. Eine Gelegenheit dazu bot sich bald. Einige in Belgien ansässige englische Kapitalisten, denen sich brabantische und flandrische Kaufleute anschlossen, fassten die Idee, von Ostende aus, dessen Hafen dazu besonders geeignet schien, selbständige Handelsbeziehungen mit Ostindien anzuknüpfen, und suchten die Genehmigung Karls VI. für dieses weitausschauende Unternehmen zu erlangen. Mit Freuden gieng der Kaiser auf ihren Plan ein. Wie die meisten seiner Zeitgenossen hatte auch er eine ungemein hohe Meinung von dem Werte des Handels, und das Beispiel des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, das näher liegende Peters des Grossen von Russland, vor allem aber das Englands und Hollands, reizte zur Nachahmung. Auch waren in Wien die Ratschläge nicht vergessen, die vor mehr als einem halben Jahrhunderte Johann Joachim Becher und etwas später Hornigk gegeben hatten und die seitdem ununterbrochen wiederholt worden waren, dass es kein geeigneteres Mitte gebe, die Völker reicher und dadurch fähiger zur Leistung hoher Abgaben zu machen, als die Hebung der Industrie und des Handels. Diese aber hoffte man durch strenge Ausfuhrverbote für Naturprodukte, die im Inland verarbeitet werden konnten und durch strenge Einfuhrverbote für im Ausland erzeugte Waren, deren Herstellung auch im Inlande möglich war, sowie durch Erleichterung der Ausfuhr der im Inlande erzeugten Waren und der Einfuhr hier zu verarbeitender Naturprodukte zu erreichen. Es war nur eine notwendige Folge dieser Erkenntnis, dass man zur Errichtung von Handelskompagnien schritt, die den direkten Verkehr mit den aussereuropäischen Gebieten, den günstigen Absatz der inländischen Erzeugnisse und den billigen Einkauf der fremdländischen Naturprodukte übernehmen sollten. In diesem Sinne war in Österreich die orientalische Kompagnie gegründet worden, hatte Karl VI. Triest zum Freihafen gemacht und für dessen Aufschwung keine Mühe und keine Kosten gescheut; in diesem Sinne griff er nun den Plan der belgischen Kaufleute, von Ostende aus einen mit England und Holland konkurrenzfähigen Handel zu schaffen, mit Freuden auf. Er gab nicht nur seine Einwilligung zu dem geplanten Unternehmen, er wies auch die Behörden an, dasselbe in jeder möglichen Weise zu fördern und gestattete den belgischen Schiffen die Fahrt nach dem fernen Osten unter

kaiserlicher Flagge anzutreten.[1]) *Der Erfolg der ersten Expedition übertraf bereits alle Erwartungen; begreiflich daher, dass sich alsbald die Feindseligkeit der Seemächte einstellte. Die ostendischen Kauffahrer wurden gekapert, den in der Ferne weilenden Händlern jede mögliche Unbill zugefügt. Zu gleicher Zeit erhoben die Seemächte beim Kaiser Protest gegen sein Vorgehen. Speziell die englische Regierung antwortete auf die Beschwerden der belgischen Kaufleute über das ihnen angetane Leid mit Klagen über die von der belgischen Regierung befolgte Politik und protestierte energisch gegen das Engagement englischer Kapitäne, wie gegen die Verleihung von Patenten an in Belgien lebende englische Kaufleute, die den Engländern unerlaubte Konkurrenz machten. Karl VI., dem in jener Zeit, Ende 1718, aus Gründen die wir bereits kennen, sehr viel an der Aufrechthaltung guter Beziehungen zu England gelegen war, gab in London beruhigende Erklärungen ab und der Marquis de Prié, des Kaisers bevollmächtigter Minister in Brüssel, verbot auf wiederholtes Ansuchen des daselbst weilenden englischen Gesandten jenen Schiffen Ostende zu verlassen, durch deren Ausfahrt die Engländer sich besonders geschädigt hielten. Bald darauf gieng er einen Schritt weiter; er weigerte, nach erfolgter Einigung mit dem Vertreter Englands, englischen Kaufleuten, die um ihre Naturalisation in Belgien einkamen, die Aufnahme in den Staatsverband, wogegen England sich verpflichtete, den bereits Naturalisierten keine Unbill zuzufügen. Vergebens erhoben die Belgier gegen das Vorgehen des kaiserlichen Ministers Einsprache bei Karl VI.; vergebens unterstützte Prinz Eugen ihre Bitten um Wahrung ihrer Interessen; de Prié behielt vorerst Recht.*

Allein nun trat ein, was Prinz Eugen und mit ihm alle weitsichtigeren Ratgeber Karls VI. vorausgesagt hatten. Die Nachgiebigkeit des Kaisers und seines Statthalters in Belgien ermutigte die Engländer neue Forderungen zu stellen. In ihrem Namen überreichte F. de Pesmes de Saint Saphorin, der geschickte Vertreter der englischen Interessen am Wiener Hofe, im Februar 1719 dem Kaiser ein Memorandum, nach dem dieser das bestimmte Versprechen geben sollte, in Zukunft keine Patente zu erteilen, die Englands Handel in Ostindien schädigen könnten.[2]) *Und auch diesmal wies der Kaiser die*

---

[1]) *Vgl. für diese Frage Huisman M. La Belgique commerciale sous l'empereur Charles VI. La compagnie d'Ostende und die dort zitierte Literatur.*

[2]) *Für Saphorins Verhandlungen in Wien liegen mir dessen Berichte vor; vgl. auch Huisman l. c. 121 ff.*

ungebührliche Forderung nicht zurück, suchte vielmehr auch jetzt die englische Regierung zufriedenzustellen. Neue Wünsche der Seemächte und verstärkte Quälereien der belgischen Kaufleute durch englische und holländische Schiffe waren die Folge. Erst jetzt begann Karl VI. einzusehen, wie verfehlt seine Politik gewesen war; denn die politischen Beziehungen zu England gestalteten sich trotz der Nachgiebigkeit, die er in der Handelsfrage gezeigt hatte, nicht günstiger, Englands Vorgehen bewies vielmehr immer deutlicher, dass es für eine selbstlose Unterstützung der kaiserlichen Wünsche nicht zu gewinnen war. Karl VI. bekam immer deutlichere Beweise der egoistischen Motive, von denen sich die leitenden Minister des Inselvolkes bestimmen liessen. Er entschloss sich daher, gegen die immer erneuerten und verstärkten Angriffe der Seemächte auf die belgischen Schiffe zu protestieren und liess es, als diese Proteste erfolglos blieben, an Repressalien nicht fehlen.[1]) *Bald darauf gieng er einen Schritt weiter; er entschloss sich die ostendische Handelscompagnie unter seinen direkten Schutz zu stellen. Im Nov. 1722 wurden die Statuten der neuen ostendischen Handelsgesellschaft vom Kaiser genehmigt, und im August 1723 war das Werk nach Überwindung mancher Schwierigkeit vollendet.*[2]) *Die Gesellschaft erhielt für 30 Jahre das ausschliessliche Recht des Handels nach Ost- und Westindien und nach den afrikanischen Küsten diesseits und jenseits des Kaps der guten Hoffnung, hatte volle Freiheit der Verwaltung und das Recht des Vertragsschlusses in den überseeischen Ländern; ihre Schiffe sollten Flagge und Wappen des Kaisers führen, der gegen eine bescheidene Abgabe die Gesellschaft formell in seinen Schutz nahm. Die Aktien waren rasch gezeichnet; sie stiegen innerhalb weniger Tage um 12%. Die Käufer derselben sahen sich nicht betrogen. Das Unternehmen hatte einen ungeheueren Erfolg; man legte Faktoreien an, unter denen sich insbesondere die in Sadatpatnam an der Küste Coromandel als erfolgreich erwies, verkaufte die nach dem Orient gebrachten Produkte daselbst mit grossem Nutzen, mit noch grösserem aber nach erfolgter Rückkehr die dort in Tausch genommenen Rohprodukte. Die ersten Dividenden waren schon so gross, dass der Kurs der Aktien auf das doppelte des Nominale stieg. Je*

---

[1]) *Saphorins Berichte enthalten zahlreiche Bemerkungen über seine Verhandlungen mit den kaiserlichen Ministern in dieser Frage R. O. Vgl. auch die im R. O. (Empire Fasc. 39) liegende Relation „De la situation interne de la cour de Vienne" d. d. 12. Sept. 1719, von Schaub verfasst.*

[2]) *Vgl. über Gründung und Wesen dieser Compagnie die eingehende Darstellung bei Huisman l. c. 253 ff.*

grösser aber der Erfolg, desto stärker der Hass der Konkurrenten. Unmittelbar nach der Publikation des Privilegs für die ostendische Compagnie hatte England, von den Generalstaaten dazu aufgefordert, gegen das Vorgehen Karls VI. energisch protestiert und von der Möglichkeit einer kriegerischen Aktion gesprochen.[1]) *Allein die Wiener Regierung liess sich durch diese Drohung ebensowenig einschüchtern, als durch die bald darauf folgenden Klagen der Holländer.*

Die Forderung der Seemächte, die Compagnie zu unterdrücken, wurde zurückgewiesen, das Unternehmen neuerdings gefördert. Begreiflich daher, dass die Österreich ohnehin nicht günstige Stimmung der Seemächte eine immer feindseligere wurde. In den Debatten des englischen Parlamentes, wie in den Verhandlungen der leitenden Minister dieses Staates mit denen des Kaisers, fand der Unwille immer deutlicheren Ausdruck. Und ebensowenig liessen die Beratungen, die seit Ende Januar 1724 zu Cambray stattfanden, einen Zweifel daran aufkommen, dass die antikaiserliche Partei am englischen Hofe das Übergewicht besass. Für Karl VI. war aber dieser Wechsel in der Haltung des Inselvolkes umso gefährlicher, als er ziemlich isoliert da stand und sich sagen musste, dass er einem Angriffe seiner Feinde, der jeden Tag in Italien oder in Belgien erfolgen konnte, keinen genügenden Widerstand würde leisten können. Umso bereitwilliger ergriff er daher die Hand, die ihm in diesem Augenblicke unerwartet von seinem bisherigen Feinde, dem Könige von Spanien, entgegengestreckt wurde. Verletzt durch die Weigerung der Seemächte, seine

---

[1]) *Vgl. die Berichte Saphorins vom Jahre 1723 R. O. Am 5. Mai 1723 berichtet er von einer erregten Debatte mit Sinzendorf, der hervorhob, dass des Kaisers Handlungsweise weder dem Frieden von Münster noch dem Barrierevertrage widerspreche. Saphorin meint, es wäre leicht gewesen dies zu widerlegen, mais pourtant quand même ils renonceroient à l'établissement de cette compagnie, toujours ils persisteront à soutenir que les Pais-Bas sont en droit de faire un commerce aux Indes. R. O. Prinz Eugen, mit dem Saphorin gleichfalls oft über diese Frage sprach, betonte immer wieder (Bericht vom 15. Mai 1723 R. O.) „pourquoi si le roy de la Grande-Bretagne vouloit s'opposer à ce commerce ne c'est-il pas expliqué plustôt de la même maniére qu'il fait à present et pourquoi ne se déclarer que lors que nous ne pouvons plus retrograder sans la plus grande prostitution." Als Ergänzung zu den Berichten Saphorins dienen jene, die Colman, der gleichfalls 1723 in Wien weilte, nach London schrieb. Er hebt besonders den Anteil Karls VI. an den Handelsfragen hervor und meint einmal (P. S. zum Berichte vom 5. Mai 1723) „I believe P. Eugene and some of the first ministers here will be very reasonable about this commerce, but it is certain, the emperor has it intirely at heart as much as it is possible to imagine."*

Wünsche betreffs Gibraltars und Port Mahons zu erfüllen und von der Hoffnung getragen, durch direkte Verhandlung mit Karl VI. nicht nur in den friedlichen Besitz der seinem Sohne Don Carlos in Aussicht gestellten italienischen Fürstentümer zu gelangen, sondern auch durch eine geplante Heirat den Gesamtbesitz der deutschen Habsburger seinem Hause zu sichern, hatte Philipp V., von seiner ehrgeizigen Gattin Elisabeth bestimmt, seinen Ratgeber Ripperda nach Wien gesendet, und es gelang in der That dem geschickten Verhalten dieses klugen Diplomaten den von allen Seiten bedrohten und hilfebedürftigen Kaiser durch ein weitgehendes Entgegenkommen zum Abschlusse von Verträgen zu bestimmen, die einen völligen Wechsel der bisherigen österreichischen Politik bedeuteten.[1] *In den Abmachungen, die am letzten April und am ersten Mai 1725 zu Wien getroffen wurden,*[2] *verzichtete Philipp V. auf die Niederlande, Mailand und das Königreich beider Sizilien, garantierte dem Kaiser die pragmatische Sanktion, erkannte Parma, Piacenza und Toscana als Reichslehen an und gab sich damit zufrieden, dass sein Sohn erst nach dem Aussterben der herrschenden Familien in den Besitz dieser Länder treten sollte. Überdies aber sprach er die formelle Anerkennung der neuen ostendischen Compagnie aus, öffnete dieser Gesellschaft und allen Untertanen des Kaisers die spanischen Häfen, gewährte ihnen in Spanien und in den spanischen Colonien weithehende Privilegien und dieselbe Handelsfreiheit, die Holländer und Engländer seit längerer Zeit dortselbst besassen. Als Gegenleistung für diese ungemein wichtigen Konzessionen des spanischen Hofes verzichtete Karl VI. auf jeden Anspruch auf Spanien, verpflichtete sich der von Philipp V. geplanten Rückeroberung Gibraltars nicht zu widersprechen, vielmehr seine Vermittlung in dieser Frage zu versuchen und stellte — was wohl am schwersten ins Gewicht fiel — die Vermählung seiner Töchter — der Erben des gesamten Reiches — mit den spanischen Infanten in Aussicht. Für's erste konnten die Bestimmungen dieser Verträge als ein Sieg der kaiserlichen Regierung erscheinen; selbst die Gegner einer spanisch-österreichischen Allianz konnten dies nicht bestreiten, vorausgesetzt, dass Spanien an dem neuen Bündnisse festhielt.*

---

[1]) *Für die österreichisch-spanischen Beziehungen dieser Zeit vgl. Syveton Une cour et un aventurier au XVIII siècle; Baudrillart Philipp V. et la cour de France III 271 ff.; Arneth Prinz Eugen III 224 f.; A. Beer, Zur Geschichte der Politik Karls VI. in Sybels Hist. Zeitschr. LV. 26 ff.*

[2]) *Für die Drucke u. a. Dumont VIII|2 106 ff.; vgl. Bittner l. c. Nr. 750 —753.*

Denn es gab am Wiener Hofe eine recht bedeutende Partei, die an der Aufrichtigkeit der spanisch-bourbonischen Politik zweifelte und sie sollte nur zu bald Recht behalten. Karl VI. aber vertraute vorerst den getroffenen Abmachungen und freute sich insbesondere für seine handelspolitischen Pläne die Unterstützung der spanischen Flotte gewonnen zu haben.

Die Kunde von dem unerwarteten Entschlusse Karls VI. erregte an den Höfen von London und Paris das grösste Aufsehen. Mit den heftigsten Worten protestierte Saphorin gegen das Vorgehen des Kaisers, den er des Undankes zieh; auch betonte er, dass England eine derartige Beeinträchtigung seiner Handelsinteressen in Spanien niemals zugeben werde.[1]) *In der Tat einigten sich sogleich die Höfe von London und Paris über Massregeln, die zur Abwehr der von Österreich und Spanien drohenden Gefahr dienen konnten, und es gelang ihnen unschwer, den König von Preussen, der aus mehr als einem Grunde Misstimmung gegen Karl VI. hegte, für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. In dem zu Herrenhausen am 23. Sept. 1725 abgeschlossenen Bündnisse war u. a. ganz ausdrücklich gegenseitiger Schutz der bestehenden Handelsvorteile vorgesehen.*[2]) *Der Kaiser, erschreckt über das entschiedene Vorgehen seiner Feinde, suchte seine Stellung zu befestigen, und da er noch immer an die Aufrichtigkeit der spanischen Erklärungen glaubte, hielt er einen neuen Vertrag mit Philipp V. für das sicherste Mittel, der drohenden Gefahr zu begegnen. Am 25. Nov. 1725 wurde der neue geheime Vertrag unterzeichnet. Karl VI. versprach zwei seiner 3 Töchter, so bald sie heiratsfähig sein würden, den spanischen Infanten Don Carlos und Don Philipp zu vermählen; er verpflichtete sich aber auch seine Einwilligung zur Ehe seiner ältesten Tochter — Maria Theresia — mit Don Carlos für den Fall zu erteilen, als er vor ihrer Mannbarkeit sterben sollte; dagegen behielt er sich die Wahl des Bräutigams für diese zunächst erbberechtigte Tochter für den Fall vor, als er zur Zeit ihrer Vermählung am Leben sein sollte. Im übrigen sicherten sich beide Fürsten gegenseitige Unterstützung für alle Eventualitäten zu; falls der Krieg zur See geführt werden sollte — und das war das wahrscheinlichste — hatte Karl VI.*

---

[1]) *Vgl. die Weisungen Townshends an Saphorin vom Mai—Sept. 1725. R. O. Sie beweisen die Entrüstung der englischen Regierung, aber auch das Bewusstsein derselben, im Bunde mit Frankreich und den Niederlanden den Spaniern und Österreichern überlegen zu sein.*

[2]) *Gedruckt u. a. bei Dumont l. c. VIII|2 127.*

dem Bundesgenossen bei der Rückeroberung Gibraltars und Port Mahons behilflich zu sein, während Philipp V. den Seehandel und die Schiffahrt der kaiserlichen Untertanen gegen jedermann zu schützen, ganz besonders aber die Bestrebungen der ostendischen Compagnie zu fördern versprach und grosse Subsidien für den Fall der Kriegsdrohung, noch grössere für den Fall des wirklich beginnenden Krieges in Aussicht stellte.[1])

Auch an anderen Orten waren die Bemühungen der Wiener Regierung Bundesgenossen zu werben erfolgreich. Die russische Czarin, Katharina I., schloss mit Karl VI. 1726 ein Bündnis,[2]) *desgleichen mehrere Fürsten des Wittelsbacher Hauses;*[3]) *Friedrich Wilhelm I. kehrte den neuen Verbündeten den Rücken, sobald er sich davon überzeugt hatte, dass sie ihn zu übervorteilen strebten und schloss mit dem Kaiser den Vertrag von Wusterhausen, Okt. 1726.*[4]) *Unterdess war es aber auch den Feinden Österreichs gelungen, Bundesgenossen zu werben. Die Holländer, die Karl VI. vergebens zu gewinnen versucht hatte, traten dem englisch-französischen Bündnisse bei, ihnen folgten die Dänen und Schweden; auch ein Teil der deutschen Fürsten einigte sich mit den Feinden des Reichsoberhauptes. Inzwischen trug das Handelsunternehmen, das mit in erster Linie den Anlass zu diesem Systemwechsel gegeben, reichliche Früchte. Die Faktoreien im Osten nahmen einen ungeheueren Aufschwung, die von Ostende auslaufenden Schiffe kehrten mit Schätzen reich beladen von Indien und China zurück; die Aktionäre freuten sich über die hohen Dividenden, die ihnen ausgezahlt wurden und suchten ihre einflussreichen Verbindungen zu Gunsten des Unternehmens auszunutzen.*[5]) *Je grösser aber der Erfolg der Ostender Compagnie war, desto leidenschaftlicher wurde der Kampf der Gegner. Namentlich die englischen Kaufleute, die ihren bedeutenden und einträglichen Handel mit Spanien und dessen Colonien bedroht*

---

[1]) *Das Bündniss vom 5. Nov. 1725 ist u. a. gedruckt bei Cantillo Al. del, Tratados etc. de paz etc. Madrid 1843 p. 241; vgl. für den Gang der Verhandlungen insbesondere Baudrillart l. c. III. 217 ff.*

[2]) *Am 6. Aug. 1726. Für die Drucke — u. a. Martens (Russie) I. 32 — vgl. Bittner l. c. Nr. 765.*

[3]) *Am 16. Aug. 1726 Karl Philipp von der Pfalz; Bittner Nr. 767; am 1. Sept. Karl Albrecht von Bayern und Clemens August von Köln; Bittner l. c. Nr. 769.*

[4]) *Am 12. Okt. 1726. Für die Drucke — u. a. Dumont VIII|2 139 — Bittner l. c. Nr. 772.*

[5]) *Vgl. Huisman l. c. 355 ff.*

sahen, forderten von ihrer Regierung energische Massregeln zum Schutze ihrer gefährdeten Interessen. In der Tat wurden in England Kriegsvorbereitungen getroffen, die aus Amerika kommende Silberflotte Spaniens bedroht, während Spanien und der Kaiser den Plan einer Landung des Prätendenten Stuart in Schottland, die zur Revolution in England führen sollte, ernstlich erwogen.

Ein weitausschender, europäischer Krieg schien unvermeidlich. Da brachte der Sturz Ripperda's und die Ersetzung des bis dahin einflussreichsten französischen Staatsmannes, des Herzogs von Bourbon, durch den schlauen, friedliebenden Kardinal Fleury eine Wendung zum besseren. Es gelang dem letzteren den Wiener Hof, der sich alsbald überzeugen musste, dass Spanien nicht allzuschwer auf die Seite der Gegner Österreichs hinüberzuziehen sein werde, zur Nachgiebigkeit in der entscheidenden handelspolitischen Frage zu vermögen. Karl VI. erklärte sich im Verlaufe der in Paris und in Wien geführten Verhandlungen zu einer Herabminderung des belgischen Handels bereit, vermochte aber seinen Plan, Frankreich auf diese Weise von den Seemächten zu trennen, nicht durchzusetzen. Vergebens suchte sein Vertreter in Paris, Fonseca, den Nachweis zu erbringen, dass es den Interessen Frankreichs widerspreche, die Handelsmacht Englands zu fördern, vergebens bot er Herabminderung der Tätigkeit der Ostender Compagnie an, vergebens schlug er die Ernennung einer Kommission vor, die über die strittigen Punkte zu entscheiden haben sollte. Fleury wies eine einseitige Verhandlung mit dem Kaiser auf das entschiedenste zurück, suchte aber zu gleicher Zeit, überzeugt, dass die Seemächte im Falle eines Krieges lediglich ihre Interessen im Auge behalten würden, den Ausbruch der Feindseligkeiten, der durch das Verhalten der Engländer und Spanier drohend schien, zu verhindern, und strebte unterdess unaufhörlich einen Ausgleich zwischen den beiden Parteien an. In diesem Zusammenhange ist die Idee aufgetaucht, durch die Unterdrückung der ostendischen Compagnie für eine bestimmte Zeit, innerhalb der die Frage der Berechtigung dieses Handels erörtert werden sollte, die strittige Angelegenheit einer die Ehre des Kaisers und die materiellen Interessen der Seemächte berücksichtigenden Lösung zuzuführen. Durch Vermittlung der päpstlichen Diplomatie gelang es die prinzipielle Einwilligung Karls VI. zur Abfassung eines in diesem Sinne lautenden Vertrages zu erhalten und bereits im Dezember 1726 konnte Grimaldi, der päpstliche Nuntius am Wiener Hofe, den Vertretern Frankreichs und der Generalstaaten einen mit Genehmigung des Kaisers verfassten

Vertragsentwurf vorlegen.[1]) *Die Frage der Berechtigung der ostendischen Handelscompagnie sollte nach demselben von einer eigens dafür einzusetzenden Kommission erörtert werden, der belgische Handel nach Ostindien bis nach erfolgter Entscheidung unterbleiben; doch wurde den bereits ausgelaufenen Schiffen die Rückkehr mit Waren gestattet. Fiel innerhalb der festgesetzten Zeit — ein bestimmtes Datum war vorerst nicht angegeben, doch rechnete die Wiener Regierung mit 2—3 Jahren — die erhoffte Entscheidung nicht, dann sollte es den beteiligten Mächten frei stehen, in eine längere Frist zu willigen, oder aber ihre früheren Rechte wieder geltend zu machen. Ganz ausdrücklich verpflichtete sich Karl VI. zur Unterwerfung auch unter ein gegen ihn ausfallendes Urteil der aus unparteiischen Richtern einzusetzenden Kommission; ein weitgehendes Versprechen, das deutlich erkennen lässt, dass Karl VI. an der Möglichkeit verzweifelte, mit den Waffen in der Hand die Rechte seiner Untertanen erfolgreich zu vertreten. Die Verhandlungen, die er unterdess mit Spanien geführt, hatten ihm die Überzeugung aufgenötigt, dass er von dieser Macht, auch wenn sie es — woran zu zweifeln mehr als ein Grund vorlag — aufrichtig meinte, keineswegs auf eine Unterstützung rechnen durfte, die ihm Hoffnung auf einen aussichtsreichen Kampf gegen die Seemächte und Frankreich geboten hätte.*[2]) *Und wenn sich Karl VI. sonst umsah, im Reiche und bei den Nachbarstaaten, wo bot sich ihm ein genügender Schutz, falls die Holländer und Engländer beim ersten Schusse der fiel Belgien besetzen sollten, falls seine italienischen Besitzungen von Franzosen und Engländern bedroht wurden? Prinz Eugen und Graf Starhemberg wurden nicht müde dem Kaiser vorzuhalten, dass ein ungünstiger Ausgang eines Krieges vorauszusehen sei, dieser aber das dynastische Interesse der Habsburger ernstlich gefährden könnte. Und selbst Graf Sinzendorf, der eifrigste Vertreter der Wirtschaftspolitik Karls VI. und Gegner Eugens, widersprach den friedliebenden Erklärungen seiner Kollegen nicht, zumal er sich durch die Hoffnung täuschen liess, es werde eine 2—3jährige Suspension der Ostender Compagnie genügen und schlimmsten Falles die Übertragung des Sitzes dieser Gesellschaft nach Triest ein einfaches und den Interessen des Kaisers unschädliches Mittel bieten, die Eifersucht der Seemächte zu beschwichtigen. Allein alsbald zeigte es sich, dass diese es auf den völligen Untergang der*

---

[1]) *Vgl. den Abdruck bei Rousset Recueil hist. l. c. III. 386; für den Zusammenhang Baudrillart l. c. III. 315.*

[2]) *Vgl. Syveton, Le baron de Ripperda 243 ff.*

Ostender Handelscompagnie abgesehen hatten. Die im Haag versammelten Vertreter der Seemächte wiesen den von Grimaldi entworfenen Vertrag als ungenügend zurück und in den Beratungskörpern der beiden Nationen machte sich die gereizte Stimmung gegen die verbündeten Höfe von Wien und Madrid in lauten Klagen und Drohungen Luft. Insbesondere im englischen Parlamente führte die Erregung der Kaufmannswelt, die ihre Existenz bedroht sah, und der Regierungskreise, die eine neue Erhebung der Stuartfreunde fürchtete, zu bedeutsamen Kundgebungen.[1]) *Der König eröffnete im Januar 1727 das Parlament mit einer Rede, die in dem Satze gipfelte, dass die zwischen Spanien und dem Kaiser geschlossenen Verträge „direkt unseren teuersten und wertvollsten Privilegien feindlich sind und uns zur Entscheidung nötigen, ob wir uns widerstandslos der entschiedenen und ungerechten Forderung des spanischen Königs, ihm Gibraltar zurückzugeben, unterwerfen und es ruhig dulden wollen, dass der Kaiser die Vorteile eines ausgedehnten Handels geniesst, den er usurpiert hat, oder ob wir uns in die Lage setzen wollen, uns Gerechtigkeit zu verschaffen und unsere Rechte zu verteidigen gegen die Vereinbarungen unserer Feinde, die sie in Missachtung und Verletzung des öffentlichen Glaubens und der feierlichsten Verträge eingegangen sind*[2])*.“ Die Rede des Königs fand den ungeteilten Beifall des Hauses, das reiche Mittel bewilligte, um Englands Heer und Flotte für den bevorstehenden Krieg zu stärken; auch wurden im Laufe der Debatte die schwersten Vorwürfe gegen das Reichsoberhaupt erhoben. Auch am englischen Hofe kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den englischen Ministern und dem Vertreter Karls VI. Dieser protestierte mündlich und schriftlich gegen die unberechtigten Angriffe der Engländer und Graf Sinzendorf forderte in einem offenen Briefe Genugtuung für die seinem Herrn durch Verbreitung falscher Behauptungen angetane Schmach.*[3]) *Als Antwort hierauf erhielt des Kaisers Vertreter in London den Befehl, England zu verlassen. Unter diesen Umständen konnte Karl VI. nicht anders, als Saphorin aus Wien ausweisen.*[4])

---

[1]) *Vgl. Mahon Hist. of Engl., Tauchn. Ed. 1853 II. 108 ff.*

[2]) *Abgedruckt u. a. Rousset l. c. III. 327 ff.*

[3]) *Vgl. Rousset Rec. hist. III, 349, 353; Mahon l. c. 109 f.*

[4]) *Vgl die Berichte Saphorins und seines Sekretärs Woodward vom Febr.-April 1727 R. O. Saphorin klagt wiederholt über Richelieu, der, obgleich Frankreich mit England verbündet sei, gegen letzteres intriguiere. Am 16. April 1727 berichten Saphorin und Woodward über die Palmaffaire und über ihre Landesverweisung. Sie halten die Situation für sehr bedrohlich.*

Der Krieg schien unvermeidlich. Allein wieder war es Fleury, der im wohlverstandenen französischen Interesse die Unterhandlungen nicht fallen gelassen hatte, der rettend eingriff. In langwierigen Verhandlungen, die zu schildern nicht unsere Aufgabe sein kann,[1] *suchte er dem Wiener Hofe die Überzeugung beizubringen, dass die Lage der Dinge ein weiteres Entgegenkommen des Kaisers erheische, und er verstand es vortrefflich die bittere Pille, die er dem Kaiser in der Form einer mindestens 7jährigen Suspendierung der Ostender Compagnie reichte, durch die Versicherung zu versüssen, dass innerhalb dieser Frist nebst der Ordnung dieser Angelegenheit ein Handelsvertrag zwischen den Seemächten und dem Kaiser geschlossen werden sollte, der die von diesem so oft geforderte Erläuterung des 26. Artikels des Barrierevertrages enthalten würde. Ende März 1727 übergab der Herzog von Richelieu, Frankreichs Vertreter am Wiener Hofe, das erste Ultimatum.*[2] *Nach demselben hatte Karl VI. die Unterdrückung des ostendischen Handels nach dem Orient für eine bestimmte Zeit — das Ultimatum sprach von 10 Jahren, Richelieu hatte aber Vollmacht, sich mit 7 Jahren zu begnügen — auszusprechen. Die Handelsprivilegien aller Mächte in Europa und Indien sollten in dem Stande bleiben, wie sie vor dem Jahre 1725 gewesen, alle übrigen Rechte und Besitzungen der Vertragschliessenden, wie sie durch die Verträge von Utrecht, Baden und durch die Quadrupelallianz geordnet worden waren. Beide Parteien sollten sich der Einmischung in die Wirren des Nordens und Niederdeutschlands enthalten und nach erfolgter Einigung die Feindseligkeiten aufhören; die von Ostende nach Indien abgegangenen Schiffe, deren Namen anzugeben der Wiener Hof verpflichtet werden sollte, und die spanischen Galeonen sollten das Recht zur Rückkehr erhalten. Über den Ausgang der Beratungen, die im Anschlusse an dieses Ultimatum am Wiener Hofe, zumal im Schoosse der geheimen Konferenz, gepflogen wurden, konnte eigentlich kein Zweifel bestehen.*[3] *Mochte der Kaiser noch so bitter das Scheitern seiner handelspolitischen Pläne empfinden, mochten die leitenden Minister noch so lebhaft das Schicksal der neuen Untertanen bedauern, der Krieg mit den Seemächten und Frankreich bot keine Aussicht auf Erfolg. In unzweideutiger Weise haben dies Prinz Eugen und Graf Starhemberg betont, und wenn sie schliesslich ihre Einwilligung zu neuerlichen Verhandlungen und damit*

---

[1]) *Vgl. Baudrillart l. c. III. 314 ff.*

[2]) *Vgl. Rousset l. c. III. 388.*

[3]) *Vgl. Huisman l. c. 416 ff., Arneth l. c. III. 225.*

zu einer weiteren Verzögerung der Entscheidung gaben, für die Sinzendorf eifrigst eintrat, so geschah dies einerseits, um den Wünschen ihres Herrn Rechnung zu tragen, andererseits aber in der sicheren Erwartung, dass die aus Deutschland und Spanien einlangenden Berichte, von deren Inhalt Karl VI. seine Entscheidung abhängen lassen wollte, ihre pessimistische Auffassung bestätigen würden.

Unterdess wurden die Verhandlungen in Paris und in Wien wieder aufgenommen. Die kaiserlichen Minister versuchten den Handel der Belgier nach China zu retten, und als dies an der entschiedenen Weigerung der Seemächte scheiterte, forderte man für die Dauer der Suspension des belgischen Handels nach dem Orient den Nachlass der jährlich an die Vereinigten Niederlande zu entrichtenden 500.000 Thl. und die Verbesserung des Zollsystems in Holland, erreichte aber nicht mehr, als dass Fleury die Erledigung dieser Fragen auf dem künftig zu eröffnenden Kongresse versprach. Mehr um eine weitere Verzögerung zu bewirken, als in der Erwartung eines Erfolges, überreichten die kaiserlichen Minister ein 12 Artikel umfassendes Gegenprojekt, in dem die Suspendierung der ostendischen Handelscompagnie auf 7 Jahre im Prinzipe angenommen, die Entscheidung über die Bedingungen aber, unter denen sie erfolgen sollte, dem Kongresse vorbehalten wurde.[1] *Allein Fleury, gedrängt von den Vertretern der Seemächte und von der Furcht beseelt, bei längerem Zögern seinen Einfluss einzubüssen, beantwortete die kaiserliche Erklärung mit der Übersendung eines neuen 8 Artikel umfassenden Ultimatums, das sich von dem früheren in erster Linie durch genaue Bestimmungen für den möglichst bald zu berufenden Kongress unterschied.*[2] *Zu gleicher Zeit aber wurde dem Kaiser mitgeteilt, dass Frankreich und dessen Verbündete die Nichtannahme des Ultimatums innerhalb eines Monates — es war vom 2. Mai 1727 datiert — als Kriegserklärung auffassen würden. Karl VI. hat den ihm gesetzten Termin nicht abgewartet. Die drohende Stellung der Seemächte, die ungünstigen Nachrichten, die er über die Haltung der spanischen Armee vor Gibraltar erhielt, das Ausbleiben der spanischen Subsidien, die Nachricht vom Tode Katharina's I. von Russland und die Weigerung der Mehrzahl der am Reichstage vertretenen Fürsten sich in*

---

[1]) *Vgl. Rousset l. c. III. 390; für den Gang der Verhandlungen, Baudrillart l. c. III. 327 ff. Im R. O. (Misc. Treat. Pap. zu 1727) liegt ein Akt, in dem das erste und zweite Ultimatum und das Gegenprojekt des Kaisers neben einander verzeichnet sind.*

[2]) *Vgl. Rousset l. c. III. 394; für die Verhandlungen Huisman l. c. 426 ff.; Baudrillart l. c. III. 327 ff.*

diese Angelegenheit einzumischen, sprachen zu deutlich für den Abschluss, als dass sich Karl VI. noch länger den Mahnungen Eugens und dessen Anhänger hätte widersetzen können. Baron Fonseca, des Kaisers Vertreter in Paris, erhielt die Weisung, unter möglichster Wahrung der kaiserlichen Interessen die Verhandlungen zum Abschlusse zu bringen.

Am 31. Mai erfolgte zu Paris die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien. Dieselben umfassten 12 Artikel. Der Kaiser verpflichtete sich zur Unterdrückung des ostendischen Handels für die Dauer von 7 Jahren, die Verbündeten garantierten den von Ostende bereits ausgelaufenen Schiffen, deren Namen vom Wiener Hofe angegeben werden sollten, ebenso wie den spanischen Galeonen, die freie Rückkehr. Die englische Flotte sollte die spanischen Häfen in Amerika verlassen, die Schiffe der Seemächte und jene Frankreichs sich von den Küsten Spaniens und von jenen der kaiserlichen Besitzungen in Italien zurückziehen. Durch einen besonderen Artikel verpflichteten sich beide Parteien, die nordischen Mächte zur friedlichen Beilegung der bestehenden Differenzen aufzufordern und bis zur Verhandlung über diese Frage auf dem Kongresse ihrerseits nichts gewalttätiges zu tun. Die weiteren Punkte betrafen die Berufung und Organisation des geplanten Kongresses. Durch eine besondere Verfügung wurden aber schon jetzt den Seemächten und Frankreich die Handelsprivilegien wiedergegeben, die sie vor dem Abschlusse der Wiener Verträge von 1725 in Spanien und in Indien genossen hatten. Übersieht man den Inhalt dieses Vertrages, so kann über die verhängnisvolle Tragweite desselben für den Kaiser kein Zweifel bestehen. Die Suspension des belgischen Handels nach dem Orient für 7 Jahre kam einer gänzlichen Vernichtung desselben gleich, und die Wiedereinsetzung der Seemächte und Frankreichs in die bevorzugte Stellung, die sie vor 1725 beim Handel nach Spanien und Westindien innegehabt, brachte den Kaiser um den einzigen grossen Vorteil, der ihm aus der so kostspieligen Allianz mit Spanien hätte erwachsen können, und bedeutete einen grossen Triumpf für das englische Volk, das seinen ertragreichen Handel mit Spanien in vollem Umfange wieder aufnehmen konnte. Die Hoffnung der Wiener Regierung aber, den asiatischen Handel, den bisher die Belgier getrieben, nach Triest zu übertragen und so von einer anderen Stelle aus den Seemächten erfolgreiche Konkurrenz zu machen, erwies sich in der Folge nicht minder trügerisch, als die Erwartung eines raschen Abschlusses des Handelsvertrages mit den Seemächten, den diese im

Jahre 1715 versprochen, seitdem aber immer wieder unter mannigfaltigen Ausreden verzögert hatten.[1])

Bei der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien ergab sich eine Schwierigkeit. Spanien hatte damals infolge der gespannten Beziehungen, die zwischen den beiden Linien des Hauses Bourbon herrschten, in Paris keinen Vertreter, England keinen in Wien. Da aber der Inhalt des Vertrages die Teilnahme der spanischen Regierung unerlässlich machte, entschloss sich der damals in Wien anwesende ausserordentliche spanische Botschafter, Herzog von Bournonville, im Einverständnisse mit den kompetenten Regierungen am 13. Juni 1727 eine besondere Erklärung abzugeben, die, wörtlich mit den zu Paris am 31. Mai abgeschlossenen Präliminarien übereinstimmend, Spaniens Beitritt zu diesem Vertrage festsetzte.[2]) *Allein nun weigerte sich der spanische Hof, der noch immer die Fortsetzung des Krieges wünschte, den unterzeichneten Vertrag zu ratifizieren, begann an einzelnen Artikeln desselben zu mäkeln und erklärte von der Belagerung Gibraltars erst dann ablassen zu wollen, wenn die englische Flotte, die längs der spanischen Küste und Westindien kreuzte, zurückberufen sein werde. König Georg II. aber, der mittlerweile Englands Thron bestiegen hatte, weigerte sich, die Forderungen der Spanier zu erfüllen und verlangte überdies die Herausgabe des der Südseecompagnie gehörigen von den Spaniern gekaperten Schiffes „Prinz Friedrich.“ Wiederum schien es zur Entscheidung durch die Waffen kommen zu müssen,*[3]) *aber es gelang auch diesmal der geschickten Intervention Fleury's dem Konflikte die Spitze abzubrechen. Die Abmachungen von Prado vom 4. und 5. März 1728 führten den erwünschten Ausgleich zwischen England und Spanien herbei, und am 6. März unterzeichneten die Vertreter der an den Friedenspräliminarien beteiligten Mächte das Schriftstück, durch das die letzten Schwierigkeiten hinweggeräumt wurden, die der Geltung dieser Abmachungen im Wege gestanden hatten.*[4])

---

[1]) *Saphorin meldete nach dem Abschlusse der Präliminarien nach London, dieselben hätten zwar den Krieg verhindert, nicht aber die ehrgeizigen Pläne der Höfe von Wien und Madrid vernichtet; Österreich wolle noch immer mit Spanien und den übrigen Verbündeten gegen Frankreich und England kämpfen. Saphorin schlägt vor, Verbindungen in Deutschland gegen den Kaiser anzuknüpfen, da dieser in Deutschland unbeliebt sei. R. O.*

[2]) *Vgl. den Abdruck Nr. 27.*

[3]) *Vgl. Baudrillart l. c. III. 399 ff.*

[4]) *Abdruck Nr. 28. Vgl. Baudrillart l. c. 403 ff.*

26.

Notum sit omnibus et singulis quod, cum a nonnullo tempore plura successissent, quae paci Europae disturbandae locum dare potuissent nisi quam citius medela allata fuisset, sua sacra Cea regio-catholica Mtas, sua sacra Mtas britannica, sua sacra Mtas christianissima et celsi ac potentes domini status generales unitarum foederati Belgii provinciarum sese invicem quam maxime pronos exhibuerint ad omnia ea inquirenda, quae has omnes simultates componere possent et ad hunc scopum attingendum plenipotentiarum tabulis muniverint; nempe sua sacra Cea regio-catholica Mtas dominum baronem d'Effonseca, sua sacra Mtas britannica dominum Horatium Walpole, sua sacra Mtas christianissima dominum comitem a Morville, suum ministrium ac status secretarium et aurei velleris equitem, itidem celsi et potentes domini status generales foederati Belgii dominum Guillelmum Boreel, qui omnes post maturam inter se disquisitionem et communicatis invicem plenipotentiarum tabulis, quarum copiae infra transcriptae reperientur[1]), vigore earumdem plenipotentiarum super subsequentibus articulis praeliminaribus convenerunt.

I.

Cum sua sacra Cea regio-catholica Mtas commercium Ostendanum apud nonnullos finitimos aemulationem atque etiam sollicitudinem excitasse animadvertat, publicae Europae tranquilitatis causa consentit, ut privilegium, vulgo octroy, societati Ostendanae concessum omneque ex Belgio austriaco in Indias commercium per spatium septem annorum suspendatur.

II.

Iura aut ea, quae vi tractatus Traiectensis, Badensis, quadruplicis foederis atque etiam eorum tractatuum et conventionum, quae annum 1725 praecesserunt et imperatorem ac status generales foederati Belgii non tangunt, a quocunque contractantium possessa fuere, intacta remanebunt; si quid vero super iis immutatum vel executioni mandatum non fuisse comperiretur iuxta tenorem eorumdem tractatuum et conventionum, status immutatus aut executioni non datus in futuro congressu discutietur et decidetur.

---

[1]) *Abgedruckt u. a. bei Dumont l. c. VIII|2 147 f.*

III.

Consequenter cuncta commerciorum privilegia, quibus natio anglica et gallica et subditi statuum generalium foederati Belgii antehac vigore tractatuum cum in Europa tum in Hispania prout et in Indiis gavisi sunt, ad eum usum et normam revocentur, secundum quam per tractatus anno millesimo septingentesimo vigesimo quinto anteriores cum singulis conventum fuit.

IV.

Principes septentrionis ab eorum respective confoederatis invitabuntur requirenturque, ut ab omni via facti mutuo abstineant, quin potius omnia media aequabilia conciliandae mutuo inter se pacificationis amplectantur. Partes vero contractantes spondent usque dum congressus inchoetur (de quo infra), in quo partium intervenientium dissidia amicabiliter discutientur, nec directe nec indirecte quocunque sub colore aut praetextu ad ullam viam facti processuros, quo praesens septentrionis ac inferioris Germaniae status turbari possit, quin serio promittent omnia se consilia inire velle, quo hostilitates, si quae forte intercederent, sopiantur.

V.

Mox a subscriptis praesentibus articulis hostilitates quaecunque, si forte quaepiam inchoatae fuissent, cessabunt et respectu Hispaniae octiduum, postquam sua M^tas^ catholica hos articulos subscriptos receperit, navibus illis, quae ante praefatam cessationem Ostenda in Indias vela fecerunt et quorum nomina in tabella quadam nomine suae M^tis^ C^eae^ regio-catholicae conficienda declarabuntur, liber tutusque ex Indiis Ostendam concedetur reditus, et si quae forte naves interceptae fuissent, eae una cum bonis ac mercibus eisdem impositis bona fide restituentur. Par aeque tutus navibus illis maioribus onerariis (vulgo galliones dictis) admittetur reditus in ea firma fiducia, regem catholicum intuitu oneris seu rerum ac mercium tam in maiori quam minori illa classe Hispana, galliones et flotilla, contentarum eum ipsum, quo liberioribus antea semper temporibus usus est , modum esse adhibiturum. Cui consequens est, quod classis anglica non solum a Portu-Bello omnibusque in America ad regem Hispaniarum pertinentibus portubus abscedet quam primum fieri poterit, verum et eiusdem classis praefectus Hozier

una cum illa in Europam revertetur, quo subditi suae M^tis^ catholicae in Indiis ab omni ulteriori molestia et sollicitudine liberentur. Commercium ab Anglis in Americam uti de praeterito iuxta tractatus exercebitur. Pariter classes Anglorum, Gallorum aut Batavorum, quae forte circum littora hispanica vel etiam circa illa ad imperatorem pertinentia sese detinere possent, inde omni qua fieri potest maiori celeritate mox a tempore, quo isthaec cessatio hostilitatum inchoabit, sese recipient, ut accolae dictorum littorum ac orarum ab omni deinceps sollicitudine ac metu tuti ac liberi sint nihilque dictis navibus contra modo memoratos portus sive directe sive indirecte moliri licitum esto.

VI.

Isthaec hostilitatum cessatio tamdiu quamdiu suspensio privilegii societati Ostendanae concessi, nimirum per septem annos durabit, ut intra hoc temporis spatium iura rationesque reciprocae commode conciliari generalisque pacificatio eo solidius stabiliri possit.

VII.

Si forte post subscriptionem istorum praeliminarium inter principum contractantium subditos sive in Europa sive in Indiis turbas sub qualicunque praetextu moveri aut hostilitatis actus exerceri contingeret, ii damna a suis respective subditis perpessa communi ope reparabunt.

VIII.

Secuta praecedentium articulorum acceptatione et subscriptione congressus intra spatium quatuor mensium a die subscriptionis computandorum Aquisgrani instituetur, intra quorum decursum iura et praetentiones principum contractantium eorumque, qui ad dictum congressum invitati fuerint, examinabuntur, discutientur ac terminabuntur.

IX.

Plenipotentiarii nominandi non poterunt nisi solos duos nobiles, duos ephebos et sex famulos seu pedissequos in comitatu suo habere, quo promptius se ad iter parare possint et ut omnis aemulatio, luxus ac sumptus evitentur.

X.

Ceremoniale nullum observabunt eamque normam tenebunt, quae in nupero congressu Cameracensi observata fuit idque ad declinandas eas difficultates, quae circa praecedentiam oriri possent, facultate tamen protestandi cuique pro arbitrio relicta.

XI.

Principes suis respective plenipotentiariis serio demandabunt, ut omnia impedimenta seu tricas evitent, quae protrahere vel turbare congressum ullo modo possent.

XII.

Ratificatio horum articulorum intra spatium duorum mensium aut citius si fieri poterit a die subscriptionis erga se invicem extradetur.

In quorum fidem nos infrascripti ministri plenipotentiarii suae sacrae Ceae regio-catholicae Mtis, suae sacrae regiae Mtis britannicae et suae sacrae regiae Mtis christianissimae et celsorum ac potentium[1]) statuum generalium unitarum foederati Belgii provinciarum hosce articulos manu nostra subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Parisiis die ultima mensis Maii, anno domini millesimo septingentesimo vigesimo septimo.

L. S. Marcus baro Deffonseca. L. S. H. Walpole.[2])

27.[3])

Comme les ministres qui ont signé à Paris les articles preliminaires ont consideré que, ny ayant pas dans cette cour des ministres de sa Mté catholique ny à Vienne des ministres de sa Mté britannique, il estoit impossible en suivant les formes ordinaires de donner aussytôt qu'il seroit à desirer la derniere main aux actes qui seroient obligatoires entre sa Mté catholique

---

[1]) *In den anderen Ausfertigungen folgt auf potentium das Wort dominorum.*

[2]) *Gleichartige Ausfertigungen erfolgten seitens Frankreichs und der Generalstaaten.*

[3]) *Nach der im St.-A. befindlichen für England bestimmten kaiserlichen Ratifikation dieser Urkunde d. d. Wien 1727 Juli 12.*

et sa Mté britannique, je sousigné pour remedier à cet inconvenient ay en vertu de mes pleinpouvoirs signé seul un acte pareil à ceux qui ont êté signés à Paris le 31 du mois de May dernier le quel est compris cy-dessous.

Sequuntur articuli praeliminares et plenipotentiarum tabulae suae sacrae Mtis catholicae d. d. Buen Retiro a veinte y seis de Febrero de mil setezientos y veinte y siete.

En vertu de mon pleinpouvoir susdit je declare que cet acte ainsy signé par moy seul sera obligatoire pour le roy catholique mon maitre envers sa Mté britannique comme s'il avoit êté signé avec un ministre de sa Mté britannique, bien entendu que cette mienne signature se fait en consequence d'un signé pareil au present acte que son excellence le duc de Richelieu, ambassadeur extraordinaire de sa Mté tres-chretienne à la cour imperiale, m'a remis cejourdhuy de son excellence Mr de Walpole, ambassadeur extraordinaire de sa Mté britannique en France, le quel sera pareillement obligatoire envers le roy mon maitre; promettant qu'il sera remis dans le tems marqué par le douziême des articles preliminaires une ratification du roy catholique pour être echangée contre celle de sa Mté britannique. En foy de quoy j'ay signé la presente declaration et y fait apposer le cachet de mes armes. Donné à Vienne le 13 de Juin l'an de grace 1727.

Le duc de Bournonville.

Nos infrascripti ministri ac legati plenipotentiarii suae sacrae Ceae regiaeque catholicae Mtis, suae sacrae Mtis christianissimae et celsorum ac potentium statuum generalium foederati Belgii testatum facimus, verum esse quod supra suae sacrae regiae catholicae Mtis legati plenipotentiarii extraordinarii domini ducis de Bournonville sigillum et signaturam, cuius omnes una fuimus testes, in cuius fidem hocce testimonium manibus nostris subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Viennae die 13 Junii 1727.

Eugenius a Sabaudia. Philippus Ludovicus comes a Sinzendorff.
Gundaccarus comes a Starhemberg. Le duc de Richelieu.
D'Hamel Bruinincz.

28.[1])

Quandoquidem difficultates quaedam subortae sint super articulis exequendis qui „Praeliminares" vocantur, quique Lutetiae Parisiorum die ultima mensis Maii deindeque Viennae die decima tertia Junii anni millesimi septingentesimi vigesimi septimi a ministris hinc inde potestate sufficienti communitis signati fuere, cumque per declarationem quandam a domino comite de Rottembourg partium omnium consensu factam atque comprobatam antedictae difficultates feliciter compositae fuerint, cuius declarationis eiusdemque a sua M^te^ catholica acceptionis, prout ipsiusmet nomine et mandato a domino marchione de la Paz exhibita et subscripta fuit, tenor hic sequitur.

D'autant que depuis la signature des preliminaires il s'est elevé certaines difficultés entre les parties contractantes par raport à la restitution des prises qui ont esté faites de part et d'autre et nommement celle du „Prince Frederick" et sa cargaisson apartenant à la compagnie du Sud, saisi et arresté par les Espagnols à la Vera Crux, les quelles difficultez ont retardé l'execution des preliminaires, l'echange des ratifications avec l'Espagne et l'ouverture du congrez, sa M^té^ britannique pour faciliter autant qu'il luy est possible les choses et pour lever tous les obstacles qui s'oposent à une pacification generalle a declaré et donné sa parole royalle au roy très chrestien qu'elle envoyeroit sans delay des ordres à ses amiraux Wager et Hozier ou celuy qui commanderoit à sa place de se retirer des mers des Indes et d'Espagne et qu'elle consent que l'on discuteroit et decideroit dans le congrés les contrebandes et autres sujets de plaintes que les Espagnols peuvent avoir par rapport au vaisseau „le Prince Frederick"; que toutes les pretentions respectives de part et d'autre seront produites, debatües et decidées au meme congrez, que l'on y discutera et decidera pareillement si les prises qui ont esté faites de part et d'autre en mer devront estre restituées, et que sa M^té^ britannique se tiendra a ce qui sera reglé sur tout cela.

---

[1]) *Als Vorlage für den Druck dient das im St.-A. vorhandene Or. der englischen Ausfertigung; von Frankreich, Spanien und den Generalstaaten liegen gleichlautende Ausfertigungen vor.*

De mon costé je donne parole au nom du roy mon maitre en vertu des ordres et des pleinspouvoirs que j'ay receus pour cet effet, que cette discution à faire au congrez s'executera fidellement, que l'echange des ratifications se fera sans delay, et que le congrez s'assemblera infailliblement et le plustost qu'il sera possible, selon que les ministres des parties contractantes qui se trouveront à Paris en conviendront, si sa Mté catholique veut donner sa parole royalle; 1° de lever incessamment le blocus de Gibraltar en renvoyant les troupes dans leurs quartiers, en faisant retirer le canon, combler les tranchées et detruire les ouvrages faits à l'occasion de ce siege, en remettant le tout de part et d'autre conformement au traité de Utrecht; 2° d'envoyer sans retard ses ordres clairs et precis pour remettre aussytost le vaisseau „le Prince Frederick" et sa cargaisson aux agens de la compagnie du Sud qui sont à la Vera Crux, pour qu'à leur volonté ils le fassent passer en Europe et pour remettre le commerce de la nation angloise aux Indes, selon ce qui est stipulé par le traité de l'Assiento et convenu par les articles deux et trois des preliminaires; 3° de faire remettre incessamment les effets de la flotille aux interessez et ceux des gallions quand ils reviendront, comme en tems libre et de pleine paix, conformement à l'article cinquieme des preliminaires; 4° que sa Mté catholique s'engage de la meme maniere que sa Mté britannique s'y est engagée cy-dessus a se tenir à tout ce qui sera reglé par la susdite discution et decision du congrés. Donné au Pardo ce quatrieme Mars mil sept cent vingt huit.

L. S. Rottembourg.

Io el infrascripto marques de la Paz declaro de expresa orden en el real nombre del rey catholico mi amo y en consecuencia de su plenopoder que su Magd, por su siempre constante deseo de facilitar las negociaciones para una paz unibersal y permanente, hà venido en aceptar y efectivamente admite y acepta la proposicion ultimamte echa por el Sr conde de Rottembourg ministro plenipotenciario de su Magd christianissima segun queda immediatamente aqui arriva inserta. En fee de lo qual firmo la presente declaration y la pongo el sello de mis armas. En el Pardo à cinco de Marzo de mil setezientos y veinte y ocho.

L. S. El Marq. de la Paz.

Nos infrascripti ministri plenipotentiarii debita authoritate sufficienter instructi, quo declaratio acceptioque suprascriptae vim vigoremque amplissimum obtinere possint, hoc accensus confirmationisque speciale instrumentum nomine et mandato dominorum nostrorum respective signavimus eidemque sigilla nostra apposuimus. Datum hac regia dicta el Pardo die sexta mensis Martii, anni millesimi septingentesimi vigesimi octavi.

L. S. H. comes a Kinigsegg. L. S. B. Keene. L. S. Rottembourg. L. S.El Marq. de la Paz. L. S. F. van der Meer.[1])

28.

Bündnis zwischen Karl VI. und Georg II. samt 2 Separatartikeln, 3 Deklarationen, 2 Spezifikationen und 2 Geheimartikeln; d. d. Wien 1731 März 16.

Rat. Georgs II. d. d. St. James 1731 März 29/April 9; Karls VI. April 21.

Die Originale des Hauptvertrages, der Separatartikel, Deklarationen, Spezifikationen und Geheimartikel im St.-A. und R. O.; die Originale der Ratifikationen Georgs im St.-A., jene Karls im R. O.

Drucke bei Bittner Nr. 788.

Der Tod König Georgs I., der wenige Wochen nach der Unterzeichnung des Präliminarienvertrages vom 31. Mai 1727 erfolgte, führte für's erste keinen Wechsel in den gespannten Beziehungen herbei, die zwischen der österreichischen und der englischen Regierung bestanden. Der direkte Verkehr, der seit der Ausweisung der beiderseitigen Vertreter unterbrochen war, wurde auch nach der Thronbesteigung Georgs II. nicht aufgenommen und die Verhandlungen, die vornehmlich durch Frankreichs Vermittlung zwischen den beiden Höfen geführt wurden, liessen die Hoffnung auf eine baldige Besserung als eine sehr geringe erscheinen. Trotzdem erfolgte diese früher, als man hätte vermuten können.[2]) Eine ruhige Erwägung der Lage führte die massgebenden Faktoren beider Regierungen zur Erkenntnis, dass die Wiederherstellung des früher bestandenen guten Einvernehmens im beiderseitigen Interesse dringend zu wünschen sei. Für Georg II., der nicht nur König von England, sondern auch Kurfürst von Han-

---

[1]) *Die Siegel in gleicher Linie.*

[2]) *Für die österreichisch-englischen Beziehungen in den ersten Regierungsjahren Georgs II. vgl. Arneth Prinz Eugen III. 278 ff.; Coxe Walpole R. II. 516 ff.; Beer l. c. 41 ff., Mahon l. c. II. passim.*

nover war, konnte die Fortdauer gespannter Beziehungen zum Reichsoberhaupte verhängnisvoll werden. Gegenüber der rivalisierenden Macht Preussens, der drohenden Haltung der nordischen Mächte und der Scheelsucht seiner deutschen Nachbarn erschien der Rückhalt an dem Kaiser als ein grosser Vorteil, der auch mit einigen Opfern nicht zu teuer erkauft war. Dass das Inselvolk und seine Vertreter sich durch die besonderen Interessen ihres Herrschers nicht bestimmen lassen würden, wusste Georg II., und er dachte auch keineswegs daran, die Anbahnung besserer Beziehungen zum Kaiserhofe mit Zugeständnissen zu erkaufen, die der englischen Nation zu wertvoll erschienen wären. In diesem Sinne war er fest entschlossen, an der Politik festzuhalten, die zur Unterfertigung der für England so günstigen Präliminarien geführt hatten. An der Begünstigung des englischen Handels in Spanien durfte nicht gerüttelt, von dem Kampfe gegen die ostendische Compagnie nicht abgelassen werden. Gelang es aber in diesen Fragen das Interesse der englischen Nation zu wahren, dann durfte Georg II. hoffen, dass die heftigen Ausfälle des Volksunwillens gegen das Haus Habsburg sich nicht wiederholen, dass das Parlament der Aussöhnung des englischen Hofes mit dem Wiener kein Hindernis in den Weg legen werde. Es entsprach seinem Wunsche, diesen Wechsel unter möglichst günstigen Bedingungen zu vollziehen, dass er von seiner Neigung mit dem Wiener Hofe Freundschaft, eventuell auch ein Bündnis zu schliessen, möglichst wenig merken liess. Allein die Tatsache, dass im Frühjahr 1728 Lord James Waldegrave als Vertreter Englands am Wiener Hofe erschien und sich zu freundschaftlicher Erörterung politischer Fragen bereit erklärte, bewies doch ein Entgegenkommen, das, richtig gewürdigt, zur Anbahnung besserer Beziehungen führen konnte.[1] *In diesem Sinne fasste denn auch der eifrigste Fürsprecher der englischen Bundesgenossenschaft am Wiener Hofe, Prinz Eugen, die Sendung Waldegrave's auf. Durchdrungen von der Überzeugung, dass nur von den Seemächten die dauernde Förderung der auf die Erhaltung des Gesamtstaates gerichteten Pläne Karls VI. zu erwarten stand, hatte Eugen niemals davon abgelassen, der Verbindung mit den Seemächten das Wort zu reden. Dass dies nicht in einer die Ehre*

[1]) *Ende April 1728 kam Waldegrave nach Wien. In einer Weisung Townshends an ihn d. d. 26. Okt. 1727 R. O. wird bemerkt, man sende ihn nach Wien, weil man aus Frankreich Nachricht erhalten habe, dass Österreich es wünsche. In einer Privatinstruktion vom selben Datum erhält er Weisung bezüglich der pragmatischen Sanktion.*

des Kaisers verletzenden Weise geschehen sollte, dafür bürgte der Name und die Vergangenheit des Prinzen.

Allein es wurde ihm und seinen Anhängern nicht leicht, Karl VI. von der Richtigkeit ihrer Meinung zu überzeugen. Das eigennützige Vorgehen der englischen Nation, der Karl VI. den ausschlaggebenden Anteil an dem ungünstigen Ausgange der Verhandlungen beimass, die er im Interesse seines Besitzes und seiner internationalen Stellung seit Jahren geführt hatte, erfüllte die Brust des Herrschers mit tiefem Grolle und liess ihm die Ansicht der mächtigen, einflussreichen Partei als die richtige erscheinen, die für die Fortsetzung jener Politik eintrat, die durch die mit Spanien abgeschlossenen Verträge inauguriert worden war und deren Ziel eine innige Verbindung mit den katholischen bourbonischen Höfen und energischer Widerstand gegen die egoistischen Pläne der Seemächte war. Je klarer sich aber die Selbstsucht des spanischen Hofes enthüllte, je lebhafter der Widerstand massgebender Fürsten des deutschen Reiches gegen die geplante Verbindung der österreichischen Erbin mit dem spanischen Königssohne und je berechtigter die Zweifel in die Aufrichtigkeit und Selbstlosigkeit des französischen Hofes wurden, desto geneigter zeigte sich Karl VI., den Versuch einer Annäherung an die Seemächte zu wagen.

Die Absendung des Grafen Philipp Kinsky an den Londoner Hof, die Mitte Juni 1728 erfolgte, konnte als ein erster Schritt in diesem Sinne gedeutet werden.[1] *Freilich sprach die Wahl des erst 24jährigen, unerfahrenen, unbedeutenden Mannes, der nicht einmal der englischen Sprache mächtig war, nicht sehr dafür, dass Karl VI. diesen Verhandlungen ausschlaggebende Bedeutung beimass. Ganz ausdrücklich wurde überdies in der für Kinsky bestimmten Instruktion betont, dass die Entwickelung der österreichisch-englischen Beziehungen von dem Gange der Beratungen abhängen werde, die eben damals — Mitte Juni 1728 — in Soissons begannen.*[2] *Es kann nicht unsere Aufgabe sein, diese ausführlich zu schildern.*[3] *Es genüge die Bemerkung, dass im Verlaufe derselben jede einzelne Macht ihre besonderen Interessen in den Vordergrund rückte und dass der Kaiser auf eine nachdrückliche Förderung seiner Interessen bei keiner der daselbst vertretenen Regierungen, auch nicht bei der Frankreichs, rechnen durfte. Fleury*

[1]) *England hatte die Absendung eines österreichischen Ministers direkt gefordert. Vgl. Townshends Weisung an Waldegrave d. d. 26. Okt. 1727 R. O.*

[2]) *Instruktion für Kinsky d. d. 12. Juni 1728 St.-A.*

[3]) *Vgl. Höfler C. Der Kongress von Soissons, Fontes rerum Austr. Bde. 32, 38; Baudrillart l. c. III. 419 ff.*

weigerte sich auf das entschiedenste, an dem von ihm vorgelegten Vertragsentwurfe die von Österreichs Vertretern geforderte Änderung des Artikels vorzunehmen, der den Besitz der Vertragschliessenden garantierte und protestierte auf das lebhafteste gegen die Aufnahme des von Karl VI. verlangten Zusatzes, nach dem die Garantie auch „jenen Erben zu Gute kommen sollte, die durch die Erbfolgeordnung hiezu berufen seien.“ Die Seemächte widerum waren unaufhörlich bestrebt, den Wiederbeginn des ostendischen Handels zu verhindern, während die Spanier, ungewiss über den Ausgang der mit dem Wiener Hofe geführten Verhandlungen, sich von den Westmächten die möglichste Sicherung des in Aussicht stehenden Heimfalles Toscana's, Parma's und Piacenza's zu verschaffen suchten.

Als Graf Sinzendorf Ende des Jahres 1728 die Resultate der Kongressberatungen seinem Herrn übermittelte, zeigte sich dieser über die Massen ungehalten. Er grollte dem Pariser Hofe, der unter dem Deckmantel einer unparteiischen Vermittelung selbstsüchtige Interessen verfolgte, zürnte den Seemächten, die mit unerbittlicher Strenge die Unterdrückung des ostendischen Handels forderten, aber er fand ebenso heftige Worte für den Undank der spanischen Regierung, die uneingedenk der mit dem Kaiser abgeschlossenen Verträge sich dem Meistbietenden zur Verfügung stellte. Allein was halfen die Klagen. Immer klarer musste Karl VI. erkennen, dass er ohne schwere Opfer sich aus der schwierigen Lage, in die er geraten, nicht werde befreien können. Aber wem sollte er sie bringen? Es gab an seinem Hofe noch in diesem Augenblicke Stimmen, die sich für den Anschluss an die bourbonischen Mächte aussprachen, die insbesondere für die Aufrechthaltung guter Beziehungen zu dem französischen Hofe eintraten. Die Mehrzahl der massgebenden Räte jedoch vertrat die Ansicht, dass man im Interesse der Durchführung der pragmatischen Sanktion alles aufbieten müsse, die Zustimmung der Seemächte zu gewinnen. Und je fester der Entschluss des Kaisers wurde, in die von Spanien geforderte Heirat der Erzherzogin Maria Theresia mit Don Carlos nicht zu willigen, desto mehr neigte er der Ansicht der letzteren Partei zu. Doch war er noch weit davon entfernt, alle Forderungen der Seemächte gutzuheissen. Nur ungern gab er seine prinzipielle Einwilligung zur Unterdrückung des ostendischen Seehandels und knüpfte diese an Bedingungen, deren Annahme seitens der Engländer und Niederländer nicht zu erwarten war. Immerhin aber war mit den Beschlüssen des Wiener Hofes, die zu Beginn des Jahres 1729 gefasst wurden, die Möglichkeit gegeben, mit den Seemächten in Unterhandlungen zu treten. Dieselben zeigten sofort

die Schwierigkeiten, von deren Behebung die glückliche Lösung abhieng. Als Graf Kinsky im Februar 1729 an die leitenden englischen Staatsmänner mit der Frage herantrat, ob England die Heirat Maria Theresia's mit Franz von Lothringen billigen würde, wurde diese Frage entschieden bejaht; dagegen weigerten sich die englischen Minister die vom Kaiser geforderten Zusicherungen zu geben, vor deren Festsetzung dieser den Bruch mit Spanien nicht wagen zu können erklärte, und stellten überdies die Forderung, dass bei dem geplanten Ausgleiche der zwischen beiden Höfen bestehenden Differenzen auch die Ansprüche Georgs II. in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Hannover ihre Berücksichtigung finden sollten.[1]) *Wie gross noch das Misstrauen in die Aufrichtigkeit der englischen Erklärungen am Wiener Hofe war, beweist die Tatsache, dass die geheime Konferenz bei ihrer Beratung über die Kinsky zu erteilende Instruktion den Entschluss fasste, diese so einzurichten, dass ein eventueller Missbrauch derselben durch die Engländer, dem Kaiser weder bei Spanien, noch bei Frankreich, noch bei Preussen oder Russland schaden könne. Im übrigen betonte man die Geneigtheit, mit England einen Vertrag zu schliessen, erklärte aber zu gleicher Zeit, sich von Spanien nicht trennen zu wollen und ebensowenig die Trennung Englands von seinen bisherigen Verbündeten zu fordern.*[2]) *Kinsky sollte ferner hervorheben, dass Karl VI. die Hände bei der Wahl des Mannes für seine Tochter frei zu haben wünsche, dass er die Forderungen der Spanier bezüglich der italienischen Herzogtümer soweit berücksichtigen wolle, als dies in der Quadrupelallianz vorgesehen sei und des Kurfürsten von Hannover Wünsche, soweit dies im Rahmen der Reichskonstitution möglich sei, erfüllen wolle. Wie man sieht, Äusserungen, die erkennen lassen, wie zögernd die Wiener Regierung sich zur Fortsetzung der Verhandlungen mit England entschloss. Allein die Ereignisse, die nun folgten, drängten Karl VI. und seine Räte immer mehr in diese Richtung. Ende April langten Nachrichten aus Madrid ein, die keinen Zweifel mehr daran aufkommen liessen, dass ohne Zugeständnis in der Heiratsfrage der Bruch alsbald erfolgen werde, und kurz darauf berichtete der kaiserliche Gesandte in Paris, dass der französische Hof daran sei, mit Spanien abzuschliessen. Unter diesen Umständen hielt es die geheime Konferenz für unerlässlich, die Verhandlungen mit den*

---

[1]) *Dies und das folgende nach den Berichten Kinsky's und den Weisungen Karls VI. St.-A. Vgl. auch Beer l. c. 47 ff.*

[2]) *Die wichtigsten Weisungen an Kinsky aus dieser Zeit vom 20. März, 11. Mai und 26. Juni 1729 St.-A.*

Seemächten, vor allem mit England, so rasch als möglich zu Ende zu führen und Karl VI. gab durch die Verhältnisse bestimmt seine Einwilligung. Im Juni 1729 ergieng an Kinsky die Weisung, am englischen Hofe anzufragen, unter welchen Bedingungen England die Garantie für die vom Kaiser festgesetzte Erbfolgeordnung übernehmen wolle.[1])

Je entgegenkommender aber die österreichische Regierung wurde, desto zurückhaltender zeigte sich der Londoner Hof. Kinsky erhielt sich widersprechende Antworten, denen nur eines mit Sicherheit zu entnehmen war, dass England mit Spanien nicht brechen und seine Garantie der österreichischen Successionsordnung teuer verkaufen wolle. Da aber die zu Paris geführten Verhandlungen erkennen liessen, dass der Kongress zu einem erspriesslichen Resultate nicht führen werde und da Karl VI. auf die Forderung der Spanier, Parma und Toscana mit spanischen Truppen zu besetzen, unter keinerlei Bedingung eingehen wollte,[2]) *gewann die englische Partei am Wiener Hofe immer mehr an Boden. In eingehenden Unterredungen suchte insbesondere Prinz Eugen dem englischen Vertreter in Wien, Waldegrave, nachzuweisen, dass eine Aussöhnung zwischen England und Österreich ohne ein entschiedenes Eintreten der ersteren Macht für die von Karl VI. festgesetzte Thronfolge unmöglich sei, dass der Kaiser lieber gegen die ganze Welt Krieg führen, als einen Vertrag unterzeichnen werde, der ihm nicht die Garantie für eine gesicherte Thronfolge nach seinem Tode biete.*[3]) *Allein noch immer weigerte sich die englische Regierung auf die Forderung des Kaisers einzugehen. Ende Oktober schrieb Townshend an Waldegrave. „Was die Frage der Garantie betrifft, ist der König von England der Meinung, dass obgleich die Seemächte dazu beitragen wollen, dass keine Trennung der österreichischen Besitzungen stattfinde, dies nicht der geeignete Zeitpunkt sei, England und Frankreich einen Garantievertrag vorzuschlagen. Das Argument, das immer vorgebracht wird, dass Frankreich und England dieselbe Rücksicht auf die Erhaltung der österreichischen Länder zeigen sollten, die Österreich ihnen gegenüber bei der Nachfolge bewiesen, hat kein Gewicht beim französischen Hof."*[4]) *Townshend suchte den Nachweis zu erbringen,*

---

[1]) *Weisung d. d. 26. Juni 1729 St.-A. Vgl. auch Beer l. c. 55 f.*

[2]) *Für die österreichisch-spanischen Beziehungen in dieser Zeit Baudrillart l. c. III. 505 ff.; Syveton l. c. 264 ff.*

[3]) *Berichte Waldegrave's d. d. 22. Okt. 1729 R. O.; vgl. auch Arneth l. c. III. 282 f.; Coxe R. Walpole II. 656 ff.*

[4]) *Townshend an Waldegrave 31. Okt. 1729 R. O.*

dass die kaiserliche Garantie der Thronfolgeordnung in Frankreich dieser Nation aufgezwungen wurde im Interesse des europäischen Gleichgewichtes und schloss mit der Bemerkung, England könne Frankreich zur Anerkennung der von Karl VI. festgesetzten Erbfolge nicht zwingen, auch nicht dieser Ursache halber mit Frankreich brechen. Er rate der Wiener Regierung, die guten Beziehungen zu Frankreich und England wieder herzustellen; in diesem Falle werde Karl VI. durch die Bestimmungen der Quadrupelallianz allein eine genügende Garantie seines Besitzes erreichen. Und bevor noch dieses Schreiben in die Hände Waldegrave's gelangt war, unterzeichneten die Vertreter Englands und Frankreichs zu Sevilla den Vertrag, durch den Philipp V. gegen das Zugeständnis des sofortigen Einmarsches von 6000 Spaniern in bestimmte Plätze Toscana's und Parma's von der mit Karl VI. geschlossenen Verbindung zurücktrat und alle Verfügungen zurücknahm, durch die er des Kaisers und dessen Untertanen Handelsinteressen zu fördern gelobt hatte.[1])

Anfang Dezember 1729 war die sichere Kunde von dem zu Sevilla abgeschlossenen Vertrage in Wien eingelangt. Die Empörung der leitenden Kreise über das Vorgehen der beiden bourbonischen und des englischen Hofes war gross. Aber die Not der Zeit forderte Ruhe und Überlegung. Prinz Eugen betonte in der Konferenz vom 20. Dez., dass hier ein Fall vorliege, wie er wohl selten in den „Historien" zu finden sei; er riet auf das entschiedenste, sofort mit aller Kraft zu rüsten; nur mit den Waffen in der Hand könne man auf eine erfolgreiche diplomatische Aktion rechnen. Er verkannte die schwierige Lage nicht, in der sich der Kaiser befand; er betonte, dass Österreich ausser Preussen und Russland lauter Gegner habe, vertrat aber die Ansicht, dass es der Ehre des Kaisers widersprechen würde, sich von fremden Mächten Gesetze vorschreiben zu lassen. Und ähnlich, wenn auch minder energisch, äusserten sich die übrigen Mitglieder der Konferenz.[2]) *Mitte Januar 1730 wurde in neuerlicher Beratung der Beschluss gefasst, eher die Entscheidung durch die Waffen anzurufen, als die Einführung spanischer Besatzungen in Toscana und Parma zu dulden.*[3]) *Der Kaiser schloss sich dem Gutachten seiner Räte rückhaltslos an. Dass gerade damals durch ein Edikt der englischen Regierung*

---

[1]) *Der Vertrag ist abgedruckt u. a. bei Dumont l. c. VIII/2 158 f. Vgl. Baudrillart III. 527 ff.*

[2]) *Vgl. Beer l. c. 59 ff.*

[3]) *Vgl. Beer l. c. 62.*

den Untertanen verboten wurde ohne ausdrückliche Bewilligung des Königs fremden Staaten Geld zu leihen, wodurch die Durchführung eines grossen Anlehens vereitelt wurde, das der Kaiser unter günstigen Bedingungen in England abzuschliessen im Begriffe war, konnte nur dazu beitragen, die Abneigung Karls VI. gegen die Engländer zu stärken. Es wehte kriegerische Luft am Wiener Hofe; man trieb die Vorbereitungen zum Beginne des Kampfes mit allem Eifer, verhandelte mit Preussen und Russland, legte die Frage der Einführung spanischer Besatzungen in Toscana und Parma dem Reichstage vor, versuchte auch mit der Opposition in England anzuknüpfen. Bis zum Beginne des Sommers 1730 sah es aus, als sei der Waffengang unvermeidlich. So scharf als nur irgend möglich betonte Karl VI., dass er in die Aufnahme der spanischen Garnisonen nicht willigen werde, und da die Verbündeten von Sevilla auf der Erfüllung dieser Bedingung bestehen zu müssen erklärten, schien eine friedliche Lösung des Streites ausgeschlossen. Lord Waldegrave, der von der kriegerischen Stimmung des Wiener Hofes nach London berichtete und die Antwort erhalten hatte, man bedauere in England das Vorgehen des Kaisers, müsse sich aber an die Vertragsbestimmungen halten und es der Welt überlassen zu urteilen, ob eine so unbedeutende Abweichung von den Verfügungen der Quadrupelallianz Grund genug sei einen Krieg zu beginnen,[1] *erklärte unter diesen Umständen an einer erfolgreichen Verhandlung zu verzweifeln und verliess im Mai 1730 Wien.*[2]

Allein gerade in dem Augenblick, da es den Anschein hatte, als werde es zur Entscheidung mit den Waffen kommen müssen, trat eine Wendung zum besseren ein. Die Umfrage bei den deutschen und auswärtigen Mächten hatte ein für den Kaiser keineswegs befriedigendes Resultat ergeben. Die meisten Reichsfürsten zeigten nicht die geringste Neigung, sich der österreichischen Interessen halber in einen weitaussehenden Krieg zu stürzen, einige nahmen sogar eine dem Reichsoberhaupte feindselige Stellung an. Unter den Grossmächten aber war es Preussen allein auf dessen Unterstützung Karl VI. hätte zählen können; selbst Russland, auf dessen Mitwirkung man in erster Linie gerechnet

[1] *Townshend an Waldegrave 24. Febr. 1730. R. O.*

[2] *Wenn Waldegrave in seinem Berichte vom 25. Mai 1730 R. O. darauf hinweist, dass am Wiener Hofe blos selbstsüchtige Motive herrschen, dass Privatinteressen den Hof bestimmen, und dass es den leitenden Ministern gleichgiltig sei mit wem sie verhandeln, wenn sie nur ihren Nutzen dabei finden, so ist gegen die Richtigkeit namentlich der letzteren Bemerkung nichts einzuwenden. Nur hätte sich dasselbe mit noch grösserer Berechtigung von der englischen Regierung sagen lassen.*

hatte, riet zur gütlichen Beilegung der schwebenden Differenzen. Mussten nun schon diese Tatsachen den Kriegseifer am Wiener Hofe wesentlich herabsetzen, so kam noch hinzu, dass die Rüstungen im eigenen Lande hinter den Erwartungen zurückblieben. Es zeigte sich, dass des Kaisers Streitkräfte höchstens zur Sicherung Italiens, keineswegs aber zum Schutze der deutschen Erblande und Belgiens ausreichten, während nach allen Äusserungen, die gefallen waren, hier der Hauptangriff der Feinde erfolgen sollte. Trotzdem ist es zweifelhaft, ob Karl VI. den Versuch der Entscheidung mit den Waffen nicht gewagt hätte, wenn ihm nicht eben zu der Zeit, da Prinz Eugen die Schwierigkeit der Situation von neuem erörterte und für ein möglichst weitgehendes nur der Ehre nicht widersprechendes Entgegenkommen eintrat, von Seite der Seemächte die Hand zur Versöhnung gereicht worden wäre. Das gute Einvernehmen der Verbündeten von Sevilla — die erste Voraussetzung für einen erfolgreichen Krieg gegen den Habsburger — dauerte nicht lange. Es zeigte sich alsbald, dass England mit dem errungenen Erfolge zufrieden, nur die Aufrechthaltung des status quo bezweckte, während die bourbonischen Höfe die günstige Gelegenheit benützen wollten, um entscheidende Schläge gegen die habsburgische Macht zu führen. Je weniger dies aber den Plänen des englischen Königs entsprach, desto stärker wurde sein Verlangen, den Kaiser von dem Beginne der Feindseligkeiten abzuhalten, die weiter führen konnten, als den Interessen Englands förderlich war. Der Rücktritt Townshends, dessen Abneigung gegen den Kaiser zur Verschärfung der zwischen diesem und den Engländern bestehenden Konflikte mitgewirkt hatte, konnte nur dazu beitragen, die einem Ausgleiche mit dem Wiener Hofe günstige Stimmung zu stärken. Und das Mittel dieses Ziel zu erreichen, erblickten die leitenden englischen Staatsmänner in der Garantie der pragmatischen Sanktion.

In der ausgesprochenen Absicht durch ein Entgegenkommen in dieser Frage des Kaisers Billigung der zu Sevilla getroffenen Vereinbarungen zu erhalten, wurde Thomas Robinson, ein überaus kluger, in diplomatischen Verhandlungen erfahrener, durch langjährige Betätigung am Pariser Hofe mit den entscheidenden Fragen wohl vertrauter Mann, an den Kaiserhof geschickt. Schon die ersten Unterredungen, die er seit der zweiten Hälfte des Monates Juni 1730 mit den massgebenden Ministern pflog, liessen ihn erkennen, dass Prinz Eugen der entschiedenste Vertreter eines auf die Ehre und die Interessen des Kaisers Rücksicht nehmenden Ausgleiches mit den Seemächten war, gaben ihm aber auch den Mut zur Behauptung, dass eine Einigung, wenn

auch nicht bald und nicht ohne ein weitergehendes Entgegenkommen Englands, zu erzielen sein werde.[1]) *Denn dass der beschränkte Garantievorschlag, den zu übermitteln er beauftragt war, den Wiener Hof nicht befriedigen, noch weniger zur bedingungslosen Anerkennung der zu Sevilla beschlossenen Einführung spanischer Garnisonen in Toscana und Parma hinreichen werde, daran konnte Robinson nach den ersten Auseinandersetzungen, die er mit dem Reichsvizekanzler Schönborn und dem Grafen Sinzendorf hatte, nicht zweifeln.*[2]) *Von dem letzteren gieng der Vorschlag aus, an Stelle der spanischen, englische Truppen nach Toscana und Parma zu senden, während Prinz Eugen und Starhemberg die Garantie Englands für den Gesamtbesitz Karls VI. als die unerlässliche Vorbedingung für eine gütliche Beilegung der bestehenden Differenzen bezeichneten.*

Diesen Forderungen zuzustimmen, fehlten Robinson Auftrag und Neigung. Er sprach daher seine Zweifel darüber aus, ob der Plan einer englischen Besatzung für die toscanischen und parmesaner Plätze sich werde realisieren lassen und hob die Schwierigkeiten hervor, die der Garantie der Erbfolgeordnung für alle Länder Karls VI. im Wege standen.[3]) *Aber er fügte diesen wenig erfreulichen Worten die ermunternde Bemerkung bei, Englands Interesse erheische, das Erzhaus nicht fallen zu lassen; wenn man sich einmal über die schwebenden Streitfragen geeinigt, werde man sich englischerseits auch mit der allgemeinen Garantie befreunden. Seiner Regierung aber schrieb er unter dem Eindrucke dieser Beratung, er hoffe unter anständigen Bedingungen eine Einigung mit dem Kaiser zu erzielen.*[4]) *Während nun am englischen Hofe Beratungen darüber gepflogen wurden, ob und wie weit man den Wünschen des Kaisers entgegenkommen sollte,*[5]) *hatte*

[1]) *Berichte Robinsons d. d. 21. Juni und 26. August 1730 n. st. R. O.*

[2]) *Vgl. neben dem Berichte vom 21. Juni auch den vom 5. Juli und 26. August 1730 st. n. R. O.*

[3]) *Konferenzprotokoll vom 21. Aug. 1730. St.-A.*

[4]) *Über die mit Robinson in jenen Tagen gepflogenen Beratungen sind neben dessen Berichten auch die Konferenzprotokolle, namentlich das vom 21. Aug. (St.-A.) zu vergleichen. Der Inhalt beider stimmt nicht immer überein.*

[5]) *Vgl. über dieselben die Berichte Kinsky's vom Juli und Aug. 1730. St.-A. Kinsky berichtete u. a. schon am 1. Juli, „dass man in England nicht ungeneigt wäre, gegen Einlassung spanischer Guarnisonen und Ausmachung der mecklenburgischen Sache E. K. M. allerhöchste Successionsordnung in omnibus et per omnia zu guarantiren." Die Konferenzräte machten auf die Differenzen zwischen den Berichten Kinsky's und den Äusserungen Robinsons wiederholt aufmerksam.*

die Wiener Regierung ein Vertragsprojekt ausgearbeitet und Robinson übermittelt, das im Hinblicke auf das noch herrschende Misstrauen vorsichtig abgefasst,[1]) *die Grundlage für die künftigen Verhandlungen bilden sollte. Der Kaiser sprach in demselben seine Geneigtheit aus, die ehemals bestandenen freundschaftlichen Beziehungen zum englischen Hofe wieder herzustellen und an der Herbeiführung geordneter, friedlicher Zustände in Europa mitzuwirken. Er forderte die Garantie der Erbfolgeordnung für den Gesamtbesitz des Hauses Habsburg, erklärte sich aber dafür bereit, wenn es sein müsse, den ostendischen Handel definitiv zu unterdrücken, vorausgesetzt, dass als Äquivalent dafür seitens der Seemächte in eine Änderung der bestehenden Tarife gewilligt werden sollte.*[2]) *Die Einführung spanischer Garnisonen in Toscana und Parma gestand der Entwurf nicht zu, doch betonte der Kaiser seine Absicht, diese Angelegenheit zu ordnen, ohne den Verbündeten Englands wehzutun und wies auf den Vorschlag des Grossherzogs von Toscana hin, Don Carlos als Nachfolger anzuerkennen, der seinen Wohnsitz sogleich in Florenz aufschlagen sollte.*[3])

Die Antwort der englischen Regierung auf diese Erklärungen liess nicht lange auf sich warten; denn je genauer die leitenden Minister sich über die Pläne des England verbündeten französischen Hofes zu unterrichten in die Lage kamen, desto wünschenswerter schien ihnen der Ausgleich mit dem Kaiser. Voraussetzung für denselben blieb

[1]) *In dem Konferenzprotokoll vom 21. Aug. heisst es, man möge die Verhandlungen mit den Seemächten so leiten, „dass darvon weder bei dero Bundsgenossen, noch anderswo ein übler Gebrauch gemacht werden könnte." St.-A.*

[2]) *In einer weitläufigen Marginalnote zum Konferenzprotokoll vom 21. Aug. 1730 St.-A. äussert sich Karl VI. dahin: „Der Punct wegen Guarantie meiner Erbfolgeordnung ist also angeführt zu berühren, dass derselbe nach gehobenen incidente der spanischen Guarnisonen umb so mehrers sichergestellt werden müsste, als der Ruhstand Europae, das eigen Interesse beeder Seemächten und ex reciproco entspringende Billichkeit es erheischte. Ich hette meine Minister lengst hierüber instruirt, dass die bey dem aequilibro Europae meist interessirte Mächten sich allerdings damit zu befridigen Ursach haben würden und were ich nicht entgegen auch in diesen wichtigen Punct wie ein als anderm mich also billich finden zu lassen, dass mit Fug ein mehrers mir nicht werd zugemuth werden können. Auf solche Weis vergibt man nichts in voraus, halt die Handlung offen und probirt die Engeländer, ob sie es aufrichtig meinen oder nicht; wo inzwischen, wan sie auf die Guarantie nur wegen Wallischland bestünden, die Conferenz weyters reyflich überlegen und mir werd einrathen können, ob mit einer limitirten Guarantie sich zu vergnügen thunlich und rathsamb were, welches wohl zu bedenken.*

[3]) *Das in französischer Sprache abgefasste Projekt umfasste 8 Artikel. Es liegt bei dem Berichte Robinsons d. d. 19/30. Aug. 1730. R. O.*

freilich die Durchführung des Spanien im Vertrage von Sevilla gegebenen Versprechens bezüglich der spanischen Garnisonen in Toscana und Parma; in diesem Punkte blieben die Engländer umso fester, als erneuerte Verhandlungen mit den Spaniern keinen Zweifel daran liessen, dass diese nur unter dieser Bedingung ihre England gewährten Konzessionen aufrechthalten würden. William Stanhope, der zum Lord Harrington erhoben, als Staatssekretär die Verhandlungen mit Kinsky führte, zögerte denn auch nicht, in unzweideutiger Weise zu erklären, dass er in dieser Frage keinen Schritt entgegenkommen könne, und weder auf den Plan der Einführung englischer oder holländischer, noch auf den vom Kaiser in dessen Projekte vorgeschlagenen Ausweg, der sofortigen Anerkennung der Nachfolge des Don Carlos seitens des jetzt regierenden Grossherzogs von Toscana, eingehen könne.[1]) *Und genau in diesem Sinne lautete auch die Weisung, die Robinson erhielt.*[2]) *Harrington betonte, dass die Garantie der Thronfolgeordnung Karls VI. nicht nur wegen der Franzosen und Spanier, sondern auch wegen der Reichsfürsten, zumal Sachsens und Baierns, eine gefährliche Sache wäre, dass Georg II. aber bereit sei in dieselbe zu willigen, falls der Kaiser betreffs der Vermählung seiner Töchter den Verbündeten von Sevilla und ganz Europa beruhigende Erklärungen abgeben und sich verpflichten wolle, die Wünsche des englischen Herrschers bezüglich des ostendischen Handels und der spanischen Besatzungen in Toscana und Parma, sowie jene des Kurfürsten von Hannover bezüglich der ostfriesischen, mecklenburgischen und anderer Streitfragen zu erfüllen.*[3]) *Ganz ausdrücklich wurde das Erkalten der französisch-englischen Freundschaft als Grund dieses Entgegenkommens der englischen Regierung bezeichnet, zu gleicher Zeit aber Robinson auf das strengste eingeschärft, mit keinem Worte dieses Beweggrundes Erwähnung zu tun. Robinson zögerte nicht von der ihm zugekommenen Weisung Gebrauch zu machen. Seine Eröffnungen, die im Laufe des Monates Oktober erfolgten, fanden bei den Konferenzräten keine unfreundliche Aufnahme, wenngleich diese die Notwendigkeit betonten, in neuerlichen Verhandlungen weitere Zugeständnisse von der englischen Regierung zu erzwingen. In der Hauptsache, der Zulassung spanischer Garnisonen*

---

[1]) *Antwort Harringtons an Kinsky Sept. 1730. R. O.*

[2]) *Harrington an Robinson 14. Sept. 1730. R. O.*

[3]) *Vgl. für die Forderungen Georgs II. in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Hannover, die er durch einen eigenen Gesandten — Dieden — vertreten liess, die weiteren Ausführungen im Texte sowie Coxe R. Walpole III. passim.*

in Toscana und in Parma, zeigten sie sich geneigt, die Forderung der Engländer zu erfüllen.[1])

Im Gegensatze dazu wollte Karl VI. noch immer nichts von Nachgiebigkeit in diesem Punkte wissen. Dass die Holländer den Ausweg vorschlugen, die Besetzung zur Hälfte durch neutrale Truppen vollziehen zu lassen, bestärkte Karl VI. in seiner Meinung, dass seine Räte sich zu leicht der Forderung des englischen Gesandten gefügt hätten. In einer besonderen Weisung vom letzten Oktober 1730 befahl er ihnen, in neuerlicher Verhandlung mit Robinson dem Vorschlage der Holländer das Wort zu reden.[2]) *Dies geschah; besonders energisch von Sinzendorf, der in wiederholten erregten Debatten Robinson von der Notwendigkeit zu überzeugen suchte, die ausgesprochene Abneigung des Kaisers zu berücksichtigen, und die schon früher von England abgewiesenen Vorschläge der sofortigen Anerkennung des Don Carlos als Nachfolger des jetzt regierenden Grossherzogs durch diesen selbst oder der Belegung der Plätze in Toscana und Parma durch zum Teil wenigstens neutrale Truppen von neuem vorbrachte. Robinson beharrte aber auf seiner früheren Meinung und suchte dem kaiserlichen Minister den Beweis dafür zu erbringen, dass Georg II. im Hinblicke auf das materielle Interesse, das alle englischen Kaufleute an der Aufrechthaltung der Handelsbeziehungen zu Spanien hätten, in diesem Punkte auch nicht einen Schritt entgegenkommen könne.*[3]) *Da aber Karl VI. von einer rückhaltslosen Billigung der englischen Forderung in dieser Frage trotz neuerlicher Bemühungen des Prinzen Eugen nichts wissen wollte, sahen sich die kaiserlichen Minister genötigt, in dem Projekte, das Mitte November*[4]) *Robinson übergeben wurde, neue Vermittlungsvorschläge zu machen, obgleich sie von der Undurchführbarkeit derselben überzeugt waren. Es entsprach ihrem Wunsche, den Abbruch der Verhandlungen zu verhindern, dass Prinz Eugen nach Überreichung des neuen Projektes dem englischen Gesandten die Versicherung gab, der Kaiser wolle unter allen Umständen mit England Freundschaft und Bündnis schliessen, und er und*

[1]) *Vgl. Beer l. c. 68.*

[2]) *Ebenda p. 69.*

[3]) *Robinson an Harrington d. d. 18. Nov. 1730. R. O. Die entscheidenden Worte lauten: „in which (Verbindung mit Spanien) every trading subject in England was more or less interested, whose just complaints might raise such an uneasiness in the nation, as would make the emperor little the better for the friendship of a discontented people.*

[4]) *17. Nov. 1730.*

seine Kollegen würden alles aufbieten, dieses Ziel zu erreichen. Robinson empfieng aus dieser Unterredung den Eindruck, dass Eugen und dessen Anhänger zur Gutheissung der englischen Forderung bereit seien und nur aus Furcht zögerten, dies schriftlich zuzugestehen.[1])

In auffallender Eile erfolgte die Antwort der englischen Regierung auf das neue Projekt des Kaisers. Bereits am 4. Dez. 1730 war die Weisung an Robinson und das englische Gegenprojekt fertiggestellt. Der Vertreter Englands am Wiener Hofe erhielt die Vollmacht, in die entscheidenden Verhandlungen einzutreten und auf den raschen Abschluss derselben zu dringen. Als unerlässliche Voraussetzung für die von den Seemächten zu leistende Garantie der Erbfolgeordnung des Gesamtbesitzes des Habsburger wurde auch jetzt neben beruhigenden Erklärungen über die Heirat der kaiserlichen Töchter, die Unterdrückung des ostendischen Handels und die Einführung der 6000 Mann Spanier in Toscana und Parma gefordert, und ganz ausdrücklich die Unmöglichkeit betont, in dem letzteren Punkte irgend welche Konzessionen zu machen. Im übrigen wurde auch diesmal die günstige Erledigung der Forderungen Georgs II. in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Hannover,[2]) *die von einem besonderen Abgesandten desselben — Dieden — in Wien seit längerem vertreten wurden, als Voraussetzung für die definitive Unterzeichnung des Hauptvertrages bezeichnet. Allein gerade diese Forderungen zu erfüllen zeigte sich Karl VI. immer weniger geneigt. Wiederholt hatten schon in seinem Auftrage die kaiserlichen Minister, zumal der Reichsvizekanzler, auf die Ungebührlichkeit derselben hingewiesen und betont, dass Karl VI. keine Verpflichtungen einzugehen gedenke, die mit seiner Stellung als Reichsoberhaupt nicht vereinbar wären oder ihn in Konflikte mit seinen Bundesgenossen bringen könnten. In diesem Sinne war denn auch die Deklaration gehalten, die Dieden Ende November übergeben wurde. Einzelne Forderungen Georgs II. fanden volle, andere nur teilweise Billigung der kaiserlichen Regierung, doch suchte diese jedes Wort zu vermeiden, das ihre Verbündeten, Preussen und Russland, verletzen konnte. Die Erregung der kaiserlichen Minister war daher eine sehr grosse, als Dieden am letzten Tage des Jahres 1730 zugleich mit der Antwort der kurfürstlichen Regierung die Erklärung abgab, dass Georg II. die Einwilligung zur Unterzeichnung des Hauptvertrages von der endgiltigen Feststellung der Deklaration über die hannoverischen Forderungen abhängig mache. Und diese*

[1]) *Robinson an Harrington 28. Nov. 1730. R. O.*

[2]) *Harrington an Robinson 4. Dez. 1730. R. O.*

Erregung wuchs, als man aus der Lektüre dieses Schriftstückes ersah, dass Georg II. seine Forderungen nicht herabgemindert hatte, dieselben aber in ungleich schärferer Form vorbrachte als zuvor. Mit seltener Einmütigkeit erklärten die kaiserlichen Minister, dass man in entschiedenster Weise das Vorgehen Georgs II. verurteilen, die gestellten Forderungen zurückweisen und selbst die Last eines Krieges eher auf sich nehmen müsse, als derartige Anmassungen dulden. In diesem Sinne wurde Dieden in den zahlreichen, überaus erregten Debatten, die in den ersten Tagen des Jahres 1731 stattfanden,[1] *vorgehalten, dass die Form der Deklaration eine unpassende sei, der Inhalt aber dem Kaiser Dinge zumute, die der letztverstorbene englische König zu begehren sich nimmer habe einfallen lassen und die der vom Kaiser beschworenen Wahlkapitulation, den Reichsgrundsätzen, auch dem Rechte Dritter zuwider liefen. Sinzendorf erklärte, sein Herr werde eine solche Deklaration nicht unterschreiben und wenn auch 100.000 Mann vor den Toren Wiens stünden, und nicht minder energisch wiesen die übrigen Mitglieder der Konferenz die Idee zurück, als könnte ihr Herr jemals seine Einwilligung zu dieser Erklärung geben.*

In der Tat blieben alle Bitten und Drohungen der Vertreter Georgs II. vergebens. In den entscheidenden Beratungen vom 11. und 12. Januar 1731 wurde der Beschluss gefasst, die Antwort des Kaisers auf die letzten Erklärungen Georgs II. Dieden mit der Bemerkung zukommen zu lassen, dass an weitere Konzessionen nicht zu denken sei. Auf das entschiedenste weigerte man sich auch jetzt, das von Georg II. für die weiblichen Mitglieder seiner Familie geforderte Erbrecht auf Bremen und Verden gutzuheissen, und ebenso bestimmt verlangte man, dass es in der Mecklenburger Frage bei dem auf Preussen extendirten Konservatorium bleiben und nichts geschehen sollte, was den Ausschluss Preussens bedeuten könnte. Überdies aber wurde von der Gutheissung dieser neuen kaiserlichen Erklärung seitens Diedens die Fortsetzung der mit Robinson geführten Verhandlungen abhängig gemacht.[2] *Und um ja keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, dass diesen kurfürstlichen Interessen die Schuld an dem eventuellen Scheitern der englisch-österreichischen Einigung beigemessen werden müsste, entschloss sich Karl VI. den Widerstand, den er solange der Forderung auf Einführung spanischer Besatzungen in Toscana und Parma entgegengesetzt hatte, fallen zu lassen. Während er noch am 4. Januar*

[1] *Akten im St.-A.*

[2] *Konferenzprotokoll vom 11. und 12. Jan. 1731 St.-A.*

1731 sich geweigert hatte, in diesem Punkte dem befürwortenden Gutachten seiner Räte zuzustimmen,[1]) *erklärte er in der Sitzung vom 12. Januar 1731 dem Wunsche Englands willfahren zu wollen. Freilich geschah dies nicht, ohne dass Karl VI. nochmals hervorhob, wie gefährlich dies sei, „nicht so viel wegen derer spanischen Besatzungen, als dass einem Prinzen vom Haus Bourbon so ansehnliche Länder in Italien andurch versichert würden". Und er fügte hinzu, es „würde vielleicht gut gewesen sein, wann die Königin von Spanien zu Folge ihrer bekannten Gachheit sich in denen feindlichen Unternehmungen übereilet und andurch Gelegenheit an Hand gegeben hätte, aus besagten Übel herauszukommen."*[2]) *Auch wollte Karl VI. dieses Zugeständnis von der Bedingung abhängig machen, dass im Augenblicke, da Don Carlos in den ruhigen Besitz Toscana's und Parma's gelangt sei, die spanischen Garnisonen herausgezogen werden müssten, und dass die Zulassung derselben von der Zustimmung Spaniens zu der getroffenen Vereinbarung abhängen sollte. Im übrigen wurde bei der Fassung dieses Artikels die grösste Mühe darauf verwendet, alles zu vermeiden, was den Widerspruch der jetzt gemachten Zugeständnisse mit den früher betonten Rücksichten auf das Reich beweisen konnte.*

Unterdes war es auch bezüglich der übrigen Artikel des Hauptvertrages zu lebhaften Verhandlungen zwischen Robinson und den kaiserlichen Ministern gekommen. Was den letzteren sofort unangenehm an dem neuen Entwurfe auffiel, war eine auf Wunsch des staatischen Pensionärs von Robinson vorgenommene Änderung des auf die Aufhebung des ostendischen Handels bezugnehmenden Artikels. Während nämlich früher der Kaiser nur verpflichtet worden war, seinen belgischen Untertanen Handel und Schiffahrt nach Ostindien zu untersagen, sollte jetzt dieses Verbot auch auf die übrigen Gebiete des Kaisers ausgedehnt werden, die früher der Krone Spaniens unterworfen waren. Gegen diese Beeinträchtigung der italienischen Besitzungen des Kaisers erhoben dessen Minister entschiedenen Protest, ebenso gegen die Weigerung der Seemächte die einmalige Absendung von zwei belgischen Schiffen nach Ostindien zu gestatten und einen festen Termin zu bestimmen, bis zu dem der vom Kaiser verlangte, von ihnen zugesagte Handesvertrag abgeschlossen sein müsse. Robinson suchte sie zu beruhigen, da er aber entscheidende Zugeständnisse nicht machte, sahen sich die kaiserlichen Minister genötigt, ihre Forderungen in ihrem neuen Ver-

---

[1]) *Vgl. Beer l. c. 69.*

[2]) *Konferenzprotokoll vom 12. Jan. 1731 St.-A.*

tragsentwurfe zu formulieren. Sie bestanden auf der Beschränkung des Verbotes des ostendischen Handels auf Belgien und auf der einmaligen Absendung von 2 Schiffen nach Indien; dagegen liessen sie die Forderung eines bestimmten Termines für den Abschluss des Handelsvertrages fallen. Eine weitere Schwierigkeit ergab sich bezüglich der Fassung des Artikels, der die von den Seemächten zu leistende Garantie der österreichischen Successionsordnung betraf. Man war zwar kaiserlicherseits bereit, den Besorgnissen dieser Mächte bezüglich der Vermählung der kaiserlichen Töchter Rechnung zu tragen und billigte prinzipiell den für diesen Zweck bestimmten „articulum secretissimum", allein man war mit der zu allgemein gefassten Einschränkung, die der englische Entwurf enthielt, nicht einverstanden, „welche mit der Zeit, um sich jeder auch noch so unnachteiliger Vorfallenheit der vorhin ausgedrückten Zusage zu entziehen, missbraucht werden dürfte." Es geschah gelegentlich der Beratungen über die diesem Artikel zu gebenden Form, dass Robinson des preussischen Kronprinzen als Heiratskandidaten Erwähnung tat. Die kaiserlichen Minister beeilten sich, die Versicherung zu geben, dass an der Sache nichts sei, auch nie daran gedacht worden, betonten aber die Unmöglichkeit, eine darauf bezügliche Bemerkung in den betreffenden Artikel aufzunehmen. Dagegen forderten sie auf das entschiedenste die Aufnahme eines Separatartikels, durch den sich Georg II. als Kur- und Fürst des Reiches verpflichten sollte, seine Stimmen in beiden Reichskollegien im Sinne der Garantie der österreichischen Successionsordnung durch das Reich abzugeben. Der Kaiser billigte nicht nur dieses Vorgehen seiner Räte, sondern bemerkte ganz ausdrücklich, man müsse auf der Aufnahme dieses Artikels umsomehr bestehen, weil man sonst auch keine Sicherheit habe, dass Georg II. als englischer König sein Versprechen erfüllen werde. In einem besonderen von den österreichischen Ministern entworfenen Artikel forderten diese überdies die Bestätigung der vom Kaiser mit des englischen Königs Vorfahren errichteten Traktate, insbesondere des Kurtraktates von 1692, sowie den Beitritt der Generalstaaten zur Quadrupelallianz, letzteres vornehmlich in der Absicht, die Generalstaaten zur Garantie der kaiserlichen Gebiete schon zu Lebzeiten Karls VI. zu zwingen. Auch wurden spezielle Verfügungen zu Gunsten der russischen Garantie und der holsteinischen Interessen dem neuen Vertragsentwurfe einverleibt.

Es braucht wohl nicht erst bemerkt zu werden, dass die bisher erwähnten Differenzen nicht die einzigen waren, die sich im Verlaufe einer eingehenden Prüfung des englischen Entwurfes ergaben. Es gab ihrer noch eine Menge; teils sachlicher, teils formeller Natur, boten sie

Anlass zu langdauernden Erörterungen und bewiesen, wie stark das Misstrauen der beiden Regierungen gegeneinander war, die sich hier zur alten „Freundschaft" zusammenfinden sollten. Das entscheidende aber war doch, dass Karl VI. in der Sitzung vom 12. Januar 1731 seinen festen Entschluss kundtat, unter den von ihm vorgeschlagenen Bedingungen den Vertrag zu unterzeichnen. Die kaiserlichen Entwürfe wurden noch an diesem Tage Robinson und Dieden überreicht. Der letztere erklärte, unter diesen Umständen nicht abschliessen zu können und Robinson zögerte nicht, ihn in seiner Opposition zu unterstützen. Beide drohten die Verhandlungen abzubrechen. Aber diesmal blieben ihre Erklärungen wirkungslos. Man gab ihnen zu verstehen, dass man im Falle des Abbruches der Verhandlungen der ganzen Welt die Gründe dafür darlegen werde. Die Energie der kaiserlichen Minister hatte Erfolg. Als sie am 15. Januar von Robinson eine bestimmte Erklärung forderten, ob er das Zustandekommen des Hauptvertrages wegen der deutschen Angelegenheiten verhindern wolle, erwiderte er: gewiss nicht; und am folgenden Tage entschloss er sich, als der von ihm vorgeschlagene Ausweg, die beiden Verträge durch Kinsky in London fertig stellen zu lassen, von den kaiserlichen Ministern zurückgewiesen wurde, einer Anregung dieser folgend, die schriftliche Erklärung abzugeben, dass er den Hauptvertrag soweit fertig stellen wolle, dass derselbe, sobald betreffs der deutschen Fragen eine Einigung erzielt sei, unterschrieben werden könnte.[1]) *Daraufhin wurde ihm das neue Vertragsprojekt der Österreicher übermittelt. Schon eine flüchtige Lectüre desselben bewies ihm, wie wesentliche Änderungen die kaiserlichen Minister an dem von ihm überreichten Schriftstücke vorgenommen hatten. Er erklärte rundweg, Bestimmungen, die Georg II. als deutschen Kurfürsten betrafen, nicht unterfertigen, die kaiserlichen Forderungen bezüglich Russlands und Holsteins seiner Regierung gar nicht übermitteln zu können; hob nochmals die Notwendigkeit hervor, die Seemächte auch bezüglich einer geplanten Heirat einer Kaisertochter mit dem preussischen Kronprinzen durch eine dem Vertrage einzuverleibende Erklärung zu beruhigen und betonte die Schwierigkeit, des Kaisers Forderungen bezüglich der spanischen Besatzungen in Italien und des belgischen Handels bei seinem Hofe durchzusetzen. Trotzdem bezeichneten des Kaisers Räte das Ergebnis der Beratungen als ein günstiges, vorausgesetzt, dass man den Äusserungen Robinsons trauen dürfe. Dieser hatte am 16. Januar eingehend seinem Hofe berichtet,*

[1]) *Vorträge an den Kaiser d. d. 15. und 16. Jan. 1731. St.-A.*

das neue Vertragsprojekt des Kaisers überschickt und um schleunige Instruktion gebeten.

Am 8. Februar erfolgte die Antwort. Die englische Regierung übermittelte ihrem Vertreter ein neues Vertragsprojekt, das mit Ausnahme einer des Kaisers Wünschen entgegenkommenden Formulirung des Garantieartikels dem früheren englischen Entwurfe inhaltlich vollkommen entsprach, als Ultimatum und bezeichnete jedes Entgegenkommen speziell in der Besatzungsfrage als unmöglich. Doch erhielt Robinson die Ermächtigung, in den anderen Punkten den kaiserlichen Wünschen soweit entgegenzukommen, als sich dies als unerlässlich erweisen sollte.[1]) *Harrington aber, der Staatssekretär, fügte diesen Weisungen an Robinson noch die Bemerkung bei: „Ich kann diesen Brief nicht schliessen, ohne Ihnen mitzuteilen, dass der König es für absolut notwendig hält, die Angelegenheit zum Abschlusse zu bringen, so oder so." Derselbe Bote aber, der dieses offizielle Aktenstück Robinson zu überreichen hatte, brachte ein zweites privates Schreiben Harringtons, in dem dieser den englischen Gesandten am Wiener Hofe nochmals beschwor, den Abschluss des Vertrages wenn irgend möglich zu erzwingen, und das mit folgender, höchst bedeutungsvoller Wendung schloss: „Es ist ernstlich zu wünschen, dass der Kaiser bewogen werden könnte, in allen Fragen, die Dieden zu verhandeln beauftragt ist, volle Satisfaktion zu gewähren; wenn aber alles, was zu erreichen möglich, durchgesetzt ist, werden Sie, wie ich überzeugt bin, Ihrer Instruktion entsprechend, den (englisch-österreichischen) Vertrag unterzeichnen und zu gleicher Zeit darauf bestehen, dass alles, was in der deutschen Frage nicht hat beglichen werden können, später in freundschaftlicher Abmachung geordnet wird".*[2]) *Ein weitgehendes Zugeständnis Georgs II. war in diesen Worten enthalten; er war bereit, auf die Erfüllung seiner kurfürstlichen Forderungen eher zu verzichten, als den für England so günstigen Vertrag scheitern zu lassen.*

Gegen den 20. Februar waren die neuen Weisungen in den Händen Robinsons. Am 22. Februar übergab er das neue englische Vertragsprojekt; die kaiserlichen Minister erkannten sogleich die Übereinstimmung desselben mit dem Ende Dezember vorgelegten englischen Entwurfe und begannen von neuem die Verhandlungen in der ausgesprochenen Absicht, den Abbruch derselben wenn irgend möglich zu

---

[1]) *Weisung Harringtons d. d. 28. Jan./8. Febr. 1731. Vgl. Coxe l. c. III. 83 ff.*

[2]) *Harrington an Robinson 28. Jan./8. Febr. 1731; Coxe l. c. III. 87.*

vermeiden, unter allen Umständen aber so zu führen, dass ihren Herrn im Falle der Erfolglosigkeit derselben kein Vorwurf treffen könne. Daher ihr Entgegenkommen in allen Punkten, die sie mit der Ehre Karls VI. vereinbar und seinem Interesse nicht allzu schädlich hielten. Sie verzichteten, wenn auch zögernd, auf die Aufnahme jener Artikel, kraft deren die mit Hannover geschlossenen Verträge, zumal der Kurvertrag vom Jahre 1692, im Hauptvertrage bestätigt und Georg II. verpflichtet werden sollte, als Kurfürst von Hannover auf dem Reichstage seine Stimmen im Sinne der Garantie der österreichischen Erbfolgeordnung seitens des Reiches abzugeben. Sie standen von der ausdrücklichen Erwähnung Russlands und Holsteins in dem Artikel ab, der die Beziehungen der Vertragschliessenden zu deren Verbündeten betraf und liessen auch die Klausel fallen, deren Aufnahme der König von Preussen in seinem Interesse gefordert hatte. Sie stimmten ferner dem Wunsche der Seemächte bei, dass die gegenseitige Garantie sich auch auf die „Rechte und Immunitäten" der Vertragschliessenden erstrecken sollte, obgleich sie wohl wussten, dass die Engländer es damit auf die Garantie der ihrem Handel gewonnenen Vorteile abgesehen hatten. Auch gegen die Aufnahme eines Separatartikels, durch den die Seemächte sich dagegen sicherten, an einem Kriege Österreichs gegen die Türken zu Gunsten der ersteren Macht teilnehmen zu müssen, erhoben sie keine Widerrede und gestanden den Engländern und Niederländern ohne weiters das Recht zu, in Sizilien bei allen Handelsfragen als „meistbegünstigte Nationen" behandelt zu werden. Etwas schwerer gelang es, in der spanischen Besatzungsfrage eine Einigung zu erzielen, da die Räte Karls VI. für eine unbedingte Billigung des englischen Entwurfes nicht zu gewinnen waren und überdies durch den im Januar 1731 erfolgten Tod des Herzogs Anton von Parma und Piacenza, sowie durch die nach Wien gemeldete Schwangerschaft der Witwe desselben eine neue Komplikation in der schon ohnehin verwickelten Frage eintrat. Aber auch hier fand sich schliesslich eine Form, die beiden Teilen genügte. Die Engländer verzichteten auf die Bezeichnung der Garantie der österreichischen Erbfolgeordnung als Recompens für die Zulassung der spanischen Garnisonen seitens des Kaisers — worauf dieser Ehrenhalber nicht eingehen wollte — und auf die ausdrückliche Benennung des Vertrages von Sevilla in dem 3. Artikel, der Kaiser auf die Erwähnung der Quadrupelallianz und auf die Aufnahme der Bedingung, dass die Zulassung der spanischen Garnisonen vom Beitritte Spaniens zur Pacifikation abhängig gemacht werden sollte. Zu gleicher Zeit aber wurden zur Vermeidung weiterer Missverständnisse

3 Deklarationen ausgearbeitet. In der ersten gaben die Seemächte die bindende Erklärung ab, die Bestimmungen des 5. Artikels der Quadrupelallianz, welche die Rechte des Kaisers und des Reiches in Italien betrafen, genau einhalten zu wollen, und auf unaufhörliches Drängen der kaiserlichen Minister verzichteten die Seemächte auf die ursprünglich geplante Geheimhaltung dieser Deklaration. Durch die zweite gleichfalls für die Öffentlichkeit bestimmte Deklaration wurde die Frage der Succession in Parma und Piacenza in der Weise geordnet, dass im Falle die Witwe des verstorbenen Herzogs einen Sohn gebären sollte, die Einführung der spanischen Garnisonen in die festgesetzten Plätze des Landes stattfinden, sonst aber Don Carlos sogleich zur Thronfolge in beiden Gebieten zugelassen, in jedem Falle aber die kaiserlichen Truppen, die beim Tode Antons in Parma und Piacenza eingezogen waren, dieses Gebiet verlassen sollten. In einer dritten geheim zu haltenden Deklaration endlich erklärten die Seemächte — auf wiederholtes stürmisches Begehren des Kaisers — es sei auch jetzt wie beim Abschlusse des Vertrages von Sevilla ihre Meinung, dass Spanien, den dort getroffenen Verabredungen entsprechend, die spanischen Garnisonen aus Toscana, Parma und Piacenza abführen lassen sollte, sobald Don Carlos in den ruhigen Besitz dieser Länder gelangt sei.

Grösser waren schon die Schwierigkeiten, die sich der Ordnung der Ostender Handelsfrage in den Weg stellten. Über die definitive Unterdrückung der ostendischen Compagnie bestand zwar keine Meinungsverschiedenheit. Auch gelang es den Vertretern Karls VI. nicht allzuschwer, die Einwilligung der Seemächte zur einmaligen Absendung zweier Handelsschiffe von Ostende nach Indien zu erwirken. Dagegen weigerten sich diese ebenso bestimmt, einen Termin für den Abschluss eines Handelsvertrages zwischen den Seemächten und Belgien festzusetzen, als die kaiserlichen Minister, die Bestimmungen des Artikels 26 des Barrierevertrages als noch zu Recht bestehend anzuerkennen. Erst nach langen ernsten Beratungen zwischen Robinson und den kaiserlichen Ministern, die oft zu heftigen Debatten führten, gelang es eine Einigung dahin zu treffen, dass der Kaiser, gegen die Zusicherung der Seemächte den Handelsvertrag längstens innerhalb zweier Jahre vom Beginne der Verhandlungen — der 2 Monate nach Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages erfolgen sollte — abzuschliessen, in die Aufnahme des Artikels 26 des Barrierevertrages willigte.[1]) *Aber auch*

---

[1]) *In dem Vortrage vom 8. März 1731 St.-A., in dem die Konferenzräte dem Kaiser die Gutheissung dieser englischen Forderung empfahlen, betonten sie*

dann waren die Schwierigkeiten, die sich der definitiven Ordnung dieser Frage in den Weg stellten, nicht ganz behoben. Denn da die Niederländer an den zu Wien gepflogenen Beratungen keinen direkten Anteil hatten und ihr in Wien weilender Vertreter — offiziell aus formalen Gründen — die gleichzeitige Unterfertigung des Vertrages ablehnte, wünschte die Wiener Regierung sich gegen neue Chicanen der Generalstaaten zu sichern und verlangte deshalb die Aufnahme eines Artikels, durch den diese zur bedingungslosen Annahme der in dem Vertrage festgesetzten sie betreffenden Verfügungen innerhalb einer bestimmten Frist unter der Drohung verpflichtet werden sollten, widrigenfalls alle Vorteile zu verlieren, die ihnen zugewiesen worden seien. Robinson aber, der von dem Vertreter der Niederländer ununterbrochen bestürmt wurde, weigerte sich eine solche Erklärung zu billigen, und willigte erst spät in die Aufnahme eines Separatartikels, der den Niederländern eine dreimonatliche Frist zur Unterzeichnung gewährte, damit sie der Dinge teilhaftig würden, die zu ihren Gunsten in dem vorerwähnten Vertrage ausbedungen worden seien. Zu gleicher Zeit aber musste die Wiener Regierung in die Aufnahme eines geheimen Artikels willigen, durch den sich der Kaiser verpflichtete, gleich jetzt, bevor noch die Generalstaaten dem Vertrage beigetreten seien, seinen belgischen Untertanen jeden Handel nach Indien zu untersagen.

Ausdrücklich aber hatten des Kaisers Räte in ihren wiederholten Vorträgen an Karl VI. betont, dass sie zur Nachgiebigkeit in allen diesen Punkten nur für den Fall raten könnten, als es gelingen sollte, die Wünsche der kaiserlichen Regierung in der Garantiefrage durchzusetzen.[1] *Diese aber giengen dahin, die Garantie der Seemächte für die gesamten Besitzungen Karls VI. ohne jene entwürdigenden und zweideutigen Zusätze zu erlangen, die sich in dem Vertragsentwurfe fanden, den Robinson Ende Dezember übergeben hatte und die auch durch die Korrektur desselben seitens Harringtons im Februar 1731 nicht beseitigt worden waren. Es war der feste, unwiderrufliche Entschluss des Kaisers, eher von dem Abschlusse des Vertrages abzustehen, als in diesem Punkte nachzugeben. Allein auch die ausdrücklichsten Erklärungen der kaiserlichen Räte vermochten Robinson, der in dieser*

---

wiederum, wie bedenklich dieselbe sei und wie bedauerlich es sei, dass man sich habe fügen müssen. Sie erklärten aber, sie hätten sich dadurch nicht also präjudiziert „dass um dessentwillen Er. M. die Hände gebunden sein sollten nach fruchtloser Verfliessung zweier Jahre sich dero Gerechtsame als Souverain nicht bedienen zu können."

[1]) *Vortrag d. d. 4. März 1731. St.-A.*

Frage strikte Weisungen zu haben behauptete, von seiner Ansicht nicht abzubringen, dass das Verbot der Vermählung der Thronerbin mit einem bourbonischen Prinzen nicht genüge, dass auch die Heirat derselben mit irgend einem Fürsten ausgeschlossen werden müsse, „cuius potentia et status iustas et legitimas formidinum causas quoad aequilibrum Europae suppeditare possent." Vergebens wendeten die Vertreter der kaiserlichen Interessen ein, dass bei Zulassung dieser Bestimmung die Seemächte auch dann die Garantie zu leisten weigern könnten, wenn der Prinz, dem die Erbin Karls VI. die Hand reiche, auch nur „eine Handbreit Erde" besitze. Robinson blieb dabei, dass die Seemächte sich gegen eine das Gleichgewicht Europa's bedrohende Macht Österreichs schützen müssten und ihre Garantie zur Unterstützung einer solchen nicht zusagen könnten. Es muss unter diesen Umständen als ein Glück bezeichnet werden, dass im Schoosse der kaiserlichen Konferenz die Idee auftauchte, den bestehenden Konflikt durch die Verfassung zweier neuer Artikel beizulegen, von denen der erste die Seemächte von der Verpflichtung der Garantie für den Fall entband, als die österreichische Thronerbin einem männlichen Sprossen des Hauses Bourbon angetraut werden sollte, während im zweiten festgesetzt wurde, dass es dem Prinzen, der die Thronerbin heirate — falls seine Macht wirklich eine so grosse sein sollte, dass durch die Vereinigung seines Besitzes mit dem der Erbin Karls VI. dem europäischen Gleichgewichte augenscheinliche Gefahr drohe — freigestellt werden sollte, auf seine Gebiete zu Gunsten seiner nächsten Verwandten, oder aber im Falle der Vereinigung seiner und der Thronerbin Länder auf die Garantie der Seemächte zu verzichten.[1]) *Auf dieser Grundlage erfolgte nicht ohne neuerliche weitläufige Verhandlungen, die das gegenseitige Misstrauen erkennen liessen, der Abschluss. Karl VI. gab seine Einwilligung zu der von Robinson gegebenen Fassung dieser Artikel, in der Hoffnung, dass man genügende Vorsorge getroffen habe, „wenn man (England und Holland) nicht absolute mala fide gehen will."*[2])

Während so durch beiderseitige Nachgiebigkeit die erwünschte Einigung in allen Fragen erfolgte, die Englands Beziehungen zum Kaiserhofe betrafen, konnten die noch bestehenden Differenzen bei den zu gleicher Zeit geführten Verhandlungen zwischen den Ministern Karls VI. und Dieden — dem Vertreter Georgs II. als Kurfürsten von Hannover — vorerst nicht behoben werden. Da aber der Kaiser drängte und Georg II.

---

[1]) *Vortrag d. d. 4. März 1731. St.-A.*

[2]) *Vortrag d. d. 12. März 1731. St.-A.*

alles vermeiden wollte, was den Anschein erwecken konnte, als wolle er auf Kosten der Engländer seine deutschen Interessen fördern, entschloss sich Robinson, wenn auch erst nach wiederholten vergeblichen Versuchen die Kaiserlichen zur Nachgiebigkeit zu bewegen, von der ihm gewordenen Erlaubnis Gebrauch zu machen, und unterzeichnete am 16. März 1731 den Wiener Vertrag, die Ordnung der deutschen Fragen einer späteren Vereinbarung überlassend.[1]) *Dieselbe erfolgte früher, als man erwartet hatte. Am 10. April n. St. übergab der Kaiser dem kurfürstlichen Gesandten das Dekret bezüglich der hannover'schen Forderungen,*[2]) *wogegen Dieden dem Kaiser die vom selben Tage datierte Deklaration Georgs II. überreichte, kraft der dieser auch als Kurfürst von Hannover die Garantie der pragmatischen Sanktion übernahm und sich verpflichtete, für die Annahme derselben auf dem Reichstage nicht nur seine Stimmen abzugeben, sondern auch in diesem Sinne bei den ihm befreundeten Fürsten zu wirken.*[3])

---

[1]) *Wie schwer ihm dies wurde, beweisen seine an Harrington und Horace Walpole gerichteten Schreiben aus dieser Zeit. Vgl. Coxe l. c. III. 94 ff.*

[2]) *Eine Ratifikation dieses Dekretes und der gleichzeitigen Deklaration Georgs II. erfolgte nicht, weil, wie Karl VI. bei ähnlicher Gelegenheit den Generalstaaten erklärte, der Kaiser derartige oberstrichterliche Erklärungen wohl abgeben, aber keine Verträge darüber schliessen könne.*

[3]) *Da in dieser Erklärung des Vertrages vom 16. März gedacht wird, sei sie hier widergegeben: Demnach zwischen seiner Kayserl. Majestät an einem und seiner Königl. Majt von Großbritannien am andern Theil unterm 16. Martii 1731 ein gewißer Tractat geschloßen worden, und höchstgedachte seine Königl. Majt darin unter andern die Guarantie wegen der künfftigen Succession in seiner Kayserl. Majt sämtlichen Erbkönigreichen und Landen zu leisten versprochen haben; so declariren seine Königl. Majestät hiemit, daß Sie sowohl jetztbesagten Tractat überhaupt, alß auch insonderheit die darinnen außgedruckte Guarantie auff Maaße und Weise und unter eben denen Conditionen, wie in vorerwehntem Tractat und deßen Nebenarticuln in mehrern angeführet ist, auch alß Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg übernehmen und selbige casu eveniente obverstandener maßen würcklich zu praestiren sich verbunden erachten. Seine Königl. Majt von Großbritannien versprechen ferner, mit dero votis bey der Reichsversamlung zu Regensburg dahin zu concurriren, daß erwehnte Guarantie von des gesambten Reichs wegen auff gleiche Weise übernommen werde, wie dann Se Königl. Majt alle diensahme gute officia bey dero Reichs-Mitständen, mit welchen Sie in gutem Vernehmen stehen, dahin anwenden wollen, daß selbige zu gleichmäßigen Sentimenten bewogen werden mögen. Uhrkundlich seiner Königl. Majt eigenhändigen Unterschrifft und nebengedrückten Insiegels. St. James den 30. Martii/10. April Anno 1731.*

George R.

Der 8. Artikel des Bündnisses vom 16. März verfügte, dass alle von einem der Kontrahenten längstens 6 Monate nach erfolgter Ratifikation genannten Mächte bei allgemeiner Zustimmung in diese Vereinbarung eingeschlossen werden sollten. Die Form, in der diese Aufnahme erfolgen sollte, war nicht näher bestimmt worden. Anfang August 1731 trat nun der kaiserliche Gesandte in London, Graf Kinsky, an die englischen Minister mit einem Accessionsersuchen heran. Es handelte sich dem Wiener Hofe dabei in erster Linie um Russland und Preussen, doch wurden, schon im Hinblicke auf England, auch Dänemark und Schweden für den Beitritt vorgeschlagen. Die englische Regierung betonte in ihrer Antwort die Schwierigkeit der Sache, bezeichnete insbesondere die Aufnahme Preussens als bedenklich, entschloss sich aber doch ein in allgemeinen Ausdrücken abgefasstes Accessionsprojekt dem kaiserlichen Gesandten zu überreichen.[1]) *Als dieser aber, den ihm zugekommenen Weisungen entsprechend, zum Abschlusse drängte, erhob Georg II. neue Einwände, die deutlich zeigten, dass er das im August gegebene Versprechen nicht erfüllen wollte. Je zurückhaltender aber die Engländer wurden, desto eifriger der Wiener Hof. In einer Weisung vom 16. Nov. 1731 wurde Kinsky darauf aufmerksam gemacht, dass das Vorgehen Englands beim Abschlusse eines Freundschaftsvertrages mit dem Österreich feindlichen sächsischen Fürsten, und die Versuche Georgs II., den schwedischen König in dessen Eigenschaft als Landgraf von Hessen-Kassel zum Beitritte zu diesem Sonderbündnisse zu bewegen, dem Kaiser die Überzeugung aufgenötigt hätten, dass die Durchführung der geplanten Accession einiger Mächte zum Bündnisse vom 16. März 1731 dringend geboten sei. Man betonte, dass man bereit sei, dem Dänenkönige den Besitz von Schleswig zu garantiren und dafür Russlands Zustimmung zu gewinnen, falls durch Englands Vermittelung der Holsteiner eine entsprechende Entschädigung erlangen sollte; man zeigte Geneigtheit, die mit Schweden herrschenden Konflikte unter Mitwirkung Englands zu beseitigen und sprach sich für die Aufnahme der beiden nordischen Mächte in das Bündnis vom 16. März aus, forderte aber dafür die Zustimmung Englands zur Accession Russlands und Preussens.*[2]) *In gleicher Weise wurde auch Robinson angegangen und ihm gegenüber darauf hingewiesen, dass auch Englands Interesse schwer geschädigt werden würde, falls diese beiden letzteren Mächte, vom Kaiser und von England zurückgewiesen, sich der Gegenpartei*

[1]) *Bericht Kinsky's d. d. 14. August 1731. St.-A.*

[2]) *Weisung an Kinsky d. d. 16. Nov. 1731. St.-A.*

— Frankreich und Polen — anschliessen sollten. Allein auch jetzt zeigten weder die englischen Minister noch Robinson besondere Geneigtheit, des Kaisers Wünschen zu entsprechen. Man hob in London neuerdings die Schwierigkeit hervor, Preussens Besitz zu garantieren,[1] *während Robinson behauptete, Russland lege auf Englands Garantie keinen besonderen Wert.*[2] *Diese letztere Ansicht zu widerlegen, wurde dem Wiener Hofe nicht schwer; der in Wien weilende russische Gesandte fand sich bereit, Robinson über den Irrtum aufzuklären, in dem er sich befand, oder zu befinden vorgab. Aber auch der Angst Georgs II. vor zu weitgehenden Verpflichtungen bei der Ausarbeitung eines neuen Accessionsprojektes*[3] *trug die Wiener Regierung Rechnung. Immerhin enthielt dasselbe die Bestimmung, dass die Herrscher Schwedens, Dänemarks, Russlands, Preussens und Holsteins mit allen Ländern, die sie in Europa besassen, in den Vertrag eingeschlossen sein, Österreich und England aber sich überdies verpflichten sollten, die nordischen Angelegenheiten zu ordnen. Als Kinsky diesen neuen Entwurf des Accessionsartikels in London vorlegte, erklärten Georg II. und seine Minister,*

---

[1]) *Berichte Kinsky's vom Nov. und Dez. 1731. St.-A.*

[2]) *Weisung an Kinsky d. d. 16. Nov. 1731 St.-A. und Berichte Robinsons vom Nov. und Dez. 1731. R. O.*

[3]) *Das kaiserliche Projekt wurde Anfang Januar 1732 nach England geschickt. Vgl. Weisung an Kinsky d. d. 2. Jan. 1732. St.-A. Dasselbe lautet: Cum articulo octavo tractatus die decima sexta Martii praesentis anni inter sacram Ceam catholicam Mtem et sacram regiam Mtem Magnae-Britanniae Viennae Austriae conclusi dispositum sit, includendos huic ipsi tractatui omnes illos esse, qui post permutationem tabularum ratihabitionis intra sex menses ab una vel altera parte ex communi consensu nominabuntur, variis autem de causis solennis includendorum denominatio dilata hucusque fuerit; hinc est, quod nos infrascripti altefatarum Mtum suarum ministri plenipotentiarii praesenti instrumento nomine earundem declaramus, pro inclusis ac comprehensis sub antedicto tractatu habendos esse Sermum ac Potmum principem |: inserantur hic rex Daniae, rex Sueciae, autocratrix totius Russiae, rex Borussiae, dux Holsatiae observando alternativam inter quatuor priores:| cum omnibus regnis, provinciis ac terris, quas unusquisque eorundem in Europa actu possidet, ita ut omnes et singuli ex hucusque nominatis principibus omni beneficio, plena securitate cunctisque saepedicti tractatus commodis haud secus frui possint et debeant acsi ipsimet tractatui nominatim forent inserti. Atque ut septentrionis quies eo magis firmetur, simul mutuo spondemus ac promittimus, altefatas Mtes suas eo communi consilio ac opera allaboraturas esse, quo controversiae seu iam enatae seu in posterum inter quoslibet ex antememoratis principibus enascendae amice et aequa ratione quam primum dirimantur. Interea vero nemo ex iis, quorum res in controversia sunt, pro iis vindicandis vi uti possit atque hostilitates, si quae praeter spem exsurgerent, quantocyus sopiantur. In quorum etc.*

eine so weitgehende Garantie nicht zulassen zu können. Georg II. verwies auf seine in Wien und in Petersburg abgegebenen Erklärungen und forderte vom Kaiser die Billigung der von den englischen Ministern vorgenommenen Änderungen an dem kaiserlichen Entwurfe. Dieselben bestanden darin, dass die vom Kaiser bezüglich der Beilegung der nordischen Konflikte gewünschte Klausel „interea vero nemo ex iis, quorum res in controversia sunt, pro iis vindicandis vi uti possit atque hostilitates, si quae praeter spem exsurgerent, quantocius sopiantur" gestrichen, dagegen der Garantieverpflichtung die Worte hinzugefügt werden sollten, „ea tamen mente, ut partes principales contrahentes ad guarantiam suam principibus inclusis eorumque regnis, provinciis ac terris ullo modo praestandam vi huius instrumenti teneri haudquaquam censeantur."[1])

Man erkannte am Wiener Hofe sofort, dass die von England vorgeschlagene Form eher als Beweis der Feindschaft als der Freundschaft für die in den Vertrag aufzunehmenden Mächte gelten musste; erhielt aber auf alle Einwendungen von Robinson die Antwort, sein Herr sei fest entschlossen neue Garantien nicht mehr zu übernehmen. Des Kaisers Verbündete hätten sich um so weniger zu beschweren, da England auch für seine Alliierten nicht mehr fordere, als er jenen gewähren wolle; übri-

---

[1]) *Weisung an Robinson d. d. 1. Februar 1732. R. O. und Weisung an Kinsky d. d. 16. März 1732. St.-A. Die dem Berichte Kinsky's d. d. 1732 Februar 12 beiliegende Kopie des englischen Entwurfes lautet: Cum articulo octavo tractatus 16ta Martii praesentis anni inter sacram Ceam catholicam Mtem et sacram regiam Mtem Magnae-Britanniae Viennae Austriae conclusi dispositum sit, includendos huic ipsi tractatui omnes illos esse, qui post permutationem tabularum ratihabitionis intra sex menses ab una vel altera parte ex communi consensu nominabuntur, variis autem de causis solennis includendorum denominatio hucusque dilata fuerit; hinc est, quod nos infrascripti altefatarum Mtum suarum ministri plenipotentiarii praesenti instrumento nomine earundem declaramus, pro inclusis ac comprehensis sub antedicto tractatu habendos esse Sermos ac Potmos principes et dominos ..... cum omnibus regnis, provinciis ac terris, quas unusquisque eorundem in Europa actu possidet, ita ut omnes et singuli ex hucusque nominatis principibus omni beneficio, plena securitate cunctisque saepedicti tractatus commodis haud secus frui possint ac debeant acsi ipsimet tractatui nominatim forent inserti; ea tamen mente, ut partes principales contrahentes ad guarantiam suam principibus inclusis eorumve regnis, provinciis ac terris ullo modo praestandam vi huius instrumenti teneri haudquaquam censeantur. Atque ut septemtrionis quies eo magis firmetur, simul mutuo spondemus ac promittimus, altefatas Mtes suas eo communi consilio ac opera allaboraturas esse, quo controversiae sive iam enatae seu in posterum inter quoslibet ex antememoratis principibus enasciturae amice et aequa ratione quam primum dirimantur. In quorum etc.*

gens habe die Czarin neuerdings erklärt, mit einer derartigen Äusserung zufrieden zu sein; dem Könige von Preussen aber Zeichen einer engeren Freundschaft zu geben, könne seinem Herrn nicht zugemutet werden.[1]) *Vergebens war es, dass die kaiserlichen Minister darauf hinwiesen, dass es sich um die Leistung einer Garantie gar nicht handeln könne, da eine solche „aus einem blossen Inclusionsakt de sui natura nicht fliesst", vergebens auch, dass sie nachwiesen, dass die von Robinson beanständeten Schlussworte dem 6. Artikel des Vertrages vom 16. März 1731 und dem 4. der Präliminarien vom 31. Mai 1727 entnommen seien. Robinson fand gerade in dieser Tatsache einen neuen Beweis für die Überflüssigkeit der vom Kaiser geforderten Erklärung, betonte, dass die in dem Vertrage gebrauchten Worte „quod plena securitate principes inclusi gaudere debeant" hinreichend seien, und sprach die Befürchtung aus, dass die Hinzufügung der von Karl VI. vorgeschlagenen Klausel den Schein erwecken könnte, als habe sich England in eine förmliche Garantie eingelassen.*[2]) *Das Ergebnis neuer lange dauernder Verhandlungen war, dass die kaiserlichen Minister im Einverständnisse mit Robinson ein neues Projekt verfassten, das die vom Kaiser geforderte Klausel „interea vero nemo ex iis, quorum res in controversia sunt, pro iis vindicandis vi uti possit atque hostilitates, si quae praeter spem exsurgerent, quantocius sopiantur", aber auch den von England verlangten Zusatz enthalten sollte, nach dem die Garanten den eingeschlossenen Mächten „non nisi ad illud praestandum teneantur, quod natura amicae eiusmodi inclusionis ex recepto inter gentes more secumfert." Allein auch in dieser Fassung schien den Engländern jetzt das kaiserliche Projekt zu gefährlich, und da auch die Niederländer von der Ausfertigung einer derartigen Accessionserklärung nichts wissen wollten,*[3]) *blieben die Bemühungen des Kaisers und seiner Vertreter ohne Erfolg.*

In nomine sanctissimae ac individuae trinitatis amen.

Notum sit omnibus ac singulis quorum interest aut quomodocunque interesse potest.

Postquam Ser^mus^ et Pot^mus^ princeps et dominus Carolus sextus Romanorum imperator, Hispaniarum, utriusque Siciliae,

---

[1]) *Weisung an Kinsky d. d. 16. März 1732. St.-A. und Bericht Robinsons d. d. 11. März 1732. R. O.*

[2]) *Weisung an Kinsky d. d. 17. März 1732. St.-A.*

[3]) *Weisung an Robinson d. d. 18. April 1732. R. O.*

Hungariae et Bohemiae rex, archidux Austriae etc., tum Ser^mus ac Pot^mus princeps ac dominus Georgius secundus, Magnae-Britanniae, Franciae et Hyberniae rex, nec non celsi et potentes domini status generales unitarum foederati Belgii provinciarum considerato incerto turbidoque rerum, qui nunc est in Europa, statu mature perpenderunt media, quibus non modo mala ex gliscentibus in dies magis magisque simultatibus iamiam eruptura anteverterentur, sed et publica tranquillitas modo quantum fieri potest stabili ac perennaturo facilique una ac prompta ratione firmaretur, praefatae suae M^tes ac praefati ordines generales propenso penitus studio ducti opus tam salutare promovendi perficiendique e re esse iudicaverunt, de certis quibusdam conditionibus generalibus inter se convenire, quae basis loco inservirent,[1]) iuxta quam dissentientium praecipuorum in Europa principum animi conciliandi et controversiae, quae inter eosdem non absque publicae tranquillitatis periculo quam maxime iam vigent, componendae forent.[2]) Hunc itaque in finem sacra sua C^ea et catholica M^tas celsissimum principem ac dominum Eugenium Sabaudiae et Pedemontium principem, altefatae suae M^tis C^eae catholicae consiliarium actualem intimum, consilii aulico bellici praesidem suumque locumtenentem generalem, sacri Romani imperii campi mareschallum ac eiusdem regnorum ac statuum per Italiam vicarium generalem et unius desultoriorum legionis praefectum, aurei velleris equitem, nec non illustrissimum et excellentissimum dominum Philippum Ludovicum sacri Romani imperii thesaurarium haereditarium, comitem a Sinzendorff, liberum baronem in Ernstbrunn, dominum dynastiarum Gföll, superioris Selowiz, Porliz, Sabor, Mülzig, Loos, Zaan et Droskau, burggravium in Reineck, supremum haereditarium scutiferum ac praecisorem in superiori et inferiori Austria ad Anasum, aurei velleris equitem, sacrae C^eae catholicae M^tis camerarium, actualem consiliarium intimum ac primum aulae cancellarium, ac illustrissimum et excellentissimum dominum Gundaccarum Thomam sacri Romani imperii comitem de Starhenberg, in Schaumburg et Waxenberg, dominum ditionum Eschel-

[1]) *Die Worte quae bis inservirent waren auf Wunsch des Kaisers beigefügt worden.*

[2]) *Österreich hatte eine etwas deutlichere Fassung gewünscht; insbesondere im Hinblicke auf seine Alliierten; war aber davon abgestanden, als England auf dieser Fassung bestand.*

berg, Liechtenhaag, Rottenegg, Freystatt, Haus, Oberwalsee, Senfftenberg, Bodendorff, Hatwan, aurei velleris equitem, sacrae Ceae catholicae Mtis consiliarium intimum actualem, archiducatus Austriae superioris et inferioris mareschallum haereditarium; sacra vero regia Mtas britannica dominum Thomam Robinson, armigerum, in comitiis parlamenti Magnae-Britanniae senatorem et ministrum suum apud praedictam Mtem suam Ceam et catholicam, tum celsi et potentes status unitarum foederati Belgii provinciarum .... plena potestate muniverunt, qui collatis inter se consiliis et commutatis prius plenipotentiarum tabulis in sequentes articulos et conditiones convenerunt

I.

Sit maneatque inter sacram Ceam catholicam Mtem, sacram regiam Mtem Magnae-Britanniae[1]) ac utriusque heredes et successores nec non celsos et potentes dominos status generales foederati Belgii firma, sincera et inviolabilis amicitia pro mutuis commodis provinciarum ac subditorum ad unumquemque ex principibus contrahentibus spectantium ita stabilita, ut singuli contrahentes ditiones et subditos aliorum tueri nec non pacem manutenere atque reliquorum contrahentium commoda ceu sua promovere, damna vero et iniurias cuiuscunque generis praevenire et avertere teneantur, idque iuxta tenorem praecedentium pacis, amicitiae ac foederis tractatuum ac conventionum, qui omnes et singuli tractatus et conventiones exceptis solummodo iis articulis, clausulis aut conditionibus, quibus per praesentem tractatum derogare e re visum est, plenum suum in omnibus ac per omnia robur ac vim obtineant, censeanturque vigore praesentis tractatus renovati ac confirmati. Atque insuper partes contrahentes ad mutuam tuitionem seu uti vocant guarantiam omnium regnorum, ditionum ac terrarum ab unaquaque earundem possessarum, tum etiam iurium ac immunitatum, quibus unaquaeque gaudet aut gaudere debet,[2]) disertim sese vigore huius articuli obstrinxerunt; ita quidem, ut mutuo declararint

---

[1]) *Österreich wollte hier auch die Qualifikation Georgs II. als Herzog von Braunschweig-Lüneburg und Kurfürst des Reiches einschalten, stand jedoch davon ab, als England es nicht wollte.*

[2]) *Die Worte von terrarum bis gaudere debet wurden österreichischerseits auf das Verlangen der Engländer hin, die dadurch einen Schutz ihrer Handelsprivilegien bezweckten, zugestanden. Vortrag d. d. 4. März 1731 St.-A.*

ac sibimet invicem spoponderint, quod omnibus viribus sese sint oppositurae conatibus omnium ac singulorum, qui forsan praeter spem vel ullum ex contrahentibus vel eorundem successores ac haeredes in quieta possessione illorum regnorum, ditionum, provinciarum, terrarum, iurium aut immunitatum turbare vellent, quibus unaquaeque contrahentium pars tempore conclusi praesentis tractatus gaudet vel gaudere deberet.

II.

Quandoquidem nomine sacrae C^eae^ catholicae M^tis^ saepius expositum fuit, haud diu publicam tranquillitatem vigere ac constare nec securam pro conservando duraturo in Europa aequilibrio rationem excogitari posse, nisi sibi generalis tuitio, sponsio ac evictio seu uti vulgo vocant guarantia illius succedendi ordinis praestetur, qui iuxta declarationem anno millesimo septingentesimo decimo tertio emanatam in serenissima domo austriaca obtinet; sacra regia M^tas^ britannica et celsi ac potentes ordines generales unitarum foederati Belgii provinciarum tam eo studio ducti, quo in tranquillitatem publicam tuendam et aequilibrium in Europa conservandum feruntur, quam intuitu conditionum, quae utrique huic scopo maxime inservientes in subsequentibus articulis dispositae reperiuntur,[1]) vigore praesentis articuli guarantiam mododicti succedendi ordinis generalem in se suscipiunt ac quoties opus fuerit contra quoscunque praestandam spondent, promittentes proinde quo fieri potest meliore ac firmiore modo, quod omnibus viribus suis tueri, manutenere ac uti vocant guarantigiare velint ac debeant contra quoscunque quoties opus fuerit illum succedendi ordinem, quem sua M^tas^ C^ea^ in forma perpetui, indivisibilis ac inseparabilis fideicommissi primogenitura affecti pro universis suae M^tis^ utriusque sexus heredibus instrumento solenni die decima nona Aprilis anno millesimo septingentesimo decimo tertio, prouti huius instrumenti copia ad finem tractatus adiuncta reperitur,[2]) declaravit et stabilivit, quique subinde ab ordinibus et statibus universorum regnorum, archiducatuum, ducatuum, principatuum, provinciarum ac ditionum ad serenissimam domum austriacam iure haereditario

---

[1]) *Die Worte quam intuitu bis reperiuntur wurden auf die Forderung des englischen Gesandten hin von den kaiserlichen Ministern zugestanden.*

[2]) *Vgl. den Abdruck weiter unten p. 490 ff.*

spectantium communi omnium voto susceptus ac grato submissoque animo agnitus atque in vim legis sanctionisque pragmaticae perpetuo valiturae in publica monumenta relatus fuit. Et quemadmodum iuxta hanc succedendi normam et ordinem eum in casum, ubi annuente divina misericordia mascula proles a sua M^te C^ea catholica descendens extabit, primogenitus filiorum suorum aut hoc praemortuo huius primogeniti primogenitus, nulla autem de sua C^ea catholica M^te prole masculina extante, primogenita filiarum suarum serenissimarum Austriae archiducum, ordine ac iure primogeniturae indivisibilis nunquam non observato, succedere eidem debet in omnibus regnis, provinciis ac ditionibus, quas actu sua C^ea M^tas possidet absque eo, quod unquam seu favore illorum aut illarum, qui vel quae de secunda, tertia, aut ulteriore linea aut gradu sunt, aut alias quacunque demum de causa divisioni ulli aut separationi locus sit, hoc ipso quoque ordine aut iure primogeniturae indivisibilis in omnibus reliquis casibus pariter obtinente ac perpetuis in omne aevum temporibus observando, qui vel in linea masculina suae C^eae M^tis, si divinum numen mascula prole eandem bearet, vel extincta linea masculina in linea eiusdem foeminina evenire, vel denique alias, quoties de successione in regna, provincias ac ditiones haereditarias serenissimae domus austriacae quaestio enasceretur, obtingere possent. Ita sua sacra regia britannica M^tas et celsi ac praepotentes domini status generales foederati Belgii promittunt ac sese obstringunt, quod illum vel illam, qui vel quae iuxta normam et ordinem hactenus recensitum in regna, provincias ac ditiones, quas sua M^tas C^ea actu possidet, succedere debet, in iisdem manutenere ac contra quoscunque, qui forsan turbare hanc possessionem ullatenus praesumerent, perpetuo tutari velint ac teneantur.

III.

Cumque sacrae C^eae catholicae M^ti nomine sacrae regiae M^tis britannicae et celsorum ac potentium ordinum generalium foederati Belgii amicissimis verbis expositum saepius fuerit, non esse certius medium exoptatam tam diu publicam tranquillitatem quo fieri potest promptiore modo stabiliendi, quam si per immediatam introductionem sex millium Hispanorum militum in munita Hetruriae, Parmae et Placentiae loca destinata serenissimo infanti Don Carlos in mododictos ducatus successio

magis adhuc firmetur;[1]) praefata sua M^tas C^ea catholica, quo et ipsa pacifica suae M^tis britannicae et celsorum ac potentium ordinum generalium foederati Belgii consilia ac vota promoveret, sua ex parte nulla prorsus ratione obsistet praedictorum sex millium Hispanorum militum pacatae introductioni in munita Hetruriae, Parmae et Placentiae ducatuum loca iuxta sponsiones a dicta sua M^te britannica atque ordinibus generalibus desuper initas.[2]) Cum vero hunc in finem sua M^tas C^ea catholica imperii quoque consensum necessarium censeat, simul eadem promittit, quod omnem operam adhibere velit, quo consensus iste intra duorum mensium spatium aut citius si fieri poterit obtineatur. Atque ut promptius obviam eatur malis publicae quieti imminentibus, spondet praeterea sua M^tas C^ea catholica, quod statim post commutatas invicem ratihabitionum tabulas consensum a se qua imperii capite praefatae pacatae introductioni praebitum tum magni Hetruriae ducis tum Parmensi ministro in aula sua commorantibus alibive, ubi conveniens visum fuerit, notum factura sit.[3]) Nec minus saepefata sua M^tis C^ea catholica promittit ac spondet, tam longe a se abesse mentem vel directe vel indirecte admissioni praesidiarii Hispani militis in antedicta loca impedimentum ullum suscitandi aut afferendi, ut potius officia et auctoritatem suam interpositura sit, quo enascente praeter spem obstaculo aut contradictione quicquid antememoratae admissioni obesse potest amoveatur atque adeo sex millia Hispanorum militum tranquille et sine mora in munita magni Hetruriae ducatus tum Parmae Placentiaeque ducatuum loca quo antea dictum est modo introduci queant.[4])

---

[1]) *Ursprünglich hatten die Seemächte gewünscht, dass die Einwilligung in die spanischen Besatzungen als Recompens für die Garantie der österreichischen Successionsordnung bezeichnet werde, standen aber auf eindringliches Bitten der kaiserlichen Räte davon ab und begnügten sich mit der im Texte angegebenen Form.*

[2]) *Auf wiederholtes hartnäckiges Begehren der kaiserlichen Gesandten, die von Karl VI. besondere Vorschrift erhalten hatten, wurde hier die von den Seemächten ursprünglich geforderte direkte Bezeichnung der zu Sevilla am 9. und 12. Nov. 1729 unterzeichneten Verträge ausgelassen.*

[3]) *Dieser Zusatz wurde von England gefordert und vom Kaiser concedirt.*

[4]) *Die Kaiserlichen hatten ursprünglich hier gefordert, dass der Quadrupelallianz gedacht und die Zulassung der spanischen Garnisonen von dem Beitritt Spaniens zur Pazifikation abhängig gemacht werden sollte. Nach langen Beratungen standen sie gegen anderweitige Zusicherungen Robinsons davon ab.*

IV.

Sint proinde maneantque articuli, de quibus irrevocabili partium contrahentium consensu hoc modo conventum est, ita firmiter et reciproce stabiliti penitusque decisi, ut neque in iis quae absque mora et statim post ratihabitionum tabulas invicem commutatas effectui danda sunt, neque in iis quae in omne aevum inconcussa permanere debent, partibus contrahentibus ulla in re recedere ab iisdem liceat.

V.

Cum pro assequendo scopo, quem partes praesentem tractatum contrahentes attingere intendunt, necessarium visum sit, ut cuncta dissidiorum ac dissensionum semina radicitus evellantur atque adeo pristinus ille amicitiae nexus, qui modo memoratas partes contrahentes invicem ligaverat, non tantum renovetur sed et in dies arctius stringatur; hinc est, quod M^tas^ sua C^ea^ catholica promittit ac sese vigore praesentis articuli obstringit, quod cessare illico penitus et in perpetuum debeat omne ex Belgio austriaco ac ex aliis ditionibus, quae tempore Caroli secundi Hispaniarum regis catholici sub Hispana dominatione erant,[1]) in Indias orientales commercium et navigatio, et quod bona fide effectui sit datura, ne vel Ostendana societas vel quivis alius seu in Belgio austriaco seu in ditionibus, quae uti dictum est tempore Caroli secundi regis quondam catholici sub Hispana dominatione erant, existens huic in perpetuum stabilitae normae directe vel indirecte unquam contraveniat, duabus tantum navibus exceptis,[2]) quae non nisi unica adhuc vice ex Ostendano portu cursum suum in Indias orientales dirigere et inde Ostendam mercibus onustae revertere ibidemque pro lubitu asportatas ex Indiis merces venales exponere poterunt. Et sua regia M^tas^ Magnae-Britanniae celsique ac potentes status generales foederati Belgii sua quoque ex parte promittunt seseque obstringunt, quod nulla interposita mora super commercio et modo vectigalium, vulgo Tariff nuncupato, novum tractatum,

[1]) *Die Aufnahme dieser Bestimmung bedeutete ein Entgegenkommen des Kaisers, der sich lange geweigert hatte, ausser Belgien auch die andern einst zu Spanien gehörigen Länder seines Besitzes vom ostindischen Handel auszuschliessen.*

[2]) *Diese Konzession erfolgte als Recompens für den Ausschluss aller ehemals zu Spanien gehörigen Länder vom Handel nach Ostindien.*

in quantum ad Belgium austriacum attinet, ad mentem articuli vigesimi sexti tractatus, cui a limitibus nomen inditum fuit, vulgo Barriere, cum sua sacra Cea catholica Mte inire velint. Quem quidem in finem nominandi statim erunt a partibus contrahentibus commissarii, qui intra spatium duorum mensium a die subscripti tractatus computandum Antverpiae sese congregare ac tum super iis, quae plenariam executionem antememorati tractatus, cui a limitibus nomen inditum quique Antverpiae die 6.[1])/15. Novembris anno 1715 conclusus fuit, tum conventionis posterioris Hagae Comitum die 11./22. Decembris anno 1718 subscriptae concernunt, convenire, tum vero speciatim novum uti dictum est super commercio et modo vectigalium, in quantum ad Belgium austriacum attinet, tractatum ad mentem antememorati articuli vigesimi sexti inire debebunt. Conventumque insuper ac solenni stipulatione cautum est, quod cuncta ea, quae commissariis Antverpiae congregandis demandare e re visum fuit, quam citissime fieri poterit, ex aequo et bono ad finem penitus perducenda sint ita quidem, ut non tardius quam ad summum intra duorum annorum spatium ultima operi manus admovenda veniat.

VI.

Cum reliquorum capitum examen ac discussio, quae seu inter ipsas partes paciscentes seu aliquem ex earundem foederatis dirimenda restant, plus temporis consumptura sit, quam ancipiti hoc rerum statu expediat; quo morae omnes, quae bono communi detrimenti nimium allaturae forent, praecidantur, conventum concordatumque est, ut invicem declaretur, quod tractatus omnes conventionesque ab unaquaque partium dictarum paciscentium cum principibus aliis statibusque initae uti sunt subsistere possint, in quantum scilicet rei alicui haud adversantur, quae per praesentem hunc tractatum constituta est; quodque controversiae seu inter dictas partes paciscentes seu quemlibet ex earum foederatis amice quam primum dirimendae, atque interea a partibus contrahentibus eo allaborandum sit, ut nemo ex iis, quorum res in controversia sunt, pro iis vindicandis vi uti possit.

VII.

Sua autem Mtas Cea et catholica, quo subditis regis Magnae-Britanniae et dominorum ordinum generalium de ipsorum com-

[1]) *So im Or. statt 4./11.*

mercio in regno Siciliae exercendo nullus dubio locus supersit, iam nunc declarare voluit, illos eodem modo et ad eandem normam habitum iri uti habiti sunt aut haberi debuerant tempore Hispaniarum regis Caroli secundi inclytae memoriae ac prouti gens amicissima haberi consuevit.

VIII.

Includentur huic tractatui patificationis omnes illi, qui post permutationem tabularum ratihabitionis intra sex menses ab una vel altera parte ex communi consensu nominabuntur.

XI.

Approbabitur et ratihabebitur praesens tractatus a sua sacra Cea catholica Mte, a sua sacra regia Mte Magnae-Britanniae et a celsis et potentibus dominis statibus generalibus uniti Belgii, et ratihabitionum tabulae intra spatium sex septimanarum a die subscriptionis computandarum Viennae invicem extradentur et commutabuntur.

In quorum fidem roburque tam caesarei commissarii, tanquam legati plenipotentiarii extraordinarii, quam regis Magnae-Britanniae minister plena pariter facultate munitus tabulas has propriis manibus subscripserunt et sigillis suis muniverunt. Acta haec sunt Viennae Austriae decima sexta die mensis Martii, anno domini millesimo septingentesimo tricesimo primo.

L. S. Eugenius a Sabaudia. L. S. Thomas Robinson.
L. S. Philippus Lud. C. a Sinzendorff.
L. S. Gundaccarus C. a Starhenberg.

Hic sequitur sanctio pragmatica, cuius articulo secundo tractatus fit mentio et qua ordo succedendi, qui in serenissima domo austriaca obtinet, die 19ma Aprilis anno 1713 a sua Mte Cea declaratus fuit.

I. K. Mt haben auf den 19ten Aprilis 1713 umb 10 Uhr allen dero allhier in Wienn anwesenden geheimen Räthen an dem gewöhnlichen Orth zu erscheinen ansagen lassen.

Als nun die bestimbte Stund herbeykommen, haben sich I. K. Mt in dero geheimen Rathsstuben unter den Baltachin begeben und vor den gewöhnlichen kayserlichen Tisch gestellet, darauff auch dero geheime Räthe und Ministros hinein-

beruffen. Diese seind in ihrer Ordnung eingetretten und jeder an seinem Orth stehend geblieben: Alß (Tit.) Printz Eugenius von Savoyen, Fürst von Trautsohn, Fürst von Schwarzenberg, Graff von Traun Landmarschall, Graff von Thurn Ir K. Mt Eleonorae Obristhoffmeister, Graff von Dietrichstein Obriststallmeister, Graff von Seileren Hoffcantzler, Graff von Starhenberg Cammerpraesident, Graff von Martiniz junior, Graff von Herberstein Kriegsvicepraesident, Graff von Schlick böheimischer obrister Hoffcantzler, Graff von Schönborn Reichsvicecantzler, Ertzbischoff von Valentia, Graff von Sinzendorff Obristcammerer, Graff von Paar Ir K. Mt Amaliae Obristhoffmeister, Graff von Sinzendorff Reichshoffrathsvicepraesident, Graff Nicolaus Palffy königl. hungarischer judex curiae, Graff Illieshasi hungarischer Cantzler, Graff Khevenhiller N. Ö. Statthallter, Graff Gallas, Graff von Salm Ir K. Mt Amaliae obrister Stallmeister, Marches Romeo königl. spanischer geheimer Staatssecretarius, Graff Kornis Sibenbürg. Vicecantzler, Referendarius von Schickh.

Nachdem nun alle gemeldte geheime Räthe und Ministri beysamen waren, haben I. K. Mt vermeldet, daß die Ursach und Zweck solcher Beruffung ihrer dero geheimen Räthen und Ministrorum wäre, ihnen zu erkennen zu geben, daß von und zwischen weyland ihres in Gott ruhenden gnädig- und höchstgeehrtesten Herrn Vatters Kaysers Leopoldi und geliebtesten Herrn Bruders, damahls römischen Königs, nachgehends auch römischen Kaysers Josephi Mten und Liebden glorwürdigster Gedächtnus und dann Ir K. Mt als damahlig declarirten König in Hispanien gewisse Disposition, Ordnung und Pacta successoria errichtet und in Gegenwarth verschiedener kayserlicher geheimer Räthen und Ministrorum allerseits beschworen worden; weilen aber von denenselben Räthen und Ministris wenig mehr beym Leben sich befindeten, so hätten I. K. Mt der Nothdurfft erachtet, ihnen anwesenden geheimen Räthen und Ministris nicht allein obige Anzeige zu thun, sondern auch gemeldte Satzung und Pacta selbsten kund zu machen und vorlesen zu lassen. Wie dann I. K. Mt solche Ablesung ihrem Hoffcantzlern, Graffen von Seilern, stracks allergnädigst anbefohlen haben. Solchemnach hat derselbe aus dem bey Handen gehabten königlich spanischen von damahls königlicher nunmehro auch kayserl. Mt unterschriebenem und mit ihrem anhangenden königl. Insiegl bekräfftigten Original-Acceptations-Instrument den spa-

nischen Eingang, folglich aus Kaysers Leopoldi und römischen Königs Josephi unterschriebenem und mit anhangenden zweyfachen kayserl. und königl. Insieglen bestättigtem Successions-Instrument den völligen Innhallt von Anfang bis zum Ende sambt dem beygefügten notariatischen Anhang, endlich wiederumb aus dem königlich spanischen Instrument die Annehm- und ihrerseitige Verbindung bis zum Ende ebenmässig mit dem notariatischen Anhang laut und deutlich abgelesen, welche Instrumenta datirt seind: Wienn den 12ten Septembris 1703.

Nachdeme dieses also geschehen, haben I. K. M. haubtsächlichen Innhallts weiters vermeldet: Es seye aus denen abgelesenen Instrumentis die errichtete und beschwohrne Disposition und das ewige Pactum mutuae successionis zwischen beyden Joseph- und Carolinischen Linien zu vernehmen gewesen: Daß dahero nebenst und zu denen von weyland ihren Kn. Mten Leopoldo und Josepho höchstseeligster Gedächtnuss Ir K. Mt übertragenen spanischen Erb-Königreichen und Landen nunmehr nach Absterben weyland ihres Herrn Bruders Mt und Liebden ohne männliche Erben auf I. K. Mt auch alle dessen hinterlassene Erb-Königreiche und Landen gefallen und sambtlich bey ihren ehelichen männlichen Leibserben nach dem iure primogeniturae, so lang solche vorhanden, ohnzertheilt zu verbleiben haben; auf ihres männlichen Stammens Abgang aber (so Gott gnädiglich abwenden wolle) auf die eheliche hinterlassende Töchter allzeit nach Ordnung und Recht der Primogenitur gleichmässig ohnzertheilt kommen; ferners in Ermanglung oder Abgang der von Ir K. Mt herstammender aller ehelichen Descendenten männ- und weiblichen Geschlechts dieses Erbrecht aller Erb-Königreich und Landen ohnzertheilter auf Ir Mt Herrn Bruders Josephi K. Mt und Liebden seeligster Gedächtnuss nachgelassene Frauen Töchter und deren eheliche Descendenten wiederumb auf obige Weise nach dem iure primogeniturae fallen; eben nach diesem Recht und Ordnung auch ihnen Frauen Ertzherzoginen all andere Vorzüge und Vorgänge gegenwertig zustehen und gedeyhen müsten; alles in dem Verstand, daß nach beyden der jetzt regierenden Carolinischen und nachfolgender in dem weiblichen Geschlecht hinterlassenen Josephinischen Linien Ir K. Mt Frauen Schwesteren und allen übrigen Linien des durchleuchtigisten Ertzhauses nach dem Recht der Erstgeburth in ihrer daher entspringenden Ordnung jedes

Erbrecht und was deme anklebet gebühre, allerdings bevorbleibe und vorbehallten seye. Umb willen nun diese immerwehrende Satzung, Ordnung und Pacta zu Ehre Gottes und Conservation aller Erblanden angesehen, errichtet, auch nechst und sambt weyland ihres Herrn Vatters und Herrn Bruders M^ten und Liebden von I^r K. M^t durch leiblichen Eydschwur bekräfftiget worden, so würden sowohl I. K. M^t darob beständig hallten, alß I. M. zu ihnen geheimen Räthen und Ministris sich mildest versehetten, dieselbe auch gnädigst ermahneten und ihnen befehleten, daß nicht minder sie solche Pacta und Verordnung vollkommentlich zu beobachten, zu erhallten und zu verthädigen gedacht und beflissen seyn sollten und werden. Wie dann I. K. M^t zu diesem Ende sie geheime Räthe und Ministros in diesem Fall ferners des vinculi silentii entlassen haben wollten. Wornach I. K. M^t und folgends die Herren geheime Räthe und Ministri abgetretten seind.

Daß obiges alles also vorgangen und verhandlet worden, bezeuge mit meiner eygnen Handt Unterschrifft und gewöhnlichen Pettschafft. Wienn den neunzehenden Monathstag Aprilis anno 1713.

L. S. Jch Georg Friederich von Schickh
der Röm. K. M. Hoffrath, geheimer N.-Ö. Secretarius und Referendarius, dann zu diesem actu auth. C^ea et archiducali creirter Notarius publicus.

Nos infrascripti ministri et plenipotentiarii declaramus praesens apographum archetypo suo collatum et de verbo ad verbum consimile esse. Actum Viennae 16ta Martii anno 1731.

L. S. Eugenius a Sabaudia.
L. S. Philippus Lud. C. a Sintzendorff.
L. S. Gundaccarus C. a Starhenberg.

Articulus separatus.

Quamvis articulo primo tractatus inter sacram C^eam^ catholicam M^tem^, sacram regiam Magnae-Britanniae M^tem^ et dominos status generales unitarum foederati Belgii provinciarum hodierna die conclusi partes contrahentes inter alia sibimet invicem sponderint, quod omnibus viribus sese sint oppositurae conatibus omnium ac singulorum, qui forsan praeter spem vel ullum ex contrahentibus vel eorundem successores ac haeredes in quieta possessione illorum regnorum, ditionum, provinciarum,

terrarum, iurium aut immunitatum turbare vellent, quibus unaquaeque contrahentium pars tempore conclusi praesentis tractatus gaudet aut gaudere deberet, conventum tamen inter easdem partes paciscentes vigore praesentis articuli separati est, quod si forsan tractu temporis contingeret, ut sacram C^eam^ catholicam M^tem^ aut eius haeredes ac successores Turcae in quieta possessione regnorum, ditionum, provinciarum, terrarum, iurium aut immunitatum, quibus sua C^ea^ M^tas^ actu gaudet aut gaudere deberet, turbare vellent, ad hunc solum qui modo memoratus est casum guarantia in dicto articulo primo sancita extendi haud debeat. Articulus hic separatus eandem vim obtinebit, ac si ipsimet tractatui hodie concluso signatoque verbotenus esset insertus, ratihabebiturque eodem modo atque ratihabitionum tabulae intra idem tempus cum ipso tractatu extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hunc articulum separatum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Viennae die decima sexta Martii, anno domini millesimo septingentesimo trigesimo primo.

L. S. Eugenius a Sabaudia. L. S. Thomas Robinson.
L. S. Philippus Lud. C. a Sinzendorff.
L. S. Gundaccarus C. a Starhenberg.

Declaratio super praesidiis Hispanis in munita Hetruriae, Parmae et Placentiae loca introducendis.

Cum sua sacra C^ea^ catholica M^tas^ antequam sua ex parte consensum praeberet iis, quae articulo tertio tractatus hodierna die conclusi de immediata introductione praesidiarii Hispani militis in munita Hetruriae, Parmae et Placentiae loca disposita sunt, super vero scopo et obiecto sponsionum, quae desuper in tractatu Hispalensi partim nona partim vigesima prima Novembris die anno millesimo septingentesimo vigesimo nono subscripto continentur, secura omnino reddi voluerit, sacra sua regia Magnae-Britanniae M^tas^ et celsi ac potentes domini status generales foederati Belgii non tantum sponsiones istas prouti hic annexae reperiuntur suae sacrae C^eae^ catholicae M^ti^ bona fide exhibuerunt, verum etiam firmissime asseverare haud dubitarunt, non fuisse sibi, cum de introducendo in munita Hetruriae, Parmae et Placentiae loca Hispano praesidiario milite conveni-

rent, mentem ulla in re ab iis recedere, quae articulo quinto foederis quadruplicis Londini die 22. Julii/2. Augusti anno 1718 conclusi, tum de caesareis ac imperii iuribus tum pro securitate regnorum ac ditionum, quas sua M^tas^ C^ea^ in Italia actu possidet, tum denique pro conservanda quiete ac dignitate eorum, qui tunc erant praedictorum ducatuum legitimorum possessorum, sancita reperiuntur. Quapropter sua regia Magnae-Britanniae M^tas^ et celsi et potentes domini status generales foederati Belgii declararunt, prouti declarant et prompti paratique sunt ad dandas, prouti vigore praesentis instrumenti dant, suae C^eae^ catholicae M^ti^ tam super rerum capitibus superius recensitis quam super omnibus iis, quae ulterius adhuc praedicto articulo quinto foederis quadruplicis nuncupati continentur, sponsiones, evictiones seu uti vulgo vocant guarantias quantum desiderari poterunt validas et solennes.

Praesens declaratio eandem vim et robur habeat, ac si in forma articuli tractatui hodierna die concluso verbotenus esset inserta, atque eodem modo et intra idem temporis spatium quo ipse tractatus ratihabebitur et ratihabitionum tabulae invicem extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenitotentiarum hodie invicem exhibitarum hanc declarationem subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Viennae die decima sexta Martii, anno domini millesimo septingentesimo trigesimo primo.

L. S. Eugenius a Sabaudia. L. S. Thomas Robinson.
L. S. Philippus Lud. C. a Sinzendorff.
L. S. Gundaccarus C. a Starhenberg.

Specification des engagemens du traité signé à Seville le 9e et le 21e 1729.

Qu'on effectuera dès à present l'introduction des garnisons dans les places de Livourne, Porto Ferrajo, Parme et Plaisance, au nombre de six mille hommes des troupes de sa M^té^ catholique et à sa solde, lesquels serviront pour la plus grande assurance et conservation de la succession immediate des dits etats en faveur du serenissime infant don Carlos et pour être en êtat de resister à toute entreprise et opposition qui pour-

roit être suscitée au préjudice de ce qui a été reglé sur la dite succession.

Que les puissances contractantes feront dès à présent toutes les diligences qu'elles croiront convenables à la dignité et au repos des serenissimes grand duc de Toscane et duc de Parme, afin que les garnisons soient reçûes avec la plus grande tranquilité et sans oposition, dès qu'elles se presenteront à la vûe des places où elles devront être introduites.

Que les dites garnisons feront aux presens possesseurs le serment de defendre leurs personnes, souverainetés, biens et etats et sujets en tout ce qui ne sera point contraire au droit de succession reservé au serenissime infant don Carlos, et les presens possesseurs ne pourront rien demander ou exiger qui y soit contraire.

Que les dites garnisons ne se mêleront directement ni indirectement sous aucun pretexte que ce puisse être des affaires du gouvernement politique, economique ni civil, et auront ordre très exprès de rendre aux serenissimes grand duc de Toscane et duc de Parme tous les respects et honeurs militaires qui sont dûs à des souverains dans leurs etats.

Que l'objet de l'introduction des dits six mille hommes des troupes de sa M^té^ catholique et à sa solde êtant d'assurer au serenissime infant don Carlos la succession immediate des etats de Toscane, de Parme et de Plaisance, sa M^té^ catholique promet tant pour elle que pour ses successeurs qu'aussitôt, que le serenissime infant don Carlos son fils ou tel autre qui sera à ses droits sera possesseur tranquile de dits etats et en sûreté contre toute invasion et autres justes motifs de crainte, elle fera retirer des places de ces etats les troupes qui seront siennes et non pas propres à l'infant don Carlos ou à celuy qui sera à ses droits, en sorte que par là la dite succession et possession reste assurée et exempte de tous evenemens.

Que les puissances contractantes s'engagent d'etablir selon les droits de succession qui ont été stipulés et de maintenir le serenissime infant don Carlos ou celui à qui passeront ses droits dans la possession et jouissance des etats de Toscane, Parme et Plaisance, lors qu'il y sera une fois établi; de le defendre de toute insulte contre quelque puissance que ce soit qui penseroit à l'inquieter, se declarant garantes à perpetuité

du droit, possession, tranquilité et repos du serenissime infant et de ses successeurs aux dits etats.

Qu'à l'égard des autres details ou reglemens, concernant la manutention des dites garnisons une fois établies dans les etats de Toscane, de Parme et de Plaisance, comme il est à présumer que sa Mté catholique et les serenissimes grand duc[1]) et duc de Parme en conviendront par un accord particulier, les autres puissances contractantes promettent que, dès que cet accord sera fait, elles le ratifieront et guarantiront tant envers sa Mté catholique qu'envers les serenissimes grand duc et duc de Parme.[2])

Specification de tous les engagements, tant publics que secrets, toûchant l'introduction des garnisons Espagnoles, selon le traité signé à Seville le 9e et le 21e Novembre 1729.

Diese Spezifikation stimmt wörtlich mit der vorhergehenden überein, enthält aber überdies folgende als geheim bezeichnete Ergänzung:

Que les parties contractantes conviendront non seulement de requerir les présens possesseurs de consentir à la tranquile et amiable introduction des dites garnisons, mais même de se servir de toutes voyes de persuasion, sommations et autres termes les plus propres a surmonter la resistance des dits possesseurs et de les amener à un consentement exprès.

Que les puissances contractantes se joindront pour obtenir, conjointement avec sa Mté catholique, de quelque maniere que ce soit, des serenissimes grand duc de Toscane et duc de Parme, que les garnisons qui seront établies dans leurs etats prêtent serment eventuel pour la sûreté, la conservation et la remise des dites places, en la forme dont on conviendra entre les parties, pour que rien ne puisse prejudicier aux droits du susdit infant don Carlos; qu'en tontes les places où elles seront reparties les troupes des possesseurs y soient des deux tiers moindres que celles de sa Mté catholique; que les presens possesseurs n'exigeront des dites troupes aucun service contraire aux droits acquis à l'infant don Carlos; que les commandans, officiers et soldats des dites garnisons seront traités ainsi que

[1]) *Scilicet „de Toscane."*

[2]) *Es folgt hier die Bestätigung, gleichlautend der der folgenden Specification, nur mit Auslassung der Worte „omnium tam publicorum quam secretorum articulorum."*

les troupes du païs; qu'on leur distribuera franchement des logemens et quartiers commodes selon leurs besoins; qu'on leur fournira sans difficulté et en payant tous les vivres dont ils pourront avoir besoin au même prix qu'aux habitans; que le roy d'Espagne aura toute liberté d'introduire et remplacer jusqu'à la concurrence des dits six mille hommes les soldats qui manqueront par maladie, mort ou desertion ou autre cause; que pourra pareillement sa Mté catholique après en avoir averti les presens possesseurs augmenter ou diminuer certaines garnisons selon le besoin, en diminuant ou augmentant les autres, retirer certains corps et y en substituer d'autres à son choix; que si les places où il y aura garnison faute d'artillerie ou autres munitions de guerre n'étoient par en êtat de défense, il sera libre à sa Mté catholique d'y pourvoir ou de ses propres arsenaux ou dans le pays même en payant. Et, faute de pouvoir obtenir les dits arrangemens qui sont justes et necessaires à la sûreté des garnisons, les parties contractantes s'engagent conjointement de faire executer toutes les dites conditions et arrangemens même par la force, sa Mté catholique s'obligeant de payer et entretenir les dites troupes.

Nos infrascripti ministri plenipotentiarii suae sacrae regiaeque Mtis britannicae et celsorum ac potentium statuum generalium foederati Belgii testatum facimus bona fide designatas esse ut supra conditiones omnium tam publicorum quam secretorum articulorum circa introductionem sex millium militum Hispanorum in oppida Hetruriae, Parmae et Placentiae contentorum in tractatu Hispalensi concluso nono et vicesimo primo diebus mensis Novembris, anno millesimo septingentesimo vicesimo nono. In cuius fidem hoc testimonium manu nostra subscripsimus sigillisque nostris communivimus. Actum Viennae die decima sexta mensis Martii, anno millesimo septingentesimo tricesimo primo.

L. S. Thomas Robinson.

Declaratio super Parmensi successione.

Ne inopina mors serenissimi principis Antonii Farnesii, dum viveret Parmae et Placentiae ducis, quae in id ipsum tempus, quo de concludendo praesenti tractatu agebatur, incidit, eiusdem conclusioni moram aut obstaculum afferret, sua Mtas

C^ea catholica vigore huius instrumenti declarat ac sese obstringit, quod illo in casu, quo spes de graviditate serenissimae ducis viduae praefati serenissimi ducis Antonii dum viveret coniugis concepta haud evanesceret ac dicta dux vidua prolem masculam in lucem ederet, cuncta ea, quae de introducendo in Parmae et Placentiae munita loca praesidiario Hispano milite tum articulo tertio tractatus hodierna die conclusi tum declarationis instrumento desuper dato sancita sunt, aeque locum obtinere debeant, ac si mors ista inopina haud contigisset.

Quod si vero vel evanesceret spes de graviditate praedictae ducis viduae concepta, vel posthumam illa in lucem ederet, tum antefata sua M^tas C^ea declarat ac sese obstringit, quod loco introducendi in munita Parmae et Placentiae loca praesidiarii Hispani militis ipse serenissimus Hispaniarum infans Carolus iuxta normam, de qua imperii accedente consensu cum Hispana aula olim convenerat, literasque investiturae eventualis, quarum tenor in omnibus articulis, clausulis ac conditionibus pro repetito ac confirmato habendus est, in possessionem praefatorum ducatuum mittendus sit; ita tamen, ut prius tam dictus Hispaniarum infans quam Hispana aula iis faciat satis, quae tractatus anteriores, quorum imperator accedente imperii consensu pars contrahens extitit, requirunt. Cumque post mortem antememorati ducis Antonii Farnesii miles caerareus in munita Parmae et Placentiae loca introductus sit non ea mente, ut obstaculum afferretur successioni eventuali, prouti illa serenissimo infanti Carolo per tractatum Londinensem vulgo foedus quadruplex nuncupatum destinata fuerat, sed ut anteverterentur quaecunque Italiae tranquillitatem turbare poterant consilia, sacra sua M^tas C^ea catholica quietem publicam iuxta pacifica sua vota tractatu hodierna die concluso in quantum fieri potuit stabilitam firmatamque cernens denuo declarat, quod immittendo copias suas in munita Parmae et Placentiae loca non alia sibi mens fuerit, quam ut quantum penes ipsam erat successionem serenissimi infantis Don Carlos, prouti illa tractatu Londinensi eidem infanti destinata fuit, magis suffulciret; quodque tantum absit, ut vel praedictae successioni, si forsan proles mascula Farnesia penitus foret extincta, obsistere vel etiam introductioni praesidiarii Hispani militis, si forsan dux vidua posthumum in lucem ederet, opponere sese velit, quod potius declaret et promittat, proprio iussu copias suas inde educendas fore, seu ut ipse in-

fans Carolus in possessionem saepe memoratorum ducatuum iuxta tenorem literarum investiturae eventualis mittatur, seu ut introduci ibidem pacate et nemine obsistente Hispana praesidia queant; quae ipsa praesidia non alii usui inservire debebunt, quam ut certior de executione promissae sibi successionis in eum casum, quo proles mascula Farnesia penitus erit extincta, infans Carolus reddatur.

Praesens haec declaratio eandem vim et robur habeat, ac si tractatui hodierna die concluso verbotenus esset inserta, atque eodem modo et intra idem temporis spatium quo ipse tractatus ratihabebitur et ratihabitionum tabulae invicem extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hanc declarationem subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Viennae die decima sexta Martii, anno domini millesimo septingentesimo trigesimo primo.[1])

Declaratio a ministris regis Magnae-Britanniae et dominorum ordinum generalium plena facultate munitis subscripta.

Quandoquidem inter alias conditiones, de quibus tractatu Hispalensi nona ac vigesima prima Novembris die anno 1729 subscripto favore magni Hetruriae ducatus tum Parmae Placentiaeque ducatuum convenerat, cautum quoque fuit, ut quam primum serenissimus Hispaniarum infans Carolus vel is, qui in iura eiusdem subintrat, in quieta possessione destinatae sibi successionis et securus ab omni hostili invasione ac contra iustas formidinum causas fuerit, tunc regia sua M^tas^ catholica protinus effectui sit datura, ut copiae ad ipsam et non ad infantem Carolum vel eum, qui in iura eiusdem uti antea dictum est subintrat, spectantes ex antememoratis ducatibus educantur, infrascripti ministri regis Magnae-Britanniae et dominorum ordinum generalium vigore praesentis instrumenti declarant, quod quemadmodum altefata regia sua M^tas^ britannica et celsi et potentes status generales foederati Belgii nunquam non promissa sua adimplere consueverunt, ita etiam constans illorum mens ac voluntas sit, ut praedictis in casibus Hispana praesidia ex Hetruriae, Parmae et Placentiae ducatibus protinus educantur.

Praesens haec declaratio secreta maneto, habeat tamen eandem vim, ac si tractatui hodierna die concluso verbotenus

---

[1]) *Dieselben Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

esset inserta, atque eodem modo et intra idem temporis spatium quo ipse tractatus ratihabebitur et ratihabitionum tabulae invicem extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti Magnae-Britanniae regis et dominorum ordinum generalium ministri vigore plenipotentiarum hodie exhibitarum hanc declarationem subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Viennae die decima sexta Martii, anno domini millesimo septingentesimo trigesimo primo.

L. S. Thomas Robinson.

Articulus separatus.

Cum tractatus hodierna die inter M^tem^ suam C^eam^ et catholicam, M^tem^ suam britannicam et celsos ac potentes dominos ordines generales unitarum Belgii provinciarum conclusus a ministro dictorum ordinum generalium in aula C^ea^ commorante ideo subscribi et signari haud potuerit, quod iuxta morem in republica usitatum eiusque regiminis formam plenipotentiarum tabulae pro dicto ministro tam cito ac opus fuit expediri nequiverunt, conventum inter C^eam^ et regiam britannicam M^tem^ est, ut praefati ordines generales (quippe quos conditiones in hoc tractatu sancitae plurimum tangunt) pro parte principali contractante habeantur ac cenceantur, sicuti etiam in ipso tractatu nominatim inserti sunt, sub spe scilicet fidentissima, illos eidem tam cito accessuros, ac consueta regiminis ipsorum forma pati id poterit. Et quoniam studium, quod respublica illa pro stabilienda firmandaque tranquillitate publica testatur, praedictis M^tibus^ nullum dubitandi locum relinquit, quin et praefata respublica, quo particeps fiat eorum quae in ipsius favorem antememorato tractatu sancita reperiuntur,[1]) pars eiusdem principalis contrahens quantocyus fieri cupiat, eo communi opera allaborabunt ambae M^tes^ suae, ut intra tres menses a die subscriptionis praesentis tractatus computandos aut citius si fieri poterit nomine quoque dictorum ordinum generalium hic ipse tractatus Hagae Comitum subscribi et signari possit. Necessarium enim tam C^eae^ quam regiae britannicae M^ti^ pro assequendo scopo qui praesente tractatu intenditur perficiendoque

---

[1]) *Die Worte quae bis reperiuntur wurden von Robinson auf eindringliches Begehren der Kaiserlichen zugestanden.*

communis tranquillitatis opere visum est, ut saepe memorati ordines generales in partem quoque ac societatem horum pactorum veniant.

Articulus hic separatus eandem vim obtinebit, ac si ipsimet tractatui hodie concluso signatoque verbotenus esset insertus, ratihebebiturque eodem modo atque ratihabitionum tabulae intra idem tempus cum ipso tractatu extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hunc articulum separatum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Viennae die decima sexta Martii, anno domini millesimo septingentesimo trigesimo primo.

L. S. Eugenius a Sabaudia. L. S. Thomas Robinson.
L. S. Philippus Lud. C. a Sinzendorff.
L. S. Gundaccarus C. Starhenberg.

Articulus secretus.

Quamvis articulo separato hodierna die subscripto, quo conventum est, ut celsi ac potentes domini status generales foederati Belgii pro parte principali contrahente tractatus hodierna pariter die conclusi censeri et haberi debeant, inter alia dictum sit, quod suae M^ti^ C^eae^ et suae M^ti^ britannicae nullus dubitandi locus supersit, quin et praefati status generales foederati Belgii, quo participes fiant eorum quae in ipsorum favorem antememorato tractatu sancita reperiuntur, pars eiusdem principalis contrahens quantocyus fieri cupiant, sua tamen regia Magnae-Britanniae M^tas^ non aliter insertioni verborum: „quo participes fiant eorum quae in ipsorum favorem antememorato tractatu sancita reperiuntur", consensit, quam ut hac ratione eo facilius permoveantur praefati status generales, ut diuturniore mora haud interposita sua quoque ex parte ad antedictum tractatum concurrant. Quoniam vero non minus subditorum suae regiae britannicae M^tis^ ac eorum, qui dominationi praefatorum statuum generalium subsunt, interest, ut sua M^tas^ C^ea^ cessare penitus faciat omne ex Belgio austriaco aliisque ditionibus, quae tempore Caroli secundi Hispaniarum quondam regis catholici sub Hispana dominatione erant, in Indias orientales commercium, id quod favore suae M^tis^ britannicae executioni dari non potest absque eo, quod et saepefati status generales foederati Belgii

in partem emolumenti veniant; ideo sua M^tas^ C^ea^ catholica, ne subditi regis Magnae-Britanniae ob moram statuum generalium foederati Belgii commodis ex tam solenni stipulatione in ipsos redundantibus priventur, consentit ac promittit, quod suspensionem antedicti in Indias orientales commercii non obstante mora ista per totum illud morae tempus continuare velit, ipsum vero commercium statim cessare penitus et in perpetuum debeat, ac saepe memorati status generales foederati Belgii ad tractatum hodierna die conclusum accesserint.

Praesens articulus secretus maneto, habeat tamen eandem vim ac robur, ac si ipsimet tractatui hodie concluso signatoque verbotenus esset insertus, ratihabebiturque eodem modo atque ratihabitionum tabulae intra idem tempus cum ipso tractatu extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hunc articulum secretum subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Viennae die decima sexta Martii, anno domini millesimo septingentesimo trigesimo primo.

L. S. Eugenius a Sabaudia. L. S. Thomas Robinson.
L. S. Philippus Lud. C. a Sinzendorff.
L. S. Gundaccarus C. a Starhenberg.

Articulus primus secretissimus.

Quamvis articulo secundo tractatus hodierna die cum sacra C^ea^ catholica M^te^ conclusi, sacra regia M^tas^ Magnae-Britanniae et celsi ac potentes domini status generales uniti Belgii absque ullo omnino restrictione sese obstrinxerint, quod cum succedendi ordinem, qui iuxta sanctionem pragmaticam de anno 1713 in serenissima domo austriaca obtinet, contra quoscunque tueri atque ut aiunt guarantigiare velint ac teneantur, conventum tamen simul inter partes eundem tractatum contrahentes est, quod altefata regia sua M^tas^ Magnae-Britanniae et antememorati domini status generales uniti Belgii ad praestandam et explendam hanc guarantiam toties haud teneantur, quoties illa ex serenissimis archiducibus foeminis, ad quam iuxta praefatum succedendi ordinem omnia regna ac provinciae hereditariae, quas sua sacra C^ea^ catholica M^tas^ actu possidet, devolventur, nupta fuerit principi per masculos ex domo Borbonia oriundo.

Articulus secundus secretissimus.

Cum vero per articulum secretissimum praecedentem solummodo prôvisum sit, quod sacra regia M^tas^ Magnae-Britanniae et celsi ac potentes domini status generales uniti Belgii ad explendam guarantiam, quae in articulo secundo tractatus hodierna die cum sacra C^ea^ catholica M^te^ conclusi sancita est, toties haud teneantur, quoties illa ex serenissimis archiducibus foeminis, ad quam iuxta praefatum succedendi ordinem omnia regna ac provinciae hereditariae, quas sua sacra C^ea^ catholica M^tas^ actu possidet, devolventur, nupta fuerit principi per masculos ex domo Borbonia oriundo, necessarium simul visum fuit pro aliis quoque casibus pariter providere, ne inde, quod conservandum intenditur, Europae aequilibrium detrimenti quid capiat. Quapropter inter partes contrahentes conventum porro est, ut quoties illa ex archiducibus foeminis, ad quam iuxta ordinem succedendi in sanctione pragmatica de anno 1713 expressum futuris temporibus omnia regna ac provinciae hereditariae, quas sua sacra C^ea^ catholica M^tas^ modo possidet, actu devolventur, nupta fuerit principi tanta demum potentia et tot statibus praedito ut, si ea potentia statusque ii regnis ac provinciis hereditariis, quas serenissima domus austriaca iamiam possidet, unirentur, iustae inde et legitimae formidinum causae pro communi Europae tranquillitate eiusdemque aequilibrio enascerentur, toties liberum sit ac esse debeat huic principi vel transferendo ditiones antea ad ipsum spectantes in proximum agnatum iure ac beneficio guarantiae, quae in articulo secundo tractatus hodierna die conclusi sancita est, uti, vel si ditiones antea ad ipsum spectantes retinere velit, huic guarantiae iuri ac beneficio renuntiare; ita quidem, ut priore in casu sua sacra M^tas^ britannica et celsi ac potentes ordines generales foederati Belgii ad implendas guarantiae leges aeque teneantur, ac si praefata archidux foemina principi tanta potentia praedito nupta haud fuisset, posteriore vero in casu antememorata sua M^tas^ britannica et celsi ac potentes status generales foederati Belgii liberi sint a guarantia saepe citato articulo secundo tractatus hodierna die conclusi promissa; salva caeteroquin in omnibus aliis casibus sub exceptionibus duabus, quae in praesenti et in immediate antecedente articulo secreto continentur, haud com-

prehensis manente regula in praefato articulo secundo tractatus hodierna die conclusi stabilita.

Praemissi duo articuli secreti manento, habeant tamen eandem vim ac robur, ac si ipsi tractatui de verbo ad verbum essent inserti, atque eodem modo et intra idem temporis spatium quo ipse tractatus ratihabebuntur ac ratihabitionum tabulae invicem extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hos duos articulos secretissimos subscripsimus et sigillis nostris communivimus. Actum Viennae Austriae die decima sexta Martii, anno domini millessimo septingentesimo trigesimo primo.[1])

29.

Vertrag zwischen Karl VI., Georg II. und Philipp V. von Spanien samt einem Separat-, 2 geheimen Separatartikeln und einer Deklaration d. d. Wien 1731 Juli 22.

Rat. Georgs II. d. d. Hamptoncourt 1731 Juli 29/August 9; Karls VI. d. d. Wien 1731 Sept 8; Philipps V. d. d. Sevilla 1731 Aug. 18.

Die Originale des Hauptvertrages, der verschiedenen Separatartikel und der Deklaration befinden sich im St.-A. und im R. O.; das Original der Ratifikation Georgs im St.-A., Karls VI. im R. O. — Drucke bei Bittner Nr. 790.

Unmittelbar nach erfolgter Unterzeichnung des Wiener Vertrages vom 16. März 1731 begannen der Kaiser und der König von England mit den Spaniern Verhandlungen, um diese zur Gutheissung und zur Durchführung der sie betreffenden Verfügungen der erwähnten Vereinbarung zu bewegen.[2]) *Dieselben verliefen nicht so glatt, als der Wiener Hof erwartet und gewünscht hatte. Die Spanier zeigten sich durchaus nicht geneigt, die Bestimmungen des dritten Artikels und der 3 Deklarationen des Wiener Vertrages, die sie betrafen, rückhaltslos anzuerkennen; sie dachten vielmehr einige ihren Interessen förderliche Änderungen an denselben vorzunehmen, und wurden in diesem Bemühen*

---

[1]) *Dieselben Unterschriften wie beim vorhergehenden Geheimartikel.*

[2]) *Dafür dass Spanien bis Anfang März in den Gang der österreichisch-englischen Verhandlungen nicht eingeweiht worden war vgl. Baudrillart l. c. IV. 92.*

von den Franzosen angeeifert, die eifersüchtig auf England und dessen im Vertrage von Sevilla errungene Handelsvorteile die Seemächte und Spanien zu veruneinigen suchten. Gerade deshalb aber waren die Engländer eifrigst darauf aus, durch strikte Erfüllung der von ihnen Spanien gegenüber übernommenen Verpflichtungen, dieser Macht jeden Vorwand zum Widerrufe der den Engländern im Jahre 1729 zugesagten Handelsvorteile zu nehmen. Sie waren daher bestrebt, den Wiener Hof zur Billigung der neuen spanischen Forderungen zu bewegen, die namentlich die Succession in Parma betrafen.[1] *Es kann übrigens kein Zweifel darüber bestehen, dass sie zu dieser Haltung auch mit durch die Furcht bestimmt wurden, die Spanier könnten über ihren Kopf hinweg direkte Verhandlungen mit dem Kaiser beginnen. Robinson erfuhr, dass Liria, Spaniens Botschafter am Wiener Hofe, in der Tat Vollmachten dieser Art erhalten hatte*[2] *und wurde nicht müde, den kaiserlichen Ministern von einseitigen Verhandlungen abzuraten und zu betonen, dass es Spanien mit dem Kaiserhause nicht ehrlich meine, dass es lediglich darauf aus sei, England und Österreich zu veruneinigen.*

Die Befürchtungen Robinsons waren nicht unbegründet. Liria bemühte sich, die Frage der Vermählung des Don Carlos mit einer der Töchter Karls VI. wieder zur Erörterung zu stellen und betonte, dass sein Herr unter dieser Bedingung zur Erneuerung der alten Verträge bereit sei.[3] *Allein Karl VI. war fest entschlossen, an den Bestimmungen des Wiener Vertrages festzuhalten*[4] *und misstraute dem spanischen Hofe überdies viel zu sehr, um sich auf gefährliche Unterhandlungen mit demselben einzulassen. Unter diesen Umständen blieb Liria nichts übrig, als die Forderungen seines Herrn bezüglich der spanischen Besatzungen und der Thronfolgeordnung in Toscana, Parma und Piacenza von neuem vorzubringen. Der Kaiser verhandelte mit ihm, gab aber zugleich Robinson Kunde von dem Geschehenen und forderte dessen Teilnahme an der Beratung über die Antwort, die man den Spaniern geben solle. Dieselbe fand am 7. Juni 1731 statt. Robinson sprach sich auf das entschiedenste gegen den Abschluss eines neuen Vertrages, den Spanien wünschte, und für die blosse Accession dieser*

---

[1]) *Vgl. Baudrillart l. c. IV. 93.*

[2]) *Vgl. für die Liria zugekommene Instruktion Baudrillart l. c. IV. 94.*

[3]) *Vgl. Baudrillart l. c. IV. 94.*

[4]) *Robinson hatte in diesem Sinne im Mai nach London berichtet; die englische Regierung betonte daher in ihrer Antwort an Robinson ihre Geneigtheit an den Österreich gegenüber eingegangenen Verpflichtungen festzuhalten. Weisung an Robinson d. d. 15. Juni 1731 R. O.*

Macht zu dem ganzen Vertrage vom 16. März oder blos zum 3. Artikel desselben aus. Die Räte Karls VI. schlossen sich dieser Meinung an; Liria wurde von dem Resultate der Beratung verständigt, erklärte aber auf der Abfassung eines neuen Vertrages bestehen zu müssen. Während nun die kaiserlichen Minister in Verhandlungen mit Robinson eintraten,[1] *die über Form und Inhalt der mit Spanien zu treffenden Vereinbarungen entscheiden sollten, erfuhr man am Wiener Hofe, dass Keene, der Vertreter Englands in Madrid, am 6. Juni eine separate Abmachung mit der spanischen Regierung unterzeichnet habe, nach der Spanien sich verpflichtete, alle England betreffenden günstigen Bestimmungen des Vertrages von Sevilla — ungeachtet der widersprechenden Verfügungen der im Januar 1731 mit Frankreich getroffenen Vereinbarung — genau zu beobachten, vorausgesetzt, dass die im Wiener Vertrage festgesetzte Einführung der 6000 Spanier in die Don Carlos zugedachten Gebiete innerhalb einer Frist von 5 Monaten erfolgen sollte.*[2] *Die Entrüstung der Wiener Regierung war gross und nur schwer gelang es Robinson, das durch dieses Vorgehen wieder wachgerufene Misstrauen der Kaiserlichen zu beseitigen, indem er die Schuld an dem Geschehenen der Eigenmächtigkeit des englischen Gesandten beimass und seinerseits alles mögliche tat, um den Abschluss des Vertrages mit den Spaniern zu fördern.*

Derselbe erfolgte am 22. Juli 1731. Die Quadrupelallianz und der vom Kaiser und dem Reiche am 7. Juni 1725 mit Spanien geschlossene Vertrag wurden durch diese Abmachung erneuert und genaue Verfügungen über die Thronfolge des Don Carlos in Toscana, Parma und Piacenza getroffen. Der Kaiser verpflichtete sich speziell gegen die friedliche Einquartierung der 6000 Spanier in die festen Plätze Toscana's, Parma's und Piacenza's auch dann keinen Einwand zu erheben, falls die Witwe des Herzogs von Parma einem männlichen Kinde das Leben schenken sollte. Falls die Hoffnungen dieser Fürstin sich überhaupt nicht erfüllen, oder ein Mädchen das Licht der Welt erblicken würde, dann sollte Don Carlos sogleich in den Besitz der Herrschaft gelangen. Karl VI. erklärte überdies, der Einmarsch der kaiserlichen Truppen in Parma und Piacenza habe nur den Zweck gehabt, die Rechte des Don Carlos, wie sie im Londoner Vertrage vom

---

[1] *Robinson wurde am 15. Juni 1731 bevollmächtigt mit Spanien abzuschliessen. Instr. im R. O.*

[2] *Vgl. Baudrillart l. c. IV. 96; daselbst — Anmerkung 1 — der Abdruck dieser Deklaration.*

2. August 1718 anerkannt worden waren, zu sichern. Zugleich wurde der Beschluss gefasst, den Beitritt des Grossherzogs Johann Gaston von Toscana zu diesem Bündnisse zu erwirken und festgesetzt, dass die Durchführung der ihn betreffenden Massregeln auch dann erfolgen sollte, falls er wider Erwarten zur Gutheissung derselben innerhalb einer Frist von 2 Monaten nicht zu bewegen sein sollte. Da aber bereits am 25. Juli — also bevor der Vertrag vom 22. Juli in Florenz angelangt sein konnte — eine Vereinbarung zwischen Spanien und Toscana getroffen worden war, so unterzeichneten die Vertreter Englands, Österreichs und Spaniens am 9. Sept. 1731 in Wien eine Erklärung, in der Philipp V. betonte, dass die Abmachung vom 25. Juli den Bestimmungen des Vertrages vom 22. Juli nicht zuwiderlaufe,[1]) *wogegen England und der Kaiser die Bestimmungen des Vertrages vom 25. Juli annahmen. Kurze Zeit darauf — am 21. Sept. — unterzeichneten die Vertreter Englands, Österreichs, Spaniens und Toscanas die Urkunde, die den Beitritt des Grossherzogs von Toscana zum Wiener Vertrage vom 22. Juli 1731 zum Inhalte hatte.*

In nomine sanctissimae ac individuae trinitatis amen.

Notum sit omnibus ac singulis quorum interest aut quomodocunque interesse postest.

Postquam super introductione praesidiarii Hispani militis, cui loco militis neutrarum partium, de quo quadruplice foedere convenerat, custodiam munitorum Hetruriae, Parmae et Placentiae locorum sua M^tas^ catholica committi desideraverat, varii motus non absque publicae tranquillitatis periculo exorti sint, sua M^tas^ C^ea^ catholica et sua M^tas^ regio-britannica praevertendis malis, quae inde eruptura timebantur, articulo tertio tractatus die decima sexta Martii praesentis anni Viennae conclusi signatique atque duabus declarationibus eo partinentibus ita desuper convenerunt, sicuti ex tenore huius articuli atque praedictarum declarationum uberius elucescit; qui quidem tenor de verbo ad verbum ita sese habet.

Insertio articuli III tractatus die 16^a^ Martii 1731 conclusi; declarationis super Parmensi successione; declarationis super

---

[1]) *Dies geschah, um die Opposition des Kaisers, der ursprünglich gegen die Giltigkeit dieses Vertrages protestiert hatte, zu beseitigen. Vgl. die Weisung an Kinsky nach London d. d. 26. Aug. 1731. St.-A.*

praesidiis Hispanis in munita Hetruriae, Parmae et Placentiae loca introducendis et specificationis „des engagemens du traité de Seville."[1])

Cum proinde regia sua M^tas^ catholica, facta sibi huius articuli atque declarationum eo pertinentium communicatione, desiderio suo non nisi ad firmandam magis magisque serenissimo infanti Carolo filio suo eventualem in Hetruriae, Parmae et Placentiae ducatus successionem collimanti atque sponsionibus inter eandem et regiam Magnae-Britanniae M^tem^ initis, prouti illae suae M^ti^ C^eae^ catholicae communicatae atque praeinsertis declarationibus explanatae fuerunt, penitus satisfactum cerneret, sua quoque ex parte iis deesse noluit, quae communi quieti firmius adhuc stabiliendae inservire poterant.

Quem quidem in finem sacra sua M^tas^ C^ea^ catholica celsissimum principem ac dominum Eugenium Sabaudiae et Pedemontium principem, altefatae suae M^tis^ C^eae^ catholicae consiliarium actualem intimum, consilii aulico bellici praesidem suumque locumtenentem generalem, sacri Romani imperii campi mareschallum ac eiusdem regnorum ac statuum per Italiam vicarium generalem et unius desultoriorum legionis praefectum, aurei velleris equitem, nec non illustrissimum et excellentissimum dominum Philippum Ludovicum, sacri Romani imperii thesaurarium haereditarium, comitem a Sinzendorff, liberum baronem in Ernstbrunn, dominum dynastiarum Gföll, superioris Selowiz, Porliz, Sabor, Mülzig, Loos, Zaan et Droskau, burggravium in Rheineck, supremum haereditarium scutiferum ac praecisorem in superiori et inferiori Austria ad Anasum, aurei velleris equitem, sacrae C^eae^ catholicae M^tis^ camerarium, actualem consiliarium intimum ac primum aulae cancellarium, ac illustrissimum et excellentissimum dominum Gundaccarum Thomam sacri Romani imperii comitem de Starhenberg, in Schaumburg et Waxenberg, dominum ditionum Eschelberg, Liechtenhaag, Rottenegg, Freystatt, Haus, Oberwalsee, Senfftenberg, Bodendorff, Hattwan, aurei velleris equitem, sacrae C^eae^ catholicae M^tis^ consiliarium intimum actualem, archiducatus Austriae superioris et inferioris mareschallum haereditarium et denique illustrissimum et excellentissimum dominum Josephum Lotharium sacri Romani imperii comitem a Koenigsegg et Rothenfels, dominum in Aulen-

[1]) *Vgl. den Abdruck p. 495 f.; 503 ff.*

dorff et Stauffen, sacrae C^eae catholicae M^tis consiliarium actualem intimum, consilii aulico-bellici vicepraesidem, generalem campi mareschallum, Warasdini et confinium Petriniorum praefectum generalem, unius legionis pedestris tribunum et ordinis albae aquilae polonicae equitem; sacra vero regio-britannica M^tas dominum Thomam Robinson, armigerum, in comitiis parlamenti Magnae-Britanniae senatorem et ministrum suum apud praedictam M^tem suam C^eam catholicam; et sacra denique regio-catholica M^tas illustrissimum et excellentissimum dominum Jacobum Franciscum Fitzjames, duca de Liria et de Xerica, ex magnatibus Hispaniae primae classis, aurei velleris et sanctorum Andreae et Alexandri de Russia equitem, primum regentem perpetuum civitatis sancti Philippi, sacrae regiae catholicae M^tis cubicularium, castrorum praefectum suumque apud altefatam M^tem suam C^eam catholicam ministrum plenipotentiarium, plena potestate muniverunt, qui collatis inter se consiliis et commutatis prius plenipotentiarum tabulis in sequentes articulos et conditiones convenerunt.

I.

Sacra sua regia-catholica M^tas probe perpenso praeinserto articulo tertio tractatus die decima sexta Martii praesentis anni conclusi et probe perpensis duabus declarationibus pariter praeinsertis, cuius quidem articuli et quarum declarationum tenor in eo iam est ut effectui detur, nihil amplius a se desiderari, quin potius iisdem se penitus acquiescere professa est. Atque ne ullus dubio aut controversiae locus supersit, promptam sese insuper paratamque exhibuit, ut tum tractatus Londini die secunda Augusti anno 1718 initus ac vulgo foedus quadruplex nuncupatus, tum pax Viennae Austriae die septima Junii anno 1725 inter sacram C^eam catholicam M^tem sacrumque Romanum imperium ex una atque altefatam sacram regiam catholicam M^tem ex altera parte conclusa plene in omnibus articulis, clausulis ac conditionibus renoventur ac firmentur iis tantum exceptis, quae de immutandis neutrarum partium praesidiis in Hispana praesidia supracitato articulo ac declarationibus mutuo consensu placuerunt atque presente tractatu denuo corroborata sunt. Hunc itaque in finem sacra sua regia catholica M^tas declaravit, sicuti vigore huius articuli declarat, quod praecitati tractatus plene renovati ac denuo firmati censendi sint, prouti

etiam praesente articulo renovantur ac denuo firmantur, promittitque sacra sua regia catholica M^tas^ tam pro se quam pro haeredibus suis ac successoribus et speciatim pro eo insuper ex descendentibus suis masculis, cui iuxta modo memoratos tractatus tenoremque literarum investiturae eventualis die nona Decembris anno 1723 expeditarum extincta penitus linea Medicea et Farnesia mascula successio in antedictos Hetruriae, Parmae et Placentiae ducatus debetur, aut ad quem haec ipsa successio futuris temporibus devolvetur, quod tam ipsa quam haeredes sui ac successores et speciatim is ex descendentibus suis masculis, ad quem modo memorata successio devoluta fuerit, praestare atque adimplere omnia ea ac singula velint ac teneantur, quae in praecitatis duobus tractatibus continentur.

II.

Vicissim sacra C^ca^ catholiça M^tas^ et sacra regia britannica M^tas^ promittunt ac sese sacrae regiae catholicae M^ti^ ipsiusque haeredibus ac successoribus obstringunt, quod favore prolis masculae praesentis Hispaniarum reginae, prout illa iuxta tractatus antea citatos ac tenorem literarum investiturae eventualis ad successionem in Hetruriae, Parmae et Placentiae ducatus vocata est, omnia ea ac singula adimplere velint, quae in praeinserto articulo tertio tractatus die decima sexta Martii huius anni conclusi ac duabus declarationibus pariter praeinsertis disposita reperiuntur. Nec minus sacra C^ca^ catholica M^tas^ et sacra regia Magnae-Britanniae M^tas^ acceptando renovationem foederis quadruplicis nuncupati, sacra autem C^ca^ catholica M^tas^ acceptando insuper renovationem pacis die septima Junii anno 1725 inter eandem et sacrum Romanum imperium ex una tum sacram regiam catholicam M^tem^ ex altera parte conclusae promittunt ac sese pro se ac suis haeredibus et successoribus obstringunt, quod sua quoque ex parte, in quantum ad unamquamque earundem spectat, erga sacram regiam catholicam M^tem^ et ipsius haeredes et successores fideliter sint adimpleturae, quaecunque vigore huius acceptationis praestanda veniunt; nimirum sacra C^ca^ catholica M^tas^ quaecunque tum in foedere quadruplice tum in antememorata pace die 7^a^ Junii anno 1725 conclusa sancita sunt, sacra vero regia britannica M^tas^ quaecunque iuxta foedus quadruplex nuncupatum ab eadem adimplenda veniunt.

III.

Quae hactenus mutuo ac irrevocabili partium contrahentium consensu placuerunt, normae loco inservire debebunt, sive unice de introducendo prąesidiario Hispano milite, sive casu aperturae in quadruplice foedere expresso existente de immissione quoque serenissimi Hispaniarum infantis Caroli in Parmae Placentiaeque ducatus quaestio sit; ita nimirum, ut ultimo hoc in casu praefatus serenissimus Hispaniarum infans Carolus, aut qui post eum articulo quinto foederis quadruplicis ad successionem hanc eventualiter vocatur, possessionem horum ducatuum ea plane ratione, quae in literis investiturae eventualis de die nona Decembris anno 1723 expressa est, adipisci possit ac debeat.

IV.

Cum ea, quae favore serenissimi Hispaniarum infantis Caroli aut eorum, qui in iura ipsius iuxta antememoratos tractatus subintrant, articulo quinto foederis quadruplicis disposita reperiuntur, tum etiam sponsiones desuper inter sacram regiam britannicam et sacram regiam catholicam M^tem^ initae, iam dudum serenissimis, qui pro disparitate temporis tunc in vivis erant, magnae Hetruriae, Parmae et Placentiae ducibus exhibitae, neque minus praeinsertus articulus tertius tractatus die decima sexta Martii praesentis anni Viennae conclusi eoque pertinentes duae declarationes pariter praeinsertae magni Hetruriae ducis et Parmensi[1]) in aula caesarea commorantibus ministris communicatae fuerint, nihil autem pro corroboranda publica tranquillitate magis exoptandum sit, quam ut omne obstaculum et contradictio, unde remora forsan iis, quae mutuo partium contrahentium consensu hactenus placuerunt, afferri posset, quantocyus amoveatur; hinc est, quod sacra C^ea^ catholica M^tas^, sacra regia britannica M^tas^ et sacra regia catholica M^tas^ promiserint ac sese obligarint, quod unaquaeque earundem statim, ac praesens tractatus signatus atque subscriptus fuerit, omnem operam bona fide sit impensura, quo serenissimus quoque dux Hetruriae non tantum saepefatae praesidiarii Hispani militis introductioni sed et omnibus iis, quae alias iuxta antecitatos tractatus, conventiones et declarationes favore prolis masculae praesentis Hispaniarum reginae disposita reperiuntur, quantocyus assentiat,

[1]) *Scilicet ministro.*

ita tamen, ut subsecuto etiam praedicti magni Hetruriae ducis consensu cuncta, quae hactenus memorata sunt, non nisi post permutatas invicem ratihabitionum tabulas locum habere queant.

V.

Praeterea sacra Cea catholica Mtas, sacra regia Magnae-Britanniae Mtas et sacra regia catholica Mtas declarant, nihil sibi magis in votis esse, quam ut serenissimus magnus Hetruriae dux iis acquiescere velit, quibus in antememoratis tractatibus tum dignitati suae ac quieti, tum etiam propriae et subditorum statuum securitati consulitur. Quem quidem in finem praefatae partes contrahentes non tantum sibimet invicem sed et regiae suae celsitudini promittunt ac spondent, quod ea omnia et singula, quae in antecitatis tractatibus tum quoad dignitatem suam tum quoad propriam et subditorum statuum securitatem disposita reperiuntur, renovata ac confirmata censeri debeant, quodque ea tuenda et explenda seu uti vulgo vocant guarantigianda in se suscipiant.

VI.

Et quoniam pro assequendo perficiendoque salutari quem partes contrahentes intendunt scopo communis nimirum quietis penitus firmandae nihil magis expedire visum est, quam si serenissimus magnus dux Hetruriae praesenti tractatui accesserit, hinc est, quod eaedem partes contrahentes e re esse iudicarunt, regiam suam celsitudinem amicissimis verbis ad hanc quae modo memorata est accessionem invitare, sicuti eandem praesente articulo ad hoc ipsum invitant, quo nimirum regia sua celsitudine ad opus tam proficuum pariter concurrente eo securior sit publica Europae tranquillitas.

VII.

Praesens tractatus ratihabebitur et approbabitur a sua sacra Cea catholica Mte, a sua sacra regia Mte Magnae-Britanniae et a sua regia catholica Mte, et ratihabitionum tabulae intra spatium duorum mensium a die subscriptionis computandorum aut citius si fieri poterit Viennae Austriae invicem extradentur et commutabuntur.

In quorum fidem roburque tam caesarei commissarii, tanquam legati plenipotentiarii extraordinarii, quam regis Magnae-Britanniae et regis catholici ministri plena pariter facultate mu-

niti tabulas has propriis manibus subscripserunt et sigillis suis muniverunt.

Acta haec sunt Viennae Austriae die 22da mensis Julii, anno domini millesimo septingentesimo trigesimo primo.

L. S. E. a Sabaudia. L. S. Th. Robinson. L. S. J. d. de Liria et Xerica.
L. S. Philippus Lud. comes a Sinzendorff.
L. S. Gundaccarus comes a Starhenberg.
L. S. J. L. comes a Kinigsegg.

Articulus separatus.

Per articulum hunc separatum placuit et conventum est, titulos hoc in tractatu a partibus contrahentibus assumptos neutri partium contrahentium praeiudicio ulli haud fore, huicque articulo separato eandem vim esse, ac si ipsimet tractatui insertus fuisset, pari etiam modo ratihabendus.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum praesentem articulum subscripsimus et sigillis nostris communivimus.

Actum Viennae die 22da Julii anno 1731.[1])

Articulus separatus et secretus.

Cum sacrae C^eae^ catholicae M^ti^, sacrae regiae britannicae M^ti^ et sacrae regiae catholicae M^ti^ ea, quae dignitatem ac quietem serenissimi magni ducis Hetruriae tum securitatem subditorum eidem statuum concernunt, praecipuae curae cordique fuerint, utque exoptatus hicce finis obtineatur tractatu hodierna die inter altefatas M^tes^ suas inito satis provisum sit; spes quidem easdem firma tenet, haud difficulter regiam suam celsitudinem eo permotam iri, ut iis, quae favore ipsius renovata, firmata, disposita atque uti vulgo vocant guarantigiata fuerunt, acquiescere velit. Quod si tamen praeter spem ac communia vota nec amica partium contrahentium invitatio nec sponsiones vulgo guarantiae praesente tractatu favore regiae suae celsitudinis sancitae eidemque oblatae, nec opera iuxta articulum

[1]) *Es folgen die Unterschriften der österr. und des spanischen Bevollmächtigten wie im Hauptvertrage von demselben Tage; der Vertreter Englands unterzeichnete diesen Artikel nicht, da zwischen England und seinen Kontrahenten keine Titeldifferenz bestand.*

tertium tractatus die decima sexta Martii praesentis anni conclusi a sacra Cea catholica Mte pro amovendis obstaculis ibidem expressis impendenda, nec denique cuncta ea, quae de propensa sua in praesentem serenissimum magnum Hetruriae ducem mente et enixo studio eiusdem desideriis quantum fieri potest satisfaciendi sacra regia catholica Mtas per ministros suos Viennae et Florentiae existentes saepius testata fuit, pro obtinendo intra spatium duorum mensium a die subscripti huius tractatus computandorum regiae suae celsitudinis consensu sufficerent; ita quidem ut bimestri hoc temporis spatio elapso dubium adhuc foret, num regia sua celsitudo introductioni praesidiarii Hispani militis assentiri vel ad minimum huic ipsi introductioni eo, quo in tractatu expositum est, modo acquiescere velit, tunc sacra sua Cea catholica Mtas declarat ac vigore praesentis articuli promittit, quod nequaquam sese sit oppositura, quominus sponsiones desuper inter sacram suam regiam britannicam Mtem et sacram suam regiam Mtem catholicam initae, prouti illae hic exhibitae et partim prooemio huius tractatus insertae partim vero articulo eiusdem secreto annexae simulque declaratione super praesidiis Hispanis explanatae fuerunt, plenarium in omnibus sortiantur effectum.

Praesens articulus secretus maneto, habeat tamen eandem vim, ac si tractatui hodierna die concluso verbotenus esset insertus, atque eodem modo et intra idem temporis spatium quo ipse tractatus ratihabebitur et ratihabitionum tabulae invicem extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum praesentem articulum subscripsimus et sigillis nostris communivimus.

Actum Viennae die 22da Julii, anno domini millesimo septingentesimo trigesimo primo.[1])

Articulus separatus et secretus.

Quamvis in prooemio tractatus hodierna die inter sacram Ceam catholicam Mtem, sacram regiam britannicam Mtem et sacram regiam catholicam Mtem conclusi non nisi eae sponsiones super introductione praesidiarii Hispani militis inter ambas regias Magnae-

---

[1]) *Es folgen die eigenhändigen Unterschriften der Vertreter aller 3 Mächte wie in dem Hauptvertrage vom gleichen Tage.*

Britanniae et catholicam M^tes^ olim stabilitae recensitae sunt, quas publici iuris facere partibus contrahentibus e re esse visum fuerat,[1]) nihilominus tamen inter partes praesentem tractatum contrahentes simul conventum est, quod etiam respectu reliquarum sponsionum, quae sacrae C^eae^ catholicae M^ti^ separatim exhibitae et praesenti articulo secreto annexae sunt,[2]) tenor articuli tertii tractatus die decima sexta Martii huius anni Viennae conclusi ac duarum declarationum eo pertinentium aeque locum habere debeat, ac si haec quoque secreta sponsionum pars prooemio praesentis tractatus de verbo ad verbum pariter foret inserta.

Praesens articulus secretus maneto, habeat tamen eandem vim, ac si tractatui hodierna die concluso verbotenus esset insertus, atque eodem modo et intra idem temporis spatium quo ipse tractatus ratihabebitur et ratihabitionum tabulae invicem extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum praesentem articulum subscripsimus et sigillis nostris communivimus.

Actum Viennae die 22da Julii, anno domini millesimo septingentesimo trigesimo primo [3])

Declaratio.

Quamvis in fine articuli quarti tractatus hodierna die inter sacram C^eam^ catholicam M^tem^, sacram regiam britannicam M^tem^ et sacram regiam catholicam M^tem^ conclusi dictum sit, quod subsecuto etiam magni Hetruriae ducis consensu non nisi post permutatas invicem ratihabitionum tabulas ea locum habere queant, quae antea memorata fuerunt; simul tamen inter partes contrahentes conventum est, quod durante hoc intervallo, ne tempus navigationi commodum frustra elabatur, ea quae actualem introductionem praesidiarii Hispani militis antecedunt ita praeparari possint, ut Hispanis navibus eodem milite onustis in ea insulae Elvae parte, quae a sua M^te^ catholica modo possidetur, appellere et ibidem commorari liceat, usque dum de permutatis invicem ratihabitionum tabulis nuncius advenerit.

---

[1]) *Vgl. p. 504 ff.*

[2]) *Gemeint sind die p. 506 f. abgedruckten Bestimmungen.*

[3]) *Es folgen die eigenhändigen Unterschriften der Vertreter aller 3 Mächte wie im Hauptertrage von demselben Tage und die p. 506 f. abgedruckte „sponsio."*

Praesens declaratio secreta maneto, habeat tamen eandem vim, ac si tractatui hodierna die concluso verbotenus esset inserta, atque eodem modo et intra idem temporis spatium quo ipse tractatus ratihabebitur et ratihabitionum tabulae invicem extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hanc declarationem subscripsimus et sigillis nostris communivimus.

Actum Viennae die 22da Julii, anno domini millesimo septingentesimo trigesimo primo.[1])

30. und 31.

Deklaration der Vertreter Spaniens, Englands und Österreichs d. d. Wien Sept. 9, betreffend den zwischen Spanien und Toscana geschlossenen Vertrag d. d. Florenz 1731 Juli 25,

und

Konvention zwischen Karl VI., Georg II., Philipp V. von Spanien und Johann Gaston von Toscana d. d. Wien 1731 Sept. 21, betreffend des Letzteren Accession zum Vertrage vom 22. Juli 1731; nebst einer Deklaration dieses Fürsten d. d. Wien 1731 Nov. 17.[2])

Die Originale der Konvention sowie der Deklarationen befinden sich im St.-A. und im R. O. — Drucke bei Bittner Nr. 792 und 793.

30.

Cum, priusquam notitia de tractatu inter sacram Ceam catholicam Mtem, sacram regiam britannicam Mtem et sacram regiam catholicam Mtem die vigesima secunda Julii huius anni Viennae concluso Florentiam pervenisset, certa quaedam conventio die vigesima quinta eiusdem mensis Julii a ministris plenipotentiariis regiae suae catholicae Mtis atque regiae suae celsitudinis magni Hetruriae ducis ibidem subscripta signataque sit non nisi eo tendens, ut privata regiae suae celsitudinis eiusdemque sororis serenissimae electricis Palatinae viduae commoda absque ullo praeiudicio pactorum conventorum, a praecipuis Europae prin-

---

[1]) *Es folgen die eigenhändigen Unterschriften der Vertreter aller 3 Mächte wie im Hauptvertrage vom gleichen Tage.*

[2]) *Für die informierende Einleitung zu diesen Akten vgl. p. 517.*

cipibus initorum, foederis inprimis quadruplicis, pacis Viennae die 7ma Junii anno 1725 conclusae, tum supradicti tractatus de die 22da Julii huius anni, pacto quodam de familia ad familiam atque adeo tali ratione determinentur, quae intuitu iurium ab aliis principibus ad praefatam conventionem haud concurrentibus assertorum iisdem pactis conventis haud contrarietur, pro tollendo omni dubio necessarium iudicatum fuit, sacrae suae regiae catholicae Mtis quoad antedictam conventionem mentem solenni quodam declarationis instrumento explanare.

Quapropter ego infrascriptus sacrae regiae catholicae Mtis minister plenipotentiarius vigore plenipotentiae iam prius rite exhibitae atque recognitae praesenti instrumento nomine altefatae regiae catholicae Mtis testor atque spondeo, conventione die vigesima quinta Julii huius anni Florentiae subscripta signataque nulla plane in re derogari iis, ad quae tractatu die 22da eiusdem mensis Viennae Austriae concluso regia sua catholica Mtas erga reliquas partes eundem tractatum contrahentes sese obstrinxit, neque antedictam conventionem in praeiudicium sacrae suae Ceae catholicae Mtis sacrique Romani imperii et sacrae suae regiae britannicae Mtis ullatenus vergere posse aut debere.

Vicissim vero nos infrascripti ministri plenipotentiarii sacrae Ceae catholicae Mtis et sacrae regiae britannicae Mtis vigore plenipotentiarum rite pariter prius exhibitarum et recognitarum praefatam declarationem super conventione die 25ta Julii praesentis anni Florentiae subscripta nomine sacrae regiae catholicae Mtis factam quo fieri potest meliore modo acceptamus.

In quorum fidem nos infrascripti praesens declarationis instrumentum, de quo eodem tempore, cum ratihabitionum tabulae invicem extraderentur, conventum fuit, subscripsimus et sigillis nostris communivimus.

Actum Viennae die 9a Septembris, anno millesimo septingentesimo trigesimo primo.[1])

31.

Cum pro assequendo perficiendoque salutari scopo, quem tractatu die 22da mensis Julii praesentis anni Viennae subscripto signatoque sua sacra Cea catholica Mtas, sua sacra regia britannica Mtas et sua sacra regia catholica Mtas intenderunt, publicae

[1]) *Es folgen die eigenhändigen Unterschriften der Vertreter aller 3 Mächte ebenso wie im Hauptvertrag vom 22. Juli 1731.*

nimirum Europae tranquillitatis omni ex parte firmandae nihil iisdem expedire magis visum sit, quam si serenissimus magnus dux Hetruriae ad hunc ipsum tractatum accesserit, hinc est, quod eaedem partes contrahentes articulo eiusdem sexto e re esse iudicarunt, regiam suam celsitudinem amicissimis verbis invitare, quo et ipsa ad eum, qui modo memoratus est, tractatum concurrere velit.

Sicuti proinde regia sua celsitudo oblatis eidem in praedicto tractatu sponsionibus, et quae alias de propensa in eandem mente partes contrahentes testatae sunt, secura denuo reddita fuit, quod sacrae C^{mae} catholicae M^{ti}, sacrae regiae britannicae M^{ti} et sacrae regiae catholicae M^{ti} ea, quae dignitatem ac quietem suam tum securitatem et emolumentum subditorum sibi statuum concernunt, praecipuae curae cordique sint, quodque eaedem partes contrahentes in enixo studio persistant desideriis suis quantum fieri potest satisfaciendi, ita regia sua celsitudo hoc ipsum grata mente recolens et honori sibi ducens in laudabili proposito conservandae firmandaeque tranquillitatis publicae tantis principibus sociari, mature perpensis omnibus iis, quae in praecitato tractatu continentur, in quantum regiam suam celsitudinem, dignitatem ac quietem suam tum securitatem et emolumentum subditorum eidem statuum concernunt, ea omnia et singula accessione et acceptatione sua comprobare decrevit.

Et cum, priusquam notitia de concluso antedicto tractatu Florentiam pervenisset, conventio die 25ta eiusdem mensis Julii a ministris plenipotentiariis regiae suae catholicae M^{tis} atque regiae suae celsitudinis ibidem subscripta signataque ac dein hic exhibita sit non nisi eo tendens, ut privata regiae suae celsitudinis eiusdemque sororis serenissimae electricis Palatinae viduae commoda, absque ullo praeiudicio pactorum conventorum, a praecipuis Europae principibus initorum, pacto quodam de familia ad familiam atque adeo tali ratione determinentur, quae intuitu iurium ab aliis principibus ad praefatam conventionem haud concurrentibus assertorum iisdem pactis conventis haud contrarietur, necessarium simul iudicatum est, hanc ipsam partium antedictam conventionem contrahentium mentem solenni declarationis instrumento explanare.

Quo itaque omne circa eam, quae modo memorata est, conventionem dubium tollatur atque regia sua celsitudine ad scopum, quem partes tractatum die 22da Julii huius anni Vien-

nae conclusum contrahentes propositum sibi habuerunt, pariter concurrente eo securior sit communis quies, ego infrascriptus regiae suae celsitudinis magni Hetruriae ducis ad aulam caesaream ablegatus extraordinarius plena facultate rite exhibita atque recognita instructus nomine regiae suae celsitudinis declaro atque promitto, quod regia sua celsitudo omnibus et singulis, quae in saepememorato tractatu die 22da Julii huius anni Viennae concluso continentur, in quantum regiam suam celsitudinem, dignitatem ac quietem suam tum securitatem et emolumentum subditorum eidem statuum concernunt, plene accedat eademque omnia et singula acceptatione sua comprobet, quodque antedicta conventio de die 25ta eiusdem mensis Julii non alia mente inita fuerit, quam ut pacto quodam de familia ad familiam privata regiae suae celsitudinis eiusdemque sororis serenissimae electricis Palatinae viduae commoda innocua plane ac tali ratione firmentur, quae ne minima quidem in re in aliorum principum ad praefatam conventionem haud concurrentium praeiudicium aut in detrimentum iurium, quae ab aliis vigore pactorum conventorum a praecipuis Europae principibus initorum asseruntur, vergere possit aut debeat.

Vicissim vero nos infrascripti ministri plenipotentiarii sacrae Ceie catholicae Mtis, sacrae regiae britannicae Mtis et sacrae regiae catholicae Mtis vigore plenipotentiarum rite exhibitarum ac recognitarum, tum declarationem nomine regiae suae celsitudinis magni ducis Hetruriae super conventione die 25ta Julii Florentiae subscripta factam, tum etiam antedictam accessionem regiae suae celsitudinis ad tractatum die 22da eiusdem mensis Julii Viennae Austriae conclusum nomine altefatarum Mtum suarum acceptamus; ita quidem, ut altefatae Mtes suae ad adimplenda ac praestanda omnia ea, quae favore regiae suae celsitudinis tam quoad eiusdem quietem et dignitatem quam quoad securitatem ac emolumentum subditorum ipsi statuum in hoc qui modo memoratus est tractatu disposita reperiuntur, se suosque haeredes ac successores regiae suae celsitudini obligent atque obstringant.

Praesens instrumentum accessionis, declarationis atque acceptationis ab omnibus partibus compaciscentibus ratihabebitur atque ratihabitionum tabulae in consueta debitaque forma expeditae intra spatium duorum mensium a die subscriptionis

computandorum aut citius si fieri poterit Viennae Austriae commutabuntur atque invicem extradentur.

In quorum omnium fidem nos infrascripti praesens accessionis, declarationis atque acceptationis instrumentum subscripsimus et sigillis nostris communivimus.

Actum Viennae die 21. Septembris, anno millesimo septingentesimo trigesimo primo.[1])

Declaratio a ministro plenipotentiario regiae suae celsitudinis magni ducis Hetruriae subscribenda.

Cum ratihabitionum tabulae instrumenti accessionis, declarationis et acceptationis die vigesima prima Septembris huius anni a ministris plenipotentiariis sacrae C^eae^ catholicae M^tis^, sacrae regiae catholicae M^tis^ et sacrae regiae britannicae M^tis^ Viennae subscripti signatique contra receptum hactenus morem ex parte regiae suae celsitudinis magni Hetruriae ducis italico idiomate confectae atque extraditae sint, ne hoc exemplum in usum posthaec trahatur, ego infrascriptus eiusdem regiae suae celsitudinis minister plenipotentiarius declaro, quod idioma italicum in confectione antedictarum tabularum ratihabitionis adhibitum nullo unquam tempore in exemplum trahi aut allegari queat, verum usus antea receptus tabulas eiusmodi latino idiomate conficiendi et extradendi in similibus casibus locum porro obtinere debeat absque eo, quod huic ipsi usui acceptatione praefatarum ratihabitionis tabularum ullo modo derogatum sit.

In quorum fidem ego infrascriptus minister plenipotentiarius regiae suae celsitudinis magni ducis Hetruriae praesentem declarationem subscripsi et sigillo meo communivi. Viennae Austriae die 17ma Novembris, anno domini millesimo septingentesimo trigesimo primo.

L. S. Ferdinandus marchio de Bartolomei.

---

[1]) *Es folgen die eigenhändigen Unterschriften der Bevollmächtigten wie im Vertrag von 1731 Juli 22, dazu L. S. Ferd. marchio de Bartolomei; die Namen Eugens und der Vertreter der 3 anderen Mächte in gleicher Linie.*

32.

Vertrag zwischen Karl VI., Georg II. und den Generalstaaten, betreffend die Accession der Generalstaaten zum Bündnisse vom 16. März 1731, samt einem Separatartikel; d. d. Haag 1732 Febr. 20.

Rat. Georgs II. d. d. St. James 1732 März 10/21; Karls VI. d. d. Wien 1732 März 12; der Generalstaaten d. d. Haag 1732 April 10.

Die Originale des Hauptvertrages sowie des Separatartikels im St.-A. und R. O., jene der Ratifikationen der Generalstaaten und Georgs II. im St.-A., das Original der Ratifikation Karls VI. im R. O.

Drucke bei Bittner Nr. 795.

Die Ordnung der handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Kaiser und den Seemächten bildete den Inhalt des 5. Artikels des Vertrages vom 16. März 1731. Der Kaiser hatte die gänzliche Unterdrückung des Handels und der Schiffahrt von Belgien und den früher im Besitze Spaniens befindlichen nun österreichischen Gebieten Italiens aus nach Ostindien zugestanden. Nur einmal noch sollten 2 Schiffe von Ostende aus ihren Kurs nach Ostindien nehmen und die dort aufgeladenen Waren nach glücklicher Heimkehr in Ostende verkauft werden dürfen. Dafür verpflichteten sich die Seemächte ohne weiteres Säumnis in die Beratungen über einen Handelsvertrag mit Belgien — gemäss den Bestimmungen des 26ten Artikels des Barrierevertrages — einzutreten. Zu diesem Behufe sollten alsbald von allen Parteien Kommissäre ernannt werden, die längstens zwei Monate nach Unterzeichnung des Vertrages in Antwerpen zusammentreten und längstens innerhalb zweier Jahre ihre Verhandlungen beenden sollten. Wir haben bereits die Schwierigkeiten kennen gelernt, die sich der Ordnung dieser Fragen in den Weg stellten. Wir wissen, dass die kaiserlichen Gesandten lange auf der Aufnahme eines besonderen Artikels bestanden hatten, nach dem die Generalstaaten, deren Gesandter die Unterfertigung des Vertrages aus formalen Gründen weigerte, zur bedingungslosen Annahme desselben unter der Drohung verpflichtet werden sollten, dass der Kaiser sonst an die übernommenen Verpflichtungen nicht gebunden sei. An dem energischen Widerstande der Niederländer war dieser Plan gescheitert. Der Kaiser hatte seine Zustimmung zu einer weitaus zahmeren Fassung des Artikels, der die Folgen des verweigerten Beitrittes der Generalstaaten zum Bündnisse vom 16. März 1731 betonte, geben müssen, während er sich durch eine besondere, geheime

Bestimmung England gegenüber verpflichtete, den Handel der ostendischen Compagnie nach Ostindien sogleich nach erfolgter Unterzeichnung des Vertrages durch die Engländer zu unterdrücken.

Wir wissen aber auch wie energisch sich die Vertreter Karls VI. gelegentlich der Erörterung der Tariffrage und des zur Ordnung derselben geplanten Kongresses geweigert hatten, die Bestimmungen des Artikels XXVI. des Barrierevertrages noch als zu Recht bestehend anzuerkennen, und wie fest sie Robinson gegenüber bei der Ansicht beharrten, dass Karl VI. infolge des Verhaltens der Seemächte an die im Barrierevertrage übernommenen Pflichten nicht mehr gebunden, vielmehr berechtigt sei, die Ordnung der belgischen Tariffrage durch eigene Entscheidung herbeizuführen. Erst spät und nur auf eindringliches Begehren Robinsons, der die Versicherung gab, dass die Seemächte der Ordnung dieser Frage ernstlich nachzustreben gesonnen seien, hatte Karl VI. — und auch dann noch schweren Herzens — seine Einwilligung dazu erteilt, dass des Artikels XXVI. des Barrierevertrages in dem zu treffenden Übereinkommen gedacht werden dürfe. Die Frage aber, ob der Kaiser an die Bestimmungen des Barrierevertrages noch gebunden sei, wurde in dem Bündnisse vom 16. März nicht weiter berührt. Wie berechtigt nun das Misstrauen des Wiener Hofes in die aufrichtige Gesinnung der Generalstaaten war, das gelegentlich der zu Wien gepflogenen Beratungen zum Ausdruck gelangte, zeigte sich sogleich, als der Kaiser nach erfolgter Unterzeichnung des Vertrages vom 16. März 1731 durch seinen Gesandten — dasselbe geschah seitens Englands — an die Generalstaaten mit der Aufforderung herantrat, dem geschlossenen Bündnisse unter den festgesetzten Bedingungen beizutreten. Denn nun erklärten diese, sie seien ausser Stande, ohne eine Modifikation der im 5. Artikel des Wiener Vertrages getroffenen Verfügungen, demselben beizutreten; und wenn sie auch die Änderungen, die sie wünschten, als durchaus berechtigte und leicht zu gewährende bezeichneten, so waren dieselben in der Tat so bedeutend, dass an eine Billigung derselben seitens des Wiener Hofes nicht zu denken war. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in diesem Zusammenhange die weitläufigen Verhandlungen zu schildern, die seit dem April 1731 im Haag geführt wurden und erst im Februar 1732 ein befriedigendes Ende erreichten. Es handelte sich bei denselben in erster Linie um Interessen der Niederländer; daher wird die eingehende Schilderung all der Schwierigkeiten, die sich der Einigung in den Weg stellten, an anderem Ort erfolgen. Da aber mit dem Interesse der Niederländer auch das englische Hand in Hand gieng, und da Chesterfield im Haag und Robinson in Wien ununter-

brochen in den Gang der Verhandlungen eingriffen und das endgiltige Resultat nicht in letzter Linie ihren Bemühungen zu danken ist, wird auch hier eine kurze Erörterung der wichtigsten Differenzen gestattet sein.

Gleich die ersten Verhandlungen des österreichischen Gesandten, des Grafen Sinzendorf, liessen erkennen, dass die Generalstaaten sich des Vorteils bewusst waren, der ihnen daraus erwuchs, dass der wichtigste Zweck ihres Kampfes gegen den Kaiser durch die im Vertrage vom 16. März 1731 ausgesprochene, an ihren Eintritt in denselben nicht gebundene Unterdrückung des ostendischen Handels bereits erreicht war. Es war vorauszusehen, dass sie ohne weitere Vorteile die immerhin gefahrvolle Garantie der österreichischen Successionsordnung nicht übernehmen würden.[1]) *Trotzdem überraschte die Höhe der Forderungen, die sie stellten und die zuerst deutlich in den „Remarquen" zum Ausdruck kam, die im Monate Mai Namens der holländischen Provinz dem kaiserlichen Gesandten übergeben wurden. Der erste Einwand, der gegen die Bestimmungen des Vertrages vom 16. März erhoben wurde, bezog sich auf die unbeschränkte Garantie, die man dem Kaiser für seine Besitzungen leisten sollte; die Holländer forderten die Aufnahme einer beschränkenden Klausel, nach der diese Garantie weder früher eingegangenen Abmachungen widersprechen, noch sich auf Verträge des Kaisers beziehen sollte, von denen die Generalstaaten keine Kunde hatten. Auch zur Garantie der Sucessionsordnung wollten sie sich — die geheimsten Artikel des Vertrages vom 16. März waren ihnen nicht mitgeteilt worden — nur verstehen, falls durch eine ausdrückliche Bestimmung diese Verpflichtung dann als aufgehoben gelten sollte, wenn die zur Thronfolge bestimmte Erzherzogin eine Heirat eingehen würde, welche die begründete Furcht einer Störung des europäischen Gleichgewichtes hervorrufen könnte. Auch forderten sie, dass die Truppenzahl genau fixiert werde, mit der gegebenenfalls der angegriffene Teil unterstützt werden sollte. Sie schlugen vor, die Bestimmungen des 7. Artikels der Quadrupelallianz auf diesen Fall anzuwenden, bemerkten aber zu gleicher Zeit, dass sie zur Sendung von Truppen nach Italien oder in andere weit entfernte Länder nicht verhalten, ihnen vielmehr gestattet werden sollte, einen entsprechenden Er-*

---

[1]) *In diesem Sinne hatte sich Graf Sinzendorf schon am 22. Februar 1731, also vor der Unterzeichnung des Vertrages vom 16. März geäussert und dringend vom Kaiser gefordert, den staatischen Vertreter zur Mitunterfertigung zu zwingen. Schreiben Sinzendorfs d. d. 22. Febr. 1731. St.-A. (Holl.)*

satz in Geld zu leisten. Das entscheidende aber waren die Änderungen, die sie an dem 5. Artikel des Vertrages vom 16. März 1731 vorzunehmen wünschten. Hier offenbarte sich am deutlichsten ihre Absicht, aus der günstigen Situation, in der sie sich dem Kaiser gegenüber befanden, den grösstmöglichsten Vorteil zu ziehen. Sie forderten die Ausdehnung des Handelsverbotes für die Untertanen des Kaisers in Belgien und in den übrigen früher zu Spanien gehörigen italienischen Besitzungen auf Westindien, überdies aber eine ausdrückliche Erklärung Karls VI., dass er diesen Untertanen nicht nur den direkten Handelsverkehr nach und von Indien untersagen, sondern auch den in anderen Gebieten für den Orient ausgerüsteten Schiffen die Rückkehr nach flandrischen oder solchen Häfen, die im Gebiete der früher zu Spanien gehörigen italienischen Besitzungen lägen, sowie den Verkauf der Waren daselbst verbieten wolle. Den beiden Schiffen aber, deren einmalige Fahrt nach Ostindien der belgischen Compagnie im Vertrage vom 16. März zugesagt worden war, sollte nicht mehr als höchstens $2^1/_2$ Jahre für die Hin- und Rückfahrt nach Ostindien — samt dem Aufenthalte daselbst — gewährt und den belgischen Kaufleuten, die sich an diesem Unternehmen beteiligten, der Verkauf von Waren an jenen Orten, wo den Holländern der ausschliessliche Handel vor allen Europäern zustehe, verboten sein. Ganz ausdrücklich wurde ferner betont, dass eine Beziehung zwischen der Lösung der Tariffrage, die im Artikel XXVI. des Barrieretractates vorgesehen sei und der Fortdauer der Giltigkeit dieses Vertrages selbst nicht bestehe, und an den Kaiser das Ansuchen gestellt, dieser Tatsache entweder durch die Trennung des 5. Artikels in 2 von einander unabhängige Teile, oder aber durch eine besondere Erklärung Ausdruck zu geben. Auch die Ordnung der lange schwebenden ostfriesischen Frage wurde von ihnen als Vorbedingung für ihren Eintritt in das Bündnis vom 16. März bezeichnet und schliesslich an den Kaiser die Bitte gerichtet, die seit dem Jahre 1725 in seinen Erblanden zum Nachteile der englischen und niederländischen Industrie eingeführten Zölle aufzuheben.[1] *Die Kunde von diesen ungemein weitgehenden Forderungen der massgebenden Provinz der vereinigten Niederlande erregte am Wiener Hofe eine tiefgehende Erbitterung, und die Vertreter der belgischen Interessen*[2] *wurden nicht müde, dem Kaiser die Gefahren zu schildern, die ihrem*

---

[1] *Die „Remarquen" der Holländer übersandte Sinzendorf mit seinem Schreiben vom 11. Mai 1731. St.-A. (Holl.)*

[2] *Als Vertreter der Belgier erschienen in Wien der Direktor Proli und Louris Bernaert, vgl. Huisman l. c. 478.*

Lande drohten, falls er die rücksichtslosen Forderungen der Niederländer billigen sollte.[1]) *Doch beschloss man im Interesse der Sache und nach erfolgter Rücksprache mit Robinson — der das Ungebührliche der niederländischen Forderungen zugestand und der Erwartung Ausdruck verlieh, dass diese einen Teil derselben fallen lassen würden — die „Remarquen" zu prüfen und dieselben durch „Reflexionen" zu beantworten, die Sinzendorf den Vertretern Hollands übergeben sollte. Der Inhalt dieser „Reflexionen" und die Sinzendorf zugehende Weisung lassen erkennen, dass der Kaiser geneigt war, den Wünschen der Generalstaaten in einigen Punkten entgegenzukommen, aber fest entschlossen war, in den meisten Fragen seinen Standpunkt zu behaupten.*

Er erklärte sich bereit, die Generalstaaten von der Furcht zu befreien, als wolle er sie zur Garantie unbekannter Verträge verpflichten und erteilte seinem Vertreter im Haag den Auftrag, durch die Mitteilung der beiden „articuli secretissimi" an die eigentlichen Unterhändler der Gereralstaaten, die Besorgnisse dieser zu beseitigen, als ob eine das Gleichgewicht Europas bedrohende Heirat der österreichischen Thronerbin zu fürchten stünde. Aber er weigerte sich auf das entschiedenste, den Garantiebestimmungen durch die von den Generalstaaten geforderten Klauseln jeden Wert zu nehmen. Wenn er ferner gegen die genaue Feststellung der Hilfeleistung im Ernstfalle, wie sie im 7. Artikel der Quadrupelallianz fixiert war — 8000 Mann zu Fuss und 4000 zu Pferd für den Kaiser und den König von England, 4000 zu Fuss und 2000 zu Pferd für die Generalstaaten — nichts einzuwenden hatte, so sollte Sinzendorf doch darauf bestehen, dass die Bestimmung der Hilfeleistung mit gesamter Kraft im Notfalle aufrecht bleibe und ausdrücklich hervorheben, dass der Kaiser auf die Wahl von Kriegs- oder Transportschiffen nicht verzichten könne. Karl VI. zeigte sich ferner bereit, den Seemächten jede mögliche Sicherheit dafür zu bieten, dass sein Zugeständnis bezüglich der Unterdrückung des ostendischen Handels nach Ostindien nicht umgangen werde; er weigerte sich nicht, die Namen der Schiffe und der Kapitäne, denen eine einmalige Fahrt nach Ostindien seitens der Seemächte gestattet worden war, diesen mitzuteilen und auf den Absatz in jenen Gebieten zu verzichten, in denen die Niederländer den Handel ausschliesslich trieben; aber er verlangte, dass dieser ausschliessliche Handel in dem Vertrage nicht als ein Recht der Niederländer bezeichnet werde; forderte, dass der für die Rückkehr der beiden Schiffe festgesetzte Termin nur dann eingehalten werden

[1]) *Für die Stellung der Belgier vgl. insbesondere Huisman l. c. 478 ff.*

müsse, wenn kein Unfall die Schiffe am rechtzeitigen Eintreffen hindere,[1]) *und verwahrte sich auf das energischeste dagegen, Bestimmungen in den Vertrag aufzunehmen, durch die seinen Untertanen in Belgien und in den übrigen ehemals zu Spanien gehörigen italienischen Besitzungen jeder „Handel und Wandel" unmöglich gemacht werden sollte. In eingehendster Weise erörterte Karl VI. in der für Sinzendorf bestimmten Weisung die Bedeutung dieser Frage; er betonte, dass die Fassung der besagten Bestimmung des Vertrages vom 16. März 1731 nicht von den Österreichern, sondern von Robinson vorgeschlagen worden sei, der widerum behauptete, dass der Grosspensionär und der Greffier Hollands diesen Artikel aufgesetzt hätten, und gab seinen festen Entschluss kund, lieber auf den Beitritt der Generalstaaten zu verzichten, als in die Aufnahme der von den letzteren geforderten Klausel zu willigen, durch die den belgischen Untertanen verboten sein sollte, ostindische Waren von anderen Nationen zu kaufen und dann wieder zu verkaufen. Ebensowenig wollte der Kaiser von der Ausdehnung des Handelsverbotes auf Westindien wissen. Er betonte im Anschlusse an die Aufklärungen, die ihm seitens der in Wien weilenden Vertreter der Belgier gegeben wurden, dass eine derartige Zumutung den Spaniern niemals gestellt worden sei, dass der Friede von Münster eine solche Bestimmung nicht enthalte.*[2]) *Auf das allerentschiedenste aber wies er das Verlangen der Niederländer zurück, durch eine ausdrückliche Bestimmung zu betonen, dass die Fortdauer der Giltigkeit des Artikels XXVI. des Barriervertrages mit der Erledigung der Tariffrage innerhalb zweier Jahre in keinem Zusammenhange stehe*[3]) *und würdigte ihre Forderung, die seit 1725 in seinen Erblanden erlassenen Zollverordnungen, gegen die sich die Klagen der Seemächte richteten, zurückzunehmen, keiner Antwort. Man wird begreifen, dass im Hinblicke auf die weite Kluft, die zwischen den beiden Parteien gähnte, die Annäherung nur langsam erfolgen konnte.*

Wir schildern die Verhandlungen, die in diesem Sinne geführt wurden, nicht im Detail. Anfang Juli übersandte Sinzendorf das Projekt, das

---

[1]) *Darauf machten insbesondere die Vertreter Belgiens aufmerksam, vgl. Huisman l. c. 479.*

[2]) *Weisung an Sinzendorf d. d. 25. Mai und Reflexions sur les remarques jointes à la rélation du Cte Wenzel Sinzendorf du 11. Mai 1731. St.;A. (Holl.)*

[3]) *Wie energisch in dieser Frage die belgischen Vertreter die Interessen ihres Landes zu vertreten suchten, zeigen die bei Huisman l. c. 480 f. mitgeteilten Verhandlungen.*

der Greffier Fagel entworfen hatte.[1]) *Es enthielt einige Zugeständnisse in unwesentlichen Punkten, keine in den entscheidenden Fragen. Ebensowenig vermochte die Antwort des Wiener Hofes die Niederländer zu befriedigen. Denn Karl VI. vertrat in derselben seinen Standpunkt mit ungewöhnlicher Heftigkeit und zeigte keine Neigung in irgend einer der wichtigen Streitfragen nachzugeben. Mit besonderem Nachdrucke betonte er in seiner Weisung an Sinzendorf seine moralische Verpflichtung, die Untertanen Belgiens und der ehemals zu Spanien gehörigen italienischen Besitzungen gegen die Absichten der Niederländer zu schützen, deren Durchführung die wirtschaftliche Vernichtung jener zur Folge haben müsste.*[2]) *Sinzendorf wandte sich, sobald er im Besitze der kaiserlichen Weisung war, an Chesterfield; von diesem unterstützt, suchte er die massgebenden staatischen Persönlichkeiten von der Ungebührlichkeit ihrer Forderungen und von der Notwendigkeit eines Entgegenkommens zu überzeugen. Nicht ganz ohne Erfolg.*[3]) *Es gelang ihm in der Garantie- und Subsidienfrage eine Einigung zu erzielen. Die Vertreter der Generalstaaten erklärten sich zur Gutheissung der Garantiebestimmungen im ersten Artikel des Vertrages vom 16. März bereit, in dem ihnen das Versprechen gegeben worden war, in der Einleitung des zu schliessenden Accessionsvertrages ausdrücklich zu betonen, dass diese Garantiebestimmungen niemals so gedeutet werden sollten, als ob eine der vertragschliessenden Mächte zur Garantie von Bündnissen genötigt werden dürfte, die ihr unbekannt gewesen. Zu gleicher Zeit teilte der Vertreter Karls VI., um die Zustimmung der Niederländer zur Garantie der Erbfolgeordnung zu erhalten, den mit ihm verhandelnden Vertretern der Generalstaaten den Inhalt der beiden „articuli secretissimi" mit, und verpflichtete sich zur Abfassung eines in die Accessionsurkunde aufzunehmenden Separatartikels, der ihre Befürchtungen zerstreuen, jede Sicherheit gegen eine das europäische Gleichgewicht bedrohende Heirat der österreichischen Thronerbin bieten, den direkten Ausschluss des Hauses Bourbon aber vermeiden sollte. Bezüglich der dem angegriffenen Teile zu gewährenden Hilfe wurde die Vereinbarung getroffen, dass der Kaiser und England je 8000 Mann zu Fuss und 4000 Reiter, die Generalstaaten 4000 Mann zu Fuss und 1000 Reiter innerhalb zweier Monate vom Tage des Begehrens an zur Verfügung zu stellen hätten. Doch wurde, um den*

[1]) *Sinzendorf übersandte dieses Projekt am 7. Juli St.-A. (Holl.)*

[2]) *Weisung vom 6. Aug. 1731. St.-A. (Holl.)*

[3]) *Vgl. die Berichte Sinzendorfs d. d. 23. 28. Aug. 1. u. 4. Sept. St.-A. (Holl.)*

Wünschen der Niederländer und des Kaisers Rechnung zu tragen, bestimmt, dass die Generalstaaten zur Truppensendung nach Italien, Ungarn und nach den diesem Königreiche anliegenden nicht zum deutschen Reiche gehörigen Ländern nicht verpflichtet sein, dem Kaiser dagegen das Recht zustehen solle, gegebenenfalls zwischen Kriegs- oder Lastschiffen oder einer entsprechenden Geldsumme — 10.000 holländische Gulden monatlich für 1000 Mann zu Fuss, 30.000 für 1000 Reiter — zu wählen.

Allein betreffs der wichtigsten Punkte, der Aufhebung des ostendischen Handels, der Tariffrage und der ostfriesischen Angelegenheit, war man Mitte Sept. 1731 noch keineswegs zu einer Vereinbarung gelangt. Sinzendorf schlug seinem Hofe vor, die Schwierigkeit bezüglich der Ausdehnung des Handelsverbotes auf Westindien dadurch zu beheben, dass man zwar an der Bezeichnung „Ostindien" festhalten, dagegen durch eine bindende Klausel die Frage des Handels nach Westindien in dem Sinne ordnen solle, dass man die darauf bezüglichen Verfügungen des Friedens von Münster erneuere. Zugleich betonte er, dass ohne ein weitgehendes Entgegenkommen in der Tarif- und in der ostfriesischen Streitfrage an die glückliche Beendigung der von ihm im Haag geführten Verhandlungen nicht zu denken sei. Aber noch immer weigerte sich Karl VI., wesentliche Konzessionen zu machen. Wohl war er bereit, den Vorschlag seines Vertreters bezüglich Westindiens zu akzeptieren, falls dieser die darauf bezügliche Fassung des Vertrages vom 16. März nicht sollte durchbringen können. Er wollte sich auch in der unzweideutigsten Weise verpflichten, jeden direkten und indirekten Handel, soweit er die ostendische Compagnie betraf, zu verbieten, und Bestimmungen in die Erläuterung des 5. Artikels aufzunehmen, durch die jede Umgehung dieses Verbotes verhindert werden sollte. Er betonte aber zu gleicher Zeit, dass er sich niemals dazu verstehen werde, seinen Untertanen in Belgien und in den anderen ehemals zu Spanien gehörigen italienischen Besitzungen zu verbieten, mit indischen Waren zu handeln, die auf fremden Schiffen und nach fremden Häfen aus Indien gebracht werden würden. Bezüglich der Tariffrage hatte Sinzendorf der Meinung Ausdruck verliehen, die Republik werde niemals gutwillig dem Kaiser das Recht zugestehen, diese Angelegenheit nach eigenem Ermessen zu ordnen, falls dies auf dem Kongresse nicht geschehen sollte, und deshalb den Rat erteilt, von einer Erläuterung dieser Bestimmungen des 5. Artikels in dem Accessionsvertrage abzusehen, um auf diese Weise dem Kaiser wenigstens die Möglichkeit zu wahren, den Sinn der Bestimmung später nach seinem Willen zu deuten. Aber selbst zu dieser Lösung, auf deren Billigung seitens der Generalstaaten kaum zu hoffen war, wollte sich Karl VI.

vorerst nicht verstehen. In eingehenden Erörterungen suchten seine Minister dem Vertreter Georgs II. in Wien die Berechtigung ihrer Auffassung zu beweisen und zur Förderung ihres Begehrens zu bestimmen, erreichten aber nur soviel, dass Robinson ihnen empfahl, den Niederländern die Annahme einer Klausel vorzuschlagen, in der die Vertragschliessenden ihrer Überzeugung Ausdruck verleihen sollten, dass man zur Ordnung dieser Frage nicht mehr Zeit brauchen werde, als in dem Vertrage vorgesehen sei. Der Kaiser acceptierte den Antrag Robinsons — der ausdrücklich forderte, ihn nicht als Autor desselben zu nennen — beauftragte Sinzendorf, die Genehmigung desselben bei den Generalstaaten durchzusetzen und teilte ihm zu gleicher Zeit mit, dass er zu weiteren Konzessionen in der ostfriesischen Frage nicht geneigt sei. Aber auch diesmal vermochte Sinzendorf nicht durchzudringen. Denn wenn auch das von den Vertretern der Generalstaaten verfasste neue Projekt in manchen Punkten den Wünschen des Kaisers Rechnung trug; in den 3 entscheidenden Fragen wies es keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem früheren auf.

So sah sich der Wiener Hof Ende November 1731 neuerdings in die Lage versetzt, darüber zu beraten, ob man noch weiter nachgeben, oder aber auf den Beitritt der Generalstaaten verzichten solle. Die Räte Karls VI. sprachen sich auf das lebhafteste dafür aus, den Bruch wenn irgend möglich zu vermeiden. Und da Sinzendorf ununterbrochen von den Bemühungen der Franzosen berichtete, die Niederländer von dem Beitritte zur Allianz vom 16. März 1731 abzuhalten, da ferner Robinson zur raschen Entschliessung im Hinblicke auf die bevorstehende Eröffnung des englischen Parlamentes drängte,[1] *entschloss sich Karl VI. auf den Rat seiner Minister von seiner Forderung abzustehen, dass die Ordnung der Tariffrage und ihre Verbindung mit der Fortdauer der Giltigkeit des Artikels XXVI. des Barrieretraktates in der Accessionsurkunde irgendwie erläutert werde. Dagegen beharrte er noch jetzt darauf, dass durch eine besondere Klausel seinen Untertanen in Belgien und in den übrigen ehemals zu Spanien gehörigen italienischen Besitzungen das Recht gesichert werde, Waren, die auf fremden Schiffen und in fremde Häfen aus Ostindien gebracht werden würden, nach freiem Ermessen zu kaufen und zu verkaufen, und erklärte neuerdings,*

---

[1]) *Robinsons Berichte vom 4. Oktober, 17. Nov. und 7. Dez. 1731 R. O. enthalten sehr eingehende Mitteilungen über die mit ihm gepflogenen Beratungen. Robinson gibt zu, dass es dem Kaiser sehr schwer werden müsse, die hohen Forderungen der Niederländer gutzuheissen.*

in der ostfriesischen Frage Zugeständnisse nicht machen zu können, die mit seiner Pflicht als Reichsoberhaupt unvereinbar seien.[1])

Die Niederländer waren über die Hartnäckigkeit des Kaisers entrüstet. Sinzendorf bekam harte Worte zu hören und begann an dem Erfolge seiner Mission zu zweifeln, zumal der französische Gesandte nicht müde wurde, die Niederländer vor dem Kaiser zu warnen. Noch im Januar 1732 fand er die Situation höchst prekär. Die Vertreter der meisten Provinzen gaben ihm zu verstehen, dass der Abschluss des Vertrages unter den vorgeschlagenen Bedingungen ihnen keinen Nutzen bringen würde.[2]) *Trotzdem kam bald darauf die Einigung, nicht in letzter Linie durch die Vermittelung des englischen Vertreters im Haag, Chesterfield, zu Stande. Die Generalstaaten gaben ihre Einwilligung zur Aufnahme der Klausel, durch die den kaiserlichen Untertanen in Belgien und in den übrigen zu Spanien ehemals gehörigen italienischen Gebieten der Handel mit Waren gestattet werden sollte, die auf fremden Schiffen und in fremde Häfen aus Ostindien gebracht werden würden, und begnügten sich mit der von Karl VI. zugestandenen Deklaration in der ostfriesischen Sache. Die grössten Schwierigkeiten verursachte bei den einzelnen provinziellen Beratungen die Furcht, der Kaiser werde die Tariffrage, die ihre Interessen am meisten berührte, willkürlich zu seinen Gunsten ordnen, falls, wie sie voraussahen, die Lösung derselben auf dem Kongresse innerhalb zweier Jahre nicht erfolgen sollte. Erst als Chesterfield im Auftrage seiner Regierung das bindende Versprechen gegeben hatte, dass England eine eigenmächtige Änderung der gegenwärtig bestehenden Tarife durch den Kaiser nicht dulden werde,*[3]) *wich die Besorgnis der Generalstaaten, die nun nicht mehr zögerten, den mühsam zu Stande gekommenen Accessionstraktat zu unterzeichnen.*

Gelegentlich der Ratifikation desselben ergab sich eine Schwierigkeit. Der Kaiser weigerte sich, die in der ostfriesischen Frage ausgestellte Deklaration zu ratifizieren oder ihrer in dem Ratifikationsakte überhaupt zu gedenken, weil diese Angelegenheit in sein oberstes richterliches Amt einschlage, und über derlei Dinge wohl Versicherungen auszustellen, aber keine Konventionen abzuschliessen Brauch sei.[4]) *Man berief sich dabei auch darauf, dass die Dieden am 10. April*

---

[1]) *Weisung d. d. 21. Nov. 1731. St.-A. (Holl.)*

[2]) *Vgl. Sinzendorfs Berichte vom 8., 19. u. 22. Januar 1732 St.-A. (Holl.)*

[3]) *Vgl. Sinzendorfs Berichte d. d. 2. u. 11. Febr. 1732 St.-A. (Holl.)*

[4]) *Karl VI. an Sinzendorf 16. März 1732. St.-A.*

ausgestellte Deklaration gleichfalls aus diesem Grunde in den Vertrag keine Aufnahme gefunden habe und nicht ratifiziert worden sei. Doch gab der Kaiser die bindende Zusage, die Bestimmungen der Deklaration genau zu erfüllen.[1])

Quum inter Ser^mum^ et Pot^mum^ principem et dominum Carolum sextum, Romanorum imperatorem, Hispaniarum, utriusque Siciliae, Hungariae et Bohemiae regem, archiducem Austriae etc. et Ser^mum^ et Pot^mum^ principem ac dominum Georgium secundum Magnae-Britanniae, Franciae et Hyberniae regem, considerato incerto turbidoque rerum in Europa statu perpensisque mature mediis, quibus mala ex gliscentibus in dies magis magisque simultatibus iamiam eruptura anteverterentur et publica tranquillitas modo quantum fieri potest stabili ac perennaturo facilique simul et prompta ratione firmaretur, die sexto decimo Martii anni millesimi septingentesimi trigesimi primi Viennae Austriae conventum sit de certis quibusdam conditionibus generalibus, quae basis loco inservirent, iuxta quas dissidentium in Europa principum animi conciliandi et controversiae, quae inter eosdem non absque publicae tranquillitatis periculo quam maxime vigent, componendae forent, atque hunc in finem tractatum modo memoratae M^tes^ inierint et concluserint, factoque iudicio de propenso penitus studio celsorum et potentium dominorum ordinum generalium unitarum foederati Belgii provinciarum opus tam salutare promovendi eosdem in eodem tractatu tanquam unam partium principalium contrahentium comprehenderint, nulli dubitantes, quin modo dicti domini ordines generales, quamvis hic tractatus eodem loco et tempore ex parte illorum, ob rationes in articulo separato indigitatas, subscribi et signati nequiverit, tamen pro attingendo tam bono scopo stabiliendaque quiete publica sese altefatis C^eae^ et catholicae ut et regiae britannicae M^tibus^ adiungere haud gravarentur; cumque propterea eundem tractatum die 16 Martii Viennae Austriae conclusum, ut et articulos separatos et declarationes eodem tempore factas, cum iisdem communicaverint eosdemque invitaverint, ut in societatem huius tractatus venire eidemque tan-

[1]) *Die Deklaration über Ostfriesland ist u. a. abgedruckt bei Du Mont VIII/2 216; sie gehört aber nicht, wie sie dort erscheint, zum Wiener Traktat vom 16. März 1731, sondern zum Accessionstraktat vom 20. Febr. 1732.*

quam partes principales contractantes sese aggregare vellent, qui tractatus ut et articuli separati et declarationes de verbo ad verbum transcripti hic sequuntur.

Es folgt der Vertrag vom 16. März; der Separatartikel über den Ausschluss der Hilfeleistung gegen die Türken; die 3 Deklarationen bezüglich der Succession in Parma und der spanischen Besatzungen in Toscana, Parma und Piacenza; der Separatartikel, den Einschluss der Niederlande betreffend und die pragmatische Sanktion vom 19. April 1713.

Itaque celsi et potentes domini ordines generales unitarum foederati Belgii provinciarum, C^eae^ et regiae catholicae suae M^tis^ et regiae britannicae suae M^tis^ laudatissimum pro bono publico, pro amovendis dissidiorum periculis et calamitatibus, et pro conservanda pace et tranquillitate publica curam et sollicitudinem assensu suo comprobantes simulque testatum facere cupientes, quanto et ipsi boni publici et pacis studio ferantur quantique faciant atque honori sibi ducant in causa tam aequa et in proposito tam laudabili cum tantis principibus concurrere atque C^eae^ regiaeque catholicae suae M^ti^ et regiae suae M^ti^ Magnae-Britanniae socios se adiungere, hoc animo et intuitu examinaverunt omnia et singula in dicto tractatu, articulis separatis et declarationibus comprehensa; cumque persuasissimum ipsis sit, sensum et mentem minime esse, ut per verba generalis et reciprocae garantiae in articulo primo tractatus expressae quisquam contrahentium censeatur ullo modo obligari ad tuitionem sive garantiam tractatuum nullo modo notorum, itaque hac fiducia freti tractatui suprascripto et articulis separatis et declarationibus eo modo et forma qua conclusi sunt tanquam partes principales contractantes se adiungere decreverunt; quod ut ad effectum perducatur, plenam potestatem dederunt deputatis et plenipotentiariis suis dominis Friderico Gulielmo Torck, ordinis teutonici equiti, ex ordine nobilium Geldriae in tetrarchia Velaviae, consiliario et assessori camerae rationum ducatus Gelriae et comitatus Zutphaniae, consuli civitatis Hattemensis; Johanni Henrico de Wassenaer, toparchae in Wassenaer, Zuydwyck, Opdam, Hensbroeck, Wogmeer, Spierdyck, libero baroni de Laege etc., ex ordine equestri et nobilium Hollandiae et Westfrisiae, universitatis Lugduno-Batavae primo curatori; Simoni de Slingeland, ordinum Hollandiae et Westfrisiae consiliario et pensionario; Philippo Jacobo de Borsselen van der

Hooge, toparchae in Voorhoute, quondam scabino et senatori civitatis Medioburgensis in Zeelandia, consiliario et quaestori aerarii in Brabantia ditionis foederati Belgii; Joanni Servasio de Milan Visconti, sacri Romani imperii libero baroni, domino castri de Nyeveld, toparchae in Veldhuysen, Beyleveld, Rosweyde, Reyerscoop, Lichtenberg, Ouden-Rhyn et Heycoop, ad divae Mariae Trajecti canonico, provinciae Trajectinae ordinibus primi loci adscripto, aggeribus Leccae superiori adsitis praefecto ut et praefecto aquis et silvis dioceseos Trajectinae; Georgio Wolfgango libero baroni in Schwartzenberg et Hohenlandsberg, ex parte nobilium in consessu ordinum Frisiae deputato, ditionis Menaldumadeel grietmanno, Reinhardo Burchardo Rutgero de Rechteren sacri Romani imperii comiti, toparchae in Gramsbergen, ex ordine nobilium provinciae Transisalaniae et Egero Tamminga, toparchae in Maren et Maersbergen, praetori in Axel, Neusen et Biervliet, omnibus in consessu dominorum ordinum generalium deputatis ex provinciis Gelriae, Hollandiae et Westfrisiae, Zeelandiae, Ultrajecti, Frisiae, Transisalaniae ac Groningae et Ommelandorum. Et quandoquidem C^{ea} et catholica sua M^{tas} ac regia sua M^{tas} britannica itidem plena potestate muniverint: Sacra quidem C^{ea} et regia catholica M^{tas} illustrissimum et excellentissimum dominum Franciscum Wenceslaum, sacri Romani imperii thesaurarium haereditarium, comitem a Sintzendorff, liberum baronem in Ernstbrunn, dominum dynastiarum Plana, Gottschau, Leiben, Weiteneck, Zelcking et Matzlsdorf, burggravium in Rheineck, sacrae C^{ea} catholicae suae M^{tis} camerarium et consiliarium actualem intimum atque legatum eius extraordinarium et plenipotentiarium; sacra autem sua regia M^{tas} Magnae-Britanniae consanguineum et consiliarium suum dominum Philippum comitem de Chesterfield, hospitii sui regii praefectum, nobilissimum ordinis periscelidis equitem et legatum suum extraordinarium et plenipotentiarium.

Qua propter modo nominati plenipotentiarii una congressi, communicatis inter se consiliis et commutatis plenipotentiarum tabulis, de modo, quo domini ordines generales foederati Belgii se socios in dicto tractatu constituerent, consenserunt in articulos sequentes eandem vim cum tractatu habituros, et ad maiorem quorundam articulorum elucidationem convenerunt prout sequitur:

I.

Domini comites a Sintzendorff et a Chesterfield vi plenipotentiarum suarum et nomine tam C^eae^ regiaeque catholicae suae M^tis^ quam regiae suae M^tis^ Magnae-Britanniae agnoscentes sensum, quem domini ordines generales garantiae generali et reciprocae in articulo primo tractatus attribuerunt, genuinum et verum illius esse sensum, quibus ita positis cum deputatis et plenipotentiariis dominorum ordinum tanquam cum parte principali contractante tractatum et articulos suprascriptos ineundum, subscribendum et sigillis suis confirmandum paresque declarationes mutuo extradendas susceperunt.

II.

Cum articulo primo et secundo tractatus die 16 Martii anni praeteriti inter suam C^eam^ et catholicam M^tem^ atque regiam suam M^tem^ britannicam Viennae conclusi sancitum quidem sit, quod garantiae, de quibus inibi sermo est, omnibus viribus ab iis, qui ad easdem explendas se obstrinxerunt, praestandae venient; de modo autem, quo id fieri debeat, speciatim tunc provisum haud fuerit, necessarium censuerunt partes contrahentes ea quoque de re peculiari articulo inter se convenire. Conventum proinde inter easdem est, quod quotiescunque casus garantiae, seu in articulo primo seu in articulo secundo antememorati tractatus expressae, existet, toties teneantur parti laesae superstites contrahentes ab initio statim et intra bimestre temporis spatium a facta requisitione computandum submittere auxilia sequentia, unitim vel separatim: Videlicet sua M^tas^ C^ea^ catholica octo millia peditum et quatuor millia equitum; sua regia M^tas^ Magnae-Britanniae tantundem; domini autem status generales quatuor millia peditum et mille equites; proviso tamen, quod si auxilia vel in Italiam vel in Hungariam ditionesque huic regno extra imperium adiacentes requirerentur, C^eae^ et catholicae suae M^ti^ facultas et optio relinquetur ab ordinibus generalibus petendi vel naves bellicas vel onerarias, vel pecuniam ad valorem auxilii ab ipsis praestandi, militem autem ipsum in Italiam vel in Hungariam et ditiones huic regno extra imperium adiacentes mittere ordines non teneantur. Quod si sua C^ea^ catholica M^tas^ aut eius haeredes ac successores existente uti supra dictum est uno alterove garantiae casu aliis quoque in ditionibus naves bellicas aut onerarias vel etiam subsidia pe-

cuniaria submitti sibi mallet, quod in illius arbitrium reponitur, eo casu petitae naves pecuniaeque altefatae suae M^ti^ C^eae^ aut eius haeredibus ac successoribus subministrabuntur ad mensuram sumptuum in militem impendendorum; et ut omnis ambiguitas circa calculum seu aestimationem dictorum sumptuum tollatur, placuit mille pedites menstruatim ad valorem decem millium florenorum hollandicorum, mille vero equites ad triginta millia florenos hollandicos menstruatim aestimari, eadem intuitu navium proportione observata; ubi vero auxilia supra enumerata impendenti necessitati imparia forent, partes contractantes de ferendis amplioribus suppetiis indilatim convenient, teneanturque pro repellenda vi hostili ac procuranda parti laesae satisfactione ac reparatione et plena securitate casu exigente socium omnibus viribus adiuvare bellumque aggressori denuntiare.

III.

Quandoquidem articulus quartus, eo quo positus est in tractatu loco, dubium excitare posset, num aeque ad sequentes quam ad praecedentes articulos spectaret omnesque articuli tractatus nullo excepto eiusdem valoris sint paremque obligationem inferant, proinde, ne quod dubium supersit, communi consensu declaratur, articulum hunc quartum ad omnes tractatus articulos aequaliter applicandum esse locumque in tractatu illi assignatum nullius esse consequentiae.[1])

IV.

Quandoquidem articulus quintus ad commercium indicum spectans explanatione quadam indigere videtur, conventum est:

Primo quod, quantum ad Indias occidentales attinet, partes contrahentes bona fide se conformabunt ad normam tractatus Monasteriensis[2]) in omnibus et singulis, quae de navigatione et commercio ad Indias occidentales ibidem statuta sunt.

---

[1]) *Dieses Begehren hatten die Niederländer gleich zu Beginn der Verhandlungen gestellt und Karl VI. hatte sich sofort bereit gezeigt dasselbe zu befriedigen.*

[2]) *Sinzendorf hatte vorgeschlagen den Artikel VI. des Vertrages von Münster zu nennen, und die Generalstaaten hatten sich damit einverstanden erklärt. In letzter Stunde aber protestierten die Vertreter der Provinz Holland dagegen, da sie meinten, die Erwähnung des Artikels VI. und die Nichterwähnung des dieselbe Materie betreffenden Artikels V. könnte zur Meinung Anlass*

Deinde quod, quemadmodum articulo quinto tractatus die decima sexta Martii anni praeteriti Viennae conclusi statutum sit, quod cessare illico penitus et in perpetuum debeat omne ex Belgio austriaco ac ex ditionibus, quae tempore Caroli secundi regis catholici sub Hispana dominatione erant, in Indias orientales commercium et navigatio, sic etiam vice versa omne commercium et navigatio ex Indiis orientalibus in Belgium austriacum et in ditiones modo dictas eodem modo cessare debeat; atque propterea sacra sua C^ea^ M^tas^ promittit et se obstringit, quod bona fide effectui sit datura, ne vel Ostendana societas vel quivis alius seu in Belgio austriaco seu in ditionibus, uti dictum est quae tempori Caroli secundi regis quondam catholici sub Hispana dominatione erant, existens huic in perpetuum stabilitae normae directe vel indirecte unquam contraveniat.

Prohibitum tamen non sit subditis dictarum ditionum C^eae^ catholicae suae M^tis^ emere aut vendere merces ex Indiis orientalibus venientes aliorum navibus alibi ex Indiis istis advectas et mercaturam cum iis exercere ubicunque locorum.

Excipiuntur tamen duae naves, quas Ostendana societas unica adhuc vice ex Ostendano portu vel alio loco ad monarchiam hispanicam quondam spectante versus Indias orientales expedire poterit, ut inde Ostendam vel alium in portum Flandriae vel ditionis quondam hispanicae redeant, quod licitum erit.

Duae hae naves in Indias orientales navigaturae ibidemque commercia exerciturae sese abstinebunt ab omnibus locis, portubus et oris, quas societates Indiae orientalis Magnae-Britanniae et reipublicae foederati Belgii in Indiis possident et ab illis locis ubi commercio privativo actualiter fruuntur; neque dictis duabus navibus fas erit iter suum extendere ultra viginti novem menses a die primo Octobris anni millesimi septingentesimi trigesimi secundi[1]) computandos, solo casu naufragii excepto. Antequam etiam modo dictae duae naves e portu Ostendano vela faciant, nomina illarum ut et praefectorum sive capitaneorum, simul etiam earum magnitudines Magnae-Britanniae et reipublicae foederati Belgii declaranda erunt iisque nomine suae regiae

geben, als habe dieser Artikel seine Geltung verloren. Vgl. Sinzendorfs Bericht d. d. 11. Febr. 1732 St.-A. (Holl.)

[1]) *Die Festsetzung des ersten Oktober 1732 als Ausgangstermin für die 29 Monate, die den beiden Schiffen zugestanden wurden, war erst nach vielfachen Verhandlungen der kaiserlichen und staatischen Deputierten erfolgt.*

Magnae-Britanniae M^tis et celsorum ac potentium ordinum generalium foederati Belgii intra tres septimanas a facta declaratione numerandas literae dabuntur ad dispositionem huius articuli sese referentes atque serio iniungentes, ut a subditis tum Magnae-Britanniae tum foederati Belgii ubicunque locorum degentibus non tantum vis nulla navibus hisce fiat, sed potius, casu quo vi tempestatis vel alia necessitate ad loca a dictis societatibus possessa appellere cogantur, illis omnia officia praestabuntur, quae amicis gentibus exhiberi consuetum est.

Praesens instrumentum a sacra C^ea catholica M^te, a sacra regia Magnae-Britanniae M^te et a celsis ac potentibus ordinibus foederati Belgii ratihabebitur et approbabitur intra terminum sex septimanarum a die subscriptionis computandarum aut citius si fieri poterit, atque ratihabitionum tabulae Hagae Comitum invicem extradentur et commutabuntur.

In quorum fidem roburque nos supranominati legati extraordinarii et plenipotentiarii tam sacrae suae C^eae et regiae catholicae M^tis quam sacrae suae regiae M^tis Magnae-Britanniae, ut et deputati et plenipotentiarii dominorum ordinum generalium unitarum Belgii provinciarum plena facultate omnes muniti, tractatum hunc propriis manibus subscripsimus et sigillis nostris munivimus.

Acta haec sunt Hagae Comitum die vigesimo mensis Februarii, anno millessimo septingentesimo trigesimo secundo.

L. S. F. W. comes Sintzendorff. L. S. Chesterfield. L. S. F. W. Torck.
L. S. J. H. v. Wassenaer.
L. S. S. van Slingelandt.
L. S. P. J. van Borssele van der Hooghe.
L. S. J. S. de Milan-Visconti.
L. S. G. W. B. in Schwartzenberg et Hohenlansberg.
L. S. R. B. R. comes a Rechteren.

Articulus separatus.

Ratione articuli secundi tractatus sexto decimo mensis Martii anni praeteriti 1731 porro conventum est inter partes eundem tractatum contrahentes, quod quoties illa ex archiducibus foeminis, ad quam iuxta ordinem succedendi in sanctione pragmatica de anno 1713 expressum futuris temporibus omnia regna et provinciae haereditariae, quas sua sacra C^ea catholica

M^tas modo possidet, actu devolventur, nupta fuerit principi tanta demum potentia et tot statibus praedito, ut si ea potentia statusque ii regnis ac provinciis haereditariis, quas serenissima domus austriaca iamiam possidet, unirentur, iustae inde et legitimae formidinum causae pro communi Europae tranquillitate eiusdemque aequilibrio nascerentur, toties liberum sit ac esse debeat huic principi, vel transferendo ditiones antea ad ipsum spectantes in proximum agnatum iure et beneficio guarantiae, quae in articulo secundo tractatus die 16 Martii anni praeteriti conclusi sancita est, uti, vel, si ditiones antea ad ipsum spectantes retinere velit, huic guarantiae iuri ac beneficio renuntiare; ita quidem ut priore in casu sua sacra M^tas britannica et celsi ac potentes ordines foederati Belgii ad implendas guarantiae leges aeque teneantur, ac si praefata archidux foemina principi tanta potentia praedito nupta haud fuisset, posteriore vero in casu antea memorata sua M^tas britannica et celsi ac potentes status generales foederati Belgii liberi sint a guarantia saepe citato articulo secundo tractatus supramemorati promissa, salva caeteroquin in omnibus aliis casibus sub exceptione hac, quae in praesenti articulo separato continetur, haud comprehensis manente regula in praefato articulo secundo tractatus die 16 Martii anni praeteriti 1731 stabilita.

Articulus hic separatus eandem vim ac robur habeat, ac si ipsi tractatui de verbo ad verbum esset insertus, atque eodem modo et intra idem temporis spatium quo ipse tractatus ratihabebitur et ratihabitionum tabulae invicem extradentur.

In quorum fidem nos infrascripti vigore plenipotentiarum hodie invicem exhibitarum hunc articulum separatum subscripsimus et sigillis nostris communivimus.

Actum Hagae Comitum die vigesimo mensis Februarii anno millesimo septingentesimo trigesimo secundo.[1])

---

[1]) *Dieselben Unterschriften wie im Hauptvertrage. Der Separatartikel, der die Seemächte von der Verpflichtung entband, den Kaiser gegen die Türken zu unterstützen, sowie die 3 Deklarationen bezüglich der Succession in Parma und der Einführung spanischer Besatzungen in die festen Plätze Toskana's, Parma's und Piacenza's wurden gleichfalls erneuert. Sie stimmen wörtlich mit den p. 502 ff. abgedruckten Akten überein; hinzugefügt ist nur die Bemerkung, dass sie dieselbe Geltung haben sollten, als ob sie von den staatischen Vertretern am 16. März 1731 unterzeichnet worden wären.*

33.

Projekt eines Bündnisses zwischen Maria Theresia, Georg II., Friedrich August II. von Sachsen-Polen und den Generalstaaten zur Aufrechthaltung der pragmatischen Sanktion; entworfen zu Wien Anfang März 1741.

Eine Kopie dieses Projektes befindet sich im St.-A. als Beilage zur Weisung an Ostein d. d. 1741 März 13.

Die Beziehungen zwischen Karl VI. und Georg II. waren in den letzten Regierungsjahren des Ersteren nicht gerade die freundschaftlichsten. Man braucht, um sich von der Richtigkeit dieser Behauptung zu überzeugen, nur die Instruktion zu lesen, die Karl VI. wenige Monate vor seinem Tode dem Grafen Johann Friedrich Ostein zukommen liess, als er ihn an Stelle Wasners zum Botschafter am englischen Hofe ernannte.[1]) *Das mehr als hundert Seiten umfassende Schriftstück ist eine überaus scharfe Anklageschrift gegen Georg II. und die englischen Minister, und legt deutlich Zeugnis von dem tiefen Grolle ab, den der Kaiser gegen sie empfand. Selbstsucht und Treulosigkeit wirft er ihnen vor und ist bestrebt den Nachweis zu erbringen, dass sie in keinem Punkte die Verpflichtungen erfüllt hätten, die sie im Jahre 1731 übernommen hatten. Er brandmarkt ihr Vorgehen in dem Momente, da Österreich, in einen schweren Krieg mit den bourbonischen Höfen verwickelt, ihre im Vertrage von 1731 garantierte Hilfe in Anspruch nahm. „Die Vorteile im westindischen Commercio, womit eine Nation vor der anderen von Spanien begünstiget werden kann, gaben eine sehr kräftige Anlockung ab, welcher sich die Königin von Spanien zu Erreichung ihrer Absichten trefflich wohl zu bedienen wusste." Er zeigt, wie England aus egoistischen Gründen die versprochene Hilfeleistung versagte;*[2]) *er weist nach, dass er in der polnischen Wahlfrage keinen Schritt ohne Englands Mitwissen gethan, dass daher der Vorwand, unter dem die Engländer ihre Unterstützung verweigert hatten, ein nichtiger gewesen sei*[3]), *„und ist*

---

[1]) *Instruktion für Johann Friedrich Graf Ostein d. d. 17. Juli 1740 St.-A.*

[2]) *In den Berichten Kinsky's und in den Weisungen Karls VI. an ihn spielen diese Angelegenheiten eine wichtige Rolle; es liegen auch eine Reihe Erklärungen der beiden Regierungen vor, die aber in diesem Zusammenhange nicht zum Abdruck gelangen können. Die wichtigsten dieser Erklärungen sind datirt 15. Aug., 6. Okt., 9. und 26. Nov. 1733. St.-A.*

[3]) *In der — Anm. 2 — erwähnten und in späteren Erklärungen hatte England diese Ansicht vertreten. Ich möchte in diesem Zusamenhange darauf aufmerksam*

durch die ganze Zeit des fürgedauerten Kriegs von beeden Seemächten nichts anders beschehen, als dass sie sich einander den Ballen zugeworfen und von England der Republik Holland, von dieser aber jener Kron die Schuld der Untreue beigemessen worden ist.“ Den Gipfel der Treulosigkeit aber habe Georg II. erreicht, als er mit den Niederländern gemeinsam „auf eine so unfreundliche Art, dass schwerlich ein in etwas nur beikommendes Beispiel in denen Geschichten zu finden sein wird, unsere Einwilligung zu noch schädlicheren Friedensbedingnussen als die nachhero geschlossenen Praeliminarien (mit Frankreich) in sich enthalten“, habe erzwingen wollen.[1]) *Die Erklärung Robinsons, der Kaiser habe keine Hilfe von den Seemächten zu erwarten, „wenn auch gar der Feind in dieses unser Erzherzogtum eindringen würde“, habe Karl VI. am 3. Okt. 1735 zum Abschlusse der Wiener Präliminarien unter Bedingungen genötigt, die ihm gegen den Erwerb Toscana's, Parma's und Piacenza's den Besitz Lothringens, Neapels und Siziliens und einzelner Gebiete der Lombardei gekostet hätten. Aber auch nach dem Abschlusse dieses für Österreich so ungünstigen Vertrages, an dem die Engländer mit in erster Linie die Schuld trugen, hätten sie ihr Benehmen nicht geändert, die Bitten des Kaisers wegen Aufnahme Toscana's unter die ihm zu garantierenden Besitzungen zur selben Zeit abgelehnt, da sie Don Carlos die Garantie des Königreiches beider Sizilien aus freien Stücken anboten.*

Und in gleich heftiger Weise warf Karl VI. den Engländern ihr unziemliches Vorgehen in der belgischen Handels- und Tariffrage vor; dass sie in Gemeinschaft mit den Niederländern allen gegebenen Zusicherungen zum Trotze des Kaisers wiederholtes Begehren nach Abschluss eines neuen Handelsvertrages unberücksichtigt gelassen, dass sie die durch hohe Abgaben gedrückten, durch den Verlust des ostendischen Handels schwer geschädigten belglischen Untertanen gänzlich

---

machen, dass Georg II. als Kurfürst von Hannover dem Kaiser ein Hilfskorps zur Verfügung stellte. Der darauf bezügliche Vertrag wurde am 9./20. April 1734 in London unterzeichnet. Vgl. Bittner Nr. 821.

[1]) *Im St.-A. und im R. O. liegen eine ganze Reihe von Projekten, die sich auf die Vermittlung des Friedens zwischen Österreich und Frankreich beziehen und von den Seemächten oder von England allein verfasst worden sind; dieselben können aber in diesem Zusammenhange keine weitere Berücksichtigung finden; ebensowenig die verschiedenen „Memoires concernant les affaires de Bergues et de Juliers“, die gelegentlich der zwischen England und Österreich viel erörterten Frage der Ordnung der jülich-bergischen Erbschaft entworfen worden sind.*

zu vernichten gesucht hätten. 3000 Häuser stehen in Antwerpen leer und das verdanken wir den Seemächten, ruft der Kaiser erbittert aus, vor allem Georg II., der durch seine Haltung die Niederländer ermutigt hat, des Kaisers Forderungen gering zu achten und die versprochene Ordnung der Tariffrage unter leeren Ausflüchten zu vereiteln. Und wie erregt spricht der Kaiser von dem Undanke Georgs II., als Kurfürsten von Hannover; wie bitter beklagt er sich über die zweideutige Haltung, die dieser Fürst in allen Reichsfragen beobachtet, über die Ränke, die er gesponnen habe, um die dem Kaiser so wichtige Ordnung der jülich-bergischen Streitfrage zu verschleppen.[1]) *„Mit einem Wort, man wusste jeder Sach eine solche Gestalt zu geben, dass es einerseits nie an Entschuldigungen, andererseits nie an Ausstellungen ermanglen konnte, der Sachen wahrer Grund möchte gleich noch so hell in die Augen leuchten."*

Freilich konnte sich Karl VI. nicht verhehlen, dass seit einiger Zeit eine Wendung in der Haltung der Engländer und ihres Herrschers eingetreten war, dass sie sich dem Wiener Hofe zu nähern suchten und Geneigtheit zeigten, die Beziehungen zu demselben freundschaftlicher zu gestalten. Aber weniger als je konnte sich Karl VI. darüber täuschen, dass es nur egoistische Motive waren, die zu diesem Wechsel der Politik Anlass gaben. Die Bemühungen der Engländer, durch ein weitreichendes Entgegenkommen die ihnen so wertvolle Freundschaft Spaniens zu erhalten, hatten nur vorübergehenden Erfolg gehabt. Allmählig enthüllte sich den englischen Ministern der Endzweck der französisch-spanischen Verbindung; sie mussten erkennen, dass diese Mächte sich nicht allein gegen Österreich, sondern auch gegen Englands immer drohendere maritime Gewalt geeinigt hatten, dass sie fest entschlossen waren, sich der ihnen beiden gleich schädlichen Ausdehnung des englischen Handels in den südamerikanisch-spanischen Colonien zu widersetzen. Jetzt begann Walpole — der leitende englische Minister — einzusehen, dass er einen Fehler begangen, als er stille gesessen und ruhig zugesehen hatte, wie die bourbonischen Höfe dem Kaiser Neapel und Sizilien entrissen; dass sich die englischen Kaufleute geirrt hatten, als sie annahmen, dass es ihren Interessen nur förderlich sein könne, wenn die süditalienischen Häfen statt im Besitze des Kaisers zu bleiben, „der den Engländern das Commercium in Neapolis und Sizilien verdorben habe", in den der Spanier gelangen würden. Und da alle Bemühungen, den Konflikt gütlich beizulegen, scheiterten, da im Jahre 1739 England den Krieg gegen Spanien eröffnen musste und vorauszusehen war, dass der offene Kampf gegen Frankreich alsbald werde

aufgenommen werden müssen, schien es der englischen Regierung zweckmässig, sich die Unterstützung jener Macht zu sichern, die einst zum Kampfe gegen die Bourbonen die Hand entgegengestreckt hatte. Und noch einen Grund hatten die leitenden Staatsmänner Englands, die Freundschaft Österreichs zu suchen. Seit dem Jahre 1719 hatte die Wiener Regierung, dem allgemeinen Zuge der Zeit folgend, strenge Massregeln zum Schutze der aufblühenden heimischen Industrie ergriffen und eine ganze Reihe von Verordnungen erlassen, durch die der englische Handel in den österreichischen Ländern schwer getroffen wurde.[1] *Alle Bemühungen der englischen Regierung, dieser Bewegung Einhalt zu gebieten, waren vergebene geblieben; auch die Androhung entsprechender Gegenmassregeln hatte nicht den gewünschten Erfolg gehabt; immer wieder hatten die kaiserlichen Minister betont, dass die feindselige Haltung der Engländer in allen Fragen der europäischen und deutschen Politik ein Entgegenkommen in Handelsangelegenheiten erschwere. Je mehr aber gerade der Kaufmannswelt im Hinblicke auf die immer bedrohlicheren Konflikte mit Spanien an der Herstellung guter Handelsbeziehungen zu Österreich lag, desto dringender schien es dem englischen Ministerium den Wünschen dieses ausschlaggebenden Teiles der Bevölkerung entgegenzukommen. In diesem Sinne waren seit dem Jahre 1738 von Robinson Versuche unternommen worden, den Kaiser zum Abschlusse eines österreichisch-englischen Handelsvertrages zu vermögen, und zur Förderung dieses Planes hatte der englische Gesandte alles mögliche getan, um das Misstrauen des Kaisers und der österreichischen Minister zu beseitigen. Das war ihm nun nicht gelungen. Wohl liess sich Karl VI. in Unterhandlungen ein, wohl wurden seitens der kaiserlichen Deputierten mit dem eigens zu diesem Zwecke aus England nach Wien berufenen Fachmanne Verhandlungen begonnen; allein die Differenzen waren viel zu gross, als dass die gewünschte Einigung alsbald hätte erfolgen können. Und an demselben Umstande scheiterten auch die Bemühungen Robinsons, den Kaiser zu Abmachungen gegen die bourbonischen Höfe zu vermögen.*

„Solange Walpole am Ruder ist, lautet die betreffende Stelle der für Ostein bestimmten Instruktion, ist kein Wechsel der englischen Politik zu erwarten; die Nation ist allerdings mehr für uns.“ Ostein sollte die bestimmte Erklärung abgeben, dass Karl VI. die mit Frank-

---

[1] *Vgl. die Einleitung zu dem weiter unten abgedruckten Handelsvertragsentwurfe vom Jahre 1743.*

reich eingegangenen Verpflichtungen halten und nichts unternehmen werde, was dieser Macht einen berechtigten Grund geben könnte, die übernommene Garantie der Erbfolgeordnung zu verweigern. Der Kaiser, sollte Ostein den englischen Ministern sagen, wolle die Verträge von 1731 und 1732 halten, fordere aber ein gleiches von den Engländern; er sei bereit, mit den Seemächten gemeinsam eine in diesem Sinne lautende Erklärung abzugeben, weigere sich aber auf das bestimmteste, in den gegenwärtigen Krieg zwischen England und Spanien einzutreten. Man sieht, wie sich im Laufe der Jahre die Verhältnisse geändert hatten; lange Zeit hatte Karl VI. um die Freundschaft der Engländer geworben, jetzt zögerte er die ihm entgegengestreckte Hand Georgs II. zu ergreifen.

Mit dem Tode Karls VI. aber trat von neuem ein Wechsel ein. Denn nun war die neue Herrscherin Österreichs ihrerseits genötigt, die Hilfe Englands gegen jene Fürsten anzurufen, die ihr den ruhigen Besitz der ererbten Länder nicht gönnen wollten. Dass Georg II. in seiner Thronrede am 29. Nov. 1740 die Erklärung abgab, er wolle die Österreich gegenüber übernommenen Verpflichtungen im Einverständnisse mit den übrigen durch ähnliche Verträge gebundenen Mächten erfüllen, bereitete der jungen Herrscherin grosse Freude; noch grössere die Einmütigkeit, mit der Anhänger und Gegner des Ministeriums Walpole der königlichen Erklärung beigestimmt und ihre Unterstützung bei der Verwirklichung derselben zugesagt hatten. Freilich handelte es sich damals nur um die Ansprüche, die der von Frankreich unterstützte Kurfürst von Baiern erhob, und Maria Theresia wusste, dass England im eigenen Interesse dem Zerfalle Österreichs oder der Schwächung dieser Macht zu Gunsten Frankreichs vorzubeugen wünsche und darauf rechne, sie auf diesem Wege zur Teilnahme am Kriege gegen Spanien und gegebenen Falles auch gegen Frankreich zu vermögen, wenn dieses zu Gunsten des verwandten Herrscherhauses eingreifen sollte. Allein was giengen die Beweggründe des Inselvolkes die junge Königin an. Sie kannte nur ein Ziel, die ungeschmälerte Behauptung des ihr vom Vater hinterlassenen Besitzes gegen jeden Angriff. Deshalb zögerte sie auch keinen Augenblick die Hilfe Englands, wie gegen den Kurfürsten von Baiern, so auch gegen den Preussenkönig in Anspruch zu nehmen, als dieser schnell und unerwartet in Schlesien einfiel und seine Rechte auf Teile ihres Besitzes geltend machte. Und da König Georg II. von Hass, Eifersucht, Furcht und Abneigung gegen seinen Neffen erfüllt, ihr abriet die Forderungen Friedrichs II. zu

erfüllen, da er ihr das Versprechen gab, mit seinen hannoveranischen und mit den in Englands Solde stehenden hessischen und dänischen Truppen wider Preussen in's Feld zu ziehen und dringend die Absendung einer eigenen Vollmacht für Ostein forderte, damit dieser ein enges Bündnis zwischen Österreich und England schliessen könne, gieng Maria Theresia mit Eifer auf die Pläne des englischen Königs ein. Sie hatte damals noch keine Kenntnis davon, dass Georg II. nur in seinem Namen sprach, wenn er einen energischen Vorstoss gegen den Preussenkönig als notwendig bezeichnete, während der grösste Teil der englischen Nation einen Kampf gegen Friedrich II. nicht wünschte, vielmehr der Ansicht war, Maria Theresia möge den Frieden mit Preussen durch eine entsprechende Gebietsabtretung erkaufen und auf diesem Wege Preussen zum Verbündeten gegen die von Baiern und Frankreich drohende Gefahr gewinnen. Und wenn auch Robinson alsbald zur Nachgiebigkeit gegen Preussen riet und Erklärungen abgab, die deutlich erkennen liessen, dass die Anschauungen Georgs II. nicht mit denen seines Volkes übereinstimmten,[1] *wenn auch Osteins Berichte auf den Gegensatz zwischen dem Könige und dem Parlamente hinwiesen, so war es begreiflich, das sich Maria Theresia an die ihr genehmen Erklärungen des Königs hielt und der Hoffnung lebte, es werde diesem gelingen seine Pläne durchzusetzen. In der Tat schien es einige Zeit, als werde das kontinentale Interesse des Herrschers das Schicksal des englischen Volkes bestimmen. Der Eifer, mit dem Georg II. für den Krieg gegen Preussen eintrat, bewog wenigstens den um sein Portefeuille besorgten, von der Opposition hart bedrängten Walpole sich der königlichen Auffassung der Dinge zu nähern und eine Politik gutzuheissen, die den wahren Interessen Englands und der Meinung der meisten Parlamentarier widersprach. So geschah es, dass in den ersten Monaten des Jahres 1741 Gesandte Georgs II. im Haag, in Petersburg und in Dresden Verhandlungen begannen, die den Abschluss eines gegen Friedrich II. gerichteten Offensivbündnisses bezweckten.*[2]

Und in gleichem Sinne äusserte sich Georg II. zu dem kaiserlichen Gesandten Ostein. Hatte er schon im Januar, wie erwähnt,

---

[1] *Für Robinsons Verhandlungen vgl. insbesondere Grünhagen Geschichte des ersten schlesischen Krieges I. 336 ff. und Arneth Maria Theresia I. 200 f.; für die Stellung der verschiedenen englischen Parteien zur auswärtigen Politik in den Jahren 1740—1744 auch E. v. Wiese Die engl. parlamentarische Opposition und ihre Stellung zur auswärtigen Politik des britischen Cabinets 1740—1744 (1883).*

[2] *Vgl. d. Grünhagen l. c. I. 271 ff.*

seine Bereitwilligkeit kundgetan, die im Solde Englands stehenden hessischen und dänischen Truppen der jungen Herrscherin zur Verfügung zu stellen[1]) *und die Absendung einer Vollmacht für Ostein zum Abschlusse eines Bündnisses empfohlen, so gieng er im Februar einen Schritt weiter; er riet der Königin sich nicht mit Preussen zu vergleichen. „Man werde schon Mittel finden, den König von Preussen in solche Enge zu treiben, dass Allerhöchstderselben der Schaden würde ersetzt werden, andere auch dabei des ihrigen sich erholen können."*[2]) *Ostein griff die letzten Worte des Königs auf. Er betonte, „dass die Königin froh sein würde, dem Kurhaus bei dieser Gelegenheit einige Vorteile zuzuwenden. Der König erwiderte: Gut, aber man muss es schriftlich haben." Er riet Ostein, sich schleunigst eine entsprechende Vollmacht zu verschaffen. Dieser berichtete sofort seiner Regierung über den Inhalt seiner Unterredung mit Georg II., erbat sich eingehende Instruktionen; betonte aber zugleich, es würde sich empfehlen, in London und in Dresden getrennt zu verhandeln, um jede Eifersucht der beiden Fürsten bezüglich der Verteilung eventueller Eroberungen zu vermeiden.*[3])

Ende Februar war der Bericht Osteins in den Händen der österreichischen Regierung.[4]) *Sein Vorschlag fiel auf fruchtbaren Boden. Denn je unzweideutiger Georg II. von der Notwendigkeit sprach, ihn für seine Hilfe durch Land und Leute zu entschädigen, und je deutlicher die seit längerer Zeit am sächsischen Hofe geführten Verhandlungen erkennen liessen, dass auch Friedrich August II. nur durch beträchtliche territoriale Zugeständnisse werde bewogen werden können auf seine Ansprüche an Maria Theresia zu verzichten und an dem Kampfe gegen Preussen teilzunehmen,*[5]) *desto wünschenswerter schien es den österreichischen Ministern, die beutelustigen Fürsten auf Preussen anzuweisen. In diesem Sinne war schon vor dem Eintreffen d s Osteinischen Berichtes an die in Dresden weilenden Vertreter Maria Theresia's der Befehl ergangen, bei den Verhandlungen, die daselbst über den*

---

[1]) *Vgl. Osteins Berichte vom 3., 16., 17. und 20. Januar und das Konferenzprotokoll d. d. 4. Februar 1741 St.-A. Vgl. auch das Schreiben Georgs II. an Maria Theresia d. d. 29. Jan. 1741. St.-A.*

[2]) *Osteins Bericht d. d. 13. Febr. 1741 St.-A.*

[3]) *Ebenda.*

[4]) *Über die ungefähr zu gleicher Zeit erfolgende Weisung Harringtons an Robinson vgl. Grünhagen l. c. I. 339 ff.*

[5]) *Für die in Dresden geführten Verhandlungen vgl. u. a. Grünhagen l. c. I. 247 ff. und Arneth l. c. I. 196 ff.*

Abschluss eines sächsisch-österreichischen Bündnisses geführt wurden, jede Gebietsabtretung auf Kosten Maria Theresia's auf das entschiedenste abzulehnen, dagegen die Aussicht auf preussische Besitzungen in den Vordergrund zu rücken; in diesem Sinne wurde er jetzt wiederholt. Da aber die sächsischen Minister neuerdings für ihre Einigung mit der österreichischen Herrscherin u. a. auch die Abtretung dreier böhmischer Kreise forderten und trotz eindringlicher Mahnungen der österreichischen Gesandten von ihrem Begehren nicht abliessen, entschloss sich die Wiener Regierung den von Georg II. angeregten und an verschiedenen Höfen erörterten Gedanken eines gegen Friedrich II. gerichteten Offensivbündnisses aufzunehmen, um sich auf diesem Wege und auf Kosten dieses Fürsten die so notwendige Unterstützung möglichst bald zu sichern und den zögernden Sachsenfürsten durch das Vorgehen anderer Herrscher zu einem energischen Entschlusse zu bewegen. In der Konferenz am 1. März 1741[1] *wurde die Ansicht geäussert, dass es besser sei in England, als in Dresden oder in Holland abzuschliessen, und der Vorschlag gemacht, Ostein die nötigen Vollmachten und das Projekt eines Bündnisses zu übersenden, dasselbe aber so zu verfassen, dass die Verbündeten für ihre Entschädigung auf die im Kriege zu machenden Eroberungen angewiesen würden, ohne dass Maria Theresia eine Garantie zu übernehmen hätte. In verhältnismässig kurzer Zeit war der Vertragsentwurf fertig. Schon am 13. März wurde derselbe zugleich mit den entsprechenden Vollmachten zur Unterzeichnung an Ostein geschickt.*[2] *Eine ausführliche Erläuterung sollte diesen über die Gesichtspunkte aufklären, von denen man sich bei der Abfassung des Entwurfes hatte leiten lassen.*

Zur Rechtfertigung des lateinischen Textes wurde der das Reich betreffende Inhalt des Vertrages herangezogen; doch erhielt Ostein die Ermächtigung, nötigenfalls die Übertragung in's französische zuzugeben. Man betonte ferner, dass man zwar neben den Seemächten auch die Herr-

---

[1]) *Konferenzprotokoll d. d. 1. März 1741 St.-A.*

[2]) *Als Beilage zur Weisung vom 13. März 1741. St.-A. Das Projekt war in lateinischer Sprache abgefasst und umfasste 13 Artikel; vgl. den Abdruck weiter unten. Die in den „Beilagen" zum 2. Teile des 3. Bandes von J. Ch. Adelungs „Pragmatischer Staatsgeschichte Europa's" Gotha 1763 p. 10—18 abgedruckten Projekte in englischer und deutscher Sprache sind Übersetzungen aus dem lateinischen Entwurfe, doch fehlt in denselben der Art. XII. des lateinischen Entwurfes, der das Verbot für jeden der Vertragsteilnehmer enthält, einen Separatfrieden mit den Feinden zu schliessen.*

scher von Russland und Sachsen-Polen als Vertragsschliessende ausdrücklich bezeichnet habe, dass man jedoch, um weitere Verzögerungen zu vermeiden, bereit sei, die Allianz vorerst in London zwischen den Seemächten und Österreich zum Abschlusse zu bringen. Der Russen sei man zwar nach ihren in Wien und in Petersburg abgegebenen Erklärungen sicher, doch sei es zweifelhaft, ob der russische Gesandte in London die entsprechende Vollmacht zur Unterzeichnung besitze; sei dies nicht der Fall, dann wäre es besser, Russlands im Vertrage als Kontrahenten zu gedenken und die Unterzeichnung des Bündnisses durch diese Macht später in Petersburg vornehmen zu lassen. Weniger sicher sei man des sächsischen Herrschers; man überlasse es Georg II. zu entscheiden, ob dieser Fürst unter die Vertragschliessenden aufzunehmen oder ihm blos der Beitritt durch die allgemein gehaltenen Bestimmungen des 3. Artikels freizustellen sei. Auf das materielle des Vertragsentwurfes übergehend, betonte die Wiener Regierung, dass man in den einleitenden Worten die Gerechtigkeit und Gemeinnützigkeit der Verbindung so begründet habe, dass Frankreich keinen Anlass zur Klage werde finden können. Überdies habe man im ersten Artikel zur Beruhigung Frankreichs ausdrücklich hervorgehoben, dass es sich nur um Erneuerung und Erfüllung früherer Verträge handle, dass diese Einigung speziell nichts dem zwischen Österreich und Frankreich am 18. Nov. 1738 geschlossenen Vertrage präjudizierliches enthalte. Zur Erläuterung des zweiten Artikels wurde darauf hingewiesen, dass man bei der Abfassung desselben darauf Bedacht genommen habe, die Verbündeten daran zu erinnern, dass sie die früher übernommenen Verbindlichkeiten in vollem Umfange, nicht nur für Deutschland, aufrechtzuhalten verpflichtet seien, im übrigen aber diesen Artikel so abgefasst habe, „dass er nicht minder gegen Kurbaiern, wenn von diesem Kurfürsten etwas widriges sollte unternommen, denn gegen Frankreich, wenn von jetzterwähnter Kron die freie Kaiserwahl sollte gestört werden wollen, gerichtet ist.“ Den dritten Artikel, der die Aufnahme anderer Mächte in dieses Bündnis betreffe, habe man, um jede Klage zu vermeiden, allgemein gehalten, und überlasse die Durchführung desselben weiteren Beratungen; auch sei die österreichische Regierung nicht darauf erpicht, alles, was ihr förderlich sein könnte, durchzusetzen; doch müsse man dafür halten, dass zur Durchführung der Wahl des Grossherzogs von Toscana zum Kaiser die Unterstützung der Kurfürsten von Pfalz und Köln unerlässlich sei. Die im 4. Artikel ausgesprochene Absicht der 3 mit Österreich verbündeten Mächte, von zwei Seiten her in preussisches Gebiet einzufallen, sei von England ausgegangen und nach dessen Vorschlag stilisiert; die Truppen-

zahl, mit der Maria Theresia an dem Unternehmen teilnehmen solle, im 5. Artikel nach den Ostein früher zugekommenen Mitteilungen auf 14 Regimenter zu Fuss, 12 zu Pferd und 4 Regimenter Husaren festgesetzt worden. Auch der 6. Artikel, der jeden der verbündeten Staaten verpflichtete dem von Friedrich angegriffenen Bundesgenossen wenn nötig mit gesammter Macht zu Hilfe zu eilen, sei in einer England genehmen Weise abgefasst worden.

Grössere Schwierigkeiten habe die Stilisierung des 7. Artikels geboten, der den sächsischen Kurfürsten betreffe und verfüge, dass diesem die Wahl freigelassen werden solle, Maria Theresia mit 6000 Mann oder mit gesamter Macht zu Hilfe zu eilen. Im ersteren Falle sollten die Bestimmungen des am 16. Juli 1733 zwischen Österreich und Sachsen geschlossenen Vertrages in Geltung treten; im letzteren Falle dagegen dem Kurfürsten ein entsprechender Anteil an den zu machenden Eroberungen zugestanden werden. Ostein wurde nun beauftragt dem englischen Könige mitzuteilen, dass bei längerem Zögern des kursächsischen Hofes dieser Artikel auch ganz ausgelassen und des Herrschers von Sachsen-Polen auch im Eingange nicht als Vertragschliessenden gedacht werden müsste. Ausserordentlich wichtig schien den österreichischen Ministern die strikte Einhaltung des im 8. Artikel festgesetzten Termines — längstens Ende April — für den Beginn der Operationen. Ein besonderes Gewicht legte das österreichische Projekt auch auf die Festsetzung dessen, was Maria Theresia und was ihre Verbündeten zu fordern berechtigt sein sollten. Das ganze im Laufe des Krieges von den Feinden okkupierte Gebiet — so lautete Artikel 9. — solle dem rechtmässigen Besitzer zurückgegeben werden, Maria Theresia ihr jetziger Besitz — Schlesien inbegriffen — erhalten bleiben. Dagegen verpflichtete sich die österreichische Herrscherin, alles was sie erobern sollte, nach erfolgter vollkommener Befriedigung ihrer oberwähnten Forderungen, den Verbündeten zu überlassen. Die Vereinbarung über die Teilung der zu machenden Eroberungen sollte nach Artikel 10 durch einen besonderen Vertrag erfolgen. Doch fügten die Minister Maria Theresia's zur Vermeidung eines Missverständnisses dieser Bestimmung die Bemerkung bei, dass, im Falle keine Eroberung preussischen Gebietes erfolgen sollte, Maria Theresia keineswegs verhalten werde sollte, etwas von ihren Erbländern den Verbündeten abzutreten. Die drei letzten Artikel enthielten die Verpflichtung der Verbündeten nur gemeinsam mit dem Feinde Frieden zu schliessen und diesen Frieden zu garantieren, sowie die Bestimmung, dass der Vertrag längstens sechs Wochen nach erfolgter Unterzeichnung ratifiziert werden, die geplante Aktion

aber schon früher erfolgen sollte. Schliesslich wurde Ostein auf das bestimmteste angewiesen, sich in sachliche Änderungen der einzelnen Artikel nicht einzulassen.[1]) *Am selben Tage noch wurde den Vertretern Maria Theresia's in Dresden ein Exemplar des Ostein gesandten Projektes übermittelt und ihnen gegenüber betont, dass der Kaiser, um den Abschluss des gemeinsamen Konzertes nicht zu hindern, geneigt sei, die mit Sachsen begonnenen Verhandlungen über den Separatvertrag zu gleicher Zeit fortzuführen.*[2]) *Auch dem in Petersburg weilenden Vertreter Maria Theresia's gieng eine Abschrift des Projektes und der Befehl zu, sich darüber Gewissheit zu verschaffen, ob die Czarin in London oder in Petersburg die Unterzeichnung des Vertrages wünsche. Die grosse Sicherheit, mit der die Wiener Regierung von dem Gelingen des Werkes sprach, muss Wunder nehmen; aber unzweifelhaft gründete sich die Hoffnung derselben in erster Linie auf die bestimmten Versicherungen, die Georg II. Ostein,*[3]) *sowie dem in London weilen-*

---

[1]) *Weisung vom 13. März 1741. St.-A. Dieser Weisung liegt eine Kopie des Projektes der Konvention bei; 2 andere Exemplare wurden dem Mis de Botta am 16. März nach Petersburg geschickt und liegen dieser Weisung St.-A. (Russl.) bei. Aus der im Texte gegebenen Darstellung geht zweifellos hervor, dass der hier erörterte und abgedruckte Vertragsentwurf nicht wie allgemein — auch von R. Koser Friedrich der Grosse p. 91 und Grünhagen Gesch. des ersten schlesischen Krieges I. 309 f. und Anm. — angenommen wird, von England, sondern von Österreich herrührt. Ich bemerke übrigens, dass Villiers selbst in seinem Berichte an Harrington d. d. Dresden 1741 März 19 n. st. (R. O.) folgende Bemerkung macht: The courier, dispatched with the news of the queen of Hungary's being safely delivered of a prince, arrived here the 17th instant n. s. and brought to Her Majesty's ministers a copy of a project of an alliance, which count d'Ostein will probably receive and communicate before your Lordship has the trouble of this dispatch. Durch diese Tatsache werden auch die Schwierigkeiten beseitigt, die bisher der Deutung des Inhaltes dieser Vereinbarung im Wege standen. (Grünhagen l. c. p. 309 f. Anm.)*

[2]) *Weisung an Wratislaw und Khevenhiller d. d. 13. März 1741. St.-A. (Sax.) Der Inhalt dieser Weisung ist ein weiterer Beweis für die Tatsache, dass das uns vorliegende Projekt am Wiener Hofe verfasst wurde. Eine Stelle lautet: „Euch ist bereits zu wissen gethan worden, dass des Königs von Grossbritannien Majestät darauf gedrungen, den Grafen Ostein mit einer Vollmacht, um desto geschwinder und geheimer die Einverständnus gegen Preussen zu Stande zu bringen, zu versehen. Ingleichen haben wir Euch zum voraus verständigt, wohin dies Orts bei dem Aufsatz sotaner Einverständnus das Augenmerk würde gerichtet werden." Jetzt übersende ihnen Maria Theresia das davon handelnde Projekt.*

[3]) *Noch am 3. März berichtete Ostein (St.-A.), dass Georg II. bei seinem Vorhaben beharre.*

den sächsischen Gesandten gegeben hatte.[1]) *Allein alsbald sollte Maria Theresia Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, dass auf die Worte des englischen Königs kein Verlass sei. In Angst versetzt durch die entschlossene Haltung Friedrichs II., der ein Armeekorps bei Magdeburg aufstellte, durch die Nachricht von dem verdächtigen Verhalten der Franzosen und von der geringen Neigung der Niederländer an dem Kampfe gegen Friedrich teilzunehmen, und beeinflusst durch die einem Kriege gegen Friedrich II. abgeneigte Stimmung seiner englischen Untertanen, begann Georg II. dem Gedanken Raum zu geben, dass ein Ausgleich mit dem Preussenkönige auf Kosten der bedrohten österreichischen Herrscherin einem ungewissen Kampfe gegen denselben vorzuziehen sei, und sprach von dem Vorteile, der den Verbündeten aus der Anteilnahme des preussischen Herrschers an dem voraussichtlichen Kampfe gegen Frankreich erwachsen würde. Schon Mitte März hatte er sich in diesem Sinne geäussert,*[2]) *und im Laufe der zweiten Hälfte dieses Monates hatte die dem Versuche eines Vergleiches günstige Stimmung am Hofe Georgs II. derartig zugenommen, dass Ostein es nicht für zweckmässig hielt, das ihm in den letzten Tagen des Monates März zugekommene Konventionsprojekt dem englischen Könige zu überreichen.*[3]) *Er erfuhr dafür den herbsten Tadel seiner Regierung; man warf ihm vor, dem Interesse seiner Herrin direkt zuwidergehandelt zu haben, und trug ihm auf das entschiedenste auf, seinen Fehler gutzumachen, für den Abschluss des Konventionsprojektes einzutreten.*[4]) *Allein bevor noch Ostein in die Lage kam, von der ihn zugekommenen Weisung Gebrauch zu machen, hatte sich das Schicksal des österreichischen Vertragsentwurfes entschieden.*

Der in Dresden weilende Vertreter Englands, dessen Vermittlung es mit in erster Linie zu danken war, dass der so lange verhandelte Separatvertrag zwischen Österreich und Sachsen durch beider-

---

[1]) *Unter dem 18. Februar wird dem Ostein ein Schreiben der in Dresden weilenden Vertreter Maria Theresia's übermittelt, in dem von einer Äusserung Georgs II. an den in London wirkenden Vertreter Sachsens berichtet wird. Georg II. habe diesem in's Gesicht gesagt, er wolle gemeinschaftlich mit Holland dem Könige von Preussen den Krieg erklären; auch müsse man, wofern dieser seine Truppen nicht aus Schlesien herauszieht, ein gemeinsames Concert mit anderen gutgesinnten Höfen machen. Weisung an Ostein d. d. 18. Febr. 1741. St.-A.*

[2]) *Schreiben Osteins d. d. 17. März 1741 St.-A.; vgl. auch Harringtons Weisung an Robinson d. d. 16. März 1741 bei Grünhagen l. c. I. 344.*

[3]) *Schreiben Osteins d. d. 31. März 1741. St.-A.*

[4]) *Weisung d. d. 16. April 1741. St.-A.: ähnlich auch in der Weisung d. d. 24. April 1741. St.-A.*

seitiges Entgegenkommen fertiggestellt werden konnte, erhob sich in der Sitzung am 10. April, in der die Verlesung dieses Dokumentes stattfand und betonte, dass sein Herr sich im Hinblicke auf Frankreichs Stellung entschlossen habe, dem dringend geäusserten Wunsche Friedrichs II. entsprechend, die Vermittlung zwischen Preussen und Österreich zu versuchen.[1]) *Das Erstaunen war ein allgemeines; die Erbitterung der österreichischen Regierung, als sie davon erfuhr, eine grosse. Aber an der Tatsache war nichts zu ändern. Englands Entschluss war eine furchtbare Enttäuschung und eine schwere Schädigung für Maria Theresia. Sie hatte gehofft, im April an der Seite der Seemächte, Russlands, eventuell auch Polens den Kampf gegen Friedrich II. zu beginnen; nun sollte sie nochmals sich einer Vermittlung zu erwehren haben, die ihr den Verlust eines grossen Teiles des übernommenen Erbes zumutete.*

In nomine sacrosanctae et individuae trinitatis amen.

Notum sit omnibus et singulis quorum interest aut quomodocunque interesse potest.

Cum paulo post funestum et immaturum sacrae quondam C^eae^ regiaeque catholicae M^tis^ obitum hostilis Silesiae ducatus invasio a Borussiae rege subsecuta sit, sacra regia Hungariae et Bohemiae M^tas^ scriptis ad praecipuos Europae principes, illos inprimis, qui eiusdem in regna et ditiones paternas immediatum succedendi ius evincendum susceperunt, tum ad legatos electorum, principum et caeterorum imperii statuum Ratisbonae congregatos literis, eosdem omnes ac singulos de ferendis suppetiis et tuenda omnibus viribus communi causa quam amicissime interpellavit, amicam hancce requisitionem suam partim pactis conventis, quae ei cum unoquoque horum principum intercedunt, partim intuitu imperii statuum sanctioni legum eiusdem fundamentalium, aureae inprimis bullae pacisque publicae, tum praestitae totius imperii nomine sponsioni, seu uti vulgo nuncupare solent guarantiae sanctionis pragmaticae, atque contracto disertim — cum anno 1708 Bohemiae regnum ad imperii comitia readmitteretur — mutuo tutelae vinculo superstruens. Causae et desiderii iustitiam haud haesitanter agnoverunt serenissimus et potentissimus princeps dominus Georgius secundus Magnae-Britanniae rex, dux Brunsvicensis et Luneburgensis, sacri Romani imperii elector; serenis-

[1]) *Vgl. für diese Szene Grünhagen l. c. I. 317 f.*

simus et potentissimus princeps dominus Johannes tertius, totius Russiae autocrator; tum serenissimus et potentissimus princeps dominus Fridericus Augustus, Poloniarum rex, magnus dux Lithvaniae, dux Saxoniae pariterque sacri Romani imperii elector; nec non celsi et potentes domini status generales unitarum foederati Belgii provinciarum. Quo proinde illi providam suam de restauranda quantocyus ac exin manutenenda publica tranquillitate, tum de explenda sponsione seu vulgo guarantia sanctionis ut vocant pragmaticae, quae die 19na Aprilis anno 1713 solenni ritu declarata fuit, curam tanto impensius testarentur, cum antememorata sacra regia Hungariae et Bohemiae Mte super mediis pro assequendo quo citius eo melius tam salutari scopo quam maxime opportunis per denominatos ad id ipsum ministros plena facultate munitos in commune consulere constituerunt. Qui quidem ministri habitis inter se colloquiis et permutatis invicem plenipotentiarum tabulis, in calce praesentis conventionis adiectis, de sequentibus articulis convenerunt.

I.

Amicitiae, unionis ac foederis vinculum, quod sacrae regiae Hungariae et Bohemiae Mti vigore tractatus die decima sexta Martii anno 1731 conclusi tum editae decima Aprilis die eiusdem anni declarationis cum sacra regia Magnae-Britanniae Mte tam qua rege quam qua sacri Romani imperii electore, nec minus cum sacra totius Russiae Mte vigore initi die 6ta Augusti anno 1726 foederis, cum sacra regia Poloniarum Mte autem qua Saxoniae electore vigore signatae die 16. Julii anno 1733 conventionis, ac denique iuxta accessionis instrumentum, quod Hagae comitum 20ma Februarii die anno 1732 subscriptum fuit, cum celsis et potentibus dominis statibus generalibus foederati Belgii intercedit, ita renovatum censeatur, ac si verbotenus omnes et singuli praecitati tractatus praesenti conventioni forent inserti, partesque contrahentes sese ad explendas inibi contentas conditiones denuo quam efficacissime obstrinxerint, ea tamen disertim addita lege, quod renovatum hocce foedus nulla prorsus ratione vel minimum praeiudicium afferre queat aut debeat pacis tractatui inter caesarem quondam et imperium ex una, tum christianissimum regem ex altera parte Viennae die 18. Novembris anno 1738 concluso.

II.

Sicuti ad explendas contentas in praecitatis tractatibus conditiones partes contrahentes in genere sese et absque ulla exceptione obstrictas agnoscunt, ita pro praesente rerum statu praecipuus et specialis renovati inter easdem amicitiae, unionis ac foederis vinculi scopus est, turbatam in imperio a Borussiae rege quietem quantocyus restaurare, restauratam manutenere aut, si a quocunque alio turbabitur, contra aggressorem consilia et arma sociare atque uno verbo omnibus viribus id satagere, quo regnis et ditionibus ad sacram regiam Hungariae et Bohemiae M^tem^ per obitum divi genitoris sui haereditario iure devolutis nihil quicquam decedat, enatae turbae sopiantur, quae vero ulterius pertimescendae sunt praecaveantur, suaque imperio libertas et securitas constet et eiusdem compages, prouti illa legibus eiusdem fundamentalibus innititur, sarta, tecta servetur.

III.

Pro obtinendo tam salutari scopo promittunt sibi invicem partes contrahentes, quod non solum velint optima fide in commune consulere, sed et concorde opera eo allaborare, quo complures alii principes in foederis huius societatem tendentis quippe ad commune imperii bonum et publicae tranquillitatis maius firmamentum pertrahantur.

IV.

Cum sacra regia Hungariae et Bohemiae M^tas^, utpote quae iniusto a Borussiae rege bello fuit impetita, a principibus, qui sanctionem uti vocant pragmaticam tuendam susceperunt, iuxta normam tractatuum, qui ei cum unoquoque intercedunt, expetierit, ut vel suppetias sibi ferre, vel bellum aggressori indicere velint, optionem iisdem inter utramque, qua praestita evictio expleri potest, viam relinquens; sacra regia Magnae-Britanniae M^tas^ sacraque totius Russiae M^tas^, nec non celsi et potentes domini status generales unitarum foederati Belgii provinciarum se ultimam viam praeprima eligere, ac proinde una ex parte coadunatis sacrae regiae Magnae-Britanniae M^tis^ et celsorum et potentium statuum generalium foederati Belgii viribus, altera vero ex parte iusto russico exercitu pro divertendis iniusti aggressoris armis in adiacentes eiusdem ditiones irrumpere velle declararunt seseque obstrinxerunt. Qua facta optione sacra regia Hungariae et Bohemiae M^tas^ se penitus contentam testatur.

V.

Vicissim sacra regia Hungariae et Bohemiae M^tas^ spondet, quod ad minimum integras quatordecim legiones pedestres tum duodecim equestres ac quatuor hussarorum legiones communi inimico velit opponere.

VI.

Cumque ita diversis in locis arma contra Borussiae regem quo fieri potest efficaciore modo sint vertenda, promittunt sibi invicem partes contrahentes, quod eum in casum, ubi praefatus rex omnes vires suas contra unum ex foederatis colligere intenderet, unusquisque alteri omni possibili modo suppetias ferre eundemque ab imminente eidem soli periculo eliberare velit ac teneatur.

VII.

Cumque sacra regia Poloniarum M^tas^ qua Saxoniae elector necdum mentem suam explanarit, quamnam ex memoratis articulo quarto duabus viis velit eligere, conventum inter reliquos socios est, quod eum in casum, ubi ab eadem non nisi sex militum millia sacrae regiae Hungariae et Bohemiae M^ti^ in auxilium mittentur, normae tractatus die 16ta Julii anno 1733 conclusi unice standum sit; ubi vero altefata sua M^tas^ sua quoque ex parte omnes vires suas contra communem hostem vertere malit, quod tunc quoque in partem iustis armis ab eodem acquirendarum ditionum venire debeat.

VIII.

Quoad tempus, quo executioni danda sunt quae supra articulo quarto de divertendis communis hostis armis ac facienda in eiusdem ditiones bina irruptione disposita reperiuntur, conventum est, quam citissime id fieri potest et haud tardius quam proxime imminente mense Aprilis a sacrae regiae Hungariae et Bohemiae M^tis^ sociis eo esse procedendum; tum quia modo fata sacra regia M^tas^ in casu articuli sexti iamiam versatur, maxima virium regis Borussiae parte actu contra eandem collecta, tum quia timendum foret, ne intercedente diuturniore mora intestinae in imperio turbae ulterius adhuc sese possent dilatare, quod quovis modo praecavere communi consensu e re visum fuit.

IX.

Cum sociata pro tuenda iustissima causa tot principum arma de felici eorum successu dubitare haud sinant, nec qui pacem imperii publicam caeterasque eius leges fundamentales, auream inprimis bullam pacemque westphalicam, tam aperte violavit imperii princeps, ad earundem legum beneficium provocare ullatenus queat; hinc aequum et iustum visum fuit atque de eo partes contrahentes expresse convenerunt, quod iuxta naturam uniuscuiusque foederis nec minus iuxta dispositionem tractatuum supra articulo primo citatorum ante omnia quaecunque hostilibus armis occupata sunt nulla ne minima quidem parte inde dempta in legitimae dominae potestatem redigenda et sub eadem manutenenda, tum vero parti laesae, id est sacrae regiae Hungariae et Bohemiae M^ti^ tum subditis suis atque illis, qui Silesiae statuum fidem secuti sunt, de plena indemnitate sit prospiciendum. Quo fine obtento sacra regia Hungariae et Bohemiae M^tas^ in antecessum declarat seque obstringit, quod nihil de locis ac ditionibus, quae ante enatum bellum ad Borussiae regem spectabant, pro se domoque sua velit praetendere, sed si quae loca et ditiones armis suis fuerint occupata aliis ea relinquere, non prius tamen quam redintegratae omni ex parte devolutae ad eandem a divo genitore haereditariae possessiones plenaque uti supradictum est indemnitas subsecuta fuerit.

X.

Quaecunque ergo divisionem locorum ac ditionum, quae ante enatum bellum ad Borrussiae regem spectabant ac durante bello sociorum armis occupabuntur, concernunt, ad peculiarem inter sacrae regiae Hungariae et Bohemiae M^tis^ foederatos principes conventionem fuerunt remissa; hac una sua ex parte adiecta cautela, quod cum non nisi de vitando damno certet, nec emolumentorum, quae ex prospero armorum successu omni fiducia speranda sunt, partem ambiat, altefata M^tas^ sua ad nullum ne minimum quidem de suis regnis et ditionibus haereditariis foederatis suis aut ulli ex illis teneatur aequivalens, si forsan praeter omnem expectationem quae sperabantur emolumenta ex suscepto bello in illos haud redundarent.

XI.

Quicquid vero concludenda posthac communi pace stabilietur, mutua omnium foederatorum principum sponsione ac evictione vulgo guarantia corroborare placuit.

XII.

Non liceat ulli ex foederatis separatam cum hoste pacem inire.

XIII.

Ratihabebitur praesens conventio intra spatium sex septimanarum a die subscriptionis computandarum aut citius si fieri potest, et ratihabitionum tabulae Londini invicem permutabuntur; hac tamen disertim adiecta declaratione, quod ob praefixum huic ratihabitioni et permutationi terminum haud liceat protrahere ea, quae de vertendis ante finem proximi mensis Aprilis contra Borussiae regem armis articulo huius conventionis octavo disposita reperiuntur.

In quorum omnium fidem roburque etc.

34.

Geheimer Subsidienvertrag zwischen Maria Theresia und Georg II. d. d. Hannover 1741 Juni 13/24.

Rat. Georgs II. d. d. Herrenhausen 1741 Juni 17/28; Maria Theresia's d. d. Pressburg Juli 3.

Die Originale des Vertrages im St.-A. und R. O., das Or. der Ratifikation Maria Theresia's im R. O., Georgs im St.-A.

Drucke bei Bittner Nr. 892.

Maria Theresia lehnte die Forderung Englands, sich mit Preussen unter Preisgabe eines Teiles der ererbten Länder auszugleichen und auf diesem Wege die Bildung einer grossen gegen die Bourbonen gerichteten Allianz zu ermöglichen, auf das entschiedenste ab. Sie blieb den Auseinandersetzungen Robinsons, wie den Äusserungen Walpole's gegenüber, die von der Notwendigkeit sprachen den Übergang Friedrichs II. in's französische Lager zu verhindern, dabei, dass man von ihr neue Opfer nicht fordern dürfe, und dass das sicherste Mittel, die auch von ihr gewünschte Verständigung mit Preussen zu erreichen, ein energisches Vorgehen aller Garanten der pragmatischen Sanktion sei.

In diesem Sinne befahl sie, wie bereits erwähnt wurde, dem Grafen Ostein in der zweiten Hälfte des April 1741 — also nachdem Villiers in Dresden und Robinson in Wien den festen Entschluss ihres Herrn kundgetan hatten, die Verständigung mit Preussen zu versuchen — dem englischen Hofe neuerdings den baldigen Abschluss eines Offensivbündnisses gegen Friedrich II. vorzuschlagen und das in seinen Händen befindliche Projekt zur Annahme zu empfehlen. Dazu kam es nun allerdings nicht; der von Maria Theresia vorgelegte für sie so günstig lautende Entwurf wurde in London nicht weiter erörtert; aber die Hoffnung der jungen Herrscherin, den Welfen zum Kampfe gegen den Hohenzollern zu bestimmen, schien trotzdem eine zeitlang der Verwirklichung nahe. Am 19. April hielt Georg II. an die beiden Häuser des Parlamentes eine Anrede, in der er, an seine früheren Erklärungen in der Frage der Garantie der pragmatischen Sanktion anknüpfend, hervorhob, dass er auf Verlangen der österreichischen Herrscherin die vertragsmässig festgesetzten 12000 Mann marschbereit halte und in Beratungen über Massregeln eingetreten sei, die der Bekämpfung aller ungerechten Ansprüche auf die Besitzungen der jungen Fürstin dienen sollten. Er erbat sich zur Einhaltung der vertragsmässigen und eventueller neuer Leistungen die materielle Unterstützung seines Volkes. Das Parlament bewilligte mit grosser Majorität 200.000 Pfund Sterling für die Erhaltung der 12000 Mann englischer Soldtruppen und stellte dem Könige eine weitere Summe von 300.000 Pfund St. zur Verfügung, über die er zu Gunsten der bedrohten österreichischen Herrscherin sollte bestimmen können. Die Debatte, die der Abstimmung vorausgieng, liess erkennen, dass die englische Nation an ihrer Ansicht festhielt, dass Österreich als Gegengewicht gegen Frankreich auf dem Kontinente unentbehrlich sei. Einer der Führer der Opposition, Lord Carteret, gab der Überzeugung der meisten seiner Kollegen Ausdruck, als er bei dieser Gelegenheit die Meinung äusserte: „Wenn das Haus Österreich sinkt, werden wir genötigt sein in Friedenszeiten so viel Truppen zu halten, dass wir daran zu Grunde gehen.“ Den Ausgleich Österreichs mit Preussen wünschte das Parlament; allein es fiel keine Bemerkung, der zu entnehmen gewesen wäre, dass man die Österreich zu gewährende Hilfe von der Befriedigung Preussens abhängig machen wolle. Es ist daher begreiflich, dass die leitenden österreichischen Minister die Zumutung Robinsons, der zu Beginn des Monates Mai im Auftrage seiner Regierung den Ausgleich mit Preussen unter Opfern für Maria Theresia forderte, mit Entrüstung zurückwiesen und von der Überzeugung durchdrungen, dass das englische Volk die Ansicht des

Ministeriums nicht teile, neuerdings die Notwendigkeit eines energischen Vorgehens gegen Friedrich II. betonten. Und die Berichte, die bald darauf von Ostein einliefen, konnten die Wiener Regierung nur in der Meinung bestärken, dass wenigstens der englische König durchaus nicht so abgeneigt sei, die Waffen gegen Friedrich II. zu ergreifen, als Robinsons Erklärungen glauben machen sollten. Denn unmittelbar nachdem das Parlament dem Könige die erwähnten Summen zur Unterstützung Maria Theresia's zur Verfügung gestellt hatte, erschien bei Ostein ein Abgesandter Georgs II. und teilte ihm mit, sein Herr sei bereit nebst den 3000 Mann, die er vertragsmässig als Kurfürst von Hannover zu stellen habe, eine grössere Zahl seiner hannoveranischen Truppen der jungen Herrscherin zur Verfügung zu stellen. Als Entschädigung für diese Leistung möge Maria Theresia den grösseren Teil der vom englischen Ministerium bewilligten Subsidien Georg II. überlassen. Alle Einwendungen Osteins gegen diese letztere Forderung — der Hinweis auf das Interesse Hannovers, auf die in Aussicht stehenden Eroberungen — blieben erfolglos. Als er bei den Verhandlungen, in die er im Hinblicke auf den ihm wohlbekannten Wunsch Maria Theresia's Georg II. zum Losschlagen zu bewegen ohne vorherige Weisung seiner Regierung eingetreten war, hervorhob, dass beim Abschlusse der von ihm vordem vorgeschlagenen Generalkonvention sich die Möglichkeit ergeben würde, derartige Begehren Georgs II. zu befriedigen, fuhren ihn dessen Vertreter scharf an; Russland wolle von Eroberungen nichts wissen und ebenso wenig die englischen Minister; die Generalkonvention zu unterzeichnen sei jetzt unmöglich. Und je länger Ostein verhandelte, desto mehr befestigte sich bei ihm die Überzeugung, dass es ohne die Billigung dieser Forderung unmöglich sein werde, die Verwendung der vom englischen Parlamente bewilligten 300.000 Pfund St. zu Gunsten Maria Theresia's durchzusetzen. So entschloss er sich in die Verhandlungen einzutreten, eifrig bemüht, seiner Herrscherin von dem Gelde zu retten, was zu retten war. Er bot den Vertretern Georgs II. für die 10000 Mann, die dieser als Kurfürst von Hannover über das von ihm vertragsmässig übernommene Quantum von 3000 Mann der österreichischen Herrscherin zur Verfügung stellen wollte, 150.000 Pfund an; fand aber für seine Vorstellungen nicht das geringste Verständnis. Seine Gegner blieben bei ihren Forderungen, drängten zum Abschlusse und legten ihm 3 Vertragsprojekte zur Ordnung der ganzen englisch-hannover'schen Frage mit dem Ersuchen vor, sich ohne Säumnis zu entscheiden, da Georg II. noch vor der demnächst erfolgenden Abreise nach Hannover über diese Dinge klar sehen wolle. Ostein

geriet in eine schwierige Lage; er besass keine Vollmacht, die ihm vorgelegten Verträge zu unterzeichnen; auch war er mit mancher Bestimmung derselben nicht einverstanden und hielt einige wesentliche Zusätze für dringend geboten. Allein die Not der Zeit und die Überzeugung, dass es seiner Herrin in erster Linie auf ein möglichst rasches Eingreifen Georgs II. ankam, liessen es ihm rätlich erscheinen, seine Zustimmung zur Fortführung der Verhandlungen zu geben und seine Forderungen auf das äusserste zu beschränken.[1]) *Das erste der 3 Projekte betraf die von England zu leistende Unterstützung. Georg II. erklärte sich als König von England bereit, im Sinne der Verträge von 1731 und 1732 12000 Mann der österreichischen Herrscherin zur Verfügung zu stellen, überdies derselben 300.000 Pfund St. inner Jahresfrist zu überweisen. Als Voraussetzung dieser Unterstützung galt, dass Maria Theresia die Truppen lediglich zur Aufrechthaltung der pragmatischen Sanktion verwenden werde. Ostein war mit den Hauptpunkten dieses Projektes, wie nicht anders zu erwarten, einverstanden; doch forderte er bessere Zahlungstermine und vor allem die Hinzufügung eines Artikels, durch den ganz ausdrücklich die im Jahre 1738 von Österreich abgetretenen Gebiete von der Garantie und jede Beeinträchtigung des von Karl VI. mit Frankreich in diesem Jahre eingegangenen Friedens ausgeschlossen werden sollten. Kein Zweifel, dass Ostein in Erinnerung an den ersten Artikel des ihm von Wien zugeschickten Entwurfes der Generalkonvention, der dieselbe Bestimmung enthielt, zur Stellung dieses Zusatzartikels bewogen wurde. Allein in beiden Punkten fand er entschiedenen Widerstand bei den englischen Ministern. Wir wissen ja, dass diese gerade in der Teilnahme der österreichischen Herrscherin an dem vermutlich unvermeidlichen Kampfe gegen Frankreich den wesentlichsten Vorteil der geplanten Verbindung erblickten und dem Ausgleiche Österreichs mit Preussen ununterbrochen das Wort redeten. Begreiflich daher, dass sie Osteins Forderung entschieden zurückwiesen.*

Aber auch bezüglich des zweiten Vertrages, den Georg II. als Herrscher von Hannover mit Maria Theresia schliessen wollte und dessen Erledigung als notwendige Voraussetzung für den Abschluss des ersteren bezeichnet wurde, ergaben sich wesentliche Differenzen. Ostein suchte neuerdings die Summe, die Georg II. für die Überlassung der 10000 Mann forderte, herabzudrücken, und bestand darauf, dass die Truppen Anfang

---

[1]) *Berichte vom 16. und 16. Mai 1741. St.-A. Dem letzteren liegen die 3 Vertragsprojekte bei.*

Juni marschbereit sein sollten, fand aber auch bei diesen Fragen kein Entgegenkommen. Selbst bezüglich des dritten Vertrages, obgleich derselbe nur die Verwendung und den Unterhalt der gesamten Hilfstruppen regeln sollte, war eine volle Einigung vorerst nicht zu erzielen. So kam es, dass Georg II. nach Hannover reiste, bevor noch die Verträge unterzeichnet waren. Ostein war ihm dahin gefolgt, um die Verhandlungen zu Ende zu führen, sobald ihm die entsprechende Weisung seiner Regierung zukommen würde. Gegen Mitte des Monates Juni war sie in seinen Händen. Sie enthielt die Mitteilung, dass man ihm schon am 9. Mai, also lange vor dem Einlangen der Projekte Georgs II., die Ermächtigung erteilt habe, den grössten Teil der vom englischen Parlamente bewilligten Subsidien „in die hannover'schen Kassen einfliessen zu lassen", wenn nur dadurch die wirkliche Hilfeleistung wider Preussen gesichert und gefördert werde, „dann ja ohnmöglich an uns verlangt werden kann, dass uns zugleich die Hülfe ermanglen und dannoch unter deren scheinbaren Vorwand das Geld entgehen solle." In diesem Sinne habe man schon im Mai die Befugnis für Maria Theresia gefordert, die Truppen nach Umständen zu ihrem Dienst und zur Verteidigung ihrer Erbländer frei zu gebrauchen. Mit Befremden habe man nun bemerkt, dass „obgleich sowohl die französische Convention als deutsche Nebenconvention nach der Sachen selbstredender Natur eine Folge derer Massnehmungen wider Preussen sein sollten, dannoch dieser Massnehmungen specifice nicht gedacht, vielmehr das, was erst nach derer Festsetzung zu verabreden wäre, andererseits vorausgesetzt werden wolle."[1]) Ostein erhielt nunmehr die strikte Weisung, zu betonen, dass Maria Theresia den Marsch der hannoveranischen Truppen gegen Preussen zu beschleunigen wünsche und nur um dieses Zweckes willen bereit sei so beträchtliche Summen — Ostein hatte die Ermächtigung, wenn es nicht möglich sein sollte die Forderung der Hannoveraner auf 150.000 Pfund herabzudrücken, auch 200.000 Pfund zu bieten — zu opfern. Im übrigen erhielt er den Befehl, auf der Aufnahme des von ihm vorgeschlagenen Zusatzartikels zum englisch-österreichischen Vertrage, der zur Vermeidung eines Konfliktes mit Frankreich dienen sollte, zu bestehen, die Zahlungstermine so eng als möglich festzusetzen und die Unterzeichnung dieses Vertrages nur zu gleicher Zeit oder nach erfolgter Unterfertigung der österreich-hannover'schen Konvention vorzunehmen.

Es wurde Ostein nicht leicht den Befehlen seiner Regierung nachzukommen. Erst nach langen Bemühungen gelang es ihm und seinem

---

[1]) *Weisung d. d. 5. Juni 1741 an Ostein St.-A.*

für die Ordnung der deutschen Angelegenheiten mitbeglaubigten Kollegen, Jaxheim, Georg II. zu dem Versprechen zu vermögen, dass die Operationen einen Monat nach erfolgter Unterzeichnung des Vertrages beginnen sollten. Die grössten Schwierigkeiten ergaben sich aber, als die Vertreter Maria Theresia's die von Ostein schon in London gestellte Forderung erneuerten, es möge in dem deutschen Vertrage ausdrücklich die Verwendung der hannoveranischen Truppen gegen Preussen hervorgehoben werden. Denn dazu wollte sich Georg II. nicht verstehen; einerseits weil er noch immer mit Friedrich II. verhandelte und denselben hindern wollte, sich in die Arme der Franzosen zu werfen; anderseits aber weil er die Empörung seiner englischen Untertanen fürchtete, deren Abneigung gegen einen zu Gunsten Hannovers geführten Krieg mit Preussen er zur Genüge kannte. Erst im letzten Momente einigte man sich über eine Fassung, die in ihrer Unbestimmtheit „das Hilfscorps solle verwendet werden, wo es am passendsten sein werde", den Wünschen beider Parteien wenigstens halbwegs entsprach.

Zu gleicher Zeit, da Ostein im Vereine mit seinem Kollegen Jaxheim diese heftigen Kämpfe mit den deutschen Vertretern Georgs II. bestand, hatte er mit dessen englischem Minister, Lord Harrington, rege Debatten über den Abschluss des englisch-österreichischen Hauptvertrages geführt. Denn auch hier verlief die Sache nicht so glatt, wie man gehofft hatte. Zwar stand Harrington von seiner Forderung ab, dass Maria Theresia die nach Befriedigung Georgs II. als Kurfürsten erübrigenden 100.000 Pfund in England lassen möge, damit das Geld im Laufe des Jahres von dort aus im Dienste der gemeinsamen Sache verwendet würde, als Ostein nachwies, wie sehr Maria Theresia dieses Geld zur Bestreitung der dringendsten Bedürfnisse benötige; und Ostein gab sich seinerseits damit zufrieden, dass die Auszahlung der englischen Subsidien vierteljährig, vom letzten April 1741 an gerechnet, erfolgen sollte. Aber ungemein erregt wurden die Verhandlungen, als Ostein auf der Einrückung des Artikels bestand, welcher die Exemption der im Jahre 1738 von Österreich abgetretenen Gebiete von der Garantie bestimmen und damit jeden Verdacht beseitigen sollte, als gebe Österreich im gegenwärtigen Momente seine Einwilligung zur Verletzung seines im Jahre 1738 mit Frankreich geschlossenen Friedens. Harrington weigerte sich auf das entschiedenste, die von Ostein vorgeschlagene Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen, betonte, dass die von ihm vorgelegte Fassung die Zustimmung des englischen Conseils erhalten habe, dass er ohne vorherige Mitteilung an

dieses eine so wesentliche Änderung nicht vornehmen könnte und gab zu bedenken, dass die Folgen der dadurch hervorgerufenen Verzögerung für Österreich verhängnisvoll werden könnten. Ostein aber, der sehr wohl wusste, wie viel Georg II. an den ihm durch den Nebenvertrag zugewiesenen 200.000 Pfund lag, erklärte noch am 24. Juni, von seinem Vorhaben nicht abstehen zu können; die Verantwortung für alles, was daraus entstehen sollte, werde Harrington zu tragen haben. Zugleich verständigte er die deutschen Minister Georgs II. davon, dass die für diesen Abend geplante Unterzeichnung der Nebenkonvention unterbleiben müsse. Das wirkte. Harrington, der Ostein um 3 Uhr Nachmittag mit der Bemerkung verlassen hatte, Maria Theresia werde auf die 300.000 Pfund St. verzichten müssen, erschien bald darauf mit einem der deutschen Minister Georgs II. bei Ostein und stellte an diesen die Frage, ob er dabei beharre, nur bei Aufnahme des erwähnten Artikels alle 3 Verträge zu unterzeichnen. Ostein bejahte die Frage. Darauf erklärte Harrington seinen Widerstand aufzugeben, nicht ohne zu betonen, dass Maria Theresia sich dadurch die Hoffnung verscherze, die verlorenen italienischen Besitzungen wiederzugewinnen. Noch am selben Abend zwischen 9 und 10 Uhr wurden die 3 Verträge unterzeichnet.[1])

---

[1]) *Bericht Osteins d. d. 25. Juni 1741. St.-A. (Hannover). Der Inhalt der Nebenkonvention d. d. Hannover 1741 Juni 24 ist folgender: Es wurde beschlossen, neben der Hauptkonvention zwischen Maria Theresia und Georg II. als König von Grossbritannien, eine Nebenkonvention zwischen Maria Theresia und Georg II. als Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg einzugehen, wozu seitens der ersteren Heinrich Karl Graf von Ostein, seitens des letzteren Wilhelm Sigmund Freiherr von Jaxheim, Gerlach Adolph von Münchhausen, Ernst von Steinberg und Otto Christian von Lenthe als Bevollmächtigte bestimmt wurden. Dieselben haben folgende Artikel vereinbart:*

I. Georg II. überlässt Maria Theresia ein Corps von 10000 Mann — 6000 Mann Infanterie und 4000 Mann Cavallerie — das 4 Wochen nach Unterzeichnung dieser Konvention der Königin von Ungarn und Böhmen zur Verfügung stehen soll, „um es dahin, wo es am nützlichsten ist, zu employiren."

II. Für die Unterhaltung dieses Corps bis letzten April 1742 zahlt Maria Theresia die Summe von 200.000 Pfund St. und vergütet überdies, was an Mannschaft und Pferden vor dem Feinde bleiben sollte, nach dem Werte, wie England den dänischen und hessischen Truppen dergleichen Abgang ersetzt.

III. Als Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg stellt Georg II. auf eigene Kosten überdies 3000 Mann Infanterie zu gleicher Zeit und zu gleichem Zwecke.

IV. Der Nebenvertrag soll gleiche Verbindlichkeit haben wie der am selben Tage geschlossene Hauptvertrag und zu gleicher Zeit ratifizirt, die Ratifikationen längstens innerhalb 14 Tagen ausgewechselt werden.

Die Ratifikationen derselben sollten spätestens innerhalb dreier Wochen in Hannover ausgewechselt werden; aber nur der englisch-österreichische Hauptvertrag wurde beiderseits ratifiziert.[1]) *Als nämlich die von Maria Theresia ratifizierten Nebenkonventionen in Hannover eintrafen, hatte die kriegslustige Stimmung, die Georg II. noch Ende Juni gezeigt, anderen Erwägungen Platz gemacht. Die hannoveranischen Minister erklärten jetzt, ihr Herr werde im Hinblicke auf Frankreichs drohende Haltung einen grossen Teil der Truppen, die er der österreichischen Herrscherin habe zur Verfügung stellen wollen, zum Schutze seines eigenen Landes verwenden müssen. Alle Bemühungen der österreichischen Gesandten, Georg II. umzustimmen, blieben erfolglos; er liess ihnen vielmehr am 23. Juli eine Erklärung zustellen, in der er den beiden von ihm als Kurfürsten von Hannover abgeschlossenen Ver-*

Der erste geheime Separatartikel betrifft die Art der Ausfolgung der 200.000 Pfund St. an die dazu von Georg II. bevollmächtigte Person; der zweite verfügt, dass das gesamte Auxiliarcorps der deutschen Truppen Georgs II. nirgends anders als in Deutschland dienen soll.

In einer weiteren von denselben Bevollmächtigten unterzeichneten Separatkonvention de eodem die wird bezüglich dieser Truppen verfügt: I) Diese sämtlichen Truppen sollen bei „Partheyen, Convoyen und Wachten" den Truppen Maria Theresia's gleichgehalten, weder ganz noch zum Teil in Festungen gelegt und nicht mehr exponirt und fatigirt werden als die Truppen Maria Theresia's. II) Die Justiz übt — gewisse nach Kriegsgebrauch ausgenommene Fälle abgerechnet — der von Georg II. ernannte commandirende General dieses Corps. III) Dieser wird allen Beratungen, die sein Corps betreffen, beigezogen. Wird Kriegsrat gehalten, so sollen alle bei diesen Truppen befindlichen grossbritannischen und braunschweigischen Generäle zugezogen werden, wenn andere in gleichem Character dienende Generäle dazu berufen werden. IV) Die beim Corps stehenden Officiere sollen nach ihrer Anciennetät dienen und dem ganzen Corps das gegeben werden, was anderen königlichen Truppen zugestanden wird. V) Maria Theresia verspricht dem Corps nötigenfalls Brod und Fourage gegen billige und bare Bezahlung auf Verlangen zu reichen. VI. Georg II. sorgt für die notwendigen Feld- oder Regimentsstücke. VII) Die für den Marsch dieses Corps notwendigen Requisitorialschreiben besorgt Maria Theresia. VIII. Sowohl die 3000 als die 10000 Mann, die Georg II. stellt, sollen in dem Genuss der Winterquartiere den Truppen Maria Theresia's gleichgestellt sein, sofern die Winterquartiere ausserhalb der Länder Maria Theresia's genommen werden. Findet dies aber nicht statt und gibt Maria Theresia ihnen nicht Quartiere in ihren Ländern, so soll den Truppen Georgs II. die Rückkehr in ihre Standquartiere in den deutschen Ländern Georgs II. zu einer entsprechend frühen Zeit gestattet werden. IX. Wird Georg II. in seinen eigenen deutschen Gebieten angegriffen, dann kann er die 3000 Mann, die er als Reichsfürst stellt, sofort zurückfordern.

[1]) *Von England am 17./28. Juni zu Herrenhausen; von Maria Theresia zu Pressburg 3. Juli.*

trägen die Ratifikation verweigerte; und einige Zeit später, erschreckt durch die Annäherung eines französischen Armeekorps, sprach er sogar Maria Theresia's Gegnern gegenüber seine Geneigtheit aus, neutral zu bleiben, der österreichischen Herrscherin keine Hilfe zu leisten und dem Kurfürsten von Baiern seine Stimme bei der Kaiserwahl zu geben.[1]) *Da die Nebenkonvention ihre Geltung nicht erlangte, hätten der österreichischen Herrscherin die ihr kraft des Hauptvertrages zugewiesenen 300.000 Pfund St. ohne Abzug ausgezahlt werden sollen; allein Georg II. forderte und erhielt als Entschädigung für Auslagen, die er im Interesse Maria Theresia's in Deutschland gehabt, die Summe von 50000 Pfund, und behielt überdies 25000 Pfund zur Begleichung des um diese Zeit fälligen Teiles eines noch von Karl VI. in England kontrahierten Darlehens auf die ungarischen Kupferbergwerke zurück, und verzögerte die Auszahlung der übrigbleibenden Summe so lang als möglich.*[2])

Soit notoire à tous ceux à qui il pourra appartenir. Comme il a êté convenu par l'article second du traité conclu le vingtieme de Fevrier de l'année 1732 à la Haye entre feue sa Mté Imple et catholique et sa Mté britannique et L. H. P. les etats generaux des provinces unies des Pais-Bas que, pour remplir les garanties reciproques qui se trouvent stipulées par le traité anterieur de l'année 1731 à Vienne, leurs Mtés Imple et britannique s'entre-donneroient, le cas existant, un secours chacun de douze mille hommes, et comme après la mort de sa dite Mté Imple et catholique de glorieuse memoire sa Mté la reine d'Hongrie et de Boheme etc., se trouvant attaquée dans la possession de quelques-uns de ses etats et ayant des craintes et apprehensions bien fondées par rapport à la conduite de certaines autres puissances, a requis par la maniere prescrite par les dits traités le secours susmentionné de douze mille hommes de la

---

[1]) *Arneth l. c. II. 59, Grünhagen l. c. II. 194.*

[2]) *Vgl. Arneth l. c. II. 60 und 479 (Arneth erwähnt l. c. 60, dass überdies 5000 Pfund abgezogen worden sind) und die Ausführungen bei Grünhagen l. c. 414 u. Anm. In den letzten Regierungsjahren Karls VI. — von 1735 an — sind mehrere Anleihen österreichischerseits in England aufgenommen worden; die darauf bezüglichen Abmachungen befinden sich im St.-A. In die vorliegende Publikation konnten dieselben aber nicht aufgenommen werden, da die Verträge wohl mit Genehmigung des englischen Königs, aber nicht mit ihm, sondern mit englischen Privatpersonen geschlossen worden sind.*

part de sa Mté britannique, à quoi sa dite Mté a promis le plus amiablement de vouloir satisfaire aussitot qu'il seroit possible, en faisant marcher sans perte de têms pour la defense de sa dite Mté la reine un corps de six mille hommes de troupes danoises, et un autre corps de six mille hommes de troupes hessoises lesquels sa Mté britannique a actuellement pris à sa paye pour cet effet; et comme il a été stipulé en outre par le dit traité de 1732 que lorsque les secours susmentionnés de douze mille hommes ne se trouveroient pas suffisants, vû l'exigence du cas, les parties contractantes conviendroient incessamment d'une assistance plus considerable; et le comte d'Ostein, ministre plenipotentiaire de sa Mté la reine d'Hongrie, ayant representé à sa Mté britannique que le cas, dont il est fait mention là dedans, existoit actuellement, et ayant en consequence demandé un plus ample secours selon le traité, et le dit ministre ayant en même têms representé que le plus sûr moyen de secourir ulterieurement la reine sa maitresse seroit, si sa Mté britannique vouloit bien fournir à sa dite Mté une somme d'argent pour luy aider à augmenter son armée; et comme il a plû à sa Mté britannique d'ecouter favorablement cette demande, on a jugé necessaire qu'il fût fait incessamment une convention là dessus entre les deux hautes parties susdites; et pour cet effet leurs dites Mtés ont trouvé convenable de munir de leurs pleinpouvoirs leurs ministres respectifs; savoir sa Mté la reine d'Hongrie et de Boheme a nommé le dit comte d'Ostein, son ministre plenipotentiaire auprès de sa Mté britannique, et sa Mté britannique son ministre et secretaire d'etât le baron de Harrington, un des seigneurs justiciers de son royaume de la Grande-Bretagne et son conseiller privé lesquels, ayant conferé ensemble sur cette affaire, sont convenus en vertu de leurs pleinpouvoirs des articles suivans.

I.

Sa Mté la reine d'Hongrie et de Boheme et sa Mté le roy de la Grande-Bretagne renouvellent reciproquement les engagemens contractés par le traité d'alliance du seizieme Mars 1731 et de l'acte d'accession du vingtieme Fevrier 1732;[1]) en

[1]) *Nach dem früheren Entwurfe Osteins hätte es hier heissen sollen „renouvellent reciproquement les engagements de tous les traités anterieurs et nommé-*

exceptant neantmoins des dits engagemens ainsi renouvellés les etats cedés à d'autres puissances par le dernier traité de paix conclu avec la France auquel leur intention n'est pas de donner atteinte.

II.

Sa Mté le roy de la Grande-Bretragne promet de payer dans l'espace d'un an, à commencer du 19e/30 du mois d'Avril 1741, par quartier dans la ville de Londres ou dans celle d'Amsterdam, au choix de sa dite Mté britannique, la somme de trois cens mille livres sterling [le livre sterling devant être evalué dans ce dernier cas à dix florins, dix sous de la Hollande] entre les mains de la personne ou des personnes, autorisées par sa Mté la reine d'Hongrie à la recevoir, sa Mté britannique etant assurée authentiquement de la part de sa dite Mté hongroise qu'elle employera veritablement cet argent, ou pour la levée de nouvelles troupes pour l'augmentation de son armée, ou bien pour la paye des troupes etrangeres qu'elle prendra incessamment à sa solde.

III.

Sa Mté la reine de Hongrie, reconnoissant le procedé amiable de sa Mté britannique en ce qui est stipulé de sa part par le precedent article, promet et s'engage de la maniere la plus religieuse qu'elle n'employera la dite somme de trois cens mille livres sterling en tout ou en partie qu'à l'un ou l'autre de ces deux usages dont il est parlé dans le dit article precedent.

IV.

Ce traité demeurera secret jusques à ce que les hautes parties contractantes en conviendront autrement.

V.

Ce traité sera ratifié et les ratifications en seront echangées dans l'espace de trois semaines à Hanovre ou plûtôt si faire se peut.

En foy de quoi nous soussignés, munis des pleinpouvoirs de sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme et de sa Mté le

---

ment celuy" etc.; doch wurde die Anführung der vor 1731 geschlossenen Verträge im letzten Momente fallen gelassen.

roy de la Grande-Bretagne, avons signé le present és dits noms et y avons fait apposer les cachets de nos armes. Fait à Hanovre le tresieme/vingtquatrieme jour de Juin, l'an de grace mil sept cent quarante un.

L. S. Henry Charles comte d'Ostein. L. S. Harrington.

35.

Subsidienvertrag zwischen Maria Theresia und Georg II. d. d. Whitehall 1742 Juni 25/Juli 6.

Rat. Georgs II. d. d. Kensington 1742 Juli 30/August 10; Maria Theresia's d. d. Wien 1742 Juli 13.

Die Originale des Vertrages im St.-A. und R. O., das Or. der österreichischen Ratifikation im R. O., jenes der englischen Ratifikation im St.-A.

Maria Theresia hatte mehr als einen Grund, Georg II. ob seines Verhaltens in der zweiten Hälfte des Jahres 1741 zu zürnen. Als Kurfürst von Hannover, wie als König von England hatte er die Hoffnungen nicht erfüllt, die zu hegen er der jungen Herrscherin in der ersten Hälfte des Jahres Anlass gegeben. Seine Weigerung, die beiden Verträge vom 24. Juni zu ratifizieren, die er als Kurfürst von Hannover unterzeichnet hatte, bedeutete einen furchtbaren Schlag für Maria Theresia. An die Durchführung ihrer gegen Friedrich II. gerichteten Pläne war ohne die Mitwirkung Georgs nicht zu denken. Auch bot dessen Vorgehen dem sächsischen Hofe den erwünschten Vorwand, sich von Österreich abzuwenden und am 19. September 1741 dem Nymphenburger Vertrage, den die Feinde Maria Theresia's geschlossen hatten, beizutreten. Wenige Tage später — 27. Sept. 1741 — unterzeichneten die hannoveranischen Minister Georgs II. die Deklaration, durch die sich dieser — als Kurfürst — verpflichtete, der österreichischen Herrscherin weder Beistand zu leisten, noch sich den Unternehmungen des Königs von Preussen, des Kurfürsten von Baiern und dessen Alliierten zu widersetzen, sowie Karl Albert seine Stimme bei der Kaiserwahl zu geben. Und das geschah zur Zeit, da das bairisch-französische Heer Linz einnahm, da sich Karl Albert von den österreichischen Ständen huldigen liess und seinen Zug gegen Wien ankündigte.

Maria Theresia sah sich in die peinlichste Situation versetzt. Um zu retten, was möglich war, schloss sie unter Englands Vermitt-

lung — 9. Okt. 1741 — in dem Schlosse Kleinschnellendorf ein Abkommen mit Friedrich II., demzufolge dieser gegen Abtretung Niederschlesiens von weiteren Angriffen auf Österreich abzustehen versprach. Während aber die österreichische Herrscherin die dadurch frei gewordenen Kräfte zum Schutze Wiens herbeirief, hatte sich das bairisch-französische Heer nach Böhmen gewendet und Prag eingenommen. Karl Albert liess sich — Dez. 1741 — zum Könige von Böhmen ausrufen und huldigen; am 24. Januar 1742 erfolgte seine Wahl zum Kaiser. Die Erfolge der Franzosen und Baiern liessen Friedrich II. nicht ruhen. Ohne Rücksicht auf das zu Kleinschnellendorf unterzeichnete Abkommen trat er dem Teilungsbündnisse bei, das Sachsen und Baiern auf Kosten Österreichs vereinbart hatten, schloss mit Baiern einen besonderen Vertrag, und begann im Dez. 1741 von neuem den Kampf mit Österreich. Vergebens hatte Maria Theresia während dieser Zeit die Hilfe Georgs II. angerufen. Er hatte auf all ihre Bitten um Unterstützung nur eine Antwort: sie möge sich, koste es was es wolle, mit dem Preussenkönige vergleichen. Aber nicht nur in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Hannover, auch als König von England zeigte Georg II. geringe Neigung, die Interessen Maria Theresia's zu fördern. Es wurde bereits erwähnt, dass er ihr unter eigentümlichen Vorwänden ein Viertel der ihr vom Parlamente bewilligten Subsidien entzog und in der Auszahlung des Restes sich so säumig zeigte, dass der kaiserliche Gesandte wiederholt um die Einhaltung der festgesetzten Termine petitionieren musste. Die 12000 Mann dänischer und hessen-kassel'scher Truppen, die er bereits im Frühjahre marschbereit gehalten und zu deren Besoldung das Parlament 200.000 Pfund St. bewilligt hatte, waren nicht in Aktion getreten. Und auch als König von England forderte er von Maria Theresia ununterbrochen Nachgiebigkeit und Opferwilligkeit im Interesse der allgemeinen Sache und wurde nicht müde zu betonen, dass der Ausgleich mit Friedrich II. die unerlässliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen die bourbonischen Höfe sei.

Wie bitter die österreichische Herrscherin das Verhalten Georgs II. empfand, beweisen zahlreiche Aussprüche, die sie damals getan, die Weisungen, die Graf Kinsky, ihr Vertreter am englichen Hofe, erhielt und die Instruktion, die sie Ende des Jahres 1741 für Ignaz von Wasner ausarbeiten liess. Allein was halfen all die Klagen und Vorwürfe. Maria Theresia konnte in diesem Augenblicke, wo sie zum energischen Schlage gegen ihre vielen Feinde ausholte, die Unterstützung Georgs II. nicht entbehren; sie musste den Groll, den sie empfand, verhehlen und von neuem an ihn mit der Bitte herantreten, sie in dem

schweren Kampfe, den sie für ihre Existenz und damit auch für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes führte, nicht zu verlassen. Zu Beginn des Jahres 1742 erhielt Wasner den Befehl, als Entschädigung für die nicht erfolgte Hilfeleistung im Jahre 1741, zu der die Engländer vertragsmässig verpflichtet gewesen wären, 2,800.000 holländische Gulden, überdies aber eine den Verhältnissen entsprechende Unterstützung für das laufende Jahr zu fordern. Mit Recht betonte Maria Theresia, dass der in den Bündnissen von 1731 und 1732 vorgesehene Fall „entweder dermalen vorhanden sei, oder er kann in Ewigkeit sich nicht ereignen." Wasner habe darauf zu beharren, dass England den Österreichern mit ganzer Kraft beistehe, oder den Krieg an Frankreich und dessen Bundesgenossen erkläre. Maria Theresia sei bereit, zur Ordnung der Kriegsvorbereitungen auf Wunsch der Engländer einen erprobten General nach London, oder wohin es Georg II. zweckmässig scheinen sollte, zu senden; im übrigen bedürfe sie, „um die auf den Beinen habende Kriegsmacht zu unterhalten, zu recrutiren und zu ermuntern", eine ausgiebige Geldhilfe, die jedenfalls nicht hinter der des Vorjahres zurückbleiben dürfe.[1] *Es ist nicht anzunehmen, dass die österreichische Regierung damit gerechnet hat, ihre Forderungen in Gänze durchzusetzen. Man hatte zu oft Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, dass von dem Ministerium Walpole ein rückhaltloses Eintreten zu Gunsten Maria Theresia's nicht zu erwarten sei, als dass man sich derartigen Hoffnungen hätte hingeben können. Man war daher auch nicht überrascht, als die ersten Berichte Wasners nicht sonderlich günstig lauteten, als die englischen Minister geringe Neigung zeigten, den Krieg an Frankreich zu erklären, die Schuld an der nicht erfolgten Teilnahme der 12000 Mann, die England hätte stellen sollen, dem Wiener Hofe beimassen und bezüglich der Geldsubsidien keine bindenden Erklärungen abgeben wollten.*[2] *Um so freudiger berührte daher die Mitte Februar 1742 in Wien eingetroffene Mitteilung vom Sturze dieses Ministeriums und von der Ersetzung desselben durch ein anderes, unter dessen Mitgliedern Lord Carteret eine massgebende Stellung bekleidete, jener Carteret, der so oft im Parlamente erklärt hatte, dass Englands Wohlfahrt die Aufrechthaltung des Hauses Österreich fordere.*[3])

[1]) *Weisung d. d. 10. Jan. 1742. St.-A.*

[2]) *Berichte Wasners vom Jan. 1742 und Weisung d. d. 12. Febr. 1742. St.-A.*

[3]) *Vgl. Arneth l. c. II. 62 und neuerdings Ballantyne Lord Carteret London 1897 p. 238 ff.*

In der Tat zeigte sich alsbald ein erfreulicher Wechsel in der Haltung des englischen Ministeriums. Dasselbe bewies aufrichtige Neigung, Maria Theresia zu Hilfe zu eilen, und wenn auch die ersten Massnahmen, die getroffen wurden, den hohen Erwartungen nicht entsprachen, die man in Wien hegte, wenn auch die englische Regierung noch immer den Standpunkt vertrat, dass Österreich den Ausgleich mit Preussen, auch unter Opfern, erstreben müsse, wenn man somit nach wie vor in England das eigene Interesse in den Vordergrund stellte, so liessen doch die Verhandlungen des Parlamentes und die Erklärungen Carterets und seiner Kollegen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass man Maria Theresia nicht fallen lassen, sie vielmehr gegen allzuweitgehende Verluste schützen wolle. Die grossen Erfolge, die seitens der im Interesse Maria Theresia's kämpfenden Feldherren gerade zu dieser Zeit in Oberösterreich und Baiern erzielt wurden, trugen dazu bei, die günstige Stimmung der englischen Bevölkerung für Österreich und die Erbitterung gegen das immer gewalttätiger vorgehende Frankreich zu steigern. Am 23. März 1742 richtete das Unterhaus eine Adresse an den König, in der die Gefahr erörtert wurde, die ganz Europa von den Gegnern Maria Theresia's drohe, in der aber auch auf die Erfolge, die sie erreicht hatte, hingewiesen und dem Gedanken Ausdruck verliehen wurde, dass durch eine rechtzeitige und entsprechende Unterstützung dieser Herrscherin seitens jener Mächte, die dazu durch Verträge und im eigenen Interesse verpflichtet seien, das Gleichgewicht und die Ruhe Europa's wieder hergestellt werden könnte. Das Oberhaus folgte mit einer ähnlichen Erklärung. Bald darauf — am 13. April 1742 — votierte das Unterhaus zu Gunsten Maria Theresia's eine Subsidie von 500.000 Pfund St.

Die Wiener Regierung hatte mit grösster Spannung der Entscheidung des englischen Parlamentes und Ministeriums entgegengesehen. Schon zu Beginn des Monates März hatte sie Wasner in Kenntnis gesetzt, dass die zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft, dass zur Erhaltung der in Böhmen stehenden Truppen eine schleunige und ausgiebige Unterstützung seitens der Engländer dringend geboten sei.[1]) *Als gegen Ende des Monates März auf privatem Wege die Nachricht in Wien eintraf, das Parlament wolle 600.000 Pfund St. bewilligen, erregte dies hier die hellste Freude; doch wurde auch jetzt betont, dass nur eine schleunige Geldsendung Rettung bringen könnte und Wasner der strikte Befehl erteilt, in diesem*

[1]) *Weisung d. d. 7. März 1742. St.-A.*

Sinne zu wirken.[1]) *Einen Monat später war der Wiener Hof im Besitze der Mitteilung, dass die vom englischen Parlamente votierte Subsidie 500.000 Pfund St. betrage.*[2]) *Zu gleicher Zeit langte auch die Meldung ein, dass der Hass der Engländer gegen Frankreich und ihr Mitleid mit Maria Theresia zu einem öffentlichen Aufrufe Veranlassung gegeben hätten, durch den alle Bewohner des Landes, zumal die Frauen, aufgefordert wurden, der jungen Herrscherin eine Geldsumme zur Verteidigung ihrer gerechten Sache zur Verfügung zu stellen. Der Wiener Hof nahm dankend von beiden Nachrichten Kenntnis, forderte aber Wasner von neuem auf, die Übersendung des Geldes, wenigstens die eines Teiles, zu beschleunigen.*[3]) *Allein bald sollte sich zeigen, dass die Gegenströmung, die in früheren Jahren jede energische Unterstützung Maria Theresia's verhindert hatte, noch bestand und dass Georg II. auch jetzt nicht mit ganzer Kraft zu Gunsten Maria Theresia's eintreten wollte. Der Aufruf zu einer freiwilligen Hilfe für die österreichische Herrscherin erregte das Missfallen des englischen Hofes*[4]) *und führte, da die massgebenden Kreise demselben keine Folge leisteten, zu keinem Ergebnisse. Statt einer weit höheren zugesagten Truppenzahl wurden Ende April nur 16000 Mann nach den Niederlanden dirigiert und zu gleicher Zeit erklärte Carteret, da das Parlament die 500.000 Pfund St. zu dem Zwecke bewilligt habe, „die Königin von Ungarn zu unterstützen und Allianzen abzuschliessen", habe sich Georg II. entschlossen, von dieser Summe dem Könige von Sardinien für seine Hilfeleistung gegen die Bourbonen 200.000, der österreichischen Herrscherin 300.000 Pfund St. zur Verfügung zu stellen.*[5]) *Vergebens betonte Wasner, dass eine derartige Auslegung der parlamentarischen Erklärung unstatthaft sei; dass kein Zweifel darüber bestehen könne, dass die Vertreter des englischen Volkes die ganze Summe seiner Herrscherin zugedacht hätten; Carteret blieb dabei, dass man nur unter der Voraussetzung der gleichzeitigen Unterstützung des Savoyers eine so hohe Summe bewilligt habe.*[6]) *Und ebenso vergebens war es, dass die Wiener Regierung, sobald sie von dieser Absicht des englischen Ministeriums Kenntnis erhielt, Robinson von der Notwendigkeit zu überzeugen suchte, die zu ihrer Rettung festgesetzte Summe unge-*

---

[1]) *Weisung d. d. 31. März 1742. St.-A.*
[2]) *Weisung d. d. 30. April 1742. St.-A.*
[3]) *Weisung d. d. 9. und 21. Mai 1742. St.-A.*
[4]) *Vgl. die Berichte Wasners vom April und Mai 1742. St.-A.*
[5]) *Bericht Wasners d. d. 20. April 1742. St.-A.*
[6]) *Berichte Wasners d. d. 20. und 27. April 1742. St.-A.*

schmälert zu übersenden.[1]) *Die englischen Minister blieben bei ihrer Ansicht, übermittelten dem finanziell arg bedrängten Wiener Hofe 150.000 Pfund St. als erste Hälfte der bewilligten Subsidie und forderten Wasner zur Unterzeichnung eines von ihnen entworfenen Vertrages auf, durch den die Angelegenheit ihren definitiven Abschluss finden und nach dessen Unterzeichnung die zweite Hälfte der Subsidie sofort erlegt werden sollte.*

Wasner entschloss sich, obgleich er nicht im Besitze einer Vollmacht zur Unterzeichnung eines Vertrages war, auf den Vorschlag der Engländer einzugehen. Zu Beginn des Monates Juli wurde ihm der Entwurf überreicht. Er fand den dritten Artikel desselben bedenklich. Maria Theresia sollte sich durch denselben verpflichten, mit ihren Feinden keinen Vertrag einzugehen, ohne den König von England und Kurfürsten von Hannover, sowie Russland und die Generalstaaten in denselben einzuschliessen. Wasner machte Carteret darauf aufmerksam, dass seine Herrscherin sich zur Aufnahme eines solchen Artikels wohl nur dann verstehen werde, wenn auch die Verbündeten zur strikten Einhaltung der übernommenen Leistungen im Vertrage verpflichtet würden. In diesem Sinne verfasste er einen Zusatz zum dritten Artikel.[2]) *Lange sträubten sich die englischen Minister ihre Einwilligung zur Aufnahme desselben zu geben. Erst als Wasner betonte, dass er den Widerstand der Engländer nur in dem Sinne deuten könne, als wollten sie den fortwährenden Versicherungen zuwider die übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen und die Erklärung abgab, ohne diesen Zusatz den Vertrag nicht unterzeichnen zu können, gaben seine Gegner nach.*[3]) *Am 6. Juli n. st. wurde der Vertrag unterfertigt, bald darauf die rückständige Hälfte der Subsidie dem österreichischen Hof übermittelt. Dieser erteilte alsbald Wasner die Indemnität für die ohne vorherige Vollmacht vollzogene Unterfertigung des Vertrages und übersandte die verlangte Ratifikation.*[4])

---

[1]) *Weisung d. d. 21. Mai und 12. Juni 1742. St.-A.*

[2]) *Dieser Zusatz lautete nach Wasners Vorschlag: bien entendu, que les dites puissances, nommément le roy d'Angleterre, remplissent fidélement de leur coté les engagements contractés par les traités qui subsistent entre elles et sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme. Später wurden die Worte „nommément le roy d'Angleterre" auf Wunsch der Engländer gestrichen.*

[3]) *Bericht Wasners d. d. 9. Juli 1742. St.-A.*

[4]) *Weisung d. d. 29. Juli 1742. St.-A.*

Soit notoire à tous ceux à qui il pourra appartenir: Que sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme, aïant avec instance fait représenter à sa Mté le roy de la Grande-Bretagne que, vû les grandes dépenses dont elle se trouvoit chargée pour tenir en campagne tant et de si nombreuses armées qu'il luy êtoit indispensable d'opposer en plusieurs endroits éloignés les uns des autres aux invasions et attaques ennemies, elle avoit le besoin le plus prêssant d'un secours immédiat en argent; et sa Mté britannique très-disposée a faire ce qui peut dépendre d'elle pour le soûtien de la sérénissime maison d'Autriche et pour contribuer par là au maintien d'un juste equilibre en Europe, aïant fait connoitre à sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme l'intention où elle étoit de luy fournir sans délai une somme d'argent pour cet effêt aux conditions dont on conviendroit; et leurs dites Mtés aïant trouvé convenable qu'il fût fait là-dessus un traité ou convention, à cette fin elles ont muni de leurs pleinpouvoirs respectifs: Savoir sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme le sieur Ignace Jean de Wasner, son ministre plénipotentiaire auprès de sa dite Mté britannique, et sa dite Mté le roy de la Grande-Bretagne ses conseillers privés Philippe Lord Hardwicke, son chancelier de la Grande-Bretagne; Thomas Holles, duc de Newcastle, l'un de ses principaux secretaires d'etât; Spencer comte de Wilmington, premier commissaire de sa tresorerie et Jean Lord Carteret, baron de Hawnes, un autre de ses principaux secretaires d'etât lesquels, après avoir conferé ensemble sur les objets ci-dessus mentionnés et s'être entre-communiqué leurs pleinpouvoirs, sont convenus des articles suivans.

I.

Sa Mté le roy de la Grande-Bretagne promet de faire païer immédiatement dans la ville de Londres, entre les mains de la personne ou des personnes authorisées par sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme à la recevoir en son nom, la somme de trois cens mille livres sterlin.

II.

Sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme, reconnoissant le procédé amiable du roy de la Grande-Bretagne en ce qui est promis de sa part par l'article précédent, promet et s'engage

d'emploïer la dite somme de trois cens milles livres sterlin, soit pour la solde des troupes qu'elle a actüellement en campagne, soit pour se procurer des nouvelles forces, et non autrement.

III.

S'engage en outre sa dite Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme de ne conclurre[1]) aucun traité de paix, de trêve ou de neutralité, ni telle autre convention ou accord que ce soit avec les puissances qui luy font actüellement la guerre ou qui pourroient la luy faire, ni avec aucune d'icelles, sans y comprendre sa Mté britannique nommement, tant comme roy que comme electeur, et pareillement sa Mté de toutes les Russies et les etâts généraux des Provinces-Unies; bien entendu que les dites puissances remplissent fidélement de leur côté les engagements contractés par les traités qui subsistent entre elles et sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme.

IV.

Ce traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans l'espace d'un mois ou plutôt si faire se peut.

En foy de quoy nous les susdits plénipotentiaires avons soussigné le présent traité de nos propres mains et y avons aposé les cachets de nos armes. Fait à Whitehall ce 25 juin 1742.[2])

L. S. J. Wasner. L. S. Hardwick C.
L. S. Holles Newcastle.
L. S. Wilmington.
L. S. Carteret.

---

[1]) *So im Or.*

[2]) *Das ist alter Stil.*

36.

Englische Garantie der Breslauer Friedenspräliminarien vom 11. Juni 1742 d. d. Kensington 1742 Juli 30/August 10 und des Berliner Friedens vom 28. Juli 1742 d. d. St. James 1743 März 10/21.[1])

Die Originale dieser Garantien im St.-A.
Drucke bei Bittner Nr. 900 und 908.

Am 11. Juni 1742 wurden in Breslau, von Podewils als Vertreter Friedrichs II. und von dem Engländer Hyndford als Vertreter Maria Theresia's, die Friedenspräliminarien unterzeichnet, die dem Kriege zwischen Österreich und Preussen ein Ende bereiten sollten.[2]) *Maria Theresia trat ganz Nieder- und Oberschlesien mit Ausnahme von Teschen, Troppau und einiger anderer Gebiete, überdies aber die Grafschaft Glatz, mit allen Souveränitätsrechten und mit völliger Unabhängigkeit von der Krone Böhmen für ewige Zeiten an Friedrich II. ab. Dieser verzichtete dafür auf alle seine sonstigen Ansprüche; erklärte sich bereit, 16 Tage nach erfolgter Unterzeichnung der Präliminarien seine Truppen aus dem österreichischen Gebiete zurückzuziehen; verpflichtete sich die katholische Religion in Schlesien in ihrem gegenwärtigen Zustande und jedermann im Genusse seiner Besitzungen, Freiheiten und Privilegien zu belassen. Die Regelung des Handelsverkehres zwischen den beiderseitigen Untertanen wurde dem definitiven Frieden vorbehalten.*

Zwei Artikel betrafen Angelegenheiten, die England direkt berührten. Kraft des einen (7.) übernahm Friedrich II. von den auf Schlesien haftenden Schulden die Bezahlung des Darlehens, das Karl VI. im Jahre 1735 zu London bei englischen Kaufleuten aufgenommen hatte,[3]) *kraft des andern (11.) wurde England-Hannover in den Traktat aufgenommen. Unmittelbar nach erfolgter Unterzeichnung dieser Präliminarien hatte sich Friedrich II., von der Besorgnis erfüllt, Öster-*

---

[1]) *Von dem wörtlichen Abdrucke dieser Garantie des Berliner Friedens wurde abgesehen, da sie jener der Breslauer Präliminarien bis auf wenige Worte (vgl. die Einleitung zu dieser letzteren p. 586) gleichlautend ist.*

[2]) *Vgl. den Druck bei F. A. W. Wenck Cod. jur. gent. rec. I. 734.*

[3]) *Es handelte sich damals um ein Anlehen von 250.000 Pfund St.; die Vollmacht für Wasner die Anleihe abzuschliessen d. d. 15. April 1735 und andere darauf bezügliche Akten im St.-A.*

reich könnte — infolge der damals stattgehabten glücklichen Kriegsereignisse — die Umwandlung dieser provisorischen Abmachungen in definitive zu verhindern trachten, und im Hinblicke auf die seinen westphälischen Ländern drohende Gefahr, an seinen Oheim, Georg II., mit der Bitte um eine Garantie der Präliminarien gewendet,[1] *und dieser hatte, von dem Wunsche beseelt den Preussenkönig ganz für sich zu gewinnen, dessen Begehren so schnell als möglich erfüllt. Bereits am 5. Juli 1742 unterzeichnete Georg II. zu Kensington das gewünschte Dokument. Von diesem Akte gab Carteret dem Vertreter Maria Theresia's in London sogleich Nachricht und betonte die Geneigtheit seines Herrn, der österreichischen Herrscherin auf Wunsch ein gleichlautendes Aktenstück auszustellen.*[2] *Noch bevor die Mitteilung Wasners nach Wien gelangt war, hatte übrigens Robinson daselbst die dem preussischen Herrscher ausgestellte Garantie vorgelegt. Maria Theresia entschloss sich „nicht nur um uns allenfalls gegen deren über kurz oder lang andererseits erfolgen mögenden Unterbruch, insoweit sich auf Garantien zu verlassen ist, zu verwahren, sondern auch um andurch unseren Entschluss, das geschlossene auf das heiligste zu halten, mehrers an Tag zu legen", eine gleiche Garantieerklärung von England zu fordern.*[3] *Dieselbe wurde von Georg II. am 30. Juli v. st. ausgestellt.*

Der definitive Vertrag zwischen Österreich und Preussen wurde am 28. Juli zu Berlin unterzeichnet.[4] *Die Bestimmung, durch die England-Hannover in denselben eingeschlossen wurde (14.), war jener der Präliminarien gleichlautend. Dagegen hatte der die schlesische Schuldfrage betreffende Artikel (9) eine Änderung dahin erfahren, dass Maria Theresia die auf Schlesien hypothezierte Brabanter Anleihe übernahm, während sich Friedrich II. verpflichtete, die von den Engländern und Holländern aufgenommenen Darlehen zu bezahlen. Auch diesen Vertrag zu garantieren übernahm Georg II. Das für Maria Theresia bestimmte Dokument wurde am 30. März 1743 st. n. in London ausgestellt. Es stimmt wörtlich mit der Garantie der Präliminarien überein, nur dass es überall statt „articles préliminaires de paix et de neutralité" „traité et article separée" heisst und dass die Klausel „et que*

---

[1]) *Vgl. Arneth l. c. II. 77 u. Anm. 39 p. 481.*

[2]) *Bericht Wasners d. d. 13. Juli 1742. St.-A. Für die Haltung Carterets in dieser Zeit vgl. Ballantyne l. c. 250 f.*

[3]) *Weisung an Wasner d. d. 25. Juli 1742. St.-A.*

[4]) *Vgl. den Druck bei Wenck l. c. I. 739.*

sa dite Mté prussienne s'offre et promet d'entrer derechef et immédiatement avec nous et avec L. H. P. dans une étroite et intime alliance pour la défense générale et particuliere de tous nos royaumes, electorat, etats et païs respectifs" und die darauf bezughabenden Worte „et nous confiant en cette promesse" ausblieben, da unterdess am 29. Nov. n. st. zu Westminster zwischen Preussen und England eine Defensivallianz geschlossen worden war, die unter gegenseitiger Garantie aller Länder der beiden Nationen (ausgenommen waren die aussereuropäischen Gebiete Englands), eine Hilfe von 10000 Mann und die Einladung der Generalstaaten zum Beitritt festsetzte.

Nous George second, par la grace de dieu roy de la Grande-Bretagne, de France et d'Irlande, défenseur de la foy, duc de Brunswick et de Luneburg, archi-trésorier et prince electeur du St. empire Romain etc.: Savoir faisons à tous et un chacun qui ces présentes verront; que comme par nos soins et par nôtre entremise et médiation des articles préliminaires de paix et de neutralité ont été heureusement réglés, arrêtés, conclus et signés entre nôtre chere soeur la reine d'Hongrie et de Bohéme et nôtre cher frere et neveu le roy de Prusse le 11e jour du mois de Juin dernier n. s. dont la teneur s'ensuit mot à mot.

Insertion des Vertrages vom 11. Juni 1742 n. st.

Des quels articles préliminaires leurs Mtés la reine d'Hongrie et de Bohéme et le roy de Prusse ont actuellement fourni et fait échanger leurs ratifications. Et comme sa dite Mté la reine d'Hongrie nous a requis que, pour la plus-grande seureté des deux parties contractantes et de leur paix réciproque si necessaire au rétablissement du repos général de l'empire, il nous plût de leur garantir spécialement l'exécution et observation réciproque, exacte, constante et inviolable des susmentionnés articles préliminaires de paix et de neutralité et de toutes les conditions, obligations et stipulations y contenuës, et de convier les seigneurs etats généraux des Provinces-Unies à les leur garantir de même; et que sa dite Mté prussienne s'offre et promet d'entrer derechef et immédiatement avec nous et avec L. H. P. dans une étroite et intime alliance pour la défense générale et particuliere de tous nos royaumes, electorat,

etats et païs respectifs. Par toutes ces considerations, et nous confiant en cette promesse et ne voulant rien omettre de ce qui peut dépendre de nous pour consolider de plus en plus une paix et neutralité aussi salutaire, nous, en vertu des présentes, garantissons en la meilleure forme que faire se peut à sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme et à sa Mté le roy de Prusse les cy-dessus inserés articles préliminaires, promettant et nous obligeant de tenir la main et de faire tout ce qui sera dans nôtre pouvoir, pourque toutes les conditions, obligations et stipulations y contenuës et énoncées soient et demeurent pour toûjours fidellement, ponctuëllement et religieusement executées et observées par les deux parties contractantes, et qu'il n'y soit contrevenu en maniere quelconque; et nous convierons incessamment les seigneurs etats généraux des Provinces-Unies à leur en donner et délivrer un pareil acte de garantie. En foy de quoy nous avons signé cet acte de nôtre main royale et y avons fait apposer nôtre grande sçeau de la Grande-Bretagne. Fait dans nôtre palais de Kensington, le trentiéme jour de Juillet, l'an de grace 1742 et de nôtre régne le seiziéme.

George R.

37.

Subsidienvertrag zwischen Maria Theresia und Georg II. d. d. Westminster 1743 Febr. 15.

Rat. Georgs II. d. d. St. James 1743 Februar 21/März 4; Maria Theresia's Wien 1743 März 14.

Völlig gleichlautend dem p. 583 f. abgedruckten Vertrage vom 25. Juli 1742. Die Originale des Vertrages im St.-A. und R. O., das Or. der engl. Ratifikation im St.-A., jenes der Ratifikation Maria Theresia's im R. O.

38.

Entwurf eines Bündnisses zwischen Georg II., Maria Theresia und mehreren deutschen Fürsten; verfasst in London zu Beginn des Jahres 1743; samt Bemerkungen Maria Theresia's.

Dieser Bündnisentwurf befindet sich als Beilage zur Weisung an Wasner d. d. 1743 Februar 5 im St.-A.

Am 24. Januar 1742 wurde der Wittelsbacher Karl Albert, vornehmlich auf die Empfehlung des Preussenkönigs hin, zum Kaiser ge-

wählt. Wenige Wochen später befand sich München, seine Hauptstadt, in den Händen seiner Feinde. Ausser Stande den Kampf gegen Maria Theresia mit eigenen Mitteln zu führen, suchte der neue Kaiser das Reich für seine Sache zu gewinnen. Allein der schwache von den Franzosen abhängige Herrscher fand unter den Reichsgenossen nur wenige selbstlose Freunde. Wohl gelang es ihm, allen Protesten Österreichs zum Trotz, die Verlegung des Reichstages von Regensburg nach Frankfurt und die Eröffnung desselben in letzterer Stadt im Frühjahre 1742 durchzusetzen; zu einer energischen Unterstützung des Reichsoberhauptes kam es aber nicht. Denn wie verschieden auch die Gesinnung der einzelnen Stände sein mochte, in der Abneigung gegen Frankreich stimmten die meisten überein. Vergebens war es daher, dass Karl VII. die Hilfe des Reiches gegen Maria Theresia forderte, dass er unermüdlich an den Höfen der grösseren und kleineren Fürsten Verhandlungen führte, die den Abschluss von Bündnissen bezweckten, die gegen Österreich gerichtet sein sollten.

Die Reichsversammlung, in der Österreichs Herrscher, obgleich der Kaiserwürde entkleidet, noch immer einen überaus starken Anhang besass, bewilligte erst spät und zögernd die dem Oberhaupte gebührenden Römermonate, weigerte sich aber auf das entschiedenste, unmittelbar an dem Kampfe gegen Maria Theresia teilzunehmen und zeigte vorerst keine Neigung, die von Karl VII. geforderte bewaffnete Mediation zwischen dem Reichsoberhaupte und Österreich zu übernehmen. Noch erfolgreicher als auf dem Reichstage, an dessen Beratungen die Vertreter Österreichs keinen direkten Anteil nahmen, war Maria Theresia in ihrem Bemühen, die einzelnen Reichsstände, die Karl VII. gegen sie aufzuhetzen bestrebt war, von jedem feindlichen Schritte abzuhalten. Sie verstand es vortrefflich durch Briefwechsel und Gesandtschaften das gute Einvernehmen mit den ihr freundlich gesinnten Reichsständen aufrecht zu halten, begegnete jedem Fürsten, dessen Länder von dem Krieg betroffen werden mussten, mit Mässigung und Gefälligkeit, betonte unaufhörlich ihre Geneigtheit mit dem Reichsoberhaupte in Frieden zu leben, liess mit schlauer Berechnung den Kampf gegen den Reichsfeind, die Vertreibung desselben von des Reiches Boden, als ihr Hauptziel erscheinen und forderte im Gegensatze zu Karl VII. blos die strikte Einhaltung der Neutralität, zu der sich schon im März 1742 die durch die Besetzung Baierns seitens der Österreicher zunächst bedrohten Stände, im Laufe des Jahres 1742 eine grosse Anzahl einflussreicher Fürsten verpflichteten. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die überaus verwickelten Verhandlungen zu schildern, die im Verlaufe

des Jahres 1742 an den verschiedenen Höfen Deutschlands von den Vertretern der beiden grossen Parteien geführt wurden, in die das Reich damals gespalten war. Es wird in diesem Zusammenhange genügen, darauf hinzuweisen, dass die Association der vier vorderen Reichskreise, die im Laufe der letzten 50 Jahre so oft zu Gunsten des Reichsoberhauptes eingetreten war, sich Karl VII. vornehmlich aus dem Grunde versagte, weil dieser im Bunde mit Frankreich stand, und dass unter den weltlichen Fürsten des Reiches niemand eifriger darauf aus war, Maria Theresia fördernd zur Seite zu stehen, als der Kurfürst von Hannover, hinter dem die grosse Macht der englischen Nation stand. Wir wissen, dass Georg II. der österreichischen Herrscherin eine energische Unterstützung für den Fall zugesagt hatte, dass sie den von der englischen Nation so dringend geforderten Frieden mit Friedrich II. von Preussen schliessen würde. In der Tat waren Georgs II. deutsche Truppen, sobald seine hannoveranischen Besitzungen durch die Entfernung des französischen Kriegsheeres Luft bekommen hatten — 16000 Hannoveraner und 6000 Hessen — nach den Niederlanden marschiert, um von hier aus mit englischen und niederländischen Soldaten gemeinsam den Kampf zu Gunsten Maria Theresia's aufzunehmen. Allein der Zug dieser Truppen nach Deutschland, den Maria Theresia dringend wünschte und für den sie unaufhörlich am englischen Hofe wirken liess, verzögerte sich. Erst gegen Ende des Jahres 1742, als die Franzosen Böhmen aufgegeben, die Engländer mit Preussen und Russland Bündnisse geschlossen hatten und die Niederländer sich bereit zeigten dem österreichisch-englischen Kriegsbündnisse beizutreten, glaubte man in Wien mit einiger Wahrscheinlichkeit auf den baldigen Marsch der so sehnlichst erwarteten Hilfstruppen rechnen zu dürfen.

Allein nun stellte sich ein neues unerwartetes Hindernis der Durchführung des gefassten Planes entgegen. Der König von Preussen protestierte, vom Kaiser zu energischem Widerspruch angespornt, auf das entschiedenste gegen den Marsch der englischen Hilfsvölker in's Reich. Und wenn es auch der vermittelnden Tätigkeit der englischen und preussischen Staatsmänner gelang, die Schärfe der Erklärungen Friedrichs II., die den Ausbruch des Krieges befürchten liessen, zu mildern, die Tatsache blieb bestehen, dass der preussische König den Engländern blos die unmittelbare Verwendung ihrer Truppen gegen Frankreich gestatten, dagegen die Vernichtung Karls VII. — dessen Hauptbesitz die Franzosen im Herbste 1742 den Österreichern wieder abgenommen hatten — und die Übertragung des Kriegsfeuers in die bisher neutral gebliebenen deutschen Gebiete nicht zugeben wollte. Es

entsprach dieser Auffassung der Verhältnisse, dass Friedrich II. zu gleicher Zeit beim Reichstage den Antrag stellte, das Reich möge in dem Streite zwischen Karl VII. und Maria Theresia die Vermittelung übernehmen und zur Wahrung der eigenen Interessen eine Reichsarmee aufstellen, und dass er den englischen König aufforderte, den Ausgleich zwischen Baiern und Österreich herbeizuführen.

Die Erklärungen des preussischen Königs riefen am englischen wie am österreichischen Hofe grosse Bestürzung hervor. Während aber Maria Theresia, die Ungebührlichkeit der preussischen Forderungen betonend, von Georg II. den schleunigen Marsch der in den Niederlanden einquartierten Truppen nach Deutschland forderte, suchte dieser, schon im Hinblicke auf die einem Bruche mit Preussen abgeneigte Stimmung des Parlamentes, alles mögliche zur Beruhigung Friedrichs II. beizutragen. Sein am Berliner Hofe weilender Vertreter gab die Erklärung ab, dass dem englischen Könige nichts ferner liege, als die Vernichtung des Kaisers oder die Vergewaltigung neutraler Reichsstände, und Georg II. betonte seinerseits, dass er dem Plane einer Intervention zu Gunsten des Kaisers näher treten wolle. An dem Marsche der in den Niederlanden einquartierten Truppen nach Deutschland hielt er aber fest und traf, von der österreichischen Regierung gedrängt, alle Vorbereitungen für den bevorstehenden Kampf. Zu diesen Vorbereitungen zählte auch sein Plan, die vielen Stände des Reiches, die nach wie vor das Interesse des Hauses Habsburg vertraten und allen Bemühungen des neuen Kaisers zum Trotze ihre Einwilligung zu feindseligem Vorgehen gegen Maria Theresia geweigert hatten, zum Abschlusse eines Bündnisses zu bewegen, das, in streng defensive Formen gekleidet, die Pläne Friedrichs II., die auf die Durchführung einer bewaffneten Mediation des Reiches und auf die Verhinderung des Einmarsches der englischen Hilfstruppen in Reichsgebiet gerichtet waren, durchkreuzen und eine wesentliche Stärkung der Gegner Frankreichs im Reiche herbeiführen sollte. Zu Beginn des Monates Februar 1743 stellte Villiers im Auftrage seines Herrn das im nachfolgenden zum Abdrucke gelangende Bündnisprojekt und ein ausführliches Memoire, das die Motivierung des geplanten Unternehmens enthielt, dem österreichischen Hofkanzler mit der Bitte um schleunige Beschlussfassung zu.[1]) *Der eng-*

[1]) *Hauptquelle für diese bisher so gut wie unbekannt gebliebenen Vertragsverhandlungen (eine Andeutung findet sich bei Arneth II. 309) sind die Weisungen Maria Theresia's an Wasner d. d. 5. und 6. Februar 1743; der ersteren liegen die Antwort der Wiener Regierung auf das Memoire des Villiers und die beiden im nachfolgenden abgedruckten Entwürfe bei.*

lische König weist in dem letzteren auf die üblen Folgen hin, die dem Reiche aus der Überschwemmung mit französischen Truppen erwachsen seien; auf die Ungerechtigkeit, die darin liege, Truppen, die einem Reichsstande zu Hilfe eilen wollen — dessen Besitzungen vom Reiche feierlich garantiert worden seien — den Durchzug zu versagen, während man Soldaten, die herbeigeführt wurden, um Unruhe im Reiche hervorzurufen, das Regierungssystem zu ändern und unberechtigte Forderungen der Reichsfeinde zu fördern, den Einmarsch gestattet habe. Das Verhalten Karls VII. wird heftig getadelt; es wird ihm vorgeworfen seine Pflichten als Reichsoberhaupt verletzt und die friedlichen Anerbietungen der österreichischen Herrscherin in ungebührlicher Weise zurückgewiesen zu haben. Indem endlich auf die Gefahr aufmerksam gemacht wird, die dem Reiche in der Zukunft von den Franzosen und ihren Verbündeten drohe, werden die einzelnen Fürsten aufgefordert, ihrer Pflichten als Patrioten eingedenk zu bleiben und sich der englisch-österreichischen Allianz im Interesse ihrer eigenen Freiheit und zum Schutze des bedrohten Reichsfriedens anzuschliessen.[1])

Die Antwort des Wiener Hofes auf die Erklärungen Villiers lautete nicht so unbedingt zustimmend, wie Georg II. im Hinblicke auf den Zweck des Bündnisses erwartet hatte. Zwar billigte Maria Theresia das Vorgehen des englischen Königs und erklärte sich auch zum Abschluss der geplanten Allianz bereit, allein die Erwiderung auf das englische Memoire und der im nachfolgenden abgedruckte Entwurf eines österreichisch-englischen Bündnisses lassen deutlich erkennen, dass auch in diesem Falle die Interessen der beiden Mächte sich nicht vollständig deckten. Denn während England auf den Abschluss des Defensivbündnisses mit den einzelnen Reichsfürsten das grösste Gewicht legte und sich durch dasselbe eine namhafte Unterstützung gegen den Reichsfeind zu sichern wünschte, war das Bestreben der österreichischen Herrscherin in erster Linie darauf gerichtet, die Pläne des preussischen Königs zu durchkreuzen und das Zustandekommen der von diesem vorgeschlagenen bewaffneten Reichsmediation zu verhindern. Aus diesem Grunde wollte Maria Theresia alles vermeiden, was jenen Reichsständen, die bisher die Neutralität genau beobachtet hatten, Anlass zur Furcht geben und jene abschrecken konnte, die aus persönlichen Gründen oder aus Verehrung für das Reichsoberhaupt, diesem zum Nachteil der gerechten und guten Sache zuneigten. In diesem Sinne forderte die österreichische Regierung in ihrer Antwort auf das Memoire

[1]) *Memoire des Villiers und Antwort auf dasselbe. St.-A.*

Villiers Georg II. auf, die Reichsfürsten vorerst für die Zurückweisung der Mediationspläne der französischen Partei im Reiche zu gewinnen, die weiteren Schritte aber erst dann zu tun, wenn die in den Niederlanden stehenden Truppen den Rhein überschritten hätten. In diesem Sinne enthielt auch das von den österreichischen Ministern dem Villiers übergebene Allianzprojekt die ausdrückliche Bestimmung, dass dieses Bündnis bis zum Übergange der in den Niederlanden stehenden Armee über den Rhein geheim bleiben[1] *und die Abmachungen, die Österreich mit den einzelnen Reichsfürsten bezüglich deren Neutralität getroffen habe, bis dahin Geltung behalten sollten.*[2] *Aber auch die übrigen Änderungen, die seitens der Österreicher an dem von Villiers überreichten Allianzprojekte gewünscht wurden, sprechen deutlich dafür, dass Maria Theresia eifrig darauf bedacht war, die Empfindungen jener Reichsstände, die den Kurfürsten von Baiern als ihren Herrn betrachteten, zu schonen und ihnen den Übergang in das österreichische Lager zu erleichtern.*[3]

Villiers war mit dem entworfenen Projekte des österreichisch-englischen Defensivbündnisses nicht ganz einverstanden. Er erklärte, neue Verhaltungsbefehle von seiner Regierung einholen zu müssen und weigerte sich die von Maria Theresia angetragene Unterzeichnung des Allianzprojektes in der österreichischen Fassung zu vollziehen, obgleich er selbst betont hatte, dass Gefahr im Verzuge sei.[4] *Es ist auch im weiteren Verlaufe der Begebenheiten zum Abschlusse dieses Defensivbündnisses nicht gekommen. Zwar erklärte Lord Carteret dem Vertreter Maria Theresia's in London zu wiederholtenmalen, dass man nicht den geringsten Anstand nehme, die von Österreich vorgeschlagene Form des Defensivbündnisses gutzuheissen und Villiers Befehl erteilt habe, zu unterzeichnen;*[5] *doch kam es dazu nicht. Wohl aber wurde der Zweck, den Maria Theresia bei den Unterhandlungen mit Villiers im Auge gehabt hatte, erreicht. Das Gutachten vom 17. Mai*

---

[1]) *Vgl. Artikel XII. des österreichischen Entwurfes p. 597.*

[2]) *Vgl. die darauf bezüglichen Worte in der Einleitung zum österreichischen Entwurfe p. 596.*

[3]) *Sehr eingehend beschäftigt sich die Antwort der Österreicher (St.-A.) auf das Memoire Villiers mit diesem Gedanken. Man ersieht aus den Äusserungen der österreichischen Minister, dass es diesen in erster Linie auf den Prinzen Wilhelm von Hessen-Cassel ankam.*

[4]) *Weisung an Wasner d. d. 6. Februar 1743. St.-A.*

[5]) *Berichte Wasners d. d. 22. und 26. Februar 1743. St.-A.*

1743, durch welches das Reich den streitenden Teilen — dem Kaiser und der österreichischen Herrscherin — seine Vermittlung antrug, ohne aber für die von Preussen befürwortete Aufstellung einer Neutralitäts-armee zu stimmen, bedeutete einen grossen Erfolg der österreichisch-hannover'schen Partei im Reiche, und der entscheidende Sieg, den die pragmatische Armee am 27. Juni 1743 bei Dettingen erfocht, war das Werk jener Truppen, deren Einmarsch in deutsches Gebiet dem Preussen-könige zu Trotze erfolgt war.

I.

Cette alliance ou association n'aboutissant pas à l'offense de qui que ce soit, mais uniquement au maintien de la liberté, du repos et du systeme de l'Allemagne en general et à la seureté et à la defense mutuelle des contractans en particulier, ceux-ci s'engagent l'un envers l'autre et s'entre-promettent d'employer leurs soins et leurs forces pour que d'un coté le systeme de l'empire, tel qu'il est fondé dans ses loix et constitutions, soit conservé et l'Allemagne mise à couvert contre des troubles exterieurs et interieurs, et que de l'autre coté chacun des alliés soit maintenu dans ses possessions et droits et secouru en cas d'attaque ou d'atteinte.

II.

On ne souffrira donc pas que l'un des alliés soit attaqué hostilement dans ses terres et provinces ou molesté malgré luy par des passages et des sejours de troupes etrangeres, par des quartiers d'hyver et par des exactions de contributions de fourages ou des vivres.

III.

On consultera fidelement et en secret sur tous les objets qui pourront etre relatifs au but de cette alliance, et les ministres respectifs qui se trouveront ensemble dans les cours etrangeres et à la diete de l'empire entretiendront bonne intelligence.

IV.

Mais aussi pour donner du poids à cette confederation, chacun tiendra sur pied un nombre proportionné de troupes, savoir sa M^té^ britannique .... hommes etc., afin d'en pouvoir

former une armée et faire marcher celle-ci d'abord que le cas l'exigera; de meme on fera provision de munitions de guerre et de bouche.

V.

S'il arrivoit que l'empire fût attaqué par une puissance etrangere ou qu'on allât lui arracher des provinces et amoindrir sa consistance, les alliés s'y opposeront sans attendre le concours des autres princes de l'empire, en faisant marcher leur armée combinée là où besoin sera pour faire tête à l'aggresseur; ils augmenteront aussi le nombre susmentionné de troupes à proportion du danger.

VI.

Si quelqu'un d'eux etoit attaqué en haine de cette alliance, on en fera d'abord cause commune et on s'assistera reciproquement de toutes ses forces.

VII.

La marche de ces troupes ne doit pas etre differée sous pretexte de bons offices lesquels chacun des alliez devra employer l'un pour l'autre, et comme il depend du requerant de demander au dessous du nombre ci exprimé de troupes, de meme il luy sera libre de demander le double et le triple, ce qui luy sera accordé.

VIII.

Quond on fera marcher des troupes pour soutenir la cause commune, le general de celui des alliez qui fournit le plus grand nombre aura le commandement en chef de l'armée combinée.

IX.

Chacun des princes alliez fournira à la paye et à la subsistance de ses troupes comme aussi aux pieces et au train d'artillerie et aux munitions de guerre.

X.

Aucun des contractans ne prêtera des troupes soit pour subsides ou autrement à des puissances ou princes qui ne sont pas compris dans cette alliance sans un consentement commun.

XI.

Cette alliance subsistera . . . ans et sera renouvellée suivant les conjonctures d'un tems à l'autre, et on invitera d'un consentement commun les autres princes de l'empire d'y acceder.

Quoique[1]) sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme et sa Mté britannique soient deja etroitement unies par le traité d'alliance du 16 Mars 1731 et l'acte d'accession du 20 Fevrier 1732, et qu'en conformité de l'article second du dit traité l'empire se soit chargé de la garantie de la sanction pragmatique par le resultat de la diete du 11 Janvier 1732, leurs dites Mtés ont neantmoins trouvé convenable, à cause de la presente situation des affaires en Allemagne qui semble demander tout leur soin et attention, de conclure entre elles une confederation plus specifiquement adaptée à ses besoins et d'y inviter les etats qui ont à coeur le salut de leur patrie, mais sans deroger par là en façon quelconque à tous et un chacun des engagemens susdits lesquels au contraire doivent rester dans leur pleine et entiere vigueur, à la seule reserve de ce que sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme a fait declarer au sujet de la neutralité que dans les presents troubles la plûpart des etats de l'empire ont professé jusqu'icy, ce qui à leur egard aura lieu pour tout le temps qu'on est convenu de tenir la presente confederation secrete, mais pas plus outre.

Dans l'article 1er il paroit necessaire d'inserer après les mots „possessions et droits" ceux qui suivent „reparé pleinement le tort qui aura eté fait aux dits droits."

Dans l'article second il semble convenir d'ajouter aux mots „de troupes etrangeres" les suivans „qui sont ou seront introduites pour une fin contraire à la presente alliance."

Pour la raison connue, la reine souhaite qu'on subsistue à l'article III. aux mots „à la diete de l'empire" ceux: „à l'assemblée de Francfort."[2]) L'article IV pourroit etre conçû en ces termes. „L'assistance mutuelle entre sa Mté la reine de Hongrie

---

[1]) *Hier beginnt das österreichische Gegenprojekt.*

[2]) *Österreich hatte gegen die Translocirung des Reichstages von Regensburg nach Frankfurt, die von Karl VII. beantragt worden war, protestiert, doch war dieselbe am 17. März beschlossen worden. Vgl. Adelung l. c. II. 102 f.*

et de Boheme et sa Mté britannique etant reglée par l'article second de l'acte d'accession du 20 Fevrier 1732, et sa dite Mté britannique faisant actuellement marcher dans l'empire une armée de . . ., il a eté convenu en outre que, pour donner meme à l'avenir et pour toujours plus de poids à cette confederation, chacun des alliés tiendra sur pied et prét à secourir les autres pendant tout le tems qu'elle durera un nombre proportionné de troupes, sçavoir etc."

Il n'y rien à remarquer sur le contenu des articles 5. 6. et 7, mais l'article VIII pourroit etre conçu en ces termes:

„Quant au commandement en chef de l'armée combinée on se reglera exactement selon ce qui a eté observé durant la guerre qui a precedé les traités de paix d'Utrecht et de Bade."

Sur l'article 9 et 10 il n'y a pareillement rien à remarquer, mais on pourroit ajouter à la fin de l'article XI „le tout sauf le lien perpetuel qui resulte des traités d'associations anterieurs à l'egard de ceux qui y sont compris" Article XII. „La presente alliance sera tenue secrete jusqu'à ce que l'armée combinée des Païs-Bas aura passé le Rhin."

39.

Bündnis zwischen Maria Theresia, Georg II. und Karl Emanuel von Savoyen-Sardinien samt 3 geheimen Separatartikeln und einer Deklaration der österreichischen und englischen Bevollmächtigten betreffend die Entschädigung Maria Theresia's für die erlittenen Verluste[1]) *d. d. Worms 1743 Sept. 2/13.*

Rat. des Vertrages und der 3 geheimen Separatartikel durch Georg II. d. d. Westminster 1743 Sept. 20/Okt. 1; durch Maria Theresia d. d. Wien 1743 Sept. 28; durch Karl Emanuel d. d. Turin 1743 Sept. 25.

Die Ratifikationen der oben erwähnten Deklaration d. d. Wien 1743 Sept. 28, resp. Westminster 1743 Sept. 20/Okt. 1 wurden nicht ausgewechselt.

Die Originale des Bündnisses samt Geheimartikeln und Deklaration sowie die der sardinischen Ratifikation im St.-A. und R. O., das Original der englischen Ratifikation im St.-A., das der österreichischen im R. O.

Drucke bei Bittner Nr. 910.

Von den weiten italienischen Gebieten, die der deutschen Linie des Hauses Habsburg nach Beendigung des spanischen Successions-

[1]) *Darnach ist das Regest bei Bittner Nr. 910 zu korrigieren.*

krieges zugefallen waren, besass dasselbe beim Tode Karls VI. nur noch einen geringen Teil. Neapel und Sizilien waren an den Infanten Don Carlos, wertvolle Gebiete des Herzogtums Mailand an das Haus Savoyen gefallen. Die Erwerbung Parma's und Piacenza's bot für diese Verluste nur unvollkommenen Ersatz. Diese beiden Herzogtümer mit denen von Mailand und Mantua bildeten im Jahre 1740 den Besitz des Hauses Habsburg in Italien, der allerdings durch die Besitzergreifung Toscana's seitens des Gemals Maria Theresia's, Franzens von Lothringen, eine wesentliche Stärkung erhielt. Aber auch diesem geschmälerten Besitze drohte unmittelbar nach der Thronbesteigung Maria Theresia's Gefahr. Karl Emanuel, König von Sardinien, Herzog von Savoyen, hatte die pragmatische Sanktion niemals gewährleistet, und wenn auch das enge verwandtschaftliche Verhältnis, in das er durch seine Vermählung mit einer Schwester Franzens von Lothringen zum österreichischen Herrscherhause getreten war, die Hoffnung auf einen gütlichen Ausgleich berechtigt erscheinen liess, so war doch aus der Vergangenheit dieses ehrgeizigen und klugen Fürsten zu schliessen, dass Österreich mit weitgehenden Zugeständnissen die Freundschaft des Turiner Hofes werde bezahlen müssen. Diese zu erreichen, musste aber der jungen Herrscherin Österreichs um so dringender erscheinen, als unmittelbar nach ihrer Thronbesteigung die ränkevolle Königin von Spanien, Elisabeth, sich der italienischen Besitzungen Maria Theresia's zu Gunsten ihres jüngeren Sohnes Don Philipp zu bemächtigen und Karl Emanuel durch weitgehende Anerbietungen für ihre Interessen zu gewinnen suchte. Es kann nicht unsere Aufgabe sein dem Gange der Verhandlungen zu folgen, die nun jahrelang an vielen Höfen Europa's geführt wurden, um den Savoyer für eine der beiden Parteien zu gewinnen, in die sich das damalige Europa schied. In diesem Zusammenhange muss es genügen, hervorzuheben, dass Karl Emanuel, der zu gleicher Zeit mit der österreichisch-englischen und mit der spanisch-französischen Partei verhandelte, sich — von der Erwägung geleitet, dass er von der letzteren Seite her für seine Interessen mehr zu fürchten habe als von der ersteren — Österreich näherte und dass die englische Regierung ihren ganzen Einfluss aufbot, um Maria Theresia, die Karl Emanuels Freund- und Bundesgenossenschaft mit möglichst geringen Opfern erkaufen wollte, zu immer weitergehenderen Zugeständnissen zu vermögen.

Von Erfolg waren diese Bemühungen vorerst nicht begleitet. Die Forderungen Karl Emanuels schienen der jungen Herrscherin viel zu hohe, als dass sie sich zur Gutheissung derselben hätte entschliessen

können. So kam es, dass die provisorische Konvention, die Karl Emanuel unter dem Eindrucke der schroffen Haltung, welche die spanische Regierung nach der Landung ihrer Truppen in Italien ihm gegenüber einnahm und im Hinblicke auf die Erfolge der österreichischen Waffen in Baiern am 1. Febr. 1742 mit Maria Theresia abschloss, blos Abmachungen über die gegenseitigen militärischen Leistungen enthielt, während die Ordnung der Gebietsabtretungsfrage einem definitiven Vertrage vorbehalten blieb. Diesen zu Stande zu bringen war die englische Diplomatie seit dem Frühjahre 1742 unablässig tätig, und es gelang ihr auch allmählig den hartnäckigen Widerstand der österreichischen Herrscherin zu überwinden. Von England gedrängt gieng sie auf fast alle Forderungen ein, die Karl Emanuel stellte. Schon im August 1742 erklärte sie sich bereit, die Stadt und das Herzogtum Piacenza; die Stadt und die Provinz Pavia an beiden Ufern des Po; die Grafschaft Anghiera bis zum Tessin, dem Lago Maggiore und den schweizerischen Gebirgen; die Stadt und das Gebiet von Vigevano an Karl Emanuel abzutreten; freilich nur dann, wenn sie für diese Verluste sofortigen Ersatz erhalte. Sie bezeichnete selbst Neapel und Sizilien, das sich im Besitze Karls III. befand, als wünschenswerte Kompensation; erbot sich zur Anspannung aller Kräfte, um im Vereine mit Sardinien und England die Bourbonen aus Italien zu vertreiben, stellte aber zu gleicher Zeit die Forderung, dass ihr, falls sie die erwähnten italienischen Besitzungen sofort an Sardinien abtreten sollte, einstweilen und bis zur Erwerbung Neapels und Siziliens das Herzogtum Modena eingeräumt werde. Aber auf diese Anerbietungen giengen die Engländer nicht ein; sie drohten, Maria Theresia im Stiche zu lassen und ihre Truppen aus den Niederlanden abzurufen, falls die österreichische Herrscherin nicht weitere Konzessionen machen sollte und erklärten das Zugeständnis, zu dem sich diese daraufhin bereit fand — Sizilien nach völliger Vertreibung der Bourbonen aus Italien dem Könige von Sardinien zu überlassen — für ungenügend. Sie forderten vielmehr, ihrerseits gedrängt durch den von Spanien und Frankreich umworbenen Karl Emanuel, für diesen auch den am östlichen Ufer des Tessin und des Lago Maggiore gelegenen Teil von Anghiera. Maria Theresia aber lehnte dieses neue Begehren schroff ab und klagte lebhaft über das Vorgehen ihres Verbündeten, der nur auf seinen eigenen Vorteil Rücksicht nehme und von ihr Opfer verlange, die dem Verzichte auf ihre Herrschaft in Italien gleichkämen. Nicht mit Unrecht betonte Bartenstein, die Abhängigkeit in die Öster-

reich England gegenüber gerate, sei nicht minder drückend, als die des Kaisers Karls VII. gegenüber Frankreich.

Der Sieg bei Camposanto, den die vereinigten österreichischen und sardinischen Truppen im Februar 1743 über die Spanier davontrugen, änderte an diesem Verhältnisse nicht viel. Maria Theresia blieb dabei, dass sie das östliche Ufer des Lago Maggiore Karl Emanuel nicht überlassen und in die geplante Gebietsabtretung nur dann willigen könnte, falls ihr eine entsprechende Entschädigung zu Teil werde. Da aber die Engländer, eifrig darauf bedacht sich die Hilfe des Savoyers gegen Spanien und Frankreich zu sichern und durch ein weitgehendes Entgegenkommen Karl Emanuels in Handelsfragen gewonnen, immer energischer von Maria Theresia die Erfüllung aller Forderungen des Turiner Hofes verlangten und von einer Verzögerung der Übergabe der dem Savoyer bestimmten Gebiete bis nach erfolgter Schadloshaltung Österreichs nichts wissen wollten, kam es zu erregten Debatten, in deren Verlauf mehr als einmal von beiden Seiten mit dem Abbruche der Beziehungen gedroht wurde. Maria Theresia erklärte, falls Sardinien auf der sofortigen Abtretung bestehe, die früher gemachten Konzessionen nicht einhalten zu können, weigerte sich jetzt die Stadt Pavia oder überhaupt ein an dem rechten Po- oder linken Tessinufer gelegenes Gebiet, sowie die Pavia gegenüberliegende Insel und Piacenza an Karl Emanuel abzutreten, lehnte das Begehren ab, Finale von Genua einzulösen und dann an Sardinien abzutreten und forderte von den Engländern die Unterzeichnung einer Deklaration, durch die sie sich zu einer entsprechenden Schadloshaltung Österreichs verpflichten sollten. Auf neuerliche Einwendungen des Turiner und des Londoner Hofes gab Maria Theresia ihrem in London weilenden Vertreter Wasner am 31. März den Auftrag, sich bezüglich der von Karl Emanuel geforderten Gebietsabtretungen, auch bezüglich Finale's, entgegenkommend zu erweisen und im äussersten Falle, aber nur dann — „da vermeine, dass das ganze Heil meines Haus daran liegt in Conservirung dieser Provinzien, das übrige nur zu Last ist, und lieber ohne Cessionen völlig es abandoniren mögte" — in die Abtretung der Stadt Piacenza und eines Teiles des piacentischen Gebietes zu willigen und den von dem Turiner Hofe vorgeschlagenen dritten Separatartikel gutzuheissen.[1]) Doch stellte sie ihrerseits einige Gegenforderungen und wies Wasner an, von der Billigung derselben durch die Engländer seine Zusage abhängig zu machen. Und was Maria Theresia forderte war nicht wenig. Das

[1]) *Weisung an Wasner d. d. 31. März 1743. St.-A.*

englische Ministerium sollte nebst der bereits Mitte Februar von der Wiener Regierung vorgelegten Deklaration, durch die der österreichischen Herrscherin eine entsprechende Schadloshaltung gewährleistet wurde, eine zweite Deklaration ausstellen, durch die es sich verpflichten sollte, von Maria Theresia keine weiteren Zugeständnisse zu fordern, dieselbe vielmehr gegen jeden Angriff zu schützen und den unter dem Kommando Lord Stairs dienenden Truppen den Befehl zu gemeinsamen Operationen mit den bei Heilbronn stehenden Soldaten Maria Theresia's zu geben.[1]) *Überdies sollte England der österreichischen Herrscherin für die Dauer des Krieges eine jährliche Subsidie von 300.000 Pfund Sterling zusichern, diese aber von den Verflichtungen entbunden sein, die sie im Provisionaltraktat bezüglich der militärischen Leistungen in Italien übernommen hatte. Allein auch diesmal gelang es Wasner nicht, die englischen Minister zu einem Wechsel ihrer Haltung zu bestimmen. Sie gaben zu, dass Karl Emanuel viel fordere, blieben aber dabei, dass Österreich sich dem Verlangen des Turiner Hofes fügen müsse und weigerten sich die von Wasner gestellten Begehren zu erfüllen. Vergebens wies dieser auf die Opfer hin, die Maria Theresia im gemeinsamen Interesse bereits gebracht habe und noch zu bringen willens sei; vergebens betonte er, dass man der österreichischen Herrscherin, die 150.000 Mann auf den Beinen habe, doch wenigstens 300.000 Pfund als Subsidie gewähren könne, wenn man dem Savoyer, der nicht mehr als 40.000 Mann zu erhalten habe, 200.000 Pfund St. bewillige; vergebens erinnerte er Lord Carteret an die übernommene Verpflichtung,*

---

[1]) *Second acte de declaration separée. Comme sa M^té^ la reine de Hongrie et de Boheme s'est laissée engager par les fortes exhortations et persuasions de sa M^té^ britannique de faire des cessions très considerables à sa M^té^ le roy de Sardaigne en vüe du grand bien qui doit en revenir à la cause commune, sa M^té^ le roy de Grande-Bretagne, independamment de la promesse faite d'employer toutes ses forces pour procurer à sa M^té^ la reine de Hongrie et de Boheme un juste dedommagement, s'engage en outre de ne plus vouloir insister sur des cessions ulterieures à faire par la reine à qui que ce soit, ni de ses droits ni de ses possessions, mais de vouloir l'assister au contraire de toutes ses forces non seulement contre ses ennemis presents, mais encore contre telle autre puissance chretienne qui pourroit l'attaquer dans la suite, sans que sous aucun pretexte tel qu'il puisse être les secours réels et efficaces, stipulés par les traités, luy soient refusés. Et specialement sa M^té^ britannique promet encore de faire marcher incessamment les trouppes sous les ordres de mylord Stairs tant Angloises qu'Hannoveriennes conjointement avec celles de la reine vers Hailbronn, et de proceder tout de suite aux operations ulterieures que les mouvemens des ennemis et les autres circonstances pourroient exiger.*

der österreichischen Herrscherin eine entsprechende Entschädigung für Schlesien zu verschaffen. Die englischen Minister blieben dabei, dass die Schadloshaltung von dem Ausgange der Waffen abhänge und dass ein solches schriftliches Versprechen verschiedenen Fürsten unangenehm sein, den König von Preussen aber in Harnisch bringen und „mithin E. M. und der gemeinsamen Sache mehr schädlich als nützlich sein würde", und erklärten eine dauernde Subsidie der österreichischen Herrscherin nicht zusagen zu können.[1])

Unter diesen Umständen konnte, zumal auch der Turiner Hof keine Geneigtheit zeigte dem Hause Lothringen — wie von Wien aus gefordert wurde — den Besitz Toscana's zu garantieren, der Abschluss des Bündnisses zwischen Österreich, England und Sardinien nicht erfolgen. Die Verhandlungen gerieten in's Stocken; König Georg II. begab sich in's Feldlager, um die Operationen gegen die Franzosen zu leiten und Wasner eilte nach Wien, um sich neue Instruktionen zu holen. Bevor er diese Stadt — Mitte Juli — wieder verliess, um im englischen Hauptquartiere die Verhandlungen von neuem zu beginnen, hatte sich die Situation vollständig geändert. Baiern, das die Franzosen im Herbst 1742 dem Wittelsbacher wiedererobert hatten, war durch die Waffentaten der Feldherrn Maria Theresia's neuerdings in den Besitz dieser Fürstin gelangt, und zu gleicher Zeit hatte Georg II., der Führer der pragmatischen Armee, den Franzosen bei Dettingen eine empfindliche Niederlage bereitet. Es lag in der Hand der Verbündeten über das Schicksal des flüchtigen Kaisers, der von den Franzosen das zur Bestreitung seiner täglichen Ausgaben nötige Geld erbitten musste, zu entscheiden. Mit dieser Tatsache nun rechnete Maria Theresia, als sie den wie es scheint zuerst von dem sardinischen Minister d'Ormea geäusserten Plan aufgriff, das wittelsbachische Haus zum Aufgeben seines Stammlandes gegen entsprechende Entschädigungen in Italien zu gewinnen. Hatte sie bereits am 8. Juni in einem für Georg II. bestimmten Memoire erklärt, dass sie auf einer Schadloshaltung durch ein angrenzendes Land bestehen müsse, so wagte sie Mitte Juli die Behauptung dass „wann nach dem Verlust von Schlesien die kurbairische Lande an den Kurfürsten dieses Namens wieder zurückgestellet werden sollten, wir ebensowenig für das künftige sicher sein würden, als der König von Engelland sicher wäre, wann der Prätendent

[1]) *Berichte Wasners vom April und Mai 1743; insbesondere d. d. 7. Mai 1743. St.-A. Für die englische Politik jener Zeit vgl. neben den bereits erwähnten Werken auch Ballantyne l. c. 261 f.*

in dem Besitz derer Niederlande sich befände"; und gab Wasner die Weisung, den Engländern zu erklären, dass man der österreichischen Herrscherin nicht zu gleicher Zeit die grossen Opfer in Italien und die Rückgabe der kurbairischen Länder an Karl VII. zumuten, ihre Schadloshaltung aber auf ungewisse Fälle verweisen dürfe. Denn obgleich England ihr „das in Händen habende Heft, nämlich den Besitz derer kurbairischen Landen" mit Gewalt zu entreissen, sich nicht getrauen dürfte, so habe man doch Grund zu besorgen, dass man von ihr die Rückgabe dieser Gebiete durch die Drohung, sie sonst gegen Preussen nicht zu unterstützen, erzwingen wolle. „Gleichwie nun, um Preussen im Zaum zu halten, kein ergebigeres Mittel, als die bei diesem König fürdaurende Beisorge ist, dass wir uns in pessimum dabilem casum mit Frankreich setzen dörften, also lässt sich obangedeuteter Anstössigkeit ohnmöglich anderst ausweichen, als wann die deutsche und italienische Anliegenheiten miteinander vereinbaret und beede zugleich festzusetzen angetragen wird, bevorab da man gegründete Ursach zu hoffen hat, dass Sardinien von wegen seines eigenen Interesse und Sicherheit uns in denen ersteren das Wort sprechen dörfte." Ein bestimmtes Projekt für diese Schadloshaltung wurde Wasner nicht mitgegeben, wohl aber 2 Gutachten verfasst, in denen die Frage gründlich erörtert wurde.[1])

Die neuen Pläne Maria Theresia's, von denen Wasner den Engländern im Hauptquartier zu Hanau Mitteilung machte, erregten den heftigsten Unwillen Georgs II. und seines mit den Verhandlungen betrauten Ministers Carteret. Beide betonten, dass der Vertrag mit Karl Emanuel geschlossen werden müsse, da man die Mitwirkung dieses Fürsten bei dem geplanten Angriffe gegen Frankreich nicht entbehren könnte, beide erklärten aber auch, dass England eine schriftliche Zusage, Österreich den Besitz des bairischen Stammlandes zu garantieren, nicht geben könne. Doch fügte Lord Carteret diesem Refus die charakteristischen von ihm schon öfters gebrauchten Worte hinzu: „comme sa Mté la reyne etoit en possession de la Baviere qu'elle la tienne sans dire si elle la veut garder ou non et en agissant en meme tems contre la France avec toute la vigueur possible." Alle Bemühungen Wasners, eine schriftliche Erklärung der Engländer in dieser Frage zu erhalten, blieben vergebens und ebensowenig gelang es ihm sie zur Bewilligung der von Maria Theresia für die Dauer des Krieges begehrten jährlichen Subsidie von 300.000 Pfund St. zu bewegen. Viel-

[1]) *Instruktion für Wasner d. d. 18. Juli 1743. St.-A.*

mehr erhielt Robinson, der die Interessen Englands am Wiener Hofe vertrat, strengen Befehl, der österreichischen Regierung in energischestem Tone die Notwendigkeit vorzuhalten, den Vertrag unter den von Sardinien vorgeschlagenen und von England gebilligten Bedingungen anzunehmen.[1]) *Zu Beginn des Monates August 1743 kam es in Wien zu entscheidenden Beratungen, deren Resultat in der Weisung vom 4. August an Wasner ihren Ausdruck fand. Dieser erhielt den Auftrag, im Namen seiner Herrin zu erklären, dass sie die Forderungen Sardiniens bezüglich Finale's nur insoweit erfüllen könne, als sie bereit sei, all ihre Befugnisse auf den König von Sardinien zu übertragen; dass sie aber auf der Streichung des dritten Separatartikels bestehen müsse, durch den sie zur Übergabe dieses der Republik Genua gehörenden Gebietes verpflichtet werden sollte. Da nun Karl Emanuel die Belassung der vor Pavia liegenden Insel im österreichischen Besitze gegen die Zusage der freien Schifffahrt für seine Schiffe in diesem Gebiete gestatten wolle, hoffe Maria Theresia, dass dem Abschlusse des Bündnisses mit Sardinien kein Hindernis mehr im Wege stehen werde. Von der Abtretung der Stadt Piacenza und des piacentischen Gebietes bis an die Nura, die Karl Emanuel gefordert und die Engländer unterstützt hatten, sollte Wasner vorerst nicht sprechen. Falls sich aber die englischen und sardinischen Minister entschieden weigern sollten unter diesen Bedingungen abzuschliessen; falls ferner die unter dem Kommando Karls von Lothringen stehende Armee weder den Rhein mit Sicherheit passieren, noch aus Mangel an Subsistenz an ihrem jetzigen Standplatze bleiben könnte, dann sollte Wasner erklären, Maria Theresia sei bereit, falls der Operationsplan zur gänzlichen Zufriedenheit Karls von Lothringen festgestellt, die beiden von Wasner in diesem Falle vorzulegenden Deklarationen betreffs der Schadloshaltung Maria Theresia's von England unterzeichnet,*[2]) *der 5. und 8. Artikel des abzuschliessenden Vertrages*

[1]) *Bericht Wasners d. d. Hanau 27. Juli 1743. St.-A.*

[2]) *Acte de declaration separée.*

Comme sa Mté le roy de la Grande-Bretagne a garanti de la maniere la plus solemnelle non seulement toutes les possessions de la serenissime maison d'Autriche, mais encore l'ordre de succession y etabli en vertu de la sanction pragmatique par le traitté d'alliance du 16 Mars 1731 la quelle garantie a été renouvellée et expliquée plus amplement par l'acte d'accession du 20 Febrier 1732, elle s'est en outre engagée specialement à l'occasion des païs cedés à sa Mté le roy de Prusse par le traité de paix de Breslau d'emploier toutes ses forces pour procurer à sa Mté la reine de Hongrie et de Bohéme un juste de-

— sie betrafen die Subsidienzahlung Englands an Österreich[1]) *und die Verpflichtung Österreichs, seine Truppen in Italien zu vermehren*[2]) *— in der von der Wiener Regierung gewünschten Form gebilligt werden sollten, die Stadt Piacenza nebst dem Teile des piacentischen Gebietes bis an die Nura an Sardinien abzutreten.*

---

dommagement pour un si grand sacrifice qu'elle a fait au bien de la liberté commune de toute l'Europe qui se trouvoit dans le danger le plus imminent d'etre totalement opprimée par la maison de Bourbon. C'est pourquoy sa dite Mté le roy de la Grande-Bretagne pour tranquilliter entierement sa Mté la reine de Hongrie et de Bohéme sur le dedommagement à elle promis renouvelle par le present acte tous les engagemens susdits, promettant en foy de roy d'assister. sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme de toutes ses forces, et de ne pas poser les armes jusqu'à ce qu'elle ait obtenû tant un juste et proportionné dedommagement pour le passé aux depens de l'ennemi commun qu'une reparation des torts soufferts et seureté suffisante pour l'avenir.

Second acte de declaration separée et secrete.

En consequence de l'acte de declaration qui assûre à sa Mté la reine de Hongrie et de Bohéme le dedommagement qui luy est dû selon l'article 2 de l'acte d'accession du 20 Fevrier 1732, sa Mté britannique s'engage envers elle et promet de ne jamais insister sur la restitution de la Baviere et du Haut-Palatinat en tout ou en partie, ni de luy refuser l'assistance stipulée par les traités pour la porter par quel motif que ce puisse etre à faire la dite restitution contre son gré.

[1]) *Der Artikel 8. sollte nach dem österreichischen Projekte lauten: De plus et pour subvenir à la depense extraordinaire que tant sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme que sa Mté le roy de Sardaigne sont et seront obligés de supporter pour mettre sur pied et faire agir un nombre des troupes beaucoup plus grand que leurs propres revenus ne suffisent à entretenir, la premiere s'engageant sur tout de ne pas diminuer durant toute la guerre le nombre des troupes qu'elle a actuellement sur pied, sa Mté le roy de la Grand-Bretagne s'oblige de fournir à sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme tant que la guerre durera un subside de trois cent mille livres sterlings par an la quelle somme luy a deja eté accordée pour l'année militaire courante, et de fournir pareillement tant que la guerre durera à sa Mté le roy de Sardaigne un subside des deux cent mille livres sterlings par an à payer etc.*

[2]) *Maria Theresia wollte den 5. Artikel in der von England vorgeschlagenen Form (es ist die gleiche, die dann gewählt wurde, vgl. § 5 des weiter unten abgedruckten Vertrages), mit der Verpflichtung Österreichs seine Truppen in Italien bis auf 30000 Mann zu erhöhen, nur dann annehmen, falls die jährliche Subsidie von 300.000 Pfund St. für die Dauer des Krieges von England bewilligt werden sollte; im anderen Falle wollte sich Maria Theresia nur verpflichten für die Kosten des gegenwärtigen Krieges alle Erträgnisse ihrer Staaten in Italien — nach Abzug des für die Justiz und die Regierung des Landes notwendigen Betrages — zu verwenden.*

Aber auch diesmal fanden die österreichischen Anerbietungen keinen Beifall. Carteret erklärte, nachdem er die beiden umfangreichen Gutachten gelesen hatte, in denen die Wiener Regierung die Berechtigung ihrer Forderung auf Baiern und die Oberpfalz als Entschädigung für den Verlust Schlesiens zu erweisen suchte, nicht nur Baiern, das ganze Reich werde sich gegen einen derartigen Plan ereifern; er müsse die Idee als eine undurchführbare bezeichnen. Und viel heftiger noch äusserte sich Georg II. über die Untunlichkeit und Gefährlichkeit des österreichischen Vorschlages. Beide aber blieben dabei, dass man Karl Emanuel gewinnen und dass Österreich, um dieses Ziel zu erreichen, sich entschliessen müsse, die Stadt und das Gebiet von Piacenza bis an die Nura an Sardinien abzutreten. Auch diesmal blieben alle Bemühungen Wasners, die Gegner eines besseren zu belehren, vergebens. Die schriftliche Antwort Carterets auf die österreichischen Gutachten lautete schroff ablehnend, und in der Debatte mit Wasner meinte der englische Minister, „ich weiss aus sicherer Quelle, dass es Personen in Wien gibt, welche sehr bestrebt sind, den Geist der Königin gegen den englischen Hof und besonders gegen mich einzunehmen, um die Königin zu einer Vereinbarung mit Frankreich zu bewegen; aber das wird nach dem Urteile aller der Ruin der Königin und des Hauses sein; abgesehen davon, dass ich vielleicht die Mittel finde, ihr zuvorzukommen."[1] *Da aber die Kriegsoperationen ihren Fortgang nahmen, hielt es Wasner nicht für angezeigt mit seinem Ultimatum herauszurücken; er teilte vielmehr das negative Ergebnis seiner Verhandlungen dem Wiener Hofe mit der Bitte um neue Instruktion mit. Dieselbe wurde ihm alsbald zu Teil; sie unterschied sich in den wichtigsten Punkten nicht von der früheren. Maria Theresia blieb noch immer dabei, dass England ihr für das Zugeständnis bezüglich Piacenza's die geforderte Schadloshaltung schriftlich zusichern solle. „Dein Hauptsystem, schrieb sie Wasner, hat jederzeit zu sein, dass uns Baiern nebst der Oberpfalz verbleibe."*[2] *Doch war sie bereit die Abmachung darüber geheim zu halten und dem Hause Wittelsbach eine entsprechende Entschädigung zu geben. Sie schlug Toscana, eventuell auch das Fürstentum Massa und die Grafschaft Novellara vor und erteilte Wasner die Befugnis, auch vom Austausch der spanischen Niederlande zu sprechen.*[3] *Im übrigen wurde Wasner von neuem be-*

---

[1]) *Bericht Wasners d. d. 19. Aug. 1743. St.-A.; Carteret sprach französisch.*

[2]) *Weisung vom 27. August 1743. St.-A.*

[3]) *Ebenda.*

auftragt, alles aufzubieten, um von England die verlangte Subsidie für die Dauer des Krieges zu erwirken.

Als der Vertreter Maria Theresia's — Anfang September 1743 — in Worms, wohin das Hauptquartier Georgs II. verlegt worden war, Carteret aufsuchte, fand er diesen in sehr erregter Stimmung. Robinson hatte aus Wien von sehr heftigen Debatten mit dem Hofkanzler Ulefeld geschrieben, in deren Verlauf sich dieser bis zur Äusserung verstiegen habe, „de cette façon là nous ne cheminerons pas long tems ensemble." Auch hatte Robinson gemeldet, dass Maria Theresia mit Sicherheit auf die Erwerbung Baierns und der Oberpfalz rechne und nur unter dieser Bedingung mit Sardinien abschliessen wolle. Carteret erklärte auf das entschiedenste, England könne auf diese Forderung Maria Theresia's nicht eingehen. Er berichtete Wasner zu gleicher Zeit von einer Unterredung, die er in Mainz mit Haslang, dem Vertreter Kaiser Karls VII., gehabt, und in der dieser erzählt habe, sein Herr habe zu wiederholtenmalen betont, wenn ihm selbst das weit mehr tragende Königreich Böhmen für Baiern angeboten würde, möchte er dieses sein altes Erbland gegen besagtes Königreich nicht vertauschen. Auch wies der englische Minister neuerdings auf den Widerstand hin, den Maria Theresia's Forderung bei den Fürsten des Reiches, zumal bei Friedrich II., finden würde. Wasner suchte ihn umzustimmen, indem er mit seinem Ultimatum hervortrat, die Bereitwilligkeit Maria Theresia's betonte, in die Abtretung der Stadt und des Gebietes von Piacenza bis an die Nura zu willigen, falls England die beiden Deklarationen, die er zu gleicher Zeit vorwies, unterzeichnen und die Subsidie von 300.000 Pfund St. für die Dauer des Krieges bewilligen wolle. Kaum aber hatte Carteret die von dem Wiener Hofe entworfenen Deklarationen gelesen, so erklärte er, die Unterzeichnung derselben nicht zugestehen zu können; zu einer solch bindenden Zusage werde Georg II. nie zu haben sein. Doch versprach er, die Sache zu erwägen und seine Entschlüsse dem Vertreter Maria Theresia's mitzuteilen. Es dauerte fast eine Woche bis dies geschah. Am 9. Sept. legte er Wasner eine von ihm verfasste Deklaration vor. Dieselbe war weitläufig, enthielt aber nur das allgemein gehaltene Versprechen des englischen Königs „de procurer à la reine d'Hongrie, sans pourtant entrer dans aucun engagement specifique, le meilleur dédommagement qu'il seroit possible suivant les conjonctures et le succès de la guerre." Wasner erklärte sich ausser Stande diese Deklaration zu acceptieren, und da es ihm nicht glückte, Carteret von der Notwendigkeit weiterer Zugeständnisse zu überzeugen, forderte er den

Aufschub der Verhandlungen, um eine neue Instruktion seines Hofes einzuholen. Nun aber erklärte Carteret in eine weitere Verzögerung nicht willigen zu können. Der Vertreter Karl Emanuel's, Osorio, habe ihm mitgeteilt, dass sein Herr von Spanien und Frankreich die glänzendsten Anerbietungen erhalten habe und entschlossen sei, falls die Unterzeichnung des Bündnisses zwischen Österreich, England und Sardinien nicht alsbald erfolge, mit den oberwähnten Mächten abzuschliessen. Im Hinblicke auf diese Gefahr und in der Erwägung, dass nicht die geringste Hoffnung vorhanden sei eine andere Erklärung zu erhalten, möge Wasner sich zur Annahme der von England verfassten Deklaration und zur Unterzeichnung des Bündnisses entschliessen. Aber noch immer zögerte der österreichische Gesandte auf das Begehren Carterets einzugehen und suchte diesen zu bestimmten Versprechungen bezüglich der Schadloshaltung Maria Theresia's zu bewegen. Da aber Carteret standhaft blieb und Osorio wie die deutschen Minister Georgs II. nicht müde wurden, Wasner zu bestürmen, gab dieser endlich nach und erklärte sich einverstanden, mit Vorbehalt der Genehmigung seiner Regierung, die englische Deklaration zu acceptieren und den Vertrag zu unterzeichnen, falls die übrigen Forderungen Maria Theresia's gegen Abtretung der Stadt und des Gebietes von Piacenza bis an die Nura gebilligt werden sollten.

Am 10. September begannen die Verhandlungen[1]) *über die einzelnen Artikel des von England entworfenen, von Maria Theresia und Karl Emanuel begutachteten Projektes. Sie verliefen ungemein erregt; in manchem Punkte gab Wasner, in manchem seine Gegner nach. Der erste Artikel, durch den sich die 3 Mächte gegenseitige Freundschaft und Unterstützung zusicherten, bot keine Schwierigkeiten. Dagegen weigerte sich Osorio heftig, die Präliminarartikel vom 3. Okt. 1735, wie Wasner forderte, in die durch den 5. Artikel zu gewährleistenden Verträge auf- und damit die Garantie Toscana's zu übernehmen, es sei denn, dass der Grossherzog sich seinerseits zur Garantie der Besitzungen Karl Emanuels verstehen wolle. Da aber Franz von Lothringen sich zu einer derartigen Reciprozität nicht verpflichten wollte und dem Vertreter Maria Theresia's den Befehl erteilt hatte, in diesem Falle lieber von der Garantie des toscanischen Besitzes abzustehen, verzichtete dieser auf die ausdrückliche Erwähnung des Präliminarvertrages vom 3. Okt. 1735. Grössere Schwierigkeiten verursachte auch die endgiltige*

[1]) *Vgl. für das folgende den Bericht Wasner's d. d. 14. September 1743. St.-A.*

Formulirung des dritten Artikels, der die Renunziation Karl Emanuels auf Mailand und die Anerkennung der pragmatischen Sanktion durch denselben enthielt. Man entschloss sich endlich, die Forderung des Savoyers, dass sein Verzicht auf Mailand ungültig sein sollte falls eine der Töchter des Hauses Österreich, auf die die Nachfolge fallen könnte, mit einem Prinzen des Hauses Bourbon sich vermählen würde, in einem geheimen Separatartikel zu erfüllen und dafür den Verzicht auf Mailand zu Gunsten Maria Theresia's auch auf deren Erben und Nachfolger auszudehnen. Die Feststellung der Artikel 4, 6 und 7, durch die Karl Emanuel zur Fortführung des Kampfes an der Seite Maria Theresia's, England zur Erhaltung einer starken Flotte im Mittelmeer verpflichtet und Karl Emanuel zum Kommandanten der vereinigten Armee bestellt wurde, machte keine Schwierigkeit. Umsomehr die des 5. und des mit diesem im Zusammenhange stehenden 8. Artikels. Österreich wollte sich nur gegen Gewährung einer jährlichen Subsidie von 300.000 Pfund St. für die Dauer des Krieges zur Vermehrung seiner in Italien stehenden Truppen auf 30000 Mann verstehen. Carteret aber behauptete, er dürfe ohne Einwilligung des gesamten englischen Cabinettes eine solche bindende Zusage nicht geben. Dagegen bestand er auf der ursprünglichen Formulierung des 5. Artikels. Die schliessliche Einigung bedeutete den Sieg der Engländer. Wasner gab sich mit der mündlichen Erklärung Carterets „Maria Theresia könne versichert sein, dass König und Parlament nichts in der Geldfrage zu tun unterlassen werden", zufrieden und gestand die Vermehrung der österreichischen Truppen in Italien auf 30000 Mann zu, allerdings erst dann, als Carteret und Osorio in die Aufnahme der beschränkenden Klausel gewilligt hatten, nach der Maria Theresia zu dieser Erhöhung ihrer italienischen Truppen verpflichtet sein solle „aussitôt que la situation des affaires en Allemagne pourra le permettre." Die Formulierung des 9. Artikels, der die von Österreich an Sardinien abzutretenden Gebiete festsetzte, bot, nachdem Wasner seine Einwilligung bezüglich Piacenza's gegeben hatte, keine wesentliche Schwierigkeiten. Um so grössere aber die des 10. Artikels, der die Verfügungen Maria Theresia's über Finale enthielt. Es bedurfte langer Verhandlungen, bis endlich die in dem Vertrage zum Ausdruck gelangende Fassung gefunden wurde, die in allen wesentlichen Stücken den Wünschen der österreichischen Herrscherin entsprach. Die Festsetzung des Wortlautes der weiteren 7 Artikel gelang leicht. Sie enthielten gegenseitige Verpflichtungen beim Abschlusse von Friedensverträgen (11, 12, 14) und bei Fortdauer des Krieges (13); Bestimmungen über die Aufnahme anderer Fürsten in das Bündnis

(16, 17) und über die Ratifikation des Vertrages (18). Für die österreichisch-englischen Beziehungen von besonderer Bedeutung war der 15. Artikel, durch den sich Maria Theresia nicht nur verpflichtete, die englischen Untertanen im Besitze aller Handelsvorteile zu belassen, die sie in diesem Augenblicke besassen, sondern auf Verlangen Englands einen besonderen Handels- und Schifffahrtsvertrag zu schliessen. Auch die Formulirung des ersten und dritten Geheimartikels bot keine Schwierigkeit. Maria Theresia erklärte sich durch den ersteren bereit, England bei dem Versuche zu unterstützen, die Schweiz zur Gestattung des Durchzuges von Soldaten und zur Stellung eines Truppenkorps zu bewegen, und gab in dem letzteren ihre Zustimmung, dass der Verzicht Karl Emanuels auf seine Ansprüche bezüglich Mailands für den Fall keine Geltung haben sollte, als eine der Succesionsberechtigten Töchter des Hauses Habsburg sich mit einem Prinzen aus dem Hause Bourbon vermählen sollte.

Grosse Schwierigkeit verursachte dagegen die Textirung des zweiten geheimen Separatartikels. Wohl war Maria Theresia bereit all ihre Kräfte mit denen der Verbündeten zu vereinigen, um der spanischen Herrschaft in Italien ein Ende zu machen, und es hielt auch nicht schwer, sie zu dem Versprechen zu bewegen, im Falle des Gelingens dieses Planes Sizilien dem Könige von Sardinien zu überlassen und sich mit Neapel und dem „stato degli presidii" zu begnügen. Dagegen hatte Wasner strengen Befehl, die Streichung der von Karl Emanuel geforderten Klausel zu verlangen, durch die sich Österreich verpflichten sollte, die savoyischen Besitzungen gegen neue Einfälle Frankreichs zu sichern, „même au moyen de quelques conquêtes sur la France de ce côté là qu'ils doivent ceder au susdit roy." Allein alle Bemühungen Wasners scheiterten an dem festen Widerstande Osorio's, der ein Schreiben seines Herrn verlas, aus dem hervorgieng, dass derselbe ohne dieses Zugeständnis an dem Kriege nicht teilnehmen wolle. Der Vertreter Maria Theresia's musste, zumal Carteret auch in diesem Falle sich auf die Seite des Königs von Sardinien stellte, nachgeben. Dagegen liess Osorio den geheimen Separatartikel, der sich auf Finale bezogen hatte, fallen. Am 13. Sept. wurde der Hauptvertrag und die 3 Separatartikel von Carteret, Wasner und Osorio unterzeichnet; am selben Tage unterfertigten die beiden ersteren die Deklarationsakte über die Schadloshaltung Maria Theresia's. Wasner war sich bewusst, dass er den Gegnern weitgehende Konzessionen gemacht hatte; er fürchtete, seine Herrin werde mit ihm unzufrieden sein. Der Bericht, mit dem er die Übersendung des Vertrages einbegleitete,

liest sich wie eine Rechtfertigungsschrift. Man habe ihm das Messer an die Kehle gesetzt, er habe sich fügen müssen. In der Tat entsprach das Resultat seiner Verhandlungen den Hoffnungen des Wiener Hofes durchaus nicht. Die Hauptbeschwerden desselben richteten sich gegen die Weigerung der Engländer, den Österreichern für die Dauer des Krieges eine Subsidie von 300.000 Pfund St. zu sichern, gegen die weitgehende Verpflichtung, die diese im Interesse Sardiniens bei einem Kriege gegen Frankreich übernehmen sollten und gegen die Deklarationsakte, die in der vorliegenden Form eher einen Rück- als einen Fortschritt gegenüber den früheren Erklärungen Englands bedeutete. Die Ratifikation des ganzen Vertrages aus diesen Gründen zu weigern, oder auch nur zu verzögern, wagte man aber im Hinblicke auf die Not der Zeiten nicht. Doch entschloss sich Maria Theresia auf die Ratifikation der Deklarationsakte, deren Aufnahme in den Vertrag sie ja vorgeschlagen hatte, zu verzichten[1]) *und erteilte Wasner den Auftrag, die von ihr am 28. Sept. unterfertigten Ratifikationsurkunden des Hauptvertrages und der 3 Separatartikel erst dann zu überreichen, wenn Georg II. in irgend einer Form sich zur Zahlung der Subsidie von 300.000 Pfund St. für die Dauer des Krieges verpflichtet haben würde. Zu gleicher Zeit erhielt Wasner den Befehl, zur Vermeidung jedes Missverständnisses, im Namen Maria Theresia's zu erklären, dass sie durch die Ratifikation des zweiten Separatartikels Frankreich nicht im geringsten verletzen wolle. Die Bemühungen Wasners blieben nicht ohne Erfolg. Am 14. Okt. wurde in Worms eine neue Konvention geschlossen, von der im folgenden die Rede sein wird. Erst nach Unterzeichnung derselben fand die Auswechslung der Ratificationen des Hauptvertrages statt.*

Au nom de la très-sainte trinité.

Soit notoire à tous et chacun qu'il appartient ou peut appartenir en maniere quelconque.

D'autant que les troubles qui sur le decés de l'empereur Charles VI. de glorieuse memoire sans lignée masculine se sont

---

[1]) *Die englische Rat. dies r Separatdeklaration d. d. Westminster 1743 20. Sept./1. Okt. (Or. R. O.) ist unterzeichnet „manibus custodum et justiciariorum nostrorum regni nostri Magnae-Britanniae et locumtenentium nostrorum in eodem.“*

Bolton ; Hardwicke.

Holles Newcastle. Montague. Harrington.
Winchelsea. Tweedal. Dorset.
H. Pelham. Hay. Grafton.

elevés en Allemagne non obstant l'expresse teneur des traités de paix et d'alliance les plus solemnels et les plus recens, corroborés par la garantie autentique du corps de l'empire, qui assurent à sa fille ainée et à sa posterité l'entiere et indivisible succession de ses etats hereditaires, tendent manifestement à renverser tout equilibre en Europe et en exposent la liberté et celle du commerce au danger le plus evident lequel s'accroit encore par la conquête que les rois d'Espagne et de Naples ont entreprise ouvertement des etats possedés par la serenissime maison d'Autriche en Italie contre la foi de leurs propres engagemens, après quoi le reste de l'Italie ne pourroit plus leur resister et toutes les côtes de la mer mediterranée se trouveroient soumises à une même maison.

Pour obvier autant qu'en eux est à des maux si imminens et à une entreprise dont les consequences seroient si fatales à tous les princes et etats d'Italie, à leur liberté, à leur commerce et à celuy des puissances maritimes dans la mer mediterranée, la serenissime et très-puissante prinsesse Marie Therese, reine de Hongrie et de Bohème, archiduchesse d'Autriche etc., le serenissime et très-puissant prince George second, roi de la Grand-Bretagne, electeur de Brunswic-Lunebourg etc., et le serenissime et très-puissant prince Charles Emanuel, roi de Sardaigne, duc de Savoye etc., se trouvant si essentiellement interessés à la conservation d'un juste equilibre en Europe, d'où depend la liberté de l'Europe, et au maintien de la liberté et seureté de l'Italie en particulier, d'où depend celle de son commerce et de celui de la mediterranée, ont resolû de s'unir ensemble plus étroitement et plus inseparablement dans cette ferme intention, et de perseverer inviolablement à joindre leurs conseils et leurs forces pour en obtenir l'effêt desiré et specialement pour repousser d'un commun accord l'injuste invasion intentée par les rois d'Espagne et de Naples et mettre, s'il se peut, l'Italie à couvert de tous pareils attentats à l'avenir.

Dans cette vue et à fin de prevenir la dite invasion sans perte de tems, sa Mté le roy de Sardaigne est entré dès le premier du mois de Fevrier 1742 avec sa Mté la reine de Hongrie dans une convention provisionelle dont la teneur est:[1])

[1]) *Dieser Vertrag ist u. a. gedruckt: Collection of all the treaties II. 54; Jenkinson l. c. II. 361; Chalmers l. c. II. 322; Solar de la Marguerite l. c. III 1; Wenck l. c. I. 672.*

Folgt der Wortlaut des Vertrages vom 1. Februar 1742.

En consequence de cette convention sa Mté le roi de Sardaigne a d'abord joint un corps considerable de ses trouppes à celles de la dite reine, sa Mté le roi de la Grande-Bretagne ayant envoyé une puissante escadre pour concourir au maintien des libertés de l'Italie.

À fin de ne pas laisser infructueuses de si grandes depenses et d'assurer encore mieux et d'accelerer pour le present l'entiere execution d'une resolution si necessaire et si legitime, et à fin aussi d'en perpetuer l'effêt pour les têms à venir, leurs dites Mtés ont autorisé et autorisent leurs ministres plenipotentiaires à en regler incessamment les details et les conditions: Savoir sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme le sieur Ignace Jean de Wasner, son ministre plenipotentiaire auprès de sa Mté britannique; sa Mté le roi de Sardaigne le chevalier Ossorio, chevalier grand-croix et grand-conservateur des ordres religieux et militaire des S. S. Maurice et Lazare, envoyé extraordinaire et ministre plenipotentiaire de sa dite Mté auprès de sa Mté le roi de la Grande-Bretagne; et sa Mté le roi de la Grande-Bretagne son conseiller privé Jean lord Carteret, baron de Hawnes, un de ses principaux secretaires d'etats etc., lesquels après s'être entre-communiqués leurs pleinspouvoirs respectifs et avoir meurement conferé ensemble sont convenûs des articles suivans.

I.

Il y aura dès à present et pour tous les tems à venir entre sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne et sa Mté le roy de Sardaigne une êtroite amitié et alliance sincere, perpetuelle et inviolable, en vertû de laquelle ils seront tenûs de se soutenir, deffendre et secourir reciproquement et constamment, de veiller à leur sûreté mutuelle comme à la leur propre, de procurer ce qui leur sera avantageux, et d'éloigner autant qu'ils pourront ce qui leur seroit nuisible et dommageable.

II.

Pour cet effêt les alliés s'engagent déréchef à une garantie très expresse de tous les royaumes, etâts, païs et domaines qu'ils possedent actuellement ou doivent posseder en vertû du

traité d'alliance fait à Turin en 1703, des traités de paix d'Utrecht et de Bade, du traité de paix et d'alliance communement appellé la quadruple alliance, du traité de pacification et d'alliance conclû à Vienne le 16 mars 1731, de l'acte de garantie donné en consequence et passé en loi de l'empire l'onzieme Janvier 1732, de l'acte d'accession signé pareillement en consequence à la Haye le 20 Fevrier 1732, du traité de paix signé à Vienne le 18 Novembre 1738 et de l'accession qui y a été faite et signée à Versailles le 3 Fevrier 1739; tous lesquels traités sont pleinement rapellés et confirmés icy en tant qu'ils peuvent concerner les alliés et qu'ils n'y ont pas derogé specialement par le present traité.

III.

En conformité de la garantie contenue dans le precedent article, et pour qu'il ne reste aucun sujet de contestation entre les deux serenissimes maisons d'Autriche et de Savoye, sa Mté le roy de Sardaigne pour lui, ses heritiers et successeurs renonce nommement et pour toûjours mais uniquement en faveur de sa Mté la reyne de Hongrie et de Bohème et de ses heritiers et successeurs à ses droits pretendus sur l'etat de Milan lesquels, quoique jamais admis de la part de la reine, il s'êtoit reservé la liberté de faire valoir par la convention provisionelle. Et en outre sa Mté le roi de Sardaigne s'engage formellement et specialement à la garantie de l'ordre de succession êtabli dans la dite serenissime maison par la sanction pragmatique, de la même maniere qu'elle est enoncée dans le traité de pacification et d'alliance fait à Vienne le 16 Mars 1731, sans neanmoins que sa dite Mté soit jamais tenue d'envoyer du secours hors d'Italie.

IV.

À cette fin sa Mté le roi de Sardaigne qui a dejà joint ses trouppes à celles de la reine d'Hongrie et qui les a dejà augmentées considerablement continuera à concerter et à executer conjointement avec elle et ses generaux toutes les mesures et operations qui seront jugées les plus efficaces pour éloigner et repousser l'invasion actuellement intentée ou à intenter contre les etats de la dite reine et pour les mettre à l'abri de tout danger present et futur autant que faire se pourra.

V.

Pour parvenir à ce but et durant le cours de la presente guerre sa Mté la reyne de Hongrie s'engage non seulement d'entretenir en Italie le nombre de trouppes qu'elle y a actuellement, mais de les augmenter et jusqu'au nombre de trente mille hommes effectifs, aussitôt que la situation des affaires en Allemagne pourra le permettre. Et sa Mté le roi de Sardaigne s'engage à entretenir et employer le nombre de quarante mille hommes d'infanterie et de cinq mille hommes de cavallerie, y compris ce qu'il faudra pour les garnisons et la defense de ses propres etâts.

VI.

Sa Mté le roy de Sardaigne aura le commandement supreme de l'armée alliée lorsqu'il s'y trouvera en personne, et il en reglera les mouvemens et les operations militaires de concert avec sa Mté la reine de Hongrie selon que l'exigera l'interêt et le besoin commun.

VII.

Tant qu'il en sera besoin pour favoriser et seconder ces operations et que le danger des alliés et de l'Italie le demandera, sa Mté le roi de la Grande-Bretagne s'engage à tenir dans la mer mediterranée une forte escadre de vaisseaux de guerre et à bombes et de brulôts, dont l'amiral et les commandants auront ordre de concerter constamment et regulierement avec sa Mté le roi de Sardaigne ou bien avec ses generaux et ceux de sa Mté la reine de Hongrie qui seront les plus à portée les mesures les plus convenables pour le service de la cause commune.

VIII.

De plus, et pour subvenir à la depense extraordinaire que sa Mté le roi de Sardaigne est et sera obligée de supporter pour mettre sur pied et faire agir un nombre de trouppes beaucoup plus grand que ses propres revenus ne suffisent à entretenir, sa Mté le roi de la Grande-Bretagne s'engage à luy fournir, tant que la guerre et le besoin durera, un subside de deux cens mille livres sterlings par an, à payer chaque trois mois et à commencer du premier de Fevrier 1742 n. s., jour que la convention provisionelle fût signée entre le dit roi et

sa Mté la reine de Hongrie. Et le dit subside sera ponctuellement payé de trois mois en trois mois d'avance, bien entendû qu'il y soit imputé ce qui aura été avancé à sa Mté le roy de Sardaigne avant la signature du present traité.

IX.

En consideration du zêle et de la generosité avec lesquels sa Mté le roi de Sardaigne s'est portée à exposer sa personne et ses etâts pour la cause publique et pour celle de sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohème et de la serenissime maison d'Autriche en particulier et des secours effectifs qu'elle en a dejà reçûs, en consideration aussi des engagemens onereux d'assistance et du lien perpetuel de garantie qu'il contracte avec elle par la presente alliance, sa dite Mté la reine de Hongrie et de Boheme pour elle, ses heritiers et successeurs cede et transfere dès à present et pour toûjours à sa dite Mté le roi de Sardaigne, ses heritiers et successeurs pour être unis à ses autres etats la ville et district de Vigevano appellé le Vigevanasque, la partie du Pavesan qui est entre le Po et le Thesin, en sorte que le Thesin fasse doresnavant par son milieu la separation et la borne entre les etats de part et d'autre depuis le Lago Maggiore jusqu'à l'endroit où il se jette dans le Po, à l'exception seulement de l'isle formée par le canal vis à vis de la ville de Pavie laquelle isle sera reservée à sa Mté la reine, aux conditions que le roi n'aura pas moins la libre communication de la riviere du Thesin pour le passage des barques, sans qu'elles puissent être ni arretées ni visitées ni assujetties au payement d'aucun droit, et que le dit canal ne soit jamais comblé et serve icy de borne; de plus cette autre partie du Pavesan, nommée Pavese oltro Po, Bobbio et son territoire y compris, la ville de Plaisance avec la partie du Plaisantin qui est entre le Pavesan et jusqu'à la moitié du lit de la riviere Nura depuis sa source jusqu'au Po, de maniere que le milieu autant de la Nura que du Po fasse ici la borne des deux etâts, et que par consequent ce qui appartenoit jusqu'icy au Plaisantin de l'autre côté du Po en reste separé; enfin la partie du comté d'Anghiera ou soit de l'etat de Milan, quelque nom particulier qu'on puisse y donner, qui confine avec le Navarois, la vallée de Sesia, les grandes Alpes et le pays de Vallais en tournant jusqu'aux prefectures Suisses de Val-

Maggia et Locarno et au long et dans le Lago Maggiore jusqu'à la moitié du dit lac, de façon qu'à l'avenir les confins entre les etats de sa Mté le roi de Sardaigne et ceux de sa Mté la reine de Hongrie seront continuellement fixés par une ligne tirée depuis les confins des Suisses au milieu et au long du Lago Maggiore jusqu'à l'embouchure du Thesin qui continue de là au milieu du cours de cette riviere jusqu'à son embouchure dans le Po, à l'exception du front de la susdite isle devant Pavie, et qui de là poursuit au milieu du cours du Po jusqu'à l'embouchure de la Nura dans le Po et remonte par le milieu du lit de la Nura jusqu'à sa source qui est contre le pays de Genes. La susdite division des cours des rivieres n'empechera pas que la navigation ne reste libre ainsi qu'elle doit le rester aux sujets des deux souverains dans toute la largeur des dites rivieres, avec la liberté de passer sur les rivages de part et d'autre pour le tirage des batteaux qu'on fait remonter, les dits rivages devant neanmoins appartenir tant pour la proprieté que pour tous autres egards aux souverains respectivement d'une part et de l'autre, lesquels pourront y faire chacun de leur côté les reparations qu'ils jugeront à propos pour les fortifier, pourvû qu'elles ne soient point saillantes, c'est à dire qu'elles ne puissent pas repousser le cours de la riviere contre la partie opposée et que de la part de sa Mté le roy de Sardaigne on ne puisse jamais sous quelque pretexte que ce soit faire des ouvrages qui empechent la libre entrée des eaux dans le canal ou navilio qui est du côté de sa Mté la reine de Hongrie et qui conduit les dites eaux à Milan:

Pour en jouir en pleine proprieté et souveraineté, comme sa Mté la reine et ces predecesseurs en ont joui jusqu'à present; les quels païs sa Mté la reine demembre à perpetuité de ses etats hereditaires et de l'etât de Milan, derogeant pour cet effet autant qu'il peut en être besoin à tout ce qui en aucune maniere pourroit à ce être contraire, sauf toujours le droit direct de l'empire.

X.

En outre, comme il importe à la cause publique que sa Mté le roi de Sardaigne ait une communication immediate de ses etats avec la mer et avec les puissances maritimes, sa Mté

la reine de Hongrie et de Bohême lui cede tous les droits qui peuvent lui competer en façon quelconque et à tel titre que ce soit sur la ville et marquisat de Final, lesquels droits elle cede et transfere sans nulle restriction au dit roi de même que les païs enoncés dans l'article precedent, dans la juste attente que la republique de Genes apportera toutes les facilités necessaires à un arrangement si indispensable pour la liberté et sûreté presente et future de l'Italie, moyennant la somme qui se trouvera lui être due, sans que sa Mté le roi de Sardaigne ni sa Mté la reine de Hongrie soient obligés de concourir au payement de cette somme, bien entendû que la ville de Final soit et demeure à perpetuité un port franc, comme l'est Livourne, et qu'il soit libre à sa Mté le roi de Sardaigne d'y rêtablir les forts qui ont êté detruits ou d'en faire construire d'autres selon qu'il le jugera convenable.

XI.

Sa Mté la reine de Hongrie et de Bohème, sa Mté le roi de Sardaigne et sa Mté le roi de la Grande-Bretagne s'engagent à ne faire ni paix ni trêve que toutes les cessions susmentionnées n'y soient comprises expressement et qu'aussi le dit roi de Sardaigne ne soit pleinement restitué dans tout ce qui pourroit avoir êté saisi et occupé de ses autres etâts en haine de son union avec les alliés, bien entendû que le roi de Sardaigne se tienne dès à present dedommagé du revenû qu'on lui retiendroit par celui des pais à lui cedés et transferés par le present traité.

XII.

En échange, sa Mté le roy de Sardaigne demeurera fermement et inseparablement uni et attaché aux interêts et à la cause des alliés, non seulement pendant que la guerre durera en Italie, mais jusqu'à la conclusion de la paix en Allemagne et de la paix entre la Grande-Bretagne et l'Espagne, et c'est icy la condition principale et sine qua non des cessions ci-dessus à luy faites par les articles 9 et 10, lesquelles cessions ne recevront leur force complete et irrevocable que de son entier accomplissement, après lequel les païs cedés au dit roi lui seront censés garantis par les alliés à perpetuité comme ses autres etats.

XIII.

Et aussitôt que l'Italie sera delivrée d'ennemis et hors de danger apparent d'être envahie déréchef, non seulement sa Mté la reine de Hongrie pourra en retirer une partie de ses trouppes mais, si elle le demande, sa Mté le roi de Sardaigne lui fournira de ses propres trouppes pour les employer à la sûreté des etâts de sa Mté la reine en Lombardie, à fin qu'elle puisse se servir d'un plus grand nombre des siennes en Allemagne; tout comme à la requisition du roy de Sardaigne la reine de Hongrie feroit passer de ses trouppes dans les etâts du dit roi, s'il le falloit, pour en defendre les passages qu'une armée ennemie entreprendroit de forcer, et pour delivrer d'ennemis tous les etâts de sa Mté le roi de Sardaigne et les mettre hors de danger d'être envahis derechef.

XIV.

En aucun cas les alliés ne feront ni paix ni trêve ni accommodement quelconque avec l'ennemi commun que de concert et avec la participation et conseil les uns des autres, ni sans la garantie des puissances qui auroient part à la pacification pour les possessions et acquisitions des alliés énoncées dans ce traité. Et après la paix faite, la presente alliance subsistera egalement et inalterablement tant pour la sûreté de son execution que generalement pour la sûreté mutuelle et constante des alliés.

XV.

Sa Mté la reine de Hongrie et de Bohème et sa Mté le roi de Sardaigne, en reconnoissance des soins genereux de sa Mté britannique pour la sûreté publique et pour la leur et celle de l'Italie en particulier, non seulement confirment aux sujets britanniques les avantages de commerce et de navigation dont ils jouissent dans leurs etâts respectifs, mais promettent de les assurer encore d'avantage, et autant qu'il pourra être trouvé raisonable et faisable, par un traité specifique de commerce et de navigation dès que sa Mté britannique les en requerra.

XVI.

Les seigneurs etâts generaux des Provinces-Unies se trouvant dejà dans les mêmes engagemens envers la serenissime

maison d'Autriche et ayant le même interêt que sa Mté britannique à tous les objets du present traité, les alliés les convieront conjointement d'entrer dans cette alliance comme partie principale contractante.

XVII.

Les autres princes et etâts qui ont à coeur la paix, la liberté et la sûreté de l'Europe, de l'empire et de l'Italie, et qui voudront entrer dans la presente alliance, y seront admis.

XVIII.

Ce traité d'alliance sera ratifié par tous les alliés, et les ratifications en seront échangées dans l'espace de six semaines ou plûtôt, si faire se pourra.

En foi de quoi nous plenipotentiaires susnommés avons signé le present traité de nos mains et l'avons muni des sceaux et cachets de nos armes. Fait à Worms ce second/treisieme jour de Septembre, mil sept cent quarante trois.

L. S. J. Wasner. L. S. Carteret. L. S. Ossorio.

Premier article separé et secret.

Sa Mté le roy de la Grande-Bretagne étant en negociation actuelle avec la republique des trois ligues Grises pour s'assurer de leurs passages et pour prendre à sa solde un corps de leurs troupes, sa dite Mté promet de donner ses soins au promt succés de cette negociation et d'employer en ce cas le dit corps de troupes là, où il pourra être de plus grand service aux alliés; et sa Mté la reine de Hongrie et de Bohème promet d'apporter en même têms de son côté les facilités nécéssaires au succés de la dite negociation.

Cet article separé sera tenu secret jusqu'après l'issue de la dite negociation, et il aura la même force que s'il étoit inseré môt à môt dans le traité d'alliance signé ce jourd'huy et sera approuvé et ratifié de même, et les ratifications en seront échangées en même têms que celles du traité.

En foy de quoy nous plenipotentiaires susnommés avons signé le present article separé et secret et l'avons munis des sçeaux et cachets de nos armes. Fait à Worms ce second/trei-

sieme jour de Septembre, l'an de grace mil sept cent quarante trois.

L. S. J. Wasner. L. S. Carteret. L. S. Ossorio.

Second article separé et secret.

Vû l'extrême danger où l'Italie se trouve exposée par les joints efforts que les roys d'Espagne et de Naples ont deja faits et sont encore disposés à faire en violation directe de leurs engagemens les plus solemnels, il est convenu entre sa Mté la reine de Hongrie et de Bohème, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne et sa Mté le roy de Sardaigne que, puisqu'il a plû à dieu de benir jusqu'à present d'un heureux succés leurs armes, principalement destinées à defendre et proteger les païs des alliés en Italie dans l'etât où ils sont et doivent être en vertu du present traité d'alliance, et à repousser l'invasion actuellement intentée contre eux ou qui pourroit l'être à l'avenir, soit par les rois d'Espagne et de Naples seuls, soit conjointement avec quelqu'autre puissance, tant que la maison de Bourbon conserveroit un pied en Italie, leurs dites Mtés feront tous leurs efforts pour se procurer et à toute l'Italie une seureté et tranquilité plus solide, plus stable et permanente. Et pour cet effêt, en même têms que sa Mté la reine de Hongrie aidée des forces britanniques et des autres auxiliaires qu'on y pourra engager s'efforcera ailleurs de reduire à de plus justes bornes la puissance exorbitante de la maison de Bourbon, les alliés concerteront ensemble et executeront sans delai les mesures les plus efficaces, tant pour déloger entierement la dite maison des royaumes de Naples et de Sicile et des autres païs qu'elle occupe en Italie, que pour indemniser autant qu'il sera possible sa Mté la reine de ce qu'elle a été obligée de ceder de ses païs hereditaires pour conserver et defendre les autres contre les attaques de la dite maison, comme aussi pour delivrer les etâts du roy de Sardaigne qui sont actuellement ou pourront être occupés par les ennemis, et les mettre à couvert d'une nouvelle invasion même au moyen de quelques conquêtes sur la France de ce côté là qu'ils doivent ceder au susdit roy. Cependant, comme sa dite Mté la reine de Hongrie et de Bohème ne pretend pas s'acquerir en Italie un accroissement de

puissance qui puisse donner un juste sujet d'inquietude aux autres princes et etâts d'Italie, elle s'oblige dès à present, en cas d'heureux succés ulterieurs des armes communes, de se contenter pour sa part du royaume de Naples et stato de gli presidii et de laisser tout le royaume de Sicile à sa Mté le roy de Sardaigne, tant pour le dédommagement des fraix et risques qu'il aura à supporter en concourant aux dits recouvremens, que pour luy assurer une addition de force proportionné à celle que sa Mté la reine acquerra par là.

Cet article separé sera tenu secret jusqu'après l'execution de son contenu, et il aura la même force que s'il étoit inseré môt à môt dans le traité d'alliance signé ce jourd'huy, et sera approuvé et ratifié de même, et les ratifications en seront échangées en même têms que celles du traité.

En foy de quoy nous plenipotentiaires susnommés avons signé le present article separé et l'avons munis des sçeaux et cachets de nos armes. Fait à Worms ce second/treisieme jour de Septembre, l'an de grace mil sept cent quarante trois.

L. S. J. Wasner. L. S. Carteret. L. S. Ossorio.

Troisieme article separé et très secret.

Comme il est dit dans l'article troisième du traité signé aujourd'huy que sa Mté le roy de Sardaigne pour luy, ses héritiers et successeurs renonce nommement et pour toûjours, mais uniquement en faveur de sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohème, ses héritiers et successeurs, à ses droits pretendus sur l'etât de Milan etc., l'intention de sa Mté le roy de Sardaigne est que cette renonciation n'aura pas lieu au cas qu'une fille de la maison d'Autriche à qui la dite succession pourroit venir à écheoir fût mariée à un prince de la maison de Bourbon, conformément à un article separé et très secret des traités conclus en 1731 et 1732 entre feue sa Mté Imple, le roy de la Grande-Bretagne et les etats generaux des Provinces-Unies et dont voici la teneur:

Quamvis articulo secundo tractatus hodierna die cum sacra Cea catholica Mte conclusi, sacra regia Mtas Magnae-Britanniae et celsi ac potentes domini status generales uniti Belgii absque

ulla omnino restrictione sese obstrinxerint, quod eum succedendi ordinem, qui iuxta sanctionem pragmaticam de anno 1713 in serenissima domo austriaca obtinet, contra quoscunque tueri, uti aiunt guarantigiare, velint ac teneantur, conventum tamen simul inter partes eundem tractatum contrahentes est, quod altefata regia sua M^tas^ Magnae-Britanniae et antememorati domini status generales uniti Belgii ad praestandam et explendam hanc guarantiam toties haud teneantur, quoties illa ex serenissimis archiducibus foeminis, ad quam juxta praefatum succedendi ordinem omnia regna ac provinciae hereditariae, quas sua sacra C^ea^ catholica M^tas^ actu possidet, devolventur, nupta fuerit principi per masculos ex domo Borbonia oriundo.

Cet article separé sera tenu secret et aura la même force que s'il étoit inseré mot à mot dans le traité d'alliance signé ce jourd'huy et sera approuvé et ratifié de même, et les ratifications en seront échangées en même têms que celles du traité.

En foy de quoy nous plenipotentiaires susnommés avons signé le present article separé et très secret et l'avons munis des sçeaux et cachets de nos armes. Fait à Worms ce second/treisieme jour de Septembre, l'an de grace mil sept cent quarante trois.

L. S. J. Wasner. L. S. Carteret. L. S. Ossorio.

Acte de declaration separée.[1])

Comme sa M^té^ le roy de la Grande-Bretagne a garanti de la maniere la plus solemnelle non seulement toutes les possessions de la sérénissime maison d'Autriche, mais encore l'ordre de succession y établi en vertu de la sanction pragmatique par le traité d'alliance du 16 Mars 1731 laquelle garantie a été renouvellée et expliquée plus amplement par l'acte d'accession du 20 Fevrier 1732, en consequence de quoy sa M^té^ le roy de la Grande-Bretagne a depuis donné de puissans secours à sa M^té^ la reine; et quand la maison d'Autriche se trouva attaquée de tant de côtés qu'elle étoit dans le danger le plus imminent d'être totalement opprimée au préjudice de la liberté commune de toute l'Europe, sa M^té^ le roy de la Grande-Bre-

[1]) *Diese Deklaration wurde nicht ratifiziert; vgl. p. 611.*

tagne a moyenné la paix entre leurs Mtés la reine et le roy de Prusse qui fût heureusement terminée par un traité dont le roy étoit mediateur et qui fût signé à Breslau et duquel traité le roy a donné sa garantie aux deux hautes puissances contractantes à leur requisition; et comme cette grande affaire a rencontré bien des obstacles avant que d'avoir été portée à sa perfection, vû le grand sacrifice que la reine devoit faire dans cette conjoncture critique pour le bien de toute l'Europe, le roy a donné des assurances, sans pourtant entrer dans aucun engagement specifique, de luy procurer le meilleur dédommagement qu'il seroit possible suivant les conjonctures et le succés de la guerre, et sa Mté la reine ayant aussi fait une cession d'une partie de ses etâts en Italie en faveur de sa Mté le roy de Sardaigne, en quoy elle a uniquement déferé aux salutaires conseils du roy de la Grande-Bretagne, comme étant le seul moyen qui pouvoit détruire les vues ambitieuses de la maison de Bourbon en Italie; et comme par le traité actuellement signé entre la reine, le roy et le roy de Sardaigne, la reine et le roy de Sardaigne se sont engagés reciproquement envers le roy par le traité qui vient d'être signé, que ni l'un ni l'autre ne feront ni paix ni trêve ni accommodement quelconque avec l'ennemi commun que de concert et avec la participation et conseils les uns des autres; le roy, pour tranquiliser sa Mté la reine sur le dédommagement, renouvelle par le present acte tous les engagemens susdits, promettant en foy de roy d'assister sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohème de toutes ses forces pour luy procurer avec l'assistance divine tout le dédommagement possible et seureté pour l'avenir, ainsi que de ne point faire ni paix ni trêve ni accommodement quelconque avec l'ennemi commun que de concert et avec la participation et conseil de sa Mté la reine de Hongrie et de Bohème et de sa Mté le roy de Sardaigne. Et la reine renouvelle de sa part par l'acte present tous ses engagemens avec le roy, et elle promet qu'elle demeurera fermement et inviolablement attachée aux interêts et à la cause des alliés non seulement pendant que la guerre durera en Italie et en Allemagne, mais jusqu'à la conclusion de la paix entre la Grande-Bretagne et l'Espagne.

Cet acte de declaration separée sera ratifié, et les ratifications en seront échangées dans l'espace de six semaines ou plutôt, si faire se pourra.

En foy de quoy nous plenipotentiaires susnommés avons signé le present acte de declaration separée et l'avons munis des sçeaux et cachets de nos armes. Fait à Worms ce second/ treisieme jour de Septembre, l'an de grace mil sept cent quarante trois.

L. S. J. Wasner. L. S. Carteret.

40.

Konvention zwischen Maria Theresia und Georg II., betreffend die Entschädigung der ersteren für die erlittenen Verluste und eine ihr von England zu gewährende dauernde Subsidie d. d. Worms 1743 Okt. 3/14.

Diese Konvention wurde von Georg II. nicht ratifiziert, daher wurde auch die ausgefertigte Rat. Maria Theresia's nicht übergeben.

Das Original dieser Konvention findet sich im St.-A.

Zur selben Zeit, da Maria Theresia Georg II. und dessen Minister Carteret mitteilte, dass sie die Ratifikation des zu Worms am 13. September geschlossenen Vertrages vollzogen habe, liess sie ihnen auch ein Schriftstück vorlegen, in dem sie der Hoffnung Ausdruck verlieh, dass die Versicherungen, die ihr gelegentlich des Breslauer Friedens gegeben worden waren, „ihren vollen Effekt erhalten würden." Nur in dieser Erwartung habe sie sich zu den grossen Opfern entschlossen, die ihr der zu Worms unterzeichnete Vertrag auferlege. Unmögliches könne aber von keinem Menschen gefordert werden. Sie fühle daher die Verpflichtung, zu erklären, dass sie völlig ausser Stande sei, einige Artikel des Wormser Vertrages zu erfüllen, wenn ihr nicht die Zahlung der von England bisher geleisteten Subsidie für die Dauer des Krieges zugesagt werde. Weigere sich Georg II. dieses Verlangen zu befriedigen, dann werde sie genötigt sein, einen Teil ihrer Truppen, die am Rhein und in Italien Kriegsdienste leisteten, abzuberufen. In diesem Sinne habe sie Wasner beauftragt, die Auswechslung der Ratifikationen des Wormser Vertrages von der Zusage Englands bezüglich der Subsidie abhängig zu machen. In demselben Schriftstücke erneuerte sie ihre Bitte betreffs der Deklaration und betonte ihre Bereitwilligkeit eine Gegenerklärung auszustellen. Sie fügte hinzu, sie wolle sich, falls Georg II. Bedenken tragen sollte die Deklaration in der von ihr gewünschten Form auszustellen, mit einer Versicherung zufrieden geben, die der im 3. Artikel des Subsidienvertrages von 1742

gleiche. Voraussetzung dafür sei aber, dass eine Erklärung des Inhaltes beigefügt würde, Grossbritannien werde, falls der König von Preussen den Breslauer Frieden brechen sollte, das Maria Theresia gegebene Versprechen ebenso erfüllen, wie es dasselbe Preussen gegenüber erfüllen würde, falls Maria Theresia den Frieden brechen sollte, was aber nicht geschehen werde. Die österreichische Herrscherin schloss ihre Auseinandersetzung mit den Worten: sie würde ihrer Familie, der fundamentalen Konstitution des Reiches, der Ruhe und der Sicherheit ganz Europa's zu nahe treten, wenn sie jemals von diesem Anspruche lassen würde und habe daher Wasner aufgetragen, in ihrem Namen und auf ihren ausdrücklichen Befehl zu erklären, dass sie dies nicht tun wolle, vielmehr die oberwähnten Ansprüche immer geltend machen werde, man einige sich über eine Deklaration oder nicht.[1]) *Georg II. und sein Minister Carteret waren sehr bestürzt, als sie diese Beteuerungen Maria Theresia's vernahmen, zumal Wasner auf das bestimmteste erklärte, ohne Zusicherung der Subsidie für die Dauer des Krieges die Ratifikationsauswechslung nicht vornehmen zu können. Carteret erklärte, eine derartige Verpflichtung ohne Zustimmung des Parlamentes nicht übernehmen zu können. Allein Wasner blieb standhaft und drohte mit der Abreise. Zwei Tage dauerte der Kampf, dann gab Carteret nach; er erklärte sich bereit, die Vorschläge Wasners beim Könige zu vertreten, falls sie sich als durchführbar erweisen sollten.*

In aller Eile stellte Wasner den Entwurf einer Konvention fertig. Georg II. sollte sich nach derselben zur Zahlung einer Subsidie von mindestens 300.000 Pfund St. für die Dauer des Krieges und zur Einhaltung des Maria Theresia im Vertrage vom 20. Februar 1732 und gelegentlich des Breslauer Friedens gegebenen Versprechens einer gerechten Entschädigung verpflichten und die Garantie zu Gunsten der österreichischen Herrscherin im Falle eines Friedensbruches durch Friedrich II. erneuern; Maria Theresia ihrerseits sich bereit erklären, keinen Frieden oder Waffenstillstand einzugehen, ohne England-Hannover, Russland und die Vereinigten Niederlande in denselben einzuschliessen. Carteret machte, als Wasner ihm das Schriftstück übergab, neuerdings Einwendungen, entschloss sich aber, da der österreichische Gesandte von seinem Vorhaben nicht abstand und weitere Änderungen

---

[1]) *Diese Erklärung — ohne Datum — findet sich im St.-A.; die Abfassungszeit ist aus dem Inhalte leicht auf die letzten Tage des Monates September festzusetzen.*

für unstatthaft erklärte,[1]) *dem Könige den Entwurf vorzulegen. Georg II. billigte denselben und antwortete auf die Frage Carterets, ob er unterzeichnen dürfe, er möge es tun, wenn er es vor dem Parlamente verantworten zu können glaube. Daraufhin erfolgte am 14. Okt., noch vor Auswechslung der Ratifikationen des Vertrages vom 13. September, die Unterfertigung dieser Konvention durch Carteret und Wasner. Dem Gesandten Karl Emanuels wurde auf ausdrückliches Begehren Carterets von diesem Vertrage keine Mitteilung gemacht.*[2])

Der Wiener Hof war über das Zugeständnis, das Georg II. gemacht hatte, sehr erfreut, und säumte nicht die Ratifikation der Konvention vom 14. Okt. nach London zu senden. Als aber Wasner die Auswechslung derselben beantragte, fand er verlegene Mienen bei Carteret und erfuhr auf eindringliches Fragen, dass die Mehrzahl der Cabinettsmitglieder auf das entschiedenste gegen die Ratifikation dieser Konvention protestiert und dem Könige im Falle der Genehmigung mit ihrer Entlassung gedroht hätten.[3]) *Vergebens bemühte sich Wasner die englischen Minister von der Ungerechtigkeit ihrer Vorgehens zu überzeugen, vergebens betonte er Georg II. gegenüber, dass es doch nicht angehe, einen Vertrag nicht anzuerkennen, zu dessen Unterzeichnung der König die Einwilligung erteilt habe. Alles was er erreichte war, dass ihm Carteret den Entwurf einer Ratifikation der Konvention*

---

[1]) *Doch gestand Wasner schliesslich zu, dass unter den Mächten, mit denen Österreich ohne Englands Einschluss keinen Vertrag schliessen wolle, ganz ausdrücklich Spanien angeführt werde. Vgl. den Bericht Wasners d. d. 14. Okt. 1743. St.-A.*

[2]) *Bericht Wasners d. d. 14. Okt. 1743.*

[3]) *Vgl. die Berichte Wasners d. d. 6., 13. und 17. Dez. 1743. St.-A. Interessant sind insbesondere die Mitteilungen Carterets über die Intriguen, die seitens seiner Gegner gegen ihn gesponnen wurden, und die von ihm gemeldete Tatsache, dass Georg II., der sich mit seiner Ehre für gebunden hielt, in einem erregten Gespräche mit dem Herzoge von Newcastle — einem der Gegner der mit Österreich geschlossenen Konvention — dessen angebotene Demission angenommen und erst auf Zureden Carterets, der in diesem Falle eine mächtige Bewegung seiner Gegner fürchtete, davon abgestanden sei. Dem Berichte Wasners vom 13. Dez. 1743 liegt übrigens ein Verzeichnis der geheimen Räte bei, die für und wider die Ratifikation der am 14. Okt. abgeschlossenen Konvention gestimmt hatten. Im R. O. (Treaty Papers 115) findet sich ein vom 27. Nov. datiertes Gutachten, in welchem die Gegner dieser Konvention König Georg II. beschwören, dieselbe nicht zu ratifizieren, sondern den Versuch zu machen, mit Maria Theresia einen Subsidienvertrag für das Jahr 1744 zu schliessen. Vgl. für die Stellung Carterets und seiner Gegner in dieser Zeit insbes. Ballantyne l. c. 277 ff. und Coxe W. Memoirs of the administration of H. Pelham 76 ff.*

vom 14. Okt. übergab, in dem ausdrücklich hervorgehoben wurde, dass England diese Konvention nur dann ratifizieren wolle, falls Österreich die in der Ratifikationsurkunde der Engländer verzeichneten Änderungen des Vertragsinhaltes anerkennen würde.[1]) *Diese betrafen aber alle wesentlichen Punkte; England wollte sich lediglich für das Jahr 1744 zu einer Subsidie von 300.000 Pfund St. verpflichten und suchte auch die Bestimmungen abzuschwächen, welche die Schadloshaltung Maria Theresia's und die Garantie des Breslauer Friedens betrafen. Wasner weigerte sich aber diese beschränkte Ratifikation zu acceptieren und ebenso energisch wies Maria Theresia das Begehren Robinsons zurück, der gegen Ende des Jahres 1743 in Wien seinerseits den Versuch wagte, die österreichische Herrscherin zur Annahme der englischen Ratifikationsurkunde zu bewegen.*[2]) *Diese beauftragte vielmehr Wasner, sobald als möglich eine den früheren Verträgen gleichlautende Abmachung über die im Jahre 1744 zu leistenden Subsidien mit den englischen Ministern zu treffen. In der Tat wurde am 10. Februar 1744 ein mit den Verträgen vom 6. Juli 1742 und 15. Februar 1743 gleichlautendes Dokument ausgestellt, durch das sich England*

---

[1]) *Der Entwurf ist datiert 1. Dez. 1743, er liegt beim Berichte Wasners d. d. 17. Dez. 1743. St.-A. Der Inhalt dieses Entwurfes ist folgender: Es ist eine Konvention geschlossen worden zwischen Georg II. und Maria Theresia, die folgenden Inhalt hat. Nach Wiedergabe desselben fährt Georg II. fort: Wir ratifizieren die Konvention „eo tamen modo et forma et cum mutationibus, omissionibus et additamentis, quae sequuntur." Der Anfang stimmt wörtlich überein, dann aber heisst es: Der König von England s'engage à fournir à sa M^té^ la reine de Hongrie et de Boheme un subside de trois cent mille livres sterlings pour l'année mille sept cent quarante quatre de la même maniere que sa M^té^ britannique a fourni la même somme d'argent à sa M^té^ la reine pour l'année mille sept cent quarante trois par le traité signé à Westminster le quinzieme jour de Fevrier 1742/43. Sa M^té^ britannique promet de même par cette convention d'executer fidellement tous les engagemens contractés par les traités precedens et nommement ceux qui resultent du second article de l'acte d'accession du 20e Fevrier 1732. Et en cas que contre toute attente le roy de Prusse vint jamais à rompre la paix de Breslau, le roy ne remplira pas moins fidellement la garantie dont il s'est chargé en faveur de la reine qu'il auroit à remplir u. s. w. ganz wie in der Konvention, bis auf die Schlussworte dieses Paragraphen, die hier lauten, „ce qui est également contre toute attente." Sodann folgt die österreichische Gegenerklärung und nach dem Schlusse derselben die Worte „vigore itaque presentium nos suprascriptam conventionem ita ut supra in quibusdam eiusdem clausulis immutatam et non aliter approbamus et ratam habemus."*

St. James 1. Dez. 1743.

[2]) *Weisung an Wasner d. d. 31. Dez. 1743. St.-A.*

zur Zahlung einer Subsidie von 300.000 Pfund St. an Österreich für das Jahr 1744 verpflichtete.[1])

Comme les revenûs de sa Mté la reine ne suffisent pas à beaucoup près pour entretenir le grand nombre de trouppes qu'elle a sur pied et qui sont si utilement employées à defendre et à soûtenir conjointement avec celles de ses fidels alliez la liberté de l'Europe, et sa Mté le roy de la Grande-Bretagne, connoissant combien l'entretien de ces trouppes est indispensable pour le salut et le bien de la cause commune, sa dite Mté britannique, en consequence des efforts genereux et salutaires qu'elle a deja faits pour cet effêt, s'engage à fournir à sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme, tant que la guerre et le besoin durera, un subside pour le moins de trois cent mille livres sterling par an, de la même maniere qu'un subside annuel de deux cent mille livres sterling a êté stipulé par l'article 8 du traité de Worms en faveur de sa Mté le roy de Sardaigne. Sa Mté britannique promet de même par cette convention d'executer fidellement touts les engagements precedents et nommement ceux qui resultent du second article de l'acte d'accession du 20 Fevrier 1732 et des assurances qui ont êté données à sa Mté la reine à l'occasion de la paix de Breslau touchant une juste satisfaction pour le passé et la seureté pour l'avenir et qu'enfin, au cas que contre toute attente le roy de Prusse vînt jamais à rompre la dite paix, le roy ne remplira pas moins fidellement la garantie dont il s'est chargé en faveur de la reine qu'il auroit à remplir celle dont il s'est chargé en faveur du roy de Prusse, au cas que cette princesse la romproit la premiere ce qui n'arrivera jamais.

En échange sa dite Mté la reine de Hongrie et de Bohème confirme aussi de son côté touts les engagements qu'elle a contractés envers sa Mté britannique et nommement celui de ne conclure aucun traité de paix, de trêve ou de neutralité, ni telle autre convention ou accord que ce soit, avec l'Espagne ou telles autres puissances qui luy font actuellement la guerre ou qui pourroient la luy faire à l'avenir ni avec aucune d'icelles, sans y comprendre sa Mté britannique, tant comme roy que comme electeur, et pareillement l'imperatrice de toutes les

[1]) *Vgl. Nr. 42.*

Russies et les etâts generaux des Provinces-Unies; bien entendu que les dites puissances remplissent fidellement de leur côté les engagements contractés par les traités qui subsistent entre elles et sa Mté la reine de Hongrie et de Bohème. Cette convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées dans l'espace de six semaines ou plûtôt si faire se pourra.

En foy de quoy nous plenipotentiaires susnommés avons signé la presente convention de nos mains et l'avons muni des sçeaux et cachets de nos armes. Fait à Worms ce troisième/ quartorzième d'Octobre l'an de grace 1743.

L. S. J. Wasner. L. S. Carteret.

41.

Entwurf eines Handelsvertrages zwischen England und Österreich s. d. (Ende des Jahres 1743.)

Dieser Entwurf befindet sich im R. O.

Zu den entscheidenden Ursachen der Österreich feindlichen Stimmung, die sich im dritten Dezennium des 18. Jahrhundertes in England bemerkbar machte, gehörte der Unwille der englichen Kaufmannswelt über die zahlreichen Verordnungen, durch die Karl VI. der Einfuhr von englischen Waren, zumal von Tuchwaren, zu steuern suchte, die den österreichischen Markt überschwemmten und wegen ihrer Güte bei verhältnismässig niedrigen Preisen von den Bewohnern der Gesammtmonarchie den Erzeugnissen des Landes vorgezogen wurden. Bedeuteten doch diese Verfügungen einen schweren Verlust für den englischen Export nach den Donauländern, der, seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts anwachsend, in den letzten Dezennien dieses und in dem ersten des 18. Jahrhunderts — in den Zeiten des gemeinsamen Kampfes der• beiden Mächte gegen Ludwig XIV. — eine anschnliche Höhe erreicht hatte. Dass diese Steigerung des Absatzes englischer Erzeugnisse in Österreich in erster Linie auf Kosten des französischen Handels geschah, musste den Wert dieser Erfolge noch vermehren. Jede Verordnung, die sich gegen die Einfuhr französischer Waren nach Österreich richtete, war im Inselreiche mit Jubel begrüsst, und wiederholt war in diesen Zeiten der Gedanke erwogen worden, diesen Handelsbeziehungen durch den Abschluss eines Vertrages eine

sichere Unterlage zu bieten.[1]) *Allein alle dahin zielenden Versuche waren erfolglos geblieben; nicht allein, weil die Not der Zeiten und die Rücksicht auf die mitverbündeten Niederländer eine Vereinbarung erschwerten, sondern auch, weil die Eigennützigkeit der englischen Kaufleute sich immer wieder zeigte, so oft die Vertreter der österreichischen Interessen die Frage nach den Gegenleistungen stellten, die England den Untertanen des Kaisers für die geforderte weitere Begünstigung des englischen Handels gewähren wolle. Die Erhöhung des Aufschlages auf die schlesische Leinwand — des weitaus bedeutendsten Exportartikels der österreichischen Industrie nach England — die im Jahre 1698 erfolgte und deren Abschaffung allen Bemühungen der österreichischen Regierung zum Trotz nicht erfolgt war, hatte den heftigsten Unwillen der durch diese Massregel getroffenen Kreise erregt, und die Hoffnung jener Männer, die im Sinne eines englisch-österreichischen Handelsvertrages tätig waren, als eine eitle erscheinen lassen.*[2]) *Dass die leitenden österreichischen Kreise nicht sofort aus der egoistischen Haltung der Engländer die Konsequenzen gezogen hatten, dass die Begünstigung des englischen Handels in den beiden ersten Dezennien des 18. Jahrh. vielmehr ihren Fortgang nahm, hatte seinen Grund nicht allein in den politischen Verhältnissen, die Österreich auf England als auf seinen Bundesgenossen und Geldleiher hinwiesen, sondern auch in der langsamen Entwickelung der neu geschaffenen österreichischen Grossindustrie. Als aber im Laufe des dritten Dezenniums des 18. Jahrh. in den politischen Beziehungen der beiden Staaten eine Entfremdung eintrat, die mit in erster Linie durch die Selbstsucht hervorgerufen wurde, welche die Seemächte bei der Ordnung ihrer Handelsbeziehungen zu den in den Besitz Karls VI. übergegangenen spanischen Niederlanden bewiesen, während zu gleicher Zeit die von der Regierung nunmehr reichlicher unterstützte österreichische Industrie emporblühte, entschloss sich Karl VI., jene englischen Fabrikate, für die er einen halbwegs entsprechenden Ersatz in den im Lande erzeugten Waren zu bieten in der Lage war — in erster Linie Wollwaren mittlerer und gröberer Art — von der Einfuhr gänzlich aus-*

---

[1]) *Der Verfasser hofft, in Kürze eine Arbeit zu publizieren, welche die Entwickelung der englisch-österreichischen Handelsbeziehungen dem Leser vorführen soll. Dort soll das hier angedeutete eingehend erörtert und quellenmässig belegt werden.*

[2]) *Für die englische Handelspolitik jener Zeit vgl. W. Cunningham The growth of english industry and commerce in modern times; Cambridge 1892; und die daselbst p. 704 ff. verzeichnete Literatur.*

zuschliessen; die übrigen Fabrikate und Rohprodukte aber, die England teils direkt, teils aus seinen Colonien nach Österreich einführte, mit wesentlich höheren Abgaben zu belegen. In diesem Sinne sind — mit dem Jahre 1719 beginnend — eine ganze Reihe von Verordnungen verlautbart worden,[1] *die den englischen Handel nach den Donauländern schwer trafen, den Absatz gewisser Waren gänzlich, den anderer zum Teile unterband. Und diese Schädigung ihrer Handelsinteressen wurde von den Engländern umso bitterer empfunden, als die Wiener Regierung kurz vorher — im Passarowitzer Frieden — den Türken weitgehende Erleichterungen für den Handel in Österreich zugestanden hatte,*[2] *und durch den im Jahre 1725 mit Spanien geschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrag,*[3] *sowie durch die Tätigkeit der Ostender Handelscompagnie, direkte Vorstösse gegen das Übergewicht des englischen Handels in den aussereuropäischen Ländern unternahm.*

Diese Bemühungen sind, wie wir wissen, schliesslich erfolglos geblieben; die Spanier erwiesen sich als unzuverlässige Bundesgenossen; internationale Konflikte und der Wunsch Karls VI., die Nachfolge in seinem Gesamtbesitze seiner Tochter zu sichern, nötigten die Wiener Regierung die Freundschaft der Seemächte mit dem schweren Opfer der Unterdrückung der ostendischen Compagnie zu erkaufen. Dagegen blieben auch nach dem Abschlusse des Freundschaftsvertrages vom Jahre 1731 zahlreiche englische Waren von der Einfuhr nach Österreich ausgeschlossen, andere mit hohen Abgaben belegt. Es hat an Klagen der durch diese Bestimmungen besonders hart getroffenen englischen Kaufleute nicht gefehlt. Sie forderten vom Parlamente, dieses von der Regierung energische Massregeln gegen das Vorgehen des Wiener Hofes. Und als Karl VI. daraufhin in London erklären liess, er könne die Einfuhrverbote und Zollerhöhungen, die England betrafen, im Interesse der emporblühenden österreichischen Industrie nicht abschaffen, wurde im englischen Parlamente der Plan erörtert, den schlesischen Leinwandhandel durch Erhöhung der Eingangszölle und Aufhebung der bisher zugestandenen Begünstigungen zu vernichten. Zweifellos hat auch der Groll über das selbständige handelspolitische Vorgehen des Kaisers, der den Engländern „das Commercium in Neapolis und Si-

---

[1]) *Viele dieser Patente — nicht alle — sind abgedruckt im Codex austriacus. Suppl. Pars II.*

[2]) *Gemeint ist der Artikel III des Vertrages vom 27. Juli 1718; derselbe ist u. a. abgedruckt im Codex austriacus. Pars III. 916 ff.*

[3]) *Vom 1. Mai 1725; für die Drucke — u. a. Dumont l. c. VIII|2 114 — Bittner Nr. 752.*

zilien verdorben hatte" und seine eigenen Besitzungen den englischen Waren verschloss, mit in erster Linie die englische Regierung bewogen, dem Kaiser unter nichtigen Vorwänden die Hilfe zu versagen, auf die bauend sich dieser im Jahre 1733 in einen weitausschauenden Krieg mit den bourbonischen Mächten eingelassen hatte. Allein allmählig begannen die massgebenden Kreise Englands einzusehen, dass das französisch-spanische Bündnis nicht allein gegen das Haus Habsburg, sondern auch gegen England gerichtet war, dessen immer weiter sich erstreckender Handelsverkehr, zumal nach den südamerikanisch-spanischen Colonien, den Franzosen nicht minder als den Spaniern ein Dorn im Auge blieb. Die Niederlagen, die das von seinen Bundesgenossen im Stiche gelassene Österreich erlitt, wurden auch in England bitter empfunden, und je näher im Laufe der Jahre die Gefahr eines Konfliktes mit den bourbonischen Höfen, speziell mit Spanien, rückte, desto wünschenswerter schien es der englischen Regierung, die mit dem Wiener Hofe bestehende Spannung zu beseitigen.

Ihre Bemühungen blieben Anfangs erfolglos. Karl VI. wies die von den Seemächten angebotene Vermittelung bei der Beilegung der österreich-französischen Konflikte schroff zurück und zeigte auch sonst geringe Neigung, mit den Engländern in freundschaftlichere Beziehungen zu treten. Allein der unglückliche Verlauf des Krieges, in den er seit dem J. 1736 mit den Türken verwickelt war, bot Georg II. den erwünschten Anlass, sich Österreich zu nähern, und die Gemeinsamkeit ihrer Interessen in der jülich-bergischen Successionsfrage führte im Laufe des Jahres 1738 zu intimeren Beziehungen der beiden Regierungen, die Thomas Robinson, Englands geschickter Vertreter am Kaiserhofe, auch im Interesse der englischen Industrie zu verwerten dachte. Im Juni 1738 — Robinson verhandelte mit dem Freiherrn von Bartenstein über die von England geplante Vermittelung zwischen Österreich und der Türkei — machte der Vertreter Georgs II. darauf aufmerksam, dass der mit den Türken bestehende Konflikt dem Kaiser Karl VI. die erwünschte Gelegenheit biete, die handelspolitischen Begünstigungen, die er den Osmanen im Passarowitzer Frieden, sehr zum Verdrusse der Engländer, gewährt, aufzuheben und sich damit die letzteren zu Dank zu verpflichten. Bartenstein griff den Gedanken Robinsons auf und liess im weiteren Verlaufe des Gespräches das Wort fallen, Österreich und England sollten sich überhaupt auf dem Fusse des „vivre et laisser vivre" handelspolitisch vergleichen. Man einigte sich dahin, den Grafen Philipp Kinsky, der in allen diesen Angelegenheiten das ausschlaggebende Wort zu sprechen hatte, um seine Mitarbeit

anzugehen.[1]) *Unterdessen berichtete Robinson seiner Regierung von seinen Bemühungen; betonte, wie vorteilhaft ein Handelsvertrag mit Österreich auf Grundlage eines wechselseitigen, ausschliesslichen Handels mit gewissen Waren — für England in erster Linie mit Tuchwaren — den Engländern sein müsste und bat um Ermächtigung zu weiteren Verhandlungen. Dieselbe erfolgte alsbald.*[2]) *Bereits im Aug. 1738 konnten die Beratungen beginnen. Graf Kinsky, wohl einer der besten Kenner der österreichischen Industrie, unterliess nicht hervorzuheben, dass Österreich — weniger im Hinblicke auf die seit langem bestehende Linzer Fabrik, als auf die neuen Unternehmungen in Böhmen und Mähren — lediglich den feinen englischen Tuchwaren die Einfuhr in Österreich erleichtern könnte; sprach von der zu befürchtenden Opposition der Generalstaaten, und wies auf die Notwendigkeit hin, auch Österreichs Export nach England zu erleichtern. Die Engländer widerum legten das Hauptgewicht auf die Aufhebung der Einfuhrverbote, auf die Herabsetzung der Zölle und auf die Beseitigung der zahlreichen Landes-, Stadt- und Privatmauten, die dem Verkaufe fremder Waren hindernd im Wege standen.*[3]) *Dass zu eben dieser Zeit im englischen Parlamente von neuem die Aufhebung des „Drawback“*[4]) *für die schlesische Leinwand erörtert wurde, sollte vermutlich dazu dienen, den Forderungen der englischen Regierung in Wien mehr Nachdruck zu verleihen, und hatte in der Tat den Erfolg, dass Karl VI., der in London gegen das Vorgehen des Parlamentes protestierte*[5]) *und persönlich auf Robinson Einfluss zu nehmen suchte,*[6]) *die Aufnahme der Verhandlungen zu Gunsten eines österreichisch-englischen Handelsvertrages beschleunigte.*

Allein es zeigte sich alsbald, dass der Verwirklichung des Planes ungeheure Schwierigkeiten im Wege standen, die umso schwerer aus dem Wege zu räumen waren, als Robinson selbst zugeben musste, dass ihm die Kenntnisse mangelten, um die Einwände seiner Gegner

---

[1]) *Vgl. das Schreiben Robinsons an Harrington d. d. 4. Juni st. n. 1738. R. O.*

[2]) *Weisung an Robinson d. d. 13. Juni st. v. 1738. R. O.*

[3]) *Vgl. Robinsons Berichte vom 23. u. 27. August, 10. u. 17. September 1738. R. O.*

[4]) *Die englische Regierung hatte die bei Einfuhr der schlesischen Leinwand erlegten Abgaben für die in England nicht verkauften Waren bei deren Ausfuhr aus England zum grössten Teile zurückerstattet.*

[5]) *Vgl. die Berichte Wasners aus dieser Zeit. St.-A.*

[6]) *Robinson an Harrington 3. Jan. 1739. R. O.*

zu widerlegen.[1]) *Es muss daher als ein Zeichen der ehrlichen Absicht Georgs II. angesehen werden, zu einem positiven Resultate mit Karl VI. zu gelangen, dass er sich auf die Aufforderung der Wiener Regierung hin entschloss, den auf handelspolitischem Gebiete erprobten James Porter nach Wien zu senden.*[2]) *Mitte Juni 1739 traf dieser in der Kaiserstadt ein. Die ersten Unterredungen verliefen nicht ungünstig. Porter bekam den Eindruck, dass ein den Engländern vorteilhafter Handelsvertrag zu Stande kommen werde. Insbesondere die Geneigtheit der Österreicher, den Engländern die ausschliessliche Einfuhr bestimmter Waren über Triest zu gestatten, schien ihm vielversprechend.*[3]) *Freilich ergaben sich auch jetzt Differenzen, als man in's einzelne gieng. Die kaiserlichen Minister hielten daran fest, dass lediglich die feineren englischen Tuchwaren nach Österreich eingeführt werden sollten, den mittleren und gröberen aber im Interesse der heimischen Industrie die Einfuhr untersagt bleiben müsse. Vergebens wies Porter darauf hin, dass gerade der Absatz dieser Tuchgattungen den Engländern am Herzen liege, vergebens berief er sich auf die österreichischen Kaufleute, die — wie er behauptete — dem Importe aller Tuchwaren das Wort sprachen. Kinsky erwiderte mit Recht, das Vorgehen der Kaufleute entspringe egoistischen Motiven; Aufgabe der Regierung aber sei, das allgemeine Wohl im Auge zu behalten, das dringend die Förderung der heimischen Industrie fordere. Und wenn auch die österreichischen Unterhändler ihre Geneigtheit aussprachen, den Engländern bei der Einfuhr von Zucker, Kaffee, Thee, Pfeffer, Reis, gedörrten Fischen, Gold- und Silberwaren, Hüten, Strümpfen u. a. m. besondere Begünstigungen zu gewähren, so zeigte sich auch hier, sobald man an die Feststellung der Tarife schritt, wie weit die Kluft war, die zwischen den Forderungen Porters und den Zugeständnissen der Österreicher lag. Dasselbe Verhältnis trat auch zu Tage, als die Vertreter Karls VI. die Forderungen präzisierten, die sie an die englische Regierung zu stellen beauftragt waren. Wohl erklärte Porter, er zweifle nicht, dass die Engländer sich geneigt zeigen würden, den Österreichern bedeutende Konzessionen zu machen, dass sie die Einfuhr von Leinwand, Kupfer, Quecksilber, Glas, Salz, Wachs, Olivenöl, Wein, Holz u. a. m. erleichtern würden; allein er nahm diesen Versprechungen sogleich ihren hauptsächlichen Wert, indem er hervorhob, dass im Hinblicke*

---

[1]) *Vgl. Robinsons Berichte vom 14., 17. u. 28. Jan. 1739. R. O.*

[2]) *Vgl. die Weisungen an Robinson d. d. 6. April u. 8. Mai 1739. R. O.*

[3]) *Bericht Porters d. d. 17. Juni 1739. R. O.*

auf die Stimmung des englischen Parlamentes an eine weitere Herabsetzung des Einfuhrzolles auf Leinwand nicht zu denken sei, die Schwierigkeit betonte, die vom Parlamente dringend geforderte Aufhebung des bislang gewährten „Drawback" hintanzuhalten und auf die Hindernisse hinwies, die der vollen Befriedigung der Wünsche Österreichs in allen anderen Punkten im Wege standen.[1])

Die Mitteilungen Porters wurden in London mit grossem Interesse aufgenommen, seine Vorschläge zum Gegenstande eingehender Beratungen gemacht.[2]) *Mitte November 1739 ergieng an ihn und Robinson die Weisung, die Verhandlungen fortzusetzen, dieselben aber so zu führen, dass den Engländern nicht das ausschliessliche Privileg für den Handel mit gewissen Waren über Triest gewährt, sondern ihnen nur grössere Konzessionen gemacht werden sollten, wie den anderen Nationen. Ausdrücklich wurde von den massgebenden Kreisen als Grund für dieses auf den ersten Blick unverständliche Vorgehen die Furcht vor der Eifersucht Hollands und anderer Nationen bezeichnet und der Hoffnung Ausdruck verliehen, durch niedrigere Einfuhrzölle für die englischen Waren auf friedlichem Wege gleichwertige Vorteile zu erzielen. Um so entschiedener aber forderte die englische Regierung die Aufhebung der Einfuhrverbote für die mittleren und gröberen, die Herabsetzung der Zölle für alle Tuchwaren und die Erlaubnis der Einfuhr allen englischen Tuches, nicht nur über Triest, sondern auf jedem Wege. Auch wurden den Vertretern Englands genaue Vorschriften erteilt, welche Erleichterungen sie für die Einfuhr bestimmter englischer Waren nach Österreich fordern, und welche Zugeständnisse sie für die Einfuhr bestimmter österreichischer Artikel nach England gewähren wollten.*[3]) *Die ersteren waren sehr hohe, die letzteren sehr geringe. Die Herabsetzung der Zölle auf schlesische Leinwand wurde direkt abgelehnt, jene auf ungarische Weine, Eisenwaren u. a. m. nicht in dem Ausmasse bewilligt, wie die Österreicher gefordert hatten, dagegen nicht nur grosse Erleichterungen für die Einfuhr von Tuch- und Seidenwaren, sondern auch eine wesentliche Herabminderung der Abgaben für zahlreiche Artikel und besondere Begünstigungen für die Einfuhr des Zuckers gefordert. Die österreichischen Unterhändler zeigten sich entrüstet, als sie von den Erklärungen der englischen Regierung Kunde erhielten. Es kam bei den Verhandlungen, die im*

---

[1]) *Vgl. die Berichte Porters vom Juli—Okt. 1739. R. O.*

[2]) *Zahlreiche Akten darüber im R. O.*

[3]) *Weisung an Robinson und Porter d. d. 16. Nov. 1739. R. O.*

Winter des Jahres 1739/40 am Wiener Hofe geführt wurden, zu heftigen Debatten.[1]) *Die Vertreter Karls VI. hielten daran fest, dass man von ihnen nicht Zugeständnisse fordern dürfe, die den Ruin ihres Landes herbeiführen müssten, und liessen immer deutlicher merken, dass sie eine Begünstigung der schlesischen Leinwand gegenüber der aller übrigen deutschen wie ausserdeutschen Staaten wünschten, während Porter wie Robinson nicht müde wurden, zu betonen, dass es in dem Belieben Englands liege, den schlesischen Leinwandhandel durch eine einseitige Herabsetzung der Zölle auf die niederländische Leinwand zu ruinieren. Trotz alledem wurden die Verhandlungen nicht abgebrochen, vielmehr die Fragen, über die vorerst zu einer Einigung zu gelangen unmöglich schien, ausgeschieden und der Versuch unternommen, bezüglich der übrigen in's Reine zu kommen. Ende März 1740 verfasste Porter über Aufforderung der Österreicher eine Schrift, welche die Forderungen und die Zugeständnisse der Engländer enthielt und als Grundlage für die weiteren Verhandlungen angesehen werden sollte.*[2]) *Im Frühjahre und Sommer 1740 fanden solche statt; sie führten in manchen Punkten zu einer Annäherung.*[3]) *Anfang Oktober 1740 berichteten Porter und Robinson ihrer Regierung, man habe sich in den meisten Punkten geeinigt; nur die Festsetzung der Erleichterungen für die Einfuhr der englischen Tuchwaren nach Österreich und der schlesischen Leinwand nach England bereite Schwierigkeiten; aber auch diese hoffe man zu überwinden.*[4])

Da starb Karl VI An die Fortsetzung der Verhandlungen über den Handelsvertrag war vorerst nicht zu denken. Nicht allein, weil es für die junge Erbin und deren Minister wichtigeres zu tun gab, sondern auch deshalb, weil es den Engländern nicht rätlich scheinen konnte, mit Maria Theresia einen Handelsvertrag zu schliessen, bevor man sicher war, ob sie sich in dem Besitze der österreichischen Gesamtmonarchie behaupten werde. Erst im Spätsommer 1742 konnte Porter an die Wiederaufnahme der Verhandlungen schreiten. Die Situation hatte sich aber unterdess wesentlich geändert. Mit dem Verluste des grössten Teiles Schlesiens war der Hauptgrund, der die Wiener

---

[1]) *Vgl. die Berichte Robinsons und Porters vom Dezember 1739 und Jan. 1740. R. O.*

[2]) *Vgl. den eingehenden Bericht Porters d. d. 31. März st. n. 1740. R. O.; er übersandte damals auch das Projekt.*

[3]) *Vgl. insbesondere die Berichte Porters d. d. 29. April und 1. Juni 1740. R. O.*

[4]) *Vgl. Porters Bericht d. d. 8. Okt. 1740. R. O.*

Regierung veranlasst hatte, den Engländern so wesentliche Konzessionen zu machen — die Rücksicht auf den schlesischen Leinwandhandel — weggefallen. Wohl wünschte man noch immer für die in Österreich erzeugte Leinwand — man hoffte ja auf den Wiedergewinn Schlesiens und dachte die Leinenindustrie in Böhmen und Mähren zu fördern — Erleichterungen bei der Ausfuhr nach England und man unterschätzte auch nicht den Wert der in Aussicht gestellten Ermässigung der Zölle, die bisher von anderen Waren, die Österreich nach dem Inselreiche exportierte, gefordert worden war. Allein so wertvoll wie zur Zeit Karls VI. konnte den Österreichern das mit England geplante Handelsbündnis nicht erscheinen. Wenn sie trotzdem auf die Aufforderung der englischen Regierung hin nicht nur die Verhandlungen von neuem aufnahmen, sondern im Verlaufe derselben Geneigtheit zeigten, weitere Zollermässigungen zu Gunsten Englands zuzugestehen, so geschah dies zweifelsohne im Hinblicke auf die allgemeine politische Lage, die es ihnen dringend geboten erscheinen lassen musste, die englische Kaufmannswelt, deren ausschlaggebenden Einfluss auf die politischen Entscheidungen sie kannten, und deren finanzielle Hilfe in Form von Anlehen sie immer wieder in Anspruch nahmen, günstig zu stimmen. In immer erneuerten Konferenzen, die vom Herbste 1742 bis zum Frühjahre des Jahres 1743 dauerten,[1] *wurde über jede einzelne Tarifpost gefeilscht, und immer wieder forderten und erhielten die Engländer neue Zugeständnisse. Porter berechnete, dass bei den nunmehr von Österreich zugestandenen Zollsätzen die Engländer mit den Kaufleuten von Leiden, Lüttich, Verviers beim Verkaufe der feinen, mit den österreichischen beim Verkaufe der mittleren und gröberen Tuchsorten würden konkurrieren können.*[2] *Auch für den Absatz von Zucker, Reis, Kaffee, Thee gelang es den englischen Unterhändlern wesentliche Herabminderungen der Zollsätze durchzusetzen, deren Wert sie in erster Linie in der Möglichkeit einer siegreichen Konkurrenz der englischen Colonien den französischen gegenüber erblickten. In ihren Zugeständnissen an die Österreicher waren dagegen die Vertreter Georgs II. sehr zurückhaltend. Von einer Ausnahmsstellung für die*

---

[1]) *Vgl. die Konferenzprotokolle im Archive des Ministeriums des Innern und die Berichte Porters im R. O.*

[2]) *Vgl. den Bericht Porters d. d. 3. Jan. 1743. R. O.; diesem Berichte liegt auch die Antwort der österreichischen Regierung auf den ihr im August 1742 von Porter vorgelegten Entwurf, sowie „remarks" Porters bei, in denen dieser die Vorteile des geplanten Handelsvertrages mit Österreich an der Hand von Ziffern eingehend erörtert.*

österreichische Leinwand wollten sie nichts wissen, den ungarischen Weinen die von Österreich geforderte Gleichstellung mit den portugiesischen — die den niedrigsten Zoll in England zu zahlen hatten — nicht zugestehen. Und wenn sie sich auch geneigt zeigten, dem böhmischen Glas, dem inneröster reichischen Eisen, dem ungarischen Kupfer, dem idrianischen Quecksilber und anderen Waren den Export nach England zu erleichtern, so hinderte sie doch ihre weitgehende Rücksichtnahme auf die besonderen Interessen nicht nur der Engländer, sondern auch jener Nationen, mit denen sie in Handelsbeziehungen standen, den Österreichern Zugeständnisse zu machen, die diesen als Aequivalent für die von ihnen geforderten hätten erscheinen können.

Immerhin war man im Februar 1743 so weit, dass man bereits an die Erörterung von Fragen schritt, die sich auf die Dauer des Vertrages und auf die Sicherheit der Person und des Besitzes jener Kaufleute bezogen, die sich nach Abschluss des Handelsbündnisses im Lande des Vertragsgegners niederlassen sollten.[1]) *Man darf es wohl als einen Beweis dafür ansehen, dass die englischen Unterhändler den Wert der geplanten Abmachungen höher einschätzten als die österreichischen, dass jene den Vertrag auf unbegrenzte Zeit, diese aber nur auf 25—30 Jahre schliessen wollten, „da man nicht wisse, ob derselbe sich als vorteilhaft erweisen werde". Porter hatte unterdess ausführlich über den Stand der Dinge nach London berichtet, die Situation als eine den englischen Interessen äusserst günstige bezeichnet und an einer Fülle von Beispielen an der Hand von Ziffern bewiesen, dass der Abschluss des Vertrages unter den vorgeschlagenen Bedingungen für England überaus vorteilhaft wäre. Der englische Handel nach den Donaustaaten würde wesentlich gesteigert, den englischen Colonien neue Absatzgebiete eröffnet, der englischen Schiffahrt neue Bahnen gewiesen werden.*[2]) *Das englische Handelsamt, das Porters Bericht einer eingehenden Prüfung unterzog, kam zu ähnlichen Resultaten. Wohl wurden neue Wünsche und die Ansicht geäussert, man müsse bei der Gewährung von Konzessionen an Österreich auf die mit anderen Mächten, zumal mit Spanien, Portugal und den Niederlanden bestehenden Handelsverträge Rücksicht nehmen; aber schliesslich wurde der Meinung Ausdruck verliehen, dass der Abschluss unter den von Porter vorgeschlagenen Bedingungen wünschenswert und zu beschleunigen sei, damit man*

---

[1]) *Vgl. die Konferenzprotokolle vom Februar 1743 im Archive des Min. des Innern in Wien.*

[2]) *Vgl. den Bericht Porters d. d. 3. Jan. 1743. R. O.*

dem im November 1743 zusammentretenden Parlamente das ausgearbeitete Projekt zur Gutheissung vorlegen könne.[1]) *Die englischen Unterhändler begannen, sobald die Weisung ihrer Regierung in ihre Hände gelangt war, die Verhandlungen. Am 21. Juli 1743 übergaben sie den Österreichern ein Memoire, das die Forderungen und Zugeständnisse der englischen Regierung enthielt.*[2]) *Unter den ersteren finden wir als besonders dringend, nebst einer weiteren Herabsetzung der Zollsätze auf die gröberen Tuchwaren und besonderen Vorteilen für den Handel in Ungarn, die Reorganisation der Maut hervorgehoben. „Gegenüber den verschiedenen Interessen der einzelnen Länder — hiess es — sei es notwendig, eine feste einheitliche Organisation der Verwaltung zu schaffen, da sonst auch nach Abschluss des Vertrages tausendfältige Schwierigkeiten zu befürchten seien." Die österreichischen Unterhändler haben die Berechtigung dieser Forderung nicht geleugnet. In den von ihnen mit Porter und Robinson geführten Verhandlungen fiel von ihrer Seite manches Wort bitterer Klage über die den allgemeinen Interessen so schädlichen Mängel der österreichischen Verwaltung. Aber sie wussten recht gut, dass dieselben mit einem Schlage nicht zu beheben sein würden und beschränkten sich daher darauf, weitgehende aber nicht bindende Versprechen bezüglich der Mautordnung zu geben. Im übrigen suchten sie in den zahlreichen Konferenzen, die seit dem Hochsommer 1743 in der Handelsfrage stattfanden,*[3]) *die Interessen ihrer Herrscherin zu wahren. In manchen Punkten mit, in anderen ohne Erfolg.*

Im September 1743, zur Zeit, da der Wormser Vertrag unterzeichnet wurde, dessen 15. Artikel das Versprechen Maria Theresia's enthielt, die Handelsinteressen der Engländer möglichst zu berücksichtigen,[4]) *hegten die englischen Unterhändler die Hoffnung, die Angelegenheit in Kürze zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Allein ihr Wunsch, rechtzeitig, also vor Beginn der neuen Parlamentssession, die Antwort der österreichischen Regierung auf Porters Memoire vom 21. Juli zu erhalten, erfüllte sich nicht. Unzweifelhaft hat der Zorn Maria Theresia's über die Weigerung des englischen Ministeriums, ihr*

---

[1]) *Erklärung der Lords of trade d. d. 30. März 1743. R. O. Porter beantwortete diese Erklärung am 3. Mai und 27. Dez. 1743. R. O.*

[2]) *Eine Kopie desselben liegt der Antwort Porters d. d. 27. Dez. 1743 auf die Erklärung der Lords of trade vom 30. März 1743 bei. R. O.*

[3]) *Die Protokolle dieser Beratungen befinden sich im Archive des Min. des Innern in Wien.*

[4]) *Vgl. p. 619.*

dauernde Subsidien zuzusagen[1]) *und ihre Reichspläne — die in erster Linie auf den Erwerb Baierns hinzielten — zu fördern, die Verzögerung der österreichischen Erklärung verschuldet. Doch wurden die Verhandlungen im November 1743 wieder aufgenommen, und nach langen, heftigen Debatten, in deren Verlauf die Vertreter beider Parteien ihren Standpunkt mit Eifer und Geschick vertraten, entschloss sich die Wiener Regierung, die von den Engländern dringend geforderte Antwort zu geben.*[2]) *Dieselbe beginnt mit der Erklärung, Maria Theresia „unfähig je die dankbare Erinnerung an die edlen Anstrengungen zu verlieren, die Englands Bürger für sie aufgewendet", werde nichts unterlassen, die Bande der Freundschaft, die beide Nationen bisher umschlungen, noch fester zu knüpfen, bemerke aber, man dürfe ihren Untertanen nicht Opfer auferlegen, die diese nicht bringen könnten. Es werden sodann alle Zugeständnisse aufgezählt, die man den Engländern gemacht. Maria Theresia betont, dass die Herabsetzung der bisher bei der Einfuhr englischer Tuchwaren gezahlten Abgaben um $^2/_3$ des Betrages eine starke Verminderung ihrer Einnahmen bedeute; dass die Bevorzugung der englischen Wollwaren vor denen anderer Nationen ihr den Hass dieser zuziehen werde; die Franzosen verletze sie überdies durch die Gewährung eines Rabattes von 8% für den englischen Colonialzucker. Und besonders hoch schlug sie das Entgegenkommen ihrer Vertreter gegenüber den Wünschen der englischen Kaufleute nach Erleichterung des Handels in Ungarn an. Es war nur eine selbstverständliche Konsequenz dieser Schätzung ihrer Zugeständnisse, dass sie ein weiteres Entgegenkommen für unmöglich erklärte und die Erfüllung ihrer Versprechen an die Billigung der von ihr gestellten Gegenforderungen knüpfte, unter denen widerum neben der Beibehaltung des „Drawback" für ewige Zeiten, die Bevorzugung der österreichischen Leinenwaren vor denen der übrigen Nationen durch Herabsetzung des bisher gezahlten Eingangszolles auf die Hälfte, die Gleichstellung der ungarischen mit den portugiesischen Weinen und weitere Ermässigungen der Abgaben auf Glas, Kupfer, Eisen u. a. m. erscheinen. Robinson und Porter zögerten nicht, die Äusserungen Maria Theresia's der englischen Regierung zu übermitteln, zu gleicher Zeit aber auch das Projekt des Handelsvertrages, das Porter entworfen hatte und das im nachfolgenden zum Abdruck gelangt. Dasselbe umfasst*

---

[1]) *Vgl. p. 625.*

[2]) *Diese Erklärung d. d. 23. Dez. 1743 übersandten die englischen Unterhändler Ende des Jahres 1743 nach London. Sie befindet sich im R. O.*

43 Artikel, sowie eine Reihe von Tarifen, in denen die bisher geleisteten und die in Zukunft zu leistenden Abgaben von Waren, die aus England nach den österreichischen Erbländern, nach Böhmen, Mähren, Schlesien und Ungarn, sowie aus diesen Gebieten nach England eingeführt werden würden, nebeneinander verzeichnet sind. Der Inhalt des Entwurfes legt deutlich Zeugnis für das Bestreben Porters ab, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Hebung des Handelsverkehres zwischen England und Österreich hinderlich waren und für alle Eventualitäten Vorsorge zu treffen, die sich aus der Steigerung der geschäftlichen Beziehungen dieser beiden Staaten ergeben könnten. Mit grosser Umsicht und mit feiner Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse werden — im Anschlusse an ähnliche bereits abgeschlossene Handelsverträge Englands mit anderen Staaten — Verfügungen getroffen, welche die genaue Einhaltung der beiderseits zugesagten Handelsvorteile, eine rasche und sichere Erledigung der Geschäfte, Sicherheit der Person und des Eigentums der Kaufleute, eine unparteiische Rechtssprechung und ähnliches mehr sicher stellen sollten. Dass Porter bei der Abfassung dieser Bestimmungen, wie bei der Feststellung der Tarife ausschliesslich das englische Interesse im Auge hatte, ist selbstverständlich. Wer sich die Mühe gibt, den im nachfolgenden zum Abdrucke gelangenden Entwurf zu lesen, wird sich leicht davon überzeugen können. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, dass ein auf dieser Grundlage abgeschlossener Handelsvertrag für die Engländer überaus vorteilhaft gewesen wäre. Berechnungen, die Porter auf Grund der neuen Tarife vornahm, führten zu dem Ergebnisse, dass England für die wichtigsten seiner Ausfuhrartikel einen lohnenden Absatz in dem österreichischen Staate gewinnen, dass es, im Hinblicke auf die ihm bei der Einfuhr über Triest, Fiume, Porto-Ré und Buccari gewährten Vorzugsbedingungen, die Konkurrenz mit seinen Gegnern — in erster Linie waren dies die Niederländer und die Franzosen — erfolgreich werde bestehen können. Für die englischen Tuchwaren — denen insgesamt die Einfuhr bei wesentlich geringeren Abgaben gestattet werden sollte — rechnete Porter allein auf einen Mehrabsatz im Werte von Millionen von Gulden. Nicht minder hoch schlug er den Vorteil an, der sich aus der Herabsetzung der Abgaben bei Einfuhr von englischem Colonialzucker, Kaffee, Thee, Pfeffer, Reis u. a. m. über Triest ergeben werde, da die bei der Einfuhr dieser Waren über Hamburg bisher erhobenen hohen Zölle für alle Nationen aufrechterhalten werden sollten. Und er zweifelte keinen Augenblick, dass der Handel mit gedörrten Fischen, mit Gold- und Silberwaren,

mit Leder, Eisen und zahlreichen anderen Waren sich in kürzester Zeit wesentlich heben werde.

Das war auch die Empfindung der massgebenden Kreise in London. Allgemein wurde das Vorgehen Porters gebilligt. Auch das Handelsamt anerkannte nach eingehender Prüfung des Entwurfes, dass Porter in geschickter Weise die Interessen Englands vertreten habe und sprach die Überzeugung aus, dass der englische Handel aus dem Abschlusse des Vertrages wesentliche Vorteile ziehen werde. Um so grösser war daher das Bedauern der englischen Regierung und Kaufmannswelt, als mit Ende des Jahres 1743, durch die Haltung der österreichischen Regierung veranlasst, eine lange Pause in den Verhandlungen eintrat, die Robinson und Porter bisher so erfolgreich am Wiener Hofe geführt hatten. Es ist nicht leicht, die Ursachen dieser neuen Verzögerung anzugeben; dass sie aber zum guten Teil rein politischer Natur waren — Rücksichtsnahme auf die Generalstaaten, deren Hilfe man dringend benötigte, vielleicht auch, wie Porter vermutete, auf Frankreich — wird sich wohl nicht bestreiten lassen. Gewiss aber hat dazu auch die lebhafte Opposition beigetragen, die von massgebenden höheren Beamten und von zahlreichen Kaufleuten ausgieng und eine kräftige Unterstützung bei den Ungarn fand, die sich durchaus nicht geneigt zeigten, die englischen Interessen auf ihre Kosten zu fördern.[1] *Es bedurfte unter diesen Umständen wiederholter dringender Mahnungen der englischen Regierung und ihrer Vertreter in Wien, bis die Verhandlungen auf Grund eines neuen nun 45 Artikel umfassenden Entwurfes, der widerum von Porter verfasst worden war,*[2] *im März 1745 begannen. Wieder wurde jeder einzelne Paragraph eingehend erörtert, die Tarife von neuem geprüft.*[3] *Da sich grössere Differenzen nicht ergaben, hielten die englischen Unterhändler die Aussichten auf einen baldigen Abschluss für günstig. Ende Mai erklärte Bartenstein, die letzte Redaktion des Entwurfes vornehmen zu wollen; er las die Einleitung desselben, die er selbst verfasst hatte, den Engländern vor, die sie genehmigten. Wenige Tage darauf erklärte Maria Theresia dem englischen Gesandten ihre Geneigtheit, den Vertrag in Bälde zu unterzeichnen. Ulefeld, Kinsky, Bartenstein gaben beruhigende Versicherungen.*[4] *Aber Woche auf Woche verfloss, ohne*

[1]) *Vgl. Porters und Robinsons Bericht d. d. 21. Nov. 1744. R. O.*

[2]) *Dieser Entwurf liegt nicht mehr vor.*

[3]) *Die Protokolle im Archive des Min. des Innern in Wien; vgl. auch den Bericht Porters und Robinsons an Harrington d. d. 12. Mai st. n. 1745. R. O.*

[4]) *Vgl. den Bericht Robinsons und Porters d. d. 22. Sept. st. n. 1745. R. O.*

dass der Abschluss erfolgte. Porter erfuhr, dass einige Mitglieder der zur Verhandlung mit den Engländern eingesetzten Kommission, von jeher Gegner des Vertrages, mit ihren Erklärungen von dem drohenden Untergange der österreichischen Industrie und von der Gefahr für die Kaufleute der Monarchie, auf Starhemberg Eindruck gemacht hätten. Sofort unternahm er es, diesen von der Haltlosigkeit solcher Behauptungen zu überzeugen, und in ähnlichem Sinne suchte er auf Maria Theresia einzuwirken. Allein obgleich die Herrscherin, wie Porter vernahm, den österreichischen Kaufleuten, die in einer Audienz Protest gegen die geplante Schädigung ihrer Interessen einlegten, von dem Vertrage als einer fest beschlossenen Tatsache sprach, obgleich Bartenstein und Kinsky bestimmte Zusagen gaben, verstrich Monat auf Monat, ohne dass Porter oder Robinson zur Unterfertigung des Vertrages gerufen wurden. Allmählig begann Porter einzusehen, dass die Verzögerung eine beabsichtigte sei, dass Maria Theresia, verletzt durch die Haltung Georgs II., der im August gegen ihren Willen mit Friedrich II. von Preussen den Präliminarfrieden von Hannover geschlossen und dessen Annahme in Wien durchzusetzen versprochen hatte, die Verhandlungen hinauszuziehen suche, um einen neuerlichen Druck auf die englische Nation im Sinne der Unterstützung Österreichs im Kampfe gegen Preussen auszuüben. In heftiger Weise hielt er den Vertretern Maria Theresia's die Ungerechtigkeit und Unzweckmässigkeit ihres Vorgehens vor und forderte dringend mit drohenden Worten die Unterzeichnung des Vertrages.[1]) *Aber auch jetzt blieben alle seine Bemühungen erfolglos. Denn je lebhafter sich Maria Theresia im Herbste 1745 mit dem Gedanken beschäftigte, mit Frankreich zu einer Einigung zu gelangen, um dann den Kampf gegen Preussen desto energischer fortzusetzen, desto unzweckmässiger musste ihr die Unterzeichnung des österreichisch-englischen Handelsbündnisses erscheinen, der keine Nation schwerer traf, als die französische.*[2]) *Erst zu Beginn des Jahres 1746, als der Abschluss des Dresdner Friedens mit Friedrich II. bereits erfolgt und die Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich beschlossen war, fand Porter mit seiner Forderung auf Abschluss des*

---

[1]) *Vgl. den bereits erwähnten Bericht Robinsons und Porters an Harrington d. d. 22. Sept. st. n. 1745 R. O. und das Privatschreiben Robinsons an Harrington vom selben Datum.*

[2]) *Ebenda.*

Handelsvertrages geneigteres Gehör.[1]) *Insbesondere im Februar und März 1746 lauteten die Versprechungen der österreichischen Minister so bestimmt, dass Porter wie Robinson auf die baldige Beendigung der Verhandlungen mit Sicherheit rechneten und von ihrer Regierung schleunige Instruktion bezüglich einiger formeller Punkte bei Unterzeichnung des Vertrages erbaten.*[2]) *Allein auch diesmal täuschten sie sich. Die Wiener Regierung zog die Verhandlungen neuerdings hinaus und liess allmählig erkennen, dass sie vorerst an die Unterfertigung des Vertrages nicht schreiten wolle.*[3]) *Unzweifelhaft hat die Rücksicht auf Frankreich, die Furcht Maria Theresia's, den Ausgleich mit dieser Macht durch die Gewährung besonderer Handelsvorteile für die Engländer zu erschweren, mit in erster Linie dazu beigetragen, dass sie im letzten Momente von dem Abschlusse des Bündnisses mit England abstand. Gewiss ist aber auch, dass zu diesem Entschlusse in hohem Masse die Erkenntnis mitgewirkt hat, dass die den Völkern Österreichs aus dem geplanten Handelsbündnisse entspringenden Vorteile in keinem richtigen Verhältnisse zu den ihnen im Interesse der Engländer zugemuteten Opfern stehen würden. Im Herbste 1746 verliess Porter, zum Botschafter Englands bei der Pforte ernannt, Wien.*[4]) *Mit seiner Abreise aus dieser Stadt brechen auch die Verhandlungen über das englisch-österreichische Handelsbündnis ab. Erst nach Dezennien sind dieselben unter gänzlich veränderten Verhältnissen wieder aufgenommen worden.*

I.

Her majesty the queen of Hungary and Bohemia promises both in her own name and that of her successors, to suffer and admit hereafter in all her hereditary countries in Hungary

---

[1]) *Vgl. die Berichte Porters an Harrington d. d. 14. Febr. und 9. März 1746. R. O.*

[2]) *In erster Linie betraf dies den Termin des Ratifikationsaustausches und „with regard of the point of alternating or not with this princess or empress consort only." Porter an Harrington 14. Febr. 1746. R. O.*

[3]) *Das erste Zeichen seines neuerlichen Misstrauens gibt Porter in seinem Berichte d. d. 12. März 1746. R. O.*

[4]) *Porter an Harrington d. d. 28. Sept. 1746. R. O. Nach der Biographie J. Porters in der „English National Biography" XLVI. 179 erfolgte seine Ernennung am 22. Sept. 1746. In seinen Berichten aus Konstantinopel betont Porter öfters, er habe Wien gern verlassen, da sein fernerer Aufenthalt in dieser Stadt überflüssig gewesen wäre.*

and Germany[1]) the entry, passage, transportation and sale of all sorts of woollen manufactures, as cloths, stuffs and petit draperies, of what kind, quality or make soever, and of all silken manufactures and goods, wares and merchandises belonging to or being the fabrick, growth or production of Great-Britain, its provinces and colonies, as specified and regulated in the several tariffs annexed to the end of this treaty; and that all such manufactures, goods, wares and merchandises shall pay for all duties, imposts or transits, of what nature or denomination soever they may be, but once for all, and that on the foot as is agreed and stipulated in the said tariffs, so that it shall not be lawfull or permitted on any account or pretence whatsoever or under any other name, title or denomination, to alter, change or augment the said duties contained in the said tariffs; provided that the entry or importation of the said manufactures, goods, wares or merchandises is made in the manner and conformable to the several conditions and restrictions contained in the several articles of this treaty hereafter set forth and explained.

II.

In like manner his sacred majesty the king of Great-Britain promises, both in his own name and that of his successors, to suffer and admit hereafter in all the ports of Great-Britain the entry, passage, transportation and sale of all sorts of linnen manufactures of what kind, quality or make soever, and of all goods, wares and merchandises belonging to or being of the fabrick, growth or production of all the hereditary countries of Hungary and Germany of her majesty the queen of Hungary and Bohemia,[1]) as specified and regulated in the several tariffs annexed to the end of this treaty; and that all such linnen manufactures, goods, wares and merchandises shall pay for all duties, imposts or transits, of what nature or denomination soever they may be, but once for all, and that on the foot as is agreed and stipulated in the said tariffs, so that it shall not be lawfull or permitted on any account or pretence whatsoever or under any other name, title or denomination, to alter, change or augment the said duties contained in the said tariffs; provided that the exportation or shipping out of the said hereditary countries and the entry and importation in

[1]) *Vgl. zum Verständnisse dieser Bezeichnung den 14. Art. dieses Vertrages.*

Great-Britain of the said linnen manufactures, goods, wares and merchandises is made in the manner and conformable to the several conditions and restrictions contained in the several articles of this treaty hereafter set forth and explained.

III.

His majesty the king of Great-Britain being desirous to grant all possible advantages to the subjects of her majesty the queen of Hungary and Bohemia, promises and engages, that all linnen cloth, made and manufactured in her said majesty's hereditary countries abovementioned, shall remain on the low duties they at present pay, and that they shall enjoy the continuance of the benefit and advantage of the drawback of the duties, when they are shipped or transported out of the port or ports of the kingdom of Great-Britain to be sent either to the Indies or other parts of Europe, and also that all goods, wares and merchandises of the growth or production of the said hereditary countries, as specified in the aforesaid tariffs, shall likewise reap the benefit and advantage of the said drawback of the duties on being reshipped, and especialy all copper in plates or barrs etcetera, the growth, production etcetera of the hereditary countries; and tho' any law should be made either to take off the allowance of the benefit of the drawback, or to augment the duties, imposts etcetera on the linnen manufacture, growth or production of any other countries whatsoever, it is specialy provided, that all linnen manufactures and all goods of the growth and production of the queen of Hungary and Bohemia's hereditary countries, as specifyed in the annexed tariffs, shall remain on the present footing stipulated and agreed to by this treaty. His britannick majesty likewise promises and engages, that all brandies, made and distilled in her said majesty the queen of Hungary and Bohemia's hereditary countries aforesaid, shall be hereafter admitted in Great-Britain in paying the duty and imposts on the same footing as those of Spain and Portugal.

IV.

And as it is the highest conveniency and interest of her majesty the queen of Hungary and Bohemia, that trade should be as much as possible introduced, brought in and concentrated

by such port or ports, harbours or havens, as are in her said majesty's own dominions abovementioned, it is concluded and agreed, that all manufactures, goods, wares and merchandises, to be introduced, brought in and imported in her majesty's said hereditary countries from his britannick majesty's dominions, and which are specified and contained in the tariffs annexed to this treaty, are to be introduced, brought in and imported but by the port or ports of Trieste, Fiume, Porto-Ré and Buccari, belonging to her said majesty the queen of Hungary and Bohemia. For which reason it is also concluded and agreed, that all linnen manufactures, goods, wares and merchandises of the manufacture, growth or production of her said majestys' hereditary countries, as contained and specified in the tariffs annexed, and which are designed or intended to be exported out of the said dominions and to be imported into any port or ports of Great-Britain etcetera, are to be so shipped or exported but by the said port or ports of Trieste, Fiume, Porto-Ré and Buccari; for which end it is specialy provided, that all such manufactures, goods, wares etcetera, shipped and exported by the said ports, are to be accompanied with proper attestations and certificates, regularly attested by a proper officer or officers, belonging to her said majesty and residing at the said port or ports, and by an english consul or his deputy, who shall be established in the aforesaid ports of Trieste, Fiume, Porto-Ré and Buccari for that and other purposes of trade, in which attestation or certificate is to be expressed, „that such linnen manufactures, goods or merchandises are realy and bona fide of the manufacture, growth and production of her majesty the queen of Hungary and Bohemia's said hereditary countries, with the name of the ship and commander, its force, number of men and tonnage, when and where the goods etcetera were shipped, and to what port the ship belongs".

In like manner his majesty the king of Great-Britain engages on his part, that in order to prevent all frauds and impositions, which may be committed by shipping in any port or ports of Great-Britain etcetera to be imported in the ports of her hungarian majesty's dominions aforesaid foreign manufactures, goods, wares and merchandises under the pretence of their being british, that all such measurable goods or manufactures, shipped in any port or ports of his said britannick

majesty's dominions, as woollen cloths, stuffs or silks etcetera, shall be regularly marked or sealed with a leaden seal, and that both these and all other manufactures, goods, wares and merchandises, specified in the tariffs annexed hereunto, shall be accompanied with proper certificates and attestations, duly attested by a proper officer of the customs, where the said goods or merchandises are shipped, and by the consul, who may reside there on the part of her said hungarian majesty, if there should be any, in which attestation or certificate[1]) to be expressed, that such manufactures, goods, wares and merchandises are realy and bona fide of the manufacture, growth and production of his britannick majesty's dominions, with the name of the ship and commander, its force, number of men and tonnage, when and where the goods etcetera were shipped, and to what port the ship belongs.

And for the further security of the performance of this article, and the more effectualy to take off all pretence to fraud and imposition on both sides, it is expressly concluded and agreed, that this commerce, traffick and navigation to and from the aforesaid port or ports belonging to her said majesty the queen of Hungary and Bohemia be practised and carried on in english ships or bottoms only; as also, that without the strict observance and complyance to the aforesaid conditions, limitations and restrictions, no manufactures, goods, wares and merchandises of their respective majesties dominions are to be treated and considered as such, and consequently are not to enjoy the benefits and advantages contained in this treaty.

V.

And to render the full intentions of the high contracting parties more solid and conducive to the end of establishing a firm, lasting and durable commerce by the aforesaid ports of Trieste, Fiume, Porto-Ré, Buccari etcetera, it is further consented to and agreed by her majesty the queen of Hungary and Bohemia, that in consideration of the special advantages, granted and ascertained to her hungarian and bohemian majesty's subjects by this treaty, all duties and imposts to be paid on

[1]) *In der vorliegenden Abschrift or certificate zweimal nacheinander.*

english manufactures, goods, wares and merchandises are comprehended and stipulated in the several tariffs or rates annexed to this present treaty, and that all the old duties, additional duties, imposts and augmentations paid and levied heretofore in her said majesties hereditary countries, and such as they were at the decease of the late emperor Charles VI, and as are specified and contained in the several tariffs made before the date of this present treaty, are to remain in full force hereafter, as well on all woolen goods, manufactured and to be imported in her said majesty's hereditary countries by all and every other nation or nations whatsoever, as on all goods, wares, merchandises, specified in the said tariffs, which are of the manufacture, growth or production of all and every other nation or nations; so that the full benefit and advantage of the low duties, imposts etcetera, as agreed upon, may be more effectualy preserved for the woolen manufactures, goods, wares and merchandises of the manufacture, growth and production of his britannick majesty's dominions.

It is also further agreed by her said majesty the queen of Hungary and Bohemia, that in all those kingdoms, provinces, cities, towns or villages of her majesty's said hereditary countries, where any woolen manufactures, goods, wares or merchandises are now or were at the time of the decease of the late emperor Charles VI. any or all of them actualy prohibited, the said prohibition is to continue in full force hereafter on all woolen manufactures or goods, wares and merchandises of the growth or production of all and every other nation or nations, through whatever seaports, countries, roads or passages they may be imported in the said hereditary countries, except on those of the british nation only, unless the absolute want and necessity of them should require and compel her said majesty to grant passeports for their entry and admission; in which case, even then, the said high duties, additional duties, imposts and augmentations are to be exacted, required and paid.

VI.

And for the greater ease and conveniency of trade, her said hungarian majesty promises, that on paying the customs in any of her hereditary dominions on british manufactures

strict charge shall be given, and that it shall be absolutely forbidden to open, unfold or measure any woolen cloths, stuffs, silks or other measurable goods or merchandises in order to prevent any hurt or detriment, which the trader may suffer by such a practice; provided notwithstanding, that there should arise no just cause or suspicion, that any fraud or counterband is intended, in which case it may be lawfull to examine such suspected goods, but even then one piece only.

VII.

For the farther encouragement and advancement of mutual commerce, her majesty the queen of Hungary and Bohemia grants full liberty and permission to all subjects of Great-Britain to erect, settle and establish manufactures or works for the making of refined sugars in or about any of her ports of Trieste, Fiume, Porto-Ré and Buccari, and promises, that they shall be fully and sufficiently protected in all such settlements and undertakings, and have also the special liberty to purchase, possess and hire for any term or terms of years such grounds for building or such buildings, as may be most suitable and convenient for that end; that they may take into their service and employ all such person or persons, who are most fitting and capable to inspect, direct or conduct such works, without their being molested or hindered or burthened with heavy taxes in any manner or on any account whatsoever, but that on the contrary all ease, protection and security shall be granted in the fullest and amplest manner.

VIII.

In order to give an effectual proof of his majesty the king of Great-Britains good will towards her majesty the queen of Hungary and Bohemia and her subjects, and to aid and assist as much as is possible the trade and commerce of her said hungarian majesty's seaports and of all her hereditary countries, his britannick majesty consents and agrees, that all linnen manufactures, goods, wares and merchandises belonging and appertaining to her said majesty the queen of Hungary and Bohemia's subjects and shipped according to the conditions and restrictions contained in the several articles of this treaty and the several tariffs annexed hereunto at the aforesaid ports of

Trieste, Fiume, Porto-Ré and Buccari, to be entered, imported and sold in his said britannick majesty's dominions, shall be treated in all and every port and ports, belonging to his said majesty, in the same manner and on the same footing as those of his britannick majesty's own subjects, that is to say shall be quite exempt and free from the duty paid in Great-Britain by all foreigners according to the laws therein being, which duty is commonly called aliens duty.

IX.

And as by several acts of parliament or laws, passed by the parliament of Great-Britain in the reigns of Charles 2.d, James 2.d etcetera, it is expressly declared and provided, that all ships or vessels coming from any port or ports of the Levant or mediterranean seas into any port or ports of his britannick majesty's dominions in order to unlade and vend manufactures, goods, wares and merchandises of the growth and production of those countries are to pay an extraordinary duty of one percent on such manufactures, goods and wares etcetera, except according to the tenor and conditions of the aforesaid laws they are navigated with a certain number of men, videlicet 32 men and 16 guns, or that they have shipped or carried out from the ports or dominions of Great-Britain into the said ports of the Levant or mediterranean seas a certain quantity of fish; his britannick majesty consents and agrees, that by the present treaty all ships, coming laden with goods, wares and merchandises of the growth and production of her hungarian majesty's dominions aforesaid into any port or ports of Great-Britain, of any force or number of men, or whether having complied with the conditions required by the aforesaid acts of parliament or not, shall be exempted from the said duty of one percent, in order the more effectualy to encourage the navigation from her hungarian majesty's said ports, provided they have in all other respects complied with the terms and conditions of the present treaty.

X.

Whereas nothing is more detrimental to mutual commerce than the diversity of duties, imposts etcetera, wherewith goods are excessively burthened, her majesty the queen of Hungary

and Bohemia etcetera, being desirous to remedy this evil throughout all her hereditary countries aforesaid and therefore the more clearly to explain, what is meant by paying the duties and imposts once for all, promises, consents and agrees, that all duties, imposts and transits, on all english woollen manufactures, silks, goods, wares and merchandises, imported by the ports of Trieste, Fiume, Porto-Ré and Buccari, shall henceforth be reduced to the sums only, stipulated and specified in the several tariffs annexed A; so that no other duty, imposts or transits, of the sovereign or of the states or of private and particular persons shall be on any account or pretexte whatsoever exacted or demanded throughout all or any of her hungarian majesty's said hereditary countries, and all those at Klochnitz,[1]) Laibach and Clagenfurth, and in general all others of whatever nature or denomination, either by sea or land or by the rivers, such as the Danube, the Saave and the Draave, into or from Hungary, are to be totaly abolished; and no duties, imposts or transits are to be demanded or paid but at the place, where the aforesaid woolen manufactures, silks, goods, wares or merchandises are landed.

And when once the said duty, as specified in the annexed tariffs, is paid, and that once for all, in transporting or sending the said manufactures, goods, wares etcetera from any city, town or village to any other city, town or village of all or any of her hungarian majesty's said hereditary countries, no other duties, imposts or transits, of whatever nature or denomination, can be exacted or demanded; although it is to be understood, thal all duties, imposts and transits, as now practiced or at the time of the decease of the late emperor Charles VI., shall remain and be exacted and demanded on all manufactures, goods, wares and merchandises manufactured or belonging to any or all other nation or nations. And the better to distinguish what may or may not be british manufactures, goods, wares etcetera, and to answer the full intention and purport of this treaty, proper certificates and attestations are to be produced from the proper officer at Trieste, Fiume etcetera or the port where the goods were landed, or from the English consul or his deputy at the said ports, at-

[1]) *Gloggnitz.*

testing the said manufactures etcetera to be british and landed out of british ships, or the bales and bundles are to be properly marked or sealed by him or them, and a full declaration to be there given, that the whole duties have been there paid, on which declaration the said goods etcetera may pass, repass and be sold and consumed in any province, city, town or village in the said hereditary countries, without its being lawfull to exact or demand any other toll, due or tax of any kind on any pretence whatsoever; provided nevertheless, that the tax, toll or due now paid through all the hereditary countries for the better repairing and preserving the high roads, which is commonly called Weeggeldt, be continued and paid as heretofore.

XI.

Whereas many articles of goods, wares, manufactures and productions of the respective countries of Great-Britain and of her majesty the queen of Hungary and Bohemia's hereditary countries, which are not specified in the respective tariffs annexed to this treaty, may be found hereafter of use in the reciprocal trade and consumption of said countries, it is agreed that, when any such articles are discovered, proportionate allowances on the respective tariffs shall be fixed, according to the full design and intention of this treaty; provided however, that all goods, either comprehended in the tariffs or not, which pay according to the value, if suspected to be undervalued by the owner, may be yielded up to the officer of the customs so suspecting them for the price they are valued at, which said officer shall be obliged to pay down forthwith.

XII.

In like manner, when any of the aforesaid british manufactures, goods, wares and merchandises are introduced, imported and sold in any city, town or village of that part of the dutchy of Silesia belonging to the queen of Hungary and Bohemia, and are there either sold to the Poles or to any other person or persons to be exported or sent into Poland, in that case they shall receive a drawback of the whole duties, imposts etcetera, they paid in being sent forward by land from the said ports of Trieste, Fiume etcetera, which drawback shall be immediately paid on their exportation into the said kingdom of Poland.

XIII.

It is also particularly provided, promised and agreed by her majesty the queen of Hungary and Bohemia, that notwithstanding any prohibition, which may have hitherto existed or have been put in force concerning the importation, sale, wear or transit of any cotton goods or manufactures made of cotton, that it shall be suffered and permitted hereafter to all her own and his britannick majesty's subjects, to import through all or any of her said majesty's hereditary countries all sorts of cotton goods or manufactures made of cotton, manufactured, made or printed in his britannick majesty's dominions, on condition of their paying for such passage or transit through the said hereditary countries the half of the duties and imposts, which they now actualy pay.

But if the said cotton goods or manufactures made of cotton happen to be sold in the Austrias or other parts of the hereditary countries, where such prohibition has been in force heretofore, except in the aforesaid seaports of Trieste, Fiume, Porto-Ré and Buccari, and to be sent and exported from thence into the kingdom of Hungary, shall pay the duty once for all at the aforesaid ports, as specified in the tariff of that kingdom.

And full liberty is also given to her said hungarian majesty's subjects and those of his majesty the king of Great-Britain to import and sell the aforesaid cotton goods and manufactures made of cotton in the kingdom of Bohemia, in Moravia and the Austrias, and the wear of the said goods shall be fully permitted wherever the said prohibition may have heretofore existed in her said majesty's hereditary countries, in paying the full duties and imposts now exacted and paid.[1])

XIV.

And for the better explaining what is meant and understood in the several articles of this treaty by her majesty the queen of Hungary and Bohemia's hereditary countries, it is expressly declared, that under that term is comprehended the kingdoms of Hungary and Bohemia, Dalmatia, Croatia, Sclavonia, Servia, Transilvania as also the Austrias, the part of the

[1]) *It is apprehended the wear of said cotton goods in Austria, Bohemia etcetera will be difficultly permitted 'tho it always has been in Hungary.*

dutchy of Silesia belonging to the queen of Hungary, Moravia, Tyrol, Stiria, Carinthia, Carniola, Görtz, Gradisca and all the sea-coast in the adriatick gulph belonging to her said majesty, and in general all her dominions in Germany; to which countries alone the force and effect of this treaty is to extend.

XV.

Her majesty the queen of Hungary and Bohemia gives full permission and liberty to all british subjects to settle and inhabit, to buy as they shall think proper and to sell by wholesale only in all the aforesaid kingdoms and provinces of the hereditary countries, to hire dwelling houses and proper storehouses for all their goods and merchandises; but if they should rather choose to lay up their goods etcetera in the warehouses belonging to her majesty, built for that purpose, they have full permission to do it for as long a time as they shall think convenient, on paying the moderate dues annexed to the octroy, granted by the late emperor; and generaly all the privileges, rights and immunities, specified and contained in the aforesaid several general octroys, published by the late emperor Charles VI. in favour of the ports of Trieste and Fiume, are fully approved and confirmed.

XVI.

Among which privileges, rights and immunities, both as to the british subjects, inhabiting the said countries, as well as to all british ships navigating in her said hungarian majesty's ports, are the following: A liberty to change their abode at their own pleasure and without any previous leave from any one and exemption from all inquiry, search and molestation in their dwellings and warehouses on account of their merchandises, except in case of a well grounded suspicion or an evident proof of their having defrauded the queens customs, in which case they shall be liable to be searched, but nevertheless with this proviso, that it shall not be done but in the presence of the consul or his deputy, who shall be expressly called in for that purpose, nor shall any other trouble be given to the merchant or his goods; and if the merchant shall be convicted of having run or imported goods fraudently, they shall be confiscated, and he shall pay the charges of the search, but his person and the rest of his

goods shall remain free. His britannick majesty promises the same liberty and privileges to her hungarian majesty's subjects in all his dominions.

XVII.

That as to all british ships or vessels laden with manufactures, goods, wares or merchandises, that arrive in the ports of Trieste, Fiume, Porto-Ré and Buccari, if the master or commander thinks proper to land their said cargos or any part of them at the said ports, they are at full liberty, without paying any sort of duty, impost or custom, under any pretext or denomination whatsoever, and if it should be thought convenient to reship them in order to carry them elsewhere, or by way of sale, truck or barter to lade or unlade them from one ship to another, such manufactures, goods, wares and merchandises shall be entirely exempt and free from all duties, imposts and customs.

But if they should be landed in order to be sent by land or by the rivers in the hereditary countries, in that case they are to be subject to the conditions specified in the . . . article of this treaty; provided notwhithstanding that at the arrival of the ship in the said ports the master or commander delivers in an exact declaration of his cargo and whether he intends to land all or any part.

XVIII.

All british ships or vessels, whether great or small, entering the ports of Trieste, Fiume, Porto-Ré, Buccari etcetera, shall be exempt of all manner of visitation whatsoever, either in going out or coming in, except by the british consul or his deputy if he should think proper, provided that the masters or commanders of the said vessels produce their authentick passeports with the master and ship's name, whence she comes and whither she is bound; but if there should be just ground or cause of suspicion to think her infected by the plague, or that she might have counterband goods on board, she may then be lawfully and justly visited, the consul or his deputy being present; and in this last case such counterband goods only shall be visited and confiscated, not the rest of the cargo, nor shall the said ship, master of ship or his mariners be molested or hindered, but remain quite free.

XIX.

And that a stricter intercourse and friendship may be preserved and cultivated with the subjects of the Grand-Signor, it shall be permitted to all british subjects to carry, send or transport all sorts of woolen manufactures, goods, wares and merchandises through or from what cities, towns and villages in the hereditary countries by land or by the rivers to Belgrade or any other cities, towns or villages belonging to the ottoman porte, and in like manner to bring back for exportation to all port or ports belonging to her majesty the queen of Hungary, what goods, wares and merchandises they shall think proper, so that they may be at full liberty to buy, sell and traffick with the said subjects of the Grand-Signor in what place or places are thought most convenient, without any let, hindrance or molestation, but on the contrary all aid and assistance shall be granted them according to the full tenor and contents of the present treaty.

XX.

As nothing is more pernicious to trade than all excesses, impositions and abuses of power in the several offices constituted and appointed for its facility and ease, so her majesty the queen of Hungary and Bohemia will take proper care, that such abuses and excesses, both in the customs and in the policy, shall be prevented and rigourous penalties and punishments inflicted on the aggressors, and that a strict hand shall be kept on the inhabitants of the several ports and the laws well executed, in order to secure all british subjects by proper officers or by a military force, if thought proper, in their persons, properties and habitations; that the high ways and navigation of the rivers be kept in due repair, protected and secured, and that sufficient plenty of forage and provisions at easy rates shall be provided in all inns and publick places; and more especialy that large and sufficient carriages of all kinds shall be always ready at the said seaports and elsewhere at a moderate regulation, so that by giving all manner of facility and conveniency and ease to the trader mutual commerce may effectualy flourish and be improved.

XXI.

The subjects of the abovesaid contracting parties, who have settled habitations in the dominions of either for the sake of trade, shall not be obliged to produce their books of accounts to any one, unless it be to draw some proof out of them; neither shall it be allowable for any one under any pretence whatsoever to seize the said books or to take them out of their hands; and they may write them in what language they please, without being forced to write them in any other.

XXII.

The subjects of both crowns, of whatsoever quality or condition they may be, shall not be arrested in their persons, neither by the governors nor officers of justice, by reason of any publick or private debts not contracted by themselves or for which they have not been bound, neither may their goods and merchandises be seized and attacked for the like causes, either during the peace or in case of a rupture; and in this article masters of ships, their officers and seamen and ships both large and small with their whole cargoes are especialy comprized.

XXIII.

In like manner there shall be no imbargo laid upon men of war, merchant ships, transports, or any other such sort of ships, whether by general or special order, to make use of them either for war or for transports, unless by virtue of a particular free and spontaneous agreement first made with the commanders or proprietors thereof; much less shall it be permitted to force the officers, masters or seamen to desert their ships and enter into any service, although it might be for a short time and should happen on the most pressing occasions; but it shall be lawfull to hire such men, if they offer to enter into the service of their own accord and with the permission of the consul.

XXIV.

As to the personal immunities granted by the present treaty, all subjects of Great-Britain shall be exempt not only from military service, quarters for soldiers, guardian ships, care

of others estates and the administrations of any kind of goods, effects and persons, unless they should be willing to charge themselves with such offices.

XXV.

They shall be freely allowed to appoint for themselves counsellors, doctors, agents, attorneys and sollicitors, whensoever they shall have need of them, and if they should desire to have particular brokers of their own, they may choose to themselves one or two such out of the number of those, that are in the place and legaly appointed.

XXVI.

In all the ports and chief trading cities, where the king of Great-Britain and the queen of Hungary and Bohemia shall think fit, national consuls shall be established, to protect the merchants on both sides, and they are to enjoy all the rights, authorities, liberties and immunities which others the most befriended nation use to enjoy.

XXVII.

These consuls shall have a particular power and authority at their pleasure to take cognizance of the disputes, that may arise between the merchants and the masters of ships or between the latter and the crews, and to decide same, whether they arose on account of freight and wages or from any other cause, from whose sentence it shall not be lawfull to appeal to the judges of those places, but to those who have been appointed by the prince whose subjects they are.

XXVIII.

And that the laws of commerce may not remain unfruitfull as would fall out, if the subjects of the king of Great-Britain, when they go to, come from, or remain in the dominions, kingdoms or lordships of the queen of Hungary and Bohemia by reason of their commerce or other business, should be molested for case of conscience, therefore, that the commerce be secure and without danger as well upon land as sea, the said queen of Hungary and Bohemia shall provide, that the subjects of the said king of Great-Britain shall not be aggrieved contrary to the laws of commerce, and that none of them on

any account whatsoever shall be molested or disturbed for their conscience, so long as they give no publick scandal or offence; and the said king of Great-Britain shall likewise provide for the same reasons, that the subjects of the queen of Hungary and Bohemia shall not be molested or disturbed for their conscience against the laws of commerce or on any account whatever, so long as they give no publick scandal or offence.

XXIX.

That speedy justice may be administred without let, hindrance or delay, it is agreed by her majesty the queen of Hungary and Bohemia, that all disputes arising about commerce between the british subjects or other traders, or whatever complaints may be made concerning contreband or prohibited goods, shall be first heared before a council of commerce established at Trieste, Fiume etcetera, who shall forthwith give sentence without partiality, favour or affection, and that no appeal can be made from this sentence in such causes touching any of his britannick majesty's subjects but to the president and council of commerce to be established at Vienna only, and not to any other tribunal.

XXX.

And for the better prevention of the differences, which might arise touching the meaning of counterband or prohibited goods or merchandise, it is declared, that under that term are comprehended all species of every kind of goods, wrought up or not wrought up, used or usefull in war, such are all sorts of arms, offensive or defensive, particularly canon, mortars, falconets, patereroes, fireworks, saucisses, shells and hand grenades, bullets, moulds for bullets, muskets, pistols, swords, daggers, headpieces, cuirasses or armours, belts, gunpowder, saltpetre, planks and timber for building and refitting of ships, sails, pitch and cordage, which shall all be forfeitable. But this is to be understood only in case they shall appear by the bills of lading, to be produced to the proper officers, to be designed for the succour of enemies or to be bound to an enemy's port. Unter the name of prohibited goods are also comprehended all merchandises of what country soever, the exportation whereof is forbidden by the laws of that country,

except wheat and other breadcorn, wine, oil, fruits and other eatables, copper, iron and steel; likewise whatever may serve for the habits of both sexes, even ready made cloaths, provided they are not designed for the cloathing of whole regiments or companies.

XXXI.

All english men of war may freely enter and remain in the said ports belonging to her majesty the queen of Hungary and Bohemia, and if any english man of war meets in the high seas a merchant ship belonging to the subjects of the queen of Hungary and Bohemia or viceversa, then the man of war shall not approach the merchant ship nearer than reach of canon shot, but shall send out the boat with only two or three men, to whom the master of the merchant ship is to produce his bill of lading, whereby it may be understood from what place she came, to whom she belongs, and with what goods she is laden. And in case she be bound to carry among others any prohibited goods designed for the enemy of the prince to whom the man of war belongs, in that case, and not otherwise, such goods are to be condemned and confiscated; but the ship, men and other goods shall remain safe and credit shall be given to the bills of lading, produced by the master of the ship; and when it shall be found necessary, a mutual agreement shall be made concerning a certain mark to be fixed upon all such bills of lading to give them the better credit.

XXXII.

Moreover it is agreed, that the liberty of navigation and commerce on both sides shall be so full and unmolested, that although either of the most serene contracting parties should happen to be at war with one or more princes or states, the subjects of the other most serene contracting party may nevertheless continue their navigation and commerce with all kind of security in the same manner as before the war was begun, whether that be done directly or from one hostile port to another hostile port, and that as well in going as returning, without any manner of trouble, disturbance or hindrance, except nevertheless when the port to which they are bound is actualy besieged or beset and blocked up towards the sea; and for

removing all manner of doubt, as to what may be understood hereby. it is declared, that no seaport ought to be deemed actualy besieged, unless it be shut up by two ships of war at least in the sea or by one battery of canon at the least on the shore, as that its entrance cannot be attempted without being exposed to canon shot.

XXXIII.

It is furthermore stipulated and agreed, that all merchandises of any kind whatever belonging to the subjects of either of the most serene contracting parties, if found in an enemy's bottom, shall be confiscated together with the ship, tho' the said merchandises be not of the sorts that are prohibited.

XXXIV.

Whatever right there may be of inheriting aliens estates or any right of the like nature, shall not be made use of with respect to the subjects of either of the most serene contracting parties; but the lawfull heirs of the deceased, wherever they died or whatever country or province they are of, shall succeed them without any hindrance in all goods as well moveable as immoveable, whether they died testate or intestate, the right of a third person always reserved.

XXXV.

If a merchant or other subject of either of the abovesaid contracting parties should happen to die within the others dominions, then the consul or some other their publick minister, it there be any at that time, shall repair to the house of the deceased and take an inventory of all his merchandises and effects as likewise of his books and papers, which shall be all deposited in his hands or those of two or three merchants that shall be named by the said consul or publick minister, to be kept for the heirs, successors and creditors, without any publick charge or deduction whatsoever; but if any such merchant or other subject shall happen to die upon a journey or in any place where there is no consul nor any other publick minister of his nation, in that case the judge of the place shall, in the presence of witnesses, at the least expence possible, make such inventory, and shall deliver to the master of the

family or owner of the house all the things inventoried, to be by him faithfully kept; which being done, he shall give notice of the whole matter to the publick minister then residing at court or to the consul of the place, where the house and family of the deceased are, to the end, that they may send somebody to take into their custody the things inventoried and pay the debts.

XXXVI.

If any ship belonging to the british subjects should be wrecked on the coast belonging to her majesty the queen of Hungary and Bohemia, in such case the domain or fiscal officers shall claim no right to it, and all plundering shall be severely forbidden to all private persons whatsoever, and moreever the lord and magistrate of the nearest place shall be obliged to assist the shipwrecked persons with all possible help and to save all they can out of the shipwrecked vessel, and to dispose of it in a place of security, for which they shall be paid in right of salvage 5 per cent according to the value of the goods and be reimbursed their expences in that charitable work; but if the ship, how much soever it may be damaged, shall nevertheless remain entire and neither the mariners nor the passengers shall be lost, it shall be incumbent upon them to take care of saving the things, to whom however speedy help and assistance shall be given, by furnishing them at a reasonable price with whatever they shall stand in need of.

XXXVII.

And as it may be often necessary on account of the situation and neighbourhood of the seaports of Trieste, Fiume, Porto-Ré and Buccari, to fix and establish quarantaines in order to prevent the spreading of contagious distempers, more especialy the plague, her majesty the queen of Hungary and Bohemia promises, that proper care shall be taken, that all such quarantaines shall not be put in practice but on solid and just suspicions of places being infected from which ships may come, nor shall any british ship be prevented in the immediate landing or sale of her cargo without sufficient proofs of her coming from such realy suspected places and not on any trifling

pretences. But if such suspicion required the performing a regular quarantaine, the crew of the said ship shall be treated with all humanity, and the goods and merchandises be[1]) carefully deposited and preserved in the lazarettes built for that purpose, without its being suffered for any debts however privileged, were they even due to the fiscal, or any account whatever, to seize, detain or arrest the said goods or merchandises which are performing quarantaine in the said lazarettes; and if out of malice or evil intention quarantaines should be established without any just grounds by any of the neighbouring states, her majesty the queen of Hungary and Bohemia promises to erect and establish like quarantaines in her own estates in order to annoy and deter such neighbours from such proceedings.

XXXVIII.

Her majesty the queen of Hungary and Bohemia shall not suffer, that under pretext of policy or any other whatsoever a limited price be[2]) set upon the merchandises belonging to his britannick majesty's subjects; but they shall be at full liberty to sell at as high a price and to buy at as cheap a rate as the ordinary course of trade permits; the same liberty shall be likewise enjoyed by her hungarian majesty's subjects in his britannick majesty's dominions.

XXXIX.

If the effects of any merchant or subject belonging to her majesty the queen of Hungary and Bohemia should be confiscated, and that some goods belonging to any other merchant or private person should happen to be among them, they shall be restored to the owner, altho' they may have been sold already; provided the money in the whole or in part hath not been paid. And in case the like effects or goods were only deposited with the merchant whose goods were seized and he should have sold them without the permission of the depositor, then the value of such merchandises shall be considered as a true deposit and shall be paid to the said depositor in right of preference.

---

[1]) *A* = *by*.
[2]) *A* = *by*.

XL.

Their majesties the king of Great-Britain and queen of Hungary and Bohemia shall take care, that their respective people and subjects from henceforward do abstain from all force, violence or wrong; and if any injury shall be done by either of the said princes or by the people or subjects of either of them to the people or subjects of the other against the articles of this alliance or against common right, there shall not therefore be given letters of reprisal, marque or counter-marque by any of the confoederates untill such time as justice is sought and followed in the ordinary course of law; but if justice be denied or delayed, then the prince, whose people or inhabitants have received harm, shall ask it of the other, by whom as is said the justice shall have been denied or refused, or of the commissioners that shall be appointed by either of their said majesties to receive and hear such demand, to the end that all such differences may be compound in friendship or according to law; but if there should be yet a delay, or justice should not be done nor satisfaction given within six months after having the same so demanded, then may be given letters of reprisal, marque or counter-marque.

XLI.

The subjects of his britannick majesty and of her majesty the queen of Hungary and Bohemia shall be strictly forbidden to take commission from any other prince for fitting out privatiers or letters of marque in order to cruize against the subjects of the other, and the infringer of this article shall be treated as a pirate not only in the provinces against which he accepted such commissions, when being taken in the very act of such cruizing he shall have been carried thither, but also in the dominions of the prince whose subject he is; therefore such a one shall upon the first complaint be proceeded against criminaly, even to execution.

XLII.

And if it shall happen hereafter, that any difference fall out (which god forbid) between the king of Great-Britain and the queen of Hungary and Bohemia, whereby the mutual commerce and good correspondence may be endangered, the respective subjects and people of each party shall have notice

thereof given them in time, that is to say . . . months, to transport their merchandise and effects, without giving them in that time any molestation or trouble or retaining, arresting or embargoing their goods or persons, but on the contrary sufficient passports shall be granted them to go where they shall think proper.

XLIII.

And to the end that the officers and magistrates of all cities, towns and villages, belonging to either, may neither demand nor take from the respective merchants and people taxes, duties, stipends, recompenses, gifts or any other charges, under the pretence of transits or any other pretence whatsoever, than what ought to be taken by virtue of this treaty, and that the said merchants may know and understand with certainty what is ordained in all things touching this, it is agreed and concluded, that tables and lists shall be put up at the doors of the custom-houses and registries or the gates of all the cities, towns and villages of or appertaining to one or the other prince, where such rights, dues or customs are usualy paid, in which how much and of what quality such rights, dues or customs either to the princes or any of the aforesaid officers are allowed shall be put down in writing, declaring as well the species of what is imported as what is carried out; and if any officer or any other in his name upon any pretence whatsoever, in publick or in secret, directly or indirectly, shall ask or receive of any merchant or other person respectively any sum of money or other thing by the name of due, right, stipend, allowance or recompence, though it be by the way of voluntary donative more or otherwise than aforesaid, the said officer or his deputy, being in such manner guilty and convict before the council of commerce at Vienna or a competant judge in the country, where the crime is comitted, shall be put in prison for three months, and shall pay thrice the value of the thing so received; of which the half shall be for the prince of the country, where the crime is committed, and the other half for the denunciator, for the which he may sue his right before the council of commerce at Vienna or before any competent judge of the counctry where it shall happen, according to his, the said denunciator's, will and choise.

Autriche.[1])

Consignation	Droits de douane lesquels suivant le vectigal de l'an 1726 se payent presentement						Nouveaux droits lesquels se devront payer à l'avenir		
	Consum		Zulag		Aufschlag				
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.		fl.	kr.
Les draps d'Angleterre fins et ordinaires payent consumo par florin et Zulaag p. aune	—	05	1	—	—	—	p. aune	—	30
Brocade de soye p. livre	1	—	—	30	—	—		—	45
Les soyes unis p. quintal	50	—	50	—	—	—		50	—
Les demi soyes etoffes p. quintal	25	30	12	—	—	—		9	22
Tafetas lustré et moiré p. quintal	50	—	50	—	—	—		25	—
Chapeaux: Castor entier p. piece	1	—	1	—	—	—		—	30
Chapeaux: Moitié castor p. piece	—	36	1	—	—	—		—	24
Chapeaux: Chapeaux de laine d'Espagne et poil de lapin p. piece	—	18	1	—	—	—		—	19
Bas: Bas de soye d'homme, les plus fins, couleur de ponceau p. paire	1	30	—	36	—	—		1	03
Bas: Bas de femme, Spanishleib, rose et angelica couleur p. paire	1	—	—	36	—	—		—	48
Bas: Bas de soye d'homme, en valeur de 6 florins p. paire	—	36	—	36	—	—		—	36
Bas: Bas de femme à 4 florin	—	24	—	24	—	—		—	24
Bas: deto, d'homme à 4 florin	—	24	—	36	—	—		—	30
Bas: deto, de femme à 3 florin	—	18	—	36	—	—		—	27
Plomb p. quintal	—	15	—	05	—	—		—	10
Galanterie p. valeur d'un florin	—	09	—	—	—	—		—	04
Merchandises de Nurnberg et Pfenningwerth payent comme Kramerey p. florin	—	05	—	02	—	—		—	03
Rubans de soye, musirt, consumo p. livre et Zulaag p. aune	1	30	—	06	—	—	p. livre	—	22
Rubans, double et simple, fins rubans de soye	1	12	—	06	—	—	p. livre	—	18

1) Die einzelnen in dieser und den folgenden Listen angeführten Waren finden sich auch in anderen gleichzeitigen Mautordnungen verzeichnet, doch weicht manchmal die in unseren Listen angewendete Wortform seltener Ausdrücke von der anderer Dokumente in etwas ab.

	Consignation	Droits de douane lesquels suivant le vectigal de l'an 1726 se payent presentement						Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir		
		Consum		Zulag		Aufschlag				
		fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.		fl.	kr.
	Rubans deto, l'aune au desous de 6 kr. p. l. . .	1	12	—	—	—	—	p. livre	—	18
	Tafetas rubans ordinaire p. livre	—	50	—	—	—	—	p. livre	—	12
	Ris p. quintal	—	18	—	05	—	—		—	06
	Poivre p. quintal . . .	2	—	—	30	—	—		1	15
	Gingembre p. quintal .	—	45	—	15	—	—		—	30
	Beurre p. quintal . . .	4	—	—	—	—	—		2	—
	Peau de veau, accommodée comme en Angleterre p. 100 pieces . . .	4	30	1	—	—	—		2	45
	Peau de veau, faite à l'ordinaire p. 100 pieces	3	—	—	—	—	—		1	30
	Peau de mouton et brebis appretée dans l'alun p. 100 pieces	2	—	—	—	—	—		1	—
	deto, faite à l'ordinaire	1	30	—	30	—	—		1	—
	Livre de cuir p. quintal	6	—	p.piece	05	—	—	p. quintal	3	—
	Demi livre cuir p. quintal	4	—	p.piece	05	—	—	p. quintal	2	15
	Cuir de bufle et boeuf sauvage appreté dans la graisse de poisson p. quintal	5	—	—	—	—	—		2	30
	Elend cuir p. quintal .	6	—	—	—	—	—		3	—
evalué à 40 fl. le quintal	Canaris sucre p. quintal	3	20	—	40	5	—		5	48
evalué à 45 fl.	Blanc sucre candis p. quintal	4	—	—	40	5	—		6	04
	Brun sucre candis p. quintal, rafinat et meliss	2	30	—	40	5	—		5	16
at 28 fl. 30 kr.	Farinne et Lumpen sucre	2	—	—	20	5	—		5	03
	Thé en valeur d'un flor.	—	05	—	02	p. livre	15		—	19
	Stockfish p. quintal . .	—	20	—	—	1	40		1	—
	Laperdon p. quintal .	—	20	—	05	1	40		1	02
	Saumon p. quintal . .	—	40	—	—	2	—		1	20
	Harreng et Pittling par Tonne	—	30	—	—	3	—		1	45

Consum la piece par aune	Aufschlag la piece par aune	Consignation	Droits de douane lesquels suivant le vectigal de l'an 1726 se payent presentement						Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir	
			Consum		Zulag		Aufschlag			
aunes	aunes		fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.		fl. kr.
25/30	32/34	Cronrash p. piece . . .	—	54	—	—	3	—		
28	29/30	Soye p. piece	1	24	—	24	2	—		
—	35	Flannel, en valeur d'un florin	—	50	—	1 p. piece	4	—		
30	20	Sarge de londranime, raines ou estaminé p. piece .	1	—	—		2	30		
30	30	Scotti p. piece	1	—	—	—	3	—		
30	32/35	Crep de dame p. piece .	1	—	—	—	3	—		
—	60	Poy large d'Angleterre, consumo p. florin, Aufschlag p. piece	—	05	—	—	6	—		
—	40	Poy étroit, consumo p. flor., Aufschlag p. piece . . .	—	05	—	—	3	—		
30	29/30	Engelsat double p. piece .	—	40	—	—	1	—		
30/40	29/30	deto, simple p. piece . .	—	15	—	—	1	—	p. florin	— 05
30	42/44	Camelot de Pais-Bas p. piece	2	15	—	—	8	—		
		deto, de Saxe p. piece . .	2	15	—	—	2	—		
28	29/30	Polamit double p. piece .	—	40	—	—	2	—		
		deto, simple p. piece . .	—	25	—	—	2	—		
30	35/36	Barcan p. piece	1	—	—	20	2	—		
36	35/36	Droget fin p. piece . . .	1	30	—	20	5	—		
		deto, moindre et ordinaire p. piece	1	30	—	20	2	30		
—	35/36	Perpetuel, consumo p. flor., Aufschlag p. piece . . .	—	05	—	—	8	—		
15	13	Worschet p. piece . . .	—	06	—	—	—	20		
30	30	Calamancas fins p. piece .	1	—	—	—	3	—		
19	30	deto, moindre p. piece .	—	30	—	—	3	—		
15	30	deto, ordinaire p. piece .	—	15	—	—	1	30		
14	13	Grobgrinn p. piece . . .	—	09	—	—	—	30		
15	13	Puffy p. piece	—	15	—	—	1	—		

Consignation	Droits de douane lesquels suivant le vectigal de l'an 1726 se payent presentement						Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir		
	Consum		Zulag		Aufschlag				
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.		fl.	kr.
1 piece Zizcotton à 12 florins de valeur, paye consumo p. florins et Zulaag p. piece, quand on la fait entrer pour le consumo	—	5	—	—	2	—	en tout	3	—
1 piece de cotton entier en valeur de 6 florins, paie le consumo p. florins et Zulaag p. piece, quand on la fait entrer pour etre consommée	—	5	—	—	2	—	en tout	2	30
1 piece de demi cotton en valeur de 5 florins, paie consumo p. florins et Zulaag p. piece, étant entrée comme consumo	—	5	—	—	1	—	en tout	1	25
Pour le transito ces trois sortes payent la moitié comme s'ensuit:									
Zizcotton p. piece	—	—	—	—	—	—	Transito	1	30
Cotton entier p. piece	—	—	—	—	—	—		1	15
Demi cotton	—	—	—	—	—	—		—	42

Boheme.

Consignation	Droits de douane, du consumo et d'Aufschlag lesquels, partie selon le vectigal de l'an 1737, partie selon les resolutions decretées, se payent presentement				Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir	
	Consum fl.	Consum kr.		Aufschlag fl.	Aufschlag kr.		fl.	kr.
Les draps d'Angleterre fins et ordinaires payent p. aune	—	24	—	1	—		—	30
Brocade de soye par livre	—	54	—	1	—		—	57
Les soyes unies p. livre	—	27	—	—	30		—	28
Les demi soyes etoffes p. quintal	27	30	p. piece	5	—	p. quintal	9	22
Tafetas lustré et moiré p. livre	—	27		—	30		—	14
Chapeaux: Entier et moitié castor p. dozaine	7	—	p. piece	1	—	p. dozaine	4	45
Chapeaux: Quart castor de poil de livre et camel p. dozaine	2	30	p. piece	1	—	p. dozaine	3	37
Bas de soye d'homme et de femme p. livre	—	27	p. paire	—	36	p. paire	—	18
Galanterie en valeur d'un florin	—	09		—	—		—	04
Merchandises de Nuremberg en valeur d'un florin	—	06		—	—		—	03
Rubans de soye à fleurage par livre	1	22	p. aune	—	09	p. livre	—	20
deto, unis p. livre	—	54	p. aune	—	06	p. livre	—	13
Ris par quintal	—	16		—	—		—	04
Poivre ordinaire p. quintal	—	—	1	30		—	—	45
deto, blanc p. livre	—	02		—	—		—	01
Gingembre p. quintal	—	45		—	—		—	22
Beurre p. quintal	—	30		—	—		—	15
Peau de veau et brebis accomodée p. 100 pieces	—	50	p. florin 3 p. deto	—	12	p. florin	—	07

Boheme.

Consignation		Droits de douane, de consumo et d'Aufschlag lesquels, partie selon le victigal de l'an 1737, partie selon les resolutions decretées, se payent presentement					Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir		
		Consum fl.	Consum kr.		Aufschlag fl.	Aufschlag kr.		fl.	kr.
	Peau de mouton, travaillée dans l'alun, samisch ou peau de pelletier p. 100 pieces . . .	—	20	p. florin p. deto	—	03 12	p. florin	—	07
	deto, travaillée dans du tans, ou peau de sterbling p. 100 pieces . .	—	10	p. florin p. deto	—	03 12	p. florin	—	07
	Cuire, entier et demi livre cuire de bufle, boeuf sauvage et autre boeuf p. quintal	3	—	p. piece	—	30	p. quintal	2	45
	Merchandises de Pfennigwerth et de Nurnberg en la valeur d'un florin payent	—	6			—		—	03
valué at 44½ fl. à 37 fl. valué at 28 fl. p. quintal	Sucre: Canaris blanc et brun sucre candis p. quintal	1	30	p. livre		03	en tout	2	56
	Sucre: Sucre rafinat et meliss p. quintal .	1	—	p. livre	—	03	en tout	3	02
	Sucre: Farinne et Lumpen sucre p. quintal	—	45	p. livre	—	03	en tout	3	31
	Thé en la valeur d'un florin	—	6		—	—		—	03
	Stockfish et Egrefin p. quintal	—	20	p. livre	—	01	p. quintal	1	—
	Laperdon item Cabileau, Turnia, Klip, Storz et Schiff-poisson p. quintal .	—	24	p. livre	—	01	p. quintal	1	—
	Saumon fraix p. livre .	—	6		—	—		—	03
	Saumon enfumé et salé p. quintal	—	40	p. livre	—	01	p. quintal	1	05
	Harring et Pittling p. Tonne	—	30	p. 100 pieces	—	22½	p. Tonne	1	45

Boheme.

Consignation	Droits de douane, de consumo et d'Aufschlag lesquels, partie selon le vectigal de l'an 1737, partie selon les resolutions decretées, se payent presentement				Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir		
	Consum		Aufschlag				
	fl.	kr.	fl.	kr.		fl.	kr.
Cronrash p. piece de 44 à 46 aunes	—	54	3	—			
Soye p. piece à 40 aunes	—	42	2	—			
Flannel d'Angleterre p. piece	1	30	4	—			
deto, ordinaire p. piece de 46 à 50 aunes	—	45	4	—			
Sarge p. piece à 27 aunes	—	36	2	30			
Scotti p. piece de 42 à 45 aunes	1	36	3	—			
Crep de dame p. piece de 45 à 48 aunes	—	54	3	—			
Etroite de laine p. piece de 30 à 40 aunes	—	18	—	30	p. florin	—	04
Poy revers, poy étroite d'Angleterre p. piece à 27 aunes	1	21	3	—			
deto, Pokings et Colchester p. piece de 75 à 80 aunes	6	—	6	—			
Engelsat p. piece de 40 à 42 aunes	—	30	1	—			
Camelot fin d'Hollande et du Pais-Bas p. piece de 55 à 60 aunes	4	08	8	—			
deto, étranger ordinaire p. piece à 42 aunes	1	41	3	—			
Polamit ordinaire p. piece à 40 aunes	—	24	2	—			
Barcan fin et ordinaire p. piece à 47 aunes	1	09	2	—			
Droguet le moindre p. piece de 46 à 48 aunes	—	50	5	—			

Boheme.

	Consignation	Droits de douane, de consumo et d'Aufschlag lesquels, partie selon le vectigal de l'an 1737, partie selon les resolutions decretées, se payent presentement					Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir		
		Consum			Aufschlag				
		fl.	kr.		fl.	kr.		fl.	kr.
Chints	Perpetual p. piece de 46 à 48 aunes	9	12		8	—	p. florin	—	04
	Wurschet p. piece de 16 à 17 aunes	—	18		—	20			
	Calamancoes finnes p. piece à 42 aunes	—	54		3	—			
	deto, ordinaire p. piece à 42 aunes	—	24		1	30			
	Grobgrinn et satin p. piece de 16 à 17 aunes .	—	12		—	30			
	Puffy p. piece	—	36		1	—			
	Ziz fin p. piece à 20 aunes	4	—	p. florin	—	12	en tout	6	24
	– d'autre p. piece de 7 à 10 aunes	—	45	p. florin	—	12		1	57
	Cotton entier, etoffes de cotton p. piece à 27 aunes	—	48	p. piece 30 aunes	2	—	en tout	2	48
	Etoffe de demi cotton p. piece à 20 aunes . .	—	25	p. piece 21 à 23 aunes	1	—	en tout	1	25
	Plomb p. quintal . . .	—	20		—	—		—	10

Moravie.

Conisgnation	Droits de douane, de consumo et d'Aufschlag lesquels suivant le vectigal de l'an 1701 se payent presentement						Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir		
	Consum			Aufschlag					
	fl.	kr.		fl.	kr.			fl.	kr.
Les draps d'Angleterre fins et ordinaires payent p. florin . . .	—	05	p. aune	1	—			—	30
Brocade de soye p. livre . . .	1	—		—	30			—	45
Les soyes unies p. quintal . .	50	—		50	—			50	—
Etoffes de demi soyes p. quintal	25	30		12	—			9	22
Tafetas lustré et moiré q. quintal	50	—		50	—			25	—
Chapeaux { castor entier p. piece .	1	—		1	—			—	30
Chapeaux { moitié castor p. piece .	—	45		1	—			—	26
Chapeaux { toute sorte de moindre chapeaux p. piece . . .	—	30		1	—			—	22
Bas de soye d'homme p. paire .	2	26	p. livre	—	30		p. paire	1	13
Bas de soye de femme et d'enfant p. paire	1	45	p. livre	—	30		p. paire	—	52
Galanterie p. florin	—	09		—	—			—	04
Merchandises de Nurnberg p. florin	—	05		—	02			—	03
Rubans de toute sorte p. florin .	—	09		—	06			—	03
Ris p. quintal	—	18		—	05			—	05
Poivre p. quintal	2	—		—	30			1	15
Gingembre entier et blessé p. quintal	—	45		—	—			—	22
Beurre etranger p. quintal . .	4	—						2	—
Peau de veau, faite à l'Angloise p. 100 pieces	4	30		1				2	45

Moravie.

Consignation	Droits de douane, de consumo et d'Aufschlag lesquels suivant le vectigal de l'an 1731 se payent presentement				Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir	
	Consum		Aufschlag			
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Peau de veau ordinaire et etrangere p. 100 pieces	3	—	—	—	1	30
Peau de veau d'Hongrie p. 100 pieces	2	—	—	—	1	—
Peau de mouton et brebis accomodée p. 100 pieces	1	30	—	30	1	—
Deto, pas encore accomodée p. 100 pieces	—	40	—	—	—	20
Merchandises de Pfennigwerth et de Nurnberg p. florin	—	05	—	02	—	03
Cuire, livre cuire et toute sorte de cuire étranger p. quintal . .	6	—	—	—	3	—
Demi livre cuire et toute sorte d'etranger p. quintal	4	30	—	—	2	15
Cuire de bufle, boeuf sauvage et autre boeuf, travaillée dans la graisse de poisson p. quintal	5	—	—	—	2	30
Elend cuire en peau pour des couverts p. quintal	6	—	—	—	3	—

Moravic.

Consignation	Droits de douane, de consumo et d'Aufschlag lesquels suivant le vectigal de l'an 1731 se payent presentement					Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir		
	Consum			Aufschlag				
	fl.	kr.		fl.	kr.		fl.	kr.
Deto, non travaillée p. quintal .	3	—		—	—		1	30
Sucre, fin canaris p. quintal .	3	20	p. livre	—	03	en tout	5	08
Deto, rafinat ou meliss, et brun candis p. quintal	2	30	p. livre	—	03	en tout	4	36
Deto, blanc candis p. quintal .	4	—	p. livre	—	03	en tout	5	48
Lumpen et farinne sucre p. quintal	2	20	p. livre	—	03	en tout	5	03
Thé p. florin	—	05		—	02		—	$3^{11}/_{12}$
Stockfish p. quintal	—	20	p. livre	—	01	p. quint.	1	—
Laperdon[1]) p. quintal	—	20	p. livre	—	05	p. quint.	1	02
Saumon, enfumé et salé p. quintal	—	30	p. Tonne à 2 cent.	4	—	p. quint.	2	20
Harring et Pittling p. Tonne .	—	30	p. Tonne à 800 pieces	3	—	p. Tonne	1	45
Cronrasch p. piece de 25 à 30 aunes	—	54		3	—			
Soye p. piece	2	30		3	—			
Flannel p. piece	1	—		3	—			
Sarge p. piece à 20 aunes . .	1	—		2	30			
Scotti p. piece	1	—		2	—			
Crep de dame p. piece . . .	1	—	de 13 à 15 aunes	2	—	p. florin	—	04
Poy, fin et ordinaire p. florin .	—	05	p. piece	3	—			
Engelsat ou double fin harras p. piece à 30 aunes	1	—		1	—			

1) At the article „Laperdon" which is our Newfoundland cod they have omitted additional duty fl. 1·02 p. quintal, which is agreed to remain on all others, so the half we are to pay is fl. 1·02 the duty in all being fl. 2·05 p. quintal.

Moravie.

	Consignation	Droits de douane, de consumo et d'Aufschlag lesquels suivant le vectigal de l'an 1731 se payent presentement					Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir		
		Consum			Aufschlag				
		fl.	kr.		fl.	kr.		fl	kr.
	Deto, étroit p. piece à 30 aunes		48	—	1	—			
	Camelot comme aussi le fin barcan p. piece à 30 aunes	2	30	d'Hollande et du Pais-Bas p. piece de 42 à 44 aunes	8	—			
	Polamit double p. piece à 28 aunes	1	40		2	—			
	Deto, simple p. piece à 28 aunes	1	—		2	—			
	Baracan du Milan et du Pais-Bas ou d'autre endroit p. piece à 30 aunes p. 20 florins	1	—		2	—			
	Deto, fin, vide camelot. Droguet unis, ligné et de toute sorte p. piece à 36 aunes	1	30		5		p. florin	—	04
	Perpetual p. florin . .	-	05	p. aune	1				
	Wurschet p. piece à 15 aunes	—	36			30			
	Calamancoes la plus finne p. piece à 30 aunes . .	1	—		3	—			
	Deto, moindre p. piece à 19 aunes	—	30		—	—			
	Deto, ordinaire p. piece à 15 aunes	—	15		—	—			
	Grobgrinn p. piece à 15 aunes	—	14		—	30			
	Puffy p. piece à 15 aunes	—	15		—	30			
Chints	Ziz p. florin la piece à 12 florin	—	06		—	12	en tout	3	—
	Cotton, entier et demi, comme aussi Zizzi . . .	—	06		—	12	en tout	3	—
	Plomb p. quintal . . .	—	15		—	—		—	07

Silesie.

Consignation	Droits de douane et d'Aufschlag lesquels selon le vectigal de l'an 1739 se payent presentement				Nouveaux droits lesquels devront se payer à l'avenir	
	Consum		Aufschlag			
	Reichsthaler	Kr.	Reichsthaler	Kr.	Reichsthaler	Kr.
Les draps d'Angleterre fins et ordinaires payent p. ecu	—	03	—	—	—	03
Brocade de soye p. ecu	—	01	—	—	—	01
Les soyes unies p. ecu	—	01	—	—	—	01
Les demi soyes etoffes p. ecu	—	01	—	—	—	01
Tafetas lustré et moiré p. ecu	—	01	—	—	—	01
Chapeaux, tous étrangers, fins et ordinaires p. ecu .	—	06	—	—	—	06
Bas, tous étrangers, bas de soye et moitié soye, item de poil de Beavre p. ecu	—	01	—	—	—	01
Galanteries de prix p. ecu	—	05	—	—	—	05
— du moindre prix ou Kramerey p. ecu . . .	—	03	—	—	—	03
Merchandises de Nurnberg et Pfengwerth p. ecu	—	01	—	—	—	01
Ris p. ecu	—	01 1/2	—	—	—	01 1/2
Poivre p. ecu	—	01 1/2	—	—	—	01 1/2
Gingembre p. ecu . .	—	01 1/2	—	—	—	01 1/2
Beurre p. ecu	—	02	—	—	—	02
Peau de mouton et brebis sans aucune distinction paye p. ecu . . .	—	01	—	—	—	01
Peau de veau sans distinction p. ecu	—	02	—	—	—	02

Silesie.

Consignation	Droits de douane et d'Aufschlag lesquels selon le vectigal de l'an 1739 se payent presentement					Nouveaux droits lesquels se devront payer à l'avenir		
	Consum			Aufschlag				
	Reichsthaler	Kr.		Reichsthaler	Kr.		Reichsthaler	Kr.
Elends peau, accommodée à la samish, d'un entière en valeur de 6 ecus . .	—	30		—	—		—	30
Deto, d'une au dessous de 6 ecus; p. ecu . . .	—	01 1/2		—	—		—	01 1/2
Livre cuire d'Angleterre, de Liege, de Danzig et autre endroits, livre cuire p. ecu	—	03		—	—		—	03
Sucre, sans aucune distinction p. ecu	—	01 1/2	p. livre	—	03	p. quintal	2	06
The p. ecu	—	06		—	—		—	06
Stockfish et Platteys p. quintal	—	05	p. livre	—	01	p. quintal	—	52
Laperdon p. ecu . . .	—	02	p. livre	—	01	p. quintal	—	53
Saumon sans distinction p. ecu	—	02	salé p. livre	—	01	p. quintal	—	58
Harreng p. Tonne . .	—	06	p. 100 pieces	—	22 1/2	p. Tonne à 800 pieces	1	03
Pittling p. ecu	—	02	p. 100 pieces	—	22 1/2	p. Tonne à 800 pieces	1	11
Toute sorte d'etoffe de laine, comme cronrash, soye, sarge, camelot, polamit, wurschet et pareilles fabriques p. ecu . .	—	01 1/2		—	—		—	01 1/2
Etoffes de laine qui se fabriquent dans le pais lesquels cependant on a de coutume d'y faire rentrer, sçavoir les calamangs, flannels et baracans paient p. ecu	—	02		—	—		—	02
Plomb p. quintal . . .	—	04		—	—		—	04

Hongrie.

Consignation	Nouveaux droits lesquels devront payer à l'avenir à Trieste sur les marchandises destinées pour le royaume d'Hongrie	
	fl.	kr.
Les draps d'Angleterre payeront p. aune	—	30
Brocard ou etoffes de soye massif p. quintal . . .	100	—
Les soyes unies, comme taffetas p. quintal . . .	75	—
Les etoffes de demi soye, capizol p. quintal . . .	18	—
Chapeaux payeront suivant la valeur Bas de toutes sortes suivant la valeur Galanterie de Nurenberg, Steyrer et Pfenngwerth suivant la valeur } payent 5 p. quintal	5	—
Rubans de soye p. livre	—	25
Ris p. quintal	—	20
Poivre p. quintal	3	—
Gingembre p. quintal	3	—
Beure p. quintal	—	36
Peau de veau accomodée p. 100 pieces	2	15
Beitler ou peau accomodée dans l'alun p. 100 pieces	1	07
Veau de boeuf accomodée p. 100 pieces	12	—
Veau de vactre accomodée p. 100 pieces	9	—
Sucre candis blancs e brun p. quintal	4	—
Deto, du plus fin p. quintal	3	—
Deto, ordinaire p. quintal	2	—
Thé p. quintal	5	—
Stockfish Laperdon Saumon Harrengs } p. quintal	1	—
Plomb p. quintal	—	10

Hongrie.

Consignation	Nouveaux droits lesquels se devront payer à l'avenir à Trieste sur les marchandises destinées pour le royaume d'Hongrie	
	fl.	kr,
Cronrasch la piece à 32 jusqu'à 34 aunes		
Soye ou double harras		
Deto, simple		
Flanelle pressée sera regardée comme une piece de cronrasch		
Sarge de Londraie en valeur d'une piece		
Poy d'Angleterre		
Deto, ordinaire		
Deto, poy commun de fourniture en la valeur d'une piece		
Engelsat sera regardé comme fins harras, la piece de 30 et 32 aunes	par valeur d'un flor.	04
Camelot		
Polamit et consenz		
Barcan, la piece à 35 aunes		
Droguet		
Perpetuel		
Wurschet, la piece à 14 aunes		
Grobgrinn		
Calamanques, suivant la valeur		
Puffy fin		
Deto, ou Polamit ordinaire la piece à 14 aunes . .		
NB. Cotton goods are by mistake omitted in this tariff, and time would not permit the immediate inserting of them, but it is understood, that they are to be admitted at least on the present footing of the duty in Hungary, which is at 60 denarii or 36 kreytzers per piece.[1])		

1) Hier folgen in dem Entwurfe noch einige Auszüge aus bestehenden Zolltarifen und einige Calkulationen, die Porter ausgestellt hat, um die Vorteilhaftigkeit der neuen Tarife zu erhärten.

	Droits payé par des Anglois			Droits payé par des etrangers			Drawback ou restitution des droits		
	l.	s.	d.	l.	s.	d.	l.	s.	d.
Toiles de Silesie de damas . . . Napes la verge	—	—	$8^{67}/_{100}$	—	—	$8.12^{67}/_{100}$	—	—	$6.17^{7}/_{8}$
Serviettes la verge	—	—	$2^{13}/_{20}{}^{11}/_{20}$	—	—	$2^{17}/_{20}{}^{11}/_{20}$	—	—	$2.5^{15}/_{16}$
Toiles de Silesie appellé Diaper . Napes la verge	—	—	$6^{13}/_{20}{}^{5}/_{8}$	—	—	$7^{3}/_{20}{}^{5}/_{8}$	—	—	$5^{14}/_{20}{}^{7}/_{8}$
Serviettes la verge	—	—	$2^{13}/_{20}{}^{11}/_{40}$	—	—	$2^{17}/_{20}{}^{11}/_{20}$	—	—	$2^{5}/_{20}{}^{15}/_{16}$
Toiles de Silesie large de 120 aunes d'Angleterre blanc ou brune	1	13	$5^{13}/_{20}{}^{1}/_{2}$	1	15	$11^{13}/_{20}{}^{1}/_{2}$	1	8	$8^{13}/_{20}{}^{1}/_{2}$
Toiles de Silesie étroites de 120 aunes	1	6	$9^{6}/_{20}{}^{4}/_{5}$	1	8	$9^{6}/_{20}{}^{4}/_{5}$	1	2	$11^{14}/_{20}{}^{4}/_{5}$
Lawns ou Linon la piece entre 4 et 8 aunes	—	1	$8^{1}/_{20}{}^{27}/_{40}$	—	1	$9^{11}/_{20}{}^{27}/_{40}$	—	1	$5^{4}/_{20}{}^{27}/_{40}$
Dowlass large la piece de 106 aunes d'Angleterre	3	1	$7^{18}/_{20}$	3	2	$10^{18}/_{20}$	1	14	$3^{8}/_{20}$
Vins de Hongrie par Hamburg paye par tonneau de 252 gallons qui fait environ dix Eimers, pour vendre . . . . . rempli	31	2	$-{}^{14}/_{20}$	35	10	3	26	13	$8^{18}/_{20}$
non rempli	27	7	$-{}^{6}/_{20}$	31	4	$5^{2}/_{20}$	27	7	1
Vins de Hongrie, pour l'usage particulier . . . . . rempli	32	—	3	36	8	6	—	—	—
non rempli	28	3	—	32	—	5	—	—	—
Eaux de vie de France le tonneau	5	5	6	5	13	—	2	15	$7^{10}/_{20}$
Cuivre par quintal non travaillé, ronde ou quarré, le quintal	—	8	$5^{2}/_{20}$	—	8	$6^{19}/_{20}$	—	8	$2^{12}/_{20}$
Argent vif, de l'endroit ou il n'est pas du crû	—	1	$3^{10}/_{20}$	—	1	$4^{17}/_{20}$	—	1	$-{}^{19}/_{20}$
– de l'endroit du crû . . .	—	—	$5^{3}/_{20}$	—	—	$5^{12}/_{20}$	—	—	$4^{6}/_{20}$
Verres à boire le cent. . . .	—	7	$1^{8}/_{20}$	—	7	$4^{18}/_{20}$	—	6	$5^{16}/_{20}$

	Droits payé par des Anglois			Droits payé par des étrangers			Drawback ou restitution des droits		
	l.	s.	d.	l.	s.	d.	l.	s.	d
Bois de douelles aux barriques le cent de 120	—	—	$9^{9}/_{20}$	—	—	$9^{19}/_{20}$	—	—	$8^{10}/_{20}$
Bois de douelles aux pipes et muid les 120	—	1	$6^{18}/_{20}$	—	1	$7^{18}/_{20}$	—	1	5
Bois de hestre de 2 pouces d'épaiseur les 120	—	18	$10^{16}/_{20}$	—	19	$10^{16}/_{20}$	—	17	—
Ditto, en planches au dessus de 2 pouces d'épaiseur les 50 pieds quarré	—	9	$11^{8}/_{20}$	—	9	$11^{8}/_{20}$	—	8	6
Bois de chesne au dessous de 2 pouces d'épaiseur et dessous 15 pieds de longue les 120	1	17	$9^{12}/_{20}$	1	19	$9^{12}/_{20}$	1	14	—
Dittes, de planches les 150 pieds solid	—	14	$2^{2}/_{10}$	—	14	$11^{2}/_{20}$	—	12	9
Toutes bois defendus comme ci dessus seront admis par le port de Trieste.									
Pearl Ash defendus de Trieste les 200 livres	—	11	$-^{18}/_{20}$	—	11	$4^{10}/_{20}$	—	10	$5^{12}/_{20}$
Wax ou cire, le quintal	—	7	$6^{18}/_{20}$	—	8	$-^{18}/_{20}$	—	6	$7^{10}/_{20}$
Acier, le quintal	—	9	$5^{3}/_{20}$	—	9	$9^{13}/_{20}$	—	8	$8^{12}/_{20}$
Terra sigilata, le livre	—	—	$5^{3}/_{10}$	—	—	$5^{12}/_{20}$	—	—	$4^{6}/_{20}{}^{2}/_{5}$
„ de l'endroit d'où il n'est pas crû, le livre	—	1	$3^{10}/_{20}$	—	1	$4^{17}/_{20}$	—	1	$-^{14}/_{20}$
Huile d'Olives le gallon defendu de Trieste	—	—	$8^{4}/_{20}$	—	—	$9^{6}/_{20}$	—	—	—
Fer, le ton de 20 quintaux de 112 ℔	2	1	6	2	3	3	1	18	2
Antimonium praepartitum de l'endroit où il n'est pas de leur crû	—	—	$1^{2}/_{20}{}^{3}/_{5}$	—		$1^{4}/_{20}{}^{3}/_{5}$	—	—	$-^{18}/_{20}$
„ de l'endroit de crû, le livre	—	—	$-^{7}/_{20}{}^{3}/_{15}$	—	—	$-^{8}/_{20}{}^{1}/_{5}$	—	—	$-^{6}/_{20}{}^{4}/_{15}$

Pourvû que toutes les articles ci dessus soient transportés en vaisseaux Anglois navigé suivant les loix.

L'un pour cent exigé de tous les vaisseaux lesquels ne sont point navigé suivant les actes de Parlement du 14 année de Charles 2^d^, du 1e de Jaques II. et le 9e de George II. et dont Trieste et Fiume doivent etre exemts, doit se payer des ports de la mediterranée.

42.

Vertrag zwischen England und Österreich, die Zahlung einer Subsidie von 300.000 Pfund St. an Österreich betreffend d. d. Whitehall 1744 Februar 10/21.

Rat. Georgs II. d. d. St. James 1744 Februar 13/24.

Völlig gleichlautend den Verträgen vom 6. Juli 1742 und 15. Februar 1743.

Die Originale des Vertrages im St.-A. und R. O., das der engl. Ratifikation im St.-A.

43.

Additionalsubsidienkonvention zwischen Maria Theresia und Georg II. d. d. London 1744 Aug. 11[1]*) und Deklaration Wasners d. d. London 1744 August 13/14.*

Rat. Georgs II. d. d. St. James 1744 Nov. 12/23; Maria Theresia's d. d. Wien 1744 Aug. 31.

Die Originale der Konvention im St.-A. und R. O., das Original der österreichischen Ratifikation sowie der Deklaration im R. O., eine Kopie der letzteren sowie das Original der Ratifikation Georgs II. im St.-A.

Die Mittel, die England im Februar 1744 der österreichischen Herrscherin zur Führung des Krieges in diesem Jahre zur Verfügung gestellt hatte, waren bald erschöpft. Schon im Frühjahre trat Wasner an Georg II. mit der Bitte um eine weitere Geldunterstützung heran. Er betonte, dass Maria Theresia im Interesse der allgemeinen Sache ein Heer von 170.000 Mann in Italien, im Reiche und in den Niederlanden kämpfen lasse, dass sie aber ausser Stande sei, eine so zahlreiche Armee ohne weitere Hilfe seitens ihrer Verbündeten zu erhalten. Allein lange blieben Wasners immer erneuerte Bitten erfolglos. Und der unglückliche Verlauf, den der Feldzug in den Niederlanden für die Verbündeten nahm, hatte den von Österreich erhofften Wechsel in der Haltung der Engländer nicht zur Folge. Dieselben vertrösteten Wasner auf den Augenblick, in dem die Generalstaaten den Krieg an Frankreich erklären würden und liessen die Bemerkung fallen, dass sie in dem Momente, wo die von Karl von Lothringen geführten Truppen den

[1]) *Für die Bedeutung dieses Datums vgl. die Einleitung p. 690.*

Rhein überschreiten und die Feinde im Elsass und in Lothringen angreifen würden, der österreichischen Herrrcherin neue Geldmittel zur Verfügung stellen wollten. Kaum hatte daher Wasner die Nachricht erhalten, dass Karl von Lothringen in den ersten Julitagen den Übergang über den Rhein bewerkstelligt habe und im Marsche gegen die Franzosen begriffen sei, so überreichte er dem Lord Carteret ein Memoire, in dem er auf das mit so grossem Erfolge begonnene Unternehmen hinwies und zur Fortsetzung desselben eine beträchtliche Geldsumme für seine Herrin forderte.[1]) *Die Engländer giengen mit überraschender Eile auf seine Pläne ein. Am 11. August n. st. wurde der Vertrag unterzeichnet, durch den sich England zur Leistung einer Additionalsubsidie im Betrage von 150.000 Pfund bereit erklärte, wogegen Maria Theresia sich verpflichtete, 20000 Mann von ihrer in Baiern stehenden Armee zu den unter Karl von Lothringens Führung im Elsass kämpfenden Truppen stossen zu lassen und überdies ihre Truppenkorps in den Niederlanden in kampffähigen Zustand zu setzen. Als Ersatz für die aus Baiern weggeführten 20000 Mann sollte Maria Theresia alsbald in den Erblanden eine Aushebung von 12000 Mann veranlassen und diese Rekruten sogleich nach Baiern zur Ausfüllung der entstandenen Lücken senden. Um jede Verzögerung dieser Truppenaushebung hintanzuhalten, sollte die Hälfte der Subsidie erst nach Vorlegung der Truppenverzeichnisse ausgezahlt werden. Wasner hatte wohl den Versuch gemacht, eine grössere Summe und günstigere Zahlungsbedingungen zu erreichen, war aber mit seinen Bemühungen nicht durchgedrungen.*[2]) *Allein wenige Tage nach erfolgter Unterzeich-*

---

[1]) *Bericht Wasners d. d. 31. Juli 1744; diesem Berichte liegt auch eine Kopie des von Wasner am 14/25. Juli überreichten Memoire's bei. St.-A.*

[2]) *Vgl. Wasners Bericht vom 11. August 1744. St.-A. Die beiden an diesem Tage unterzeichneten Verträge, die nicht ratifiziert, vielmehr kassiert wurden, haben (Or. St.-A) folgenden Wortlaut: Sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme ayant fait representer à sa Mté le roy de la Grande-Bretagne avec autant d'instance que de regret de devoir luy être d'avantage à charge pour le support de la cause publique que les finances se trouvent entierement epuisées, et le subside accordé par sa Mté britannique pour cette presente année actuellement consumé par les efforts extraordinaires qu'elle a faits et par l'immense nombre de troupes qu'elle a mises en campagne, se montant à plus de cent-soixante et dix mille hommes, pour conjointement avec ses fideles alliés faire face partout aux ennemis communs et spécialement pour arrêter leurs progrés dans les Païs-Bas par une puissante diversion sur le Rhin; si bien que sans le prompt secours d'un subside additionel sa Mté la reine seroit dans l'impossibilité absolue de continuer même à fournir la solde aux troupes qu'elle a sur pied, faute de quoy*

nung dieses Vertrages, dessen Geltung ausdrücklich von der Ratifikation der beiden Herrscher abhängig gemacht wurde, langte in London

---

on les exposeroit à se debander, bien loin de pouvoir, moyennant une levée ulterieure, augmenter l'armée qui sous les ordres du serinissime prince Charles de Lorraine a si heureusement passé le Rhin et penetré en Alsace; la quelle armée il est cependant indispensable de renforcer afin de la mettre en état de s'établir et de se soutenir en Alsace, vû qu'autrement elle se verroit bientôt inferieure aux forces que la France se prepare à amasser et à assembler contre elle, et obligée peut-être à repasser le Rhin.

Et sa Mté le roy de la Grande-Bretagne ayant meurement consideré le besoin réel et urgent de sa Mté la reine, et l'extreme necessité qu'il y a d'y subvenir sans nul retard, si l'on ne veut risquer de faire perdre au serenissime prince Charles de Lorraine les avantages qu'il a remportés en Alsace, et l'esperance de les poursuivre avec succès et de s'y maintenir au point de pouvoir hyverner dans les etats de France, par où seulement l'on pourra parvenir à rendre en effet utiles à la cause publique le sang et les tresors déjà employés et à terminer bientot le cours d'une guerre si onereuse et si couteuse par une prompte et solide paix.

Par de si justes motifs et pour contribuer autant qu'en luy est à une fin si salutaire, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne s'est portée à accorder à sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme le subside additionel qu'elle luy a demandé si instamment en la maniere et sous les conditions suivantes.

I. Sa Mté le roy de la Grande-Bretagne accorde à sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme un subside additionel de cent cinquante mille livres sterlin, tant pour l'aider à faire subsister et à augmenter, moyennant une nouvelle levée absolument necessaire, son armée deça du Rhin que pour completer et mettre mieux en état d'agir ses troupes aux Païs-Bas.

II. De cette somme une moitié sera payée dèsque la presente convention sera signée et l'autre moitié dèsque la nouvelle levée cy-dessous specifiée sera actuellement faite.

III. Moyennant lequel subside additionel ainsi promis, sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme sans aucune perte de tèms tire et tirera de l'armée qu'elle a dans les etats de Baviere le nombre de vingt mille hommes pour les joindre en toute diligence à l'armée commandée par le serenissime prince Charles de Lorraine en Alsace, et sa Mté la reine achevera incessamment de completer et de mettre en état d'agir les troupes qu'elle a dans les Païs-Bas.

IV. Les dits vingt mille hommes seront incessamment remplacés par douze mille hommes que sa Mté la reine fait et fera lever immediatement dans ses païs hereditaires et qu'elle fera marcher et joindre à son armée dans les etats de Baviere à mesure qu'ils sont et seront levés.

V. Et aussitôt que la levée de ces douze mille hommes de troupes nouvelles sera faite et complete, et qu'il en constera par les rôles effectifs, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne payera à sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme et luy fera remettre les dernieres soixante et quinze mille livres sterlin restantes du subside additionel permis en vertu de cette convention.

die Nachricht ein, dass Friedrich II. der österreichischen Herrscherin den Krieg erklärt habe und in Böhmen eingefallen sei. Da nun unter diesen Umständen an eine Diversion der in Baiern stehenden Truppen Maria Theresia's an den Rhein und an die Verstärkung ihrer Truppen in den Niederlanden nicht zu denken war, schlugen die englischen Minister Wasner vor, den am 11. August unterzeichneten Vertrag zu kassieren und an dessen Stelle einen anderen zu setzen, durch den der österreichischen Herrscherin eine gleiche Summe gegen die Verpflichtung zugesprochen werden sollte, ihre Truppen um 20000 Mann zu erhöhen, die nach glücklich beendeten Kriege gegen den Preussenkönig im Kampfe mit Frankreich Verwendung finden sollten, und dem Kurfürsten von Sachsen und König von Polen 50000 Pfund St., den dritten Teil der von England gewährten Subsidie, zu überweisen, damit dieser eine Armee von 20000 Mann, zu deren Haltung er sich Maria

---

Ainsi fait, reglé et convenu entre les ministres soussignés de sa M^té^ la reine d'Hongrie et de Bohéme et de sa M^té^ le roy de la Grande-Bretagne sous l'assurance reciproque que leurs M^tés^ le ratifieront et en feront echanger les ratifications le plûtôt que faire se pourra. À Londres ce 30me jour du mois de Juillet 1744.

L. S. Wasner. *L. S. Hardwicke.*
L. S. Harrington.
L. S. Holles Newcastle.
L. S. Carteret.
L. S. Pelham.

Vom selben Tage existiert eine zweite Abmachung, von denselben Ministern unterzeichnet. Einleitung und Schluss gleichen denen der ersten Abmachung; dagegen lauten die Artikel, deren nur 4 sind, etwas anders.

I. Sa M^té^ le roy de la Grande-Bretagne accorde à sa M^té^ la reine d'Hongrie et de Bohéme un subside additionel de cent cinquante mille livres sterlin, tant pour l'aider à faire subsister son armée en deça du Rhin que pour faire une nouvelle levée de douze à quinze mille hommes, et pour completer et mettre mieux en état d'agir ses troupes aux Païs-Bas.

II. Cette somme sera payée dèsque la presente convention sera signée.

III. Moyennant lequel subside additionel ainsi promis, sa M^té^ la reine d'Hongrie et de Bohéme s'oblige de conserver en entier l'armée commandée par le serenissime prince Charles de Lorraine en Alsace, et d'achever incessamment de completer et de mettre en état d'agir les troupes qu'elle a dans les Pais-Bas.

IV. De plus sa M^té^ la reine fait et fera lever immédiatement dans ses païs hereditaires un nouveau corps de douze à quinze mille hommes qu'elle fera marcher et joindre à son armée dans les etats de Baviere à mesure qu'ils sont et seront levés et dont elle fera exhiber à sa M^té^ britannique les rôles effectifs dans l'espace de trois mois au plus tard.

Auch diese Konvention — sie lautet für Österreich etwas günstiger als die oben mitgeteilte — ist nicht ratifiziert worden.

Theresia gegenüber durch die Abmachung vom 13. Mai verpflichtet hatte,[1]) *alsogleich zur Unterstützung Österreichs im Kampfe gegen Friedrich II. nach Böhmen senden möge. Wasner entschloss sich nur ungern die letztere Bedingung zu acceptieren, fügte sich aber, als er die Hoffnungslosigkeit eines Widerstandes einsah.*[2]) *Als es dann am 24. August n. st. zur Unterzeichnung des neuen Vertrages kam, verlangten die englischen Minister von Wasner die Ausstellung einer besonderen Urkunde, durch die er sich zur sofortigen Ablieferung von 50000 Pfund St. an den König von Polen verpflichten sollte, so bald der entsprechende Befehl seiner Herrin eingelangt sei.*[3]) *Auch zu dieser Konzession musste sich Wasner, der Not gehorchend, bequemen. Er stellte am 24. August n. st. die im nachfolgenden abgedruckte Erklärung aus, worauf die Unterzeichnung des auf den 11. August n. st. zurückdatierten neuen Subsidienvertrages erfolgte.*

Die Wiener Regierung war mit der Tatsache, dass der ursprüngliche Vertrag vom 11. August kassiert werden sollte, sehr einverstanden; sie meinte, auch ohne den Einfall Preussens in Böhmen hätte man es untunlich gefunden, 20000 Mann von Baiern nach dem Elsass marschieren zu lassen.[4]) *Dagegen war sie mit den einleitenden Worten des neuen Subsidienvertrages nicht einverstanden, und erklärte auf die 50000 Pfund St. nicht dauernd verzichten zu können. Wasner erhielt Befehl, den abgeänderten Vertrag zu überreichen und ein schriftliches Versprechen bezüglich der Rückerstattung der 50000 Pfund St. zu fordern, die Österreich den Sachsen zu geben hatte.*[5]) *Allein seine Bemühungen einen Erfolg zu erzielen, blieben in beiden Punkten vergebens. Mitte November wurde der nun zweimal abgeänderte Tractat unter dem Datum des 11. August in London unterzeichnet und dem Wiener Hofe mit der Bitte um möglichst rasche Ratifikation übersandt.*[6]) *Maria Theresia säumte auch nicht den Vertrag zu ratifizieren, liess aber dem in Wien weilenden Vertreter Georgs II., Robinson, eine Deklaration überreichen, in der betont wurde, dass sie die Ratifikation der Konvention vom 11. Aug. in der Erwartung vollzogen habe, dass diese niemals zum Präjudiz der von Robinson im Auftrage Carterets*

---

[1]) *Vgl. Bittner l. c. Nr. 916.*
[2]) *Bericht Wasners d. d. 21. Aug. 1744 St.-A.*
[3]) *Bericht Wasners d. d. 25. Aug. 1744. St.-A.*
[4]) *Weisung an Wasner d. d. 27. Aug. 1744. St.-A.*
[5]) *Vgl. Weisung an Wasner d. d. 5. Okt. 1744. St.-A.*
[6]) *Vgl. den Bericht Wasners d. d. 13. Nov. 1744. St.-A.*

im August gegebenen Erklärungen gedeutet werden würde.[1]) *Robinson erwiderte, dass es sich damals um die Sendung von Truppen an den Rhein zur Verstärkung Karls von Lothringen gehandelt habe, während die zweite Konvention im Interesse der österreichischen Erbländer geschlossen worden sei. Auf diese Erklärung des englischen Gesandten erfolgte eine neue Antwort des Hofkanzlers, in der er hervorhob, dass Maria Theresia bei Wahrung ihres Standpunktes auf der Rückzahlung nur soweit bestehe, als es dem englischen Hofe genehm erscheinen werde, dieselbe erfolgen zu lassen.*[2])

Sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme ayant fait representer à sa Mté le roy de la Grande-Bretagne avec autant d'instance que de regret de devoir luy être d'avantage à charge pour son propre support et pour celuy de la cause publique que ses finances se trouvent entierement épuisées, et le subside accordé par sa Mté britannique pour cette presente année actuellement consumé par les efforts extraordinaires qu'elle a faits et par l'immense nombre de troupes qu'elle a mises en campagne, se montant à plus de cent septante mille hommes, pour conjointement avec ses fidéles alliés faire face partout aux ennemis communs, et specialement pour arretter leurs progrez dans les Païs-Bas par une puissante diversion sur le Rhin pour laquelle sa Mté n'a rien épargné et qui a effectivement obligé la France à y transporter de Flandre une grande partie de ses forces; tellement que, sans le prompt secours d'un subside additionel, sa Mté la reine seroit dans l'impossibilité absolue de continuer même le prêt aux troupes qu'elle a sur pied, bien loin de pouvoir faire une levée ulterieure et fournir aux autres mesures et depenses indispensables pour la mettre en état de resister efficacement à la nouvelle invasion intentée par le roy de Prusse contre ses païs hereditaires, et de la repousser assez promtement pour que la France ne puisse derechef tourner toutes ses forces contre les alliés de la reine.

Et sa Mté britannique ayant meurement consideré le besoin réel et pressant de sa Mté la reine, et l'extréme necessité qu'il y a d'y subvenir sans nul retard, si l'on ne veut risquer de la

[1]) *Weisung an Wasner d. d. 10. Dez. 1744. St.-A.*

[2]) *Die Antwort Robinsons und Gegenerklärung Ulefelds liegen der Weisung an Wasner d. d. 11. Dez. 1744 bei. St.-A.*

voir accablée par le nombre de ses ennemis et de perdre sans ressource quelconque toute esperance d'une paix qui puisse rassurer la liberté publique; par des motifs si justes et si urgens sa Mté britannique s'est portée à accorder à sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme le subside additionel qu'elle luy a si instamment demandé en la maniere suivante.

I.

Sa Mté le roy de la Grande-Bretagne accorde à sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme un subside additionnel de cent cinquante mille livres sterlin, tant pour l'aider à faire subsister ses armées qu'à les augmenter par une nouvelle levée au moins de vingt mille hommes, et à completer et mettre mieux en état d'agir les troupes qu'elle a sur pied.

II.

Cette somme de cent cinquante mille livres sterlin sera payée dès la signature de la presente convention afin qu'elle puisse étre employée sans aucun delay ni perte de tems aux usages salutaires auxquels elle est destinée.

III.

Moyennant lequel subside ainsy accordé et payé, sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme s'oblige de fournir immediatement à sa Mté le roy de Pologne la somme de cinquante mille livres sterlin pour mettre en état d'agir un corps au moins de vingt mille hommes qui doit joindre son armée en Bohéme, et d'achever incessament de completer et mettre mieux en état d'agir ses propres troupes.

IV.

De plus sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme fait et fera lever immediatement dans ses païs hereditaires un nouveau corps au moins de vingt mille hommes pour renforcer ses armées et les mettre en état de se retourner avec plus d'efficace contre la France aprés avoir pourvû à la seureté de ses états hereditaires; et elle fera exhiber à sa Mté britannique les rôles effectifs dans l'espace de trois mois au plus tard.

Ainsy fait, reglé et convenu entre les ministres soussignés de sa Mté la reine d'Hongrie et de Boheme et de sa Mté le

roy de la Grande-Bretagne sous l'assurance reciproque que leurs Mtez le ratifieront et en feront échanger les ratifications le plustôt que faire se pourra. À Londres l'onzième jour du mois d'Août 1744.

L. S. J. Wasner. L. S. Hardwicke C.
L. S. Harrington P.
L. S. Holles Newcastle.
L. S. Carteret.
L. S. H. Pelham.

Comme l'objet principal de la convention du 30 de Juillet dernier a été de prévenir le besoin déjà apparent alors où la reyne de Hongrie et de Boheme pourroit se trouver d'arrêter les progrés du serenissime prince Charles de Lorraine en rappellant une partie de son armée pour la deffense des païs hereditaires; et comme depuis la signature de la dite convention on est authentiquement informé que le roy de Prusse fait marcher une armée formidable pour attaquer la Boheme ce qui obligeroit en effêt sa Mté la reyne d'y appeller une partie de celle que monseigneur le prince Charles commande, à moins qu'il n'y soit suppléé par le secours que sa Mté polonoise en qualité d'electeur a promis à la reyne et qu'on ne fournisse sur le champ à sa dite Mté polonoise les moyens de mettre ce secours en mouvement; pour ces causes les ministres de sa Mté britannique ont par son ordre declaré a moy, soussigné ministre plenipotentiaire de sa Mté la reyne, que le subside additionel de 150.000 Liv. St., promis en vertu de la dite convention du 30 Juillet, ne sera delivré que sous l'expresse condition que 50000 Liv. St. en soient avancées immediatement par sa Mté la reyne à sa Mté le roy de Pologne, affin de le mettre en etat de remplir sans delai les engagements où il est entré avec elle pour la deffense de ses païs hereditaires, et non autrement; en conformité de quoy je me charge, aussitôt que j'aurai reçu des ministres de sa Mté britannique le dit subside additionel en entier, d'en remettre la somme de 50000 Liv. St. à Leipzig ou tel autre endroit qui sera jugé le plus convenable pour cet effêt, pour qu'elle y soit toute prête à être avancée à sa Mté le roy de Pologne pour l'usage du secours susdit, du moment que

sa Mté la reyne l'ordonnera sur le rapport que je luy vais faire de ce que dessus.

À Londres ce 13/24 d'Août 1744.

L. S. J. Wasner.

44.

Allianz zwischen Maria Theresia, Georg II., Friedrich August II. von Sachsen-Polen und den Generalstaaten samt 3 geheimen Separatartikeln d. d. Warschau 1745 Jan. 8.

Rat. Georgs II. d. d. St. James 1745 Februar 11/22; Maria Theresia's d. d. Wien 1745 Februar 20; Friedrich Augusts d. d. Dresden 1745 März 2; der Generalstaaten d. d. Haag 1745 März 12.

Die Originale des Hauptvertrages samt Geheimartikeln sowie der Ratifikationen der Generalstaaten und Friedrich Augusts im St.-A. und R. O.; das Original der englischen Ratifikation im St.-A., jenes der Ratifikation Maria Theresia's im R. O.

Drucke bei Bittner Nr. 919.

Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Preussen und Österreich im Sommer 1744 rief bei Maria Theresia und den Seemächten den Wunsch hervor, den Kurfürsten von Sachsen, der durch die im Dezember 1743[1] *und Mai 1744*[2] *mit Österreich getroffenen Vereinbarungen seine Preussen feindliche Gesinnung kundgethan hatte, enger an sich zu fesseln und sich seiner Mitwirkung bei dem voraussichtlich schweren Kampfe gegen die gemeinsamen Gegner zu versichern.*[3] *In diesem Sinne hatte Georg II., unmittelbar nach dem Einlangen der Nachricht von dem Marsche der preussischen Truppen nach Böhmen, an Maria Theresia das Ansuchen gestellt, dem Kurfürsten von Sachsen einen Teil der ihr zugesagten englischen Subsidien zu überlassen; in diesem Sinne drängte er zu gleicher Zeit den Wiener Hof durch weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Forderungen Friedrich Augusts die Durchführung des geplanten Bündnisses mit*

---

[1]) *Vgl. den Abdruck des Vertrages vom 20. Dez. 1743 bei Wenck Codex juris gentium recentissimi I. 722.*

[2]) *Angeführt bei Vesque von Püttlingen, Sachsen 74; vgl. Droysen l. c. II. 235 f., woselbst der Wortlaut z. T. angeführt ist.*

[3]) *Vgl. für die allgemeine Lage in dieser Zeit Arneth II. 398 ff.; Koser l. c. I. 214 ff.*

diesem Fürsten zu ermöglichen.[1]) *Die Situation war für Maria Theresia eine recht schwierige. Sie unterschätzte die Vorteile nicht, die ihr aus einer energischen Anteilnahme des sächsischen Herrschers an dem Kriege gegen Friedrich II. erwachsen konnten; allein die seit Jahren mit Friedrich August geführten Verhandlungen liessen keinen Zweifel daran übrig, dass er sich seine Mitwirkung von ihr sehr teuer werde bezahlen lassen. Hatte er doch von dem Augenblicke an, da er dem Wiener Hofe von seiner Neigung Kunde gab, mit demselben gemeinsame Massregeln zur Verhütung eines weiteren Anwachsens der preussischen Macht zu ergreifen, darauf hingewiesen, dass er für seine Mithilfe eine Entschädigung auf Kosten Österreichs verlange, von der Erwerbung einiger böhmischer Kreise gesprochen und den Gedanken des Wiener Hofes, sich für seine Leistung auf Kosten Preussens bezahlt zu machen, energisch zurückgewiesen.*[2]) *Und wenn er auch dann, der Not gehorchend, von solchen Forderungen zurückgetreten war und sich im Vertrage vom 20. Dez. 1743 mit dem Erbrechte seiner Gattin und deren Descendenten auf die gesamten Erbländer der deutschen Linie der Habsburger im Falle des Ablebens der Nachkommen Maria Theresia's begnügt hatte, so war vorauszusehen, dass er jetzt, wo es sich im Hinblicke auf die drohende Haltung Friedrichs II. um einen weitaussehenden Krieg handelte, die alten Wünsche wieder vorbringen werde. In der Tat säumte Friedrich August nicht, die günstige Gelegenheit zu benützen. Er forderte im Falle der Rückeroberung Schlesiens für Maria Theresia von dieser nebst kleineren Konzessionen auch die Abtretung*[3]) *der Fürstentümer Sagan, Glogau und Jauer. Die Wiener Regierung wies dieses Begehren in der entschiedensten Weise zurück; erklärte sich aber bereit, gegebenenfalls das schlesische Fürstentum Crossen mit Züllichau und die preussischen Lehen in der Lausitz an Sachsen gelangen zu lassen und versprach überdies, im Falle die Waffen der gegen Friedrich II. Verbündeten siegreich sein sollten, dem Bundesgenossen eine wesentliche Gebietserweiterung auf Kosten des besiegten Gegners.*[4]) *Von diesen Entschlüssen liess sie dem englischen Könige und den massgebenden englischen Ministern — die unaufhörlich in Maria Theresia*

---

[1]) *Vgl. die Berichte Wasners vom Aug. und Sept. 1744. St.-A.*

[2]) *Für die österreichisch-sächsischen Verhandlungen im Jahre 1743 vgl. Arneth l. c. II. 308 ff.; Droysen l. c. II. 202.*

[3]) *Vgl. Arneth l. c. II. 434.*

[4]) *Ebenda; die entscheidenden Weisungen an Esterhazy erflossen am 11. und 30. Sept. 1744. St.-A. (Sax.)*

drangen, Sachsen zu befriedigen[1]) — *Mitteilung machen und beauftragte Wasner zu gleicher Zeit in ihrem Namen die Bitte auszusprechen, den sächsischen Forderungen „nicht mit Abbruch unseres Erzhauses zuviel nachzugeben. Wir sagen, fuhr sie fort, wohl bedacht mit Abbruch unseres Erzhauses, indem sobald uns Schlesien wieder zu Teil wird, wir gar wohl zufrieden sind, dass Kursachsen mit Abbruch des gemeinsamen Feindes zu dem Ende begünstigt werden möge. Das ist um so nötiger, weil wir wissen, dass Sachsen sich auf unsere und nicht auf Kosten Preussens vergrössern will und anderenteils, dass, wie ehedem zum Behuf sowohl Preussens als Sardiniens in uns gedrungen worden, die Beisorg mehr dann zuviel bestärkt, dass das nämliche nunmehr zum Behuf Kursachsens erfolgen dürfte.“*[2])

Bevor noch Wasner in die Lage kam seine Verhandlungen mit den englischen Ministern zu beginnen, hatten ihm diese ein von ihnen verfasstes Projekt des geplanten Bündnisses überreicht,[3]) *zu dessen Teilnehmern nach dem ursprünglichen*[4]), *später fallen gelassenen Plane auch Russland zählen sollte. Der Vertreter Maria Theresia's konnte nach beendeter Lektüre desselben nicht leugnen, dass die Bestimmungen dieses Entwurfes den Wünschen und Bedürfnissen seiner Herrin in allen wichtigen Punkten entsprachen. Der sächsische Kurfürst sollte neuerlich die Anerkennung der pragmatischen Sanktion aussprechen, der bedrohten Herrscherin eine Armee von 30000 Mann zur Verfügung stellen und dafür von den Seemächten eine jährliche Subsidie von 150.000 Pfund St. erhalten. Dass diese Armee nach Beseitigung der Böhmen drohenden Gefahr auch anderswo verwendet werden sollte,*[5]) *konnte Österreich nur genehm sein. Und ebenso befriedigend fand Wasner die Bestimmungen bezüglich der Fortdauer aller früher unter den Verbündeten geschlossenen Vereinbarungen für die Zeit des Krieges*

---

[1]) *Vgl. die Berichte Robinsons vom Aug.-Okt. 1744. R. O.*

[2]) *Weisung an Wasner d. d. 10. Sept. 1744. St.-A.*

[3]) *Bericht Wasners d. d. 18. Sept. 1744. St.-A. Dem Berichte liegt das englische Vertragsprojekt bei.*

[4]) *Bericht Wasners d. d. 18. Sept. 1744. St.-A.*

[5]) *Der Artikel 6 des Projektes, der darauf Bezug hatte, verfügte, dass der Herrscher von Sachsen-Polen, nach Beseitigung der Böhmen drohenden Gefahr, 10000 Mann auf eigene Kosten nach den Niederlanden, oder wohin sonst es das allgemeine Interesse erfordern würde, marschieren lassen sollte. Doch wurde dieser Artikel auf Wunsch Friedrich Augusts dahin geändert, dass diesem für die versprochene Sendung von 10000 Mann eine jährliche Subsidie von 90000 Pfund St. zugesagt wurde.*

und der nun geschlossenen Verbindung auch nach Abschluss des Friedens mit den gegenwärtigen Feinden.[1])

Auch die 3 geheimen Separatartikel, die dem englischen Projekte einverleibt waren, fanden den vollen Beifall Wasners. Dass sich Sachsen in dem ersten zu einverständlichem Vorgehen mit Hannover und Österreich auf dem Reichstage, in dem zweiten zur Förderung der gemeinsamen Interessen bei einzelnen geistlichen und weltlichen Fürsten verpflichtete,[2]) *konnte Österreich nur vorteilhaft sein, und wenn der Kurfürst von Sachsen als Gegenleistung dafür forderte, dass Österreich und England seine auf Stärkung seiner Herrschergewalt in Polen gerichteten Bestrebungen unterstützen sollten, so konnte dies dem kaiserlichen Gesandten umso weniger bedenklich erscheinen, da dabei ausdrücklich die strenge Wahrung der Gesetze und Konstitutionen Polens betont wurde. Ja selbst gegen die beiden Artikel (7. und 8.), die sich auf die Sachsen zu gewährenden Entschädigungen bezogen, glaubte Wasner nichts wesentliches einwenden zu können. Denn dass die Verbündeten dem ihnen zu Hilfe eilenden Kurfürsten den Besitz seiner deutschen Länder garantierten und das Versprechen gaben, die Waffen nicht aus der Hand zu legen, bis ihm etwa verloren gehende Gebiete zurückgestellt seien, verstand sich von selbst. Und wenn nach dem 8. Artikel die Verbündeten sich verpflichten sollten, im Falle eines Erfolges, den Kurfürsten teilnehmen zu lassen „aux avantages qui en reviendront par des convenances qu'on lui procurera", und beim nächsten Frieden auf die Interessen Sachsens die möglichste Rücksicht zu nehmen, so entsprach die allgemeine Form dieser Zusage ganz den Wünschen des Wiener Hofes. Es kann auch kein Zweifel bestehen, dass Maria Theresia, obgleich ihr die Fassung einiger Artikel des englischen Projektes nicht behagte,*[3]) *die Einwilligung zur Unterzeichnung*

---

[1]) *Das englische Projekt lautete bezüglich dieses Punktes weit präziser als das definitive Übereinkommen, indem in jenem bestimmt wurde, dass, im Falle einer der Verbündeten nach erfolgtem Friedensschlusse von einem der Feinde angegriffen werden sollte, die Übrigen demselben ohne Zögern Hilfe leisten sollten, falls ihre Bemühungen, den Angreifer von jedem feindlichen Vorgehen abzuhalten, innerhalb zweier Monate ohne Erfolg bleiben würden. Die Hilfsquote für England und Österreich wurde mit 8000 Mann zu Fuss und 2000 zu Pferd, jene Sachsen-Polens mit 4000 zu Fuss und 2000 zu Pferd, die der General staaten mit 4000 zu Fuss und 1000 zu Pferd festgesetzt.*

[2]) *Im Projekte war von den geistlichen Fürsten nur Mainz genannt.*

[3]) *Vgl. die Weisung an Wasner d. d. 5. Okt. 1744. St.-A. Sie klagte vornehmlich über die Einleitung des Vertrages, die, ungemein breit gehalten, das Bestreben des englischen Hofes erkennen liess, den Preussenkönig möglichst zu*

dieses Vertrages sogleich gegeben hätte, wenn nicht die Engländer zugleich mit der Überreichung dieses Projektes das Ersuchen an sie gestellt hätten, dem sächsischen Kurfürsten in der Entschädigungsfrage, über die zwischen Österreich und Sachsen separat verhandelt wurde — und in die direkt einzugreifen für England kein Grund vorlag — möglichst weit entgegenzukommen.[1]) *Wie sie sich aber dieses Entgegenkommen der österreichischen Herrscherin dachten, wurde dieser klar, als Robinson für die Forderung des sächsischen Hofes auf Überlassung der 3 Fürstentümer Grossglogau, Sagan und Jauer eintrat und auf die Einwendungen der Wiener Regierung von der Notwendigkeit sprach, auch mit Opfern die Bundesgenossenschaft Friedrich Augusts zu gewinnen.*[2]) *Maria Theresia war über die Haltung des englischen Ministeriums empört. Sie erklärte in der entschiedensten Weise über die den Sachsen bereits gemachten Anerbietungen nicht hinausgehen zu wollen und begleitete ihre Absage an England mit den an Wasner gerichteten bezeichnenden Worten: „In Weltsachen muss nach den Werken und nicht nach den Worten geurteilt werden, und jene zeigen nur allzu klar an, dass, wenn auch durch den göttlichen Beistand und unsere fast alleinige Anwendung die Sachen gut gehen sollten, dennoch nur immer unser Erzhaus geschwächet, nicht aber die Mittel demselben wieder aufzuhelfen angewendet oder auf unschädliche, billige Wege der andringenden Not zu steuern, verfallen werden wollen."*[3]) *Das energische Auftreten der österreichischen Herrscherin verfehlte nicht in London Eindruck zu machen; man erklärte daselbst keinerlei feindliche Absichten gegen Österreich zu hegen und nur im Interesse der allgemeinen Sache einige Konzessionen an Sachsen befürwortet zu haben.*[4]) *Unterdessen war es den Vertretern Maria Theresia's am polnischen Hofe gelungen, Friedrich August zur Billigung der von Österreich vorgeschlagenen Änderungen an dem englischen Vertragsprojekte und zu dem Versprechen zu bewegen, die Unterschrift des mit den Seemächten und Österreich zu schliessenden Vertrages von der Erledigung der durch einen Separatakt zu ordnenden Entschädigungsfrage nicht*

---

schonen, und über die Fassung des 4. Artikels, nach dem Karl von Lothringen, der 70000 Mann kommandirte, dem Herzoge von Weissenfels, der ein Hilfskorps von 20000 Mann befehligte, unterordnet werden sollte.

[1]) *Berichte Wasners vom Sept. und Okt. 1744. St.-A.*

[2]) *Vgl. die Berichte Robinsons vom Sept. und Okt. 1744 R. O. und die Weisung an Wasner d. d. 12. Okt. 1744. St.-A.*

[3]) *Weisung an Wasner d. d. 28. Okt. 1744. St.-A.*

[4]) *Bericht Wasners d. d. 23. Okt. 1744. St.-A.*

abhängig zu machen.[1]) *Die österreichische Herrscherin beauftragte Wasner die englische Regierung von dieser Tatsache in Kenntnis zu setzen, zu gleicher Zeit aber hinzuzufügen, dass der Gedanke des Separataktes von Sachsen ausgegangen sei, während sie wiederholt erklärt habe, „dass man erst den Bären getötet haben müsse, bevor man sich in sein Fell teilt.“ Und da die Wiener Regierung vernahm, dass die Generalstaaten mit diesem Plane einer Separatvereinigung nicht einverstanden seien, erhielt Wasner den Befehl, in London zu betonen, dass Maria Theresia gerne bereit sei, von dem Separatabkommen mit Sachsen gänzlich abzustehen, dass sie sich aber das Recht wahren müsse, im Falle ein solches geschlossen werde, auch auf ihre Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen.*[2])

Wasner fand, als er den englischen Ministern Mitteilung von den Entschliessungen seiner Herrin machte, freundliches Gehör. Die Engländer erklärten, es komme ihnen auf den möglichst baldigen Abschluss der Allianz, der zu Warschau erfolgen sollte, an; den Österreichern Vorschriften bezüglich der den Sachsen zu gewährenden Konzessionen zu machen, falle ihnen nicht ein; sie empfahlen nur neuerdings ein weitreichendes Entgegenkommen und sprachen die Hoffnung aus, dass das Separatabkommen zwischen Österreich und Sachsen, mit dem sie einverstanden seien, bald zu Stande kommen werde.[3]) *Das war nun nicht der Fall, vielmehr zeigten die Verhandlungen, die in den letzten Wochen des Jahres 1744 am Wiener und am Warschauer Hofe geführt wurden, dass man noch weit von einer Verständigung entfernt war. Doch hinderte dieser Umstand den Abschluss des Vertrages nicht, durch den sich Sachsen zur Teilnahme am Kampfe gegen Friedrich II. verpflichtete. Derselbe wurde am 8. Januar 1745 in Warschau unterzeichnet. Die Auswechslung der Ratifikationen erfolgte langsam; namentlich der sächsische Hof zögerte, verletzt durch das zurückhaltende Benehmen Maria Theresia's in der Entschädigungsfrage, mit der definitiven Anerkennung der zu Warschau getroffenen Vereinbarungen. Erst am 2. März unterzeichnete Friedrich August, von England unaufhörlich gedrängt, die Ratifikationsurkunde, behielt sich aber in einer am 15. März ausgestellten Deklaration seine Rechte in der Entschädigungsfrage vor.*[4]) *Die definitive Ordnung derselben erfolgte in*

[1]) *Vgl. die Berichte Esterhazy's vom Okt. und Nov. 1744. St.-A. (Pol.) und die Weisungen an Wasner d. d. 14. und 30. Nov. 1744. St.*

[2]) *Weisung d. d. 30. Nov. 1744. St.-A.*

[3]) *Berichte Wasners vom 27. Nov. und 8. Dez. 1744. St.-A.*

[4]) *Gedruckt u. a. bei Martens, Suppl. III. 24.*

einer geheimen Konvention, die Österreichs und Sachsens Bevollmächtigte in Leipzig am 18. Mai 1745 unterzeichneten.[1])

Au nom de la très sainte trinité.

Comme sur la mort de l'empereur Charles VI. de glorieuse memoire sans enfans mâles les traités les plus sacrés et les plus explicites n'ont pû empecher qu'il ne se soit élevé dans l'empire des troubles qui l'ont rempli de calamités et qui en menaçent la liberté et la constitution; et d'autant que les dits troubles sont contraires aux engagements solemnels, aux intentions pacifiques, aux justes droîts et aux interêts essentiels des hauts contractants, afin d'obvier autant qu'en eux est aux dommages qui peuvent resulter à eux mêmes et à toute l'Europe de la continuation et du progrès de ces troubles, et afin d'animer et d'encourager par leur exemple tous les princes et etâts intéressés comme eux à sauver l'Europe en general et l'empire en particulier des maux sous lesquels ils gemissent et des dangers dont ils sont menaçés, et de maintenir la foy des traités qui assûrent la liberté, la sureté et la tranquillité publiques; sa serenissime et très puissante princesse Marie Therese, par la grace de dieu reine de Hongrie, de Boheme etc., le serenissime et très puissant prince Frederic Auguste, roi de Pologne, comme electeur de Saxe etc., le serenissime et très puissant prince George II., roi de la Grande-Bretagne, de France et d'Irrlande etc., et les hauts et puissants seigneurs les etâts generaux des provinces unies des Païs-Bas ont resolû de se lier ensemble et plus etroitement et plus inseparablement, et d'unir leurs conseils et leurs forces pour pourvoir plus efficacement et d'un commun concert à leur seureté tant presente que future, à leur conservation reciproque et à celle de l'empire, et specialement pour appaiser les troubles qui y ont été excités et pour en detourner toute invasion nouvelle.

Pour cet effet, et ne voulant pas dans un cas si urgent tarder à effectuer des intentions si justes et si louables, ils ont autorisé leurs ministres plenipotentiaires à en discuter et regler les details, savoir sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme le sieur Nicolas comte d'Esterhasy, son chambellan, conseiller de la lieutenance roiale de Hongrie et ministre plenipotentiaire à

[1]) *Gedruckt u. a. bei Martens Suppl. I. 270.*

la cour de sa Mté polonoise; sa Mté le roi de Pologne, electeur de Saxe, le sieur Henri comte de Brühl, baron de Forste et de Pfoerten, chevalier des ordres de l'aigle blanc, de Saint André et de l'aigle noir, son ministre de cabinet, de conference et d'etât, general d'infanterie, grandmaître de la garderobbe, president de la chambre des finances, directeur general des tailles et des accises, commendant des gardes saxonnes en Pologne et colonel d'un regiment d'infanterie; sa Mté britannique le sieur Thomas Villiers, son envoyé extraordinaire et ministre plenipotentiaire à la cour de sa dite Mté le roi de Pologne, electeur de Saxe; et leurs hautes puissances les etâts generaux le sieur Corneille Calkoen, leur ministre plenipotentiaire auprès de sa Mté polonoise. Lesquels ministres, après s'être entre-communiqué leurs pleinpouvoirs respectifs, sont convenûs des articles suivants.

I.

Il y aura dès à present et pour tous les tems à venir une amitié, union et alliance ferme, constante et inalterable et une confiance et correspondence parfaite et intime entre sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme, sa Mté le roi de Pologne, electeur de Saxe, sa Mté le roi de la Grande-Bretagne et les seigneurs etâts generaux des Provinces-Unies, leurs royaumes, etâts, terres et sujets, et ils seront tenûs tant pour eux que pour leurs successeurs de se soutenir et de s'entreaider reciproquement, de veiller à leur sûreté mutuelle comme à la leur propre, de procurer avec soin et avec affection ce qui leur seroit avantageux, et d'eloigner et empecher autant qu'ils pourront tout ce qui seroît nuisible à eux ou à la cause publique.

II.

Pour cet effet les hauts contractants prendront ensemble dès à present et de concert les mesures les plus efficaces pour retablir et raffermir la paix et le bon ordre en Europe et particulierement dans l'empire, ainsi que pour s'entreaider reciproquement à proteger, conserver et defendre tous les roïaumes, etâts, païs, provinces, terres, droîts et possessions dont ils jouissent actuellement ou doivent jouir en vertu des traités de paix, d'alliance et de garantie qui subsistent entre eux ou aucun d'eux; tous lesquels traités et specialement ceux d'alliance, de

garantie et de defense mutuelle resteront en pleine vigueur, en tant qu'ils concernent les hauts contractants respectifs.

III.

Sur tout sa Mté polonoise, electeur de Saxe, confirme et renouvelle très expressement en la maniere la plus stable et la plus irrevocable tant pour elle que pour ses heritiers et successeurs la garantie de l'ordre de succession etabli dans la serenissime maison d'Autriche par la sanction pragmatique, comme sa Mté britannique et les seigneurs etats generaux y sont engagés, et au quel ordre de succession le corps de l'empire a aussi donné sa garantie et sa sanction; promettant de concourir avec toutes ses forces à ce qu'il ne soit jamais porté aucune atteinte ulterieure à un reglement si salutaire qui est necessaire à la sûreté de l'empire et au repos de l'Europe en general et qui interesse si essentiellement la propre posterité de sa Mté polonoise, à la quelle le susdit reglement assûre la dite succession après l'extinction des descendants du feu empereur Charles VI.

IV.

Et à cet effet le roiaume de Boheme se trouvant actuellement attaqué, sa Mté polonoise, electeur de Saxe, agira immediatement avec une armée de trente mille hommes de trouppes auxiliaires pour la defense du dit roïaume et la sûreté de sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme.

V.

Pour subvenir aux fraix d'un armement si considerable, fait en faveur de la cause commune, sa Mté britannique et les seigneurs etâts generaux s'engagent à fournir à sa Mté polonoise, electeur de Saxe, tant que la necessité le requerra, un subside annuel de cent cinquante mille livres sterlings, à commençer du 1er de Janvier de l'année 1745 nouveau style et payable regulierement de trois mois en trois mois, du quel subside sa Mté britannique païera cent mille livres sterlings et les seigneurs etâts generaux cinquante mille, évalués à la somme de cinq cent cinquante mille florins d'Hollande.

VI.

Aussitot que tout danger aura cessé du côté de la Boheme et de l'electorat de Saxe à la satisfaction des parties contractantes, sa Mté polonaise, electeur de Saxe, fera marcher à la premiere requisition et entretiendra à ses propres fraix, moïennant la continuation d'un subside de nonante mille livres sterlings, païable sur le pied de la somme specifiée dans l'article precedent, savoir soixante mille livres sterlings de la part de la Grande-Bretagne, et trente mille livres, évaluées à la somme de trois cent trente mille florins d'Hollande, de celle de leurs hautes puissances, un corps de dix mille de ses troupes, savoir deux mille cavaliers et huit mille fantassins aux Païs-Bas ou ailleurs dans l'empire, où sa Mté britannique et les seigneurs etâts generaux le jugeront necessaire pour le bien de la cause commune.

VII.

Si en consequence des engagemens que sa Mté polonoise, electeur de Saxe, contracte par la presente alliance ses etats en Allemagne venoient à être attaquées, outre l'assistance effective que les alliés lui donneront pour sa defense immediate ils s'efforceront de lui procurer de l'aggresseur satisfaction entiere du dommage qui y aura été causé, et pour cet effet si l'un ou l'autre de ses dits païs etoit saisi, ils ne mettront pas les armes bas que ces etats ne luy soyent pleinement restituées; comme sa Mté polonoise, electeur de Saxe, de son côté persistera inviolablement dans ces mêmes engagemens jusqu'à la paix et sur tout tant qu'il y aura dans les etâts, soit de la reine de Hongrie et de Boheme soit dans ceux des autres hauts contractants, des trouppes ennemies, ou danger qu'il n'en rentre dans ces etâts ou dans l'empire.

VIII.

S'il plaisoit à dieu de benir les mesures et les precautions que sa Mté polonoise, electeur de Saxe, concourra ainsi à prendre avec les autres hauts contractants pour la sûreté presente et future de l'Europe en general et de l'empire en particulier, dans ce cas sa Mté polonoise, electeur de Saxe, participera aux avantages qui en reviendront par des convenances qu'on lui procurera, et les hauts contractants promettent en

general de prendre à la pacification prochaine tous les soins possibles des interêts de sa Mté polonoise, electeur de Saxe, et de sa maison.

IX.

Après la paix faite, les hauts contractants demeureront de même et pour toujours etroitement unis, et ils concerteront alors de quelle maniere ulterieure ils pourront pourvoir le plus efficacement a leur sureté et à leur avantage reciproque.

X.

Sa Mté l'imperatrice de toutes les Russies et le royaume et republique de Pologne sont nommement et dès à present invités à acceder comme parties principales contractantes à la presente alliance, et tous les rois, electeurs, princes et étâts qui ont à coeur la liberté et la seureté publique et la conservation du systeme de l'empire et qui voudront acceder à la presente alliance, y seront admis.

XI.

Ce present traité d'alliance sera approuvé et ratifié par sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme, sa Mté le roi de Pologne, electeur de Saxe, sa Mté le roi de la Grande-Bretagne et les seigneurs etâts generaux des Provinces-Unies, et les lettres de ratification seront echangées en due forme à Dresde dans l'espace de deux mois ou plutôt s'il se pourra.

En foy de quoy les susdits ministres plenipotentiaires respectifs ont signé le present traité d'alliance et y ont apposé les sceaux de leurs armes.

Fait à Varsovie ce huitieme Janvier l'an mille sept cent quarante cinq.

N. comte d'Esterhasy. L. S. Comte de Brühl. L. S. Th. Villiers. L. S. C. Calkoen. L. S.

Articles separés et secrets.

I.

Sa Mté polonoise, electeur de Saxe, s'engage à faire agir ses ministres à la diête de l'empire dans un parfait concert avec ceux de sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme et de sa Mté britannique, electeur de Brounswic-Lunebourg en la

façon qui semblera à leurs Mtés la plus convenable au bien de la cause publique et au bût de l'alliance conclue aujourd'huy et aux intêrêts des quatre puissances qui l'ont signée.

II.

Sa Mté polonoise, electeur de Saxe, s'engage expressement et specialement de vouloir de commun concert avec sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme et avec sa Mté britannique, electeur de Brounswic-Lunebourg, conferer et convenir avec leurs altesses electorales de Mayence, de Cologne et de Treves, comme aussi avec d'autres princes et etâts bien intentionnés pour le salut de leur patrie sur la methode et les moiens les plus propres et les plus expeditifs de pourvoir au repos et à la sureté de l'Allemagne, d'affermir le systeme de l'empire et d'en eloigner tout danger et dommage.

III.

Pour mettre le royaume de Pologne plus en etat d'être utile à la cause publique, sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme et sa Mté britannique promettent d'aider sa Mté polonoise dans ses vues salutaires à cet egard d'autant qu'elles le pourront faire sans porter atteinte aux loix et constitutions du dit royaume.

Ces trois articles separés seront tenûs secrets et auront la même force, comme s'ils étoient inserés de môt à môt dans le traîté d'alliance signé aujourd'huy entre les hauts contractants et les seigneurs etats generaux des provinces unies des Païs-Bas.

En foy de quoi les susdits ministres plenipotentiaires respectifs ont signé les presents articles separés et y ont apposé les sceaux de leurs armes.

Fait à Varsovie ce huitieme Janvier, l'an mille sept cent quarante cinq.

N. comte d'Esterhasy. L. S. Comte de Brühl. L. S. Thomas Villiers. L. S.

45.

Subsidienvertrag zwischen Maria Theresia und Georg II. d. d. Whitehall 1745 April 2/13.

Rat. Georgs II. d. d. St. James 1745 April 27/Mai 8; Maria Theresia's d. d. Wien 1745 April 21.

Die Originale des Hauptvertrages im St.-A. und R. O., das Original der Ratifikation Maria Theresia's im R. O., jenes der englischen Ratifikation im St.-A.

Noch bevor die Warschauer Allianz zu Stande gekommen war, hatte sich Maria Theresia im Hinblicke auf die gewaltigen Truppenmassen, die sie für den kommenden Feldzug bereit halten musste, an die englische Regierung mit der Bitte um eine hohe Subsidie für das Jahr 1745 gewandt. Auch bat sie, da sie des Kredites dringend bedurfte, um eine insgeheim auszustellende Deklaration betreffs der Subsidien. Die englischen Minister wiesen die letztere Forderung als unstatthaft zurück, indem sie betonten, dass die Bewilligung von Subsidien ein ausschliessliches Recht des Parlamentes sei, dem man nicht vorgreifen dürfe.[1]) *Dagegen gaben sie Hoffnung auf eine höhere Subsidie, als die, welche bisher Maria Theresia zugesprochen worden war, freilich nicht ohne eine Bedingung zu stellen, deren Erfüllung der österreichischen Herrscherin ein gut Teil der in Aussicht gestellten Gelder entziehen sollte. Noch vor Schluss des Jahres 1744 teilte Lord Harrington dem österreichischen Vertreter mit, dass das englische Volk den entschiedensten Willen zeige, die Entlassung der bisher im britischen Sold gestandenen 16000 hannover'schen Soldaten aus dem englischen Dienste zu fordern, und dass es kein anderes Mittel gebe, diese für den Kampf gegen die gemeinsamen Feinde unentbehrlichen Truppen zu erhalten, als die Überlassung eines Teiles der vom englischen Parlamente für Maria Theresia bestimmten Subsidien an Georg II. als Kurfürsten von Hannover. Um dieses Anerbieten der Wiener Regierung genehmer zu machen, versicherte Harrington, Georg II. werde gegen Überlassung von 200.000 Pfund St., 20000 Mann seiner hannover'schen Truppen zu der in Deutschland zusammenzusetzenden Armee stossen lassen und Maria Theresia die Vollmacht erteilen, dieselben nicht nur am Nieder- und Oberrhein, sondern wo immer es nötig sein sollte, zu verwenden.*[2]) *Auch erinnerte Harrington*

[1]) *Bericht Wasners d. d. 23. Okt. 1744. St.-A.*

[2]) *Bericht Wasners d. d. 29. Dez. 1744. St.-A.; vgl. für die Stellung*

daran, dass bereits im Jahre 1741 ein ähnlicher Vertrag entworfen und unterzeichnet, jedoch infolge eingetretener Schwierigkeiten, die Sachsen hervorgerufen, nicht ratifiziert worden sei.

Wasner war über diese Eröffnung des englischen Ministers sehr bestürzt. Er suchte demselben begreiflich zu machen, dass es dem allgemeinen Interesse förderlicher wäre, wenn Georg II. aus eigenem seine Truppen erhalten und die englischen Subsidien zur Gewinnung Russlands verwenden würde, fand aber taube Ohren. Harrington erklärte in entschiedenster Weise, Georg II. könne auf eigene Kosten seine hannover'schen Truppen nicht erhalten, und da keine Aussicht sei, dass die Opposition in die fernere Bezahlung derselben willigen werde, gebe es kein anderes, als das von ihm vorgeschlagene Mittel.[1] *Wasner gewann schliesslich selbst die Überzeugung, dass ohne die Billigung des kurfürstlichen Begehrens auf eine energische Förderung der gemeinsamen Sache seitens Georgs II. nicht zu rechnen sei und empfahl seinem Hofe sich zu fügen. In der That gab Maria Theresia ihre Einwilligung zum Abschlusse beider Verträge, übersandte Wasner die entsprechenden Vollmachten, genehmigte seinen Vorschlag, die neuen Verträge nach dem Muster der im Jahre 1741 geschlossenen abzufassen, forderte aber rasche Übersendung von Geld.*[2] *Die Ausfertigung des Hauptvertrages bot keine Schwierigkeit.*[3] *Der englische König versprach der österreichischen Herrscherin nebst den 300.000 Pfund St., die zur Erhaltung ihrer im Felde stehenden Truppen zu dienen hatten, eine weitere Subsidie von 200.000 Pf. St., die zur Vermehrung ihrer Armee um 10000 Mann zu Fuss und 4000 zu Pferd verwendet werden sollte. Ganz ausdrücklich wurde es Maria Theresia freigestellt, ein fremdes Truppenkorps in ihre Dienste zu nehmen und aus den ihr zur Verfügung gestellten Subsidiengeldern zu bezahlen. Im übrigen enthielt dieser Vertrag, wie jener der früheren Jahre, das Versprechen Maria Theresia's keinen Frieden oder Waffenstillstand mit den Feinden einzugehen, falls ihre Verbündeten in denselben nicht eingeschlossen werden sollten. Am selben Tage unterzeichnete Wasner mit Ernst von Steinberg, dem Vertreter Georgs II. als Kurfürsten von Hannover, einen Vertrag, durch den Georg II. versprach, das in der konföderierten Armee am Rhein und am Main dienende hannover'sche Korps von*

---

der Engländer in dieser Zeit Borkowsky E. Die englische Friedensvermittlung im Jahre 1745 p. 13 f.

[1]) *Bericht Wasners d. d. 5. Jan. 1745. St.-A.*

[2]) *Weisung an Wasner d. d. 23. Jan. 1745. St.-A.*

[3]) *Vgl. den Bericht Wasners d. d. 13. April 1745. St.-A.*

14000 Mann dort zu belassen und 5000 Mann Infanterie sowie 1000 Mann Kavallerie neu zu stellen, wogegen Maria Theresia sich verpflichtete, über den Empfang von 200.000 Pfund St. der englischen Subsidien eine Quittung auszustellen, das Geld aber durch einen Vertreter des Kurfürsten von Hannover in Empfang nehmen zu lassen. Dem Vertrage wurde dieselbe Dauer wie dem Hauptvertrage verliehen.[1])

Soit notoire à tous ceux à qui il pourra appartenir que sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohème, ayant avec instance fait representer à sa Mté le roy de la Grande-Bretagne que vû les grandes dépenses dont elle se trouvoit chargée pour tenir en campagne tant et de si nombreuses armées qu'il luy étoit indispensable d'opposer en plusieurs endroits éloignés les uns des autres aux invasions et attaques ennemies, elle avoit le besoin le plus pressent d'un secours immediat en argent; et sa Mté britannique très disposée à faire ce qui peut dependre d'elle pour le soutien de la serenissime maison d'Autriche, et pour contribuer par là au maintien d'un juste equilibre en Europe, ayant fait connoitre à sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohème l'intention où elle étoit de luy fournir sans delai une somme d'argent pour cet effet aux conditions dont on conviendroit, et leurs dites Mtés ayant trouvé convenable qu'il fût fait là-dessus un traité ou convention; à cette fin elles ont muni de leurs pleinpouvoirs respectifs, savoir sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme le sieur Ignace Jean de Wasner, son ministre plenipotentiaire auprès de sa dite Mté britannique, et sa Mté le roy de la Grande-Bretagne ses conseillers privés Philippe Lord Hardwicke, son chancelier de la Grande-Bretagne, Thomas Holles, duc de Newcastle, l'un de ses principaux secretaires d'etât et chevalier du très noble ordre de la jarretiere, Guillaume comte de Harrington, un autre de ses principaux secretaires d'etât, et Henry Pelham, premier commissaire de sa tresorerie et chancellier et sous-tresorier de son echiquier lesquels, après avoir conferé ensemble sur les objets ci-dessus mentionnés et s'être entre-communiqué leurs pleinpouvoirs, sont convenus des articles suivans.

[1]) *Dieser Vertrag d. d. London 2/13. April 1745, unterzeichnet von J. de Wasner und Ernst von Steinberg befindet sich im Or. im St.-A.; er umfasst 5 Artikel. Zum Abdrucke konnte er in dieser Publikation nicht gelangen.*

I.

Sa Mté le roy de la Grande-Bretagne promet de faire payer par quartier dans la ville de Londres entre les mains de la personne ou des personnes, autorizées par sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme à la recevoir en son nom, la somme de trois cens mille livres sterlin dans le cours de la presente année, le premier quartier payable le 25e jour de Mars de cette même année.

II.

Sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohème, reconnoissant le procedé amiable du roy de la Grande-Bretagne en ce qui est promis de sa part par l'article précédent, promet et s'engage d'emploier la dite somme de trois cens mille livres sterlin pour la solde des troupes qu'elle a actuellement en campagne.

III.

Et comme il a été representé en outre de la part de sa dite Mté hongroise à sa Mté le roy de la Grande-Bretagne que, vû les efforts extraordinaires que les ennemis communs ne cescent de faire, tant pour deposseder sa Mté la reine de ses etats hereditaires que pour pouvoir donner la loy aux membres du St. empire romain et aux puissances bien-intentionnées du reste de l'Europe, il seroit de la plus grande importance et utilité aux interêts de la cause commune que sa dite Mté hongroise pût faire sans delai une augmentation considerable de ses troupes, et sa dite Mté ayant en même tems fait appercevoir clairement au roy de la Grande-Bretagne que dans l'epuisement où se trouvent actuellement ses finances, en suite des depenses énormes qu'a demandé de sa part une guerre aussi longue et dispendieuse, il ne luy seroit aucunement practicable de fournir de ses propres fonds aux fraix d'une telle augmentation, et sa Mté britannique, étant pleinement convaincue de la verité de ses representations, elle s'est determinée à vouloir donner incessamment une preuve ulterieure de son amitié à la reine d'Hongrie, en luy accordant outre les trois cens mille livres sterlin ci-dessus stipulés un subside additionel pour cette année de deux cent mille livres sterlin qui sera payé de quartier en quartier dans le cours de la presente

année, le premier quartier payable au 25e jour du mois de Mars de la meme année dans la ville de Londres à la personne ou aux personnes authorisées par sa Mté la reine à le recevoir aux conditions suivantes.

IV.

Sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme augmentera incessamment ses forces actuelles d'un corps de dix mille hommes d'infanterie et d'un corps de quatre mille hommes de cavalerie ou de dragons.

V.

Cette augmentation sera faite ou par une levée immediate que sa Mté fera de nouvelles troupes ou en prenant un corps de troupes étrangeres à sa solde lequel corps dans l'un ou l'autre cas ne sera moindre de quatorze mille hommes, selon ce qui est stipulé dans l'article precedent.

VI.

Ce nouveau corps de troupes sera employé pour l'avantage de la cause commune partout où l'exigence du service contre l'ennemi commun et la raison de guerre demandera qu'il se porte.

VII.

Sa Mté la reine promet et s'engage de la maniere la plus religieuse qu'elle n'employera les dits subsides de trois cens mille et de deux cens mille livres sterlin en tout ou en partie qu'aux usages dont on est convenu par les articles precedens de cette convention.

VIII.

S'engage en outre sa dite Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme de ne conclure aucun traité de paix, de trêve ou de neutralité, ni telle autre convention ou accord que ce soit, avec les puissances qui luy font actuellement la guerre ou qui pourroient la luy faire, ni avec aucune d'icelles, sans y comprendre sa Mté britannique, nommement tant comme roy que comme electeur, et pareillement sa Mté de toutes les Russies, sa Mté polonoise, sa Mté le roy de Sardaigne et les etats generaux des Provinces-Unies, bien entendu que les dites puissances remplissent fidellement de leur côté les engagements contractés

par les traités qui subsistent entre elles et sa Mté la reine de Hongrie et de Bohéme.

IX.

Ce traité sera ratifié par leurs dites Mtés, et les ratifications en seront échangées dans l'espace d'un mois ou plûtôt si faire se peut.

En foy de quoi nous les susdits plenipotentiaires avons soussigné le present traité de nos propres mains et y avons apposé les cachets de nos armes. Fait a Whitehall ce second jour d'avril 1745.

L. S. J. Wasner. L. S. Hardwicke C.
L. S. Harrington.
L. S. Holles Newcastle.
L. S. H. Pelham.

46.

Konvention zwischen Maria Theresia und Georg II., betreffend die Überlassung eines österreichischen Korps von 8000 Mann an Grossbritannien d. d. Hannover 1745 Juni 8.[1])

Rat. Georgs II. d. d. Herrenhausen Juni 25/Juli 6; Maria Theresia's d. d. Wien 1745 Juni 24.

Die Originale der Konvention befinden sich im St.-A. und R. O., das Original der Ratifikation Maria Theresia's im R. O., jenes der englischen Ratifikation im St.-A.

Schon zu Beginn des Jahres 1745 hatten die Verbündeten Kunde davon erhalten, dass Ludwig XV. sich entschlossen habe, den Hauptangriff auch in diesem Jahre gegen die spanischen Niederlande zu richten. Es galt sich zu rüsten. Der Plan, österreichische Truppen wie bei früheren Gelegenheiten für die gemeinsame Angelegenheit zu verwenden, wurde im Haag und in London eifrig erwogen. Auf eine grosse Diversion der Soldaten Maria Theresia's war freilich im Hinblicke auf den schweren Kampf, den sie damals gegen Friedrich II. führte, nicht zu rechnen. Doch zeigte sich der österreichische Bevollmächtigte in Belgien, Graf Kaunitz-Rietberg, geneigt, ein Korps von

[1]) *Für die beiden anderen in dieser Frage geschlossenen aber nicht endgiltig vollzogenen Verträge vom 15. April und 1. Juni 1745 vgl. die Einleitung p. 712f.*

12000 Mann den Seemächten zu überlassen. Die Schwierigkeit, aus eigenen Mitteln für die Erhaltung dieser Truppen zu sorgen, bewog ihn im Januar mit einem solchen Antrag an die Generalstaaten heranzutreten und zu gleicher Zeit Wasner mit der Mission zu betrauen, von diesem Plane der englischen Regierung Mitteilung zu machen.[1] *Allein die Generalstaaten lehnten das Anerbieten unter dem Vorwande ab, bereits mit einer anderen Macht wegen Überlassung von 12000 Mann zu verhandeln, und die Engländer zeigten vorerst nur geringe Geneigtheit, bedeutendere Geldmittel im Interesse der gemeinsamen Sache aufzubieten.*[2] *Erst zu Beginn des Monates März konnte Wasner dem Grafen Kaunitz melden, dass England im Hinblicke auf die bedrohlichen Truppenansammlungen der Franzosen bereit sei, ein österreichisches Armeekorps, aber nur gegen Ersatz der Kosten, in Sold zu nehmen.*[3] *Kaunitz übersandte dem österreichischen Vertreter in London sogleich einen Kostenüberschlag und die entsprechenden Instruktionen.*[4] *Die Verhandlungen, die darauf hin Wasner mit Pelham, Harrington und dem Feldmarschall Wade begann, führten zwar zu keinem definitiven Resultate,*[5] *doch wurde dem in Belgien stationierten englischen General Ligonier zu Beginn des April 1745 das Projekt einer Konvention mit dem Befehle übersandt, den Abschluss derselben möglichst zu beschleunigen.*[6] *Dies geschah; bereits am 15. April unterzeichneten Ligonier und Kaunitz die Konvention, durch die sich Maria Theresia zur Überlassung eines Korps von 8000 Mann — 7100 zu Fuss und 900 zu Pferd — an die Engländer, Georg II. dagegen zur Bezahlung bestimmter Summen für die Werbung und den Unterhalt dieser Truppen verpflichtete. Zugleich versprach Georg II. sogleich nach Abschluss der Konvention 10000 Pfund St. als Vorschuss für die Maria Theresia er-*

---

[1]) *Vgl. das Schreiben des Grafen Kaunitz d. d. 18. April 1745 St.-A. (Belgica), in dem er einen zusammenfassenden Bericht über die ganze Verhandlung in dieser Frage gibt.*

[2]) *Vgl. die Berichte Wasners vom Jan. und Febr. 1745. St.-A.*

[3]) *Bericht Wasners d. d. 2. März 1745. St.-A.*

[4]) *Vgl. den Bericht Kaunitzens vom 18. April 1745. St.-A. (Belgica.)*

[5]) *Kopie des Schreibens Wasners an Kaunitz d. d. 2. April 1745. St.-A. (Belgica.)*

[6]) *Das Projekt liegt dem Bericht des Kaunitz vom 18. April bei, es umfasst blos 3 Artikel. I) Die Königin wird den Engländern 8000 Mann Infanterie überlassen. II) Dafür bietet ihr Georg II. zur Werbung von anderen 8000 Mann ... Pfund und zur Erhaltung dieser Truppen ... Pfund. III) Wohlverstanden, für das was nicht wirklich gestellt wird, erfolgt entsprechender Abzug.*

wachsenden Kosten zu erlegen.[1]) *Ligonier, der im Eifer die ihm dringend erscheinende Vermehrung der Truppen durchzusetzen seine Vollmacht überschritten hatte, bedang sich ausdrücklich die Genehmigung seiner Abmachungen seitens seiner Regierung aus.*[2]) *Unter dieser Bedingung erfolgte am 15. April sub spe rati die Unterzeichnung. Es geschah dies am selben Tage, da Marschall Moritz von Sachsen in Valenciennes eintraf, um an der Spitze eines Heeres von 80000 Mann den Zug gegen Tournay zu beginnen. Allein trotzdem die Gefahr für die Verbündeten, die damals über kaum 50000 Mann verfügten, eine sehr grosse war und sich nach dem Siege der Franzosen bei Fonternoy am 12. Mai 1745 noch steigerte, weigerte sich die englische Regierung, das von Ligonier getroffene Übereinkommen gutzuheissen. Wasner erhielt auf sein Drängen ausweichende Antworten*[3]) *und erfuhr schliesslich, dass man die Konvention vom 15. April zu kassieren und durch eine andere zu ersetzen denke, zu deren Abschluss Ligonier die Befehle empfangen habe. In der Tat wurde im Lager zu Lessins am 1. Juni eine neue Abmachung unterzeichnet, die in einzelnen Punkten günstiger für die Engländer lautete, als jene vom 15. April.*[4]) *Kaunitz und der Herzog von Cumberland, der Oberbefehlshaber der vereinigten Truppen, beeilten sich, dieselbe zu ratifizieren. Dagegen erhob aber das englische Ministerium Einsprache; der Schatzmeister erklärte, er werde die Auszahlung der bestimmten Summen nur dann veranlassen, wenn die*

---

[1]) *Convention par laquelle S. M. la reine de Hongrie et de Bohême etc. cede à la solde de S. M. le roy de la Grande-Bretagne un corps de huit mille hommes de ses trouppes aux Païs-Bas, fait à Bruxelles le 15 Avril 1745 (Or. St.-A. Cop. R. O.) Diese später kassierte Konvention enthält 11 Artikel. Vgl. Bittner l. c. Nr. 923. Für die Verhandlungen vgl. die Kopie des Schreibens von Kaunitz an Wasner d. d. Brüssel 15. April 1745. St.-A. (Belgica.)*

[2]) *Vgl. den Bericht des Kaunitz vom 18. April 1745. St.-A. (Belgica.)*

[3]) *Vgl. seinen Bericht d. d. 21. Mai 1745. St.-A.*

[4]) *In London R. O. liegt das Original dieser Convention „fait au quartier general de Lessines ce premier Juin 1745 von P. Bellanger und J. Ligonier," in Wien eine Kopie als Beilage zum Berichte des Kaunitz vom 27. Juli 1745. Dieselbe wurde am 12. Juni ratifiziert von Wenzel Anton Graf v. Kaunitz-Rietberg; auch von dem Herzoge von Cumberland war die Ratifikation erfolgt; jedoch verweigerte, wie im Texte mitgeteilt wurde, die englische Regierung ihre Genehmigung und verlangte ordnungsgemässe Ratifikation durch Georg II. Das am 1. Juni unterzeichnete Dokument stimmt bis auf die Einleitung, in der von der Bevollmächtigung des Bellanger und Ligonier gemeldet wird und die im definitiven Vertrage vom 8. Juni auf Bitten Englands ausgelassen wurde, wörtlich mit diesem letzteren überein, nur fehlt in der Urkunde vom 1. Juni die Bestimmung über die Auswechslung der Ratifikationen.*

Konvention unter Beobachtung der gewohnten Formen zu Stande komme. Lord Harrington, der damals mit seinem Herrn in Hannover weilte, machte dem gleichfalls daselbst anwesenden Wasner den Vorschlag, das in Lessins am 1. Juni von Kaunitz und Ligonier unterzeichnete Schriftstück — nachdem kleinere Änderungen vorgenommen seien — umzuschreiben und von Georg II. sogleich ratifizieren zu lassen. In der That erfolgte am 6. Juli n. st. zu Hannover die Unterzeichnung der neuen Urkunde, die auf den 8. Juni zurückdatiert wurde, durch Harrington und Wasner[1] *und am selben Tage ratifizierte Georg II. das ihm überreichte Aktenstück.*[2])

I.

Sa Mté la reine fournira à sa Mté britannique un corps de huit mille hommes, savoir sept mille et cent hommes d'infanterie et neuf cens houssars qui seront aux ordres du commandant en chef des forces de sa dite Mté britannique aux Pais-Bas.

II.

Que cette convention durera une année, à compter du premier Juin 1745 jusqu'au dernier de May 1746, les deux puissances contractantes se reservant reciproquement la liberté de la faire cesser après ce terme ou de la renouveller, pourvû que celle qui ne voudra pas la continuer s'en declare deux mois d'avance.

III.

Pour aider à sa Mté hongroise à completter les corps qui doivent composer les dits huit mille hommes (sa dite Mté en ayant deja le pied) et à les mettre en campagne, sa Mté britannique fera payer à sa Mté la reine d'Hongrie et de Bohéme la levée de sept mille cent hommes d'infanterie à raison de cinquante florins d'Allemagne par tête, les officiers exceptés, celle de neuf cens houssars à raison de cinquante deux florins d'Allemagne par tête, avec la même exception des officiers, et celle des chevaux de houssars à raison de quatre vint deux et demi florins d'Allemagne par cheval, montant la dite levée

---

[1]) *Arneth III. 63 gibt als Unterzeichnungsdatum irrtümlich den 4. Juni 1745 an.*

[2]) *Vgl. die Berichte Wasners d. d. 4. und 8. Juli 1745. St.-A.*

complete à quatre cens cinquante trois mille cent seize florins d'Allemagne, bien entendu que l'on deduira sur le pied ci-dessus ce qui ne se trouvera pas effectif à la premiere revue qui en sera faite pas les commissaires de sa Mté britannique.

IV.

Sa Mté britannique promet et s'engage en outre à payer l'entretien et la subsistance de ce corps sur le pied que sont payées les troupes de sa Mté la reine suivant l'etat ci-joint sub lit. A[1]), ce qui monteroit pour le complet à soisante neuf mille cinq cens soisante huit florins 30 kreytsers d'Allemagne par mois, non compris l'etat general dont il est parlé specifiquement ci-après art.e 10e, la ration de fourrage calculée à sept sols monnoie de Brabant, soit que le prix de la prochaine entreprise augmente ou diminue.

V.

Lorsque les troupes fourageront, l'on deduira l'impost des rations de fourrage sur le pied usité dans les troupes autrichiennes aux Pais-Bas à raison de sept sols par ration.

VI.

Et comme sa Mté la reine ne peut pas quant à present fournir les dits huit mille hommes complets sans trop degarnir ses places de guerre, et que le bût principal de la presente convention est de pouvoir faire marcher incessamment un corps de troupes à l'armée alliée, il est convenû que sa Mté britannique aura d'abord à sa disposition six bataillons, cinq compagnies de grenadiers et six escadrons de houssars, suivant la tabelle ci-jointe sub lit. B[2]), dont sa Mté britannique payera dès à present la levée qui monteroit sur le pied complet de la dite tabelle à trois cens trente sept mille six cens seize florins d'Allemagne, et l'entretien prendra cours du premier de Juin 1745, dont on payera toujours un mois d'avance sur le pied effectif des revues.

VII.

Qu'à compte de l'entretien du dit corps il sera fait aussi une avance de dix mille livres sterling pour mettre les officiers en etat de faire leurs equipages.

---

[1]) *Diese Beilagen sind vorhanden, wurden aber nicht abgedruckt.*

[2]) *Vgl. Anm. 1.*

VIII.

Quant aux trois battaillons restans pour completter les huit mille hommes et les houssars qui manquent pour completter les neuf cens hommes, la levée et l'entretien ne s'en payeront par sa Mté britannique qu'à mesure que chaque battaillon sera prêt à marcher et lorsque ce qui manque aux houssars aura joint leurs regimens respectifs.

IX.

Aussitôt que ce corps de huit mille hommes aura passé en tout ou en partie au service de sa Mté britannique il sera passé en revue à la fin de chaque mois par les commissaires, et il sera deduit de l'entretien tout ce qui se trouvera manquer au complet des dits battaillons et escadrons.

X.

Sa Mté britannique accorde pour l'etat general, comme il est specifié par la liste sub lit. C[1]) ci-jointe, par mois la somme de cinq mille trois cens dix sept florins 41 krs d'Allemagne pour l'equipement de campagne, comme chariots, chevaux de bat etc. du corps qui se livre à present dix huit mille nonante deux florins 30 krs d'Allemagne et le reste à proportion et à mesure que les autres battaillons entreront en campagne.

XI.

Sa Mté la reine de Hongrie et de Boheme prend à sa charge les medicamens et ce qu'elle donne de plus dans l'hôpital à chaque soldat blessé ou malade, moiennant une somme de neuf cens quatre vint seize florins 37 krs d'Allemagne par battaillon que sa Mté britannique accorde pour cet effet pour une année, les six escadrons comptés pour un battaillon ce qui est conforme au pied usité dans les troupes autrichiennes.

XII.

Tous les payemens qui resultent de la presente convention se feront à Anvers sans aucune deduction de droits d'office ni autres quelconques.

---

[1]) *Vgl. Anm. p. 715.*

XIII.

Les battaillons et escadrons de houssars qui passent à la solde de sa Mté britannique, jouiront de tous les privileges, prerogatives et honneurs quant au service comme les troupes angloises, et il n'y aura de preference dans le commandement que l'ancienneté du caractere effectif.

XIV.

Quant à la discipline militaire, l'economie des comptes et autres privileges des regimens du dit corps, il n'y sera fait aucune alteration de sorte que les dits regimens garderont leur propre justice, oeconomie et autres privileges et ne seront comptables qu'avec le commissariat de guerre de sa Mté la reine comme ci-devant, et il n'y aura de decomptes à faire qu'entre les deux commissariats respetifs.

XV.

Ce traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Hanovre dans un mois ou plûtôt, si faire se peut.

Ainsi fait et convenu entre nous soussignés en vertu de nos pleinpouvoirs respectifs. À Hanovre ce huitieme jour du mois de Juin n. s., l'an de grace mil sept cent quarante cinq.

L. S. J. Wasner. L. S. Harrington.

47.

Subsidienvertrag zwischen Maria Theresia und Georg II. samt 2 Deklarationen, betreffend die Kosten der 1745 Juni 8 vereinbarten Aufstellung eines Korps von 8000 Mann; d. d. Whitehall 1746 Juni 10/21.

Rat. Georgs II. d. d. Kensington 1746 Juni 28/Juli 9; Maria Theresia's d. d. Wien 1746 Juli 7.

Die Originale des Vertrages und der Deklarationen im St.-A. und R. O., das Original der engl. Ratifikation im St.-A., jenes der österr. Ratif. im R. O.

Das rasche Umsichgreifen des Aufstandes, den die Landung des Prätendenten Karl Eduard Stuart in Schottland hervorgerufen hatte, und das siegreiche Vordringen dieses Prinzen in England, nötigten Georg II.,

der für seine Krone fürchtete, die in den spanischen Niederlanden stationierten, zum Kampfe wider Frankreich bestimmten englischen und im englischen Solde stehenden hessischen Truppen abzuberufen. Die Lage der Verbündeten, die bis dahin keine allzugünstige gewesen war, wurde dadurch eine sehr prekäre. Die ihnen zur Verfügung stehende Armee war viel zu schwach, um den Feinden nachhaltigen Widerstand zu leisten. „Wenn die Franzosen wollen, urteilte Graf Kaunitz, der bevollmächtigte Minister Maria Theresia's in Belgien, werden sie uns in 14 Tagen aus den Niederlanden vertreiben."[1] *Und die Franzosen säumten in der Tat nicht, die Schwäche ihrer Gegner auszunützen. Ende Januar 1746 rückte das französische Heer unter der Führung des Marschalls Moritz von Sachsen gegen Brüssel; am 21. Februar war die Stadt in seiner Macht. Die Nachricht von diesem Ereignisse rief in Wien, aber auch in London und im Haag grosse Bestürzung hervor. Maria Theresia, die sich bereits vorher entschlossen hatte, das Kriegsglück gegen Frankreich nochmals zu versuchen, liess einen Teil ihrer Truppen nach den Niederlanden marschieren. Georg II. aber, der eben in diesem Augenblicke zum entscheidenden Schlage gegen den Prätendenten ausholte und aus diesem Grunde keine Truppen entbehren konnte, trat an Maria Theresia mit dem Antrage heran, ihr für das laufende Jahr eine Subsidie von 400.000 Pfund St. zu gewähren, falls sie eine Armee von 50000 Mann in den Niederlanden erhalten und gegen Frankreich kämpfen lassen wolle.*[2] *Es wurde der österreichischen Herrscherin nicht leicht, sich für die Billigung des gestellten Begehrens zu entscheiden. Stimmten doch auch all ihre Ratgeber darin überein, dass ihr in Italien eine weit grössere Gefahr drohe als in den Niederlanden, welches Gebiet England wie Holland doch niemals im Besitze Frankreichs lassen würden, und dass der Feldzug in Italien viel gegründetere Hoffnung auf Erfolg biete, als jener in den Niederlanden, wo an eine Offensive gegenüber der überlegenen französischen Armee nicht zu denken sei.*[3] *Trotzdem erklärte sich Maria Theresia, zumal sie auf die ihr seit Jahren gewährten Subsidien der Engländer*

---

[1]) *Zitiert bei Arneth l. c. III. 211.*

[2]) *Vgl Bericht Wasners d. d. 1. März 1746. St.-A. Im Januar u. Februar hatten die englischen Minister mit Wasner wegen Überlassung einer Armee von 30000 Mann verhandelt; erst auf die Nachricht vom Falle Brüssels wurde eine Armee von 50000 Mann gefordert. Vgl. Berichte Wasners vom Januar und Februar 1746, besonders 11. u. 14. Jan., 1. u. 18. Febr. 1746. St.-A.*

[3]) *Vgl. Arneth l. c. III. 218 f.*

nicht verzichten und ohne Zugeständnis an diese Nation auf die Fortdauer derselben nicht rechnen konnte, bereit, die Forderungen Georgs II. zu erfüllen. Sie beauftragte Wasner in diesem Sinne mit den leitenden Ministern Georgs II. zu sprechen, zu gleicher Zeit aber ihre ungünstigen finanziellen Verhältnisse zu betonen und nebst einer möglichst hohen Subsidie auch die Erneuerung der am 8. Juni 1745 geschlossenen Konvention für das Jahr 1746, überdies aber die Begleichung der Rückstände zu verlangen, die sich aus dieser Konvention ergeben hatten.[1])

Obleich aber die Situation in den Niederlanden eine rasche Entscheidung des englischen Ministeriums erfordert hätte, verzögerte sich der Abschluss des Vertrages Woche für Woche. Die Engländer wünschten Gewissheit darüber, ob Maria Theresia unter allen Umständen, was auch immer in Italien sich ereignen sollte, 50000 Mann in den Niederlanden erhalten würde, erklärten die bewilligten Subsidien nur nach Massgabe der wirklich dort befindlichen Truppen auszahlen zu wollen, und wiesen die Forderung Wasners, der sie zur Verlängerung der hannover'schen Konvention vom 8. Juni 1745 bis zu Ende des Jahres 1746 und zur Bezahlung der aus derselben erwachsenen Rückstände bewegen wollte, auf das entschiedenste zurück.[2]) *Im April wurde die Subsidienfrage im englischen Parlamente im günstigen Sinne erledigt;*[3]) *allein erst Mitte Mai überreichten die Engländer dem Gesandten Maria Theresia's den Entwurf des Subsidienvertrages.*[4]) *Von der Verlängerung der hannover'schen Konvention war in demselben ebensowenig die Rede, wie von der Begleichung der Rückstände, dagegen*

---

[1]) *Weisungen an Wasner vom März und April 1746. St.-A.*

[2]) *Vgl. Bericht Wasners d. d. 15. April 1746. St.-A. Auf die Bitte Harringtons hatte Wasner ein für das Parlament bestimmtes Memoire über die Forderungen Österreichs verfasst und Harrington überreicht. Da in demselben auch der Verlängerung der hannover'schen Konvention vom 8. Juni 1745 und der Rückstände gedacht war, die infolge dieser Abmachung bisher aufgelaufen waren, weigerte sich Harrington dieses Dokument dem Parlamente vorzulegen und verfasste ein anderes, in dem dieser Dinge nicht gedacht wurde. Wasner weigerte sich Anfangs dieses zweite Memoire zu billigen, entschloss sich aber auf dringendes Begehren Harringtons darein zu willigen, dass dasselbe dem Parlamente vorgelegt werde, wogegen Harrington für das Ministerium eine besondere Schrift Wasners acceptierte, in der diese Forderungen begründet wurden. Die betreffenden Erklärungen finden sich im St.-A. als Beilagen zum Berichte Wasners d. d. 15. April 1746.*

[3]) *Bericht Wasners d. d. 26. April 1746. St.-A.*

[4]) *Beilage zum Berichte Wasners d. d. 17. Mai 1746. St.-A.*

blieben die Engländer dabei, dass die Subsidien nur nach Massgabe des Effektivstandes zu zahlen seien. Wasner erklärte, unter diesen Bedingungen nicht unterzeichnen zu können und begann lebhaften Streit mit Lord Harrington, den er des Wortbruches und der Undankbarkeit zieh. Da aber alle seine Bemühungen, Harrington umzustimmen fruchtlos blieben, da er ferner im Hinblicke auf die ihm zugekommenen Nachrichten von der Friedensneigung dieses Ministers fürchten musste, dass im Falle einer weiteren Verzögerung Maria Theresia Gefahr laufe, die Subsidie ganz zu verlieren, entschloss er sich am 23. Juni, auf das Versprechen der englischen Minister hin,[1] *dass die Bestimmungen bezüglich der Kontrolle der in den Niederlanden wirklich vorhandenen Truppen Maria Theresia's nicht so genau eingehalten, und dass die Subsidien in London, u. zw. in monatlichen Raten von 50000 Pf. St., ausbezahlt werden sollten, den Subsidienvertrag zu unterzeichnen.*[2] *Die Frage der Verlängerung der hannover'schen Konvention vom 8. Juni 1745 und der Begleichung der aus derselben erwachsenen Rückstände fand zu gleicher Zeit eine wenn auch nicht definitive Lösung. Harrington stellte am selben Tage, da die Unterzeichnung des Subsidienvertrages erfolgte, eine Erklärung aus,*[3] *durch die sich die Engländer zur Begleichung der bis Ende Dezember 1745 aufgelaufenen Rückstände verpflichteten, während Wasner seinerseits den Engländern ein Dokument übergab, in dem er die Forderungen seiner Herrin aufrecht hielt.*[4] *Die Wiener Regierung billigte das Vorgehen Wasners, übersandte alsbald die Ratifikation des Subsidienvertrages, befahl ihrem Gesandten aber im Gegensatze zu Harringtons Deklaration, die blos von der Begleichung der Rückstände bis Ende Dez. 1745 sprach, dem Wortlaute der Konvention entsprechend die Bezahlung der Rückstände bis 1. Juni 1746 zu fordern.*[5] *Bald darauf schien sich ein Mittel zu bieten, auch diese Frage zur gegenseitigen Zufriedenheit zu lösen.*

Noch bevor der Vertrag unterzeichnet war, der Maria Theresia zur Erhaltung einer Armee von 50000 Mann in den Niederlanden verpflichtete, hatten die Seemächte die Überzeugung gewonnen, dass auch diese Vermehrung ihrer Truppen gegenüber den 100.000 Mann, mit denen Frankreich im Mai 1746 den Kampf in den Niederlanden

---

[1]) *Pelham war, nach Wasners Bericht vom 27. Juni 1746, weit entgegenkommender als Harrington.*

[2]) *Bericht Wasners d. d. 27. Juni 1746. St.-A.*

[3]) *Vgl. den Abdruck p. 724 f.*

[4]) *Vgl. den Abdruck p. 725 f.*

[5]) *Vgl. die Weisung d. d. 8. Juli 1746. St.-A.*

aufnahm, nicht genügen werde. Sie waren daher schon Mitte des Monates Mai an die österreichische Regierung mit der Bitte um Überlassung weiterer 20000 Mann herangetreten,[1] *und ihr Begehren wurde dringender, als der Fall Antwerpens und der Zug der französischen Armee gegen Mons die Gefahr, die ihnen drohte, deutlich erkennen liess. Maria Theresia zeigte sich nicht abgeneigt, dem Wunsche ihrer Verbündeten entsprechend, 20000 Mann von ihrer am Rheine stehenden Armee nach den Niederlanden zu senden und die entstehenden Lücken durch Neuwerbungen auszufüllen; sie beauftragte aber Wasner, ihre trübe finanzielle Lage den Engländern zu schildern und beträchtliche Subsidien zu fordern. Wasner entsprach dem Befehle seiner Herrin; er verlangte 200.000 Pfund St.; die Engländer boten erst 100.000 dann 150.000 Pfund St. Auch diesmal gab es harte Kämpfe. Im Verlaufe derselben liess nun Wasner das Wort fallen, es wäre möglich, dass Maria Theresia gegen eine Subsidie von 200.000 Pfund St. auf die Fortsetzung der hannover'schen Konvention vom 8. Juni verzichten würde.*[2] *Die englischen Minister griffen diese Bemerkung auf und erklärten sich bereit, in eine Subsidie von 200.000 Pfund St. zu willigen — vorausgesetzt, dass die Generalstaaten auch von dieser Summe ihr Dritteil zahlen wollten — falls von Verlängerung der erwähnten Konvention und von Bezahlung der Rückstände nicht mehr gesprochen werde.*[3] *Wasner erklärte sich einverstanden und desgleichen seine Regierung.*[4] *Da aber die Einwilligung der Generalstaaten zu dieser Erhöhung der Subsidien nicht zu erlangen war,*[5] *konnte der Ausgleich in der beiderseits erwünschten Form nicht erfolgen. Die Subsidienkonvention wurde in der im folgenden mitgeteilten Form von den Vertretern Englands, Österreichs und der Vereinigten Niederlanden am 31. August unterzeichnet und in derselben die Maria Theresia bewilligte Subsidie mit 150.000 Pfund St. festgesetzt. Doch behielten sich die beiden Vertreter Österreichs in einem am selben Tage ausgefertigten*

---

[1]) *Bericht Wasners d. d. 17. Mai 1746. St.-A.*

[2]) *In diesem Sinne lautete die Weisung an Wasner d. d. 7. Juni 1746. St.-A.*

[3]) *Bericht Wasners d. d. 1. Juli 1746. St.-A.*

[4]) *Weisung an Wasner d. d. 17. Juli 1746. St.-A.*

[5]) *Vgl. die Berichte Reischachs vom Juli und August 1746. St.-A. (Holl.) Wie aus dem Berichte Reischachs d. d. 4. Sept. 1746 St.-A. (Holl.) hervorgeht, scheiterten die Bemühungen der österreichischen Gesandten vornehmlich daran, dass die Generalstaaten blos 1/4 der 50000 Pfund St. zahlen wollten, während die Engländer ihnen, den früheren Konventionen entsprechend, die Übernahme eines Dritteils zumuteten.*

„Acte separe" das Recht vor,[1]) *weitere Schritte zur Erlangung der von England bereits bewilligten Ergänzungssumme von 50000 Pfund St. zu tun. Sie liessen es auch an Bemühungen nicht fehlen; da aber die Zustimmung der Generalstaaten nicht zu erlangen war, verpflichtete sich England im 8. Artikel der Konvention, die am 12. Januar 1747 im Haag geschlossen wurde,*[2]) *die zwei Dritteile, die seinen Anteil bildeten, sogleich zu bezahlen und den Generalstaaten zu einem gleichen Entschlusse zuzureden. Von Erfolg waren diese letzteren Bemühungen nicht begleitet. Als man im Januar 1748 eine neue Konvention abschloss, waren die Generalstaaten noch immer mit der Begleichung ihres Anteils im Rückstande; sie versprachen im Vereine mit Wilhelm IV. bei den einzelnen Provinzen für die Bezahlung dieser wie aller übrigen Rückstände einzutreten.*[3])

Soit notoire à tous ceux à qui il appartient que sa Mté le roy de la Grande-Bretagne, ayant representé avec instance à sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Bohéme, le danger evident et extrême de voir reduire sous le joug de la France tous les Païs-Bas Autrichiens au grand prejudice tant de la dite serenissime maison que des puissances maritimes, à moins qu'il ne plût à sa dite Mté d'y remedier au plûtôt en y envoyant et entretenant un corps très considerable de ses troupes, et sa Mté l'imperatrice reine, ayant fait connoître là-dessus à sa Mté le roy la disposition sincere où elle se trouvoit à deferer à ces instances amiables, pourvû qu'elle fut secourue par un subside proportionné de la part de sa dite Mté, l'epuisement extrême de ses propres finances ne lui permettant pas dans un têms, où elle étoit necessitée d'entretenir ailleurs de nombreuses armées, de prendre un si grand fardeau additionel uniquement sur son propre compte, et sa Mté britannique ayant reconnu la necessité d'accorder à sa Mté imperiale une somme suffisante d'argent pour un objet aussi important; là-dessus leurs Mtés ont trouvé convenable de regler et constater cette affaire entre elles par une convention. Et à cette fin elles ont muni de leurs pleinpouvoirs respectifs, savoir sa Mté l'impera-

[1]) *Vgl. den Abdruck p. 730.*

[2]) *Vgl. den Abdruck p. 750.*

[3]) *Vgl. den weiter unten p. 764 abgedruckten Artikel 16 der Konvention vom 26. Jan. 1748 und die im Anhange zu dieser Konvention p. 765 abgedruckte Spezifikation.*

trice, reine de Hongrie et de Bohéme, le sieur Ignace Jean de Wasner, son ministre plenipotentiaire auprès de sa dite Mté britannique, et sa Mté le roy de la Grande-Bretagne ses conseillers privés Philippe lord Hardwicke, son chancelier de la Grande-Bretagne, Lionel Cranfield duc de Dorset, president de son conseil privé et chevalier du très noble ordre de la jarretiere, Thomas Holles, duc de Newcastle, l'un de ses principaux secretaires d'etât et chevalier du très noble ordre de la jarretiere, Guillaume comte de Harrington, un autre de ses principaux secretaires d'etât, et Henry Pelham, premier commissaire de sa tresorerie et chancelier et sous-tresorier de son echiquier; lesquels après avoir conferé ensemble sur les objets ci-dessus mentionnés et s'être entre-communiqué leurs pleinpouvoirs, sont convenus des articles suivans.

I.

Sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Bohéme, entretiendra pendant cette campagne un corps de cinquante mille hommes de troupes regulieres aux Païs-Bas Autrichiens.

II.

Les dits cinquante mille hommes seront employés conjointement avec les forces de sa Mté britannique et celles des etâts generaux à y faire la guerre, soit defensive soit offensive selon les circonstances du têms, à la France.

III.

Pour aider sa Mté l'imperatrice reine à soûtenir une si grande depense, le roy de la Grande-Bretagne promet et s'engage de faire payer à sa dite Mté un subside de quatre cens mille livres sterlin pour cette année.

IV.

Cette somme sera payée dans la ville de Londres entre les mains de la personne ou des personnes autorisées par l'imperatrice à la recevoir, un quartier payable le premier jour de Juillet qui vient, et le reste à cinquante mille livres par mois jusqu'à ce que le tout soit payé.

V.

Bien entendu qu'il sera permis à sa Mté britannique de rabbatre de la dite somme à proportion de ce qu'il manquera

d'hommes effectifs au nombre susdit de cinquante mille que l'imperatrice doit entretenir aux Païs-Bas, et que pour être suffisamment informée de l'etât réel de ce corps le roy pourra les faire passer en revue de têms en têms par un officier general qu'il nommera à cet effet.

VI.

En reconnoissance de cette assistance genereuse fournie par sa Mté britannique pour la conservation des Païs-Bas Autrichiens et de tant d'autres secours reçus de sa part, sa Mté l'imperatrice s'engage envers elle de ne conclurre ni paix ni trêve ni tel autre accord que ce soit avec les ennemis communs sans y comprendre sa dite Mté, tant comme roy que comme electeur, les etâts generaux et les autres puissances qui luy sont alliés et amies.

VII.

Ce traité sera ratifié par leurs dites Mtés, et les ratifications en seront echangées dans l'espace d'un mois ou plûtôt, si faire se peut.

VIII.

En foy de quoy nous les susdits plenipotentiaires avons soussigné le present traité de nos propres mains et y avons apposé les cachets de nos armes.

Faite à Whitehall ce dixiéme jour du mois de Juin, l'an mil sept cent quarante six.

L. S. J. Wasner. L. S. Hardwicke C.
L. S. Dorset P.
L. S. Holles Newcastle.
L. S. Harrington.
L. S. H. Pelham.

Comme par un traité conclû à Hanovre le 8e jour du mois de Juin de l'année passée entre sa Mté le roy de la Grande-Bretagne et sa Mté la reine d'Hongrie, à present imperatrice, sa dite Mté I. s'est obligée à fournir au service de sa Mté britannique un corps de huit mille hommes à certaines conditions qui y sont stipulées par rapport à la paye et autres articles concernant le dit corps de troupes, et comme il est arrivé, à

cause des difficultés qu'on a rencontrées à faire les levées necessaires pour completer le dits corps et à cause de la grande desertion qui y est survenue, que le dit traité n'a jamais été pleinement executé jusques icy de la part de sa Mté l'imperatrice, et que toutes fois sa dite Mté s'est trouvée necessairement chargée de très grandes depenses ensuit des engagemens contractés par ce traité lesquelles depenses il n'a pas été possible jusqu'icy de liquider entierement, à quoi cependant on est actuellement occupé, et sa dite Mté I. ayant souhaité d'être assurée de l'intention de sa Mté britannique par rapport au rembourssement des dites depenses, je sousigné declare par ordre du roy mon maître que sa Mté fera payer à sa Mté l'imperatrice reine tout ce qui se trouvera avoir été dû à sa dite Mté à compte du susdit traité dès son commencement jusqu'au dernier jour du mois de Decembre n. st. de l'année passée, dès aussitôt que les demandes de sa dite Mté I. pour ce terme auront pû être constatées et liquidées.

Fait à Whitehall le dixieme jour de Juin 1746.

L. S. Harrington.

Comme dans le traité de subside signé aujourd'huy de la part de sa Mté l'imperatrice reyne et de sa Mté le roy de la Grande-Bretagne ainsy que dans la declaration delivrée en même têms par son excellence mylord comte d'Harrington au soussigné ministre plenipotentiaire de leurs Mtés imperiales, touchant le payement des arrierages de la convention de Bruxelles echus à la fin de l'année derniere, il n'est fait aucune mention de la prolongation de la dite convention de Bruxelles signée le 1er de Juin 1745; le soussigné ne peut pas se dispenser de réiterer par le présent memoire la declaration qu'il a faite à plusieurs reprises non seulement de vive voix par ordre exprès de sa dite Mté imperiale, mais aussy par un memoire delivré le $^{2}/_{13}$ d'Avril et par une lettre ecrite le $^{7}/_{18}$ de May à sa dite excellence mylord Harrington, à sçavoir que les finances de sa Mté l'imperatrice reyne etant tellement epuisées à ne pouvoir suffire avec un subside de 400.000 livres sterlings aux depenses qu'exigent les efforts qu'elle fait en Italie et aux Païs-Bas, elle se trouvoit dans la necessité de prier le roy et d'insister que la convention faite à Bruxelles le 1er de Juin 1745

soit continuée jusqu'à la fin de l'année courante comme un moyen de mettre sa Mté l'imperatrice reyne en etat de completter d'abord et sans perte de têms les 6000 hommes qui manquoient encore à ceux qui se trouvoient actuellement en Flandres, conformement aux ordres donnés pour cet effet depuis quelque têms et qu'on etoit occupé à executer pour rendre complets et effectifs les 50000 hommes à mettre par sa Mté cette campagne en Flandres, l'imperatrice reyne a lieu de se flatter que le roy par le grand zêle qu'il a constamment temoigné pour le bien de la cause commune sera d'autant plus porté à déferer à cette instance que les soins extraordinaires et l'empressement de sa Mté l'imperatrice reyne pour l'avancement du meme grand objêt ne sont pas moins connus que l'epuisement entier de ses finances, et par consequent l'impuissance absolue où sans ce secours elle se trouveroit à son grand regret et au préjudice infini des operations de cette campagne en Flandres d'y fournir et entretenir le nombre complet de 50000 hommes qui ont été demandés.

À Londres ce 10/21 de Juin 1746.

J. Wasner.

48.

Provisionalsubsidienvertrag zwischen Maria Theresia, Georg II. und den Generalstaaten d. d. Haag 1746 Aug. 31 und eine Separaterklärung der kaiserlichen Gesandten d. c. d.[1])

Rat. Georgs II. d. d. Kensington 1746 Sept. 9|20; Maria Theresia's d. d. Wien 1746 Sept. 17; der Generalstaaten d. d. Haag 1747 März 23.

Die Originale des Vertrages im St.-A. und R. O., die Originale der englischen Ratifikation und jener der Generalstaaten sowie eine Kopie des „Acte separé" im St.-A., das Original der letzteren im R. A. im Haag; das Original der Ratifikation Maria Theresia's im R. O.

Soit notoire à tous ceux à qui il appartient que sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, d'un coté et sa Mté britannique et L. H. P. les etats generaux des provinces

[1]) *Die informierende Einleitung zu diesem mit dem vorhergehenden in engstem Zusammenhange stehenden Vertrage ist p. 721 f. gegeben.*

unies des Païs-Bas de l'autre, etant egalement convaincues du besoin qu'ont leurs interets communs d'un renfort considerable de troupes aux Païs-Bas, et sa Mté l'imperatrice reine ayant fait connoitre à sa Mté britannique et à L. H. P. qu'elle êtoit prête à fournir un pareil renfort de ses propres troupes, pourvû qu'elle fut secourue d'un subside proportioné de leur part; les trois hauts contractans ont trouvé convenable de regler et constater cette affaire entr'eux par la presente convention. Et à cette fin ils ont munis de leurs pleinpouvoirs ou authorisation respectifs, savoir sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, les sieurs Philippe des Ursins comte de Rosenberg, baron de Lerchenau et Graffenstein, seigneur de Sonneg, Greiffenburg, Keutschach, Gleis et autres lieux, conseiller actuel intime d'etat de leurs Mtés imperiales et grand maitre hereditaire de Carinthie et leur ministre plenipotentiaire auprès de L. H. P. les seigneurs etats generaux des provinces unies des Païs-Bas, Thadée baron de Reischach, seigneur de Immendingen et de Zimmerholz, chambellan de leurs Mtés imperiales et royales, conseiller de la regence de l'Autriche anterieure et leur envoyé extraordinaire auprès de L. H. P. les seigneurs etats generaux des provinces unies des Païs-Bas, d'une part; et sa Mté britannique le sieur Robert Trevor, son envoyé extraordinaire et plenipotentiaire auprès de L. H. P. les seigneurs etats generaux des provinces unies des Païs-Bas; et L. H. P. les seigneurs etats generaux les sieurs, le comte Etienne de Randwyck, seigneur de Homoet et Gaemeren, chevalier de l'ordre de l'aigle blanc, grand seneschal, juge et dyckgrave d'Oberbetuwe, drossard de la ville et baronnie de Breda, du corps de la noblesse de Gueldre du quartier de Nymegue; le comte Guillaume Bentinck, seigneur de Rhoon, du corps des nobles de la province de Hollande et de Westfrise; Guillaume Buys, premier secretaire des etats de Hollande et de Westfrise; Henri van Hoorn, seigneur de Warmenhuyse, Crabbendam et Schoorldam; Jaques Henri comte de Rechteren, seigneur de Westerveld, chanoine de l'eglise collegiale de St. Pierre, elu au premier membre des etats de la province d'Utrecht; Sjeuck Gerrold Juckema de Burmania baron Rengers, seigneur d'Oosterbroeck, grietman de Franckeradeel; Boudewin baron Sloet, seigneur de Lyndenhorst, du corps de la noblesse de la province d'Overyssel; Tjaard Adrian Gerlacius; tous deputez à l'assemblée des dits

seigneurs etats generaux de la part des etats de Gueldre, de Hollande et Westfrise, de Zelande, d'Utrecht, de Frise, d'Overyssel, de Groningue et Ommelanden d'autre part.

Lesquels, après avoir conferé ensemble et s'etre communiqué leurs pleinpouvoirs ou authorisation respectifs, sont convenus des articles suivans.

I.

Sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, entretiendra pendant cette année aux Païs-Bas et fera agir, soit offensivement soit defensivement, avec l'armée alliée qui y est, un corps de vingt mille hommes de troupes regulieres au delà de celuy de cinquante mille auquel sa Mté s'est dejà engagée en vertu de la convention signée entre elle et sa Mté britannique le 10 Juin 1746. Et ce corps additionel sera composé des regimens suivans; sçavoir d'infanterie de Charles de Lorraine, Damnitz, Braune, Platz, Bareith, Uyvari; de cavallerie de Batiani, Lichtenstein, Wurtenberg, Dimar; de hussars Nadasti et Kalnocki.

II.

Sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, s'engage à remplacer effectivement et sans perte de tems à son armée au Rhin par un nombre egal de troupes toutes celles qu'elle en aura detachées pour former le susdit renfort.

III.

Pour mettre sa Mté l'imperatrice reine en etat de soutenir une si grande depense, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne et L. H. P. les etats generaux promettent et s'engagent à faire payer à sa dite Mté un subside de cent cinquante mille livres sterling pour cette année.

IV.

Cette somme sera portée les deux tiers par sa Mté britannique et un tiers par L. H. P., la livre sterling evaluée à onze florins argent de Hollande. Et pour subvenir d'autant plus promtement aux besoins du service commun, sa Mté britannique et L. H. P. feront payer aux ordres de sa Mté l'imperatrice reine (après deduction faite des sommes dejà avancées à sa dite Mté) à Londres et à la Haye respectivement la moitié

de leurs quote-parts immediatement après la signature de la presente convention, et l'autre moitie dans un mois après l'echange des ratifications.

V.

Bien entendu qu'il sera permis à sa Mté britannique et à L. H. P. de rabattre du dit subside à proportion de ce qui manquera d'hommes effectifs au nombre susdit de vingt mille hommes que sa Mté l'imperatrice reine doit entretenir à l'armée alliée aux Païs-Bas en vertu de la presente convention.

Et pour être suffisamment informé de l'état réel des regimens susnommés composans ce corps, le roy et les etats generaux auront le droit et la faculté de les faire passer en revue toutes fois qu'ils voudront par deux commissaires qu'ils nommeront à cet effet.

XI.

Cette convention sera ratifiée par les dits hauts contractans, et les ratifications en seront echangées à la Haye dans l'espace de quatre semaines ou plutôt, si faire se peut.

En foy de quoy nous les susdits plenipotentiaires ou authorisés avons signé cette convention et y avons fait apposer les cachets de nos armes.

Fait à la Haye le trente un du mois d'Aout de l'année mille sept cent quarante six.

L. S. Ph. des Ursins C. de Rosenberg.[1])
L. S. Rob. Trevor.
L. S. Le comte de Randwyck.
L. S. Thadé le baron de Reischach.
L. S. W. Bentinck.
L. S. Willem Buys.
L. S. H. van Hoorn.
L. S. J. H. comte de Rechteren.
L. S. S. G. J. v. B. Rengers.
L. S. B. Sloet.

---

[1]) *Die drei ersten Namen stehen im Or. nebeneinander; Reischach unter Rosenberg, die übrigen unter Randwyck.*

Acte separé.

Comme la convention signée aujourd'huy ne regarde que cent et cinquante mille livres sterlins, les ministres soussignés de sa Mté imperiale et royale ont jugé à propos d'y joindre la declaration suivante, à sçavoir que les dits ministres ne se departent cependant pas par cette demande en aucune façon de leurs instances faites par ordre exprès de sa Mté pour la somme entiere de 200000 livres sterlins, et se reservent expressement la faculté de faire là dessus s'il est besoin les demarches ulterieures qu'ils jugeront[1]) necessaires, dans la ferme persuasion que L. H. P. trouveront leurs instances pour le restant de 50000 livres sterlins d'autant plus fondées, que sa Mté britannique par le consentement qu'elle y a dejà donnée pour sa quotepart en a reconnu pleinement la justice et la necessité et que sans percevoir cette somme ce seroit une impossibilité absolue de faire subsister les troupes de sa Mté imperiale.[2]) Fait à la Haye le 31 d'Aout 1746.

L. S. Philipp des Ursins comte de Rosenberg.
L. S. Thadé baron de Reischach.

49.

Konvention zwischen Maria Theresia, Georg II., Karl Emanuel III. von Sardinien und den Generalstaaten, betreffend den Feldzug des Jahres 1747; d. d. Haag 1747 Jan. 12.

Rat. Georgs II. d. d. St. James 1747 Februar 28/März 11; Maria Theresia's d. d. Wien 1747 Januar 31; Karl Emanuels d. d. Turin 1747 März 24.

Die Originale der Konvention befinden sich im St.-A. und R. O., die der sardinischen sowie der englischen Ratifikation im St.-A., das Original der Ratifikation Maria Theresia's im R. O.

Der Feldzug des Jahres 1746 hatte — soweit er in den spanischen Niederlanden geführt wurde — für die Verbündeten unglücklich begonnen

---

[1]) *In der Wiener Kopie (Beilage zum Bericht vom 4. Sept. 1746) folgt nach jugeront être.*

[2]) *In der Wiener Kopie folgt auf imperiale aux Païs-Bas; es fehlt aber dort die im Or. folgende Datierung.*

und war unglücklich fortgesetzt worden. Dem Falle Brüssels im Februar, folgte im Mai der Antwerpens, in den Sommermonaten der von Mons und Charleroi. Dann hatte es einen Augenblick den Anschein gehabt, als würden die Verbündeten sich aufraffen. Der Sieg bei Culloden, der dem stuartischen Aufstande ein Ende machte, hatte es Georg II. ermöglicht, hessische und englische Regimenter nach den Niederlanden zu dirigiren, und da auch aus Hannover Verstärkungen anlangten und Maria Theresia durch den Sieg bei Piacenza in die Lage kam neue Truppen nach den Niederlanden marschieren zu lassen, zählte das Heer der Verbündeten gegen Ende Juli — es war die Zeit da Charleroi von den Franzosen belagert wurde — an 90.000 Mann. Allein die Hoffnungen der Verbündeten auf einen Erfolg wurden, nicht in letzter Linie durch die Unfähigkeit Karls von Lothringen, der die Führung der vereinigten Truppen übernommen hatte, grimmig enttäuscht. Der Fall Namurs am 20. Sept. und die Niederlage bei Rocoux am 11. Okt. waren schwere Schläge für Maria Theresia und ihre Bundesgenossen. Sie mussten es als ein Glück betrachten, dass die Franzosen ihren Sieg nicht ausnützten, vielmehr noch vor Beginn des Winters ihre Quartiere bezogen. Ihrem Beispiele folgten die Verbündeten.[1])

Noch bevor dies aber geschah, hatte Maria Theresia, von der Besorgnis erfüllt, England könnte sich zu einem für Österreich ungünstigen Frieden mit Frankreich und Spanien verstehen, dem englischen Könige mitteilen lassen, dass sie bereit sei, im folgenden Jahre den Kampf gegen die gemeinsamen Feinde mit verstärkten Mitteln zu führen; und je bedrohlicher die Nachrichten aus London und aus Breda lauteten, woselbst ihre Verbündeten mit ihrem Feinde über die Herstellung des Friedens verhandelten, desto entschiedener riet sie zur Fortsetzung des Krieges. Wasner, der ihre Interessen am Londoner Hofe zu vertreten hatte, erhielt den Befehl, nichts unversucht zu lassen, um Georg II. zu einen energischen Entschlusse im Sinne der Fortführung des Kampfes zu bewegen.[2]) *Allein es schien längere Zeit, als würden seine Bemühungen erfolglos bleiben. Harrington und Pelham zeigten grosse Neigung Frieden zu schliessen und betonten insbesondere, dass England ohne Sardinien, von dessen Abfall zu Frankreich damals in London als von einer wahrscheinlichen Sache gesprochen wurde, den Kampf*

[1]) *Für den Feldzug von 1746 und für die Situation zu Ende dieses Jahres vgl. Arneth l. c. III. 209 ff.; Broglie Maurice de Saxe et le Mis d'Argenson Paris 1893 I. 309 ff.*

[2]) *Weisungen Maria Theresia's an Wasner vom September und Oktober 1746. St.-A.*

gegen die Bourbonen nicht fortsetzen werde.[1]) *Unter diesen Umständen musste es Wasner als ein Glück ansehen, dass der Herzog von Newcastle, mit der Möglichkeit der Fortsetzung des Krieges rechnend, ihm und dem Vertreter Sardiniens am englischen Hofe, Osorio, das Projekt einer Konvention vorlas, kraft der sich die Verbündeten über den Operationsplan für das Jahr 1747 einigen sollten. Newcastle versprach seinen Entwurf, nach erfolgter Billigung desselben durch den König, seinem Bruder Pelham und Harrington vorzulegen und, falls diese einwilligen sollten, Abschriften für Wasner und Osorio anfertigen zu lassen, damit die verbündeten Fürsten rechtzeitig Stellung zu demselben nehmen könnten.*[2]) *Es traf sich glücklich, dass gerade damals die Nachricht von dem Marsche der kaiserlichen Truppen nach der Provence in London eintraf. Sie erleichterte Newcastle seine Aufgabe, als er am 2. Nov. dem Grosskanzler, Pelham und Harrington das von ihm verfasste Projekt eines Operationsplanes für das Jahr 1747 vorlegte. Die beiden ersteren billigten seine Vorschläge, Harrington dagegen hatte viel auszusetzen, gab aber, als man ihm mitteilte, dass der König sich bereits für das Projekt ausgesprochen habe, seine Einwilligung zur Übermittlung der Abschriften an Osorio und Wasner.*[3]) *Die Forderungen Englands, soweit sie sich auf Österreich bezogen, lauteten:*[4]) *Maria Theresia lässt in den Niederlanden eine Armee von 50000 Mann — ohne Einrechnung der Besatzungen im Luxemburgischen — kämpfen; sie verpflichtet sich ferner eine gleich grosse Truppenzahl für den Kampf in der Provence bereitzuhalten und eine zum Schutze Italiens genügende Armee in der Lombardei zurückzulassen. Als wünschenswert wird überdies die Aufstellung einer von Maria Theresia und den Reichskreisen zu stellenden Defensivarmee am Rheine bezeichnet, um Frankreich zur Detachirung eines starken Korps in diese Gegend zu nötigen. Als Entschädigung für die erwachsenden Kosten wird Maria Theresia eine Subsidie von 300.000 Pfund St. zugesagt. Georg II. verpflichtete sich ferner 34000 Mann für den Kampf in den Niederlanden zur Verfügung zu stellen und zwei starke Flotten im nächsten Frühjahre ausfahren zu lassen, von denen die eine die Operationen der vereinigten österreichisch-sardinischen Truppen gegen Frankreich fördern,*

---

[1]) *Vgl. den Bericht Wasners d. d. 1. Nov. 1746. St.-A.*

[2]) *Ebenda.*

[3]) *Bericht Wasners d. d. 4. Nov. 1746. St.-A.*

[4]) *Das Projekt der Engländer übersandte Wasner am 4. Nov. Es liegt im St.-A. als Beilage zu diesem Berichte Wasners.*

die andere die englischen Colonien in Amerika schützen und die französischen daselbst angreifen sollte.

Der König von Sardinien, auf dessen Mitwirkung die Engländer so grosses Gewicht legten, sollte für die Stellung von 30000 Mann eine entsprechende Subsidie von England erhalten. Auch erklärte sich Georg II. bereit, mit den Russen wegen Überlassung einer grösseren Truppenzahl in Unterhandlungen zu treten, freilich nicht, ohne zu bemerken, dass er, im Falle dieser Versuch gelingen sollte, die Mittel zur Bezahlung dieser Soldaten nur durch Verringerung der für Maria Theresia festgesetzten Hilfsgelder auftreiben könnte. Die Zahl der Truppen, die von den Generalstaaten beigestellt werden sollten, war in dem Projekte, das Newcastle dem österreichischen Gesandten übergab, nicht festgesetzt, doch erklärte der englische Minister im Gespräche, er rechne auf 25000 Mann von dieser Seite. Bei dieser Gelegenheit betonte auch Newcastle, sein Herr habe seine Einwilligung zu diesem Projekte nur in der Erwartung gegeben, dass Maria Theresia der Designirung des Herzogs von Cumberland zum Oberbefehlshaber der vereinigten Armee in den Niederlanden zustimmen werde.

Wie man sieht, war das Anerbieten der Engländer keineswegs ein besonders günstiges für Österreich. In der Tat hatte Pelham in der Debatte, die seitens der englischen Minister stattgefunden hatte, die Vermutung ausgesprochen, Maria Theresia werde auf diese Bedingungen nicht eingehen. Und wie wenig Newcastle selbst an einen Erfolg glaubte, beweist wohl die Tatsache, dass er, um seinen Anträgen Nachdruck zu verleihen, Wasner gegenüber hervorhob, Georg II. werde, falls Österreich sich in den Hauptpunkten nicht füge, mit Frankreich Frieden schliessen, zu gleicher Zeit aber Hoffnung auf Erhöhung der Subsidien gab.[1] *Allein die Wiener Regierung, die nach wie vor den Standpunkt vertrat, dass der Friede, falls Maria Theresia nicht Neapel und Sizilien oder ein entsprechendes Aequivalent erhalte — und es war keine Aussicht vorhanden, dass dies geschah — das grösste Übel für Österreich sei, erklärte sich nicht nur in allen Hauptpunkten mit dem englischen Projekte einverstanden, sie betonte vielmehr ihre Geneigtheit, in den Niederlanden 60000 Mann kämpfen zu lassen, an der Mosel ein Observationskorps von 40000 Mann aufzustellen und ihre für den Krieg in der Provence bestimmte Armee von 50000 Mann zu verstärken, falls Sardinien, wie vorauszusehen, die 30000 Mann nicht werde bereithalten können. Und wenn auch die Subsidie von 300.000 Pfund St. der*

[1]) *Bericht Wasners d. d. 4. Nov. 1746. St.-A.*

österreichischen Regierung überaus gering erscheinen musste, so erklärte sie trotzdem, sich mit einer solchen — falls eine Erhöhung nicht durchzusetzen wäre — begnügen zu wollen, um so den deutlichsten Beweis zu liefern, dass sie alles aufbieten wolle, um die gemeinsame Sache zu fördern. Aus demselben Grunde gab sie auch die Einwilligung dazu, dass der Herzog von Cumberland, der in England besondere Beliebtheit genoss und von dessen Feldherrntalente man seit seinem Siege bei Culloden eine hohe Meinung hatte, den Oberbefehl über die gemeinsame Armee in den Niederlanden erhalten und ihm Graf Batthyany als Feldmarschall beigegeben werden sollte. Nur eine Bedingung stellte Maria Theresia: auch England und die Vereinigten Niederlande sollten sich zu einer Vermehrung ihrer Truppen in Belgien bereit erklären; sie wünschte, dass jede dieser Mächte 40000 Mann bereit halten sollte, da sie mit einer Armee von 170.000 Mann den Kampf gegen die bisher überlegenen Franzosen erfolgreich aufnehmen zu können hoffte.[1])

König Georg II. und seine Minister zeigten sich äusserst zufrieden gestellt, als Wasner ihnen von den Entschliessungen seiner Herrin Kunde gab. Sie erklärten sich zur Vermehrung der englischen Truppen auf 40000 Mann bereit und gaben Hoffnung auf eine Erhöhung der Maria Theresia zugedachten Subsidie. Das von Wasner verfasste Projekt erhielt ihre Billigung und wurde nach dem Haag übersandt, um den Generalstaaten zur Gutheissung vorgelegt zu werden.[2]) *Hier war die Stimmung dem Unternehmen nicht so günstig wie in London. Insbesondere die Provinz Holland, deren Votum ausschlaggebend war, zeigte entschiedene Neigung mit den Feinden Frieden zu schliessen. Als Lord Sandwich und Baron Reischach, die Gesandten Englands und Österreichs, der zwischen ihnen getroffenen Abrede gemäss, zu gleicher Zeit den Generalstaaten die Bitte ihrer Regierungen vortrugen, den ihnen vorgelegten Operationsplan für das Jahr 1747 zu billigen,*[3]) *lautete die Resolution der Provinz Holland, man sei bereit sich zu rüsten, aber auch fest entschlossen, alles zu tun, um Frieden zu schliessen. Falls die Verbündeten ihre Hand dazu nicht bieten sollten, würden die Generalstaaten allein mit Frankreich verhandeln.*[4]) *Die*

---

[1]) *Weisungen an Wasner d. d. 18. Nov. 1746. St.-A. Es sind 2 Weisungen, die eine als Antwort auf das Schreiben Wasners vom 1., die andere auf seinen Bericht vom 4. Nov.*

[2]) *Berichte Wasners d. d. 2., 6. und 13. Dez. 1746. St.-A.*

[3]) *Bericht Reischachs d. d. 9. Dez. 1746. St.-A. (Holl.)*

[4]) *Bericht Reischachs d. d. 28. Dez. 1746. St.-A. (Holl.)*

Verbündeten fügten sich; die Friedensverhandlungen wurden fortgesetzt; zu gleicher Zeit aber der Operationsplan fertig gestellt. Es gelang rasch eine Einigung zu erzielen. Die Generalstaaten erklärten sich in der Resolution vom 27. Dez. 1746 bereit, ein Contingent von 40000 Mann zu stellen und den Oberbefehl dem Herzoge von Cumberland zuzugestehen. Nur verlangten sie, dass die Vereinbarung, soweit sie die Vereinigten Niederlande betraf — in die Bestimmungen bezüglich Italiens und der Provence wollten sie sich nicht mischen — in die Form eines Konzertes, nicht in die einer förmlichen Konvention gekleidet werde, da die Deputierten der einzelnen Provinzen zu einer solchen keine Vollmacht besassen und die Ausstellung einer solchen längere Zeit in Anspruch nehmen würde.[1]) *Auch dieser Forderung stimmten die Vertreter der Verbündeten bei. Es wurde der Beschluss gefasst, die Konvention zwischen Österreich, England und Sardinien abzufassen und das von England und Österreich mit den Generalstaaten getroffene Konzert derselben rechtsgiltig einzuverleiben.*

Ende Dezember war alles zum Abschlusse bereit. Der Herzog von Cumberland drängte zur Unterzeichnung, damit das Parlament die Subsidien bewilligen könne.[2]) *Baron Reischach erklärte sich einverstanden, bestand aber darauf, dass England sich in der abzuschliessenden Konvention verpflichte, die versprochenen zwei Dritteile der bei Abschluss des Subsidienvertrages vom 31. August 1746 zugesagten Subsidienerhöhung im Betrage von 50000 Pfund St. sofort zu bezahlen und den Generalstaaten zur Leistung ihres Beitrages und zur Abführung der aus diesem Vertrage restirenden Summen zuzusprechen.*[3]) *Nach Ordnung dieser Angelegenheit stand der Unterzeichnung der Konvention nichts im Wege. Am Morgen des 10. Januar wurde das zwischen den Seemächten und Österreich geschlossene Konzert, am Abend desselben Tages die Konvention zwischen Österreich, England und Sardinien richtig gestellt.*[4]) *Am 12. Januar unterzeichneten die Vertreter Österreichs und Englands die Konvention. Für den Grafen Chavanne, der die Vollmacht des Königs von Sardinien noch nicht erhalten hatte, wurde der Platz leer gelassen; er fügte seinen Namen am 22. Februar bei.*[5])

---

[1]) *Resolution der Generalstaaten d. d. 27. Dez. 1746, als Beilage zum Berichte Reischachs d. d. 30. Dez. 1746. St.-A. (Holl.)*

[2]) *Bericht Reischachs d. d. 30. Dez. 1746. St.-A. (Holl.)*

[3]) *Bericht Reischachs d. d. 7. Jan. 1747. St.-A. (Holl.)*

[4]) *Bericht Reischachs d. d. 11. Jan. 1747. St.-A. (Holl.)*

[5]) *Vgl. die Klausel am Schlusse der Konvention p. 751.*

Soit notoire à tous ceux à qui il appartient que la situation dangereuse et les circonstances critiques dans lesquelles les affaires de la cause commune se sont trouvées jusqu'ici et particulierement pendant les deux dernieres campagnes par un effet des forces superieures de la maison de Bourbon exigeant la plus serieuse attention de la part des puissances alliées et les plus amples precautions pour non seulement être en état d'y resister à l'avenir, mais afin de pouvoir de plus reparer les pertes passées et obliger les ennemis à une paix juste et stable, au cas que les conferences indiquées à Breda pour une pacification generale se trouvent sans effet par une suite continuée des difficultés et des obstacles que la France y a apportés jusqu'à present; sa Mté britannique toûjours attentive au salut de l'Europe et au bien de la cause commune, ayant particulierement été frappée de la necessité et de l'importance de ces mêmes precautions, a crû ne pouvoir mieux et plus sûrement y parvenir qu'en proposant à ses alliés, sa Mté l'imperatrice reine, sa Mté le roy de Sardaigne et les etats generaux des Provinces-Unies, d'entrer dans uns concert entre eux pour faire les preparatifs les plus efficaces, afin de mettre de bonne heure de grandes armées en campagne et en état d'agir vigoureusement dez le commencement du printêms.

Sur la proposition que sa Mté britannique en a fait faire aux cours respectives, les trois premieres puissances ont duement autorisé leurs ministres respectifs, savoir sa Mté l'imperatrice-reine d'Hongrie et de Boheme les sieurs Charles comte de Bathyany, seigneur hereditaire de Gusing et des seigneuries de Sicklos, Bolya, Mosgo et Ysock en Hongrie, de Neuhoff et Göteniz en Boheme, supreme comte hereditaire de la comté d'Eysenburg etc., chambellan et conseiller intime actuel de leurs Mtés imperiales, viceroy de Dalmatie, Croatie et Esclavonie, veld-marechal, colonel d'un regiment de dragons, general commandant les trouppes imperiales aux Païs-Bas, ministre plenipotentiaire de sa Mté l'imperatrice et reine d'Hongrie et de Boheme pour le gouvernement general des dits Païs-Bas; Ferdinand comte de Harrach, conseiller d'etat de leur Mtez imperiales, marechal et colonel du pays de la basse Autriche et ministre plenipotentiaire de sa Mté l'imperatrice, reine d'Hongrie et de Boheme, auprès L. H. P. les seigneurs etats

des Provinces-Unies et au congrès de Breda; et Thadée baron de Reischach, seigneur d'Immendingen et de Zimmerholz, chambellan de leurs Mtez imperiales et royales, conseiller de la regence de l'Autriche anterieure et leur envoyé extraordinaire auprès de L. H. P. les seigneurs etats generaux des provinces unies des Païs-Bas; sa Mté le roy de Sardaigne le sieur Joseph Borré comte de la Chavanne, ministre de sa dite Mté auprès L. H. P. les etats generaux des Provinces-Unies et son ministre plenipotentiaire au congrès de Breda; et sa Mté le roy de la Grande-Bretagne Jean comte de Sandwich, vis-comte Hinchingbrook, baron Montagu de St. Neotte, un des seigneurs de l'amirauté et ministre plenipotentiaire de sa Mté britannique aux etats generaux des Provinces-Unies et aux conferences de Breda, pour dresser et signer une convention qui constate les forces et trouppes qu'elles devront chacune fournir pour composer deux armées, l'une destinée à agir dans la partie meridionale de la France, et une autre superieure à celle de France pour être employée aux Païs-Bas, et les subsides pour les mieux mettre en état de l'executer.

I.

À ce dessein et pour remplir ce plan les susdits ministres, après avoir conferé ensemble sur les objets cy-dessus mentionnés et s'être entrecommuniqué leurs pouvoirs, sont avant toutes choses convenus au nom de leurs souverains respectifs que toutes les conventions et traittés cy-devant conclus entre les trois puissances ensemble ou separement et qui sont encore actuellement en vigueur et auxquels l'on n'a point derogé par la presente auront leur plein et entier effet et seront reciproquement executés et accomplis dans toute leur étendue.

II.

Comme les ministres de sa Mté imperiale et royale et de sa Mté le roy de la Grande-Bretagne sont entrés là dessus prealablement en concert avec les etats generaux des Provinces-Unies des Païs-Bas, le resultat des conferences tenues à ce sujet entre les dits ministres et les deputés des etats generaux qui se trouve inseré de mot à mot dans cet acte aura la même force que les autres articles du present traitté dans tout ce qui concerne leurs cours respectives.

Resultat des conferences entre les ministres de sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, de sa Mté britannique et les deputés de L. H. P.

1.

Comme jusqu'ici les Païs-Bas n'ont pû resister à la superiorité des armes de la France et qu'il est essentiel à l'interêt de la cause commune de pourvoir à leur sûreté aussi bien qu'à la defense des Provinces-Unies, on est convenu de mettre en campagne pour cet effet une armée de cent quarante mille hommes la quelle armée sera composée des contingents suivants.

Celuy de sa Mté l'imperatrice reine à soixante mille hommes outre encore dix mille hommes que sa Mté imperiale entretiendra de plus dans les Païs-Bas pour pourvoir à la sûreté de Luxemburg.

Celuy de sa Mté britannique est fixé à quarante mille hommes y compris les trouppes hanovriennes et hessoises.

L. H. P. prepareront pour leur contingent pour être joint à l'armée alliée comme des trouppes auxiliaires le nombre de quarante mille hommes y compris les troupes bavaroises. Du quel nombre de quarante mille hommes marcheront trente et cinq mille pour se joindre à l'armée combinée aussitôt qu'elle se rassemblera, et les autres cinq mille aussitôt que l'armée assemblée sera trouvée superieure et être la premiere en campagne et qu'on pourra par consequent s'en passer avec sûreté dans les garnisons.

2.

Pour remplir les contingents susdits, les soixante mille hommes de sa Mté l'imperatrice-reine seront composés des regimens et des bataillons et escadrons suivants.

Nombre et noms des regimens d'infant.	Comp. de grenad.	Battns	Hommes.
Charles Lorraine	2	3	2300
Vieux Königsegg	2	3	2300
Arenberg	2	3	2300
Los Rios	2	3	2300
Waldeck	2	3	2300
Wurmbrand	2	3	2300
Botta	2	3	2300
Damnitz	2	3	2300
Salm	1	2	1500

Broune	2	3	2300
Gaisrug	2	3	2300
Wolfenbuttel	2	2	1600
Platz	2	3	2300
Bayreuth	2	3	2300
Uyvary	—	3	2250
Bethlen	—	3	2250
Haller	—	3	2250
Trenck	2	3	2300
Ligne	2	2	1600
	31	54	41350

Nombre et noms des regimens de cavallerie.	Esc.	Hommes.
Althann	7	1000
Liechtenstein	7	1000
Bathiany	7	1000
Styrum	7	1094
Ligne	7	1094
Wurtenberg	7	1000
Hohenzollern	7	1000
Diemar	7	1000
Birckenfeld	7	1000
Bentheim	7	1000
	70	10188

Nombre et noms des regimens hussards.	Esc.	Hommes.
Ghylany	5	1300
Nadasty	5	1300
Karoly	5	1400
Esterhazy	5	1400
Belesnay	5	1300
Kalnocky	5	1300
3 Josikaise comp. d'augmentation	1	300
	31	8300
Item 4 comp. franches à pied de Faisant en tout		600

Comp. de grenadiers.	Batt. et Esc.	Hommes.	Chevaux.
Infanterie 31	54	41350	
Cavallerie	70	10188	10188
Houzards	31	8300	8300
4 Comp. franches		600	
Total 31	155	60438	18488

Comme parmi les battaillons et escadrons cy-dessus specifiés il y en a qui sont prisonniers de guerre à savoir:

Noms des regimens.	Comp. de grenadiers.	Batt.	Nombre d'hommes.
Vieux Königsegg		1	700
Arenberg		1	700
Los Rios	1	1	800
Salm		1	700
Ligne avec deux compagnies de fusiliers	2	1	1180
En tout	3	5	4080.

on est convenu que, si contre toute attente les dits prisonniers de guerre ne seroient pas échangés dès-aussitôt, sa Mté l'imperatrice-reine fera actuellement les dispositions necessaires pourqu'ils soient suplés à têms par un pareil nombre de croates. Les dix mille hommes que sa Mté l'imperatrice entretiendra de plus dans les Païs-Bas pour pourvoir à la sûreté de Luxembourg seront composés des bataillons et des compagnies de grenadiers suivants.

Noms de regimens.	Comp. de grenadiers.	Battms.	Hommes.
Prié	2	3	2300
Ligne		1	700
Salm	1	1	800
Wolfenbuttel		1	700
Arberg	2	4	3000
Nouveau Wallon	2	3	2300
	7	13	9800

Les quarante mille hommes de sa Mté britannique seront composés des bataillons et escadrons suivants.

Nombre et noms des bataillons.	Nombre d'hommes.
Un bataillon de Wolfe	780
„ Graham	780
„ Pultney	780
„ C. Howard	780
„ Crawfurth	780
„ Douglas	780
„ Johnson	780
„ second bataillon du premier regiment des gardes	891
„ second bataillon du troisième regiment des gard.	891

Un bataillon Scots fusiliers	780
„ Welsh fusiliers	780
„ Dejean	780
„ Conway	780
Artillerie cinq compagnies	500
Compagnies independantes	300
	11162

Nombre et noms des escadrons.	Nombre d'hommes et chevaux.
3 escadrons de Stair	505
„ Rothes	505
„ Cope	505
„ de Riche	505
„ de son altesse le duc de	405
	2425

Total 13587 Anglois.

Troupes hannovriennes.

Nombre et noms des bataillons.	Nombre d'hommes.
2 bataillons de gardes	1624
„ de Campen	à 814
„ Sommerfeld	
„ Druchleben	
„ Klinkostrom	
„ Zastrow	
„ Block	
„ Sporcken	
„ Borch	
„ Fruydeman	
„ Horn	
„ Hugo	
„ Oberg	
„ Cheuses	
„ Munchow	
Artillerie	385
	13410

Nombre et noms des escadrons.		Nombre d'hommes.
2 escadrons	du corps	359
„	de Schultzen	359
„	Montigni	359
„	Hammerstein	359
„	Behr	359
„	Wreden	359
„	Hardenberg	359
„	Pont-Pietin	715
„	Wendt	715
„	Adelebsen	715
		4658

Total 18068 Hanovriens.

Troupes hessoises.

Nombre et noms des bataillons.		Nombre d'hommes.
1 bataillon	grenadiers	800
„	gardes	800
„	Prince Frederik	800
„	Prince Maximilien	800
„	Mansbach	800
„	Donep	800
Artillerie		120
		7920

Nombre et noms des escadrons.		Nombre d'hommes.
2 escadrons	du corps	300
„	Prince Maximilien	300
„	Cressendorff	300
„	Yssenburg	300
Hussards		60
		1260
	Total	6180 Hessois
	Total	37855

Encore 4 bataillons soit anglois soit hanovriens qui seront nommés au plûtôt pour être prêts au 1 de Mars à 780 chacun 3120

Total general 40975

NB. Il se pourroit qu'il se fit quelque changement dans la designation des bataillons ou escadrons, mais le nombre d'hommes restera toujours de même.

Les quarante mille hommes de L. H. P. seront composés des bataillons et escadrons suivants.

Nombre et noms des bataillons.			Nombre d'hommes.
3	bataillons	Bavarois	2349
3	„	„	2349
1	„	Gardes	900
2	„	de Colyear	1720
1	„	de Stuart	860
1	„	„	860
1	„	de Majoribancks	860
1	„	„	860
3	„	suisses de Hirzel	2400
1	„	de Nassau Stadhr Gelre	860
1	„	Constant	800
1	„	Planta	800
1	„	de Sturler	800
2	„	Nassau Stadhr Frise	1720
2	„	de Waldeck	1720
2	„	Saxen-Gotha	1720
1	„	de la Lippe	860
1	„	de Burmania	860
1	„	de Braauw	860
1	„	de Reede oudshoorn	860
1	„	de Gadelliere	860
1	„	de Croyé	860
1	„	de Lewe	860
1	„	d'Eck de Panthaleon	860
1	„	de Villattes	860
1	„	de Brakel	860
36			30178

Nombre et noms des escadrons.			Nombre d'hommes.
Dragons	5	escadrons gardes dragons	810
	5	„ de Slippenbach	810
	5	„ de Saxen-Gotha	810
	15	chaque esc. à 162 chevaux	2430

Nombre et noms des escadrons.			Nombre d'hommes.
Cavallerie	3 esc.	gardes	558
	3 „	Hessen-Philipstal	558
	2 „	de Birkenfeld	372
	2 „	de Hop	372
	2 „	de Schack	372
	2 „	de Ginkel	372
	2 „	de Nassau Stadhr Frise	372
	2 „	du feu prince de Hessen Hombourg	372
	2 „	de Lynden	372
	2 „	de Buys	372
	2 „	de Schagen	372
	2 „	de Rechteren Overyssel	372
	1 „	du comte Maurice	186
	1 „	de Rechteren Zelande	186
	1 „	de carabiniers	186
	44 esc.	chaque esc. à 186 chev.	7824
Hussards	4 escadrons		800
Faisant en tout:			
Infanterie	36 bataillons		30178
Cavallerie	44		7824
4 escadrons d'houssards			800
4 compagnies franches			650
Artilleristes			600
		Total	40052

3.

Les dits contigents devront être prêts à pouvoir être assemblés pour former l'armée alliée au plustard pour le premier de Mars prochain, bien entendu que sa Mté l'imperatrice-reine tiendra pour cet effet prêt de son contingent le nombre effectif de cinquante mille hommes pour le dit premier de Mars, et le surplus de dix mille hommes sera fourni par sa dite Mté dans le courant du mois d'Avril prochain au plus tard.

4.

Conformement aux offres faites par les ministres de sa Mté l'imperatrice-reine de faire verifier le nombre effectif des

troupes qui doivent former le contingent de sa dite Mté, on fournira de têms en têms à sa Mté britannique et à L. H. P. des tabelles authentiques signées par le general commandant imperial tant pour les recrues, à mesure qu'elles arriveront, que pour faire savoir la force reelle du dit contingent soit en hommes soit en chevaux qui se trouveront actuellement presents et sur les lieux.

Et pour constater d'autant mieux la chose, sa Mté britannique et L. H. P. auront la faculté de pouvoir, soit ensemble soit separement, en faire le denombrement aussi souvent qu'elles le trouveront à propos par deux ou plusieurs generaux qu'elles nommeront à cet effet, bien entendu que sa Mté l'imperatrice aura la même faculté par rapport aux trouppes alliées, si sa Mté imperiale l'exige.

5.

Outre les dits contingents destinés pour l'armée combinée des alliés, les garnisons devront être pourvues par les puissances respectives aux quelles les villes ou places appartiennent, tellement pourtant qu'il en sera formé des listes qui seront remises de têms en têms au general en chef qui commandera l'armée combinée, et si la necessité demandoit que les garnisons fussent renforcées, cela se fera hors des trouppes de l'armée combinée qui sont à la puissance à laquelle les villes ou places appartiennent.

6.

Comme le commandement en chef de l'armée des alliés aux Païs-Bas est deferé par sa Mté imperiale la reine de Hongrie et de Boheme, sa Mté britannique et L. H. P. à son altesse royale le duc de Cumberland, on est convenu des articles suivants pour servir de reglement à ce sujet.

Articles pour le commandement de l'armée alliée.

1.

Le commandement en chef de l'armée des alliés aux Païs-Bas étant deferé par sa Mté imperiale la reine de Hongrie et de Boheme, sa Mté britannique et L. H. P. à son altesse royale le duc de Cumberland, les generaux et les troupes qui com-

poseront cette armée seront pendant la campagne prochaine sous les ordres de son altesse royale.

2.

Le general commandant en chef prendra dans tout ce qui regarde les operations de la guerre et le bien de la cause commune l'avis du premier general de chaque corps des trouppes alliées qui sont sous ses ordres, lesquels generaux pourront prendre sur les matieres proposées l'avis des generaux des mêmes troupes étant sous leurs ordres toutes les fois qu'ils le trouveront necessaire.

3.

Lorsque le general commandant en chef trouvera à propos de convoquer un conseil de guerre, ce conseil sera composé des generaux ou officiers de chaque nation du même rang.

4.

Les ordres que le general commandant en chef donnera aux trouppes qui composeront l'armée combinée s'addresseront directement au general de chaque corps qui le commandera, autant que le service pourra le permettre.

5.

On laissera aux generaux de chaque corps le detail de leurs trouppes.

6.

Les trouppes des differentes nations de l'armée combinée seront traittés par rapport au service sur le même pied, et jouiront également des quartiers et autres avantages.

7.

Par rapport au rang et services des generaux et autres articles semblables on suivra ce qui a été pratiqué dans la guerre finie par la paix d'Utrecht.

8.

Le dit general commandant en chef ira de concert avec le general commandant des trouppes des etats generaux des Provinces-Unies à l'armée alliée en tout ce qui regardera la sûreté des frontieres de la republique, et trouvant à propos de

tirer des trouppes de sa Mté imperiale ou de sa Mté britannique hors des places de l'etat, où elles sont presentement ou dans lesquelles elles seront reçues cy-après, n'envoyera pas les ordres et patentes directement aux officiers commandans des regimens ni même aux gouverneurs des places, mais les addressera aux etats generaux, afin qu'ils y joignent leurs patentes dans la forme ordinaire, quand il s'agira de tirer des trouppes hors des places du Braband et de Flandres qui sont de la souveraineté des provinces unies. Mais lorsqu'il s'agira de les tirer des places qui sont situées dans les dites provinces, il faudra une patente des etats de la province outre celle des etats generaux, et les trouppes susdites seront obligées de suivre dans leur marche les ordres contenus dans les patentes et les routes qui leur seront données.

9.

Pareillement les trouppes de sa Mté imperiale ou de sa Mté britannique ne pourront entrer soit dans les dites places de Braband ou de la Flandre ou dans celles qui sont situées dans les Provinces-Unies ni même entrer dans leur territoire sur les seuls ordres et patentes du dit commandant en chef, mais il faudra de semblables patentes que dans l'article précedent, excepté qu'il suffira d'un ordre du general commandant les trouppes de l'etat à l'armée pour les faire recevoir dans les places qui seront menacées de siege, dans lesquelles il faudra jetter du monde sans avoir le têms d'écrire à la Haye.

10.

Les trouppes de sa Mté imperiale ou de sa Mté britannique, étant en garnisons dans les places des l'etat, feront en entrant le serment suivant le formulaire inseré à la fin de celle-ci et obeiront aux ordres des gouverneurs ou des officiers commandants en tout ce qui regarde le service, sans que les dits gouverneurs ou commandants pourront se mêler de leur detail.

11.

On traittera les trouppes de sa Mté imperiale et de sa Mté britannique, étant en garnison dans les places de l'etat, de la même maniere et sur le même pied que les trouppes de l'etat.

12.

Vers la fin de la campagne on reglera les quartiers d'hyver d'un commun accord, et les trouppes ne se separeront point pour aller aux quartiers d'hyver sans un consentement mutuel.

Formulaire de serment.

Nous promettons et jurons que nous servirons fidellement les etats generaux des Provinces-Unies et les etats de chaque province (sauf neanmoins le serment de fidelité que nous avons prêté à sa Mté imperiale ou à sa Mté britannique) pendant tout le têms que nous serons en garnison dans la ville de ..... et la defendrons contre tous ceux qui voudroient entreprendre quoi que ce soit contre la sûreté, sans que nous ferons le moindre tort ou dommage aux bourgeois ou habitans, et qu'en general nous nous comporterons comme il convient à des officiers et soldats d'honneur et de valeur.

III.

Sa Mté l'imperatrice fournira outre ce qui est dit dans le resultat précedent un corps de soixante mille hommes effectifs qui agira dans la partie meridionale de la France, et sa Mté le roy de Sardaigne aura un corps de trente mille hommes effectifs qui agira conjointement avec l'armée imperiale en France.

IV.

Sa Mté l'imperatrice et sa Mté le roy de Sardaigne entretiendront en outre un nombre suffisant des trouppes en Italie prêtes et en état d'agir pour que les possessions de leurs Mtez soient à couvert et que le roy d'Espagne aye lieu de craindre une entreprise prochaine pour les royaumes de Naples et Sicile en cas que sa Mté catholique ne fasse pas la paix avec sa Mté imperiale et ses alliés, bien entendu qu'en tout cas on ne diminuera pas le nombre de soixante mille imperiaux et trente mille piemontois qui doivent agir comme il est dit cy-dessus en France. Sa Mté britannique fournira le nombre de trente vaisseaux de guerre qui agiront pour seconder et appuyer les operations de l'armée combinée pour tout ce qui peut favoriser les interêts des alliés dans la partie meridionale de la France

et sur les côtes de l'Italie; et sa Mté le roy de Sardaigne s'engage d'employer ses galeres à favoriser ces mêmes objets. Sa Mté l'imperatrice constatera à ses alliés le nombre de ses trouppes dans la partie meridionale de la France de même que de celles qui resteront en Italie par la communication des tabelles authentiques signées par le general commandant, où le nombre des trouppes tel qu'il a été au mois d'Octobre passé sera marqué, et on demontrera par les tabelles authentiques les augmentation et recrues faites par la suite que le nombre qui manquoit au mois d'Octobre a été rempli et remplacé effectivement. Et sa Mté le roy de Sardaigne s'engage à la reciprocité à l'egard de ses trouppes.

V.

Pour aider sa Mté l'imperatrice-reine à soûtenir une si grande depense et pour la mieux mettre en état de faire les susdits efforts et de remplir ses engagemens, sa Mté britannique s'engage de faire payer à sa dite Mté un subside de quatre cens mille livres sterlings pour cette année.

VI.

Cette somme sera payée dans la ville de Londres entre les mains du sieur de Wasner, ministre de sa Mté imperiale, ou de la personne ou des personnes autorisées par l'imperatrice à la recevoir. On en payera le 24. de ce mois cent cinquante mille livres sterlings pour mettre les trouppes de sa Mté imperiale en état d'agir au terme fixé du premier de Mars et du courant du mois d'Avril, et on continuera à payer le dernier de Fevrier cinquante mille livres sterlings, le dernier de Mars cinquante mille livres sterlings et enfin le dernier d'Avril cinquante mille livres sterlings. Le payement des dernieres cent mille livres sterlings sera fait lorsque les soixante mille hommes destinés pour la campagne des Païs-Bas seront declarés complettes par les certificats des generaux nommés pour en faire le denombrement, et au cas qu'ils ne le soient pas à la fin du mois d'Avril prochain, sa Mté britannique ne se trouvera pas engagée envers sa Mté imperiale à un plus haute subside que celui de trois cens mille livres sterlings.

VII.

Et comme aussi sa Mté le roy de Sardaigne devra faire de son coté des efforts extraordinaires pour fournir son con-

tingent de trouppes dans l'armée qui agira en France et un ou plusieurs corps, comme il sera jugé plus avantageux au bien des affaires, et pour avoir en même têms les trouppes necessaires pour l'Italie, aussi bien que celles qui devront garder ses frontieres tant du coté de la Savoye que du Dauphiné, sa Mté britannique s'oblige de luy payer le subside de trois cens mille livres sterlings lequel luy sera compté proportionnement en avance, et dans les mêmes termes et avec les mêmes facilités promises à sa Mté l'imperatrice, et stipulées dans la presente convention par l'article sixieme.

VIII.

Diverses provinces de la republique n'ayant pas encore payé leur quotepart respective dans le subside de cent cinquante mille livres sterlings accordé par la convention du 31. Aout 1746, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne fera cause commune avec sa Mté l'imperatrice-reine pour porter ces provinces à satisfaire incessament à leur obligation.

Sa Mté britannique, ayant donné son consentement à la convention ulterieure pour un subside additionel de cinquante mille livres sterlings, fera payer des-à-present ses deux tiers, faisant trente trois mille trois cens trente trois et une troisieme livres sterlings, et s'employera efficacement à engager la republique à terminer cette convention au plûtôt et à payer avec la même promptitude sa quotepart.

IX.

Ce traitté sera ratifié par leurs dites Mtez, et les ratifications en seront échangées dans l'espace de six semaines ou plûtôt si faire se peut.

En foy de quoy nous les susdits ministres avons signé le present traitté de nos propres mains et y avons apposé le cachet de nos armes.

Fait à la Haye le 12. du mois de Janvier de l'année 1747.

Charles comte Batthyany. L. S. De la Chavanne. L. S. Sandwich. L. S.

L. S. Ferdinand comte de Harrach.

L. S. Thadé le baron de Reischach.

Pour éviter tout équivoque à l'occasion des dates, il a été jugé bon d'expliquer ici que, comme le sieur comte Borré de la Chavanne ne s'est point encore trouvé muni des pleinpouvoirs necessaires pour signer la presente convention le 12. Janvier dernier, jour au quel elle fût souscritte par les autres ministres des puissances contractantes et qu'il ne les a reçus de sa cour que quelque têms après, il n'a pû par consequent la signer et remplir le vuide laissé pour cet effet que ce jourd'huy 22. Fevrier 1747.

Ferd. comte de Harrach. De la Chavanne. Sandwich.

50.

Konvention zwischen Maria Theresia, Georg II., Karl Emanuel von Sardinien und den Generalstaaten, den Feldzug des Jahres 1748 betreffend, samt einem Geheimartikel über die Armeeleitung, einem Separatartikel über die Ratifikationsauswechslung, einer Erklärung der staatischen Vertreter über Artikel IV. des Vertrages, sowie zweier Deklarationen des Vertreters Maria Theresia's; d. d. Haag 1748, Jan. 26.

Rat. Georgs II. d. d. St. James 1748 Jan. 25|Februar 5; des Geheimartikels d. d. 26. Jan.|6. Febr.; Maria Theresia's d. d. Wien Febr. 12; Karl Emanuels d. d. Turin 1748 Februar 13.

Die Originale der Konvention samt Geheim- und Seperatartikeln und Erklärung sowie die Kopien der Deklarationen im St.-A. und R. O. Die Originale der sardinischen und englischen Ratifikation im St.-A., die Originale der Ratifikation der Konvention etc. sowie des Geheimartikels durch Maria Theresia im R. O.

Drucke bei Bittner Nr. 941.

Der Feldzug der Verbündeten in den spanischen Niederlanden verlief im Jahre 1747 nicht günstiger als im Vorjahre.[1]) *Statt der 140.000 Mann, die nach den getroffenen Verabredungen dem Feinde begegnen sollten, waren zu Beginn des Monates März kaum 100.000 unter den Waffen. Zwiespalt unter den verbündeten Mächten und Meinungsverschiedenheiten unter ihren Feldherren übten auch diesmal ihre nachteilige Wirkung auf den Gang der Ereignisse. Wiederum überliess man dem Feinde die Eröffnung der Feindseligkeiten und sah*

[1]) *Vgl. Broglie Maurice de Saxe et le Mis d'Argenson II. 198 ff.*

ruhig zu, wie dieser in raschem Anlaufe grosse Gebiete Hollands am linken Ufer der Schelde in Besitz nahm. Und der weitere Verlauf des Krieges, der Sieg des Marschalls von Sachsen bei Laveld am 2. Juli und die Erstürmung Berg op Zooms um die Mitte September durch die Franzosen, legte deutliches Zeugnis dafür ab, dass die Truppen und die Feldherren der Verbündeten ihren Gegnern nicht gewachsen waren. Dass diese wie im Vorjahre zeitig die Winterquartiere bezogen und von einer vollen Ausnützung ihrer Überlegenheit absahen, mussten die Verbündeten auch diesmal als ein unverhofftes Glück anerkennen.

Wie begreiflich, bestärkte der unglückliche Gang der Kriegsereignisse die zahlreichen Friedensfreunde in London und im Haag in ihrer Auffassung, dass an einen erfolgreichen Kampf gegen Frankreich und dessen Bundesgenossen nicht zu denken sei, und ermunterte sie, ihre seit langem im Interesse der Herstellung eines Dauer versprechenden Friedens unternommenenen Schritte fortzusetzen. Je sichtbarer aber der Verlauf der an den verschiedenen Höfen Europa's und auf den Kongressen geführten Verhandlungen erkennen liess, dass Österreich die Kosten des Friedens werde zahlen müssen, desto eifriger war Maria Theresia darauf aus, ihre Verbündeten für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen. Schon im September 1747 hatte sie durch Wasner in diesem Sinne beim englischen Hofe anfragen lassen, wie man sich die Führung des Kampfes in den Niederlanden im folgenden Jahre vorstelle und ihrerseits weitgehende Rüstungen versprochen. Die Antwort, die dem Vertreter Maria Theresia's zuteil wurde, zeigte deutlich die Stimmung des Londoner Hofes und der englischen Regierung. Lord Chesterfield, der die Friedenspartei innerhalb der letzteren vertrat, wurde nicht müde von der Notwendigkeit des Friedensschlusses zu sprechen und von Österreich neue Opfer zu fordern, während der Herzog von Newcastle, obgleich einem günstigen Frieden durchaus geneigt, der Meinung Ausdruck verlieh, man möge sich rüsten, um den Krieg mit Nachdruck weiter führen zu können, falls sich ein billiger Friede als undurchführbar erweisen sollte.[1]) *Wie Newcastle dachten auch König Georg II. und der Herzog von Cumberland. Und da die Friedensverhandlungen, die seitens der Engländer in den letzten Monaten des Jahren 1747 im Vereine mit den Generalstaaten und ohne diese nach allen Seiten hin geführt wurden, kein erwünschtes Resultat versprachen, gewann die Kriegspartei in beiden Staaten noch einmal die Oberhand.*

---

[1]) *Vgl. die Berichte Wasners d. d. 26. u. 29. Sept. 1747. St.-A.*

So leicht wie im Vorjahre erfolgte aber diesmal die Einigung nicht. Das gegenseitige Misstrauen trat einer raschen Feststellung des Operationsplanes für das Jahr 1748 hinderlich in den Weg. England und Sardinien fürchteten, dass Österreich mit Spanien einen besonderen Frieden schliessen werde,[1]) *Österreich besorgte widerum ein Separatabkommen der Engländer mit Frankreich. Dazu kam die geringe Geneigtheit der Generalstaaten für die Fortführung des Krieges, der nun ihr eigenes Land bedrohte, beträchtliche Opfer zu bringen, kamen die immer sichtbareren Differenzen zwischen Maria Theresia und dem Könige von Sardinien.*[2]) *Die Furcht, von dem Vertragsgegner übervorteilt zu werden und der Wunsch, sich gegen ein solches Verhalten durch möglichst präzise Bestimmungen der geplanten Konvention zu sichern, gaben zu langdauernden Erörterungen Anlass, auf die wir in diesem Zusammenhange nur in aller Kürze hinweisen können. Zu Beginn des Monates November 1747 legten die Vertreter Englands und Österreichs, Lord Sandwich und Baron Reischach, im Haag — wo die Beratungen stattfanden — ihre Projekte vor, nachdem sie bereits im Laufe des Monates Oktober das Terrain sondirt und sich über die Stimmung der Generalstaaten und des Oraniers orientiert hatten.*[3]) *In den Hauptfragen bestand zwischen ihnen keine Meinungsdifferenz. Sie traten beide dafür ein, dass eine bedeutende Kriegsmacht zu früher Jahreszeit kampfbereit gehalten und dass, wie im Vorjahre, der Krieg auch diesmal in den Niederlanden und in Italien zu gleicher Zeit geführt werden solle. Es gelang daher auch unschwer, sich über die*

---

[1]) *Vgl. dafür auch die Berichte Wasners vom Aug.-Okt. 1747 St.-A. Der König von Sardinien forderte sogar die Aufnahme einer Klausel in den ersten Artikel der geplanten Konvention, der die früher geschlossenen Vereinbarungen der Alliierten bestätigte, durch die Österreich und Sardinien erklären sollten, dass sie kein Bündnis mit einer feindlichen Macht geschlossen hätten, noch ohne Teilnahme der Verbündeten ein solches eingehen wollten. Die Engländer, immer geneigt, die Wünsche Karl Emanuels zu erfüllen, forderten dringend von Wasner und Reischach die Zustimmung ihrer Regierung (Bericht Reischachs an Batthyany d. d. 3. Dez. 1747 und Wasners d. d. 10. Nov.), standen aber davon ab, als Wasner und Reischach ihre Zustimmung davon abhängig machten, ob alle 4 Mächte eine gleiche Erklärung abgeben würden. Vgl. den Bericht Wasners d. d. 22. Dez. 1747 St.-A. Da nun auch England sich dem Begehren Karl Emanuels widersetzte, liess dessen Vertreter im Haag seine Forderung in der letzten Sitzung fallen. Vgl. den Bericht Reischachs d. d. 27. Jan. 1748 St.-A. (Holl.)*

[2]) *Vgl. Arneth l. c. III. 295 ff.*

[3]) *Vgl. die Berichte des Baron Reischach d. d. 4. u. 16. Nov. 1747 St.-A. (Holl.) Dem letzteren liegt eine Abschrift des englischen Projektes bei.*

Höhe der einzelnen Contingente zu einigen. Österreich, das sich kriegsfähiger erwies, als man in London nach den dort verbreiteten Gerüchten von gänzlicher Erschöpfung dieses Staates erwartet hatte, verpflichtete sich in den Niederlanden und in Italien je 60000 Mann in's Feld zu stellen, überdies aber die zum Schutze der Lombardei und der belgischen Festungen nötigen Truppen bereit zu halten. Die Contingente der Engländer und die der Generalstaaten wurden einschliesslich der 36000 Mann russischer Truppen, deren Stellung Kaiserin Elisabeth in dem am 30. Nov. 1747 mit den Seemächten geschlossenen Vertrage zugesagt hatte,[1] *auf je 66000 Mann festgesetzt, während der König von Sardinien, wie im Vorjahre, 30000 Mann zu den in Italien stehenden Truppen Maria Theresia's stossen lassen sollte.*[2] *Sobald aber die Vertreter der 4 Mächte, die sich zum Kampfe gegen die gemeinsamen Feinde einigen sollten, in die Verhandlungen über die Leitung dieser Truppen, über die Termine der Bereithaltung, wie über die Kontrolle des effectiven Standes derselben und über die Höhe und Zahlungsbedingungen der von England zu gewährenden Subsidien eintraten, zeigte sich, wie weit ihre Ansichten von einander abwichen, wie sehr sie sich gegenseitig beargwöhnten und wie gering ihre Neigung war, über dem allgemeinen Interesse das eigene zu vergessen.*

Gleich die erste der erwähnten Fragen, die der Leitung der verbündeten Truppen, gab Anlass zu überaus heftigen Debatten und drohte lange Zeit den Abbruch der Verhandlungen herbeizuführen. Wie wir wissen, hatte Maria Theresia im Jahre 1747 ihre Einwilligung dazu gegeben, dass der Herzog von Cumberland die Führung der in den Niederlanden kämpfenden Armee erhielt und sie zögerte trotz der durchaus nicht einwandfreien Leitung dieses Feldherrn nicht, der Fortdauer dieses Regimes das Wort zu reden. Ganz anders der Generalstatthalter der Niederlande, Wilhelm IV., der nun, da der Krieg sich in das Gebiet der Vereinigten Niederlande zog, seine Rechte als Heerführer geltend machte.[3] *Es bedurfte langer Verhandlungen, bis eine*

[1] *Vgl. den Abdruck dieses Bündnisses u. a. bei Martens, Recueil des traités et conventions, conclus par la Russie etc. IX (X), Nr. 387, 388 und 389.*

[2] *Eine Schwierigkeit ergab sich bezüglich der von England im Mittelmeer zur Unterstützung der österreich-sardinischen Armee zu stellenden Schiffe. Die Österreicher verlangten, belehrt durch die Erfahrungen des Jahres 1747, von den Engländern, nebst den grossen, auch kleinere, für die dortigen Verhältnisse geeignetere Schiffe, konnten aber ihr gerechtfertigtes Ersuchen erst nach längeren Kämpfen durchsetzen. Vgl. Berichte Wasners d. d. 17. Nov. u. 1. Dez. 1747 St.-A. (Angl.); Reischachs d. d. 16. Nov. 1747 und 27. Jan. 1748 St.-A. (Holl.)*

[3] *Reischach berichtet wiederholt über den Stand dieser Frage u. a. 22. Dez.*

Einigung erzielt wurde. Sie fand ihren Ausdruck in einem Geheimartikel der Konvention vom 26. Jan. 1748, in dem der Oberbefehl dem Herzoge von Cumberland belassen, zugleich aber betont wurde, dass der Oranier, im Falle der Notwendigkeit einer Teilung der Armee, die Führung des zum Schutze der Republik bestimmten Corps übernehmen und dass seine Nachgiebigkeit keineswegs zu Eingriffen in seine Rechte und Privilegien Anlass geben sollte. Unvergleichlich grössere Schwierigkeiten ergaben sich aus dem Konflikte zwischen Maria Theresia und Karl Emanuel von Sardinien bezüglich des Kommando's über die in Italien kämpfenden Truppen. Der letztere bestand auf das hartnäckigste darauf, dass ihm die Führung über die gesamte Armee übertragen werde, gleichgiltig ob sie nun einheitlich oder getrennt operiren würde, während die erstere im Hinblicke auf die Ereignisse des Kriegsjahres 1747 und auf ihre Würde von einem derartigen Zugeständnisse nichts wissen wollte. Mehr als zwei Monate wurde in London, wie im Haag, über diese Frage debattiert, die verschiedensten Projekte wurden verfasst und wieder verworfen, bis sich endlich eine Form fand, mit der sich die beiden Parteien einverstanden erklärten.[1])

Eine andere Frage, bei deren Erörterung das gegenseitige Misstrauen der Verbündeten deutlich zutage trat, betraf die Festsetzung der Termine, zu denen die Truppenkörper bereitgehalten werden sollten. Jede der Mächte warf den anderen vor, im verflossenen Feldzuge die gegebenen Versprechen nicht gehalten zu haben und bestand auf der Feststellung eines möglichst zeitlichen Termines für das kommende Jahr. Man einigte sich schliesslich dahin, die verschiedenen Armeecorps längstens am 1. März bereit zu halten. Nur der österreichischen Herrscherin wurde im Hinblicke auf die grosse Entfernung und auf die bedeutenden Rüstungen, deren sie bedurfte, gestattet, 10000 von den 60000 Mann, die sie zu stellen hatte, erst im Laufe des April zu liefern. Es wurde ferner ausdrücklich betont, dass man den See-

---

St.-A. (Holl.) Wilhelm IV. gab nur sehr ungern seine Einwilligung, bestand aber darauf, dass diese Bestimmung in einem geheimen Separatartikel ihren Ausdruck fand, wozu Lord Sandwich, der die Regelung dieser Frage im 5. Artikel der Konvention befürwortete, erst nach längerem Zögern seine Einwilligung gab. Vgl. den Bericht Reischachs d. d. 27. Jan. 1748 St.-A. (Holl.)

[1]) *Vgl. für die in dieser Frage gepflogenen Beratungen die Berichte Reischachs d. d. 14. u. 21. Dez. 1747, 13., 17., 21. u. 27. Jan. 1748; ferner den Briefwechsel des Lord Sandwich und Reischachs mit Batthyany; die Berichte Wasners d. d. London 10., 17. Nov., 1., 15., 22. Dez. und die Weisungen an diesen d. d. 15. Nov. und 29. Dez. 1747. St.-A.*

mächten nicht den Vorwurf des Vertragsbruches sollte machen dürfen, falls die von ihnen gewonnenen russischen Truppen nicht am 1. März in den Niederlanden eingetroffen sein sollten. Grosse Schwierigkeiten verursachte die Forderung der Engländer, dass die Zahlung der von ihnen der österreichischen Herrscherin zugesagten Subsidien von der Kontrolle über die wirklich vollzogene Stellung der 120.000 Mann seitens der Österreicher abhängig gemacht werden und im Falle eines nachgewiesenen Manco's ein entsprechender Abzug erfolgen sollte. Maria Theresia fand dieses Begehren mit ihrer Würde und ihrer Stellung schwer vereinbar, fügte sich aber, als die Engländer die Zahlungsfristen kürzten und das Versprechen gaben, es mit der Kontrolle, deren Feststellung im Hinblicke auf das Parlament unentbehrlich sei, nicht so streng nehmen zu wollen.[1]) *Ganz besonders lebhaft wurde über die Höhe der Subsidien zwischen den österreichischen und englischen Politikern gestritten. Die ersteren forderten 500.000 Pfund St., die letzteren wollten sich zu einer Erhöhung der im Vorjahre bewilligten 400.000 Pfund St. nicht verstehen. Vergebens wiesen Wasner in London, Reischach, Kaunitz und Batthyany im Haag auf die bedrohliche Lage der österreichischen Finanzen, auf die ungeheueren Auslagen Maria Theresia's hin; vergebens erbot sich die österreichische Regierung gegen Gewährung einer Subsidie von 500.000 Pfund St. zu den bereits bewilligten Truppen 4 Kavallerieregimenter den Verbündeten zur Verfügung zu stellen, die in erster Linie dazu dienen sollten, den Marsch der rus-*

---

[1]) *Vgl. die Berichte Wasners und Reischachs vom Nov. 1747—Jan. 1748 und die entsprechenden Weisungen des Wiener Hofes. Es kam übrigens dann doch zu Differenzen. Der englische Herrscher weigerte die Auszahlung der letzten 100.000 Pfund St., als sich herausstellte, dass Maria Theresia nicht 60000 Mann nach den Niederlanden gesandt hatte. Maria Theresia wies darauf hin, dass sie durch den Abschluss der Präliminarien (Ende April 1748) an der Abschickung der bereits geworbenen Ergänzungstruppen gehindert worden sei. Es kam zu lange dauernden Verhandlungen, die beim Abschluss des definitiven Aachner Friedens noch nicht beendet waren. Im British Museum Add. 32815 liegt ein Projekt einer „convention entre sa M^té britannique et sa M^té l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme," nach dem sich Georg II. zur Zahlung der 100.000 Pfund St. unter der Bedingung bereit erklärt, dass die Summe lediglich zur Begleichung der Rückstände an die Offiziere und Soldaten verwendet werden sollte, die in den Niederlanden gedient hatten, und dass Maria Theresia auf jede weitere aus einem früheren Vertrage herrührende Forderung verzichte. Das Projekt ist undatiert, dürfte aber aus dem Ende 1748 oder Anfang 1749 stammen, da der definitive Aachner Friede als bereits geschlossen bezeichnet wird und Maria Theresia die Verpflichtung übernimmt, alle in demselben getroffenen Abmachungen zu halten.*

sischen Hilfstruppen zu sichern. Die Engländer betonten, dass ihnen die Absendung dieser Reitertruppe überaus erwünscht wäre, dass sie aber auf Kosten Maria Theresia's erfolgen müsste. Alle Bemühungen Wasners, sie umzustimmen, blieben vergebens.[1]) *So kam es, dass sich Maria Theresia, von den Verbündeten zum Abschlusse der Konvention gedrängt, entschloss, auch in diesem Punkte vorerst nachzugeben. Doch überreichte Baron Reischach am Tage der Unterzeichnung der Konvention dem englischen Gesandten, Lord Sandwich, eine Deklaration, in der er hervorhob, dass seine Herrin die in dieser Frage gestellten Forderungen durchaus nicht fallen lassen könne.*[2]) *In der That wurden sie im Laufe des Winters und des Frühjahres 1748 in London erneuert und führten Anfang Mai zu einer Ergänzungskonvention, durch die sich Österreich zur Stellung der 4 Kavallerieregimenter, die Seemächte zur Zahlung einer Subsidie von 100.000 Pfund St. — England sollte* $^3/_4$, *die Generalstaaten* $^1/_4$ *davon übernehmen — verpflichteten.*[3])

Auch mit dem Inhalte des 6. Artikels, der den Transport der Lebensmittel und die Magazine betraf und Österreich den Vereinigten Niederlanden gegenüber Lasten auferlegte, ohne von den letzteren gleiche zu fordern, war Baron Reischach nicht einverstanden und betonte in einer besonderen Deklaration die Notwendigkeit der Reciprocität.[4]) *Die Vertreter der Generalstaaten widerum protestierten in einer besonderen Urkunde gegen die Unbilligkeit, die nach ihrer Meinung in dem Inhalte des 4. Vertragsartikels lag, durch den bestimmt wurde, dass jede Verstärkung der Besatzungen in den vom Feinde bedrohten Festungen nicht von der verbündeten Armee, sondern von der Macht vollzogen werden sollte, der diese Orte gehörten.*[5])

Mitte Januar hatten sich die Gesandten der verbündeten Mächte über alle Punkte der geplanten Konvention geeinigt; nur die Frage des

---

[1]) *Vgl. insbesondere das Schreiben Batthyany's an Reischach d. d. 17. Dez., die Berichte Reischachs d. d. 20. und 27. Jan. 1748 und jene Wasners d. d. 10. Nov., 1. und 19. Dez.*

[2]) *Vgl. den Abdruck im Anhange zur Konvention vom 26. Jan. 1748 p. 768.*

[3]) *Vgl. Nr. LI. p. 769 ff.; für die weiteren Verhandlungen in dieser Frage die Berichte Reischachs d. d. 6. März und 3. Mai 1748 St.-A. (Holl.)*

[4]) *Vgl. den Abdruck im Anhange zur Konv. vom 26. Jan. 1748 p. 767; für die Verhandlungen in dieser Frage das Schreiben Reischachs an Batthyany d. d. 21. Dez. 1747.*

[5]) *Vgl. den Abdruck im Anhange zur Konv. vom 26. Jan. 1748 p. 767; für die Verhandlungen in dieser Frage den Bericht Reischachs d. d. 27. Jan. 1748 St.-A. (Holl.)*

Kommando's in Italien war noch ungelöst. Baron Reischach schlug, einen Gedanken Wasners aufnehmend,[1] *den Engländern vor, die Unterzeichnung der Konvention ohne Sardinien vorzunehmen und diesem den Beitritt nach erfolgter Vereinbarung in der Kommandofrage mit Maria Theresia offen zu lassen.*[2] *Da erklärte Lord Sandwich, dass England ohne Sardinien den Vertrag nicht unterzeichnen werde,*[3] *während Graf Chavanne, der Vertreter Karl Emanuels, betonte, dass sein Herr, selbst auf die Gefahr hin unsagbares Unheil über seine und der Verbündeten Staaten heraufzubeschwören, von seiner Forderung niemals abstehen werde. Unter diesen Umständen entschlossen sich die Bevollmächtigten Maria Theresia's, durch die ihnen zugekommenen Weisungen gedeckt,*[4] *den auf diese Kommandofrage bezüglichen Artikel in der Form, die er schliesslich erhalten hatte, zu acceptieren. Nun stand der definitiven Fassung des Vertrages kein Hindernis mehr im Wege. Am 26. Jan. waren die Arbeiten beendet. Am selben Tage unterzeichneten die Vertreter der 4 beteiligten Staaten die Konvention.*[5] *Eine Bestimmung über die Auswechslung der Ratifikationen wurde in den Vertrag nicht aufgenommen, da man im Hinblicke auf den Brauch der Generalstaaten eine beträchtliche Verzögerung bei der Durchführung fürchtete.*[6] *Doch einigten sich die Bevollmächtigten Österreichs, Englands und Sardiniens in einem Separatartikel dahin, dass die Ratifikationen dieser Konvention längstens in 4 Wochen ausgewechselt werden sollten und betonten zu gleicher Zeit, dass sie von einer gleichen Erklärung seitens der Vertreter der Generalstaaten in der Überzeugung Abstand ge-*

---

[1]) *Vgl. Bericht Wasners d. d. 15. Dez. 1747 St.-A.*

[2]) *Vgl. den Bericht Reischachs d. d. 20. Jan. 1748 St.-A. (Holl.)*

[3]) *Ebenda.*

[4]) *Die kaiserlichen Gesandten hatten sich, bevor sie im Besitze der Weisung d. d. 12. Jan. waren, die sie zu diesem Zugeständnisse ermächtigte, blos zur Unterzeichnung sub spe rati entschlossen, liessen aber nach Erhalt der Weisung Maria Theresia's diese bedingungsweise Unterzeichnung fallen. Vgl. die Berichte Reischachs d. d. 20. u. 27. Jan. 1748 St.-A. (Holl.)*

[5]) *Der englische Bevollmächtigte nur sub spe rati. Seine Erklärung lautet: Le soussigné ministre plenipotentiaire de sa M^té^ le roi de la Grande-Bretagne declare de signer la convention sans demander des nouveaux ordres aussi bien que l'article secret touchant le commandement de l'armée alliée sub spe rati, la saison etant tellement avancée que des delais ulterieurs pourroient nuire aux affaires de la cause commune.*

Fait à la Haye le 26. Janvier 1748.

Sandwich (Or. im R. A. im Haag.)

[6]) *Vgl. den Bericht Reischachs d. d. 17. Jan. 1748 St.-A. (Holl.)*

nommen hätten, dass diese auch ohne spezielle Verpflichtung diesen Separatartikel einhalten werden.[1])

Soit notoire à tous ceux à qui il appartiendra que comme il pourroit arriver que les moyens mis en oeuvre pour parvenir à une paix juste et solide n'eussent pas l'effet desiré, et que l'experience du passé a fait voir que les forces des alliés ne sauroient resister efficacement aux efforts de la France, à moins que d'avoir en campagne des armées considerables et superieures à celles de l'ennemi et d'avoir en mer des forces capables d'affoiblir les ressources de la France, les puissances alliées, savoir sa Mté imperiale la reine de Hongrie et de Boheme, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne, sa Mté le roy de Sardaigne et L. H. P. les seigneurs etats generaux des Provinces-Unies, sont convenus de regler entre eux les preparatifs les plus efficaces pour avoir des forces superieures à l'ennemi et être en etat d'agir avec vigueur au plutot et sans perte de têms.

I.

Toutes les conventions et traités cy-devant conclus entre les puissances ensemble ou separement auront leur plein et entier effet et seront reciproquement executés et accomplis dans toute leur étendue, l'intention de haut-contractans étant de concerter et de regler seulement par le present acte ce que chaque puissance alliée doit contribuer pour la campagne prochaine, sans vouloir deroger en aucune maniere par la presente convention aux engagemens précedens.

II.

Comme les armes de la France ont fait par leur superiorité aux Païs-Bas des progrès extraordinaires et même envahi une partie considerable du territoire de la republique des Provinces-Unies, et qu'il est necessaire de prevenir les suites fâcheuses qui en pourroient resulter et de se mettre en état de reparer les dommages et recouvrer les pertes du passé, on mettra pour cet effet en campagne aux Païs-Bas une armée de

---

[1]) *Vgl. den Abdruck im Anhange zur Konvention vom 26. Jan. 1748 p. 766.*

cent quatre vingt et douze mille hommes composée des contingents suivants.

Le contingent de sa Mté imperiale, la reine de Hongrie et de Boheme, est fixé à soixante mille hommes effectifs et sera composé des regimens, bataillons et escadrons suivant la specification qui en sera remise aux puissances contractantes le 20. du mois de Fevrier prochain.

Le contingent de sa Mté britannique est fixé à soixante et six mille hommes effectifs suivant la specification des bataillons et escadrons qui sera donnée et remise aux puissances contractantes le 20. du mois de Fevrier prochain.

Le contingent des etats generaux est fixé à soixante et six mille hommes effectifs, et la specification des bataillons et escadrons des quels le dit contingent sera composé sera remise aux puissances contractantes le 20. du mois de Fevrier prochain comme dessus.

III.

Les dits contingents devront être prêts à être assemblés pour former l'armée alliée au plus tard pour le premier de Mars prochain. Sa Mté l'imperatrice-reine tiendra à cet effet prêt pour former son contingent le nombre effectif de cinquante mille hommes, et le surplus de dix mille hommes sera fourni au plus tard dans le courant du mois d'Avril prochain. Mais au cas que les troupes russiennes ne fussent pas encore arrivées au têms fixé du premier de Mars, sa Mté britannique ni L. H. P. ne seront pas censés d'avoir manqué à cet égard à l'engagement pris dans le present article.

IV.

Outre les dits contingents destinés pour l'armée combinée des alliés les garnisons devront être pourvues par les puissances respectives aux quelles les villes ou places appartiennent, tellement pourtant qu'il en sera formé des listes qui seront remises de têms en têms aux generaux en chef qui commanderont l'armée combinée, et si la necessité demandoit que les garnisons fussent renforcées cela se fera hors des troupes de l'armée combinée qui sont à la puissance à la quelle les villes ou places appartiennent.

V.

Le commandement des armées au Païs-Bas ainsi que les articles qui le regardent seront reglés d'un commun accord entre leurs altesse royale et serenissime avec le consentement et l'approbation des puissances respectives.

VI.

Pour ce qui regarde l'artillerie, les fraix des sieges avec ce qui en depend, tous les autres fraix casuels de la guerre et les subsides nouveaux ou ulterieures qu'on jugera à propos de promettre à quelques cours ou princes, il est convenu entre sa Mté britannique et L. H. P. que l'on suivra ce qui a été stipulé à cet égard dans les 2. 3. 4. et 5.me articles du resultat fait le 30. Mars 1745 entre messieurs le comte de Chesterfield et Trevor et les deputés de L. H. P., et dans la convention qui a été faite pour l'execution du dit resultat entre lesdits sieurs comte de Chesterfield et Trevor et les deputés du conseil d'etat le 5. May 1745.

Et pour ce qui regarde le transport de la grosse artillerie et de son train par terre, la livraison de la paille et du bois à fournir aux troupes lorsqu'elles camperont sur le territoire de la republique, de même que les fraix des chariots, charettes et chevaux qu'on fera venir du plat païs de la republique pour le service de l'armée dans une marche prochaine, l'on suivra ce qui a été reglé l'année passée par les 2. 3. et 4.me articles de l'autre resultat des conferences tenues entre le ministre de sa Mté britannique et les deputés de L. H. P. inseré dans la resolution de L. H. P. du 9.e Janvier 1747.

VII.

La republique s'engage de fournir le nombre de dix à douze vaisseaux de guerre pour être joints à la flotte angloise destinée pour ruiner le commerce des François et proteger le commerce respectif des deux nations.

VIII.

Outre l'armée susmentionnée qui doit se former dans les Païs-Bas, sa Mté l'imperatrice s'engage d'avoir en Italie en état d'agir et operer ou en France ou selon le concert à faire de la part des puissances alliées pour regler les operations de la guerre

et toutes les mesures et arrangemens preventifs aux dites operations soixante mille hommes effectifs, une fois independamment de ce qui est necessaire pour garnir des troupes les places en Lombardie, et sa dite Mté s'oblige de constater aussitôt que cela se pourra que le dit nombre s'y est trouvé en hommes effectifs. La specification des bataillons et escadrons dont le dit contingent doit être composé sera remise aux puissances contractantes le premier du mois de Mars prochain.

IX.

Sa Mté le roy de Sardaigne s'engage de fournir outre les garnisons necessaires pour la sûreté de ses places trente mille hommes effectifs pour agir ou en France ou suivant le concert ou la convention qui se doit faire entre les puissances alliées pour regler les operations des armées, comme il est dit cy-devant. Et la specification des bataillons et escadrons dont on composera le dit contingent sera remise aux puissances contractantes au même terme du mois de Mars prochain.

X.

Les susdits contingents bien effectifs devront être prês à pouvoir former l'armée au plus tard le premier de May prochain, et les troupes des deux couronnes devront être pourvues de tout ce qui est necessaire à des corps qui agissent en campagne.

XI.

Sa Mté le roy de la Grande-Bretagne fournira comme l'année passée trente vaisseaux de guerre dont on changera quelquesuns contre des petits batimens plus propres à approcher des côtes, pour seconder les operations des troupes alliées sur les côtes de France et de l'Italie, faciliter leurs transports et empêcher ceux des ennemis. Et le roy de Sardaigne s'engage d'employer ses galeres à favoriser les mêmes objets.

XII.

Pour mettre sa Mté l'imperatrice reine plus en état de subvenir aux fraix des dits contingents tant en Flandre que du coté de l'Italie sa Mté britannique payera à sa Mté imperiale un subside de quatre cens mille livres sterlings, dont les payemens se feront de la maniere suivante, c'est-à-dire cent cin-

quante mille livres sterlings immediatement après la signature de la presente convention sans attendre la ratification de sa Mté imperiale; cent mille autres livres sterlings immediatement après l'échange des ratifications; cinquante mille livres un mois après le payement de 100,000 susmentionnés; et finalement les dernieres cent mille livres sterlings en un seul payement, aussitôt qu'il sera certifié par les officiers nommés pour faire le denombrement des troupes de sa Mté l'imperatrice-reine que son contingent monte à soixante mille hommes effectifs en Flandre et à soixante mille hommes effectifs du coté de l'Italie, bien entendu qu'en cas que par les certificats qui se feront de ce denombrement l'un ou l'autre de ces deux corps ne se trouve pas complet, savoir soixante mille hommes en Flandre et soixante mille hommes du coté de l'Italie, on rebattra de la dite somme de cent mille livres sterlings une partie à proportion de ce qui manquera au dit nombre de cent et vingt mille hommes.

XIII.

Pour mettre le roy de Sardaigne en état de supporter et de fournir aux fraix du contingent susmentionné, sa Mté britannique payera à sa dite Mté un subside de trois cens mille livres sterlings, et les payemens du dit subside se feront de la même maniere, dans le même tems, mêmes termes et avec les mêmes precautions, en cas que le nombre de trente mille hommes ne fut pas complet, et enfin suivant la même regle de proportion arrêtée et convenue avec sa Mté l'imperatrice reine.

XIV.

Pour assûrer plus efficacement l'etat complet des dits contingents en Italie de même qu'aux Païs-Bas, tous les generaux et commandants des puissances contractantes seront obligés de s'entrefournir reciproquement des têms en têms des tabelles authentiques de la force effective des corps sous leurs ordres lesquelles seront aussi toutes remises aux generaux commandants en chef, et pour constater d'autant mieux la chose chaque puissance contractante aura le pouvoir et la faculté d'en faire faire ensemble ou separement au commencement de la campagne le denombrement par deux ou plusieurs officiers generaux qu'elle nommera à cet effet.

XV.

Sa Mté le roy de Sardaigne aura le commandement supreme de toute l'armée alliée soit qu'elle reste en corps ou qu'on la partage et en fasse des detachemens pour en diriger et gouverner les operations au plus grand bien da la cause commune, le tout conformement à l'article VI. du traité de Worms inseré icy mot à mot:

„Sa Mté le roy de Sardaigne aura le commandement supreme de l'armée alliée lorsqu'il y sera en personne, et il en reglera les mouvemens et les operations militaires de concert avec sa Mté la reine de Hongrie selon que l'exigera l'interêt et le besoin commun."

XVI.

L. H. P. s'engagent conjointement avec son altesse serenissime monseigneur le prince d'Orange d'employer tout leur credit et pouvoir auprès des provinces pour les porter à payer les arrerages tant du vieux que du nouveau subside suivant la specification cy-jointe, y compris le subside additionel de cinquante mille livres sterlings, ou du moins à en assûrer le payement dans un tel terme qu'on puisse trouver d'abord credit là dessus, après en avoir deduit ce que l'etat a deja avancé aux troupes de sa Mté imperiale et pour les payemens des bateliers.

Ainsi conclus et signé par les ministres plenipotentiaires et les deputés soussignés, autorisés à cet effet respectivement de la part de sa Mté imperiale la reine de Hongrie et de Boheme, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne, sa Mté le roy de Sardaigne et L. H. P. les etats generaux des Provinces-Unies, à la Haye le 26.e Janvier 1748.

Le B. de Reischach. L. S. Sandwich. L. S. De la Chavanne. L. S. T. W. Torck. L. S.
L. S. W. Bentinck.
L. S. J. Gilles.
L. S. W. Borssele.
L. S. D'Ablaing de Giessenburg.
L. S. W. S. v. Grovestins.
L. S. C. Bentinck.
L. S. E. Tamminga.

Specification

des arrerages des subsides dûs à sa Mté l'imperatrice-reine.

Pour l'année 1741.

	fl.	s.	d.
La province d'Utrecht	48982	10	—
Le quartier de la Velue	14672	18	—

Pour l'année 1742.

La province de Zelande	73466	13	4
La province de Frise	88627	1	8
La province d'Overyssel	32476	18	8
Le quartier de la Velue	27948	7	8
La province d'Utrecht	93300	—	—
Somme .	379.474	8	12
Les arrerages du subside de 150.000 lb. St., accordé à sa Mté par la convention du 31. d'Aout 1746, se montent à . .	229.298	8	13
Le contingent dans le subside additionel de 50000 lb. St., où la republique paye un quart, fait la somme de . .	137.500	—	—
Somme totale de tout ce qui reste à payer .	746.272	17	9

Article secret.

Le commandement en chef de l'armée alliée aux Païs-Bas ayant été deferé l'année passé à son altesse royale monseigneur le duc de Cumberland, on ne fera point de changement à cet égard pour la campagne prochaine, et son altesse royale monseigneur le duc commandera par consequent aux mêmes conditions qui lui furent accordées par la convention du 9.me Janvier 1747. Mais comme le bien du service et les circonstances et la situation des affaires exige que l'armée soit partagée en plus d'un corps, son altesse serenissime monseigneur le prince d'Orange aura le commandement en chef d'un des deux corps de l'armée, et specialement de celui qui d'abord sera destiné pour couvrir les frontieres les plus exposées de la republique, et son altesse royale et son altesse serenissime iront de concert ensemble dans tout ce qui concerne et interesse la seureté et la deffense de la republique la plus manifestement en danger de tous les alliez.

Le tout sous la reservation que la deference que son altesse serenissime temoigne en cedant et renonçant à la parité du commandement pour se conformer aux desirs de sa Mté ne derogera en rien aux droits et privilèges du capitaine general de l'union par rapport à son commandement sur le territoire de l'etat et qu'on n'en pourra tirer aucune consequence en faveur des capitaines generaux des tetes couronnées au prejudice de celui de la republique.

Fait à la Haye le 26. de Janvier 1748.

Le baron de Reischach. L. S. Sandwich. L. S. T. W. Torck. L. S.
L. S. W. Bentinck.
L. S. J. Gilles.
L. S. W. Borssele.
L. S. D'Ablaing de Giessenburg.
L. S. W. S. v. Grovestins.
L. S. C. Bentinck.
L. S. E. Tamminga.

Article separé.

Nous ministres plenipotentiaires soubsignés avons convenus que les ratifications de la convention signée ce jourd'hui seront échangés entre nous au nom de nos maitres et souverains respectifs dans le terme d'un mois ou plûtôt s'il est possible, et nous n'avons point mis le present article dans la convention suivant l'usage ordinaire pour éviter les longueurs et les retardemens qu'auroit necessairement causé l'expedition des ratifications de L. H. P. et les formalités qui sont d'usage en pareil cas dans leur republique; lesquelles formalités ont été reconnues superflues et inutiles à la validité des engagemens pris au nom de L. H. P. par messieurs les deputés commis specialement à la conclusion finale de la dite convention d'une maniere que suivant l'ordre établi dans leur état cet article se trouve avoir toute l'autenticité requise, comme s'il étoit pourvû d'un acte de ratification de leur part. Le present article aura la même force que s'il étoit inseré mot à mot dans la dite convention. Fait à la Haye le 26. Janvier 1748.

Le baron de Reischach. L. S. De la Chavanne. L. S. Sandwich. L. S.

Bien que L. H. P., persuadées de la necessité et de l'importance de la perfection de la convention, n'ont pas fait de difficulté pour prevenir tout prejudice qu'un plus long delay pourroit porter aux interets de la cause commune de concourir par leur signature à la conclusion de la dite convention, elles ne peuvent se dispenser de declarer qu'elles avoient esperé qu'on auroit pretté quelque attention à leurs justes instances, pour que l'article 4 eut êté couché de façon que les troupes de l'etat ne seroient point surchargées au de là des autres, et L. H. P. se reservent non seulement leur plein droit d'egalité entre les alliez, mais se flattent encore que si dans le cours de la campagne le cas specifié venoit à exister on y aura égard.

Fait à la Haye le 26, Janvier 1748.[1])

Declaration remise à son altesse serenissime monseigneur le prince d'Orange-Nassau[2]) etc.

Comme sa Mté imperiale et royale a fait fournir dans ses Païs-Bas pendant les campagnes precédentes aux troupes alliées les chevaux et les chariots gratis et à ses fraix et depens pour les transports des vivres, des fourages et des magazins, et qu'on leur a permis de fourager lorsque la saison le demandoit, et que l'equité et la justice exigent que la parfaite reciprocité soit observé à l'egard des troupes imperiales qui sont sur le territoire de la republique, je soussigné ministre plenipotentiaire de sa Mté imperiale et royale etc. declare que le contenu du 6me article de la convention signée ce jourd'huy entre les puissances alliées ne pourra jamais porter aucun prejudice à une demande si juste, sa Mté imperiale se reservant expressement par cette declaration que la dite parfaite reciprocité soit reglée et etablie entre les chefs commandants de troupes de deux puissances.

Fait à la Haye le 26. Janvier 1748.

Le baron de Reischach.

---

[1]) *Unterzeichnet von den auch im Hauptvertrage unterzeichneten Abgeordneten der Generalstaaten.*

[2]) *Nach der im St.-A. — Beilage zum Berichte Reischachs d. d. Haag 1748 Jan. 27 — befindlichen Kopie. Im R. A. im Haag befindet sich auch eine Kopie dieser Erklärung.*

Declaration remise à milord Sandwich, ministre plenipotentiaire de sa Mté britannique.[1])

Je soussigné ministre plenipotentiaire de sa Mté imperiale et royale etc. declare qu'attendu la necessité indispensable de ne pas retarder d'un moment la signature de la convention signée ce jourd'huy, je n'ai point insisté pour y faire inserer la reserve de cent mille livres sterlings que l'imperatrice ma maitresse a toujours constamment demandé en augmentation de subside au de là de celuy qui luy est deja promis par sa Mté britannique dans la dite convention, en offrant quatre regimens de cavallerie, faisant quatre mille hommes indispensablement necessaires, soit pour frayer le chemin autravers de toute l'Allemagne aux 30000 Russiens qui doivent la traverser pour venir à leur destination, soit pour pourvoir à leur sureté et favoriser leurs operations au cas qu'ils soient employés sur le haut Rhin ou sur la Moselle suivant que le plan general des operations militaires pourroit exiger, soit enfin que les dits secours des Russes vinssent aux Païs-Bas, où chacun sait que l'armée n'est pas fournie à beaucoup près d'une quantité de cavallerie proportionnée et suffisante au service de l'infanterie, et s'opposer aux efforts de celle des ennemis qu'on a eprouvé la campagne derniere avoir eu d'assez grands avantages par sa superiorité sur celle des alliées; de sorte que par le present acte sa Mté se reserve très expressement le payement de dits cent mille livres subsides additionels, et declare n'avoir consenti au subside borné à 400.000 livres St. dans la convention que dans la ferme confiance que ces dernieres 100.000 livres St. lui seront egalement accordés, soit que sa Mté britannique veuille s'en charger seule, soit que sa dite Mté et L. H. P. trouvent bon de le repartir entre les deux puissances maritimes.

Fait à la Haye ce 26. Janvier 1748.

Le baron de Reischach.

---

[1]) *Nach der im St.A. — Beilage zum Berichte Reischachs d. d. Haag 1748 Jan. 27. — befindlichen Kopie.*

51.

Ergänzungskonvention zwischen Maria Theresia, Georg II., Karl Emanuel III. von Sardinien und den Generalstaaten, betreffend den Feldzug des Jahres 1748, samt einem Separatartikel d. d. Haag 1748 Mai 3.[1])

Rat. Georgs II. d. d. Herrenhausen 1748 Juni 28/Juli 9; Maria Theresia's d. d. Wien Mai 15.

Die Originale der Konvention samt Separatartikel im St.-A. und R. O., das Original der englischen Ratifikation im St.-A., das der österreichischen im R. O.

Les puissances alliées ayant trouvé que la grande augmentation d'infanterie reglée par la convention du 26. Janvier de l'année presente exigeoit de même une proportion de cavallerie:

I.

Sa Mté l'imperatrice reine s'engage par la presente à faire marcher quatre regimens de cavallerie, chaque regiment de 1000 hommes effectifs, les quels se mettront en mouvement le plustot que possible, même sans attendre l'arrivé des troupes russiennes, si par aucun retardement imprevu des Russiens leur marche peut se faire avant l'arrivé du dit corps des troupes.

II.

Pour mettre l'imperatrice reine plus en etat de supporter les fraix de la marche et de l'entretien des dits 4000 hommes, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne et les seigneurs etats generaux des provinces unies des Païs-Bas s'engagent de payer à sa Mté imperiale, reine de Hongrie et de Boheme, un subside additionel de 100.000 livres sterlings, à sçavoir 75000 pour le compte de sa Mté et 25000 pour le compte des etats generaux; les quelles sommes se payeront en deux payements, à sçavoir 50000 le premier du mois de Juin et 50000 le premier du mois de Juillet prochain.

---

[1]) *Die informierende Einleitung zu diesem mit dem vorhergehenden in engster Beziehung stehenden Vertrage ist p. 757 gegeben.*

III.

Sa Mté le roy de la Grande-Bretagne ayant (pour ne point perdre d'occasion d'augmenter les forces des alliéz) par cet arrangement fait une addition à son contingent de 3000 chevaux, les seigneurs etats generaux s'engagent par la presente convention d'augmenter leur contingent, déjà fixé a 66000 hommes, de 1000 chevaux et 2000 troupes d'infanterie, outre ce qui a été stipulé dans l'article 2d, et la specification des corps des quels la dite addition sera composée se fera immediatement après la signature de la presente convention.

Ainsi conclu et signé par les ministres plenipotentiaires et les deputés soussignés, authorisés à cet effet respectivement de la part de sa Mté imperiale la reine de Hongrie et de Bohème, sa Mté le roy de la Grande-Bretagne et L. H. P. les etats generaux des Provinces-Unies.

À la Haye le 3 de May 1748.

L. S. Le baron de Reischach. L S. Dayrolle. L. S. T. W. Torck.
L. S. C. v. Dijck.
L. S. J. Gilles.
L. S. P. Buteux.
L. S. D'Ablaing de Giessenburg.
L. S. D. v. Hamerster.
L. S. G. Eckelboom.
L. S. E. Tamminga.

Article separé à la convention additionelle 3. May 1748, à la Haye.

Ist wörtlich gleich dem geheimen Artikel der Konvention für den Feldzug 1748, ddo. 26. Jan. 1748.[1])

L. S. Le baron de Reischach. L. S. S. Dayrolle.

---

[1]) *Vgl. p. 766 f.*

52.

Accession Österreichs d. d. Aachen 1748 Mai 25 zu den zu Aachen 1748 April 30 unterzeichneten Präliminarien und zu den darauf bezüglichen Erklärungen d. d. Aachen 1748 Mai 21; Acceptation dieser Accession durch England d. d. Aachen 1748 Mai 26, sowie Deklaration d. d. Aachen Mai 31 über Artikel II der Präliminarien und Accession Österreichs dazu d. e d.

Rat. der Accession durch Maria Theresia d. d. Wien 1748 Juni 5; durch Georg II. d. d. Herrenhausen 1748 Mai 30|Juni 10; Rat. der Accept. dieser Accession durch Georg II. d. d. Herrenhausen 1748 Juni 6|17.

Or. der österr. Accession im R. O.; der engl. Acceptation im St.-A. Original der Ratifikation Maria Theresia's im R. O., der Georgs II. im St.-A.

Die eingehende Erörterung der Politik, die Österreich im Laufe der Verhandlungen befolgt hat, die dem Abschlusse der Präliminarien vom 30. April und des definitiven Aachener Friedens vom 18. Oktober 1748 vorangegangen sind,[1] *muss dem Herausgeber der österreichisch-französischen Staatsverträge vorbehalten bleiben, da Frankreich der eigentliche Vertragsgegner Österreichs war, während England als Compaciscent Maria Theresia's an den Unterhandlungen jener Tage teilnahm. Aus diesem Grunde wurde auch Abstand genommen, in diesem Zusammenhange die Vertragsentwürfe zu verzeichnen und zu besprechen, die seitens der englischen und der österreichischen Regierung in den Jahren 1747 und 1748 verfasst worden sind. Da aber der Gang der Ereignisse dahin führte, dass Maria Theresia von der Unterzeichnung der Präliminarien wie des Definitivvertrages ausgeschlossen blieb, beiden Vereinbarungen aber später beitrat, spielte sie schliesslich nicht nur Frankreich, sondern auch den Vereinigten Niederlanden und England gegenüber die Rolle des Vertragsgegners. Daher mussten die auf die Accession Österreichs zu den Präliminarien vom 30. April und zum Vertrage vom 18. Oktober 1748 bezugnehmenden Dokumente in die vorliegende Publikation aufgenommen werden, und es geschah dies in der Weise, dass die in die österreichische Accessionsurkunden aufgenommenen beiden Verträge vom 30. April und 18. Okt. mitpubliciert wurden, da sonst diese beiden wichtigen Abmachungen in der Gesamtausgabe der österreichischen Staatsverträge fehlen würden.*

[1]) *Vgl. Broglie La paix d'Aix-la-Chapelle, Paris 1892 und die Abhandlungen von A. Beer „Holland und der österr. Erbfolgekrieg" A. f. K. ö. G. XLVI. und „Zur Geschichte des Friedens von Aachen" l. c. XLVII 1 ff. Arneth, Maria Theresia III 365 ff.*

Zum Verständnisse der österreichischen Politik mögen die folgenden kurzen Erörterungen dienen. Die österreichische Regierung war nicht prinzipiell gegen den Abschluss eines Friedens mit Frankreich und dessen Verbündeten, sie ersehnte denselben vielmehr nicht minder als ihre Bundesgenossen. Wenn sie sich trotzdem immer lebhafter für die Fortsetzung des Krieges aussprach, so geschah dies nur deshalb, weil die von den verschiedenen Höfen einlangenden Berichte und die Äusserungen der in Wien accreditierten Vertreter der verbündeten Regierungen immer deutlicher erkennen liessen, dass der Friede, den Österreichs Feinde und Freunde wünschten, auf Kosten dieser Macht geschlossen werden sollte. Namentlich die von Robinson in Wien abgegebenen und die seitens der englischen Minister an Wasner erfolgten Erklärungen liessen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Maria Theresia von den Engländern nichts gutes zu erwarten habe, dass dieselben aus egoistischen Gründen von ihrem Vorhaben nicht ablassen wollten, dem Könige von Sardinien den dauernden Besitz all jener Gebiete zu sichern, zu deren Abtretung sich Maria Theresia im Wormser Vertrage nur in der Erwartung einer entsprechenden Entschädigung verstanden hatte und dass sie entschlossen waren, dem Könige von Preussen die Garantie Schlesiens seitens der vertragschliessenden Mächte zu verschaffen.[1] *Es war wirklich so, wie Maria Theresia schon Mitte Nov. 1747 an Wasner schrieb: „Der Erfolg beweiset nur allzuviel, was wir längstens besorget, was die vielfältige Erfahrung seit dem Jahre 1733, als Robinson und Dieden, um den Grund zur Schwächung unseres Erzhauses zu legen, den hiesigen Hof in das polnische Wahlwesen gleichsam wider Willen durch allerhald Kunstgriffe verwicklet haben, unschwer vorsehen machen und was Grimaldi*[2] *mehrmalen vorgesagt, dass wir am Ende für die hiesige weit über die tractatenmässige Obliegenheiten sich erstreckende Aufmerksamkeit von Engeland zu gewarten haben würden. Mit dem Deckmantel eines besonderen Friedens wird zu beschönigen gesuchet, was im Grund dahin abzielet, uns in der Generalpacification nicht nur an Feinde, sondern zugleich nebst diesen auch an falsche Freunde aufzuopfern, so just das übelste ist, was unserem Erzhaus nur immer hätte widerfahren können; massen unsere Feinde wenigstens nur auf ein einfaches und nicht auf solch doppelte Opfer angetragen.“*[3] *Es ist daher begreiflich, dass Maria*

[1]) *Vgl. die Berichte Wasners vom Okt. 1747—März 1748. St.-A.*

[2]) *Ein genuesischer Patrizier.*

[3]) *Weisung an Wasner d. d. 15. Nov. 1747. St.-A.*

Theresia die Gelegenheit, zu einem direkten Vergleiche mit ihrem Hauptgegner, dem Könige von Frankreich, zu gelangen, die sich ihr unter verhältnismässig günstigen Bedingungen zu bieten schien, freudig ergriff und die Verhandlungen mit demselben eifrig führte.[1]) *Allein auch dieser Versuch mislang. In dem Augenblicke, da Graf Kaunitz die zu Aachen mit St. Severin geführten Verhandlungen dem Abschlusse nahe wähnte, entschloss sich Ludwig XV., von der Erkenntnis geleitet, dass eine Vereinbarung mit England einen viel sichereren Erfolg versprach, als ein Abkommen mit Österreich, die ihm von England entgegengestreckte Hand zu ergreifen.*

Am Abend des 30. April erschien Lord Sandwich bei Kaunitz und theilte ihm mit, dass sich England, Frankreich und die Vereinigten Niederlande über die Präliminarien eines Friedens geeinigt hätten. Er las ihm die vereinbarten Punkte vor: Alle Eroberungen, sowohl in Europa als in den überseeischen Gebieten, sollten zurückgestellt, die Befestigungen Dünkirchens auf der Landseite erhalten bleiben, jene nach der See abgetragen werden. Dem Infanten Don Philipp wurden die Fürstentümer Parma, Piacenza und Guastalla zugesprochen und zugleich der Rückfall dieser Gebiete an ihre gegenwärtigen Besitzer für den Fall vorgesehen, dass Don Philipp auf den Thron Neapels gelangen oder kinderlos sterben sollte. Der Herzog von Modena und die Republik Genua sollten zurückerhalten, was sie vor Ausbruch des Krieges besessen hatten. Dem Könige von Sardinien wurden die im Wormser Vertrage von Österreich überlassenen Gebiete für alle Zukunft, dem Könige von Preussen der Besitz von Schlesien und Glatz garantiert. England erhielt die Bestätigung der im Jahre 1713 erlangten Vorteile beim Negerhandel und der im Jahre 1718 ausgesprochenen Garantie der Thronfolge des Hauses Hannover; Franz von Lothringen sollte als Kaiser anerkannt und die pragmatische Sanction, jedoch mit Ausnahme der an Preussen und Sardinien erfolgten Abtretungen, garantiert werden. Die Entscheidung der Streitfragen zwischen Österreich und Spanien wegen der Verleihung des goldenen Vliesses, zwischen Österreich und Frankreich wegen der hennegau'schen Enclaven und der Abtei St. Hubert wurden dem definitiven Friedensschlusse vorbehalten. Die Belagerung Mastrichts durch die Franzosen sollte fortgesetzt werden, sonst aber aller Orten Waffenstillstand eintreten. Durch einen besonderen Geheimartikel wurde festgesetzt, dass

---

[1]) *Vgl. für diese Verhandlungen u. a. Beer Zur Gesch. des Aachner Friedens l. c. 15 ff. und Broglie l. c. 80 ff.*

jene Mächte, die sich weigern würden, diesen Abmachungen beizutreten, der Vorteile verlustig gehen sollten, die ihnen aus denselben erwachsen könnten. Indem Sandwich den Grafen Kaunitz auf diese Bestimmung besonders aufmerksam machte, forderte er ihn zur Mitzeichnung auf. Dieser aber, empört über das Vorgehen der Franzosen und der Engländer, weigerte sich auf das entschiedenste, eine Abmachung gutzuheissen, durch die dem Könige von Sardinien alle im Wormser Vertrage von Österreich überlassenen Gebiete, dem Könige von Preussen der Besitz von Schlessien und Glatz garantiert, dem spanischen Infanten Don Philipp auf Österreichs Kosten 3 Fürstentümer abgetreten wurden, ohne dass der österreichischen Herrscherin irgend ein Ersatz für die verlorenen und abzutretenden Gebiete geboten wurde,[1]) *und liess dem mündlichen Proteste am 4. Mai einen schriftlichen folgen, der nebst der Verwahrung gegen die ohne Wissen Österreichs getroffenen Vereinbarungen die Mitteilung enthielt, dass Maria Theresia dem für Don Philipp geplanten „Etablissement" in Italien nur dann zustimmen wolle, falls ihr die im Wormser Vertrage an Sardinien überlassenen Besitzungen zurückgegeben werden sollten.*[2]) *Maria The-*

---

[1]) *Vgl. Beer l. c. 31 ff.; Arneth l. c. III 365.*

[2]) *Derselbe lautet:*

Protestation de l'impératrice, reine de Hongrie et de Boheme.

d. d. 4. Mai 1748 (Kopie St.-A. Friedensakten 187 a.)

Le soùsigné ministre plenipotentiaire de sa M^té^ l'imperatrice, reine d'Hongrie et de Bohème, aiant vû les articles preliminaires que les ministres plenipotentiaires de sa M^té^ le roi de la Grande-Bretagne et de L. P. H. les etats generaux des Provinces-Unies ont jugé à propos d'arrêter avec le ministre plenipotentiaire de sa M^té^ très chretienne, il ne peut se dispenser de protester par le present acte, ainsi qu'il l'a deja fait de vive voix, de la maniere la plus forte et la plus solemnelle contre ces préliminaires et contre tout ce qu'ils contiennent de préjudiciable aux interêts de sa M^té^.

Cependant comme depuis le commencement des troubles qui agitent l'Europe sa M^té^ l'impératrice a temoigné constamment le desir ardent dont elle est animée pour le retablissement de la tranquillité generale, le soùssigné declare que dans la vue de parvenir à une fin aussi désirable, et pour faire cesser les horreurs et les calamités que tant de peuples n'eprouvent que depuis trop longtems, sa M^té^ veut bien consentir à accorder, même à ses depens, un établissement temporaire pour le Ser^me^ infant don Philippe, jusqu'à ce que par l'ouverture du trone de Naples ou de celui d'Espagne ce prince puisse succeder à l'un ou à l'autre de ces deux roiaumes.

Le soussigné declare neantmoins que sa M^té^ imperiale n'entend point donner les mains à cet établissement sur le pié cy-dessus mentionné que sous la condition bien expresse et autrement pas, que toutes les cessions qu'elle a faites par le traité de Worms en faveur de sa M^té^ de Sardaigne soient revoquées, an-

resia stimmte mit den Anschauungen ihres Gesandten vollkommen überein. Sie billigte den Protest, den er erhoben hatte und liess durch Wasner Georg II. ihre Entrüstung über das Vorgehen der englischen Regierung ausdrücken. Die englischen Minister leugneten nicht, dass die Präliminarien der österreichischen Herrscherin nicht günstig seien, betonten aber, dass die Not der Zeit sie zum Abschlusse mit Frankreich gezwungen hätte. Sie stellten auch nicht in Abrede, dass die Katastrophe sich hätte abwenden lassen, wenn der Haager Konvention seitens der Verbündeten nachgelebt worden wäre. Da dies aber nicht geschehen sei, da die Generalstaaten von den zu Beginn des Kampfes zu stellenden Truppen nicht 10000 beisammen gehabt, von den kaiserlichen Truppen die Hälfte, auch von den englischen ein Teil gefehlt, die Franzosen aber über 120.000 Mann verfügt hätten, da ferner am 30. April Mastricht der Übergabe nahe und die Gefahr des Abschneidens der Verbindung zwischen der Armee der Verbündeten und dem russischen Zuzug drohend gewesen sei, habe man die Präliminarien unterzeichnen müssen. Die Garantie von Schlesien und Glatz habe England schon vorher erteilt, die Vereinigten Niederlande dieselbe versprochen, Frankreich sie als eine conditio sine qua non bezeichnet; die Belassung Sardiniens im Besitze der im Jahre 1743 erworbenen Länder

---

nullées et anéanties, et sa M^té^ l'imperatrice retablie dans la possession actuelle des villes, terres et districts qui font l'objet des mêmes cessions. Il est tout evident que les hauts contractans du traité de Worms n'étant entrés dans les engagements de ce traité que dans la vue d'empecher un établissement de la maison de Bourbon en Italie, et l'imperatrice en particulier n'ayant été obligée à faire les cessions dont il s'agit que par ce motif, et par la consideration des avantages qu'on lui promettoit en échange, la raison et l'equité ne permettent pas que sa M^té^ soit tenue aux engagements qui lui sont onereux, tandis qu'au lieu de lui procurer les avantages qui etoient stipulés en sa faveur l'on renverse directement le bût, la base et le fondement du traité par les nouveaux sacrifices que l'on veut exiger de sa M^té^ pour l'établissement de l'infant.

C'est sur le pié de cette déclaration que le soussigné est prêt d'entrer en matière avec les ministres des puissances interessées et de concourir d'abord à la conclusion d'un armistice general aussi-bien qu'à tous les moiens qui seront estimés raisonables pour accelerer l'ouvrage salutaire de la paix. Au moien de ce temperament la paix pourra se faire sans que personne y perde que sa M^té^ seule; tout autre expedient, au lieu de remplir l'objet que l'on doit se proposer dans une reconciliation qui est de retablir la bonne intelligence avec les ennemis et d'affermir la confiance entre les alliés, ne produira que des effets directement contraires au but desirable.

Fait à Aix la Chapelle le 4 May 1748.

C. Kaunitz-Rittberg.

sei nur eine natürliche Folge des Wormser Vertrages; der Abtretung Guastalla's an Don Philipp habe Sandwich solange als möglich sich widersetzt und nur der Not gehorchend sich dem Gebote des übermächtigen Gegners gefügt.[1])

Zu gleicher Zeit klagten die englichen Minister über den Protest Österreichs und forderten, Maria Theresia möge sich im allgemeinen und in ihrem eigenen Interesse den Bestimmungen der Präliminarien, die nun einmal nicht zu ändern seien, unterwerfen. Da aber Kaunitz aus den Verhandlungen, die er unmittelbar nach Abschluss der Präliminarien mit den Vertretern Frankreichs und Spaniens führte,[2]) *die Hoffnung schöpfte, dass diese beiden Mächte — welche die Erwerbung Savoyens für Don Philipp jener Parma's, Piacenza's und Guastalla's vorzogen — in eine Abänderung der Friedensbedingungen in diesem Punkte zum Vorteile Österreichs willigen würden und in diesem Sinne nach Wien berichtete, entschloss sich Maria Theresia in voller Übereinstimmung mit Kaunitz, ihren Beitritt zu den Präliminarien, zu dem sie sich bei ruhiger Erwägung der Situation und in der Erkenntnis ihrer unzulänglichen Kriegsmittel entschlossen hatte, nur in bedingter Form zu erklären. In diesem Sinne lautete die Deklaration, die Kaunitz am 23. Mai 1748 in Aachen übergab.*[3]) *Maria Theresia sei*

---

[1]) *Vgl. Wasners Bericht d. d. 24. Mai 1748 St.-A.*

[2]) *Vgl.* Beer *l. c. 41 f.*

[3]) *Dieselbe lautet:*

Déclaration d'accession conditionelle de sa M^té l'impératrice-reine aux articles préliminaires; d. d. 1748 Mai 23 (Kopie St.-A. Friedensakten 187ª.)

Il y auroit bien des remarques à faire sur les articles preliminaires conclus et signés à l'insçu et exclusion de sa M^té l'imperatrice-reine, mon auguste souveraine. Mais, contente de n'avoir rien à se reprocher, tant par rapport aux puissances avec lesquelles elle a eté jusqu'ici en guerre que par rapport à ses alliés, elle ne pretend pas d'examiner la conduite qu'on a tenue à son egard. Sans s'y arreter, elle desire au contraire de mettre fin le plus promptement possible aux calamités de la guerre. Ainsi elle adopte sans reserve ni exception tout le contenu des articles preliminaires qui lui ont eté communiqués pour autant qu'ils la regardent et concernent les differens qui ont subsisté jusqu'ici entre les puissances belligerantes, differends qui d'un commun accord devoient faire l'unique objet des conferences qu'on étoit convenu de tenir en cette ville, et avec lesquelles les cessions du traité de Worms n'ont rien de commun et ne sçauroient meme de leur nature avoir rien de commun.

Et quant à la garantie de la partie de la Silesie qui a eté cedée par le traitté de Dresde à sa M^té le roy de Prusse de même que le comté de Glatz, sa M^té l'imperatrice-reine a toujours declaré et declare derechef, de vouloir de son coté remplir très religieusement ce dit traité. Ses ministres en ont même

bereit, sich den Präliminarien — soviel sie auch gegen deren Inhalt einzuwenden hätte — zu fügen, soweit sie sich auf die Streitpunkte mit den Mächten bezogen, mit denen sie Krieg führe, nicht aber, soweit dieselben die Abtretungen an Sardinien und die Garantie von Schlesien und Glatz beträfen. Die im Wormser Vertrage bestimmten Gebietsabtretungen hätten mit diesem Frieden nichts zu tun. Was aber Schlesien und Glatz betreffe, sei sie, ihren früher gegebenen Erklärungen entsprechend, die sie jetzt wiederhole, bereit, den Dresdner Vertrag gewissenhaft zu beobachten; auch hätten ihre Gesandten mit denen Friedrichs II. gemeinschaftlich die Garantie dieses Vertrages von den Seemächten in dem Umfange verlangt,[1]) *wie sie bezüglich der Präliminarien von Breslau und des Berliner Vertrages von Grossbritannien geleistet worden sei. Allein es widerstrebe jedem göttlichen wie menschlichem Rechte, nur die Abtretung und nicht gleichzeitig die Bedingungen zu garantieren, unter denen sie stattgefunden habe. In der Erwartung, dass der Dresdner Friede in seiner Gesamtheit einen Teil*

---

sollicité conjointement avec ceux du roy de Prusse la garantie des puissances maritimes dans la meme forme et etendue que la Grande-Bretagne avoit garantie ci-devant tant les preliminaires de Breslau que le traité definitif de Berlin; d'ou il resulte un droit qu'on ne sçauroit sans injustice ni violence lui oter malgré elle. Et comme il repugneroit à tout droit divin et humain de garantir uniquement une cession sans garantir pareillement les clauses et conditions sous lesquelles elle a eté faite du consentement des parties contranctantes, l'intention des puissances qui ont signés les preliminaires ne sauroit etre de contrevenir à cette regle.

Or ceci supposé l'imperatrice-reine ne s'oppose en aucune maniere que la garantie du traité de Dresde, en son entier, ne fasse partie de la pacification generale. Et sur ce pied je suis non seulement autorisé et prêt de concourir pareillement à la signature des preliminaires, mais je dois même, pour accelerer d'avantage un prompt et parfait repos, insister au nom de mon auguste souveraine que ces preliminaires ayent toute la force et vigueur d'un traité de paix definitif, sans qu'aucune demande ulterieure soit admise à la charge des puissances qui jusqu'ici ont eté en guerre ensemble.

Fait à Aix la Chapelle le vingt trois May mil sept cent quarante huit.

Le comte V. A. de Kaunitz-Rietberg.

[1]) *Die Verhandlungen über diese Frage zogen sich lange hin; es wurden beiderseits Projekte dieser Garantie entworfen; zu einer Einigung kam es aber erst am 3./14. Juli 1750, an welchem Tage Georg II. die Garantieurkunde über den Dresdner Frieden ausstellte. Sie ist gedruckt u. a. bei Wenck Cod. jur. gent. rec. II. 327. Ihr Abdruck wird im zweiten Bande dieser Publikation erfolgen. Ebendaselbst auch die auf die am 20./30. Okt. 1750 vollzogene Accession Englands (Or. St.-A.) zum österreichisch-russischen Vertrage vom 22. Mai 1746 bezughabenden Deklarationen, gedruckt u. a. Martens (Suppl.) III. 26.*

des allgemeinen Friedens bilden und in der Voraussetzung, dass keine weitere Einwendung gegen die Präliminarien zugelassen werde, wolle sie denselben beitreten. Der Eindruck, den diese Erklärung Österreichs hervorrief, war ein ungünstiger. Die Vertreter der Seemächte verlangten eine Erläuterung derselben und da Kaunitz auch mündlich versicherte, dass es nicht in seiner Gewalt stünde, „von den durch den Wormser Vertrag erworbenen Gerechtsamen der Kaiserin das mindeste zu entsagen,“[1] *schien es, als ob die Einigung mit Österreich über die Präliminarien nicht erfolgen werde. Allein 2 Tage später kündigte Kaunitz den bedingungslosen Beitritt Maria Theresia's zu den Präliminarien an.*[2] *Man hatte sich in Wien, vermutlich auf Bartensteins Rat, zu diesem Schritte entschlossen, durch den man die Wünsche der verbündeten Seemächte zu befriedigen hoffte, ohne aber — die Deklaration vom 23. Mai wurde nicht ausdrücklich widerrufen — auf die Verwirklichung der Bedingungen zu verzichten, von deren Erfüllung man ursprünglich die Annahme der Präliminarien abhängig gemacht hatte.*[3] *Viel war damit nicht erreicht, denn Sandwich forderte nun die Zurücknahme der am 23. Mai abgegebenen Erklärung, und wenn auch Kaunitz, von dem Vertreter Frankreichs unterstützt, dieses Ansinnen entschieden ablehnte — wie denn ein derartiger Widerruf seitens Österreichs nicht erfolgt ist — so konnte er doch nicht hindern, dass die Vertreter Englands und der Generalstaaten am 31. Mai eine Deklaration unterzeichneten,*[4] *in der darauf hingewiesen wurde, dass die Accession*

---

[1]) *Beer l. c. 45.*

[2]) *Vgl. die im folgenden abgedruckte Accession Österreichs zu den Präliminarien d. d. 25. Mai.*

[3]) *Weisung an Kaunitz d. d. 14. Mai; vgl. Arneth l. c. III. 371.*

[4]) *Déclaration des ministres plénipotentiaires de sa M^té^ britannique et de la république des Provinces-Unies; d. d. 1748 Mai 31.*

Quoique M^r^ le comte de Kaunitz ait accédé de la façon la plus simple et sans aucune exception ni réserve aux articles préliminaires signés le 30 Avril 1748 et d'une façon si claire que cela ne sauroit souffrir aucune difficulté, cependant comme il n'est point fait nommément mention dans son dit acte d'accession de la déclaration qu'il a fait auparavant le 23 du même mois; pour éviter à l'avenir tout mal entendu ou équivoque à ce sujet, nous soussignés ministres plenipotentiaires de sa M^té^ le roi de la Grande-Bretagne et de la république des provinces unies des Pays-Bas déclarons et certifions que nous avons admis le susdit acte d'accession purement et simplement et sans aucune réserve ni exception quelconque, et d'une maniere à ne pouvoir ni devoir être sujette à aucune explication relative à la déclaration du 23 Mai qui est tenue pour nulle, abrogée et sans effet, ainsi qu'il a été très-expressément déclaré au dit comte

Österreichs in ihrer bedingungslosen Form acceptiert worden sei, und in der ausdrücklich die Deklaration des österreichischen Bevollmächtigten vom 23. Mai als null und nichtig erklärt wurde.

Au nom de la très sainte trinité.[1])

Sa Mté britannique, sa Mté très chretienne et les seigneurs etats generaux des Provincies-Unies, également animés du desir sincere de se reconcilier et de contribuer au prompt retablissement de la paix generale en Europe, et persuadés que les autres puissances qui ont jusqu'à present été ennemies concourreront avec le même empressement à des demarches aussi salutaires que celles qui doivent mettre fin aux calamités publiques, et ne feront point des difficultés d'acceder à des arrangements dont le bonheur des peuples est l'objet, ont pour cet effet donné leurs pleins pouvoirs, savoir sa Mté britannique au sieur Jean comte de Sandwich, vicomte d'Hinchingbrowk, baron Montagu de St. Neots, pair d'Angleterre, premier seigneur commissaire de l'amirauté, son ministre plenipotentiaire aupres des etats generaux des Provinces-Unies et aux conferences d'Aix la Chapelle, sa Mté très chretienne au sieur Alphonse Marie Louis comte de St. Severin d'Aragon, chevalier nommé de ses ordres et son ministre plenipotentiaire aux conferences d'Aix la Chapelle, et les seigneurs etats generaux des Provinces-Unies au sieur Guillaume comte de Bentinck, seigneur de Rhoon et Pendrecht, du corps des nobles de la province de Hollande et de Westfrise, curateur de l'université de Leyden etc., Frederic Henry baron de Wassenaer, seigneur de Catwyk et Zand, du corps des nobles de la province de Hollande et Westfrise, hoogheimrade de Rhynland etc., Gerard Arnout Hasselaer, echevin et senateur de la ville d'Amsterstam, directeur de la compagnie des Indes orientales, deputez respectifs dans l'assemblée des etats generaux et leurs ministres plenipotentiaires aux conferences

---

de Kaunitz avant et après son acte d'accession. En foi de quoi nous avons signé la présente déclaration à Aix-la-Chapelle le 31 Mai 1748.

Sandwich. Bentinck. Wassenaer. Hasselaer. van Haren.

Die Wiener Regierung nahm auch in ihrer Ratifikation d. d. 5. Juni auf diese Sache Rücksicht. Vgl. die Weisung an Wasner d. d. 17. Juni, in der es heisst, die Ratifikation sei erfolgt „ohne der früheren Deklaration irgendwie zu nahe zu treten."

[1]) *Gedruckt nach dem im St.-A. befindlichen Or. der engl. Acceptation.*

d'Aix la Chapelle lesquels apres une mure deliberation sont convenus des presents articles preliminaires.

I.

Les traités de Westphalie, de Breda de 1667, de Madrid entre les couronnes d'Espagne et d'Angleterre de 1670, de Nimegue, de Riswick, d'Utrecht, de Bade de 1713[1]), de la quadruple alliance signée à Londres le 2. Aout mil sept cent dix huit, serviront de base aux presents articles preliminaires et sont renouvellés dans toute leur teneur à la reserve des articles auxquels il a été cy-devant ou sera derogé par les presents articles preliminaires.

II.

On restituera de part et d'autre toutes les conquêtes qui ont été faites depuis le commencement de la presente guerre tant en Europe qu'aux Indes orientales et occidentales en l'etat qu'elles sont actuellement.

III.

Dunkerque restera fortifié du coté de terre en l'état qu'il est actuellement, et pour le coté de mer il restera sur le pied des anciens traités.

IV.

Les duchés de Parme, de Plaisance et de Guastalla seront cedés au serenissime infant don Philippe pour lui tenir lieu d'etablissement avec le droit de reversion aux presents possesseurs après que sa M^té^ le roy des deux Siciles aura passé à la couronne d'Espagne, ainsi que dans le cas où le dit serenissime infant don Philippe viendroit a mourir sans enfants.

V.

Le serenissime duc de Modene sera remis en possession de ses etats, biens, rentes, prerogatives et dignités de la même maniere qu'il les possedoit avant la presente guerre ou il lui sera donné un dedommagement de ce qui ne pourroit lui étre rendu.

VI.

On rendra à la serenissime republique de Genes tout ce dont elle étoit en possession avant la presente guerre avec les mêmes droits, privileges et prerogatives dont elle jouissoit en l'année mil sept cent quarante.

[1]) *Vgl. p. 785.*

VII.

Sa Mté le roy de Sardaigne restera en possession de tout ce dont il jouissoit anciennement et nouvellement, et particulierement de l'acquisition qu'il a fait en mil sept cent quarante trois du Vigevanasque, d'une partie de Pavesan et du comté d'Anghera, de la maniere que ce prince les possede aujourd'hui en vertu des cessions qui lui ont été faites.

VIII.

Sa Mté britannique sera comprise dans les presents articles preliminaires en qualité d'electeur d'Hannover ainsi que l'electorat d'Hannover.

IX.

Sa Mté britannique aiant en la dite qualité d'electeur d'Hannovre des pretensions à former sur la couronne d'Espagne pour des sommes d'argent, sa Mté très chretienne et les seigneurs etats generaux des Provinces-Unies s'engagent d'emploier leurs bons offices aupres de sa Mté catholique pour procurer à sa Mté britannique la liquidation et le payement de ces sommes.

X.

Le traité de l'Assiento pour la traite des negres, signé à Madrid le 26. Mars 1713, et l'article du vaisseau annuel sont specialement confirmés par les presents articles preliminaires pour les années de nonjouissance.

XI.

L'article cinq du traité conclu à Londres le deux Aoust mil sept cent dix huit contenant la garantie de la succession au royaume de la Grande-Bretagne dans la maison de sa Mté britannique à present regnante, et par lequel on a pourvû à tout ce qui peut étre relatif à la personne qui a pris le titre de roy de la Grande-Bretagne et à ses descendants des deux sexes, est expressement rappellé et renouvellé par les presents articles preliminaires, comme s'il y étoit inseré dans tout son contenu.

XII.

Les pretensions de l'electeur Palatin sur le fief de Pleisteing seront renvoyées au congrés general pour y être discutées et reglées.

XIII.

Sa Mté britannique, sa Mté très chretienne, et les seigneurs etats generaux des Provinces-Unies s'engagent à interposer leurs bons offices et leurs soins amiables pour faire regler et decider par le congrés general le differend concernant la grande maitrise de l'ordre de la toison d'or.

XIV.

Le prince elu à la dignité d'empereur sera reconnu en la dite qualité par toutes les puissances qui ne l'ont pas encore reconnu.

XV.

Les differends concernant les enclaves du Haynaut, l'abbaye de St. Hubert, les bureaux nouvellement établis et autres de cette nature, seront renvoiés au futur congrés et y seront decidés.

XVI.

La cessation des hostilités entre toutes les parties belligerantes aura lieu par terre dans six semaines à compter du jour de la signature des presents articles preliminaires, et par mer on suivra les termes ou espaces de tems portés dans l'acte de suspension d'armes entre l'Angleterre et la France signé à Paris le 19. Aout 1712.

XVII.

Les restitutions enoncées cy-dessus dans l'article second n'auront lieu qu'à l'accession aux presents articles preliminaires de toutes les puissances qui y sont interessées.

XVIII.

Les dites cessions, restitutions, etablissement du serenissime infant don Philippe, se feront en même têms et marcheront d'un pas égal.

XIX.

Toutes les puissances interressées aux presents articles preliminaires renouvelleront dans la meilleure forme qu'il sera possible la garantie de la sanction pragmatique du dix neuf Avril mil sept cent treize pour tout l'heritage du feu empereur Charles six en faveur de sa fille presentement regnante et de ses descendans à perpetuité selon l'ordre établi par la dite sanction

pragmatique, à l'exception cependant des cessions deja faites par la dite princesse et de celles stipulées par les presents articles preliminaires.

XX.

Le duché de Silesie et le comté de Glatz, tels que sa Mté prusienne les possede aujourd' hui, seront garantis à ce prince par toutes les puissances, parties et contractantes dans les presents articles preliminaires.

XXI.

Il y aura un oubli general de tout ce qui a pû être fait ou commis pendant la presente guerre, et chacun au jour de l'accession de toutes les parties sera conservé ou remis en possession de tous les biens, dignités, benefices ecclesiastiques, honneurs, rentes dont il jouissoit ou devoit jouir au commencement de la guerre, non obstant toutes depossessions, saisies ou confiscations occasionnées par la presente guerre.

XXII.

Toutes les puissances qui ont part aux arrangements pris par les presents preliminaires seront invitées à y acceder le plutôt qu'il sera possible.

XXIII.

Toutes les puissances interessées et contractantes dans les presents articles preliminaires en garantiront reciproquement et respectivement l'execution.

XXIV.

Les ratifications des presents articles preliminaires seront échangées dans cette ville d'Aix la Chapelle dans l'espace de trois semaines ou plutôt, si faire se peut.

En foy de quoi nous soussignés ministres plenipotentiaires de sa Mté britannique, de sa Mté très chrêtienne, et des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies en vertu de nos pouvoirs respectifs avons esdits noms signé ces presents articles preliminaires et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

À Aix la Chapelle le trente Avril mil sept cent quarante huit.

L. S. Sandwich. L. S. St. Severin d'Aragon. L. S. W. Bentinck.
L. S. F. H. v. Wassenaer.
L. S. G. A. Hasselaer.

Article separé et secret.

En cas de refus ou de delay de la part de quelque une des puissances interessées aux presents articles preliminaires de concourir à la signature et à l'execution des dits articles, sa Mté britannique, sa Mté très chretienne, et les seigneurs etats generaux des Provinces-Unies se concerteront ensemble sur les moyens les plus efficaces pour l'execution de ce qui est convenu cy-dessus entre eux, et si contre toute attente quelqu'une de ces puissances persistoit à n'y pas consentir, elle ne jouira point des avantages qui lui sont procurés par les presents articles preliminaires. Cet article separé et secret aura la même force que si il étoit inseré de mot à mot dans les articles preliminaires conclus et signés aujourd'hui. Il sera ratifié de la même maniere, et les ratifications en seront échangées dans le même têms que celles des articles preliminaires

En foy de quoy nous soussignés ministres plenipotentiaires de sa Mté britannique, de sa Mté très chretienne, et des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies en vertu de nos pleins pouvoirs respectifs avons signé cet article separé et secret de nos seings ordinaires et y avons fait apposer le cachet de nos armes. À Aix la Chapelle le trente Avril mil sept cent quarante huit.[1])

Nous soussignés ministres plenipotentiaires de sa Mté britannique, de sa Mté très chretienne, et des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies declarons qu', aiant aujourd'hui signé des articles preliminaires pour la paix generale et voulant empecher autant qu'il depend de nous la continuation de l'effusion du sang chrêtien, nous sommes convenus sous le consentement et l'approbation de sa Mté britannique, de sa Mté très chrêtienne, et des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies que toutes les hostilités ulterieures, excepté le siege de Maestricht deja commencé, cesseront dans tous les Païs-Bas, et qu'on en fera part aux generaux respectifs des troupes des differentes puissances pour pouvoir convenir entre eux du jour precis que cette cessation d'hostilités aura lieu. En foy de quoy nous avons signé le present acte. Fait à Aix la Chapelle le trente Avril mil sept cent quarante huit.[2])

[1]) *Dieselben Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

[2]) *Folgen die Unterschriften wie oben.*

Nous soussignés, ministres plenipotentiaires de sa Mté britannique, de sa Mté très chrêtienne, et des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies declarons qu'aiant reconnu que dans les articles preliminaires de paix signés par nous le 30 Avril dernier l'article premier est conçu dans ces termes:

Es folgt der 1. Artikel der Präliminarien wie oben.[1])

nous sommes convenus qu'il a été ainsi écrit dans les quatre instruments des dits articles preliminaires par erreur et faute de copiste et qu'il doit être reformé de la maniere suivante:

„Les traités de Westphalie, les deux traités de Madrid entre les couronnes d'Espagne et d'Angleterre, le premier du 23. May 1667 et le second du 18. Juillet 1670; de Nimegue, de Riswick, d'Utrecht, de Bade de 1714, de la triple alliance conclue à la Haye le 4. Janvier 1717, de la quadruple alliance signée à Londres le 2 Aout 1718 et celui de Vienne du 18. Novembre 1738 serviront de base aux presents articles preliminaires, et sont renouvellés dans toute leur teneur à la reserve des articles aux quels il a été cy-devant ou sera derogé par les presents articles preliminaires."

Declarons de plus que l'article second etant conçu en ces termes:

Es folgt der 2. Artikel wie oben.[2])

nous sommes convenus que pour plus de precision il doit être conçu dans les termes suivants:

„On restituera de part et d'autre toutes les conquêtes qui ont été faites ou qui pourroient être faites depuis le commencement de la presente guerre jusqu'à la paix generale tant en Europe qu'aux Indes orientales et occidentales, à la reserve de ce dont il est disposé autrement par les articles preliminaires signés par nous le 30. Avril de la presente année."

En foy de quoy nous avons signé la presente declaration qui doit servir et valoir comme si ces deux articles étoient inserés de mot à mot ainsi reformés dans les articles preliminaires, et dont il sera donné une ratification separée, valable et en bonne forme dans le terme de trois semaines stipulé pour la ratification generale des dits articles preliminaires, et avons à la presente declaration fait apposer le cachet de nos armes.

[1]) *Vgl. p. 780.*
[2]) *Vgl. p. 780.*

Fait à Aix la Chapelle le vingt un May mil sept cent quarante huit.[1])

Nous soussigné, ministre plenipotentiaire de sa Mté l'imperatrice, reine d'Hongrie et de Boheme, etc. etc. etc. declarons que quoique differentes raisons ayent empeché jusqu' ici sa Mté l'imperatrice d'acceder aux articles preliminaires signés dans cette ville d'Aix la Chapelle le trente du mois d'Avril par les ministres plenipotentiaires de sa Mté britannique, de sa Mté très chretienne, et des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies, sa Mté voulant contribuer autant qu'il depend d'elle au plus prompt retablissement de la paix et de la tranquilité generale: Nous au nom de sa dite Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, en vertu des pleins pouvoirs dont nous sommes munis, accedons sans reserve ni exception à tout le contenu des dits articles preliminaires qui nous ont été communiqués; ainsi que nous accedons à la declaration signée le vingt un de ce mois par les ministres susdits pour rectifier des erreurs de dattes et omissions contenues dans le premier article des preliminaires et pour donner plus d'extention au second des dits articles; et acceptons la dite declaration dans tout son contenu.

Declarons de plus quant à la cessation d'hostilités que, tout comme nous acceptons par la presente accession aux preliminaires ce qui y est stipulé sur ce sujet dans le seizieme article, nous acceptons aussi l'acte separé de suspension d'armes datté du trente Avril, et que par consequent la cessation d'hostilités aura lieu pareillement entre les armées de sa Mté l'imperatrice et celles de sa Mté très chretienne dans le terme de trois semaines à compter du jour de la presente accession.

Promettons raporter dans l'espace de trois semaines la ratification en bonne forme de sa Mté l'imperatrice de la presente declaration que nous avons signé de notre main, et à laquelle nous avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Aix la Chapelle le vingt cinq May mil sept cent quarante huit.

Le comte V. A. de Kaunitz-Rittberg.

---

[1]) *Dieselben Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

Nous soussigné, ministre plenipotentiaire de sa Mté britannique aux conferences d'Aix la Chapelle, declarons que monsier le comte de Kaunitz-Rittberg, seigneur de Essens, Stedesdorff, Wittmund, Austerlitz, Hungrisch-Brod, Wiese etc. etc. etc., conseiller d'etat intime actuel de leurs Mtés imperiales et premier ministre plenipotentiaire de sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, aux dites conferences, aiant declaré hier par un acte signé de lui en vertu de ses pleins pouvoirs, qu'il accede au nom de sa dite Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, purement et simplement et dans la meilleure forme qu'il est possible aux articles preliminaires de paix, à l'article separé et secret, à l'acte pour la cessation des hostilités, le tout signé par nous dans cette ville d'Aix la Chapelle le trente du mois d'Avril, ainsi que par messieurs les plenipotentiaires de sa Mté très chretienne et des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies, et à la declaration signée aussi par nous et les dits ministres le 21. de ce mois, pour rectifier des erreurs de date et omissions contenues dans le premier article des preliminaires et pour donner plus d'extension au second article, et acceptant le tout dans toute sa forme et teneur sans aucune exception et de la maniere la plus simple qu'il est possible, nous au nom et de l'autorité de sa Mté britannique avons admis, adjoint et associé, comme par le present acte admettons, adjoignons et associons pleinement et entierement sa dite Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et Boheme, aux dits preliminaires inserés cy-dessus et aux declarations qui y ont rapport.

Promettons en vertu de la même autorité que sa Mté britannique executera et accomplira entierement à l'egard de sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, toutes les conditions contenues et exprimées dans les dits articles preliminaires.

En foy de quoy nous avons remis à monsieur le comte de Kaunitz-Rittberg le present acte d'acceptation signé de nous, et auquel nous avons fait apposer le cachet de nos armes, et dont nous promettons lui remettre la ratification de sa Mté britannique en bonne forme dans l'espace de trois semaines.

Fait à Aix la Chapelle le vingt six May mil sept cent quarante huit. L. S. Sandwich.[1])

[1]) *Dieselbe Acceptation liegt auch seitens Frankreichs und der Generalstaaten vor.*

Déclaration des ministres plénipotentiaires aux conférences d'Aix-la-Chapelle relative au II article des préliminaires.

(Ausfertigung des Lord Sandwich. Kopie St.-A.)

Nous soussigné, ministre plenipotentiaire de sa Mté britannique aux conferences d'Aix-la-Chapelle, declarons que par l'interpretation que nous avons donnée le 21 de ce mois au second des articles preliminaires signés le trente Avril par nous et les ministres de sa Mté très chretienne et de L. H. P. les seigneurs etats generaux des Provinces-Unies, il est expressement énoncé „Qu'on restituera de part et d'autre toutes les conquetes qui ont été faites et qui pourroient étre faites depuis le commencement de la presente guerre jusqu'à la paix generale tant en Europe qu'aux Indes orientales et occidentales, à la reserve de ce dont il est disposé autrement par les dits articles preliminaires, signés par nous le trente Avril dans la presente année." Nous entendons que toutes les dites conquêtes seront rendues en l'état ou elles étoient au dit jour trente Avril, comme il est dit dans le second article de l'original des preliminaires.

En foi de quoi nous avons signé la presente declaration dont nous promettons fournir la ratification en bonne forme dans l'espace de trois semaines à compter d'aujourd'hui et à laquelle nous avons fait apposer le cachet de nos armes. Fait à Aix-la-Chapelle le trente un May mil sept cent quarante huit.

L. S. Sandwich.

Nous soussigné, ministre plenipotentiaire de sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, aux conferences d'Aix la Chapelle, declarons qu'aiant accedé le vingt cinq de ce mois aux preliminaires, à l'article separé et secret, et à la convention pour la cessation des hostilités, le tout signé par messieurs les ministres plenipotentiaires de sa Mté britannique, de sa Mté très-chretienne et des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies le trent Avril dernier dans cette ville d'Aix la Chapelle, et ayant accedé de même à la declaration, signée par les dits ministres le vingt et un de ce mois; nous n'avons accedé au nom de sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, à la dite declaration du vingt et un May, et ne l'avons accepté que dans le sens de la delaration ulterieure, signée au-

jourd'hui par messieurs les ministres susdits; savoir qu'ils ont entendu que toutes les dites conquetes seront rendues en l'etat qu'elles etoient au dit jour trente Avril, comme il est dit dans le second article de l'original des préliminaires.

En foi de quoi nous avons signé la presente declaration, promettant d'en rapporter la ratification en due forme de sa Mté l'imperatrice dans l'espace de trois semaines.

Fait à Aix la Chapelle le trente et un May mil sept cent quarante huit.

Le comte V. A. de Kaunitz-Rittberg.[1])

53.

Accession Österreichs d. d. Aachen 1748 Okt. 23 zum Frieden von Aachen d. d. Aachen 1748 Okt. 18 und Konvention zwischen Maria Theresia und Georg II., betreffend die Exekution des Aachner Friedens im Falle des Unterbleibens der Accession einer der kriegführenden Mächte d. d. Aachen 1748 Okt. 24.

Rat. Georgs II. d. d. Hannover 1748 18./29. Okt.; Maria Theresia's d. d. Wien 1748 Nov. 3.[2])

Die Originale der Accession sowie der Konvention im St.-A. und R. O., das Original der Ratifikation Georgs II. im St.-A., jenes der Ratifikation Maria Theresia's im R. O.

Drucke bei Bittner Nr. 960 u. 962.

An Bemühungen eine Änderung an den Bestimmungen der Präliminarien zu Gunsten Österreichs durchzusetzen, haben es Maria

---

[1]) *Die Zustimmungserklärung der Vertragsgegner Österreichs lautet nach dem im St.-A. vorhandenen Or. der Rat. der französischen Erklärung (die englische war im St.-A. nicht auffindbar) durch Ludwig XV.*

Nous etc. déclarons que Mr le comte de Kaunitz-Rittberg ministre plenipotentiaire de sa Mté l'imperatrice, reyne de Hongrie et de Boheme, a accedé aujourd'huy à la declaration signée aussy aujourd'huy par nous et Mrs les ministres plenipotentiaires de sa Mté britannique et des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies, pour interpreter ce qui est dit dans la declaration du vingt un May, signée par nous et les dits ministres, relativement à l'article second des préliminaires du trente Avril, nous acceptons la dite accession de Mr le comte de Kaunitz-Rittberg par le present acte que nous luy avons remis et dont nous promettons rapporter la ratiffication en bonne forme dans l'espace de trois semaines. Fait à Aix la Chapelle le trente un May mil sept cent quarante huit.

[2]) *Aus denselben Gründen, aus denen die Insertion der Präliminarien vom*

Theresia und Kaunitz in den Monaten, die der Unterzeichnung derselben folgten, nicht fehlen lassen. Sie verhandelten mit den Seemächten, zu gleicher Zeit aber auch mit Frankreich. Und je deutlicher die Haltung der Ersteren, namentlich die der Engländer, erkennen liess, dass von dieser Seite eher eine Verschärfung als eine Milderung jener Vertragsbestimmungen zu erwarten stand, die Österreichs Interessen betrafen, desto lebhafter beschäftigte die Wiener Regierung der Gedanke, sich mit dem Hauptgegner, mit dem Könige von Frankreich, über einen Separatfrieden zu einigen, der wenigstens in einigen Punkten den Wünschen Maria Theresia's entsprechen sollte. In der Tat schien es längere Zeit, als werde es zu einer besonderen Abmachung zwischen Österreich und Frankreich kommen.[1]) *Allein auch diesmal entschloss sich Ludwig XV. nach längerem Schwanken die von den Seemächten beantragte allgemeine Pacifikation der besonderen mit Österreich vorzuziehen. Diesem aber blieb, von allen Seiten im Stiche gelassen, nichts übrig, als sich zu fügen. Kaunitz erhielt Ende Sept. die Weisung, an den Beratungen, die in Aachen stattfanden, teilzunehmen und zu retten was zu retten war; vor allem aber darauf zu sehen, „dass uns wegen Sardinien und Preussen ein mehreres als die Präliminarien vermögen, nicht aufgedrungen wird.“*[2]) *Der österreichische Bevollmächtigte entwickelte in der Tat eine fieberhafte Tätigkeit, suchte die Verbündeten und die Gegner in gleich energischer Weise zu Konzessionen zu bewegen*[3]) *und betonte immer wieder, dass Österreich sich nur dann an dem Friedensschlusse beteiligen wolle, falls die Übergabe der spanischen Niederlande an Maria Theresia erfolge, und die Preussen und Sardinien betreffenden Präliminarartikel wörtlich in den Vertrag aufgenommen würden. Das letztere durchzusetzen gelang ihm, dagegen rief die erste dieser Forderungen lebhafte Debatten hervor, da die Vertreter der Generalstaaten nicht nur darauf bestanden, dass die Barriereplätze ihren Truppen übergeben werden sollten, sondern auch die Aufnahme eines Zusatzes im Vertrage forderten, der bestimmt war, ihre bisherigen Rechte zu wahren. Es be-*

---

30. April in die Accessionserklärung Österreichs d. d. 25. Mai zum Abdrucke gelangte, publizieren wir auch im nachfolgenden den Wortlaut des Aachner Friedens als Einleitung der Accession Österreichs zu demselben.

[1]) *Vgl. Broglie l. c. 188 ff. und Beer l. c. 48 ff.; der Vertragsentwurf Österreichs ist abgedruckt bei Beer l. c. 157 ff.*

[2]) *Vgl. Beer l. c. 74.*

[3]) *Vgl. für diese Verhandlungen des Grafen Kaunitz Beer l. c. 86 ff., wo auch die einzelnen Punkte, um die es sich handelte, erörtert sind.*

durfte langer Verhandlungen, bis Kaunitz und Bentinck sich über eine Form einigten, die den Wünschen beider Mächte Rechnung trug.[1]) *Am 18. Oktober wurde der definitive Vertrag von den Vertretern Frankreichs, Englands und der Vereinigten Niederlande unterzeichnet. Man hatte es Österreich freigestellt, sich an der Unterfertigung zu beteiligen, oder dem Definitivvertrage wie früher den Präliminarien beizutreten. Der Wiener Hof entschied sich für das letztere. Am 23. Oktober erfolgte die Accession Österreichs, und am folgenden Tage schloss dasselbe mit England wie mit Frankreich, Spanien und den Generalstaaten Konventionen, durch die es sich zur Durchführung der Vertragsbestimmungen auch für den Fall verpflichtete, dass eine der kriegführenden Mächte die Accession zum Aachener Frieden verweigern sollte.*[2])

Au nom de la tres sainte et indivisible trinité; pere, fils et saint esprit.

Ainsi soit il: Soit notoire à tous ceux qu'il appartiendra ou peut appartenir:

Les ambassadeurs extraordinaires et plenipotentiaires de sa Mté britannique, de sa Mté tres chretienne et des hauts et puissants seigneurs les etats generaux des Provinces-Unies aiant conclu et signé en cette ville d'Aix la Chapelle le dix huit du present mois d'Octobre sur le fondement des preliminaires, convenus et arretés d'abord entre eux le trentieme Avril de cette année, un traité general et definitif de paix et deux articles separés desquels traité et articles separés la teneur s'ensuit.

Au nom de la tres sainte et indivisible trinité, pere, fils et saint esprit.

Ainsi soit il: Soit notoire à tous ceux qu'il appartiendra ou peut appartenir en maniere quelconque. L'Europe voit luire le jour que la providence divine avoit marqué pour le retablissement de son repôs. Une paix generale succede à la longue

---

[1]) *In dem Projekte du Theils lautete dieser Satz: Le roy très chrétien remettra tant à la reine de Hongrie et de Bohème impératrice qu'aux etats généraux des Provinces-Unies toutes les conquêtes qu'il a faites dans les Pays-Bas catholiques pour être possédées par la reine de Hongrie et de Bohème... sur le même pied et sous les mêmes conditions qu'elle les a possédées ou dû posséder avant la présente guerre.*

[2]) *Vgl. den Abdruck im Anhange zum Abdrucke der Accession Österreichs zum Aachner Frieden.*

et sanglante guerre qui s'etoit elevée entre le serenissime et tres puissant prince George second, par la grace de dieu roy de la Grande-Bretagne, de France et d'Irlande, duc de Brunswick et de Lunebourg, architresorier et electeur du saint empire romain etc. et la serenissime et tres puissante princesse Maria Therese, par la grace de dieu reyne de Hongrie et de Boheme etc., imperatrice des Romains d'une part, et le serenissime et tres puissant prince Louis quinze, par la grace de dieu roy tres chretien de l'autre, comme aussi entre le roy de la Grande-Bretagne, l'imperatrice-reine de Hongrie et de Boheme et le serenissime et tres puissant prince Charles Emanuel trois, par la grace de dieu roy de Sardaigne d'une part, et le serenissime et tres puissant prince Philippe cinq, par la grace de dieu roy d'Espagne et des Indes (de glorieuse memoire) et après son decès le serenissime et tres puissant prince Ferdinand six, par la grace de dieu roy d'Espagne et des Indes de l'autre, à laquelle guerre s'etoient interessés les hauts et puissants seigneurs les etats generaux des Provinces-Unies de Pays-Bas comme auxiliaires du roy de la Grande-Bretagne et de l'imperatrice, reyne de Hongrie et de Boheme; le serenissime duc de Modene et la serenissime republique de Genes comme auxiliaires du roy d'Espagne. Dieu dans sa misericorde a fait connoitre à toutes ces puissances en même tems la voye par laquelle il vouloit qu'elle se reconciliassent et rendissent la tranquillité aux peuples qu'il a soumis a leur gorvernement; elles ont envoié leurs ministres plenipotentiaires à Aix la Chapelle, où ceux du roy de la Grande-Bretagne, du roy tres chretien et des etats generaux des Provinces-Unies, etant convenus des conditions preliminaires d'une pacification generale, et ceux de l'imperatrice reine de Hongrie et de Boheme, du roy catholique, du roy de Sardaigne, du duc de Modene et de la republique de Genes y aiant accedé, une cessation generale d'hostilités par mer et par terre en est heureusement resultée. À l'effet de consommer dans le meme lieu d'Aix la Chapelle le grand ouvrage d'une paix aussi convenable à tous que solide, les hauts contractans ont nommé, commis et muni de leurs pleins-pouvoirs les tres illustres et tres excellens seigneurs pour leurs ambassadeurs extraordinaires et ministres plenipotentiaires savoir; sa sacrée M^té^ britannique les seigneurs Jean comte de Sandwich, vicomte de Hinchinbrooke, baron Montagu

de Saint Neots, paire d'Angleterre, premier seigneur commissaire de l'amirauté, l'un des seigneurs regens du royaume, son ministre plenipotentiaire auprès des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies, et Thomas Robinson, chevalier du tres honorable ordre du bain et son ministre plenipotentiaire auprès de sa Mté l'empereur des Romains et de sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme; sa sacrée Mté tres chretienne les seigneurs Alphonse Marie Louis comte de Saint Severin d'Arragon, chevalier de ses ordres, et Jean Gabriel de la Porte du Theil, chevalier de l'ordre de Notre-Dame de Mont Carmel et de Saint Lazare de Jerusalem, conseiller du roy en ses conseils, secretaire de la chambre et du cabinet de sa Mté, des commandemens de monseigneur le dauphin et des mesdames de France; sa sacrée Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, le seigneur Wenceslas Antoine comte de Kaunitz-Rittberg, seigneur de Essens, Stetesdorf, Wittmund, Austerlitz, Hongrischbrod, Wiese etc., conseiller d'etat intime actuel de leurs Mtés imperiales; sa sacrée Mté catholique le seigneur don Jaques Massones de Lima y Sotto Major, gentilhomme de la chambre de sa dite Mté catholique et marechal de camp de ses armées; sa sacrée Mté le roy de Sardaigne les seigneurs don Joseph Ossorio, chevalier grand croix et grand conservateur de l'ordre militaire de Saint Maurice et Lazare et envoié extraordinaire de sa Mté le roy de Sardaigne auprès de sa Mté le roy de la Grande-Bretagne, et Joseph Borré comte de la Chavanne, son conseiller d'etat et son ministre auprès des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies; les hauts et puissants seigneurs les etats generaux des Provinces-Unies les seigneurs Guillaume comte de Bentinck, seigneur de Rhoon et Pendrecht, du corps des nobles de la province de Hollande et Westfrise, curateur de l'université de Leyden etc. etc. etc., Frederic Henry baron de Wassenaer, seigneur de Catwick et Zand, du corps des nobles de la province d'Hollande et de Westfrise, hoogheemrade de Rhynlande etc., Gerard Arnoud Hasselaer, bourguemaitre et conseiller de la ville d'Amsterdam, directeur de la compagnie des Indes orientales, Jean baron de Borssele, premier noble et representant la noblesse dans les etats au conseil et à l'amirauté de Zelande, directeur de la compagnie des Indes orientales, Onno Zwier de Haren, grietman de Westellingwerf, conseiller deputé de la province de Frise et com-

missaire general de toutes les troupes suisses et grisonnes au services des dits seigneurs etats generaux et deputés respectifs en l'assemblée des etats generaux et au conseil d'etat de la part des provinces de Hollande et de Westfrise, de Zelande et de Frise; le serenissime duc de Modene le sieur comte de Monzone, son conseiller d'etat et colonel à son service et son ministre plenipotentiaire auprès de sa Mté tres chretienne; la serenissime republique de Genes le sieur François Marquis Doria.

Lesquels, après s'etre duement communiqué leurs pleinpouvoirs en bonne forme dont les copies cont ajoutées à la fin du present traité et avoir conferé sur les divers objets que leurs souverains ont jugé devoir entrer dant cet instrument de paix generale, sont convenus des articles dont la teneur s'ensuit.

I.

Il y aura une paix chretienne, universelle et perpetuelle tant par mer que par terre et une amitie sincere et constante entre les huit puissances cy-dessus nommées et entre leurs heretiers et successeurs, royaumes, etats, provinces, pays, sujets et vassaux de quelque qualité et condition qu'ils soient, sans exception de lieux ni de personnes; en sorte que les hautes parties contractantes apportent la plus grande attention à maintenir entre elles et leurs dits etats et sujets cette amitié et correspondence reciproque, sans permettre que de part ni d'autre on commette aucune sorte d'hostilités pour quelque cause et sous quelque pretexte que ce puisse etre, et evitant tout ce qui pourroit alterer à l'avenir l'union heuresement retablie entre elles, et s'attachant au contraire à procurer en toute occasion ce qui pourroit contribuer à leur gloire, interets et avantages mutuels, sans donner aucun secours ou protection directement ou indirectement à ceux qui voudroient porter quelque prejudice à l'une ou à l'autre des dites hautes parties contractantes.

II.

Il y aura un oubli general de tout ce qui a pû etre fait ou commis pendant la guerre qui vient de finir, et chacun au jour de l'echange des ratifications des toutes les parties sera conservé ou remis en possession des tous les biens, dignités, benefices eclesiastiques, honneurs, rentes dont il juissoit ou devoit

jouir au commencement de la guerre, non obstant toutes depossessions, saisies ou confiscations occasionnées par la dite guerre.

III.

Les traités de Westphalie de mille six cent quarante huit, ceux de Madrid entre les couronnes d'Angleterre et d'Espagne de mille six cent soixante sept et de mille six cent soixante dix, les traités de paix de Nimegue de mil six cent soixante dix huit et de mille six cent soixante dix neuf, de Ryswyck de mille six cent quatrevingt dix sept, d'Utrecht de mille sept cent treize, de Bade de mille sept cent quatorze, le traité de la triple alliance de la Haye de mille sept cent dix sept, celui de la quadruple alliance de Londres de mille sept cent dix huit et le traité de paix de Vienne de mille sept cent trente huit servent de base et de fondement à la paix generale et au present traité, et pour cet effet ils sont renouvellés et confirmés dans la meilleure forme et comme s'ils etoient inserés ici mot à mot, en sorte qu'ils devront exactement etre observés à l'avenir dans toute leur teneur et religieusement executés de part et d'autre, à l'exception cependant des points auxquels il est derogé par le present traité.

IV.

Tous les prisonniers faits de part et d'autre tant sur terre que sur mer et les otages exigés ou donnés pendant la guerre et jusqu'à ce jour seront restitués sans rançon dans six semaines au plus tard à compter de l'echange de la ratification du present traité, et l'on y procedera immediatement après cet echange, et tous les vaisseaux tant de guerre que marchands qui auront eté pris depuis l'expiration des termes convenus pour la cessation des hostilités par mer seront pareillement rendus de bonne foi avec tous leurs equipages et cargaissons, et il sera donné de part et d'autre des suretés pour le paiement des dettes que les prisonniers ou otages auroient pû contracter dans les etats ou ils auroient eté detenus jusqu'à leur entiere liberté.

V.

Toutes les conquetes qui ont eté faites depuis le commencement de la guerre, ou qui depuis la conclusion des articles preliminaires signés le trente du mois Avril dernier pourroient

avoir eté ou etre faites soit en Europe soit aux Indes orientales ou occidentales ou en quelque partie du monde que ce soit, devant etre restituées sans exception conformement à ce qui a eté stipulé par les dits articles praeliminaines et par les declarations signées depuis, les hautes parties s'engagent à faire incessament proceder à cette restitution ainsi qu'à la mise en possession du serenissime infant don Philippe dans les etats qui lui doivent etre cedés en vertu des dits preliminaires, les dites parties renonçant solemnellement tant pour elles que pour leurs heretiers et successeurs à tous droits et pretentions à quelque titre et sous quelque pretexte que ce puisse etre, à tous les etats, pays et places qu'elles s'engagent respectivement à restituer ou à ceder, sauf cependant la reversion stipulée des etats cedés au serenissime infant don Philippe.

VI.

Il est arreté et convenu que toutes les restitutions et cessions respectives en Europe seront entierement faites et executées de part et d'autre dans l'espace de six semaines ou plutôt si faire se peut, à compter du jour de l'echange des ratifications du present traité de toutes les huit parties ci dessus nommées, de sorte que dans le meme terme de six semaines le roy tres chretien remettra tant à l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, qu'aux etats generaux des Provinces-Unies toutes les conquetes qu'il a faites sur eux pendant cette guerre.

L'imperatrice, reyne de Hongrie et de Boheme, sera remise en consequence dans la pleine et paisible possession de tout ce qu'elle a possedé avant la presente guerre dans les Païs-Bas et ailleurs, sauf ce qui est reglé autrement par le present traité. Dans le meme tems les seigneurs etats generaux des Provinces-Unies seront remis dans la pleine et paisible possession et telle qu'ils l'avoient avant la presente guerre des places de Bergen-op-Zoom et de Maestricht et de tout ce qu'ils possedoient avant la dite presente guerre dans la Flandre dite Hollandoise et dans le Brabant dit Hollandois et ailleurs, et les villes et places dans les Païs-Bas dont la souveraineté appartient à l'imperatrice, reine d'Hongrie et de Boheme, dans lesquelles leurs hautes puissances ont le droit de garnison, seront evacuées aux trouppes de la republique dans le meme espace de tems. Le roy de Sardaigne sera de meme et dans le meme

terme entierement retabli et maintenu dans le duché de Savoie et dans le comté de Nice, aussi bien que dans tous les etats, pays, places et forts conquis et occupés sur lui à l'occasion de la presente guerre.

Le serenissime duc de Modene et la serenissime republique de Genes seront aussi dans le meme terme entierement retablis et maintenus dans les etats, pays, places et forts conquis ou occupés sur eux pendant la presente guerre, et ce conformement à la teneur des articles treizieme et quatorzieme de ce traité qui les concernent.

Toutes les restitutions et cessions des dittes villes, forts et places se feront avec toute l'artillerie et munitions de guerre qui s'y sont trouvées au jour de leur occupation dans le cours de la guerre par les puissances qui ont à faire les dittes cessions et restitutions, et ce suivant les inventaires qui en ont eté faits ou qui en seront delivrés de bonne foi de part et d'autre; bien entendu qu'à l'egard des pieces d'artillerie qui ont eté transportées ailleurs pour etre refondues ou pour d'autres usages elles seront remplacées par le meme nombre, de meme calibre ou poids en metal, bien entendu aussi que les places de Charleroy, Mons, Ath, Oudenarde et Menin dont on a demoli tous les ouvrages exterieurs seront restituées sans artillerie; on n'exigera rien pour les fraix et depenses emploiés aux fortifications de toutes les autres ni pour autres ouvrages publics ou particuliers qui ont eté faits dans les pays qui doivent etre restitués.

VII.

En consideration des restitutions que sa Mté tres chretienne et sa Mté catholique font par le present traité soit à sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, soit à sa Mté le roy de Sardaigne, les duchés de Parme, de Plaisance et de Guastalle appartiendront à l'avenir au serenissime infant don Philippe pour etre possedés par lui et ses descendans mâles nés en legitime mariage en la meme maniere et dans la meme etendue qu'ils ont eté ou dû etre possedés par les presents possesseurs, et le dit serenissime infant ou ses descendans mâles jouiront des dits trois duchés conformement et sous les conditions exprimées dans les actes de cession de l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, et du roy de Sardaigne. Ces

actes de cession de l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, et du roy de Sardaigne seront remis avec leurs ratifications du present traité à l'ambassadeur extraordinaire et plenipotentiaire du roy catholique, de meme que les ambassadeurs extraordinaires et plenipotentiaires du roy tres chretien et du roy catholique remettront avec les ratifications de leurs Mtés à celui du roy de Sardaigne les ordres aux generaux des trouppes françoises et espagnolles de remettre la Savoie et le comté de Nice aux personnes commises par ce prince à l'effet de les recevoir, de sorte que la restitution des dits etats et la prise de possession des duchés des Parme, Plaisance et Guastalle, par ou au nom du serenissime infant don Philippe puisse s'effectuer dans le meme tems, conformement aux actes de cession dont la teneur s'ensuit.

Nos Maria Theresia etc.

Notum testatumque vigore praesentium facimus, cum finiendo funesto bello inter ministros plenipotentiarios serenissimi et potentissimi principis domini Georgii secundi Magnae-Britanniae regis et serenissimi ac potentissimi principis domini Ludovici decimi quinti regis christianissimi, nec non celsorum et potentium statuum generalium unitarum foederati Belgii provinciarum, trigesima Aprilis die huius anni de certis quibusdam articulis praeliminaribus conventum, hique posthac ab omnibus quos illi concernunt principibus rati habiti, tenor autem articuli eorundem quarti sequentem in modum conceptus sit:

> Les duchés de Parme, de Plaisance et de Guastalle seront cedés au serenissime infant don Philippe pour lui tenir lieu d'etablissement, avec le droit de reversion aux presents possesseurs après que sa Mté le roy des deux Siciles aura passé à la couronne d'Espagne, ainsi que dans le cas ou le dit serenissime infant don Philippe viendroit à mourir sans enfans.

Neque minus subsequuto posthac definitivo pacis tractatu vigore eiusdem articulorum diversa hanc materiam concernentia rerum capita communi eorundem quorum interest consensu ea quae sequitur ratione explanata fuerint:

> En consideration des restitutions que sa Mté catholique font par le present traité soit à sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, soit à sa Mté le roy de

Sardaigne, les duchés de Parme, de Plaisance et de Guastalle appartiendront a l'avenir au serenissime infant don Philippe pour etre possedés par lui et ses descendans mâles nés en legitime mariage en la meme maniere et dans la meme etendue qu'ils ont eté ou dû etre possedés par les presents possesseurs, et le dit serenissime infant ou ses descendans mâles jouiront des dits trois duchés conformement et sous les conditions exprimées dans les actes de cession de l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, et du roy de Sardaigne.

Ces actes de cession de l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, et du roy de Sardaigne seront remis avec leurs ratifications du present traité a l'ambassadeur extraordinaire et plenipotentiaire du roy catholique, de meme que les ambassadeurs extraordinaires et plenipotentiaires du roy tres chretien et du roy catholique remettront avec les ratifications de leurs M^tés^ à celui du roy de Sardaigne les ordres aux generaux des trouppes françoises et espagnoles de remettre la Savoie et le comté de Nice aux personnes commises par ce prince à l'effet de les recevoir de sorte que la restitution des dits etats et la prise de possession des duchés de Parme, Plaisance et Guastalle par ou au nom du serenissime infant don Philippe puissent s'effectuer dans le meme tems conformement aux dits actes de cession.

Hinc est quod nos satisfacturae iis ad quae nos in praeinsertis articulis obstrinximus ac certa spe fretae, vicissim a regibus christianissimo, catholico et futuro praefatorum trium ducatuum possessore eiusque descendentibus masculis antememoratorum articulorum tenorem pari bona fide ex asse adimpletum, pariterque ad normam eorumdem tum articuli secundi et decimi octavi praeliminarium ditiones et loca nobis restituenda aequalibus passibus nobis restitutum iri, pro nobis et successoribus nostris sub iis quae in supra insertis et memoratis articulis sancitae sunt conditionibus cedimus et renuntiamus omnibus iuribus, actionibus et praetentionibus, quae nobis quocumque titulo aut quacumque demum de causa in praefatos tres ducatus Parmae, Placentiae et Guastallae antehac a nobis possessos competunt, eademque iura, actiones et praetentiones in serenissimum Hispaniarum infantem Philippum eiusque descendentes mas-

culos ex legitimo matrimonio nascituros quo fieri potest meliore et solemniore modo transferimus, absolventes et obsequio et iuramento quod nobis praestiterunt universos praedictorum ducatuum incolas, qui id imposterum iis quibus iura nostra cessimus praestare tenebuntur. Quae omnia tamen non nisi de eo temporis intervallo intelligenda sunt, quo vel praedictus serenissimus Hispaniarum infans Philippus vel unus ex eiusdem descendentibus vel utriusque Siciliae vel Hispaniarum thronum necdum conscenderit, quippe pro quo tempore et illo, quo saepe memoratus infans absque descendentibus masculis decesserit, nos nobis nostrique haeredibus et successoribus omnia iura, actiones ac praetentiones, quae nobis in eosdem ducatus prius competierunt ac proinde reversionis ius per expressum reservamus. In quorum omnium fidem roburque etc. etc.

Carlo Emanuelo etc.

Il desiderio di contribuire dal canto nostro al più pronto ristabilimento della publica tranquillità che già ci mosse ad accedere à gli articoli preliminari segnati li trenta Aprile scaduto tra i ministri di sua maestà britannica, di sua maestà christianissima e dei signori stati generali delle Provincie-Unite, come sotto il di trenta uno Maggio scorso v'habbiamo per mezzo del nostro plenipotenziario acceduto, portandoci ora al compimento di quanto da farsi da noi in dependenza di essi e singolarmente per l'esecutione del disposto all articolo quarto dei medesimi, in vigore di cui devono essere ceduti al serenissimo principe don Filippo infante di Spagna i ducati di Parma, Piacenza e Guastalla per tenergli luogo di stabilimento col diritto di reversibilità a i presentanei possessori tosto che sua maestà il rè delle due Sicilie sarà passato alla corona di Spagna o che il nominato infante venisse à morire senza figliuoli maschi, per il presente atto, in conformità di quanto sopra, renunciamo, cediamo e trasportiamo per noi e nostri successori al predetto serenissimo infante don Filippo ed a suoi figliuoli maschi e da medesimi nati di legitimo e costante matrimonio, la città di Piacenza ed il Piacentino da noi posseduto, per tenerlo e possederlo in qualità di duca di Piacenza, renunziando a quest'effetto a tutti i diritti, azioni e pretese che sopra di essi ci competono, riservata però espressamente a noi ed a i nostri suc-

cessori la raggione di reversibilità ne i casi sopra detti. In fede di che etc.

VIII.

Pour assurer et effectuer les dites restitutions et cessions, on est convenu qu'elles seront entierement executées et accomplies de part et d'autre en Europe dans l'espace de six semaines ou plutôt si faire se peut, à compter du jour de l'echange des ratifications de toutes les huit puissances; bien entendu que quinze jours après la signature du present traité les generaux ou autres personnes que les hauts contractans de part et d'autre jugeront à propos de commettre à cet effet s'assembleront à Bruxelles et à Nice pour concerter et convenir des moiens de proceder aux restitutions et mises en possession d'une façon également convenable au bien des trouppes, des habitans et des pays respectifs, mais aussi de sorte que toutes et chacune des hautes parties contractantes se trouvent, conformement à leurs intentions et aux engagemens contractés par le present traité, en possession tranquile et entiere, sans rien excepter de tout ce qui doit leur revenir soit par restitution soit par cession dans le dit terme de six semaines ou plutôt si faire se peut après l'echange des ratifications du present traité de toutes les dittes huit puissances.

IX.

En consideration de ce que, nonobstant l'engagement mutuel pris par l'article dixhuit des preliminaires, portant que toutes les restitutions et cessions marcheront d'un pas egal et s'executeront en meme tems, sa Mté tres chretienne s'engage par l'article six du present traité à restituer dans l'espace de six semaines ou plutôt si faire se peut, à compter du jour de l'echange des ratifications du present traité, toutes les conquetes qu'elle a faites dans les Païs-Bas, pendant qu'il n'est pas possible vû la distance des païs que ce qui concerne l'Amerique ait son effet dans le meme tems, ni meme de fixer le terme de sa parfaite execution, sa Mté britannique s'engage aussi de son coté à faire passer auprès du roy tres chretien aussitôt après l'echange des ratifications du present traité deux personnes de rang et de consideration qui y demeureront en otage, jusqu'à ce qu'on y ait appris d'une façon certaine et autentique la restitution de l'isle roiale dite cap Breton et de toutes

les conquetes qui les armes ou les sujets de sa Mté britannique pourroient avoir faites avant ou après la signature des preliminaires dans les Indes orientales et occidentales.

Leurs Mtés britannique et tres chretienne s'obligent pareillement de faire remettre à l'echange des ratifications du present traité les duplicata des ordres addressés aux commissaires, nommés pour remettre et pour recevoir respectivement tout ce qui pourroit avoir eté conquis de part et d'autre dans les dittes Indes orientales et occidentales, conformement à l'article second des preliminaires et aux declarations de vingt un et trent un May et huit Juillet derniers, pour ce qui concerne les dites conquetes dans les Indes orientales et occidentales; bien entendu neanmoins que l'isle roiale dite le cap Breton sera rendue avec toute l'artillerie et munitions de guerre qui s'y seront trouvées au jour de la reddition, conformement aux inventaires qui en ont eté dressés et dans l'etat ou etoit la dite place le dit jour de sa reddition; quant aux autres restitutions elles auront leur effet conformement à l'esprit de l'article second des preliminaires et des declarations et convention des vingt un et trente un May et huit Juillet derniers dans l'etat où se seront trouvées les choses le onze Juin nouveau stile dans les Indes occidentales et le trente un Octobre pareillement nouveau stile dans les Indes orientales; toutes choses d'ailleurs y seront remises sur le pied qu'elles etoient ou devoient etre avant la presente guerre.

Les dits commissaires respectifs tant ceux pour les Indes occidentales que ceux pour les Indes orientales devront etre prets à partir au premier avis que leurs Mtés britannique et tres chretienne recevront de l'echange des ratifications, munis de toutes les instructions, commissions, pouvoirs et ordres necessaires pour le plus prompt accomplissement des intentions de leurs dites Mtés et des engagemens qu'elles contractent par le present traité.

X.

Les revenus ordinaires des pays qui doivent etre restitués ou cedés respectivement, et les impositions faites dans ces pays pour le traitement et les quartiers d'hiver des trouppes appartiendront aux puissances qui en sont en possession jusqu'au jour de l'echange des ratifications du present traité, sans nean-

moins qu'il soit permis d'user d'aucune voie d'execution, pourveu qu'il ait eté donné caution suffisante pour le paiement; bien entendu que les fourages et ustenciles pour les trouppes se fourniront jusqu'aux evacuations, au moien de quoi toutes les puissances promettent et s'engagent de ne rien repeter ni exiger des impositions et contributions qu'elles pourroient avoir etablies sur les pays, villes et places qu'elles ont occupées dans le cours de la guerre et qui n'auroient point eté paiés au tems que les evenemens de la dite guerre les auroient obligées à abandonner les dits pays, villes et places, toutes pretentions de cette nature demeurant en vertu du present traité aneanties.

XI.

Tous les papiers, lettres, documents et archives qui se sont trouvés dans les pays, terres, villes et places qui sont restitués et ceux appartenants aux pays cedés seront delivrés ou fournis respectivement de bonne foi dans le meme tems s'il est possible de la prise de possession ou au plus tard deux mois après l'echange des ratifications du present traité de toutes les huit parties, en quelques lieux que les dits papiers ou documents se puissent trouver, nommement ceux qui auroient eté transportés de l'archive du grand conseil de Malines.

XII.

Sa Mté le roy de Sardaigne restera en possession de tout ce dont il jouissoit anciennement et nouvellement et particulierement de l'acquisition qu'il a faite en mille sept cent quarante trois du Vigevanasque, d'une partie du Pavesan et du comté d'Anghiera, de la maniere que ce prince les possede aujourd'huy en vertu des cessions qui lui en ont eté faites.

XIII.

Le serenissime duc de Modene, en vertu tant du present traité que de ses droits, prerogatives et dignités, prendra possession six semaines ou plutôt si faire se peut après l'echange des ratifications du dit traité de tous ses etats, places, forts, pays, biens et rentes et generalement de tout ce dont il jouissoit avant la guerre. Lui seront rendus pareillement dans le meme tems ses archives, documents, ecrits et meubles de quelque nature que ce puisse etre, comme aussi l'artillerie, attirails

et munitions de guerre qui se seront trouvés dans ses pays au tems de leur occupation. Quant à ce qui manquera ou qui aura eté converti en une autre forme, le juste prix des choses ainsi otées et qui doivent etre restituées sera paié en argent comptant lequel prix, ainsi que l'equivalent des fiefs que le serenissime duc de Modene possedoit en Hongrie, s'ils ne lui sont pas remis, sera reglé et constaté par les generaux ou commissaires respectifs qui suivant l'article huitieme du present traité doivent s'assembler à Nice quinze jours après la signature pour convenir des moiens d'executer les restitutions et mises en possession reciproques, de sorte que dans le meme tems et le meme jour que le serenissime duc de Modene prendra possession de tous ses etats il puisse entrer aussi en jouissance soit de ses fiefs en Hongrie soit du dit equivalent et recevoir le prix des choses que ne pourroient lui etre restituées. Lui sera pareillement fait justice dans le dit terme de six semaines après l'echange des ratifications sur les allodiaux de la maison de Guastalle.

XIV.

La serenissime republique de Genes, en vertu tant du present traité que de ses droits, prerogatives et dignités, rentrera en possession six semaines ou plutôt si faire se peut après l'echange des ratifications du dit traité de tous les etats, forts, places, pays, biens, de quelque nature que ce puisse etre, rentes et revenus dont elle jouissoit avant la guerre; specialement tous et chacun des membres et sujets de la dite republique rentreront dans le terme susdit après l'echange des ratifications du present traité en possession, jouissance et liberté de disposer de tous les fonds qu'ils avoient sur la banque de Vienne en Autriche, en Boheme ou en quelque partie que ce soit des etats de l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, et de ceux du roy de Sardaigne, et les interets leur seront paiés exactement et regulierement à compter du jour de l'echange des ratifications du present traité.

XV.

Il a esté arreté et convenu entre les huit hautes parties que pour le bien et affermissement de la paix en general et pour la tranquillité de l'Italie en particulier toutes choses y

demeureront dans l'etat ou elles etoient avant la guerre, sauf et après l'execution des dispositions faites par le present traité.

XVI.

Le traité de l'Assiento pour la traite des negres signée à Madrid le vingt six Mars mil sept cent treize et l'article du vaisseau annuel faisant partie du dit traité sont specialement confirmés par le present traité pour les quatre années pendant lesquelles la jouissance en a eté interrompue depuis le commencement de la presente guerre et seront executés sur le meme pied et sous les memes conditions qu'ils ont eté ou dû etre executés avant la dite guerre.

XVII.

Dunkerque restera fortifié du coté de terre en l'etat qu'il est actuellement, et pour le coté de mer il restera sur le pied des anciens traités.

XVIII.

Les pretentions d'argent que sa Mté britannique a comme electeur d'Hannovre sur la couronne d'Espagne, les differends touchant l'abbaye de Saint Hubert, les enclaves du Hainaut et les bureaux nouvellement etablis dans les Pays-Bas, les pretentions de l'electeur-palatin et les autres articles qui n'ont pû etre reglés pour entrer dans le present traité, le seront incessament à l'amiable par des commissaires nommés à cet effet de part et d'autre ou autrement, selon qu'il en sera convenu par les puissances interessées.

XIX.

L'article cinq du traité de la quadruple alliance conclu à Londres le deux d'Aout mille sept cent dix huit, contenant la garantie de la succession au royaume de la Grande-Bretagne dans la maison de sa Mté britannique à present regnante, et par lequel on a pourvu à tout ce qui peut etre relatif à la personne qui a pris le titre de roy de la Grande-Bretagne et à ses descendans des deux sexes, est expressement rappellé et renouvellé par le present article comme s'il y etoit inseré dans tout son contenu.

XX.

Sa Mté britannique en sa qualité d'electeur de Brunswick-Lunebourg tant pour lui que pour ses heretiers et successeurs et tous les etats et possessions de sa dite Mté en Allemagne sont compris et garantis par le present traité de paix.

XXI.

Toutes les puissances interessées au present traité qui ont garanti la sanction pragmatique du dix neuf Avril mille sept cent treize pour tout l'heritage du feu empereur Charles six en faveur de sa fille l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, actuellement regnante et de ses descendans à perpetuité, suivant l'ordre etabli pour la ditte sanction pragmatique, la renouvellent dans la meilleure forme qu'il est possible, à l'exception cependant des cessions dejà faites soit par le dit empereur soit par la ditte princesse et de celles qui sont stipulées par le present traité.

XXII.

Le duché de Silesie et le comté de Glatz tels que sa Mté prussienne les possede aujourd'huy sont garantis à ce prince par toutes les puissances, parties et contractantes du present traité.

XXIII.

Toutes les puissances contractantes et interessées au present traité en garantissent reciproquement et respectivement l'execution.

XXIV.

Les ratifications solemnelles du present traité expediées en bonne et due forme seront echangées en cette ville d'Aix la Chapelle entre toutes les huit parties dans l'espace d'un mois ou plûtot s'il est possible, à compter du jour de la signature. En foi de quoi nous soussignés leurs ambassadeurs extraordinaires et ministres plenipotentiaires avons signé de notre main en leur nom et en vertu de nos pleins-pouvoirs le present traité definitif et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Aix la Chapelle le dixhuit Octobre, mille sept cent quarante huit.

L. S. Sandwich. L. S. St Severin d'Arragon. L. S. W. Bentinck. L. S. T. Robinson. L. S. la Porte du Theil. L. S. G. A. Hasselaer. L. S. J. v. Borssele. L. S. O. Z. van Haren.

Articles separés.

I.

Quelques uns des titres employés par les puissances contractantes, soit dans les pleins-pouvoirs et autres actes pendant le cours de la negociation, soit dans le preambule du present traité, n'etant pas generalement reconnus, il'a eté convenu qu'il ne pourroit jamais en resulter aucun prejudice pour aucune des dittes parties contractantes, et que les titres pris ou omis de part et d'autre à l'occasion de la ditte negociation et du present traité ne pourront etre cités ni tirés à consequence.

II.

Il a eté convenu et arreté que la langue françoise employée dans tous les exemplaires du present traité et qui pourra l'etre dans les actes d'accession ne formera point un exemple qui puisse etre allegué ni tiré à consequence, ni porter prejudice en aucune maniere à aucune des puissances contractantes et que l'on se conformera à l'avenir à ce qui a eté observé et doit etre observé à l'egard et de la part des puissances qui sont en usage et en possession de donner et de recevoir des exemplaires de semblables traités et actes en une autre langue que la françoise; le present traité et les accessions qui interviendront ne laissant pas d'avoir la meme force et vertu que si le susdit usage y avoit eté observé; et les presents articles separés auront pareillement la meme force que s'ils etoient inserés dans le traité.

En foi de quoi nous soussignés ambassadeurs extraordinaires et ministres plenipotentiaires de sa M^{té} britannique, de sa M^{té} tres chretienne et des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies avons signé les presents articles separés, et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Aix la Chapelle le dix huit Octobre mille sept cent quarante huit.[1])

Et les dits ambassadeurs extraordinaires et plenipotentiaires aiant amiablement invité l'ambassadeur extraordinaire et plenipotentiaire de sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, d'y acceder au nom de sa dite Mté; les ambassadeurs soussignés, savoir de la part de la serenissime et tres puissante princesse Marie Therese, par la grace de dieu reine de Hongrie et de Boheme, imperatrice, le seigneur Wenceslas Antoine comte de Kaunitz-Rittberg, seigneur de Essens, Stetesdorf, Wittmund, Austerlitz, Hongrisch-Brod, Wiese etc., conseiller d'etat intime actuel des leurs Mtés imperiales, et de la part du serenissime et tres puissant prince George second, par la grace de dieu roy de la Grande-Bretagne, les seigneurs Jean comte de Sandwich, vicomte de Hinchingbrooke, baron Montagu de Saint Neots, pair d'Angleterre, premier seigneur commissaire de l'amirauté, l'un des seigneurs regens du royaume, son ministre plenipotentiaire auprès des seigneurs etats generaux des Provinces-Unies, et Thomas Robinson, chevalier du tres honorable ordre du bain et son ministre plenipotentiaire auprès de sa Mté l'empereur des Romains et de sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, en vertu de leurs pleins-pouvoirs qu'ils se sont communiqués et dont copies sont ajoutées à la fin du present acte, sont convenus de ce qui suit:

Que sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, desirant contribuer et concourir à retablir et affermir au plutôt le repos de l'Europe, accede en vertu du present acte aux dits traité et deux articles separés sans aucune reserve ou exception, dans la ferme confiance que tout ce qui y est promis à sa dite Mté sera accompli de bonne foi, declarant en meme tems et promettant qu'elle accomplira de meme de la meilleure foi tous les articles, clauses et conditions qui la concernent.

De meme sa Mté britannique accepte la presente accession de l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, et promet pareillement d'accomplir sans aucune reserve ni exception tous les articles, clauses et conditions, contenus dans le dit traité et les deux articles separés cy dessus inserés. Les ratifications

---

[1]) *Dieselben Unterschriften wie im Hauptvertrage.*

du present acte seront echangées en cette ville d'Aix la Chapelle dans l'espace de trois semaines, à compter de ce jour. En foi de quoi nous ambassadeurs extraordinaires et plenipotentiaires de sa Mté britannique et de sa Mté l'imperatrice, reine de Hongrie et de Boheme, avons signé le present acte et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Aix la Chapelle le vingt trois Octobre, mille sept cent quarante huit.

L. S. Le comte V. A. de Kaunitz-Rittberg. L. S. Sandwich. L. S. Th. Robinson.[1])

Les ambassadeurs extraordinaires et plenipotentiaires du roy de la Grande-Bretagne, du roy très-chrêtien et des etats generaux des Provinces-Unies ont conclû et signé le dix-huitiéme du présent mois d'Octobre un traité general et definitif de paix sur le fondement et en conformité des préliminaires convenûs et arrétés d'abord entre eux le trentiéme du mois d'Avril dernier en cette ville d'Aix la Chapelle et ensuite acceptés et ratifiés par toutes les puissances engagées dans la guerre, auquel traité l'ambassadeur extraordinaire et plenipotentiaire du roy catholique a donné l'accession de ce prince le vingt de ce mois, et l'ambassadeur extraordinaire et plenipotentiaire de l'imperatrice, reine de Hongrie et de Bohême, a donné pareillement l'accession de cette princesse le vingt trois de ce mois. Et comme tant dans le dit traité que dans les dites accessions il n'a été et il n'est porté aucune atteinte à ce qui avoit été stipulé, convenû et arrêté par les dits préliminaires acceptés generalement, les ambassadeurs extraordinaires et plenipotentiaires de l'imperatrice, reine de Hongrie et de Bohême, et du roy de la Grande-Bretagne sont convenûs que dans le cas où quelqu'une des dites puissances engagées dans la guerre refuseroit on differeroit son accession au dit traité, de sorte que l'on pût craindre du retardement à l'accomplissement des arrangemens convenûs et fixés dans le dit traité, leurs Mtés de concert tant entre elles qu'avec les puissances soit contractantes soit accedantes du dit traité employeront les moyens les plus efficaces pour l'execution des dits arrangemens et pour que

[1]) *Gleichlautende Verträge mit den anderen Kontrahenten liegen vor.*

toutes les parties soit contractantes soit accedantes se trouvent aux termes fixés par le dit traité en pleine et paisible possession de tout ce qui doit leur revenir et appartenir soit par restitution soit par cession.

En foi de quoi nous soûssignés ambassadeurs extraordinaires et plenipotentiaires de l'imperatrice, reine de Hongrie et de Bohême, et du roy de la Grande-Bretagne en connoissance des intentions de nos souverains respectifs avons signé le présent acte et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Aix la Chapelle le vingt quatre Octobre, mille sept cent quarante huit.[1])

L. S. Le comte V. A. de Kaunitz-Rittberg. L. S. Sandwich. L. S. T. Robinson.

---

[1]) *Gleichlautende Konventionen von demselben Datum zwischen Österreich und Frankreich, Österreich und Spanien und zwischen Österreich und den Generalstaaten liegen vor.*

Berichtigungen und Ergänzungen.

Seite 11 Zeile 18 von oben ist statt „englischer Tücher“ zu lesen „englischen Tuches.“

„ 20 Zeile 10 von oben ist vor und nach dem Worte „Karls“ ein Beistrich zu setzen.

„ 23 Zeile 2 von oben und Seite 25 Anm. 1 Zeile 2 ist statt „Heinrich‘“ zu lesen „Heinrichs“.

„ 35. Der Name „Aynesworth“ steht im Original in gleicher Linie mit den anderen Namen.

„ 50 Zeile 21 von oben ist statt „Londoniens“ zu lesen „Londoniensi.“

„ 54 Überschrift ist statt „Einleilung“ zu lesen „Einleitung.“

„ 62 Anm. 1 Zeile 2 ist statt „aach“ zu lesen „auch“.

„ 66 Zeile 7 von oben ist statt „iuriuriam“ zu lesen „iniuriam.“

„ 72 „ 21 „ „ „ „ „rebellos“ „ „ „rebelles“.

„ 117 Regest Zeile 3 ist nach dem Worte „betreffend“ statt des Punktes ein Strichpunkt zu setzen.

„ 120 Anm. 2 Zeile 6 ist statt „Forderungen“ zu lesen „Forschungen.“

„ 126 Zeile 11 von oben ist statt „gewehrte“ zu lesen „gewährte.“

„ 136 Text, Zeile 15 von unten ist statt „Ferdinand II.“ zu lesen „Ferdinand III.“

„ 165 Anm. 1 Zeile 4 ist statt „di“ zu lesen „die“.

„ 190 Text, Zeile 7 von unten ist nach dem Worte „hatte“ ein Beistrich zu setzen.

„ 218 Anm. 2 Zeile 1 ist statt „Art. IX.“ zu lesen „Art. X.“ und Anm. 2 Zeile 13 statt „Engeland Holland, und wann“ zu lesen „Engeland und Holland, wann“.

„ 228 bis 231 sind vor den einzelnen Artikeln statt der arabischen, lateinische Ziffern zu setzen.

„ 234. Nach Abschluss der Arbeit hat sich im Staatsarchive in Wien das Original der Konvention d. d. Haag 1703 April 11 gefunden.

„ 235 Zeile 13 von oben ist nach dem Worte „aussprach‘“ statt des Strichpunktes ein Beistrich zu setzen.

Seite 236 Zeile 10 von oben ist statt „1702“ zu lesen „1703“. Die 3 ersten Namen der Unterzeichner ebenda stehen im Original nebeneinander.

„ 246 Art. I Zeile 2 ist statt „a“ zu lesen „à“.

„ 247. Die Namen der beiden Unterzeichner stehen im Original nebencinander.

„ 248 Zeile 10 von oben ist statt „a“ zu lesen „à“.

„ 249 Anm. 1 ist statt „der“ zu lesen „des“.

„ 251 Zeile 2 von oben und 14 von unten ist statt „a“ zu lesen „à“.

„ 255 „ 21 „ „ ist nach dem Worte „marschbereit“ ein Beistrich zu setzen.

„ 259. Die Namen Sinzendorff, Marlborough, Randwyck stehen im Original in gleicher Linie; Townshend unter Marlborough, die übrigen unter Randwyck.

„ 262. Die Namen Sinzendorff, Townshend, Randwyck stehen im Original nebeneinander; die übrigen unter Randwyck.

„ 267 Anm. 1 Zeile 5 ist nach „u. a.“ ein Beistrich zu setzen.

„ 279 „ 1 „ 11 ist statt „kaiserliehen“ zu lesen „kaiserlichen“.

„ 294 Text, Zeile 2 von unten ist statt „Wolltücher“ zu lesen „Wollwaren“.

„ 323 Zeile 11 von oben ist statt „deniers“ zu lesen „derniers“.

„ 334 „ 10 „ „ „ „ „Verdun“ „ „ „Verden“.

„ 348 ist in der Überschrift statt „1716 Mai 25/Juni 5“ zu lesen „1717 Sept. 1“. Die beiden Namen der Unterzeichner ebenda stehen im Original in gleicher Linie.

„ 400 Zeile 1 von oben ist statt „Lndwig“ zu lesen „Ludwig“ und ebenda Zeile 6 von oben statt „Ludwig“ „Ludwigs“.

„ 420 Art. XIV. Zeile 4 ist statt „qu l'ona“ zu lesen „que l'on a“.

„ 421 Art. XIX. Zeile 3 ist nach dem Worte „mers“ ein Beistrich zu setzen.

„ 451 Zeile 3 von oben ist statt „einzusetztenden“ zu lesen „einzusetzenden.“

„ 456 Anm. 2 ist statt „27“ zu lesen „26“; Anm. 4 statt „28“ „27“; Seite 457 Zeile 1 von oben statt „26“ „25“; Seite 460 Text. Zeile 7 von unten statt „27“ „26“; Seite 462 Zeile 1 von oben statt „28“ „27“.

„ 476 Text, Zeile 1 von unten ist nach dem Worte „schliessen“ statt des Punktes ein Beistrich zu setzen.

„ 506 Text, Zeile 6 von unten ist statt „tontes“ zu lesen „toutes“.

„ 540 „ „ 1 „ „ ist nach dem Worte „April“ zu ergänzen „1731“.

„ 551 Zeile 10 von oben ist das Zeichen „1)“ nach dem Worte „verschleppen“ zu streichen.

„ 552 Zeile 17 von oben ist statt „Hersteltung“ zu lesen „Herstellung“.

„ 555 Text, Zeile 3 von unten ist statt „ d s“ zu lesen „des“.

„ 588 Zeile 9 von oben ist statt „pourque“ zu lesen „pour que“.

„ 589 „ 16 „ unten ist statt „Öterreichs“ zu lesen „Österreichs“.

„ 595 Art. VIII. Zeile 1 ist statt „Quond“ zu lesen „Quand“.

„ 597. Für die Vorgeschichte des Wormser Vertrages ist nebst den angeführten Werken noch zu verweisen auf den Aufsatz von Karg-Bebenburg „Zur Würdigung der auswärtigen Politik Lord Carterets“ (Festgabe für K. Th. Heigel) p. 405 ff.; insbesondere 426 ff. und auf die Aus-

führungen bei Rauch M. v. „Die Politik Hessen-Cassels im österreichischen Erbfolgekrieg bis zum Frieden von Dresden", insbesondere p. 71 ff.

Seite 644 Text, Zeile 21 von oben ist statt „Unerstützung" zu lesen „Unterstützung".

„ 660 Art. XXVII. Zeile 4 ist statt „same" zu lesen „them".

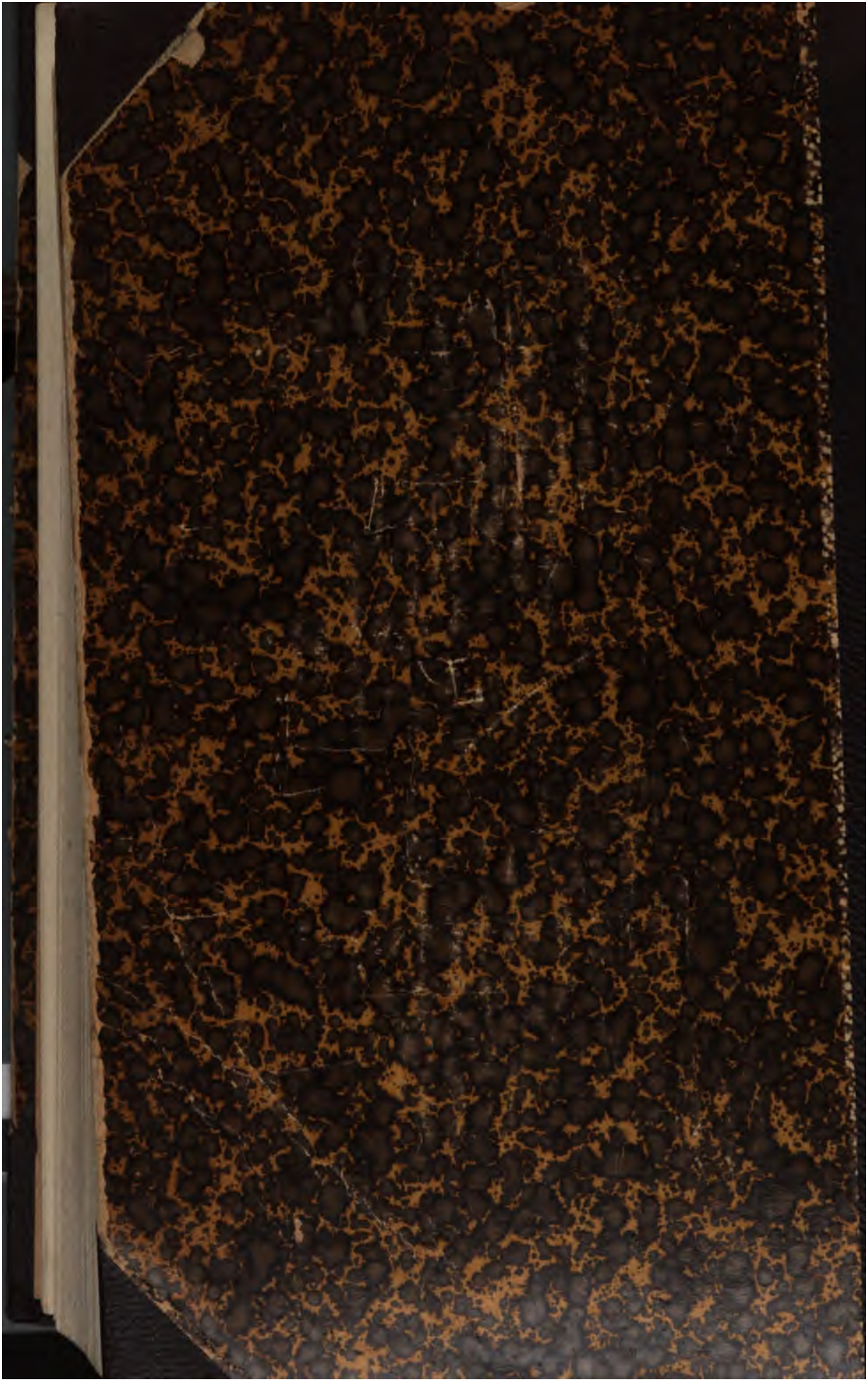
„ 686 Regest Nr. 43 Zeile 3 ist statt „13/14" zu lesen „13/24".

„ 693 Zeile 14 von unten und Seite 704, Art. IX., Zeile 4 ist statt „a" zu lesen „à".

„ 713 Zeile 10 von oben ist statt „Fonternoy" zu lesen „Fontenoy".

„ 721 Text, Zeile 4 von unten ist statt „Niederlanden" zu lesen „Niederlande".

„ 731 Zeile 14 von oben ist statt „enttäuscht" zu lesen „getäuscht".

„ 768 Zeile 5 von oben ist statt „dr" zu lesen „d'".

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 02863 2381